Jörn Retterath
„Was ist das Volk?“

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 110

Jörn Retterath

„Was ist das Volk?“

Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Zugl. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Einger. u. d. T.: „Volk' im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Pluralistisches und holistisches Denken im Spektrum der politischen Mitte 1917–1924"

ISBN 978-3-11-046207-4
E-ISBN (PDF) 978-3-11-046454-2
E-ISBN (EPUB) 978-3-11-046242-5
ISSN 0481-3545

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Titelbild: Demonstration von Arbeitern und Soldaten vor dem preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin während der Eröffnung des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember 1918, Fotograf: Robert Sennecke, © Bundesarchiv, Signatur: Bild 146-1971-109-32
Einbandgestaltung: hauser lacour
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort 1

I. Einleitung 3
1. Untersuchungsgegenstand und Fragestellung 4
2. Forschungsstand 13
3. Quellen 19
4. Methode 25

II. „Volk“ bis 1914 – Etymologische und ideengeschichtliche Entwicklungen 33
1. Etymologien und Wortbedeutungen 33
1.1 „Volk“ 33
1.2 „Nation“ 40
1.3 „Volk“ und „Nation“ – zwei Wörter, eine Bedeutung? 42
1.4 „Rasse“ 45
1.5 „Masse“ 46
1.6 „Stamm“ 47
1.7 „Gemeinschaft“ 48
1.8 „Einigkeit“ und „Einheit“ 49
2. Von der „plebs“ zu „ethnos“ oder „demos“. Die „Geburt des deutschen Volkes“ in der Epoche der Romantik und ihre Folgen . . 50
2.1 Auf der Suche nach dem Naturhaften 50
2.2 Die Politisierung des „Volkes“ in den USA und Frankreich . . . 52
2.3 Die „Entdeckung“ des „deutschen Volkes“ im Kampf gegen Frankreich 54
2.4 Die „kopernikanische Wende“ des Volksbegriffes und die Konstituierung der „Nation“ 56
2.5 Die Radikalisierung des ethnischen Volksbegriffes bei den Vordenkern der „völkischen Bewegung“ 58
2.6 „Gemeinschaft“ als Gegenentwurf zur modernen „Gesellschaft“ 62
3. Zwischenfazit: Pluralistische und holistische Potenziale des Volksbegriffes 64

III. Die zerstörte „Gemeinschaft“? Das „deutsche Volk“ am Ende des Ersten Weltkrieges (1917/18) 67
1. Rückblick: Kriegsbeginn 1914 – die imaginierte Einheit in der „nationalen Gemeinschaft“ 67
1.1 Auf dem Weg zur inneren und äußeren Vollendung des bismarckschen Nationalstaates? 67

1.2 Der bröckelnde „Burgfrieden“ und der Appell an die „Einheit des Volkes“ 74
2. Das „Volk“ im Kampf. Vorstellungen von „Volk“ und „Nation“ während des Krieges 78
2.1 Köper, Geist und Wille – Organisches Denken über „Volk“ und „Gemeinschaft“ 78
2.2 Die „breiten Massen des Volkes“ gegen die „Eroberungspolitiker“ – Pluralistische Volkskonzepte während des Krieges 91
3. Innere Reformen oder natürliche Ordnung? Der politische Kampf um die Deutungshoheit über „Volk“ und „Nation“ 98
3.1 Gleichheit des „Volkes“? Die Diskussion um das preußische Wahlrecht 100
3.2 Verantwortlich gegenüber dem „Volk“? Die Forderung nach Parlamentarisierung des Kaiserreichs 109
4. Das „Volk“ als letzter Rettungsanker angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs 116
4.1 Die neue „Volksregierung“. Die verspätete Parlamentarisierung des Kaiserreichs 116
4.2 Der Appell an die „nationale Einheit“ nach dem inoffiziellen Ende des „Burgfriedens“ 124
5. Zwischenfazit: Der Erste Weltkrieg und die „deutsche Einheit“ . . . 129

IV. Das „Volk“ wird souverän. Revolution und Verfassungsgebung 1918/19 133
1. „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“? Die Revolution 1918 . . 133
1.1 „demos“ oder „plebs“? – Die Frage nach der Macht des „Volkes“ 133
1.2 „Ordnung“, „Volkswille“, „Einheit“ – politische Argumente wider das Chaos 158
1.3 Der Sieg des „Volkes“ oder die Herrschaft der „plebs“ gegen das „Volk“? Die kontroverse Deutung der Revolution 168
2. Die Institutionalisierung des „demos“. Die Weimarer Nationalversammlung und die Genese der Verfassung im Jahr 1919 178
2.1 Entscheidung über die Zukunft der „Nation“ – die Wahlen zur Nationalversammlung 179
2.2 Holistisch und pluralistisch – das doppelte „Volk“ der Weimarer Reichsverfassung 189
2.3 Das „Volk“, die Reflexion über den Weltkrieg und die (des-) integrative Wirkung des Versailler Vertrages 207
3. Zwischenfazit: Der scheinbare Sieg des pluralistischen Volksbegriffes im Umbruch 1918/19 219

V. „Volk“ in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1919–1924) . . . 223

1. Die territoriale „Einheit“ des „deutschen Volkes“ in Gefahr 223
   1.1 Der Kampf um das „Volk“ – territoriale Verluste und semantische Vereinnahmungen infolge des Versailler Vertrages 223
   1.2 Der Kampf um den „Einheitsstaat“ – der Diskurs um die Neugliederung des Reichs 239
   1.3 Mit „innerer Geschlossenheit“ gegen Franzosen und Separatisten – die Besetzung von Rhein und Ruhr als Testfall für den Willen zur „Reichseinheit“ 250
2. Sehnsucht nach der „Volksgemeinschaft“ – semantische Versuche zur Überwindung gesellschaftlicher Friktionen 272
   2.1 „Volksgemeinschaft“ im Denken über das künftige Zusammenleben im Staat – Stimmen aus der Mitte der Gesellschaft und der Lebensreformbewegung 275
   2.2 „Volksgemeinschaft“ auf Grundlage der Republik – linksliberale und sozialdemokratische Konzepte 284
   2.3 „Ständisch-organisierte Gemeinschaft“ oder „Einheitsfront von Stresemann bis Scheidemann“? – Volksgemeinschaftsdenken im nationalliberalen und katholischen Milieu 297
   2.4 Exkurs: Die exkludierende „Volksgemeinschaft“ als Gegenmodell zur pluralistischen Republik – Konzepte im deutschnationalen und „völkisch“-nationalsozialistischen Milieu 318
3. „Volk“ und „Einheit“ in der Krise 327
   3.1 „Volk“ und „Gemeinschaft“ als diskursive Zufluchtsorte in Zeiten der politischen Gewalt 327
   3.2 Der „kranke Volkskörper“ – Zeitreflexionen mittels medizinischer und organischer Denk- und Sprachbilder 343
   3.3 Grenzen der „Gemeinschaft“ – die Konstruktion des „inneren Feindes“ 363
4. „Volk“, Partei, Parlament? – Die republikanische Staatsform in der Kritik 373
   4.1 „Gemeinwohl“ und „Herrschaft der Besten“ versus „Sonderinteressen“ und Macht der „Massen“ – Parteien- und Parlamentarismuskritik im politischen Spektrum der Mitte . . . 373
   4.2 „Führer“ und berufsständische Ordnung als Alternativen zur Verfassungswirklichkeit von Weimar 393
5. Zwischenfazit: Erwartungen an „Einheit“ und „Volk“ in der Krise 403

VI. Fazit 405

Anhang 415
I. Genese und Entwicklung der wichtigsten untersuchten Zeitungen 415
1. Vorwärts 416
2. Berliner Tageblatt 417
3. Vossische Zeitung 419
4. Kölnische Zeitung 419
5. Germania 421
II. Bedeutung von „Volk“ und „Nation“ im Meyers und Brockhaus 1852–1934 423
III. Quellenverzeichnis 427
1. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) 427
2. Bundesarchiv Berlin (BArch) 427
3. Zeitungen 427
4. Parlamentaria 429
5. Editionen 430
6. Weitere gedruckte Quellen 431
IV. Literaturverzeichnis 435
V. Abkürzungsverzeichnis 453
VI. Abbildungsverzeichnis 457
VII. Personenregister 459

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die gekürzte und überarbeitete Fassung meiner 2013 an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) eingereichten und verteidigten Dissertation. Sie ist in den Jahren 2010 bis 2013 im Rahmen des von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten SAW-Projekts „Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts als Zäsurgeschichte – Das Beispiel der frühen Weimarer Republik" am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) entstanden.

Viele Menschen haben mich bei der Arbeit unterstützt: Ihnen allen gebührt mein herzlicher Dank. Eine Promotion benötigt zeitlichen Freiraum und geistige Freiheit. Beides wurde mir in den vergangenen Jahren zuteil – und ich habe versucht, die mir gewährten Privilegien zu nutzen. Erwähnen möchte ich hier vor allem die Leibniz-Gemeinschaft, die das Projekt großzügig finanzierte, sowie das Institut für Zeitgeschichte, das – neben dem Herder-Institut (Marburg) und dem federführenden Institut für Deutsche Sprache (Mannheim) – mit meinem Teilprojekt an der Kooperation beteiligt war.

Dem IfZ gilt mein ganz besonderer Dank: Am Anfang stand das große Vertrauen, das die Institutsleitung unter Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller und Prof. Dr. Udo Wengst sowie der Projektbetreuer Prof. Dr. Thomas Raithel mir entgegenbrachten. Die Münchner Leonrodstraße wurde mir zu einem Ort des Forschens, der fachlichen Anregung und des wissenschaftlichen Austauschs. Hierzu beigetragen hat neben der exzellenten Ausstattung und der zuvorkommenden Unterstützung durch Bibliothek, Archiv, Verwaltung, Direktorat und Forschungsabteilung das gute kollegiale Arbeitsklima im Haus. Wichtig waren auch das freundschaftliche und fachliche Gespräch mit meinen Zimmerkollegen Dr. Markus Lammert, Sonja Schilcher M. A. und Dr. Sven Keller sowie der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen beim Mittagessen, in Doktorandenforen oder im IfZ-Kolloquium. Ich werde die Zeit am Institut in guter Erinnerung behalten.

Bleibende Verdienste um das Zustandekommen der vorliegenden Arbeit hat sich auch mein Projektbetreuer und Doktorvater Prof. Dr. Thomas Raithel erworben. In seiner ruhigen und unkomplizierten Art hatte er immer ein offenes Ohr und konnte mir stets hilfreiche Ratschläge geben. Seine fachliche Expertise und sein freundlicher, offener und verständnisvoller Umgang machten ihn zu einem Betreuer, wie man ihn sich als Doktorand nur wünschen kann. Zusammen mit den stellvertretenden Direktoren Prof. Dr. Udo Wengst und Prof. Dr. Magnus Brechtken begleitete er die Kooperation im Gesamtprojekt stets auf das Engste.

Ein weiterer großer Dank richtet sich an Prof. Dr. Andreas Wirsching. Als akademischer Lehrer hat er mich bereits während meines Studiums an der Universität Augsburg gefördert. Er verstand es immer wieder aufs Neue, meine Begeisterung für die Geschichtswissenschaft zu beflügeln. Obwohl er als IfZ-Direktor mit vielen Aufgaben ausgelastet ist, interessierte er sich stets für meine Arbeit und gab mir wichtige Ideen und Hinweise. Dass er sich bereit erklärte, die Zweitbetreuung zu übernehmen, ehrt mich. Des Weiteren danke ich herzlich PD Dr. Christian

Schwaabe vom Geschwister-Scholl-Institut der LMU, der in der Disputatio die Politikwissenschaft vertrat.

Besonderen Dank schulde ich Nadine Recktenwald M. A., die als studentische Hilfskraft im Projekt mich bei vielen Recherche- und Erfassungstätigkeiten unterstützte. Nur durch ihre Mithilfe konnte ich eine so große Anzahl an Quellen auswerten. Für seine Mithilfe im Rahmen eines IfZ-Praktikums danke ich ferner Manuel Glüer.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Projektkollegen in Mannheim und Marburg, mit denen ich in einem regen wissenschaftlichen Austausch stand. In gemeinsamen Gesprächen loteten wir Chancen wie Grenzen der Interdisziplinarität aus und versuchten, unser Projekt zu einem wissenschaftlichen Gewinn für alle beteiligten Disziplinen werden zu lassen. Neben der Gesamtkoordinatorin Prof. Dr. Heidrun Kämper geht mein Dank an Dr. Agnes Laba, Dr. Uta Koppert-Maats, Dr. Melanie Seidenglanz, Dr. Dominik Mauer und Dr. Ruth Mell. Ebenfalls bin ich froh und dankbar dafür, dass mir auf verschiedenen Tagungen und Workshops, in Kolloquien und Oberseminaren, die Gelegenheit gegeben wurde, mein Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen Community vorzustellen und konstruktive Anregungen zu erhalten.

Wichtig für den eigenen Denkhorizont war der Austausch mit meinen ehemaligen Augsburger Kommilitonen und meinen „Historikerfreunden". Sie halfen beim Blick über den thematischen Tellerrand. Nicht zuletzt möchte ich mich bei ihnen für durchdiskutierte Nächte, motivierende Anregungen und gute persönliche Gespräche – kurz: für die uns verbindende Freundschaft bedanken. Herzlicher Dank gebührt vor allem Dr. Stephanie Armer, Dr. Alexander Denzler, Martin Gruner M. A., Dr. Stefan Grüner, Dr. Peter Keller, Dr. Christian Kirchen, Dr. Monika Müller, Dr. Bernd Schilcher, Hendrik Schmehl M. A., Armin Schott und Dr. Markus Seemann. Sie haben etwa durch anregende Fragen, methodische Ideen, Literatur- und Quellenhinweise sowie durch das Lesen und Korrigieren des Textes zum Entstehen dieser Arbeit beigetragen.

Für die Aufnahme meiner Studie in die Reihe „Quellen und Darstellungen" danke ich Prof. Dr. Magnus Brechtken und dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte. Die redaktionelle Betreuung des Manuskripts im Verlag De Gruyter/Oldenbourg lag in den zuverlässigen Händen von Gabriele Jaroschka, das gründliche Lektorat in denen von Dr. Katja Klee – ihnen sei ebenfalls herzlich gedankt.

Last, but not least möchte ich meinen Eltern, Monika Hestermann-Retterath und Peter Jürgen Retterath, für ihre uneingeschränkte Unterstützung nicht nur in Studium und Promotion den größten Dank aussprechen.

München, im November 2015

I. Einleitung

Im gegenwärtigen politischen Sprachgebrauch der Bundesrepublik wird das Wort „Volk" selten verwendet. Stattdessen sprechen Politiker in Parlamentsreden oder Talksendungen lieber von den „Mitbürgerinnen und Mitbürgern",[1] den „Menschen draußen im Land",[2] flüchten sich in – zumeist „ungegenderte" – Sprachbilder wie jenes von dem „kleinen Mann"[3] oder bedienen sich (pseudo-) individualisierter Floskeln wie der von der „schwäbische[n] Hausfrau",[4] der „Krankenschwester"[5] oder der „Kindergärtnerin[…]",[6] wenn es um das „einfache Volk" geht. Eine weitere Strategie besteht darin, statt „Volk" das stärker (sozial-) wissenschaftlich klingende Wort „Bevölkerung" zu gebrauchen.

Die wichtigste Ursache für die Vermeidung des Volksbegriffes liegt im Umstand, dass das Wort – vor allem in der Zeit des Nationalsozialismus – mit nationalistischem und rassistischem Gedankengut aufgeladen war und daher heute historisch belastet ist. Zudem haftet dem Begriff ein pathetisch-emphatischer Klang an, der in der nüchternen politischen Sprache der Gegenwart unpassend wirkt. Hinzu kommt, dass der ständige Rekurs auf das „Volk" als Inbegriff einer populistischen Demagogie gilt, die sich auf kurzzeitige Stimmungen bezieht und der vox populi nach dem Mund redet. Der Volksbegriff ist somit in Verruf geraten und wird heute weitgehend vermieden.

Während der Weimarer Republik gehörte „Volk" hingegen zu den am häufigsten verwendeten Begriffen in der journalistischen und parlamentarischen Sprache. Die Berufung und der Bezug auf das „Volk" waren in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg omnipräsent. Dabei lässt sich feststellen, dass Redner jeglicher politischer Couleur und Zeitungen unterschiedlichster weltanschaulicher Ausrichtung den Begriff gebrauchten. Dies war, so zeigt sich bei näherem Hinsehen, vor allem dadurch möglich, dass der Begriff unterschiedliche Bedeutungen und Potenziale in sich barg.

[1] Angela Merkel, Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin (Textversion), 31. Dezember 2011, http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Pressemitteilungen/BPA/2011/12/2011-12-31-neujahresansprache.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[2] Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 17. Wahlperiode, 87. Sitzung vom 27. Januar 2011, Rede von Hartmut Koschyk (CSU, Parl. Staatssekretär im Finanzministerium), S. 9835.

[3] Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 17. Wahlperiode, 134. Sitzung vom 21. Oktober 2011, Rede von Stephan Stracke (CSU), S. 15933.

[4] So etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart im Dezember 2008: Stefan Braun, In der Ruhe sucht sie Kraft, in: SZ (64), 02. Dezember 2008, Nr. 280, S. 3.

[5] Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 17. Wahlperiode, 149. Sitzung vom 15. Dezember 2011, Rede von Matthias W. Birkwald (Die Linke), S. 17803.

[6] Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 17. Wahlperiode, 94. Sitzung vom 25. Februar 2011, Rede von Karl Schiewerling (CDU), S. 10727.

„Was ist das Volk?“[7] – dieser Frage, die der sozialdemokratische VORWÄRTS im November 1918 aufwarf, geht die vorliegende Studie nach. Dabei stehen die Verwendungskontexte, die Inhalte und die Bedeutungen des Wortes während der Umbruch- und Formierungsphase zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik im Mittelpunkt des Interesses. Die Untersuchung der Volks- und Gemeinschaftskonzepte der Jahre 1917 bis 1924 nimmt in den Blick, ob sich in der Weimarer Republik eine angemessene Sprache für die pluralistische Demokratie entwickelte und ob auch im politischen Spektrum der Mitte Denkkategorien verbreitet waren, derer sich die Nationalsozialisten später bedienen konnten.

1. Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Volksbegriff in der politischen Zäsur zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Durch die infolge des Umbruchs eingeführte parlamentarische Demokratie veränderte sich die Bedeutung des „Volkes“ im politischen Gefüge des Deutschen Reichs. War gemäß der Verfassung des Kaiserreichs noch der aus den Vertretern der Bundesstaaten zusammengesetzte Bundesrat Träger der höchsten Macht im Staate gewesen,[8] so wandelte sich dieser Zustand im Umbruch des Jahres 1918/19 von Grund auf: Das „Volk“ wurde mit der Novemberrevolution und der neuen Reichsverfassung vom August 1919 der „Souverän“, von dem alle Staatsgewalt ausging.[9] Demokratie als „Volksherrschaft“[10] setzte und setzt allerdings voraus, dass sich alle Akteure im Klaren darüber sind, was das „Volk“ ist, wer ihm angehört und wie es seinen Willen zum Ausdruck zu bringen vermag. Der Volksbegriff war aber nicht nur für die Anhänger einer liberalen, repräsentativen Demokratie von entscheidender Bedeutung, auch im Lager der Radikalnationalisten, die anstatt einer parlamentarischen Republik einen autoritären („Führer-“) Staat herbeisehnten, gehörte – wie im Weiteren immer wieder deutlich wird – „Volk“ zum Grundvokabular. Ausgehend von der Beobachtung, dass „Volk“ als einer der wichtigsten politischen Begriffe in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen werden kann,[11] sollen hier die Verwendungen und Bedeutungen des Wortes untersucht werden.

[7] Friedrich Stampfer, Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte, in: Vorwärts (35), 13. November 1918, Nr. 312, S. 1 f., hier: S. 1.

[8] Vgl. Präambel in Verbindung mit Art. 6 und Art. 9. Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871, in: Bundes-Gesetzblatt des Deutschen Bundes Nr. 16, 1871, S. 63–85.

[9] „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Art. 1 II. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, in: RGBl., 14. August 1919, Nr. 152, S. 1382–1418.

[10] Demokratie, Brockhaus' Konversations-Lexikon, Bd. 4: Chemnitzer bis Differenz (1903), Leipzig 1901–1904, S. 630 f., hier: S. 630.

[11] So konstatiert Reinhart Koselleck: „Kaum ein Begriff hat für den politischen Sprachgebrauch zwischen 1914 und 1945 eine so zentrale Rolle gespielt wie ‚Volk‘.“ Fritz Geschnitzer/Reinhart Koselleck/Bernd Schönemann/Karl Ferdinand Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7: Verw–Z, Stutt-

Daneben stehen weitere Begriffe[12], die zu „Volk" partiell synoym verwendet wurden, im Mittelpunkt des Interesses. Dies sind vor allem Substantivkomposita und -derivationen wie „Volksgemeinschaft" oder „Volkstum", die zugehörigen Adjektiv- und (sofern vorhanden) Verbverbindungen wie „völkisch" oder „umvolken", aber auch Neben- und Gegenbegriffe wie „Nation", „Rasse", „Masse", „Stamm" sowie deren Ableitungen und Zusammensetzungen.[13]

Des Weiteren befinden sich – sofern sie Bezug auf die Sphäre des Staates bzw. der Gesamtgesellschaft nehmen – Wörter aus dem Begriffsfeld „Gemeinschaft" im Fokus der Untersuchung. Einheits-, Gemeinschafts- und Volksvorstellungen waren eng miteinander verknüpft. So ging es beim Sprechen über das „Volk" häufig nicht um das „Volk" selbst, sondern das Wort wurde zur Thematisierung von anderen Ideen wie zum Beispiel von Einheits- und Geschlossenheitsvorstellung gebraucht.[14] Daher liegt es nahe, beide semantischen Felder zusammen zu unter-

gart 1992, S. 141–431, hier: S. 389. Ähnlich schreibt Kurt Sontheimer fokussiert auf seinen Untersuchungsgegenstand: „Unter den Grundbegriffen des antidemokratischen Denkens der Rechten ist der Volksbegriff ohne Zweifel einer der wesentlichsten und politisch trächtigsten." Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1968, S. 244.

[12] Mit „Begriff" soll in dieser Studie in Anlehnung an Heidrun Kämper eine lexikalische Einheit (zumeist ein Wort) bezeichnet werden, welche die „Merkmale der Relevanz und Komplexität" aufweist. Heidrun Kämper, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945, Berlin 2005, Zitat: S. 102 f. Beide Schwellen sind dabei niedrig anzusetzen. Unter „Relevanz" wird die gesellschaftliche Bedeutung eines Begriffes für die Darstellung von politischen und sozialen Gegebenheiten verstanden; mit „Komplexität" ist die doppelte Funktion eines Begriffes gemeint. Zum einen bündelt er verschiedene Aspekte in einem Lexem, zum anderen verfügt er weiterhin über eine relative Bedeutungsoffenheit. Vgl. Kämper, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit, S. 100–103. Für Reinhart Koselleck spielt dieser Aspekt ebenfalls eine wichtige Rolle. Er betont die Offenheit von Begriffen, wenn er definiert, dass „Begriffe […] Konzentrate vieler Bedeutungsgehalte" seien: „Im Begriff fallen Bedeutung und Bedeutetes insofern zusammen, als die Mannigfaltigkeit geschichtlicher Wirklichkeit in die Mehrdeutigkeit eines Wortes so eingeht, daß sie nur in dem einen Wort ihren Sinn erhält, begriffen wird. Ein Wort enthält Bedeutungsmöglichkeiten, der Begriff vereinigt in sich Bedeutungsfülle. Ein Begriff kann also klar, muß aber vieldeutig sein. […] Überspitzt formuliert: Wortbedeutungen können durch Definitionen exakt bestimmt werden, Begriffe können nur interpretiert werden." Reinhart Koselleck, Einleitung, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1: A–D, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII, hier: S. XXII f.

[13] Ein ganz ähnliches Begriffsfeld untersucht die Studie von Szilvia Odenwald-Varga. Sie nimmt die Ausdrücke „Volk", „Bevölkerung", „Masse", „Nation", „Pöbel", „Rasse", „Stamm" und „Untertan" in den Blick. Für den Untersuchungszeitraum der hier vorliegenden Studie ist allerdings die Verwendung der Begriffe „Pöbel" und „Untertan" von äußerst geringer Bedeutung. Sie wurden daher auch nicht ins Begriffsfeld aufgenommen. In ihrer Arbeit lässt Odenwald-Varga dagegen das Gemeinschaftsvokabular, das auch schon zur Zeit Bismarcks eng mit dem Volksbegriff verbunden war, unberücksichtigt. Vgl. Szilvia Odenwald-Varga, „Volk" bei Otto von Bismarck. Eine historisch-semantische Analyse anhand von Bedeutungen, Konzepten und Topoi, Berlin 2009, S. 3.

[14] Vgl. Alexander von Bormann, Volk als Idee. Zur Semiotisierung des Volksbegriffes, in: idem (Hrsg.), Volk – Nation – Europa. Zur Romantisierung und Entromantisierung politischer Begriffe, Würzburg 1998, S. 35–56, hier: S. 47. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch am

suchen. Neben den Wörtern „Gemeinschaft", „Einheit", „Einigkeit", „Geschlossenheit" oder „Einmütigkeit" sollen zudem Gegenbegriffe wie „Uneinigkeit", „Zerrissenheit" oder „(Parteien-) Hader" – sowie jeweils ihre Komposita und Derivationen – Beachtung finden. Dieses Netz an Wörtern ermöglicht es, in dem zu erforschenden Begriffsfeld nach Verwendungen, Häufigkeiten und Bedeutungsveränderungen zu suchen – und somit nach neuen Erkenntnissen zum politischen und gesellschaftlichen Sprachhaushalt der Weimarer Republik. Dass trotz dieses großen Begriffsfeldes dennoch nicht alle Wörter erfasst sind, die in den hier untersuchten Bedeutungen gebraucht werden können, ist unbestritten. So lassen sich etwa Bezeichnungen wie „Deutschland", „das Deutsche Reich" oder „wir" in demselben Sinne wie „Volk", „Nation" oder „Gemeinschaft" verwenden, müssen aber aus der in dieser Arbeit zu leistenden empirischen Untersuchung ausgeklammert bleiben, da andernfalls das Begriffsfeld uferlos zu werden droht.[15] Innerhalb des festgelegten semantischen Feldes soll eine Mischung aus Quer- und Längsschnittanalyse den Befund auf eine möglichst breite Quellenbasis stellen.

Neben dieser dargelegten ersten Begrenzung des Untersuchungsfeldes mittels Definition relevanter Begriffe bedarf es, um die Sprache in der Umbruchphase 1918/19 erforschen zu können, weiterer Fokussierungen. Für die vorliegende Arbeit wurde eine dreifache Beschränkung gewählt, die neben dem semantischen Feld den Zeitraum sowie die zu untersuchenden politisch-gesellschaftlichen Milieus absteckt.

Die große Menge an zeitgenössisch publizierten Texten[16] bringt das Problem mit sich, dass der Anspruch auf Repräsentativität oder gar Vollständigkeit in einer historisch-semantisch ausgerichteten Studie kaum erfüllt werden kann, wenn der Untersuchungsgegenstand nicht gleichzeitig so stark eingegrenzt wird, dass die Ergebnisse schließlich nur von geringer Relevanz für ein größeres Forschungsfeld sein werden. Dieser Falle versucht die vorliegende Arbeit dadurch zu entgehen, dass sie – neben der Fokussierung auf die genannten Begriffe und auf die noch zu erläuternden politischen Milieus – einen Mittelweg beim Abstecken des Untersuchungszeitraums einschlägt: Eine zeitliche Eingrenzung auf die Phase des Verfassungswandels im Deutschen Reich, die sich von Oktober 1918 bis August 1919 erstreckt, wird für die Untersuchung von sprach- und ideengeschichtlichen Ver-

Kompositum „Volksgemeinschaft", auf das im Folgenden noch näher eingegangen werden soll.

[15] Auf das Problem des zu untersuchenden Kontextes und die daraus resultierende forschungspraktische Folge, dass es „keine Grenzen mehr [gibt]", hat schon Reinhart Koselleck in Reaktion auf seine Kritiker hingewiesen. Reinhart Koselleck, Hinweise auf die temporalen Strukturen begriffsgeschichtlichen Wandels, in: Hans Erich Bödeker (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 29–47, hier: S. 32.

[16] So wird etwa für das Jahr 1932 die Gesamtzahl der deutschen Zeitungstitel auf 4500 bis 4700 geschätzt. Vgl. Eberhard Georgii, Zur Statistik der deutschen Zeitungen, in: Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1932, S. 17–22, hier: S. 18. Die Fülle an anderen Periodika sowie publizierten Monografien, Sammelwerken und grauer Literatur lässt sich kaum seriös beziffern.

änderungen kaum ausreichend sein. Wenn dieser Abschnitt auch den Kern der Zäsur darstellt, so soll hier eine breitere Umbruchphase in den Blick genommen werden. Für den Beginn des Untersuchungszeitraums bietet sich der Sommer 1917 an. Damit befindet sich die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit ebenso wie die intensive Debatte um die Änderung des preußischen Wahlrechts und um die Parlamentarisierung des Kaiserreichs im Fokus der Arbeit. Dieser frühe Beginn der Untersuchung ermöglicht es zudem, den Zeitraum vor der politischen Zäsur im Herbst 1918 als Vergleichsfolie zu nutzen. Ihren Endpunkt findet diese Studie im Sommer 1924. Das „Krisenjahr“[17] 1923 mit Ruhrbesetzung, Inflation und Hitler-Putsch wird gemeinhin als Abschluss der Konsolidierungsphase der Weimarer Republik angesehen.[18] Aus heutiger Sicht begann im Jahr 1924 für die junge deutsche Demokratie eine Periode relativer Stabilität, die jedoch durch neue dunkle Wolken am Horizont getrübt wurde, etwa angesichts der verheerenden Ergebnisse für die republikanischen Parteien bei den Reichstagswahlen im Mai 1924. Mit dem Blick bis 1924 kann somit der Sprachhaushalt in den krisenhaften Jahren der jungen Republik bis zum Zeitpunkt einer verhältnismäßigen Beruhigung der Lage in Augenschein genommen werden. Die Jahre 1919 bis 1924 waren für die Geschichte Weimars prägend.[19]

Dieser hier zu bearbeitende Zeitraum von sieben Jahren vermag nur einen kleinen Einblick in die semantische Entwicklung des Volksbegriffes gewähren. Sprache, Bedeutungen und Ideen verändern sich nicht von einem auf den anderen Tag, sondern unterliegen einem langfristigen, komplexen und kaum steuerbaren Wandlungsprozess.[20] Jedoch ist anzunehmen, dass gesellschaftliche und politische

[17] „Krise“ sei dabei zunächst einmal als ein narratives Konstrukt verstanden. Sie wurde teilweise von den Zeitgenossen, teilweise auch erst in der Rückschau als solche wahrgenommen. Falls die Kategorie als analytischer Begriff angewendet wird, muss der konstruktivistische Charakter und die Ursprungsbedeutung von „Krise“ als eine „offene Situation“ im Auge behalten werden. Vgl. Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo, Einleitung. Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005, S. 9–41, hier: S. 12f. u. 15.

[18] Vgl. hierzu etwa Horst Möller, Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie, München 2008, S. 146.

[19] Vgl. Christoph Gusy, Das Demokratiekonzept der Weimarer Reichsverfassung, in: Jura (17), 1995, Nr. 5, S. 226–234, hier: S. 234.

[20] Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung“ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 41–64, hier: S. 41. Zum Veränderungstempo der Sprache auch: Reinhart Koselleck/Christof Dipper, Begriffsgeschichte, Sozialgeschichte, begriffene Geschichte. Reinhart Koselleck im Gespräch mit Christof Dipper, in: NPL (43), 1998, S. 187–205, hier: S. 189. Horst Dieter Schlosser bezeichnet die Weimarer Republik als eine aus Sicht der Sprachgeschichte „nicht […] klar abgrenzbare ‚Epoche‘“ und verweist auf die Fortsetzung von vielen im 19. Jahrhundert beginnenden Entwicklungen. Vgl. Horst Dieter Schlosser, Einleitung „Das Deutsche Reich ist eine Republik“. Vom inneren Zwiespalt des Weimarer Staates, in: idem (Hrsg.), Das Deutsche Reich ist eine Republik. Beiträge zur Kommunikation und Sprache der Weimarer Zeit, Frankfurt am Main 2003, S. 7–16, hier: S. 14. Zur Diskussion über die sprachgeschichtliche Periodisierung und mit einem Plädoyer für die Betrachtung der Weimarer Republik als eigenständige sprachhistorische Periode: Thorsten Eitz, Zum Konzept

Umbrüche zu einer Modifikation von Richtung und Geschwindigkeit solcher Entwicklungen beitragen können.[21] „Umbruch" soll dabei im Sinne Anselm Doering-Manteuffels als eine Phase der Überlagerung zweier Zeitschichten angesehen werden, „von denen die ältere zunehmend an Verbindlichkeit für gesellschaftliches und politökonomisches Handeln verliert, während die jüngere gerade erst ihre Geltungsprinzipien, ihre Begriffe herausbildet".[22]

Da die historische und politikwissenschaftliche Weimar-Forschung lange Zeit ihr Hauptaugenmerk auf das „antidemokratische" Denken der Republikgegner gelegt hat, blieb die Vermischung von „demokratischem" und „antidemokratischem" Denken *innerhalb* des sich zur Republik bekennenden politischen Spektrums außerhalb ihres Blickfeldes. Dabei scheint gerade die Frage, was die Anhänger der zur Großen Koalition von Weimar gehörenden Parteien meinten, wenn sie von „Volk", „Nation", „Volksgemeinschaft" oder „Einheit" sprachen, wichtige Erkenntnisse über die Fundierung des neuen Staatswesens liefern zu können. Wie „demokratisch" war das Denken, wenn sich Mitglieder dieses Spektrums auf den „Volkswillen" beriefen oder in ihren Reden von der „Seele des Volkes"[23] sprachen? Somit stehen in dieser Studie diejenigen Weimarer Parteien im Mittelpunkt, die bis 1924 an einer Reichsregierung beteiligt waren. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass eine Aufgabe des Reichstags und der darin vertretenen Parteien die „regierungstragende Funktion" war, die ein gewisses Maß an Systemloyalität sowie die Bereitschaft voraussetzt, auf dem Boden der Verfassung Regierungsverantwortung zu übernehmen.[24] Seitens der KPD, der NSDAP sowie der „völkischen" Splitterparteien war ein solches Bekenntnis zum Weimarer Staat nicht vorhanden; im Gegenteil: Ihre Politik zielte auf die Ablösung der Republik durch eine Diktatur. Die Haltung der konservativen DNVP war diesbezüglich nicht ein-

einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik, in: Aptum (5), 2009, Nr. 1, S. 1–17, hier: S. 1 u. 11.

[21] Allgemein zur „Ereignishaftigkeit sprachlicher Innovationen": Heidrun Kämper, Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte. Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung, in: Heidrun Kämper/Ludwig Maximilian Eichinger (Hrsg.), Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung, Berlin 2008, S. 198–224, hier vor allem: S. 199–204 u. 217–219. Zur Veränderung von politischem Vokabular infolge gesellschaftlicher Zäsuren vgl. Walther Dieckmann, Sprache in der Politik, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, München 1980, S. 47–64, hier: S. 49 f.

[22] So Doering-Manteuffel zu der Überlagerungsphase im Ordnungsdiskurs zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren. Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung" in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, hier: S. 42.

[23] So etwa: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 1118; ähnlich z. B. auch: [Franz] Ehrhardt, Die Ursachen des deutschen Niederganges, in: Germania (53), 15. Oktober 1923, Nr. 286, S. 1 f., hier: S. 2.

[24] Zur regierungstragenden Funktion der Parteien in der Weimarer Republik: Thomas Raithel, Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919–1933/40. Ein funktionaler Vergleich, in: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 283–314, hier vor allem: S. 287–293.

heitlich und radikalisierte sich im Laufe der 1920er-Jahre.[25] In der vorliegenden Studie wird sie auch deshalb nicht im Mittelpunkt stehen, da die Partei bis 1924 an keiner Reichsregierung beteiligt war. Zu den politischen Strömungen, die der Republik bejahend bis skeptisch, aber nicht gänzlich ablehnend gegenüberstanden, gehörten die Sozialdemokratie[26], der Links- und Nationalliberalismus sowie der politische Katholizismus. Für diese Strömungen standen in der Weimarer Republik die Parteien (M)SPD, DDP, DVP und Zentrum. Vor allem die Haltung der nationalliberalen DVP war alles andere als eindeutig republikbejahend, doch trat die Partei erstmals im Juni 1920 in eine Koalition auf Reichsebene ein und brachte damit ihre Bereitschaft zum Ausdruck, – ungeachtet ihrer weiterhin existierenden Vorbehalte gegenüber der neuen Staatsform – aktiv an den Geschicken der Republik mitzuwirken. Daher scheint es gerechtfertigt, für diese Untersuchung den klassischen Kanon der „Weimarer Koalition" um die Deutsche Volkspartei zu erweitern, ohne dass ihr – wie im Übrigen auch den anderen Parteien – damit ein Persilschein in Sachen Republiktreue ausgestellt werden soll. Bei der Betrachtung der spezifischen Parteienlandschaft und dem erstarkenden Extremismus in der Weimarer Republik lassen sich die genannten Regierungsparteien als Spektrum einer funktionalen und breit gedachten „politischen Mitte" verstehen, wobei dadurch weder die Linksorientierung der (M)SPD noch antirepublikanische Tendenzen innerhalb der DVP und des Zentrums in Abrede gestellt werden sollen. Vielmehr konstituiert sich die „Mitte" – so wie sie in dieser Studie gefasst wird – in Abgrenzung zu den gänzlich systemfeindlichen Parteien und ihren Anhängerschaften.[27] Mit der skizzierten Fokussierung des Untersuchungsfeldes wendet die

[25] Vgl. Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2005, S. 323–331 u. 422–427.

[26] Wenn im Folgenden von „Sozialdemokratie" oder „sozialdemokratisch" die Rede sein wird, sind damit die Mitglieder bzw. Anhänger der SPD, MSPD bzw. VSPD gemeint. Um Missverständnisse zu vermeiden, soll der Begriff „Mehrheitssozialdemokraten" bzw. „mehrheitssozialdemokratisch" in den Fällen verwendet werden, in denen eine Verwechslungsgefahr zwischen Sprechern aus dem Lager der USPD und denen aus dem der MSPD besteht.

[27] Die hier verwendete Bezeichnung „politische Mitte" stimmt mit der Definition von Andreas Hillgruber überein. Dieser wendet den Begriff auf die Parteien „von SPD über Zentrum und Deutsche Demokratische Partei bis zur Deutschen Volkspartei einschließlich der ihnen zuzurechnenden gesellschaftlichen Kräfte" an. Andreas Hillgruber, Die politischen Kräfte der Mitte und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Heinrich Bodensieck (Hrsg.), Preußen, Deutschland und der Westen. Auseinandersetzungen und Beziehungen seit 1789, Göttingen 1980, S. 155–175, hier: S. 156. Diese Definition legt implizit auch Thomas Raithel in seiner Studie zugrunde. Thomas Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005, S. 64. Zur abstrakten Definition von „Mitte" als „nur im Gesamtgefüge der jeweiligen politischen Gruppierungen" zu verwendender Begriff: Rudolf Vierhaus, Die politische Mitte in der Weimarer Republik, in: GWU (15), 1964, Nr. 3, S. 133–149, hier: S. 134. Als ein Kriterium für die Zugehörigkeit zur „Mitte" nennt Vierhaus das Eintreten der jeweiligen Partei „für die liberale Demokratie der Weimarer Republik". Vierhaus, Die politische Mitte in der Weimarer Republik, hier: S. 138. Der von Vierhaus vorgenommene Ausschluss der SPD aus der „politischen Mitte" kann aufgrund der vom Autor zuvor selbst festgelegten Kriterien nicht überzeugen. Er wird einzig damit begründet, dass die SPD im „Selbstverständnis der

Studie nicht das lange vorherrschende starr binäre Interpretationsmodell „republikanisch versus antirepublikanisch“ an, sondern nimmt stattdessen die Veränderungen, Nuancen und Vermischungen der verschiedenen Vorstellungen innerhalb des sich zur Republik bekennenden Spektrums in den Blick.

Die vorliegende Studie möchte nach dem im entsprechenden Milieu[28] Akzeptierten, nach dem „Sagbaren“[29] fragen. Dabei muss die Untersuchung zwei Aspek-

überwiegenden Mehrzahl der Wähler“ eine sozialistische Klassenpartei geblieben sei. Vierhaus, Die politische Mitte in der Weimarer Republik, hier: S. 138.

[28] Als „Milieu“ sei hier, angelehnt an das Konzept der sozial-moralischen Milieus von Mario Rainer Lepsius, die noch in der Weimarer Republik vorherrschende starke Bindung einzelner sozialer Gruppen an bestimmte politische Parteien bzw. Richtungen („Gesinnungsgemeinschaften“) bezeichnet. Ausschlaggebend für die Bildung solcher „sozialmoralische[r] Einheit[en]“ waren religiöse, regionale, soziale und wirtschaftliche Faktoren. Zusammenfassend: Mario Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: idem (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50, hier vor allem: S. 37 f. Lepsius konstatiert, dass das Parteiensystem mit den „sozio-kulturellen Milieus eng verbunden“ war, die Parteien aus den Milieus entstanden und auf sie fixiert blieben; vgl. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, hier: S. 47. Dabei kann an dieser Stelle auf die Diskussion, ob sich bei Konservatismus und Liberalismus von einem entsprechenden Milieu im engeren Sinne sprechen lässt, nicht eingegangen werden. Festzuhalten bleibt, dass die Bindungskräfte vor allem des katholischen und sozialdemokratischen Milieus hoch waren. Waren diese im liberal-protestantischen Spektrum auch möglicherweise ungleich geringer ausgeprägt, so gab es dennoch eine Anhängerschaft, die sich zu einem großen Teil aus bestimmten Schichten zusammensetzte. Daher soll hier trotz dieser Einwände der Milieubegriff verwendet werden. Zu den Chancen des Begriffes auch: Benjamin Ziemann, Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 43–82, hier: S. 53 f. Ebenfalls zum Milieubegriff bei Lepsius und seiner Anwendung auf die Weimarer Republik: Gangolf Hübinger, „Sozialmoralisches Milieu“. Ein Grundbegriff der deutschen Geschichte, in: Steffen Sigmund (Hrsg.), Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden 2008, S. 207–227. Zur Geschichte des Milieubegriffes und des aus ihm aufbauenden Konzeptes der fragmentierten Teilkulturen in der Weimarer Republik: Andreas Wirsching, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2008, S. 89–95; ebenfalls: Dietmar Schirmer, Politisch-kulturelle Deutungsmuster. Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 31–60, hier: S. 31 f. Zum bürgerlich-protestantischen Lager und dessen Ausdifferenzierung in der Weimarer Republik: Frank Bösch, Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 151–182, hier: S. 151–153. Zum sozialdemokratischen Milieu in der Weimarer Republik, mit der These von der „Blütezeit für die sozialdemokratische Arbeiterkultur“: Peter Lösche/Franz Walter, Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 161–187, Zitat: S. 163.

[29] Damit wird zugleich nach dem Diskurs, der hinter dem „Sagbaren“ steht, gefragt. Nach Achim Landwehr ist der Diskurs das Regelwerk dafür, was das „Sagbare, Denkbare, Machbare“ ist. Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2008, S. 21. Den Begriff des „Sagbaren“ verwenden: Willibald Steinmetz, Das Sagbare und das Machbare. Zum

te im Auge behalten: Auf der einen Seite stehen die Reden der Spitzenpolitiker im Reichstag sowie die Programmatik der genannten Parteien. Auf der anderen Seite soll nach dem alltäglichen Horizont des Sagbaren gefahndet werden, der sich anhand von Leitartikeln der parteinahen Presse aufzeigen lässt. Trotz der beschriebenen Fokussierung auf das genannte Parteienspektrum sollen und dürfen die anderen politischen Gruppierungen, die der Republik distanziert bis ablehnend gegenüberstanden, nicht gänzlich aus dem Blickfeld geraten. Allein um einen Vergleichsmaßstab zu besitzen, der es ermöglicht, potenzielle Unterschiede und Spezifika des Wortschatzes feststellen zu können, um das Reagieren auf und das Aufgreifen von Semantiken aus anderen politischen Strömungen herauszuarbeiten und um die Untersuchungsergebnisse in einen Kontext einzuordnen, bedarf es – insbesondere bei politisch tief greifenden Ereignissen – immer wieder des kursorischen Blickes auf die Wortwahl der Republikfeinde. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf der Reichsebene; die föderale oder kommunale Ebene wird nur in Einzelfällen berücksichtigt. Ebenso kann sich die vorliegende Studie – wie die allermeisten historisch-semantisch arbeitenden Untersuchungen – nur auf eine Erscheinungsform von Sprache beziehen: die geschriebene bzw. verschriftlichte Sprache. Das gesprochene Wort hingegen ist nur unzureichend überliefert und schlägt sich kaum in seriellen Quellen nieder. Daher muss sich auch diese Arbeit auf das Geschriebene und zumeist zeitgenössisch Veröffentlichte konzentrieren, kann sich also gleichsam nicht auf eine tiefere Ebene der alltäglichen, verbalen Sprachverwendung begeben.

Innerhalb und mittels dieser dreifachen Einschränkungen von Begriffsfeld, Zeitraum und Milieu sollen folgende Fragen zum Sprachgebrauch und zum politischen Denken im ausgehenden Kaiserreich und in der Weimarer Republik beantwortet werden:

1. Mit welchen Bedeutungen versuchten die unterschiedlichen politischen Kräfte, den Volksbegriff zu besetzen und welche Rolle spielte er im politischen Kampf um die künftige Staatsform Deutschlands, also in der Auseinandersetzung um Monarchie, Republik oder Diktatur?
2. Welchen Stellenwert nahmen Wörter wie „Gemeinschaft", „Einheit", „Geschlossenheit" und ihre jeweiligen Gegenbegriffe wie „Zwietracht", „Zerrissenheit", „(Parteien-) Hader" oder „Vielfalt" und „Verschiedenheit" im politischen Diskurs der jungen Republik ein und welche Gemeinschaftskonzepte fanden sich bei dem zur Regierungsverantwortung bereiten Parteienspektrum?
3. Inwiefern brachte der politische Wandel des Jahres 1918/19 auch eine sprachgeschichtliche Zäsur mit sich bzw. bildete sich in der Phase des Umbruchs ein spezifisch republikanischer Sprachgebrauch heraus?

Diese und weitere Einzelfragen sollen das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit bestimmen. Sie tragen dazu bei, zu neuen Erkenntnissen über die politi-

Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867, Stuttgart 1993; Manfred Frank, Das Sagbare und das Unsagbare. Studien zur neuesten französischen Hermeneutik und Texttheorie, Frankfurt am Main 1980.

sche Sprache und über das politische Denken in der Weimarer Republik zu gelangen. Besser als die lange Zeit vorherrschende, strikt bipolare Unterscheidung zwischen „demokratischem" und „antidemokratischem" Denken vermag das (hierzu nicht immer deckungsgleiche) Gegensatzpaar „pluralistisch" und „holistisch", die unterschiedlichen Beurteilungen von Politik und Gegenwart in der Weimarer Republik kategorial zu fassen und gleichzeitig die Ambivalenzen innerhalb der Milieus in den Blick zu nehmen. Da sich viele Radikalnationalisten zwar selbst als „Demokraten" betrachteten, die pluralistische, parlamentarisch-repräsentative Demokratie Weimarer Prägung aber rundheraus ablehnten, liefe eine Differenzierung in die Kategorien „demokratisch" und „antidemokratisch" Gefahr, entweder keine Unterschiede herausarbeiten zu können oder andernfalls die heute verwendete normative Konnotation ex post auf die Zwischenkriegszeit anzuwenden.[30] Die Unterscheidung zwischen einem „stratifizierte[n]" und einem „organisch verfasste[n]" Volkskonzept zielt dagegen zu stark auf die Längsschnittstrukturmerkmale.[31] Demgegenüber ist die analytische Einteilung „pluralistisch" – „holistisch" vorzuziehen. Während unter „pluralistischem" Denken eine Haltung verstanden werden kann, welche die Heterogenität einer ausdifferenzierten Gesellschaft zur Kenntnis nahm und dem Dissens Raum bot,[32] basierten „holistische" Sichtweisen auf der Vorstellung einer allumfassenden Ganzheit. Sie erwuchsen häufig aus einem tiefen Unbehagen an der industrialisierten Moderne und such-

[30] Hierzu etwa: Christoph Schönberger, Demokratisches Denken in der Weimarer Republik. Anfang und Abschied, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 664–669, hier vor allem: S. 665 f.; Hein Retter, Was heißt „demokratisches Denken" in der Weimarer Republik? Kritische Anmerkungen zum Konstrukt des Antidemokratismus und seiner Rezeption in der Erziehungswissenschaft, 27. September 2004, https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/paedagogik/sontheimer-kritik_doc.doc (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); Kathrin Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010, S. 186; Auf die empathische Verwendung des Demokratiebegriffes im „völkischen" Milieu geht auch Sontheimer ein, hält aber dennoch an seinen Analysekategorien fest: Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: VfZ (5), 1957, Nr. 1, S. 42–62, hier: S. 55–57.

[31] So das von Michael Mann verwendete Gegensatzpaar. Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007, S. 87.

[32] Den Begriff „Pluralismus" prägte Harold Laski im Jahr 1915 als Gegenbegriff zum „Monismus", durch Carl Schmitt (negativ konnotiert) fand die Bezeichnung Ende der 1920er-Jahre Eingang in die deutsche Diskussion. Vgl. Helmut Quaritsch, Zur Entstehung der Theorie des Pluralismus, in: DSt (19), 1980, Nr. 1, S. 29–56, hier vor allem: S. 29 u. 38–43. „Pluralismus" soll hier – wie auch „Holismus" – nicht als Quellenbegriff, sondern als Analysekategorie herangezogen werden. Die Kategorie „pluralistisch" wird in der Forschung zu Volks- und Demokratievorstellungen in der Weimarer Republik bereits verwendet bei: Heiko Bollmeyer, Das „Volk" in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 57–83, hier: S. 59. De facto unterscheidet auch Kathrin Groh anhand des hier verwendeten Gegensatzpaares. Sie betont, dass „antidemokratische Konzepte auf die Identität von Volk und Staat hinausliefen", während „demokratische Staatsentwürfe [versuchten,] gesellschaftliche Vielfalt über den Begriff des rechtlich konstituierten Staatsbürgervolkes in die Staatsorganisation hineinzuholen". Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 10, explizit: S. 186.

ten den Ausweg daraus unter Rückgriff auf organische Ideen. Indem das „Volk" als ein Körper – oder gar als ein erkrankter Organismus – betrachtet wurde, wurden ihm menschliche Eigenschaften zugeschrieben. Hinter einem solchen Gemeinwesen hatten der einzelne Mensch und seine Bedürfnisse tendenziell zurückzustehen. Die Anhänger eines „holistischen" Konzeptes lehnten es ab, das „Volk" in seiner Gesamtheit als Addition von Individuen zu betrachten und erblickten stattdessen im Ganzen mehr als die bloße Summe seiner Teile.[33] Im Gegensatz zur „pluralistischen" bot die „holistische" Anschauung keinen Raum für abweichende Meinungen und Minderheiten. Durch das Singularwort „Volk" konnte leicht überdeckt werden, dass die Mitglieder des „Volkes" keineswegs alle gleich und einer Meinung waren.[34] „Pluralismus" hingegen setzte die Anerkennung einer „hochgradig differenzierte[n] Gesellschaft[…]" voraus, „deren Bürger sich zu einer Vielzahl autonomer Gruppierungen […] zusammengeschlossen" hatten – wobei die politischen Parteien als typische Körperschaften der Interessenvertretung angesehen wurden. Als „normatives Ordnungsprinzip" basierte „Pluralismus" also auf „Heterogenität".[35] Die Existenz verschiedener Meinungs- und Interessenlagen wurde im „pluralistischen" Denken akzeptiert und ihre faire Austragung im Rahmen der vorhandenen Verfahren gefördert. Die hier vorgenommene Unterscheidung zwischen den beiden analytischen Kategorien „pluralistisch" und „holistisch" erlaubt es, grundlegende Unterschiede in den Weltbildern und Bedeutungshorizonten der verschiedenen Sprecher herauszuarbeiten.

2. Forschungsstand

Die Bedeutung des Volksbegriffes für die Geschichte der deutschen Zwischenkriegszeit ist seitens der Forschung schon früh erkannt worden. Der erste Blick richtete sich vor allem auf das antiliberale Gedankengut der Nationalisten. So

[33] Zum Holismus allgemein: Anne Harrington, Die Suche nach Ganzheit. Die Geschichte biologisch-psychologischer Ganzheitslehren: Kaiserreich, Nationalsozialismus, New-Age-Bewegung, Reinbek bei Hamburg 2002, vor allem S. 13–21, 24f. u. 70; allgemein zur Ganzheitssehnsucht in der Weimarer Republik: Schirmer, Politisch-kulturelle Deutungsmuster, hier: S. 56–58; die Kategorie „holistisch" in Anwendung auf den Volksbegriff vgl. Stefan Breuer/Ina Schmidt, Die Kommenden. Eine Zeitschrift der Bündischen Jugend (1926–1933), Schwalbach im Taunus 2010, S. 297; Michael Wildt, Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft" in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 24–40, hier: S. 28; Christiane Streubel, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2006, S. 329.

[34] Vgl. Margaret Canovan, The People, Cambridge 2005, S. 6.

[35] Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 255f. Zeitgenössisch waren pluralismustheoretische Überlegungen unter den liberalen Weimarer Staatsrechtlern unterschiedlich stark ausgeprägt. Am weitesten war die Anerkennung eines „Verbändepluralismus" bei Hermann Heller und Hans Kelsen fortgeschritten. Vgl. Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 272–279.

maß bereits Kurt Sontheimer in seiner 1960 an der Universität Freiburg eingereichten Habilitationsschrift dem Begriff „Volk" einen zentralen Stellenwert im „antidemokratische[n] Denken in der Weimarer Republik" bei.[36] „Volk" und andere Begriffen seien „verbale Symbole politischer Mythen" gewesen, die den antidemokratischen Denkern von Weimar als „Leitideen" für die „politische Tat" gedient hätten, so Sontheimer, der dabei allerdings außer Acht ließ, dass entsprechende Wörter auch von den Sympathisanten der Republik gebraucht wurden und dass ihnen je nach Sprecher unterschiedliche Bedeutungen zukamen.

Die mit Sontheimers Schrift einsetzende Untersuchung „antidemokratischen" Denkens verstellte lange Zeit die Sicht auf das „demokratische" Denken in der Weimarer Republik, auf unterschiedliche Konzepte von Volksherrschaft und auf ihre Umsetzungschancen in den Jahren nach der Novemberrevolution. Ab den 1980er-Jahren stand die Fokussierung der Geschichtsschreibung auf das Scheitern Weimars zunehmend in der Kritik. Dies führte schließlich zu einem Wandel in der Historiografie, infolgedessen der Weimarer Republik ein größeres Gewicht als eigenständige Epoche für die deutsche Geschichte zugeschrieben wurde.[37] Dennoch rückte das „demokratische" Denken und die ideengeschichtliche Diversität Weimars erst in den vergangenen Jahren verstärkt in das Blickfeld der Forschung.[38]

Während Studien zur „völkischen Bewegung", zum Aufstieg des Nationalsozialismus und zum nationalistischen Denken die Bedeutung des Volksbegriffes für das rechte politische Spektrum herausarbeiteten,[39] fanden die demokratischen

[36] Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (1968), S. 244. Die erste Auflage erschien 1962. Zur frühen Weimar Forschung: Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2010, S. 12 f.; Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009, hier vor allem: S. 537–542 u. 583–613, zusammenfassend S. 614–624. Ausführlich zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Werkes von Kurt Sontheimer: Riccardo Bavaj, Hybris und Gleichgewicht. Weimars „antidemokratisches Denken" und Kurt Sontheimers freiheitlich-demokratische Mission, in: ZF (3), 2006, Nr. 2, S. 315–321; ebenfalls auf das Forschungsprojekt Sontheimers eingehend: Ullrich, Der Weimar-Komplex, S. 605–610. Eine zeitgenössische kritische Würdigung der Studie Sontheimers vgl. Klaus Epstein, Rezension zu: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik von K. Sontheimer, in: HZ (197), 1963, Nr. 3, S. 657–666; ferner: Bavaj, Hybris und Gleichgewicht, hier: S. 318 f.; Retter, Was heißt „demokratisches Denken" in der Weimarer Republik?, [o. Pag.].

[37] So plädierte beispielsweise Detlev Peukert dafür, die Weimarer Republik als „Epoche eigener Art" zu betrachten: Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987, S. 10; zur Dominanz der Forschung über die Ursachen des Scheiterns der Republik: Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 2009, S. 155.

[38] Vgl. Wirsching, Die Weimarer Republik, S. 139.

[39] Als wichtige Arbeiten mit Überblickscharakter seien zu nennen: Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950; Synnöve Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution". Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933, Stockholm 1979; Jost Hermand, Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1988; George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1991; Stefan Breuer, Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001; Peter Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im

Ideen und der von ihren Denkern verwendete Volksbegriff bis in jüngste Zeit kaum Beachtung seitens der Geschichtswissenschaft. Erst in den vergangenen Jahren erschienen einige Monografien und Sammelbände, die sich unter anderem mit den republikanischen Volks- und Demokratiekonzepten in der Weimarer Republik beschäftigten. Zu nennen seien etwa die Habilitationsschrift Thomas Mergels zur parlamentarischen Kultur der Weimarer Republik,[40] der von Christoph Gusy herausgegebene Band über „Demokratisches Denken in der Weimarer Republik“[41] und die im Bielefelder Sonderforschungsbereich 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ entstandenen Arbeiten zur deutschen Zwischenkriegszeit[42] – unter diesen vor allem die geschichtswissenschaftliche Dissertation Heiko Bollmeyers über die Verfassunggebende Nationalversammlung von Weimar[43] und die juristische Habilitation von Kathrin Groh über „Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik“[44]. Beide Werke stellen in Bezug auf ihre jeweilige Fragestellung die Bedeutung des Volksbegriffes für die politischen Akteure beziehungsweise staatsrechtlichen Denker der Weimarer Republik heraus.[45] Ebenso liefert Mergel erste wichtige Hinweise auf die Bedeutung dieses Wortes in den parlamentarischen Reden der Reichstagsabgeordneten.[46] Seit Kurzem liegt mit der Studie von Rainer Gruhlich zudem ein bedeutender Beitrag

Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007; Stefan Breuer, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.

[40] Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik.

[41] Vgl. Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000.

[42] Vgl. Universität Bielefeld, Sonderforschungsbereich 584. Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte, 20. Dezember 2009, http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/forschung/sfb584/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015). Insbesondere das Teilprojekt A 8: Christoph Gusy, SFB 584. Teilprojekt A 8. Demokratisches Denken in der Weimarer Republik: Weimarer Staatsrechtler als politische Akteure, Politiker, Politikberater und Politikwissenschaftler, 12. Dezember 2008, http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/forschung/sfb584/project/phase2_a8_abstract.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[43] Vgl. Heiko Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 2007; kritische Würdigung in: Jörn Retterath, [Rezension zu:] Heiko Bollmeyer: Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 2007, in: sehepunkte (11), 2011, Nr. 3 [15. März 2011], http://www.sehepunkte.de/2011/03/14015.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[44] Vgl. Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Kritisch rezensiert bei: Dian Schefold, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Anmerkungen zur Studie von Kathrin Groh, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Hugo Preuß 1860–1925. Genealogie eines modernen Preußen, Köln 2011, S. 139–161; sowie bei: Jörn Retterath, [Rezension zu:] Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010, in: sehepunkte (11), 2011, Nr. 12 [15. Dezember 2011], http://www.sehepunkte.de/2011/12/20491.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[45] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, vor allem: S. 74–91, 320–326 u. 387–392; Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, insbesondere S. 185–189 u. 193–195.

[46] Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, vor allem: S. 259–264, 277–280 u. 450–455.

über die Geschichtspolitik der Weimarer Nationalversammlung und über den Blick der Konstituante auf „Revolution", „Reich" und „Nation" vor.[47]

Von großer Bedeutung sind auch die Studien zur politischen Ideengeschichte während des Ersten Weltkriegs. Neben dem Diskurs der Intellektuellen[48] steht hierbei der Gemeinschaftsmythos von 1914 im Mittelpunkt des Interesses. Der Bezug auf das „August-Erlebnis" spielte für die Volks- und Einheitsvorstellungen der Zeitgenossen eine kaum zu unterschätzende Rolle.[49] Hat die historische Forschung auch das lange Zeit vorherrschende Bild von der kollektiven Begeisterung der Bevölkerung bei Kriegsausbruch dekonstruiert und differenziert,[50] so war doch zeitgenössisch der entsprechende Mythos weithin präsent.

Ein weiterer Forschungsstrang beschäftigt sich mit der Volks(gemeinschafts)-ideologie in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Formierung der NS-Diktatur hat in den vergangenen Jahren eine breite Kontroverse über den Begriff der „Volksgemeinschaft" hervorgerufen, bei der die Frage nach dem Verhältnis zwischen Propaganda und Wirklichkeit der nationalsozialistischen Gesellschaft im Mittelpunkt des Interesses steht.[51] Im

[47] Vgl. Rainer Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs. Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20. Revolution – Reich – Nation, Düsseldorf 2012, vor allem: S. 69–79 u. 291–416.

[48] Vgl. Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914" und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003; Marcus Llanque, Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000.

[49] Vgl. Jeffrey Verhey, Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000; Sven Oliver Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002; Steffen Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell? Vom Burgfrieden zur Volksgemeinschaft 1914–1933, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 33–50, hier: S. 49 f.

[50] Vgl. Thomas Raithel, Das „Wunder" der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges, Bonn 1996; Thomas Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, in: Francia (24), 1997, Nr. 3, S. 39–66; Verhey, Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft.

[51] Zur Forschungskontroverse in der NS-Historiografie und der Diskussion zwischen Ian Kershaw und Michael Wildt: Ian Kershaw, „Volksgemeinschaft". Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: VfZ (59), 2011, Nr. 1, S. 1–17, Michael Wildt, „Volksgemeinschaft". Eine Antwort auf Ian Kershaw, in: ZF (8), 2011, Nr. 1, S. 102–109. Im März 2010 fand eine Tagung von IfZ und DHI London zu diesem Thema statt. Janosch Steuwer, Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era. „Volksgemeinschaft" between Ideological Projection and Social Practice. 25. 03. 2010–27. 03. 2010, London, 28. Mai 2010, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3121 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015). Hervorgegangen aus dieser Konferenz ist der Aufsatzband: Martina Steber/Bernhard Gotto, Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014. Daneben bietet der Band zur Tagung „‚Volksgemeinschaft'. Mythos der NS-Propaganda, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich'? Zwischenbilanz zu einer kontroversen Debatte" (02./03. Oktober 2009 in Hannover) einen guten Überblick über das Thema und den Stand der Forschungsdiskussion: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft": Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, hierin von be-

Zusammenhang mit diesen Forschungen untersuchten einige Autoren auch ideengeschichtliche Parallelen zu Volksgemeinschaftskonzepten in anderen europäischen Staaten[52] sowie die Geschichte des Begriffes in Deutschland vor 1933. Dabei wurde immer wieder die weite Verbreitung und der hohe Stellenwert des Wortes „Volksgemeinschaft" bei fast allen politischen Parteien der Weimarer Republik konstatiert. Vor allem die zahlreichen Publikationen der Historiker Michael Wildt[53] und Gunther Mai[54] vermochten seit Mitte der 1990er-Jahre, wichtige Erkenntnisse zur Verbreitung des Volksgemeinschaftskonzeptes im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik zu liefern. Durch ihre Arbeiten und die Studien Steffen Bruendels[55] fand das Volksgemeinschaftsdenken im Zeitraum vor dem Nationalsozialismus erstmals stärkere Beachtung in der Geschichtswissenschaft.

sonderer Bedeutung zur Verwendung des Begriffes als „analytisches Konzept": Norbert Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft": Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 55–67, hier: S. 55 f. u. 66 f. Allgemein: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009. Zur Einführung in die Diskussion: Frank Bajohr/Michael Wildt, Einleitung, in: idem (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 7–23, hier vor allem: S. 8–13. Einen Überblick und eine Einordnung der bis 2012 erschienenen Studien bietet: Janosch Steuwer, Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft"? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: AfS (53), 2013, S. 487–534.

[52] Vgl. Norbert Götz, Ungleiche Geschwister. Die Konstruktion von nationalsozialistischer Volksgemeinschaft und schwedischem Volksheim, Baden-Baden 2001. Über die Gemeinschaftsideen in verschiedenen Ländern Europas während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Detlev Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013. Dieser Sammelband geht auf eine von Detlef Lehnert geleitete Berliner Tagung zurück, hierzu: Nadine Rossol, Tagungsbericht: „Gemeinschaftsdenken in Europa 1900–1938. Ursprünge des schwedischen ‚Volksheims' im Vergleich", 17. Januar 2012, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4000 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[53] Vgl. Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007; Michael Wildt, „Volksgemeinschaft" als politischer Topos in der Weimarer Republik, in: Alfred Gottwaldt (Hrsg.), NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung, Berlin 2005, S. 23–39; Wildt, Die Ungleichheit des Volkes; Michael Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Ute Daniel/Inge Marszolek/Wolfram Pyta (Hrsg.), Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 181–204.

[54] Vgl. Gunther Mai, Arbeiterschaft und „Volksgemeinschaft", in: Winfried Speitkamp/Hellmut Seier (Hrsg.), Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994, S. 211–226; Gunther Mai, „Verteidigungskrieg" und „Volksgemeinschaft". Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900–1925), in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 583–602.

[55] Vgl. Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat; Steffen Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft" aus dem „Geist von 1914". Entstehung und Wandel eines „sozialistischen" Gesellschaftsentwurfs, Mai 2004, http://edoc.hu-berlin.de/histfor/3/PHP/Artikel_3-2004.php#517 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell?

Eine weitere wichtige Forschungsleistung stellt der Beitrag zum Lemma „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“[56] in Band 7 der „Geschichtliche[n] Grundbegriffe“ dar. Auch wenn der Untersuchungsschwerpunkt in dem von Reinhart Koselleck persönlich mitverfassten Artikel – dem Konzept der Sattelzeit folgend – auf der Frühmoderne und dem „langen 19. Jahrhundert“ liegt,[57] lassen sich aus dem knapp 300 Seiten langen Eintrag doch Erkenntnisse zum Bedeutungswandel und zum politischen Sprachgebrauch im 20. Jahrhundert ziehen. Darüber hinaus geht Margaret Canovan in ihrem 2005 erschienenen Buch erstmals umfassend der politischen Ideengeschichte des englischen Äquivalentbegriffes „the peolple“ nach.[58]

Daneben kann auf den Ergebnissen der Nationalismusforschung aufgebaut werden. Dass Nationen und Völker nicht „real“ existieren, sondern erst durch die Vorstellung eine solche „Gemeinschaft“ konstituiert wird, wurde unter dem auf Benedict Anderson zurückgehenden Schlagwort der „imagined communities“ seit den 1980er-Jahren zum wissenschaftlichen common sense. Damit setzte sich eine Forschungsmeinung durch, welche in Ansätzen schon lange zuvor unter anderem von Ernest Renan, Max Weber und später durch Emerich Francis sowie Eric Hobsbawm vertreten wurde.[59] Der dahinterstehende konstruktivistische Ansatz

[56] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse. In seiner Rezension für die HZ geht Christof Dipper auf die Geschichte des Artikels ein, der zunächst von Werner Conze geschrieben werden sollte und nach dessen Tod von einem anderen, namentlich nicht genannten Autor fertiggestellt wurde. Mit dessen ideengeschichtlichem Abriss war Koselleck jedoch nicht zufrieden, sodass er schließlich den Artikel zusammen mit Fritz Geschnitzer, Bernd Schönemann und Karl Friedrich Werner selbst verfasste. Dipper würdigt den Artikel ausdrücklich als einen, der „wie wenige andere die Leistungsfähigkeit der begriffsgeschichtlichen Methode“ illustriere. Christof Dipper, Die „Geschichtlichen Grundbegriffe“. Von der Begriffsgeschichte zur Theorie der historischen Zeiten, in: HZ (270), 2000, S. 281–308, hier: S. 295 f.

[57] Während die Frühe Neuzeit und das „lange 19. Jahrhundert“ bis 1914 auf Seite 281 bis 389 breiten Raum einnimmt, ist das Kapitel XIV zum Zeitraum 1914 bis 1945 (S. 389–420) stark überblicksartig gehalten. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse.

[58] Vgl. Canovan, The People.

[59] Vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 2005. Zur Nachwirkung von Andersons Werk auch das Nachwort von Thomas Mergel, Benedict Andersons Imagined Communities: Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, S. 281–299; Lars Gertenbach/Henning Laux/Hartmut Rosa/David Strecker, Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, Hamburg 2010, S. 84–90, hierzu: Jörn Retterath, [Rezension zu:] Hartmut Rosa/Lars Gertenbach/Henning Laux u. a.: Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, Hamburg 2010, in: sehepunkte (11), 2011, Nr. 7/8 [15. Juli 2011], http://www.sehepunkte.de/2011/07/19569.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); zur Diskussion um Andersons Nationalismustheorie: Shida Kiani, Fiktion wird Realität. Die Nationalismustheorie von Benedict Anderson, in: Samuel Salzborn (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 85–98, hier vor allem: S. 87–96; mit Verweisen auf Max Webers Haltung: Emerich Francis, Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie, Berlin 1965, etwa S. 30 u. 48 f.; zu Renans „gedachter Ordnung“ der Nation vgl. Thomas Göthel, Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik, Köln 2002, S. 25; zur Nationalismusforschung von Hobsbawm zusammenfassend: Torben B. F. Stich, Erfundene Traditionen? Die Nationalismustheorie von Eric J. Hobsbawm, in: Samuel Salzborn (Hrsg.),

bietet die Chance, scheinbar unumstößliche Gewissheiten zu hinterfragen und den Einfluss von vorgestellten Räumen auf das menschliche Handeln herauszuarbeiten. Weiterführend für diese Arbeit waren ebenso die in der Nationalismusforschung verbreiteten terminologischen Unterscheidungen zwischen verschiedenen Volks und Nationsbegriffen[60] sowie die Erkenntnisse über die Entstehung von „nationalen" Vorstellungen und Abgrenzungen im 18. und 19. Jahrhundert[61].

3. Quellen

Die vorliegende Studie untersucht die Sprache in der Weimarer Republik anhand von zwei verschiedenen Quellentypen: den Leitartikeln aus der Tagespresse sowie den als Parlamentaria und Parteiquellen zu bezeichnenden politischen Reden und Schriften.

Der Rückgriff auf Zeitungskommentare macht sich den Umstand zunutze, dass die Weimarer Medienlandschaft von einer Gesinnungs- bzw. Weltanschauungspresse geprägt war und somit die meisten Zeitungen eine eindeutige politische Ausrichtung aufwiesen.[62] Trotz Aufkommens des Rundfunks konnte die Zeitung in der Weimarer Republik ihre Stellung als *das* Massenmedium schlechthin be-

Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 29–43, hier vor allem: S. 32–38; allgemein zur „Nation" als Vorstellung: Ruth Wodak/Rudolf de Cillia, Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt am Main 1998, S. 32–34 u. 47–103; einen knappen Überblick über den aktuellen Forschungsstand gibt: Rossalina Latcheva, Nationale Identifikationen und ethnische Grenzziehungsprozesse: Funktionen, Konsequenzen und Veränderungen über Raum und Zeit. Theoretische und methodologische Herausforderungen aus vergleichender Perspektive, 2009, http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2010/7451/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015), S. 8–21; zur Durchsetzung der konstruktivistischen Sichtweise: Lothar Machtan, Nationale Selbstbilder zwischen Inszenierung und Verinnerlichung 1885–1935. Überlegungen zu einem interdisziplinären historischen Forschungsprojekt, in: ZfG (46), 1998, Nr. 9, S. 818–827, hier: S. 819.

[60] Vgl. Francis, Ethnos und Demos; Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland. 1770–1990, München 1993; Paul-Ludwig Weinacht, National als Integral moderner Gesellschaft, in: Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften, Baden-Baden 1994, S. 102–122; Breuer, Ordnungen der Ungleichheit.

[61] Vgl. Francis, Ethnos und Demos; George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegung in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1976; Mario Rainer Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: idem (Hrsg.), Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 232–246; Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt am Main 1992; Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland; Lutz Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge – Aktualität und Entstehungsgeschichte, Köln 1994; Anderson, Die Erfindung der Nation.

[62] Vgl. Bernhard Fulda, Press and politics in the Weimar Republic, Oxford 2009, S. 15–20; auf die Bedeutung der Zeitungen für die sprachgeschichtliche Untersuchung der Weimarer Republik hat Thorsten Eitz eindrücklich hingewiesen: Eitz, Zum Konzept einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik, hier: S. 9–13; ebenso: Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008, S. 45f.; zur Kategorisierung der Weimarer Presselandschaft auch: Emil Dovifat, Die Publizistik der

haupten. Die meisten Blätter erschienen, um das Bedürfnis der Leser nach aktuellen Neuigkeiten zu befriedigen, in mehreren Tagesausgaben. Die Kommentare der Zeitungen fanden auch in anderen Organen und in der Politik starke Beachtung und wurden häufig – sei es zustimmend oder sich distanzierend – aufgegriffen. Dem täglichen Leitartikel kam zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine herausragende Stellung für das jeweilige Blatt zu. Er präsentierte die Meinung der Zeitung nach außen gut sichtbar auf der Titelseite. Seine Verfasser waren meist Mitglieder der Redaktion – häufig gar der Chefredakteur selbst – oder prominente Personen des Milieus, die als Gastautoren ihre Ansichten kundtun durften. Leitartikel waren Meinungsäußerungen, die aufmerksam verfolgt wurden. So betonte etwa der Zeitungswissenschaftler Otto Meynen im Jahr 1928, „[b]ei vielen Schichten des Publikums" erfreue „sich der tägliche politische Leitaufsatz" einer „großen Wertschätzung".[63] Ohne der Fehleinschätzung zu erliegen, dass die veröffentlichte mit der öffentlichen Meinung übereinstimme, kann durchaus konstatiert werden, dass Leitartikel die Doppelfunktion übernahmen, sowohl Meinungen der Leserschaft aufzugreifen, als auch ihrerseits durch „Beeinflussung und Führung" der Rezipienten „auf die öffentliche Meinung" einzuwirken.[64]

Die für das jeweilige Milieu als Leitmedien geltenden Organe mussten dabei in ihren Meinungsartikeln eine Sprache und Aussagen verwenden, die von ihren Lesern akzeptiert wurden. Die Inhalte waren dabei nicht zwangsläufig mit „der öffentlichen Meinung" – sofern im Singular es eine solche überhaupt geben kann – des jeweiligen Spektrums identisch. Der Inhalt der Kommentare spiegelte vielmehr das innerhalb des Milieus Sagbare wider. Zeitungen – und umso mehr die darin abgedruckten Meinungsartikel – waren, wie schon Hans-Joachim Schoeps treffend formulierte, „Barometer der Luftdruckverhältnisse einer Zeit und ihres common sense";[65] sie gaben Auskunft über die „Atmosphäre einer Zeit"[66].

Ausgehend von dem Gedanken, dass summa summarum die Äußerungen in den Kommentaren die Meinung und die Sprache des Lesermilieus reflektieren mussten, wird in der vorliegenden Studie auf die Leitartikel der großen Tageszeitungen zurückgegriffen. Hierbei sollten die Zeitungen politisch eindeutig zuordenbar sein, über eigene Leitartikel verfügen, eine überregionale Bedeutung haben und durch einen großen Leserkreis bzw. ihr besonderes Renommee als ein Leitmedium für das entsprechende politische Spektrum gelten können. Mittels dieser Kriterien wurde für den politischen Katholizismus und die Anhänger

Weimarer Zeit. Presse, Rundfunk, Film, in: Leonhard Reinisch (Hrsg.), Die Zeit ohne Eigenschaften. Eine Bilanz der zwanziger Jahre, Stuttgart 1961, S. 119–136, hier: S. 121–128.

[63] Otto Meynen/Franz Reuter, Die deutsche Zeitung. Wesen und Wertung, München 1928, S. 6; allgemein zu Leitartikeln: Will Schaber/Walter Fabian, Vorwort, in: idem (Hrsg.), Leitartikel bewegen die Welt, Stuttgart 1964, S. 9–11.

[64] Meynen/Reuter, Die deutsche Zeitung, S. 6.

[65] Hans-Joachim Schoeps, Was ist und was will Geistesgeschichte. Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen 1959, S. 74f.

[66] Wilhelm Mommsen, Die Zeitung als historische Quelle, in: Wilhelm Klutentreter (Hrsg.), Beiträge zur Zeitungswissenschaft. Festgabe für Karl d'Ester zum 70. Geburtstage von seinen Freunden und Schülern, Münster 1952, S. 165–172, hier: S. 166.

der Zentrumspartei die GERMANIA, für die (Mehrheits-) Sozialdemokratie der VORWÄRTS, für den in der FVP bzw. DDP verkörperten Linksliberalismus[67] das BERLINER TAGEBLATT[68] sowie für das der NLP bzw. DVP nahestehende nationalliberale Milieu die KÖLNISCHE ZEITUNG ausgewählt.[69] Jede dieser Zeitungen verkörperte auf ihre spezifische Weise die politischen Grundüberzeugungen ihres Spektrums.

In den vier genannten Tageszeitungen wurden für den Untersuchungszeitraum Juli 1917 bis Juni 1924 mindestens drei nach einem festen Turnus ausgewählte Leitartikel pro Woche nach den Begriffen des genannten Wortfeldes gesichtet. In Monaten mit wichtigen politischen Ereignissen wurde die Frequenz auf bis zu sieben Kommentare pro Woche erhöht, sodass die Meinungsspalten mindestens einer Ausgabe pro Erscheinungstag durchgesehen wurden. Dieses System kombinierte zwei Auswertungsmethoden miteinander: Auf der einen Seite kam ein standardisierter Zufallsrhythmus zur Anwendung, auf der anderen Seite wurde den gewichtigen politischen Geschehnissen und ihrer möglicherweise sprachverändernden Bedeutung Rechnung getragen. Dabei wurden die Kriterien für ein „wichtiges Ereignis“[70] bewusst weit ausgelegt, sodass etwa der gesamte Prozess der Verfassungsgebung in der ersten Jahreshälfte 1919 und – außer dem Monat

[67] Auf die Problematik der Bezeichnung „Linksliberalismus“ wurde in der Forschung hingewiesen. Obwohl sie sprachlich nicht sehr glücklich ist und die Übergänge zum Nationalliberalismus und der Sozialdemokratie im Zweifelsfall fließend sind, hat sie sich in der Literatur eingebürgert und soll daher auch hier für das der FVP und DDP nahestehende Milieu verwendet werden. Zur Problematisierung des Begriffes vgl. Konstanze Wegner, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik. Literaturbericht, in: GG (4), 1978, S. 120–137, hier: S. 120.

[68] Vor allem für den Linksliberalismus kann jedoch nicht von dem *einen* Leitmedium gesprochen werden, da es eine ganze Reihe namhafter Zeitungen wie die VOSSISCHE oder die FRANKFURTER ZEITUNG gab, die den Liberalismus und seine Werte verteidigten. Die Wahl fiel auf das BERLINER TAGEBLATT, da dieses über eine vergleichsweise hohe Auflage verfügte und damit einen breiten und über die intellektuellen und höheren Schichten hinausgehenden Leserkreis ansprach. Nach eigenen – wohl zu hoch gegriffenen – Angaben hatte das BERLINER TAGEBLATT im Jahr 1923 eine Auflagenzahl von 250 000. Vgl. Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse, Leipzig 1923. Weder die VOSSISCHE ZEITUNG noch die FRANKFURTER ZEITUNG machten in den einschlägigen Zeitungskatalogen Angaben zu ihren Auflagezahlen. Die Auflage der VOSSISCHEN ZEITUNG wird für 1914 auf nur 25 000 und für 1927 auf 66 300 Exemplare geschätzt. Vgl. Klaus Bender, Vossische Zeitung (1617–1934), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 25–39, hier: S. 37–39. Die Auflage der FRANKFURTER ZEITUNG wird für das Jahr 1917 mit 170 000 angegeben, sie soll sich auch während der Weimarer Republik in dieser Größenordnung befunden haben. Vgl. Kurt Paupié, Frankfurter Zeitung (1865–1943), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 241–256, hier: S. 248–250.

[69] Näheres zur Geschichte und Ausrichtung der einzelnen Blätter im Anhang I „Genese und Entwicklung der wichtigsten untersuchten Zeitungen“.

[70] Zum Wesen des „Ereignisses“ für die Geschichtswissenschaft: Alexander Demandt, Was ist ein historisches Ereignis?, in: Nikolaus Müller-Schöll (Hrsg.), Ereignis. Eine fundamentale Kategorie der Zeiterfahrung. Anspruch und Aporien, Bielefeld 2003, S. 63–76. Der oben verwendete Begriff „Ereignis“ soll hier in einem erweiterten Sinne auch für einen Geschehenszeitraum von längerer Dauer gebraucht werden.

Dezember – das gesamte „Krisenjahr" 1923 intensive Betrachtung fand.[71] Insgesamt wurden von den circa 6300 gesichteten Leitartikeln aus den vier genannten Tageszeitungen für diese Arbeit über 1700 detailliert ausgewertet. Eine Sonderstellung nimmt in der vorliegenden Studie die VOSSISCHE ZEITUNG ein: Dank der seit Januar 2010 im Volltext durchsuchbaren Onlinedatenbank konnte diese Zeitung als zusätzliches Medium aus dem linksliberalen Spektrum für einzelne Wortrecherchen und vor allem zur validen statistischen Auswertung von Verwendungshäufigkeiten herangezogen werden.[72] Ferner wurden mit der ROTEN FAHNE, der DEUTSCHEN TAGESZEITUNG sowie dem MÜNCHENER bzw. VÖLKISCHEN BEOBACHTER punktuell auch Medien aus dem kommunistischen, deutschnationalen und völkisch-nationalsozialistischen Umfeld ausgewertet,[73] um so semantische Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den republikfeindlichen Milieus und dem breit verstandenen Spektrum der politischen Mitte analysieren zu können.

Für die Kriegszeit sind bei der Auswertung der Zeitungen die staatlichen Zensurmaßnahmen in Rechnung zu stellen, deren Ziel in der Aufrechterhaltung des „Burgfriedens" bestand.[74] Jedoch erstaunt bei Betrachtung der Meinungsartikel, welche Beiträge trotz Kriegszustandes und Militärzensur in den Tageszeitungen etwa zu Fragen der Innenpolitik veröffentlicht werden durften. Dennoch bleibt zu berücksichtigen, dass im ausgehenden Kaiserreich keine mit der Weimarer Republik vergleichbare Pressefreiheit herrschte. Daher kann nur darüber spekuliert werden, welche Meinungen ohne Zensur und Selbstzensur[75] ihren Platz auf der Titelseite gefunden hätten.

Neben dem Quellentyp der Tageszeitungen wird auf eine weitere Quellengattung zurückgegriffen, nämlich auf Parlamentaria und Parteiquellen. Hierbei handelt es sich um politische Reden aus dem Parlament, von Parteitagen oder Volksversammlungen, um Parteiprogramme und um publizierte Denkschriften. Sie spiegeln das öffentliche Sprechen von Politikern der zu untersuchenden Parteien

[71] Die entsprechenden Ausgaben sind mikroverfilmt und befinden sich mit folgenden Signaturen im Archiv des IfZ. VORWÄRTS MZ 2, GERMANIA MZ 3, BERLINER TAGEBLATT MZ 212, KÖLNISCHE ZEITUNG MZ 337.

[72] De Gruyter, Vossische Zeitung Online. 1918–1934, http://db.saur.de/VOSS (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[73] Die entsprechenden Ausgaben sind mikroverfilmt und befinden sich mit folgenden Signaturen im Archiv des IfZ: ROTE FAHNE MZ 99, DEUTSCHE TAGESZEITUNG MZ 245, MÜNCHENER bzw. VÖLKISCHER BEOBACHTER MZ 9.

[74] Vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III, Berlin 1972, S. 14–19.

[75] Zur Zensur im Weltkrieg: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973; besonders der Abdruck des Zensurbuches von 1917 gibt gute Einblicke in die mögliche Selbstzensur der Presse während des Krieges: Oberzensurstelle, Kommunikationsüberwachende Vorschriften des Jahres 1917, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973, S. 194–275; ebenfalls mit einem Abschnitt zur Zensur im deutsch-britischen Vergleich: Florian Altenhöner, Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914–1918, München 2008, S. 53–83. Zur Pressefreiheit in der Weimarer Republik vgl. Konrad Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 121–125.

wider und geben damit Auskunft über die Vorstellungen von „Volk", „Nation" und „Gemeinschaft". Abgesehen von den Debatten der Verfassunggebenden Weimarer Nationalversammlung[76] und ihres Verfassungsausschusses[77] zur Abfassung der Artikel mit Bezug auf das „Volk" wurden die Regierungserklärungen und ihre Aussprachen im Reichstag[78] ausgewertet. Die Regierungserklärungen stellen auch deshalb gute Quellen dar, da es in ihnen um die Eckpunkte der künftigen Politik ging, die Vergangenheit bewertet wurde und nicht selten bereits erste wichtige Entscheidungen gefällt wurden. Sie nahmen damit für die Zeit der Weimarer Republik mit ihren häufig wechselnden Koalitionen und Kabinetten – mehr noch als etwa die Haushaltsberatungen – die Funktion von parlamentarischen Grundsatzdebatten und oppositionellen Generalabrechnungen ein. Entsprechend hochrangig waren meistens auch die Redner aus Regierung und Opposition, die sich zu Wort meldeten und ihre Politikkonzepte der Öffentlichkeit vorstellten. Daneben spielen als weitere Quelle die Partei- und Wahlprogramme[79] der zu untersuchenden Strömungen eine wichtige Rolle, da in ihnen die – zumeist für einen langen Zeitraum gültigen – Wert- und Zielsetzungen der einzelnen politischen Partei definiert wurden. Des Weiteren wurden Editionen zu den Parteien in Kaiserreich und Weimarer Republik auf relevante Dokumente wie Protokolle, Aufrufe oder Denkschriften hin ausgewertet.[80] Auch einzelne zeitgenössische Publikationen von Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens zu wichtigen

[76] Vgl. Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Berlin 1919/20, auch online verfügbar unter: http://www.reichstagsprotokolle.de. Eine Auflistung der einzelnen verwendeten Bände findet sich im Quellenverzeichnis.

[77] Vgl. Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Berlin 1920.

[78] Vgl. Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Berlin 1919–1932, auch online verfügbar unter: http://www.reichstagsprotokolle.de. Eine Auflistung der einzelnen verwendeten Bände findet sich im Quellenverzeichnis.

[79] Vgl. Wilhelm Mommsen/Günther Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme. 1918–1930, Leipzig 1931; Felix Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, Leipzig 1919.

[80] Dabei wurde darauf geachtet, dass es sich bei den herangezogenen Gesprächsniederschriften um Wortprotokolle (was allerdings nur sehr selten der Fall ist) handelt, da bei Verlaufs- und Ergebnisprotokollen der exakte Wortlaut der Aussage des Sprechers oftmals nicht rekonstruierbar ist. Ausgewertet wurden für das Zentrum: Rudolf Morsey/Karsten Ruppert (Hrsg.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei. 1920–1925, Mainz 1981; Herbert Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufrufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums. 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei, Düsseldorf 1998; für die SPD: Erich Matthias/Eberhard Pikart (Hrsg.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf 1966; für die DDP: Konstanze Wegner/Lothar Albertin (Hrsg.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980; für die DVP: Eberhard Kolb (Hrsg.), Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei (1918–1933), Bd. 1 (1918–1925), Düsseldorf 1999; allgemein: Fabian Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen. Die Verfassungsurkunden der deutschen Freistaaten 1918–1933, Tübingen 2004; Carl Christoph Schweitzer (Hrsg.), Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Köln 1976.

Themen fanden Berücksichtigung im Quellenkorpus.[81] Außerdem wurden die im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte verwahrten Druckschriften, Flugblätter und Wahlkampfmaterialien der untersuchten Parteien auf die Verwendung der entsprechenden Begriffe hin ausgewertet.[82]

Um überprüfen zu können, ob es einen Unterschied zwischen dem öffentlichen Sprechen und der Sprache des Privaten gab, wurde in geringem Umfang auch auf Selbstzeugnisse wie Tagebücher oder Briefe[83] zurückgegriffen. Angesichts der Fokussierung dieser Arbeit auf den öffentlichen Sprachgebrauch und der nur in unzureichendem Maße vorhandenen entsprechend vergleichbaren schriftlichen Ego-Dokumente spielte diese Quellengruppe aber nur eine ergänzende Rolle.

Daneben wurden für diese Studie auch Archivalien herangezogen. Hervorgehoben seien die beiden relevanten Zeitungsausschnittsammlungen des Bundesarchivs. Diese sind im Bestand des Reichslandbundes[84] und der Deutschen Arbeits-

[81] Vgl. etwa Adam Stegerwald, Deutsche Lebensfragen. Vortrag gehalten auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, Köln 1920; Wolfgang Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, 2011, http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/Dateien/Stresemann-Reden_1923.pdf (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); Wolfgang Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, 2012, http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/Dateien/Stresemann-Reden_1924.pdf (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); Theodor Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft. Ein Vortrag, Berlin [1922]; Friedrich Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, in: idem (Hrsg.), Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage, München 1919, S. 49–71; Hugo Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, in: Reichsamt des Innern (Hrsg.), Entwurf der künftigen Reichsverfassung. Allgemeiner Teil, Berlin 1919, S. 3–32; Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte, Hildesheim 1964 (Nachdruck der Ausgabe von 1926); Günter Spendel (Hrsg.), Gustav Radbruch. Briefe II (1919–1949), Heidelberg 1995; Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919; Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Berlin 1926; Helmuth Pleßner [sic!], Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Bonn 1924.

[82] Dabei handelt es sich um die Bestände „Zeitgeschichtliche Sammlung“ und „Druckschiften“ im IfZ-Archiv. Die verwendeten Signaturen sind im Anhang aufgelistet.

[83] So etwa: Wolfgang Pfeiffer-Belli (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Tagebücher 1918–1937, Frankfurt am Main 1961; Roland Kamzelak/Ulrich Ott/Angela Reinthal (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch. 7. Bd. 1919–1923, Stuttgart 1997; Roland Kamzelak/Angela Reinthal/Günter Riederer/Jörg Schuster (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch. 8. Bd. 1923–1926, Stuttgart 2009; Bernd Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am „Berliner Tageblatt“ und Mitbegründers der „Deutschen Demokratischen Partei“, Boppard am Rhein 1984; Michael Dorrmann (Hrsg.), Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933, München 2008; Spendel (Hrsg.), Gustav Radbruch. Briefe II (1919–1949); Bernd Kasten (Hrsg.), Richard Moeller. Lebenserinnerungen, Lübeck 2010; Ernst L. Freud (Hrsg.), Sigmund Freud. Briefe 1873–1939, Frankfurt am Main 1960; Walther Rathenau, Briefe. Neue Folge, Dresden 1926; Elke Fröhlich (Hrsg.), Joseph Goebbels. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 1/1: Oktober 1923–November 1925, München 2004, online auch in der Datenbank: De Gruyter, Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank, http://db.saur.de/DGO (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

[84] Die Sammlung des Reichslandbundes zählt nach Angaben des Bundesarchivs zu den größten und ältesten deutschen Pressearchiven: BArch R 8034-II.

front[85] überliefert und beinhalten zahlreiche, teilweise aus entlegenen Periodika stammende Presseartikel zu den hier untersuchten Begriffen. Des Weiteren fanden teilweise Bestände der Reichszentrale für Heimatdienst (RfH)[86] sowie der politischen Parteien[87] Eingang in die Untersuchung. Bei den Akten der Reichszentrale interessierten vor allem die Volks- und Gemeinschaftskonzepte in der politischen Bildungsarbeit der Weimarer Republik. Aus den spärlichen archivalischen Überlieferungen der politischen Parteien waren Berichte einzelner Parteigliederungen sowie aus Parteivorstand und Reichstagsfraktion relevant, sofern diese nicht bereits ediert vorlagen.

4. Methode

Durch ihre Fragestellung begibt sich die vorliegende Arbeit methodisch auf das Feld der Historischen Semantik.[88] Dabei bedient sie sich einer Kombination verschiedener Elemente, die in ihren Grundzügen auf die Begriffsgeschichte Reinhart Kosellecks und auf die Diskursanalyse Michel Foucaults zurückgehen. Diesen beiden Ansätzen ist gemein, dass sie sich mit Sprache und der durch sie konstruierten Wirklichkeit in geschichtlichen Zusammenhängen beschäftigen. Zudem reagieren beide Methoden auf die Kritik an der traditionellen Ideengeschichte.

Reinhart Kosellecks Ansatz einer Begriffsgeschichte[89] stellt auf den Bedeutungswandel von Begriffen ab, den er als die Grundlage für das heutige Sprachverständnis ansah. Darüber hinaus beabsichtigt seine Methode, im „Wandel der Begriffe eine sich wandelnde Welt“[90] zu untersuchen. Die Begriffsgeschichte geht

[85] Darin befinden sich neben eigenen gesammelten Ausschnitten die Zeitungsausschnittsammlungen anderer Gewerkschaften, insbesondere des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes: BArch NS 5-VI.

[86] BArch R 43-I/2501 bis 2527.

[87] Hierbei handelt es sich vor allem um die Bestände zu den liberalen Parteien DVP (BArch R 45-II) und DDP (BArch R 45-III). Der Bestand zur Zentrumspartei (BArch R 8007) stellte sich für diese Studie als wenig ergiebig heraus.

[88] Mit „Historischer Semantik“ ist hier die geschichtswissenschaftliche Untersuchung von Sprache gemeint. Daneben gibt es auch eine linguistische Historische Semantik, deren Methode nicht Gegenstand dieser Arbeit sein wird. Einführend zu den verschiedenen Ansätze der geschichtswissenschaftlichen „Historischen Semantik“: Kathrin Kollmeier, Begriffsgeschichte und Historische Semantik, 2. Dezember 2011, https://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik?oldid=81149 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015), vor allem: S. 1–3 u. 11–13; ebenfalls über das Konzept der Historischen Semantik: Willibald Steinmetz, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art, in: Heidrun Kämper/Ludwig Maximilian Eichinger (Hrsg.), Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung, Berlin 2008, S. 174–197.

[89] Koselleck kritisierte selbst die „schiefe Wortzusammensetzung“ „Begriffsgeschichte“. Begriffe entzögen sich der Veränderung, stattdessen veränderten sich die Sachverhalte bzw. der Wortgebrauch. Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung, in: Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Gegenstand und Begriffe der Verfassungsgeschichtsschreibung, Berlin 1983, S. 7–46, hier: S. 14 f. u. 33 f.

[90] Jürgen Gebhardt, Politische Ideengeschichte im Zeichen des Methodenstreits. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Politische Ideengeschichte

davon aus, dass sich die Veränderung von Wirklichkeit „semantisch in bestimmten Leitbegriffen der politisch sozialen Welt niederschlägt".[91] Grundbegriffe, so Koselleks Überzeugung, haben dabei nicht bloß eine Geschichte, sondern machen zugleich auch selbst Geschichte.[92] Koselleck verknüpfte das Interesse für die sich verändernden Bedeutungen von Begriffen mit der These, dass es bei den Grundbegriffen in der durch soziale und politische Umbrüche gekennzeichneten „Sattelzeit" (zwischen circa 1750 und 1850) zu einem – für das aktuelles Verständnis entscheidenden – tief greifenden Bedeutungswandel mit „Verdichtungszonen" und „Beschleunigungsvorgänge[n]" gekommen sei.[93] Kosellecks Ansatz – und vor allem dessen Umsetzung in den zwischen 1972 und 1997 erschienenen „Geschichtliche[n] Grundbegriffen"[94] – stieß dabei jedoch auch auf Kritik, die sich etwa an der beschränkten Quellengrundlage (die sich hauptsächlich auf kanonisierte Texte stützte), an der Begriffsauswahl sowie an der unklaren Verwendung der sprachwissenschaftlichen Termini festmachte.[95] Diese Kritikpunkte wurden von Kosellecks Schülern wie Willibald Steinmetz sowie durch den Gießener Frankreichhistoriker Rolf Reichardt teilweise aufgriffen und in ihren Arbeiten umgesetzt.[96] Insgesamt

im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik, Baden-Baden 2006, S. 243–264, hier: S. 257.

[91] Hans Erich Bödeker, Ausprägungen der historischen Semantik in den historischen Kulturwissenschaften, in: idem (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 7–27, hier: S. 12.

[92] Vgl. Koselleck, Einleitung, hier: S. XIII; Reinhard Mehring, Begriffssoziologie, Begriffsgeschichte, Begriffspolitik. Zur Form der Ideengeschichtsschreibung nach Carl Schmitt und Reinhart Koselleck, in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik, Baden-Baden 2006, S. 31–50, hier: S. 38f.; Heiner Schultz, Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte, in: Hans Joas/Peter Vogt (Hrsg.), Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks, Frankfurt am Main 2009, S. 225–263, hier: S. 227.

[93] Vgl. Koselleck, Einleitung, hier: S. XV; Dipper, Die „Geschichtlichen Grundbegriffe", S. 293f.

[94] Vgl. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972–1997; eine insgesamt positive Rezension anlässlich des Erscheinens des letzten Bandes: Dipper, Die „Geschichtlichen Grundbegriffe".

[95] Zu den Kritikpunkten zusammenfassend: Raingard Eßer, Historische Semantik, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 281–292, hier: S. 286–288; des Weiteren: Hans Erich Bödeker, Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode, in: idem (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 73–121, hier: S. 82f. sowie zur Unbestimmtheit der Definition von „Begriffen" S. 86–92; ebenfalls vgl. Rolf Reichardt, Historische Semantik zwischen lexicométrie und New Culture History, in: idem (Hrsg.), Aufklärung und historische Semantik. Interdisziplinäre Beiträge zur westeuropäischen Kulturgeschichte, Berlin 1998, S. 7–28; einige Kritikpunkte auch bei: Dipper, Die „Geschichtlichen Grundbegriffe", hier vor allem: S. 291–294; sehr ausführlich zur Kritik an der Methode aber auch mit Kritik an der Kritik: Schultz, Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte, hier: S. 236–251.

[96] Allgemein hierzu: Eßer, Historische Semantik, hier: S. 289–291. Steinmetz, Das Sagbare und das Machbare; Rolf Reichardt (Hrsg.), Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820. Heft 1/2: Allgemeine Bibliographie, Einleitung, Die Wörterbücher in der Französischen Revolution (1789–1804), München 1985. Die Kritikpunkte an Kosellecks Vorgehen und die Umsetzung dieser Kritik werden knapp dargestellt in: Reichardt, Historische Semantik zwischen lexicométrie und New Culture History.

ist in der jüngeren begriffsgeschichtlichen Forschung eine Tendenz hin zu kleineren Untersuchungszeiträumen, ungewöhnlichen Quellen – insbesondere solchen, die den alltäglichen Wortgebrauch wiedergeben – und zum Vergleich mit anderen Sprachgemeinschaften auszumachen.[97] Eine umfassende historisch-semantische Untersuchung für das 20. Jahrhundert steht, wie Willibald Steinmetz und jüngst auch weitere Autoren zu Recht bemängelt haben, bislang noch aus.[98]

Der derzeit vermutlich am häufigsten gewählte Ansatz bei der Erforschung von Sprache und Denken ist untrennbar mit dem Namen des französischen Philosophen Michel Foucault verbunden: die Diskursanalyse. Ihr Ziel ist es, den Sprachgebrauch als „Realprozess im gesellschaftlichen Kontext" zu untersuchen.[99] Dabei ist das methodische Handwerkszeug, das Foucault dem Forschenden hinterlassen hat, kaum unmittelbar anwendbar. So findet sich keine Schrift, in der Foucault seinen diskursanalytischen Ansatz detailliert und operationell beschreibt; ebenso veränderte sich der Diskursbegriff in seinem Werk im Laufe seines Lebens.[100] Dennoch lassen sich aus Foucaults Schriften einige Grundaussagen herausarbeiten: Ein entscheidender Ausgangspunkt seiner Überlegung ist die Annahme, dass Wirklichkeit und Geschichte sprachlich konstruiert sind. Somit kommt der Sprachlichkeit als realitätsbildender Kraft das Primat zu. Da es keine Möglichkeit gibt, die Wirklichkeit „hinter" dem Diskurs zu erblicken, ist die Realität immer nur in Relation zum Betrachter denkbar.[101] Trotz vereinzelter Kritik daran, dass der Sprache zu viel Macht zugeschrieben worden sei,[102] hat sich der konstrukti-

[97] Vgl. Willibald Steinmetz, Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: idem (Hrsg.), „Politik". Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main 2007, S. 9–40, hier: S. 16–19.

[98] Vgl. Steinmetz, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art, hier: S. 179; Christian Geulen, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 79–97, hier: S. 85 f.; zur Kritik am Konzept einer neuen Sattelzeit und den genannten Veränderungskriterien vgl. Paul Nolte, Vom Fortschreiben und Umschreiben der Begriffe. Kommentar zu Christian Geulen, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 98–103, hier vor allem: S. 98 u. 100 f.; mit Kritik an den Strukturwandelmerkmalen und an der Koppelung der Historischen Semantik an ein inhaltliches Deutungsmodell: Martin Sabrow, Pathosformeln des 20. Jahrhunderts. Kommentar zu Christian Geulen, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 110–114, hier vor allem: S. 111–113; ebenfalls kritisch zu Geulens Kriterien und verweisend auf die fehlende Distanz zur politisch-sozialen Sprache des 20. Jahrhunderts: Theresa Wobbe, Für eine Historische Semantik des 19. und 20. Jahrhunderts. Kommentar zu Christian Geulen, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 104–109, hier vor allem: S. 104.

[99] Teun van Dijk nach Reiner Keller, Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden 2010, S. 20.

[100] Vgl. Robert Jütte, Diskursanalyse in Frankreich, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 307–317, hier: S. 314 f.

[101] Vgl. Achim Landwehr, Diskurs und Diskursgeschichte, 11. Februar 2010, https://docupedia.de/zg/Diskurs_und_Diskursgeschichte?oldid=75508 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015), hier: S. 5; Philipp Sarasin, Michel Foucault zur Einführung, Hamburg 2010, S. 106 f.

[102] So weist etwa Peter Burke auf die Gefahren einer Überbewertung des Faktors Sprache für die Geschichtswissenschaft hin: „Der Gedanke, in der Sprache gefangen zu sein, ist […] zu einfach. Der ‚Konstruktion' von Wirklichkeit durch Individuen und Gruppen sind Grenzen gesetzt, die man nicht aus dem Blick verlieren darf." Peter Burke, Stärken und Schwächen

vistische Gedanke mittlerweile als wissenschaftliches Gemeingut durchgesetzt. Unter „Diskurs" verstand Foucault die Menge verstreuter Aussagen, „die nach demselben Muster oder Regelsystem gebildet", daher dem gleichen Diskurs zugeordnet werden können und die „ihre Gegenstände konstruieren". Dem Diskursanalytiker falle die Aufgabe zu, das entsprechende Regelsystem zu rekonstruieren.[103] Es geht also darum, dass „nicht alles, was sich sagen ließe, […] gesagt [wird]" und dass „nicht überall […] alles gesagt werden [kann]".[104] Somit sollen die Grenzen des „Sagbaren" erforscht werden. Letztlich spielt die Frage nach der Gewichtung des als „konstitutiver Bestandteil des Diskurses"[105] beschriebenen Faktors „Macht" eine zentrale Rolle. Macht manifestiert sich etwa in der Möglichkeit, „sich unter spezifischen sozialen Bedingungen ‚Gehör' zu verschaffen"[106], in der Fähigkeit, die Diskursinhalte und das Sagbare festzulegen oder im „agenda setting", also im Bestimmen, was Diskursthema ist und was nicht.

Zu verschiedenen Punkten der diskursanalytischen Herangehensweise meldeten sich kritische Stimmen: So trat in Foucaults frühen Schriften das sprachlich handelnde Subjekt zugunsten der „Ordnung des Diskurses" stark in den Hintergrund, erst durch die Betonung der Kategorie „Macht" und in Annäherung an Pierre Bourdieu fand der Sprecher und seine Position Aufnahme in die Diskursanalyse.[107] Dennoch setzt hier weiterhin Kritik an. Diese bemängelt, dass es dem Diskurs im gleichsam luftleeren Raum an der Rückbindung zu den historischen Akteuren fehle. Bei der Umsetzung der Historischen Diskursanalyse trifft der Forscher zudem auf eine Reihe von Problemen wie die große Anzahl an zu berücksichtigenden Texten, die fehlende Repräsentativität bei der Quellenauswahl, die dem Ansatz inhärente Subjektivität. Zudem gelangt er trotz enormen Arbeitsaufwandes mitunter nur zu bescheidenen neuen Erkenntnissen.[108] Dennoch ist das Interesse am diskursanalytischen Ansatz ungebrochen.

der Mentalitätengeschichte, in: Ulrich Raulff (Hrsg.), Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1989, S. 127–145, hier: S. 139. Und Roger Chickering warnt davor, durch „Privilegierung der Sprache […] die sozialen Strukturen und Prozesse zu Epiphänomenen der Sprache zu reduzieren". Stattdessen betont er die Reziprozität in der Beziehung zwischen Sprache und sozialer Lebenswelt und fordert auf, die „Janusköpfigkeit" der Sprache stärker in den Blick zu nehmen. Roger Chickering, Sprache und soziale Grundlagen des Radikalnationalismus in der Wilhelminischen Ära, in: idem (Hrsg.), Krieg, Frieden und Geschichte. Gesammelte Aufsätze über patriotischen Aktionismus, Geschichtskultur und totalen Krieg, Stuttgart 2007, S. 206–223, hier: S. 214.

103 Keller, Diskursforschung, S. 44.

104 Keller, Diskursforschung, S. 45.

105 Ingo Warnke/Jürgen Spitzmüller, Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik. Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen, in: idem (Hrsg.), Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene, Berlin 2008, S. 3–54, hier: S. 18.

106 Zum diesem letztgenannten Voice-Konzept: Warnke/Spitzmüller, Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik, hier: S. 35 f.

107 Vgl. Silvia Serena Tschopp/Wolfgang E. J. Weber, Grundfragen der Kulturgeschichte, Darmstadt 2007, S. 46 f.; Sarasin, Michel Foucault zur Einführung, S. 103–106 u. 114–116.

108 Vgl. Matthias Jung, Zählen oder deuten? Das Methodenproblem der Diskursgeschichte am Beispiel der Atomenergiedebatte, in: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.),

Unterschiede weisen die beiden aufgezeigten historisch-semantischen Ansätze in ihrem Verhältnis zum konstruktivistischen Paradigma und somit zur Frage nach der Relation von Sprache zur historischen Wirklichkeit auf.[109] Die Frage, ob sich Geschichte im Diskurs auflöst, würde Koselleck im Gegensatz zu Foucault verneinen. Gleichwohl akzeptiert Koselleck den „Handlungscharakter der Sprache" und die „bedeutungskonstituierende Rolle der Sprechhandlungen historischer Akteure"[110]; allerdings nicht ohne zu betonen: „Wenn jedes Sprechen ein Tun ist, so ist lange nicht jede Tat ein Akt des Sprechens."[111] Koselleck nimmt also allenfalls eine gemäßigt konstruktivistische Position ein. Allen aktuellen methodischen Ansätzen ist dabei der Blick weg von den Texten eines klassischen Kanons und hin zu Quellen auf der mittleren und unteren Ebene gemein.

Ein weiterer Zugang zu politischen Ideen und ihrer sprachlichen Rezeption firmiert unter dem Schlagwort „Neue Ideengeschichte". Dieser Ansatz zieht ein breiteres Spektrum an Quellen heran, verbleibt also nicht bei den Klassikern, sondern versucht, seine Erkenntnisse auf eine Vielzahl an Zeugnissen auch der „mittleren" und „unteren" Ebene zu stützen. Zugleich stellt der Ansatz die untersuchten Texte in einen geschichtlichen Kontext und versucht somit, die enthaltenen Ideen zu historisieren.[112]

Wie bereits angedeutet, möchte die vorliegende Studie Elemente aus der Historischen Diskursanalyse mit der Begriffsgeschichte kombinieren und versucht durch diesen methodischen Zugriff, der Komplexität des Themas gerecht zu werden sowie eventuelle Einseitigkeiten zu umgehen. Eine solche Kombination von Methoden ist dabei auf dem Feld der sprachlich-historischen Studien durchaus üblich.[113] Die vorliegende Arbeit untersucht das semantische Feld „Volk" auf der Grundlage der Begriffsgeschichte. Diese Methode bietet sich in besonderem Maße bei der Untersuchung von sprachlichen Veränderungsprozessen an, da sie Semantik nicht allein deskriptiv erfasst, sondern ihren zeitlichen Entstehungskontext stark macht. Die Arbeit folgt der begriffsgeschichtlichen Grundannahme, dass Sprache sowohl Indikator als auch Motor für ideengeschichtliche Prozesse ist, die

Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994, S. 60–81, hier vor allem: S. 60 u. 78; Haslinger, Diskurs, Sprache, Zeit, Identität, hier vor allem: S. 34–37.

109 Vgl. Bödeker, Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode, hier: S. 121.

110 Vgl. Bödeker, Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode, hier: S. 114.

111 Reinhart Koselleck nach Bödeker, Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode, hier: S. 114.

112 Vgl. Günther Lottes, Neue Ideengeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 261–269, hier: S. 261–263; angewendet beispielsweise bei: Elke Seefried, Reich und Stände. Ideen und Wirken des deutschen politischen Exils in Österreich 1933–1938, Düsseldorf 2006; Streubel, Radikale Nationalistinnen. Allgemein zur Ideengeschichte und dem Ideenbegriff des Historikers: Andreas Dorschel, Ideengeschichte, Göttingen 2010, vor allem S. 77–87.

113 Vgl. Lutz Raphael, „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit". Bemerkungen zur Bilanz eines DFG-Schwerpunktprogramms, in: idem (Hrsg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte, München 2006, S. 11–27, hier: S. 24.

sich schließlich in gesellschaftlich-politischen Zäsuren manifestieren. Auf den Untersuchungszeitraum angewendet bedeutet dies, den sprachlichen Veränderungen des Volksbegriffes nachzugehen und sie für die Phase einer sich wandelnden staatlichen Ordnung zu analysieren. Dabei soll der an die koselleckschе Umsetzung der Methode gerichteten Kritik durch eine entsprechend umfangreiche Quellenbasis und einer Verbreiterung des Untersuchungsfeldes auf Neben- und Gegenbegriffe Rechnung getragen werden. Daneben greift die Studie Erkenntnisse und Grundsätze der diskursanalytischen Herangehensweise auf und versucht, sie auf den Untersuchungsgegenstand anzuwenden. Dazu gehören vor allem Überlegungen zur sprachlichen Konstruktion von historischer Wirklichkeit, zum Zusammenhang von Macht und gesellschaftlich-politischen Diskursen sowie zu den Grenzen des „Sagbaren".

Das in der Linguistik, Begriffs- und Politikgeschichte angewandte Modell des „semantischen Kampfes"[114] nimmt das Dreieck von Sprache, Akteuren und (Diskurs-) Macht in den Blick. Der „semantische Kampf" kann mit Ekkehard Felder als „Versuch" verstanden werden, „bestimmte sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessengeleiteter Handlungsmuster- und Denkmuster durchzusetzen".[115] Darunter lassen sich das „Dominant-Setzen bestimmter Teilbedeutungen" sowie das Bemühen fassen, Benennungen festzulegen und diese durchzusetzen.[116] Schlagwörter, die politische Programmatik auf ein Lexem komprimieren, eignen sich besonders als Waffen in der politischen Auseinandersetzung und im Kampf um die öffentliche Meinung.[117] Daneben eröffnet die positive, aber inhaltlich häufig vage Bedeutung von Hochwertwörtern wie „Freiheit", „Demokratie" oder „Nation" die Möglichkeit, sie mit eigenen Inhalten aufzufüllen. Durch das „Besetzen von Begriffen" seitens verschiedener politischer Akteure entstehen

[114] Vgl. Ekkehard Felder (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006. Zur Anwendung des Modells in den verschiedenen Disziplinen: Ekkehard Felder, Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierungs-Konkurrenzen, in: idem (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006, S. 13–46, hier: S. 17.

[115] Felder, Semantische Kämpfe in Wissensdomänen, hier: S. 17.

[116] Felder, Semantische Kämpfe in Wissensdomänen, hier: S. 16. Vgl. Ekkehard Felder, Zur Intention dieses Bandes, in: idem (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006, S. 1–11, hier: S. 3. Dieses Konzept wurde vor allem für abgegrenzte Bereiche wie die Wissenschaftssprache angewendet. So lässt sich etwa die geschichtswissenschaftliche Kontroverse um die Kultur-, Diskurs- und Mentalitätsgeschichte als Geschichte eines „semantischen Kampfes" schreiben, vgl. Martin Wengeler, Mentalität, Diskurs und Kultur. Semantische Kämpfe in der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Ekkehard Felder (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006, S. 157–183, hier vor allem: S. 157–163 u. 179f. Die Theorie lässt sich aber auch auf die Sprache in größeren Arenen ausdehnen. Im politisch-öffentlichen Raum ist es ungleich schwerer, die Deutungshoheit zu erreichen, mitunter kann sie nur in Teilbereichen und einzelnen Milieus erlangt werden.

[117] Vgl. Josef Klein, Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, in: idem (Hrsg.), Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen 1989, S. 3–50, hier: S. 11–16. Zum Schlagwort in der Politik: Dieckmann, Sprache in der Politik, hier: S. 61–64.

ideologische Polysemien – das heißt: ein und dasselbe Wort ist mit unterschiedlichen, mitunter sich einander gar ausschließenden Bedeutungen verknüpft.[118] In „semantischen Kämpfen" geht es somit letztlich um die Deutungshoheit im politisch-öffentlichen Raum, also um die Macht über Wirklichkeitswahrnehmungen, die mittels Begriffsbesetzungen bzw. -verdrängungen errungen werden soll.

Da der Volksbegriff eng mit dem Denken über „Einheit", „Zusammengehörigkeit" und „Demokratie" verbunden war, werden ebenfalls Elemente der Neuen Ideengeschichte in die Arbeit einfließen, etwa wenn sich Gemeinschafts- bzw. Demokratiekonzepte und ihre Einflüsse auf den Volksbegriff im Blickfeld befinden. Insgesamt stellt die Studie eine begriffsgeschichtliche Untersuchung dar, die angereichert ist durch Überlegungen aus der Historischen Diskursanalyse und der Neuen Ideengeschichte. Mit der Untersuchung der Sprache in der Weimarer Republik versucht diese Arbeit einen Beitrag zu einer Begriffs- und Kulturgeschichte der deutschen Zwischenkriegszeit zu leisten.[119]

Der zu erforschende Bedeutungswandel lässt sich aufgrund der üblichen Uneinheitlichkeit, Ungleichzeitigkeit und Mehrdeutigkeit von Sprachgebräuchen nicht im plötzlichen Auftauchen oder Verschwinden etwa einer Bedeutungsvariante festmachen; vielmehr ist eine Gewichtung von Häufigkeit, Intensität und Wirkmächtigkeit notwendig, um Wandlungsphänomene zu bestimmen.[120] Auch wenn bereits der einmalige Befund einer sprachlichen Neuerung wertvolle Hinweise zu geben vermag, so ist doch erst das wiederholte Auftreten einer Veränderung an verschiedenen Stellen entscheidend für die Konstatierung einer Akzeptanz und eines semantischen Wandels. Dieser Erkenntnis trägt die vorliegende Studie durch die Auswertung ihres umfangreichen Quellenkorpus ebenso Rechnung wie durch vereinzeltes Hinzuziehen von quantitativen Erhebungen anhand der Vossischen Zeitung. Da eine entsprechende Auszählung aller herangezogenen Quellen technisch nicht durchführbar gewesen wäre, kann dieses statistische Material die qualitativen Untersuchungen allerdings nur in einigen Punkten ergänzen. Aus diesem pragmatischen Grund, aber auch um der Erkenntnisfalle einer solchen – mitunter in „Fliegenbeinzählerei"[121] endenden – empirischen Auswertung zu entgehen, soll der Schwerpunkt auf der qualitativen Erforschung liegen.

Da Sprachgebrauch und -bedeutung nicht eindeutig sind, da die Zeichen nach den Worten Philipp Sarasins „vibrieren",[122] bedürfen sie der Interpretation durch

[118] Vgl. Klein, Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, hier: S. 21–28. Zur Mehrsinnigkeit und Mehrdeutigkeit von politischem Vokabular: Dieckmann, Sprache in der Politik, hier: S. 53–61.

[119] Zu diesem Anspruch an die Sprachgeschichte der Weimarer Republik: Eitz, Zum Konzept einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik, hier: S. 14.

[120] Vgl. Dietrich Busse/Wolfgang Teubert, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994, S. 10–28, hier: S. 24.

[121] Burkhard Asmuss, Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923, Berlin 1994, S. 33.

[122] Sarasin, Michel Foucault zur Einführung, S. 116.

den Forschenden. Diese Deutung muss berücksichtigen, welche Erfahrungen und Hintergründe der historische Sprecher mitbrachte und in seine Aussage einbezog. Ein Problem sprachwissenschaftlich und auch historisch-semantisch arbeitender Untersuchungen liegt in der Frage nach den Grenzen des Interpretierbaren: Welche Bedeutungen kann der Wissenschaftler aus der historischen Sprache herauslesen, ohne Inhalte ex post hineinzuinterpretieren? Eine allgemeine Antwort darauf gibt es nicht, aber das Bewusstsein für die Problematik der Interpretation sowie die Bereitschaft, sich im Zweifel einzugestehen, dass eine Wortbedeutung unklar bleibt, kann vor Fehlschlüssen schützen.

Diese Arbeit ist in drei chronologische Hauptkapitel gegliedert. Ihnen vorangestellt befindet sich ein Kapitel zur Begriffsherkunft und Ideengeschichte bis 1914. Der eigentliche Hauptteil der Arbeit beginnt mit den Veränderungen und den Bedeutungshorizonten der Begriffe am Ende des Ersten Weltkrieges in den Jahren 1917/18. Chronologisch schließt sich ein Hauptkapitel zur Umbruchphase 1918/19 an, das vor allem die Bedeutung der Wörter aus dem Begriffsfeld während der Novemberrevolution und im Prozess der Verfassungsgebung beleuchtet. In einem weiteren Hauptkapitel wird die Phase zwischen August 1919 und Sommer 1924 in den Blick genommen. Dieser Zeitabschnitt war geprägt von politischer Gewalt, von wirtschaftlichen und währungspolitischen Krisen, von Verhandlungen über Reparationszahlungen und von der Besetzung deutscher Gebiete durch Truppen der Siegermächte. Erst mit dem Jahre 1924 begann die Krise langsam abzuklingen; die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reich schienen sich zu stabilisieren.

II. „Volk" bis 1914 – Etymologische und ideengeschichtliche Entwicklungen

1. Etymologien und Wortbedeutungen

Um die Herkunft und – im doppelten Sinne – historische Bedeutung der hier untersuchten Begriffe herauszuarbeiten, bedarf es des Rückblickes auf ihre spezifische Wortgeschichte. Nur so lassen sich alte und neue Bedeutungsschichten voneinander unterscheiden.

1.1 „Volk"

Das Wort „Volk" stammt wohl vom germanischen „fulka", was so viel wie „Volk, Kriegsvolk" bedeutete, ab.[1] Das grimmsche Wörterbuch nennt als ursprüngliche Bedeutung „kämpfende schar" bzw. „heerhaufe[n]".[2] Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts – beschleunigt durch die Französische Revolution – entstand die heute gebräuchliche Verwendungsweise des Wortes „Volk" in einem abstrakten Sinne. Zuvor war der Begriff für eine konkrete Menschenansammlung, in der theologischen Verwendungsweise für „Gottesvolk", im militärischen Sinne als Bezeichnung einer Truppe und im soziologischen Kontext zur Benennung der „unteren Schichten" gebraucht worden. Zudem hatte sich seit dem 17. Jahrhundert im Staatsrecht eine Verwendung herausgebildet, die unter „Volk" das „Staatsvolk" („populus") verstand.[3] Bis ins 19. Jahrhundert differenzierte sich der Wortgebrauch dann stark aus. So listet das grimmsche Wörterbuch unter dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts angelegten Eintrag „Volk"[4] insgesamt nicht weniger als fünfzehn Hauptbedeutungen und weitere neun Unterbedeutungen auf.[5] Diese lassen sich nach ihrem Verwendungszusammenhang wie folgt systematisieren.[6]

[1] Vgl. Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin 2011, S. 962; dazu auch vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 193 f. In der NS-Zeit wurde diese ursprüngliche Bedeutung im Kompositum „Jungvolk" als eine an militärische Vorbilder erinnernde Organisationseinheit der Hitlerjugend wiederbelebt. Vgl. Hermann Paul/Helmut Henne/Heidrun Kämper/Georg Objartel, Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschatzes, Tübingen 2002, S. 1120.

[2] Volk, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 453–470, hier: Sp. 454.

[3] Peter Brandt, Volk, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11: U–V, Darmstadt 2001, Sp. 1080–1090, hier: Sp. 1081.

[4] Laut Koselleck wurde der Artikel während des Ersten Weltkrieges geschrieben. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 391.

[5] Vgl. Volk, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 453–470.

[6] Weitere Versuche, die Wortbedeutung von „Volk" zu systematisieren, finden sich etwa bei: Lutz Hoffmann, Das „Volk". Zur ideologischen Struktur eines unvermeidbaren Begriffs, in: ZfS (20), 1991, Nr. 3, S. 191–208, hier: S. 193; Odenwald-Varga, „Volk" bei Otto von Bismarck,

Tabelle 1: Eigene Systematisierung der grimmschen Wortbedeutungen des Volksbegriffes (Nummerierungen beziehen sich auf Grimm)[7]

„Volk“

a) als die Bezeichnung einer *großen Anzahl von Menschen* (etwa einer Menschenmenge (4) oder in Verbindung mit Zahlen (6) bzw. quantifizierenden Adjektiven (5))
b) in Abgrenzung der breiten *Masse von Regierten gegenüber den Herrschenden* anhand des Kriteriums „Macht“ (so im Gegensatz „könig und volk“ (12h), aber etwa auch beim „hausvolk“ (2) oder in der Bezeichnung der Untertanen (12a))
c) in der *ethnischen Bedeutung* (für die Bewohner eines Landes die durch bestimmte Kriterien wie „Abstammung“, „Sprache“ oder „Religion“ miteinander verbunden sind (12e, 12f u. 12g))
d) in der *politisch-demokratischen Verwendung* (für alle gleichberechtigten Staatsbürger (12i))
e) in der Bedeutung „*untere Bevölkerungsschichten*“
   a. *ohne damit verbundenes Werturteil* (4)
   b. *mit abwertender Konnotation* (etwa in Kombinationen wie „liederliches volk“ (7) oder „gemeine[s] volck“ (12c), als umgangssprachlicher Ausdruck (8) oder als Bezeichnung der Bevölkerung von niederer Bedeutung (12b))
   c. *mit aufwertender Konnotation* (als naturhafter Teil der Gesellschaft (12d))
f) als Bezeichnung einer *situations- oder zweckabhängigen Zusammengehörigkeit* von Personen (so im militärischen Kontext (1), bei der Kleingemeinschaft (3) aber auch beim „bettelvolk“ (7))
g) als Fachausdruck in Jägersprache und Zoologie (so i. S. v. Tiermenge (13 u. 14))

Den verschiedenen Bedeutungen von „Volk“ (abgesehen vom zoologischen Fachterminus) war demnach gemeinsam, dass sie eine (vorgestellte oder reale) Menschenmenge bezeichnen. Unterschiede gab es in puncto Konstitutionskriterien, Charakteristika und Konnotation. Als ausschlaggebend für die Zusammengehörigkeit wurden bei der einen Bedeutungsvariante kurz- bis mittelfristig änderbare Kriterien (Angehörigkeit zu Militär, Arbeitsstelle oder Haus), bei der anderen langfristig bzw. nur schwerlich („Sprache“, „Religion“) oder gar nicht („Abstammung“) veränderbare Merkmale angesehen.

Bemerkenswert ist, dass sich der Volksbegriff in seiner ursprünglichen Bedeutung auf die Zusammengehörigkeit einer situativ oder zweckhaft zusammengefundenen Menschengruppe bezog. Das Element der Verbundenheit war nicht etwa durch dieselbe Abstammung oder das Bewusstsein, zu einem Stamm zu gehören, gegeben, sondern konstituierte sich aus dem jeweiligen Zweck, der kurzfristigen Situation oder gar dem zufälligen Zusammentreffen.[8] Dieser situative, nur eine kleine Gruppe umfassende Volksbegriff entwickelte sich zu einer allgemeinen Bezeichnung für große Menschenansammlungen. Bereits hierin, aber mehr noch in seiner abstrakteren Weiterentwicklung im Sinne von „die unteren

S. 486, ausführlich mit Verwendungsbeispielen: S. 83–210; Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution“, S. 129–134.

[7] Vgl. Volk, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 453–470.

[8] Vgl. Horst Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland. Die Bedeutungsgehalte und ihre Wandlungen, in: idem (Hrsg.), Volk, Nation, Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus, Gütersloh 1970, S. 13–47, hier: S. 17; Hoffmann, Das „Volk“, hier: S. 193.

Schichten", verbanden sich negative Konnotationen mit dem Volksbegriff. Sowohl im Sprachbild der Menschenmasse als auch im Ausdruck „einfaches Volk" fand eine Entindividualisierung der einzelnen Angehörigen dieses „Volkes" statt; die zu Objekten degradierten Teile der „Masse" und die Angehörigen der Unterschicht wurden als willenlose, fremd- und fehlgeleitete sowie gleichzeitig unberechenbare „Elemente" betrachtet.

Die Entwicklung des Wortes „Volk" verlief in zwei entgegengesetzte Richtungen: Während der enge und konkrete Volksbegriff den „regierte[n] […] Theil einer Nation" im „Gegensatz zum Fürsten, zum Adel, zur Priesterschaft"[9], also „die Untertanen", bezeichnete, negierte der weite und abstrakte Volksbegriff gerade diesen Gegensatz, indem er alle Menschen eines Landes, die durch Kriterien wie „Abstammung", „Sprache", „Religion" und „Tradition" miteinander verbunden waren, erfasste. „Volk" in diesem Sinne nivellierte somit die gesellschaftlichen Klassen- und Standesunterschiede und definierte die Gemeinschaft durch eine horizontale Grenzziehung. Statt des Oben-unten-Gegensatzes errichtete der weite Volksbegriff eine Abgrenzung zwischen „Innen" und „Außen" anhand ethnischer, religiöser und kultureller Faktoren.

Aufschlussreich ist, dass die Bedeutung von „Volk" als den „regierte[n] […] Theil einer Nation"[10] und die Verwendung im Sinne von „unteren Schichten" eine große personelle Schnittmenge aufweist. Im Gegensatz zur Oberschicht besaßen die Untertanen (also nicht nur die Unterschicht im engeren Sinne, sondern auch die Angehörigen einer Mittelschicht) bis in die Neuzeit hinein nur in seltenen Fällen politische Einflussmöglichkeiten. In dieser Bedeutungsweise von „Volk" trat die Oberschicht aus der Gesamtheit der Gemeinschaft heraus, da sie eben nicht dem mehrheitlich aus den „unteren Schichten" bestehenden „Volke" angehörte. Damit bot sich für die Verfechter einer Demokratisierung die Möglichkeit, mit ihren Forderungen nach politischer Teilhabe des bislang ohnmächtigen „Volkes" an diesen engeren Volksbegriff anzuknüpfen.[11] Von der Idee, die gesellschaftlich-politische Machtungleichheit zu verändern, bis hin zum demokratischen Gedanken, dass die Staatsgewalt dem ganzen Volke zustehe, war es semantisch nur noch ein kurzer Weg. Der engere Volksbegriff wurde dabei auf alle Menschen im Staate ausgedehnt. Da in der Demokratie die Macht qua definitionem vom „Volke" auszugehen habe und dieses eben in seiner engeren Bedeutung aus den Untertanen bestand, fiel dem politisch-demokratischen Volksbegriff ein besonderer Verheißungscharakter für die bisher Minderprivilegierten zu. So überlagerte sich der Klang verschiedener Volksbegriffe – „Volk" als die „unteren Schichten" und „Volk" als die „Gesamtheit aller Staatsbürger". Mit dieser Weiterentwicklung, die infolge der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der

[9] Volk, Völker, in: Johann Georg Krünitz (Hrsg.), Ökonomisch-technologische Enzyklopädie, Bd. 227: Vogel–Völkerrecht (1855) 1773–1858, S. 236–270, hier: S. 236.

[10] Ebd.

[11] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 281.

Französischen Revolution im ausgehenden 18. Jahrhundert an Dynamik gewann, fand der Volksbegriff als Bezeichnung der „Gesamtheit aller gleichberechtigten Staatsbürger“ Eingang in den Sprachgebrauch. Neben den im grimmschen Wörterbuch aufgeführten Verwendungsweisen entwickelte sich folgerichtig zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine weitere, explizit staatsrechtliche Bedeutungsvariante von „Volk“. Ausgehend von dem 1900 erschienenen Werk „Allgemeine Staatslehre“ des österreichischen Juristen Georg Jellinek wurde das „Staatsvolk“ neben der „Staatsgewalt“ und dem „Staatsgebiet“ als eines der drei Elemente angesehen, die von der Rechtswissenschaft als für die Existenz eines Staates notwendig erachtet wurden.[12] Dieser staatsrechtliche Volksbegriff wurde nicht nur im juristischen Fachdiskurs aufgenommen, sondern fand schnell Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch.

Die divergierenden Bedeutungen des Wortes und seine emphatische Aufladung machen „Volk“ zu einer schillernden Vokabel, deren Inhalte häufig nicht eindeutig benannt werden können. Im 18. und 19. Jahrhundert entwickelte sich eine Reihe von Zusammensetzungen mit anderen Substantiven: Zu den wirkmächtigsten Ableitungen zählten Komposita wie „Volksbewusstsein“, „Volksempfinden“, „Volksgemeinschaft“, „Volkskörper“ oder „Volksstaat“. Die meisten dieser Begriffe finden sich bereits im grimmschen Wörterbuch. Viele entstanden in der Romantik oder wurden durch die Veränderung des Volksbegriffes in dieser Zeit verstärkt bzw. mit neuen Bedeutungen aufgeladen.

Eine laut dem Deutschen Wörterbuch „viel gebrauchte neure bildung“ des 18. und 19. Jahrhunderts stellt das Kompositum „Volksbewusztsein“ dar.[13] Bei mehreren Ableitungen des Volksbegriffes verweist das Wörterbuch auf Johann Gottfried Herder: So nennen die Brüder Grimm den Weimarer Theologen als Urheber der Wörter „Volkscharakter“ und „Volksempfindung“.[14] Der Begriff „Volksseele“, der als Ausdruck für die „vorstellung des volkes als individuum“ Verwendung fand, wurde auf den nationalliberalen Schriftsteller Gustav Freytag zurückgeführt.[15] Ebenfalls einer organischen Vorstellung folgten die Komposita „Volkskraft“ und „Volkskörper“, deren Erstverwendung jeweils in Friedrich Christoph Dahlmanns historischen Schriften verortet wurde. Während „Volkskraft“ sowohl die militärische als auch (vor allem im Plural) die geistige Stärke bezeichnete, vermittelte „Volkskörper“ direkt das Bild vom „volk als lebendige[m] organismus“.[16]

[12] Vgl. Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre, Berlin 1900.

[13] Volksbewusztsein, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 475.

[14] Vgl. Volkscharakter, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 467; Volksempfindung, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 478.

[15] Volksseele, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 497.

[16] Vgl. Volkskörper, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 486; Volkskraft, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–

Die Wörter „Volksgenosse“ und „Volksganze“ zur Benennung für das Verhältnis der einzelnen Angehörigen eines „Volkes“ zueinander bzw. als Ausdruck für die „gesammtheit des volkes“ entstanden ebenfalls im 19. Jahrhundert und fanden laut grimmschen Wörterbuch erstmals bei Wilhelm Heinrich Riehl, Friedrich Ludwig Jahn und Joachim Heinrich Campe Verwendung.[17] Als ein „schlagwort der demokratischen bewegung“ bezeichnen die Brüder Grimm den Begriff „Volkswille“ und führen ihn ebenfalls auf den Aufklärungsliteraten Joachim Heinrich Campe sowie auf die Publizisten Joseph Görres und Gustav Freytag zurück.[18] In einem demokratischen Sinne, als ein „staat, in dem die regierungsgewalt wesentlich vom volke ausgeht“, wurde auch der Begriff „Volksstaat“ verwendet.[19] Er scheint eine Eindeutschung und Kombination der Bedeutungsinhalte von „Republik“ (als nicht monarchische Staatsform mit Gewaltenteilung; „Freistaat“) und „Demokratie“ (im Sinne von „Herrschaft des Volkes“) zu sein.[20] Der in Wörterbüchern aus der NS-Zeit zu findenden Definition, wonach der Nationalsozialismus das Wort „Volksstaat“ in Abgrenzung zum Parteienstaat „zur Kennzeichnung seines Staates, in dem das Volk und seine Gemeinschaft an erster Stelle“ stehe, verwende,[21] widerspicht die Wortbedeutungsgeschichte. An solchen wie den zitierten Ausführungen wird deutlich, dass die Nationalsozialisten versuchten, sich den Begriff anzueignen.

Wie viele der aufgezeigten Komposita lässt sich auch die Geschichte des Begriffes „Volksgemeinschaft“ bis an die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zurückverfolgen. In der Übersetzung von John Lockes „An Essay Concerning Humane Understanding“ („Versuch zum menschlichen Verstande“) durch den Karlsruher Kirchenrat und Gymnasialprofessor Gottlob August Tittel aus dem Jahre 1791 findet sich der erste nachweisbare Gebrauch des Wortes[22] in dem Satz:

1971, Sp. 486. Zum „Volkskörper“ auch: Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1998, S. 667.

[17] Vgl. Volksganze, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 480; Volksgenosse, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 481. Zum Wort „Volksgenossen“ auch: Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 660–664.

[18] Volkswille, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 503.

[19] Volksstaat, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 498.

[20] So auch Theodor Heuss, der 1927 in einem Handwörterbuch konstatierte, dass „für d[ie] demokratische R[epublik] […] man auch Volksstaat in Vorschlag gebracht“ habe, vgl. Theodor Heuß [sic!], Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte, Halberstadt 1927, S. 180. Friedrich Naumann setzte den Begriff „Volksstaat“ mit dem der Republik gleich. Verhandlungen der verfassunggebenden Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 56.

[21] Volksstaat, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 19: Tou–Wam (1934), Leipzig 1928–1935, S. 665.

[22] Ein Hinweis, der Norbert Götz zu verdanken ist, vgl. Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, hier: S. 57.

Ein praktischer Grundsatz, der in irgend einer Gegend, von einer ganzen Volksgemeinschaft, sicher und dreist, ohne Furcht und Scham, überschritten und verworfen wird, kann nicht dem Menschen angeboren seyn.[23]

Ein eigenständiger, über das Synonym für das Wort „Volk“ hinausgehender Sinn, kann jedoch in den frühen Verwendungen von „Volksgemeinschaft“ nur in seltensten Fällen ausgemacht werden. Allerdings lässt sich zum Teil eine emotionale Aufladung und eine ins Sakrale reichende Bedeutung konstatieren.[24] So ist es sicherlich kein Zufall, dass die Erstverwendung – unter Verweis auf das Deutsche Wörterbuch – (irrtümlich) zumeist auf Schleiermacher zurückgeführt wird,[25] erfuhr doch die Vokabel in der Zeit der Romantik eine häufigere Nutzung. Ende des 19. Jahrhunderts fand der Begriff „Volksgemeinschaft“ dann außer in der Theologie und Philosophie auch in der Rechtswissenschaft Anwendung. Neben dem Philosophen Wilhelm Dilthey gebrauchten ihn die Juristen Johann Casper Bluntschli und Friedrich Carl Savigny bei der Beschreibung des Staates und seiner Aufgaben. Aber auch so gegensätzliche Personen wie der Antisemit Simon Krieg und der Zionist Theodor Herzl schrieben in ihren Publikationen von „Volksgemeinschaft“, um die eigene von fremden Gemeinschaften abzugrenzen.[26] Die Konnotation und Definition des Wortes war allerdings am Vorabend des Ersten Weltkrieges bei Weitem noch nicht eindeutig. Im Gegenteil: Ferdinand Tönnies etwa benutzte „Volksgemeinschaft“ nicht im Sinne seiner positiv aufgeladenen Gemeinschaftsidee, sondern vielmehr analog zu seinem Konzept von „Gesellschaft“. Erst der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verlieh dem Wort „Volksgemeinschaft“ eine neue, eindeutigere Bedeutungsqualität.[27]

Während der Begriff „Volkstum“ erstaunlicherweise im grimmschen Wörterbuch fehlt, ist das Adjektiv „volksthümlich“ im Sinne von „national“ oder „populär“ ebenso wie das Substantiv „volksthümlichkeit“ verzeichnet.[28] Das Wort „volksthümlichkeit“ wurde als „bewusztsein“ der „nationalität“ sowie als das, „was die eigenthümlichkeit eines volkes ausmacht, es von anderen scheidet“, definiert.[29] Dabei nimmt das grimmsche Wörterbuch auf die romantische Sprache

[23] Samuel Salzborn (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 41 f.

[24] Vgl. Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, hier: S. 57.

[25] Volksgemeinschaft, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 481; die Quellenangabe im Deutschen Wörterbuch ist überdies fehlerhaft, dazu: Götz, Ungleiche Geschwister, S. 84.

[26] Allgemein zur „Volksgemeinschaft“ und zu Herzl vgl. Götz, Ungleiche Geschwister, S. 84–86. Der antisemitische Volksgemeinschaftsbegriff findet sich sehr früh bei: Jacob Friedrich Fries, Ueber die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden, Heidelberg 1816, S. 3; ebenso (hier sogar prominent im Titel) bei: Simon Krieg, Deutsch-christlich-social. Die Volksgemeinschaft, Mannheim 1894.

[27] Vgl. Götz, Ungleiche Geschwister, S. 86–88; Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, hier: S. 58.

[28] volksthümlich, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 499 f., hier: Sp. 499.

[29] volksthümlich, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 499 f., hier: Sp. 500.

Herders Bezug. Im „jetzigen sprachgebrauch“ werde „volksthümlichkeit“ als „die übereinstimmung mit dem wesen, der auffassung, dem gefühl des unverbildeten, naiven volkes, seiner unteren schichten“ verstanden, so Jacob und Wilhelm Grimm.[30] „Volkstum“ fand darüber hinaus als Überbegriff für die Bezeichnung des angeblichen Kollektivcharakters eines „Volkes“ Anwendung, der auf den jeweiligen kulturellen und geistigen Leistungen basiere.[31] Geprägt und erstmals verwendet wurde das Kunstwort wohl von Friedrich Ludwig Jahn im Jahre 1810. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte es sich zur gängigen Bezeichnung für die „kulturelle, vorstaatliche Ganz- und Wesenheit“ eines „Volkes“.[32]

Das Adjektiv „völkisch“ wurde während des 19. Jahrhunderts so stark durch eine radikalnationalistisch-rassistische Ideologie imprägniert, dass es schon von den Zeitgenossen zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum mehr in einem neutralen Sinne gebraucht wurde.[33] Seine Verbreitung geschah zunächst in Österreich, aber auch Johann Gottlieb Fichte gebrauchte es 1811 im Sinne von „das ‚einfache Volk‘ betreffend“.[34] Zwar setzte sich der um 1875 unternommene Versuch des Sprachideologen Hermann von Pfister-Schwaighusens, der „völkisch“ als Eindeutschung des Adjektivs „national“ verwenden wollte, nicht durch, doch zeitigte er Auswirkungen auf den weiteren Wortgebrauch.[35] „National“ blieb das überwiegend vorherrschende Adjektiv für die Begriffe „Volk“ und „Nation“. Ein gutes Vierteljahrhundert nach dem Etablierungsversuch Pfisters gelangte um das Jahr 1900 das Wort „völkisch“ in die deutsche Alltagssprache und wurde schnell zu einem Fahnen- bzw. Stigmawort für die Bezeichnung einer politischen Ideologie am äußersten rechten Rand.[36] In zunehmendem Maße wurde es zur Bezeichnung der Radikalnationalisten und ihres politischen Denkens verwendet und disqualifizierte

[30] Ebd.

[31] Vgl. Volkstum, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 20: Veda bis Zz (1908), Leipzig 1902–1913, S. 242.

[32] Angela Treiber, Volkstum, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11: U–V, Darmstadt 2001, Sp. 1112; vgl. auch: Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 675 f.

[33] Mit Kritik an der „politische[n] Färbung“ des Wortes und für den Gebrauch von „volklich“ eintretend: Karl Dunkmann, Völkisch oder Volklich?, in: Nordland. Monatsschrift für Volkstum und Gemeinschaftspflege (1), 1924, 5/6, S. 53–55, hier: S. 53 u. 55. Der Begriff „volklich“ wurde innerhalb der untersuchten Milieus nicht signifikant oft verwendet. Dagegen scheint der Gebrauch im konservativ-nationalistischen Spektrum häufiger gewesen zu sein. Vgl. z. B.: Um den Kaiser, in: Deutsche Tageszeitung (25), 01. November 1918, Nr. 556, S. 1 f., hier: S. 1.

[34] Vgl. völkisch, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 485.

[35] Uwe Puschner, Völkisch. Plädoyer für einen „engen“ Begriff, in: Paul Ciupke (Hrsg.), „Die Erziehung zum deutschen Menschen“. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 53–66, hier: S. 53; Karl-Heinz Brackmann/Renate Birkenhauer, NS-Deutsch. „Selbstverständliche“ Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen am Niederrhein 1988, S. 194; Günter Hartung, Völkische Ideologie, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, München 1996, S. 22–41, hier: S. 23; Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 645 f.

[36] Vgl. Uwe Puschner, „Wildgeworden“ und „gefährlich“! Die öffentliche Auseinandersetzung mit den Völkischen in ihrer Zeit, in: Patrick Merziger/Rudolf Stöber/Esther-Beate Körber/

sich damit als neutraler Ausdruck. Im ideologischen Sinne gebraucht, entwickelte sich das Adjektiv „völkisch“ und seine Substantivierungen (wie „das Völkische“) spätestens nach dem Ersten Weltkrieg zu einem – sowohl seitens seiner radikalnationalistischen Anhänger als auch von seinen politischen Gegnern – höchst unspezifisch verwendeten Begriff, der kein klar umrissenes politisches Programm bezeichnete, sondern allenfalls ein Mindestmaß an ideologischer Übereinstimmung voraussetzte.[37]

Als Präfixableitung aus „Volk“ existiert das Verb „bevölkern“ und das Substantiv „Bevölkerung“. Beide Wörter werden seit dem 17. Jahrhundert im Deutschen verwendet und sind wohl Lehnbildungen vom französischen „population“ und „peupler“.[38]

1.2 „Nation“

Eine Begriffsgeschichte von „Volk“ lässt sich nicht ohne Betrachtung des Wortes „Nation“ schreiben. Beide Ausdrücke standen mit ihren Bedeutungen seit dem Mittelalter in enger Wechselwirkung zueinander. Ihre Inhalte waren selten eindeutig, sondern häufig fließend und bildeten große Überschneidungen.[39] „Nation“ gelangte im 14. Jahrhundert als direkte Entlehnung des lateinischen Wortes „natio“ in die deutsche Sprache. Ursprünglich bezeichnete „natio“ die „Gemeinschaft von Menschen derselben Herkunft“.[40] Als weitere Kriterien traten noch in der Zeit des Römischen Reichs „gleiche Kultur, Sprache usw.“ hinzu.[41] Infolge der Christianisierung in der Spätantike differenzierte sich die Verwendungsweise aus: Als „nationes“ wurden im Gegensatz zum „populus Romanus“ die als kulturell rückständig geltenden „Naturvölker“ bezeichnet.[42] Im Hochmittelalter wurden studentische Landsmannschaften und ausländische Zusammenschlüsse von Kaufleuten als „nationes“ tituliert. Auch wurde das Wort bei Konzilien etwa in Konstanz oder Basel zur Abgrenzung verschiedener Gruppen verwendet. „Nationes“ waren dabei im weitesten Sinne regionale Gliederungen. An Kriterien wie gemeinsame Sprache und Herkunft waren sie nur sehr lose gebunden; in ihrer Zusammensetzung variierten sie oftmals. Im Humanismus schließlich war neben dem Verständnis von „Nation“ als Gesamtheit der Untertanen ein ethnisch-kultureller Nationsbegriff

Jürgen Michael Schulz (Hrsg.), Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, S. 109–126, hier: S. 111 f.

[37] Vgl. Puschner, Völkisch, hier: S. 54 f.; Puschner, „Wildgeworden“ und „gefährlich“!, hier: S. 112.

[38] Vgl. Paul/Henne/Kämper/Objartel, Deutsches Wörterbuch, S. 166.

[39] Vgl. Ulrich Dierse/Helmut Rath, Nation, Nationalismus, Nationalität, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 6: Mo–O, Darmstadt 1984, Sp. 406–414, hier: Sp. 406.

[40] Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 649.

[41] Vgl. ebd.

[42] Vgl. Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland, S. 18; Dierse/Rath, Nation, Nationalismus, Nationalität, hier: Sp. 406 f.; Hagen Schulze, Das Europa der Nationen, in: Helmut Berding (Hrsg.), Mythos und Nation, Frankfurt am Main 1996, S. 65–83, hier: S. 67.

vorherrschend, der häufig an das Kriterium „Sprache“ anknüpfte.[43] Durch die sich mit dem Buchdruck eröffnenden neuen Möglichkeiten zur Verbreitung der deutschen Sprache entstand seit Ende des 15. Jahrhunderts in den gebildeten Schichten zunehmend so etwas wie ein „deutsches Nationalbewusstsein“.[44]

Die Frage, ob „Nationen“ schon in der Zeit vor der Französischen Revolution existiert haben, wird in der Forschung kontrovers diskutiert. Dabei wurde zu Recht davor gewarnt, in den Nationsbegriff ahistorische Inhalte hineinzulesen, teleologisch zu argumentieren und zeitgenössische Topoi überzubewerten.[45] Ohne hier näher auf die Kontroverse eingehen zu können, sei festgestellt, dass der Begriff „Nation“ – wenn auch mit höchst unterschiedlichen Betonungen – im 18. Jahrhundert in den intellektuellen Kreisen emphatisch verwendet wurde. Eine Einengung auf eine ethnisch-exklusive Gemeinschaft war den allermeisten Denkern der Frühmoderne fremd. Vielmehr knüpften sie an das Individuum und seinen Willen an, sich zu einem Gemeinwesen zu bekennen. Basis der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Gesellschaften war in hohem Maße die Gleichheit an Kultur, Brauchtum und Sprache.[46]

Die Französische Revolution verband schließlich das Schlagwort der „Nation“ mit dem der „Demokratie“ und weitete die Zugehörigkeit zur „Nation“ auf alle Staatsbürger aus.[47] Je nach weltanschaulicher Ausrichtung und politischer Tradition gelangten in den europäischen Staaten unterschiedliche Definitionen von „Nation“ zur Deutungshoheit.

Das etwa in Frankreich stark verbreitete subjektive Nationskonzept gründete auf der gemeinsamen Überzeugung aller Bürger. Als ein „charakteristisches Merkmal der nationalen Identität“ galt die „Verbundenheit mit einem politischen Territorium“.[48] Eine weitere Voraussetzung für das subjektive Nationskonzept war zudem ein stetiger „Grundkonsens der politischen Verfassung und Kultur“[49]. Ein solcher – an einem „Nationalbewusstsein“ orientierter – Nationsbegriff der „Willensgemeinschaft“ lehnte sich stark an das voluntaristisch-subjektive Konzept an, das Ernest Renan mit den berühmten Worten, wonach das „Dasein einer Nation“ „ein tägliches Plebiszit“ sei, treffend beschrieben hat.[50] Hingegen lag in Deutsch-

[43] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 288–292; Schulze, Das Europa der Nationen, hier: S. 67–69.

[44] Vgl. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 30–33; Anderson, Die Erfindung der Nation, S. 44–54.

[45] Vgl. Joachim Whaley, Kulturelle Toleranz – die deutsche Nation im europäischen Vergleich, in: Georg Schmidt (Hrsg.), Die deutsche Nation im frühneuzeitlichen Europa. Politische Ordnung und kulturelle Identität?, München 2010, S. 201–224, hier: S. 203 f.

[46] Vgl. Whaley, Kulturelle Toleranz – die deutsche Nation im europäischen Vergleich, hier: S. 204–206.

[47] Vgl. Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland, S. 18 f. u. 32–34.

[48] Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 12.

[49] Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 13.

[50] Ernest Renan, Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, in: Michael Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.), Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993, S. 290–311, hier: S. 309. Wobei das gerne zitierte „tägliche[…] Plebiszit“ nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass auch Renan kein Sezessionsrecht vorsah. Er verstand „Nation“

land die Betonung meist auf anderen Kriterien. Statt an das subjektive Konzept wurde hier an vermeintlich objektive, die „Nation“ konstituierende Merkmale wie „erbliche Stammes-, Sprach-, Sitten- und Kulturgemeinschaft“[51] angeknüpft. Damit kann das deutsche Nationskonzept prinzipiell dem Typus der ethnisch gestimmten „Herkunftsgemeinschaft“ zugeordnet werden.[52] Stefan Breuer hat darauf hingewiesen, dass das deutsche Nationsverständnis im Gegensatz zu dem in Frankreich vorherrschenden „individualistisch-territorial[en]“ Typus stark holistisch konnotiert gewesen sei. Die „Nation“ habe im deutschen Denken nicht auf einem Gesellschaftsvertrag basiert. Vielmehr sei ihr als Kollektiv ein eigenständiger Wert zugebilligt worden. Nach Breuers Interpretation hätten in Deutschland die „ethnische“ und die „territoriale“ Spielart des holistischen Konzepts miteinander um die Deutungsmacht konkurriert, wobei die „ethnische“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschend gewesen sei.[53] Selbst die „völkischen“ Radikalnationalisten hätten, so Breuer, lange Zeit zwischen „holistisch-ethnischen“ und „holistisch-territorialen“ Nationskonzepten changiert.[54]

1.3 „Volk“ und „Nation“ – zwei Wörter, eine Bedeutung?

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, dass der neuzeitliche Nationsbegriff in seiner Ausprägung häufig weitgehend deckungsgleich mit den Inhalten des Wortes „Volk“ verwendet wurde. Bemerkenswert erscheint, dass die Wörter „Volk“ und „Nation“ im Deutschen ihre Bedeutungen bis zum 19. Jahrhundert geradezu getauscht hatten. Hatte „Nation“ ursprünglich eine auf Geburt und Abstammung beruhende „natürliche Einheit“ bezeichnet, so wurde nun „Volk“ zu einer organischen Gemeinschaft verklärt. Beim Volksbegriff verlief die Entwicklung entgegengesetzt: Wurde er zunächst meist in situativen Kontexten als Bezeichnung eines zweckhaften Zusammenschlusses, etwa für eine militärische Einheit, verwendet, so trat später zunehmend „Nation“ an seiner statt.[55] Der bereits in der Romantik ins Wanken geratene Gegensatz zwischen politischer und vorstaatlicher Begrifflichkeit löste sich spätestens Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufkommen einer „völkischen“ Ideologie auf, da diese das „Volk“ sowohl als vorstaatliche als auch im Sinne einer staatlichen Einheit auf den Schild hob.[56]

als ein „geistiges Prinzip“, das sein Selbstbild aus der Vergangenheit konstruiere. Vgl. Göthel, Demokratie und Volkstum, S. 25 f.

[51] Nation, Brockhaus’ Konversations-Lexikon, Bd. 12: Moria–Pes (1903), Leipzig 1901–1904, S. 194 f.

[52] Weinacht, National als Integral moderner Gesellschaft, hier: S. 108–110.

[53] Vgl. Breuer, Ordnungen der Ungleichheit, S. 78.

[54] Vgl. Breuer, Ordnungen der Ungleichheit, S. 96–99.

[55] Vgl. Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland, S. 19 f.; Francis, Ethnos und Demos, S. 27 u. 101 f.; Reinhard Stauber/Florian Kerschbaumer, Volk, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 14: Vater–Wirtschaftswachstum (2011), Darmstadt 2005–2012, Sp. 376–384, hier: Sp. 380.

[56] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 382 u. 389.

Der Vergleich der Lemmata „Volk“ und „Nation“ in den zwischen 1852 und 1934 erschienenen Auflagen von Brockhaus' und Meyers Lexikon[57] zeigt, dass die ethnische Verwendung des Begriffes „Volk“ in allen Ausgaben – abgesehen vom Brockhaus 1932/34 – als Primärbedeutung des Wortes geführt wurde.[58] Damit glich die Hauptbedeutung des Volksbegriffes in weiten Teilen der Definition des Lemmas „Nation“. Mitunter war die lexikalische Erklärung beider Begriffe gar bis in die Wortwahl identisch. Als Kriterien wurde oftmals auf Abstammung, Sprache, Sitte und Kultur verwiesen. Auffallend ist, dass die Wörterbuchausgaben aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts die juristische und politische Bedeutungsebene des Begriffes betonten. Zudem lässt sich feststellen, dass zwar die Bedeutung des Volksbegriffes im Sinne einer Abgrenzung zwischen der Masse der Regierten und den Regierenden in allen Lexika über den Zeitraum von 80 Jahren beibehalten wurde, der negativ konnotierte Begriff des als unzivilisiert apostrophierten „gemeine[n] Volk[es]“ jedoch nur in der Meyers-Ausgabe von 1852 aufgeführt wurde. Verwunderlich ist, dass im 1934 erschienenen Brockhaus unter dem Lemma „Volk“ der ethnische, hier als „völkisch“ bezeichnete Begriff erst an letzter Stelle aufgeführt und zuvorderst eine veraltete sowie anschließend die (staats-) rechtliche Verwendungsweise genannt wurde. Für den Untersuchungszeitraum lässt sich somit festhalten, dass neben dem ethnischen ein (staats-) rechtlicher, ein politischer und ein durch die Trennlinie „Macht“ definierter Begriff des „Volkes“ allgemein verbreitet war. Auch wenn dies manchmal bestritten wurde,[59]

[57] Eine Aufstellung der verschiedenen Bedeutungen in den beiden Enzyklopädien findet sich im Anhang II „Bedeutung von ‚Volk‘ und ‚Nation‘ im Meyers und Brockhaus 1852–1934“.

[58] Nation, in: Joseph Meyer (Hrsg.), Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Bd. 1/22: Montez, Lola–Naxuana (1852), Hildburghausen 1840–1855, S. 1100–1103; Volk, in: Joseph Meyer (Hrsg.), Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Bd. 2/14: Vico (Biogr.)–Wein (1852), Hildburghausen 1840–1855, S. 264; Nation, Brockhaus' Konversations-Lexikon, Bd. 12: Moria–Pes (1903), Leipzig 1901–1904, S. 194 f.; Volk, Brockhaus' Konversations-Lexikon, Bd. 16: Turkestan–Zz (1903), Leipzig 1901–1904, S. 379 f.; Nation, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 14: Mittewald bis Ohmgeld (1906), Leipzig 1902–1913, S. 442 f.; Volk, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 20: Veda bis Zz (1908), Leipzig 1902–1913, S. 223; Nation, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 8: Marut–Oncidium (1928), Leipzig 1924–1933, Sp. 1033; Volk, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 12: Traunsee–Zz (1930), Leipzig 1924–1933, Sp. 810; Nation, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 13: Mue–Ost (1932), Leipzig 1928–1935, S. 197 f.; Volk, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 19: Tou–Wam (1934), Leipzig 1928–1935, S. 641 f.

[59] So schreibt der Göttinger Soziologe Waldemar Mitscherlich: „Während das Volk blutähnliche Zusammensetzung als bestimmendes Merkmal aufweist, setzt die Nation sich sehr oft aus blutmäßig verschiedenen Elementen zusammen“ und zitiert Tönnies zustimmend: „Volk ist eine rohe, natürliche biologische Realität, Nation mehr eine Idee, ein soziologisches Ideal.“ Waldemar Mitscherlich, Volk und Nation, in: Alfred Vierkandt (Hrsg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931, S. 644–652, hier: S. 648. Und der DDP-Politiker Theodor Heuss schrieb, dass man unter „N[ation] […] nicht d[as] natürlich Gegebene, d[as] Volkstum als solches, sondern seine historisch-politische Gestaltung“ begreife: „N[ation] ist d[ie] zum Staatlich-Politischen gewandte Seite des Volkstums“. Heuß [sic!], Politik, S. 136. Jedoch konnte – wie oben aufgezeigt – auch „Nation“ als eine ethnische Gemeinschaft verstanden werden.

so machen die Enzyklopädien – und der zeitgenössische Sprachgebrauch – deutlich, dass „Volk“ und „Nation“ trotz der vielen unterschiedlichen Bedeutungsvarianten zumeist synonym verwendet wurden.

Festzuhalten bleibt somit, dass „Nation“ im Deutschen als eine ethnische Gemeinschaft gedacht wurde, die sich durch gleiche Abstammung, Sprache, Sitte oder Kultur definierte. Wenn auch die „Nation“ und das ethnische „Volk“ von den Lexikografen als weitgehend identisch angesehen wurden, so war eine Kongruenz von der „Nation“ als Abstammungs- und Sprachgemeinschaft auf der einen mit dem „Volk“ im engeren (staats-) rechtlich-politischen Sinne auf der anderen Seite häufig nicht gegeben. Die Herbeiführung einer solchen Übereinstimmung bildete gleichwohl eine Wunschvorstellung im politischen und ethnischen Ordnungsdenken vieler Zeitgenossen.

Einen richtungsweisenden Versuch, die den Ausdrücken „Volk“ und „Nation“ innewohnenden Vorstellungen voneinander abzugrenzen, unternahm der Soziologe Emerich Francis mit seiner Differenzierung zwischen „ethnos“ und „demos“.[60] Francis unterschied dabei die Idee einer auf Abstammung beruhenden dauerhaften Gemeinschaft des „ethnos“ von der Vorstellung der „Staatsnation“, des „demos“, als „Träger des demokratischen Staates“.[61] Der „demos“ sollte dabei allerdings nicht – wie Francis' missverständliche Formulierung nahelegen könnte – als demokratische Regierungsform, sondern allgemein als die Gemeinschaft der Bürger mit politischen und rechtlichen Teilhabemöglichkeiten am Staat verstanden werden.[62] Mit der Gegenübersetzung von „demos“ und „ethnos“ stellte Francis die Hauptunterschiede zwischen den beiden Wortbedeutungen heraus, die aus den Zugehörigkeitsvoraussetzungen, dem Umfang der Mitgliedschaft und den daraus abgeleiteten Eigenschaften und Rechten erwachsen. Damit gelang es ihm, eine idealtypische, für die Analyse der Begriffe im soziologischen Kontext hilfreiche Unterscheidung aufzustellen, die in ihrer Trennschärfe allerdings droht, uneindeutige und überlappende Bedeutungsinhalte zu nivellieren oder zu ignorie-

Ebenso nahm „Volk“ in seiner rechtlich-politischen Variante eine normativ-staatliche Bedeutung ein. Eine klare Unterscheidung zwischen den beiden Wörtern, wie sie von Mitscherlich und Heuss suggeriert wird, lässt sich somit im Sprachgebrauch eben gerade nicht konstatieren, sondern entsprang eher dem Wunsch und Willen der Autoren, zwischen den beiden Ausdrücken inhaltlich klar differenzieren zu können.

60 Vgl. Francis, Ethnos und Demos, S. 69–87. Zur Bedeutung und Wirkmächtigkeit von Francis' Unterscheidung: Mario Rainer Lepsius, „Ethnos“ oder „Demos“. Zur Anwendung zweier Kategorien von Emerich Francis auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die Europäische Einigung, in: idem (Hrsg.), Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 247–255, hier vor allem: S. 249 u. 254f.

61 Francis, Ethnos und Demos, S. 87.

62 Ähnlich auch die Definition bei: Göthel, Demokratie und Volkstum, S. 28. Die jüngst von Michael Mann verwendete Definition von „demos“ als die „einfachen Leute, die Masse der Bevölkerung“ ist dagegen irreführend. Vgl. Mann, Die dunkle Seite der Demokratie, S. 13. Ebenfalls soll hier unter „demos“ nicht das „Volk“ in einem „naturalistisch, auf Faktoren wie Abstammung und Rasse abstellenden Sinne“ verstanden werden, wie die Kategorie zuweilen von Stefan Breuer und Ina Schmidt verwendet wird. Breuer/Schmidt, Die Kommenden, S. 297. Die bei den beiden Autoren genannten Faktoren sollen hier im Gegenteil gerade als Anknüpfungspunkte für ein ethnisches Verständnis gewertet werden.

ren. „Demos“ und „ethnos“ soll im Weiteren noch der Begriff „plebs“ zur (wertneutralen) Bezeichnung für die Unterschichten, das „einfache Volk“, als Kategorie hinzugefügt werden.[63] Diese drei Schlagwörter helfen dabei, die verworrenen Bedeutungen von „Nation“ und „Volk“ klarer voneinander abzugrenzen und sie analytisch zu fassen.

1.4 „Rasse“

Erst im 18. Jahrhundert gelangte der Begriff „Rasse“ aus dem Französischen in die deutsche Sprache. Seine etymologische Herkunft ist unklar – sie wird teilweise auf die lateinischen Wörter „radix“ („Wurzel“), „generatio“ („Schöpfung“, „Geschlecht“, „Generation“) oder „ratio“ („Wesen“, „Natur einer Sache“) zurückgeführt, aber auch andere Ursprünge kommen infrage.[64] Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der ursprünglich biologische Fachbegriff für „Varietät“ oder „Art“ durch die Schriften von Josef Arthur de Gobineau politisch, geschichtsphilosophisch und ideologisch aufgeladen.[65] Der französische Adelige deutete die Zeitläufte als einen Kampf der „Rassen“, in dem der „weißen Rasse“ die Führungsrolle zukomme. Durch „hemmungslos[e]“ „Blutmischung“ würden die „Völker“ aber Gefahr laufen zu degenerieren und auszusterben.[66] Ausgehend von den Theorien Darwins über die Entstehung der Arten wurde der Rassenbegriff in einem „völkisch-sozialdarwinistischen“ Sinne auf die menschliche Spezies angewandt.[67]

[63] Die Unterscheidung in „demos“, „ethnos“ und „plebs“ wird etwa auch von Michael Wildt verwendet, vgl. Wildt, Die Ungleichheit des Volkes, hier: S. 38. Implizit gebraucht auch Thomas Mergel diese Unterscheidung, wenn er zwischen dem „Volk“ als „‚Gesellschaft‘ im Unterschied zu ‚Staat‘“, dem „Volk“ im „Gegensatz zu den ‚Herrschenden‘“ und dem „Volk“ als „ethnische Einheit“ differenziert. Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 261. Ähnlich auch die Unterscheidung bei Theodor Veiter: Theodor Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk. Volkstheorie und Rechtsbegriffe, in: APuZ, 1973, Nr. 11, S. 3–47, hier: S. 8f. Margaret Canovan differenziert in ihrer Studie ebenfalls zwischen drei Bedeutungen des Volksbegriffes: „the people as sovereign; peoples as nations, and the people as opposed to the ruling elite (what used to be called ‚the common people‘)“; Canovan, The People, S. 2.

[64] Vgl. Werner Conze/Antje Sommer, Rasse, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5: Pro–Soz, Stuttgart 1984, S. 135–178, hier: S. 137–141, zu den unterschiedlichen Herleitungen des Wortes vor allem: Anm. 5 (S. 137). Vgl. auch: Stefan Lorenz, Rasse, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 8: R–Sc, Darmstadt 1992, Sp. 25–28, hier: Sp. 25; Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 481.

[65] Vgl. Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 746f.; Stefan Lorenz, Rasse, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 8: R–Sc, Darmstadt 1992, Sp. 25–28, hier: Sp. 26.

[66] Gobineau, zitiert nach: Werner Conze/Antje Sommer, Rasse, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5: Pro–Soz, Stuttgart 1984, S. 135–178, hier: S. 162.

[67] Vgl. Conze/Sommer, Rasse, hier: S. 149–168; Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 102–106 u. 119–128; Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland, S. 170f.; Hartung, Völkische Ideologie, hier: S. 36f.; Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 484f.

Die Vorstellung von der Existenz „höher- und minderwertiger“ Menschengruppen, ihrer „Reinheit“ und die daraus erwachsenden Züchtungsphantasmen führten im 19. und 20. Jahrhundert zu einer breiten Rezeption des Rassenbegriffes. Als besonders wirkmächtig erwies sich das 1899 erschienene Werk Houston Stewart Chamberlains „Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts“. Chamberlain stellte darin Analogien zur Tier- und Pflanzenzucht her, sah die „Reinheit der Rasse“ als entscheidend für das Werden und Vergehen der Völker an und verknüpfte seine Rassentheorie mit dem Antisemitismus. „Die Juden“ machte er für den angeblichen Verfall der Völker und die mangelnde Reinheit der „Rassen“ verantwortlich.[68] Ein solches Denken wurde von einer meinungsstarken, radikalnationalistischen Strömung im rechten politischen Spektrum des Kaiserreichs rezipiert; diese „völkische Bewegung“ war bestrebt, ihre Ideen auch in die Tat umzusetzen. Der Begriff „Rasse“ wurde so zu einem „Zielbegriff des Willens und der Politik“.[69]

Aber auch abseits des „völkischen“ Milieus war der Rassenbegriff in der alltäglichen Sprache geläufig. So findet sich in zeitgenössischen Lexika die Aussage, dass „ursprünglich R[asse] und Sprache zusammen fielen“, sowie ferner, dass sich die biologischen Anlagen entscheidend auf den Verlauf der Geschichte auswirken würden.[70] Mitunter wurde der Rassenbegriff aber auch ohne biologistische Aufladung als Synonym für die Wörter „Volk“, „Nation“ und „Stamm“ verwendet. Hier knüpfte er nicht an körperliche Unterscheidungsmerkmale, sondern an Kriterien wie „Herkunft“, „Sprache“, „Kultur“ oder „Religion“ an.[71]

1.5 „Masse“

Das Wort „Masse“ existiert seit dem 9. Jahrhundert in der deutschen Sprache, es erhielt seine politisch-soziale Bedeutung aber erst mit der Politisierung und Militarisierung der „Volksmassen“ in der Französischen Revolution. Ursprünglich stammte der Begriff vom griechischen Wort „maza“ für „Brotteig“ ab. „Maza“ bezeichnete einen asymmetrischen, konturlosen Klumpen, der aus verschiedenen Einzelbestandteilen zusammengesetzt war.[72] In der Zeit zwischen 1815 und 1871 avancierte „Masse“ zu einem häufig gebrauchten Begriff der politisch-sozialen Sprache.[73] Mit der Übertragung des Begriffes auf eine Ansammlung bzw. eine

[68] Vgl. Conze/Sommer, Rasse, hier: S. 172 f.
[69] Conze/Sommer, Rasse, hier: S. 166.
[70] Richard Thurnwald, Rasse, in: Paul Herre/Kurt Jagow (Hrsg.), Politisches Handwörterbuch, Leipzig 1923, S. 403–406, hier: S. 404 u. 406.
[71] Vgl. Staffan Müller-Wille, Rasse, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10: Physiologie–Religiöses Epos (2009), Darmstadt 2005–2012, Sp. 605–607, hier: Sp. 606 f.
[72] Vgl. Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 605; Paul/Henne/Kämper/Objartel, Deutsches Wörterbuch, S. 645; zur Etymologie auch vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 246; Max Jammer/Eckart Pankoke, Masse, Massen, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5: L–Mn, Darmstadt 1980, Sp. 825–832, hier: Sp. 825.
[73] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 366–368.

abstrakte Gruppe von Menschen gingen auch Teile der Eigenschaften des vormals bezeichneten Gegenstandes auf den neuen über. So wurde der Bevölkerungsmasse ein fehlender Wille attestiert und damit die Notwendigkeit betont, sie zu etwas formen zu müssen. Zugleich wurde der „Masse" Unberechenbarkeit und Gefährlichkeit unterstellt.

Seit der Industrialisierung wurde unter „Masse" zumeist die große Anzahl an Arbeitern verstanden. Für Karl Marx stellte die „Masse" die Substanz des Kapitalismus und zugleich die revolutionäre Potenz dar, die – wenn sie zu Klassenbewusstsein gelangt sei – das herrschende Gesellschaftssystem überwinden könne.[74]

Der Bedeutungswandel von „Volk" hatte im 18. Jahrhundert zu einer Aufwertung und Mythisierung dieses Wortes beigetragen. Seine vormalige Teilbedeutung im Sinne von „die unteren Bevölkerungsschichten" ging zunehmend auf den Begriff „Masse" über.[75] Dieser bezeichnete die Unterschichten und wurde nun häufig mit abwertenden Adjektiven verbunden.

Die negative Konnotation des Wortes „Masse" setzten die Radikalnationalisten seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts polemisch gegen das demokratische System ein. Dabei wurde „Masse" als Chiffre für die angeblich mechanisch zusammengeschlossene „Gesellschaft" gebraucht, der das „Volk" als vermeintlich organische Einheit innerhalb der „Gemeinschaft" gegenübergestellt wurde. Die Demokratie konnte mit dieser Terminologie als die Herrschaft des Pöbels diffamiert werden.[76] Einige nationalistische Gruppen bezogen sich aber auch positiv auf die „Masse" und versuchten, zur Realisierung ihrer politischen Ziele sich auf diese zu stützen.

1.6 „Stamm"

Ausgehend von der Bezeichnung des Baumbestandteils entwickelte sich das seit dem 9. Jahrhundert im Deutschen verwendete[77] Wort „Stamm" „in dem sinne von geschlecht, familie u. s. w."[78] Davon ausgehend erfuhr das Wort eine weitere Abstraktion:

> wie die familie sich von einem urahn als dem stammvater herleitet, wird auch ein volk oder der theil eines volkes, von einem manne abstammend gedacht, als ein stamm bezeichnet.[79]

Als „Stamm" konnte somit ein ganzes „Volk" oder eine ethnische Untereinheit tituliert werden. Der Stammesbegriff betonte stärker noch als der Volksbegriff die

[74] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 367 f.
[75] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 367.
[76] Vgl. Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution", S. 133 f.
[77] Vgl. Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 875.
[78] Stamm, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 10/2.1: Sprecher–Stehuhr (1919), Leipzig 1854–1971, Sp. 634–644, hier: Sp. 638.
[79] Stamm, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 10/2.1: Sprecher–Stehuhr (1919), Leipzig 1854–1971, Sp. 634–644, hier: Sp. 642.

ethnischen Kriterien von Herkunft und Abstammung sowie die spezifische Zusammengehörigkeit und die Eigenarten des sozialen Gebildes.

1.7 „Gemeinschaft“

Die Begriffe „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ wurden lange Zeit synonym gebraucht. Etymologisch ist „Gemeinschaft“ mit den lateinischen Wörtern „munus“ („Amt“, „Wirkungskreis“) und „communis“ („gemeinsam“, „öffentlich“) verwandt. In seiner Doppelbedeutung bezeichnet „Gemeinschaft“ sowohl die personale Verbindung zwischen Menschen als auch den Zustand eines abstrakten gesellschaftlichen Verbundenseins.[80]

Zu einem Wandel der Begriffsbedeutung kam es im Zeitalter der Romantik.[81] In dieser Epoche wurden organische Vorstellungen auf das gesellschaftliche Leben übertragen. Dabei wurde „Gemeinschaft“ als über die Summe ihrer Angehörigen hinausgehend angesehen und ihr ein „unverlierbares Wesen“ sowie ein harmonisches Zusammenleben zugesprochen. Bestehende Gegensätze innerhalb der „Gemeinschaft“ wurden negiert. Der überzeitliche Charakter von „Gemeinschaft“ wurde unter Verweis auf die mittelalterliche Sozialordnung betont.[82] Insgesamt blieb jedoch die Abgrenzung zwischen den Begriffen „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ unscharf. Erst die mit Hegel einsetzende Unterscheidung zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“ ließ letzteren Begriff zur Bezeichnung für die „bürgerliche Gesellschaft“ werden, die als „System der Bedürfnisse“ verstanden wurde.[83] Der abstrakte Begriff der „Gesellschaft“ setzte sich als „Kollektivsingular“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts langsam durch, sodass er um die Wende zum 20. Jahrhundert im heutigen Sinne eines allgemeinen „Denkrahmens des Sozialen“ (Paul Nolte) weithin gebräuchlich war.[84] „Gemeinschaft“ hingegen blieb weiterhin ein relativ unbestimmter Begriff. Robert Mohl und Lorenz von Stein betrachteten „Gemeinschaft“ als eine Form menschlicher Verbundenheit oberhalb der Sphäre von Staat und Gesellschaft. Ebenso wenig wie bei ihnen fand sich bei Karl Marx und Friedrich Engels eine einheitliche Verwendung der beiden Wörter. Gleichwohl wird in einigen Schriften von Marx und Engels die „Gemeinschaft“ als ein gesellschaftlich-ökonomischer Idealzustand ohne Arbeitsteilung und Ver-

[80] Vgl. Manfred Riedel, Gesellschaft, Gemeinschaft, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2: E–G, Stuttgart 1975, S. 801–862, hier: S. 801–803; Manfred Riedel, Zur Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs, in: ARSP (51), 1965, S. 291–318, hier: S. 294f.

[81] Zur Geschichte des Gesellschafts- und Gemeinschaftsbegriffes bis 1750: Riedel, Zur Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs.

[82] Vgl. Alois Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik, Paderborn 1987, S. 18 u. 26f.

[83] Vgl. Riedel, Gesellschaft, Gemeinschaft, hier: S. 827–839; Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 32.

[84] Vgl. Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 33–37.

einzelung propagiert.[85] Für neue Impulse sorgten Ende des 19. Jahrhunderts die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens durch Otto von Gierke und die empathische Aufwertung des Gemeinschaftsbegriffes durch Ferdinand Tönnies. Soziale Gruppen und Kleinverbände sollten als Basis für die Formierung des Staates dienen. In seinem erstmals 1887 erschienenen Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“[86] versuchte Tönnies, eine Unterscheidung beider Begriffe vorzunehmen. Der „Gemeinschaft“ schrieb er organische, der „Gesellschaft“ mechanische Eigenschaften zu. „Gesellschaft“ bedeutete seiner Überzeugung nach den Zerfall der „Gemeinschaft“.[87] Das Prinzip der „Gemeinschaft“ war für ihn durch die „lebendig-organische, natürlich-gewachsene, durch Neigung und Gewohnheit bejahte, familienhafte Verbundenheit von Menschen“ geprägt.[88] Diesem emotionalen Prinzip der „Gemeinschaft“ stellte der Soziologe die auf Materialität beruhende „Gesellschaft“ gegenüber. „Gesellschaft“ lasse sich, so Tönnies, als das Nebeneinander von getrennten Individuen verstehen, die „für die allgemeine Gesellschaft tätig sind, indem sie für sich tätig zu sein scheinen, und die für sich tätig sind, indem sie es für die Gesellschaft zu sein scheinen“[89] – mithin als ein Hort des individualistisch-egoistischen Handelns, dessen Wille durch die Vertragsbindung bestimmt sei.[90]

Diese Begriffsunterscheidung sollte sich über die soziologische Fachöffentlichkeit hinaus als ungemein wirkmächtig erweisen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich das emphatische Bekenntnis zur „Gemeinschaft“ bei verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen zu einer Leitvorstellung.

1.8 „Einigkeit“ und „Einheit“

Das Substantiv „Einigkeit“ entstand als Abstraktum aus dem Adjektiv „einig“. Die Bedeutung „übereinstimmend“, im Sinne von „die gleiche Meinung haben“, wohnte dem Wort „einig“ erst seit dem 16. Jahrhundert inne.[91]

Laut grimmschem Wörterbuch war das Wort „Einheit“ ein „früher noch nicht hergebrachter ausdruck“, der „erst seit dem vorigen j[ahr]h[undert] [gemeint ist das 18. Jahrhundert, Anm. jr] in schwang“ gekommen sei. Vorherrschend war zunächst wohl die religiöse Bedeutung der Begriffe „Einheit“ und „Einigkeit“, die sich auf das Spezifikum des christlichen Gottes bezogen, der trotz seiner dreierlei Gestalt singulär gedacht wurde.[92] Diese religiösen Inhalte könnten dazu beigetragen haben, dass den beiden Ausdrücken ein mythischer Glanz zuteil wurde und

[85] Vgl. Riedel, Gesellschaft, Gemeinschaft, hier: S. 839–854.
[86] Erstausgabe: Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen, Leipzig 1887.
[87] Vgl. Riedel, Gesellschaft, Gemeinschaft, hier: S. 854–857.
[88] Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 44.
[89] Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, S. 44.
[90] Vgl. Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, S. 46.
[91] Vgl. Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 235.
[92] Vgl. Einheit, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 3: E–Forsche (1862), Leipzig 1854–1971, Sp. 198f., hier: Sp. 198.

dass sie im Sprachhaushalt zu Ideal- und Zielbegriffen wurden. „Einigkeit“, „Einheit“ und „Geschlossenheit“ galten als erstrebenswerte Zustände.

2. Von der „plebs“ zu „ethnos“ oder „demos“. Die „Geburt des deutschen Volkes“ in der Epoche der Romantik und ihre Folgen

2.1 Auf der Suche nach dem Naturhaften

Für die Entwicklung des Begriffes „Volk“ konstatiert das Wörterbuch Jacob und Wilhelm Grimms eine „besonders bedeutsame wandlung“ der Bedeutung im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert: Das Zeitalter der Romantik und der Aufklärung habe zur „veredlung“ des Volksbegriffes im Sprachgebrauch beigetragen.[93] Der Kampf gegen die napoleonische Besatzung habe dazu geführt, dass

> das ringen um freiheit und einheit […] dem wort einen stimmungsgehalt [gab], der leidenschaftlich empfunden werden kann. In diese würde wächst das wort erst allmählich im kampfe mit dem fremden [,]nation[‘] hinein.[94]

Bereits seit Beginn des 18. Jahrhunderts hatte der Volksbegriff eine zunehmende pädagogische Aufladung erfahren. Der niedrige Bildungsgrad des „einfachen Volkes“ wurde von den Intellektuellen nicht länger als unveränderbare Gegebenheit hingenommen, sondern als ein zu beseitigender Missstand empfunden.[95]

Hinter der Fortentwicklung des Volksbegriffes in der Zeit der Romantik stand die Suche nach dem Urwüchsigen und Naturhaften. Dieses glaubten die Dichter und Denker der Epoche bei den „unteren Schichten“, der „einfachen Bevölkerung“, finden zu können. Durch Erforschung von Sprache und Poesie des „Volkes“ (im Sinne von „plebs“) glaubte zum Beispiel Johann Gottfried Herder, der „Seele des Volkes“ nahezukommen. Für ihn hatte die Sprache des „Volkes“ – wie jede Sprache – einen besonderen „Geist“, allerdings sah er – im Gegensatz zu den meisten Pietisten – die Sprachen nicht als unmittelbare Schöpfung Gottes an.[96]

Die Entdeckung von „Volksmärchen“, „Volksliedern“ und „Volksdichtung“ während der Romantik führte zu einer Hochschätzung und Sinnverschiebung des Volksbegriffes. So stellte das 1801 entstandene adelungsche Wörterbuch unter dem Lemma „Volk“ fest:

[93] Volk, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 453–470, hier: Sp. 454.

[94] Ebd.

[95] Vgl. Christian Jansen, Deutsches Volk und Deutsches Reich. Zur Pathologie der Nationalstaatsidee im 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Bialas (Hrsg.), Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt am Main 2002, S. 167–194, hier: S. 171; Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 314f.

[96] Vgl. Wiebke Otte, Arndt und ein Europa der Feinde? Europagedanke und Nationalismus in den Schriften Ernst Moritz Arndts, Marburg 2007, S. 86f.

Einige neuere Schriftsteller haben dieses Wort in der Bedeutung des größten, aber untersten Theiles einer Nation oder bürgerlichen Gesellschaft wieder zu adeln gesucht, und es ist zu wünschen, daß solches allgemeinen Beyfall finde, indem es an einem Worte fehlet, den größten, aber unverdienter Weise verächtlichsten Theil des Staates mit einem edlen und unverfänglichen Worte zu bezeichnen.[97]

Zwar war der Bedeutungswandel in der Romantik von tief greifender Wirkung, doch blieb der ältere – negativ konnotierte – Ausdruck im Sinne eines unzivilisierten, wilden, „einfachen Volkes“ weiterhin bestehen.

Die romantische Verklärung des „einfachen Volkes“ mit seinen Sitten, Gedichten und Weisheiten als angeblich unverbildeter Teil des Gemeinwesens führte dazu, dass dieses nicht selten als ein Individuum gedacht wurde.[98] Viele personalisierende Komposita wie „Volksseele“, „Volksgeist“, „Volkskörper“, „Volkscharakter“ entstanden während der Romantik oder fanden in dieser Epoche zumindest regen Zuspruch. Hinzu kam die Gleichsetzung des „Volkes“ mit dem Begriff „Nation“. „Volk“ wurde nicht mehr bloß als *eine* soziale Gruppe verstanden, sondern als die Gesamtheit der „Nation“[99] – wobei mit „Nation“ die Bewohner der jeweiligen Einzelstaaten und nicht die Bevölkerung einer imaginären „*deutschen* Staatsnation“ gemeint waren[100]. Der romantische Volksbegriff, etwa bei Herder, war zunächst keineswegs nationalistisch-chauvinistisch gegen andere Völker gerichtet, sondern besaß Elemente humanistischen Denkens. Eine Bedeutungsverschiebung hin zu einem exkludierenden Inhalt erfolgte erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts.

Was der romantischen Vorstellung vom naturhaften „Volk“ aber innewohnte, war die Annahme, dass sich das „Volk“ auf verschiedene Gemeinsamkeiten gründen könne. Als verbindende und abgrenzende Elemente standen nicht territoriale Grenzen oder Staatsangehörigkeiten, sondern mit „Sprache“, „Geschichte“ und „Abstammung“ zumeist ethnische Kriterien im Mittelpunkt.[101] „Volk“ wurde als Abstammungsgemeinschaft, als „ethnos“, definiert.

In der Rückschau und bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die vermeintlich objektiven Merkmale allenfalls den Versuch einer eindeutigen Festlegung darstellen. Gemeinsamkeitskriterien wie gleiche Sprache, Herkunft und Geschichte sind entweder nur eine Konstruktion oder können für sich alleine genommen nicht ausschlaggebend bei der Konstituierung eines Gemeinschaftsgefühls sein. Im Blick auf andere Völker lassen sich viele Gegenbeispiele etwa gegen den „volksbildenden“ Charakter von Sprache und Abstammung finden. Doch ändert

[97] Volk, in: Johann Christoph Adelung (Hrsg.), Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, Bd. 4: Seb–Z (1801), Leipzig 1793–1801, Sp. 1224–1226, hier: Sp. 1225.

[98] Vgl. Jansen, Deutsches Volk und Deutsches Reich, hier: S. 172 f.

[99] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 316.

[100] Vgl. Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 79.

[101] Vgl. Jansen, Deutsches Volk und Deutsches Reich, hier: S. 173 f.; zum Konzept der Ethnizität: Samuel Salzborn, Ethnizität als Fundament der Nation? Zur Kritik des ethnischen Gemeinschaftsglaubens, in: idem (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 149–163, hier vor allem: S. 149–152.

die faktische Widerlegung der Gemeinsamkeitskriterien nichts an der zeitgenössischen Imagination, zu einem „Volk“ zu gehören. Diese Vorstellung basierte auf der Überzeugung, dass eine Personengruppe deshalb zusammengehöre, da ihren Angehörigen verschiedene Merkmale gemein seien.

Und noch eines wird deutlich: Die romantische Konstruktion des „Volkes“ fand in Abgrenzung zum aufklärerischen Denken statt. Sie stand im Widerspruch zum Primat der Vernunft und gegen die Betonung des Individualismus. So war das romantische Denken über das „Volk“ mit seinem als urwüchsig empfundenen Charakter, seiner „unverfälschten Seele“, und seiner angeblich jahrtausendealten Tradition auf der einen Seite zutiefst gegen die Werte der Aufklärung gerichtet, zugleich benötigte es auf der anderen Seite aber auch den modernen Individualismus der Aufklärung als Voraussetzung und Negativfolie für die Neuerfindung des „Volkes“. Nur mittels des aufklärerischen Individualismus, der die alten Sozialbindungen (etwa zwischen Monarchen und „Volk“) infrage stellte bzw. gar zerstörte, entstand in der Moderne ein Freiraum, in den die Idee des „Volkes“ als ein neuer, die Individuen verbindender Gedanke treten konnte.[102] Dass diese Bindung nicht zwangsläufig auf mythischen Idealen wie jenen der deutschen Romantiker basieren musste, führt der Vergleich mit der im Geiste der Aufklärung verlaufenden Entwicklung in Frankreich vor Augen.

2.2 Die Politisierung des „Volkes“ in den USA und Frankreich

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 und mehr noch die Französische Revolution von 1789 hatten zu einer Politisierung des Volksbegriffes geführt.[103] Das politische System beider Staaten beruhte nicht länger auf dem dynastischen Prinzip, sondern setzte erstmals anstelle der monarchischen Staatsspitze die „Nation“ bzw. das „Volk“ als den Souverän. Damit bildete sich ein demokratisch-revolutionärer Volksbegriff heraus, der dem „einfachen Volk“ politische Mitsprache einräumte. Das Konzept der „Staatsbürgernation“[104] war geboren. Nach dem Sturz der sich auf eine göttliche Legitimation berufenden Herrschaft benötigte die Staatsordnung eine neue Rechtfertigungs- und Integrationsbasis.

[102] Vgl. Hoffmann, Das „Volk“, hier: S. 198 f.

[103] Daneben wird in der Forschung vereinzelt auch der „Marxismus und vor allem de[r] Kommunismus“ für die „Politisierung des Volksbegriffes“ und die „Rangerhöhung des ‚werktätigen Volkes‘“ verantwortlich gemacht. Vgl. Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution“, S. 127. Jedoch bediente sich der Kommunismus statt des Wortes „Volk“ eher des Begriffes „Masse“; zudem hatte die Politisierung des Volksbegriffes durch die Idee der Demokratie bereits vor den Lebzeiten Karl Marx’ eingesetzt.

[104] Vgl. Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, hier: S. 242–244. Dahingegen spricht Schulze missverständlich von einer „Volksnation“ als der „Gemeinschaft aller politisch bewußten Staatsbürger auf der Grundlage der Ideen von Gleichheit aller und der Volkssouveränität“. Jedoch wird unter dem Konzept der „Volksnation“ ansonsten meist eine vorpolitische, ethnische-kulturelle Abstammungsgemeinschaft verstanden. Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, hier: S. 235.

Dieser neue Zusammenhalt sowie die Legitimation von Macht und staatlicher Einheit ließen sich durch die Betonung der „Nation“ erreichen.[105] Die „Nation“ trat nun an die Stelle des dynastischen Gottesgnadentums, wobei auch die neue Legitimationsbasis pseudoreligiöse Züge annehmen konnte.

Diese – in Frankreich im Jahr 1789 einsetzende – Entwicklung verlief unabhängig zur Herausbildung der romantischen Volksvorstellung in Deutschland, wies aber zugleich einige Gemeinsamkeiten mit ihr auf. So knüpfte sowohl der romantische als auch der politische Volksbegriff an die „unteren Schichten“, die „plebs“, an und wertete ihre Bedeutung und ihr Ansehen auf. Die massenintegrative Funktion des Nationsgedankens trug im Ergebnis in beiden Fällen zur Legitimation und Stabilisierung des Staates bei. Ebenfalls wohnte beiden Verständnissen die Vorstellung von Gemeinsamkeit und „Einheit“ inne. Allerdings stand der irrationale Impetus der romantischen Volksidee im scharfen Gegensatz zu den aufklärerischen Inhalten des politischen Volksbegriffes. An die Stelle des aufklärerischen Gedankens der „Volkssouveränität“ setzte die Romantik den „Volksgeist“, dem als „eigentliche[s] Subjekt“ das Volk „mit eigener Legitimität, eigenem Willen und eigener Kraft“ zugrunde lag.[106] Romantische Leitbegriffe wie „Volksgeist“, „Volksbewusstsein“ oder „Volksseele“ stellten das „Volk“ mitten in einen organischen Prozess und schrieben ihm durch das Stilmittel der Personifikation eine Individualität zu.[107] Für die deutsche Geschichte erwiesen sich zunächst die geistesgeschichtlichen Neuerungen der Romantik als bedeutsam, gleichwohl das revolutionäre Geschehen auf der anderen Seite des Rheins aufmerksam beobachtet wurde und bei demokratisch gesinnten Deutschen auf begeisterte Zustimmung stieß.

Der moderne Nationalstaat in Frankreich bildete für die deutsche Einigungsbewegung Vorbild und Gegenentwurf zugleich. So blickten viele Deutsche neidisch auf die Entwicklungen im Nachbarland und wünschten sich die Überwindung der deutschen Einzelstaatlichkeit durch Errichtung und Vollendung eines einheitlichen Nationalstaates. Doch führte der Weg dorthin über die „Abgrenzung nach außen“[108], die das Eigene gegenüber dem Fremden betonte und so auf der semantischen Ebene „nationale“ Grenzpfähle setzte. Wurde auch die französische Staatsbürgernation etwa von Justus Möser als Konstrukt abgetan, so stellte die

[105] Vgl. Weinacht, National als Integral moderner Gesellschaft, hier: S. 103. Hagen Schulze spricht von der „Idee der Nation“ als „[d]ie große Integrationsideologie“: Schulze, Das Europa der Nationen, hier: S. 70.

[106] Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 125. Zum Begriff „Volksgeist“ im 18. und 19. Jahrhundert: Jan Schröder, Volksgeist, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10: Physiologie–Religiöses Epos (2009), Darmstadt 2005–2012, Sp. 411–414. Zum „Volksgeist“ bei Hegel: Claus-Ekkehard Bärsch, Nation, Volk und Volksgeist als Gegenstand der Religionspolitologie. Zum Problem der Kontinuität kollektiver Identität, in: Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften, Baden-Baden 1994, hier: S. 60–64.

[107] Vgl. Christoph Mährlein, Volksgeist und Recht. Hegels Philosophie der Einheit und ihre Bedeutung in der Rechtswissenschaft, Würzburg 2000, S. 21 f.

[108] Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 16.

Vorstellung, einer geeinten „Nation“ anzugehören, für die progressiven Kräfte in Deutschland doch einen politischen Sehnsuchtsort dar.[109]

Die politischen Voraussetzungen und der intellektuelle Rückhalt dafür, dass einem auf der Gemeinschaft freier Bürger beruhenden Volksbegriff im Sinne von „demos“ die Deutungshoheit zukommen konnte, waren in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich nicht gegeben.[110] Ebenso bildete sich in Deutschland statt des französischen Nationsbegriffes die „unpolitische“ Idee einer „deutschen Kulturnation“ heraus.[111]

Hinzu kam, dass die in der Romantik verfolgte organische Volksvorstellung eine gewaltsame Veränderung der Zustände ausschloss. Dabei galt es nicht nur, das „gewachsene Volk“ als einen „lebendige[n] soziale[n] Organismus“ zu bewahren, vielmehr sollte auch seine ständische Gliederung tradiert und jegliche „widernatürliche“ Veränderung der Zustände verhindert werden.[112] So verstanden, konnte der romantische Volksbegriff auf dem politischen Feld von den konservativen Kräften zur Begründung einer antireformerischen und antirevolutionären Haltung eingesetzt werden.[113]

2.3 Die „Entdeckung“ des „deutschen Volkes“ im Kampf gegen Frankreich

Politisch wirksam wurden die romantischen Begriffsveränderungen im Kampf Preußens gegen Napoleon. Nach der verheerenden Niederlage in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt hatte Preußen 1807 im Tilsiter Frieden fast die Hälfte seines Territoriums an Frankreich verloren. Im geistigen Kampf gegen die Besatzung drängten die preußischen Staatsmänner auf innere Reformen und auf eine Mobilisierung aller Kräfte gegen die Franzosen. Der Kreis um den Freiherrn vom und zum Stein und andere Gelehrte erkannten, dass die französische Armee ihre Stärke aus der Identifikation des einzelnen Soldaten mit der „Nation“ zog. Dieses Modell versuchten Gerhard von Scharnhorst, August Neidhardt von Gneisenau und Carl von Clausewitz bei der Reform des preußischen Heeres aufzugreifen. Seine Umsetzung musste mit einem tief greifenden Bewusstseinswandel ein-

[109] Vgl. Walter Hinderer, Das Kollektivindividuum Nation im deutschen Kontext. Zu seinem Bedeutungswandel im vor- und nachrevolutionären Diskurs, in: Alexander von Bormann (Hrsg.), Volk – Nation – Europa. Zur Romantisierung und Entromantisierung politischer Begriffe, Würzburg 1998, S. 179–197, hier: S. 189.

[110] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 327.

[111] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 329; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995, S. 952; Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, hier: S. 238–240; mit starker Betonung der Nähe beider Konzepte: Wodak/Cillia, Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, S. 20–29.

[112] Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 357.

[113] Vgl. ebd.

hergehen. Erstens bedurfte es einflussreicher Multiplikatoren, die eine Akzeptanz des neuen Geistes in weiten Teilen der Bevölkerung befördern konnten. Zudem brauchte es zweitens Zeit, bis sich das Nationalbewusstsein durchgesetzt hatte. Dieser Prozess war nicht mit dem Ende der Reformen oder der Völkerschlacht 1813 abgeschlossen, sondern dauerte das ganze 19. Jahrhundert hindurch an. Vor allem die ab 1830/40 erfolgte geschichtspolitische Verklärung der Befreiungskriege trug zur Etablierung des Nationalbewusstseins bei.[114] Zugleich sorgten die Haltung der Fürsten in den Einzelstaaten und ihre Versuche, die Nationalbewegung zu unterdrücken, dafür, dass die Entwicklung des Nationalbewusstseins in Deutschland keineswegs stringent verlief und immer wieder von Rückschritten begleitet war. Diese ambivalente Entwicklung setzte sich bis ins wilhelminische Kaiserreich fort, wo zwar eine gesellschaftliche Akzeptanz für das kleindeutsche Reich als Nationalstaat entstand, doch große Teile der Bevölkerung wie Frauen, Arbeiterschaft, Katholiken und ethnische Minderheiten aus der „Nation“ ausgegrenzt bzw. in ihren politischen Mitspracherechten eingeschränkt blieben.[115]

Doch zurück zur Ausgangslage des Jahres 1807: Die Mobilisierung der „Nation“ musste also in Anlehnung *an* die französische Entwicklung, aber mit einer Stoßrichtung *gegen* Frankreich geschehen.[116] Dass diese Anstrengungen von Erfolg gekrönt waren, zeigte sich sechs Jahre nach der preußischen Katastrophe von Jena und Auerstedt: In der entscheidenden Völkerschlacht bei Leipzig gelang es im Oktober 1813 einem Bündnis aus Österreich, Preußen, Russland und Schweden, Napoleon Bonaparte zu besiegen und die französische Besatzung zu beenden. Die Schlacht im Sechsten Koalitionskrieg wurde als Kampf um das „deutsche Volkstum“ und als Ringen zwischen deutscher und französischer Kultur geführt. Neben Ernst Moritz Arndt zählten Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Schleiermacher, Heinrich von Kleist und Theodor Körner zu den Literaten, die im „Volkskrieg“ gegen Napoleon eine „deutsche Gemeinschaft im Geiste“ beschworen und so – nicht ohne Rückendeckung seitens der Politik – eine Art literarische Mobilmachung betrieben. Der romantische Volksgedanke fand dabei erstmals seinen Niederschlag auf der staatspolitischen Ebene – zumindest solange der Krieg gegen Frankreich währte.[117]

Doch gab es dieses im Kampf gegen Napoleon mobilisierte „deutsche Volk“ rein äußerlich nicht. Seit dem Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation existierten auf der Landkarte Mitteleuropas viele unterschiedlich große Einzelstaaten.

Die erwachsende Nationalbewegung wurde nach 1813 von den deutschen Fürsten immer mehr als eine ernst zu nehmende Gefahr für ihre Herrschaft ange-

[114] Vgl. Reinhard Stauber, Nation, Nationalismus, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8: Manufaktur–Naturgeschichte (2008), Darmstadt 2005–2012, Sp. 1056–1082, hier: Sp. 1070.

[115] Vgl. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 172 f.

[116] Vgl. Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 86–90.

[117] Vgl. Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland, hier: S. 28; Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 90–93.

sehen. Nach Ansicht der Anhänger der neuen Nationalbewegung wie Ernst Moritz Arndt existierte das „deutsche Volk“ als natürliche, vorpolitische Einheit und unabhängig vom Verhalten der Einzelstaaten und ihrer Monarchen. Doch hatte es realistisch betrachtet ein entsprechendes Bewusstsein nie zuvor gegeben. Vielmehr war das „deutsche Volk“ erst während der französischen Besatzung und unter dem Eindruck der romantischen Verklärung der angeblich urwüchsigen Unterschichten literarisch geboren worden. Das „Volk“ – oder besser gesagt: das, was einige einflussreiche Denker mit ihm verbanden, – wurde sich seiner „natürlichen Einheit“ erst durch die äußere Bedrohung bewusst und begann, sich sodann selbst als ethnisches Gebilde zu begreifen.[118] Zudem waren zwei neue Elemente zum Volks- und Nationsbegriff hinzugetreten und machten diesen zu einer Kraft, die die „Massen“ mobilisieren konnte: Zum einen spielte zunehmend die Vorstellung eine Rolle, dass die Deutschen den anderen Nationen von Natur aus überlegen seien, zum anderen fand eine religiöse Aufladung statt, die den Kampf gegen Napoleon als „Kreuzzug“ oder – wie etwa Theodor Körner formulierte – „Heiligen Krieg“ begrüßte.[119]

Die Mobilisierung großer Bevölkerungsgruppen durch semantische Integration in ein „deutsches Volk“ ging also mit der Abgrenzung zu anderen Völkern einher. Der Kampf um die Macht im nachrevolutionären Europa wurde mit der festen Überzeugung verknüpft, es gebe eine „deutsche Mission“ – dadurch kam der Auseinandersetzung ein fundamentalistisch-existenzieller Charakter zu.

2.4 Die „kopernikanische Wende“ des Volksbegriffes und die Konstituierung der „Nation“

Die als „besonders bedeutsame wandlung“[120] bzw. als „kopernikanische Wende in der semantischen Entwicklung des Volksbegriffs“[121] bezeichnete Begriffsveränderung zwischen der Mitte des 18. Jahrhunderts und dem 19. Jahrhundert kann als ein Beleg für Kosellecks These vom tief greifenden semantischen Wandels in der Sattelzeit der Neuzeit angesehen werden.

Im Wort „Volk“ lässt sich im Sinne der Begriffsgeschichte die wechselseitige Veränderung von Begriffen und ihren Bedeutungen auf der einen sowie die des kollektiven Welt- und Selbstbildes einer Gesellschaft auf der anderen Seite herauslesen. Eingebettet in einen europäischen Prozess sich verändernder Semantiken und ihrer Wertigkeit zeigt das deutsche Beispiel Spezifika, aber auch Ähnlichkeiten zu anderen Ländern auf: So knüpften die Franzosen zwar im Gegensatz zu

[118] Vgl. Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 94–102; Lutz Hoffmann, Die Konstitution des Volkes durch seine Feinde, in: JfA (2), 1993, S. 13–37, hier: S. 19–24; Schulze, Das Europa der Nationen, hier: S. 77.

[119] Zitiert nach: Jansen, Deutsches Volk und Deutsches Reich, hier: S. 180f.

[120] Volk, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 453–470, hier: Sp. 454.

[121] Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 283.

den Deutschen stärker an das Kriterium des „Aufenthaltsortes“ und des „Bekenntnisses zur Republik“ und weniger an „Herkunft“ und „Abstammung“ an, doch wurde hier wie dort dem „Volk“ ein existenzieller Charakter zugesprochen. Aus beiden Konzepten ließ sich die Überzeugung ableiten, dass der durch die „Wir-Idee“ geeinten sozialen Gruppe ein hoher – wenn nicht gar: der höchste – Wert zukomme.[122] Eine Besonderheit der deutschen Entwicklung erwuchs aus dem realen Fehlen eines Nationalstaates: Der Tatsache, dass es – nicht erst nach dem Untergang des Alten Reichs – an einem deutschen Einheitsstaat mangelte, begegneten die deutschen Intellektuellen des 18. und 19. Jahrhunderts mit der Betonung der Faktoren Kultur und Sprache. Die Not wurde zur Tugend gemacht und die „deutsche Kulturnation“ fortan mit an Selbstüberheblichkeit grenzendem Sendungsbewusstsein als ein den anderen Nationen vorausgehendes Ideal präsentiert. Schon die Vorüberlegung, dass jede „Nation“ eine einzigartige Kultur habe und sich durch diese von anderen „Nationen“ abgrenze, macht deutlich, dass die Verfechter einer „deutschen Kulturnation“ von einem scheinbar objektiven, aber nicht näher fassbaren Kulturbegriff ausgingen. Die „Kulturnation“, die in erster Linie als „Sprachnation“ begriffen wurde, stand gleichsam im Zusammenhang mit einem erkannten (göttlichen) Heilsplan zur Höherentwicklung der Welt.[123]

In diesem Gedankengebilde wurden die Unterschiede zwischen einer ethnisch-kulturellen und einer national-politischen Gemeinschaft bewusst ignoriert, stimmten doch die Grenzen der verschiedenen europäischen Kulturen – sofern sie überhaupt eindeutig anhand von Kriterien wie „Sprache“ oder „Kunst“ zu verorten waren – nicht mit den Staatsgrenzen überein.[124] Diese Tatsache konnte durch die Rede von der „deutschen Kulturnation“ solange überdeckt werden, wie ihr keine politischen Taten folgten. Doch zeitigte der Versuch, durch die „Kulturnation“ eine Entpolitisierung des Nationsbegriffes zu erreichen, nur vorübergehend Wirkung – zu laut war der Ruf nach einer „deutschen Staatsnation“ angesichts der Nationalstaatsgründungen in den europäischen Nachbarländern. So blieb das Streben nach einem deutschen Nationalstaat stets zwiespältig: Vordergründig eiferte es dem französischen Vorbild nach, doch lehnte es bewusst die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution ab. Statt eines „subjektiven Nationsbegriffes“, der an den Willen des Einzelnen, mit einer Gemeinschaft zusammenzugehören, geknüpft war, hatte sich in Deutschland seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert ein „objektiver Nationsbegriff“ durchgesetzt, der die Verbindung der Staatsbürger auf – als naturgegeben angesehene – ethnische Kriterien zurückführte.[125] Dieses „objektive“ Nationsverständnis rekurrierte – ähnlich wie der Volksbegriff – auf vermeintlich „harte“ Faktoren wie das Kriterium derselben Sprache und ethnischen Herkunft, der kulturellen Gemeinsamkeit oder gar der gleichen psychischen Eigenschaften einer sozialen Gruppe. Allerdings wa-

[122] Vgl. Hoffmann, Das „Volk“, S. 194f.
[123] Vgl. Francis, Ethnos und Demos, S. 110–114.
[124] Vgl. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 36–38.
[125] Vgl. Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland, hier: S. 35–40.

ren bei näherer Betrachtung alle diese Merkmale verschwommen, veränderbar und mehrdeutig – mithin zutiefst subjektiv und im Zweifel zur Abgrenzung von verschiedenen „Nationen“ operational unbrauchbar.[126]

Doch gab es auch ganz andere Nationskonzepte: So konstruierte der Franzose Ernest Renan die moderne „Nation“ in ihrer subjektiven Bestimmung anhand von Gemeinsamkeiten wie „geschichtliche Gemeinschaft“, „Verpflichtungsgemeinschaft“, „gefühlsmäßige Bindung“ und „überindividuelle Ganzheit“, sowie durch ihre „Bereitschaft zur Selbstbehauptung“.[127] Die Frage, was eine „Nation“ sei, wurde von ihm dahingehend beantwortet, dass eine „Nation“ das sei, was von sich glaube, eine „Nation“ zu sein. Dabei führte die subjektive Definition aus Sicht ihrer Kritiker jedoch zu einem Zirkelschluss.[128] Sowohl der subjektive als auch der objektive Nationsbegriff scheiterten letztlich daran, „Nation“ – die es in der Realität nicht gab – mittels Kriterien möglichst genau zu definieren. Während sich die objektive Bestimmung des Konstruktcharakters ihres Gegenstandes nicht bewusst war, erkannte die subjektive Betrachtung zwar die Problematik der Unbestimmtheit, löste das Problem aber letztlich tautologisch durch eine unbestimmte Definition.

Die unklaren Nationsbegriffe taten dem Aufstieg des Nationalstaates zum europäischen Ideal des 19. Jahrhunderts indes keinen Abbruch. Die Entwicklung führte im liberalen Denken zu einer Aufwertung des „Volkes“. „Volk“ und „Nation“ nahmen im 19. Jahrhundert vielfach „die oberste Position in der Hierarchie der politisch-moralischen Werte“ ein.[129] „Nation“ stieg zu einem ideologisierten Fahnen- und Leitbegriff auf. „Volk“ diente den verschiedensten politischen Richtungen als Referenzgröße und imaginärer Adressat von Botschaften – so leitete sich auch das „völkische“ Verständnis des Begriffes „Volk“ mittelbar aus dessen Bedeutungswandel während der Romantik ab.

2.5 Die Radikalisierung des ethnischen Volksbegriffes bei den Vordenkern der „völkischen Bewegung“

Aus dem Volksbegriff erwuchsen bei nationalistischen Strömungen in den 1890er-Jahren neue, radikalere Vorstellungen von „Volk“ und „Nation“. Vereinigungen wie der Alldeutsche Verband verfolgten offen eine Expansionspolitik und eine „völkische[…] Flurbereinigung“[130]. In ihren Forderungen vermischte sich irrational-romantisches mit konservativem und rassistisch-„völkischem“ Gedankengut.[131] Die „Völkischen“ gingen mit ihren Zielen weit über die Gege-

[126] Vgl. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, S. 15–18; Francis, Ethnos und Demos, S. 29–32.

[127] Weinacht, National als Integral moderner Gesellschaft, hier: S. 103; Renan, Was ist eine Nation?

[128] Vgl. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, S. 18.

[129] Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 284.

[130] Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 334.

[131] Zur romantischen Komponente des „völkischen“ Denkens: Mosse, Die völkische Revolution, S. 21–39. Zu den rassistischen Elementen: Mosse, Die völkische Revolution, S. 99–119.

benheiten des kleindeutschen bismarckschen Kaiserreichs hinaus und träumten stattdessen vom Zusammenschluss des „Volkes“ als einer „biologisch-geschichtliche[n] ‚Ganzheit‘“[132] jenseits aller bestehender Staatsgrenzen.[133] Ihre Aufmerksamkeit galt weniger dem „Staat“ als der „Nation“ und dem „Volk“, da diese in ihren Augen eine Art „Kontinuum der nationalen Entwicklung“[134] bildeten. In Abgrenzung zur traditionell-konservativen Denkweise, die „Nation“ anhand von „Abstammung“ und „Kultur“ definierte, bezogen sich die „Völkischen“ zur Bestimmung eines von ihnen „biologisch“ gefassten „Volkes“ auf das Merkmal „Rasse“.[135] Diese „radikalpolitische […] Schattenlinie“[136] des „völkischen“ Denkens hatte sich aus einem Konglomerat verschiedener Ideologien entwickelt: Neben einer fundamentalen Kulturkritik fanden sich darin antisemitische, germanentümelnde, sozialdarwinistische und rassistische Elemente wider, aber auch Gedankengut aus der Lebensreformbewegung. All diesen Ideologemen gemein war ihre Radikalität, die jeden Kompromiss abgrundtief verachtete und nach holistischen Lösungen strebte. Die fundamentalistische Einstellung ließ politische, wirtschaftliche und soziale Fragen der Gegenwart zu Entscheidungen über Existenz oder Untergang des „Volkes“ werden. Neben dem Glauben an eine organische, einheitliche, vor- und überstaatliche Gemeinschaft des „Volkes“ und an die deutsche Überlegenheit im Vergleich zu anderen Völkern wohnte diesem Denken die pseudoreligiöse Überzeugung inne, eine spezifische Mission gegenüber allen anderen Nationen der Welt verfolgen zu müssen. Die Vorstellung einer allgegenwärtigen Bedrohung des „deutschen Volkes“ durch seine inneren und äußeren Feinde war das Fundament für dieses Gedankengebilde. Seine ideologischen Wurzeln hatte es in der Kulturkritik an der Moderne, wie sie etwa von Paul de Lagarde oder Julius Langbehn formuliert worden war. Deren Vorstellungen kennzeichnete eine tiefe Verachtung der egalitären und liberalen Werte von 1789 sowie der als pathologisch wahrgenommenen Gegenwart. Mit diesem antiaufklärerischen Geist und der mythischen Überhöhung von „Gemeinschaft“ und „Volk“ trat das „völkische“ Denken in die ideengeschichtlichen Fußstapfen der Romantik. Zugleich fanden in ihm sozialdarwinistische und antisemitische Inhalte Platz, so etwa wenn die Höherwertigkeit des „deutschen Blutes“ propagiert und der jüdische Einfluss als „Gift“ für das „Volkstum“ bezeichnet wur-

[132] Wolfgang Tilgner, Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933), in: Horst Zilleßen (Hrsg.), Volk, Nation, Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus, Gütersloh 1970, S. 135–171, hier: S. 147.

[133] Vgl. Tilgner, Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933), hier: S. 147 f.; Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 173–182.

[134] Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 83.

[135] Zum Begriff der „Rasse“ bei den „Völkischen“: Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 102–119; Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland, S. 169–171; Mosse, Die völkische Revolution, S. 99–119.

[136] Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 824.

de.[137] „Organisch“ wurde zu einem Schlüsselbegriff, der eine naturmäßige Ordnung vorgaukelte und die harmonische „Gemeinschaft“ dichotomisch gegen die in Klassen gespaltene „Gesellschaft“ stellte.[138]

Ein Problem des „völkischen“ Denkens lag in der relativen Unbestimmtheit seiner Weltanschauung. Schon auf eine einheitliche Definition der Bezeichnung „völkisch“ konnten sich seine Ideologen nicht verständigen. Dies war vor allem auf die Heterogenität der Vorstellungswelten innerhalb des radikalnationalistischen Spektrums zurückzuführen, die eigentlich einander entgegengesetzte Ausrichtungen – wie biologistisches und spiritualistisches, konservatives und lebensreformerisches, organologisches und revolutionäres Gedankengut – in sich aufnahm.[139] Der Bezug auf die „Nation“ bzw. das „Volk“ und die „Rasse“, verbunden mit rassenhygienischem und sozialdarwinistischem Denken sowie einem extremen Antisemitismus bildeten das Minimum an übereinstimmender Grundüberzeugung der als „völkisch“ bezeichneten Denker und Gruppierungen. Der Inhalt des Wortes „Volk“ war innerhalb der „völkischen Bewegung“ zwar nicht eindeutig bestimmt, er wurde zumeist aber als eine „metaphysische Einheit“ mit „unabänderliche[n] nationale[n] Charakterzügen“, als ein „beständige[s] Wesen“, als eine „eigengesetzliche Persönlichkeit“ oder als eine „biologische Einheit“ unter „Ausschliessung andersrassiger Elemente“ begriffen.[140] Diese Bedeutungsvarianten wurden in radikalnationalistischen Kreisen einzeln oder beliebig kombiniert verwendet. Die „Völkischen“ vertraten dabei einen neuen Nationalismus, der weit über die patriotische Verehrung von „Kaiser“, „Reich“ und „Militär“ hinausging und ihr teilweise gar entgegenstand[141] – statt der eher im Zusammenhang mit dem Staat gedachten „Nation“ stellten die „Völkischen“ das biologisch konstruierte „Volk“ in den Mittelpunkt ihres Denkens.[142]

Das Wort „Volk“ wurde von ihnen im Wesentlichen in zwei Richtungen interpretiert: Auf der einen Seite fand eine Aufladung mit rassistischem Gedankengut statt, welches zumeist antisemitisch geprägt und mit dem festen Glauben an die Höchstwertigkeit des „deutschen Volkes“ verbunden war. Auf der anderen Seite stand die metaphysische, aber durchaus politische Vorstellung vom „Volk“ als einem Wesen mit ausgeprägten Eigenschaften und einer eigenen Persönlichkeit – einer Überzeugung, der gesellschaftliche Interessengegensätze diametral widersprachen.[143] Diese beiden Volksvorstellungen konnten miteinander vereinigt wer-

[137] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 372–376; Tilgner, Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933), hier: S. 146–151; Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 87–101 u. 281–303; Julia Schmid, Kampf um das Deutschtum. Radikaler Nationalismus in Österreich und dem Deutschen Reich 1890–1914, Frankfurt am Main 2009, S. 299–317.

[138] Vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, S. 826f.

[139] Vgl. Puschner, „Wildgeworden“ und „gefährlich“!, hier: S. 12f.

[140] Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution“, S. 129–133. Zur Frage der Nationszugehörigkeit aus Sicht der „Völkischen“: Schmid, Kampf um das Deutschtum, S. 298f.

[141] Vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, S. 832.

[142] Vgl. Schmid, Kampf um das Deutschtum, S. 309.

[143] Vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, S. 827.

den, waren aber zueinander nicht gänzlich widerspruchsfrei. So trafen hier (pseudo-) naturwissenschaftliche Rassentheorien auf metaphysische Vorstellungswelten. Doch gerade die offensichtlichen Gegensätze ließen sich von der „völkischen“ Ideologie überdecken, die sich zwar auf biologische Erkenntnisse zu berufen glaubte, diese aber „vulgär-idealistisch“[144] umprägte. „Rasse wurde Ersatzreligion“[145] und diente als „semantische[r] Code“[146] für eine holistisch-biologistische Volksvorstellung. „Volk“ stand – mit utopischen Ideen aufgeladen – synonym für die von den „Völkischen“ gefeierte „Rasse“. Der ethnische Volksbegriff wurde somit eingeengt auf das Kriterium des „Blutes“, der „Rasse“. Da jedoch eine objektive Bestimmung der „Rassenzugehörigkeit“ nicht möglich war – und auch trotz diverser Anstrengungen etwa auf dem Gebiet der Schädelvermessung nicht gelingen konnte –, bildeten letztlich neben dem körperlichen Aussehen ethnische Merkmale wie „Abstammung“, „Sprache“ und „Kultur“ die Grundlage auch für den „rassischen“ Volksbegriff der Radikalnationalisten.

Welche Auswirkungen das Denken dieser radikalen Minderheit auf die Politik hatte, zeigte sich im langwierigen Entstehungsprozess des im Jahre 1913 verabschiedeten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes. „Völkische“ Lobbygruppen wie der Alldeutsche Verband und die Deutsche Kolonialgesellschaft setzten alles daran, das geplante Gesetz in ihrem Interesse zu gestalten und damit die in ihren Augen „volksfremden Elemente“ aus der „nationalen Gemeinschaft“ auszuschließen. Durch informelle Arbeit, Anträge und Petitionen an Regierung und Parlament flossen Positionen der Alldeutschen in den schließlich verabschiedeten Gesetzentwurf ein. Zwar konnte sich die „völkische“ Lobby nicht in allen Punkten durchsetzen, sie erreichte aber, dass die dem „ius sanguinis“ entgegengesetzte und etwa seitens der Sozialdemokraten favorisierte Vorstellung einer „Staatsbürgernation“ im Parlament keine Mehrheit fand.[147] In der Folge nahm das Deutsche Reich die Stellung einer Schutzmacht aller – auch der im Ausland lebenden – Deutschen ein.[148]

Das angeführte Beispiel lässt erahnen, welchen Einfluss die „völkische“ Ideologie im späten Kaiserreich ausüben konnte. Das rassistisch gedachte und anhand ethnischer Merkmale konstruierte „Volk“ wurde zu einem zentralen Topos und zu einem der Hochwertwörter, auf das sich die verschiedensten Denker des „völkischen“ Spektrums bezogen. Dies gelang mithilfe der Verwendung des interpretationsoffenen Volksbegriffes und unter Rekurs auf einen emotional und antimodernistisch aufgeladenen Gemeinschaftsbegriff.

144 Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, S. 818.
145 Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, S. 830.
146 Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 113.
147 Ausführlich zur Haltung der „Völkischen“ und der Entstehung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 1913: Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 149–172; Ingo Eser, „Volk, Staat, Gott!“ Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918–1939, Wiesbaden 2010, S. 138f.; Dieter Gosewinkel, Homogenität des Staatsvolks als Stabilitätsbedingung der Demokratie? Zur Politik der Staatsangehörigkeit in der Weimarer Republik, in: Wolther von Kieseritzky (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 173–201, hier: S. 174–177.
148 Vgl. Eser, „Volk, Staat, Gott!“, S. 138.

2.6 „Gemeinschaft“ als Gegenentwurf zur modernen „Gesellschaft“

In den 1910er-Jahren setzte eine breite öffentliche Rezeption der von Ferdinand Tönnies bereits gut zwanzig Jahre zuvor publizierten Studie „Gemeinschaft und Gesellschaft“[149] ein. Die eigentlich wissenschaftlich angelegte Untersuchung zur Differenzierung beider Begriffe wurde in der Folge meist als Beschreibung des Kampfes zwischen beiden Prinzipien gelesen.[150] An dieser Interpretation war Tönnies indes nicht gänzlich unschuldig, verband er doch seine Idealtypendefinition mit einer Kritik an Wirtschaft und Gesellschaft im wilhelminischen Kaiserreich.[151] Begünstigt wurde die populäre Rezeption des Werkes durch Leerstellen, Widersprüche und Unklarheiten in Tönnies Ausführungen.[152] So diente die Studie Kulturkritikern als willkommener Steinbruch, aus dem sie einzelne Kapitel, Argumentationen oder Begriffspaare problemlos nehmen und in ihr eigenes Gedankengebäude einsetzen konnten. Die unverstandene und verteufelte Gegenwart mit ihrem kapitalistischen Wirtschaftssystem, den anonymen Großstädten, den fehlenden traditionellen sozialen Bindungen und einem sich verändernden Wertesystem wurde bald von vielen Zeitgenossen unter dem negativ konnotierten Begriff der „Gesellschaft“ subsumiert. Ihr wurde als idealisiertes Modell die „Gemeinschaft“ entgegengesetzt, die Geborgenheit, Wärme und Nähe, intakte und einfache Sozialstrukturen sowie wahre Werte und echte Bindungen verhieß. Tönnies, der sich eigentlich als „skeptischer Aufklärer“[153] sowie als „überzeugter Verfechter der Weimarer Republik“[154] verstand und der noch 1930 in die SPD eintrat, um ein Zeichen gegen den „völkischen“ Wahn zu setzen,[155] avancierte so nolens volens zu einem Vordenker der Kulturkritik und der „völkischen“ Ideologie. „Gemeinschaft“ stieg zu einem utopischen Sehnsuchts- und Zielbegriff auf, dessen Inhalte jedoch allenfalls in Ansätzen näher bestimmt waren.

149 Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie.

150 Vgl. Franz Janka, Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert, Stuttgart 1997, S. 129f.; Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, S. 39–47; Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 41f.; Detlef Schmiechen-Ackermann, „Volksgemeinschaft“: Mythos der NS-Propaganda, wirkmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Einführung, in: idem (Hrsg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 13–53, hier: S. 37f.; Oliver Lepsius, Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung. Methodenentwicklungen in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zur Ideologisierung der Rechtswissenschaft im Nationalsozialismus, München 1994, S. 51–53.

151 So etwa: Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, S. 59.

152 So ließ Tönnies beispielsweise das Verhältnis zwischen den beiden Prinzipien „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ offen, vgl. Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, S. 43; Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 55.

153 Cornelius Bickel, zitiert nach: Retter, Was heißt „demokratisches Denken“ in der Weimarer Republik?, [o. Pag.].

154 Retter, Was heißt „demokratisches Denken“ in der Weimarer Republik?, [o. Pag.].

155 Vgl. Retter, Was heißt „demokratisches Denken“ in der Weimarer Republik?, [o. Pag.]; Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, S. 43.

Die Gemeinschaftssehnsucht stieß etwa in der Jugendbewegung auf große Resonanz. Gruppen wie der „Wandervogel“, aber auch verschiedene Studentenvereinigungen, begnügten sich nicht damit, über „Gemeinschaft“ nachzudenken und sie zu fordern, sie wollten ihre Ideale in die Tat umsetzen. Innerhalb ihrer Gruppen glaubten sie, ein ursprüngliches Leben in „Ganzheit“ und „Einheit“ führen zu können. Die heterogenen Einzelgruppen der Jugendbewegung verbanden das geistig-verklärte Ideal einer „organischen Gemeinschaft“ vielfach mit den Ideen von „Bund“, „Führer“ und „Gefolgschaft“.[156]

Das Gemeinschaftsdenken wurde aber auch im Katholizismus positiv aufgegriffen. Denker wie Max Scheler waren während der Zwischenkriegszeit verantwortlich für die katholische Hinwendung zu einer „natürliche[n], organische[n], vital- und blutsgebundene[n]“ „Lebensgemeinschaft“.[157] Nach Schelers Verständnis kamen der „Gemeinschaft“ „alle Attribute der Personalität“ zu.[158] Auch andere Denker des Sozialkatholizismus wie August Pieper und Anton Heinen rezipierten Tönnies und begriffen seine Ideen als eine Chance für den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau der Weimarer Republik. Die von Gott gewollten „organischen Lebensgemeinschaften“ standen für sie im Widerspruch zu den als mechanisch wahrgenommenen menschlichen „Interessen- und Zweckgesellschaften“.[159] Dabei spielte bei Pieper und Heinen die Familie als die „Urlebensgemeinschaft“ eine herausragende Rolle: Sie war Vorbild für alle weiteren Gemeinschaften einschließlich der „Volksgemeinschaft“.[160] Über den Katholischen Akademikerverband und den Volksverein fanden diese Gedanken Verbreitung im katholischen Spektrum.[161]

Für die Zeit der Weimarer Republik war zudem die polare Begriffsdefinition Othmar Spanns von Bedeutung. Seine Differenzierung zwischen „Individualismus“ und „Universalismus“ stellte der als atomisiert wahrgenommenen „Gesellschaft“ eine auf viele kleine „Gemeinschaften“ basierende Sozialstruktur entgegen. Spanns Philosophie propagierte die Errichtung eines „Ständestaates“ und hielt den Aufbau des Gemeinwesens im italienischen Faschismus für vorbildhaft.[162]

Doch formierte sich vereinzelt auch Kritik am exzessiven Gemeinschaftsdenken: Weitsichtig erkannte etwa Helmuth Plessner die Gefahren des Gemeinschafts-

[156] Vgl. Janka, Die braune Gesellschaft, S. 157–161. Zu dem Konzept des „Bundes“ ausführlich: Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 56–68; Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 165 f. Ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Jugendbewegung und den von ihr geschaffenen Werten: Hermann Schüller, Jugendbewegung und Deutsche Volksgemeinde, in: Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919, S. 155–167.

[157] Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 70.

[158] Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 71.

[159] Vgl. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 95–98.

[160] Vgl. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 99.

[161] Vgl. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 171.

[162] Vgl. Janka, Die braune Gesellschaft, S. 138–141; Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 30–38; Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 179–183.

ideals. Bereits 1924 warnte er in seiner Schrift „Grenzen der Gemeinschaft“[163] vor einer Verklärung der „Gemeinschaft“ als „Ideologie der Ausgeschlossenen, Enttäuschten und Wartenden“ und sprach sich für ein „Recht[…] auf Distanz zwischen Menschen“ aus.[164] Plessner wies damit scharfsinnig auf die Schattenseiten eines Gemeinschaftsdenkens hin, das durch eine vollständige Einbindung des Individuums in ein totalitäres System abzugleiten drohe, in dem es keinen Raum für Rückzug und abweichende Interessen geben werde. Seine „Verteidigung der Gesellschaft“ verstand Plessner als ein Plädoyer sowohl für „gemeinschaftliche Nähe“ als auch für einen notwendigen „gemeinschaftsfreien“ Raum in der „Gesellschaft“.[165] Doch taten solche Warnungen vor dem „Gemeinschaftstaumel“ der allgemeinen Gemeinschaftseuphorie in der Weimarer Republik keinen Abbruch.

Ausgehend von der Studie Ferdinand Tönnies fand die Verklärung der „Gemeinschaft“ also keineswegs nur im konservativen oder gar „völkischen“ Milieu statt; auch andere politisch-gesellschaftliche Strömungen traten für eine Gesellschaftsreform ein, griffen die Gegenüberstellung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ auf und sahen in Ersterem ein Alternativmodell zur als krisenhaft wahrgenommenen Gegenwart. War dieses Gemeinschaftsdenken auch nicht per se nationalistisch, so ging es doch zumeist mit einer Ablehnung des pluralistischen Gemeinwesens einher und sehnte sich eine Änderung des Status quo herbei.

3. Zwischenfazit: Pluralistische und holistische Potenziale des Volksbegriffes

Die aufgezeigten intellektuellen Auseinandersetzungen und semantischen Aufladungen lassen erahnen, welche Bedeutung dem Volks- und Gemeinschaftsdenken im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zukam. „Volk“ hatte sich von einer abfälligen Bezeichnung für die gesellschaftlichen Unterschichten zu einer durchweg positiv konnotierten politischen Vokabel entwickelt. In ihr schwang – je nach politischem Standpunkt – die Hoffnung auf die gleichberechtigte politische Teilhabe aller Staatsangehörigen oder die Überzeugung von der organischen Zusammengehörigkeit eines wahren „deutschen Volkes“ sowie der Herrschaft durch den ihm innewohnenden Willen mit. Der Klang des Wortes „Volk“ machten es zu einem Bezugspunkt, auf den sich verschiedenste politische Akteure stützen konnten, ohne deshalb aber ihre spezifischen Auffassungen angleichen zu müssen.

Die Bedeutungsvielfalt des Volksbegriffes lässt sich auf die drei Pole „plebs“, „demos“ und „ethnos“ zurückführen. Um sie herum entspannten sich die verschiedenen mit dem Begriff verbundenen Vorstellungen und Konzepte. Verbarg sich hinter „plebs“ noch die tradierte (und häufig abfällig verwendete) Bezeichnung für die „unteren Schichten“, so stand hinter „demos“ und „ethnos“ das Kon-

[163] Pleßner [sic!], Grenzen der Gemeinschaft.
[164] Pleßner [sic!], Grenzen der Gemeinschaft, S. 26.
[165] Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, S. 44.

zept einer „Nation“ politisch gleichberechtigter Bürger bzw. die Vorstellung von einer auf gleicher Abstammung fußenden „Gemeinschaft“. Schlossen diese Begriffsbedeutungen einander auch nicht per se aus, so befanden sich die damit einhergehenden Ideen doch in einem latenten Widerspruch zueinander. Während „ethnos“ die Einförmigkeit der „Gemeinschaft“ voraussetzte, betonte „demos“ die Verschiedenheit in der Einheit. Der Vorstellung vom „Volk“ als „demos“ wohnte die Akzeptanz von unterschiedlichen Meinungen und Interessen inne. Hingegen stellte die „ethnos“-Idee zumeist auf einen den Einzelnen überragenden, einheitlichen Willen ab, den es zu erkennen gelte. Somit befand sich ein entscheidender Unterschied zwischen beiden Konzepten in der Positionierung der mit ihnen verbundenen Weltanschauung zur Akzeptanz von Pluralität: „Volk“ als „ethnos“ setzte tendenziell eine Ganzheitlichkeit, einen Holismus, voraus, wohingegen „Volk“ als „demos“ begriffen zumeist einem pluralistischen Weltbild folgte.

Diese Polarisierung des Volksbegriffes in „ethnos“ und „demos“ verband sich vielfach mit der Interpretation der Gegenwart anhand des Dualismus „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“. Danach wurde „Gemeinschaft“ als die organische Form, „Gesellschaft“ hingegen als die mechanische Form des Zusammenlebens eines Gemeinwesens aufgefasst. Ähnlich wie „Volk“ in seiner Bedeutung als „ethnos“ wurde „Gemeinschaft“ zu einem Zukunftsbegriff und Sehnsuchtsort – zu einer Ausflucht aus der als krisenhaft wahrgenommenen Gegenwart. Doch gab es allenfalls bruchstückhafte Gegenmodelle zur realen „Gesellschaft“ des Deutschen Reichs. Wie eine politische Willensbildung in der „Gemeinschaft“ tatsächlich vonstattengehen könne, darüber waren sich die meisten Denker nicht im Klaren und – sofern sie entsprechende Vorstellungen überhaupt entwickelten – untereinander alles andere als einig. Ähnlich wie „Volk“ in seiner „ethnos“-Bedeutung wurde auch „Gemeinschaft“ holistisch gedacht. Vermutlich aufgrund ihrer Radikalität und weil sie das Images des quasireligiös fundierten Neuanfangs pflegten, erfuhren die ganzheitlichen Konzepte um die Jahrhundertwende einen weit über die „völkischen“ Kreise hinausgehenden Anklang – eine Beliebtheit, die sich im Ersten Weltkrieg noch weiter steigern und die auch den Systemwechsel von 1918/19 überdauern sollte.

III. Die zerstörte „Gemeinschaft"? Das „deutsche Volk" am Ende des Ersten Weltkrieges (1917/18)

1. Rückblick: Kriegsbeginn 1914 – die imaginierte Einheit in der „nationalen Gemeinschaft"

Die innenpolitischen Diskussionen der Jahre 1917/18 waren geprägt von Verweisen auf das „Volk" und die „Einheit" der Krieg führenden „Nation". Ihren erfahrungsgeschichtlichen Referenzpunkt fanden sie meist in den Wochen des Kriegsbeginns im Juli und August 1914. Propaganda und Publizistik stilisierten das Geschehen bei Kriegsausbruch zum „August-Erlebnis" und appellierten in der Folgezeit beständig an den Geist der „Einheit". Damit wuchs dem Kriegsausbruch eine Bedeutung zu, die weit über die konkrete historische Situation hinausging und die als imaginierter Erfahrungsraum nicht nur während des Weltkrieges, sondern auch in der Weimarer Republik im Denken über „Volk" und „Nation" wirkmächtig blieb. Zum Verständnis dieses Gemeinschaftsideals soll daher hier zunächst auf seinen Ursprung im August 1914 eingegangen werden, bevor der Volksbegriff in den letzten Jahren des Krieges und die Diskussion 1917/18 um innere Reformen betrachtet wird.

1.1 Auf dem Weg zur inneren und äußeren Vollendung des bismarckschen Nationalstaates?

Trotz der unter Führung Bismarcks im Januar 1871 erfolgten Gründung eines kleindeutschen Nationalstaates wollte sich bei vielen Zeitgenossen die Überzeugung, „ein Volk zu sein", nicht einstellen.[1] Die Gründe hierfür lagen in der äußeren Gestalt und der inneren Ausgestaltung des neuen deutschen Bundesstaates. So war das Reich ein „unvollkommener Nationalstaat"[2] geblieben: Einerseits hatten sich die Hoffnungen auf Vereinigung aller Deutschen in einem Staat – ein Konzept, das als „Volksnation" bezeichnet werden kann,[3] – endgültig zerschlagen, andererseits waren mit Dänen, Polen und Franzosen Bevölkerungsgruppen (vielfach gegen ihren Willen) Teil des neuen Reichs geworden, die sich selbst als fremde Nationalitäten begriffen.[4] Zudem bestanden im Innern des Staates starke soziale, politische, regionale und konfessionelle Friktionen. Kulturkampf und Sozialistengesetze hatten die ohnehin vorhandenen Gräben zwischen dem Katholizismus

[1] Vgl. Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 104 f.
[2] Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 369.
[3] Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 3, S. 951 f.; zur „Volksnation": Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, hier: S. 235–238.
[4] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 369.

und der Arbeiterbewegung auf der einen Seite und der protestantisch-aristokratisch geprägten Hegemonialmacht Preußen auf der anderen Seite weiter vertieft. Der von einzelnen Gruppierungen und radikalen Parteien gegen die Katholiken, Sozialisten, Juden sowie gegen verschiedene „nationale“ Minderheiten erhobene Vorwurf der „vaterlandslosen Gesinnung“ heizte einen geradezu „paranoide[n] Kampf gegen die inneren ‚Reichsfeinde‘“[5] an.

Zu einem (scheinbaren) Wandel dieser Situation kam es mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914. Zurückführen lässt sich dieses – später zum „August-Erlebnis“ verklärte – Bewusstsein auf zwei verschiedene, doch zeitlich und inhaltlich miteinander zusammenhängende Ereignisse aus den Tagen des Kriegsbeginns: zum einen auf die angebliche Begeisterung der „Massen“ im Spätsommer 1914, zum anderen auf die parteiübergreifende Zustimmung zu den Kriegsgesetzen im Reichstag. Beide Erfahrungen verbanden sich zu der Vorstellung eines angesichts der feindlichen Bedrohung „geeinten deutschen Volkes“. Doch geschah im „August-Erlebnis“ eine „nationale ‚Selbstbegeisterung‘ über die Einheit des Volkes“,[6] die sich weniger an historischen Realitäten als vielmehr an der „gefühlten Wirklichkeit“ festmachte und keineswegs alle Bevölkerungsschichten ergriff. Diese Euphorie potenzierte sich durch das Gefühl, Teil eines „geeinten Volkes“ zu sein, selbst.

Begeisterte Menschenmengen, jubelnd ins Feld ziehende Soldaten und ein alle Schichten erfassender Patriotismus spiegelten nur einen kleinen Ausschnitt der höchst unterschiedlichen Verhaltensweisen zu Kriegsbeginn wider. Antikriegskundgebungen mit zehntausenden Besuchern sowie viele ernste und skeptische Teilnehmer bei Massenversammlungen zeugen davon, dass auch andere Stimmungen existierten.[7] Eine ausgesprochene Kriegseuphorie herrschte lediglich in kleineren Bevölkerungskreisen vor, etwa unter Teilen der Studentenschaft und im nationalistisch gesinnten Bürgertum.[8] Dennoch erschien die Stimmung bei Kriegsaus-

[5] Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 3, S. 954.

[6] Vgl. Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell?, hier: S. 38.

[7] Vgl. Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 62; Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 43. Eine gute Zusammenfassung der Forschungen und eine dreifache Differenzierung des Bildes nach sozialen, räumlichen und funktionalen Gesichtspunkten bietet: Andreas Wirsching, „Augusterlebnis“ 1914 und „Dolchstoß“ 1918. Zwei Versionen derselben Legende?, in: Volker Dotterweich (Hrsg.), Mythen und Legenden in der Geschichte, München 2004, S. 187–202, hier: S. 187 u. 190–194. Zum Wandel der historiografischen Beurteilung des „August-Erlebnisses“: Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, „Dolchstoss“-Diskussion und „Dolchstoss-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Waldemar Besson (Hrsg.), Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag dargebracht von Kollegen, Freunden und Schülern, Göttingen 1963, S. 122–160, hier: S. 153 f. Speziell zu den pazifistischen Demonstrationen: Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, vor allem S. 94–105; zusammenfassend zur Stimmung: Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 375–378.

[8] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, München 2003, S. 16; Wirsching, „Augusterlebnis“ 1914 und „Dolchstoß“ 1918, hier: S. 190 f.; Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 71–86.

bruch in der Rückschau zumeist als „ein Erlebnis, ein affektiver Begeisterungssturm, der die deutsche Gesellschaft zu einer Volksgemeinschaft umformte“[9]. Die „Ideologisierung“ des „August 1914“ erfolgte somit seitens der bürgerlichen Eliten des Kaiserreichs in direktem Bezug auf das „Volk“, dessen „Einheit“ postuliert wurde, indem herausgestellt wurde, dass sich „Körper“, „Geist“ und „Seele“ des „Volkes“ zu einer alle „Volksschichten“ übergreifenden „Gemeinschaft“ verbunden hätten.[10] Die dabei verwendeten Sprachbilder lassen auf eine ethnisch-holistische Volksvorstellung schließen. Abweichende Meinungen und Gefühle hatten in dieser Meistererzählung keinen Platz. Angesichts der äußeren Bedrohung wurde das „Volk“ als eine auf Kategorien wie „Abstammung“ und „Sprache“ basierende „Gemeinschaft“ konstruiert, aus der alles Fremde ausgeschlossen war.[11]

Neben dieser angeblichen Euphorie der auf den Straßen versammelten „Massen“ enthielt das „August-Erlebnis“ ein zweites Element. Hatte zuvor zwischen den Fraktionen im Reichstag noch erbitterter Streit geherrscht, stimmten Anfang August 1914 sogar die von den Konservativen als „vaterlandslos“ verachteten sozialdemokratischen Abgeordneten der Bewilligung von Kriegskrediten zu. Die Überraschung und Begeisterung darüber, dass sich selbst die sozialistische Arbeiterschaft angesichts des als bedroht wahrgenommenen Vaterlandes bereitwillig in den Dienst der „Nation“ stellte, war groß. Vielen Zeitgenossen kam es gar wie ein „Wunder“ vor.[12] Und Kaiser Wilhelm II. verkündete in der Reichstagssitzung vom 4. August, dass er fortan keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kenne.[13] Verbunden mit diesen Worten war weniger die Anerkennung der verschiedenen Parteien oder gar ihre stärkere Einbeziehung in die anstehenden politischen Entscheidungen als vielmehr das Bestreben, sie durch die „nationale Einheit“ zu überwinden.[14] Die „Nation“ wurde in diesen Tagen von vielen erstmals als „einheitliche Willensgemeinschaft“ erlebt, die durch den alle Gruppierungen einenden Willen zum „Burgfrieden“ zusammengehalten wurde.[15] Mit diesem (zunächst

[9] Jeffrey Verhey, Augusterlebnis, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 357–360, hier: S. 359.

[10] Vgl. Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 479f.; Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 46f.; ausführlich zur Ideologisierung: Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 479–488.

[11] Vgl. Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 46 u. 64; Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 81 u. 359. Zum Kampf der Verwaltungsbeamten gegen Fremdwörter: Moritz Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002, S. 122.

[12] Vgl. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 209; Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 39; Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 470.

[13] Vgl. Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 43f.; Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 261–267.

[14] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 60.

[15] Vgl. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 209, Zitat: S. 209; Christian Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005, S. 204f.

nur vereinzelt verwendeten)[16] altertümlichen Ausdruck wurde der Pakt zwischen der Reichsleitung und den Reichstagsparteien zur Verabschiedung der für den Krieg notwendigen Gesetze bezeichnet. Doch ging der „Geist des Burgfriedens“ über die bloße parlamemtarische Zustimmung hinaus – er einte die politischen Gruppen im gemeinsamen Ziel, den Krieg schnell zu gewinnen, und eröffnete der Verheißung auf eine endgültige Überwindung der innenpolitischen und gesellschaftlichen Trennlinien breiten Raum.[17] Jedoch waren die Gründe für den Eintritt in die Burgfriedensallianz durchaus ambivalent: Neben der Überzeugung von der Notwendigkeit eines Verteidigungskrieges bot sich den zuvor marginalisierten Gruppen die Chance, durch staatsbejahendes Verhalten die politische Isolation zu überwinden. Hinzu kam die Hoffnung auf innenpolitische Reformen und eine gesellschaftliche Erneuerung des Deutschen Reichs.[18] Zudem erschien es den außerhalb oder am Rande der Reichsnation stehenden Gruppen aus psychologischen und existenziellen Gründen schwerlich möglich, sich dem „nationalen Verteidigungskonsens“ zu verweigern.[19] Doch war der Preis der Integration hoch. In der Arbeiterbewegung etwa machte er sich in einer wachsenden Spannung zwischen den verschiedenen Flügeln der SPD bemerkbar und sollte letztlich die Parteieinheit kosten.[20]

Dass das Einfügen in die „nationale Einheit“ seine Schattenseiten hatte, zeigte sich nicht erst in den sogenannten „Ideen von 1914“[21] (von denen noch an anderer Stelle die Rede sein wird) – bereits dem zu Kriegsbeginn beschworenen Geist des „Burgfriedens“ und des „August 1914“ wohnte eine mythisch-holistische Einheits- und Volksvorstellung inne, die in ihrer Ausprägung die pluralistischen

[16] Vgl. Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 467 u. 473.

[17] Vgl. Jeffrey Verhey, Burgfrieden, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 400–402, hier: S. 401; ausführlich zu den Einheitshoffnungen: Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 472–479; ebenfalls zum Inhalt des „Burgfriedens“: Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, S. 39; im Vergleich zur „Union sacrée“ in Frankreich: Georges-Henri Soutou, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches und der französischen Republik zwischen „deutscher Sendung“ und republikanischen Werten, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 51–70, hier: S. 53–63; Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation, S. 134–136.

[18] Vgl. Verhey, Burgfrieden, hier: S. 401; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“; Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 40–42; Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 275–283; Wildt, „Volksgemeinschaft“ als politischer Topos in der Weimarer Republik, hier: S. 25–27; Horst Möller, Folgen und Lasten eines verlorenen Krieges. Ebert, die Sozialdemokratie und der nationale Konsens, Heidelberg 1991, S. 15–18.

[19] Hierzu ausführlich: Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, S. 41–45, zur Haltung des politischen Katholizismus und zu seinen Beweggründen für die Unterstützung des Krieges vor allem: S. 26; Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 93 f.

[20] Ausführlich dargestellt bei: Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 42–60.

[21] Zur Abgrenzung zwischen „Geist von 1914“ und „Ideen von 1914“: Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 71; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“, [o. Pag.].

Grundlagen der modernen Gesellschaft ablehnte.[22] Mit der Aktualisierung eines angeblich einmal da gewesenen, aber längst verblassten Zustandes „organischer Volkseinheit" verlieh das „August-Erlebnis" dem Identifikationsort „Nation" einen neuen mythischen Glanz.[23] Der Mythos entwickelte eine selbstmobilisierende Wirkung auf die Kräfte der „Nation" und schuf einen verklärten, hell leuchtenden Erinnerungsort für Zeiten nachlassender „nationaler Einigkeit". Nicht „Reich", „Kaiser" oder „Gott", sondern die „Nation" bildete die vorherrschende Legitimationsinstanz während des Krieges.[24]

Des Weiteren brachte das Inklusionsversprechen der „Volksgemeinschaft" die Exklusion von ethnischen Minderheiten und die entfesselte Jagd auf alles vermeintlich Fremde mit sich.[25] In Abgrenzung zu anderen Völkern und durch die Konstruktion eines Feindbildes ließ sich die „Einheit" des eigenen „Volkes" festigen.[26] Die damit einhergehenden Ausgrenzungen betrafen zwar in erster Linie den „äußeren Feind", ließen sich aber auch auf den angeblich „äußeren Feind im Innern" ausweiten und schufen so den Boden für die Konstruktion eines „inneren Feindes".

Die im August 1914 erlebte „Nation" wurde häufig in religiösen Sinnstiftungsmustern gedeutet und bildete teilweise gar eine Ersatzreligion. Die Tage des Kriegsausbruchs erschienen wie ein Erweckungs- und Erlösungserlebnis – wie ein „deutsches Pfingsten", das die „Nation" mit einem einigenden Geist beseelt habe.[27] Doch trotz des proklamierten „Burgfriedens" blieben mannigfaltige soziale, politische, regionale und konfessionelle Spannungen erhalten – und verschärften sich während des Krieges mitunter sogar. Der Appell an die „nationale Einheit" und die Pressezensur trugen zwar dazu bei, dass die Friktionen größtenteils verborgen blieben und veränderten mithin die Grenzen des Sagbaren.[28] Doch über-

[22] Vgl. Wirsching, „Augusterlebnis" 1914 und „Dolchstoß" 1918, hier: S. 54 u. 68; Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, S. 198.

[23] Zur Funktion von nationalen Mythen: Machtan, Nationale Selbstbilder zwischen Inszenierung und Verinnerlichung 1885–1935, hier: S. 823.

[24] Vgl. Sven Oliver Müller, Die umkämpfte Nation. Legitimitätsprobleme im kriegführenden Kaiserreich, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960, München 2002, S. 149–171, hier: S. 149–153.

[25] Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 30.

[26] Vgl. Machtan, Nationale Selbstbilder zwischen Inszenierung und Verinnerlichung 1885–1935, hier: S. 820.

[27] Vgl. Roland Kurz, Nationalprotestantisches Denken in der Weimarer Republik. Voraussetzungen und Ausprägungen des Protestantismus nach dem Ersten Weltkrieg in seiner Begegnung mit Volk und Nation, Gütersloh 2007, S. 105 f., Zitat: S. 105; generell zum „nationalen" Denken im Protestantismus während des Ersten Weltkriegs, aber nur sehr knapp sowie zum Teil zusammenhangslos und unterkomplex dargestellt: Kurz, Nationalprotestantisches Denken in der Weimarer Republik, S. 103–118; ebenfalls zu diesem Aspekt: Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 68; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft" aus dem „Geist von 1914", [o. Pag.].

[28] So war die Zensur angewiesen, „den geringsten Versuch, die Einigkeit des Deutschen Volkes und der Presse durch parteipolitische Ausführungen zu stören, gleichgültig von welcher oder gegen welche Partei, sofort auf das Energischste zu unterdrücken". Zitiert nach: Raithel, Das

deckten die Ereignisse des August 1914 die Konflikte lediglich für kurze Zeit. Schon im September 1914 hielten sich Konservative und Sozialdemokraten gegenseitig vor, den „Burgfrieden“ zu „stören“.[29] Maßgeblich zum Bröckeln des „Burgfriedens“ trug die Diskussion um den „inneren Feind“ bei. So wurde etwa vonseiten der deutschnational und annexionistisch gesinnten Intellektuellen zunehmend eine Spaltung der „Nation“ konstatiert, deren Ursache diese nicht in ihren maßlosen Kriegszielforderungen, sondern im Agieren der als „innere Feinde“ betrachteten Kräfte – allen voran Sozialdemokraten, Katholiken, Juden, „nationale“ Minderheiten und Pazifisten – zu erkennen glaubten. Teile der Gesellschaft zum „inneren Feind“ zu erklären, bedeutete, sie semantisch von der „Volksgemeinschaft“ auszuschließen.[30] Somit bestand der „Burgfrieden“ zwischen den politischen Akteuren, obwohl er von keinem offiziell aufgekündigt worden war, spätestens seit 1916 lediglich auf dem Papier und als Wunschvorstellung fort.[31] Die Reichsregierung setzte aber alles daran, die „Fassade nationaler Geschlossenheit“ aufrechtzuerhalten.[32] Gleichzeitig instrumentalisierte die Kriegspropaganda das Gefühl des Sommers 1914 und griff immer wieder das Bild der „nationalen Einheit“ auf, um es als ein (wieder) anzustrebendes Ziel auszugeben.

Doch trug die Verbindung von einer imperialistischen Kriegszielsetzung auf der einen und der wechselseitigen Unterstellung, den „Burgfrieden“ verraten zu haben, wie in der Presse häufig über den politischen Gegner zu lesen war,[33] auf der anderen Seite, zur Vertiefung der gesellschaftlichen Gräben bei. Dem entfesselten Nationalismus wohnten somit einigende aber auch spaltende Elemente inne.[34] Ähnlich wie das „Gefühl der Einheit“ im Sommer 1914 verstärkte sich während des andauernden Krieges das „Gefühl der Uneinigkeit“ durch die ständige Thematisierung in Presse und Publizistik und führte zur Festigung der Annahme, dass die „nationale Einheit von 1914“ zerbrochen oder gar seitens des „inneren Feindes“ verraten worden sei.

„Wunder“ der inneren Einheit, S. 493. Ähnlich auch: Das Stichwort „Burgfrieden“ im Zensurbuch von 1917: Oberzensurstelle, Kommunikationsüberwachende Vorschriften des Jahres 1917, hier: S. 210. Vgl. des Weiteren: Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 50f.

[29] Vgl. Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 475.

[30] Vgl. Steffen Bruendel, Von der inklusiven zur exklusiven Volksgemeinschaft. Die Konstruktion kollektiver Identität durch nationalpolitische Professoren im Ersten Weltkrieg, in: Steffen Bruendel/Nicole Grochowina (Hrsg.), Kulturelle Identität, Berlin 2000, S. 120–135, hier: S. 131–133; Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 282–284; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“, [o. Pag.].

[31] Vgl. Verhey, Burgfrieden, hier: S. 401; Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 193–198; Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 222–224; Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 49.

[32] Zur Haltung Bethmann Hollwegs im „Burgfrieden“: Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Juli 1917, in: GWU (19), 1968, Nr. 11, S. 656–671, hier vor allem: S. 663–665, Zitat: S. 663.

[33] Vgl. Verhey, Burgfrieden, hier: S. 402.

[34] Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, S. 22; Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 356f.; Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation, S. 99.

Eine Erosion der gefühlten „Gemeinschaft" war die Folge. Durch die Verklärung von „Einheit" und Kriegseuphorie mussten die aufbrechenden Gegensätze als Inbegriff der deutschen Zerrissenheit wahrgenommen werden. Und innere Differenzen gab es viele: unterschiedliche Kriegsziele der Parteien, eine sich zuspitzende Ernährungs- und Versorgungslage, Arbeitskräftemangel, Forderungen nach Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und nach Parlamentarisierung des Kaiserreichs – um nur einige zu nennen. Der bald zum Schlagwort gewordene „August 1914" wurde in dieser konfliktreichen Gegenwart zu einem unhinterfragten Utopia, auf das sich unterschiedlichste Kreise beriefen. So etwa die im November 1915 gegründete „Deutsche Gesellschaft 1914", der Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Militär angehörten und die sich nicht als politischer Klub, sondern als Raum, in dem zwanglos Gedanken über Deutschlands Gegenwart und Zukunft ausgetauscht werden konnten, verstand.[35] Ihr Mitgliederspektrum reichte von Politikern des rechten Flügels der Sozialdemokratie bis zu Konservativen. Mit ihrer Namenswahl und der Aufnahme unterschiedlichster Persönlichkeiten – darunter etwa Friedrich Ebert,[36] Theobald von Bethmann Hollweg, Konstantin Fehrenbach, Matthias Erzberger, Gustav Stresemann, Walther Rathenau, Theodor Wolff und Harry Graf Kessler – knüpfte der Verein an die im „August-Erlebnis" empfundene Überwindung der Parteiengrenzen an.[37] Aber auch Vereinigungen wie die „Fichte-Gesellschaft von 1914" beriefen sich auf das Einheitsgefühl zu Kriegsbeginn – statt einer offenen politischen Diskussion strebte diese jedoch die „Deutschwerdung" von Schule, Presse und Kultur sowie die „völkische Volkserziehung" an.[38] Die beiden Beispiele führen vor Augen: Der Bezug auf den „Geist von 1914" war weitverbreitet und bot sowohl Berührungspunkte zu liberal-demokratischen als auch zu nationalistisch-chauvinistischen Ideen. Noch während des Krieges wurden die „Ideen von 1914" von einigen Intellektuellen als das Ergebnis einer gegen die „Ideen von 1789" gerichteten, spezifisch deutschen Geisteshaltung propagiert.[39] Paradoxerweise lag gerade in dieser Art der Umsetzung des angeblichen „Geistes von 1914" der Keim für eine während des Weltkrieges aufbrechende Uneinigkeit, da sich viele Anhänger des „Burgfriedens"

[35] Vgl. Bernd Sösemann, Jenseits von Partei und Parlament. W. Rathenaus „aufbauende Ideenpolitik" in der „DG 1914", 28. März 2008, http://www.solon-line.de/2008/03/28/jenseits-von-partei-und-parlament-w-rathenaus-aufbauende-ideenpolitik-in-der-dg-1914/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); Verhey, Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 271–274; Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 59f. (hier fälschlicherweise als „Deutsche Gesellschaft von 1914" bezeichnet).

[36] Ebert war wohl seit 1921 Mitglied in der „Deutschen Gesellschaft 1914", erhielt aber erst 1923 formell seinen Mitgliedsausweis: BArch R 601/173: Schreiben der Deutschen Gesellschaft 1914 an den Reichspräsidenten vom 22. Februar 1923, [o. Pag.].

[37] Vgl. Sösemann, Jenseits von Partei und Parlament [o. Pag.].

[38] Vgl. Klaus von See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg, Frankfurt am Main 1975, S. 112, Zitate: S. 112.

[39] Vgl. Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 54–57.

eben nicht mit einem expansionistischen oder gar offen „völkisch“ gesinnten Hegemonialstreben einverstanden erklären wollten.

1.2 Der bröckelnde „Burgfrieden“ und der Appell an die „Einheit des Volkes“

Aus dem „Geist von 1914“, der Gesinnung „nationaler Einheit“, erwuchsen die von intellektuellen Kreisen verbreiteten „Ideen von 1914“ – Vorstellungen, die etwa seitens der Alldeutschen und von Anhängern der „völkischen“ Bewegung bereits lange vor Kriegsausbruch artikuliert worden waren.[40] Ihre radikalen Positionen hatten sich zu Meinungen des nationalistischen Mainstreams entwickelt. Die „Ideen von 1914“ wurden als Alternativprogramm zu den westlichen „Ideen von 1789“ propagiert.[41] Anhänger fanden sie im konservativen und nationalistischen Bürgertum. Zu ihren Inhalten – einem Konglomerat von Werten und Programmpunkten – gehörte das Verlangen nach „Ganzheit“, die Ablehnung der modernen kapitalistischen Klassengesellschaft zugunsten einer harmonisch-organischen „Volksgemeinschaft“, die Verurteilung von Demokratie und Liberalismus, die Forderung nach Wiedergeburt einer einheitlichen „Nationalkultur“ und nach Werten wie Opferbereitschaft, Innerlichkeit und Pflichtbewusstsein sowie der missionarische Anspruch auf Verbreitung dieser deutschen Ideologie in ganz Europa. Als Modell für das Gemeinwesen stand den Anhängern der „Ideen von 1914“ eine harmonische „Volksgemeinschaft“ im Sinne eines „nationalen Sozialismus“ sowie die Mischung von autoritären und partizipatorischen Elementen auf Grundlage eines ethnisch konstituierten Gemeinwesens vor Augen. Der „organische Volkswille“ – eine holistische Idee, die alle Diskussionen, Kompromisse und Abstimmungen hinfällig werden ließ und daher diese Formen der politischen

[40] Zu den Vorläufern ausführlich: See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914, besonders: S. 7–12 u. 110–114; ebenfalls: Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, S. 194; Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 142–145. Im Gegensatz zu weiten Teilen der (älteren) Forschung betont Steffen Bruendel das „Fehlen völkisch-biologischer und antisemitischer Gedanken“ in den „Ideen von 1914“. Diese glaubt Bruendel, erst in der radikalnationalistischen Volksgemeinschaftsidee der zweiten Kriegshälfte erkennen zu können. Zusammenfassend: Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 310. Dagegen bleibt Peter Walkenhorst bei der älteren Forschungsmeinung: Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 333. Vor dem Hintergrund der langen Traditionen muss auch Wolfgang J. Mommsens Aussage relativiert werden, dass die „Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ als eine[…] antimodernistische[…] Alternative zur gefürchteten Idee einer sozialistischen Ordnung“ auf die „Propagandisten des ‚Geistes von 1914‘“ zurückgehe, vgl. Mommsen, Der Geist von 1914, hier: S. 420. Die Idee der „Volksgemeinschaft“ als „dritter Weg“ kann bereits vor dem Weltkrieg in der Jugendbewegung und auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie nachgewiesen werden, jedoch trugen das „August-Erlebnis“ und der Kriegssozialismus zweifellos zu einer größeren ideengeschichtlichen Resonanz dieses Gedankens bei.

[41] Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, S. 17f.; See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914; Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 35; Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell?, hier: S. 39–43; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“ [o. Pag.]; wesentlich differenzierter als etwa von See: Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 113–115.

Willensbildung vehement ablehnte, – sollte von einer starken, plebiszitär legitimierten Führung umgesetzt werden; das Parlament hatte allenfalls beratende Funktion.[42] Dem Volks- und Nationsbegriff lag dabei zumeist eine kulturelle und keine biologisch-rassistische Basis zugrunde.[43] Getragen wurden solche Forderungen von Gelehrten wie dem Staatswissenschaftler Johann Plenge sowie anderen deutschnational gesinnten Professoren und Intellektuellen, die sich etwa in der „Seeberg-Adresse" für annexionistische Kriegsziele stark gemacht hatten.[44] Demgegenüber fanden gemäßigte Stimmen wie die Hans Delbrücks, die sich zugunsten eines Friedens des Ausgleichs und der Versöhnung zu Wort meldeten, in den intellektuellen Kreisen des Kaiserreichs deutlich weniger Unterstützung.[45]

Noch radikaler fielen die Forderungen des Alldeutschen Verbandes und anderer „völkischer" Gruppierungen aus, die den Krieg als einen „Rassekrieg"[46] interpretierten und ihn zur ethnisch-rassistischen „Bereinigung" des Deutschen Reichs nutzen wollten. Deutscher Siedlungsraum, eine rassisch homogene „Volksgemeinschaft" und Herrschaft der „deutschen Rasse" über Europa, dies waren die Resultate, die die Alldeutschen vom Krieg erwarteten.[47] Infolge dieser radikalen Ideen wurde ab etwa 1916 der – vormals zumeist noch inklusiv verstandene – Volksgemeinschaftsgedanke zunehmend ethnisch-rassistisch exkludierend aufgeladen und in Verbindung mit korporativen Staatsmodellen gebracht, die den Klassenkampf beenden sollten.[48] So bildete sich nach und nach die Blaupause für eine radikale, ethnisch homogene Staatsordnung heraus. Unstrittig ist, dass sich dieses „völkisch"-exklusive Gedankengut seit Mitte des Jahres 1916 auf dem Vormarsch befand und die ursprünglichen „Ideen von 1914" mit ihren tendenziell inkludierenden Volksgemeinschaftsvorstellungen zurückdrängte. Ob dieser Trend zu einer gänzlichen Verbannung der einschließenden Gemeinschaftsvorstellungen führte,

[42] Vgl. Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell?, hier: S. 35 u. 44–49; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft" aus dem „Geist von 1914" [o. Pag.]; Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 72–74 u. 133–136; Mai, „Verteidigungskrieg" und „Volksgemeinschaft", hier: S. 589f.; Bodo Heimann, Die Konvergenz der Einzelgänger. Literatur als Integration des problematischen Individuums in die Volksgemeinschaft: Hermann Stehr – Emil Strauß – Erwin Guido Kolbenheyer, in: Horst Denkler/Karl Prümm (Hrsg.), Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen, Stuttgart 1976, S. 118–137, hier: S. 120. Ausführlich zu den Inhalten der „Ideen von 1914": Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 115–132; ebenfalls: Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, S. 195–202.

[43] Vgl. Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 129f.

[44] Vgl. Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft" aus dem „Geist von 1914", [o. Pag.]; Bruendel, Von der inklusiven zur exklusiven Volksgemeinschaft, hier: S. 122.

[45] Vgl. Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 93–102.

[46] Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 89.

[47] Vgl. Johannes Leicht, Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation. Alldeutsche Ordnungsutopien einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft", in: JfA (19), 2010, S. 151–177, hier: S. 151–153; ausführlich zu den Inhalten der „völkischen" Ideologie im Ersten Weltkrieg: Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 275–289.

[48] Vgl. Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft" aus dem „Geist von 1914", [o. Pag.]; ausführlich hierzu: Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 102–132; Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 335f. Zur Deutschen Vaterlandspartei: Verhey, Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 296–306.

wovon etwa Steffen Bruendel ausgeht, ist umstritten.[49] So lässt sich etwa dagegen anführen, dass auch liberal-demokratisch gesinnte Intellektuelle weiterhin in Kategorien wie der der „Volksgemeinschaft“ dachten und sprachen.[50]

So weit wie die „Völkischen“ und Alldeutschen ging nicht jeder Anhänger der „Ideen von 1914“, doch war allen gemein, dass sie mittels einer „geistigen Mobilmachung“ die deutsche Kriegspolitik uneingeschränkt rechtfertigten. Mehr noch: Durch den ideologischen Überbau als „Krieg der Ideen“ bestimmten sie das weltanschauliche innen- und außenpolitische Kriegsziel.[51] Allerdings darf nicht übersehen werden, dass sich hinter den „Ideen von 1914“ keine „Gemeinschaft aller Deutschen“, sondern lediglich das konservative Segment des politischen Spektrums versammelte.[52] Die Forderung nach einem starken Staat, nach Pflicht- und Gehorsamserfüllung des Einzelnen, nach einem organisch-holistisch aufgebauten Gemeinwesen, nach einer alles überwölbenden „Gemeinschaft“ anstelle der unterschiedlichen Klassen- und Interessenlagen[53] – diese Programmpunkte stimmten eben nicht mit den Zielen der Arbeiterbewegung und großer Teile des liberaldemokratisch gesinnten Bürgertums überein. Ob die Verbreitung der „Ideen von 1914“ weit über einen engen Kreis konservativer Intellektueller und über die Anhängerschaft einer „völkischen“ Ideologie hinausging, ist in der Forschung umstritten[54] – ihre publizistische Reichweite war auf jeden Fall beachtlich.

Als Gegenprogramm zu den „Ideen von 1914“ entwickelten linksliberale Denker wie Hugo Preuß das Modell einer konstitutionellen Neuordnung des Deutschen Reichs als „Volksstaat“ unter Beibehaltung des Kaisertums. Im „Volksstaat“ verband sich der Gedanke der „nationalen Einheit“ mit dem der Selbstregierung des „Volkes“. Der angestrebte deutsche „Volksstaat“ sollte ein Zentralstaat werden. Doch blieben die innenpolitischen Reformpläne im Vergleich zu den korporativen Ordnungsideen von 1914 eher eine Randerscheinung.[55]

[49] Vgl. Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell?, hier: S. 49. Steffen Bruendel relativiert seine eigene These („Innerhalb von zwei Jahren verdrängte die exklusive Gemeinschaftsvorstellung die inklusive.“, S. 49) schließlich, indem er im Fazit desselben Aufsatzes schreibt, dass das Volksgemeinschaftsparadigma „bis 1918 und darüber hinaus nicht zu ihrem [der politischen Rechten] ideologischen Alleinbesitz“ geworden sei. Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell?, hier: S. 50.

[50] So etwa in der Rezension zu Steffen Bruendels Studie „Volksgemeinschaft oder Volksstaat“ von Eberhard Kolb, vgl. Eberhard Kolb, Geistige Mobilmacher. Deutschland im Ersten Weltkrieg: Wie sich Gelehrte die Zukunft vorstellten, in: FAZ, 6. November 2003, Nr. 258, S. 8. Ähnlich auch die Feststellung, dass es zwischen beiden Konzepten fließende Übergänge gab: Detlef Lehnert, Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß, Baden-Baden 2012, S. 97.

[51] Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, S. 18; Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 216f.; Hermand, Der alte Traum vom neuen Reich, S. 93f.; Wolfgang J. Mommsen, Der Geist von 1914. Das Programm eines politischen „Sonderwegs“ der Deutschen, in: idem (Hrsg.), Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt am Main 1992, S. 407–421, hier: S. 410–418.

[52] Vgl. Mommsen, Der Geist von 1914, hier: S. 413–416.

[53] Vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, S. 815.

[54] Vgl. Raithel, Das „Wunder“ der inneren Einheit, S. 506f.

[55] Vgl. Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 105–110 u. 240–255; Steffen Bruendel, Zur Identität von Volk und Staat. Die deutsche Verfassungsdiskussion 1915, in: Detlef Leh-

Neben die Erinnerung an den August 1914 trat während (und nach) dem Krieg ein weiteres „Einheitserlebnis“: das der soldatischen „Frontgemeinschaft“. Diese zweite Quelle der (Kriegs-) Gemeinschaftsvorstellung wurde durch zahlreiche Romane und Erzählungen (nachträglich) medial verbreitet. Der Schützengraben mutierte zu einem (imaginierten) Erinnerungsort der „nationalen Gemeinschaft“, in dem die tradierten Milieuabgrenzungen angesichts der unmittelbaren Lebensgefahr aller dort liegenden Soldaten keine Rolle mehr gespielt hätten.[56] Diese geradezu existenzielle Gemeinschaftserfahrung bzw. das nachträgliche fiktionale Erleben derselben wurde von der Front- und Kriegsjugendgeneration als Vorbild für eine immerwährende „Volksgemeinschaft“ angesehen. Mitunter führte die Teilnahme am militärischen Einsatz aber auch, statt zur Überzeugung, Teil einer zu gleichen Maßen sich im Krieg opfernden „Gemeinschaft“ zu sein, zur Desillusionierung ob der sozialen Ungleichheiten an der Front. Bisweilen verschärfte sich der gefühlte Gegensatz zwischen Front und Heimat. In der unter Verschweigen der wahren militärischen Lage medial verklärten „Gemeinschaft“ zwischen Front und Heimat wurde die Verantwortung für ausbleibende Kriegserfolge nicht selten auf den angeblich mangelhaften Einsatz der Heimatfront geschoben. Dies führte bisweilen zum Vorwurf, die kämpfende Truppe sei durch die Zivilgesellschaft verraten worden. Somit zeitigten das Erleben und das Beschwören der „Frontgemeinschaft“ sowie der „Einheit“ von Front und Heimat ambivalente Folgen: Dass die Realität mit den propagierten Bildern nicht übereinstimmte, evozierte Enttäuschung und Vorwürfe – trug also eher zur Spaltung denn zur Einigung der Kriegsgesellschaft bei. Die mit dem „August-Erlebnis 1914“, dem „Burgfrieden“ und der „Frontgemeinschaft“ verbundenen langfristigen Hoffnungen auf einen dauerhaft harmonischen Zustand der „deutschen Nation“ blieben unerfüllt.

Und auch die zweite mit dem Krieg verbundene „nationale“ Erwartung an die äußere Vollendung des „deutschen Nationalstaates“ löste sich nicht ein. Schlimmer noch: Die unvorstellbare deutsche Niederlage führte schließlich im Versailler Friedensvertrag zum Verlust großer Territorien des Deutschen Reichs und vereitelte die Möglichkeit, sich wenigstens mit dem – ebenfalls stark verkleinerten – Österreich zu einem großdeutschen Staat zusammenzuschließen. Somit scheiterte sowohl die innere als auch die äußere Vollendung des Reichs auf ganzer Linie.

Die vor und während des Krieges gehegten hohen Erwartungen hatten eine Niederlage in das Reich des Undenkbaren verbannt. Die dadurch entstandene

nert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 205–226, hier: S. 216. Zu Preuß und seinem Volksstaatsmodell: Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 68–89.

[56] Vgl. Carsten Kretschmann, Generation und politische Kultur in der Weimarer Republik, in: Hans-Peter Becht (Hrsg.), Politik, Kommunikation und Kultur in der Weimarer Republik, Heidelberg 2009, S. 11–30, hier: S. 19–23; Ziemann, Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur?, hier: S. 80 f.; Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 408; Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (1968), S. 93–111.

große Fallhöhe zwischen dem mentalen Erwartungshorizont[57] und dem eingetretenen Resultat führte dazu, dass die enttäuschten Nationalisten auf der Suche nach einem Ausweg aus ihrer Sinnkrise für Erklärungen offen waren, die ihr Gesellschafts- und Weltbild weiter radikalisierten.

2. Das „Volk“ im Kampf. Vorstellungen von „Volk“ und „Nation“ während des Krieges

Während der ersten Kriegstage war die Berufung auf das „Volk“ und die „Nation“ allgegenwärtig. Nach dem Willen der Zeitgenossen sollte die Idee der „Nation“ dazu beitragen, die „innere Einheit“ des „deutschen Volkes“ über den Augenblick hinaus zu bewahren und diese auch nach dem Krieg in einer dauerhaften Ordnung aufrechtzuerhalten.[58] Doch schwand bereits im Verlauf des Krieges die Euphorie über die gefühlte „Einheit“, ja wandelte sich in manchen Bevölkerungskreisen gar in die Überzeugung, der „innere Feind“ habe den „Burgfrieden“ verraten und die „nationale Gemeinschaft“ zerrissen.

Die Ambivalenz zwischen der beschworenen „Einheit“ sowie den damit verbundenen Gemeinschaftsideen auf der einen und dem sich in verschiedenen politischen Ansichten und Überzeugungen differenziert artikulierenden „deutschen Volk“ auf der anderen Seite bildete ein komplexes Geflecht unterschiedlichster Vorstellungen. Die verschiedenen, mit den Begriffen „Volk“ und „Nation“ zusammenhängenden Konzepte schlugen sich teilweise in organisch-holistischen Semantiken und Denkmustern, aber auch in einem Gegenentwurf nieder, der die Pluralität des „Volkes“ gegen „völkische“ und nivellierende Stimmen verteidigte. Summa summarum stellte der Erste Weltkrieg das „Volk“ in eine doppelte Auseinandersetzung: in den militärischen Kampf gegen den „äußeren Feind“ auf der einen sowie in den semantischen Kampf mit dem (politischen) Gegner im Innern um die Deutungshoheit über Wörter und Ideen auf der anderen Seite.

2.1 Köper, Geist und Wille – Organisches Denken über „Volk“ und „Gemeinschaft“

Die Gemeinschaftsvorstellungen verbanden sich nicht selten mit organischen Denk- und Sprachbildern von „Volk“ und „Nation“. Eines dieser Konstrukte erwuchs aus dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ – einem Kompositum, das zwar eher randständig verwendet wurde, dessen Bedeutung sich aber zunehmend von der bloßen Zusammensetzung beider Wortbestandteile ablöste und dabei teilweise an organische Vorstellungen anknüpfte. Unter dem Schlagwort existierten

[57] Allgemein zu den klassischen Kategorien „Erwartungsraum“ und „Erfahrungshorizont“: Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“. Zwei historische Kategorien, in: idem (Hrsg.), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375, hier vor allem: S. 352–359.

[58] Vgl. Kretschmann, Generation und politische Kultur in der Weimarer Republik, hier: S. 19 f.

schließlich verschiedene, mehr oder minder ausgearbeitete Staatskonzepte. Wie bereits aufgezeigt, firmierte im Verlauf des Krieges unter dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ zum Beispiel eine ethnisch exkludierende Staatsauffassung alldeutscher Provenienz. Dies führte jedoch nicht dazu, dass „Volksgemeinschaft“ aus dem Sprachgebrauch der politischen Mitte verschwand. Ganz im Gegensatz zu den rassistisch ausgrenzenden Konzepten der Rechten verband sich für Redner aus dem Spektrum der Mitte mit der Vokabel „Volksgemeinschaft“ die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Inklusion. „Volksgemeinschaft“ stand dabei als Metapher für den notwendigen, auf Integration der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen basierenden „nationalen“ Grundkonsens.

So brachte zum Beispiel der Sozialdemokrat Emil Kloth 1916 in den Sozialistischen Monatsheften den Volksgemeinschaftsgedanken in die Diskussion ein und relativierte mit ihm das sozialistische Klassenkampfmodell. Aus der Kriegserfahrung zog er die Lehre, dass die „Gemeinschaftsaufgaben, unbeschadet aller Partei- und Klassengegensätze, nur durch ein Zusammenwirken der verschiedenen Volksklassen gelöst werden“ könnten. Zwischen Unternehmern und Arbeitern sah er „starke gemeinsame Interessen“, da „beide ökonomische Funktionen im selben nationalen Körper“ ausüben würden.[59] Auch die Nationsvorstellung des auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie anzusiedelnden Neuköllner Stadtverordneten erscheint bemerkenswert:

> Die Nation ist eine Schicksalsgemeinschaft, die sich in einem kollektiven Willen äußert. Sie ist keine künstliche Vereinigung zur Erreichung bestimmter Ziele, sie ist ein organisch gewachsenes Gebilde, das das Ideelle seiner Teile ebenso umfaßt wie das Materielle.[60]

Mit den Körpermetaphern folgte Kloth einem ganzheitlichen Gedanken, der die „Nation“ nicht als eine von Menschenhand modellierte Einheit oder gar als ein bloßes Konstrukt betrachtete, sondern ihr das Prädikat „naturhaft“ verlieh. Was sich hinter der Formulierung vom „kollektiven Willen“ der „Nation“ verbarg und wie dieser festgestellt bzw. zur Äußerung kommen sollte, ließ der Autor allerdings offen. In ihrer Reichweite bezog sich Kloth vermutlich auf die „Nation“ in den deutschen Reichsgrenzen – einen Rahmen, den nicht alle Sozialdemokraten zugrunde legten. So konnte im Spektrum der Sozialdemokratie – wie ein Leitartikel im Vorwärts aufzeigt – die „deutsche Nation“ sehr wohl auch über die kleindeutschen Staatsgrenzen hinaus gedacht werden. Im Februar 1918 kommentierte das Blatt, dass „die Deutschen in Oesterreich“ mit ihrem „Kampf gegen die Tschechen“ übel beraten gewesen seien und „den Interessen der ganzen deutschen Nation“ schlecht gedient hätten.[61] Dabei betrachtete die sozialdemokratische Zeitung die „deutsche Nation“ als ein ethnisch konstituiertes Gebilde, dessen Interessen es zu wahren gelte. Waren solche Aussagen auch Einzelfälle, so zeigen sie doch, dass ein Denken wohl in Teilen der Sozialdemokratie Niederschlag gefun-

[59] Emil Kloth, Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, in: Sozialistische Monatshefte (22), 1916, Nr. 8, S. 433–437, hier: S. 436 u. 435.
[60] Kloth, Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, hier: S. 433.
[61] Die österreichische Ministerkrise, in: Vorwärts (35), 09. Februar 1918, Nr. 40, S. 1.

den hatte, das von einer großdeutschen „Nation“ ausging, die durch ein ethnisches Band zusammengehalten werde.

Bis Kriegsende hatte sich der Volksgemeinschaftsbegriff in keinem der untersuchten Milieus als eine politische Grundvokabel verankert – wurde aber, wenn er Verwendung fand, positiv konnotiert und mit Wörtern wie „Einheit“, „Kraft“, „Wille“ oder „Tatfreudigkeit“ zusammengebracht.[62] Einzig im politischen Katholizismus des Zentrums fand der Begriff bis Kriegsende Eingang ins Parteiprogramm: An wenig prominenter Stelle erhob die Partei die Forderung, die „Rechtsstellung des Arbeiterstandes als gleichberechtigtes Glied der Volksgemeinschaft“ auszugestalten – eine Aussage, die auf die Inklusion der vormals minderprivilegierten Schichten abzielte.[63]

Stärker noch als im Begriff der „Volksgemeinschaft“ manifestierten sich körperhafte Volksvorstellungen in Komposita wie „Volkskörper“, „Volksseele“, „Volkswille“ sowie in weiteren medizinischen und organischen Metaphern. Zudem wurde das Abstraktum „Volk“ durch Aktivitätszuschreibungen zum Leben erweckt. So war es allgemein üblich, das „Volk“ semantisch zu einem Akteur werden zu lassen, der etwa „mit seinem letzten Blutstropfen den eigenen Boden […] verteidig[t]“,[64] „seiner Regierung nicht mehr traut“,[65] „auf Antwort [wartet]“[66] oder sich durch die vergangenen Kriegsjahre „zäh und tapfer […] durchgerungen und durchgehungert [hat]“[67]. Diese beliebig ausgewählten Beispiele stehen für eine ganze Bandbreite an Handlungen und mentalen Verfasstheiten, die dem „Volk“ zugeschrieben wurde. Aber trotz der Apostrophierung von aktiven Eigenschaften blieb die Stellung des „Volkes“ in einem prekären Zwiespalt zwischen aktivem Tun und passivem Erdulden gefangen. Die semantischen Passivkonstruktionen halfen zum einen dabei, den Verursacher zu verschweigen und konnten dazu dienen, ungeprüfte (und nicht verifizierbare) Behauptungen aufzustellen. Zum anderen ließ sich damit aber auch die fehlende Einflussmöglichkeit großer Teile der Bevölkerung auf die politische Willensbildung thematisieren. So brachten es die unzureichenden demokratischen Rechte mit sich, dass „dem deutschen Volke Steuern […] auferlegt“[68] wurden oder dass es erst im Spätsommer 1918 „zur Wirklichkeit zurückgeführt worden“[69] sei. Diese beiden – einander eigentlich

[62] Vgl. Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 2; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 16. Juli 1917, Nr. 357, S. 1; Julius Elbau, Industrie und Demokratie, in: Vossische Zeitung, 11. April 1918, Nr. 183, S. 1 f., hier: S. 1.

[63] Programm der Zentrumspartei, beschlossen vom Reichsausschuß im Juli 1918, Nr. 17, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 7; ähnlich: Aufruf und Richtlinien des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei für die Parteiarbeit vom 30. Juni 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 375–378, hier: S. 377.

[64] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 24. September 1917, Nr. 457, S. 1 f., hier: S. 1.

[65] Wolfgang Heine, Die innere Front, in: Berliner Tageblatt (47), 25. September 1918, Nr. 490, S. 1 f., hier: S. 1.

[66] Berlin, 5. Oktober, in: Germania (48), 06. Oktober 1918, Nr. 467, S. 1.

[67] Umschau und Ausschau, in: Kölnische Zeitung, 27. August 1918, Nr. 792, S. 1 f., hier: S. 1.

[68] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 22. April 1918, Nr. 203, S. 1 f., hier: S. 1.

[69] 4. August, in: Vorwärts (35), 04. August 1918, Nr. 212, S. 1 f., hier: S. 1.

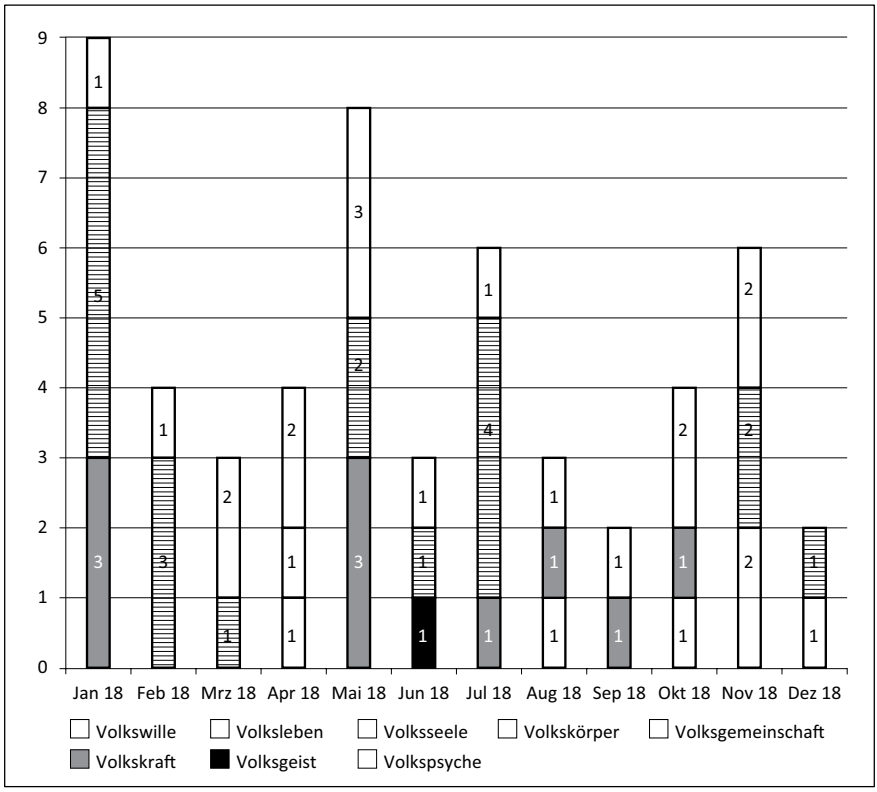

Abbildung 1: Verwendungshäufigkeit von organischen Volksbegriffen in der Vossischen Zeitung *im Zeitraum Januar bis Dezember 1918*[70]

widersprechenden – aktiven und passiven Rollen ermöglichten es, das Volk entweder von konkreter Verantwortung freizusprechen oder es und seinen – ihm zugeschriebenen – Willen zur Begründung oder Ablehnung von Entscheidungen heranzuführen.

Die durch Aktivitätsbegriffe zum Ausdruck gebrachte Vorstellung von einem handelnden „Volk“ war stets verbunden mit der Annahme der „Einheitlichkeit“ dieser Handlung. *Das* „Volk“ agierte und vertrat als Kollektivabstraktum seinen Willen in eine Richtung, ohne dass semantisch Platz für Widersprüche oder Gegenmeinungen im „Volke“ eingeräumt wurde. Damit tendierte die Aktivitätszuschreibung dazu, das „Volk“ holistisch als einen „einheitlichen“ Körper zu betrachten. Noch stärker zeigten sich solche Gedanken in den zeitgenössisch verwendeten Sprachbildern. Eine quantitative Auswertung der Vossische Zeitung (vgl. Abbildung 1) führt die zahlenmäßige Verteilung der einzelnen organischen

[70] Statistische Auswertung aufgrund der im Volltext durchsuchten Ausgaben der Datenbank De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

Volksbegriffe für das Jahr 1918 vor Augen. Dabei wird offenbar, dass vor allem Komposita wie „Volksleben“ und „Volksseele“ Verwendung in den Spalten des traditionsreichen linksliberalen Blattes fanden – sich bei der Gebrauchshäufigkeit aber kein Trend ausmachen lässt.

Körpermetaphern in Bezug auf „Volk“ und „Nation“ gehörten fest zum Wortschatz und verfügten über eine mindestens bis in die römische Antike zurückreichende Gebrauchstradition. So berichtet die Sage von Agrippa Menenius Lanatus, der im Jahr 494 vor Christus den ausgewanderten Plebejern mit dem Gleichnis vom Magen und den Gliedern die Bedeutsamkeit aller Körperteile für die Gesamtheit des menschlichen bzw. sozialen Organismus vor Augen geführt und sie dadurch zur Rückkehr nach Rom bewogen haben soll.[71] Sowohl im Mittelalter als auch in der Neuzeit finden sich Rückgriffe auf den Vergleich der sozialen und politischen Verfasstheit mit dem menschlichen Körper, etwa im 15. Jahrhundert bei der Forderung der Konziliaristen nach einer Kirchenreform an „Haupt und Gliedern“ oder bei Thomas Hobbes' Aufgreifen der jüdisch-christlichen Mythengestalt „Leviathan“ in seiner gleichnamigen staatstheoretischen Schrift.

Für die Zeit des Ersten Weltkrieges war die Verwendung des Begriffes „Volkskörper“ in den untersuchten Milieus zwar nicht unüblich, hielt sich aber – wie auch die quantitative Auswertung der Vossischen Zeitung zeigt (vgl. Abbildung 1) – in engen Grenzen. Dies mag möglicherweise an der starken Besetzung des Begriffes mit nationalistischem und rassistischem Gedankengut seitens des rechten politischen Lagers liegen, wo etwa in der Forderung nach „Heilung unseres Volkskörpers“ dieser als eine metaphysische, aber zugleich konkret ausgestaltete Idee gedacht wurde.[72] Dennoch gaben die Sprecher aus dem Spektrum zwischen Zentrum und MSPD die Deutungshoheit nicht komplett ab und verwendeten den Terminus – unter scharfer Zurückweisung anderer Bedeutungszuschreibungen – teilweise geradezu demonstrativ in ihrem Sinne:

So griff etwa der linksliberale Kommentator Julius Lissner auf das Bild des Körpers zurück, um für die Parlamentarisierung zu werben. Die anstehenden Herausforderungen bedurften seiner Ansicht nach der Einbeziehung aller Staatsbürger ins politische Leben:

> So gigantische Aufgaben können nur gelöst werden von der Nation in weitester Bedeutung des Wortes, von einem geistig und seelisch zunächst alle seine eigenen Angehörigen in Liebe umfassenden und an sich ziehenden nationalen, nicht beschränkt völkischen, Körper.[73]

Lissners Nationsvorstellung orientierte sich an einem pluralistischen Konzept, das auch ethnische Minderheiten und verschiedenste Konfessionen einlud, sich im „deutschen Haus“ wohlzufühlen. Die „Nation“ hatte für ihn eine integrative Funk-

[71] Vgl. See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914, S. 7 f.

[72] Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 285 f.; ebenfalls zum Topoi des „Volkskörpers“ bei den radikalen Nationalisten: Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, vor allem S. 128–149. Zur Körpervorstellung bei Kriegsausbruch: Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 46.

[73] Julius Lissner, Der Parlamentarismus als nationale Notwendigkeit, in: Berliner Tageblatt (46), 06. Juli 1917, Nr. 339, S. 1 f., hier: S. 2.

tion und durfte sich nicht auf eine holistische, ethnisch abgeschlossene und exkludierende „Volksgemeinschaft“ beschränken.[74] Damit machte Lissner klar, dass er den Begriff „Volkskörper“ nicht den „völkischen“ Sprechern überlassen wollte. Zugleich zeigte er auf, dass diese jahrtausendealte Metapher auch mit den pluralistischen Komponenten eines „demos“ verknüpft werden konnte.[75]

Im linksliberalen Spektrum war aber auch vom Wiederaufbau „unsere[s] Volkskörper[s] nach den Schäden, die der Krieg ihm zugefügt hat“,[76] die Rede – eine Formulierung, wie sie sich ähnlich übrigens auch in der pazifistisch-sozialistischen „Stockholmer Denkschrift“ aus dem Jahr 1917 findet[77] –, *ohne* dass dabei klar wurde, ob und in welche Richtung die angekündigte materielle oder ideelle Neuerrichtung des Gemeinwesens verlaufen sollte. Das Bild vom Körper eignete sich ideal für Metaphern von Verletzung bzw. Heilung. So wurde etwa seitens der Nationalliberalen die Rekonvaleszenz des „Volkskörpers“ für die Zeit nach dem Krieg erwartet.[78] Körpermetaphern und medizinische Degenerationsbegriffe wie „Verstümmelung“ wurden im untersuchten Spektrum der Mitte – im Gegensatz zum nationalistischen Lager – allerdings relativ selten zusammengebracht. Doch gab es auch hier Verwendungsfälle: Von nationalliberaler Seite wurden die ethnischen Minderheiten als „Volkssplitter, die in unserm Fleische sitzen“ und drohten „auf[zu]begehren“, betrachtet[79] – ein Bild, das durch die Verletzungs- und Fremdkörpervorstellung eine klare ethnische Abgrenzung zwischen „Deutschen“ und „Fremden“ vornahm. Eine weitere Ausnahme bildete die Aussage aus dem Munde Philipp Scheidemanns, der ausführte, die Pläne der Feinde würden es vorsehen, dass „jeder […] sich aus dem lebendigen Leibe des deutschen Volkes das heraus[schneidet], was ihm beliebt“.[80] „Volk“ ließ sich dabei als holistischer „ethnos“ verstehen, dem einzelne durch Abstammung zugehörige Teile gewaltsam entrissen zu werden drohten. Dieses eindringliche Sprachbild verdammte mittels evozierter Blut- und Gewaltassoziationen das Vorhaben der Feinde als eine lebensbedrohliche Gefahr für das gesamte „Volk“.

Ebenfalls eindeutig im Sinne eines organischen Bildes wurde das Kompositum „Volkskörper“ von dem Kieler Theologen Otto Baumgarten verwendet, der sich

[74] Vgl. Julius Lissner, Der Parlamentarismus als nationale Notwendigkeit, in: Berliner Tageblatt (46), 06. Juli 1917, Nr. 339, S. 1 f.

[75] Vgl. ähnlich auch: Julius Lissner, Staatslenker und Volksführer, in: Berliner Tageblatt (46), 12. September 1917, Nr. 465, S. 1 f., hier: S. 1.

[76] Heinrich Dove, Staatenverbindungen, in: Berliner Tageblatt (47), 08. September 1918, Nr. 459, S. 1 f., hier: S. 2.

[77] Vgl. Stockholmer Denkschrift, zitiert nach: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 3590.

[78] So auch die Aussage: „[E]s gilt, die schweren Wunden, die der Krieg unserm Volkskörper geschlagen hat, möglichst schnell zu heilen und dadurch die völkische und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sicherzustellen.“ Zur Neuordnung des Gesundheitswesens im Reich und in Preußen, in: Kölnische Zeitung, 17. November 1917, Nr. 1099, S. 1; ähnlich auch: Ein Danaergeschenk, in: Kölnische Zeitung, 25. Juli 1918, Nr. 681, S. 1.

[79] Die große Probe, in: Kölnische Zeitung, 25. Oktober 1918, Nr. 998. S. 1.

[80] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Philipp Scheidemann (MSPD), S. 3950.

nach eigener Aussage vom National- zum Linksliberalen gewandelte hatte.[81] Baumgarten begrüßte die Regierung Max von Baden mit den Worten, sie sei „Geist vom Geist des deutschen Volkes, Fleisch und Blut von unserem gemarterten Volkskörper“.[82] Seine den Worten über die Einheit von Jesus Christus und Gott Vater im Großen Glaubensbekenntnis ähnelnde Formulierung stellte die neue Reichsregierung in einen metaphysischen Bezug zum „Volk“. Durch die theologische Ausdeutung des Verhältnisses zwischen „Volk“ und Exekutive erhielt der „Volkskörper“ eine sakrale Bedeutung. Auf die naheliegende Analogie zwischen dem auf seinem Leidensweg gefolterten Jesus Christus und dem Opfergang des deutschen „Volkes“ im Krieg deutete auch die Erwähnung der eucharistischen Elemente „Fleisch“ und „Blut“ hin. Der paulinischen Theologie folgend griff Baumgarten das Bild aus dem Ersten Korintherbrief von der aus vielen Gliedern bestehenden Gemeinschaft im Leib Christi auf.[83] Für Baumgarten war das „deutsche Volk“ ein „geistiges Wesen“, das sich aus verschiedenen Schichten zusammensetzte und dessen „Geist“ nicht von den „Träger[n] des Militärstaates gepachtet“ sei, sondern verschiedenste Bestandteile habe.[84] Zugleich stellte der evangelische Theologe fest, dass „‚das deutsche Volk‘ nicht einmal gleich der Summe der Einwohner des Deutschen Reiches“ und „auch nicht gleich dem Durchschnitt oder [der] zahlenmäßigen Mehrheit der Einwohner“ sei.[85] Die Lösung auf die selbst gestellte Frage, „[w]er […] dies ‚deutsche Volk‘“ sei, blieb er mit seiner vagen Antwort „ein geistiges Wesen“[86] schuldig, da er darin nicht auf Zugehörigkeits- bzw. Gemeinsamkeitskriterien einging. Baumgarten verweigerte sich in seinem Volksbegriff zwar der Inanspruchnahme durch die konservative Führungsschicht, bekannte sich aber auch nicht zu einem pluralistischen Verständnis des „demos“, sondern tendierte eher zu einer holistischen Sichtweise. Sein Gastkommentar im Berliner Tageblatt führte die Möglichkeit vor Augen, dass im linksliberalen Milieu das „Volk“ auch als ein sakraler, in Analogie zur christlichen Heilsgeschichte gebrachter Körper begriffen werden konnte.

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass das Sprachbild vom „Körper“ unabhängig vom politischen Spektrum verwendet wurde. Dabei verzichteten die Sprecher in den meisten Fällen auf eine Konkretisierung der Wege und Ziele seiner Konstituierung und Äußerung. Das Bedeutungsfeld des Begriffes „Volkskörper“ reichte im Spektrum der Mitte von einer metaphysisch-messianischen über eine ethnisch-

[81] Otto Baumgarten, Vertrauen zur Volksregierung!, in: Berliner Tageblatt (47), 05. November 1918, Nr. 566, S. 1f., hier: S. 1. Zur Person Otto Baumgartens vgl. Hasko von Bassi, „Liberaler“ Protestantismus im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das Beispiel Otto Baumgartens, in: Wolfgang Greive (Hrsg.), Der Geist von 1914. Zerstörung des universalen Humanismus?, Rehburg-Loccum 1990, S. 210–225, hier vor allem: S. 211f. u. 221–223.

[82] Otto Baumgarten, Vertrauen zur Volksregierung!, in: Berliner Tageblatt (47), 05. November 1918, Nr. 566, S. 1f., hier: S. 2.

[83] Vgl. Erster Korintherbrief Kap. 12, Vers 12–31.

[84] Otto Baumgarten, Vertrauen zur Volksregierung!, in: Berliner Tageblatt (47), 05. November 1918, Nr. 566, S. 1f., hier: S. 1.

[85] Ebd.

[86] Ebd.

territoriale bis hin zu einer explizit pluralistisch-demokratischen Verwendungsweise. Dabei wurden die organischen Volksbegriffe den politischen Kräften des rechten Lagers zwar nicht überlassen, allerdings nährten sich einige Wortgebräuche in den untersuchten Milieus dem holistischen und antipluralistischen Verständnis an.

Verhältnismäßig häufig wurden in der Sprache der politischen Mitte Wörter wie „Geist“ und „Seele“ im Zusammenhang mit Volksbegriffen verwendet. Zuweilen wurde dem „Volk“ ein „deutsche[r] Geist“ und eine „deutsche[…] Eigenart“ zugesprochen, die es bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen gelte.[87] Da jedoch nicht definiert wurde (und werden konnte), wie diese „nationalen“ Spezifika im Einzelnen aussahen, geriet der Verweis auf den „deutschen Geist“ zu einem Argument, das willkürlich sowohl zur Stützung eigener als auch zur Entgegnung anderer Positionen eingesetzt werden konnte. Äußerungen wie die Konstantin Fehrenbachs, dass „unser deutsches Volk“ vom „Geist“ des Kampfes und der Arbeit „beseelt“ sei,[88] waren nicht nur im katholischen Milieu geläufig. Auch der FVP-Politiker Friedrich Naumann stellte häufig solche metaphysischen Überlegungen an, so wenn er ausführte, dass sich die Politik zum „Volk“ hinwenden müsse, was bedeute, „zur Seele zu kommen“. Bislang habe der „Weg zur Seele“ in der deutschen Politik gefehlt und mit ihm habe es auch an der „Freiheitlichkeit und der Achtung vor anderen Persönlichkeiten und Nationen“ gemangelt.[89]

Mitunter wurde „Volksgeist“ aber auch als Synonym für „Stimmung“ oder „Motivation“ verwendet. So monierte der MSPD-Parteivorstand im September 1918 rückblickend, die Enttäuschung über die uneingelösten Reformversprechen habe „auf den Geist des Volkes in erbitternder und tief niederdrückender Weise gewirkt“[90]. Mit dem Wort waren in diesem Zusammenhang wohl keine langfristigen Dispositionen gemeint, sondern schlichtweg der in weiten Teilen der Bevölkerung schwindende Antrieb zur Fortführung des Krieges. Indem die „Seele des Volkes“ häufig in Kontext mit der „plebs“ gebracht wurde, diente der Begriff als Hinweis auf die notwendige Bodenhaftung, die zur Beurteilung von Stimmungen, bei Entscheidungen und generell für das Regierungshandeln unerlässlich sei. Die fehlende Rückbindung an die Basis des „Volkes“, „den Zusammenhang […] mit der Seele des Volkes [zu] verlieren“,[91] galt als ein Mangel des monarchischen Systems. Der Kontakt zwischen den politisch Verantwortlichen und der „plebs“ wurde als die Fähigkeit gepriesen, „auf der Seele des Volkes […] spielen“ zu können.[92] In dieser lobenden Wendung für eine „auf die Volksseele sich

[87] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Georg von Hertling (Zentrum, Reichskanzler), S. 3945.

[88] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Reichstagspräsident), S. 3575.

[89] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 193. Sitzung vom 22. Oktober 1918, Rede von Friedrich Naumann (FVP), S. 6167.

[90] Die Parteileitung der Sozialdemokratie Preußens/Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An die Partei!, in: Vorwärts (35), 11. September 1918, Nr. 250, S. 1.

[91] Julius Lissner, Staatslenker und Volksführer, in: Berliner Tageblatt (46), 12. September 1917, Nr. 465, S. 1 f., hier: S. 2.

[92] [Karl] Jarres, Wirtschaft! Horatio!, in: Kölnische Zeitung, 03. Oktober 1918, Nr. 920, S. 1.

verstehende Führung“[93] wurde die Kunst, das „Volk“ zu beeinflussen (nicht unbedingt es zu überzeugen), rühmend hervorgehoben. So nimmt es auch kaum wunder, dass der Rekurs auf die „Volksseele“ eine entlastende Funktion besitzen konnte: Mit ihm ließ sich etwa die Unschuld des „Volkes“ an Krieg und Völkerfeindschaft betonen.[94] Eine Doppelfunktion hatte die Klage in der Kölnischen Zeitung, dass dem „deutschen Volke“ die „psychologischen Voraussetzungen für einen starken Imperialismus: das Bewußtsein von seiner eigenen Bedeutung und die Gleichsetzung seiner eigenen egoistischen nationalen Interessen mit denen der Menschheit“ fehlten.[95] Denn damit konnte der Vorwurf des Imperialismus zurückgewiesen und gleichzeitig ein entsprechender „deutscher Geist“ als wünschenswert herausgestellt werden. Dass die verwendeten Körpermetaphern nicht zwangsläufig in einem metaphysischen Sinne zu verstehen waren, zeigte ebenfalls die Schrift Hugo Preuß’ über die „Deutsche Demokratisierung“ aus dem Jahre 1917. Preuß verwendete darin den Begriff des „politischen Volksgeistes“[96] eher im Sinne von „politischem Bewusstsein“, „Tradition“ oder „Kultur“.

Und auch die „deutsche Volkskraft“[97] wurde von dem liberalen Juristen als Metapher für das „nationale Gewicht der Deutschen im internationalen Vergleich“ herangeführt. Von der Notwendigkeit des „Wiederaufbau[s] unsrer Volkskraft“ sprachen Akteure aus unterschiedlichsten Milieus.[98] Dahinter stand zuweilen die Verbindung von angestrebter weltpolitischer und -wirtschaftlicher Macht mit der Vorstellung einer notwendigen inneren Konsolidierung des „deutschen Volkes“. Die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogene „Volkskraft“ gelte es zu erneuern, um durch sie die Fortentwicklung des „Volkes“ zu sichern.

Der Sinnzusammenhang, in dem die Wörter „Volksseele“ und „Volksgeist“ in den aufgezeigten Beispielen verwendet wurden, lässt keinen direkten Rückschluss auf ein metaphysisches Denken über das „Volk“ zu – bediente sich aber wie selbstverständlich des Bildes vom „Volk“ als ein zu Handlungen fähiges Subjekt. Wie schon in der Romantik wurde 1917/18 „Volksgeist“ im Sinne einer situativen und dynamischen, „Volksseele“ hingegen eher als eine dauerhafte, kaum veränderbare Größe angesehen.[99] Auch wenn Sprecher wie Hugo Preuß oder der

[93] Ebd.

[94] Vgl. Hugo Preuß, Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft (Rede vom 19. Oktober 1918), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 345–361, hier: S. 359.

[95] Philipp Hiltebrandt, Propaganda und Kriegsziele, in: Kölnische Zeitung, 13. September 1918, Nr. 852, S. 1.

[96] Hugo Preuß, Deutsche Demokratisierung (Artikel vom 05. September 1917), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 335–344, hier: S. 337.

[97] Vgl. Hugo Preuß, Deutsche Demokratisierung (Artikel vom 05. September 1917), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 335–344, hier: S. 340.

[98] Voraussetzungen unsrer Zukunft, in: Kölnische Zeitung, 16. April 1918, Nr. 351, S. 1; ebenfalls die „Volkskraft“ betonend: Berlin, 14. Juni, in: Germania (48), 15. Juni 1918, Nr. 273, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 4. November 1918, Nr. 564, S. 1f., hier: S. 1; Der gespannte Bogen, in: Vorwärts (35), 8. Juni 1918, Nr. 155, S. 1f., hier: S. 1.

[99] Vgl. Andreas Grossmann, Volksgeist; Volksseele, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11: U–V, Darmstadt 2001, Sp. 1102–1107, hier: Sp. 1102.

MSPD-Vorstand vermutlich dem romantischen Denken selbst nicht anhingen und es möglicherweise auch gar nicht beabsichtigten, solche Verknüpfungen herzustellen, konnte der Wortverwendung doch eine integrative Funktion für die Anhänger eines metaphysisch holistischen Volksverständnisses zukommen.

Wie bereits anhand der personifizierenden Verben aufgezeigt, war die Verbindung zwischen „Volk“ und den diversen, ihm zugeschriebenen Vitalitätseigenschaften eng. So fand der Begriff des „nationalen Lebens“ in allen Milieus durchgängig Verbreitung. In verschiedensten semantischen Verbindungen wurden dem „Volk“ „Lebensinteressen“[100] zugesprochen, um „Leib und Leben unseres Volkes“[101] gespielt, die Berücksichtigung der „realen Bedürfnisse[…] unseres Volkslebens“[102] gefordert, für das „Recht auf nationales Leben“[103] gekämpft oder dem „deutschen Volk“ „das Nötigste gerettet […], was es zum Leben“[104] brauche. Die Anhänger des Nationalliberalismus erwarteten sich von den innenpolitischen Reformen eine „demokratische Gestaltung unsers Volkslebens“[105] und sahen in der kriegerischen Auseinandersetzung den „Endkampf auf Leben und Tod“, in dem es „um unser Leben als Nation“[106] gehe. Dabei unterschied sich die Gebrauchspraxis innerhalb des untersuchten Spektrums kaum. Als „Volksleben“ wurden zumeist die – sei sie gesetzlich kodifiziert oder kulturell tradiert – Verfasstheit des Staates sowie die Bedürfnisse seiner Bürger bezeichnet. Der Begriff stand damit im Spannungsfeld zwischen Individuum und dem im Staat zusammengefassten, aus den einzelnen Mitgliedern bestehenden „Volk“. Ob dabei dem „Volk“ im Denken der hier untersuchten Lager ein vom Dasein seiner Angehörigen losgelöstes Eigenleben zukam, erscheint mangels expliziter Ausführungen fraglich. Erstaunlicherweise waren die Lebensmetaphern verhältnismäßig häufig im mehrheitssozialdemokratischen und linksliberalen Spektrum anzutreffen. Im Sprachgebrauch des Vorwärts kann dabei an einigen Stellen der Volksbegriff im Sinne von „plebs“ gelesen werden. Durch die Gleichsetzung des „einfachen Volkes“ mit dem „Volk“ als Gesamtheit ließen sich generelle Probleme auf die individuelle Ebene der Angehörigen aus den minderprivilegierten Schichten herunterbrechen. Betraf das Scheitern der Ernährungspolitik doch diese Gruppe am härtesten und hatte direkte Auswirkungen auf das (Über-) Leben des Einzelnen, so lässt sich das

[100] Die deutsche Antwort an den Papst. Für Abrüstung und Schiedsgericht, in: Vorwärts (34), 22. September 1917, Nr. 260, S. 1.

[101] Philipp Scheidemann, Verständige für Verständigung, in: Vorwärts (34), 06. September 1917, Nr. 244, S. 1 f., hier: S. 1.

[102] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Georg von Hertling (Zentrum, Reichskanzler), S. 3945.

[103] Ludwig Haas, Zum Handschreiben des Kaisers, in: Berliner Tageblatt (47), 01. Oktober 1918, Nr. 501, S. 1.

[104] Der Schleichhandel – die Volksgefahr! Neuköllner Enthüllungen, in: Vorwärts (34), 16. Dezember 1917, Nr. 344, S. 1 f., hier: S. 2.

[105] August Maurer, Das deutsche Volk und der Reichstag, in: Kölnische Zeitung, 25. August 1917, Nr. 812, S. 1.

[106] Idealismus und Notwehr, in: Kölnische Zeitung, 7. Oktober 1918, Nr. 933, S. 1. Ähnlich: Was uns not tut!, in: Kölnische Zeitung, 18. Oktober 1918, Nr. 975, S. 1.

Hoffen, dass „dem Volk wenigstens das Nötigste gerettet wird, was es zum Leben braucht“,[107] im Sinne einer Konstruktion des „Volkslebens“ aus der Existenz der einzelnen Mitglieder des „Volkes“ verstehen. Dass ein Ablösungsprozess der Bedeutung des Wortes „Volk“ von „plebs“ hin zu „demos“ stattfand, machte die Feststellung des VORWÄRTS: „Schon heute empfinden die Proletarier: wir sind das Volk, wir sind der Staat!“[108] deutlich. Zudem sprach aus dem Satz – im klassischem Selbstverständnis von „plebs“ versus Herrschenden sowie in Anlehnung an Abbé Sieyès Schrift über den „Dritten Stand“[109] und an Karl Marx' Aufforderung zur Konstituierung der Arbeiterklasse als „Nation“[110] – das (Selbst-) Bewusstsein der vormals marginalisierten Schicht, Kern des Staates zu sein.

Die Formulierung vom „nationalen Leben“ hingegen, die ebenfalls häufig im linksliberalen und sozialdemokratischen Milieu Verwendung fand, tauchte meist im Zusammenhang mit der Zurückweisung außenpolitischer Forderungen oder beim Sprechen über ethnische Minderheiten auf.[111] Wie auch die Termini „nationale Frage“[112] und „nationale Minderheit“[113] wies der Begriff „nationales Lebens“ auf die Unterscheidung und Abgrenzung zu anderen „Nationen“ hin. Ohne auf die Besonderheiten des jeweiligen „nationalen Lebens“ einzugehen, lag diesem Begriff das durch Abstammung, Sprache oder Kultur konstituierte „ethnos“ als Bezugsgröße zugrunde.

Der Rekurs auf den dem „Volk“ innewohnenden Charakter hingegen blieb äußerst selten. Wo er, wie in der nationalliberalen KÖLNISCHEN ZEITUNG, aufgegriffen wurde, waren die zugeschriebenen Eigenschaften wie das „Bedürfnis nach ausgleichender Gerechtigkeit im politischen Wollen“[114] so allgemein, dass darin kein deutsches Spezifikum erkennbar wurde. Im angeführten Fall diente der Bezug auf den angeblichen „Volkscharakter“ als Argument gegen politische Gewalt seitens der extremistischen Parteien. Er konnte aber auch als Begründung für die aus dem „deutschen Volk[…] und seine[n] verschiedenen Stämme[n]“ natürlich

[107] Der Schleichhandel – die Volksgefahr! Neuköllner Enthüllungen, in: Vorwärts (34), 16. Dezember 1917, Nr. 344, S. 1f., hier: S. 2.

[108] Karl Renner, Zur Politik des 4. Augusts, in: Vorwärts (34), 04. August 1917, Nr. 211, S. 1f., hier: S. 1 (Hervorhebung im Original).

[109] Vgl. Emmanuel Joseph Sieyès, Was ist der Dritte Stand?, in: Oliver Lembcke/Florian Weber (Hrsg.), Emmanuel Joseph Sieyès: Was ist der Dritte Stand? Ausgewählte Schriften, Berlin 2010, S. 111–175.

[110] Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx/Friedrich Engels (Hrsg.), Werke. Bd. 4, Berlin (Ost) 1972, S. 459–493, hier: S. 479. Zur Bedeutung des Volks- und Nationsbegriffes im Sozialismus und Kommunismus: Christian Mehrmann, „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“. Volks- und Nationsbegriffe in der SBZ und in Polen 1944–1949, Berlin 2012, vor allem: S. 15 u. 43–68.

[111] Vgl. Hans Vorst, Die baltische Frage, in: Berliner Tageblatt (47), 02. Januar 1918, Nr. 3, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 24. September 1917, Nr. 457, S. 1f., hier: S. 1; Stockholmer Denkschrift, zitiert nach: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 3590.

[112] Vgl. Berlin, 20. Februar, in: Germania (48), 21. Februar 1918, Nr. 87, S. 1.

[113] Berlin, 18. Januar, in: Germania (48), 19. Januar 1918, Nr. 31, S. 1.

[114] Kriegsziele und Wahlrecht, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1918, Nr. 530, S. 1.

„hervorgewachsen[e]“ Reichsverfassung angeführt werden.[115] Der Rekurs auf den „Volkscharakter“ war jedoch insgesamt im untersuchten Spektrum so randständig, dass keine Liste angeblich typisch deutscher Charaktereigenschaften aufgestellt werden kann.

Neben „Körper“ und „Geist“ war „Wille“ das dritte Hauptelement der organischen Vorstellungswelt vom Wesen des „Volkes“. Seiner Apostrophierung wohnte die Idee von Aktionismus und Zielstreben inne. Mit dem „Wille[n] des deutschen Volkes“[116] verbunden und von ihm getragen waren Topoi wie „Gemeinschaft“, „Geist von 1914“ und „Burgfrieden“. „Volkswille“ konnte entweder als der einheitliche Wille eines holistisch verstandenen „Volkskörpers“ oder als die Meinung einer Mehrheit im pluralistisch aufgebauten „Volk“ bzw. in dessen gewähltem Parlament begriffen werden. Während die letztgenannte Überzeugung die Existenz einer Minderheitenmeinung im „Volke“ zumindest semantisch zur Kenntnis nahm, verabsolutierte die erstgenannte Denkweise eine Ansicht zum unumstößlichen „Volkswillen“. Für die meisten Sprecher in den untersuchten Milieus stellte der Reichstag das Forum dar, in dem sich der „Wille des Volkes“ kundtat.[117] Die Probleme bei der Ermittlung und die Gefahr der „Verfälschung“ des „Volkswillens“ – etwa durch die über die Kriegszeit hinweg andauernde Legislaturperiode des Reichstags – wurden vielfach thematisiert und konnten zur Infragestellung der Legitimation des Parlaments führen.[118] Neben der Legislative galt die Regierung als „die Repräsentantin des Willens der Nation“; dauerhaft könne sie nicht gegen den „Volkswillen“ regieren.[119] Dabei stand in den allermeisten Fällen die Vorstellung eines in Mehrheit und Minderheit differenzierten „Willens“ hinter den Worten. Lediglich in vereinzelten Formulierungen, wie den bereits zitierten Worten Emil Kloths von der „Nation“ als „Schicksalsgemeinschaft, die sich in einem kollektiven Willen“ äußere,[120] wurden Ansätzen eines holistischen Verständnisses deutlich.

Mitunter riefen Sprecher aus dem National- und Linksliberalismus mit einer Kombination aus „Wille“, „Nation“ und „Volk“ aber auch zur Schaffung bzw. Bewahrung der inneren und äußeren „Einheit“ jenseits des (aktuellen) Parlaments auf.[121] Nach Ansicht der Kölnischen Zeitung mangelte es den Deutschen an

[115] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Georg von Hertling (Zentrum, Reichskanzler), S. 3946.
[116] Vgl. Berlin, 13. Juli, in: Germania (47), 14. Juli 1917, Nr. 321, S. 1.
[117] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 16. Juli 1917, Nr. 357, S. 1.
[118] Vgl. Umschau und Ausschau, in: Kölnische Zeitung, 27. August 1918, Nr. 792, S. 1f., hier: S. 2; Die Sozialdemokratie und die nationale Verteidigung, in: Kölnische Zeitung, Nr. 900, 27. September 1918, S. 1; Berlin, 3. Mai, in: Germania (48), 04. Mai 1918, Nr. 207, S. 1.
[119] Berlin, 11. September, in: Germania (48), 12. September 1918, Nr. 425, S. 1; ähnlich: Regierung und Presse, in: Kölnische Zeitung, 07. August 1917, Nr. 748, S. 1.
[120] Kloth, Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, hier: S. 433.
[121] Vgl. BArch R 8034-II/7885: Frankfurter Zeitung (62), 21. Oktober 1918, Nr. 292, S. 1; Nationalwille und Nationalglaube, in: Kölnische Zeitung, 21. September 1918, Nr. 883, S. 1; Die Sozialdemokratie und die nationale Verteidigung, in: Kölnische Zeitung, 27. September 1918, Nr. 900, S. 1.

einem „starken Nationalwillen“. Dies führte das nationalliberale Blatt vor allem auf den großen „Unterschied zwischen Gebildeten und Ungebildeten“ und auf das Fehlen des „feste[n] und unbeirrbare[n] Glaube[ns] an die Größe unsrer Nation“[122] zurück:

Wir haben Volkswillen, Soldatenwillen, die Pflichtreue jedes Standes und Berufs – aber wir haben noch nicht den richtigen Nationalwillen, der alle Unterschiede der Stände, der Interessen, der Parteien beiseite läßt, sich ganz als geistige Energie dieses großen Volkskörpers fühlt und nur dessen Ziele anerkennt.[123]

Eine Leitvorstellung war somit die vorbehaltlose Ausrichtung auf das „Volk“ unter Ausschaltung aller sogenannten Einzelinteressen. Dabei fungierte unter dem Begriff des „Nationalwillens“ die diffuse Idee eines geistig erfühlbaren Entscheidungswissens, das die „Ziele des Volkes“ kenne und ihrer Verwirklichung Rechnung trage. Dieses geradezu esoterische Ideal musste bar jeder praktischen Umsetzbarkeit bleiben und war vielmehr Ausdruck der Sehnsucht nach Aufhebung der diversen sozialen Friktionen in einer utopischen Vision der „Nation“. Doch blieben solche Töne innerhalb des untersuchten vielstimmigen Chors die absolute Ausnahme. Nichtsdestoweniger stellte die Ausrichtung auf einen ominösen, alles andere in den Schatten stellenden „Nationalwillen“ vor allem im nationalliberalen Spektrum ein Modell gegen die skeptisch beäugte pluralistische, auf Parteien basierende Herrschaft der Parlamente dar.

Und auch in der Sprache des katholischen Milieus war die Vorstellung vom „Volkswillen“ in der Endphase des Krieges durchaus präsent. Der „einheitliche Volkswille“ galt hier als „Gebot der Stunde“.[124] Auch wenn diese Idee zunächst einmal Pluralität nivellierend war, so musste dahinter doch keineswegs der Gedanke eines autoritär aufzuzwingenden, natürlich prädestinierten „Volkswillens“ stehen. Oftmals war es eher der Appell an die „Einheit“ und das Hoffen auf die Einsicht aller Staatsbürger angesichts der äußeren und inneren Bedrohung des Gemeinwesens, der aus solchen Worten sprach. So betonte die GERMANIA:

Dieser einheitliche Volkswille ist aber nur möglich, wenn er von einer einheitlichen Ueberzeugung gespeist wird. Ueberzeugung ist alles.[125]

Im Zusammenhang mit den angestrebten Reformen des Staates wurde der Begriff „Volkswille“ vom linksliberalen Milieu herangezogen: Vom Parlamentarismus erwartete man sich die Möglichkeit, „ein notwendiges Ventil für den Volkswillen“ zu öffnen.[126] Der Umbau des Staates musste aus Sicht der Reformer eine „Anpassung“ der preußischen Regierung sowie der Länderparlamente „an den Volkswillen“ zur Folge haben.[127] Neben dem Plädoyer für eine stärkere Einbeziehung des

[122] Nationalwille und Nationalglaube, in: Kölnische Zeitung, 21. September 1918, Nr. 883, S. 1.
[123] Ebd.
[124] Ruß, Ueberzeugung ist alles, in: Germania (48), 22. Oktober 1918, Nr. 493, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Berlin, 22. Oktober, in: Germania (48), 23. Oktober 1918, Nr. 495, S. 1.
[125] Ruß, Ueberzeugung ist alles, in: Germania (48), 22. Oktober 1918, Nr. 493, S. 1 f., hier: S. 1.
[126] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 20. August 1917, Nr. 422, S. 1.
[127] Paul Michaelis, Die Neuordnung der Einzelstaaten, in: Berliner Tageblatt (47), 31. Oktober 1918, Nr. 533, S. 1 f., hier: S. 1.

„demos“ in die Staatsgeschicke ließ sich aus dem linksliberalen Gebrauch des Wortes „Volkswillen“ auch die Zuschreibung einer abstrakten politischen Kraft an das „Volk“ herauslesen. Dass der Begriff anderswo in einem dezidiert antiparlamentarischen Sinne verwendet werden konnte, macht der Blick auf das nationalistische Lager deutlich: So strebte Wolfgang Kapp von der Deutschen Vaterlandspartei „ein allgemeines Zusammenfassen sämtlicher Volkskräfte“ „abseits des Reichstages“ an, „um die Parteien im Reichstage im Sinne eines gesunden Volkswillens zu beeinflussen bzw. den Mehrheitsbeschluß unschädlich zu machen“.[128] „Volkswille“ stand im nationalistisch-„völkischen“ Milieu parlamentarischen Entscheidungsmodi entgegen und war häufig mit holistischen Konzepten und der Erwartung an „Führer-“ Persönlichkeiten verbunden.

Im untersuchten Spektrum blieben die antipluralistischen Verwendungsweisen des Wortes „Volkswille“ hingegen die Ausnahme. Stattdessen bot der Begriff gar die Möglichkeit, für eine pluralistische Gesellschaftsordnung zu werben. Wie sich gerade das eigentlich organische Bild des „Volkswillens“ dazu eignete, Unterschiede zu anderen politischen Akteuren herauszustellen und ein differenziertes Volksverständnis zu vermitteln, machte seine Verwendung als Argument für die repräsentative Demokratie eindrücklich deutlich, der es im folgenden Kapitel nachzugehen gilt.

2.2 Die „breiten Massen des Volkes“ gegen die „Eroberungspolitiker“ – Pluralistische Volkskonzepte während des Krieges

Der nivellierenden Wirkung des Krieges auf das Sprechen über das „Volk“ ließ sich durch Differenzierungen begegnen. Evozierte die Berufung auf den „Willen des ganzen deutschen Volkes“ auch ein beeindruckendes Bild der „nationalen Einheit“ und Geschlossenheit, so entsprangen solche Vorstellungen oftmals einem Wunschdenken des Sprechers, das meist jeglicher empirisch nachprüfbaren Realität entbehrte. Gegen falsche Zuschreibungen und „nationale“ Vereinnahmungen bot sich an, auf die unterschiedlichen Meinungen hinzuweisen und damit die Vorstellung eines „einheitlichen Volkes“ zu dekonstruieren. Zwar tendierten viele scheinbar differenzierende Aussagen bei genauerem Hinsehen ebenfalls dazu, ein gefühltes oder gar ein falsches Bild der Wirklichkeit widerzuspiegeln, doch machten sie immerhin deutlich, dass die „Stimmung des Volkes“ nicht einheitlich war und jede moderne Gesellschaft unweigerlich über ein pluralistisches Spektrum an Meinungen verfügte.

Eine entscheidende Möglichkeit bestand darin herauszustellen, dass es neben der Mehrheit auch eine Minderheit gebe. Der „Volkswille“ wurde hierbei ausdrücklich als der Wille der Majorität verstanden. So plädierte das Berliner Tageblatt stellvertretend für das linksliberale Milieu dafür, dass die Regierung als „Ge-

[128] Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsselforf 1997, S. 217.

schäftsführer [sic!] der Gesamtheit“ „nach dem Willen der Mehrheit des Volkes“ herrschen solle, jedoch – und dies war der bedeutende Zusatz – „ohne daß die Minderheit darum ausgeschaltet“ werde.[129] Die semantische Verbindung von „Volkswillen“ und Mehrheitsprinzip bewirkte, dass der erstgenannte Terminus auch als Argument für demokratische Reformen herangezogen werden konnte. Mit Blick auf die zeitgenössische politische Situation konstatierte der Vorwärts:

> Eine Minderheitsdiktatur dagegen gerät bei terroristischer Durchsetzung ihres Willens in einen Konflikt mit der Mehrheit des eigenen Volkes, der ihre Stellung bald ins Wanken bringt.[130]

Durch das Infragestellen des von der Regierung vertretenen, angeblich „deutschen Volkswillens“ konnte die Legitimation der Exekutive grundsätzlich angezweifelt werden, da nach demokratischem Verständnis kein „Volkswille“ jenseits des Mehrheitsprinzips existierte.[131] Zur Abgrenzung der fundamental unterschiedlichen Willenskonstruktionen betonten vor allem Sprecher aus dem sozialdemokratischen und linksliberalen, aber auch aus dem katholischen Lager, dass hinter ihren Auffassungen die „Mehrheit des deutschen Volkes“ stehe.[132] Der Ort der Entscheidung konnte für die Reformbefürworter nur das Parlament sein. Hier sollte die Regierung bestimmt, hier sollten die „Schicksalsfragen der Nation“ geprüft und hier sollte – wie es das Berliner Tageblatt weiter formulierte – der „Wille[…] dieser großen starken Volksgemeinschaft“ kundgetan werden.[133] Dabei blieb – so auch in dieser Aussage – die Vorstellung von parlamentarischer Willensbildung allerdings mitunter nebulös; verwies das Verb „kundtun“ doch auf die bloße Verkündung eines Beschlusses und blendete die Prozesshaftigkeit der Entscheidungsfindung mit Meinungsaustausch und Mehrheitsbildung aus.

Voraussetzung dafür, dass das Parlament ein Ort des „Volkswillens“ sei, war für die Sprecher der Mittelparteien eine repräsentative Vertretung des „Volkes“ durch die in der Legislative versammelten Abgeordneten und damit eine politische Diversität im Hohen Haus. Aus diesem Grund engagierten sich die Anhänger des sozialdemokratischen und linksliberalen (sowie mit Abstrichen auch die des katholischen) Spektrums vehement für innenpolitische Reformen, da diese aus ihrer Sicht zu einer Abbildung und Verwirklichung des „Volkswillens“ beitragen konnten. Mit den geplanten Neuerungen ließ sich nicht nur die Macht des Parlaments, sondern auch die Legitimation der Regierung stärken, die nun – da „auf dem Volkswillen beruhend[…]“ – „als Repräsentantin des Willens der Nation […] endlich die Autorität [habe] […], das Steuer des Reiches unbeeinflußt und

[129] Erich Dombrowski, Zum Beginn der Wahlrechtsdebatte, in: Berliner Tageblatt (46), 05. Dezember 1917, Nr. 620, S. 1f., hier: S. 1.

[130] Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1f., hier: S. 2.

[131] Vgl. Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1f.

[132] Paul Michaelis, Der Systemwechsel im Reich. Verfassungsrechtliche Konsequenzen, in: Berliner Tageblatt (47), 11. Oktober 1918, Nr. 520, S. 1f. So auch z. B. in: Das baltische Abenteuer, in: Vorwärts (35), 29. August 1918, Nr. 237, S. 1f.; Berlin, 5. Oktober, in: Germania (48), 06. Oktober 1918, Nr. 467, S. 1.

[133] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 16. Juli 1917, Nr. 357, S. 1.

ohne Schwanken zu führen“,[134] so eine Argumentation aus dem katholischen Spektrum gegen die alte „Obrigkeitsregierung“. Bei den Nationalliberalen hingegen war eine prinzipielle Skepsis gegenüber der Parlamentarisierung des Staates und der Parteienherrschaft vorhanden. Die unterschiedlichen Interessen der Parteien führten nach Ansicht vieler nationalliberaler Anhänger zur „inneren Zerrissenheit“ des „Volkes“ und stellten ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden dar.[135] Trotz auch anderslautender Äußerungen im Milieu[136] waren starke Zweifel an der Gemeinwohlorientierung der Parteien vorhanden. Der Gedanke von „innerer Einheit“ und „Geschlossenheit“ hatte somit einen höheren Stellenwert als das Plädoyer für einen ausdifferenzierten „Volkswillen“ und für eine repräsentative Vertretung der Meinungen.

Doch zumindest im politischen Spektrum zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie wurde der „Volkswille“ ganz überwiegend im Zusammenhang mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip und dem auf Gleichheit beruhenden parlamentarischen System gedacht. Die Reichstagsmehrheit wurde als repräsentativ für die Meinung des „hinter ihr stehenden Volksteils“ angesehen.[137] Die Rückführung des „Volkswillens“ auf eine metaphysisch prädestinierte Haltung oder dessen Rückbindung an ein als „ethnos“ gedachtes „Volk“ lässt sich dagegen im untersuchten Milieu nicht ausmachen. Hingegen lag dem „Volk“ des „Volkswillens“ in vielen Fällen der „demos“ als Bezugsgröße zugrunde. Dieser Wille kam sodann auch in den demokratisch-parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen zum Ausdruck. Mitunter bezog sich – vor allem im sozialdemokratischen Milieu – die Bezeichnung „Volkswille“ aber auch auf die Stimmung der „plebs“ und ließ so die (angebliche) Haltung des „einfachen Volkes“ zu einem Argument werden. Indirekt wurde mit dem Bezug auf die unberücksichtigte „plebs“ für eine gerechte Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am politischen Entscheidungsprozess gestritten.

Dass im sozialdemokratischen Milieu ein pluralistisches Demokratieverständnis vorherrschte, machte beispielhaft die Aussage deutlich, „Menschenrechte und Volksrecht“ könnten „durch Mehrheitsbeschluß nicht aufgehoben werden, ohne daß die Demokratie sich selbst“ negiere.[138] Gleichzeitig bestand in der Mehr-

[134] Berlin, 11. September, in: Germania (48), 12. September 1918, Nr. 425, S. 1.

[135] Vgl. Der Weg zum Frieden, in: Kölnische Zeitung, 11. September 1917, Nr. 868, S. 1; ähnlich: Durch Not zur Einigkeit!, in: Kölnische Zeitung, 01. Oktober 1918, Nr. 912, S. 1.

[136] Vgl. Regierung und Presse, in: Kölnische Zeitung, 07. August 1917, Nr. 748, S. 1. Mit durchaus positivem Blick auf die Parteien und die Möglichkeit sehend, die „Zukunftsinteressen des Deutschen Reiches“ in ein „alle Parteien des deutschen Volkes in seinem Rahmen vereinig[endes]“ Programm zu betten: Philipp Hiltebrandt, Propaganda und Kriegsziele, in: Kölnische Zeitung, 13. September 1918, Nr. 852, S. 1.

[137] Wolfgang Heine, Neuer Geist, neue Taten, in: Berliner Tageblatt (46), 26. September 1917, Nr. 491, S. 1f., hier: S. 2; ähnlich auch: Berlin, 4. Oktober, in: Germania (48), 05. Oktober 1918, Nr. 465, S. 1; Die deutsche Antwort an Wilson, in: Vorwärts (35), 13. Oktober 1918, Nr. 282, S. 1.

[138] Für den Frieden der Demokratie! Deutsche Note an Wilson – Die neue Regierung vor dem Reichstag, in: Vorwärts (35), 06. Oktober 1918, Nr. 275, S. 1.

heitssozialdemokratie kein Zweifel darüber, dass die Herrschaft der Minderheit „gegen den ausgesprochenen Willen des Volkes“ – wie im revolutionären Russland – im Widerspruch zur Demokratie stehe.[139] Auch wenn Positionen nicht mit denen der eigenen Partei übereinstimmten, plädierte die Sozialdemokratie für die Freiheit der abweichenden politischen Meinung. So verteidigte der Vorwärts etwa die USPD gegen den Landesverratsvorwurf des bayerischen Kriegsministers Philipp von Hellingrath, indem er ihr das Recht zubilligte, „das Wohl des deutschen Volkes auf anderen Bahnen […] als der bayerische Kriegsminister“ erstreben zu wollen.[140] Diese freiheitliche Grundhaltung und das Bekenntnis zum politischen Pluralismus verwiesen auf die Hauptforderung der Partei und ihrer Anhängerschaft: die demokratische Reformierung des bestehenden politischen Systems im deutschen Kaiserreich. Mit den Verfassungsänderungen im Oktober 1918 und der Beseitigung der Monarchie auf Reichs- und Länderebene im November 1918 war das sozialdemokratische Ziel der „freien Geltendmachung des unverfälschten Volkswillens“ erreicht – „der Wille des Volkes“ wurde zum „oberste[n] Gesetz“.[141]

Die Verteidigung der Meinungsvielfalt gegen den einebnenden Geist des „Burgfriedens“ versuchten die Anhänger der Links- und Mittelparteien während des Krieges auf verschiedenster Ebene zu erreichen. Die radikalen Kriegszielforderungen der Alldeutschen und anderer Gruppierungen gaben ihnen die Möglichkeit, sich sowohl auf die „Einigkeit“ im August 1914 als auch auf die Friedensbereitschaft der „überwiegende[n] Mehrheit des deutschen Volkes“ zu berufen.[142] Solche Relativierungs- und Zurückdrängungsversuche gegenüber den lautstarken Stimmen alldeutscher Provenienz waren im politischen Spektrum zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus an der Tagesordnung. Sie nahmen argumentativ Bezug auf den als friedfertig betrachteten Charakter des „deutschen Volkes“,[143] auf die angebliche Notwendigkeit, zur „Verteidigung“ des Reichs Krieg zu führen,[144] auf den der „ungeheure[n] Mehrheit des deutschen Volkes“ zugeschriebenen Willen zu einem „Frieden der Verständigung“[145] oder sprachen den als ein „Häuflein chauvinistischer Helden“ titulierten Expansionsverfechtern den Rück-

[139] Deutschland und Rußland, in: Vorwärts (34), 10. November 1917, Nr. 309, S. 1.
[140] Nur noch Deutsche?, in: Vorwärts (35), 13. Juni 1918, Nr. 160, S. 1f., hier: S. 2.
[141] Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An Deutschlands Männer und Frauen!, in: Vorwärts (35), 18. Oktober 1918, Nr. 287, S. 1.
[142] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Friedrich von Payer (FVP), S. 3580.
[143] Vgl. Berlin, 13. März, in: Germania (48), 14. März 1918, Nr. 117, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 24. September 1917, Nr. 457, S. 1f.
[144] Vgl. etwa: Verteidigungskrieg!, in: Vorwärts (35), 04. September 1918, Nr. 243, S. 1f.; Georg Gothein, Der Fortschritt der Friedensbewegung, in: Berliner Tageblatt (46), 19. Dezember 1917, Nr. 646, S. 1f.; Ein kritischer Punkt, in: Vorwärts (35), 10. August 1918, Nr. 218, S. 1f., hier: S. 1.
[145] Philipp Scheidemann, Verständige für Verständigung, in: Vorwärts (34), 06. September 1917, Nr. 244, S. 1f., hier: S. 1; mit ähnlicher Argumentation: 31. Juli, in: Vorwärts (34), 31. Juli 1917, Nr. 207, S. 1f.; Eduard David, Zur Strategie des Friedens, in: Vorwärts (35), 30. Juli 1918, Nr. 207, S. 1f.

halt „im eigentlichen Volke“[146] ab. Mitunter ging die Abgrenzung gar so weit, dass seitens des linksliberalen Spektrums die Kriegsbegeisterung im August 1914 rückblickend lediglich den Alldeutschen zugesprochen wurde.[147] Dagegen glaubten die Anhänger von Zentrum, DDP und MSPD, etwa in der gemeinsamen Friedensresolution, die nach den Worten Scheidemanns „schon lange das geistige Gemeingut nahezu des ganzen deutschen Volkes“ sei, die „Stimme des Volkes selber“ zu verkörpern.[148] Konnten die Mehrheitsparteien im Reichstag auch die radikalnationalistischen Schreihälse mit ihren Forderungen nach einem deutschen Hegemonialreich nicht ignorieren oder mundtot machen, so versuchten sie doch unter Verweis auf die kräftemäßige Verteilung im Parlament, deren politische (Deutungs-) Macht zu relativieren. Den Alldeutschen als eine „kleine, aber geräuschvoll und anmaßend auftretende Gruppe“ warfen die Sozialdemokraten vor, sich als Mehrheit zu gerieren und das „deutsche Volk“ „von der Wahrheit abzulenken“.[149] Die wütende Anklage vor allem von Sprechern aus dem Spektrum der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus richtete sich in ihrer politischen Ohnmacht gegen die im Ausland als Stimme des „deutschen Volkes“ wahrgenommene Position der Alldeutschen. Kraft ihrer parlamentarischen Mehrheit versuchten sie, den Expansionsverfechtern das Recht abzuerkennen, für das „Volk“ zu sprechen, und vertraten ein zwischen Mehrheit und Minderheit differenzierendes Bild der Meinungen im „Volk“. Der Spagat bestand darin, trotz der auseinanderklaffenden Ansichten den Gedanken von der „Einheit des Volkes“ zu bewahren.[150] Die Berufung auf die „Einheit“ durfte aus Sicht der hier untersuchten Parteien nicht dazu führen, die Diskrepanzen zwischen Reichstagsmehrheit und Regierung sowie zwischen den im Parlament vertretenen Parteien komplett zu überdecken. Eine Strategie war, eigene Ansichten – und damit inhaltliche Differenzen – deutlich zu machen und zugleich die überparteiliche innere „Einheitsfront“ rhetorisch aufrechtzuerhalten. Die Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Minderheitsmeinung des „Volkes“ war ein Mittel zum Zweck, wobei die jeweiligen Sprecher sich selbst stets im Feld der Majorität wähnten. Selbstbewusst verwendeten die reformorientierten Kräfte einen positiv konnotierten Mehrheitsbegriff, gegen den die Konservativen auch unter Berufung auf ihre Burgfriedens-

146 Ludwig Haas, Gedanken zur Rede des Grafen Czernin, in: Berliner Tageblatt (47), 05. April 1918, Nr. 172, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Vormarsch zum Frieden, in: Vorwärts (35), 26. März 1918, Nr. 85, S. 1f.; Wolfgang Heine, Neuer Geist, neue Taten, in: Berliner Tageblatt (46), 26. September 1917, Nr. 491, S. 1f.; Berlin, 21. Juni, in: Germania (48), 22. Juni 1918, Nr. 285, S. 1.

147 „[Das deutsche Volk] hat überhaupt nie über den Krieg gejubelt. Das war eben nur das alldeutsche Häuflein!“ August Thimme, Die Alldeutschen und der Krieg. Ein offener Brief an den Alldeutschen Verband, in: Berliner Tageblatt (47), 07. September 1918, Nr. 457, S. 1f., hier: S. 2.

148 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Philipp Scheidemann (MSPD), S. 3577.

149 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Verständigungsfriede oder Krieg ohne Ende? Mitbürger! Parteigenossen!, in: Vorwärts (34), 25. September 1917, Nr. 263, S. 1; ähnlich: Berlin, 26. Oktober, in: Germania (47), 27. Oktober 1917, Nr. 499, S. 1.

150 Vgl. hier auch: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 79f.

vorstellung, die keine Differenzierungen kannte und alle Meinungen nivellierte, nicht ankamen.[151]

Allerdings bestand ein Problem darin, dass der Terminus von der „erdrückenden“,[152] „ungeheure[n]“[153] oder „überwiegenden“[154] „Mehrheit des deutschen Volkes“ selbst dazu tendierte, einen „Willen des Volkes“ – wenn auch den einer relativen Menge – zu konstatieren, der nicht empirisch nachgewiesen werden konnte. Entgegen der Ansicht Heiko Bollmeyers, der die Mehrheit-Minderheits-Unterscheidungen als „Scheindifferenzierungen“ ohne „pluralistische Sichtweise des Volkes“ betrachtet,[155] bot diese Einteilung gerade den Parteien zwischen Zentrum und MSPD aber sehr wohl die Möglichkeit, sich semantisch gegen ein holistisches Volksverständnis zur Wehr zu setzen, ohne sich gleichzeitig außerhalb der Gemeinschaft des „Burgfriedens“ zu stellen. Die Differenzierungen eröffneten, wenn sie auch nicht empirisch belegbar waren, einen Spielraum für pluralistisches Denken, der angesichts des kriegsbedingten „nationalen“ Zwangs zur „Einheit“ allerdings gering blieb.

Die argumentative Abgrenzung gegenüber den Nationalisten und ihren Expansionszielen mittels der Unterscheidung zwischen Mehrheit und Minderheit bot *einen* Weg, um den eigenen Anhängern den gewohnten Werterahmen zu sichern und inhaltliche Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ausrichtungen im Krieg führenden Kaiserreich hervorzuheben. Ein weiterer Weg stellte die Relativierung des Nationskonzeptes gegenüber anderen Bezugsgrößen dar. So warnte etwa der Sozialdemokrat Wolfgang Heine im Berliner Tageblatt vor „einer Ueberschätzung des nationalen Egoismus“ und verwies darauf, dass der „Weg des Geistes von der Nation“ hin zur „Kulturgemeinschaft der Menschheit“ führe.[156] Damit warb der Reichstagsabgeordnete für ein Gegenmodell zum Nationalismus, das nicht nur in der Sozialdemokratie mit ihrer internationalistischen Tradition einen Resonanzboden finden, sondern auch im linksliberalen Spektrum auf Zustimmung stoßen konnte. Die „Nation“ war zwar *ein* Referenzrahmen, verdrängte aber andere Bezugsgrößen nicht gänzlich. So existierte die Möglichkeit, dass neben der „Nation“ europäische oder universelle Werte wie Freiheit und Demokratie, aber auch ein weit gespanntes Kulturverständnis und Bildungsideal standen. Dieses Denken befand sich im scharfen Kontrast zum konservativen Bekenntnis, für die „nationale Idee“ und zwecks „Bewahrung völkischer Eigenart im

151 Hierzu mit abweichender Ansicht: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 114–116.
152 So z. B.: Berlin, 30. Oktober, in: Germania (48), 31. Oktober 1918, Nr. 509, S. 1.
153 So z. B.: Die deutsche Antwort an Wilson, in: Vorwärts (35), 13. Oktober 1918, Nr. 282, S. 1.
154 So z. B.: Berlin, 28. Oktober, in: Germania (48), 29. Oktober 1918, Nr. 505, S. 1.
155 Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 82. Nicht mehr ganz so scharf im Urteil, aber weiterhin der Ansicht, dass die „vorgetäuschte[…] Differenzierung […] ohne einen empirischen Bezug oder eine pluralistische Sichtweise des Volkes“ ausgekommen sei: Bollmeyer, Das „Volk“ in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, hier: S. 65.
156 Wolfgang Heine, Kriegsostern, in: Berliner Tageblatt (47), 31. März 1918, Nr. 165, S. 1 f., hier: S. 2.

Gegensatz zum Kosmopolitismus und Internationalismus“ zu kämpfen.[157] Im linksliberalen Spektrum war es etwa Hugo Preuß, der sich 1918 mit der Frage „Was ist eine Nation?“ beschäftigte. In seiner Antwort verwarf er „Rasse“ als Konstituierungsmerkmal, da „Nationen“ „gerade durch ethnische Mischung [erst] entstehen“ würden, aber auch das Kriterium „Sprache“ schied für ihn aus, da sie „Wirkung, nicht [aber] Ursache nationaler Gemeinschaft“ sei.[158] In Anlehnung an Ernest Renan betrachtet Preuß die „organische Durchdringung und Wechselwirkung“ von „individuelle[r] Willenserklärung“ und „politische[m] Gemeinwille[n]“ als entscheidende Voraussetzung für das Bestehen einer „Nation“.[159] Die „nationale Gemeinschaft“ baute für ihn auf den liberalen Grundwerten von „rechtliche[r] Freiheit“ und „Gleichberechtigung“ aller Mitglieder auf.[160]

Das Verhältnis zwischen dem Internationalismus und dem Bekenntnis zur eigenen „Nation“ war ebenfalls ein Thema bei den Sozialdemokraten, die immer wieder – besonders gegenüber den Konservativen und deren Nationalismusvorstellungen – deutlich zu machen versuchten, dass sich beides miteinander vereinen ließ.[161] Im Völkerbundgedanken etwa kombinierte sich „Nation“ und „Internationalismus“ miteinander – mit seiner Hilfe sollte sich der Weltfrieden dauerhaft sichern lassen.[162] Das Ideal, nicht nur „das Glück und Recht des eigenen Volkes, sondern auch Glück und Recht der anderen Völker in derselben Weise im Auge“ zu haben und beides zu verwirklichen, sahen sozialdemokratische Sprecher in der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ein Stück weit näher gerückt.[163] Dabei bekundete die MSPD eine doppelte Loyalität – sowohl zum Internationalismus der Arbeiterbewegung und damit zum grenzübergreifenden Klassenbewusstsein als auch zur eigenen „Nation“. Gleichwohl mussten die Mehrheitssozialdemokraten immer wieder ihr Verhältnis zur „Nation“ öffentlich klarstellen. Und selbst die fundamentaloppositionelle USPD sah sich genötigt, sich zu „nationalen“ Fragen zu äußern. So betonte Georg Ledebour unter Verweis auf den Zusammenhang zwischen Sprache und Staatszugehörigkeit:

> Dadurch, daß ich internationaler Sozialist bin, höre ich nicht auf Deutscher zu sein. (Bravo!) Es ist eine vollkommene Irreführung, wenn von unverständigen Leuten behauptet wird, daß das Bekenntnis zum internationalen Sozialismus sich nicht verträgt mit einem starken Empfinden, mit der Liebe zu seinem eigenen Volk, (bravo!) und für dieses Empfinden ist die Sprachgemeinschaft das entscheidende, nicht die Staatszugehörigkeit; diese ist etwas Ephemeres. Die Sprach-

[157] BArch R 8034-II/7884: Buddecke, Der deutsche Militarismus, in: Libau, 07. März 1918, Nr. 55.

[158] Hugo Preuß, Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft (Rede vom 19. Oktober 1918), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 345–361, hier: S. 355.

[159] Hugo Preuß, Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft (Rede vom 19. Oktober 1918), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 345–361, hier: S. 356.

[160] Hugo Preuß, Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft (Rede vom 19. Oktober 1918), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 345–361, hier: S. 360.

[161] Vgl. Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 91–93.

[162] Vgl. Für den Frieden der Demokratie! Deutsche Note an Wilson – Die neue Regierung vor dem Reichstag, in: Vorwärts (35), 06. Oktober 1918, Nr. 275, S. 1.

[163] Die Reichstagssitzung vom 22. Oktober. Liebknecht aus dem Zuchthaus entlassen, in: Vorwärts (35), 23. Oktober 1918, Nr. 292, S. 1.

gemeinschaft ist entscheidend für das Volk. In fürchterlichster Weise sind Verwirrungen in den Köpfen dadurch angerichtet, daß die Begriffe Sprachgemeinschaft und Staatszugehörigkeit durcheinander geworfen werden. Daraus werden dann ganz falsche politische Schlußfolgerungen gezogen.[164]

Interessanterweise bekannte sich der USPD-Politiker hierbei zwar zum Internationalismus, definierte das „Volk“ aber nicht über den „demos“ oder die „plebs“, sondern über die Sprache – ein Kriterium, das etwa die deutschsprachigen Minderheiten in Osteuropa ohne Rücksichtnahme auf den Willen ihrer einzelnen Mitglieder zum „deutschen Volk“ hinzurechnete und gleichzeitig beispielsweise die polnischsprachige Minderheit im eigenen Land ausgrenzte. Das Merkmal „Sprache“ ließ das „Volk“ zu einem ethnischen Gebilde tendieren und negierte das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ob der Zugehörigkeit zu einem „Volk“. Das Sprechen über Nationsvorstellung blieb seitens der USPD allerdings sehr selten. Vielleicht war es daher auch schlicht der Unbeholfenheit bzw. der fehlenden politischen Position seiner Partei geschuldet, wenn sich Ledebour in seiner Rede zur „Nation“ als Sprachgemeinschaft im ethnischen Sinne bekannte.

3. Innere Reformen oder natürliche Ordnung? Der politische Kampf um die Deutungshoheit über „Volk“ und „Nation“

Der Eintritt der zuvor marginalisierten Sozialdemokraten in die Koalition des „Burgfriedens“ war nicht zuletzt an die Erwartung baldiger innenpolitischer Reformen geknüpft gewesen.[165] Doch vertrösteten die herrschenden Eliten die Sozialdemokraten und Linksliberalen unter Verweis auf den Kriegszustand auf die Zeit nach Ende des Waffengangs. Der lang andauernde Krieg und die damit verbundenen, auch in der Heimat spürbaren Belastungen ließen jedoch den Unmut über fehlende politische Partizipation und soziale Ungleichheiten beständig wachsen. „Das deutsche Volk will Taten sehen!“, mit diesen Worten brachte Philipp Scheidemann im Juli 1917 das Unverständnis der Linksparteien auf den Punkt, denn – so der sozialdemokratische Parteivorsitzende vor dem Reichstag weiter – die Demokratie, „das ist nicht ein Parteiziel, das ist ein deutsches Volksziel geworden“.[166] Die konservative Argumentation mit der „natürlichen“ Ordnung der „deutschen Nation“ wurde seitens der minderprivilegierten Schichten nicht länger hingenommen – waren es doch gerade ihre Angehörigen, die an der Front

[164] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 195. Sitzung vom 24. Oktober 1918, Rede von Georg Ledebour (USPD), S. 6234; dieser Aussage widersprach Albert Korfanty mit Verweis auf die Elsässer, Lothringer und Iren energisch: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 196. Sitzung vom 25. Oktober 1918, Rede von Albert Korfanty (Polnische Fraktion), S. 6257.

[165] Sehr detailliert zur Parlamentarisierung des Kaiserreichs und deren Problemen: Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977, für den hier untersuchten Zeitraum vor allem von Relevanz: S. 363–469.

[166] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Philipp Scheidemann (MSPD), S. 3577 f.

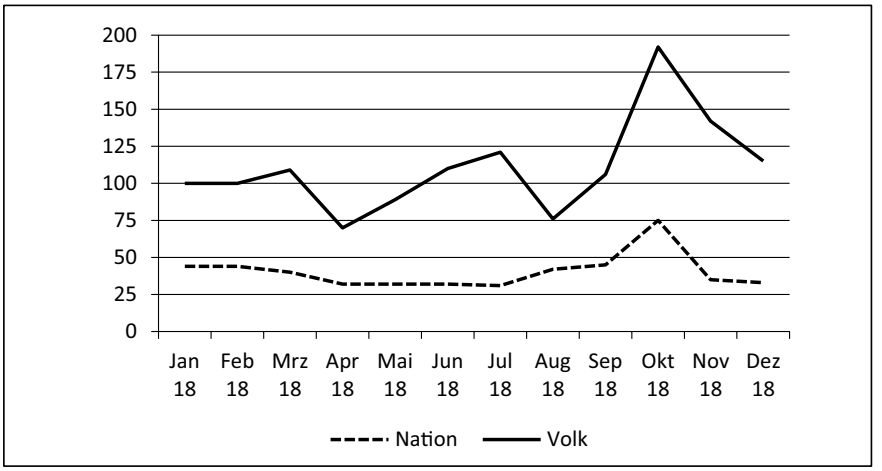

Abbildung 2: Verwendungshäufigkeit der Begriffe „Nation" und „Volk" in der Vossischen Zeitung im Zeitraum Januar bis Dezember 1918[167]

und in der Heimat besonders unter der Kriegssituation zu leiden hatten. Unter Berufung auf ihre kriegsrelevante Leistung beanspruchten sie die volle Zugehörigkeit zur „Nation".[168] Der Begriff „Nation" konnte so zur Untermauerung der Forderungen der „unteren Schichten" nach Gleichberechtigung herangezogen werden. Die Deutungshoheit darüber, wer zur „Nation" gehöre und wer nicht, geriet durch die Ausnahmesituation des Krieges ins Wanken. Auch die Sozialdemokraten argumentierten ständig mit dem „deutschen Volk" und stellten die wahrhafte Vertretung der „Volksinteressen" durch die Nationalisten offen infrage. Die immerwährende Berufung der Konservativen auf die „Interessen der Nation" hatte zu einer Entwicklung beigetragen, die sich nun gegen die rechten Parteien richtete, da fortan auch andere politische Kräfte unter Verweis auf ihren Einsatz für die „Nation" deren Interessenvertretung für sich reklamierten. Hierbei kam dem Argument der „nationalen Interessen" ein Charakter zu, der es zu einem unwiderlegbaren Topoi machte.[169]

Insgesamt trat die Verwendung des Wortes „Nation" zwar hinter der von „Volk" zurück, beide Bezeichnungen waren jedoch in der Sprache sämtlicher Lager durchweg gebräuchlich. Die etwa von Heiko Bollmeyer angenommene absichtliche Vermeidung des auch im Französischen und Englischen vorhandenen Wortes „Nation" lässt sich in den untersuchten Milieus nicht nachweisen (vgl. Abbildung 2).[170] Ein solcher Versuch wäre auch zum Scheitern verurteilt gewesen, da der Begriff fest zum deutschen Grundwortschatz gehörte und selbst das „völki-

[167] Statistische Auswertung aufgrund der im Volltext durchsuchten Ausgaben der Datenbank De Gruyter, Vossische Zeitung Online.
[168] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 155 f.
[169] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 156.
[170] Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 75.

sche“ und nationalistische Lager nicht auf das Wort verzichten konnte und wollte.[171] In seiner Bedeutung wurde „Nation“ meist synonym zu „Volk“ gebraucht.

Beide Wörter bezeichneten für die verschiedensten politischen Gruppierungen – jeweils verbunden mit deren eigenen Vorstellungen – eine der höchsten Legitimationsinstanzen.[172] Beispielhaft für die Auseinandersetzung mit der und um die „Nation“ war der Streit über die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

3.1 Gleichheit des „Volkes“? Die Diskussion um das preußische Wahlrecht

Das seit 1849 für den preußischen Landtag geltende Dreiklassenwahlrecht hatte zur Folge, dass Bürger mit niedrigem Einkommen und geringen Steuerabgaben in ihrer Repräsentation extrem benachteiligt wurden.[173] Für die Konservativen stellte dieses, auf Ungleichheit basierende Wahlrecht ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie dar und schützte ihre Macht in Preußen vor den politischen Forderungen der „Massen“. Die Reformnotwendigkeit des preußischen Wahlrechts war seitens der Linksliberalen und Sozialdemokraten schon im 19. Jahrhundert immer wieder thematisiert worden, verfing aber nicht angesichts der breiten konservativen Mehrheit im Parlament. Während des Ersten Weltkrieges bot sich erneut die Möglichkeit, die Änderung auf die politische Agenda zu setzen.[174] Den Sozialdemokraten und Linksliberalen kam dabei zugute, dass sie sich – anstatt wie bisher auf naturrechtliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsideen – nun auch auf das eigentlich konservative Argument von den im Krieg erbrachten Opfern stützen konnten:

> Ein Volk, […] das seine Söhne und Väter unterschiedslos in den Opfertod für die nationale Idee schickt, das in allen Stunden friert, hungert und still ausharrend leidet, um des Vaterlandes willen, das hat auch ohne Einschränkung den vollen Anteil an der Gestaltung des Geschickes dieses Staates zu beanspruchen, das darf neben der gleichen Schul-, Wehr- und Hilfsdienstpflicht auch das gleiche Wahlrecht heischen.[175]

Mitunter wurde das gleiche Wahlrecht als nachträgliche Anerkennung des Kriegsdienstes und als eine aus Gründen der Gerechtigkeit umzusetzende Maßnahme gewertet,[176] teilweise gar als eine die Opferbereitschaft im Feld hebende Notwen-

[171] Beispielsweise verwendete selbst der radikalnationalistische Münchener Beobachter Formulierungen wie „völkisch geschlossene Nation“ oder „Einheit der deutschen Nation“. Deutsches Volk, wach auf!, in: Münchener Beobachter (32), 02. November 1918, Nr. 22, S. 1.

[172] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 157.

[173] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 158; Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 292.

[174] Allgemein zur Wahlrechtsdebatte: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 142–150.

[175] Erich Dombrowski, Zum Beginn der Wahlrechtsdebatte. Die sittlichen Motive, in: Berliner Tageblatt (46), 05. Dezember 1917, Nr. 620, S. 1 f.

[176] So etwa der FVP-Abgeordnete Friedrich Naumann vor dem Reichstag in Anspielung auf das preußische Wahlrecht und dessen bislang gescheiterte Reform: „Die Leute, die jetzt da draußen Übermenschliches für Volk und Vaterland getan haben, werden dabei noch immer dunkel umgeben von dem Bewußtsein, nicht voll zu wissen, wie eigentlich ihre Stellung im heimatlichen Volk ist.“ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 193. Sitzung vom 22. Oktober 1918, Rede von Friedrich Naumann (FVP), S. 6166.

digkeit betrachtet. Häufig führten die Reformer das Leistungsargument an: Die „Massen" hätten im Krieg durch ihre Leistung für die „Nation" eine Art „Bewährungsprobe" bestanden[177] und Reife bewiesen; die von ihnen erbrachten Leistungen müssten daher politische Mitspracherechte zur Folge haben.[178] Das neue Wahlrecht sollte – so der Wahlrechtsexperte der Fortschrittlichen Volkspartei Friedrich Ferdinand Hoff – gleichsam Anerkennung für die von der Front zurückkehrende Truppe ausdrücken:

> Die Regierung und der in der Heimat befindliche Teil des Volkes kann unseren heimkehrenden Kriegern politisch kein schöneres Geschenk entgegenbringen, als die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Preußen, als das sichtbare Zeichen des Vertrauensverhältnisses zwischen König, Regierung und Volk, das sich in dem unvergleichlichen Kampfe so glänzend bewährt hat.[179]

Zudem wurde immer wieder auf das Gefüge zwischen den Staatsorganen abgestellt. Das Verhältnis zwischen Monarch, Regierung, Parlament und „Volk" wurde als ein von Natur aus harmonisches und auf gegenseitigem Vertrauen aufbauendes Miteinander beschrieben – ein an organische Denktraditionen anknüpfendes Sprachbild, das sich ebenfalls in der Diskussion um die Parlamentarisierung des Kaiserreichs großer Beliebtheit erfreute. Damit ließen sich geschickt konservative Argumentationsmuster aufnehmen, die ebenfalls einen harmonischen Zustand beschworen, diesen aber als gegeben ansahen und damit versuchten, die Reformpläne zurückzuweisen.[180] Der häufig im linksliberalen Spektrum anzutreffende Verweis auf die „Nation" verlieh der Diskussion einen staatstragenden Charakter. Er ließ die Reformer in die rhetorische Position gelangen, für das Interesse und die Entwicklung des ganzen Gemeinwesens zu sprechen.[181]

Während die liberalen und sozialdemokratischen Reformbefürworter die Zukunft des preußischen Wahlrechts zu einer der wichtigsten innenpolitischen Fragen erhoben, verwendete der politische Katholizismus darauf kaum Herzblut. Nur vereinzelt machte die GERMANIA auf die „Notwendigkeit einer durchgreifenden Wahlreform" und die dahinterstehende „überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes" aufmerksam und bescheinigte dem „Volke", im Krieg „seine politische Reife und Mündigkeit wahrlich glänzend" bewiesen zu haben.[182] Ansonsten sprach das Blatt eher distanziert von „Billigkeitsgründen" zugunsten einer Neugestaltung – zu diesen würden „die allgemeine Wehrpflicht und die schweren Kriegsopfer des Volkes, besonders die Blutsopfer, die es seit vier Jahren gebracht hat und voraussichtlich noch eine geraume Zeit bringen muß", zählen.[183]

[177] So beispielsweise: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 21. Januar 1918, Nr. 37, S. 1f.
[178] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 159; Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 295; Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 77.
[179] Friedrich Ferdinand Hoff, Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts. Was nun?, in: Berliner Tageblatt (47), 12. April 1918, Nr. 185, S. 1f., hier: S. 2.
[180] Vgl. hierzu: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 88f.
[181] So beispielsweise: Erich Dombrowski, Zum Beginn der Wahlrechtsdebatte. Die sittlichen Motive, in: Berliner Tageblatt (46), 05. Dezember 1917, Nr. 620, S. 1f.
[182] Berlin, 9. Juli, in: Germania (47), 10. Juli 1917, Nr. 313, S. 1.
[183] Berlin, 12. Juni, in: Germania (48), 13. Juni 1918, Nr. 269, S. 1.

Seit der russischen Februarrevolution 1917 fand die als Drohung zu interpretierende Warnung vor der Unruhe im „Volk“ und ihren unkontrollierbaren Folgen Eingang in das argumentative Repertoire der sozialdemokratischen und linksliberalen Reformbefürworter.[184] Der Verweis auf die angespannten Nerven der Bevölkerung, den Vertrauensverlust und die Revolutionsgefahr zeugte davon, dass der Tonfall in der Wahlrechtsdebatte rauer und die Reformforderungen mit größerem Nachdruck vorgebracht wurden.[185] Von den Gegnern des gleichen Wahlrechts ins Spiel gebrachte Alternativen wie das Mehrstimmenrecht oder der Vorschlag zur Errichtung einer korporativen Kammer wurden als „volksfeindlich[…]“[186] bzw. „mittelalterlich[…]“[187] abgelehnt. Die Reformbefürworter verwiesen auf den Erlass des Kaisers, der „dem Volke ohne Kautelen das gleiche Wahlrecht“[188] versprochen habe. Und in der Tat hatte Wilhelm II. in seiner sogenannten Osterbotschaft dem Dreiklassenwahlrecht keinen Raum mehr zugebilligt. Diese kaiserliche Zusage führte zu der ungewöhnlichen Konstellation, dass sich die demokratischen Kräfte auf den preußischen Monarchen berufen konnten, wohingegen die Konservativen den Spagat zwischen Kaisertreue und Reformblockade vollziehen mussten.[189] So nimmt es auch kaum wunder, dass die Anhänger der Linksparteien den Rechten im preußischen Landtag vorhalten konnten, „den gemeinsamen Willen des Volkes, der Regierung und der Krone unter den ihren“ zwingen zu wollen.[190] Mit diesem und ähnlichen Argumenten versuchten beispielsweise die Sozialdemokraten, den Reformgegnern vorzuwerfen, sie stünden „im Kampf gegen das Volk“[191] und hätten den „nationalen“ Konsens durch Verfolgung ihrer eigenen Interessen mittels Errichtung einer „Minderheitsdiktatur“[192] aufgekündigt. Der Tonfall der Reformer verschärfte sich während der als Hinhaltetaktik empfundenen langwierigen Auseinandersetzung im preußischen Landtag.[193] Doch trugen Vorwürfe und Appelle nicht dazu bei, die Blocka-

[184] So wurde etwa in einem Artikel über die konservativen Gegner der Wahlrechtsreform konstatiert, dass „der jähe Umsturz [in Russland, Anm. jr] die Folge eigensinnigen, volksfremden Reformversagens“ gewesen sei. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 10. Dezember 1917, Nr. 629, S. 1. Zu diesem Argument auch: Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 294 u. 296.

[185] So sprach der Reichstagsabgeordnete Heine im September 1918 von einem „Zusammenbruch der Erwartungen“ und von schwindendem „Vertrauen“ in der Bevölkerung. Wolfgang Heine, Die innere Front, in: Berliner Tageblatt (47), 25. September 1918, Nr. 490, S. 1f.

[186] Erich Dombrowski, Das gleiche Wahlrecht abermals abgelehnt, in: Berliner Tageblatt (47), 12. Juni 1918, Nr. 295, S. 1f., hier: S. 1.

[187] Paul Michaelis, Das Ideal des Herrenhauses. Berufsständisches Wahlrecht, in: Berliner Tageblatt (47), 11. September 1918, Nr. 464, S. 1f., hier: S. 2.

[188] Erich Dombrowski, Zum Beginn der Wahlrechtsdebatte. Die sittlichen Motive, in: Berliner Tageblatt (46), 05. Dezember 1917, Nr. 620, S. 1f., hier: S. 2.

[189] Vgl. Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 296f.

[190] Sie haben wohl Angst?, in: Vorwärts (35), 02. Mai 1918, Nr. 120, S. 1.

[191] Not und Freiheit. Zum preußischen Wahlrechtskampf, in: Vorwärts (34), 08. Dezember 1917, Nr. 336, S. 1f., hier: S. 1.

[192] Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1f., hier: S. 2.

[193] Vgl. etwa: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Friedrich von Payer (FVP), S. 3582.

dehaltung der konservativen Parlamentarier aufzubrechen. Und auch die Beschimpfung des Reformgegners als „Schädling an unserem Volk", den „wir mit allen Kräften bekämpfen [werden], sei er, wer er sei",[194] ermöglichte keine inhaltlichen Zugeständnisse – im Gegenteil: mit Sprachbildern wie diesem gossen die Reformer Öl ins ohnehin lodernde Feuer und vergifteten das politische Klima ihrerseits mittels Biologismen und Vernichtungsmetaphern. Dabei stellten sie sich – ob gewollt oder ungewollt – auf eine Stufe mit der Inneren-Feind-Semantik der Nationalisten.

Die beißende Kritik an der mangelnden Empathie der preußischen Konservativen für das „Volk" steigerte sich mitunter gar in komplettes Unverständnis angesichts der drohenden Katastrophe: So klangen Erich Dombrowskis Worte voller Resignation und Verachtung für die herrschenden Kreise, als er im Juni 1918 die Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch das Parlament im Berliner Tageblatt kommentierte:

> An die Geduld des preußischen und darüber hinaus des ganzen deutschen Volkes stellt der gestrige Beschluß der reaktionären Mehrheit geradezu übermenschliche Anforderungen. In bitterernsten Stunden des Krieges, da an der Front Blutopfer über Blutopfer gefordert werden, da daheim körperlich und seelisch jeder Familie ohne Ausnahme die schwersten Prüfungen auferlegt werden, wagt eine parlamentarische Mehrheit, die hinter den Katastrophen-Politikern Heydebrand, Lüdicke und Lohmann hertrabt, dem Volk das elementarste politische Recht, das gleiche Wahlrecht, vorzuenthalten, wagt sie, das Volk obendrein noch durch allerhand reaktionäre Kunststückchen politisch zu trennen und die einzelnen Schichten gegeneinander auszuspielen, um so die ganze Nation zugunsten einer großagrarisch-schwerindustriellen Clique von wenigen zehntausend Menschen politisch zu entrechten.[195]

Aus Sicht der Linksliberalen stand die Haltung der Konservativen im preußischen Landtag für die völlige Verkennung der Stimmung in der Kriegsgesellschaft und trug dazu bei, die Spaltung der „Nation" zu vertiefen. Die Berufung der Reformbefürworter auf die „Einheit des deutschen Volkes" war auch bei den Sozialdemokraten vorhanden. Diese verschränkten durch den Gebrauch entsprechender Topoi die Sprache der Arbeiterbewegung mit nationalistischer Rhetorik und betrachteten sich als Bewahrer der „Einheit".[196] Während bei den Linksliberalen mit „Volk" ganz überwiegend die Gesamtheit der Bewohner im Sinne eines „demos" gemeint war, fanden sich im Vokabular des sozialdemokratischen Spektrums verschiedenartige Bedeutungsvarianten vermischt wieder.

Oftmals klang die Verwendung des Wortes „Volk" im sozialdemokratischen Leitmedium Vorwärts seltsam abstrakt, fast ungelenk.[197] Seine Bedeutung nahm nicht selten Bezug auf den „plebs"-Begriff, löste sich aber zunehmend von diesem

[194] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Philipp Scheidemann (MSPD), S. 3578.

[195] Erich Dombrowski, Das gleiche Wahlrecht abermals abgelehnt, in: Berliner Tageblatt (47), 12. Juni 1918, Nr. 295, S. 1f., hier: S. 1.

[196] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 161.

[197] So etwa in Sätzen wie: „Niemand soll verkennen, daß in dieser Zeit eine gewisse Unruhe durch das Volk geht." Ein Ruf an die Regierung – eine Mahnung an das Volk!, in: Vorwärts (34), 03. Juli 1917, Nr. 179, S. 1.

und tendierte zu „Volk“ im Sinne von „demos“.[198] Häufig verharrte der Volksbegriff auch unbestimmbar zwischen beiden Bedeutungen. Nach sozialdemokratischem Verständnis existierte zwischen „plebs“ und „demos“ keine große Lücke: „Klasse“ und „Volk“ mussten nicht einander entgegengesetzt sein, ja sie konnten gar ein und dasselbe bedeuten. Zudem bot die relative Unbestimmtheit der Begriffsverwendung Raum für das eigene Verständnis des Rezipienten. Die Phrase, „dem Volk sein Recht werden […] lassen“,[199] konnte eben genauso auf das abstrakte Gesamtvolk bezogen werden wie auch auf die bislang benachteiligten Bevölkerungsgruppen. In der Verwendung des Volksbegriffes im Spannungsverhältnis zwischen „plebs“ und „demos“ kam der Anspruch der Arbeiterbewegung zur Geltung, sich selbst als die Trägerschaft der „Nation“ – als „das Volk“ – zu verstehen. Diese Semantiken waren zum einen Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins und Staatsverständnisses der Sozialdemokratie, zum anderen aber auch rhetorische Entgegnungen und Abgrenzungen zu den bislang dominierenden Nationsvorstellungen der Konservativen.

Der Deutungskampf um „Volk“ und „Nation“ folgte bei den Sozialdemokraten durchaus einer gewissen Tradition: So hatte etwa der SPD-Reichstagsabgeordnete Paul Lensch in einem heftigen Schlagabtausch im Dezember 1912 das Volks- und Nationsverständnis seiner Partei gegen das der Konservativen gestellt. Im konservativen Nationsverständnis, so der SPD-Politiker, würde „lediglich eine dünne Oberschicht der Klassen“ vorkommen, „die sich die Gebildeten, die Besitzenden nennen, und die im Grunde nichts weiter […] als die herrschenden Klassen“ seien.[200] Und weiter:

> In Wahrheit sind aber die großen Schichten des arbeitenden Volkes für Sie [die Konservativen] nicht die Nation, sie sind für Sie nichts weiter als die Hintersassen der Nation, die nicht befragt werden, um deren Schicksal man sich nicht kümmert, die man höchstens von oben herab behandelt, um deren Zustimmung, um deren Meinung man sich überhaupt nicht sorgt, deren Söhne man in die Kasernen hineinholt, um sie dort zu dressieren, wenn es verlangt wird, auf Vater und Mutter zu schießen […] – jene Hintersassen der Nation, mit anderen Worten: denen man absichtlich die kümmerlichste Schulbildung angedeihen läßt […].[201]

Erst der Klassenkampf mache „aus den Völkern bewußte, geschlossene Nationen mit einheitlicher Kulturgemeinschaft“,[202] da er im Ergebnis die Klassengesellschaft und mit ihr die „Zerreißung des Volkes“[203] überwinde. Die von Lensch verwendete klassenkämpferische Rhetorik und die Vorwürfe gegen den konserva-

198 So beispielsweise in der Aussage „Darum ist es klug, wenn Männer, die ihrer Stellung nach sich aus den breiten Massen hervorheben, dem Volke zeigen, daß sie für seine Leiden und Wünsche nicht ohne Verständnis sind.“ Ebd.

199 Spiel mit der preußischen Wahlreform, in: Vorwärts (34), 28. Juli 1917, Nr. 204, S. 1 f., hier: S. 2.

200 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 286, 78. Sitzung vom 05. Dezember 1912, Rede von Paul Lensch (SPD), S. 2594.

201 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 286, 78. Sitzung vom 05. Dezember 1912, Rede von Paul Lensch (SPD), S. 2594 f.

202 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 286, 78. Sitzung vom 05. Dezember 1912, Rede von Paul Lensch (SPD), S. 2595.

203 Ebd.

tiven Nationsbegriff waren während des Weltkrieges in dieser Schärfe aus mehreren Gründen vonseiten der Mehrheitssozialdemokraten nicht mehr zu vernehmen: Zum einen hinderte der geschlossene „Burgfrieden" an einer Abrechnung mit dem politischen Gegner, zum anderen hatten sich die Nationsvorstellungen auf beiden Seiten gewandelt. Die konservativen und bürgerlichen Kräfte waren im Begriff, die herausragende Bedeutung der „plebs" für den Erhalt der „Nation" im Krieg anzuerkennen – auch wenn sie ihr daraus keine zusätzlichen politischen Rechte erwachsen lassen wollten. Und im sozialdemokratischen Spektrum entwickelte sich die Bedeutung des Volksbegriffes von „plebs" hin zu „demos".

Die Argumentation mit „Volk" und „Nation" – wobei letztgenannter im sozialdemokratischen Spektrum deutlich seltener als der bedeutungsoffenere Begriff „Volk" verwendet wurde – trug während des Ersten Weltkrieges dazu bei, dass die Reformdiskussion zu einer generellen Debatte um die anzuerkennende Leistung der „unteren Schichten" mutierte. Wenn auch bei Weitem nicht so häufig wie bei den Linksliberalen, so stellten doch auch die Kommentare im VORWÄRTS den Konnex zum Krieg her: Das „Volk" „[opfert und blutet] nicht für Junkerprivilegien, sondern für Volksrechte".[204] Daher bedürfe es endlich der erhofften Reformen, schließlich wolle „[d]as Volk […] wissen, wofür es kämpft".[205] Oder wie es ein öffentlicher Aufruf der Parteileitung durch Gegenüberstellung der zwei Schauplätze drastisch schilderte:

> Draußen stehen unsere Brüder im furchtbarsten Kampf, den sie seit Beginn des Weltkrieges zu bestehen hatten. Daheim spielt unterdessen das preußische Herrenhaus ein unwürdiges Spiel mit Volksrechten. […] Wie lange soll das arbeitende Volk Preußens und Deutschlands diesem unwürdigen Spiel noch zusehen?[206]

Die Wahlrechtsfrage wurde zu einem Kriegsziel, dessen Erreichung die Konservativen mit dem Klammern an „volksfeindlichen Privilegien" zu vereiteln trachteten.[207] Und auch die Kommentierung des Themas glich sich nicht selten der Semantik des Krieges an – etwa wenn der Kampf zwischen den Demokraten und den Konservativen mit einem „Sturmangriff" verglichen wurde, der „das gleiche Wahlrecht über das Schlammfeld der Einsichtslosigkeit, Rückständigkeit und Volksfeindschaft auf den festen Boden der Zukunft" führe.[208] Damit gab der VORWÄRTS den Vorwurf des „inneren Feindes" an die konservativen Status-quo-Bewahrer zurück und bezeichnete ihre Haltung etwa als eine „unverhüllte Kriegserklärung an das eigene Volk".[209] Des Weiteren stellten Sozialdemokraten in der

[204] Der neue Burgfrieden und das alte Preußen, in: Vorwärts (35), 22. August 1918, Nr. 230, S. 1 f., hier: S. 1.

[205] Paul Hirsch, Vor den Wahlrechtsverhandlungen im Herrenhause, in: Vorwärts (35), 02. September 1918, Nr. 241, S. 1 f., hier: S. 1.

[206] Die Parteileitung der Sozialdemokratie Preußens/Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An die Partei!, in: Vorwärts (35), 11. September 1918, Nr. 250, S. 1.

[207] Ebd.

[208] Heraus aus dem Schlammfeld! Ein Wahlrechtskampf in Sicht, in: Vorwärts (35), 13. April 1918, Nr. 101, S. 1 f., hier: S. 2.

[209] Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 1.

Wahlrechtsdebatte häufig den Bezug zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht her.[210] Dadurch, dass der Hauptgegner der Wahlrechtsreform zugleich auch der Klassenfeind der Arbeiterschaft war, fiel es den Sozialdemokraten leicht, die verschiedenen Bedrohungslagen semantisch zu einem Widersacher zusammenzuführen – eine Sichtweise, die bis hinein ins linksliberale Lager mitgetragen wurde, wie die im Berliner Tageblatt veröffentlichten Leitartikel gegen die Macht der „Schwerindustriellen“ nahelegen.[211]

In der Auseinandersetzung um die Wahlrechtsreform brachen die gesellschaftlichen Gräben so tief auf wie nie zuvor im Weltkrieg. Die Enttäuschung der Reformer mischte sich mit der Wut über die „volksfremde“ und „Privilegien umklammernde“ Haltung der konservativen Führungsschicht, die jegliche Empathie vermissen lasse.[212]

Im Gegensatz zur häufigen Verwendung in bürgerlich-linksliberalen Kreisen fanden harmonisierende und organische Sprachbilder nur selten Eingang in das sozialdemokratische Vokabular. Zwar kamen auch im politischen Sprachgebrauch der Sozialdemokratie Begriffe wie „Vertrauen“[213] oder „Gefühls- und Willenseinheit“[214] vor, doch bezeichneten sie stets eine Mangelerscheinung, für die die Rechten verantwortlich gemacht wurden. Das alltägliche Erleben des sozialen Antagonismus im Kaiserreich verhinderte vermutlich die Flucht in eine organische Sprache und in idyllisch-harmonische Staatsmodelle. So blieb die Haltung des Arbeitermilieus in puncto Reform des Wahlrechts und der Staatsorganisation weitgehend frei von Illusionen und erkannte die pluralistische Realität des Kaiserreichs an.

Im Verlauf der Debatte schlossen sich ursprüngliche Reformgegner teilweise den Forderungen der Linksparteien an – wie etwa die nationalliberale Reichstagsfraktion unter Führung Gustav Stresemanns. Obschon die Haltung der NLP in der Wahlrechtsfrage nicht einheitlich war, gab es doch starke Tendenzen zugunsten einer Abkehr vom geltenden Dreiklassenwahlrecht.[215] So begrüßte dann auch das Leitmedium des Nationalliberalismus, die Kölnische Zeitung, die königliche Reformankündigung im Juli 1917, da es „mit dem bisherigen Wahlrecht über kurz oder lang in Preußen zu einer Katastrophe gekommen wäre“.[216] Für die

[210] Vgl. Wolfgang Heine, Reden, in: Berliner Tageblatt (47), 14. September 1918, Nr. 470, S. 1 f., hier: S. 2.

[211] Vgl. z. B.: Wolfgang Heine, Reden, in: Berliner Tageblatt (47), 14. September 1918, Nr. 470, S. 1 f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 10. Dezember 1917, Nr. 629, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 25. Februar 1918, Nr. 102, S. 1 f.; Erich Dombrowski, Das gleiche Wahlrecht abermals abgelehnt, in: Berliner Tageblatt (47), 12. Juni 1918, Nr. 295, S. 1 f. Im Vorwärts ebenfalls gegen die „Schwerindustriellen“ und ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage: Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1 f.

[212] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 25. Februar 1918, Nr. 102, S. 1 f. hier: S. 1.

[213] Spiel mit der preußischen Wahlreform, in: Vorwärts (34), 28. Juli 1917, Nr. 204, S. 1 f., hier: S. 2.

[214] Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Vorwärts (35), 18. Mai 1918, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 1.

[215] Vgl. Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 367 f.

[216] Das gleiche Wahlrecht für Preußen. Der Erlaß des Königs, in: Kölnische Zeitung, 12. Juli 1917, Nr. 662, S. 1.

„große Mehrheit der Nation" habe das alte Wahlrecht, so das Blatt, „völlige Rechtlosigkeit bedeutet". Es sei „auf die Interessen nicht des Volkes, sondern einer bestimmten Partei zugeschnitten" gewesen.[217] Das Leitmedium des nationalliberalen Spektrums zeigte sich also für demokratische Reformen aufgeschlossen und berief sich dabei auf den „feste[n] Wille[n]" bei „Krone, Regierung und der Mehrzahl des Volkes".[218] Und auch Gustav Stresemann erklärte vor dem Reichstag für seine Fraktion, dass von der „baldigen Lösung [der preußischen Wahlrechtsfrage] […] für den inneren Frieden unseres deutschen Volks unendlich viel abhängen" werde.[219] Dennoch grassierte auf dem rechten Flügel des Liberalismus weiterhin die Furcht vor einer „Massenherrschaft".[220] Die Neugestaltung des preußischen Landtagswahlrechts barg aus dieser Warte die Gefahr einer unheilvollen Majorisierung durch die Arbeiterparteien und ließ das Schreckgespenst einer Ochlokratie, also einer Herrschaft des Pöbels, real werden. Um dieser entgegenzuwirken, plädierten die Nationalliberalen dafür, der „Vertretung der Volksmasse die Vertretung der Volkskraft"[221] gegenüberzustellen. Ein reformiertes Herrenhaus als zweite Parlamentskammer sollte zu einem „Spiegelbild der Kräfte" im Staate und zu einem „Rat der Besten" umgebaut werden.[222] Die Skepsis gegenüber der demokratischen Ordnung ging also unter den Anhängern des Nationalliberalismus so weit, dass sie versuchten, mit aristokratischen bzw. meritokratischen Elementen ein Gegengewicht zu der auf gleichem Wahlrecht basierenden Volksvertretung zu etablieren. Trotz dieser Furcht vor der „plebs" beriefen sich die Nationalliberalen auf den Volksbegriff, indem sie die erste Vertretungsinstanz mit dem negativen Zusatz „Masse" delegitimierten und die zweite mit dem positiv klingenden Wort „Kraft" aufwerteten. „Masse" stand als ein vor allem von sozialdemokratischer und linksradikaler Seite verwendeter Begriff aus Sicht der bürgerlichen Parteien für die gefährliche, unberechenbare Seite der „Volksherrschaft". Die darunter subsumierten „unteren Schichten des Volkes" wurden als ein monolithischer Block betrachtet, der auch vor Gewalt nicht zurückschrecke.[223] Erst mit Bildung einer parlamentarischen Regierung änderte sich zusehends die distanzierte Haltung im liberalen und katholischen Milieu.[224] So nimmt es kaum

[217] Ebd.

[218] Krieg dem Kriege!, in: Kölnische Zeitung, 03. Juli 1917, Nr. 629, S. 1; ähnlich auch: Zum Jahresabschluß, in: Kölnische Zeitung, 31. Dezember 1917, Nr. 1234, S. 1; Wesen und Umfang der Sicherungen, in: Kölnischer Zeitung, 7. Mai 1918, Nr. 423, S. 1.

[219] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Gustav Stresemann (NLP), S. 3953.

[220] Das neue Herrenhaus, in: Kölnische Zeitung, 27. November 1917, Nr. 1124, S. 1.

[221] Ebd.

[222] Ebd.

[223] Ein Schreckensszenario, das von linksradikaler Seite auch gerne als Drohung verwendet wurde: „Das gleiche Wahlrecht muß kommen, aber es muß kommen, weil die Massen vor keinem Opfer zurückschrecken werden, um es zu erringen." Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 3586.

[224] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 82f. So stellte Max von Baden in seiner Regierungserklärung heraus, dass „die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen" sei. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 192. Sitzung vom

wunder, dass im nationalliberalen Spektrum während der Wahlrechtsdebatte teilweise die Perhorreszierung einer „Massenherrschaft“ der „plebs“ die in den „demos“ gesetzte Hoffnung auf eine Erneuerung des Gemeinwesens überdeckte. Bei aller Skepsis gegenüber einem gleichen Wahlrecht war den Nationalliberalen doch klar, dass eine Reform nötig sei. Schließlich habe

> [d]as Volk als Ganzes […] sich in den langen Kriegsjahren sein Vaterland neu gezimmert, und das Volk als Ganzes will auch dabei sein, wenn es wieder wohnlich im Vaterlande wird.[225]

Zudem schien das Gebot der Stunde der Appell an Monarch, Regierung und Verwaltung zu sein, „mit dem Volke Fühlung zu nehmen“.[226] Nach Ansicht der Nationalliberalen sollte der Arbeiterschicht in der neuen Ordnung des Gemeinwesens die politische Gleichberechtigung zuteilwerden. Der Staat müsse sich auf eine breite Grundlage stützen und dürfe nicht länger „gegen einen Teil des Volkes“ regieren. Im gleichen Wahlrecht sahen sie neben der Gefahr einer „Massenherrschaft“ die Chance, dass durch „die politische Gleichstellung der Bürger […] Kräfte für den Staat“ freigesetzt würden, „die bisher im Klassenkampf gegen den Staat gebunden waren“.[227] Den vormals an die Wand gemalten Gefahren einer „Massenherrschaft“ stand nun die vorsichtige Hoffnung entgegen, dass

> der frei zum Ausdruck kommende Volkswille ungerechte Übergriffe oder Ausschreitungen radikaler oder reaktionärer politischer Parteien empfindlich durch Vertrauensentziehung ahnden wird.[228]

Die Wahrnehmung der sich rapide verschlechternden Stimmung im „Volk“ ließ die Furcht vor einer mit der Neuerung möglicherweise verbundenen sozialdemokratischen Majorisierung schrumpfen. Nun müsse der „Wille[…] des deutschen Volkes“ auch im „innern Volksleben zum entsprechenden Ausdruck“ kommen.[229] Schließlich, so die Nationalliberalen, müsse sichergestellt werden, dass sich die deutschen Diplomaten glaubhaft auf einen „deutschen Volkswillen“ berufen könnten.[230]

Bei allen Bedenken gegen die „Massenherrschaft“ setzte sich bei den Nationalliberalen im letzten Kriegsjahr schließlich doch die Erkenntnis durch, dass nur ein auf Gleichheit beruhendes Wahlrecht den „Volkswillen“ abbilden und zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage beitragen könne. Erstaunlicherweise argumentierten die Anhänger des Nationalliberalismus dabei nicht mit der Leistung des „Volkes“ während des Krieges. Stattdessen verwiesen sie etwa auf die von einer Einbindung aller Bevölkerungsschichten ausgehenden Kräfte für die innere und äußere „Einheit“. Ebenso wurde der im gleichen Wahlrecht zum Ausdruck kom-

05. Oktober 1918, Rede von Prinz Max von Baden (Reichskanzler), S. 6151. Ein Anspruch, der etwa von Friedrich Naumann untermauert wurde, vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 193. Sitzung vom 22. Oktober 1918, Rede von Friedrich Naumann (FVP), S. 6167.

225 Der Preis des gleichen Wahlrechts, in: Kölnische Zeitung, 11. Dezember 1917, Nr. 1173, S. 1.

226 Auf Abwegen, in: Kölnische Zeitung, 18. Oktober 1917, Nr. 998, S. 1.

227 Der Preis des gleichen Wahlrechts, in: Kölnische Zeitung, 11. Dezember 1917, Nr. 1173, S. 1.

228 Wesen und Umfang der Sicherung, in: Kölnische Zeitung, 07. Mai 1918, Nr. 423, S. 1.

229 Kriegsziele und Wahlrecht, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1918, Nr. 530, S. 1.

230 Vgl. Wesen und Umfang der Sicherung, in: Kölnische Zeitung, 07. Mai 1918, Nr. 423, S. 1.

mende „Wille des deutschen Volkes“ herausgestellt. Seine Bildung machte die Einbindung heterogener Kräfte erforderlich. Auch wenn die Nationalliberalen den geplanten Neuerungen nicht vorbehaltlos zustimmten, spielte in ihrem Wahlrechtsdiskurs der Volks-, Nations- und Einheitsgedanke eine große Rolle.

Die konservativen Kreise mussten zumindest auf die Argumentation der Reformbefürworter reagieren und traten schließlich häufig den argumentativen Rückzug an, indem sie die Leistungsthese auf den Kampf an der äußeren Front relativierten.[231] Gleichzeitig versuchten die Linken, die Haltung der Konservativen als „antinational“ oder als „Kampf gegen das Volk“ zu diffamieren.[232] Damit gelang es ihnen, den Spieß vom angeblichen Vaterlandsverrat umzudrehen und unter Bezug auf die „Nation“ in die Offensive zu gehen. Doch auch die Konservativen waren bestrebt, sich bei der Abwehr der Reformbestrebungen auf „nationale“ Hochwertwörter zu stützen. Sie argumentierten mit der Notwendigkeit von „Ruhe“ und „Stabilität“ für die „nationale Einheit“ und verwiesen auf die Gefahren einer Wahlrechtsänderung. So spiele das gleiche Wahlrecht der Entente in die Hände und führe zudem zu einer Aufwertung der polnischen Minderheit – beides Bedrohungen der (ethnischen) „Nation“.[233]

Nur wenige Monate nach der endgültigen Ablehnung der Neuregelung wurde im Oktober 1918 das preußische Wahlrecht noch einmal Thema in der politischen Berichterstattung. Für das linksliberale Spektrum sprach sich Paul Michaelis zugunsten einer schnellen „Anpassung an den Volkswillen“ aus und forderte die Revision aller deutschen Parlamente gemäß dem „wirklichen Volkswillen“.[234] Doch mussten sich die Preußen auch nach der im Oktober 1918 erfolgten Parlamentarisierung des Reichs erst einmal mit ihrem alten Wahlrecht begnügen. Die Ungleichzeitigkeit der innenpolitischen Verfassungsreformen brachte es mit sich, dass das Dreiklassenwahlrecht in Preußen erst nach dem Sturz der Monarchie ausgedient hatte.

3.2 Verantwortlich gegenüber dem „Volk“? Die Forderung nach Parlamentarisierung des Kaiserreichs

Die fehlende Macht des Parlaments im Reich stellte – neben dem ungerechten Wahlsystem im größten deutschen Einzelstaat – in den Augen der Demokraten ein zweites innenpolitisches Skandalon dar. War der Reichstag auch aufgrund des gleichen Wahlrechts (verhältnismäßig) demokratisch legitimiert und somit Vertretungsorgan des „deutschen Volkes“, blieb seine Stellung im Staatsgefüge doch ausschließlich auf die Verabschiedung von Gesetzen beschränkt. Eine Kompetenz

[231] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 162 f.; Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 77 f.

[232] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 165; Zitat: Not und Freiheit. Zum preußischen Wahlrechtskampf, in: Vorwärts (34), 08. Dezember 1917, Nr. 336, S. 1 f., hier: S. 1.

[233] Vgl. Müller, Die umkämpfte Nation, hier: S. 166 f.

[234] Paul Michaelis, Die Neuordnung der Einzelstaaten, in: Berliner Tageblatt (47), 31. Oktober 1918, Nr. 557, S. 1 f., hier: S. 2.

bei der Bestellung der Reichsregierung räumte ihm die Verfassung hingegen nicht ein. Die Exekutive war einzig dem Vertrauen des Kaisers verpflichtet; ihr mangelte es somit an der Rückbindung zu Parlament und Wahlvolk. Die Parlamentarisierung der Regierungsgewalt war eine Grundforderung der demokratischen Parteien, die in der Endphase des Ersten Weltkrieges einmal mehr auf die politische Tagesordnung rückte. Die Regierung müsse sich auf das „Vertrauen“ der Volksvertretung stützen, um die großen Herausforderungen meistern zu können und ebendies würde nur einer „parlamentarischen Regierung“ gelingen – so eine These, die zugunsten weitreichender Reformen angeführte wurde.[235] Der argumentative Bezug auf das Wort „Vertrauen“ einte die reformorientierten Kräfte. Dies lag wohl unter anderem am doppelten Bedeutungshorizont des Begriffes. Dieser konnte sowohl ein auf Gegenseitigkeit aufbauendes Gefühlsverhältnis zwischen verschiedenen Akteuren bezeichnen – und damit in einem harmonisch-organischen Kontext gelesen werden –, als auch im verfassungsrechtlichen Sinne verstanden werden als eine durch (Mehrheits-) Entscheidung kundgetane, zustimmende oder ablehnende Haltung. Durch seine Doppelbedeutung und seine positive Aufladung eignete sich „Vertrauen“ gut als integrative Vokabel, aus deren Gebrauch allein noch nicht die mit ihr verknüpften inhaltlichen Voraussetzungen ersichtlich wurden.

Im Parlamentarisierungsdiskurs waren es neben den Sozialdemokraten abermals die Linksliberalen, die vehement für die Durchführung von Reformen trommelten. Die Stellung der Volksvertretung sollte ihrer Ansicht nach so ausgebaut werden, dass diese das Recht erhalte,

> an der Regierung mitzuwirken, über das Kommen und Verschwinden der leitenden Vertrauensmänner öffentlich zu entscheiden, bei den Schicksalsfragen der Nation, bei Krieg und Frieden, rechtzeitig zu prüfen und den Willen dieser großen starken Volksgemeinschaft kundzutun.[236]

Dabei griffen die Befürworter einer Parlamentarisierung auf harmonische Staatsvorstellungen zurück, die den Einklang zwischen „Volk“, Reichstag, Regierung und Monarchen betonten. Dem Parlament kam darin die Aufgabe zu, den „Volkswillen“ „kundzutun“. Ob es ihn selbst bildete oder ob der metaphysisch verstandene Wille nur erkannt werden sollte, blieb dahingestellt. Sätze wie

> Er [der Parlamentarismus] operiert nicht in einem Schloßzimmer, sondern vor allem Volke, in der Oeffentlichkeit.[237]

ließen die Ablehnung des als intransparent und korrupt angesehenen aktuellen Regierungssystems zum Ausdruck kommen und erhoben die Öffentlichkeit des ganzen „Volkes“ zur Kontrollinstanz für politische Entscheidungen.

Die Neuaufteilung der Macht wurde als eine unabdingbare Notwendigkeit betrachtet, die mit einer Emanzipation des „deutschen Volkes“ einhergehen müsse. Ziel sei es, „das deutsche Volk in seinem eigenen Bewußtsein und in den Augen der Welt zu einer Gemeinschaft selbständiger Staatsteilhaber zu erheben“, so

[235] Vgl. Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 244f.
[236] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 16. Juli 1917, Nr. 357, S. 1.
[237] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 23. Juli 1917, Nr. 370, S. 1f., hier: S. 1.

Theodor Wolff in einem Kommentar.[238] Angesichts der Kriegssituation und der sich verschlechternden Stimmung in der Bevölkerung konnte leicht damit argumentiert werden, dass die Einbeziehung des „Volkes" dessen Motivation steigern werde.[239] Zudem verleihe der Parlamentarismus dem Staat Stabilität, „indem er ein notwendiges Ventil für den Volkswillen" öffne.[240]

Des Weiteren argumentierten die linksliberalen Zeitungskommentatoren oftmals durch die Hintertür mit der Außenseiterstellung des Deutschen Reichs und der daraus resultierenden negativen Reputation im Ausland. Dieser Trick ermöglichte es ihnen, eigene harsche Kritik an den Zuständen als gleichsam allgemeingültige ausländische Beurteilungen Deutschlands darzustellen. So behauptete etwa Theodor Wolff, das „deutsche Volk" werde

> von den anderen Kulturvölkern der Erde […] als ein einflußloses, beherrschtes, unselbständiges Untertanenvolk, die deutsche Regierungsgewalt nicht mehr als ein unkontrolliertes, im Geheimen planendes und verfügendes, ungehemmt schaltendes Fatum betrachtet […].[241]

Diese negativen Alleinstellungsmerkmale wurden unter Verwendung des – auch konservativen – Hochwertwortes „Kulturvolk" betont.[242] Dabei schwang der Vergleich mit, dass das „deutsche Volk" durch seine fehlende politische Einflussmöglichkeit auf eine Stufe mit den „unzivilisierten Völkern" gestellt und dadurch dem äußeren Ansehen sowie der „Ehre" der Deutschen Schaden zugefügt werden würde.[243]

Mit großer Vehemenz versuchten die Demokraten, die Reform der Reichsverfassung herbeizuführen. In zeitweise täglich neuen Kommentaren prangerte etwa das Berliner Tageblatt die unzureichenden Mitspracherechte des Reichstags bei der Ernennung und Amtsführung der Exekutive an.

Ähnlich wie das linksliberale nahm auch das sozialdemokratische Spektrum Bezug auf die durch den Waffengang veränderte politische Lage, die es erforder-

[238] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 09. Juli 1917, Nr. 344, S. 1 f., hier: S. 2.

[239] So etwa der Kommentar: „Auch das Volk in seiner Gesamtheit wird weiter die gewaltige Last tragen, weiter alle Opfer bringen, wenn es überzeugt sein darf, daß verständnisvolle Fürsorge seine Bürde bis an die Grenzen des Möglichen erleichtert, und das Schicksal des Landes und der Staatskinder nicht mehr vom Willen einiger wenigen abhängen soll." Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 08. Oktober 1917, Nr. 513, S. 1. Ähnlich, aber wesentlich definitiver in seiner Aussage: „Um das ganze Volk für den Existenzkampf zusammenzuschließen, muß es sicher sein, nicht Sonderinteressen geopfert zu werden." Wolfgang Heine, Reden, in: Berliner Tageblatt (47), 14. September 1918, Nr. 470, S. 1 f., hier: S. 2.

[240] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 20. August 1917, Nr. 422, S. 1. Ähnlich – wenn auch erst nach Vollzug der Verfassungsreform im Oktober 1918 – ist die Argumentation in einem Gastkommentar des Zentrumspolitikers Adolf Gröber in der Germania: [Adolf] Gröber, Der tiefere Sinn unserer Verfassungsänderungen, in: Germania (48), 31. Oktober 1918, Nr. 509, S. 1 f.

[241] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 09. Juli 1917, Nr. 344, S. 1 f., hier: S. 1.

[242] So etwa auch: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 06. August 1917, Nr. 396, S. 1 f., hier: S. 2.

[243] In Ansätzen und vereinzelt finden sich solche Argumentationen auch im sozialdemokratischen Milieu. So heißt es etwa, dass das „deutsche Volk" „im Aufstieg zu freiheitlichen Regierungsformen hinter keinem anderen" zurückstehen dürfe. Der Kanzlerwechsel, in: Vorwärts (34), 30. Oktober 1917, Nr. 298, S. 1.

lich mache, dass ein Mann als ein „Exponent einer Massenbewegung“ die Führung der „Nation“ übernehme. Der alte „Obrigkeitsstaat mit seiner führenden Junkerkaste“ sei nicht in der Lage, „die ungeheuren Aufgaben dieses Krieges“ zu lösen – „das vermag nur das Volk selbst“.[244] Der sozialdemokratische Appell zur Führung des „Volkes“ durch das „Volk“ gipfelte in Aufrufen wie: „Das Volk will auf dem Platz des Reichskanzlers einen wirklichen Führer sehen!“[245] Die an und für sich konservative Forderung nach einheitlicher und effektiver Staatsführung wendeten die Sozialdemokraten zugunsten eines Verfassungsumbaus. Das benötigte „Vertrauen“ konnte nach sozialdemokratischer Auffassung nur jemandem entgegengebracht werden, der die Nöte der „unteren Schichten“ kenne und sich auf sie und ihr Vertrauen stützen könne. Somit legitimierte sich „Führerschaft“ in diesem Milieu über Kriterien wie Zustimmung, Vertrauen und gegenseitiges Verstehen (also die Fähigkeit zur Empathie) – Eigenschaften, über die der Monarch, die von ihm eingesetzte Regierung sowie die Oberste Heeresleitung nur (noch) in unzureichendem Maße verfügten.[246] Nach den sozialdemokratischen Vorstellungen musste ein „Führer“ die direkte oder indirekte Zustimmung des „Volkes“ besitzen und sich auf eine breite parlamentarische Mehrheit stützen. Mehr noch als im Linksliberalismus wurde im Spektrum der Sozialdemokratie der Reichstag in Verbindung mit dem „Volk“ gedacht. Durch den Bezug auf das „Volk“ konnte zudem die Stellung des (pluralistisch zusammengesetzten) Parlaments semantisch gestärkt werden.[247] So hieß es etwa im VORWÄRTS:

> Jede Mißachtung, die dem Reichstag begegnet, ist eine Mißachtung des Volkes, und jede Niederlage, die dem Reichstag zugefügt wird, ist eine Niederlage des Volkes und wird von ihm als solche brennend empfunden werden.[248]

Auch bei dieser Reformdebatte fiel somit dem „Volk“ eine argumentative Schlüsselrolle zu. Wie die angeführten Beispiele deutlich machen, wurde „Volk“ im Arbeitermilieu dabei teilweise in Abgrenzung zur herrschenden Klasse, zur „führenden Junkerkaste“, im Sinne von „plebs“ verstanden. Sozialdemokratische Zeitungen nahmen für sich in Anspruch, im Namen des „Volkes“ sprechen und seinen Willen kundtun zu können – ein Anspruch, der von Medien anderer Milieus wahrgenommen und heftig kritisiert wurde.[249] In der Argumentation der Linksliberalen – und teilweise auch der Sozialdemokraten[250] – wurde an die Ehrvorstellungen der konservativen Reformgegner appelliert, indem die (kulturellen, wirtschaftlichen etc.) Errungenschaften des „deutschen Volkes“ und dessen gerin-

[244] Reichswende, in: Vorwärts (34), 14. Juli 1917, Nr. 190, S. 1 f., hier: S. 2.
[245] Führung!, in: Vorwärts (34), 23. August 1917, Nr. 230, S. 1.
[246] So rückblickend sehr deutlich: Was wird der Kaiser tun?, in: Vorwärts (35), 31. Oktober 1918, Nr. 300, S. 1 f.
[247] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 103 f.; Bollmeyer, Das „Volk“ in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, hier: S. 68 f.
[248] Der Kanzler des Unbewußten, in: Vorwärts (34), 25. Oktober 1917, Nr. 293, S. 1 f., hier: S. 1.
[249] Vgl. Umschau und Ausschau. Am Grenzstein, in: Kölnische Zeitung, 13. Oktober 1918, Nr. 956, S. 1.
[250] Vgl. Der Kanzler des Unbewußten, in: Vorwärts (34), 25. Oktober 1917, Nr. 293, S. 1 f.

ge politische Rechte einander gegenübergestellt wurden. Den Konservativen ließ sich damit leicht vorwerfen, sie würden die Deutschen auf dieselbe Stufe wie ein rechtloses „Kolonialvolk" stellen. Des Weiteren spielte die harmonische Vorstellung vom notwendigen Gleichgewicht zwischen den Staatsorganen eine wichtige Rolle in der Argumentation.[251] So sah etwa ein linksliberaler Kommentator in der Durchführung der Parlamentarisierung den Ausgleich zwischen „Staatslenker" und „Volksführer"; eine Vereinigung beider erspare „Einseitigkeiten":

> Die Staatslenkerseele darf im Interesse der Lebenden dann den Faden der reinen Staatsraison nicht ins Uferlose fortspinnen, die Volksführerseele kann nicht über die Schranken hinaus, die ihr die Staatsnotwendigkeit im Interesse der Enkel ziehen. Das bedeutet eine ungemein glückliche und für das Volk höchst beruhigende Mischung der politischen Seelenelemente in den Führern der Nation.[252]

Ein solches harmonisches Denken knüpfte an die tiefe Gemeinschaftssehnsucht und an die Überzeugung an, durch Reformen die sozialen Interessenunterschiede – wenn nicht gar überwinden, so doch – minimieren zu können. Zumeist bezog sich das Sprechen über das „Volk" im Parlamentarisierungsdiskurs innerhalb des linksliberalen Spektrums auf die „demos"-Bedeutung. Nur vereinzelt wurde der Begriff im Sinne einer zur politischen Mitbestimmung strebenden „plebs" gebraucht.[253] Im Gegensatz zu den Linksliberalen verhielten sich die Nationalliberalen in der Parlamentarisierungsdebatte sehr zurückhaltend – stritten aber den Sozialdemokraten das Recht ab, für das „Volk" sprechen zu können.

Auch die Konservativen argumentierten in der Reformdiskussion mit dem „Volk": Teilweise stand der von konservativer Seite dem „Volk" zugeschriebene „Wille" allerdings diametral zu den von anderen politischen Richtungen als „Meinung des Volkes" präsentierten Standpunkten.[254] Der „Wille des Volkes" ließ sich nicht neutral überprüfen und konnte – nach holistischem Verständnis – auch nicht festgestellt, sondern nur übersinnlich erfahren werden. Diese Überzeugung begünstigte es, dass die Berufung auf den „Volkswillen" zu einem nicht hinterfragbaren Argument werden konnte. Mit der Rede vom „deutschen Volke" griffen die Links- und Mittelparteien die eigentlich konservative Semantik des Nationalen auf und untermauerten damit argumentativ die Begründung *ihrer* politischen Ziele. Eine gänzliche Verdrängung der Konservativen aus dem angestammten semantischen Feld gelang jedoch – entgegen der Annahme Bollmeyers[255] – zu kei-

[251] Zur linksliberalen Anordnung von „Regierung" und „Volk": Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 123 f.

[252] Julius Lissner, Staatslenker und Volksführer, in: Berliner Tageblatt (46), 12. September 1917, Nr. 465, S. 1 f., hier: S. 2.

[253] So etwa in der Aussage: „Fähigkeit, sich selbst zu regieren, und Verständnis für eine nicht nur innerlich wirkende Freiheit trifft man im Volke mehr als bei den ‚großen Geistern' an." Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 02. September 1918, Nr. 447, S. 1 f., hier: S. 1.

[254] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 74, 79 u. 87.

[255] So etwa Bollmeyer, dessen Aussage, dass anlässlich der Debatte um die Friedensresolution im Juli 1917 „die oppositionellen Redner der NLP, [der] D[eutsch-]Kons[ervativen Partei] und der USPD in ihren Stellungnahmen gänzlich auf die Rede vom ‚deutschen Volk' verzichteten", sich anhand der Reichstagsreden leicht widerlegen lässt. Bollmeyer, Der steinige

ner Zeit und wäre auch kaum denkbar gewesen. Ebenso wenig kann die Berufung praktisch aller Parteien auf das „Volk“ als ein Indiz für die „zunehmende Akzeptanz des Volkssouveränitätsgedankens“ angesehen werden.[256] Zu unterschiedlich waren die Inhalte hinter den Volksbegriffen: So verknüpfte etwa das konservative Milieu mit dem Hochwertwort „Volk“ eher die Vorstellung eines holistischen Gebildes mit prädestiniertem Willen und weniger das Konzept von der Repräsentation eines pluralistischen Ganzen im demokratischen Sinne.

Doch zurück zum Prozess der Parlamentarisierung des Kaiserreichs in den letzten Kriegsmonaten: In der Ernennung des Zentrumsabgeordneten Georg von Hertling zum neuen Reichskanzler im November 1917 sahen die Optimisten unter den Reformern einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur dauerhaften Verbindung zwischen Parlament und Regierung.[257] So nannte etwa Theodor Wolff den neuen Kanzler einen „Sachführer der Krone und des Volkes“[258] und verkündete euphorisch:

> Wenn dann kein Zweifel mehr daran bestehen wird, daß jede Regierung nur mit dem Vertrauen einer Reichstagsmehrheit regieren kann, Volk und Volksvertretung bei der Wahl ihrer Geschäftsleiter und bei wichtigen Lebensfragen nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfen, dann werden die festen Grundlagen für ein gesundes, von geheimen Einflüssen befreites Staatsleben geschaffen sein.[259]

Auch im katholischen Milieu war die Freude über die Ernennung Hertlings groß: Die neue Regierung wurde als „Bindeglied […] zwischen Herrscher und Volk“,[260] als Sinnbild für die „Einigkeit zwischen Kaiser und Reich“[261] gefeiert. Die nun herbeigeführte Situation wurde als Verwirklichung der „gewünschten engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Volk“[262] betrachtet. Trotz der Euphorie über Hertlings Berufung blieb die Germania bei ihrer eher skeptischen Haltung gegenüber der Parlamentarisierung, da diese eine Abhängigkeit der Regierung „von einer zufälligen Parlamentsabstimmung“ mit sich bringe, „die in einigen Ta-

Weg zur Demokratie, S. 76. So sprach der NLP-Abgeordnete Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath in der Erklärung seiner Fraktion gleich an mehreren Stellen vom „deutschen Volke“ und auch Hugo Haase von der USPD verwendet diese Formulierung in seiner Rede. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath (NLP), S. 3585; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 3591. Zudem wurde die Wendung „unser Volk“ häufig gebraucht.

256 So etwa das Zwischenfazit Bollmeyers: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 184. Zudem besteht die Gefahr, durch eine zu weitgehende Interpretation einem Argumentationstopos aufzusitzen.

257 Vgl. Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 245–247.

258 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 05. November 1917, Nr. 565, S. 1.

259 Ebd.

260 Berlin, 9. November, in: Germania (47), 10. November 1917, Nr. 522, S. 1. Die Bedeutung dieser „Harmonie“ für „Bestand und Fortschritt“ des Vaterlandes betonend: Berlin, 2. November, in: Germania (47), 03. November 1917, Nr. 510, S. 1.

261 Berlin, 9. November, in: Germania (47), 10. November 1917, Nr. 522, S. 1; ganz ähnlich: Berlin, 2. November, in: Germania (47), 03. November 1917, Nr. 510, S. 1.

262 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Karl Trimborn (Zentrum), S. 3948.

gen vielleicht anders ausfallen würde".[263] Die Wünsche nach einer Verfassungsreform zur Stärkung des Reichstages wurden allenfalls halblaut artikuliert:

> Ist und bleibt die beste Staatsform auch die Monarchie, so haben es die furchtbaren vom Vaterland verlangten Opfer der Gegenwart mit sich gebracht, daß eine größere Teilnahme des Volkes an den Regierungsgeschäften durchaus gerecht und billig erscheint.[264]

Generell fand sich im katholischen Sprachgebrauch häufig die Forderung nach einem „Bindeglied zwischen Fürst und Volk",[265] wie sie in der Ernennung Hertlings zum Reichskanzler idealtypisch verwirklicht gesehen wurde. Somit war auch für das katholische Spektrum das „Volk" ein wichtiger Faktor und ein Hochwertwort im politischen Sprachgebrauch. Dieses blieb jedoch zumeist bedeutungsoffen und lässt sich nicht eindeutig im Sinne von „plebs", „demos" oder „ethnos" kategorisieren. Und auch das vom katholischen Milieu propagierte Konzept der Vermittlerposition war nicht mit verfassungsrechtlicher Macht – etwa in Form einer Ernennungs- und Absetzungskompetenz des Reichstages – sondern lediglich mit einem notwendigen informellen, gefühlten Vertrauen zwischen den Akteuren verbunden.[266] Die Uneindeutigkeit im katholischen Milieu in einer der zentralen Verfassungsfragen des Reichs erwuchs aus verschiedenen Faktoren: Zum einen wies das lediglich durch die Konfession zusammengehaltene Spektrum eine relative soziale und politische Heterogenität auf, zum anderen war die Befürchtung vorhanden, dass in einem nach demokratisch-parlamentarischen Prinzipien regierten Reich die katholische Minderheit sich gegenüber der protestantischen Bevölkerungsmehrheit stets in der Defensive befinden müsse. Des Weiteren ließ die mittlerweile erfolgte Integration des Katholizismus in den kleindeutschen Staat eine zu exponierte Stellungnahme gegen das herrschende System nicht opportun erscheinen.[267]

Die zunächst weitverbreitete Euphorie, dass sich der „Kaiser […] freimütig dem Volke genähert" habe,[268] hielt nicht lange an. Hertling galt nicht als ein „Volksmann",[269] eher als ein Diplomat, der nicht gerade durch Entschiedenheit oder eine besondere Nähe zum „Volk" auffiel. Dass sich eine weitere Umgestaltung des deutschen Regierungssystems anbahnte, war in den Spätsommertagen 1918 allen politischen Milieus bewusst, dennoch hielt etwa die GERMANIA – ähnliche wie die KÖLNISCHE ZEITUNG – lange an Graf Hertling fest und warnte eindringlich vor „Nachäfferei eines falschen Parlamentarismus des Auslandes" – wichtig sei eine „ruhige, langsame, sichere Entwicklung" mit einem „besonnene[n], weitausschauende[n] Mann" wie Hertling.[270] Die noch am 31. August

[263] Berlin, 9. November, in: Germania (47), 10. November 1917, Nr. 522, S. 1.
[264] Ebd.
[265] Vgl. Berlin, 13. Juli, in: Germania (47), 14. Juli 1917, Nr. 321, S. 1.
[266] Vgl. Berlin, 5. September, in: Germania (47), 06. September 1917, Nr. 413, S. 1.
[267] Auf die beiden letztgenannten Gründe geht auch Bollmeyer ein: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 70 f.
[268] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 12. November 1917, Nr. 578, S. 1 f., hier: S. 1.
[269] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 28. Januar 1918, Nr. 50, S. 1.
[270] Berlin, 11. September, in: Germania (48), 12. September 1918, Nr. 425, S. 1. Auch am Folgetag machte das Blatt in seinem Leitartikel noch einmal auf das „Gefährliche des jetzt so oft

seitens der nationalliberalen Presse verkündete „Zustimmung der weitesten Kreise des deutschen Volkes“[271] zum Kanzler war wenige Tage später zumindest bei den Reichstagsparteien weitgehend verflogen. Die schwindende Unterstützung des Parlaments läutete einen Prozess ein, der schließlich in Kombination mit den Absichten der Obersten Heeresleitung am 30. September zum Sturz Hertlings führte. So blieb die Amtszeit des einst als „Sachführer […] des Volkes“[272] gefeierten Kanzlers nur ein elfmonatiges Intermezzo in der Endphase des Krieges.

4. Das „Volk“ als letzter Rettungsanker angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs

Das langjährige Ringen um innere Reformen in Preußen und im Reich wurde im Herbst 1918 von den rasanten Entwicklungen überholt. Mit einem Mal lag das Heft des Handelns bei den Mehrheitsparteien, deren Aufgabe es nun war, das Reich unbeschadet aus der verzwickten Situation herauszugeleiten. Neben der Kriegsmüdigkeit weiter Teile der Bevölkerung, dem damit schwindenden Durchhaltewillen und den daraus erwachsenden, unabsehbaren Folgen für die äußere und „innere“ Front stellte die fragile Akzeptanz des „Volkes“ gegenüber dem erneuten Regierungswechsel ein weiteres gravierendes Problem für das Kabinett der Mehrheitsparteien dar. Der bevorstehende militärische und der befürchtete innere Zusammenbruch ließen sich nur unter Aufrechterhaltung der „nationalen Einheit“ und durch großes Vertrauen in die neue Regierung verhindern. Damit fiel – trotz des gescheiterten „Burgfriedens“ – den Vokabeln „Einheit“ und „Gemeinschaft“ die Aufgabe zu, den „inneren“ Konsens der „Nation“ zu beschwören, der das Deutsche Reich vor dem Untergang bewahren sollte. Ebenso ließ sich unter Berufung auf das „Volk“ die Stellung der Regierung festigen und ihre besondere Legitimation im Vergleich zu den vorherigen Kabinetten herausstellen.

4.1 Die neue „Volksregierung“. Die verspätete Parlamentarisierung des Kaiserreichs

Trotz der als Zugeständnis an die reformorientierten Kräfte empfundenen Ernennung Hertlings verstummte die Kritik an der formal ausgebliebenen Parlamentarisierung des Kaiserreichs nicht. Die schwindende Zustimmung für den Regierungschef im Interfraktionellen Ausschuss sowie die – gegen seinen Widerstand verabschiedeten – Forderungen der Mehrheitsparteien nach Separatfriedensverhandlungen und nach einer Parlamentarisierung des Reichs führten schließlich

wiederholten Schlagwortes von parlamentarischer Regierungsform aufmerksam“. Berlin, 12. September, in: Germania (48), 13. September 1918, Nr. 427, S. 1. Ähnlich auch: Graf Hertling, in: Kölnische Zeitung, 31. August 1918, Nr. 808, S. 1.

271 Graf Hertling, in: Kölnische Zeitung, 31. August 1918, Nr. 808, S. 1.

272 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (46), 05. November 1917, Nr. 565, S. 1.

Ende September 1918 zum Sturz des Kanzlers.[273] Die existenzielle Situation des Deutschen Reichs nach dem Ende der Regierung Hertling machte der VORWÄRTS mit den Worten deutlich:

> Aber es geht heute um mehr als um einzelne Menschen, es geht um das ganze Volk, es geht um die neue Welt, die sich aus diesem Blutbad erheben soll.[274]

Darin fanden der Ernst der Lage sowie die sozialdemokratische Hoffnung auf die staatliche Erneuerung ihren Ausdruck. Die Entscheidung der MSPD zur Übernahme der Regierungsverantwortung lastete schwer auf der Partei, doch aus Sicht ihrer führenden Politiker ging es in dieser Situation um Grundsätzliches – um die „Geschichte unseres Volkes“,[275] „um das ganze Volk“[276] oder, wie es Philipp Scheidemann auf der entscheidenden Sitzung von Parteivorstand und Fraktion formulierte:

> Aber die Situation ist so unsagbar schwer, daß uns höher als alle Parteiinteressen das Schicksal unseres Volkes, das Leben unserer Soldaten stehen muß, die draußen Tag für Tag gemordet werden.[277]

Mit der Regierungsverantwortung war für die Sozialdemokraten die Gefahr verbunden, durch unpopuläre Entscheidungen den „Konnex mit den breiten Massen des Volkes“ zu verlieren, wie etwa Otto Braun warnte.[278] Doch habe in der augenblicklichen Situation das „Parteiinteresse“ hinter dem „Interesse des deutschen Volkes“ zurückzustehen.[279] Nur der gemeinsame Eintritt der Mehrheitsparteien in die Regierung schien Rettung zu bieten. So erhoben sich im linksliberalen und sozialdemokratischen Lager sofort Stimmen, die für die Bildung einer „Volksregierung“ plädierten. Hinter diesem neuen Wort, das sich in der Presse vor allem für den Zeitraum zwischen dem Sturz Hertlings und der Novemberrevolution nachweisen lässt,[280] verbarg sich die Vorstellung einer auf das Parlament als Ver-

[273] Näheres hierzu: Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 422–437.

[274] Rücktritt Herlings. Versuch einer parlamentarischen Kabinettsbildung, in: Vorwärts (35), 01. Oktober 1918, Nr. 270, S. 1 f., hier: S. 2.

[275] Ebd.

[276] Ebd.

[277] Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918, Rede von Philipp Scheidemann, zitiert nach: Matthias/Pikart (Hrsg.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, S. 429.

[278] Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918, Rede von Otto Braun, zitiert nach: Matthias/Pikart (Hrsg.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, S. 451.

[279] Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918, Rede von Philipp Scheidemann, zitiert nach: Matthias/Pikart (Hrsg.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, S. 428.

[280] Im hier verwendeten Korpus findet sich der Begriff „Volksregierung“ erstmals am 28. September 1918 und kann im Zeitraum bis zum 10. November 1918 in 17 Zeitungskommentaren sämtlicher ausgewerteter Medien nachgewiesen werden. In der VOSSISCHEN ZEITUNG wurde das Wort im Jahr 1918 einmal im Januar (in Bezug auf die Ukraine) und dann erst wieder im Zusammenhang mit der deutschen Innenpolitik im Oktober verwendet. Für Oktober und November 1918 finden sich 13 Nachweise des Wortes in dem liberalen Medium. Im Dezember 1918 taucht „Volksregierung“ nur noch einmal in der VOSSISCHEN ZEITUNG auf. Vgl. De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

tretung des „Volkes“ gestützten Exekutive. Wie das Kompositum „Volksstaat“ war „Volksregierung“ ein demokratischer Erwartungsbegriff, in dem sich die Wertvorstellungen einer parlamentarischen Demokratie abbildeten. Erstgenannte Begriffszusammensetzung wurde als Gegenpol zum bisher geläufigen Modell vom „Obrigkeitsstaat“ verstanden,[281] ohne dass hierfür gleich der stärker ideologisierte Begriff „Republik“ gebraucht wurde.[282] Seinen Aufstieg erfuhr der Begriff „Volksstaat“ mit der neuen Regierung Max von Badens im Oktober 1918, als er erstmals in hohem Maße in der Presse Verwendung fand.[283] Die Zusammensetzung „Volksregierung“ richtete das Augenmerk auf die parlamentarische Bindung der Exekutive. Zugleich schwang darin die Vorstellung mit, dass eine entsprechende Regierung aus Mitgliedern des „ganzen Volkes“ bestehe. Letztendlich war es das – auch in Max von Badens Regierungserklärung anzutreffende – Bild einer Ordnung, die sich auf eine breitere Basis als die vormalige Regierung von Kaisers Gnaden stütze. Allein deshalb, so betonte Max von Baden, könne er nicht nur in seinem Namen und in dem seiner Mitarbeiter, „sondern auch im Namen des deutschen Volkes“ sprechen.[284] Da das Plädoyer für eine parlamentarische Regierung zu den langjährigen linksliberalen Forderungen gehört hatte,[285] wurde der Begriff in den Zeitungen des Milieus häufig gebraucht. Aber auch in den Leitmedien des katholischen und sozialdemokratischen Milieus war er oftmals anzutreffen. Hingegen verzichtete die der NLP nahestehende Kölnische Zeitung in den ausgewerteten Leitartikeln auf das Wort, betonte jedoch anderweitig die breite Legitimationsbasis des Kabinetts Max von Baden.[286]

[281] So etwa Otto Landsberg in der Diskussion der SPD-Reichstagsfraktion über den Eintritt in die Regierung: „Ich bin der festen Überzeugung, daß die breiten Massen demokratisch denken und der Meinung sind, daß Deutschland, das bisher ein Obrigkeitsstaat war, ein Volksstaat werden muß.“ Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918, Rede von Otto Landsberg, zitiert nach: Matthias/Pikart (Hrsg.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, S. 446. Ähnlich auch im Aufruf des SPD-Parteivorstandes an die Bevölkerung vom 17. Oktober 1918: „Deutschland ist auf dem Weg vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat.“ Zitiert nach: Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An Deutschlands Männer und Frauen!, in: Vorwärts (35), 18. Oktober 1918, Nr. 287, S. 1. Allgemein zum „Volksstaat“ als Gegenmodell zum „Obrigkeitsstaat“: Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 75 u. 261; Steffen Bruendel, Zur Identität von Volk und Staat, hier: S. 216 u. 222.

[282] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 131.

[283] Im hier verwendeten Korpus taucht „Volksstaat“ etwa in der Germania erstmals im Oktober 1918 auf. Die neue Vokabel wurde in diesem Monat in gleich vier ausgewerteten Leitartikeln des katholischen Blattes verwendet; im November findet sie sich in drei ausgewerteten Kommentaren. Diese Beobachtung wird auch durch die statistische Auswertung der Vossischen Zeitung gestützt. Darin wurde das Wort im Jahr 1918 jeweils einmal im Januar und Juni, sowie zweimal im Oktober und viermal im November verwendet. Vgl. De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

[284] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 192. Sitzung vom 05. Oktober 1918, Rede von Prinz Max von Baden (Reichskanzler), S. 6151.

[285] So drückte etwa der Tagebucheintrag Theodor Wolffs vom 25. September 1918 sein liberales Selbstverständnis aus: „Ich arbeite natürlich für d[ie] Volksregierung u[nd] für durchgreifende Parlamentarisirung [sic!] u[nd] völlige Umgestaltung.“ Zitiert nach: Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher, S. 628.

[286] Vgl. Eine historische Sitzung, in: Kölnische Zeitung, 06. Oktober 1918, Nr. 932, S. 1 f., hier: S. 1.

Gegenbegriffe zu dem positiv konnotierten Ausdruck „Volksregierung“ fand sowohl die linke als auch die rechte Opposition: Von der einen Seite als „bürgerliche Regierung“ betitelt, bezeichnete das andere Lager das neue Kabinett als „Parteiregierung“ oder „Mehrheitsregierung“[287] – Begriffe, die das Postulat, für das (ganze) „Volk“ sprechen zu können, infrage stellen sollten. Konservativ-nationalistische und „völkische“ Kritik am Anspruch der Exekutive, „Volksregierung“ zu sein, manifestierte sich aber auch in Formen sprachlicher Distanzierung wie sie etwa in der Formulierung „die jetzige sogenannte Volksregierung“[288] oder in der Setzung von Anführungszeichen[289] zum Ausdruck kam. Insbesondere die Wirkmächtigkeit der Gegenbegriffe war jedoch begrenzt – die Semantik „Volksregierung“ entfaltete dagegen größere Kraft: So war es das Zustandekommen der „Volksregierung“, von dem in den Augen Theodor Wolffs das Ende des Krieges abhing:

> Man braucht nicht aus einem besonderen Quell der Weisheit getrunken zu haben, um zu begreifen, daß schließlich doch nur eine Volksregierung, die im Notfalle auch alle Kräfte zur äußersten Verteidigung wachzurufen vermöchte, den Krieg beenden wird. Aber es wird eine Volksregierung sein müssen, der man ansieht, daß sie es ist.[290]

Auch das Milieu um die katholische Zentrumspartei begrüßte den Machtwechsel. Durch die Einbeziehung der Mehrheitsparteien könne „einmal der Wille der unzweifelhaften Mehrheit des deutschen Volkes zur Geltung kommen“, so die Germania.[291] Und Konstantin Fehrenbach erhoffte sich von der neuen Regierung, dass sie „in steter inniger Fühlungnahme mit dem Volke und nur auf das Wohl des Volkes bedacht“ ihr Amt ausüben möge.[292] Ein im katholischen Milieu immer wieder als wichtig herausgestelltes Kriterium war, dass die „Geltendmachung [des Willens der Volksmehrheit, Anm. jr] einheitlich“ erfolgen müsse. Zudem wurde die Vertretungsfunktion für das „Volk“ in den Mittelpunkt gestellt, etwa wenn die Germania betonte, dass auf dem Boden des Regierungsprogramms

> nicht nur die Männer der Regierung, sondern Ausweis der auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählten Reichstags schlechthin das deutsche Volk [stünde].[293]

Im katholischen Verständnis bedurfte es keiner formalen Parlamentarisierung oder gar einer Abschaffung der Monarchie – allein die vertrauensvolle Einbeziehung einer breiten Mehrheit des „deutschen Volkes“ in die politischen Entscheidungsprozesse wurde als unabdingbare Notwendigkeit angesehen. So galten die als Staatssekretäre in die Regierung eingetretenen Politiker der Mehrheitsparteien bereits als „ausgesprochene[…] Träger[….] des Volksvertrauens“.[294] Von Bedeu-

[287] Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 125 f.
[288] Deutsches Volk, wach auf!, in: Münchener Beobachter (32), 02. November 1918, S. 1.
[289] Vgl. beispielsweise: Die bolschewistische Gefahr, in: Deutsche Tageszeitung (25), 06. November 1918, Nr. 565, S. 1 f., hier: S. 1; Der Zusammenbruch der „Volksregierung“, in: Deutsche Tageszeitung (25), 07. November 1918, Nr. 568, S. 1.
[290] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 30. September 1918, Nr. 499, S. 1 f., hier: S. 2.
[291] Berlin, 5. Oktober, in: Germania (48), 06. Oktober 1918, Nr. 467, S. 1.
[292] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 192. Sitzung vom 5. Oktober 1918, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Reichstagspräsident), S. 6150.
[293] Berlin, 5. Oktober, in: Germania (48), 06. Oktober 1918, Nr. 467, S. 1.
[294] Berlin, 12. Oktober, in: Germania (48), 13. Oktober 1918, Nr. 479, S. 1.

tung erschien zudem das Kriterium der „inneren Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Kabinetts“.[295] Diese Auffassung wandte sich zum einen gegen den aus den verschiedenen Einzelstimmen der regierungstragenden Parteien erklingenden kakofonen Chor und stand zum anderen für die Idee einer harmonisch-ausgewogenen, aber nach außen dennoch starken Führung. In dem Spagat, sowohl die „Rechte des Thrones“ als auch die „des Volkes“ zu schützen,[296] war vom katholischen Milieu kein weitreichender Reformaktionismus zu erwarten. Der Versuch, die beiden Pole „Volk“ und „Kaiser“ in ein erneuertes harmonisches Gefüge zu stellen, scheiterte jedoch an den politischen und sozialen Gegensätzen im Krieg führenden Kaiserreich – letztlich somit an der disharmonischen Gegenwart.

Noch während sich die demokratisch gesinnte Presse über die Installierung einer parlamentarischen Regierung Gedanken machte, überschlugen sich die Ereignisse im Reich. Am 30. September veröffentlichte der Kaiser ein Schreiben, das die Mitarbeit des „Volkes“ an der Regierung ankündigte und damit – wie Sprecher aus dem linksliberalen Milieu euphorisch feststellten – „dem deutschen Volke in seinen gewählten Vertretern das Recht der Selbstbestimmung“[297] verlieh. Doch geschah dieser Schritt nicht selbstlos, sondern auf Druck der Militärführung. Angesichts der ausweglosen Kriegssituation des Deutschen Reichs war dieser daran gelegen, die Mehrheitsparteien in die Verantwortung für die erwarteten schwierigen Friedensverhandlungen zu nehmen. Dieses Kalkül war bereits den zeitgenössischen politischen Beobachtern im Oktober 1918 bewusst, die auf die Verantwortlichkeit des alten Staatssystems für das „Schicksal der Nation“ hinwiesen.[298] Zugleich wurde die neue Reichsregierung unter Max von Baden mit viel Wohlwollen begrüßt. Vor allem die linksliberalen Kräfte sahen in dem süddeutschen Prinzen einen Verfechter für das „klare Bekenntnis zum Recht des Volkes und das Vertrauen zum Volk“,[299] der nie für „kriegerische[…] Abenteuer[…]“ gestanden habe, sondern stets ein Vertreter der „Volksmehrheit“[300] gewesen sei. Die Begeisterung für den neuen Regierungschef verband sich mit der Verurteilung des vormaligen Regierungssystems. Dieses habe „im Kriege die Psychologie des Volkes nicht verstanden“[301] und überdies das Volk „allzulange [sic!] zu übertriebenen Hoffnungen“ verführt[302].

Mit Erleichterung wurde der durch die Oktoberreformen eingeleitete Systemwechsel etwa seitens der Linksliberalen aufgenommen: „Zum erstenmal darf ein deutscher Reichskanzler von sich sagen, daß der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihm stehe“, so Paul Michaelis im Berliner Tageblatt.[303] Aus

[295] Berlin, 1. Oktober, in: Germania (48), 02. Oktober 1918, Nr. 459, S. 1.
[296] Ebd.
[297] Die Lage, in: Berliner Tageblatt (47), 01. Oktober 1918, Nr. 501, S. 1.
[298] Ebd.
[299] Ludwig Haas, Der neue Kanzler, in: Berliner Tageblatt (47), 03. Oktober 1918, Nr. 505, S. 1.
[300] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 06. Oktober 1918, Nr. 511, S. 1.
[301] Ludwig Haas, Zum Handschreiben des Kaisers, in: Berliner Tageblatt (47), 01. Oktober 1918, Nr. 501, S. 1.
[302] Ludwig Haas, Der neue Kanzler, in: Berliner Tageblatt (47), 03. Oktober 1918, Nr. 501, S. 1.
[303] Paul Michaelis, Der Systemwechsel im Reich. Verfassungsrechtliche Konsequenzen, in: Berliner Tageblatt (47), 11. Oktober 1918, Nr. 520, S. 1f., hier: S. 1.

sozialdemokratischer und linksliberaler Sicht war die Parlamentarisierung des politischen Systems allerdings lediglich ein Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung des Reichs. So sprach der SPD-Abgeordnete Wolfgang Heine am 29. Oktober im Berliner Tageblatt sicherlich für die Anhängerschaft beider Parteien, wenn er konstatierte:

> Die Mehrheit des Reichstags hat die Zügel der staatlichen Macht ergriffen und schafft jetzt im Verein mit dem Bundesrat einen Zustand der Gesetzgebung, der die Herrschaft des Volkes, die sich in der Regierung des Volksvertretung ausspricht, befestigen und ihr die Gewähr der Dauer und weiterer fruchtbarer Fortbildung geben soll.[304]

Ähnlich äußerte sich auch der sozialdemokratische Publizist Heinrich Peus, der den 5. Oktober als Beginn der „Selbstregierung des deutschen Volkes“[305] und als „Schicksalstag in der Geschichte des deutschen Volkes“[306] würdigte und gleichzeitig mahnte:

> Es ist jetzt unsere Sache alles zu tun, daß die Demokratie im deutschen Volk auch wahre Demokratie wird, daß sie bis unten herunter in der Mitarbeit des ganzen Volkes das erforderliche Fundament bekomme. […] Das ganze Volk bis zum letzten Staatsbürger muß aufgerufen werden für das Wohl des Ganzen seinen besten Gedanken und seinen besten Willen herzugeben.[307]

Zudem plädierte der Reichstagsabgeordnete mit Emphase für eine allumfassende Einführung der Demokratie, in deren Folge die „Selbstregierung und Selbstverwaltung […] zu einem organischen Ganzen verschmelzen“ werde, „das ganze Volk […] ein einheitlicher Staatskörper werden“ müsse, sowie „Volk und Staat eine Einheit“ seien.[308] Seine Zukunftserwartung kleidete Peus in organische Metaphern, die seine Idealvorstellung von einer ganzheitlichen Demokratie abbildeten. Auch wenn er „Volk“ vermutlich als „demos“ verstanden wissen wollte, war sein Erwartungshorizont von der holistischen Vorstellung einer omnipräsenten Demokratie geprägt.

Dass die umstürzenden Ereignisse nur wenige Tage später zu einer noch weiter greifenden Demokratisierung des Reichs und seiner Länder auf revolutionärem Wege führen sollten, lag außerhalb des Erwartungshorizontes (und des konkreten Bestrebens) der Sprecher sowohl aus dem sozialdemokratisch als auch aus dem linksliberal gesinnten politischen Spektrum. Ihnen hätten zunächst einmal die Verwirklichung der parlamentarischen Monarchie und die gegebene Option auf Weiterentwicklung genügt.[309] Die Abdankung des Kaisers wäre daher, nachdem

[304] Wolfgang Heine, Macht und Recht, in: Berliner Tageblatt (47), 29. Oktober 1918, Nr. 553, S. 1 f., hier: S. 1.

[305] Heinrich Peus, Die deutsche Volksregierung, in: Sozialistische Monatshefte (24), 1918, Nr. 17, S. 929–932, hier: S. 929.

[306] Peus, Die deutsche Volksregierung, hier: S. 932.

[307] Peus, Die deutsche Volksregierung, hier: S. 929 f. (Hervorhebungen im Original).

[308] Peus, Die deutsche Volksregierung, hier: S. 931.

[309] Eine Forderung, die schon im Juli 1917 beim Rücktritt Bethmann Hollwegs seitens des Vorwärts erhoben wurde. Vgl. Reichswende, in: Vorwärts (34), 14. Juli 1917, Nr. 190, S. 1 f., hier: S. 1; vgl. hierzu auch: Wolfram Pyta, Die Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts. Neue Einsichten zur Überlebenschance der parlamentarischen Monarchie in Deutschland im

die Forderung nach „Herrschaft des Volkes“ erfüllt war, nicht nötig gewesen. Aus Sicht der Demokraten waren im Moment vielmehr andere Aspekte wie die Hebung der „Volkskräfte“ zum Zwecke der „Wiedergeburt unseres staatlichen Lebens“ notwendig.[310]

Als zurückhaltend kann die Haltung des nationalliberalen Milieus gegenüber den Verfassungsreformen bezeichnet werden. Hervorgehoben wurde zwar, dass sich die Regierung nun „auf die überwiegende Mehrheit des Volkes“ stütze, zugleich wurde aber vor einer nicht näher definierten „unzulässige[n] Einwirkung“ gewarnt.[311]

Die Parlamentarisierung wurde als ein nicht zu erwartendes Resultat der Kriegserfahrungen begriffen, mit dem sich „die Mehrzahl der Parteien abgefunden“ habe.[312] Jetzt stünden alle Parteien und Volksschichten – mit Ausnahme der Konservativen – „in einer geschlossenen Reihe mit Krone und Regierung“.[313] Obwohl sich darin auch die NLP einreihte, brach im nationalliberalen Milieu kein begeisterter Jubel über die neue Machtstellung des Parlaments aus. Jedoch wurde der neuen Verfassungsordnung die Chance zugebilligt, den „Fehler des alten Systems, daß das Volk sich zu passiv regieren ließ“, zu beheben. Ferner werde sie „staatsmännische Talente im Volke […] wecken“ sowie zu einer „Politisierung des Volkes“ beitragen.[314]

Nach Verabschiedung der Verfassungsreformen im Oktober 1918 übte die zuvor stets zurückhaltende Germania rückblickend dann doch erstaunlich deutliche Kritik an den strukturellen Problemen des alten Systems. Zeitpunkt und Formulierungen ließen diese Meinungsäußerung aber primär wie eine Rechtfertigung für die neue Haltung des Zentrums erscheinen. So wurde die überkommene Abschottung von Beamtentum und Militär in Preußen und die daraus erwachsende, mangelnde „Durchdringung dieser bevorzugten Klasse[n] mit frischem Blut aus der breiten Masse“ kritisiert und der „Volksstaat“ als eine „echte deutsche Einrichtung“ bis in die „Urwälder[…] der germanischen Vorzeit“ zurückgeführt.[315] Mit teilweise abstrusen Erklärungen wie der historischen Verortung des Volksstaatsmodells in der Frühgeschichte wurde versucht, der eigenen politischen Orientierungslosigkeit und der Unsicherheit bei den Anhängern zu begegnen. Die Zentrumspartei gerierte sich als ein durch den „Zug der Zeit“ getriebener Akteur.[316] So

Herbst 1918, in: Patrick Merziger/Rudolf Stöber/Esther-Beate Körber/Jürgen Michael Schulz (Hrsg.), Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, S. 363–381, hier: S. 366f.

310 Wolfgang Heine, Macht und Recht, in: Berliner Tageblatt (47), 29. Oktober 1918, Nr. 553, S. 1f., hier: S. 1.

311 Was uns not tut!, in: Kölnische Zeitung, 18. Oktober 1918, Nr. 975, S. 1.

312 Der neue Kurs, in: Kölnische Zeitung, 24. Oktober 1918, Nr. 994, S. 1.

313 Ebd.

314 Ebd.

315 Adolf Gröber, Der tiefere Sinn unserer Verfassungsänderungen, in: Germania (48), 31. Oktober 1918, Nr. 509, S. 1f.

316 Vgl. Adolf Gröber, Der tiefere Sinn unserer Verfassungsänderungen, in: Germania (48), 31. Oktober 1918, Nr. 509, S. 1f., hier: S. 2.

ahistorisch die Rückführung des parlamentarischen Systems auf die Tiefen der „Nationalgeschichte“ auch bereits den Zeitgenossen erschienen sein mag, so lag die Bedeutung dieses Arguments doch eher in der Betonung bzw. Konstruktion einer spezifisch deutschen Tradition. Auf keinen Fall durfte der Eindruck entstehen, die Regierung habe dem Druck der wilsonschen Friedensbedingungen nachgegeben und in Reaktion darauf das vormals verachtete „westliche“ Demokratiemodell im Reich eingeführt.[317]

Doch befand sich nicht nur das Staatssystem in einer kaum mehr aufhaltbaren Entwicklung, vielmehr entfalteten verschiedene Faktoren im Herbst 1918 eine Sogwirkung, die zu einer veritablen Umwälzung der Gegebenheiten führen sollte. Trotz der katastrophalen inneren und äußeren Lage des Reichs versuchte etwa der Vorwärts, Zuversicht über die nun der Welt sichtbar werdende „Wiedergeburt des deutschen Volkes“ zu verbreiten.[318] Jedoch sei die „Schrecklarve des junkerlichen Systems“ viel zu spät gefallen; nur so habe dieses das „ganze Volk in seinem Sturz“ mit hinabreißen können.[319] Dieses „zu spät“ und Überlegungen dazu, was geschehen wäre, wenn es bereits vor dem oder im Krieg eine „Volksregierung“ gegeben hätte, bewegten das sozialdemokratische Spektrum.[320] Doch halfen in der aktuellen Lage kontrafaktische Gedankenspiele ebenso wenig weiter wie die im klassenkämpferischen Duktus verfassten Schuldzuweisungen gegen die alten Eliten.

Und auch die leise Hoffnung auf Zugeständnisse des Auslands nach dem deutschen Systemwechsel stellte in Anbetracht der mitverursachten „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) bestenfalls Zweckoptimismus dar. Zugleich waren sich die Mehrheitsparteien bewusst, dass es für die Akzeptanz der neuen demokratischen Ordnung in der Bevölkerung an wichtigen Voraussetzungen fehlte, so habe die „Volksregierung […] gegen sich jenen offiziellen Geist, der von den Schulen und den Universitäten durch das öffentliche Leben“ gehe.[321] Dass die mentale Umstellung vielleicht sogar ein noch größeres Problem als der politische Vollzug des Wandels darstellte, war eine Erkenntnis, die in Anbetracht der verheerenden Lage auch bei den jahrzehntelangen Reformbefürwortern die Euphorie dämpfte. Selbst der sozialdemokratische Vorwärts zeigte Verständnis

317 Allgemein zur Debatte um die Frage der „nationalen Identität“ und der Abgrenzung zum „Westen“ infolge des Ersten Weltkrieges: Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980, S. 167–177.

318 Die Reichstagssitzung vom 22. Oktober, in: Vorwärts (35), 23. Oktober 1918, Nr. 292, S. 1.

319 Ebd.; ähnlich auch etwa: Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An Deutschlands Männer und Frauen!, in: Vorwärts (35), 18. Oktober 1918, Nr. 287, S. 1.

320 Vgl. Was wird der Kaiser tun?, in: Vorwärts (35), 31. Oktober 1918, Nr. 300, S. 1; ebenfalls: Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An Deutschlands Männer und Frauen!, in: Vorwärts (35), 18. Oktober 1918, Nr. 287, S. 1; unter Verweis auf die von der Sozialdemokratie schon vor 1914 eingenommene Haltung zugunsten einer „Demokratisierung aller Staatseinrichtungen“ und mit ausdrücklicher Kritik an den „politischen Fehler[n]“ des „deutschen Volkes“: Die neue Note Wilsons, in: Vorwärts (35), 16. Oktober 1918, Nr. 285, S. 1 f., hier: S. 1.

321 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 30. September 1918, Nr. 499, S. 1 f., hier: S. 1.

dafür, dass die am 26. Oktober vom Reichstag beschlossene Verfassungsreform die „Empfindungen mancher Volkskreise schmerzlich“ treffe.[322]

4.2 Der Appell an die „nationale Einheit“ nach dem inoffiziellen Ende des „Burgfriedens“

Die „nationale“, durch den „Geist von 1914“ geprägte Sicht auf die Gesellschaft hatte verhindert, dass das Bürgertum die breite Unzufriedenheit der „unteren Schichten“ frühzeitig ernst nahm.[323] Sätze wie die des konservativen Reichstagsabgeordneten Kuno von Westarp, der behauptete, dass bis zum Eintritt des Sieges „unser Volk aller Entbehrung, aller Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage Herr werden [muß, will und kann]“,[324] waren eine Mischung aus propagandistischer Durchhalteparole, Wunschdenken und Verkennung der tatsächlichen Situation. Und auch in der argumentativen Verbindung zwischen dem angeblich im „Volke“ verwurzelten „Militarismus“ und dem seiner Seele innewohnenden „Geist von 1813, 1870 und 1914“[325] gaben sich die Sprecher aus dem konservativen Spektrum der Illusion hin, dass das Erlebnis des Kriegsausbruchs Abbild einer dauerhaften „nationalen“ Begeisterung gewesen sei.

Die Betonung der „einmütigen Geschlossenheit“,[326] der „geschlossenen Einheit“,[327] der „Einigkeit“,[328] des „inneren Friedens[s] unseres deutschen Volks“[329] oder der „Einigkeit und Geschlossenheit“[330] war – seitens der Sprecher der untersuchten Milieus und auch in konservativ-nationalistischen sowie „völkischen“ Kreisen[331] – verbunden mit der appellierenden Aufforderung an das „Volk“ und

[322] Der Reichstagsbeschluss für Demokratie, in: Vorwärts (35), 27. Oktober 1918, Nr. 296, S. 1.

[323] Das trifft selbst für die Verwaltungselite zu. Vgl. Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation, S. 134f.

[324] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Kuno von Westarp (DkP), S. 3584.

[325] BArch R 8034-II/7884: Buddecke, Der deutsche Militarismus, in: Libau, 07. März 1918, Nr. 55.

[326] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Kuno von Westarp (DkP), S. 3584; ähnlich: Berlin, 27. September, in: Germania (48), 28. September 1918, Nr. 453, S. 1; Die Einheit der inneren Front, in: Kölnische Zeitung, 09. Juli 1918, Nr. 627, S. 1.

[327] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Reichstagspräsident), S. 3575.

[328] Gemeinsame Resolution, zitiert nach: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, 116. Sitzung vom 19. Juli 1917, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Reichstagspräsident), S. 3573.

[329] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Gustav Stresemann (NLP), S. 3953.

[330] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Karl Trimborn (Zentrum), S. 3948.

[331] Als beispielhaft hierfür können die Appelle des Münchener Beobachters zur „Einheitsfront des deutschen Volkes“ angesehen werden, die allerdings mit heftiger Kritik am „fehlenden Mannesmut“ der Regierung einhergingen: In die Einheitsfront!, in: Münchener Beobachter (32), 02. November 1918, Nr. 22, S. 1; Deutsches Volk, wach auf!, in: Münchener Beobachter (32), 02. November 1918, Nr. 22, S. 1. In der konservativen Deutschen Tageszeitung wurde im Oktober/November 1918 vor der Abkehr von der Monarchie und den daraus erwachsenden negativen Folgen für die „Reichseinheit und Volkseinheit“ gewarnt. Der „Zerfall

seine verschiedenen politischen Gruppierungen, den „Burgfrieden“ zu wahren. Die „innere politische Einheitsfront“[332] wurde als Notwendigkeit angesichts der Bedrohung durch den äußeren Feind wahrgenommen. Doch diente der gebetsmühlenartige Ruf nach „Einigkeit, Einigkeit und noch einmal Einigkeit“[333] auch dazu, Veränderungen zu blockieren und Kritik an der gegenwärtigen Lage zu unterbinden. „Parteiungen, Stimmungen, Meinungsverschiedenheiten und Persönlichkeiten“[334] wurden in einen Gegensatz zu dem beschworenen Einheitsideal gestellt. Äußerungen, die auf ein nachlassendes Vertrauen des „Volkes“ in seine Führung und damit auf ein Schwinden der „Geschlossenheit“ aufmerksam machten, galten als „Stimmungsmache“ und „Keime der Zwietracht“.[335] Für den Fall, dass das Deutsche Reich zerbrechen sollte, waren von nationalliberaler Seite bereits die Schuldigen ausgemacht: Die Parteien, die „nichts anderes zu sinnen vermögen als die Aufrichtung ihrer Herrschaft, die sie fälschlicherweise mit der des Volkes gleichstellen“.[336] Die paradoxe Folge solcher und ähnlicher Vorverurteilungen: Durch ständige Beteuerungen und gegenseitige Vorwürfe wurde der Einheitsdiskurs selbst zu einem Quell der Zwietracht, obwohl der „nationale“ Konsens von keiner der etablierten Parteien grundsätzlich infrage gestellt wurde. Kritik am „Burgfrieden“ kam allenfalls von sozialdemokratischer Seite: Die USPD brandmarkte ihn als Instrument der „Polizeiwillkür und Militärdiktatur“, das „die Aufrechterhaltung jener Stickluft“ bedeute, „die dem Volke jedes freie Atmen“ raube.[337] Und auch im mehrheitssozialdemokratischen VORWÄRTS fanden sich kritische Stimmen, die den „Burgfrieden“ mit dem „Frieden des Kirchhofs“ oder einer „Narkose“ verglichen und als „wunsch- und ideenlosen stumpfen Gehorsam“ verurteilten. Trotz dieser Kritik hielt die MSPD prinzipiell an dem Konzept fest, forderte aber mehr politische Rechte und Pluralismus.[338] Gleichwohl war der „Burgfrieden“ schon längst nur noch auf dem Papier vorhanden. Doch fuhren die Parteien, da sich keine wagte, den „Burgfrieden“ aufzukündigen, einen doppelten Kurs: Auf der einen Seite vertraten sie ihre politischen Interessen auch im Krieg mit Nachdruck, verkündeten auf der anderen Seite aber die „Geschlossenheit des Volkes“ und appellierten an die „einheitliche innere Front“.

des Deutschen Reiches und Volkes wäre die unausbleibliche Folge“. Um den Kaiser, in: Deutsche Tageszeitung (25), 01. November 1918,Nr. 556, S. 1f.; vgl. auch: Der Dank für Tannenberg!, in: Deutsche Tageszeitung (25), 26. Oktober 1918, Nr. 545, S. 1.

332 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Karl Trimborn (Zentrum), S. 3948; ähnlich: Berlin, 31. August, in: Germania (47), 01. September 1918, Nr. 407, S. 1; Die Einheit der inneren Front, in: Kölnische Zeitung, 09. Juli 1918, Nr. 627, S. 1.

333 Einigkeit, in: Kölnische Zeitung, 19. Juli 1917, Nr. 685, S. 1.

334 Die Forderung der Stunde, in: Kölnische Zeitung, 04. August 1917, Nr. 740, S. 1.

335 Berlin, 9. Januar, in: Germania (47), 10. Januar 1918, Nr. 15, S. 1.

336 August Maurer, Das deutsche Volk und der Reichstag, in: Kölnische Zeitung, 25. August 1917, Nr. 812, S. 1.

337 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 3964.

338 Der neue Burgfrieden und das alte Preußen, in: Vorwärts (35), 22. August 1918, Nr. 230, S. 1f., hier: S. 2.

Bereits in der Debatte um die Friedensresolution im Juli 1917 war es zu einem nicht mehr zu übersehenden Bruch zwischen den Reichstagsparteien gekommen: Die Mitglieder der Fraktionen von Zentrum, FVP und MSPD hatten den Antragstext, der sich für einen Verständigungsfrieden aussprach, gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstag verabschiedet. Damit spaltete die Frage des Friedensschlusses die eigentlich im „Burgfrieden“ vereinten Parteien und schuf mit der Allianz zwischen Zentrum, Linksliberalen und Mehrheitssozialdemokraten ein Mitte-links-Bündnis, das bereit war, staatspolitische Verantwortung zu übernehmen. Zählte die NLP auch noch zu den gemäßigten Kräften des rechten Parteienspektrums – stand also zwischen Konservativen und Mehrheitsparteien –, zeigte sich doch, dass ihre Position etwa im Hinblick auf die imperialistischen Forderungen beim deutsch-russischen Friedensschluss von Brest-Litowsk deutlich von jener des Mitte-links-Bündnisses abwich. So begründete etwa Philipp Hiltebrandt in einem Gastbeitrag für die Kölnische Zeitung die weitreichenden deutschen Forderungen an Sowjetrussland mit der Ernährungslage des „deutschen Volkes“ und berief sich bei der geplanten Hegemonie auf das Demokratieprinzip, da „den Interessen von 20 Millionen Randvölkern […] die von 70 Millionen Deutschen“ gegenüberstünden: „[A]uch nach den Prinzipien der Demokratie [hat das deutsche Volk] ein volles Recht auf Angliederung jener Gebiete.“[339] Mit dem Verweis auf das Verlangen des „deutschen Volkes“ und unter argumentativer Heranziehung des Hochwertwortes „Demokratie“ legitimierte der Autor damit das Recht des Stärkeren und die imperialistischen Pläne der Konservativen und Alldeutschen. Solche Töne machten einmal mehr deutlich, dass innerhalb des politischen Spektrums zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten selbst in einer so grundsätzlichen Frage wie die der territorialen Kriegsziele keine Übereinstimmung bestand – eine Tatsache, die das ständige Beteuern von „Einigkeit“ kaum zu überdecken vermochte.

Die Beschwörung der „Einheit“ zielte auf verschiedene, teilweise eng miteinander verbundene Bereiche – auf eine staatlich-territoriale, eine institutionell-innere, eine parteiübergreifend-politische, eine außenpolitisch-militärische sowie auf eine an das Zusammengehörigkeitsgefühl der „Bevölkerung“ appellierende Ebene. Durch Betonung der territorialen Komponente sollte versucht werden, die äußere Gestalt des Deutschen Reichs zu bewahren. Neben dem „Vernichtungswille[n] unserer Feinde“[340] bargen aus Sicht vieler Zeitgenossen auch innere Spannungen Gefahren für die „deutsche Einheit“. Die Gründe hierfür wurden etwa von linksliberaler Seite in den Versäumnissen des alten Obrigkeitsstaates gesehen, die zur „Zerspaltung des deutschen Volkes […] aus der Mitte der Regierung heraus“ beigetragen hätten. Das bismarcksche Kaiserreich sei „eben doch kein voller Staat des Volkes“ gewesen, ihm habe der „Tropfen demokratischen Öls“ gefehlt.[341] Nichts-

[339] Philipp Hiltebrandt, Die Grundlagen des russisch-deutschen Friedens, in: Kölnische Zeitung, 31. Januar 1918, Nr. 101, S. 1 f., hier: S. 1.
[340] BArch R 8034-II/7885: Frankfurter Zeitung (62), 21. Oktober 1918, Nr. 292, S. 1.
[341] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 193. Sitzung vom 22. Oktober 1918, Rede von Friedrich Naumann (FVP), S. 6167.

destoweniger wurde selbst in katholischen Kreisen im Sturz des Kaisers eine „Katastrophe für die deutsche Einheit“ gesehen.[342] Der Monarch galt weit über das deutschnational-konservative Milieu hinaus[343] als Garant für die territoriale Integrität des Deutschen Reichs. So ließ die Umbruchphase auch eine Diskussion über die Neuordnung der Bundesstaaten und ihrer Beziehung zum Gesamtstaat aufbrechen. Darin wurde von linksliberaler Seite der „Wille zum Volksstaat“ betont, der „trotz aller berechtigten Selbstbestimmung der deutschen Stämme“ als „eine allen gemeinsame Aufgabe […] den Aufbau des heimatlichen Staates nach demokratischen Grundsätzen im Anschluß an die Entwicklung im Reich“ beinhalten solle.[344] Aus dieser Sicht standen hinter dem schillernden Volksstaatsbegriff unterschiedliche Programmpunkte: Dies war neben der Umsetzung einer parlamentarischen Regierungsform auf der einen Seite die Angleichung der einzelstaatlichen Systeme an das Modell der Reichsebene, sprich: eine Parlamentarisierung der Bundesstaaten, sowie die Forderung nach einer stärkeren Zusammenfassung der Gliedstaaten in Richtung eines föderal oder gar einheitsstaatlich verfassten Reichs auf der anderen Seite.

„Einheit“ war eines der beherrschenden Themen des Jahres 1918. Der vierte Jahrestag des Kriegsausbruchs im August 1918 bot noch einmal Anlass, um kritisch auf die „Einheit“ des parteiübergreifenden „Burgfriedens“ zurückzublicken, aber auch um über die Gegenwart nachzudenken: Die Sozialdemokraten stellten bei dieser Gelegenheit ihre Treue zu „Volk“ und Staat erneut heraus:

> Daß das sozialdemokratische Volksdrittel in der Abwehr äußerer Gefahr mit den beiden anderen Volksteilen zusammensteht, da es die Niederlage Deutschlands so wenig wollen kann, wie das ganze Volke sie wollen kann, das und gar nichts anderes ist der klare Sinn des vierten August.[345]

Damit wappnete sich das sozialdemokratische Milieu gegen Verratsvorwürfe seitens der Konservativen. Als „vaterlandslose Gesellen“, die zur Niederlage der deutschen Truppen beigetragen hätten, wollten die Sozialdemokraten nicht gelten; sie verwiesen stattdessen auf ihre Haltung bei Kriegsausbruch.

An das „Wunder des deutschen Volkes“[346] vom August 1914 erinnerte man sich auch im nationalliberalen Milieu gerne zurück – nicht ohne jedoch das Lob auf die „Leistungen unsers Volkes draußen“[347] zu beschränken:

> Wer aber verfolgt hat, mit welch felsenfester Unerschütterlichkeit unsre äußere Front in allen diesen Jahren standgehalten hat, dessen Blick verweilt zuweilen mit um so größerm Befremden auf unsrer innern Front, drinnen im Lande.[348]

[342] Berlin, 1. November, in: Germania (48), 02. November 1918, Nr. 513, S. 1. Ähnlich auch: Berlin, 30. Oktober, in: Germania (48), 31. Oktober 1918, Nr. 509, S. 1; Berlin, 31. Oktober, in: Germania (48), 01. November 1918, Nr. 511, S. 1.

[343] Vgl. Um den Kaiser, in: Deutsche Tageszeitung (25), 01. November 1918, Nr. 556, S. 1 f.

[344] Paul Michaelis, Die Neuordnung der Einzelstaaten, in: Berliner Tageblatt (47), 31. Oktober 1918, Nr. 557, S. 1 f., hier: S. 1.

[345] 4. August, in: Vorwärts (35), 04. August 1918, Nr. 212, S. 1 f., hier: S. 2.

[346] Unsere innere Front, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1918, Nr. 698, S. 1 f., hier: S. 1.

[347] Ebd.

[348] Ebd.

Die Erfahrung der „lückenhaft[en]“ „innere[n] Front“, des „Kampf[es] mit unsrer inneren politischen Schwäche, mit dem Fehlen eines festgegründeten Nationalcharakters“, ließ im nationalliberalen Leitmedium die positive Erinnerung an den Jahrestag des Kriegsbeginns in den Hintergrund treten.[349] Selbst für den August 1914 wurde das Bild der „Einheit“ auf die „äußere Front“ beschränkt – das gängige Narrativ von der „inneren Einheit“ wurde damit in der KÖLNISCHEN ZEITUNG verworfen. Diese Kritik war struktureller Art: So resümierte der Kommentator bitter, dass das „Gefühl, ein Volk zu sein“, in „Deutschland immer künstlich gewesen“ sei.[350] Trotz dieser Enttäuschung stellte der August 1914 für die Nationalliberalen eine „heilige Erinnerung“ dar.[351] Darauf ließ sich dann etwa in den folgenden krisenhaften September- und Oktobertagen des Jahres 1918 unkritisch zurückgreifen.[352] Die Forderung, „durch diese Krise zur Einheitsfront“[353] zu gelangen, war verbunden mit dem Bekenntnis, die aus der „Einheitsfront“ Abtrünnigen als „Feigling und Volksverräter“ zu brandmarken und zu bestrafen[354]. Und auch das im Nachhinein als falsch betrachtete Verhalten bei Kriegsausbruch gegenüber den Sozialdemokraten wurde mit drastischen Worten beklagt:

> Hätten wir auch unser öffentliches Leben vom ersten Kriegstage an ‚militarisiert‘, wie es unsre Gegner getan haben, hätten wir wie sie jedes politische Strebertum und jede Spur nationaler Verzagtheit, wo sie sich auch zeigten, rücksichtslos unterdrückt, so wäre uns das sich abwickelnde Schauspiel, das uns vor uns selbst demütigt, erspart geblieben.[355]

Neben solch autoritären, aber zugleich verzweifelt anmutenden Forderungen begegneten die Nationalliberalen der sich im Oktober und November 1918 dramatisch zuspitzenden Lage mit dem fortwährenden Appell an Vernunft, „Opferwilligkeit“, „ruhige Entschlossenheit“ und den „klare[n] Blick“ des „Volkes“[356] – es gelte: „das deutsche Volk vor dem deutschen Volke zu schützen, vor der widerlichen Ichsucht auf der einen Seite […] und vor der Politik der Illusionen auf der andern“.[357]

Auch die neu an die Macht gelangten Parteien bemühten sich, an den Einheitsgeist zu appellieren, indem sie die parlamentarische Regierung der Mehrheitsparteien in die Tradition des „August 1914“ stellten. So schrieb der auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie beheimatete Dessauer Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine auch im Sinne der linksliberalen Leser des BERLINER TAGEBLATTS:

> Das Bewußtsein seelischer Zusammengehörigkeit der Volksgenossen im freien Staate, das sich in den Augusttagen von 1914 entwickelte […], dieses Bewußtsein, das dann dank dem Zaudern

[349] Ebd.
[350] Ebd.
[351] Erinnerung und Ausblick, in: Kölnische Zeitung, 01. August 1918, Nr. 707, S. 1.
[352] Vgl. Was uns not tut!, in: Kölnische Zeitung, 18. Oktober 1918, Nr. 975, S. 1; zum August 1914 auch: Was wir fürchten und hoffen, in: Kölnische Zeitung, 01. Oktober 1918, Nr. 926, S. 1.
[353] Durch Not zur Einigkeit!, in: Kölnische Zeitung, 01. Oktober 1918, Nr. 912, S. 1.
[354] Was uns not tut!, in: Kölnische Zeitung, 18. Oktober 1918, Nr. 975, S. 1.
[355] [Karl] Jarres, Wirtschaft! Horatio!, in: Kölnische Zeitung, 03. Oktober 1918, Nr. 920, S. 1.
[356] Um den Kaiser, in Kölnische Zeitung, 02. November 1918, Nr. 1022, S. 1.
[357] Ebd.

und der Unfähigkeit des Militarismus und der Bureaukratie fast abhanden gekommen zu sein schien, lebt jetzt wieder auf in der zielbewußten Politik der Reichstagsmehrheit.[358]

Des Weiteren war Heine wie vermutlich weite Kreise im Spektrum der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus der Ansicht, dass nicht der die Freiheit des „Volkes“ lähmende „Burgfrieden“, sondern nur die „volle[…] Freiheit“ eine „innere Einigkeit des Volkes“ bringen könne.[359] Die Vorstellung der Sozialdemokraten und Linksliberalen von „innerer Einheit“ verband sich darin nicht mit Freiheitsbeschränkung und Beendigung des Meinungsstreits, sondern setzte demokratisch pluralistische Werte als gesellschaftliche Notwendigkeit voraus. Gerade an deren Mangel, so die treffsichere Analyse Heines, sei der „Burgfrieden“ gescheitert.[360] Heines Appell an die „innere Einheit“ bildete in den Oktobertagen 1918 keine Ausnahme: Schon in seiner Regierungserklärung hatte der neue Reichskanzler Max von Baden an den „einheitlichen, entschlossenen politischen Willen“ durch den erfolgten Zusammenschluss der großen Parteien appelliert. Die Durchsetzungsstärke der Regierung hänge von dem hinter ihr stehenden „einheitliche[n] und feste[n], unerschütterliche[n] Volkswille[n]“ ab.[361]

5. Zwischenfazit: Der Erste Weltkrieg und die „deutsche Einheit“

Die Begriffe von Volk und Staat, von Nation und Vaterland, die wir bisher als überkommenes Erbe gewohnheitsmäßig weitergeführt haben, sie sind jetzt von jedem einzelnen des gesamten Volkes als sein eigenstes Eigentum in ihrem ganzen Werte unmittelbar erfaßt worden, seit dem Tage, wo sich das ganze Volk wie ein Mann erhob, seitdem draußen im Felde unsere Söhne und Brüder tagtäglich ihr Leben einsetzen.[362]

Zu diesem Schluss gelangte Reichskanzler Georg von Hertling in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Reichstag. In der Sichtweise Hertlings und der vieler seiner Zeitgenossen hatte der Beginn des Ersten Weltkrieges das Bewusstsein für „Volk“ und „Nation“ verändert. Dem Krieg wurde eine erneuernde und einigende Wirkung zugesprochen. Gestaltete sich auch das realhistorische „August-Erlebnis 1914“ weit weniger eindeutig, als es die Erinnerung und Propaganda nachträg-

[358] Wolfgang Heine, Macht und Recht, in: Berliner Tageblatt (47), 29. Oktober 1918, Nr. 553, S. 1 f., hier: S. 2.

[359] Ebd. Zu der Verbindung von „Einheitlichkeit“ und „Freiheitsgedanken“ auch: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 193. Sitzung vom 22. Oktober 1918, Rede von Friedrich Naumann (FVP), S. 6168; ebenso zum Konnex zwischen „nationaler Gemeinschaft“ sowie Freiheits- und Gleichheitsrechten: Hugo Preuß, Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft (Rede vom 19. Oktober 1918), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 345–361, hier: S. 360 f.

[360] Vgl. Wolfgang Heine, Macht und Recht, in: Berliner Tageblatt (47), 29. Oktober 1918, Nr. 553, S. 1 f.

[361] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, 192. Sitzung vom 05. Oktober 1918, Rede von Prinz Max von Baden (Reichskanzler), S. 6152.

[362] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 127. Sitzung vom 29. November 1917, Rede von Georg von Hertling (Zentrum, Reichskanzler), S. 3945.

lich zeichnete, so war doch das Bekenntnis zur „Einheit des Volkes“ ein ständig artikulierter Wunsch und Wille. Die Kriegssituation und der „Burgfrieden“ zwischen den Parteien trugen dazu bei, dass „nationale“ Vokabeln in den Grundwortschatz aller sozialen Gruppierungen der deutschen Kriegsgesellschaft gelangten. Die Kehrseite des „Burgfriedens“ war die Homogenisierung der Meinungen. Wie eine Decke sollte er sich für die Zeit des Krieges über die politischen, wirtschaftlichen sowie sozialen Friktionen und Spannungen legen – ein Kalkül, das mit zunehmender Kriegsdauer zum Scheitern verurteilt war. Gleichwohl taten sich die untersuchten Parteien des Reichstages schwer, nicht von den Volks-, Nations- und Gemeinschaftskonzepten der Konservativen vereinnahmt zu werden. Mitunter ähnelten die von ihnen verwendeten organischen Metaphern denen des rechten Spektrums, doch gelang es vor allem den Mehrheitsparteien oftmals, diese Sprach- und Denkbilder mit eigenen Inhalten zu füllen – etwa indem der pluralistische Charakter des „Volkskörpers“ ausdrücklich betont wurde. Mit der Differenzierung des „Volkswillens“ in „Mehrheit“ und „Minderheit“ und durch Verknüpfung des „nationalen“ Bekenntnisses mit einem internationalistischen bzw. kosmopolitischen Weltbild ließ sich verhindern, dass den Konservativen die Deutungshoheit für die Volksbegriffe zufiel. Einen von allen politischen Kräften beschrittenen „deutschen Sonderweg“ gab es – was die Volks-, Nations- und Einheitsvorstellung angelangt – somit nicht. Allerdings lassen sich auch ethnische, holistische sowie metaphysisch aufgeladene Konzepte im untersuchten politischen Spektrum ausmachen. Sie waren zwar nicht Bestandteile der alltäglichen Sprache, befanden sich aber doch innerhalb des jeweiligen Milieus im Bereich des Sagbaren. In der Debatte um innere Reformen des Kaiserreichs gelang es den reformorientierten Kräften in Linksliberalismus und Sozialdemokratie, die „nationalen“ Vokabeln für ihre Zwecke einzusetzen und die Reformgegner semantisch in einen Widerspruch zum „Volk“ zu stellen. Mit der politischen Umwälzung des Oktober 1918 wurde von den Mehrheitsparteien noch einmal verstärkt auf den Volks- und Einheitsbegriff rekurriert. Die katastrophale militärische Lage machte es notwendig, an die „Einheit“ des „Volkes“ zu appellieren und zugleich die besondere Legitimation der neuen Regierung unter Rückgriff auf das „Volk“ zu begründen. Zwar war der „Burgfrieden“ de facto schon während des Krieges zerbrochen, doch hielten die Parteien der Mitte zumindest rhetorisch weiterhin an ihm fest und gaben verzweifelte Durchhalteparolen aus. Dem in der Erinnerung strahlenden „August 1914“ war spätestens im Sommer 1918 der Katzenjammer über die „inneren Zerrissenheit“ und die fehlende Fähigkeit der Deutschen, ein „Volk“ zu sein, gefolgt.

Die Phase des Ersten Weltkrieges spielte also in doppelter Hinsicht eine entscheidende Rolle für die Volks- und Einheitsvorstellungen in Deutschland: Auf der einen Seite stand die Erinnerung an die gefühlte „inneren Einheit der Nation“ im August 1914, auf der anderen Seite die tiefe Enttäuschung über das baldige Scheitern ebenjener „Einheit des Volkes“. Für das kollektive Gedächtnis der Zeitgenossen nahm angesichts des durch die Novemberrevolution sowie durch die Auseinandersetzungen der Umbruchzeit verunsicherten politischen und na-

tionalen Selbstverständnisses das Kaiserreich und der Weltkrieg als Erinnerungsort eine kaum zu unterschätzende Bedeutung ein. Die „nationale Einheit“ war – einmal als verwirklichte, einmal als auseinandergebrochene „Einheit“ – das zentrale Narrativ sowohl in der Erzählung vom „August 1914“ als auch in der vom „November 1918“.[363] Mittels der Dolchstoßlegende gelang es, die Gründe für den deutschen Zusammenbruch nicht im Feld oder in militärischen Fehlentscheidungen, sondern in der Heimat – und dort im Verrat durch den „inneren Feind“ – zu finden. Die Niederlage war aus Sicht vieler Konservativer nicht auf eigene Fehler oder Unzulänglichkeiten des alten Staatssystems zurückzuführen, sondern auf das Verhalten der Mehrheitsparteien, allen voran das der Sozialdemokraten.[364] Zugleich mehrten sich Zweifel am „deutschen Volk“, das während des Krieges an der „inneren Front“ nicht alles für den Sieg gegeben habe und sich in seiner Charakterschwäche von den Parolen der Verräter habe mitreißen lassen. Somit verbanden sich in der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg die Verwirklichung und das Scheitern des Traums von einem „deutschen Volk“. Vor dieser Hintergrundfolie der in der Erinnerung noch hochpräsenten Kriegsjahre spielte sich in der Weimarer Republik die Debatte um „Volk“, „Nation“, „Einheit“ und „Gemeinschaft“ ab.

[363] So pointiert etwa auch: Wirsching, „Augusterlebnis“ 1914 und „Dolchstoß“ 1918, hier: S. 198–202; ebenfalls: Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, hier: S. 64.

[364] Vgl. hierzu beispielhaft die teilweise noch vor dem Beginn der Novemberrevolution erschienenen Kommentare in der deutschnational-konservativen Deutschen Tageszeitung: Der Zusammenbruch der „Volksregierung“, in: Deutsche Tageszeitung (25), 07. November 1918, Nr. 568, S. 1; Schafft Ordnung!, in: Deutsche Tageszeitung (25), 08. November 1918, Nr. 570, S. 1 f.; Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen. Einberufung einer Nationalversammlung, in: Deutsche Tageszeitung (25), 09. November 1918, Nr. 572, S. 1.

IV. Das „Volk“ wird souverän. Revolution und Verfassungsgebung 1918/19

1. „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“? Die Revolution 1918

Die Anspannung in den letzten Oktober- und ersten Novembertagen 1918 war mit Händen zu greifen. Ähnlich wie im August 1914 beriefen sich in diesen Wochen die Sprecher aller politischen Lager häufig auf das „Volk“ und die „Einheit“ der „deutschen Nation“. Die wachsende innere Unruhe sowie die ausweglos erscheinende militärische Lage des Deutschen Reichs bargen nicht nur für das erst am 28. Oktober endgültig zu einer parlamentarischen Monarchie umgestaltete politische System des Kaiserreichs Sprengstoff, sondern bedrohten auch die innere und äußere Existenz des deutschen Staates. Den Zündfunken, der die Situation zum Explodieren brachte, bildete schließlich der Befehl der Marineleitung zum Auslaufen der Flotte für eine letzte Schlacht gegen die englische Royal Navy: Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel reagierten auf die selbstmörderische Anweisung mit Befehlsverweigerung. Ihr Ungehorsam weitete sich bald zu einem allgemeinen Aufstand aus. Am Abend des 8. November erreichte die Revolte die Reichshauptstadt. Die sich überschlagenden Ereignisse in Berlin sollten am Folgetag nicht nur zum Sturz der Regierung Max von Baden und zur Abdankung des Kaisers, sondern auch zur doppelten Republikausrufung und damit zur revolutionären Umwälzung der deutschen Verfassungsordnung führen.

1.1 „demos“ oder „plebs“? – Die Frage nach der Macht des „Volkes“

Der 9. November 1918 wurde zu einem Schlüsseldatum der deutschen Geschichte. Nachdem sich das Kaiserreich erst wenige Tage zuvor von der konstitutionellen zu einer parlamentarischen Monarchie gewandelt hatte, bewirkten die revolutionären Ereignisse erneut einen Umbruch der Staatsform. Statt des Hohenzollernregenten Wilhelm II. stand nun der MSPD-Vorsitzende und gelernte Sattler Friedrich Ebert an der Spitze des Staates. Bis zur Wahl einer Nationalversammlung sollte er die Regierungsgeschäfte kommissarisch leiten. Die Berufung Eberts zum Reichskanzler war Sinnbild für das Anbrechen einer neuen Ära. Mit dem Führer der Mehrheitssozialdemokraten übte erstmals der Parteivorsitzende der größten Fraktion im Reichstag das Amt des Staats- und Regierungschefs aus. Die Macht war damit symbolisch an das „Volk“ übergegangen.

In den Mittagsstunden des 9. November hatten in Berlin sowohl Philipp Scheidemann als auch Karl Liebknecht die Republik ausgerufen. Ihre Proklamationen schufen Tatsachen. Im Gegensatz zu Liebknechts Rede wurde die Ansprache Schei-

demanns stenografisch erfasst. Diesen Aufzeichnungen zufolge rief der MSPD-Politiker der Menschenmenge vor dem Reichstag zu:

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete! Wir müssen stolz sein können in alle Zukunft auf diesen Tag! Nichts darf existieren, was man uns später wird vorwerfen können! Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist das, was wir jetzt brauchen![1]

Die von Scheidemann später in seinen Erinnerungen niedergeschriebenen und auf Schallplatte gesprochenen angeblichen Worte seiner Proklamation können dagegen als eine Konstruktion, wenn nicht gar als eine „selbstverfaßte Fälschung“ angesehen werden.[2] Sie lauten:

Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! Der Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit. Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt! Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik![3]

In beiden Versionen nimmt das „Volk“ eine zentrale Rolle ein. Mit der Behauptung, dass „das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt“ habe, schuf Scheidemann semantisch eine Realität, die den faktischen Ereignissen vorausging. Ebenso wenig wie die Kaiserabdankung und der Zusammenbruch des alten Systems bereits eingetreten waren, standen am Mittag des 9. November 1918 die umstürzenden Folgen der Revolution und damit der Sieg des „Volkes“ fest. In seiner Proklamation positionierte Scheidemann das „deutsche Volk“ in einem latenten Gegensatz zur bisher herrschenden aristokratischen Elite. Damit knüpfte der Mehrheitssozialdemokrat an die Begriffsbedeutung von „Volk“ als „plebs“ an. In der von ihm später veröffentlichten Version ließ der MSPD-Führer diesen Aspekt noch stärker zutage treten. Hier findet sich statt dem distanzierten „Sie“ die Anredeform „Ihr“ und die Titulatur „Arbeiter und Soldaten“.[4] Scheidemann veränderte also nachträglich Duktus und Adressatenkreis seiner Rede. In der Aussage „das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt“ trat des Weiteren die rechtlich-

[1] Zitiert nach: Manfred Jessen-Klingenberg, Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, in: GWU (19), 1968, Nr. 11, S. 649–656, hier: S. 653.

[2] Jessen-Klingenberg, Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, hier: S. 649.

[3] Zitiert nach: Jessen-Klingenberg, Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, hier: S. 654 f.

[4] Zitiert nach: Jessen-Klingenberg, Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, hier: S. 654.

politische Bedeutung des Wortes „Volk“ im Sinne von „Gesamtheit der Angehörigen eines Staates“[5] hervor. Diesen allgemeinen und staatspolitischen Anspruch relativiert Scheidemann in seiner späteren Niederschrift etwas, verzichtet auf den Zusatz „deutsch“ und konstruiert seine Rede stärker auf einen Gegensatz zwischen der „plebs“ und den „Regierten“ hin.

Nur in der nachträglichen Fassung Scheidemanns finden sich die berühmten Worte „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“ Mit diesem Satz gelang es dem MSPD-Führer, die Forderungen der Revolution auf eine Sentenz zu bringen, die in der Folge oftmals als Originalzitat aus den Revolutionstagen angesehen wurde. Doch handelte es sich hierbei um eine Deutung in der Rückschau. In der Aussage griff der MSPD-Vorsitzende einen seit Beginn des 19. Jahrhunderts verbreiteten Satz auf, der in Frontstellung zum antidemokratischen Leitspruch „Alles für das Volk; nichts durch das Volk“ stand.[6] Alle Gewalt im Staat sollte fortan gemäß demokratischem Verständnis „durch das Volk“ ausgeübt werden. Doch schwankte auch hier der Volksbegriff Scheidemanns zwischen dem „demos“ und der zu Trägern des Staates aufgewerteten „plebs“. So ließ Scheidemann offen, ob die deutsche Republik auf dem Willen aller Staatsbürger oder nur auf dem Willen der bisher „Regierten“ (unter Ausschluss der vormals herrschenden Schichten) beruhen solle. Mittels der später vorgenommenen Umschreibung seiner Rede hin auf die „Arbeiter und Soldaten“ konnte Scheidemann dem linken Vorwurf des Verrats an der Revolution begegnen. Doch war der Charakter der eigentlichen Proklamation wesentlich stärker distanziert und defensiv zur Ordnung mahnend gewesen, als es die von Scheidemann später verbreitete Version glauben machen wollte.

Im Gegensatz zur Ansprache des MSPD-Parteivorsitzenden ist in der – nur indirekt und bruchstückhaft tradierten – Proklamation Karl Liebknechts keine Berufung auf das „Volk“ überliefert. Stattdessen nahm der USPD-Politiker lediglich auf die „Arbeiter und Soldaten“ Bezug und forderte die Schaffung einer neuen staatlichen „Ordnung des Proletariats“.[7] Mit seiner Rede rief Liebknecht „die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme umfassen“ solle, aus.[8] Die Verwendung des ursprünglich ethnisch verstandenen Stammesbegriffes erstaunt; sie lässt sich möglicherweise aus der bewussten Vermeidung des Rekurses auf die dynastische Tradition der deutschen Einzelstaaten erklären. Im Gegensatz zu

[5] Volk, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 20: Veda bis Zz (1908), Leipzig 1902–1913, S. 223.

[6] So wird der Ausspruch „Alles für das Volk. Nichts durch das Volk“ auf Napoleon Bonaparte zurückgeführt. Die Devise „Alles für das Volk. Alles durch das Volk“ wird mit seinem Bruder, dem spanischen König Joseph I., in Verbindung gebracht. Vgl. Martin, Ueber die Dogmen: Alles für das Volk, Nichts durch das Volk. Alles für das Volk, Alles durch das Volk, in: Karl Heinrich Ludwig Pölitz (Hrsg.), Jahrbuecher der Geschichte und Staatskunst. Erster Band, Leipzig 1835, S. 120–140. „Alles für das Volk. Nichts durch das Volk“ diente zuvor auch als Motto der ab 1781 unter Joseph II. eingeleiteten Reformen des österreichisch-ungarischen Staatswesens.

[7] Der 9. November in Berlin, in: Vossische Zeitung, 10. November 1918, Nr. 576, S. 1 f., hier: S. 2.

[8] Ebd.

Scheidemann richtete sich Liebknecht an einen engeren Adressatenkreis: Mehrfach sprach er seine Zuhörerschaft als „Parteigenossen“[9] an, auch wenn sicherlich nicht alle Versammelten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörten.

Während sich der USPD-Führer bei der Republikausrufung also vor allem an die eigene Anhängerschaft wandte, wollte Scheidemann mit seiner Proklamation alle demokratisch gesinnten Kräfte einbeziehen. Daher setzte der MSPD-Parteivorsitzende „Volk“ als integratives Hochwertwort ein und versuchte damit an die demokratischen Erwartungen, etwa im Liberalismus, zu appellieren.

Dass fortan die Staatsgewalt vom „Volke“ auszugehen habe, gehörte im November 1918 zu den Grundüberzeugungen weiter Teile des politischen Spektrums. Doch herrschten etwa zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den weiter links stehenden Anhängern von USPD und Spartakusbund unterschiedliche Ansichten über die Definition von „Volk“ und über den Modus seiner politischen Willensäußerung vor. Während die MSPD das „Volk“ zumeist als pluralistischen „demos“ verstand und es durch ein demokratisch gewähltes Parlament repräsentiert wissen wollte, favorisierten die Linksradikalen ein Rätesystem, das aus der Masse der Arbeiter und Soldaten gewählt werden sollte, und meinten mit „Volk“ eher die „plebs“ bzw. die „werktätige Bevölkerung“. Sie benutzten Formulierungen wie „Vertreter[…] des revolutionären Volkes (Spartakus-Gruppe)“,[10] sprachen von „proletarischen Volksmassen“ und artikulierten ihre Kritik am bürgerlichen Volks- und Nationsbegriff durch die Verwendung von Distanzmarkern in Form von Anführungszeichen[11]. Die unterschiedliche Staats- und Volksvorstellung im linken Spektrum markierte die Bruchlinie zwischen dem Ideal einer repräsentativen Demokratie unter Beteiligung aller Staatsbürger und dem einer diktatorischen Herrschaft des Proletariats.

Die gegensätzlichen Positionen machte der MSPD-Vorstand in einem noch am 9. November an die USPD gerichteten Brief deutlich:

Sie [die Mitglieder des USPD-Parteivorstands] fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.

Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk und die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte Exekutive, Legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Antwort: Mit diesem Verlangen ist die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, also müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.[12]

[9] Ebd.

[10] Berlin unter der roten Fahne. Polizeipräsidium gestürmt. – 650 Gefangene befreit. – Rote Fahnen am Schloß, in: Die rote Fahne, 09. November 1918, Nr. 1, S. 1.

[11] Vgl. Rosa Luxemburg, Die Nationalversammlung, in: Die Rote Fahne, 20. November 1918, Nr. 5, S. 1f., Zitat: S. 2.

[12] Schreiben an den Vorstand der USPD vom 9. November 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 1f., hier: S. 1.

Das Recht des „demos“ auf politische Teilhabe und seine Letztentscheidungskompetenz über die zukünftige Staatsordnung genoss aus Sicht der Mehrheitssozialdemokraten Vorrang vor der Umsetzung des sozialistischen Ziels einer Klassenherrschaft des Proletariats. Gleichwohl betonten Sprecher der Mehrheitssozialdemokratie immer wieder die enge Verbindung zwischen dem „demos“ und der Arbeiterschaft. Diese Semantiken gingen jedoch nicht so weit, dass im Denken der MSPD die Rechte der „plebs“ denen des „demos“ vorangingen. So stellte der Chefredakteur des VORWÄRTS, Friedrich Stampfer, am 13. November 1918 klar, was er – und mit ihm wohl ein Großteil der MSPD-Anhängerschaft – unter „Volk“ verstand:

> Was ist das Volk? Das Volk ist die Gesamtheit aller erwachsenen Staatsangehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts. Auf welchem Wege kann das Volk geeignete Aufträge erteilen? Nur durch ordentlichen Mehrheitsbeschluß auf dem Wege allgemeiner Wahlen oder Abstimmungen, die gegen jede Fälschung, gegen jede ungehörige Beeinflussung sichergestellt sein müssen. Nur vom ganzen Volke kann die neue Regierung Aufträge entgegennehmen.[13]

Mit der Definition bekannte sich das Leitmedium der Mehrheitssozialdemokratie ausdrücklich zu einem an der Staatsbürgerschaft orientierten pluralistischen Volksbegriff im Sinne von „demos“. Diese Bedeutung grenzte sich sowohl von linksradikalen Tendenzen einer angestrebten „Diktatur des Proletariats“[14] als auch vom vorrevolutionären Dualismus zwischen „politischer Herrscherklasse“ und „regiertem Volk“ ab und stand ebenso der nationalistisch-ethnischen Verwendung des Begriffes entgegen, die Deutschstämmige im Ausland aufgrund ihres „Volkstums“ als Bestandteil des holistisch verstandenen „deutschen Staatsvolkes“ ansah.

In den Tagen und Wochen nach dem Fall der Monarchie wurde die Debatte um die künftige Regierungs- und Gesellschaftsform immer heftiger geführt. Im Gegensatz zu den Mehrheitssozialdemokraten erklärten sich die Unabhängigen nicht dazu bereit, die Verwirklichung ihres sozialistischen Traumes vom positiven Votum des Staatsvolkes abhängig zu machen. Die MSPD lehnte hingegen eine diktatorische Umsetzung des Sozialismus strikt ab. In der publizistischen Auseinandersetzung beriefen sich die Sprecher aus dem mehrheitssozialdemokratischen Milieu sodann auch auf den „Volkswillen“, das „ganze Volk“ und die „Demokratie“.

Indem die USPD den Sozialismus „durch den Herrenwillen ihrer Partei, übers Knie brechend“ durchsetzen wolle, schade sie den Arbeitern und verrate die Früchte der Revolution, schrieb Friedrich Stampfer im VORWÄRTS.[15] Es müsse klar

[13] Friedrich Stampfer, Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte, in: Vorwärts (35), 13. November 1918, Nr. 312, S. 1 f., hier: S. 1.

[14] Diese war nach Vorstellung der USPD „notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus“. Erst der Sozialismus bringe „die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie“. Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom März 1919, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 32–35, hier: S. 33 f.

[15] Friedrich Stampfer, Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte, in: Vorwärts (35), 13. November 1918, Nr. 312, S. 1 f., hier: S. 1.

ausgesprochen werden, dass die „Arbeiter und Soldaten“ „ein[en] Sieg nicht der Gewalt, sondern des allgemeinen demokratischen Volksrechts […] für das ganze Volk errungen haben“. Der Sozialismus dürfe nicht überstürzt auf diktatorischem Wege, sondern müsse „bedachtsam“ „durch den allgemeinen Volkswillen“ eingeführt werden.[16] Damit sprach sich Stampfer dafür aus, der zu wählenden Nationalversammlung eine entsprechende Entscheidung vorzubehalten. Dass die linksradikalen Gruppen trachteten, den demokratisch-parlamentarischen Weg zur Verwirklichung ihrer Zukunftsutopien zu verlassen, stieß bei der gemäßigt-linken MSPD auf breites Unverständnis. Zugleich konnte sich die Partei durch die Abgrenzung von ihrer radikalen Schwester als Hüterin der pluralistischen Demokratie und des „Volkswillens“ gerieren. Den Weg einer dauerhaften sozialistischen Herrschaft ohne Einflussmöglichkeit des „Volkes“ lehnte die MSPD ab, hielt aber am Ziel des Sozialismus fest. Nach ihrer Überzeugung sollten nicht die Sozialisten das „Volk“, sondern „das Volk soll sich selbst sozialistisch regieren“.[17] Dabei verkannte der VORWÄRTS nicht, dass es in der Nationalversammlung vermutlich keine Mehrheit für eine sozialistische Umgestaltung geben werde, doch verwies er zuversichtlich darauf, dass es „hundertmal besser“ sei, „das Volk von unserer Sache in einem, zwei Jahren zu überzeugen als sie ihm jetzt aufzuzwingen“, schließlich könne man nicht „dem Volk ein Glück“ aufdrängen, „das es selber nicht will“.[18]

Die unterschiedlichen Volksbegriffe innerhalb der Arbeiterbewegung ermöglichten es, dass Sprecher aus dem Milieu der MSPD den Anhängern von USPD und Spartakusbund vorwerfen konnten, sie hätten „vor dem Volk gräßliche Angst“.[19]

> Kann man sich etwas Komischeres vorstellen, als einen ‚Revolutionär‘, der Angst vor dem Volk hat? Gewaltherrscher, Usurpatoren, Despoten mögen sich vor dem Volk fürchten, sie haben alle Ursache dazu. Eine Herrschaft, die nicht auf den Willen des Volkes, sondern auf Gewalt begründet ist, bleibt ein Koloß auf tönernen Füßen.[20]

Letztlich warfen die Mehrheitssozialdemokraten ihrer Schwesterpartei vor, sie regiere gegen das „Volk“ – habe sich sowohl vom „demos“ als auch von der „plebs“ entfernt. Diese schwere Beschuldigung wurde in der plakativen Formel

> Wir aber sagen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg![21]

rezipiert. Mit ihr proklamierte die MSPD auf der einen Seite ihre Rückbindung an „plebs“ und „demos“ und brachte auf der anderen Seite das Selbstbewusstsein zum Ausdruck, als einzige Partei der Arbeiterbewegung die Interessen des „Vol-

[16] Ebd.
[17] Opfer und Preis, in: Vorwärts (35), 20. November 1918, Nr. 320, S. 1.
[18] Ebd.
[19] Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!, in: Vorwärts (35), 29. November 1918, Nr. 328, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich auch: Wahlen am 19. Januar. Sieg der Sozialdemokratie auf dem Kongreß, in: Vorwärts (35), 20. Dezember 1918, Nr. 349, S. 1.
[20] Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!, in: Vorwärts (35), 29. November 1918, Nr. 328, S. 1f., hier: S. 1.
[21] Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!, in: Vorwärts (35), 29. November 1918, Nr. 328, S. 1f., hier: S. 2.

kes" zu vertreten. Zugleich ließ sich die Parole als deutliche Absage an die Klassendiktaturfantasien von USPD und Spartakusbund lesen.

Das Bekenntnis der Mehrheitssozialdemokratie zu den demokratischen Grundprinzipien brachte der VORWÄRTS immer wieder zum Ausdruck, indem er die Notwendigkeit der Einsetzung eines durch das Wahlvolk legitimierten Parlaments betonte.[22] Nach der endgültigen Terminierung der Wahlen auf den 19. Januar rühmte sich die MSPD dafür, zusammen mit den anderen Vertretern der „revolutionären Massen" – eine semantische Anlehnung an die Sprache im Umfeld von USPD und Spartakusbund[23] – dem „ganzen Volk so rasch wie möglich sein volles, freies Selbstbestimmungsrecht gegeben" zu haben.[24] Es ist anzunehmen, dass – obwohl generell die Kategorie „Geschlecht" im Zusammenhang mit der Verwendung des Begriffes „Volk" von den Zeitgenossen nicht explizit thematisiert wurde – sich die MSPD mit solchen Formulierungen wohl auch auf die Einführung des Frauenwahlrechts bezog, sprich: auf die Ausweitung der Partizipationsrechte bzw. -möglichkeiten sowohl auf die bislang weitgehend ohnmächtigen „unteren Schichten" als auch auf die vormals stets politisch unmündige weibliche Hälfte des „Volkes". Trotz solcher inkludierenden Formulierungen befand sich die Mehrheitssozialdemokratie in einem doppelten Kampf sowohl gegen die bürgerlichen und nationalistischen als auch gegen die linkssozialistischen Parteien. Diese Auseinandersetzung wurde in den Wochen vor der Wahl zur Nationalversammlung rhetorisch auf die Entscheidung „Volksherrschaft oder Verbrecherherrschaft" zugespitzt.[25] Bei der Entscheidung des „Volkes" am 19. Januar gehe es darum, dieses „davor zu schützen, daß es unter die Gewaltherrschaft einer verbrecherischen Minderheit" gerate. Hierbei hatte Friedrich Stampfer vor allem den Spartakusbund vor Augen, dem er vorwarf, unter dem Deckmantel der Revolution die Macht für eigene, unrechtmäßige Zwecke an sich reißen zu wollen.[26] Die Wahl wurde damit zu einer Entscheidung über die „Volksfreiheit" stilisiert.[27]

Ein weiterer neuralgischer Punkt in der Frage „Demokratie oder Diktatur?" war, wie die Stellung der provisorischen Regierung gegenüber dem „Volk" definiert wurde. Wie wurde der kommissarisch amtierende „Rat der Volksbeauftragten" bewer-

[22] Vgl. Der Kongreß, in: Vorwärts (35), 16. Dezember 1918, Nr. 345, S. 1f., hier: S. 1; inhaltlich ähnlich z. B.: Die Soldaten für die Nationalversammlung, in: Vorwärts (35), 01. Dezember 1918, Nr. 330, S. 1f.

[23] Beispielhaft für die häufige Verwendung des Begriffes „Masse" in diesen politischen Milieus vgl. Rosa Luxemburg, Der Anfang, in: Die Rote Fahne, 18. November 1918, Nr. 3, S. 1f.; Was machen die Führer?, in: Die Rote Fahne, 7. Januar 1919, Nr. 7, S. 1; Versäumte Pflichten, in: Die Rote Fahne, 8. Januar 1919, Nr. 8, S. 1; Das Versagen der Führer, in: Die Rote Fahne, 11. Januar 1919, Nr. 11, S. 1f.

[24] Wahlen am 19. Januar. Sieg der Sozialdemokratie auf dem Kongreß, in: Vorwärts (35), 20. Dezember 1918, Nr. 349, S. 1.

[25] Friedrich Stampfer, Volksherrschaft oder Verbrecherherrschaft?, in: Vorwärts (35), 24. Dezember 1918, Nr. 353a, S. 1f., hier: S. 1.

[26] Vgl. Friedrich Stampfer, Volksherrschaft oder Verbrecherherrschaft?, in: Vorwärts (35), 24. Dezember 1918, Nr. 353a, S. 1f.

[27] Friedrich Stampfer, Volksherrschaft oder Verbrecherherrschaft?, in: Vorwärts (35), 24. Dezember 1918, Nr. 353a, S. 1f., hier: S. 1.

tet? Der am 10. November 1918 aus Mitgliedern von MSPD und USPD paritätisch gebildeten Exekutive fehlte die demokratische Legitimation im Sinne einer parlamentarischen Bindung. Dieses Manko anerkennend beteuerte die MSPD-nahe Presse die besonderen Anforderungen an das Handeln der Übergangsregierung:

> Bei jeder ihrer Handlungen muß sie sich fragen, ob sie in der Lage ist, für sie vor dem ganzen Volk die Verantwortung zu übernehmen, so daß sie am Tage der Rechenschaft und der Entlastung mit gutem Gewissen bestehen kann. Daraus folgt: sie darf nicht an Aufträge gebunden sein, die nicht ganz offenbar Aufträge des gesamten Volkes sind.[28]

Die postulierte „Verantwortung“ gegenüber dem „demos“ als Souverän war zunächst einmal lediglich eine moralische. Dennoch sollte das Fehlen einer parlamentarischen Kontrolle nach dem Willen der Sprecher aus dem Spektrum der Mehrheitssozialdemokratie die Exekutive nicht dazu verleiten, verantwortungslos zu handeln. In der Nationalversammlung werde „das ganze Volk“ Rechenschaft fordern.[29] Die gewissenhafte Haltung der Mehrheitssozialdemokraten zeigte sich einmal mehr in der Ansicht Friedrich Stampfers, dass es nun alles dafür zu tun gelte, die bislang kommissarisch amtierende zu einer „vom ganzen Volke beauftragte[n] Regierung“ werden zu lassen.[30] Mit der „Verantwortung der Reichsleitung […] vor dem Volk und vor der Nationalversammlung“ gehe einher, dass die Regierung und ihr Handeln „vom Vertrauen des Volkes getragen“ sei.[31] Unter diesen Voraussetzungen sprachen die Mehrheitssozialdemokraten der kommissarischen Exekutive relative Handlungsfreiheit zu.[32]

Im Gegensatz zu MSPD und USPD waren die anderen politischen Parteien nicht mit eigenen Mitgliedern in der Übergangsregierung vertreten. Die Phase bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung wurde von ihnen daher umso kritischer betrachtet. Hatte die Novemberrevolution auch sicher geglaubte Gewissheiten umgestürzt und einen radikalen Wandel der Verhältnisse gebracht, so fanden sich die Sprecher der untersuchten Milieus doch erstaunlich schnell mit den geänderten Gegebenheiten ab. Zwar hielten etwa die Nationalliberalen durchaus wehmütig Rückblick auf das untergegangene dynastische System, sahen aber keineswegs das „finis Germaniae“ für gekommen. „Noch ist für Volk und Reich der Abend nicht hereingebrochen, sofern wir nur selbst seinen Anbruch nicht beschleunigen“,[33] schrieb die Kölnische Zeitung am Tag nach dem Sturz des Kai-

[28] Friedrich Stampfer, Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte, in: Vorwärts (35), 13. November 1918, Nr. 312, S. 1 f., hier: S. 1.

[29] Friedrich Stampfer, Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte, in: Vorwärts (35), 13. November 1918, Nr. 312, S. 1 f., hier: S. 2.

[30] Ebd.

[31] Der Kongreß, in: Vorwärts (35), 16. Dezember 1918, Nr. 345, S. 1 f., hier: S. 1; inhaltlich ähnlich z. B.: Die Soldaten für die Nationalversammlung, in: Vorwärts (35), 01. Dezember 1918, Nr. 330, S. 1 f., hier: S. 1.

[32] Vgl. Der Kongreß, in: Vorwärts (35), 16. Dezember 1918, Nr. 345, S. 1 f., hier: S. 1; inhaltlich ähnlich z. B.: Die Soldaten für die Nationalversammlung, in: Vorwärts (35), 01. Dezember 1918, Nr. 330, S. 1 f.

[33] Die Hohenzollern durch fünf Jahrhunderte. Die Hohenzollern im Reich, in: Kölnische Zeitung, 10. November 1918, Nr. 1051, S. 1.

sers. In der Entscheidung des Monarchen, seine Krone niederzulegen, glaubte das nationalliberale Leitmedium gar, einen „Dienst am Volke, ein Opfer für sein Volk“ erkennen zu können, durch den Wilhelm II. das Reich vor dem Untergang habe retten wollen.[34] Obwohl die Nationalliberalen – ähnlich wie auch Autoren aus dem deutschnationalen Milieu[35] – ausführten, dass das „Volk“ „in seiner erdrückenden Mehrheit bis tief in die Arbeiterschaft hinein monarchisch gesinnt“ gewesen sei,[36] nahmen sie den Umbruch hin – ja plädierten nach einer kurzen Schockstarre gar für einen „Volksstaat der innern Freiheit“.[37]

Die Forderung, die Konstituante schleunigst einzuberufen, „damit durch den Willen des gesamten Volkes die neue Staatsform festgesetzt werde“, gehörte zu den grundsätzlichen Standpunkten im nationalliberalen Spektrum,[38] aber auch darüber hinaus[39]. Das Verlangen nach schnellen Wahlen wurde im Laufe des Herbsts 1918 immer drängender formuliert: Der Übergangsregierung wurde abgesprochen, dass sie „die Mehrheit des Volkes hinter sich“ habe.[40] Und die linksradikalen Kräfte, die die Wahlen verzögerten, wurden nun des „Verbrechen[s] am Volke“ bezichtigt.[41] Den Hintergrund dieser Vorwürfe bildeten die Furcht vor einer langfristigen sozialistischen Herrschaft und der Wille, sich unter dem Dach der neu gegründeten Deutsche Volkspartei in den politischen Diskurs einzubringen. Nur unter der Prämisse „Für das ganze Volk!“ könne sich das Bürgertum zu den „Früchten der Revolution“ bekennen, so die Kölnische Zeitung.[42] Angesichts der revolutionären Situation versuchten die Nationalliberalen, wenigstens ein Minimum ihrer Werte zu retten und sich zugleich Einfluss auf die Gestaltung der künftigen Ordnung zu sichern. In der Situation Mitte November 1918 war das Kaisertum in so weite Ferne gerückt, dass als wichtigste Forderung blieb, wenigstens Einfluss auf das Neuentstehende auszuüben. Dafür ausschlaggebend war

[34] Eine vaterländische Pflicht, in: Kölnische Zeitung, 11. November 1918, Nr. 1052, S. 1f., hier: S. 2.

[35] Vgl. Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen. Einberufung einer Nationalversammlung, in: Deutsche Tageszeitung (25), 09. November 1918, Nr. 572, S. 1.

[36] Eine vaterländische Pflicht, in: Kölnische Zeitung, 11. November 1918, Nr. 1052, S. 1f., hier: S. 1.

[37] Wohin geht der Weg?, in: Kölnische Zeitung, 13. November 1918, Nr. 1060, S. 1.

[38] Ebd.

[39] Eine entsprechende Forderung stellte etwa auch die konservativ-nationalistische Deutsche Tageszeitung auf. Vgl.: Ordnung und Freiheit, in: Deutsche Tageszeitung (25), 10. November 1918, Nr. 573, S. 1f., hier: S. 1. Mit Kritik an der (vorübergehenden) Entmachtung des Reichstags des Weiteren: Gesetzlichkeit oder Staatsstreich? Frieden oder feindlicher Einmarsch? Ordnung oder Elend und Hungersnot?, in: Deutsche Tageszeitung (25), 11. November 1918, Nr. 575, S. 1; Die Ausschaltung des Reichstags, in: Deutsche Tageszeitung (25), 13. November 1918, Nr. 578, S. 1f.; Revolutionäre Regierung und Nationalversammlung, in: Deutsche Tageszeitung (25), 14. November 1918, Nr. 580, S. 1f.

[40] Nationalversammlung und Friedensschluß, in: Kölnische Zeitung, 24. November 1918, Nr. 1089, S. 1f., hier: S. 1.; ähnlich auch: Herbert von Beckerath, Bürgertum und Volksstaat, in: Kölnische Zeitung, 30. November 1918, Nr. 1106, S. 1.

[41] Nationalversammlung und Friedensschluß, in: Kölnische Zeitung, 24. November 1918, Nr. 1089, S. 1f., hier: S. 2.

[42] Wohin geht der Weg?, in: Kölnische Zeitung, 13. November 1918, Nr. 1060, S. 1.

die Nationalversammlung, die aus „freier Willensmeinung aller Deutschen“ hervorgehen müsse und der die Aufgabe zufalle, „das Gebäude des Volksstaates Deutschland“ zu errichten.[43] In ihrer Haltung, sich mit der Lage abzufinden und nach vorne zu blicken, standen die Nationalliberalen durchaus im Widerspruch zu manchen konservativen Kreisen. Das Bürgertum dürfe sich nicht „schmollend in seine Zelte zurückziehen“, sondern müsse mitanpacken, „damit aus den Ruinen neues Leben erblühe“, so die Kölnische Zeitung, die zugleich darauf verwies, „daß heute kaum an irgendeiner Stelle des deutschen Volkes noch das Bedürfnis besteht, die friedliche Weiterentwicklung dadurch zu stören, daß man sich monarchistischer gebärdet als die 22 nunmehr verschwundenen deutschen Monarchen selbst“.[44]

Die „Pflicht zur Erhaltung der Nation“ vor Augen und im Bewusstsein, dass die monarchische Restauration derzeit ohne Erfolgsaussicht sei, erklärten sich die Anhänger der Nationalliberalen zur Mitarbeit an der Republik bereit.[45] Durch diese Abwägung wurden aus ihnen zwar keine Herzens-, aber doch vielfach Vernunftrepublikaner, wenn auch ihre Hinwendung zur neuen staatlichen Ordnung nicht restlos konsequent war. So bekannte die DVP noch 1919 in ihren Grundsätzen, dass sie „ein auf das Volk gestütztes Kaisertum“ für die „geeignetste Staatsform“ halte, sich aber bis zur Erreichung dieses Ziels „für jede Staatsform mit starker Zentralgewalt“ einsetze, „die dem Mehrheitswillen des Volkes“ entspräche.[46] Primär ging es der DVP um die „Erhaltung des deutschen Volkes“[47] durch eine allgemeine Erneuerung des Reichs. Zur Erreichung dessen sei es im Zweifel auch nötig, „alte, mit unserer vaterländischen Gesinnung verwachsene Einrichtungen tot sein zu lassen, weil sie für die Erhaltung des deutschen Volkes gestorben sind“.[48] „Nation“ war dabei einer der Hochwerte des Milieus, dem sich im Zweifel andere Leitideen unterzuordnen hatten. Im neu zu gründenden Staat sollte dabei kein Platz für „Klassenmißtrauen und Klassenhaß“ sein.[49] Doch musste

[43] Ebd.

[44] Bürgertum und Republik, in: Kölnische Zeitung, 18. November 1918, Nr. 1074, S. 1; ähnlich auch: Herbert von Beckerath, Bürgertum und Volksstaat, in: Kölnische Zeitung, 30. November 1918, Nr. 1106, S. 1.

[45] Vgl. Hans Soldan, An die Nationalliberalen – ein Mahnruf, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1918, S. 1. Offen warnte Stier-Somlo im Januar 1919 im Falle einer „Wiederbelebung des monarchischen Gedankens“ vor einem Bürgerkrieg. Fritz Stier-Somlo, Die neue Reichsverfassung. Grundsätze und Umrisse, in: Kölnische Zeitung, 06. Januar 1919, Nr. 18, S. 1 f., hier: S. 2.

[46] BArch R 45-II/362: Grundsätze der DVP, [undat., wohl 1919], hier: S. 1; ähnlich auch die Aussage der Kölnischen Zeitung: „Auch wir sind zwar der Meinung, daß die parlamentarische Monarchie die beste Regierungsform ist, aber wir sind überzeugt, daß sie nach dem spurlosen Verschwinden der alten Formen in unserm partikularistisch zerrissenen Lande eine Unmöglichkeit und somit der Versuch, sie jetzt auf ganz neuen Grundlagen aufzurichten, ein nationales Verbrechen ist.“ Die Deutsche Volkspartei und ihre Nachbarn, in: Kölnische Zeitung, 13. Juni 1919, Nr. 486, S. 1.

[47] Vgl. Hans Soldan, An die Nationalliberalen – ein Mahnruf, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1918, S. 1.

[48] Ebd.

[49] Herbert von Beckerath, Bürgertum und Volksstaat, in: Kölnische Zeitung, 30. November 1918, Nr. 1106, S. 1.

der „deutsche[n] Volksrepublik"[50] – ein Begriff, der ansonsten innerhalb des Untersuchungssamples während des Dezember 1918 ausschließlich im mehrheitssozialdemokratischen Spektrum anzutreffen war[51] – im nationalliberalem Verständnis eine „nationale" Komponente innewohnen; sie durfte keine bloße Übernahme einer fremden Ordnung sein. So bekannte sich die noch im November 1918 gebildete Deutsche Volkspartei zwar ausdrücklich zu einer „wahrhaft demokratischen Politik",[52] ließ sich jedoch mit dem Zusatz „wahrhaft" und der Betonung des „nationalen Gedanken[s]" Hintertürchen offen.[53] Die Apostrophierung des „deutschen" stellte eine Abgrenzung gegenüber verschiedenen, als von außen implementiert wahrgenommenen Staats- und Gesellschaftsmodellen – wie das der sozialistischen Räteherrschaft nach russischem Vorbild, aber auch das der parlamentarischen Demokratie westlichen Typs – dar. Dagegen sollte die neue Ordnung eine spezifisch „deutsche", eine gleichsam natürlich zum Reich passende sein. Mit der Abgrenzung des Eigenen gegenüber dem als „fremd" apostrophierten Anderen suchte die DVP, ihr „nationales" Profil zu schärfen und eine Brücke zu den Teilen der Anhängerschaft zu schlagen, die nach dem Ende der Monarchie orientierungslos geworden waren.

Zum nationalliberalen Selbstverständnis gehörte des Weiteren die Ablehnung des Klassenkampfes. Die Führung des „deutschen Volksstaates" sollte nach dem Willen von Gelehrten aus dem Spektrum des Nationalliberalismus (wie dem Freiburger Volkswirt Herbert von Beckerath) gleichermaßen Arbeitern, Bauern, Beamten und Bürgern zukommen.[54] Solche Äußerungen entstanden aus einer Position der Schwäche heraus, da nun eine aus Mitgliedern der Linksparteien besetzte Regierung die Zügel in der Hand hatte und das Bürgertum befürchten musste, durch die Arbeiterschaft majorisiert zu werden. Doch war der Ruf nach der „sozi-

[50] Ebd.

[51] Die hier nachgewiesenen Verwendungen in zwei Reden Eberts („Auf Recht und Vernunft soll die junge deutsche Volksrepublik aufgebaut werden." Rede vom 01. Dezember 1918; „Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten, und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben." Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung am 06. Februar 1919) und in einem Flugblatt anlässlich des Austritts der USPD aus der Regierung („Hoch die deutsche Volksrepublik!") lassen kaum Rückschlüsse auf die Konnotation des Begriffes zu. Möglicherweise hoben die Sprecher mit „Volksrepublik" die Stellung der „plebs" im neuen Staat hervor. Dagegen spricht aber der Gebrauch des Wortes im o. a. Artikel Herbert von Beckeraths. Vielleicht sollte der Pleonasmus aber auch die demokratische Staatsform besonders betonen. IfZ ZG Rev: Demokratie und Sozialismus. Rede des Volksbeauftragten Ebert am 1. 12. 18, [undat. Flugblatt, wohl Dezember 1918]; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 1. Sitzung vom 06. Februar 1919, Rede von Friedrich Ebert (MSPD, Volksbeauftragter), S. 2; IfZ ZG Rev: Reichsregierung, An das deutsche Volk! Arbeiter, Bürger, Soldaten!, [undat. Flugblatt, vor 18. Januar 1919].

[52] Deutsche Volkspartei, Aufruf vom 18. Dezember 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 14–17, hier: S. 14.

[53] Deutsche Volkspartei, Aufruf vom 18. Dezember 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 14–17, hier: S. 15.

[54] Herbert von Beckerath, Bürgertum und Volksstaat, in: Kölnische Zeitung, 30. November 1918, Nr. 1106, S. 1.

alen Volksrepublik des Friedens“ und dem „deutschen Volksstaat“ mehr als nur ein Lippenbekenntnis.[55] Der „Volksstaat“ verhieß in der nationalliberalen Lesart ein harmonisches, alle Schichten integrierendes Gebilde und stand damit im Gegensatz zu den als bedrohlich wahrgenommenen sozialistischen Staats- und Gesellschaftsmodellen. Vor einer Herrschaft der „verleitete[n] blöde[n]“[56] und „stumpfe[n] Masse“[57] hatten die Nationalliberalen Angst. Mangels realistischer Alternativen war die parlamentarische Republik unter angemessener Berücksichtigung aller Schichten daher das von ihnen favorisierte Modell.

Der nationalliberale Volksbegriff war in der Übergangszeit bis zu den ersten allgemeinen, gleichen und freien Parlamentswahlen vom Bezug auf den pluralistischen „demos“ geprägt. In Abwehr einer sozialistischen Klassenherrschaft riefen die Nationalliberalen nach dem Staatsvolk, das die Nationalversammlung bilden solle und auf das die Legitimation der Reichsregierung zurückzugehen habe. Für sie brachte die Revolution – im Gegensatz etwa zu ihren linksliberalen Verwandten im Geiste – eine Abkehr von vielen alten Positionen und Gewissheiten mit sich. Mit der Abdankung des Kaisers schwand der monarchische Bezugspunkt ihrer politischen Ausrichtung. Erstaunlicherweise bedurfte es aber keiner längeren Umgewöhnungsphase, vielmehr gelang es den Sprechern des Milieus binnen weniger Tage, sich auf die veränderten Begebenheiten einzustellen und „das Vergangene vergangen sein“[58] zu lassen. Von jeder Abrechnung mit der (eigenen) Vergangenheit konnte eine Gefahr für das eigene Selbstbild ausgehen, daher hieß es, den Blick auf die Zukunft zu richten und bei der Gestaltung des „Volksstaates“ so gut wie möglich mitzuwirken. Die damit verbundene Abkehr von früheren Positionen wurde dadurch erleichtert, dass es beim Versuch, das „große Ganze“ zu retten, letztlich um das Schicksal der „Nation“ ging – einem nationalliberalen Hochwert, hinter dem im Zweifel alles andere zurückstehen musste.

Nicht nur bei den Nationalliberalen, auch in anderen Teilen des Bürgertums bis hinein ins konservative Lager fand nach der Revolution ein Abschied von der Monarchie statt. Die Frage, wer als Identifikations- und Wertinstanz an die Stelle des Monarchen treten sollte, öffnete zwischenzeitlich eine Lücke, die oftmals durch das „Volk“ gefüllt wurde. Dadurch vermieden etwa konservative Sprecher eine Identifikation mit dem neuen politischen System und bezogen sich gleichzeitig auf ein vieldeutiges Hochwertwort. Zwei Tage nach Ausbruch der Revolution ersetzte selbst die nationalistisch-konservative Deutsche Tageszeitung die Worte „Für Kaiser und Reich!“ in ihrer Titelzeile durch die Devise „Für das deutsche Volk!“.[59] Das „deutsche Volk“ war die neue Instanz, der sich das ehemals monar-

[55] Ebd.

[56] Deutschland im Jahre 1918, in: Kölnische Zeitung, 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1.

[57] Edith Werners, Welche Partei sollen wir Frauen wählen?, in: Kölnische Zeitung, 29. Dezember 1918, Nr. 1182, S. 1.

[58] Caveant consules!, in: Kölnische Zeitung, 15. November 1918, Nr. 1065, S. 1.

[59] Dieser Wechsel bei der Deutschen Tageszeitung fand im Laufe des 11. November 1918 statt. Während die Morgenausgabe noch mit der alten Devise „Für Kaiser und Reich! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!“ erschien, lautete der Untertitel der Zei-

chistische Blatt nun verpflichtet fühlte.[60] Im „Volk“ fielen Souveränität, „nationale“ Zugehörigkeit und Tradition zusammen. Durch seinen überzeitlichen Charakter waren auch die vorausgegangenen und nachfolgenden Generationen des „deutschen Volkes“ die Instanz, an deren Anspruch sich die DEUTSCHE TAGESZEITUNG messen lassen musste. Ob das „deutsche Volk“ in der Kopfzeile eher als pluralistisches Staatsvolk oder als holistische Abstammungsgemeinschaft betrachtet wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Der Zusatz „deutsch“ machte zumindest deutlich, dass nicht etwa die „plebs“ als Adressat gemeint war.

Nicht nur in einem der führenden Blätter der Konservativen fand sich ab November 1918 plötzlich der Volksbegriff im Untertitel – auch eine ganze Reihe von neu gegründeten Parteien führte ihn in ihrer Selbstbezeichnung.[61] Neben der Deutschnationalen Volkspartei trug die nationalliberal geprägte Deutsche Volkspartei sowie der bayerische Vertreter des politischen Katholizismus, die Bayerische Volkspartei (BVP), den Begriff „Volkspartei“ im Namen – und auch das Zentrum nahm vorübergehend die Titel „Christliche Volkspartei“ bzw. „Freie Deutsche Volkspartei“ als Zusatz an. Auf die Gründe für die Verwendung des Wortes „Volkspartei“ gingen die Politiker selten ein. Generell lässt sich konstatieren: Mit dem Bezug auf das „Volk“ gaben die Parteien ihre Programmpunkte als die Wünsche des „Volkes“ aus und versuchten, größere Wählerschichten zu erreichen. Sowohl im Zentrum als auch in der BVP war das Postulat, „Volkspartei“ zu sein, Ausdruck der – von einem Teil ihrer Mitglieder – angestrebten Erweiterung der Anhängerschaft über das katholische Milieu hinaus. Versuche, das Zentrum zu einer „interkonfessionelle[n], christlich-konservative[n] (Volks-)Partei“[62] werden zu lassen, hatten verschiedene katholische Gruppierungen schon im ausgehenden Kaiserreich unternommen.[63] Der Systemwechsel vom November 1918 brachte in

tung ab der Abendausgabe „Für das deutsche Volk! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!“ Eine explizite Begründung gab das konservative Blatt seinen Lesern nicht, sprach sich aber für eine „einwandfreie demokratische Volksregierung“ aus, die „alle Kräfte des Volkes zu einmütigem Zusammenwirken“ zusammenfasse, da „nur auf diese Weise […] Recht und Gerechtigkeit, Ordnung und Freiheit in Deutschland gesichert und […] unabsehbares Elend von unserem Volke abgewendet werden“ könne. Gesetzlichkeit oder Staatsstreich? Frieden oder feindlicher Einmarsch? Ordnung oder Elend und Hungersnot?, in: Deutsche Tageszeitung (25), 11. November 1918, Nr. 575, S. 1.

[60] Dies entspricht der von Koselleck festgestellten Rolle des Begriffes: „Unbeschadet seiner verfassungsrechtlich völlig unterschiedlichen Deutung und Handhabung blieb ‚Volk‘ semantisch seit dem Ersten Weltkrieg die unverzichtbare Achse jeder politischen und sozialen Argumentation oder Agitation.“ Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 390.

[61] Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 87 f.; Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 394–396. Schon zeitgenössisch bemerkte Alfred Waller in der KÖLNISCHEN ZEITUNG zu der Vielzahl an „Volksparteien“ belustigt: „Volksparteien feinster Farbenschattierungen, von rosarot bis rabenschwarz, entstehen täglich neu.“ Alfred Waller, Die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft, in: Kölnische Zeitung, 12. Januar 1919, Nr. 30, S. 1.

[62] Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei. 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 94.

[63] Vgl. Friedrich Hartmannsgruber, Die christlichen Volksparteien 1848–1933. Idee und Wirklichkeit, in: Günther Rüther (Hrsg.), Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christ-

ihren Augen nun die Möglichkeit mit sich, endlich aus dem „Zentrumsturm“ (Julius Bachem) auszubrechen.[64] So sprach sich etwa der spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns nicht nur für eine „politische[…] Neuorientierung“, sondern auch dafür aus, den Namen „Zentrum“ aufzugeben.[65] Mit seiner Forderung nach Verzicht auf die traditionelle Benennung konnte sich Brauns zwar nicht durchsetzen, doch wurde der Zusatz „Christliche Volkspartei“ eingefügt, der den interkonfessionellen Charakter der Partei betonen sollte. Diesen Namensbestandteil führte die Partei jedoch nur im Wahlkampf zur Nationalversammlung.[66] Zudem blieb es wohl den lokalen Gliederungen überlassen, unter welcher Bezeichnung sie firmierten, sodass die Zentrumspartei den Wahlkampf 1918/19 sowohl als „Christliche Volkspartei“, als „Freie deutsche Volkspartei“ oder schlicht als „Zentrum“ bestritt. Dadurch dass die Konfession die alleinig einigende Klammer der Partei war und die Anhängerschaft – im Gegensatz etwa zu den Sozialdemokraten oder Liberalen – nicht in erster Linie einer Schicht angehörte, konnte das Zentrum selbstbewusst den Anspruch für sich erheben, „Volkspartei“ zu sein.[67] Das Volksparteipostulat wurde etwa durch Zusätze wie „wahr[…] und wirklich[…]“,[68] „christlich-demokratisch[…]“,[69] „christlich[…]“[70] oder „sozial[…]“[71] konkretisiert. Aus diesem (Selbst-) Anspruch erwuchs die Behauptung, dass das Zentrum „wie keine andere“ Partei das „Gemeinwohl zum obersten Grundsatz der Staatspolitik“ gemacht habe[72] und keine „einseitige Interessenpartei“[73] sei.

Bei der Namenswahl der Bayerischen Volkspartei spielte neben der Überlegung, „alle Schichten des Volkes“[74] umfassen und damit die Wähler aller christlichen Konfessionen ansprechen zu wollen, wohl auch die semantische Abgrenzung zur

lich-Sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung, Bonn 1987, S. 220–332, hier: S. 276f.

64 Zu den entsprechenden Bestrebungen seit dem Kaiserreich: Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, S. 33–49.

65 Zitiert nach: Hubert Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, München 1977, hier: S. 114f.

66 Vgl. Max Schwarz, M.d.R. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 515.

67 Vgl. Aufruf und Programmentwurf der Rheinischen Zentrumspartei vom 20. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 384–387, hier: S. 384f.

68 Berlin, 13. Februar, in: Germania (49), 14. Februar 1919, Nr. 73, S. 1; ähnlich: Berlin, 15. Januar, in: Germania (49), 16. Januar 1919, Nr. 25, S. 1.

69 Aufruf und Leitsätze der Zentrumspartei vom 21. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 387–390, hier: S. 387.

70 Aufruf und Leitsätze des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 30. Dezember 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 11–14, hier: S. 11.

71 Aufruf und Programmentwurf der Rheinischen Zentrumspartei vom 20. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 384–387, hier: S. 384.

72 Berlin, 17. Januar, in: Germania (49), 18. Januar 1919, Nr. 29, S. 1; ähnlich auch: Berlin, 25. Januar, in: Germania (49), 26. Januar 1919, Nr. 41, S. 1.

73 Berlin, 13. Februar, in: Germania (49), 14. Februar 1919, Nr. 73, S. 1.

74 Gründungsaufruf der BVP vom 12. November 1918, zitiert nach: Claudia Friemberger, Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei, St. Ottilien 1998, S. 121–123, hier: S. 121.

Zentrumspartei im Reich eine Rolle.[75] Mit dem neuen Namen verortete sich die Partei – ähnlich wie die als südwestdeutscher Ableger der DDP nur kurzzeitig existierende Liberale Badische Volkspartei – zudem bewusst regional.[76] Ihr Bezugspunkt war nicht länger das Deutsche Reich, sondern Bayern – und auch unter dem von ihr repräsentierten „Volk“ wurde in erster Linie das „bayerische Volk“ verstanden. Allein aus der Benennung ging allerdings nicht hervor, ob die jeweilige Partei das regionale „Volk“ als „demos“ oder „ethnos“ betrachtete. Daneben konnte die BVP ähnlich wie das Zentrum darauf verweisen, dass sich ihre Wählerschaft aus verschiedensten sozialen Schichten zusammensetze und allein durch die Konfession miteinander verbunden sei. Bestrebungen, Protestanten an die Bayerische Volkspartei zu binden, blieben indes erfolglos, wie sich etwa an den schlechten Wahlergebnissen in den evangelischen Regionen Bayerns und an der verschwindend geringen Anzahl nicht katholischer BVP-Politiker ablesen lässt.[77]

Auch die am 15. Dezember 1918 konstituierte nationalliberale Partei trug in ihrem Titel das Wort „Volkspartei“.[78] Auch sie erhob den Anspruch, „allen Schichten des Volkes“ eine politische Heimat bieten zu wollen.[79] Die Namenswahl ließ den Eindruck von Kontinuität und Neuanfang entstehen – knüpfte sie doch semantisch an die Fortschrittliche Volkspartei an und ließ damit den Anspruch aufscheinen, die DVP fungiere als liberale Sammelpartei. Der angestrebte Zusammenschluss der beiden liberalen Strömungen scheiterte jedoch noch im Herbst 1918. Nur kleinere Teile des rechten Flügels der FVP schlossen sich der neu gegründeten DVP an. Der Parteivorsitzende Gustav Stresemann verwies zudem nachträglich darauf, dass die Namenswahl „Deutsche Volkspartei“ auch im Hinblick auf Österreich gefallen sei, um dort besser „deutschparteiliche“ Wähler ansprechen zu können.[80] Diese knappe Begründung wirft jedoch mehr Fragen auf, als sie beantwortet. So bestand in Österreich seit den 1890er-Jahren unter dem gleichen Namen bereits eine deutsch-nationale, antisemitisch-„völkische“ Gruppierung, deren Programm und Anhängerschaft mit den reichsdeutschen Nationalliberalen zu großen Teilen inkompatibel war. Selbst wenn der Name „Deutsche Volkspartei“ nur den Zusammenschluss mit Österreich propagieren sollte, so war doch davon auszugehen, dass die Namensgleichheit zu Verwechslungen und

[75] Renate Höpfinger, Die Gründung der Bayerischen Volkspartei. Anmerkungen zu Sebastian Schlittenbauer, in: ZBLG (63), 2000, S. 185–197, hier: S. 188.

[76] Brandt, Volk, hier: Sp. 1084.

[77] Vgl. Bernd Schilcher, Bayerischer Parlamentarismus in der Weimarer Republik. Der Bayerische Landtag 1919–1933, Augsburg 2012, S. 279 f. u. 284–287.

[78] So auch schon postuliert in: Gründungsaufruf vom 21. November 1918, zitiert nach: Kolb/Richter, Einleitung, hier: S. 19*; vgl. auch: Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002, S. 37 f. Auf die Gründe für die Namenswahl geht Richter in seinem Standardwerk zur Geschichte der DVP allerdings nicht näher ein.

[79] Gründungsaufruf vom 21. November 1918, zitiert nach: Eberhard Kolb/Ludwig Richter, Einleitung, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei (1918–1933), Bd. 1 (1918–1925), Düsseldorf 1999, S. 9*–50*, hier: S. 19*.

[80] Vgl. Sitzung des Zentralvorstandes in Jena am 12./13. April 1919, Protokoll in: Kolb (Hrsg.), Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, S. 16–138, hier: S. 122.

falschen Assoziationen führen musste. Die nachträgliche Einlassung des Parteivorsitzenden zur Namensgebung erscheint daher nicht sonderlich plausibel. Möglicherweise wollte Stresemann damit den großdeutschen Charakter seiner Partei herausstellen und ihn zu einem Leitgedanken der DVP stilisieren, der seit der Gründung an prominenter Stelle zum Ausdruck gebracht werde.

Am erstaunlichsten mutete die Benennung „Volkspartei“ für die konservative Parteineugründung an. Die Bezeichnung war selbst unter Spitzenpolitikern der Partei höchst umstritten. So kritisierte Kuno Graf von Westarp den Titelbestandteil „Volkspartei“ als „ein unehrliches Buhlen um die Gunst der Massen“.[81] Doch setzte sich der schon seit dem 1. November 1918 kursierende Namensvorschlag „Deutschnationale Volkspartei“ durch.[82] Mit dem Volksparteipostulat ließen sich die in der Folgezeit auftretenden innerparteilichen Spannungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberflügel notdürftig überdecken.[83] Zudem wurde der Bestandteil „Volkspartei“ in der DNVP durchaus doppelsinnig verstanden: Neben der Absage an einen „absondernden Kastengeist“ und der proklamierten Verbindung zu „allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung“ unterstrich das Adjektiv „deutschnational“ die Bedeutung von Kriterien wie „Abstammung“ und „Blut“ für das politische Profil der Partei.[84] Das „Volk“ in der Bezeichnung „Volkspartei“ stand daher bei der DNVP nicht bloß für den „demos“, sondern knüpfte an das exkludierende Verständnis vom „Volk“ als „ethnos“ an und korrespondierte mit den „völkischen“ Programmpunkten der Partei.

Der lagerübergreifende Trend zur Selbstbezeichnung als „Volkspartei“ ließ sich also insgesamt auf den (semantischen) Versuch zurückführen, Wähler verschiedenster Schichten anzusprechen und ihnen eine Vertretung ihrer Interessen zu verheißen. Das Volksparteipostulat stand somit für den (uneingelösten) Anspruch, aus der eigenen Milieugebundenheit auszubrechen. War mit dem Begriff „Volkspartei“ in aller Regel die Vorstellung verbunden, die verschiedenen pluralistischen Schichten des „Volkes“ zusammenzuführen und ihre „Gemeinsamkeiten“ zu betonen, so schwang in der Bezeichnung „Deutschnationale Volkspartei“ deutlich – wenn auch nicht ausschließlich[85] – ein ethnisch exkludierendes Volks-

[81] Zitiert nach: Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011, S. 38; ähnlich auch Westarps allgemeine Kritik am Zusatz „Volk“ bei den Parteien: Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik S. 323.

[82] Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“, S. 38, Anm. 69.

[83] Vgl. Amrei Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen 1982, S. 73 u. 239.

[84] Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“, S. 39.

[85] Dass der Begriff „Volkspartei“ auch den Anspruch zum Ausdruck brachte, alle Schichten erreichen zu wollen, machte die Deutsche Tageszeitung deutlich, indem sie den monarchistischen Geist der DNVP und „des Volkes“ betonte: „Es wird sich dann [nachdem die Deutschnationale Volkspartei nachdrücklich im Sinne ihres Programms gearbeitet hat] zeigen, daß sie in ganz anderer Weise in den breiten Schichten des Volkes Wurzeln zu schlagen vermag, in ganz anderem Sinne eine Volkspartei ist, als die Demokratie, auf deren Blütenträume bei diesen Wahlen noch nicht der letzte Reif gefallen ist.“ Die Enttäuschung der Linken, in: Deutsche Tageszeitung (26), 21. Januar 1919, Nr. 38, S. 1.

verständnis mit. In seiner Doppeldeutigkeit wurde „Volkspartei“ zu einem Hochwertwort, dessen berechtigte Verwendung zwar mitunter angezweifelt, das sich aber dennoch einer ungebrochenen Beliebtheit erfreute. So stieß der inflationäre Gebrauch der Selbstbezeichnung „Volkspartei“ in der zeitgenössischen parteipolitischen Auseinandersetzung durchaus auf Kritik. Etwa merkte die KÖLNISCHE ZEITUNG an:

> Gestützt auf das durch die Revolution zur Geltung gelangte Mehrheitsprinzip sucht nun jede Partei für sich das Volksganze zu gewinnen, und dementsprechend nennt sich fortan jede der bürgerlichen Gruppen Volkspartei.[86]

Jedoch hielten solche spitzen Kommentare und das Abstreiten, dass der politische Gegner eine „Volkspartei“ sei, nicht davon ab, selbst den Titel zu führen. So erfüllten nach Ansicht der DVP-nahen KÖLNISCHEN ZEITUNG weder die „[Deutsch-] Nationale Volkspartei“ noch die „Freie deutsche Volkspartei“, also das Zentrum, den Anspruch einer „Volkspartei“, der sein müsse, „ohne jeden Zwang das Ganze auf sich zu vereinigen“, da beide „durch staatlichen Zwang“ „allen Bürgern“ kirchliche Lehren und Vorschriften auferlegen wollten.[87] Ob die Deutsche Volkspartei diesen Maßstäben jedoch gerecht wurde – diese Frage unterblieb im Leitmedium des nationalliberalen Spektrums. Angesichts der verhältnismäßig bescheidenen DVP-Wahlergebnisse blieb die Reichweite der Deutschen Volkspartei allenfalls auf ein sehr enges nationalliberales Milieu beschränkt. Der Begriff der „Volkspartei“ lud somit zur Polemik ein. Anknüpfend an ihre inhaltliche Ausrichtung und die reaktionäre Haltung im Krieg sprach Theodor Wolff die DVP und DNVP verächtlich-distanzierend als „sogenannte[…] […] Volkspartei[en]“[88] an, in denen „Volkstäuscher“ wieder auf „Gimpelfang“ seien.[89] Ebenfalls wetterte die MSPD gegen die Kräfte, die „vor der Revolution alle demokratischen Volksrechte“ bekämpft hätten und nun unter veränderten Namen und mit neuen Programmen um Wähler werben würden.[90] Wer sich mit dem Titel „Volkspartei“ schmückte, musste sich also im Zweifel an hohen Ansprüchen messen und mannigfaltige Kritik gefallen lassen.

Das vom katholischen Zentrum im Munde geführte Prädikat „Volkspartei“ suggerierte, dass sich die Partei nicht für „Sonderinteressen“ einzusetzen gedenke, sondern das „ganze Volk“ im Blick habe und alle Wählerschichten erreichen wolle. Gleichwohl bildete auch nach dem Umsturz im November 1918 das Bestreben, die „Interessen der Nation“ – und gemeint waren damit vor allem die der Katho-

[86] Hie freie Wirtschaft – hie sozialistische Zwangsordnung!, in: Kölnische Zeitung, 03. Januar 1919, Nr. 5, S. 1.
[87] Ebd.
[88] Theodor Wolff, Morgen!, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Januar 1919, Nr. 19, S. 1 f., hier: S. 1; so auch in Bezug auf die DNVP: IfZ ZG e030: Deutsche demokratische Partei – Bezirksverband Berlin, Mitbürger! Wähler!, [undat. Flugblatt, vor dem 26. Januar 1919].
[89] Theodor Wolff, Morgen!, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Januar 1919, Nr. 19, S. 1 f., hier: S. 1.
[90] IfZ ZG e012: Wahlkomitee der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, An die gesamte Bevölkerung des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919].

liken – verteidigen zu wollen, das politische Fundament des Zentrums.[91] Große Furcht herrschte vor einer sozialistischen Klassenherrschaft, die erbarmungslos gegen politische und religiöse Grundwerte vorgehen werde. Noch bevor laizistische Staatsmodelle ernsthaft diskutiert wurden, verdammten katholische Zeitungen wie die GERMANIA diese als eine „Vergewaltigung“ und kündigten den erbitterten Widerstand des „katholische[n]“ und „sehr großer Teil[e] des evangelischen“ „Volk[es]“ an.[92] Bedroht sah das katholische Milieu den kirchlichen Einfluss vor allem durch die linken Parteien – mehr noch: ein „neue[r] Kulturkampf“ zeichne sich ab, gegen den das „katholische Volk mit klarer Entschiedenheit und erfreulicher Einmütigkeit Stellung“ nehmen müsse.[93] Die GERMANIA verstand sich dabei als ein Sprachrohr des Katholizismus und artikulierte selbstbewusst Positionen, die sie als „den Willen“ oder die „Wünsche[…] des katholischen Volkes“ ausgab.[94] Die „nationale“ Gesinnung des „katholischen Volkes“ stellte sie mit Adjektiven wie „treudeutsch, kerndeutsch“ heraus.[95] Die Wahlen zur Nationalversammlung wurden als Waffe gegen die antireligiöse Politik der Linksparteien betrachtet und ihre baldige Abhaltung gebetsmühlenartig eingefordert.[96] In der Haltung der Unabhängigen Sozialdemokraten glaubte man im katholischen Milieu, den Willen zur (dauerhaften) „Diktatur einer kleinen Volksminderheit“ ausmachen zu können.[97] Daher sei die anstehende Wahlentscheidung „die wichtigste […], welche wohl jemals einem Volke abverlangt“ worden sei, so die verbreitete Ansicht im katholischen Spektrum.[98] Von der Zusammensetzung der künftigen Nationalversammlung wurde „ein getreues Spiegelbild der wirklichen Volksmeinung in Deutschland“[99] erwartet – und damit das Ende des Regierens ohne Legitimation. Mit Durchhalte- und Einheitsparolen sollten die schweren Stunden der „Nation“ überwunden, der ungeordnete Zustand der Revolution in einen parlamentarisch verfassten Staat überführt und die „bolschewistische Gefahr“ eingedämmt werden.[100]

Die politische Position des Zentrums richtete sich dabei an den Gegebenheiten aus: Der „deutsche Volksstaat“ wurde als eine „Errungenschaft, auf die das deutsche Volk nicht wird wieder verzichten wollen“, bezeichnet und die Bedeutung des „Volksganzen“ herausgestellt.[101] Nach Ansicht von Sprechern aus dem katho-

[91] Vgl. Josef Becker, Die deutsche Zentrumspartei 1918–1933. Grundprobleme ihrer Entwicklung, in: APuZ (18), 1968, Nr. 11, S. 3–15, hier: S. 10.
[92] Berlin, 14. November, in: Germania (48), 15. November 1918, Nr. 535, S. 1.
[93] Berlin, 20. Dezember, in: Germania (48), 21. Dezember 1918, Nr. 595, S. 1.
[94] Berlin, 5. April, in: Germania (49), 06. April 1919, Nr. 157, S. 1.
[95] Berlin, 5. Juli, in: Germania (49), 08. Juli 1919, Nr. 304, S. 1.
[96] Vgl. etwa: Berlin, 13. November, in: Germania (48), 14. November 1918, Nr. 533, S. 1; Berlin, 19. Dezember, in: Germania (48), 20. Dezember 1918, Nr. 593, S. 1.
[97] Berlin, 18. November, in: Germania (48), 19. November 1918, Nr. 541, S. 1.
[98] Ebd.
[99] Berlin, 22. Januar, in: Germania (49), 23. Januar 1919, Nr. 35, S. 1.
[100] So etwa: Berlin, 18. November, in: Germania (48), 19. November 1918, Nr. 541, S. 1: „Das deutsche Volk hat allen Anlaß, seine Kräfte in den nächsten Wochen anzuspannen […].“ Vgl. z. B. auch: Berlin, 19. November, in: Germania (48), 20. November 1918, Nr. 543, S. 1.
[101] Berlin, 21. November, in: Germania (48), 22. November 1918, Nr. 545, S. 1.

lischen Milieu sei der „freie deutsche Volksstaat" durch die innenpolitischen Reformen im Kaiserreich und die Novemberrevolution noch nicht ganz erreicht worden, seine Errichtung müsse aber das Ziel der Politik sein.[102] In seinen Programmpunkten forderte das Zentrum die „Gleichberechtigung aller Volkskreise bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ohne Klassenbevorzugung"[103] – ein Anspruch, der sich sowohl gegen die Diskriminierungen im alten Obrigkeitsstaat als auch gegen die befürchtete Ungleichbehandlung in einer sozialistischen Klassenherrschaft richtete. Der „Volksstaat" avancierte im katholischen Milieu zu einer politischen Leitidee, die den Gedanken der Demokratie mit katholischen Vorstellungen von („organischer") „Ordnung", „Gemeinschaft" und „Verantwortung" verband.[104] Durch seinen Verheißungsgehalt wirkte der Begriff „Volksstaat" innerhalb des katholischen Milieus zudem als eine Art Integrationsformel, auf die sich die unterschiedlichen Flügel der Zentrumspartei berufen konnten.[105] Eine scharfe Trennlinie zwischen den Bedeutungen der Begriffe „Volksstaat" und „Volksgemeinschaft" war – entgegen bisweilen in der Forschungsliteratur anzutreffender Aussagen[106] – nicht vorhanden.

Wurde die revolutionäre Umbruchphase häufig mit Krankheitsmetaphern beschrieben, so erhoffte sich das katholische Milieu von den anstehenden Wahlen Stabilität und die Möglichkeit zur Rekonvaleszenz. Der Weg zur Gesundung von „Volk und Staat" musste aus dieser Sicht über den „demokratischen Volksstaat" und die „Pflege der ideellen Werte" führen.[107] Als abstrakte Leitlinien galten dem

[102] A[ugust] Hommerich, Das Wahlrecht der Zukunft, in: Germania (48), 24. November 1918, Nr. 549, S. 1 f., hier: S. 1.

[103] Aufruf und Programmentwurf der Rheinischen Zentrumspartei vom 20. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 384–387, hier: S. 386. Dieser Programmpunkt mündete später in der Forderung nach „gleichberechtigte[r] Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinden ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung." Aufruf und Leitsätze des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 30. Dezember 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 11–14, hier: S. 12.

[104] Vgl. Elke Seefried, Verfassungspragmatismus und Gemeinschaftsideologie. „Vernunftsrepublikanismus" in der deutschen Zentrumspartei, in: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.), Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008, S. 57–86, S. 75 f.; Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 227–253, hier: S. 232 f.

[105] Vgl. Seefried, Verfassungspragmatismus und Gemeinschaftsideologie, S. 80.

[106] Daher lässt sich die etwa von Gangolf Hübinger vertretene These nicht aufrechterhalten, dass wer von „Volksstaat" sprach die demokratisch-pluralistischen Strukturen und Institutionen akzeptierte, wer hingegen die Vokabel „Volksgemeinschaft" verwendete, staatliche und wirtschaftliche Homogenität forderte und einen „deutschen Sonderweg" beschreiten wollte. Gangolf Hübinger, Geschichtsmythen in „völkischer Bewegung" und „konservativer Revolution". Nationalistische Wirkungen historischer Sinnbildung, in: Horst Walter Blanke (Hrsg.), Dimensionen der Historik. Geschichtstheorie, Wissenschaftsgeschichte und Geschichtskultur heute. Jörn Rüsen zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 93–103, hier: S. 102.

[107] Aufruf und Leitsätze der Zentrumspartei vom 21. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 387–390, hier: S. 387.

Zentrum dabei die – nicht näher bestimmten – „christlichen“ Werte.[108] Ebenfalls an organische Metaphern knüpfte das Schlagwort von der „Volksseele“, um deren Zustand Sorge bestehe, an. Das Sprachbild trug zudem eine moralisch-theologische Deutungsebene. Die Gesundheit der „Volksseele“ wurde an den Fortbestand der „christliche[n] Kulturkraft in Kirche und Schule“ geknüpft.[109] Damit richtete sich diese Forderung gegen Sittenverfall und Entchristlichung, die angeblich in Gestalt des liberalen und sozialistischen Laizismus drohten.

Nicht zuletzt aus diesem Grund fiel die Beurteilung der Übergangsregierung aus USPD und MSPD seitens des katholischen Spektrums sehr kritisch aus. Dieser wurde fehlende Legitimation vorgeworfen. Sie schwebe in der Luft, da ihr der „feste[…] Boden einer Volksvertretung“ fehle. Mehr noch: Da „nur ein Bruchteil des deutschen Volkes“ hinter der Exekutive stehe, lebe man „unter einer Diktatur“.[110] Vor allem die USPD und die linksradikalen Kräfte des Spartakusbundes waren den Anhängern des katholischen Milieus ein Dorn im Auge, da sie ihrer Ansicht nach „nichts anderes als die brutale Vergewaltigung der großen Masse des deutschen Volkes durch die hinter ihnen stehende Minderheit“ im Sinn hätten.[111] Die MSPD wurde der Nachgiebigkeit nach links bezichtigt und mit dem Vorwurf konfrontiert, sie gebe die „heiligsten Interessen des deutschen Volkes“ preis.[112] Endgültig stellte die Germania den „Volksbeauftragten“ das Recht, für das „Volk“ zu sprechen, in Abrede, als sie die Verdrängung der Religion aus den Schulen befürchtete. Die „‚Volksbeauftragten‘, wie sie sich nennen“, seien „in diesem Falle nicht die Beauftragten des Volkes, sondern die Wortführer einer verschwindenden Minderheit“.[113] Obwohl die katholische Presse also die Legitimation der Exekutive unter Verweis auf einen angeblich anderslautenden Mehrheitswillen offen in Zweifel zog, begrüßte sie das durch die MSPD goutierte militärische Vorgehen der Regierung bei den Weihnachtsunruhen als im Sinne der „erdrückende[n] Mehrheit des ganzen Volkes“.[114] Diese partielle Kongruenz änderte jedoch aus Sicht des katholischen Spektrums nichts am generellen Legitimationsmangel, der erst durch Wahlen überwunden werden könne. Zugleich zeigte das Beispiel aber auch auf, wie schnell sich Zustimmungen ändern konnten und dass angeführte Mehrheitsverhältnisse eine – die Meinung des Sprechers untermauernde – gefühlte Wirklichkeit wiedergaben.

[108] So etwa die Forderung nach „Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kulturideals im deutschen Volksleben“. Aufruf und Leitsätze der Zentrumspartei vom 21. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 387–390, hier: S. 389; ähnlich auch später in: Aufruf und Leitsätze des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 30. Dezember 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 11–14, hier: S. 13.

[109] Aufruf der Rheinisch und Westfälischen Zentrumspartei vom 28. Dezember 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 395 f., hier: S. 396.

[110] Berlin, 25. November, in: Germania (48), 26. November 1918, Nr. 551, S. 1.

[111] Berlin, 7. Dezember, in: Germania (48), 08. Dezember 1918, Nr. 573, S. 1.

[112] Berlin, 13. Januar, in: Germania (49), 14. Januar 1919, Nr. 21, S. 1.

[113] Casius Fabricius, Die Religionsfreiheit in der preußischen Schule, in: Germania (49), 05. Januar 1919, Nr. 7, S. 1 f., hier: S. 1.

[114] Berlin, 27. Dezember, in: Germania (48), 28. Dezember 1918, Nr. 603, S. 1; ähnlich: Berlin, 11. Januar, in: Germania (49), 12. Januar 1919, Nr. 19, S. 1.

Der Rückblick auf das Jahr 1918 musste aus katholischer Sicht sehr nachdenklich ausfallen. Doch schöpfte die Anhängerschaft des Zentrums aus ihrer religiösen Überzeugung Hoffnung für die Zukunft der „Nation". So werde, solange „das deutsche Volk […] sicher die Rolle" ausfülle, die „Gott ihm zugedacht" habe, „die Zukunft des deutschen Volkes ganz gewiß nicht so finster" werden, wie sie augenblicklich erscheine.[115] Der Bezug auf Gott und seine Prädestination war Ausdruck einer Selbstvergewisserung in verzweifelter Lage, aber auch Bekenntnis zu einer als gottgegeben wahrgenommenen christlichen Politik und markierte damit den Pfad, den es zugunsten des „nationalen" Wohlergehens nicht zu verlassen galt.

Ließ sich die Haltung des katholischen Milieus in den letzten Kriegsmonaten bezüglich einer Demokratisierung des Reichs noch als skeptisch zurückhaltend bezeichnen, so postulierte das Zentrum wenige Tage nach dem Umsturz den „freie[n] soziale[n] Volksstaat" und legte ein „rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat" ab.[116] Im „Volksstaat" sollten sich „alle deutschen Stämme, alle Klassen und Stände, alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Parteizugehörigkeit wohlfühlen können". Für die Zentrumspartei war der „Volksstaat" mit der harmonischen Vorstellung einer ausgesöhnten „Gemeinschaft" verknüpft – diese Zukunftsvision könne nur das „Gesamtvolk" schaffen.[117] Mit „Volksstaat" thematisierten die politischen Kräfte zwischen USPD und Zentrum ihre jeweiligen Ideen von einem auf dem „Volk" beruhenden Staatswesen.[118] Zumeist wurde hierbei der „demos" als der Souverän gedacht; die Forderungen der USPD nach einem „sozialistischen Volksstaat" – wie auch die des Spartakusbundes nach einem „revolutionären Volksstaat"[119] – machten zugleich deutlich, dass sich der Gedanke vom „Volksstaat" aber auch ausschließlich auf die „plebs" beziehen konnte. In Abgrenzung dazu verwendeten die Anhänger eines auf dem Willen aller Bürger aufbauenden Gemeinwesens verstärkt die Wendung vom „demokratischen"[120] oder „freie[n] soziale[n] Volksstaat"[121]. Eine ethnische Konnotation lässt sich für die engere Phase des Umbruchs nicht ausmachen. Neben dem Begriff des „Volksstaates" wurde in dieser Zeit im Spektrum des politischen Katholizismus der Begriff „Volksreich" verwendet. Er verband zwei Hochwertwörter miteinander und überbrückte die Gegensätze zwischen einem monarchisch regierten, territorial ausgedehnten sowie mythisch überhöhten „Reich"[122] und dem Ideal eines auf der Souveränität des „Volkes"

115 Zum neuen Jahre, in: Germania (49), 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1.

116 Aufruf und Leitsätze der Zentrumspartei vom 21. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 387–390, hier: S. 387.

117 Ebd.

118 Vgl. Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 310 f.

119 Rosa Luxemburg, Der Anfang, in: Die Rote Fahne, 18. November 1918, Nr. 3, S. 1 f., hier: S. 2.

120 Aufruf und Leitsätze der Zentrumspartei vom 21. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 387–390, hier: S. 387.

121 Ebd.

122 Allgemein zur religiösen Bedeutung der Reichsvorstellungen: Herfried Münkler, Reich – Nation – Europa. Modelle politischer Ordnung, Weinheim 1996, hier vor allem: S. 8–15; Kurt Sontheimer, Die Idee des Reiches im politischen Denken der Weimarer Republik, in:

beruhenden demokratischen Staates. In diesem neuen Begriff ließen sich auch großdeutsche Vorstellungen integrieren, sodass „Volksreich“ als eine „von starkem Nationalbewußtsein“ getragene „Vereinigung der deutschen Stämme“[123] imaginiert werden konnte. Zudem eröffnete der Begriff die Möglichkeit, katholisch-konservative Kreise über die positive Konnotation von „Reich“ zu gewinnen, ohne das stärker demokratisch besetzte Wort „Volksstaat“ in den Mund nehmen zu müssen. Er erfüllte damit das Bedürfnis, Brücken für die verunsicherte Anhängerschaft zu bauen und sie in den neuen Staat zu integrieren. Außerhalb des Zentrums wurde das Wort „Volksreich“ allerdings nicht aufgegriffen und auch in der Sprache des katholischen Milieus war seine Lebensdauer nur sehr begrenzt. So plötzlich wie es Mitte November 1918 aufgetaucht war, so schnell verschwand es wenige Tage später wieder aus der Sprache. Über die Gründe, warum „Volksreich“ – von einem bekannten Verwendungsfall abgesehen[124] – ein Okkasionalismus in den Tagen der Revolution blieb und sich nicht dauerhaft oder wenigstens mittelfristig etablieren konnte, kann nur spekuliert werden. Eine Ursache hierfür könnte im Wort „Volksstaat“ liegen, das sich in der Sprache des katholischen Milieus etablierte. Als weitere Komposita fanden in den Texten aus der Umbruchzeit Begriffe wie „Volksregierung“ und „Volkskanzler“ Verwendung. Mit dem Bestandteil „Volks-“ ließ sich das Spezifikum der Übergangsregierung unter Friedrich Ebert betonen. Die katholische Seite übernahm damit zwar eine sozialdemokratische Selbstbezeichnung, ging aber auf den Anspruch des „Rats der Volksbeauftragten“, für das „ganze Volk“ sprechen zu können, überwiegend distanzierend bis ironisierend ein, indem sie dessen Zustandekommen bzw. die Widersprüche zwischen Regierungshandeln und Meinung der „plebs“ aufzeigte.[125] Nur in einem Fall lässt sich die neutrale Übernahme des Begriffes „Volksregierung“ im Milieu feststellen.[126] Außerhalb des untersuchten Spektrums wurde der „Rat der Volksbeauftragten“ mitunter gar als eine „bolschewistische“ Regierung oder „Diktatur einer Minderheit“ bezeichnet und ihm das Ideal „einer wirklichen und gesichterten Volks-, also […] Mehrheitsregierung“ gegenübergestellt. Damit griffen etwa Sprecher aus dem nationalistisch-konservativen Milieu positiv auf das Wort „Volksregierung“ zurück,

GWU (13), 1962, Nr. 4, S. 205–221, hier: S. 207–210. Zur Reichsidee im Katholizismus: Helmut Beilner, Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, in: GWU (28), 1977, Nr. 1, S. 1–16, hier: S. 2–4.

123 Aufruf und Leitsätze der Zentrumspartei vom 21. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 387–390, hier: S. 388.

124 Am 18. Januar 1919 schlug die GERMANIA in der Debatte um den künftigen Namen des Deutschen Reichs vor: „Sollte man aber Wert darauf legen, eine neue Sache auch neu zu benennen, dann bietet sich ein sehr einfacher Ausweg, gut und gemeinverständlich zu sagen deutsches Volksreich.“ Zitiert nach: Thorsten Eitz/Isabelle Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1, Hildesheim 2015, S. 110.

125 Vgl. Berlin, 2. Dezember, in: Germania (48), 03. Dezember 1918, Nr. 563, S. 1; Berlin, 27. Dezember, in: Germania (48), 28. Dezember 1918, Nr. 603, S. 1.

126 Darin lobte die GERMANIA die Haltung der Beamten, die sich zum Wohle des „Volkes“, „in den Dienst der Volksregierung gestellt“ hätten. Berlin, 11. Dezember, in: Germania (48), 12. Dezember 1918, Nr. 579, S. 1.

versuchten, die Übergangsexekutive zu diskreditieren, und mahnten eine „einwandfreie demokratische Volksregierung“ an.[127]

Neben dem vehementen Eintreten für das Recht des „demos“ auf Entscheidung über Legislative und Exekutive war der Volksbegriff im katholischen Milieu durch seine Anwendung auf eine Teilöffentlichkeit geprägt. Außer dem Lexem „ganzes Volk“ im Sinne von „demos“ waren auch Wendungen wie „das katholische Volk“[128] üblich. Sie knüpften an die Bedeutung „religiöse Gemeinschaft“ an und postulierten damit eine anhand ethnisch-kultureller Merkmale konstruierte Zusammengehörigkeit. Den Gebrauch des Begriffs „Volk“ als Bezeichnung für die „plebs“ wiesen Sprecher aus dem katholischen Milieu hingegen zurück, indem sie die Bedeutung der „breiten Massen“ mit dem Verweis relativierten, sie seien nur ein Teil des „ganze[n] deutsche[n] Volk[es]“.[129] Eine eindeutige Verwendung des Wortes „Volk“ im Sinne von „ethnos“ lässt sich im katholischen Milieu für die Umbruchphase 1918 hingegen nicht feststellen.

Ambivalent war die Haltung im linksliberalen Lager: Mit der Revolution waren seine politischen Forderungen in weiten Teilen Wirklichkeit geworden, doch musste das neue Staatssystem aus seiner Sicht nun auf eine breite Basis gestellt werden, um nicht neuerlich zu einer Diktatur zu mutieren. Diese Verstetigung des neuen Staates konnte für die Sprecher aus dem linksliberalen Milieu nur unter Rückbindung an die „Volksmehrheit“, sprich: durch eine demokratische Legitimation über Wahlen, erreicht werden.[130] Die Übergangsphase wurde kritisch beäugt, da „im Augenblick das Volk in seiner Gesamtheit lediglich Objekt einer Regierung“ sei, wie Hugo Preuß schon am 14. November im Berliner Tageblatt schrieb.[131] Seiner Ansicht nach sei das „Volk“ durch den Umsturz bis zur Neuwahl des Parlaments vorübergehend machtlos geworden und werde in der Zwischenzeit durch eine sich auf die „unfaßliche Volksgnade“[132] berufenden Regierung geführt. Das entstandene Legitimationsvakuum weckte Ängste vor der dauerhaften Etablierung einer sozialistischen Herrschaft. So betonte selbst Hugo Preuß vorauseilend: Statt einzelner Klassen, Parteien oder Stände könne „nur das gesamt deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, […] den deutschen Volksstaat“ schaffen. Angesichts der unterschiedlichen Staatskonzepte zwischen den linken Parteien

[127] Gesetzlichkeit oder Staatsstreich? Frieden oder feindlicher Einmarsch? Ordnung oder Elend und Hungersnot?, in: Deutsche Tageszeitung (25), 11. November 1918, Nr. 575, S. 1.

[128] Vgl. Berlin, 14. November, in: Germania (48), 15. November 1918, Nr. 535, S. 1; Berlin, 3. Dezember, in: Germania (48), 04. Dezember 1918, Nr. 565, S. 1; Berlin, 20. Dezember, in: Germania (48), 21. Dezember 1918, Nr. 595, S. 1. Auf die bis „weit ins 20. J[ahr]h[undert]“ im Katholizismus charakteristische Berufung auf das „katholische Volk“ weist auch hin: Brandt, Volk, hier: Sp. 1083.

[129] Berlin, 25. November, in: Germania (48), 26. November 1918, Nr. 551, S. 1.

[130] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 10. November 1918, Nr. 576, S. 1 f., hier: S. 1.

[131] Hugo Preuß, Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitssaat?, in: Berliner Tageblatt (47), 14. November 1918, Nr. 583, S. 1 f., hier: S. 1.

[132] So die in Analogie zur Berufung auf die „Gottesgnade“ seitens des alten monarchischen Systems von Hugo Preuß sarkastisch verwendete Formulierung. Ebd.

und den politischen Gruppierungen der Mitte erblickte Preuß im Ausgang der Wahl zur Nationalversammlung eine Entscheidung über die Frage „Demokratie oder Bolschewismus“.[133] Wenn nun keine „auf der Gleichberechtigung aller Volksgenossen ruhende[…] politisch-demokratische[…] Organisation“ des Staates geschaffen werde, ziehe eine Katastrophe aus „rechtlose[r] Gewalt und […] völlige[r] Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens“ auf.[134] Statt auf das „Volk“ als Ganzes sei die Macht auf eine kleine Gruppe innerhalb des „Volkes“ übergegangen – nun sollte sie nach dem Willen der DDP-Anhänger in die Hände des pluralistischen „demos“ gelangen. Dafür bedurfte es der baldigen demokratischen Legitimation eines Parlaments durch allgemeine, freie und gleiche Wahlen. Daher sprachen sich die DDP wie auch andere bürgerliche Parteien für einen möglichst frühen Wahltermin aus. Die Nationalversammlung sollte dem in der Revolution geborenen „neue[n] Deutschland“ die „politische[…] Taufe“ geben.[135] So war die in die Konstituante gesetzte Hoffnung auf eine dauerhafte Verwirklichung des „deutsche[n] nationalen Freistaats“ groß:

> Alle Fesseln, die alte und neue Klassenherrschaft, Bureaukratie und Polizeigelüste dem deutschen Volke auferlegen wollen, müssen fallen, und die Form ist: der deutsche Volksstaat, durch das Volk für das Volk.[136]

Für die Sprecher aus dem linksliberalen Lager war dabei klar, dass das politische System der Zukunft nur ein parlamentarisch-demokratisches sein könne, in welchem „der Wille der Mehrheit des Reichsparlaments“ den „Willen des gesamten Volkes“ darstelle.[137] Alternativen zu einer solchen Ordnung spielten in diesem Milieu keine Rolle – gehörte das Bekenntnis zu Demokratie und Volkssouveränität doch zu den liberalen Grundüberzeugungen.[138] Die Frage nach der künftigen Machtverteilung beantworteten die Anhänger des Linksliberalismus unter Verweis auf den „demos“. Eine Einengung des Volksbegriffes auf die „plebs“ lehnten die Anhänger der DDP kategorisch ab.

Die Deutsche Demokratische Partei, die sich im November 1918 in Nachfolgerschaft der FVP gründete und die verschiedenen liberalen Strömungen unter ihrem Dach zu vereinen suchte, stellte sich rückhaltlos und voll innerer Überzeugung auf den Boden der Republik. Sie sah ihre Aufgabe darin, „alle Kräfte des Volkes, die sich zur wahren Demokratie bekennen“, in einer „Volkspartei“ zusam-

[133] Hugo Preuß, Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitssaat?, in: Berliner Tageblatt (47), 14. November 1918, Nr. 583, S. 1 f., hier: S. 2.

[134] Hugo Preuß, Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitssaat?, in: Berliner Tageblatt (47), 14. November 1918, Nr. 583, S. 1 f., hier: S. 1.

[135] Bernhard Dernburg, Der 16. Februar 1919, in: Berliner Tageblatt (47), 01. Dezember 1918, Nr. 614, S. 1 f., hier: S. 1.

[136] Ebd.

[137] Ebd.

[138] So brachte auch das Programm der DDP klar zum Ausdruck: „Alle öffentliche Gewalt gründet sich allein auf den Willen des souveränen Volkes.“ Programm der Deutschen Demokratischen Partei (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes), 1918/19, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 64.

menzufassen.[139] Immer wieder betonte sie, dass in ihr „alle Volksschichten in starker Zahl vertreten" seien.[140] Zudem rühmte sich die DDP einer „ehrliche[n] volkstümliche[n] und soziale[n] Politik".[141] Durch die Verwendung des Wortes „volkstümlich" postulierten die Sprecher eine programmatische Orientierung ihrer Partei am Interesse des „Volkes" und ein enges Bindungsverhältnis.

Mit dem Ende des Kaiserreichs war für die Linksliberalen die Verwirklichung eines Hauptziels in greifbare Nähe gerückt – „die Errichtung einer deutschen Republik, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes" beruhe.[142] Nun galt es, die liberalen Werte umzusetzen, etwa durch die Förderung der „verantwortungsbereite[n] Mitarbeit des ganzen Volkes in Staat und Wirtschaft".[143] Den Wahlen zur Nationalversammlung kam in dieser Vorstellung eine fundamentale Bedeutung, ja gar ein dezisionistischer Charakter zu. Die Grundsätzlichkeit von politischen Fragen wurde aber auch bei Einzelforderungen proklamiert; so bewertete die DDP etwa die Schaffung von Wohnraum als eine „Lebensfrage für unser Volk".[144] In der Phase des Übergangs trugen die zu lösenden großen Probleme zu einer Ausweitung der Alles-oder-Nichts-Rhetorik auf verschiedenste Themenfelder bei. Die Untergangs- und Zusammenbruchstimmung ließ darüber hinaus das Gefühl wachsen, dass es sich bei politischen Fragen um grundsätzliche Entscheidungen handele. Der Diskurs wurde häufig in „Idiome des Existenziellen" gekleidet, die von den Handelnden eine besondere Verantwortung einforderten, aber paradoxerweise gleichzeitig die Überzeugung schufen, dass die Möglichkeiten angesichts der ausweglosen Situation nur sehr begrenzt seien – also die Akteure entlasteten.[145] Wie das Bild von der „Lebensfrage des Volkes" zeigt, manifestierte sich ein solches Denken häufig in organischen Metaphern.

[139] Gustav Hartmann, Politische Glaubensbekenntnisse. Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei: Gustav Hartmann, in: Berliner Tageblatt (48), 03. Januar 1919, Nr. 4, S. 1 f., hier: S. 1.

[140] IfZ ZG e030: Wahlbüro der Deutschen demokratischen Partei für den Bezirk Potsdam X, Wie wähle ich?, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919]; ähnlich: IfZ ZG e030: [DDP], Die wahre Vertreterin aller Schichten des Volkes ist die deutsche demokratische Partei, [undat. Flugblatt].

[141] IfZ ZG e030: [DDP Berlin-Potsdam], Die ausschlaggebende Partei, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919].

[142] Wahlaufruf der DDP vom 15. Dezember 1918, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 59–62, hier: S. 60; ähnlich auch die Formulierung „Die öffentliche Gewalt gründet sich allein auf den Willen des souveränen Volkes." Programm der DDP (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes) [1918/19], zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 64.

[143] Programm der DDP (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes) [1918/19], zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 63.

[144] Programm der DDP (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes) [1918/19], zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 68.

[145] Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 284 f., Zitat: S. 284. Daneben weist Linsmayer auf die „militärische Kategorie der ‚Entscheidung'" in der politischen Sprache der Weimarer Republik hin. Vgl. Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saarge-

Diese Sprache griff dabei (sozial-) darwinistisches Gedankengut auf und erblickte in der gegenwärtigen politischen Situation den Kampf um „Leben oder Untergang“. Durch die Verbreitung dieser Definitivrhetorik engte sich die Politik ihre Entscheidungsmöglichkeiten ein und begab sich in eine Logik der Alternativlosigkeit. Was eine solche Sprache über die zeitgenössische Wahrnehmung der Republik verrät, wurde von der Forschung bislang allenfalls in Ansätzen zur Kenntnis genommen.

Im Zeitraum zwischen Republikausrufung und Konstituierung der Nationalversammlung nutzten die untersuchten Milieus den Volksbegriff meist für ihren Appell zugunsten einer baldigen Befragung des „demos“. In Abwehr der linksradikalen Forderungen und ihres auf der „plebs“ beruhenden Staatsverständnisses setzten sich dabei alle untersuchten Kräfte für das pluralistische Staatsvolk und dessen Willen ein, doch existierten in diesem vordergründigen Bekenntnis aller zur Demokratie auch holistische Untertöne. Die Definition von „Volk“, letztlich die Antwort auf die Frage nach dem Souverän, wirkte weichenstellend für die Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur. Zudem nahm der Begriff „Volk“ in der Zeit von der Novemberrevolution bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung eine herausragende Rolle im Ordnungsdiskurs ein.

1.2 „Ordnung“, „Volkswille“, „Einheit“ – politische Argumente wider das Chaos

„Ruhe“ und „Ordnung“ waren semantische Gegenpole zu dem vielfach als „Chaos“ wahrgenommenen Geschehen der revolutionären Umwälzung und bildeten daher zentrale Kategorien des politischen Diskurses im Herbst und Winter 1918/19.[146] Der Regierung müsse es gelingen, das „deutsche Volk“ „unter Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ vor „furchtbaren Gefahren“ zu bewahren.[147] Dieses Ordnungsdenken artikulierte sich in den Reihen fast aller untersuchten Parteien (und darüber hinaus)[148] – wurde aber durchaus unterschiedlich akzentuiert.

Besonders ausgeprägt waren entsprechende Leitvorstellungen im Milieu des Katholizismus. Mit Beteuerungen wie: „Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit sind Ideen, Ideen, die nicht in 48 Stunden sterben“, versuchte die Reichstagsfraktion des Zentrums wenige Tage nach dem Sturz der Monarchie, die Allgemeingültigkeit ihres Wertehorizontes auch in Zeiten des revolutionären Umbruchs zu pro-

biet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992, S. 245 f., Zitat: S. 246.

146 Zum antikommunistischen Ordnungsdenken: Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 113–124.

147 Theodor Wolff, Die große demokratische Partei (Berliner Tageblatt, 16. November 1918, Nr. 588), zitiert nach: Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher, S. 816–819, hier: S. 818.

148 Vgl. etwa: Ordnung und Freiheit, in: Deutsche Tageszeitung (25), 10. November 1918, Nr. 573, S. 1 f.

klamieren.[149] Um ihre Forderungen zu verbreiten, bediente sich die Zentrumsfraktion des Aufrufes an das „Volk" – einem Mittel, das ansonsten eher zum Repertoire der Linksparteien gehörte. „Wir reden die Sprache eines Volkes, und was wir denken und fordern, versteht jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau. Darum hört!", so dessen ungewöhnliche Einleitung.[150] Weiter wurden die Adressaten aufgefordert, „als Volksgesamtheit" selbst aktiv die „Beteiligung an den Gesetzen" zu verlangen. Mit diesem Appell an den „demos" versuchte der politische Katholizismus, seinen Forderungen nach „Frieden", „Recht" und „Ordnung" gegen „Diktatur", „Entrechtung" und „Klassenherrschaft" Nachdruck zu verleihen sowie die eigene Partei „als treue[s] Spiegelbild des deutschen Volkes" zu rühmen.[151] Durch den Bezug auf die katholische Leitvorstellung von „Ordnung" und in semantischer Abgrenzung zu den revolutionären Ereignissen konnte die Zentrumsfraktion an antirevolutionäre Vorbehalte und an ein innerhalb und außerhalb ihrer Anhängerschaft verbreitetes, konservatives Ordnungsdenken anknüpfen.[152] Dass „Ordnung" dasjenige sei, „was jeder Einzelne von uns und unser Volk als Ganzes jetzt am meisten" brauche,[153] war bereits in den ersten Reaktionen der Zentrum-nahen Presse auf die Revolution zum Ausdruck gebracht worden. Die Forderungen nach „Ordnung" und nach baldigen Parlamentswahlen gingen Hand in Hand und wurden auf die schlichte Formel gebracht:

> Wer die Ordnung will, muß die schleunigste Berufung der Nationalversammlung wollen, und wer die Ordnung nicht will, der ist ein Verräter an seinem Volk […].[154]

Die Phase der Interregnums bezeichnete die GERMANIA als „geradezu unerträglich […] für die Gesundheit des ganzen Volkskörpers".[155] In dieser organischen Metapher trat das „deutsche Volk" als ein lebendiges Wesen in Erscheinung, dessen Fortexistenz es zu bewahren gelte. Während der blutigen Unruhen um den Jahreswechsel 1918/19 befürwortete das katholische Leitmedium das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen die Linksrevolutionäre als „einzige Möglichkeit",

[149] Aufruf von Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Zentrums vom 15. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 379–381, hier: S. 379; ähnlich auch der Kommentar der GERMANIA einen Tag später: „Der Geist der Ordnung steckt viel zu tief in unserem Volke, als daß wir ihn preisgeben könnten; wir alle wissen ganz genau, daß wir damit uns selbst preisgeben würden." Berlin, 15. November, in: Germania (48), 16. November 1918, Nr. 537, S. 1. Allgemein zum Ordnungsdenken im Zentrum: Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930, Düsseldorf 1992, S. 410–413.

[150] Aufruf von Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Zentrums vom 15. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 379–381, hier: S. 379.

[151] Aufruf von Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Zentrums vom 15. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 379–381, hier: S. 380.

[152] So verkündete der Aufruf: „Berlin ist nicht Deutschland; Berlin ist nicht das deutsche Volk" und knüpfte damit auch an antipreußische und großstadtfeindliche Einstellungen an. Aufruf von Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Zentrums vom 15. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 379–381, hier: S. 379.

[153] Berlin, 11. November, in: Germania (48), 12. November 1918, Nr. 529, S. 1.

[154] Berlin, 25. November, in: Germania (48), 26. November 1918, Nr. 551, S. 1.

[155] Berlin, 19. Dezember, in: Germania (48), 20. Dezember 1918, Nr. 593, S. 1.

um dem „kranke[n], deutsche[n] Volkskörper […] die Gesundheit wieder zu geben“.[156] Ebenso wurde im Bild vom „Volksleben“ eine natürliche, gottgegebene Einheit konstatiert, von der nicht abgewichen werden dürfe.[157] Kombinieren ließ sich dieses Ordnungsdenken mit der Vorstellung von „Einheit“ und „nationalem“ Konsens in Zeiten der Not. Der katholische Antibolschewismus führte zu Forderungen wie der, dass „alle Parteien, alle Gruppen, die dem Bolschewismus den Kampf ansagen wollen […], sich zusammenschließen und von einem gemeinsamen Büro sich Weisungen geben lassen“ müssten.[158] Aus dem Blickwinkel der Zentrum-nahen GERMANIA ließ die Zeit den „Luxus einer mannigfaltigen Parteigruppierung“ nicht zu, stattdessen müssten „alle[…] Sondermeinungen, alle[…] Gegensätze“ zurückgestellt werden.[159] Dass solche Äußerungen den tatsächlichen Rückhalt der Radikalsozialisten in der Bevölkerung maßlos überschätzten, lag auf der Hand. Und auch die Erkenntnis, dass ein bürgerlicher Zusammenschluss aufgrund der „Vielgestaltigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Parteien und ihrer geschichtlichen Ueberlieferung“ nicht möglich sei, stellte sich wenige Tage später ein.[160] Dennoch blieb innerhalb des katholischen Milieus der Gedanke virulent, ein „gemeinsames Büro (oder einen gemeinsamen Ausschuß)“ aller „auf dem Boden des wahrhaft freien Volksstaates stehenden Parteien“ zu gründen.[161] Ohne einem „Mischmasch“ das Wort reden zu wollen, müsse die Devise für die Wahlen lauten: „Soviel wie möglich getrennt marschieren und vereint schlagen“,[162] so die GERMANIA in Anlehnung an Helmuth von Moltke. Mochten diese Forderungen nach Nivellierung und Zusammenschluss der Sorge um die Republik und der Furcht vor einem Sieg der Linksradikalen in USPD und Spartakusbund geschuldet gewesen sein, so zeigte sich in ihnen doch die Tendenz, politischen Meinungsunterschiede leichtfertig als „Sonderinteressen“ abzutun und im Zweifel die spezifischen Parteiprofile bis zur Unkenntlichkeit anpassen zu wollen. In der als existenziell wahrgenommenen Krisenzeit ging „Gemeinschaft“ vor „Pluralität“. Ein tiefes Bewusstsein für den Wert der Vielfalt – auch bei der Entscheidungsfindung des Wählers – ließen diese Worte aus dem katholischen Spektrum jedenfalls vermissen. Stattdessen waren es Einheitsbegriffe, denen im Denken des katholischen Milieus ein ungleich höherer Rang zukam. So appellierte ein an die Beamten, Lehrer und Angestellten gerichteter Aufruf der Zentrumspartei vom 20. November an den Zusammenhalt „in den schwersten Stunden, die je für das deutsche Volk angebrochen“ seien, und an den „Willen der gesamten Nation“. Beides sei ausschlaggebend für die Zukunft des Deutschen Reichs.[163] Mit

156 Berlin, 8. Januar, in: Germania (49), 09. Januar 1919, Nr. 13, S. 1.
157 Vgl. Berlin, 6. Dezember, in: Germania (48), 07. Dezember 1918, Nr. 571, S. 1.
158 Berlin, 19. November, in: Germania (48), 20. November 1918, Nr. 543, S. 1.
159 Ebd.
160 Berlin, 6. Dezember, in: Germania (48), 07. Dezember 1918, Nr. 571, S. 1.
161 Berlin, 17. Dezember, in: Germania (48), 18. Dezember 1918, Nr. 589, S. 1.
162 Ebd.
163 Aufruf der Deutschen Zentrumspartei vom [20.] November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 383f.

„Einheit“ und „Wille“ fanden sich im Aufruf gleich zwei Begriffe, die in der Umbruchzeit im politischen Sprachhaushalt hochpräsent waren. Das Wort „Einheit“ bediente mit seinen gemeinschaftsstiftenden und konfliktunterbindenden Eigenschaften das Bedürfnis nach Sicherheit angesichts grundlegender sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Veränderungen. Zudem knüpfte es an den „nationalen“ Konsens im Ersten Weltkrieg an und ließ ein Bild von Stärke und Entschlossenheit entstehen. So mahnte die GERMANIA nach der Kriegsniederlage: „Nur Einheit und Einigkeit kann uns stark halten.“[164] Auf welcher Grundlage diese „Einheit“ aufbauen sollte, blieb unklar. Stattdessen geriet sie zu einem Wert an sich, ohne dass eine Verständigung über die Inhalte stattgefunden hätte.

Signalisierte der Begriff „Einheit“ Gemeinsamkeit und Entschlossenheit, so bildete der Bezug auf den „Willen“ noch eine Steigerung der aktivistischen Sprache. Sprecher aus dem deutschnational-konservativen Umfeld betonten etwa, dass die „deutsche Einheit“ nur „auf der Grundlage des nationalen Gefühles und durch das Mittel des nationalen Willens“ der „jetzigen ungeheuren Belastungsprobe von innen und außen“ gewachsen sei.[165] Innerhalb des untersuchten Spektrums der Mitte wurde der „Wille des deutschen Volkes“ semantisch zumeist an das demokratische Wahlrecht und die zu wählende Nationalversammlung gekoppelt.[166] Das Parlament repräsentierte nach dieser Überzeugung den „deutschen Volkswillen“. Hierbei ging es dem katholischen Milieu zumeist nicht um einen allumfassenden, einheitlichen „Wille[n]“, sondern um denjenigen „der Mehrheit des deutschen Volkes“[167] – beruhte also prinzipiell auf pluralistischer Grundlage. Vor allen Dingen diente der Bezug auf den „Willen“ aber dazu, die baldige Durchführung von Wahlen anzumahnen. So sei es etwa in Preußen „höchste Zeit“, dass der „Mehrheitswille des Volkes“ durch die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung als „Grundlage der politischen Neuordnung“ festgestellt werde.[168] Das Kalkül hinter diesen eindringlichen Aufforderungen war, die Revolution in geordnete Bahnen zu lenken und die linksradikalen Kräfte aus der Regierung zu drängen. Um dieses Ziel zu erreichen, bezog sich die katholische Presse mitunter auch auf den gefühlten „Volkswillen“, dem unterstellt wurde, nach „Brot“ und „Regierung“ zu rufen.[169] Daher solle die Regierung Ebert/Scheidemann „nicht die wirkliche Stimmung und den wirklichen Willen der erdrückenden Überzahl des deutschen Volkes aller Stände“ vergessen. Statt sich mit sich selbst zu beschäftigen, hätten die – von der GERMANIA in distanzierend-ironischen Anführungszeichen gesetzten – „‚Volksbeauftragten‘“ die Aufgabe, den „wirklichen Willen des Volkes“ zu erfas-

164 Berlin, 26. November, in: Germania (48), 27. November 1918, Nr. 553, S. 1.
165 Innen und außen, in: Deutsche Tagezeitung (25), 30. November 1918, Nr. 609, S. 1f., hier: S. 2.
166 Vgl. Berlin, 13. November, in: Germania (48), 14. November 1918, Nr. 533, S. 1; Berlin, 30. November, in: Germania (48), 01. Dezember 1918, Nr. 561, S. 1.
167 Berlin, 13. November, in: Germania (48), 14. November 1918, Nr. 533, S. 1.
168 Berlin, 6. Dezember, in: Germania (48), 07. Dezember 1918, Nr. 571, S. 1.
169 Berlin, 11. Dezember, in: Germania (48), 12. Dezember 1918, Nr. 579, S. 1.

sen.[170] Auch undifferenziert verwendet, eignete sich der „Volkswille“ als Argument gegen die Sozialisten und zugunsten einer parlamentarisch rückgebundenen Regierung.

Dass „Ordnung“ auch im linksliberalen Spektrum einen Hochwert darstellte, verdeutlicht beispielhaft ein Wahlaufruf der DDP aus dem Dezember 1918. Darin waren „Ordnung“ und „Gesetzmäßigkeit“ die Schlagworte, welche die Partei postulierte. Von den anstehenden Parlamentswahlen erwartete sie sich eine Verwirklichung dieser Werte, mithilfe derer den diversen inneren Problemen wie Separatismusbestrebungen, Streiks und dem Terror der Spartakisten entgegengetreten werden sollte.[171] Von diesen Schwierigkeiten waren einige Zeitgenossen überrascht worden, hatte es für viele Linksliberale doch zunächst nach einem friedlichen und geordneten Verlauf der Revolution ausgesehen. So lobte Harry Graf Kessler etwa in seinem Tagebucheintrag vom 10. November 1918 die „Haltung des Volkes“ als „ausgezeichnet: diszipliniert, kaltblütig, ordnungsliebend, eingestellt auf Gerechtigkeit, fast durchweg gewissenhaft“.[172] Demgegenüber sah Theodor Wolff die Gefahren der Situation wesentlich klarer. Er mahnte öffentlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und warnte vor „unabsehbarem Blutvergießen“, falls dies nicht gelinge. „Ein reifes, verständiges Volk schafft sie [die „Symbole des alten Geistes“, die „bei uns aneinandergereiht, wie die Marmorstatuen in der Siegesallee“ sind], ohne etwas zu zerbrechen, fort“.[173] „Ordnung“ wurde in diesem Zusammenhang als ein geregelter, unblutiger Übergang zur Republik verstanden. Zugleich konnte mit dem Doppelsinn des Wortes „Ordnung“ neben dem ruhigen Verlauf auch die umfassende, gründliche Veränderung herausgestellt werden. „Ordnungssinn“ und „Selbstdisziplin“ wurden als deutsche Tugenden gerühmt, die während des Umbruchs in der „musterhafte[n] Haltung des Volkes“ zum Ausdruck gekommen seien.[174] Im Gegensatz etwa zum katholischen Spektrum war im linksliberalen Milieu aber der Bezug auf Ordnungskonzepte wesentlich schwächer ausgeprägt. „Ordnung“ wurde hier meist als eine im „Volk“ bereits vorhandene Tugend hervorgehoben.

In der Zeit bis zur Wahl der Nationalversammlung setzten die Linksliberalen stärker als etwa das katholische Milieu auf die „vertrauensvolle Stimmung in der

[170] Ebd.

[171] Wahlaufruf der DDP vom 15. Dezember 1918, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 59–62; ähnlich auch die Forderung der linksliberalen [!] Deutschen Volkspartei in Bayern zugunsten des „Schutz[es] der persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen gegen alle Übergriffe der Staatsgewalt und gegen jede Art von Terrorismus“: Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei in Bayern vom Dezember 1918, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 71–76, hier: S. 74. Zur „Deutschen Volkspartei in Bayern“: Schilcher, Bayerischer Parlamentarismus in der Weimarer Republik, S. 97–100.

[172] Berlin, 10. November 1918. Sonntag, zitiert nach: Pfeiffer-Belli (Hrsg.), Harry Graf Kessler, S. 26 f., hier: S. 27.

[173] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 10. November 1918, Nr. 576, S. 1 f., hier: S. 2.

[174] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 18. November 1918, Nr. 590, S. 1.

Bevölkerung"[175] gegenüber der Übergangsregierung. Die Umbruchphase wurde von ihnen als eine Situation empfunden, in der es um den Bestand der „Nation" gehe. Daher sei es nicht an der Zeit, „die Interessen einzelner Gruppen des Volkes zu fördern oder sich in sie zu vertiefen".[176] Allerdings führte diese Haltung im linksliberalen Milieu nicht zu einer allgemeinen Abwertung von vermeintlichen Partikularinteressen.

In der krisenhaften Umbruchsituation wurde betont, dass das „Wohl und Wehe aller Glieder des Volkes miteinander verbunden" sei.[177] Solche Körpermetaphern oder das Sprachbild vom „Leben der Nation"[178] versinnbildlichten die Überzeugung, dass die „nationale Einheit" naturnotwendig und daher für die Zukunftsfähigkeit des Deutschen Reichs unerlässlich sei. Der Ruf nach „nationaler Einheit" konnte sich neben der politischen bzw. sozialen aber auch auf die territoriale „Einheit" erstrecken – ein Aspekt, auf den im Weiteren noch näher eingegangen wird. Für den Zeitraum des unmittelbaren Umbruchs nur so viel: Die „Einheit des deutschen Volkes" sollte etwa nach dem Willen der DDP nach außen durch eine Neugestaltung des Staatsgebietes zum Ausdruck kommen. Neben der angestrebten Fusion mit den „staatlich obdachlos gewordenen Deutschen Oesterreichs" kündigte der DDP-Mitbegründer Alfred Weber an, die Rechte der Bundesstaaten zugunsten einer „großen, freien republikanischen Einheit des deutschen Volkes" begrenzen, ohne jedoch gänzlich die „geschichtlich gewordenen Staatsgebilde der deutschen Stämme […] zerbrechen" zu wollen.[179] Darin stimmte Weber mit einem weiteren Parteigründungsmitglied, dem Historiker Friedrich Meinecke, überein. Der Berliner Ordinarius verknüpfte die Forderung nach einer „großdeutschen Vereinigung mit unseren österreichischen Brüdern" mit dem Wunsch nach „soziale[r] Versöhnung der Volksgenossen miteinander".[180] „[N]ationale Einheit und Volksgemeinschaft", so Meinecke, vertrügen „sich nicht mit jenem Übermaße von Klassenkampf".[181] Seinem Aufruf zum gemeinsamen Grundkonsens im Interesse der „Nation" verlieh Meinecke mit dem Appell, gegen Klassendiktatur und Nationsspaltung anzukämpfen, Nachdruck.[182] „Einheit" gehörte zu den

[175] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 11. November 1918, Nr. 577, S. 1.

[176] Alice Salomon, Die Frauen vor der Nationalversammlung, in: Berliner Tageblatt (47), 05. Dezember 1918, Nr. 621, S. 1f., hier: S. 1. Eine ausgeprägte Körpermetaphorik im Rückblick auf die Machtverteilung im Obrigkeitsstaat findet sich auch im Kommentar von Lichnowsky: „Die Dynastie ist der Kopf, Militär und Beamtentum sind das Gerippe des Staatswesens, dem Volke aber fällt etwa die Rolle des Bauches zu, während die Landwirte als die Beine erscheinen." [Karl Max] Fürst [von] Lichnowsky, Der Einheitsstaat, in: Berliner Tageblatt (48), 16. Januar 1919, Nr. 15, S. 1f., hier: S. 1.

[177] Alice Salomon, Die Frauen vor der Nationalversammlung, in: Berliner Tageblatt (47), 05. Dezember 1918, Nr. 621, S. 1f., hier: S. 1.

[178] Alice Salomon, Die Frauen vor der Nationalversammlung, in: Berliner Tageblatt (47), 05. Dezember 1918, Nr. 621, S. 1f., hier: S. 2.

[179] Alfred Weber, Die neue demokratische Partei, in: Berliner Tageblatt (47), 17. November 1918, Nr. 589, S. 1.

[180] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 63f.

[181] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 64.

[182] Ebd.

Schlüsselbegriffen in Meineckes Zukunftsvorstellung. Zu der hierfür nötigen, „ganz neue[n] feste[n] Form des nationalen Staates […], […] die allen Schichten des Volkes politische Freiheit und politische Mitarbeit am Ganzen“ sichere, sei nur die „demokratische Republik“ in der Lage.[183] Im Gegensatz zum Missbrauch des „nationalen Gedankens“ für „bestimmte Sonderinteressen innerhalb der Nation“[184] im untergegangenen Kaiserreich hofft Meinecke, dass in der Republik der „nationale Gedanke […] in die Sphäre des Ewigen und Reingeistigen hinaufgehoben“[185] werde. Die Zusammengehörigkeit der „Nation“ bildete für ihn einen metaphysischen, ewig währenden Wert. Das von ihm verfolgte Konzept der „Volksgemeinschaft“ war ein demokratisch-liberales. Nach Meinecke bedurfte die „deutsche, nationale Demokratie“[186] der „Einheit“ aller Bürger im „nationalen“ Konsens. Zugleich barg die Sakralisierung der „Nation“ aber auch die Gefahr, dass hinter diesem Letztwert im Zweifel andere Werte wie „Freiheit“ oder „Pluralität“ zurückzutreten hatten oder gar verdrängt wurden.

„Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten“, hatte auch für die Nationalliberalen einen hohen Stellenwert. Unter argumentativem Bezug auf die beiden Werte begründete die Partei etwa in Baden ihrer Unterstützung für die dortige „vorläufige […] Volksregierung“.[187] Und auch auf Reichsebene glaubte man im Bestreben, der neuen Regierung „mit allen Kräften“ dabei mitzuhelfen, „Ruhe zu halten, und die Ordnung wieder herzustellen“, den „innersten Wünschen Wilhelm II.“ zu entsprechen.[188] Zumindest in den ersten Tagen der Revolution zeigte sich die nationalliberale Kölnische Zeitung mit dem Ordnungsstreben der Arbeiter- und Soldatenräte zufrieden.[189] Daraus sprach vor allem die Erleichterung darüber, dass der Umsturz in Deutschland im Gegensatz zur russischen Oktoberrevolution relativ unblutig und geordnet vonstattengegangen war. Zugleich überwanden die Nationalliberalen schnell ihre Schockstarre und beteiligten sich aktiv an der Neuausrichtung des Staates. Hierzu eignete sich das Ordnungsdenken gut, da es zwar den Staat und – eingeschränkt – dessen Regierung unterstützte, aber ein klares Bekenntnis zu Revolution und Republik vermied. Die „Nation“ war einer der Letztwerte des Milieus, für den es sich unbedingt einzusetzen galt. Aus ihm leiteten sich weitere höhere Ziele wie die „Herstellung der vaterländischen Front“ sowie die „Behauptung der Volkseinheit und des innern sozialen Friedens“ ab. Ihnen gegenüber hätten alle „Sonderinteressen“ zurückzustehen.[190]

183 Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 63.
184 Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 55.
185 Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 61.
186 Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 70.
187 Aufruf der Nationalliberalen Partei Badens vom 02. Dezember 1918, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 76–79, hier: S. 76.
188 Eine vaterländische Pflicht, in: Kölnische Zeitung, 11. November 1918, Nr. 1052, S. 1 f., hier: S. 2.
189 Wohin geht der Weg?, in: Kölnische Zeitung, 13. November 1918, Nr. 1060, S. 1.
190 Hans Soldan, An die Nationalliberalen – ein Mahnruf, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1918, Nr. 1078, S. 1.

Der Kampf gegen das „Bolschewikentum" war auch im nationalliberalen Spektrum *das* zentrale Thema im politischen Diskurs über die künftige staatliche Ordnung. Die Diktaturgefahr bedürfe der Mobilisierung aller Deutschen. Zur Abwehr der Bedrohung mahnte die Kölnische Zeitung eine „Einheitsfront zum Schutze des Deutschtums" an.[191]

Gegen die Umtriebe der Sozialisten half aus nationalliberaler Sicht nur die baldige Wahl der Nationalversammlung – sprich: die demokratische Ermittlung des „Volkswillens". Schon vor dem 19. Januar 1919 war den Nationalliberalen bewusst, dass sich der „Volkswille" wohl irreversibel gegen das Kaisertum und für die „demokratische Verfassungsform der Republik" entschieden habe.[192] Doch haderten sie mit der Exekutive im Interregnum. Solange noch keine allgemeinen Wahlen abgehalten waren, wurde die Kölnische Zeitung nicht müde, den Widerspruch zwischen Regierungshandeln und „Volkswillen" herauszustellen. So warf das Blatt den „revolutionären Machthabern" vor, „ihren Parteiwillen an die Stelle des Volkswillens zu setzen",[193] und bediente damit klassische Topoi der Parteienkritik. In scharfem Gegensatz dazu wurde das sich an Harmonie und Gemeinwohl orientierende Politikverständnis der DVP skizziert.[194] Hier standen Vokabeln wie „Einheit", „Gemeinschaft" und „dienen" im Mittelpunkt. Der Ruf nach „Einheit" bezog sich im Herbst und Winter 1918/19 sowohl auf die (Wieder-) Vereinigung der beiden liberalen Flügel zu einer gemeinsamen Partei als auch auf das „Volk" als Gesamtheit. „[I]nnere[…] Geschlossenheit" sollte den mit dem Untergang des Kaisertums entstandenen ideellen Verlust wettmachen.[195] Um zum „Bewußtsein einer tiefen innern Einheit aller Deutschen als Brüder" zu finden, plädierte etwa Leopold von Wiese in der Kölnischen Zeitung für die Verringerung der Klassengegensätze. Die Mitarbeit „innerhalb der großen […] Volksgemeinschaft" wurde von ihm als eine Notwendigkeit angesehen, um Liberalismus, Demokratie und Sozialismus miteinander zu verbinden.[196] Dieses Streben nach der „großen Volksgemeinschaft" beruhte auf einem an harmonischen Idealen orientierten Ordnungsdenken. Die romantische Vorstellung von der brüderlichen „Einheit aller Deutschen" sollte in der offenen Situation des Herbsts 1918 verwirklicht werden. Aber auch darüber hinaus bildete die „Volksgemeinschaft von rechts und links wie von unten und oben" einen Leitgedanken im nationalliberalen Milieu.[197]

[191] Schutzbund gegen das Bolschewikentum!, in: Kölnische Zeitung, 21. November 1918, Nr. 1080, S. 1.

[192] [Benedikt] Schmittmann, Das neue Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 07. Januar 1919, Nr. 15, S. 1f., hier: S. 1.

[193] Umschau und Ausschau, in: Kölnische Zeitung, 22. Dezember 1918, Nr. 1168, S. 1.

[194] So etwa auch: Die Deutsche Volkspartei und ihre Nachbarn, in: Kölnische Zeitung, 13. Juni 1919, Nr. 486, S. 1.

[195] [Benedikt] Schmittmann, Das neue Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 07. Januar 1919, Nr. 15, S. 1f., hier: S. 1.

[196] Leopold von Wiese, Der Liberalismus in der demokratischen Republik, in: Kölnische Zeitung, 08. Dezember 1918, Nr. 1129, S. 1.

[197] Fritz Coerper, Liberale Demokratie, in: Kölnische Zeitung, 09. März 1919, Nr. 178, S. 1.

Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Milieus war der Ruf nach „Ordnung“ bei den Mehrheitssozialdemokraten kaum verbreitet. Im Gegenteil: Fast entschuldigend wies der Vorwärts auf die Pflicht der vorläufigen Regierung hin, bis zu den Wahlen für Ordnung sorgen zu müssen.[198] Mit dieser Erklärung sollte wohl um Verständnis bei der Anhängerschaft von USPD und Spartakusbund für das militärische Vorgehen während der Weihnachtsunruhen geworben werden. Doch lag auf der Hand, dass der Verweis auf die ordnungsstiftende Funktion der Exekutive den Brudermordvorwurf vonseiten der radikalen Linken nicht verhindern konnte. Ein explizit zu „Ruhe und Ordnung“ mahnendes Plädoyer findet sich in den ausgewerteten mehrheitssozialdemokratischen Äußerungen hingegen nicht. Es hätte auch die eigene Position unterminiert, da die Revolutionsregierung ja maßgeblich aus MSPD-Politikern bestand. Zudem wirkte der Appell an Sekundärtugenden wie „Ordnung“ vermutlich zu bürgerlich, als dass er im Arbeitermilieu auf Gehör hätte stoßen können.

Im Gegensatz zu den übrigen untersuchten Parteien kosteten die Sprecher aus dem sozialdemokratischen Spektrum die revolutionäre Rückbindung der Übergangsregierung an die „Massen“ geradezu als Beleg für deren Legitimation aus:

> Unser Recht [das Recht der Revolution, Anm. jr] ist das Bewußtsein, eins zu sein, mit dem großen Volkswillen, mit dem Fühlen und Streben der namenlosen großen Masse, die aus ihrer dunklen Existenz dem Volke und der Welt das Licht gebracht hat.[199]

Nach diesem Verständnis setzte die Revolution das „Fühlen und Streben der namenlosen großen Masse“[200] um. Hierbei trug die Herleitung des „Volkswillens“ metaphysische Elemente in sich. Der Versuch, durch Rückgriff auf die „plebs“ das Legitimationsvakuum zu füllen, konnte jedoch nur solange aufrechterhalten werden, wie die politische Einstellung der „Masse“ von niemandem infrage gestellt wurde. Erst die Parlamentswahlen vermochten, den endgültigen Gegenbeweis für die aufgestellte Behauptung zu liefern. Doch bereits vorher fanden sich im Spektrum Äußerungen, die den „Volkswillen“ stärker auf den „demos“ bezogen: Nach dem Ausscheiden der USPD aus der Revolutionsregierung infolge der blutigen Niederschlagung der Weihnachtsunruhen kritisierte der Vorwärts die linke Schwesterpartei. Ihr wurde unterstellt, dass sie sich zu Unrecht auf den „Volkswillen“ berufe – durch den Aufstand aber sei der „Wille des wirklichen Volkes aufgerüttelt“ worden.[201] Schmerzlich widerlegt wurde diese These durch die mehrheitssozialdemokratischen Ergebnisse bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Weit mehr als die Hälfte des „demos“ hatte sich für eine andere Partei entschieden und damit klargestellt, dass für sie die Sozialdemokratie allein nicht den „Willen des Volkes“ vertrete.

198 Vgl. Sozialdemokratische Arbeiterregierung! Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell, in: Vorwärts (35), 30. Dezember 1918, Nr. 358, S. 1.

199 Das Begräbnis der Novembertoten. Berlin ehrt die Opfer der Revolution, in: Vorwärts (35), 21. November 1918, Nr. 320a, S. 1 f., hier: S. 1.

200 Ebd.

201 Die Regierungskrise der Unabhängigen, in: Vorwärts (35), 28. Dezember 1918, Nr. 356, S. 1 f., hier: S. 1.

Die neue Machtstellung der Mehrheitssozialdemokraten in der politischen Übergangsphase brachte semantische Unklarheiten bei der Ansprache von Staatsvolk und Anhängerschaft mit sich. Eine Auflösung des schwierigen Spagats zwischen Staatsräson und Milieuinteressen[202] war für die Partei in der Regierungsverantwortung kaum möglich. Doch veränderte sich die Ansprache der Anhängerschaft. Zunehmend wurde „Volk" im Sinne von „plebs" stärker konkretisiert und etwa als „Arbeitervolk",[203] „arbeitende[s] Volk"[204] oder „produktive[…] Volksschichten"[205] tituliert. Dies waren keine „Kompromißformulierungen",[206] sondern sie bauten auf der klassische Bedeutung von „Volk" im Sinne von „untere Schichten" auf. Mit den genannten Zusätzen versuchten Sprecher aus dem sozialdemokratischen Milieu, die spezielle Bedeutung der Arbeiterschaft für die Zukunft des Deutschen Reichs herauszustellen und drückten gleichzeitig ihre besondere Verbundenheit zu den angesprochenen Schichten aus.

Das Bedürfnis nach „innerer Einheit" erfüllte auch die Anhängerschaft der MSPD. Für sie war dieses Einheitsideal jedoch nicht zuvorderst auf den Staat und die Gesellschaft bezogen, sondern richtete sich an die eigene Arbeiterbewegung, die seit dem Weltkrieg in zwei Parteien gespalten war.[207] Diese Uneinigkeit des eigenen Milieus trat in den Tagen der Revolution besonders stark hervor – und sollte sich durch die Haltung der MSPD in der Regierung bei gleichzeitiger Radikalisierung der USPD und Gründung der KPD sogar noch vertiefen. Gleichzeitig wuchs im mehrheitssozialdemokratischen Milieu das Bewusstsein für eine notwendige „Vereinigung aller Kräfte" über die Parteigrenzen hinaus. So bedurften die anstehenden Friedensverhandlungen der Überwindung des Desinteresses und der Zusammenfassung aller Kräfte im „Volk", wie der Vorwärts herausstell-

[202] Zur veränderten Stellung der MSPD und des Vorwärts im neuen politischen System erklärte ein Artikel im Vorwärts vom 19. März 1919 (Abendblatt): „Der ‚Vorwärts' ist weder Regierungsblatt, noch Oppositionsorgan im früheren Sinne. Er ist das Organ der Sozialdemokratie Deutschlands und verhält sich grundsätzlich gegenüber der Regierung, wie es den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entspricht. […] Wir haben heute nicht nur Opposition zu treiben, sondern wir haben eine große Summe gesetzlich gewordener Dinge zu verteidigen, die der Arbeiterschaft ungeheure Vorteile sichern und ihr am Herzen liegen." Zitiert nach: Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 113.

[203] Philipp Scheidemann, Zum 1. Mai, in: Vorwärts (36), 30. April 1919, Nr. 219/220, S. 1f., hier: S. 2. Ein Ausdruck, der im Übrigen vor allem auf kommunistischer Seite verwendet wurde, vgl.: Die Parlamentskomödie, in: Die Rote Fahne (4), 05. März 1921, Nr. 107, S. 1f., hier: S. 2.

[204] Was war es?, in: Vorwärts (36), 08. März 1919, Nr. 124, S. 1; auch: Die Regierung der Unabhängigen, in: Vorwärts (35), 28. Dezember 1918, Nr. 356, S. 1f., hier: S. 2; Philipp Scheidemann, Zum 1. Mai, in: Vorwärts (36), 30. April 1919, Nr. 219/220, S. 1f., hier: S. 2; Demokratie und Militarismus, in: Vorwärts (36), 31. Mai 1919, Nr. 275, S. 1f., hier: S. 1.

[205] Erwin Barth, Neue auswärtige Politik, in: Vorwärts (36), 05. April 1919, Nr. 175, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich auch: Erwin Barth, Zur Arbeitslosenfrage, in: Vorwärts (36), 04. Januar 1919, Nr. 7, S. 1f., hier: S. 2.

[206] Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 261.

[207] Vgl. Kein Bruderkampf, in: Vorwärts (35), 10. November 1918, Nr. 310, S. 1; ähnlich etwa auch: Peter Behrens, Neujahrsgruß allen Schaffenden!, in: Vorwärts (36), 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1f., hier: S. 2.

te.[208] Das sich hier manifestierende Einheitsideal wurde auch in dem Anspruch deutlich, die Mehrheitssozialdemokraten würden „die Interessen des Volksganzen wahrnehmen“.[209] Spätestens mit Eintritt in die Regierung hatte sich der mehrheitssozialdemokratische Politikhorizont erweitert und auf den ganzen „demos“ ausgedehnt. Im Gegensatz zur MSPD wurde in linksradikalen Kreisen entschieden vor der „Einigkeitsphrase“ gewarnt – diese sei „Irrlicht, Selbsttäuschung oder Betrug“. Im Ruf nach „Zusammenschluss“ sahen etwa die Vertreter des Spartakusbundes eine Gefahr für die Revolution – sie plädierten für ein anderes Ideal von „Einheit“: „[N]ur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen [erwachse] die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus“, so Karl Liebknecht in der Roten Fahne.[210]

1.3 Der Sieg des „Volkes“ oder die Herrschaft der „plebs“ gegen das „Volk“? Die kontroverse Deutung der Revolution

Je nach Zeitpunkt der Äußerung und politischem Standpunkt wurden die revolutionären Ereignisse im Herbst und Winter 1918/19 höchst unterschiedlich beurteilt.[211] Geradezu euphorisch fiel die Bewertung zunächst im sozialdemokratischen Milieu aus. So kommentierte der Vorwärts die Ereignisse am 10. November 1918 mit den Worten:

> Einen Sieg hat das deutsche Volk und insbesondere auch das Berliner Proletariat errungen, der ohne Beispiel in der ganzen Geschichte dasteht.[212]

Das „Volk“ habe „über das alte System“ triumphiert. Dank des großen Einsatzes der „plebs“ habe der gesamte „demos“ die Macht erringen können.[213] Die weitgehend unblutige Novemberrevolution wurde als eine „Kulturtat“ bezeichnet, welche „dem Volk auch das Recht zu herrschen und zu führen“ gegeben habe.[214] Mit der Revolution hätte die „Masse […] dem Volke und der Welt das Licht gebracht“.[215] In der sozialdemokratischen Version war es die „plebs“, die das ganze „Volk“ zur demokratischen Erlösung geführt habe. Die Revolution wurde nicht als Akt des „Chaos“ oder der „Zerstörung“ gedeutet, sondern im Gegenteil als eine Tat der „Kultur“ und der „Schöpfung“. Aus der revolutionären Leistung der

[208] Vgl. Reden wir von ernsten Dingen!, in: Vorwärts (35), 18. Dezember 1918, Nr. 347a, S. 1 f., hier: S. 1.
[209] Wahlen am 19. Januar. Sieg der Sozialdemokratie auf dem Kongreß, in: Vorwärts (35), 20. Dezember 1918, Nr. 349, S. 1.
[210] Karl Liebknecht, Der neue Burgfrieden, in: Die Rote Fahne, 19. November 1918, Nr. 4, S. 1 f.
[211] Hingegen behauptet Dietmar Schirmer, dass die Revolution „in der Wahrnehmung aller politisch-kulturellen Milieus […] als verbrecherischer Anschlag auf eine tradierte und legale staatliche Ordnung“ betrachtet worden sei. Diese Aussage ist so pauschal nicht aufrechtzuerhalten. Schirmer, Politisch-kulturelle Deutungsmuster, hier: S. 41–43, Zitat: S. 41.
[212] Kein Bruderkampf, in: Vorwärts (35), 10. November 1918, Nr. 310, S. 1.
[213] Vgl. ebd.
[214] Das Begräbnis der Novembertoten. Berlin ehrt die Opfer der Revolution, in: Vorwärts (35), 21. November 1918, Nr. 320a, S. 1.
[215] Vgl. ebd.

„Masse" erwachse der „plebs" das Anrecht auf die Herrschaft. Am Vorabend der Wahlen zur Nationalversammlung brachte der VORWÄRTS seine Sichtweise der zurückliegenden Geschehnisse auf die Sentenz:

> Die Sozialdemokratie hat dem Volke das Selbstbestimmungsrecht erkämpft, das es morgen ausüben wird.[216]

Damit reklamierte das Blatt die Volkssouveränität als eine sozialdemokratische Errungenschaft. Durch sie könnten sich die Arbeiter als „tätige Glieder unserer schaffenden Volksgemeinschaft" fühlen und seien mit allen anderen Mitgliedern des „Volkes" aufgerufen, „morgen an die Urne" zu treten und ihre Stimme den Mehrheitssozialdemokraten zu geben.[217] Mitunter wurde der Wahlakt im sozialdemokratischen Milieu gar als eine Prüfung dargestellt, bei der es sich weisen sollte, ob das „deutsche Volk" die in der Revolution durch die Arbeiter und Soldaten erkämpften „Rechte und Freiheiten verdient" habe.[218]

Je nach Situation würdigten sozialdemokratische Redner die Revolution aber auch, ohne explizit auf die Verdienste der Arbeiterbewegung hinzuweisen. So betonte Friedrich Ebert bei der Eröffnung der Nationalversammlung von Weimar die „nationale" Komponente und blickte der Wiederherstellung von „Recht und Ordnung" entgegen:

> In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit.[219]

Mit dieser Geschichtsdeutung versuchte der designierte Reichspräsident, die Behauptung von der Schuld der Revolution am deutschen Zusammenbruch zu widerlegen und suggerierte, dass das ganze „deutsche Volk" am Umsturz beteiligt gewesen sei. Diese Interpretation war der Versuch, eine Brücke zu den Anhängern der anderen gemäßigten Parteien zu schlagen und der Verbreitung der Dolchstoßlegende entgegenzuwirken. In der Verteidigung des Umsturzes verwies man im sozialdemokratischen Milieu auf dauerhafte positive Errungenschaften der Revolution wie „Versammlungsfreiheit, Preßfreiheit, wahre Demokratie".[220]

Im Rückblick ließ sich die Revolution als Zeitpunkt der „Krisis", der Entscheidung, in die teleologische Meistererzählung vom Weg des „Volkes" aus der „Ohnmacht" zur „Freiheit" einbetten. Dieses Geschichtsbild diente zur Begründung der neuen Machtverhältnisse und fand in Bayern gar Eingang in das im Januar 1919 verkündete Staatsgrundgesetz. Darin hieß es:

[216] Die Wahlen zur Nationalversammlung, in: Vorwärts (36), 18. Januar 1919, Nr. 31/32, S. 1; ähnlich auch: IfZ ZG e012: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Arbeiter! Bürger! Soldaten! Wähler und Wählerinnen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!, [undat. Flugblatt, vor dem 26. Januar 1919].

[217] Die Wahlen zur Nationalversammlung, in: Vorwärts (36), 18. Januar 1919, Nr. 31/32, S. 1.

[218] IfZ ZG e012: SPD, Am 19. Januar 1919, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919], S. 1.

[219] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 1. Sitzung vom 06. Februar 1919, Rede von Friedrich Ebert (MSPD), S. 1.

[220] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Gustav Noske (MSPD), S. 112.

Das entrechtete, von der Entscheidung über seine Lebensfragen ausgesperrte Volk wurde von schrankenlos herrschenden Gewalten in Krieg und Untergang getrieben. In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste.[221]

Damit wurde der Versuch unternommen, einem – zumeist von sozialdemokratischer Seite vertretenen – Narrativ den Rang eines staatlichen Selbstverständnisses einzuräumen. Die Erreichung von Freiheit und Demokratie diente den Sozialdemokraten ex post zur Rechtfertigung der Revolution. Diese habe den „alten Obrigkeitsstaat vernichtet“: „Was jetzt geschieht, geschieht mittels der reinsten Demokratie durch das Volk selbst.“[222]

Für viele Sprecher aus dem sozialdemokratischen Milieu verband sich der Umbruch mit der Hoffnung auf einen Neubeginn. „Wir stehen am Anfange eines neuen, eines freien Volkstums“[223] – hinter dieser Formel verbargen sich große innen- und außenpolitischen Erwartungen, die mit dem Aufstieg des Deutschen Reichs in den Kreis der demokratischen Staaten verbunden waren. Doch stellten sich diese häufig als utopisch heraus, etwa wenn unter Verweis auf den Systemwechsel eine wohlwollende Behandlung der Deutschen bei den Friedensverhandlungen erwartet wurde. Der Begriff „Volkstum“ wurde in diesem Zusammenhang nicht in seiner ethnischen Bedeutung verwendet, sondern konnte als die Ausgestaltung der „nationalen“ Zukunft verstanden werden.

Den sozialdemokratischen Deutungen der Revolution ähnelten die Interpretationen, die im linksliberalen Spektrum gängig waren. Jedoch war hier das Bekenntnis zum 9. November 1918 nicht ganz so einhellig wie im sozialdemokratischen Milieu.[224] Bei den Linksliberalen erkannte man zwar den entscheidenden Beitrag der „Arbeiter und Soldaten“ für die Umwälzung an, betonte aber gleichzeitig, dass „der Geist der Erneuerung […] von überall, von allen Gruppen des Volkes her, seinen Aufstieg genommen“ habe. So sei das Bewusstsein allgegenwärtig gewesen, „daß die Gewalten von gestern dem Untergang verfallen seien“.[225] Damit reklamierten die Sprecher den unermüdlichen Einsatz ihres Milieus für die liberal-demokratisch-pluralistische Ordnung als wichtigen Beitrag zur republikanischen Umwälzung des Reichs. Zugleich eröffnete die Berufung auf den „aus allen Gruppen des Volkes heraufgestiegenen“ „Geist der Erneue-

[221] Staatsgrundgesetz der Republik Bayern vom 04. Januar 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, S. 101–103, hier: S. 101.

[222] Vorwärts vom 19. März 1919, Nr. 144, zitiert nach: Jens Trommer, Zur Entwicklung des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts“ in der Zeit von 1916 bis 1923, Leipzig 1989, Bd. 2, S. 26; ähnlich auch: „Die Revolution brach die Junkerherrschaft und gab dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz!“ IfZ ZG e012: Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Wen soll ich wählen?, [undat. Flugblatt, vor dem 04. Mai 1924], S. 1.

[223] Die westlichen Demokratien, in: Vorwärts (35), 30. November 1918, Nr. 329, S. 1f., hier: S. 1.

[224] Dagegen spricht Otto Dann davon, dass sich nur die Sozialdemokraten zur Revolution bekannt hätten. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 249f.

[225] Aufruf zur Gründung einer demokratischen Partei vom 16. November 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 9f., hier: S. 9.

rung"[226] die Möglichkeit, die Revolution als ein metaphysisches Produkt der ganzen deutschen Gesellschaft zu deuten. Auch wenn die demokratisch-republikanische Ordnung prinzipiell begrüßt wurde, ging das Meinungsspektrum bei den Linksliberalen stark auseinander. So bezeichnete etwa Friedrich Meinecke die Matrosenrevolte im Rückblick als ein „nationale[s] Verbrechen",[227] das eine „furchtbare Katastrophe […] über unser ganzes nationales Leben herbeigeführt"[228] habe. Der „revolutionäre Bruch" habe die „schwerste der Wunden, die unser nationaler Gedanke erlitten hat", verursacht.[229] Vermutlich waren es die Vorbehalte gegen den Weg, auf dem die Neuerungen erfolgt waren, und nicht die Neuerungen selbst, die den Berliner Ordinarius zu einer solchen Verurteilung des Geschehens veranlassten.[230] Der Umsturz wurde im linksliberalen Milieu also nicht als notwendige Voraussetzung für die Etablierung der neuen Ordnung angesehen,[231] in seiner beschleunigenden Wirkung für die Entwicklung Deutschlands zu einer „mündige[n] Nation[…]" aber sehr wohl anerkannt.[232] Die Vorstellung, die Revolution sei eine unnatürliche Zäsur in der deutschen Geschichte gewesen, war im liberalen Weltbild tief verankert und führte zu einer zurückhaltenden bis ablehnenden Beurteilung des Geschehens. Doch lag die Verantwortung für die Umwälzung aus Sicht mancher liberaler Politiker, wie etwa dem DDP-Mitbegründer Friedrich Naumann, nicht allein bei den Aufständischen, sondern bei der reformunfähigen Monarchie.[233] Theodor Heuss' Beurteilung der Revolution als ein „nationale[s] Unheil", dessen „staatsrechtliche[…] Folgen" aber anerkannt werden müssten, war eine Betrachtungsweise, die bei den Anhängern des Linksliberalismus durchaus verbreitet war.[234] Häufig enthielten sich Sprecher aus dem Milieu aber auch einer Wertung und beschränkten sich darauf, die Resultate der Umwälzung gutzuheißen.[235]

Insgesamt vorherrschend war im linksliberalen Spektrum jedoch die Erleichterung über den unblutigen Verlauf der Novemberrevolution. So lobte etwa Theo-

[226] So auch der Bericht über den Gründungsaufruf der DDP im Berliner Tageblatt. Theodor Wolff, Die große demokratische Partei (Berliner Tageblatt Nr. 588 vom 16. November 1918), zitiert nach: Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher, S. 816–819, hier: S. 819.

[227] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 60.

[228] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 59.

[229] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 71.

[230] Knapp zu Meineckes Vorstellung von einer Kontinuität, die nicht gebrochen werden dürfe: Llanque, Demokratisches Denken im Krieg, S. 308. Zur Ansicht der Weimarer Historiker bezüglich der Legitimation der Revolution: Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 248–257.

[231] Vgl. Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 71.

[232] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 10. November 1919, Nr. 534, S. 1 f., hier: S. 2.

[233] Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 56; ähnlich: [Adolf] von Kröcher, Ein offenes Wort, in: Berliner Tageblatt (49), 12. Mai 1920, Nr. 221, S. 1 f., hier: S. 1.

[234] Vortrag von Theodor Heuss auf dem Nürnberger Parteitag der DDP vom 14. Dezember 1920, zitiert nach: Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, hier: S. 9.

[235] Vgl. IfZ ZG e030: Deutsche demokratische Partei, Soldaten!, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919].

dor Wolff die Haltung des „Volkes“ als „wundervoll“, „musterhaft[…]“ und rühmte dessen „bewundernswerte Selbstdisziplin“.[236] Diese positive Deutung der ersten Revolutionstage stärkte vielerorts auch die Hoffnung auf die „guten Kräfte der Nation“: „Das deutsche Volk fühlt demokratisch“, so die von Bernhard Dernburg zu Papier gebrachte Überzeugung, dass es trotz Sturz des Kaisers zu keiner Diktatur kommen werde.[237] Das anerkennende Urteil über das Novembergeschehen teilte auch der deutschdemokratisch eingestellte Diplomat und Bohème Harry Graf Kessler. In seinem Tagebucheintrag vom 10. November 1918 lobte er zum einen die „Haltung des Volkes“ und stellte diese zum anderen in einen Gegensatz „zur Opferfreudigkeit im August 1914“.[238] Seine positiven Eindrücke der ersten Revolutionstage führten ihn zu dem Urteil, dass das „große[…] und tragische[….] Erleben“ das „Volk“ „innerlich“ „zu einem Metall von unzerstörbarer Spannkraft“ „zusammenschweißen“ müsse.[239] Graf Kessler schöpfte also aus der Wahrnehmung der Umbruchsituation die Hoffnung auf eine Stärkung der „inneren Einheit“ des „Volkes“. So weit gingen die wenigsten Kommentatoren der Revolution. Doch gab es mitunter schon Stimmen, die eine dauerhaft positive Wirkung von den Umbruchereignissen erwarteten: So war Theodor Wolff zuversichtlich, dass, wenn das „deutsche Volk“ „durch die gegenwärtige Krisis ohne schwere Unordnung“ hindurch gelangt sei, es den Nachweis dafür geliefert habe, dass es „zu republikanischer Selbstregierung befähigt und veranlagt sei“.[240] Die zitierten Sprecher sahen somit nicht primär das Chaos und die radikalsozialistischen Gefahren der Revolution, sondern glaubten daran, dass das „Volk“ aus dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Kaiserreichs geläutert und innerlich gefestigt hervorgehen könne. Allerdings sei eine „geistige Umstellung der Bevölkerung“[241] auf den neuen Staat nötig. Hierzu plädierten die Linksliberalen für eine Verbesserung der politischen Bildung, an der es in „weite[n] Volkskreise[n]“ mangele.[242]

In der Rückschau wurde die freiheitsstiftende Wirkung der Revolution – die vereinzelt bei den Linksliberalen als „Volkserhebung“[243] bezeichnet wurde – he-

[236] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 18. November 1918, Nr. 590, S. 1; ähnlich: Paul Nathan, Ein Stoß gegen die Reichseinheit, in: Berliner Tageblatt (47), 30. November 1918, Nr. 612, S. 1 f., hier: S. 2.

[237] Bernhard Dernburg, Der Vorfriede, die große Forderung, in: Berliner Tageblatt (47), 16. November 1918, Nr. 587, S. 1 f., hier: S. 1.

[238] Berlin, 10. November 1918. Sonntag, zitiert nach: Pfeiffer-Belli (Hrsg.), Harry Graf Kessler, S. 26 f., hier: S. 27.

[239] Ebd.

[240] Theodor Wolff, Die große demokratische Partei (Berliner Tageblatt Nr. 588 vom 16. November 1918), zitiert nach: Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher, S. 816–819, hier: S. 817.

[241] Theodor Heuss an Conrad Haußmann am 13. Dezember 1918, zitiert nach: Dorrmann (Hrsg.), Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik, S. 115–117, hier: S. 116.

[242] Bernhard Dernburg, Der 16. Februar 1919, in: Berliner Tageblatt (47), 01. Dezember 1918, Nr. 614, S. 1 f., hier: S. 2. Zum Einsatz Wolffs für politische Bildung und zu seiner Haltung zur Revolution: Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt“. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933, Tübingen 1968, S. 71 f. u. 76–79; Werner Becker, „Demokratie des sozialen Rechts“. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918–1924, München 1965, S. 156 f.

[243] Max Quarck, Zur Verfassungsfrage, in: Berliner Tageblatt (48), 25. Januar 1919, S. 1 f., hier: S. 1.

rausgestellt.[244] Somit maßen die Linksliberalen dem Umsturz zumeist eine positive Rolle für die politische Machtstellung des „Volkes“ zu.

Eine solch zustimmende Sichtweise auf die Revolution wurde auch in der regierungsamtlichen Publizistik gepflegt – ja, diese sprach sich gar für noch weiter gehende Veränderungen aus. In einer „Denkschrift für das deutsche Volk“ forderte etwa die Reichszentrale für Heimatdienst im März 1919 die „Revolution des Geistes“ und eine „Reform an Haupt und Gliedern“.[245] Von der Fortsetzung des revolutionären Umbruchs erhofften sich die Herausgeber einen tief greifenden Wandel:

> Die Revolution wird das Große vollbringen: den Geist und das Volk mit der Politik zu versöhnen. […] Die Revolution ist der Anfang eines neuen Menschen. Sie ist der Anfang der Gemeinschaft des Volkes.[246]

Hier und in den Aufsätzen der Denkschrift wurde „Gemeinschaft“ zu einem Begriff, der Erlösung von der „auseinanderfallende[n] Anarchie der Klassen und Individuen“ versprach.[247] Die Revolution wurde zu einem Quell der Erneuerung stilisiert und ihre (geistige) Fortwirkung erhofft.

Dagegen waren selbst in den gemäßigten Milieus des Katholizismus und des Nationalliberalismus gänzlich andere Deutungen verbreitet. Im nationalliberalen Spektrum waren die ersten Reaktionen auf den 9. November 1918 geprägt von Erleichterung.[248] Dass der „Organismus“ des Staates in der Revolution nicht zerstört worden sei, galt Sprechern aus dem nationalliberalen Milieu als eine „große Leistung des deutschen Volkes“.[249] Das Bild einer immerwährenden, lebendigen Gemeinschaft im Staate, die nach festen Regeln funktioniere und deren Existenz nicht gefährdet werden dürfe, schlug hierbei durch. Zudem spielten in der nationalliberalen Vorstellungswelt die Bilder von der russischen Revolution des Oktober 1917 eine große Rolle – sie bildeten als Negativfolie die Vergleichsebene bei der Bewertung der aktuellen Ereignisse in Deutschland. Vor diesem Hintergrund musste die Novemberrevolution primär Erleichterung auslösen. Doch war die positive Sicht auf die Revolutionsregierung nicht von langer Dauer: Spätestens die Unruhen in der Reichshauptstadt im Dezember 1918 wurden als ernsthafte Bedrohung von „deutscher Kultur und deutscher Freiheit“ gewertet. Ihnen müsse eine „geschlossene[…] Front“ aller Parteien, die den Wiederaufbau wollen, entgegentreten.[250] Die

[244] So auch in Bezug auf das preußische Wahlrecht: Paul Michaelis, Die preußischen Wahlen. Für die Deutsche demokratische Partei!, in: Berliner Tageblatt (48), 22. Januar 1919, S. 1 f., hier: S. 1.

[245] Zentrale für Heimatdienst, An das deutsche Volk!, in: idem (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919, S. 3 f., hier: S. 3.

[246] Zentrale für Heimatdienst, An das deutsche Volk!, hier: S. 4 (Hervorhebung im Original).

[247] Arnold Metzger, Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft, in: Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919, hier: S. 16.

[248] Vgl. Wohin geht der Weg?, in: Kölnische Zeitung, 13. November 1918, Nr. 1060, S. 1.

[249] Herbert von Beckerath, Bürgertum und Volksstaat, in: Kölnische Zeitung, 30. November 1918, Nr. 1106, S. 1.

[250] Reinhold Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland. Teil III: Rheinland und Deutschland, Teil IV: Schlußwort, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1 f., hier: S. 2.

nationalliberale Presse betrachtete die aufständischen Spartakisten ihrem Verhalten nach als ausländische Akteure – eine Sichtweise, die im Übrigen auch im konservativ-nationalistischen Milieu verbreitet war.[251] So wurden die Anführer der „Berliner-Tyrannei“ in der Kölnischen Zeitung als „ganz und gar undeutsche[…] Elemente, teilweise sogar slawische[…] Ausländer“ bezeichnet.[252] Ihnen wurde „volksfremde[r] Radikalismus“ vorgeworfen und das Wort Justus Mösers, „Deutschland wird auf deutsch regiert“, entgegengehalten.[253] Durch diese Ausgrenzung aus der „Nation“ wurden die Radikalsozialisten vom inneren Gegner zum im Innern stehenden, äußeren Feind gemacht. Aus diesen Sätzen sprach die Überzeugung, dass USPD- sowie Spartakus-Anhänger und ihre Forderungen außerhalb der „Nation“ stünden, gewissermaßen von außen in diese hineingetragen worden seien und sich im Widerspruch zum „Deutschtum“ befänden. Damit bediente sich die Kölnische Zeitung des – mitunter auch antisemitisch gefärbten – Bildes von einer fremdbestimmten und aus Russland ferngesteuerten radikalsozialistischen Bewegung in Deutschland, deren Anhängerschaft als eine „verhetzte Masse“ – gleichsam als willenloses Objekt des verbrecherischen Treibens ihrer ausländischen Führer – angesehen wurde.[254] Auch in Bezug auf die Münchner Räterepublik kamen entsprechende Semantiken zur Anwendung: Dem ermordeten bayerischen Ministerpräsident Kurt Eisner beschied ein Nachruf in der Kölnischen Zeitung, er sei „ein Literat und Fanatiker ohne deutsches Gefühl und ohne Interesse an dem Emporblühen der Nation“ gewesen und habe „in deren Geschichte […] eine leitende und damit verderbliche Stellung“ eingenommen.[255] Damit erfolgte die semantische Verbannung Eisners aus dem „deutschen Volk“. Hinter der Ausgrenzung von (links-) radikalen Kräften aus der „Nation“ stand das Bemühen, die revolutionäre Unruhe mit dem nationalliberalen Selbstverständnis vom „deutschen Charakter“ in Übereinstimmung zu bringen. Dieses trat auch im semantischen Versuch zutage, alleinig den Sozialdemokraten die Teilnahme an der Revolution zu unterstellen und das „deutsche Volk als ganzes [sic!]“ von der Verantwortung freizusprechen.[256]

Mit dem Abstand einiger Monate hatte sich die Kritik an der Revolution bzw. ihren Folgen seitens der Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu noch einmal verschärft: Nun wurde der sozialdemokratischen Übergangsregierung vorgewor-

[251] Vgl. Durch Tod zum Leben, in: Deutsche Tageszeitung (25), 23. November 1918, Nr. 597, S. 1f., hier: S. 1.

[252] Reuß, Zur rheinisch-westfälischen Republik, in: Kölnische Zeitung, 13. Dezember 1918, Nr. 1142, S. 1.

[253] Reinhold Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland. Teil III: Rheinland und Deutschland, Teil IV: Schlußwort, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1f., hier: S. 2.

[254] Reuß, Zur rheinisch-westfälischen Republik, in: Kölnische Zeitung, 13. Dezember 1918, Nr. 1142, S. 1; zum „Ostjuden“-Stereotyp in der politischen Semantik der Weimarer Republik: Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2014, S. 145–181 u. 444.

[255] Ein eindrucksvoller Tag in Weimar. Die Vergewaltigung der Minderheitsparteien, in: Kölnische Zeitung, 22. Februar 1919, Nr. 135, S. 1.

[256] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Jacob Rießer (DVP), S. 117.

fen, sie habe den „vorwiegend politischen Charakter" der Revolution in einen „wirtschaftlich auszunutzenden Klassensieg" umgebogen.[257] Durch die Politik des Klassenhasses hätten die Sozialdemokraten das „Gemeinschaftsgefühl zwischen den Gliedern eines Volkes aufs schwerste erschüttert".[258] Ohne die Errungenschaften der Novemberrevolution gänzlich in Abrede zu stellen, wurde der Umsturz vor allem nach seinen Auswirkungen für den Staat und die „Nation" beurteilt.

Von Anfang an kritisch betrachtete die Anhängerschaft des politischen Katholizismus die Revolution. Mit dem katholischen Weltbild und Ordnungsdenken ließen sich Chaos und gewaltsame Veränderungen nicht in Einklang bringen.[259] Einzelne Auswirkungen der Umwälzung wurden daher häufig als „Schaden" betrachtet, welchen es in der Folge wiedergutzumachen gelte.[260] Den Sozialdemokraten im Besonderen wurde vorgeworfen, durch ihre Politik während des Umsturzes „Schuld" gegenüber dem „deutschen Volk" „auf sich geladen" zu haben.[261] Zudem versuchten Sprecher aus dem katholischen Spektrum, die Revolution als „undeutsch" zu charakterisieren und durch Differenzierungen das „deutsche Volk" semantisch von den Revolutionären zu trennen.[262] Die Errungenschaft der parlamentarischen Demokratie wurde unter Verweis auf die noch im Kaiserreich beschlossenen Verfassungsreformen relativiert. So habe die Revolution zu einer „gewaltsame[n] Unterbrechung" der „ruhigen, legalen Entwicklung" geführt und die Demokratie, die „das Vertrauen des deutschen Volkes hatte", dadurch „aufs schwerste geschädigt".[263] Mit solchen Aussagen stellte etwa der Zentrumsabgeordnete Adolf Gröber die Novemberrevolution im Rückblick als ein Verbrechen an der demokratischen Entwicklung Deutschlands dar – und erntete damit heftigen Widerspruch bei den Sozialdemokraten.[264]

Die Herausforderung für das Zentrum in der Umbruchphase lag darin, seine Anpassung an das neue System zu begründen.[265] Dies taten die Sprecher aus dem

[257] Das Schuldkonto der Regierung, in: Kölnische Zeitung, 04. April 1919, Nr. 254, S. 1.

[258] Ebd.

[259] Vgl. hierzu auch: Georg Kotowski, Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen! Der politische Katholizismus, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 159–180, hier: S. 166–171.

[260] Berlin, 15. Januar, in: Germania (49), 16. Januar 1919, Nr. 25, S. 1.

[261] Ebd.

[262] So etwa in der Aussage „Berlin […] nicht Deutschland; Berlin […] nicht das deutsche Volk". Aufruf von Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Reichstages vom 15. November 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 379–381, hier: S. 379. Eine ähnliche Argumentation verwendet die Germania auch im April 1919 in Bezug auf die Straßenkämpfe in der Reichshauptstadt: „Der Berliner Mob ist nicht das deutsche Volk". Berlin, 7. April, in: Germania (49), 08. April 1919, Nr. 159, S. 1.

[263] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 53.

[264] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 7. Sitzung vom 14. Februar 1919, Rede von Wilhelm Keil (MSPD), S. 73 f.

[265] Auf den – wie er es treffend formuliert – „schnellen Wechsel vom Pathos des bedingungslosen Widerstandes gegen die Revolution zu einem Pathos des nüchternen Pragmatismus ge-

Milieu, indem sie auf die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Übeln verwiesen, bei der man sich für das kleinere der beiden entschieden habe. Die Devise des Zentrums habe gelautet:

> Für die Demokratie oder den Volksstaat, […] gegen den bolschewistischen Terror, gegen die Diktatur von links.[266]

In diesem polar konstruierten Gegensatz stilisierte sich die Partei zur Verfechterin von „Demokratie“ und „Ordnung“. Mit dem Abstand einiger Monate verlangte die Germania im März 1919 neben der Verhandlung über die Schuld am Weltkrieg sogar eine gerichtliche Aufarbeitung des Umsturzgeschehens, bei der „jene Rede und Antwort stehen“ müssten, „die uns den 9. November heraufbeschworen haben und Nutznießer der Revolution geworden sind“.[267] Die Forderung nach Rechenschaft derer, „die in das Schicksal des deutschen Volkes eingegriffen haben“,[268] war Ausfluss der Überzeugung vom unrechtmäßigen und schädlichen Charakter der Umwälzung.

Neben der Verurteilung der Revolution, der Warnung vor den Gefahren des Interregnums und der Mahnung zur „Ordnung“ gehörte die radikale Ablehnung des Bolschewismus zum sprachlichen Standardrepertoire im katholischen Milieu. So galten radikale Sozialisten wie der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner als nicht zum „deutschen Volk“ gehörig: Eisner, so die Germania auf dessen jüdische Herkunft anspielend, sei „gelinde gesagt, unbekannter Herkunft und kein Deutscher“.[269] Hierbei griff das Blatt eine unwahre Behauptung auf, die zunächst von konservativen bayerischen Zeitungen wie dem Miesbacher Anzeiger kolportiert worden war.[270] Zudem rief die Germania offen dazu auf, „solche Schädlinge wie diesen Galizier Eisner zu beseitigen“.[271] Damit stand die katholische Presse der nationalistischen Deutschen Tageszeitung in nichts nach, die dem „bayerische[n] Volk“ in Anspielung auf Eisners jüdische Abstammung attestierte, es wehre sich aufgrund „ein[es] durchaus berechtigte[n], gesunde[n] Gefühl[s]“ dagegen, sich „von einem Fremden regieren zu lassen“. Eisner und die Spartakisten wurden als Gefährdung von Frieden, Ordnung und Lebensmittelversorgung dar-

genüber den von der Revolution geschaffenen Tatsachen“ geht auch Stefan Gerber in seinem Aufsatz ein: Stefan Gerber, Pragmatismus und Kulturkritik. Die politische Kommunikation des deutschen Katholizismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: HZ (294), 2012, Nr. 2, S. 361–390, hier: S. 362.

266 Berlin, 17. Dezember, in: Germania (48), 18. Dezember 1918, Nr. 589, S. 1.

267 Berlin, 27. März, in: Germania (49), 28. März 1919, Nr. 141, S. 1.

268 Ebd.

269 Berlin, 29. November, in: Germania (48), 30. November 1918, Nr. 559, S. 1; allgemein zur latent antisemitischen Haltung der Germania während der Revolution 1918/19: Asmuss, Republik ohne Chance?, hier: S. 106–108.

270 Vgl. Bernhard Grau, Kurt Eisner. 1867–1919. Eine Biographie, München 2001, S. 373. So griff etwa der Münchener Beobachter das Gerücht auf und titulierte Eisner schon im Oktober 1918 als „russische[n] Juden“. Eine demokratische Tat!, in: Münchener Beobachter (32), 26. Oktober 1918, S. 1.

271 Berlin, 29. November, in: Germania (48), 30. November 1918, Nr. 559, S. 1. Zur sprachlichen Manifestation des Antisemitismus im Wort „galizisch“ vgl.: Thorsten Eitz/Isabelle Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 2, Hildesheim 2015, S. 64f.

gestellt.[272] In den wüsten Tiraden bildeten Antibolschewismus und Antisemitismus ein Amalgam.[273] Antisemitistismus, entmenschlichende Semantik und die Ausgrenzung aus dem „deutschen Volk“ waren Versuche seitens der Sprecher aus dem bürgerlichen Lager, mit der als krisenhaft wahrgenommenen Situation umzugehen. Vielfach wurden „die Juden“ für die Revolution und das Erstarken des „Bolschewismus“ verantwortlich gemacht – eine Vorstellung, die an das antisemitische Stereotyp von der jüdischen „Unterwanderung“ und „Zersetzung“ anknüpfte und zu einer Radikalisierung und Vergiftung der Politik beitrug.[274] Dass der „völkisch“-nationalistisch gesinnte Student Anton Graf von Arco auf Valley Eisner schließlich im Februar 1919 in München auf offener Straße erschoss, lag vermutlich nicht in der Intension des Kommentators, doch trugen Meinungsäußerungen wie die aus der GERMANIA zitierte Hetze zu einem Klima bei, in dem politischer Mord als legitimes Mittel gegen die Herrschaft von „Juden“ und „Bolschewisten“ angesehen wurde. Etwas gemäßigter, aber ebenfalls mit exkludierender Absicht, äußerte sich das Blatt nach den Spartakusunruhen in Berlin Mitte Januar 1919:

> Wenn es auch deutsche Mitbürger sind, so sind sie es doch zuletzt nur noch dem Namen nach gewesen; nach ihrem Auftreten gegenüber dem deutschen Volk, nach dem Wesen ihrer politischen Ziele und nach den Mitteln mit denen sie sie verfolgten, gehörten sie längst nicht mehr zu uns, sondern waren ein Fremdkörper geworden im deutschen Fleisch, der bis zur Wurzel ausgerottet werden muß, soll nicht das ganze deutsche Volk zugrunde gehen.[275]

Wieder tauchten eliminatorische Vokabeln wie „aus[…]rotte[n]“ und eine Alles-oder-Nichts-Rhetorik auf.[276] Sozialistische Positionen links der MSPD wurden auf der politischen „mental map“ des katholischen Spektrums nicht toleriert. Durch die Bezichtigung, „fremd“ zu sein, wurde ihnen die diskursive Legitimation entzogen – sie lagen außerhalb der Grenzen des im katholischen Milieu akzeptierten Pluralismus. Die Verdrängung des Radikalsozialismus aus der politischen Arena geschah teilweise mit ethnischen Zuschreibungen wie „Galizier“,[277] „kein Deutscher“[278] oder „Fremdkörper […] im deutschen Fleisch“[279]. Bezeichnungen

[272] Kautsky und Eisner oder: was alles in Deutschland möglich ist, in: Deutsche Tageszeitung (25), 28. November 1918, Nr. 605, S. 1 f., Zitat: S. 2.

[273] So wurde etwa bereits in der GERMANIA vom 20. November 1918 der „Bolschewismus“ als „jüdisch-russisch-asiatisch“ apostrophiert, zitiert nach: Eitz/Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1, S. 111.

[274] Eike Wolgast, Der deutsche Antisemitismus im 20. Jahrhundert, in: HJb (33), 1989, S. 13–37, hier: S. 20–23.

[275] Berlin, 11. Januar, in: Germania (49), 12. Januar 1919, Nr. 19, S. 1.

[276] Ähnliche Semantiken der Exklusion konnte Dirk Schumann auch für den Umgang der bürgerlichen Lokalpresse mit den Kommunisten in der preußischen Provinz Sachsen feststellen. Dirk Schumann, Politische Gewalt in der frühen Weimarer Republik (1919–1923) und ihre Repräsentation in der politischen Tagespresse, in: Ute Daniel/Inge Marszolek/Wolfram Pyta (Hrsg.), Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 279–310, hier vor allem: S. 297–301 u. 308–310.

[277] Berlin, 29. November, in: Germania (48), 30. November 1918, Nr. 559, S. 1.

[278] Ebd.

[279] Berlin, 11. Januar, in: Germania (49), 12. Januar 1919, Nr. 19, S. 1.

wie „volksfeindliche[…] Elemente[…]“[280] waren dabei noch moderat im Vergleich zu den verwendeten eliminatorischen Semantiken. In der Abwehr des als „fremd“ Wahrgenommenen bezogen sich auch Sprecher aus dem katholischen Milieu auf ethnische Konzepte, die Abstammung, Herkunft und Religion miteinander vermischten und letztlich der Exklusion dienten.

Die semantische Ausgrenzung der Linkssozialisten war Folge der tiefen Verachtung, auf die die Revolution im katholischen Spektrum stieß. Indem sich Teile des „Volkes“ gegen das Staatssystem erhoben hatten, war die legitime, gottgegebene Ordnung gestürzt worden. Die Revolution musste aus diesem Blickwinkel als ein Verstoß gegen göttliches Recht angesehen werden, jedoch blieb nun nichts anderes übrig, als die neue Ordnung anzuerkennen, um nicht erneut einen widernatürlichen Umsturz herbeizuführen und das Chaos weiter zu vergrößern. Somit verurteilte das katholische Milieu zwar von ganzem Herzen die Revolution, stellte sich aber auf den Boden der neuen Tatsachen. Jedoch blieb dieser Boden noch bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung und zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung schwammig und sollte erst im Lauf des Jahres 1919 an Festigkeit gewinnen.

2. Die Institutionalisierung des „demos“. Die Weimarer Nationalversammlung und die Genese der Verfassung im Jahr 1919

Die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und ihrer Konstituierung am 6. Februar 1919 in Weimar beendeten die Phase des Interregnums. Aus Sicht der liberalen, katholischen und konservativen Parteien war dieser Schritt längst überfällig gewesen. Mit ihrem Insistieren auf die Wahl der Legislative wollten sie vor allem die Macht der sozialdemokratischen Übergangsregierung zurückdrängen und eine radikalsozialistische Fortsetzung der Revolution verhindern. So bildete die Befragung des „demos“ aus ihrer Sicht den Garanten für einen geordneten Verlauf des Umbruchs. Neben der Wahl der Exekutive und der Bewerkstelligung der anstehenden Gesetzgebungsarbeit gehörte es zu den Aufgaben der Nationalversammlung, eine Verfassung für die Republik auszuarbeiten und zu beschließen. Die Wahl zur Konstituante läutete somit eine Phase der Institutionalisierung der Demokratie ein. Zugleich wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1919 einmal mehr die großen Belastungen der jungen Demokratie deutlich: Die Bedingungen des in Versailles der deutschen Delegation vorgelegten Friedensschlusses übertrafen die schlimmsten Befürchtungen und stießen auf vehemente Ablehnung. Der rhetorische Kampf um den Versailler Vertrag sollte das politische Klima der Weimarer Republik nachhaltig vergiften und mittelfristig zu einer innen- wie außenpolitischen Bürde werden.

[280] Berlin, 8. März, in: Germania (49), 09. März 1919, Nr. 109, S. 1.

2.1 Entscheidung über die Zukunft der „Nation“ – die Wahlen zur Nationalversammlung

Die durch die Revolution grundlegend gewandelte Lage schlug sich in den eilig entstandenen bzw. novellierten Programmen der Parteien nieder: Das Bekenntnis zur Demokratie, der selbst einige Parteien aus dem Spektrum der politischen Mitte bis in die letzten Kriegsmonate hinein noch skeptisch gegenübergestanden hatten, fand sich nun an prominenter Stelle in den Forderungen aller Parteien der untersuchten Milieus. Die Furcht der Bürgerlichen vor einer linksradikalen Klassenherrschaft ließ die programmatische Positionierung zur Grundsatzentscheidung zwischen „sozialistischer Diktatur“ oder „bürgerlicher Demokratie“ werden. Das Bekenntnis zur liberalen Demokratie und zur Volkssouveränität glich daher mitunter weniger einem Herzensanliegen als vielmehr der Entscheidung für das kleinere Übel. Rational betrachtet schien an der Demokratie kaum ein Weg vorbeizuführen: Selbst die Anhänger der Monarchie sahen nach dem von Wilhelm II. mitverschuldeten Desaster und seiner Abdankung kaum noch Chancen für die Wiedererrichtung der dynastischen Herrschaftsform. Ähnlich wie es etwa die GERMANIA in Bezug auf das Zentrum formulierte, fügten sich zum Beispiel auch die Nationalliberalen „nur aus Treue gegen das Volksganze“ dem neuen Regierungssystem.[281] Wie weit diese bedingte Loyalität gegenüber der parlamentarischen Demokratie tragfähig war bzw. sich entwickeln werde, sollte sich noch im Verlauf der Weimarer Republik zeigen.

Im Wahlkampf 1918/19 stellten alle Parteien ihre (angebliche) Nähe zum „Volk“ stark heraus. Dabei konnten sich einige auf ihre lange Tradition berufen, andere machten die Verwirklichung dieses Anspruchs durch die Wahl ihres Namens oder die ständige Betonung, im Einklang mit dem „Volkswillen“ zu stehen, deutlich.

Überschattet wurde der Wahlkampf vom blutigen Aufstand der Spartakisten, die um die Jahreswende 1918/19 versuchten, das Zustandekommen der Nationalversammlung zu verhindern. Die häufig vorgebrachte Deutung der Wahl als eine Entscheidung über die Zukunft von Staat und „Volk“ unterstrich die Dramatik der Geschehnisse. „Noch niemals“, verkündete etwa ein Flugblatt des bayerischen Ablegers der DDP, habe „das deutsche Volk vor einer Wahl von solcher Bedeutung gestanden“.[282] Und Theodor Wolff mahnte im BERLINER TAGEBLATT: Es gehe um nicht weniger als um „die Gestaltung Deutschlands, den Frieden, die Zukunft des Volkes“.[283]

[281] Berlin, 15. November, in: Germania (48), 16. November 1918, Nr. 537, S. 1; zum Verhältnis der Parteien zur Demokratie im Vorfeld der Nationalversammlung, allerdings in einzelnen Aussagen fehlerhaft und teilweise grob verallgemeinernd: Tina Pohl, Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung, Hamburg 2002, S. 6–42. Knapp zum Demokratieverständnis des Zentrums: Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 29 f. u. 410 f.

[282] IfZ ZG e078: Deutsche Volkspartei in Bayern (Deutsche Demokratische Partei), Noch niemals, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919].

[283] Theodor Wolff, Morgen!, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Januar 1919, Nr. 19, S. 1 f., hier: S. 1.

Neben Aufbruchstimmung traten in den Wochen und Monaten nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch auch entgegengesetzte Gefühle wie Angst um die „nationale“ Zukunft, Niedergeschlagenheit oder gar Hoffnungslosigkeit zutage. Die drohenden Gebietsverluste wurden teilweise mittels Flucht in metaphysische Sphären verdrängt und unter Verweis auf die demokratischen Errungenschaften zu kompensieren versucht. So stellte etwa Friedrich Naumann die Forderung auf, die Deutschen müssten „nochmals das Volk des Geistes […] werden“, und erklärte: „Nach der Niederlage fängt das deutsche Volk sein Leben von neuem an.“ Die „Hinwegreißung deutscher Teile“ sei eine „nationale Schmach“, doch müsse sich das „geeinte neugeborene Volk […] sammeln in der deutschen Republik“. Der „deutsche Volksgeist“ hatte nach Ansicht Naumanns für „Gleichberechtigung“ und „deutschen Volksstaat“ zu stehen.[284] Im Gegensatz zu den allgegenwärtigen Stimmen, die vor dem „[S]terben“ Deutschlands ohne „nationale[n] Geist“[285] oder – angesichts eines Mangels an „Kulturboden“ – vor „allerschwersten Erschütterungen“ für die Ernährung des „Volkes“[286] warnten, sprach aus den Worten des DDP-Mitbegründers durchaus ein infolge der demokratischen Aufbruchstimmung positiv verklärter Blick auf die Zukunft der „Nation“.

Ebenfalls verbreitet war in diesen Tagen und Wochen die Verknüpfung der Kategorien „Demokratie“ und „Nation“. Durch die Kombination beider Begriffe ließ sich ein Identifikationsangebot schaffen, mit dem sowohl konservative als auch liberale Wählerschichten erreicht werden konnten. So tauchte etwa bei den Nationalliberalen die Forderung auf, dass die „Demokratie die Trägerin des nationalen Willens“ werden müsse. Entweder werde „unsre junge Demokratie von nationalem Geiste erfüllt sein […], oder sie wird nicht sein“. Hinter dieser Entweder-oder-Rhetorik stand auf nationalliberaler Seite der Versuch, der sozialdemokratischen Regierung einen Mangel an „nationaler“ Gesinnung vorzuwerfen.[287] Die Nationalliberalen gerierten sich als Garanten für einen „stark nationale[n] Staat“ und als Wahrer „des nationalen Gedankens und seine[r] Gestaltung im neuen Deutschland“.[288] Und auch die DDP verknüpfte „Nation“ und „Demokratie“ miteinander: Die Revolution und ihre Folgen konnten „national“ umgedeutet werden, indem das tief im 19. Jahrhundert wurzelnde bürgerliche

[284] Friedrich Naumann, Politische Glaubensbekenntnisse. Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei, in: Berliner Tageblatt (48), 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1.

[285] Otto Nuschke, Politische Glaubensbekenntnisse. Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei, in: Berliner Tageblatt (48), 03. Januar 1919, Nr. 4, S. 2; ähnlich auch aus dem deutschnational-konservativen Umfeld: Der nationale Geist, in: Deutsche Tageszeitung (25), 15. November 1918, Nr. 583, S. 1 f.

[286] Erwin Barth, Zur Arbeitslosenfrage, in: Vorwärts (36), 04. Januar 1919, Nr. 7, S. 1 f.

[287] Demokratie und nationaler Wille, in: Kölnische Zeitung, 14. Januar 1919, Nr. 36, S. 1; indirekt auch in: BArch R 45-II/362: Grundsätze der DVP, [undat., wohl 1919], hier: S. 1; ähnlich: Freundt, Hat das Bürgertum noch eine Aufgabe?, in: Kölnische Zeitung, 28. Januar 1919, Nr. 70, S. 1 f.

[288] Bürger und Bürgerinnen – wählt national!, in: Kölnische Zeitung, 05. Januar 1919, Nr. 11, S. 1.

Ziel der Errichtung eines „Nationalstaats“ nun für greifbar erklärt wurde. Aufgabe der Republik sei es, „den langen Weg des deutschen Volkes zum deutschen Nationalstaat abzuschließen“, schrieb etwa Theodor Heuss.[289] Die Schaffung von einem demokratischen großdeutschen Reich sollte über den Schmerz der Kriegsniederlage hinwegtrösten.[290] Durch die Betonung des „nationalen“ Charakters der Demokratie ließ sich den konservativen Vorwürfen entgegentreten, die die neue Staatsform als „undeutsch“ und als dem Reich aufgezwungen diffamierten.[291] Doch blieb der erhoffte Anschluss Deutsch-Österreichs ein Wunschtraum in der Weimarer Republik.

„Nation“ spielte – genauso wie „Volk“ – bei der DVP und ihrer Anhängerschaft deshalb eine so große Rolle, weil sie in der Republik als Legitimationsinstanz an die Stelle der Dynastie getreten war. Das „demokratische Prinzip der Volkssouveränität“ wurde mit dem „Prinzip der Nationalität“ zusammengedacht.[292] Zur „Nation“ gehörten dabei aus Sicht der Nationalliberalen auch alle Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen.[293] Für die DVP-Anhänger stand die Verwirklichung der ethnisch konstruierten „nationalen Einheit“ in Kombination mit Demokratie und sozialem Ausgleich für die Rettung der „deutschen Nation“ aus der gegenwärtigen Notlage.[294] Wie sich die „Nation“ allerdings real einbringen könne und welche Personen zur „nationalen Einheit“ gehörten bzw. nicht gehörten, blieb im nationalliberalen Bekenntnis zu „Volkssouveränität“ und „Nation“ offen. War die Verknüpfung beider Prinzipien in keiner anderen untersuchten politischen Teilöffentlichkeit so stark ausgeprägt wie bei den Nationalliberalen, so wurde die „Nation“ auch von den anderen hier behandelten Milieus betont. Die linksliberale Presse stellte etwa die „nationale“ Komponente heraus, indem sie den konservativen Parteien vorwarf, das „deutsche Volk in den Blutsumpf getrieben“ zu haben, und gleichzeitig behauptete, die Deutsche Demokratische Partei sei „hundertmal ‚nationaler‘ als diejenigen, denen die deutsche Nation ihr Unglück“ verdanke.[295] Der Konjunktur des „nationalen“ Bekenntnisses versuchten die Sozialdemokraten zu begegnen, indem sie – wie schon während des Weltkrieges – herausstellten, dass man sowohl „ein Deutscher im Vollwert bester Stammesart und

289 Theodor Heuss (1918), zitiert nach: Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 379.

290 Vgl. Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978, vor allem: S. 25–29. Allgemein zum Reichsgedanken in der Weimarer Republik: Sontheimer, Die Idee des Reiches im politischen Denken der Weimarer Republik.

291 Vgl. Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 377–387.

292 Das Prinzip der nationalen Einheit, in: Kölnische Zeitung, 31. März 1919, Nr. 241, S. 1.

293 Vgl. Das Prinzip der nationalen Einheit, in: Kölnische Zeitung, 31. März 1919, Nr. 241, S. 1.

294 Ebd.

295 Theodor Wolff, Morgen!, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Januar 1919, Nr. 19, S. 1f., hier: S. 2; knapp zur Bedeutung von „Nation“ und „Demokratie“ bei der DDP 1918/19: Jürgen C. Heß, Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus, in: Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg/Karl Dietrich Erdmann (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980, S. 289–311, hier: S. 292f.

zugleich von internationalem Gefühl der Menschlichkeit überzeugt“[296] sein könne. Ebenfalls hoben sie die Leistungen der Arbeiterschaft in Kriegs- und Krisenzeiten als „treueste[…] Hüter der nationalen Gemeinschaft“[297] hervor. Dem Ausspielen von „Nationalismus“ gegen „Internationalismus“ sollte damit ein Riegel vorgeschoben werden. Trotzdem mussten sich die Mehrheitssozialdemokraten aber immer wieder seitens der bürgerlichen Parteien der „nationalen“ Unzuverlässigkeit bezichtigen lassen. Darauf reagierten sie, indem sie den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit an die bürgerlichen und rechten Parteien zurückgaben. Mit Mitteln wie die Verwendung von distanzierenden Anführungszeichen bei der Erwähnung der „‚nationalen‘ Parteien“[298] wurde deren Anspruch in Abrede gestellt, die Interessen der „Nation“ (alleinig) zu vertreten.

Der Ausgang der Wahlen brachte den Linksparteien indes nicht die erhoffte absolute Mehrheit. Zwar kam die MSPD auf 37,9% der Stimmen, die USPD verfehlte jedoch ihre eigenen Erwartungen mit einem Ergebnis von 7,6% deutlich. Damit waren die Mehrheitssozialdemokraten zum Regieren auf die bürgerlichen Parteien angewiesen, unter denen das Zentrum mit 19,7% die stärkste Kraft wurde – gefolgt von DDP (18,6%), DNVP (10,3%) und DVP (4,4%). Sogleich erhob das Zentrum seinen Anspruch auf Teilhabe an der Regierungsgewalt. Eingebettet in die Forderung nach „Mitarbeit des ganzen Volkes“ erinnerte die GERMANIA an das während des Krieges funktionierende Bündnis der Mehrheitsparteien im Reichstag. Im „Volksstaat des Jahres 1918“ habe man zusammengestanden und eine „wahrhaft freiheitliche und volkstümliche Politik gemacht“.[299] Durch die Argumentation mit dem „Volk“ und durch die Betonung des Einheitsdenkens versuchte das Zentrum, die Notwendigkeit für eine Teilhabe an der Regierungskoalition zu untermauern. Zugleich gerierte sich die Partei als bürgerliche Speerspitze wider die Sozialdemokratie, da sie die Werte des Christentums gegen den Sozialismus verteidige.[300] Dies unterstrich sie auch durch den an die Mehrheitssozialdemokraten gerichteten Vorwurf, jene würden „ihre Interessen als Partei über die Interessen des Volksganzen“ stellen.[301] Die harsche Kritik kulminierte schließlich in der Forderung, statt des Sozialdemokraten Friedrich Ebert „einen anderen Mann“ zum Reichspräsidenten zu berufen, „der z[um] B[eispiel] gleichsam über den Parteien stände und das Vertrauen des ganzen Volkes genösse“.[302] Der vom Zentrum erhobene Vorwurf der Parteilichkeit, gepaart mit der Unterstellung, die MSPD handele wider das „Volkswohl“, mussten an der Basis der gemeinsamen Arbeitsgrundlage zwischen den Parteien zehren, da sie die Ehre des politischen

296 Peter Behrens, Neujahrsgruß allen Schaffenden!, in: Vorwärts (36), 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1 f., hier: S. 2.
297 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1117.
298 Das Kabinett der Unterzeichnung, in: Vorwärts (36), 22. Juni 1919, Nr. 314, S. 1 f., hier: S. 2.
299 Berlin, 22. Januar, in: Germania (49), 23. Januar 1919, Nr. 35, S. 1.
300 Vgl. etwa Berlin, 24. Januar, in: Germania (49), 25. Januar 1919, Nr. 39, S. 1.
301 Berlin, 30. Januar, in: Germania (49), 31. Januar 1919, Nr. 49, S. 1.
302 Ebd.

Gegners infrage stellte. Doch war der Vorwurf, eine andere Partei würde nur ihre eigenen Interessen vertreten, weitverbreitet. So erhob auch die nationalliberale Presse diese Kritik, indem sie der Regierung absprach, „eine grundsätzliche Politik des nationalen Wohls und der nationalen Ehre“ zu betreiben.[303] Die Anschuldigungen unterstellten die Verletzung eines als politischen common sense anzusehenden Grundsatzes, den Theodor Wolff mit der Sentenz „[M]ehr als alle Parteien ist das Volk“ auf den Punkt brachte.[304] Die Forderung nach überparteilichem Handeln mündete im Postulat, sich ausschließlich für das „Gemeinwohl“ einzusetzen. In allen untersuchten Milieus war ein solches Denken vorhanden. So behauptete etwa die GERMANIA über das Zentrum, dass diese Partei das „Gemeinwohl zum obersten Grundsatz der Staatspolitik“ erkoren habe und keine „einseitige Interessenpolitik“ betreibe.[305] Linksliberale Kommentatoren nannten als Qualifikation für den zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik geforderten „Wirtschaftsdiktator“, dass dieser „keine industrielle oder Parteiinteressen [sic!]“ vertreten, sondern „ein Freund des Volkes als Ganzes sein“ müsse.[306] Ebenso unterstrichen nationalliberale Kommentatoren, dass „über allen Sorgen für einzelne Personen, Klassen und Berufskreise […] die große Sorge für das Wohl des Volksganzen“ zu stehen habe.[307] Aber auch in privaten Äußerungen, wie in einem Brief des sozialdemokratischen Juristen Gustav Radbruch, fand die Ansicht ihren Niederschlag, dass „[h]öher als jedes Parteidenken […] die Notwendigkeit, zu einem einheitlichen und entschiedenen Staatswillen […] zu kommen“, stehen müsse.[308] Damit gehörte der Vorrang des „Gemeinwohls“ zu den Grundüberzeugungen aller Parteien im untersuchten Spektrum.[309] Wie sich das „Gemeinwohl“ objektiv definieren ließ, blieb allerdings offen. Verbunden mit diesem Ideal war eine Abwertung von Einzel-, Sonder- und Parteiinteressen, deren Berechtigung indirekt in Abrede gestellt wurde. Generell lässt sich für den Parlamentarismus der Weimarer Republik feststellen, dass eine „Sprache der Interessen“ (Thomas Mergel), ein Modus, mit dem die Abgeordneten die ihnen am Herzen liegenden Interessen zum Ausdruck hätten bringen können, nicht gefunden wurde.[310] Da aber jede Politik interessengeleitet war, schuf diese Sprachlosigkeit eine Angriffsfläche gegen die politischen Parteien: Den Akteuren konnte unterstellt werden, sie verfolgten statt des „Gemeinwohls“ ihre genuinen Sonderinteressen.

[303] Eberts Osterbotschaft, in: Kölnische Zeitung, 16. April 1919, Nr. 296, S. 1.
[304] Theodor Wolff, Vor der ersten Sitzung der Nationalversammlung, in: Berliner Tageblatt (48), 06. Februar 1919, Nr. 54, S. 1.
[305] Berlin, 17. Januar, in: Germania (49), 18. Januar 1919, Nr. 29, S. 1.
[306] P. A. Helmbold, Der Kampf um den inneren Frieden, in: Berliner Tageblatt (48), 13. April 1919, Nr. 165, S. 1 f., hier: S. 2
[307] Eberts Osterbotschaft, in: Kölnische Zeitung, 16. April 1919, Nr. 296, S. 1.
[308] Brief Gustav Radbruchs an seinen Vater vom 11. April 1919, zitiert nach: Spendel (Hrsg.), Gustav Radbruch. Briefe II (1919–1949), S. 19–21, hier: S. 20.
[309] Ein Befund, den Bollmeyer auch für das ausgehende Kaiserreich annimmt: Bollmeyer, Das „Volk“ in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, hier: S. 63.
[310] Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 287.

Trotz der teilweise heftigen Anfeindungen zwischen den Parteien bildete sich im Februar 1919 ein Kabinett aus MSPD, DDP und Zentrum unter Führung des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann. Diese „Weimarer Koalition“ wurde teils euphorisch begrüßt. So bezeichnete Friedrich Naumann sie als ein „nationales Werk“.[311] Für den DDP-Politiker stand das katholisch-sozial-liberale Bündnis sinnbildlich für die erhoffte soziale und territoriale „Einheit“ aller Deutschen – unter Abschied von allen Vorrechten, Kasten und Klassen.[312] Zudem bot sie durch ihre breite Basis die Gewähr für das notwendige „rückhaltlose[…] Vertrauen“ zwischen „Regierung und Volk“.[313]

Noch im Januar 1919, also bevor die neue Regierung sich bilden konnte, hatten sich die Streiks und Unruhen der linksradikalen Minderheit zu einer ernsthaften Gefahr für das Reich entwickelt. Angesichts der Bürgerkriegssituation fand sich die MSPD-geführte Übergangsregierung vor eine Zerreißprobe gestellt, da sie auf das Militär zurückgreifen musste, um Herr der Lage zu werden. Dabei wurde der Kampf nicht nur mit physischer Gewalt, sondern auch mit der von beiden Seiten verwendeten Sprache ausgetragen. So ließ sich der Einsatz von Truppen gegen die linksradikalen Mitglieder der Arbeiterbewegung von den Spartakisten nur zu leicht als Verrat der MSPD an gemeinsamen Idealen, als Brudermord und als Paktieren mit reaktionären Kräften kritisieren. Seitens der Mehrheitssozialdemokraten wurde dem unter Hinweis auf die Verteidigung des „Selbstbestimmungsrecht[s] des Volkes“ sowie auf den Kampf „um Leben und Tod des Volkes“ entgegengetreten. Die Regierung habe ihrer „Pflicht am Volke“ gemäß und nach der Devise gehandelt: „Hauptsache ist, daß das Volk durchkommt!“[314] Mit dieser Semantik berief sich der mehrheitssozialdemokratische Kommentator auf die Staatsräson und legitimierte das gewaltsame Vorgehen gegen die Aufständischen als einen abwehrenden Akt gegen drohende schwerste Gefahren. Vor einer radikalen Minderheit habe die Regierung Werte wie „Freiheit“, „demokratische Entwicklung“ und „Ordnung“ zu schützen.[315] Die USPD und die Spartakisten wurden seitens der Mehrheitssozialdemokraten als „Volksfeinde“ betrachtet.[316] Dahinter stand der Versuch, die Linksradikalen als Feinde der „plebs“ zu brandmarken und sie dadurch aus der Diskursarena zu drängen. Aber auch die scharfe Verurteilung der Verhaltensweisen der Radikalsozialisten fand in diesem Sprachgebrauch ihren Ausdruck. Zugleich wurde die gewaltsame Bekämpfung und die entschiedene Ab-

311 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 55.

312 Vgl. ebd.

313 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Eugen Schiffer (DDP, Reichsfinanzminister), S. 91.

314 Was tut man gegen Putsche? Eine Preisfrage, in: Vorwärts (36), 04. Februar 1919, Nr. 63, S. 1 f., hier: S. 2.

315 IfZ ZG e012: Die Kämpfe in Berlin und die Regierung, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919], S. 2.

316 IfZ ZG e012: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Arbeiter! Bürger! Soldaten! Wähler und Wählerinnen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!, [undat. Flugblatt, vor dem 26. Januar 1919], S. 2.

wehr der Bedrohung durch die Assoziation mit dem „inneren Feind“ des „demos“ legitimiert.

Im Zusammenhang mit dem Einsatz von Regierungstruppen gegen die Spartakisten in Bremen Anfang Februar 1919 wurde im VORWÄRTS das Verhältnis zwischen „Volksinteressen“ und „Arbeiterinteressen“ diskutiert. Beide dürften nicht voneinander getrennt werden, da „das ganze moralische Uebergewicht der Arbeiterbewegung“ darin beruhe, „daß sie die Volksinteressen auf ihrer Seite“ habe, so das Blatt.[317] Und weiter:

> Das stolze Bewußtsein, mit den Klasseninteressen die Interessen des gesamten Volkes zu vertreten, hat unserer Sache bisher die große geistige Kraft, ihren ungeheuren Kulturwert gegeben.[318]

Die Radikalsozialisten traf der Vorwurf, sie würden ohne Rücksichtnahme auf die Belange des „Volkes“ einen bloßen Interessenkampf führen. Das im sozialdemokratischen Selbstbild postulierte Zusammendenken von „Volks-“ und „Arbeiterinteressen“ bei der Bestimmung der eigenen Politikziele war jedoch auch nicht mehr als eine rhetorische Schimäre. So ließ sich nicht objektiv bestimmen, was im Interesse des „Volkes“ lag und was der Wunsch der „Arbeiterschaft“ war. Die Argumentation mit den Belangen des „Volkes“ und der indirekte Verweis auf die Staatsräson machte die veränderte Stellung der MSPD als Regierungspartei deutlich. Um sich weiterhin der Unterstützung der Arbeiterschaft sicher zu sein, musste sie ihr staatsmännisches Handeln verteidigen und sich gegen die Verratsvorwürfe zur Wehr setzen.

Das zupackende Handeln der Reichsregierung traf bei den bürgerlichen Parteien auf breite Zustimmung. Der Regierung wurde im Kampf gegen „eine verschwindend geringe Minderheit“ die Unterstützung durch die „überwältigende Volksmehrheit“ zugesagt.[319] Mittelfristig wirkten die radikalsozialistischen Unruhen in Berlin, die in der Ermordung Kurt Eisners kulminierende politische Gewalt in München und die häufig blutigen Auseinandersetzungen an anderen Orten des Reichs jedoch zutiefst verstörend. Mit Lebens- und Krankheitsmetaphern waren Sprecher der verschiedensten Milieus darum bemüht, den Schock über den Hass und die inneren Zerwürfnisse in Worte zu fassen. So diagnostizierte Philipp Scheidemann wenige Stunden nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner vor dem Reichstag, dass die politische Gewalt Ausdruck einer „tödliche[n] Erkrankung der Volksseele“ sei.[320] Verschiedenste Sprecher konstatierten die „moralische Verwahrlosung einer breiten Schicht“[321] und appellierten an den „gesunden Sinn des ganzen deutschen Volkes“[322]. Theodor Wolff betonte, dass „ein Volk vor allem leben“ müsse und nannte die linksradikalen Aufstände in

317 Bremen, in: Vorwärts (36), 05. Februar 1919, Nr. 65, S. 1 f., hier: S. 2.
318 Ebd.
319 Eine Wochen-Uebersicht, in: Kölnische Zeitung, 08. Februar 1919, Nr. 90, S. 1.
320 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 13. Sitzung vom 21. Februar 1919, Rede von Philipp Scheidemann (MSPD, Reichskanzler), S. 251.
321 So etwa: In ernster Stunde, in: Kölnische Zeitung, 24. Februar 1919, Nr. 139, S. 1; Scheidemann zustimmend auch: Berlin, 22. März, in: Germania (49), 23. Februar 1919, Nr. 89, S. 1.
322 Berlin, 10. März, in: Germania (49), 11. März 1919, Nr. 111, S. 1.

Berlin einen „Wahnwitz, der in den kranken Hirnen großer Volksmassen brütet und wütet“.[323] Die Hoffnung auf eine Rekonvaleszenz des „Volkes“ gaben die meisten Kommentatoren jedoch noch nicht auf,[324] wenngleich etwa von nationalliberaler Seite erwartet wurde, dass sich der „Heilungsprozeß“ über Jahrzehnte hinziehen und alles in Anspruch nehmen werde, „was an Kraft im Volkskörper noch vorhanden“ sei.[325] Einen weiteren Höhepunkt erlebten solche – teilweise von Selbstmitleid geprägten – Semantiken im April 1919. Die Osterzeit war überschattet von schweren Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen. Die verschärft krisenhafte innere und äußere Lage des Reichs rund um das christliche Hochfest lud förmlich dazu ein, Analogien zwischen der Passion sowie der Auferstehung Christi und der Situation des „deutschen Volkes“ herzustellen. Die Hoffnung, dass der deutsche Leidensweg in einem „nationale[n] Osterfest“ münde, äußerten Sprecher der verschiedensten Milieus.[326] Die Parallelsetzung zum christlichen Auferstehungsglauben ließ das „Volk“ als ein gottbezogenes oder gar auserwähltes Wesen erscheinen.

Die schweren inneren Unruhen fielen zeitlich mit der Konstituierung der Nationalversammlung zusammen, die im thüringischen Weimar einen ungestörten Tagungsort gefunden hatte. Sie sei nun – wie der Vorwärts betonte – „die allein rechtmäßige Vertreterin des deutschen Volkes“, da sie ihr Recht „vom ganzen Volke erhalten“ habe.[327] Ihre Mitglieder galten als die durch „freieste[…] Wahlen“ legitimierten „Führer des Volkes“.[328] Die Stellung des Parlaments als oberste, direkt vom „Volk“ legitimierte Macht im Staate wurde von den Sprechern aller untersuchten Milieus akzeptiert und immer wieder herausgestellt. So erblickte etwa die Zentrumspartei in der Konstituante das Organ, das mit der „Autorität des gesamten Volkes“ „allein im Namen des Volkes zu bestimmen“ habe.[329] Und auch im nationalliberalen Milieu wurde anerkannt, dass „das Volk als Machtträger […] augenblicklich […] in der Nationalversammlung“ verkörpert werde.[330] Offene Bekenntnisse zum „Votum des deutschen Volkes vom

[323] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 10. März 1919, Nr. [101], S. 1f., hier: S. 1.

[324] So wurde etwa im sozialdemokratischen Milieu die Hoffnung auf die „Gesundung unseres armen Volkes von schwerem Siechtum“ geäußert. Konrad Haenisch, Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!, in: Vorwärts (36), 20. April 1919, Nr. 202, S. 1f., hier: S. 2.

[325] In ernster Stunde, in: Kölnische Zeitung, 24. Februar 1919, Nr. 139, S. 1.

[326] Eberts Osterbotschaft, in: Kölnische Zeitung, 16. April 1919, Nr. 296, S. 1; Konrad Haenisch, Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!, in: Vorwärts (36), 20. April 1919, Nr. 202, S. 1f.; Ostern 1919, in: Germania (49), 20. April 1919, Nr. 179, S. 1.

[327] Räte und Nationalversammlung. Zur gestrigen Versammlung der A.- u. S.-Räte Berlins, in: Vorwärts (36), 01. Februar 1919, Nr. 58, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 7. Sitzung vom 14. Februar 1919, Rede von Wilhelm Keil (MSPD), S. 75.

[328] Die Generalstreikhetze, in: Vorwärts (36), 03. März 1919, Nr. 114, S. 1f., hier: S. 1.

[329] Berlin, 13. Februar, in: Germania (49), 14. Februar 1919, Nr. 73, S. 1; ähnlich auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 51.

[330] Die Begründung der Reichsverfassung, in: Kölnische Zeitung, 25. Februar 1919, Nr. 143, S. 1; ähnlich auch: Das deutsche Schicksal, in: Kölnische Zeitung, 09. Mai 1919, Nr. 369, S. 1.

19. Januar“[331] und Aufrufe wie „Volk, schütze dein Recht!“[332] richteten sich gegen das in den Augen der Parteien der Mitte unrechtmäßige und nur von einer verschwindend geringen Minderheit getragene Handeln der Aufständischen und setzten ihm das im Parlament verkörperte Recht des „ganze[n] Volk[es]“[333] entgegen.

Zeiten der Unsicherheit wie die zu Beginn des Jahres 1919 brachten einen erhöhten Bedarf an Selbstvergewisserung mit sich. So lässt sich erklären, warum Sprecher der untersuchten Milieus immer wieder die Eigenschaften des „deutschen Volkes“ thematisierten und sie in die Vorstellung von langfristigen Zielen oder gar einer spezifischen Sendung der Deutschen einbetteten. In dieser Semantik kam häufig die Sehnsucht nach Erreichung der als deutsch angesehenen Werte und Ziele im Innern zum Ausdruck. Von einem Autor der GERMANIA wurde etwa das Streben nach einer „geistigen Welteinheit“ als Wesen des deutschen „außenpolitische[n] Trieb[es]“ angesehen.[334] Das katholische Milieu verstand „Nation“ und „Staat“ als „unentbehrliche natürliche und gottgewollte Ordnungen“ und glaubte an eine zu erfüllende „Mission im Dienste der Menschheit“, die vor allem in der „Pflichterfüllung gegen Volk und Vaterland“ ihren Ausdruck finden müsse.[335] Solch unbestimmte Aussagen, wie die hier zitierte des Zentrumsabgeordneten Adolf Gröber, machten deutlich, dass Sprecher aus dem katholischen Milieu die Ziele ihrer Politik durch göttlichen Willen legitimieren wollten und zur Verwirklichung die notwendigen Grundlagen im Innern suchten. Seinen Glauben an eine „geschichtliche Sendung des deutschen Volkes“ wollte auch der linksliberale Reichsfinanzminister Eugen Schiffer nicht aufgeben – zumindest berief er sich in einer Regierungserklärung auf diesen, ließ aber offen, welche Inhalte die „deutsche Mission“ habe.[336] Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages erschien dem linksliberalen Spektrum, der Kampf „gegen Unterdrückung und Gewalt“ und „für das Recht“ als sittliche Mission für das „deutsche Volk“ angemessen zu sein.[337]

Doch nicht nur das „deutsche Volk“ hatte einen Auftrag, teilweise war im katholischen Spektrum gar die Vorstellung eines regionalen Sendungsbewusstseins verbreitet. So propagierte der Mainzer Mediziner Jean Kottmaier in der KÖLNISCHEN VOLKSZEITUNG die „Weltmission des rheinischen Volkes“. Diese bestand seiner Ansicht nach in der Ablösung von Materialismus und Internationalismus durch ein „reinere[s] Deutschtum“ und im „Sieg des Geistes“. Diese neue Kultur

[331] Berlin, 3. März, in: Germania (49), 04. März 1919, Nr. 103, S. 1.
[332] Die Generalstreikhetze, in: Vorwärts (36), 03. März 1919, Nr. 114, S. 1f., hier: S. 2.
[333] Ebd.
[334] Berlin, 10. April, in: Germania (49), 11. April 1919, Nr. 165, S. 1.
[335] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 49.
[336] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Eugen Schiffer (DDP, Reichsfinanzminister), S. 99.
[337] Walter Schücking, Deutschlands Mission, in: Berliner Tageblatt (48), 13. Juli 1919, Nr. 317, S. 1f., hier: S. 2.

vom Rhein sollte die Deutschen zu „Weltkulturträger[n]“ machen und den „kranken deutschen Volkskörper“ heilen.[338]

Verbunden war die Zuschreibung von Destinationen mit der Reflexion über spezifische Eigenschaften des „deutschen Volkes“. Doch variierten die angeblich genuinen Dispositionen stark und waren meist sehr offen, teilweise gar diffus. Aus nationalliberaler Sicht zeichnete sich das deutsche Wesen etwa durch die Eigenschaft aus, „gerecht gegen sich und andre“ zu sein.[339] Der linksliberale Verfassungsrechtler Hugo Preuß erkannte im „deutschen Volkscharakter“ eine Abneigung gegen „unbeschränkte Zentralisierung“.[340] Und die katholische GERMANIA nannte „Umfassenheit“ eine deutsche Besonderheit, bemängelte aber das Fehlen von „Einfachheit“ und „instinktive[r] Klarheit“.[341] Bei der Aufzählung von angeblich regionalen Spezifika der „deutschen Stämme“ traten die von Stereotypen geleiteten Mentalitätszuschreibungen vollends zutage. Mit dem „bayerischen Volkscharakter“ wurden Eigenschaften wie „große[…] Biederkeit, Zuverlässigkeit, Rechtschaffenheit“ sowie „rührende[…] Gradheit und Ehrlichkeit“ verbunden.[342] Die Beschreibung des „rheinischen Charakters“ in der katholischen KÖLNISCHEN VOLKSZEITUNG glich einem Selbstlob: Ihn zeichne die „glückliche Mischung von heiterem Frohsinn und zäher, ernster Zielstrebigkeit“ aus.[343] Das rheinische Wesen sei geprägt von der

> [t]iefe[n] Liebe zur Heimat, echte[n] Frömmigkeit, nicht zu unterdrückende[m] Freiheitsdrang, unverwüstliche[m] geistvolle[n] Humor, heitere[r] Lebenslust, aber auch ernste[r] Arbeitsamkeit, zäheste[r] Ausdauer und Tatkraft.[344]

Die Herausstellung regionaler Identitäten eröffnete Andockstellen für Loslösungs- und Separatismusbestrebungen – Phänomene, von denen noch die Rede sein wird. Zudem war die Reflexion über regionale Eigenarten und das „deutsche Wesen“ Ausdruck eines tiefen Schocks angesichts der Geschehnisse der zurückliegenden Monate. War zwar mit der Wahl zur Nationalversammlung und der Konstituierung der Regierung Scheidemann die Zeit des Interregnums vorbei, so hatte sich die politische Lage doch noch nicht grundlegend stabilisiert. Dass die „freieste Verfassung der Welt“[345] in einem solchen Umfeld der Gewalt geschrieben werden sollte, wirkte wie ein Paradoxon, war aber der Versuch, eine liberaldemokratische Antwort auf die Herausforderungen der Zeit zu finden.

338 BArch R 8034-II/7885: Jean Kottmaier, Die Weltmission des rheinischen Volkes, in: Kölnische Volkszeitung (60), 31. Januar 1919, Nr. 87.
339 Das deutsche Schicksal, in: Kölnische Zeitung, 09. Mai 1919, Nr. 369, S. 1.
340 Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 7.
341 Berlin, 10. April, in: Germania (49), 11. April 1919, Nr. 165, S. 1.
342 Berlin, 3. Mai, in: Germania (49), 04. Mai 1919, Nr. 199, S. 1.
343 BArch R 8034-II/7885: Jean Kottmaier, Die Weltmission des rheinischen Volkes, in: Kölnische Volkszeitung (60), 31. Januar 1919, Nr. 87.
344 Ebd.
345 So sinngemäß Conrad Haußmann: „Wenn diese Verfassung angenommen wird, dann wird man sagen können, daß kein Volk der Welt eine freiere Konstitution hat.“ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 84. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 1204.

2.2 Holistisch und pluralistisch – das doppelte „Volk“ der Weimarer Reichsverfassung

Der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung am 31. Juli und ihrer Ausfertigung durch Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. August 1919 waren umfangreiche Verhandlungen im Plenum und im Verfassungsausschuss des Parlaments vorausgegangen. Hierbei konnten sich die Abgeordneten auf die Vorarbeiten des neuen Reichsinnenministers Hugo Preuß stützen.[346] Nur an einigen Stellen gab es größere Änderungen an seinem Entwurf: So weitete der Verfassungsausschuss etwa die plebiszitären Elemente aus und verschob damit die Grundidee des Staatsgefüges von einer „Parlamentssouveränität“ hin zu einer „Volkssouveränität“, bei der das „Volk“ nicht nur Quelle, sondern in einigen Fällen auch direkter Träger der Staatsgewalt war.[347] Ebenso wurde der unitaristische Charakter des Entwurfs zugunsten der Länder abgemildert.[348]

Diese Gewichtsverschiebungen im endgültigen Verfassungstext änderten jedoch nichts an der staatsrechtlichen Umsetzung der schon von Preuß vorgesehenen Trias aus „Demokratie“, „Parlamentarismus“ und „Rechtsstaat“. Diese Grundgedanken sollten in der Weimarer Verfassung den Boden für eine pluralistische Ordnung bereiten. Aus dem Obrigkeitsstaat sollte ein am „Gemeinwohl“ orientierter „Volksstaat“ werden, in dem den Parteien eine Schlüsselrolle bei der parlamentarischen Entscheidungsfindung zugedacht war.[349]

Der Verfassung kam dabei auch die Funktion zu, für die neue Ordnung im „Volk“ zu werben. Dies sollte sich etwa in ihrem Sprachduktus niederschlagen. So war es ein erklärtes Ziel Hugo Preuß', eine allgemein verständliche Konstitution zu schreiben, die möglichst viele „volkstümliche[…] Sätze“ enthalte.[350] In den Beratungen wurde dieses Anliegen von Politikern verschiedenster Parteien aufgegriffen.[351] Friedrich Naumann arbeitete gar eigene Grundrechtsformulierungen aus, die mittels knapper und bündiger Sätze das Herz des „Volkes“ erreichen sollten.[352]

[346] Zu den Verfassungsentwürfen und den Vorarbeiten: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 219–254.

[347] Vgl. Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Mit Einleitung und Erläuterung von Dr. Gerhard Anschütz, Berlin 1921, S. 23; Gusy, Das Demokratiekonzept der Weimarer Reichsverfassung, hier: S. 227–229.

[348] Vgl. Christoph Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997, S. 224–227; Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 245–250 u. 373.

[349] Vgl. Andreas Voßkuhle, Hugo Preuß als Vordenker einer Verfassungstheorie des Pluralismus, in: DSt (50), 2011, Nr. 2, S. 251–267, hier: S. 254–261.

[350] Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 07. März 1919, Rede von Hugo Preuß (DDP, Reichsinnenminister), S. 38.

[351] Vgl. Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 31. März 1919, Rede von Adalbert Düringer (DNVP), S. 182; Rede von Hugo Sinzheimer (MSPD), S. 183; Rede von Bruno Ablaß (DDP), S. 185; Rede von Simon Katzenstein (MSPD), S. 186.

[352] Vgl. Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom

Seine Vorschläge wurden jedoch nicht aufgegriffen, da der Verfassungsausschuss bei der Abwägung zwischen „Volkstümlichkeit“ und „rechtlicher Schärfe“ im Zweifel der Letztgenannten den Vorzug gab.[353]

Die Hinwendung an das „Volk“ machte sich aber nicht nur im Duktus des neuen Grundgesetzes bemerkbar, sondern prägte auch dessen Inhalt. Schließlich, so der DDP-Abgeordnete Bruno Ablaß, sei das Reich infolge der Revolution nun „auf die Souveränität des ganzen deutschen Volkes gegründet“[354] – diese müsse die „einzige Rechtsgrundlage“[355] sein. Das sah Hugo Preuß ganz ähnlich. Da seiner Ansicht nach der „Volksstaat auf das freie Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation in ihrer Gesamtheit“ basiere,[356] räumte er dem „Volk“ den höchsten Stellenwert im Staat ein. Dies formulierte er in Paragraf 2 seines Entwurfs – dem späteren Artikel 1 der Verfassung – mit den Worten:

Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.[357]

Preuß betrachtete diesen Passus als den „Leitgedanke[n]“ der Verfassung, mit dem zum Ausdruck gebracht werden solle, dass erstmals in der deutschen Geschichte das „deutsche Volk zur sich selbst bestimmenden Nation“ geworden sei.[358] Darin spiegelte sich Preuß' linksliberales Selbstverständnis wider, nach dem die „Kulturnation“ ihren Bezugspunkt im „Volk“ und nicht im Staat finden müsse.[359] Um die Landeshoheit der Gliedstaaten nicht als eine vom Reich abgeleitete Staatsgewalt erscheinen zu lassen, wurde die Formulierung des Entwurfs schließlich verändert und unter Voranstellung der Staatsformdefinition in Artikel 1 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) kodifiziert.[360] Mit den – von Reichsinnenminister Eduard David als „starke, […] stolze Sätze“[361] gerühmten – Worten

31. März 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 179f.; aus sprachwissenschaftlicher Sicht untersucht von: Ulrike Hass-Zumkehr, Die Weimarer Reichsverfassung. Tradition, Funktion, Rezeption, in: Heidrun Kämper/Hartmut Schmidt (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte, Zeitgeschichte, Berlin 1998, S. 225–249, hier: S. 231–235.

353 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 31. März 1919, Rede von Simon Katzenstein (MSPD), S. 186.

354 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 05. März 1919, Rede von Bruno Ablaß (DDP), S. 24.

355 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Bruno Ablaß (DDP), S. 1212.

356 Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 5.

357 § 2 I 1, in: Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung, zitiert nach: Reichsamt des Innern (Hrsg.), Entwurf der künftigen Reichsverfassung. Allgemeiner Teil, Berlin 1919, S. 33.

358 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 14. Sitzung vom 24. Februar 1919, Rede von Hugo Preuß (DDP, Reichsinnenminister), S. 285.

359 Vgl. Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 365f.

360 Zu den unterschiedlichen staatsrechtlichen Bedeutungen von „Alle Staatsgewalt liegt beim Deutschen [sic!] Volke“ und „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“: Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, S. 28f.

361 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1219.

Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.[362]

wurde das „Volk“ zum Souverän erklärt. Der „Wille des Volkes“ sollte fortan „oberstes Gesetz“ sein.[363] Wie keine andere Formulierung der neuen Reichsverfassung verwies die Bestimmung des ersten Artikels auf das veränderte Wesen des neuen Staates. Wie die allerorts lautstark geforderte „Mitwirkung des Volkes am Staate“[364] aber konkret auszusehen habe, darauf sollten erst die folgenden Regelungen zu den Staatsorganen und ihrer Wahl Auskunft geben.

In den Beratungen des Verfassungsausschusses hatte der Inhalt des Souveränitätsartikels große Zustimmung gefunden, wenn auch einige redaktionelle Alternativen wie „Die Staatsgewalt steht dem Volke zu“,[365] „Das Volk übt die Staatsgewalt aus“[366] oder „Die Staatsgewalt im Reich und in den Gliedstaaten liegt beim Volke“[367] ins Spiel gebracht worden waren. Nach Überzeugung der Abgeordneten von MSPD und DDP sollte mit dem ersten Verfassungsartikel betont werden, dass der „Volksstaat an Stelle des Obrigkeitsstaates“ getreten sei.[368] Nicht mehr „Organisation der oberen und herrschenden Klassen“, sondern die „lebendige[…] Organisation des Volkes“ sei der neue „Volksstaat“, so Friedrich Naumann.[369] Die Abgrenzung zum monarchischen Staat machte auch der MSPD-Abgeordnete Max Quarck deutlich, indem er herausstellte, dass mit der Bestimmung des Artikels 1 „das Volk zur Obrigkeit in Gegensatz gestellt“ werde.[370] Dabei griff der Frankfurter Sozialdemokrat die alte Begriffsbedeutung auf, die zwischen der breiten Masse von Regierten und den Herrschenden unterschied. Jedoch war die Dif-

362 Art. 1. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

363 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 2194.

364 Bruno Stümke, Warum deutsch-demokratisch?, in: Berliner Tageblatt (48), 17. Januar 1919, Nr. 17, S. 1 f. hier: S. 1.

365 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Wilhelm Kahl (DVP), S. 28.

366 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Max Quarck (MSPD), S. 29.

367 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Konrad Anton Beyerle (Zentrum), S. 29.

368 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Erich Koch (DDP), S. 30; ähnlich auch: Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Max Quarck (MSPD), S. 29.

369 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 31. März 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 179.

370 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Max Quarck (MSPD), S. 29.

ferenzierung zwischen Regierten und Regierenden durch die Abschaffung der „Obrigkeit“ gegenstandslos geworden. Die Souveränität des „Volkes“ umfasste fortan sowohl ehemals Herrschende als auch die vormals Beherrschten – sie lag beim „ganzen Volk“.

Der Linksliberale Conrad Haußmann war es, der weitsichtig auf die doppelte Bedeutung des Artikels 1 hinwies und zwischen Quelle und Träger der Souveränität unterschied. Nach seiner Auffassung sei das Deutsche Reich als „einheitlicher Volks- und Freistaat“ auf die „freie Selbstbestimmung der ganzen Nation“ gegründet. Im „Volk“ ruhe die Souveränität, „der Träger der Souveränität“ sei aber der Reichstag.[371] Haußmann differenzierte damit zwischen der Staatsgründungssouveränität und der ständigen Ausübung der Staatsgewalt durch das „Volk“ mittels des Parlaments – eine Unterscheidung, die für die weitere Auslegung der Verfassung noch von größerer Bedeutung sein sollte.

Die Weimarer Reichsverfassung kodifizierte den endgültigen Abschied vom Kaiserreich und seiner Staatsform. Dennoch hielten viele Monarchisten an ihren alten Überzeugungen fest und standen der parlamentarischen Demokratie bestenfalls reserviert gegenüber.[372] Für die Mehrheit in der Nationalversammlung war indes unstrittig, dass die Staatsgewalt fortan vom „ganzen Volke“ auszugehen habe.

Hingegen führte die Frage, ob die Reichsverfassung auch die Machtverteilung in den Gliedstaaten regeln solle, im Verfassungsausschuss zu Klärungsbedarf. So betonte etwa der DDP-Abgeordnete Conrad Haußmann ausdrücklich:

> Die Souveränität des Reichs liegt beim ‚Volk‘ im Reich, aber auch in den Gliedstaaten für den Rest der Souveränität, der ihnen in ihrem Wirkungskreis zusteht und verbleibt.[373]

Und Hugo Preuß sekundierte, „das deutsche Volk“ sei „in seiner Gesamtheit Träger der Reichssouveränität“.[374] Damit war klar, dass nach dem Wunsch der Mehrheitsparteien in der Nationalversammlung auch für die Reichsländer das Prinzip

[371] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 1204.

[372] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Clemens von Delbrück (DNVP), S. 1216.

[373] Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 29.

[374] Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 06. März 1919, Rede von Hugo Preuß (MSPD, Reichsinnenminister), S. 29. Allein diese Aussage Preuß’ belegt, dass die Behauptung Tina Pohls, Preuß habe „jedweden Souveränitätsbegriff[…]“ abgelehnt und sich daher „auch gegen den Begriff der Volkssouveränität“ gestellt, irrig ist. Pohl schreibt weiter über Preuß: „In seinem demokratischen Denken konnte also auch das Volk selbst als ‚Souverän‘ keinen Platz haben.“ Pohl, Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung, S. 64. Jedoch stellte § 2 I des preußschen Verfassungsentwurfs – wie oben dargelegt – durchaus eine Souveränitätsbestimmung dar. Ausführlich zum Souveränitätsbegriff: Christoph Müller, Souveränität. Rechtswissenschaftler a-priori-Begriff oder empirische Funktionsbestimmung des politischen Systems, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Hugo Preuß 1860–1925. Genealogie eines modernen Preußen, Köln 2011, S. 35–71, zu Hugo Preuß und seinen Anforderungen an die Organisation der „Volkssouveränität“ vor allem: S. 62–71.

der Volkssouveränität zu gelten habe, die Weimarer Reichsverfassung jedoch formell nur die Machtverhältnisse auf der Reichsebene festschreiben wollte. Einige Gliedstaaten wie Bayern,[375] Baden,[376] Sachsen-Altenburg,[377] Schwarzburg-Sondershausen,[378] Reuß,[379] Sachsen-Weimar-Eisenach,[380] Oldenburg[381] oder Anhalt[382] hatten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reichsverfassung bereits entsprechende Souveränitätsbestimmungen in ihre (vorläufigen) Verfassungen aufgenommen. Insofern war die Reichweite des Volksbegriffes in Artikel 1 WRV geklärt. Spielraum für Deutungen bot der Begriff allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang, der in der Verfassungsberatung gar nicht ausdrücklich behandelt worden war.

So hat der Verfassungshistoriker Oliver Lepsius zu Recht auf das Spannungsverhältnis zwischen der Volkssouveränität und dem staatsrechtlichen Demokratieprinzip sowie auf die Unklarheit des Artikels 1 WRV hingewiesen.[383] „Volk“ in Artikel 1 konnte im Sinne des Demokratieprinzips als eine durch die Konstitution näher zu definierende Kraft betrachtet werden, es ließ sich aber auch als eine der Verfassung vorausgehende Größe verstehen. Letztere Auffassung wehrte jeden Versuch einer normativen Definition des „Volkes“ unter Verweis auf seinen überzeitlichen und übergesetzlichen Charakter strikt ab. Diesem Denken über die Volkssouveränität lag eine intergenerationelle und überzeitliche Auffassung von „Volk“ zugrunde. Zuweilen wurden ihm gar ein „einheitlicher Wille“ und metaphysische Eigenschaften zugesprochen.[384] Im latenten Widerspruch hierzu stand

[375] Dort lautete der Passus im Staatsgrundgesetz: „2. Die höchste Gewalt des Bayerischen Staates liegt beim Volk.“ Staatsgrundgesetz der Republik Bayern 04. Januar 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 102.

[376] Hier lautete die Bestimmung des § 2 I: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk.“ Gesetz die badische Verfassung betreffend vom 21. März 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 79.

[377] Hier in der Formulierung: „Die Staatsgewalt liegt bei dem Volke.“ Artikel 3. Sachsen-altenburgisches Gesetz über die vorläufige Regelung der Verfassung vom 27. März 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 609.

[378] „Quelle und Träger der Staatsgewalt ist das Volk; ihm steht die höchste Staatsgewalt zu.“ § 3. Landesgrundgesetz [für Schwarzburg-Sondershausen] vom 01. April 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 573.

[379] „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ § 1. Gesetz über die Vereinigung der beiden Freistaaten Reuß zum Volksstaat Reuß, sowie über die vorläufige Verfassung und Verwaltung vom 04. April 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 589.

[380] „Die Staatsgewalt liegt beim Volke.“ § 3 I. Verfassung für den Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach vom 19. Mai 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 614.

[381] „Die Staatsgewalt liegt beim Volke.“ § 3 I 1. Verfassung für den Freistaat Oldenburg vom 17. Juni 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 444.

[382] „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ § 2. Verfassung für Anhalt vom 18. Juli 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 59.

[383] Vgl. Oliver Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 366–414, hier: S. 371–376.

[384] Mit dem „Volk“ als „pouvoir constituant“ beschäftigt sich allgemein auch der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde. Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Verfassung, Demo-

das Demokratieprinzip. Dieses basierte zwar auch auf dem „Volk“, bedurfte aber einer eindeutigen Definition der zum „Volk“ Gehörenden und richtete sich nach der einfachen, arithmetisch ermittelten Stimmenmehrheit. Im Gegensatz zum „Volk“ als immerwährender Souveränitätsinstanz veränderten sich beim „Volk“ des Demokratieprinzips die Zusammensetzung und die Machtverhältnisse ständig. Während Erstgenanntes nicht definierbar, aber stabil war, zeigte sich Letztgenanntes dynamisch und benötigte eine abstrakte Definition. Oder mit den Worten Lepsius' ausgedrückt: Die Volkssouveränität verhielt sich tendenziell differenzierungsfeindlich, während das Demokratieprinzip differenzierungsbedürftig war.[385]

Diese verschiedenen Verständnisse von „Volk“ mussten nicht notwendigerweise mit den Kategorien „demos“ und „ethnos“ zusammenfallen. So ließ sich das „Volk“ des Demokratieprinzips auch ethnisch begreifen und Volkssouveränität konnte ebenso vom „demos“ her gedacht werden. Was beide jedoch voneinander unterschied, war ihre innere Verfasstheit. Das staatsrechtliche Demokratieprinzip setze einen Meinungspluralismus voraus. Die Vorstellung von einer überzeitlichen Volkssouveränität griff hingegen auf holistisch antiliberale Denkmuster zurück, die der Einheitlichkeit den Vorrang vor der Diversität gaben und die keine abweichenden Meinungen innerhalb der „Gemeinschaft“ akzeptierten.

Mit diesen Darlegungen soll nicht in Abrede gestellt werden, dass es auch eine parlamentarisch-demokratische Spielart des Volkssouveränitätsgedankens gab (und gibt),[386] doch lässt die Vorstellung, dass das „Volk“ über die Souveränität im Staat verfüge, eben auch den Schluss zu, dass dieses „Volk“ von überzeitlicher Natur sei und deshalb Vorrang vor den temporären Gebilden von Verfassung und Staat habe. Der Gedanke, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, konnte in Weimar somit auch von den Feinden der Republik getragen werden; ja, er konnte geradezu als Waffe gegen die Verfassung und gegen die „formale“ Demokratie eingesetzt werden.

Als ideelle Grundlage einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung war der Gedanke der Volkssouveränität unerlässlich. In Ablehnung anderer Herleitungen – etwa der qua dynastischem Prinzip und göttlicher Gnade gerechtfertigten Erbmonarchie – gründete die Volkssouveränität die Legitimation für die Demokratie im „Volk“. In dieser Rechtfertigung des Souveräns musste das „Volk“ notwendigerweise zeitlich vor der Verfassung existieren, da es anders nicht möglich war, es

kratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1991, S. 90–112. In Bezug auf die WRV und die Staatsrechtsdiskussion in Weimar: Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 468–472.

385 Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, hier: S. 372.

386 So beschreibt Böckenförde das „Volk“ als Träger der verfassunggebenden Gewalt ausdrücklich weder als „demos“ noch als „ethnos“, sondern definiert es wie folgt: „Gemeint ist vielmehr das Volk im politischen Sinn oder die Nation, d. h. die (politisch sich zusammenfindende und abgrenzende) Gruppe von Menschen, die sich ihrer selbst als politische Größe bewußt ist und als solche handelnd in die Geschichte eintritt. Dieses politische Volk kann, muß aber nicht zugleich ein Volk im natürlichen Sinne sein.“ Böckenförde, Staat, Verfassung, Demokratie, S. 96.

selbst zum Verfassungsgeber zu machen. Gleichzeitig bedurfte es einer verfassungsrechtlichen Definition von „Volk“, um die Herrschaft nach dem Demokratieprinzip ausüben zu können. In diesem doppeltem Spannungsverhältnis zwischen Demokratieprinzip und Volkssouveränität sowie zwischen holistischer und pluralistischer Vorstellung eines souveränen „Volkes“ stand der erste Artikel der neuen Konstitution.

Doch welchem der beiden Verständnisse von „Volk“ hingen die Sprecher aus den untersuchten Milieus der Weimarer Republik an? Und in welchem Sinne wurde der Artikel 1 der Reichsverfassung von den zeitgenössischen Juristen ausgelegt?

Die Weimarer Staatsrechtlerzunft war in dieser Frage gespalten. So fasste etwa Carl Schmitt das „Volk“ als eine reale, „nicht-formierte“ Größe auf.[387] Das „verfassungsrechtlich formierte und organisierte Volk“ sei in Wahrheit nicht das „Volk“, sondern lediglich ein Verfahren für Wahlen – den hierbei ermittelten „Wille[n] des Volkes“ nannte Schmitt eine „Fiktion“.[388] „Demokratie“ war seiner Ansicht nach die Identität von Herrscher und Beherrschten. Schmitt vermischte dabei bewusst Volkssouveränität und Demokratieprinzip miteinander.[389] Ähnlich verfuhr auch Erich Kaufmann: Dieser setzte die Realität von „Volksgeist“ und „Volkswille“ voraus, erblickte aber Probleme in deren Umsetzung.[390] Schmitt und Kaufmann folgten in ihren Ausführungen der Idee, dass der „Wille des Volkes“ im Parlament abgebildet werde. Die Annahme, dass das „Volk“ eine präexistente, vorstaatliche und holistische Größe sei, verhindere, dieses juristisch zu hinterfragen.[391] Eine entgegengesetzte Position zu solchen Gleichsetzungsvorstellungen vertraten Richard Thoma und Hans Kelsen. Der soziologisch denkende Jurist Thoma akzeptierte, dass es im „Volk“ verschiedene „Willen“ gebe und kritisierte heftig den Gedanken, dass Parteien und Parlament den „Volkswillen“ widerspiegeln würden. Im Allgemeinen herrsche nicht der „Volkswille“, so Thoma, sondern der „Gruppenwille“ der Regierenden bzw. der Verwaltung. Und auch Kelsen unterschied das „Volk“ vom Parlament – ja für ihn schuf das Parlament seinen eige-

387 Carl Schmitt, Verfassungslehre, Berlin 1928, S. 251.

388 Ebd.

389 Vgl. Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, hier: S. 377–382; ebenfalls zu Schmitt und seinem Volksbegriff: Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, hier: S. 51 f.; Ingeborg Maus, Zur Transformation des Volkssouveränitätsprinzips in der Weimarer Republik, in: Peter Nahamowitz/Stefan Breuer (Hrsg.), Politik – Verfassung – Gesellschaft. Traditionslinien und Entwicklungsperspektiven. Otwin Massing zum 60. Geburtstag, Baden-Baden 1995, S. 107–123, hier vor allem: S. 114 f.; Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 171–174; Carl Schmitts eigene knappe Darlegung zum Volksbegriff im Kapitel „Das Volk und die demokratische Verfassung“: Schmitt, Verfassungslehre, S. 238–252.

390 Vgl. Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, hier: S. 382–386.

391 Vgl. Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, hier: S. 376 f. u. 390–392. Allgemein zum vorstaatlichen „Volk“: Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 407–410; Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde, S. 157–161.

nen „Willen“ in Vertretung des „Volkes“, welches anders nicht in der Lage sei, einen Staatswillen zu bilden.[392] Thoma und Kelsen erkannten die Differenziertheit des „Volkes“ nicht nur an, sondern betrachteten sie und den pluralistischen Meinungskampf als Grundlagen für jede demokratische Herrschaft. Doch gehörten die beiden Staatsrechtler mit ihrem realistisch-komplexen Volksverständnis zu einer Minderheit unter den führenden deutschen Juristen ihrer Zeit.

In der staatsrechtlichen Diskussion der Weimarer Republik war die holistische Vorstellung von „Volk“ als einer realen, präkonstitutionellen Größe vorherrschend. Experte für den Volksbegriff in der Weimarer Reichsverfassung war der Freiburger Staatsrechtler und Rechtshistoriker Hans Liermann.[393] Seine im Frühjahr 1927 erschienene Habilitation „Das deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichs-Staatsrecht der Gegenwart“ stellt die umfangreichste zeitgenössische Auseinandersetzung mit dem Thema dar.[394] Von Rezensenten wurde das Werk als „bahnbrechende Pionierarbeit“ gewürdigt und die bislang ausgebliebene staatsrechtliche Auseinandersetzung mit dem „Volk“ im „Volksstaat“ als eine „Unterlassungssünde“ bezeichnet.[395] Trotz punktueller Kritik an Liermanns Gegenwartsbewertung,[396] blieb die von ihm vorgenommene staatsrechtliche Beurteilung des Volksbegriffes von den Rezensenten unbestritten. Seine Auffassungen stellten eine allgemein akzeptierte Lesart dar. Dies lässt sich etwa daran festmachen, dass die Autoren des renommierten Staatslexikons seine Thesen in der Ausgabe des Jahres 1932 über mehrere Spalten hinweg wiedergaben.[397] So gehörte wohl auch Liermanns Ansicht, dass das „Volk“ mit seiner „staatsschöpfende[n] Urkraft“ „über den Staat“ gestellt sei, zur herrschenden Lehre unter den Weimarer Staats-

[392] Vgl. Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, hier: S. 397–411; zu Kelsen und dem „Volkswillen“ auch: Christoph Gusy, Fragen an das „demokratische Denken“ in der Weimarer Republik, in: idem (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 635–663, hier: S. 648–653. Zu Thoma und seiner radikalen Kritik am rousseauistischen „Volkswillen“: Christoph Schönberger, Elitenherrschaft für den sozialen Ausgleich. Richard Thomas „realistische“ Demokratietheorie im Kontext der Weimarer Diskussion, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 156–190, hier: S. 170–176 u. 180–185. Thomas Konzept des „Volks-“ bzw. „Gruppenwillens“: Richard Thoma, Staat, in: Ludwig Elster/Johannes Conrad (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7: Religions- und kirchliche Statistik–Tamassia (1926), Jena 1923–1929, S. 724–756, hier: S. 744f. Zum Konzept des „Volkswillens“ bei den Staatsrechtlern von Weimar: Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, allgemein: S. 309–312, speziell zu Thoma: S. 360–363 u. 368f.

[393] Knapp zu Person und Leben von Hans Liermann: Karl S. Bader, Nachruf: Hans Liermann †, in: JZ (31), 1976, S. 453.

[394] Hans Liermann, Das deutsche Volk. Als Rechtsbegriff im Reichs-Staatsrecht der Gegenwart, Berlin 1927, zur Genese der Arbeit: S. 245.

[395] Kurt Häntzschel, [Rezension]. Liermann, H.: Das Deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichsstaatsrecht der Gegenwart, in: ZgS (85), 1928, S. 607–608, hier: S. 608.

[396] G. Lenz, [Rezension]. H. Liermann, Das deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichsstaatsrecht der Gegenwart, in: AöR (19), 1930, S. 449–452, hier: S. 452.

[397] August Pieper/G. Schreiber, Volk, Volkstum, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, Bd. 5: Staatssozialismus–Zwischenkirchenrecht (1932), Freiburg im Breisgau 1926–1932, Sp. 880–888, hier: Sp. 884–886. Der Hinweis darauf ist Oliver Lepsius zu verdanken: Lepsius, Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung S. 18, Anm. 19.

rechtlern.[398] Der Jurist definierte „Volk“ in einem Gegensatz zur „seelenlos nebeneinander lebenden Bevölkerung“ als das „Miteinanderleben in geistiger Gemeinschaft“.[399] In Anlehnung an Tönnies unterschied Liermann das über dem Staat stehende „Gemeinschaftsvolk“ von dem im Staat aufgehenden „Gesellschaftsvolk“. Im deutschen Staatsrecht glaubte er, einen Dualismus zwischen beiden Volkskategorien erkennen zu können: Lediglich das „Gesellschaftsvolk“ in seiner Ausprägung als „Staatsbürgervolk“ sei ein Staatsorgan, hingegen stelle das „Gemeinschaftsvolk“ als „Staatsvolk“ und „Nationalität“ bloß eine rechtlich „anerkannte Gesamtpersönlichkeit“ dar.[400] Zeitdiagnostisch betonte Liermann, das (holistische) „Gemeinschaftsvolk“ sei im „Emporsteigen“ begriffen: „Individuum und Staat sind nicht mehr Selbstzweck, sondern dienen einem höheren Zwecke, dem Volk.“[401] Falls die geschichtliche Entwicklung so weit gehe, das Individuum zugunsten der „Volksgemeinschaft“ zu „[e]ntthron[en]“, werde ein neuer Zeitabschnitt mit „ungeahnte[n] Möglichkeiten“ anbrechen, so der Staatsrechtler empathisch.[402]

Legte die Mehrheit der konservativen Staatsrechtler Artikel 1 WRV zugunsten eines vorstaatlichen, holistisch verstandenen Volksbegriffes aus, so blieb die Haltung der Sprecher aus den untersuchten Milieus vage. Die gravierend voneinander abweichenden Deutungsoptionen des Wortes „Volk“ kamen weder im Verfassungsausschuss noch im Plenum der Nationalversammlung offen zur Sprache. Lediglich Friedrich Naumann ging in einer Rede vor dem Ausschuss kurz auf das Thema ein:

> Der Volkswille ist an sich etwas Mystisches und Ungreifbares, aber er repräsentiert, er materialisiert sich aus den Mehrheiten, die man zählen kann. In dieser Mehrheitsbildung hinein gehören nun alle Staatsbürger. [403]

Ohne die Vorstellung von einem metaphysischen Willen des „Volkes“ aufzugeben, bekannte sich der liberale Vordenker zum demokratischen (Mehrheits-) Prinzip und der Willensbildung durch die Wahlentscheidung des „demos“. Naumann, der sich seit Langem für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung eingesetzt hatte, ging eine solche Definition wohl relativ leicht über die Lippen. Doch wie verhielt es sich bei den anderen Politikern der Nationalversammlung und welches Verständnis von „Volkswillen“ war in ihren Milieus verbreitet? In direktem Bezug auf Artikel 1 mangelt es an eindeutigen Stellungnahmen, daher kann auch schwerlich eingeschätzt werden, ob die Sichtweise Naumanns unter seinen Kollegen im Verfassungsausschuss wirklich „nicht anschlussfähig“[404] war, wie Heiko Bollmeyer behauptet.

398 Liermann, Das deutsche Volk, S. 170.
399 Liermann, Das deutsche Volk, S. 31.
400 Liermann, Das deutsche Volk, vor allem S. 83–101.
401 Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 242.
402 Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 243 f.
403 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 31. März 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 177.
404 So: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 325.

Obwohl von allen untersuchten Milieus Wahlen und Abstimmungen als Ausdruck des „Volkswillens“ anerkannt wurden, gab es auch vereinzelte Stimmen, die etwa dem Staat oder dem „Volk“ einen eigenen Willen zusprachen. So wurde das Fortbestehen eines „einheitliche[n] Lebenswille[ns]“[405] im neuen Staatssystem konstatiert oder die Rolle der Volksvertretung als eine „den Volkswillen zu vollziehen[de]“[406] betrachtet. Eigentümlich mutete die Einlassung des Zentrumsabgeordneten Peter Spahn an, der auf der einen Seite zwar die „Willensmacht“ der Staatsgewalt dem „Volkswillen“ vorzog,[407] auf der anderen Seite aber die besonderen Eigenschaften des „Volkes“ rühmte. Seiner Ansicht nach umfasse die „Einheit“ des „Volkes“ nicht nur die „lebende, sondern auch die vergangene und zukünftige Generation“.[408] Spahn verstand unter „Volk“ einen generationenübergreifenden, organischen Verbund – betrachtete es aber nicht als Quelle der Staatsgewalt.[409] Wie die Beispiele zeigen, war die Vorstellung vom präexistenten Willen eines holistisch gedachten „Volkes“ durchaus verbreitet. Auffallend ist, dass solche ganzheitlichen Einheits-, Gemeinschafts- und Volksideen im katholischen Milieu wesentlich häufiger vertreten wurden als etwa im liberalen Spektrum. Hier schien neben den Vorbehalten gegen die liberalen, als seelen- und gottlos betrachteten Demokratiekonzepte die christlich-theologische Vorstellung eines mystisch-holistisch gedachten „Volk Gottes“ wirkmächtig zu sein.

Jedoch finden sich auch ausdrückliche Bekenntnisse zu einem pluralistischen, parlamentarisch-demokratisch ausgestalteten „Volkswillen“: So schrieb die Germania den Sozialdemokraten ins Stammbuch, dass der „Volkswille einzig und allein von der Nationalversammlung repräsentiert“ werde – wobei offenblieb, ob mit „repräsentiert“ das „Bilden“ oder das „Erkennen“ des „Volkswillens“ durch das Parlament gemeint war.[410] Jedoch war im katholischen Spektrum klar, dass die gewählte Versammlung der Ort sei, „wo das Volk seine verfassungsmäßige Macht“ ausübe.[411] Die nationalliberale Kölnische Zeitung setzte den „Volkswillen“ mit den Wahlergebnissen gleich.[412] Gegen die Einflussnahmen der demonstrierenden „Masse“ argumentierte der DVP-Abgeordnete Rudolf von Campe, dass „die oberste Gewalt beim Volke“ liege und sich der „Volkswille […] lediglich in den verfassungsmäßig festgelegten Formen“ ausdrücke.[413] Der DDP-Politiker Rudolf Oeser sah den Reichstag als Vertreter des souveränen Volkes an: „alle

405 Berlin, 10. April, in: Germania (49), 11. April 1919, Nr. 165, S. 1.
406 Partei und Presse, in: Germania (53), 05. August 1923, Nr. 214, S. 1f., hier: S. 1.
407 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 17. Sitzung vom 28. Februar 1919, Rede von Peter Spahn (Zentrum), S. 378f.
408 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 17. Sitzung vom 28. Februar 1919, Rede von Peter Spahn (Zentrum), S. 378.
409 Vgl. Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 333.
410 Berlin, 8. April, in: Germania (50), 09. April 1920, Nr. 147, S. 1.
411 Zuspitzung der Lage, in: Germania (53), 12. August 1923, Nr. 220, S. 1.
412 Vgl. Sammeln!, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1920, Nr. 519, S. 1.
413 [Rudolf] v[on] Campe, Heraus aus dem Sumpf!, in: Kölnische Zeitung, 22. August 1921, Nr. 553, S. 1f., hier: S. 1.

Macht“ ruhe „bei ihm“, so der Minister.[414] Für den linksliberalen Max Graf Montgelas bedeutete „Demokratie“ die „Regierung nach dem Willen der Mehrheit des Volkes, das diesen Willen bei den Wahlen zum Ausdruck“ bringe.[415] Und Sprecher aus dem sozialdemokratischen Spektrum pochten darauf, dass der Volkswille „verfassungsmäßig festgestellt[…]“[416] – sprich: in freien, nach demokratischen Grundsätzen abgehaltenen Wahlen ermittelt – werden müsse. Diese Beispiele machen deutlich, dass dem Bezug auf den „Volkswillen“ auch ein pluralistisches, demokratisch-parlamentarisches Verständnis zugrunde liegen konnte – aber nicht notwendigerweise liegen musste.

Unter den führenden Staatsrechtlern war hingegen die holistische Sichtweise auf den Volksbegriff in der Verfassung weitverbreitet. Sie konnte sich nicht nur auf die Auslegung des Artikels 1 stützen, sondern berief sich auch auf den Wortlaut der Präambel der Reichsverfassung. Dort hieß es:

> Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.[417]

Im Gegensatz zur Souveränitätsbestimmung war hier eindeutig, dass „Volk“ von den Verfassungsvätern und -müttern als etwas Gegebenes angesehen wurde. Dem „Volk“ wurde zudem ein eigener Wille und ein handelnder Charakter zugeschrieben. Durch die Großschreibung von „deutsch“ verstärkte sich die nähere Bestimmung zur Singularität.[418] Die Vorrede der Konstitution berief sich auf den Willen aller Deutschen und gab vor, dass sich das „Deutsche Volk“ unisono in einem Akt der Willensäußerung die folgende Verfassung gegeben habe. Liermann brachte wohl die herrschende Lehre auf den Punkt, wenn er betonte, dass die Verfassung in der Präambel unter der Formulierung „das Deutsche Volk“ „unmöglich allein die Summe der deutschen Staatsangehörigen verstehen“ könne, sondern „die beseelte deutsche Volksgenossenschaft“ meine, also „die Gemeinschaft derjenigen, denen das deutsche Reich *ihr* Staat“ sei.[419] Und so der Staatsrechtler weiter:

> Jeder Versuch, an dieser Stelle das deutsche Volk als irgend eine seelenlose bloße Summe von Individuen zu interpretieren, würde dem, was in der Präambel gesagt werden soll, ins Gesicht schlagen. Das deutsche Volk und sein Reich sind hier in enger Verbindung zusammen genannt.[420]

Daneben wurde auch der Verweis auf die deutschen „Stämme“ als Indiz für die Berufung auf die organische „Gemeinschaft“ gewertet – statt der rechtlich-politi-

414 [Rudolf] Oeser, Die politische Rechenaufgabe, in: Berliner Tageblatt (49), 06. Juni 1920, Nr. 262, S. 1 f., hier: S. 1

415 Max Graf Monteglas, Die Lehre der deutschen Wahlen, in: Berliner Tageblatt (53), 17. Mai 1924, Nr. 235, S. 1 f., hier: S. 1.

416 Demokratie und Diktatur, in: Vorwärts (40), 11. September 1923, Nr. 424, S. 1 f., hier: S. 1.

417 Präambel. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

418 Ebd. Ein ähnlicher Befund lässt sich auch für den Text des Bonner Grundgesetzes feststellen: Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, hier: S. 6 u. 27.

419 Liermann, Das deutsche Volk, S. 166 (Hervorhebung im Original).

420 Liermann, Das deutsche Volk, S. 166 f.

schen Einteilung des Reichs in Länder werde hier die „natürliche, historisch gewordene Gliederung“ des „Volkes“ herausgestellt.[421] Durch das Bekenntnis zum „Gemeinschaftsvolk“ in der Vorrede der Konstitution sei dieses vom Verfassungsgeber rechtlich anerkannt worden, so die Ansicht Liermanns, der wohl die meisten zeitgenössischen Staatsrechtler folgten.[422] Daraus lasse sich schlussfolgern, dass die Weimarer Reichsverfassung in ihrer Präambel das „lebendige Gemeinschaftsvolk als staatschöpfende Urkraft“ erachte: „Das Volk ist nicht, wie in der Demokratie, *in* den Staat gestellt, sondern *über* den Staat. Es ist nicht Organ des Staates, sondern sein Herr.“[423] Für Liermann stellte die Vorrede der Weimarer Konstitution also nicht die Begründung eines liberal-demokratischen Systems dar, sondern war der Verweis auf eine wahrhaft „demokratische“ (d. h. auf dem „Volk“ beruhenden) Ordnung, bei der das „Gemeinschaftsvolk“ und nicht der Staat allmächtig sei.

Neben den beiden bereits genannten Passagen fand der Begriff „Volk“ an sieben weiteren Stellen Eingang in den Weimarer Verfassungstext. Von Bevölkerung sprach die Konstitution an acht Stellen (davon allein sechsmal im Artikel über die Neugliederung der Länder). Die Wörter „Nation“ und „Stamm“ wurden jeweils nur einmal in der Konstitution verwendet. Von „Masse“ und „Rasse“ war an keiner Stelle die Rede.

Auf einige der Erwähnungen lohnt es sich näher einzugehen, da sie in ihrem spezifischen Kontext Hinweise auf das Verständnis der Begriffe liefern können. So wurde etwa die Phrase „das ganze Volk“ an zwei Stellen in der Verfassung verwendet: zum einen, um den Status der Abgeordneten als „Vertreter des ganzen Volkes“[424] zu beschreiben, zum anderen, um den Reichspräsidenten als das „vom ganzen deutschen Volke“[425] zu wählende Staatsoberhaupt herauszustellen.

Beide Formulierungen richteten sich in ihrem holistischen Anspruch gegen die Vertretung gesellschaftlicher Sonderinteressen und sollten die besondere Stellung der Abgeordneten bzw. des Staatsoberhaupts deutlich machen. Die Reichstagsmitglieder wurden durch die Bestimmungen der Artikel 20 und 21 daran erinnert, dass sie einen gesamtstaatlichen Auftrag auszuüben hätten. Nicht nur bei seiner Wahl, auch in seinem Handeln habe das Parlament das Reich als „einheitliches Volk“ anzusehen, so Hugo Preuß, der damit die Vertretung von Länder- und Regionalinteressen im Reichstag verhindern wollte.[426] Um den uni-

[421] Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 169; zum Begriff des „Reiches“ in den Verfassungsberatungen: Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, vor allem: S. 151–218.
[422] Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 169.
[423] Liermann, Das deutsche Volk, S. 170 (Hervorhebungen im Original).
[424] Art. 21. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.
[425] Art. 41. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.
[426] Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 04. April 1919, Rede von Hugo Preuß (DDP, Reichsinnenminister), S. 241. Zur Absicht, die Interessenvetretung des jeweiligen „Landesvolkes“ durch den einzelnen Abgeordneten zu verhindern: Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, S. 72.

taristischen Klang des ursprünglich vorgesehenen Wortes „einheitlich“ zu vermeiden, wurde es schließlich im Artikel 20 gestrichen,[427] sodass dieser lautete:

Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.[428]

Er bildet mit dem auf ihn folgenden Artikel 21 –

Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.[429]

– eine Einheit. Ziel war es, allen Sonder-, Einzel- oder Parteiinteressen entgegenzutreten.[430] Dahinter stand die Überzeugung, dass das Parlament „nicht die Addition von Einzelinteressen […], sondern Symbol des Organischen“ sein solle, wie Theodor Heuss im Jahr 1920 in einer Beschreibung des Weimarer Staatswesens pointiert feststellte.[431] Überdies erweckte die Bestimmung den Anschein, als gäbe es ein abstrakt definierbares „Volkswohl“. Nicht der gewählte „Volksvertreter“ habe im Parlament Entscheidungen im Interesse seiner Wähler bzw. seiner Partei zu treffen, sondern jeder Parlamentarier müsse die Interessen aller Staatsbürger ohne Berücksichtigung seines persönlichen und politischen Hintergrunds vertreten. Mochte die Regelung des Artikels 21 WRV auch das über dem Staat befindliche „Gemeinschaftsvolk“ als Bezugspunkt nennen, so verwiesen Kritiker wie Hans Liermann doch auf die Kluft zwischen Verfassungstext und Staatsrealität. Durch das Verhältniswahlrecht würden die Abgeordneten im Reichstag primär als Mitglieder ihrer Parteien und nicht als „Vertreter des Gemeinschaftsvolkes“ fungieren, so die Kritik.[432] Nichtsdestoweniger wurde die „ethisch-politische[…]“ Bedeutung des Artikels gelobt und darauf verwiesen, dass das „Gemeinschaftsvolk“ „überhaupt nicht vertreten, sondern […] nur ‚verkörpert‘“ werden könne.[433] Ganz ähnliche Formulierungen wie auf Reichsebene wurden auch in vielen Länderverfassungen zur Bestimmung des Status der Abgeordneten verwendet – meist wurden diese als „Vertreter des ganzen Volkes“[434] oder „Vetreter des gesam-

[427] Zur Entstehung der Artikel 20 und 21: Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 04. April 1919, Rede von Oskar Cohn (USPD), S. 241; Rede von Hugo Preuß (DDP, Reichsinnenminister), S. 241f.; Rede von Konrad Anton Beyerle (Zentrum), S. 243.

[428] Art. 20. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

[429] Art. 21. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

[430] Vgl. Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, S. 72f.

[431] Theodor Heuß [sic!], Die neue Demokratie, Berlin 1920, S. 71.

[432] Liermann, Das deutsche Volk, S. 135, zur Funktion von Art. 21 WRV: S. 139f.

[433] Liermann, Das deutsche Volk, S. 139f.

[434] § 40. Gesetz die badische Verfassung betreffend vom 21. März 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 87; § 53. Verfassung für den Freistaat Oldenburg vom 17. Juni 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 452; § 35 I 1. Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 113; § 22. Neufassung [der Verfassung Württembergs] nach Inkrafttreten der Reichsverfassung vom 25. September 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 713; Art. 8. Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 07. Januar 1921, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 226; § 15 I. Gesetz über die neue Fassung des Landes-

ten Volkes“[435], vereinzelt auch als „Vertreter des ganzen Landes“[436] bezeichnet. Eine Sonderform stellte insofern der Wortlaut der Verfassung des Freistaates Sachsen-Weimar-Eisenach dar, der die Amtsausübung „zum Wohle des ganzen Landes“[437] und damit das Telos in den Mittelpunkt der Bestimmung rückte.

In der zweiten Verwendung der Worte vom „ganzen Volk“ in der Reichsverfassung, bei der Regelung über die Wahl des Reichspräsidenten, war die Formulierung genau genommen schlicht falsch. Selbstverständlich durften nur die wahlberechtigten Staatsbürger über das Staatsoberhaupt entscheiden.[438] Doch wollte Artikel 41 WRV durch die Wortwahl

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.[439]

vielmehr die besondere Stellung des Reichspräsidenten betonen. Die spezielle Legitimation des Präsidenten, dem „ebenbürtige Stellung“[440] neben dem Reichstag zukommen sollte, brachte die pathetische Wendung des Artikels 41 zum Ausdruck, die schon im Verfassungsentwurf wortgleich vorgesehen war.[441] Sie stellte zunächst einmal eine Abkehr von der monarchischen Vergangenheit dar: Keine Klasse oder aristokratische Clique war für die Bestimmung des höchsten Mannes im Staat verantwortlich, sondern das „ganze deutsche Volk“. Wobei dieses „Volk“ durchaus über den pluralistischen „demos“ hinausging und holistisch zu verstehen war. Die „Volkswahl“ ließ den Präsidenten geradezu zu einer Verkörperung des „deutschen Volkes“ werden – eine Vorstellung, die auch Paul von Hindenburg in seiner Antrittsrede im Jahr 1925 vertrat.[442] Durch das Recht, einen „Volksentscheid“ herbeizuführen, könne der Präsident ein Korrektiv zum „reinen Parlamentarismus“ darstellen und den Reichstag vor Irrwegen bewahren, so die Hoffnung von Rednern selbst aus dem linksliberalen Milieu,[443] die damit ideengeschichtlich an

grundgesetzes von Mecklenburg-Strelitz und Einführungsgesetz dazu vom 24. Mai 1923, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 430.

435 Art. 34. Verfassung [Hessens] vom 12. Dezember 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 258; § 38. Verfassung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin vom 17. Mai 1920, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 392; Art. 9 I 2. Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 468.

436 § 34 I 1. Landesgrundgesetz [für Schwarzburg-Sondershausen] vom 01. April 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 577.

437 § 6. Verfassung für den Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach vom 19. Mai 1919, zitiert nach: Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, hier: S. 614.

438 Vgl. Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, S. 99; Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 187.

439 Art. 41. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

440 Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 24.

441 § 58, in: Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung, zitiert nach: Reichsamt des Innern (Hrsg.), Entwurf der künftigen Reichsverfassung, hier: S. 47.

442 Vgl. Horst Dieter Schlosser, Von der „Selbstregierung“ zum „einheitlichen Willen der Nation“. Die Antrittsreden Eberts und Hindenburgs 1919 und 1925, in: idem (Hrsg.), Das Deutsche Reich ist eine Republik. Beiträge zur Kommunikation und Sprache der Weimarer Zeit, Frankfurt am Main 2003, S. 63–77, hier: S. 75 f.

443 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Erich Koch (DDP), S. 1221.

Friedrich Naumanns Modell eines „Volkskaisertums“ anknüpften.[444] Die von den Verfassungsvätern und -müttern gewählte feierliche Formel war letztlich auslegungsoffen. So ließ sich entgegen Preuß' Absicht, die Ebenbürtigkeit zwischen Parlament und Staatsoberhaupt herzustellen, aus Artikel 41 auch der Gegensatz zwischen der Singularität des Reichspräsidenten und der Vielstimmigkeit des Reichstags herauslesen.[445] Dachte man diesen Gedanken weiter, so musste dem Staatsoberhaupt, da es zwar vom „Gesellschaftsvolk“ gewählt werde, aber das ganze „Gemeinschaftsvolk“ verkörpere, gar eine höhere Legitimation als dem an Mehrheiten gebundenen Parlament zukommen.[446]

Summa summarum drückten die beiden Verfassungsartikel mit Bezug auf das „ganze Volk“ die besonderen Erwartungen aus, die an die Träger von hohen Staatsämtern gerichtet waren. Dahinter stand die Negation, dass die Vertretung der Interessen einzelner sozialer Gruppen gerechtfertigt sein könne. Politik rückte damit in eine Sphäre ohne gesellschaftliche Konflikte und mit einem klar definierbaren „Willen des Volkes“ – der als Art rousseauscher „volonté générale“ eben nicht die Summe der Einzelwillen darstellen durfte, sondern über den Einzelinteressen ruhte.[447] So verstanden, ließen sich die Artikel 21 und 41 im Sinne eines holistischen Volksverständnisses auslegen. Reichstag und Reichspräsident waren dann nicht mehr dazu da, zur Willensbildung des „Volkes“ beizutragen bzw. durch Diskussionen zu einer Willensentscheidung zu gelangen, sondern wurden als Staatsorgane aufgefasst, die den präexistenten Willen repräsentieren – sprich: ihn abbilden – sollten.

Durch die Offenheit der republikanischen Verfassung für die holistische Auslegung des Volksbegriffes trat das pluralistische, liberal-demokratische Verständnis von „Volk“ in den Hintergrund. Jedoch existierten auch Bestimmungen, die ausdrücklich die vielgestaltige Zusammensetzung des Reichs anerkannten und die ethnischen Minderheiten als Teil des Staatsvolks betrachteten. So regelte Artikel 113 WRV:

444 Vgl. Inho Na, Sozialreform oder Revolution. Gesellschaftspolitische Zukunftsvorstellungen im Naumann-Kreis 1890–1903/04, Marburg 2003, S. 143.

445 Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, hier: S. 50 f.; Wildt, Die Ungleichheit des Volkes, hier: S. 28; Michael Wildt, Volksgemeinschaft. Eine Gewaltkonstruktion des Volkes, in: Ulrich Bielefeld/Heinz Bude/Bernd Greiner (Hrsg.), Gesellschaft – Gewalt – Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag, Hamburg 2012, S. 438–457, hier: S. 446. Zum Verhältnis von „Volk“, Reichstag und Reichspräsident in den Verfassungsberatungen auch: Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 259–263.

446 Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 188–199; Bollmeyer, Das „Volk“ in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, hier: S. 74–77.

447 Zur außerordentlich wirkmächtigen Uminterpretation der Staatsphilosophie von Jean-Jacques Rousseau durch Carl Schmitt und ihrer Nutzung zur Legitimation der Diktatur vgl. Maus, Zur Transformation des Volkssouveränitätsprinzips in der Weimarer Republik, hier: S. 118–121; zur Rousseau-Rezeption in Deutschland: John Smith, Thesen über den „deutschen Willen“, in: Wolfgang Bialas (Hrsg.), Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt am Main 2002, S. 231–248, hier: S. 233 f. Zu Rousseau und der Staatsgewalt: Wildt, Volksgemeinschaft, hier: S. 440–442.

Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.[448]

Die Formulierung, die einem Antrag des Zentrumsabgeordneten Adolf Gröber folgte,[449] verwarf eine auf ethnische Kriterien wie „Sprache“, „Kultur“ oder „Tradition“ basierende Definition von „Gesamtvolk“. Stattdessen wurde in Artikel 113 ein integrierender, pluralistischer Volksbegriff verwendet, der unterschiedliches „Volkstum“ in den Staatsgrenzen anerkannte und dieses sogar unter Schutz stellte. Von der Bestimmung waren bewusst die „fremdsprachigen Volksteile“ erfasst – nicht „fremdsprachige Stämme“, „fremdstämmige“ oder „fremdnationale Volksteile“, wie in der Nationalversammlung vorgeschlagen worden war. So hatte der USPD-Abgeordnete Oskar Cohn die Beschränkung des Artikels auf die „fremdsprachigen Volksteile“ kritisiert und wollte damit zum Ausdruck bringen, dass sich auch Deutsch sprechende Staatsbürger als Angehörige einer gesonderten „Volksgruppe“ betrachten könnten. Dabei hatte der Politiker neben den Sorben, Masuren und assimilierten Polen besonders „einen beträchtlichen Teil jüdischer Staatsangehöriger, die sich als Angehörige einer besonderen jüdischen Nation fühlen und bekennen“, im Blick.[450] Um das Gruppenkonstituierungskriterium „Sprache“ zu vermeiden, plädierte er dafür, stattdessen von „nationalen Minderheiten“ zu sprechen.[451] Dies entbehrte nicht einer gewissen Pikanterie, hätte es doch die deutschen Juden zu einer eigenen „Nation“ erklärt und damit nicht nur den jahrhundertelangen Emanzipations- und Assimilationsbestrebungen widersprochen, sondern auch den Forderungen der radikalen Antisemiten in die Hände gespielt. Der Antrag Cohns wurde sowohl im Ausschuss als auch im Plenum mehrheitlich abgelehnt.[452] Zum einen wurde damit eine „völkische“ Aufladung des Minderheitenartikels vermieden, zum anderen sollten aber auch keine anderen „Nationen“ neben der deutschen von der Reichsverfassung anerkannt werden.[453] Artikel 113

448 Art. 113. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

449 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 28. Mai 1919, Antrag von Adolf Gröber, S. 375.

450 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 16. Juni 1919, Rede von Oskar Cohn (USPD), S. 499f.

451 Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 16. Juni 1919, Rede von Oskar Cohn (USPD), S. 500; auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 57. Sitzung vom 15. Juli 1919, Rede von Oskar Cohn (USPD), S. 1572; ausführlich zu Cohns Vorstoß: Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 308–317.

452 Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 57. Sitzung vom 15. Juli 1919, Abstimmung über den Antrag Cohns, S. 1573; Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 16. Juni 1919, Abstimmung über den Antrag Cohns, S. 500.

453 Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 228.

war somit bei näherer Betrachtung von ambivalenter Natur: In pluralistischem Verständnis gestand er die Existenz von anderssprachigen „Volksteilen“ unter dem Dach des „deutschen Volkes“ ein, ja stellte deren Kultur sogar unter Schutz; lehnte es aber gleichzeitig ab, „nationale Minderheiten“ als eigene ethnische Gemeinschaften anzuerkennen.[454] Die fremden „Volksgruppen“ wurden – wie es bis in die 1930er-Jahre weithin üblich war – in erster Linie als kulturelle Gemeinschaften verstanden, deren Zugehörigkeitskriterien subjektiver Natur waren.[455] Das „deutsche Volk“ als einheitliches Gebilde wurde trotz der Existenz von anderssprachigen Mitgliedern durch Artikel 113 nicht infrage gestellt; seine „Volksteile“ bekamen aber zugebilligt, ihre Eigenheiten ausleben zu können, jedoch ohne dass daraus die Möglichkeit auf (Teil-) Autonomie oder gar „nationale“ Selbstbestimmung erwuchs. Die Regelungen des Minderheitenartikels sollten dabei nicht nur ins Innere des Deutschen Reichs wirken, vielmehr hatten sie auch eine Signalfunktion nach außen. Da sich nach dem Friedensschluss von Versailles eine große Anzahl Deutscher fortan in einem anderen Herrschaftsgebiet wiederfand, diente die Kodifikation der Minderheitenrechte im Innern als Möglichkeit, auf die Rechte der deutschen Minderheit im Ausland zu pochen. Und was Artikel 113 betraf, so blieben die Formulierungen alles in allem extrem auslegungsbedürftig. Dem einfachen Gesetzgeber war es etwa vorbehalten, Worte wie „fremdsprachig[…]“ oder „freie[…] volkstümliche[…] Entwicklung“ näher zu bestimmen und so dem Verfassungsartikel Leben einzuhauchen, da aus der Norm direkt keine subjektiven Rechte erwuchsen.[456]

Wie die Verfassungsbestimmungen mit ausdrücklichem Bezug auf das „Volk“, so bot auch der Grundrechteteil der Weimarer Reichsverfassung Raum für eine holistische Auslegung. Nach klassisch liberalem Verständnis waren die Grundfreiheiten als Abwehrrechte des Individuums gegenüber dem Staat angelegt, sie ließen sich aber auch als Rechte des „Volkes“ gegenüber dem Einzelnen interpretieren. Zwar wählten die Verfassungsväter und -mütter von Weimar – statt der zeitgenössisch häufig verwendeten Bezeichnung „Volksrechte“[457] – den Titel „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ für den zweiten Hauptteil der Konstitution,[458] doch hielt dies einige Staatsrechtler nicht von einer „volksfreundlichen“ Exegese der Bestimmungen ab. Der Staat und das Individuum waren nach dieser Lesart dem „Volk“ untergeordnet und hatten dessen in der Verfassung kodifizierte Rechte zu respektieren.[459] So legte Liermann etwa die Bestimmung des Artikels 153 –

454 Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 231 f.
455 Vgl. Eser, „Volk, Staat, Gott!“, S. 29 f.
456 Vgl. Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, S. 193.
457 Vgl. etwa: Berlin, 30. Oktober, in: Germania (48), 31. Oktober 1918, Nr. 509, S. 1; Friedrich Stampfer, Volksherrschaft oder Verbrecherherrschaft?, in: Vorwärts (35), 24. Dezember 1918, Nr. 353a, S. 1 f., hier: S. 2; IfZ ZG e012: Wahlkomitee der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, An die gesamte Bevölkerung des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919].
458 Zweiter Hauptteil. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.
459 Vgl. Liermann, Das deutsche Volk, S. 205–222.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.[460]

– als eine dem Einzelnen auferlegte „Grundpflicht“ zugunsten der „Gesamtheit des Volkes“ aus.[461]

Auffallend ist, dass über den für die Demokratie zentralen Begriff des „Volkes“ in der Weimarer Nationalversammlung nicht explizit diskutiert wurde. Der fehlende Diskurs über das „Volk“ in der Konstituante wurde durch eine meist zugunsten holistischer Vorstellungen erfolgende staatsrechtliche Verfassungsauslegung ersetzt. Die Nationalversammlung hatte es versäumt, das semantische Feld abzustecken und dadurch für Eindeutigkeit zu sorgen. Doch stand dahinter wohl auch die unausgesprochene Absicht, den brüchigen Konsens über die neue Staatsordnung nicht weiter gefährden zu wollen. So verdeckte die Unbestimmtheit des Volksbegriffes letztendlich die unterschiedlichen Auffassungen zur politischen Ordnung der Demokratie. Daneben bot ein auslegungsoffener Verfassungstext die Option, die der neuen Ordnung gegenüber skeptisch eingestellten Staatsbürger für den republikanischen Staat zu gewinnen. Der Preis für dieses „Integrationsangebot mittels semantischer Unbestimmtheit“ war jedoch hoch – eröffnete die Offerte doch den Republikfeinden die einmalige Gelegenheit, mit dem Verfassungstext gegen den Geist der Konstitution zu agieren.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten der neuen Verfassung fand das mit einem „neuen nationalen Haus“[462] verglichene Werk große Zustimmung und lobende Worte von Sprechern aus dem katholischen, linksliberalen und sozialdemokratischen Milieu. Als erstes „Volk“ der Welt habe das deutsche den Gedanken der „sozialen Demokratie“ in seine Grundrechte aufgenommen, so der MSPD-Abgeordnete Eduard David.[463] Von der freiheitlichen Grundordnung erhoffte er sich eine Stärkung des „Gefühl[s] der nationalen Zusammengehörigkeit“ – auch über die Reichsgrenzen hinaus.[464] Der Vorwärts erwartete von der neuen Verfassung, dass sie die blutigen Machtkämpfe der vorausgegangenen Monate beendige.[465] Und Konstantin Fehrenbach würdigte für das Zentrum, dass die neue Konstitution die Deutschen zum „freiesten Volke der Erde“ mache.[466] Doch zugleich zogen dunkle Wolken am Himmel auf, die das Selbstlob über das Verfassungswerk von Weimar trübten. Der DDP-Parlamentarier Conrad Haußmann war es, der in sei-

460 Art. 153 III. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

461 Liermann, Das deutsche Volk, S. 215

462 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 2195.

463 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 2194.

464 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 2195.

465 Der Eid auf die Verfassung, in: Vorwärts (36), 22. August 1919, Nr. 427, S. 1.

466 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Präsident der Nationalversammlung), S. 2195; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 1204.

ner Würdigung die neue Reichsverfassung in diesen, sich zu Ungunsten Deutschlands verändernden Kontext stellte und an den „nationalen Zusammenhalt“ appellierte:

> Sie [die Verfassung] wollte sein das Grundgesetz eines freien Volkes, und sie wird das Staatsgesetz eines leidenden Volkes werden. Der Spielraum der nationalen Kräfte ist durch den Druck des Feindes in einer unerhörten Weise beschränkt worden. Um so notwendiger aber ist die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte und der Wille zur nationalen Einheit Deutschlands – trotz alledem und alldem! Diesen Einheits- und Lebenswillen atmet die Verfassung. Sie will dem Volke und dem Staate die staatsrechtliche und die völkerrechtliche Grundlage schaffen.[467]

Mit dem Inkrafttreten der Verfassung am 14. August 1919 war die Phase der Institutionalisierung der neuen Staatsordnung abgeschlossen, doch hatten sich die Rahmenbedingungen im halben Jahr der Verfassungsberatungen dramatisch verschoben. Dem Deutschen Reich war in der Zwischenzeit ein Friedensschluss unter harten Bedingungen auferlegt worden, dessen psychologische Wirkung sich als verheerend erweisen sollte. Wie die Weimarer Reichsverfassung gehörte der Versailler Vertrag zu den Schlüsseldokumenten der politischen Umbruchphase.

2.3 Das „Volk“, die Reflexion über den Weltkrieg und die (des-) integrative Wirkung des Versailler Vertrages

Dass der militärische Zusammenbruch des Deutschen Reichs unmittelbar bevorstand, war der breiten Öffentlichkeit erst im Frühherbst 1918 bekannt geworden. Umso tiefer saß der Schock über die Niederlage, der sich durch die überaus harten Friedensbedingungen, die dem Deutschen Reich im Frühjahr 1919 in Versailles von den Alliierten diktiert wurden, noch einmal verstärkte. Die von der Propaganda des Kaiserreichs verbreitete Vorstellung, dem Reich sei ein Verteidigungskrieg aufgezwungen worden, bestand auch nach dem Systemwechsel als herrschende Meinung in der Öffentlichkeit fort. Daher mussten die Forderungen der ehemaligen Kriegsgegner unverständlich, ja geradezu infam erscheinen.

Die Frage der Kriegsschuld wurde in den Monaten nach der Revolution in der deutschen Presse zwar behandelt, sie nahm aber angesichts der ereignisreichen Umbruchzeit keinen zentralen Rang in der Berichterstattung ein. Als eine Strategie im Umgang mit der Rolle des Kaiserreichs bei Kriegsausbruch bot sich an, eine scharfe Trennlinie zwischen dem alten und dem neuen Staatswesen zu ziehen; die Verantwortung wurde den Führungseliten in Monarchie und Militär zugewiesen. Teilweise gipfelte diese Argumentation in dem Vorwurf, das „deutsche Volk“ sei, „wie es nie einem kriegführenden Volke geschehen sein dürfte, in Ahnungslosigkeit gehalten und getäuscht“ worden.[468] Die Conclusio aus Propaganda und fehlender politische Teilhabemöglichkeit war die Feststellung, das „Volk“ habe den Krieg „niemals gewollt“.[469] Als Kronzeugin für die politische Unmündig-

[467] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 1201.
[468] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 03. November 1919, Nr. 521, S. 1 f., hier: S. 1.
[469] Berlin, 14. Februar, in: Germania (49), 15. Februar 1919, Nr. 75, S. 1.

keit und Fremdbestimmtheit des „Volkes“ konnte die Revolution in Anspruch genommen werden, durch welche die ungewollte Herrschaft erst „abgeschüttelt“ worden sei.[470] Mit dem Umsturz und nach dem Bekenntnis zu den Grundsätzen des Völkerbundes müsse die Buße der „historische[n] Schuld Deutschlands“ „auf alle Fälle erledigt“ sein, so eine Schlussfolgerung, die etwa im katholischen Milieu gezogen wurde.[471] Dies sahen die ehemaligen Kriegsgegner freilich gänzlich anders. Dennoch blieb das Argument vom „ungewollten“ Krieg im untersuchten Spektrum weitverbreitet.[472] Mit ihm ließ sich die Unschuld des „Volkes“ rechtfertigen, ohne zugleich die deutsche (Mit-) Verantwortung am Krieg rundweg zu leugnen. Zudem vermied diese Argumentationsweise, einzelne Personen in die konkrete Verantwortung zu ziehen und durch Vorwürfe die innere Kluft zu verbreitern. Klar war, wen keine Schuld am Krieg traf: das „deutsche Volk“ und den „Reichstag“, da beide „vorher weder befragt, noch eingeweiht worden“ seien.[473] Durch die Schuldzuweisung an die Exponenten der Monarchie erhoffte man sich, dass der nun vom „Volk“ regierte Staat mit einem verständnisvollen Friedensschluss rechnen könne. Dass in der Sicht des Auslands gleichwohl das ganze „Volk“ als personelle Komponente des Staates für das außenpolitische Handeln seiner Spitze verantwortlich war, ignorierte diese Haltung geflissentlich.

Allerdings kollidierte das Argument vom friedliebenden „Volk“ mit dem verbreiteten Bild von der Kriegsbegeisterung im Sommer 1914. Aber auch aus diesem Dilemma fand sich ein Ausweg: So wurde das „August-Erlebnis“ damit erklärt, dass „Volk“ und Parlament – nachdem sie „plötzlich vor vollendeten Tatsachen“ gestanden seien – „nicht als unpatriotisch“ hätten gelten wollen und daher ihre Vaterlandsliebe öffentlich zur Schau gestellt hätten.[474] Ob das Narrativ vom gänzlich ohnmächtigen „Volk“, das nur aus Gründen der patriotischen Räson den Kriegsbeginn bejubelt habe, im Ausland als glaubwürdig angesehen wurde, muss stark bezweifelt werden. Im Inland hatte es zur Folge, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Realität und Propaganda im Kaiserreich unterblieb. Zudem

[470] Ebd.

[471] Ebd.

[472] Vgl. etwa Hans Vorst, Der gerechte Friede, in: Berliner Tageblatt (48), 19. März 1919, Nr. 118, S. 1 f., hier: S. 1; Berlin, 14. Februar, in: Germania (49), 15. Februar 1919, Nr. 75, S. 1; [Karl Max] Fürst [von] Lichnowsky, Das Selbstverstümmelungsrecht, in: Berliner Tageblatt (48), 15. April 1919, Nr. 168, S. 1 f., hier: S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Jacob Rießer (DVP), S. 117; IfZ ZG e012: Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs und Umgebung, Wer trägt die Schuld?, [undat. Flugblatt, wohl 1919/20], S. 1; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 273. Sitzung vom 24. November 1922, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 9123. Dieses Argument war selbst innerhalb der DNVP zu finden, vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 7. Sitzung vom 14. Februar 1919, Rede von Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (DNVP), S. 82

[473] [Karl Max] Fürst [von] Lichnowsky, Das Selbstverstümmelungsrecht, in: Berliner Tageblatt (48), 15. April 1919, Nr. 168, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: IfZ ZG e012: Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs und Umgebung, Wer trägt die Schuld?, [undat. Flugblatt, wohl 1919/20], S. 1.

[474] [Karl Max] Fürst [von] Lichnowsky, Das Selbstverstümmelungsrecht, in: Berliner Tageblatt (48), 15. April 1919, Nr. 168, S. 1 f., hier: S. 1.

verhinderte es, dass die Deutschen ernsthaft über ihre Verantwortung und Mitschuld am Weltkrieg debattierten.

Nur selten gelangten kritische Beiträge zur Kriegsschuldfrage in die Spalten der untersuchten Zeitungen. Wenige Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages fand sich mit einem aus der Feder des Juristen Richard Witting stammenden Artikel eine solche Erörterung im Berliner Tageblatt. Der preußische Geheimrat differenzierte darin zwischen einer „universalen Schuld der gesamten Kulturwelt“, einer „nationalen und besonderen Schuld des deutschen Volkes“ und einer „besonders schweren Schuld einzelner“.[475] Als tiefere Gründe für „unser katastrophales Unglück“ benannte er den Machtgedanken und den „nationalen Egoismus“, der – unter anderem infolge der deutschen Romantik – im Kaiserreich einflussreich gewesen sei. Damit nahm Witting vor allem die politischen und intellektuellen Eliten in die Verantwortung: Im Gegensatz zu ihnen sei das „eigentliche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit“ vom „nationalen Kraftmeiertum“ „viel weniger“ erfasst worden.[476] Doch auch der selbstkritische Berliner Jurist vermied es, das „Volk“ insgesamt für den Krieg verantwortlich zu machen.

Die Haltung des „Volkes“ wurde öffentlich allenfalls in Bezug auf seine innere staatliche Verfasstheit und seine fehlende politische Meinung kritisiert.[477] „Volk“ wurde dabei primär im Sinne von „die große Masse der Regierten“ verstanden.[478] Doch ließ sich der Kreis der Beherrschten leicht von der „plebs“ auf den gesamten „demos“ ausweiten. Dem „gebundene[n], von seiner Führung betrogene[n] und seiner Selbstbestimmung beraubte[n]“[479] „deutschen Volk“ der Kriegsjahre stellten Kommentatoren wie der linksliberale Bernhard Dernburg ein gänzlich verändertes „Volk“ der Gegenwart gegenüber: Das „deutsche Volk von heute“ sei „wieder zu sich gekommen“, bestimme „sein eigenes Geschick“ und erkläre sich, „zu jedem Opfer bereit, das Selbstachtung, nationale Würde und die Verpflichtung gegenüber der Zukunft“ verlange.[480]

Die Suche nach den Kriegsschuldigen war in der jungen Republik je nach Milieu unterschiedlich stark ausgeprägt. So fand die Beschäftigung mit der Kriegsschuld etwa im liberalen und sozialdemokratischen Lager wesentlich häufiger

475 Richard Witting, Schuld und Sühne, in: Berliner Tageblatt (47), 20. November 1918, Nr. 594, S. 1 f., hier: S. 1.

476 Richard Witting, Schuld und Sühne, in: Berliner Tageblatt (47), 20. November 1918, Nr. 594, S. 1 f., hier: S. 2.

477 Vgl. [Karl Max] Fürst [von] Lichnowsky, Das Selbstverstümmelungsrecht, in: Berliner Tageblatt (48), 15. April 1919, Nr. 168, S. 1 f., hier: S. 1; so auch in der Privatkorrespondenz Walther Rathenaus an Amanda Sonnenfels vom 25. September 1919, zitiert nach: Rathenau, Briefe, S. 190.

478 Eine interessante Parallele hierzu stellt der seitens der SED in der SBZ/DDR nach 1945 praktizierte kollektive Freispruch des „Volkes“ – im Sinne der aus Arbeiter und Bauern bestehenden „plebs“ – von einer Schuld an Nationalsozialismus und Krieg dar. Vgl. Mehrmann, „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“, S. 15 f.

479 Bernhard Dernburg, Was wir nicht unterschreiben, in: Berliner Tageblatt (48), 23. März 1919, Nr. 126, S. 1 f., hier: S. 1.

480 Ebd.

statt als im katholischen Spektrum.[481] Die Debatte um die Aufarbeitung von Kriegsausbruch und -verlauf war insbesondere von den befürchteten Negativfolgen für den inneren Zusammenhalt und möglichen schädlichen Auswirkungen auf die Friedensverhandlungen überwölbt. Radikal waren einige Forderungen aus dem sozialdemokratischen Milieu zum Umgang mit den für den Krieg verantwortlich gemachten Männern. Sie seien – so ein Leitartikel im VORWÄRTS – des Anspruchs verlustig gegangen,

künftig noch zu der Gemeinschaft des Volkes zu gehören. Nicht nur rechtlich, sondern auch physisch muß ihre Aussonderung aus dem Volkskörper vollzogen werden. Mögen sie weiterleben, – aber nicht mehr als Glieder des deutschen Volkes.[482]

Die Kriegsschuldigen wurden damit von sozialdemokratischen Sprechern – ähnlich wie die Spartakisten seitens des katholischen Spektrums – semantisch aus dem „deutschen Volk“ ausgegrenzt. Diese Exklusionsfantasien ließen sich auch als Abwälzung der Kriegsschuld auf einen engen Personenkreis ansehen, der mit dem eigentlichen „deutschen Volk“ nichts zu tun habe. Im Gegensatz zum katholischen Sprechen über die Radikalsozialisten waren die mutmaßlichen Kriegsschuldigen für die sozialdemokratischen Sprecher allerdings zum Zeitpunkt ihres Handelns keine „Fremden“ gewesen, sondern sollten erst nachträglich aus der „nationalen Gemeinschaft“ verbannt werden. Dennoch wirkte die Sprache mit Körper- und Selektionsmetaphern befremdlich. Der „Volkskörper“ wurde dabei zwar nicht ausdrücklich als eine ethnische, aber doch als eine sittliche, auf gleichen Werten beruhende „Gemeinschaft“ begriffen. Immerhin wurde den für den Krieg Verantwortlichen nicht mit dem Tode gedroht, jedoch sollten sie wohl in die (innere) Emigration gehen müssen.

Im politischen Spektrum des Katholizismus und des Liberalismus waren solch radikale Pläne im Umgang mit den alten Eliten nicht zu finden. Zwar gestand etwa die GERMANIA ein, dass es in der „Mitte des Volkes“ „ausgesprochene Mitschuldige an dem Elend der letzten fünf Jahre“ gebe, jedoch wurde stark zwischen diesen Einzelnen und dem Großteil des „Volkes“ differenziert.[483] In Teilen des Milieus wie in der KÖLNISCHEN ZEITUNG wurde gar vor den Gefahren für die „nationale Einheit“ gewarnt, die von einer weiteren Aufarbeitung des Krieges ausgehen würden:

Wir halten, wie wir schon oft gesagt haben, die Sucht, Schuldige zu suchen, in diesem Augenblick der nationalen Not für ein schädliches Wüten gegen die eigne Volksgesundheit. Der Volkskörper kann nicht gesunden, wenn man seine Nerven ununterbrochen agitatorisch aufpeitscht. Deshalb sind auch solche Reden, wie sie Scheidemann gestern hielt, eine Vergiftung der Volksgesundheit, weil sie die Einigkeit im deutschen Volke, die bei aller Wahrung der partei- und staatspolitischen Auffassung unser Volk dem Ausland gegenüber zusammenhalten muß, zerreißen.[484]

[481] Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 239–244.
[482] Erich Kuttner, Strenges Gericht!, in: Vorwärts (36), 12. April 1919, Nr. 188, S. 1 f., hier: S. 1.
[483] Berlin, 29. Juli, in: Germania (49), 30. Juli 1919, Nr. 341, S. 1.
[484] Der Totengräber der deutschen Einigkeit, in: Kölnische Zeitung, 28. März 1919, Nr. 231, S. 1.

Statt sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, empfahl die Kölnische Zeitung, im Hinblick auf die „nationale Zukunft“ eine „allgemeine Arbeitsfreudigkeit am Aufbau unsers Vaterlandes zu schaffen“. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Philipp Scheidemann wurde als „Totengräber der deutschen Einheit“ tituliert und seinen Plänen zur Anklage führender Militärs ein „Parteiinteresse“ unterstellt.[485]

Weitverbreitet waren zudem Aussagen, mit denen die schwierige Lage des „deutschen Volkes“ nach dem verlorenen Krieg verdeutlicht werden sollte. Noch ehe sich die Bedingungen des Versailler Vertrages abzeichneten, ergingen sich Sprecher aller untersuchten Milieus in Selbstmitleid ob der (wirtschaftlichen) Situation und des Schicksals des „deutschen Volkes“. Semantisch schlug sich dies in Bezeichnungen wie „bettelarm gewordenes“[486] oder „verarmte[s], gedrückte[s], entwerte[s] Volk[…]“[487] sowie in Beschreibungen wie „verarmt, verelendet […], zum Teil verzweifelt oder mutlos, zum Teil gleichgültig“[488] nieder. Nicht selten wurde der gegenwärtigen „verzweifelte[n]“ Lage der Deutschen eine welthistorische Singularität zugesprochen.[489] Der larmoyante Tonfall der Aussagen verhinderte den Blick nach vorne und ließ das „Volk“ diskursiv mit sich selbst und seinem eigenen Schicksal beschäftigt sein. Die Schuld für den gegenwärtigen Zustand wurde meist allgemein „dem Krieg“ und den gegnerischen Forderungen zugeschrieben.[490] Das „durch den Krieg ausgepreßte deutsche Volk“ stehe „an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit“, sei am „Rand des Abgrundes angelangt“ – einzig seine „Ehre“ bleibe ihm noch, so eine gängige Argumentation, die vor neuen Forderungen der Entente-Mächte warnte.[491] Doch schon die Waffenstillstandsverhandlungen zeigten, dass sich die deutschen Kriegsgegner durch solche Aussagen nicht von ihren Forderungen abbringen ließen. Ihre Ansprüche wurden in den untersuchten Milieus als „Drangsalierung des deutschen Volkes“,[492] „[D]emütig[ung]“,[493] „[K]necht[ung]“,[494] „[V]ergewaltig[ung]“[495] oder „tiefe Erniedrigung“[496] empfunden. Die

485 Ebd.

486 Alfred Weber, Die Sozialisierung des Bergbaus, in: Berliner Tageblatt (48), 26. Januar 1919, Nr. 34, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Eugen Schiffer (DDP, Reichsfinanzminister), S. 99.

487 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (47), 09. Dezember 1918, Nr. 628, S. 1.

488 Artur Zickler, Der Fluch der Gewalt. Ein Wort nach links, in: Vorwärts (36), 13. April 1919, Nr. 190, S. 1 f., hier: S. 1.

489 Vgl. IfZ ZG e012: Wahlkomitee der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, Wähler und Wählerinnen!, [undat. Flugblatt, vor dem 19. Januar 1919], S. 1.

490 Vgl. etwa Rudolf Naujoks, Der Techniker im neuen Volksstaat, in: Vorwärts (36), 13. März 1919, Nr. 133, S. 1 f.

491 Berlin, 11. Februar, in: Germania (49), 11. Februar 1919, Nr. 67, S. 1.

492 Berlin, 15. Februar, in: Germania (49), 16. Februar 1919, Nr. 77, S. 1.

493 Ebd.

494 Georg Gothein, Der Ernst der Lage, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Februar 1919, Nr. 76, S. 1.

495 Hans Vorst, Der gerechte Friede, in: Berliner Tageblatt (48), 19. März 1919, Nr. 118, S. 1 f., hier: S. 2.

496 Berlin, 18. April 1918. Karfreitag, zitiert nach: Pfeiffer-Belli (Hrsg.), Harry Graf Kessler, S. 176.

Heftigkeit der Vorwürfe ließ bereits vor den Pariser Friedensverhandlungen kaum mehr eine Steigerung zu. Eine solche Rhetorik drohte, sich durch ständige Wiederholung abzunutzen und ihren Warneffekt gegenüber den Adressaten zu verlieren.

Das Bekanntwerden der Bedingungen des Versailler Friedensvertrages löste einen schockartigen Zustand aus. Zunächst gaben sich die Sprecher der untersuchten Milieus der Illusion hin, die Unterschrift unter das Dokument ohne schwerwiegende Folgen verweigern oder wenigstens durch Verhandlungen Vertragsinhalte grundlegend revidieren zu können. Die Erkenntnis, dass beides nicht möglich war, sollte sich erst in den turbulenten Tagen unmittelbar vor der Unterzeichnung am 28. Juni 1919 einstellen. Die ersten Reaktionen auf den Vertrag waren geprägt von Entsetzen und dem Willen zum erbitterten Widerstand. Im linksliberalen Lager wurden die Folgen einer Unterschrift für das „deutsche Volk“ in grellsten Farben gemalt: „[D]as deutsche Volk wird nicht arbeiten können, nichts verdienen und nichts haben, um seinen Hunger zu stillen“.[497] Der Entente wurde unterstellt, sie wolle „ein wehrloses Volk zum Hungertod […] verurteilen“.[498] Der Friedensvertrag sei ein „Dokument des Menschenhandels“ und führe zur „Versklavung, Entrechtung, Fesselung, dauernden Verarmung Deutschlands“ – kurz: Er sei „das Programm des gemeinen Menschenschachers und des organisierten Volksmordes“.[499] Die Bestimmungen, so das Berliner Tageblatt Anfang Juni 1919, wollten die „Existenz des deutschen Volkes“[500] vernichten – ihre Annahme käme gleich, „das Todesurteil des eigenen Volkes zu unterschreiben“[501]. Diesem Furor in der linksliberalen Kommentierung standen die Sprecher der anderen Milieus in nichts nach. „Sein und Nichtsein unseres Volkes“[502] stehe auf dem Spiel, hieß es etwa im Vorwärts, der den Friedensschluss als „Todesurteil“[503] und „Vernichtungsfrieden“[504] bezeichnete. Vor allem aber wurde in der MSPD-nahen Presse kritisiert, dass sich die Bestimmungen des Vertrages nicht gegen „den preußischen Militarismus und gegen den Kaiserismus [sic!]“ richteten, sondern gegen das „deutsche Volk“, das sich doch gerade erst „von Absolutismus und Gamaschendrill frei gemacht und dem Kapitalismus die Krallen beschnitten“ habe.[505] Der „Haß“[506] der Feinde wandte sich aus Sicht der Sozialdemokraten gegen die Fal-

497 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 12. Mai 1919, Nr. 213, S. 1.
498 Ludwig Haas, Recht geht vor Macht, in: Berliner Tageblatt (48), 06. Mai 1919, Nr. 202, S. 1.
499 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 19. Mai 1919, Nr. 226, S. 1.
500 Graf Max Montgelas, Ablehnung von Aechtung und Entrechtung, in: Berliner Tageblatt (48), 04. Juni 1919, Nr. 255, S. 1 f., hier: S. 2.
501 Theodor Wolff, Schicksalsstunde, in: Berliner Tageblatt (48), 19. Juni 1919, Nr. 272, S. 1.
502 Erwin Barth, Wer wagt die Entscheidung?, in: Vorwärts (36), 19. Mai 1919, Nr. 253, S. 1 f., hier: S. 2.
503 Ebd.
504 Philipp Scheidemann, Der Frieden der Alldeutschen, in: Vorwärts (36), 01. Juni 1919, Nr. 277, S. 1 f., hier: S. 2.
505 Erwin Barth, Wer wagt die Entscheidung?, in: Vorwärts (36), 19. Mai 1919, Nr. 253, S. 1 f., hier: S. 1.
506 Ebd.

schen – gegen ein „großes unschuldiges Volk“[507] und treffe damit vor allem die schuldlose „plebs“, nicht die vormals Herrschenden. Aus Sicht der Sozialdemokraten war es die Absicht der Entente, „[m]it tausend Todesarten […] das deutsche Volke“ zu vernichten.[508] Gegen die Vertragsbedingungen kündigten auch die Anhänger des politischen Katholizismus erbitterten Widerstand an: So sprach die GERMANIA im Hinblick auf das Dokument von neuen „Fesseln“, einer „Verstümmelung deutschen Bodens“ sowie „der Auspoverung [also der Ausnutzung bis zum Äußersten, Anm. jr] und Versklavung des deutschen Volkes“.[509] Die Friedensbedingungen wurden als „Vergewaltigung eines ganzen Volkes“ empfunden.[510] Um die geforderten Entschädigungsleistungen aufbringen zu können, werde „unser ganzes Volk verelenden“, so das katholische Blatt.[511] Die territorialen Abtretungsforderungen fasste die GERMANIA in die medizinisch-körperliche Metapher von der „Verstümmelung“ – damit griff das Blatt holistische Vorstellungen vom deutschen Staatsgebiet auf. Und auch die nationalliberale Presse verurteilte das Abkommen von Versailles scharf. Sie kündigte unter Verweis auf die „nationale Ehre“ eine Ablehnung der Bedingungen an.[512] Bei der Frage nach der Ratifikation des Versailler Vertrages ging es auch aus Sicht der KÖLNISCHEN ZEITUNG um „die tiefsten Lebensfragen der deutschen Nation“.[513] Jedoch fanden sich im nationalliberalen Spektrum kaum Vokabeln wie „Vergewaltigung“, „Untergang“ oder „Todesurteil“. Dies mag daran liegen, dass die DVP – im Gegensatz zu MSPD und Zentrum – das Verhalten der Regierung entspannt aus der Opposition heraus betrachten konnte. So richtete sich die Kritik der DVP auch zunehmend gegen das Handeln der Exekutive. Die Regierungsparteien hätten „den Erdrosselungsfrieden auf dem Gewissen“ und seien „darum verantwortlich für die Versklavung unseres Volkes“, so die DVP auf Flugblättern.[514] Die ursprünglich drei Koalitionsparteien dagegen mussten einen Weg aus der Misere finden. Die zunächst angekündigte Ablehnung des Vertrages erwies sich schnell als nicht durchhaltbar. Zu hoch war der Preis einer totalen Verweigerung; die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen konnte keine politische Kraft als eine ernsthafte Option ansehen. So gab es – auch wenn die DDP diesen Schritt nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnte und daher die Koalition verließ – zur Ratifikation des Vertragswerkes letztendlich keine gangbare Alternative.

[507] Philipp Scheidemann, Der Frieden der Alldeutschen, in: Vorwärts (36), 01. Juni 1919, Nr. 277, S. 1 f., hier: S. 2.
[508] Erwin Barth, Wer wagt die Entscheidung?, in: Vorwärts (36), 19. Mai 1919, Nr. 253, S. 1 f., hier: S. 1.
[509] Berlin, 9. Mai, in: Germania (49), 10. Mai 1919, Nr. 209, S. 1; der Begriff der „Verstümmelung“ auch im Rückblick auf die Situation Deutschlands infolge des Friedensvertrages bei: Albert Lauscher, Der Endkampf um das Rheinland. [Teil] II, in: Germania (53), 22. Mai 1923, Nr. 139, S. 1 f., hier: S. 1.
[510] Berlin, 27. Mai, in: Germania (49), 28. Mai 1919, Nr. 239, S. 1 f., hier: S. 2.
[511] Berlin, 27. Mai, in: Germania (49), 28. Mai 1919, Nr. 239, S. 1 f., hier: S. 1.
[512] Das deutsche Schicksal, in: Kölnische Zeitung, 09. Mai 1919, Nr. 369, S. 1.
[513] Der Tragödie Ende, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1919, Nr. 522, S. 1.
[514] IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Deutsche Volkspartei oder Deutschnational?, [undat. Flugblatt, wohl nach März 1920].

Argumentativ klammerten sich die Sprecher aus den verschiedensten politischen Lagern an die besondere Stellung des „deutschen Volkes“ als „Kulturvolk“[515] und versuchten damit, die als barbarisch wahrgenommenen Forderungen der Entente zurückzuweisen. Dahinter stand die Überzeugung, sich auf einer höheren Kultur- und Sittlichkeitsstufe als etwa die Kolonialvölker zu befinden und daher von den europäischen Siegermächten nicht wie ein solches behandelt werden zu dürfen.[516] Als weiteres Argument gegen die Bedingungen des Friedensvertrages wurde die Größe des „deutschen Volkes“ angeführt. Teilweise hatte der Verweis auf die „Volkszahl von 70 Millionen“[517] den Charakter einer Drohung mit der schieren Masse an Menschen, teilweise wurde aber auch auf den geringen Raum für die große Bevölkerung innerhalb des deutschen Staatsgebietes angespielt. Die Entrechtung von 70 Millionen Einwohnern eines „Kulturvolkes“ bedeute eine „ständige Friedensgefahr“, so etwa der DDP-Abgeordnete Georg Gothein an die Adresse der Entente.[518] Die „vitalen Interessen eines 70-Millionen-Volkes“ dürften nicht angetastet werden, sekundierte die GERMANIA.[519] Doch verfingen die Verweise auf das zahlenmäßige Drohpotenzial und die kulturelle bzw. sittliche Stellung des Deutschen Reichs nicht.

Der Widerstand gegen den Versailler Vertrag schuf im Mai und Juni 1919 vorübergehend ein einigendes Band zwischen allen politischen Kräften[520] und war damit einer der wenigen gemeinsamen Nenner, auf den sich alle Weimarer Parteien verständigen konnten.[521] Somit kam dem Forderungskatalog durchaus eine die politischen Gegensätze der Weimarer Republik integrierende Wirkung zu. Sie wurde zeitgenössisch emphatisch begrüßt. Der Versailler Vertrag habe, so die

[515] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (DNVP), S. 1123; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 2194; Georg Gothein, Der Ernst der Lage, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Februar 1919, Nr. 76, S. 1.

[516] So auch die Klage, dass die Deutschen nicht wie ein „ewiges Schuldner- und Sklavenvolk“ behandelt werden dürften. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Philipp Scheidemann (MSPD, Reichskanzler), S. 48.

[517] Berlin, 6. Mai, in: Germania (49), 07. Mai 1919, Nr. 203, S. 1.

[518] Georg Gothein, Der Ernst der Lage, in: Berliner Tageblatt (48), 18. Februar 1919, Nr. 76, S. 1.

[519] Berlin, 10. April, in: Germania (49), 11. April 1919, Nr. 165, S. 1; ähnlich auch: Berlin, 30. April, in: Germania (49), 01. Mai 1919, Nr. 195, S. 1; Berlin, 17. Mai, in: Germania (49), 17. Mai 1919, Nr. 221, S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (DNVP), S. 1123.

[520] So auch Eugen Schiffer: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 1119f.

[521] Vgl. Heinemann, Die verdrängte Niederlage, S. 254; Möller, Folgen und Lasten eines verlorenen Krieges, S. 7; Manfred Kittel, Republikanischer oder völkischer Nationalismus? Die Folgen siegreicher „Union sacrée“ und unvollendeter Volksgemeinschaft für die politische Kultur Frankreichs und Deutschlands (1918–1933/36), in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 109–140, hier: S. 119.

GERMANIA, das „schon tot [ge]glaubte[…]“ „nationale Bewusstsein“[522] wieder aufleben lassen und nach der durch die „Revolution entstandene[n] Zerrissenheit“ einer neuen „Einmütigkeit“[523] Platz gemacht. Ebenfalls rühmte der VORWÄRTS die „einmütige Ueberzeugung des Volkes“[524] und rief dazu auf, die „Geschlossenheit unseres Volkes“[525] auch in der kommenden schweren Zeit zu erhalten. Doch bereits bei den praktischen Folgen dieser Übereinstimmung für die Politik taten sich zwischen den verschiedenen Milieus große Differenzen auf. Hatten etwa die Linksliberalen anfangs noch den „eisernen Willen“ der „überwältigende[n] Mehrheit des Volkes“[526] gerühmt und zum „Volkswiderstand“[527] aufgerufen, so mussten sie sich bald eingestehen, dass ein solches Unterfangen angesichts eines kriegsmüden und unter Hunger leidenden „Volkes“ kaum Aussicht auf Erfolg haben würde. Zudem erkannten führende Liberale wie Theodor Wolff hellsichtig die vom alldeutschen und militaristischen Revanchismus ausgehende Gefahr für die Zukunft des Deutschen Reichs.[528] Die Reichsregierung war in einem Dilemma gefangen. Als Ausweg wurde in der sozialdemokratischen Presse die direkte Entscheidung des „Volkes“ über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen erwogen.[529] Diese Frage wurde als so existenziell angesehen, dass sich Nationalversammlung und Regierung auf die Autorität des „demos“ als die „höchste souveräne Instanz“ stützen sollten, so der VORWÄRTS, dessen Redaktion selbst über die Frage der Unterzeichnung uneins war.[530] Zudem bot eine Volksabstimmung aus sozialdemokratischer Sicht die Möglichkeit, das in „zwei große Lager“ gespaltene „deutsche Volk“ vor „innere[n] Erschütterungen“ zu bewahren. Eine „Zerklüftung des deutschen Volkes“ müsse um alles in der Welt verhindert werden.[531] Doch scheiterten die Überlegungen, die Verantwortung mittels Plebiszit auf eine breite Basis zu stellen, letztlich an der von der Entente gesetzten knappen Frist zur Vertragsunterzeichnung.[532] Daher musste die

522 Berlin, 19. Mai, in: Germania (49), 20. Mai 1919, Nr. 255, S. 1.
523 Berlin, 12. Mai, in: Germania (49), 13. Mai 1919, Nr. 213, S. 1.
524 Friedrich Stampfer, Frieden von Volk zu Volk!, in: Vorwärts (36), 30. Mai 1919, Nr. 273, S. 1f., hier: S. 1.
525 Friedrich Ebert, Die Arbeiter können Deutschland retten!, in: Vorwärts (36), 13. Mai 1919, Nr. 243, S. 1.
526 Ludwig Haas, Recht geht vor Macht, in: Berliner Tageblatt (48), 06. Mai 1919, Nr. 202, S. 1.
527 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 12. Mai 1919, Nr. 213, S. 1.
528 Vgl. ebd.
529 Vgl. Erwin Barth, Wer wagt die Entscheidung?, in: Vorwärts (36), 19. Mai 1919, Nr. 253, S. 1f.; Volksabstimmung, in: Vorwärts (36), 18. Juni 1919, Nr. 307, S. 1f.; dafür hatte sich im linksliberalen BERLINER TAGEBLATT – noch ehe die Vertragsbedingungen bekannt gegeben wurden – auch Freiherr von Richthofen stark gemacht: [Hartmann] Freiherr von Richthofen, Die letzte Entscheidung, in: Berliner Tageblatt (48), 16. März 1919, Nr. 113, S. 1f.
530 Erwin Barth, Wer wagt die Entscheidung?, in: Vorwärts (36), 19. Mai 1919, Nr. 253, S. 1f., hier: S. 2; zur Haltung des VORWÄRTS und seines Chefredakteurs Friedrich Stampfer in dieser Frage: Erklärung, in: Vorwärts (36), 11. Juni 1919, Nr. 309, S. 2; Asmuss, Republik ohne Chance?, hier: S. 190–193.
531 Erwin Barth, Vor der Entscheidung, in: Vorwärts (36), 20. Juni 1919, Nr. 310, S. 1f., hier: S. 2.
532 Vgl. Pariser Presse und Volksabstimmung, in: Vorwärts (36), 21. Juni 1919, Nr. 312, S. 1; Fristverlängerung bei Unterzeichnung? Andernfalls sofortiger Vormarsch, in: Vorwärts (36), 22. Juni 1919, Nr. 314, S. 2.

Nationalversammlung in den Plenarsitzungen am 22. und 23. Juni 1919 über die Ratifikation des Vertrages beschließen. Wie schwer die Wahl zwischen den Alternativen „Annahme der Bedingungen“ oder „Ablehnung des Vertrages“ fiel, ließ die Semantik, mit der die Debatte geführt wurde, deutlich erkennen. So betonten Abgeordnete aller Parteien die Historizität des Augenblicks und die Schicksalhaftigkeit der anstehenden Entscheidung. Man befinde sich in der „schwersten Stunde des deutschen Volkes“, erklärten nicht nur der Parlamentspräsident und Zentrumsabgeordnete Konstantin Fehrenbach, sondern Politiker sämtlicher Lager.[533] Die Einigkeit über den Widerstand gegen den Vertrag war mittlerweile bei einer Mehrheit der Abgeordneten der Erkenntnis gewichen, dass die Annahme der Bedingungen den andernfalls zu gewärtigenden Folgen unbedingt vorzuziehen sei. Für die Befürworter der Annahme hieß es nun, trotz ihres Kurswechsels die „Einheit des Volkes“ aufrechtzuerhalten und zu verhindern, dass die Regierung von den konservativen und radikalnationalistischen Kräften als „vaterlandslos“ gebrandmarkt werde. Daher richteten die Politiker der Regierungsparteien Appelle zum „Zusammenhalt“ der „Nation“ und gegen das Gift der nationalistischen Verdächtigungen an das „Volk“.[534] Jetzt drohte sich zu rächen, dass die Regierung mit ihrem vehementen Einsatz gegen den Versailler Vertrag selbst die „nationalistische Stimmung bis aufs äußerste in einem Teil des Volkes gesteigert“ habe, wie der USPD-Abgeordnete Hugo Haase zutreffend kritisierte.[535] Seitens der Konservativen und Alldeutschen blieben die Angriffe auf die Regierung nicht aus. Zu den Kritikern der Parlamentsentscheidung zählten auch die Nationalliberalen. Die Kölnische Zeitung bestritt gar, dass „die Regierung mit ein paar Leuten einiger Mehrheitsparteien“ über das „Lebensschicksal der Nation“ entscheiden dürfe.[536] Zudem bescheinigte sie der Nationalversammlung, „ein Bild der Verwirrung und Unentschlossenheit“ abgegeben zu haben, und warf den Parlamentariern vor, dass bei ihrer Entscheidung über eine der „tiefsten Lebensfragen der deutschen Nation“ „Parteifragen und die Rücksicht der Parteitaktik“ eine Rolle gespielt hät-

[533] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 41. Sitzung vom 23. Juni 1919, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Präsident der Nationalversammlung), S. 1141; ganz ähnlich auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Georg Schultz (DNVP), S. 1134; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Gustav Bauer (MSPD, Reichskanzler), S. 1115. Haase sprach, wenn auch nicht im Superlativ, so doch von „dieser ernsten schicksalsschweren Stunde unseres Volks“. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 1126.

[534] Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 41. Sitzung vom 23. Juni 1919, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Präsident der Nationalversammlung), S. 1141; ähnlich auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Gustav Bauer (MSPD, Reichskanzler), S. 1114.

[535] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 1128.

[536] Die Nationalversammlung?, in: Kölnische Zeitung, 06. Juni 1919, Nr. 464, S. 1.

ten.[537] Trotz dieser herben Schelte forderte das nationalliberale Blatt aber im gleichen Atemzug zur „Einheit“ auf. Alle sollten nun „Hand in Hand an die Wiederaufrichtung unsers zerschmetterten Vaterlandes gehen […], ohne Vorwurf und Scheelsucht gegen den Volksgenossen“ – Ziel sei es, „ein einig Volk von Brüdern“ zu werden.[538] Dass die eigene Kritik, die den Abgeordneten de facto vorwarf, gegen ihren Auftrag, „Vertreter des ganzen deutschen Volkes“ zu sein, verstoßen zu haben, die für die „Einheit“ notwendige Vertrauensbasis unterminierte, ignorierte die Zeitung geflissentlich.

Die zu erwartende Unterschrift verstärkte die selbstmitleidige Betrachtung des eigenen Schicksals noch einmal. In der Reichstagsdebatte bezeichneten Redner die Deutschen als „entrechtetes, verhungerndes“ und „vergewaltigtes Volk“,[539] das „wirtschaftlich, körperlich und seelisch […] zermürbt“[540] sei:

> Materiell verarmt, moralisch niedergedrückt, geistig gefesselt geht das deutsche Volk durch das Tor des Friedensvertrages in die dunkelste Zukunft voller Sorgen und Pein.[541]

Nun beginne der „traurigste Abschnitt deutscher Geschichte“:[542] „eine Epoche äußerster Verarmung und nationalen Elends“[543] – so selbst Befürworter der Unterzeichnung wie der MSPD-Abgeordnete Paul Löbe.

Die Gegner der Ratifikation verwiesen auf die große „sittliche Kraft“, die das „Volk“ seinem Leiden entgegensetzen könne.[544] Mit Durchhalteappellen wie: „Deutsches Volk, verzage nicht! Tu, was dein Gewissen spricht!“,[545] glaubten sie, den Widerstand gegen den Vertrag zu stärken.

Einig waren sich Befürworter wie Gegner der Ratifikation in der Zurückweisung der in Artikel 231 festgestellten Kriegsschuld des Deutschen Reichs – sie wurde als eine „Lüge“[546] betrachtet. Das „deutsche Volk“ habe „immer im guten Glauben“ an einen aufgezwungenen Verteidigungskrieg gehandelt, sei in seiner

[537] Der Tragödie Ende, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1919, Nr. 522, S. 1.
[538] Ebd.
[539] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1116; ähnlich auch: „Hier wird ein besiegtes Volk an Leib und Seele vergewaltigt, wie kein Volk je zuvor.“ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 41. Sitzung vom 23. Juni 1919, Rede von Gustav Bauer (MSPD, Reichskanzler), S. 1140.
[540] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1116.
[541] Ebd.
[542] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1115.
[543] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1116.
[544] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Wilhelm Kahl (DVP), S. 1132.
[545] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Wilhelm Kahl (DVP), S. 1133.
[546] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Wilhelm Kahl (DVP), S. 1132; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 1118.

„erdrückenden Mehrheit“ persönlich schuldlos und habe „immer nur den Frieden gewollt“.[547] Nur wenige Kommentatoren wie der Pazifist Friedrich Wilhelm Foerster wiesen auf die Ausmaße der deutschen Untaten während des Krieges hin und wagten damit, die „eigene nationale Schuld“ zu thematisieren. Dennoch vermied auch Foerster in seinem Gastkommentar für das Berliner Tageblatt, dem „Volk“ direkt Schuld am Krieg und an den begangenen Verbrechen zu geben – die Verantwortung lag für ihn bei den „obersten Stellen“; das „Volk“ wurde als unwissend dargestellt. Dennoch betonte der Münchner Professor, dass Versöhnung nur durch „ehrliche nationale Selbstanklage“ möglich sei.[548] Doch waren solche Forderungen im untersuchten Spektrum die absolute Ausnahme. Allenfalls vorsichtig rückten Sprecher etwa aus dem linksliberalen Milieu von der Unschuld des „Volkes“ ab. So wurde auf einzelne „bestialische Individuen“ verwiesen, die es – „wie in jedem anderen Volke“, so auch – unter den Deutschen gegeben habe. Trotz solcher Eingeständnisse blieb die Ansicht bestehen, dass „die große Mehrheit des deutschen Volkes“ vom gerechten Verteidigungskampf gegen seine Feinde überzeugt gewesen sei.[549]

Und auch die verbreitete Vorstellung von der Stimmung im August 1914 wurde nur vereinzelt hinterfragt. Theodor Wolff etwa relativierte in einem Leitartikel für das Berliner Tageblatt zum fünften Jahrestag des Kriegsausbruchs das Bild von einer „wirklichen Kriegsbegeisterung“, indem er darauf hinwies, dass es vor allem „Pflichttreue“ gewesen sei, die das „Volk“ erfüllt habe.[550] Ansonsten blieb der Mythos vom „August-Erlebnis“ aber weitgehend intakt und wurde – wie noch näher gezeigt werden soll – im Einheitsdiskurs der Weimarer Republik immer wieder abgerufen.

Was der Versailler Vertrag hinterließ, war neben den zu erfüllenden harten Bedingungen das Bewusstsein, ungerecht behandelt, ja Opfer eines Betrugs geworden zu sein. Die Deutschen fühlten sich durch den Vertrag um den erhofften Wilson-Frieden gebracht.[551] Die tiefenpsychologische Wirkung des Abkommens wurde durch die Überzeugung der eigenen Unschuld verstärkt und sollte für die Republik noch weitreichende Folgen haben.

Zur semantischen Verarbeitung dieses Gefühls bedienten sich die Sprecher aus den untersuchten Milieus im Sommer 1919 verschiedener Strategien. So wechselten kämpferische, selbstbemitleidende und einheitsbeschwörende Parolen einander ab, ja gingen Hand in Hand. Das „Volk“ nahm im Diskurs eine zentrale Rolle ein. Als Akteur bzw. Leidtragender stand es im Mittelpunkt des Sprechens über

[547] Berlin, 17. Juni, in: Germania (49), 18. Juni 1919, Nr. 271, S. 1; ganz ähnlich auch schon: Anklagen, in: Kölnische Zeitung, 7. Dezember 1918, S. 1.

[548] Friedrich Wilhelm Foerster, Nach Friedensschluß, in: Berliner Tageblatt (48), 15. Juli 1919, S. 1 f.

[549] Georg Brandes, Rundschau, in: Berliner Tageblatt (48), 03. August 1919, S. 1 f.

[550] Theodor Wolff, Der 1. August 1914, in: Berliner Tageblatt (48), 01. August 1919, Nr. 352, S. 1 f.

[551] Vgl. Bernhard Dernburg, Was wir nicht unterschreiben, in: Berliner Tageblatt (48), 23. März 1919, Nr. 126, S. 1 f.; Berlin, 27. Mai, in: Germania (49), 28. Mai 1919, Nr. 239, S. 1 f.

und vor allem gegen den Versailler Vertrag.[552] „Volk" wurde dabei großteils unbestimmt verwendet – es ließ sich zumeist im Sinne von „demos" oder „plebs", zuweilen – etwa bei der Thematisierung der zu befürchtenden deutschen Gebietsverluste[553] – aber auch als „ethnos" verstehen. Die Personifizierung des Abstraktums „Volk", die in der Verwendung von Organ- und Krankheitsmetaphern ihren Höhepunkt fand, ließ das durch den Friedensschluss zugefügte „Leid" zu einer reellen Verletzung eines Körpers werden. Zugleich wurde der Rekurs auf Gemeinschafts- und Einheitsideale durch den Versailler Vertrag intensiviert. Doch die Beschwörung der „Einheit" ging noch weiter: Nur durch die (innere) „Einheit" könne das „deutsche Volk" seinen äußeren Gegnern Paroli bieten.[554] Die Zusammenfassung aller „nationalen Kräfte" wurde infolge der feindlichen Forderungen als notwendiger denn je erachtet.[555] Die „Einheit des nationalen Willens"[556] wurde zu einer conditio sine qua non für die Erreichung der Revision des Versailler Vertrages. Letztlich überwog die desintegrative Wirkung des Friedensschlusses gegenüber der vorübergehenden „Einigkeit" aller politischen Kräfte. „Versailles" barg nicht nur durch seine harten Bedingungen Sprengstoff für die junge Republik, sondern entfaltete eine spaltende Wirkung auch in der Möglichkeit, die unglücklichen Unterzeichner als Feinde der „Nation" zu brandmarken. Das fehlende Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit für die eigene Verantwortung am und im Weltkrieg bot dabei den Boden, auf dem die nationalistische Saat wider den Versailler Vertrag, seine Unterzeichner und die Republik aufgehen konnte.

3. Zwischenfazit: Der scheinbare Sieg des pluralistischen Volksbegriffes im Umbruch 1918/19

Die wenigsten Zeitgenossen hätten im Sommer 1918 die politischen und staatsrechtlichen Veränderungen für möglich gehalten, die sich binnen Jahresfrist in Deutschland vollziehen sollten. Mit der Weimarer Verfassung stellte sich das Deutsche Reich als grundlegend erneuerter Staat dar, der nun parlamentarisch-demokratisch regiert wurde. Doch standen den neuen Möglichkeiten auch gewal-

[552] Vgl. etwa Theodor Wolff, Heute …, in: Berliner Tageblatt (48), 28. Juni 1919, Nr. 289, S. 1f.

[553] So beispielsweise, wenn der Entente vorgeworfen wurde, durch ihre territorialen Forderungen „die deutsche Nation auseinanderreißen[…]" zu wollen. Berlin, 27. Mai, in: Germania (49), 28. Mai 1919, Nr. 239, S. 1f., hier: S. 1. Ebenso wenn der Versailler Vertrag als ein Instrument bezeichnet wurde, „durch das lebendige Glieder vom Körper des Deutschen Reiches ohne Befragung der in Betracht kommenden Bevölkerung abgetrennt […] werden soll[en]". Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Gustav Bauer (MSPD, Reichskanzler), S. 1115.

[554] Das Prinzip der nationalen Einheit, in: Kölnische Zeitung, 31. März 1919, Nr. 241, S. 1; ähnlich auch: Dunkle Wolken, in: Kölnische Zeitung, 01. April 1919, Nr. 244, S. 1.

[555] Vgl. etwa Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 1201.

[556] Walter Schücking, Deutschlands Mission, in: Berliner Tageblatt (48), 13. Juli 1919, Nr. 317, S. 1f., hier: S. 1.

tige Lasten gegenüber, die aus dem verlorenen Krieg, den ungelösten Problemen des Kaiserreichs und den Wirren der Übergangsphase resultierten. Die Niederlage im Weltkrieg hatte dabei neben der demoralisierenden Wirkung einen harten Frieden zur Folge, an dessen Bedingungen das Reich zu zerbrechen drohte.

Herbst und Winter 1918/19 waren zunächst einmal von der Unsicherheit über die politische Zukunft des Staates geprägt. Die Revolution hatte ein Interregnum erzeugt, in dem sich die beiden sozialdemokratischen Parteien die Exekutivgewalt teilten und um die Verwirklichung des Sozialismus stritten. So war es aus Sicht der Bürgerlichen das Gebot der Stunde, sich für freie, demokratische Wahlen einzusetzen, um die Entscheidung über die künftige Ausgestaltung der politischen Ordnung an ein vom „ganzen Volk“ legitimiertes Parlament zu delegieren. Ebenso sprachen sich die Mehrheitssozialdemokraten für die Befragung des pluralistischen „demos“ aus – und stellten sich damit gegen ihre Schwesterpartei, die bereit war, den Sozialismus allein auf den (revolutionären) Willen der „plebs“ zu gründen. Der Volksbegriff stellte damit die Trennlinie zwischen USPD und MSPD dar. Gleichzeitig war die Forderung nach Ermittlung des „Willens“ des „demos“ zu einem Grundanliegen der bürgerlichen Parteien geworden, die sich schnell auf den Boden der durch die Revolution veränderten Tatsachen gestellt hatten. An das „Volk“ als „ethnos“ wurde in den untersuchten Milieus hingegen nur sehr selten appelliert. Holistische Semantiken fanden im Zusammenhang mit Volksbegriffen gelegentlich Anwendung. In der Übergangsphase war zumeist die Vorstellung eines pluralistischen „demos“ vorherrschend und wurde in der Entscheidung, das Staatsvolk am 19. Januar 1919 über die Zusammensetzung des Parlaments zu befragen, wirkmächtig. Damit war der pluralistische Volksbegriff siegreich aus der Revolution hervorgegangen – zumindest schien es so.

Jedoch war die allseitige Berufung auf „Pluralismus“ und „demos“ zuvorderst den besonderen Umständen angesichts einer sozialistischen Übergangsregierung ohne parlamentarische Kontrolle geschuldet. Dass das „Volk“ nicht notwendigerweise pluralistisch begriffen werden musste, davon legte etwa die kontroverse Interpretation der neu erarbeiteten Verfassung beredt Zeugnis ab.

In rechtlicher Hinsicht war das „Volk“ mit der neuen Konstitution zur Quelle der Staatsgewalt geworden – bei ihm sollte fortan die Souveränität liegen. Durch die direkt gewählten Staatsorgane „Reichstag“ und „Reichspräsident“ sowie mittels der plebiszitären Regelungen der Verfassung konnte der „Wille des Volkes“ zum Ausdruck gelangen. Vordergründig hatte sich damit ein liberal-demokratisches Verständnis des Volksbegriffes Bahn gebrochen. Doch wurde die pluralistisch-demokratische Verfassung seitens einflussreicher zeitgenössischer Staatsrechtslehrer und auch von einzelnen Sprechern aus dem untersuchten Spektrum in einem holistischen Verständnis umgedeutet. Der Wille des „Volkes“ sollte nach dieser Lesart nicht mehr von den Staatsorganen gebildet, sondern von ihnen nur noch abgebildet werden. „Volk“ stellte demnach eine mythische, arithmetisch nicht fassbare, dem Staat vorausgehende Einheit dar. Die Reichweite dieser Idee in den untersuchten Milieus lässt sich schwer bestimmen, war aber zunächst wohl insbesondere im katholischen Lager vorhanden. In der Phase des Übergangs be-

saß sie im untersuchten Spektrum allerdings noch keine Deutungshoheit. Trotzdem war die Verbreitung von holistischen Vorstellungen ein Anzeichen dafür, dass sich die pluralistische Konzeption von „Volk" selbst in der engeren Phase des Übergangs nicht restlos hatte durchsetzen können.

Zugleich wurde mit den neuen Herausforderungen durch den Versailler Vertrag der Ruf nach „nationaler Einheit" lauter – eine Forderung, die stets drohte, die pluralistische Verfasstheit des „Volkes" zugunsten des „großen Ganzen" zu opfern. Das Bewusstsein, dass „Einheit" und Vielfalt einander nicht ausschließen mussten, war jedoch unterentwickelt. Zudem führte die Beschwörung der „Einheit" in eine Spirale, in der abwechselnd die gegenwärtige „Uneinigkeit" verdammt und zur künftigen „Einheit" gemahnt wurde, ohne dass dabei klar umrissen war, wie diese auszusehen habe bzw. erreicht werden könne. Die Erwartungen wurden gleichsam bis ins Unerreichbare gesteigert. Des Weiteren sollte der territoriale Diskurs im Zusammenhang mit den im Versailler Vertrag geforderten Gebietsabtretungen ethnisch-holistische Vorstellungen befördern helfen und pluralistische „demos"-Konzepte in die Defensive drängen. Im Rückblick stellte sich die Blüte der pluralistischen „demos"-Konzepte 1918/19 somit als eine bloße Scheinblüte heraus.

Als Phase der Institutionalisierung kam dem Zeitraum zwischen November 1918 und August 1919 eine Weichenstellungsfunktion zu. Die Erfahrungen, aber auch die rechtlichen Vorgaben aus den Monaten des Umbruchs waren entscheidend für die Gestalt der Weimarer Republik und sollten ihre weitere semantische und ideengeschichtliche Entwicklung prägen.

V. „Volk" in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1919–1924)

1. Die territoriale „Einheit" des „deutschen Volkes" in Gefahr

Die ersten Monate der Weimarer Republik hatten einen Eindruck davon vermittelt, welchen Schwierigkeiten und Konflikten der neue Staat ausgesetzt war. Sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite standen der Republik Feinde gegenüber, die statt einer parlamentarischen Demokratie eine Diktatur favorisierten und daher das bestehende System bis aufs Blut bekämpften. Aber auch innerhalb des hier untersuchten Spektrums wurden Stimmen laut, die den Parlamentarismus scharf kritisierten und Alternativen zur starken Position der Parteien ins Spiel brachten. In dieser teilweise bürgerkriegsartigen Situation war der Ruf nach „Einheit des Volkes" allgegenwärtig. Neben der ideellen „Gemeinschaft" durch Überwindung des Klassenkampfs war damit auch die territoriale „Einheit" gemeint – eine „Einheit", die durch die Gebietsverluste und -besetzung in der Folge des Versailler Vertrages sowie durch die Auseinandersetzung über die künftige Gliederung des Reichs diskursiv gesucht und neu ausgehandelt werden musste.

1.1 Der Kampf um das „Volk" – territoriale Verluste und semantische Vereinnahmungen infolge des Versailler Vertrages

Eine Bedingung des Friedensvertrages von Versailles war die Abtretung zahlreicher Gebiete an die deutschen Nachbarstaaten. Summa summarum verlor das Deutsche Reich rund 13% seines Territoriums und ein Zehntel seiner Einwohner.

Die Reaktionen auf die drohenden territorialen Verluste schwankten in Deutschland zwischen Wut, Entsetzen, Abwehr und Resignation. Die bis zuletzt gehegte Hoffnung auf Verwirklichung eines „einheitliche[n] Reich[s] der Deutschen aller Stämme"[1] entpuppte sich als eine Utopie. Die „Enttäuschung" über die im Versailler Vertrag vorgesehene „Abtretung von mehreren Millionen urdeutscher Stammesgenossen" wog schwer.[2] Als Alternative zum aussichtslos erscheinenden militärischen Widerstand blieb einzig der Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages mit Worten und die Hoffnung, dass die „Macht der Idee nationaler Einheit und Freiheit" die Deutschen in den bedrohten Gebieten „unlöslich" an das Reich binden werde.[3] „Niemals", so postulierte die DDP im Dezember 1919 in ihrem Parteiprogramm, werden „wir die Absplitterung deutscher

[1] Eine Wochen-Uebersicht, in: Kölnische Zeitung, 08. Februar 1919, Nr. 90, S. 1.
[2] Berlin, 28. Juni, in: Germania (49), 29. Juni 1919, Nr. 290, S. 1.
[3] Hugo Preuß, Die „undeutsche Reichsverfassung", in: Vossische Zeitung, 16. Februar 1924, Nr. 80, zitiert nach: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, hier: S. 481.

Volksteile vom Vaterland an[erkennen]“, und erklärte weiterhin den „Zusammenschluß aller deutschen Stämme“ als Ziel.[4] Diesen Zweck verfolgten nicht nur die Anhänger der untersuchten Milieus, sondern darüber hinaus auch konservative und nationalistische Kreise außerhalb des Spektrums der politischen Mitte. Die Deutsche Tageszeitung prangerte das angebliche Versagen der Reichsregierung in Bezug auf die preußischen Ostprovinzen an und mahnte:

> Noch weit mehr als bisher aber muß sich das deutsche Volk dessen bewusst werden, daß in der Ostmark deutsche Kultur, deutsches Land und – nicht zum letzten! – kostbares deutsches Blut auf dem Spiele stehen.[5]

Der beschwörende Appell machte zum einen deutlich, dass sich deutschnationale Kreise alles andere als sicher waren, dass die Zugehörigkeit der an Polen grenzenden preußischen Gebiete zum Deutschen Reich von der „deutschen Bevölkerung“ als naturgegeben angesehen wurde. Zum anderen trat in der Aussage ethnisch-rassistisches Gedankengut deutlich zum Vorschein.

Besonders heftig umkämpft war Oberschlesien mit seinem Industrierevier rund um Kattowitz. Die Bewohner der am Südostzipfel Preußens gelegenen Provinz verstanden sich teilweise als „Deutsche“, teilweise als „Polen“. Beide Sprachen waren in Oberschlesien verbreitet. In einem Plebiszit sollte die Bevölkerung im März 1921 über die staatliche Zugehörigkeit des Gebiets entscheiden. Zwar sprachen sich im Gesamtergebnis knapp 60% der Oberschlesier für den Verbleib bei Preußen aus, doch hatten vor allem einige der östlichen Stimmbezirke mit deutlicher Mehrheit für Polen votiert. Das Resultat wurde von Befürwortern und Gegnern der Abtretung dementsprechend unterschiedlich ausgelegt.[6]

Im untersuchten Spektrum sprachen sich alle politischen Akteure für den Verbleib Oberschlesiens bei Preußen aus. Nicht nur aus Sicht konservativer Politiker, sondern auch bei Anhängern anderer Lager war die „oberschlesische Frage“ zu einem „Teil der gesamten Lebensfrage der deutschen Nation“ geworden.[7] Der Zugehörigkeit des Territoriums und seiner Bewohner zum Reich versicherten sich die Sprecher immer wieder selbst. Den reziproken Charakter dieses Bandes beschworen sie, indem sie betonten, dass „die überwiegende Mehrheit des ober-

[4] Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 42–48, hier: S. 44; ganz ähnlich auch die DVP: BArch R 45-II/362: [Werner] Fr[eih]h[er]r v[on] Rheinbaben, Das außenpolitische Programm der Deutsche Volkspartei. Vortrag gehalten in Halberstadt am 19. Dezember 1919 bei der Parteibeamtenbesprechung, fol. 106.

[5] Helft der deutschen Ostmark!, in: Deutsche Tageszeitung (26), 23. Januar 1919, Nr. 41, S. 1f., hier: S. 2.

[6] Vgl. Agnes Laba, „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen“. Das Volk als diskursive Ressource im Ostgrenzen-Diskurs der Weimarer Republik, in: Heidrun Kämper/Peter Haslinger/Thomas Raithel (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin 2014, S. 123–152, hier: S. 141f.

[7] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Oskar Hergt (DNVP), S. 3634; ähnlich vgl. etwa [Carl] Ulitzka, Die Wahlen in Oberschlesien, in: Germania (52), 20. Oktober 1922, Nr. 560, S. 1f.; [Hans] Herschel, Schicksalstage für Oberschlesien, in: Germania (51), 28. September 1921, Nr. 599, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 10. Oktober 1921, Nr. 477, S. 1.

schlesischen Volkes“ sich „in allen seinen Schichten“ für Deutschland entschieden habe und ebenso das „deutsche Volk mit leidenschaftlichem Herzen an seinem Oberschlesien“ hänge.[8] Am „patriotische[n] und politische[n] Verständnis“[9] der Oberschlesier wurde zwar öffentlich nicht gezweifelt – solche Aussagen hätten sich wohl jenseits des innerhalb des untersuchten Spektrums „Sagbaren“ befunden –, die ständige Betonung der Zusammengehörigkeit deutete aber darauf hin, dass sich die Sprecher des tatsächlichen Rückhalts in der lokalen Bevölkerung nicht sicher waren. Dass die Bewohner der Provinz uneins waren, welchem Staat sie künftig zugehören wollten, ignorierten die Sprecher der untersuchten Milieus auch nach der Volksabstimmung schlichtweg. So löste dann auch die im Oktober 1921 von den Alliierten beschlossene Abtretung des östlichen Oberschlesiens an Polen großes Entsetzen und tiefes Unverständnis in der deutschen Öffentlichkeit aus. Die interalliierte Entscheidung wurde als „Rechtsbruch“[10] und „unerhörte Schädigung der deutschen Volkes“[11] verurteilt. Zur Legitimation der Ansprüche auf das gesamte Oberschlesien verwiesen Sprecher verschiedenster politischer Lager auf die bindende Kraft von „gemeinsame[r] Kultur und gemeinsame[r] Sitte“.[12] Als Ausdruck der Zusammengehörigkeit von Oberschlesiern und Deutschen dienten Zusätze wie „deutschgerichtetes“,[13] „deutschgesinnt[es]“[14] oder „unser“[15] „Volk“. Mit solchen Formeln wurden die Bewohner semantisch einverleibt, die sich nicht als Deutsche fühlten bzw. die nicht deutscher Muttersprache waren. Der Tatsache, dass viele Oberschlesier Polnisch sprachen, begegneten die Sprecher, indem sie argumentierten, dass „auch derjenige Teil der Bevölkerung, der nicht die deutsche Sprache spricht, nicht ethnographisch zu den heutigen Polen“ gehöre.[16] Als Zugehörigkeitskriterium wurde statt auf die Sprache auf weichere Merkmale wie die angebliche kulturelle und sittliche Prägung der Bevölkerung verwiesen. Die Besonderheit der regionalen Bevölkerung und ihre spezifi-

[8] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 109. Sitzung vom 01. Juni 1921, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 3175.

[9] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Oskar Hergt (DNVP), S. 3634.

[10] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Carl Ulitzka (Zentrum), S. 4742.

[11] Ebd.; ähnlich sprach auch Schücking von der „Verletzung des deutschen Volkes“: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Walter Schücking (DDP), S. 4764.

[12] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Hermann Müller (MSPD), S. 4736; die „gemeinsame[…] deutsche […] Kulturgemeinschaft“ betont auch Hergt: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Oskar Hergt (DNVP), S. 4746.

[13] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Carl Ulitzka (Zentrum), S. 4740.

[14] Der Aufstand in Oberschlesien, in: Vorwärts (37), 24. August 1920, Nr. 420, S. 1.

[15] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Carl Ulitzka (Zentrum), S. 4739; ähnlich auch: [Carl] Ulitzka, Die Wahlen in Oberschlesien, in: Germania (52), 20. Oktober 1922, Nr. 560, S. 1 f.

[16] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Walter Schücking (DDP), S. 4761.

sche „nationale Verortung“ wurden dabei meist nur am Rande thematisiert. Solche Betrachtungen schlugen sich vereinzelt in Differenzierungen nieder, etwa wenn angesichts der drohenden Teilung nicht mehr von „den“ Oberschlesiern die Rede war, sondern stattdessen die „Hundertausende[n] von deutschen Volksgenossen“ erwähnt wurden.[17] Und auch die beiläufige Aussage, dass „das Volk dort weder deutsch noch polnisch, sondern ein Mischvolk“ sei, war eine Rarität in den Leitartikeln der ausgewerteten Tageszeitungen.[18] Damit gestanden die Sprecher ein, dass das Wesen des „oberschlesischen Volkes“ keineswegs so einheitlich „deutsch“ war, wie sie zuvor immer wieder behauptet hatten. Einige aus dem nationalliberalen und katholischen Milieu kommende Sprecher erkannten die spezifische Zusammengehörigkeit der Bewohner der preußischen Provinzen auch durch die vielfache Verwendung der Bezeichnung „oberschlesisches Volk“[19] (unfreiwillig) an.

Der Mangel an positiven Zugehörigkeitskriterien zugunsten Deutschlands ließ sich durch die Herausstellung des Unterschieds zwischen Oberschlesien und Polen ein Stück weit wettmachen. In der Herabsetzung des östlichen Nachbarn schwangen latente bis offene Ressentiments gegenüber den osteuropäischen Völkern im Allgemeinen und den Polen im Besonderen mit. So argumentierte etwa der Reichskanzler Joseph Wirth, die Abtretung Oberschlesiens an den östlichen Nachbarstaat bedeute eine „drohende Verelendung blühender Gebiete“.[20] In der Kölnischen Zeitung wurde die „Lüge“ als eine „durchaus erlaubte Waffe in der polnischen Mentalität“[21] bezeichnet und damit dem östlichen Nachbarn vorgeworfen, Unehrlichkeit sei Teil seines „Nationalcharakters“. Die sozialdemokratische Presse sprach von einer „rückständige[n] Verwaltung und inferiore[n] Kultur“ in Polen.[22] Und auch das linksliberale Berliner Tageblatt unterstellte dem polnischen Staat, dass er ungeordnet, wirtschaftlich unterentwickelt und nicht „von einem Kulturvolk getragen“ sei.[23] Solche Stereotype waren auch bei der Bewertung anderer osteuropäischer Staaten gebräuchlich. So beschrieb wiederum

[17] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 4734.

[18] Wilhelm Hegeler, In Oberschlesien, in: Berliner Tageblatt (49), 23. Juli 1920, Nr. 342, S. 1f., hier: S. 2.

[19] Vgl. etwa: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Carl Ulitzka (Zentrum), S. 4739f. u. 4743; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 109. Sitzung vom 01. Juni 1921, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 3174; Die Freistaatsbewegung in Oberschlesien, in: Kölnische Zeitung, 21. September 1920, Nr. 806, S. 1; für linke Kreise eher ungewöhnlich, aber auch bei dem KPD-Abgeordneten Heydemann verwendet: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Max Heydemann (KPD), S. 4766 u. 4768.

[20] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 4734.

[21] Der Triumph der Lüge, in: Kölnische Zeitung, 14. Oktober 1921, Nr. 693, S. 1.

[22] Beschleunigte Ratifikation des Friedens, in: Vorwärts (36), 03. Juli 1919, Nr. 334, S. 1f., hier: S. 2.

[23] R[obert] Treut, Um die deutsche Schule in Nordschleswig. Dänische Minderheitenpolitik, in: Berliner Tageblatt (51), 02. Juni 1922, Nr. 257, S. 1f., hier: S. 1.

ein linksliberaler Gastkommentator Litauen als „primitive[s] östliche[s] Agrarland[…]“ mit korrupter Verwaltung und stellte dem baltischen Staat argumentativ das „ganz dem mitteleuropäischen Kulturkreis zugehörende Memelland“ gegenüber.[24] Die Konstruktion einer kulturellen Überlegenheit diente als Begründung für den Verbleib der Abtretungsgebiete bei Deutschland und versuchte, an das Mitleid und den Gerechtigkeitssinn des Auslands zu appellieren. Wenn die Deutschen im Gegensatz zu den Polen „Untertanen eines fremdnationalen Staates“ sein könnten, dann falle den Polen die Rolle eines „Herrenvolkes“, den Deutschen die eines „Knechtvolks“ zu, kommentierte der Vorwärts bissig.[25] Damit griff das sozialdemokratische Organ das Argument von der angeblich bevorstehenden Versklavung und Entrechtung der deutschen Bevölkerung in Polen auf und gab es in nur leicht abgemilderter Form wieder. Bei dieser Argumentation konnte an die seit der Frühen Neuzeit weitverbreiteten Slawen- und Osteuropastereotype angeknüpft werden.[26] Sie ließen sich im Kampf gegen den Versailler Vertrag leicht abrufen und evozierten das Gefühl der Ungerechtigkeit sowie der Verurteilung zum sittlichen und kulturellen Niedergang der nun unter fremder Herrschaft lebenden ehemaligen deutschen Staatsbürger.

Der Protest gegen die Gebietsabtretungen wurde nicht selten in organische Sprachbilder gefasst. Die „Losreißung immer neuer Volksgenossen vom Körper des deutschen Volkes“ bezeichnete etwa der Linksliberale Walter Schücking als eine „nie verheilende Wunde“. Mit den Oberschlesiern würden dem „deutschen Volk […] jetzt wieder Hunderttausende abgerissen werden“, so der Reichstagsabgeordnete.[27] „Auseinanderreißen“, „losreißen“, „herausreißen“, aber auch „ab[…]schneiden“ und „abtrennen“ waren Denkkategorien, die sich nicht nur im linksliberalen Spektrum etabliert hatten und die den gewaltsamen Charakter des Vorgehens thematisierten.[28] Die Abtretung Oberschlesiens wurde teilweise als eine irreversible Verwundung des holistisch verstandenen „Volkskörpers“ gedeutet – ne-

[24] Carl August Seyfried, Der Notschrei aus Memel, in: Berliner Tageblatt (52), 13. April 1923, Nr. 174, S. 1 f., hier: S. 1.

[25] Vor dem Zusammentritt des Obersten Rats, in: Vorwärts (38), 07. August 1921, Nr. 369, S. 1.

[26] Vgl. Hubert Orłowski, „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996, besonders: S. 7–46 u. 81–116.

[27] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Walter Schücking (DDP), S. 4764.

[28] Vgl. etwa: Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1918, abgedruckt in: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 59–62, hier: S. 59; Max Graf Montgelas, Die Lehre der deutschen Wahlen, in: Berliner Tageblatt (48), 04. Juni 1919, Nr. 255, S. 1 f., hier: S. 1; Berlin, 27. Mai, in: Germania (49), 28. Mai 1919, Nr. 239, S. 1 f.; Berlin, 28. Juni, in: Germania (49), 29. Juni 1919, Nr. 290, S. 1; Lujo Brentano, Das Reichsnotopfer und unsere Valuta, in: Berliner Tageblatt (48), 05. Dezember 1919, Nr. 580, S. 1 f., hier: S. 1; Umschau und Ausschau. Volk ohne Vaterland – Erzieher wider Willen – Einigkeit!, in: Kölnische Zeitung, 17. Juli 1921, Nr. 509, S. 1; Vor dem Zusammentritt des Obersten Rats, in: Vorwärts (38), 07. August 1921, Nr. 369, S. 1; Josef Kliche, Für die deutsche Einheitsrepublik, in: Vorwärts (36), 08. Juli 1919, Nr. 343, S. 1 f., hier: S. 1; Umschau und Ausschau. Wiederkehr des Gleichen – Um die Reichseinheit – Entwicklung und Wille, in: Kölnische Zeitung, 16. September 1923, Nr. 647, S. 1.

ben der Forderung nach Revision schwang hierbei die Vorstellung einer tiefen Demütigung des „deutschen Volkes“ mit. Die Körper-, Gewalt- und Verlustmetaphorik drückte sich zudem in Aussagen aus wie: Oberschlesien sei ein „aus tausend Wunden blutendes Land“.[29] Der Unrechtscharakter der Versailler Forderungen ließ sich auch dadurch herausstellen, dass die betroffene Bevölkerung als „vergewaltigt[…]“[30] bezeichnet wurde. Damit wurden die Überwältigung sowie die Verletzung von Integrität und Intimität der „Nation“ und ihrer Bewohner thematisiert. Hinzu trat die Vorstellung, einer demütigenden, schändenden und kriminellen Handlung wehrlos ausgeliefert zu sein. Die Diskussion, ob das „deutsche Volk“ durch die Gebietsverluste seiner „Ehre“ beraubt werde, führte auf das Feld der inneren Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern, die sich in ihrer pragmatischen oder fundamentalistischen Stellung zum Versailler Vertrag und dessen Umsetzung voneinander unterschieden. Der Vorwurf, die „nationale Ehre“ zu verletzen, übertrug sich schnell vom äußeren Feind auf den inneren Gegner, dem dadurch die „nationale“ Zuverlässigkeit abgesprochen wurde.

Auffallend ist, dass im Abtretungsdiskurs selten auf das Gebiet als solches eingegangen wurde. Statt des „deutschen Bodens“ standen eindeutig die Bewohner des Territoriums im Mittelpunkt der Debatte.[31] Ihr Verlust für das Deutsche Reich schmerzte weit mehr als die verloren gehende „Menge der Quadratkilometer“, wie der Vorwärts pointiert kommentierte.[32] „Boden“ – ein Schlüsselbegriff im „völkischen“ Milieu – war im untersuchten Spektrum also allenfalls von untergeordneter Bedeutung. Jedoch konnte die auf ihm ansässige Bevölkerung bisweilen mit einem anderen, in radikalnationalistischen Kreisen verbreiteten Schlagwort beschrieben werden. So verwendete etwa ein Kommentar im Vorwärts die Kategorie des „Blutes“. Darin stellte der Autor die „Einheit“ der Einwohner der umstrittenen Gebiete mit den anderen Bewohnern des Reichs anhand von Kriterien wie Abstammung, Sprache und Kultur heraus. Nicht ihr subjektiver

[29] Umschau und Ausschau. Die oberschlesischen Partikularisten – Das bedrohte Ruhrgebiet – Was ist uns Preußen?, in: Kölnische Zeitung, 30. April 1922, Nr. 304, S. 1.

[30] So z. B.: Germania (50), 14. Dezember 1920, Nr. 550, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 09. Mai 1921, Nr. 214, S. 1.

[31] Nur vereinzelt finden sich in diesem Zusammenhang im untersuchten Spektrum die Erwähnung der Kategorie „Boden“, wenn doch, dann wurde diese zumeist als „vaterländischer Boden“ oder „Heimatboden“ und unter gleichzeitigem Verweis auf die Bewohner („unerträgliche Opfer Heimatboden und Heimatmenschen“) gebraucht. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 09. Mai 1921, Nr. 214, S. 1. Im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung wehrten sich die Nationalliberalen gegen den Vorwurf der „Verschacherung deutschen Bodens“. Das Fragezeichen der Verhandlungen, in: Kölnische Zeitung, 13. September 1923, Nr. 640, S. 1. Ein eigenständiger Gebrauch des Begriffes „Boden“ ist aber hierin nicht zu erkennen. Vielmehr handelte es sich um das Aufgreifen einer Wendung aus „völkischer“ Diktion, durch das versucht wurde, die „völkische“ Position zurückzuweisen. Eines der wenigen Beispiele für eine aktive Bezugnahme auf den Begriff „Boden“ stellt die Bezeichnung der Friedensbedingungen als „eine Steigerung der Verstümmelung deutschen Bodens“ in der Germania dar. Berlin, 9. Mai, in: Germania (49), 10. Mai 1919, Nr. 209, S. 1.

[32] Beschleunigte Ratifikation des Friedens, in: Vorwärts (36), 03. Juli 1919, Nr. 334, S. 1 f., hier: S. 2.

Wille zur Zugehörigkeit, sondern die Tatsache, dass sie „Blut von unserem Blute“[33] seien, war nach Auffassung des Kommentators ausschlaggebend für den Unrechtscharakter der geforderten Abtretungen. Doch könne die „Stimme des Blutes“ nicht verleugnet werden und würde langfristig zu ihrem Recht gelangen, so der Leitartikel im VORWÄRTS.[34] Stellt diese Erwähnung der Kategorie „Blut“ auch einen Einzelfall im untersuchten Sample dar, so deutet ihr Vorkommen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages doch darauf hin, dass auch das Leitmedium der Sozialdemokraten in den Chor derer einstimmte, die Volkszugehörigkeit anhand ethnischer Merkmale festzumachen suchten.

Fast ebenso heftig wie die Abtretungsforderungen wurde die Klausel im Friedensvertrag bekämpft, die sich gegen den Zusammenschluss mit Deutsch-Österreich richtete. Diese Bedingung wurde sowohl im Deutschen Reich als auch in Österreich als besonders demütigend empfunden – war doch der Wunsch nach einer Inkorporation Österreichs bei fast allen politischen Akteuren groß. Wenn auch das Verbot in den Verträgen von Versailles und St. Germain den Zukunftsoptionen Grenzen auferlegte, blieb die Forderung nach Zusammenschluss doch ein politisches Ziel der Zwischenkriegszeit. Im katholischen Milieu wurde etwa die Hoffnung, dass die Vereinigung beider Staaten zur „Genesung unseres Volkstums“ und zu einer „Harmonie zwischen Volk und Staat“ führen könne, weiterhin rhetorisch aufrechterhalten.[35] Imperialistische Absichten wurden dabei vehement bestritten.[36] Auch linksliberale Stimmen wehrten sich gegen den Vorwurf, das angestrebte Großdeutschland wolle eine Machtpolitik führen: Die „deutschen Völker“ seien „demokratisch regiert[…] und demokratisch fühlend[…]“.[37] Im erhofften „Anschluss“ schien für die Zeitgenossen die Verwirklichung des (ethnischen) Ideals einer „deutschen Volksgemeinschaft“ ein Stück näher zu rücken. Dahinter stand die Vorstellung, dass das Zusammengehen beider Staaten der kulturellen und sprachlichen „Gemeinschaft“ entspräche. Kurzum: „Deutsch-Österreich gehört nach Geschichte und Nationalität zum Deutschen Reich“.[38] Der „demos“ des deutschen Staates schickte sich bei Aufnahme „Deutsch-Österreichs“ an, stärker zu ei-

[33] Ebd.

[34] Ebd.

[35] BArch NS 5-VI/17362, fol. 110: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187. Auf die Vehemenz der großdeutschen Forderung und die „überraschende Wucht, mit welcher im katholischen Bereich der Volksbegriff in einer sowohl religiös-ethischen wie staatlichen und kulturellen Bezogenheit sich geltend machte“, hat bereits Heinrich Lutz in Bezug auf den Katholikentag 1922 hingewiesen. Heinrich Lutz, Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925, München 1963, S. 102.

[36] Vgl. BArch NS 5-VI/17362, fol. 110: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187.

[37] Theodor Wolff, Die Nationalversammlung und der Anschluß Deutschösterreichs, in: Berliner Tageblatt (48), 08. Februar 1919, Nr. 58, S. 1.

[38] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 17. Sitzung vom 28. Februar 1919, Rede von Peter Spahn (Zentrum), S. 377.

nem „ethnos“ zu werden. Auch wenn dies möglicherweise seitens der Sprecher aus den untersuchten Milieus nicht beabsichtigt wurde, transportierten ihre großdeutschen Überlegungen doch den Stoff für einen Volksbegriff ethnischer Provenienz. Es fehlte an Stimmen, die offensiv den „demos“ als Argument für den Anschluss Österreichs stark machten. Durch den ethnisch-holistisch aufgeladenen territorialen Volkbegriff gelangten pluralistische „demos“-Konzepte in die Defensive.

Der angestrebte Beitritt wurde als „Wiederanschluß“ Österreichs an das „Mutterland“ betrachtet.[39] Nach dem Bruch mit der Monarchie hatten im Herbst und Winter 1918/19 viele Beobachter darin die Chance für die Vollendung der deutschen Reichseinheit erblickt. Endlich werde das „jahrzehntelang ungestillte[…] Volksempfinden“ zur Erfüllung gelangen, artikulierte etwa das Berliner Tageblatt diese Hoffnung.[40] Die vor allem von Liberalen, aber auch von Katholiken und Sozialdemokraten ersehnte „großdeutsche nationale Einheit“[41] blieb jedoch außenpolitisch verwehrt. Zwar wurden die österreichischen „Stammesgenossen“ von der Nationalversammlung „mit offenen Armen willkommen“ geheißen,[42] durften aber die Einladung ins neue Reich nicht annehmen. Das Inkorporationsverbot in den Friedensverträgen wurde als „sehr großes Opfer für das deutsche Volk“[43] empfunden und auf die tief in der „gallische[n] Psyche“[44] wurzelnde Furcht vor einem großdeutschen Reich zurückgeführt. Als einzige Macht habe Frankreich ein Interesse an der „dauernden Uneinigkeit und Trennung der deutschen Stämme“ und setzte daher alles daran, die „Vereinigung aller deutschen Stämme zu einem einheitlichen machtvollen Reiche“ zu verhindern, war sich die Germania sicher.[45]

Zwar wurde der Zusammenschluss beider Staaten einstweilen verwehrt, doch blieb der Wille zur Vereinigung weiterhin präsent. Ein österreichischer Gastkommentator wurde im Berliner Tageblatt nicht müde zu betonen, dass dieses Ideal zu einem „Dauerglauben“ geworden sei, der „nach wie vor in der Brust aller Deutsch-Österreicher“ glühe.[46] Die Verbundenheit zwischen Österreich und dem

[39] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1226.

[40] Josef Schwab, Das Votum Deutschösterreichs. Die Reise des Staatssekretärs Bauer nach Weimar, in: Berliner Tageblatt (48), 22. Februar 1919, Nr. 84, S. 1f., hier: S. 1.

[41] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1226.

[42] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 1. Sitzung vom 06. Februar 1919, Rede von Friedrich Ebert (MSPD, Reichskanzler), S. 2; ähnlich auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Friedrich Naumann (DDP), S. 59; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 8. Sitzung vom 15. Februar 1919, Rede von Hugo Haase (USPD), S. 108; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 7. Sitzung vom 14. Februar 1919, Rede von Wilhelm Keil (MSPD), S. 78.

[43] Berlin, 27. Mai, in: Germania (49), 28. Mai 1919, Nr. 239, S. 1f.

[44] Oesterreichische Anschlussgedanken, in: Germania (51), 22. Mai 1921, Nr. 275, S. 1f.

[45] Ebd.

[46] Carl Brockhausen, Oesterreichs heutige Lage, in: Berliner Tageblatt (52), 06. Januar 1923, Nr. 10, S. 1f., hier: S. 2.

Deutschen Reich basiere, so die katholische GERMANIA, auf „Blut, Geschichte“ und der gleichen „wirtschaftliche[n] Entwicklung“.[47] Und für den Sozialdemokraten Hermann Müller stellten die Österreicher ganz selbstverständlich „ein[en] Stamm des deutschen Volkes“[48] dar. Um wenigstens die kulturelle „Gemeinschaft“ aufrechtzuerhalten, wurden „die Stammesbrüder in Oesterreich“ – wie auch die in Elsass-Lothringen – dazu aufgerufen, ihre „Zugehörigkeit zum deutschen Volk als heiliges Vermächtnis“ zu hüten.[49] Ebenfalls kam in den Benennungen der Alpenrepublik und ihrer Bewohner die Zusammengehörigkeit und der Wille zur Vereinigung zum Ausdruck. So waren in den untersuchten Milieus Bezeichnungen wie „österreichische Brüder“,[50] „Brudervolk“,[51] „Bruderstämme[…]“,[52] „Stammesbrüder“[53] oder „Stammesgenossen“[54] üblich. Das sprachlich konstruierte Geschwisterverhältnis betonte die natürliche Verbindung beider „Völker“ und legte nahe, dass die „Gemeinschaft“ nicht nur aus Kultur und Sprache, sondern auch aus der gleichen Abstammung erwachse. In solchen Semantiken stand das „Volk“ als „ethnos“ im Mittelpunkt – das etwa im „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zutage tretende Staatsvolk wurde nur am Rande als Begründung für die Beitrittsforderung angeführt.[55]

Da das Verlangen nach einem Zusammenschluss parteiübergreifend war, eignete es sich ideal dafür, mit anderen Zielen verknüpft zu werden. So nutzten die Sprecher aus dem sozialdemokratischen Milieu den allgemeinen Willen zur „großdeutschen Einheit“, um ihrem Anliegen nach einer neuen Nationalfahne

[47] Vor dem oesterreichisch-deutschen Handelsvertrag. Eine Unterredung mit dem österreichischen Außenminister Dr. Grünberger, in: Germania (54), 23. Februar 1924, Nr. 54, S. 1 f., hier: S. 1.

[48] Hermann Müller, Demokratische Außenpolitik, in: Vorwärts (51), 03. April 1924, Nr. 159, S. 1 f., hier: S. 1.

[49] Berlin, 28. Juni, in: Germania (49), 29. Juni 1919, Nr. 290, S. 1.

[50] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 63; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1226.

[51] So etwa: Die Tiroler Kundgebung, in: Germania (51), 26. April 1921, Nr. 212, S. 1 f.; Zur Reise des österreichischen Bundeskanzlers, in: Germania (52), 22. August 1922, Nr. 455, S. 1 f.

[52] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 64. Sitzung vom 23. Juli 1919, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichsaußenminister), S. 1856.

[53] Die österreichische Ueberrumplung, in: Kölnische Zeitung, 23. Dezember 1921, Nr. 875, S. 1 f., hier: S. 1.

[54] So etwa: Max Graf Montgelas, Kann Deutschland unterzeichnen?, in: Berliner Tageblatt (48), 30. März 1919, Nr. 139, S. 1 f., hier: S. 1; Wirtschaftsbilder aus Oesterreich, in: Kölnische Zeitung, 09. Februar 1921, Nr. 102, S. 1; Josef Räuscher, Mißverständnisse, in: Germania (52), 17. Oktober 1922, Nr. 552, S. 1.

[55] So etwa: Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 14; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 346, 51. Sitzung vom 19. Januar 1921, Rede von Paul Löbe (MSPD, Reichstagspräsident), S. 1888; Umschau und Ausschau. Nationalisten und Sozialisten – Nation – Gift aus dem Osten, in: Kölnische Zeitung, 11. September 1921, Nr. 605, S. 1; Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 51; Hermann Müller, Demokratische Außenpolitik, in: Vorwärts (41), 03. April 1924, S. 1 f., hier: S. 1. Zur Rolle, die das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in der öffentlichen Auseinandersetzung während der Zeit der Weimarer Republik spielte, vgl. Laba, „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen“.

Nachdruck zu verleihen. Unter dem Eindruck des alliierten Vetos gegen die Angliederung wurde von den Befürwortern einer Änderung der Reichsflagge die Kombination „Schwarz-Rot-Gold“ als ein „Symbol der großdeutschen nationalen Zusammengehörigkeit“[56] und als Sinnbild für die „Volkseinheit“[57] gedeutet. „Großdeutschland“ wurde im Flaggenstreit zu einem Argument, das Sozialdemokraten und Linksliberale für den Farbenwechsel vorbrachten und mit dem sie auf die geschichtliche Bedeutung von „Schwarz-Rot-Gold“ in der Revolution 1848/49 verwiesen.[58] Dabei schien die Vorstellung von einer „großdeutsche[n] nationale[n] Einheit“ teilweise über die gedanklich um Österreich erweiterten Reichsgrenzen hinauszugehen. Als Kriterium für das Deutschtum wurde neben der Sprache das gefühlsmäßige Bekenntnis angeführt, „Bestandteil unseres Volkes“ zu sein.[59] Damit gesellte sich zu dem vermeintlich objektiv-ethnischen auch ein subjektiv-voluntaristisches Merkmal. Die Sozialdemokraten versuchten, sich in der Debatte als traditionelle Verfechter einer Großdeutschlandidee zu positionieren, die im Gegensatz zum „Bismarckschen Großpreußentum“[60] stehe. Auf einen einheitlichen Volksbegriff legten sich die Sprecher aus dem sozialdemokratischen Milieu jedoch nicht fest. Und auch die Folgen für den erbitterten Streit um die deutsche Fahne waren gering: Sozialdemokraten und Linksliberalen gelang es nicht, mit ihrer Forderung nach neuen Reichsfarben die Opposition zu überzeugen – die Frage nach den „nationalen“ Farben der Republik blieb hoch umstritten.

Die sich durch das Anschlussverbot und die Gebietsverluste im Zuge des Versailler Vertrages ausweitende Diskrepanz zwischen den Staatsgrenzen und den Grenzen des „deutschen Sprach- und Volksgebiets“[61] wurde im gesamten unter-

[56] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1226.

[57] Eduard David, Die schwarz-rot-goldene Gösch, in: Vorwärts (38), 25. Juni 1921, Nr. 295, S. 1 f., hier: S. 1.

[58] Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 14. Sitzung vom 24. Februar 1919, Rede von Hugo Preuß (DDP, Reichsinnenminister), S. 285; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1117; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1226; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Carl Wilhelm Petersen (DDP), S. 1230. Zur Auseinandersetzung um die künftigen Reichsfarben aus sprachgeschichtlicher Sicht: Eitz/Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1, S. 32–99.

[59] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1226; hingegen nur das Kriterium „Sprache“ thematisierend: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1117.

[60] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Paul Löbe (MSPD), S. 1117.

[61] BArch NS 5-VI/17362, fol. 110: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187.

suchten Spektrum als schmerzhaft empfunden. Vom „völkischen Standpunkt“ aus betrachtet, so die katholische GERMANIA, sei das Reich heute „ein Torso“, da sich seine geografischen Grenzen „nirgends mit denen des deutschen Sprachgebietes“ decken würden.[62] Der Versailler Vertrag hatte diese Situation zwar nicht erzeugt, sie aber erheblich verschärft. Bereits durch frühere Abtretungen sei die „Harmonie zwischen Volk und Staat empfindlich gestört und dem Körper der deutschen Volksseele unheilbare Wunden zugefügt“ worden, so der Zentrumspolitiker Adam Stegerwald in einer Rede im November 1921 vor dem katholischen Frauenbund.[63] In seinem Denken – und in dem vieler seiner Zeitgenossen – sollte die als Sprach-, Kultur- oder Abstammungsgemeinschaft begriffene „Nation“ mit den Grenzen des Staates übereinstimmen. Konnte dies angesichts der Umstände nicht verwirklicht werden, so sollten sich die Deutschen wenigstens bewusst werden, dass sie „ein Bruderband mit den geopferten Volksgenossen“ verbinde.[64] Dieses Bewusstsein wurde während der Zwischenkriegszeit durch die beständige Anprangerung der Versailler Ungerechtigkeiten sowie der verstärkten Aufmerksamkeit für die Auslandsdeutschen wachgehalten. Das eklatante Auseinanderfallen von „Kultur-“ und „Staatsnation“ in der Pariser Friedensordnung ließ im Deutschen Reich die Sorge um die „leidenden Brüder“ im Ausland zu einer „nationalen“ Pflicht und einem ständigen Thema werden.[65]

Das Sprechen über die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen verriet dabei viel über das eigene (Selbst-) Verständnis von „Nation“ und „Volk“ im Inland. Häufig wurde in diesem Zusammenhang auf organische Sprachbilder zurückgegriffen. So schrieb etwa der österreichische Gesandte Ludo Hartmann im BERLINER TAGEBLATT, dass es sich bei den Auslandsdeutschen in Böhmen um 2,5 Millionen „Volksgenossen im geschlossenen Sprachgebiet“ handele, die zugunsten der Tschechen „vom Körper des deutschen Volkes losgetrennt“ worden seien.[66] Mit dieser „Körper-Gewalt-Metapher“ – die in ähnlicher Form auch im Jahresrückblick 1918 der nationalliberalen KÖLNISCHEN ZEITUNG zu finden war[67] – betonte Hartmann die Verbundenheit und die natürliche Ordnung aller Deutschen und machte dabei deren Zugehörigkeit an augenscheinlich ethnischen Kriterien wie Sprache oder Abstammung fest. Trotz des an ihm verübten Unrechts habe sich das „deutsche Volk in Böhmen“ – so die vorübergehende Bezeichnung der Auslandsdeutschen in der Tschechoslowakei seitens der linksliberalen Presse – „der

[62] Reich und Länder, in: Germania (53), 26. Oktober 1923, Nr. 297, S. 1 f., hier: S. 1.
[63] BArch NS 5-VI/17362, fol. 110: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187.
[64] Ebd.
[65] Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 76 f.; Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 266–268.
[66] Ludo Hartmann, Deutschland und Deutschösterreich, in: Berliner Tageblatt (47), 25. Dezember 1918, Nr. 1 f., hier: S. 1.
[67] Darin heißt es u. a.: „Kleine Nationen sogar schleifen das Messer, um Teile aus dem wehrlosen Körper des einst so mächtigen Reiches zu schneiden.“ Deutschland im Jahre 1918, in: Kölnische Zeitung, 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1.

Macht der Tatsachen gefügt“ und sich im neuen Staat einstweilen eingerichtet.[68] Die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei wurde in der Presse als ein „Daseinskampf“ angesehen.[69]

Ließen sich die Einwohner Böhmens ethnisch noch vermeintlich trennscharf in „deutsch“ und „tschechisch“ differenzieren, so fiel eine entsprechende bipolare Einteilung etwa der Bewohner Kärntens schwer. Das „Kärntner Völkchen“ sei „nicht als einheitlich“ zu werten, so Paul Michaelis im Berliner Tageblatt. Und überdies gebe es nach historischen Erkenntnissen „kaum ein reines Germanentum“ auf deutschen Boden mehr, da „fast überall […] eine mehr oder weniger innige Vermischung mit fremdstämmigen Urbewohnern oder Einwanderern“ stattgefunden habe.[70] Konsequent angewendet hätte ein solches obiter dictum alle ethnischen Volks- und Gemeinschaftsfantasien ins Reich der Wunschvorstellungen verbannt, doch wurde diese wissenschaftliche Erkenntnis in der politischen Rede und in der Pressepublizistik nicht weiter beachtet. Immerhin blieb die ethnische Zuordnung der Kärntner Bevölkerung im untersuchten politischen Spektrum der frühen Weimarer Republik vage. Im katholischen Milieu gestand man sich ein, dass es sich bei den Einwohnern um eine „slowenisch-deutsche Mischrasse“ handele. Trotz dieser Erkenntnis wurde die Bedeutung der „deutschen Kultur“ hochgehalten – im Gegensatz zu der als bloße Zufälligkeit abgetanen slowenischen Muttersprache.[71] Die per Volksabstimmung im Oktober 1920 zu entscheidende Frage, ob Kärnten künftig zum SHS-Staat oder zu Österreich gehören solle, wurde gleichwohl als eine „Blutmischungsfrage“ bezeichnet.[72] Die für die Verwendung der eigentlich auf die Abstammung zielenden Begriffe „Blut“ und „Rasse“ ausschlaggebenden Kriterien blieben dabei offen – beinhaltete doch die Annahme einer ethnischen Vermischung, dass es gerade keine eindeutige ethnische Identität gäbe. „Rasse“ wurde in diesem Zusammenhang anscheinend nicht nur als irreversibel-biologische, sondern auch als eine kulturell begründete, individuell mittel- bis langfristig variable Klassifikation verstanden. So wurde die Kombination aus „deutscher Kultur“ und slowenischer Sprache als Beweis für die These von der „slowenisch-deutsche[n] Mischrasse“[73] angeführt. Damit unterschied sich die Verwendung des Rassenbegriffes von Vorstellungen, die im „völkischen“ Lager verbreitet waren. In jenen Kreisen gehörten der Begriff „Rasse“ sowie seine Komposita zu den meistverwendeten Wörtern überhaupt – er wurde mit Ideen von „Höher-“ und „Minderwertigkeit“, „Kampf“, „Zerfall“, „Reinheit“ und „Führerschaft“ verknüpft und war radikalnationalistisch sowie antisemitisch ex-

[68] Hans Vorst, Das deutsche Volk im tschechoslawischen [sic!] Staat, in: Berliner Tageblatt (48), 01. Oktober 1919, Nr. 251, S. 1 f., hier: S. 1.
[69] Wirtschaftsbilder aus Oesterreich, in: Kölnische Zeitung, 09. Februar 1921, Nr. 102, S. 1.
[70] Paul Michaelis, Vor der Abstimmung in Kärnten. Der entscheidende 10. Oktober, in: Berliner Tageblatt (49), 06. Oktober 1920, Nr. 471, S. 1 f., hier: S. 1.
[71] Curt Bauer, Kärnten in seiner Schicksalsstunde, in: Germania (50), 16. September 1920, Nr. 412, S. 1 f., hier: S. 1.
[72] Ebd.
[73] Ebd.

kludierend konnotiert.[74] Entsprechende Vorstellungen von „Rasse“ waren im Spektrum der Mitte nicht verbreitet oder zumindest nicht diskursfähig. Die Anwendung des Wortes „Rasse“ auf den oben dargestellten Zusammenhang trug aber mit dazu bei, dass sich auch in den untersuchten Milieus ein „rassistisches“ Kategorienfeld als Denkhorizont etablierte.

Insgesamt wurde der Rassenbegriff jedoch nur vereinzelt angewendet. Überlegungen zur Mixtur verschiedener „Völker“ waren, wie Äußerungen etwa in Bezug auf das „elsässische[…] Volk[…]“[75] zeigen, aber durchaus üblich, wenn es galt, umstrittene Territorien ethnisch zu klassifizieren. So waren die Bewohner des Oberrheingebietes für die Sprecher aus dem katholischen Milieu seit alters her geprägt durch eine „gesunde[…] Synthese ihrer deutschen Wesensart mit westeuropäisch-romantischen Kulturelementen“.[76] Trotz des Eingeständnisses, dass die Art der Elsässer durch die Vermischung von Eigenschaften beider „Nationen“ bestimmt sei, war auch in diesem Fall die Vorstellung von einem „unzweifelhaft deutsche[n] Stamm“[77] sehr wirkmächtig. Die Anerkennung, dass in einem Territorium verschiedene Kulturen miteinander verschmolzen seien, hinderte die Sprecher nicht daran, unter Berufung auf die angeblich deutschen Wesenseigenschaften den Anspruch auf die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes zu stellen. Diese Paradoxie entstand auch dadurch, dass angesichts der territorialen Verluste das Infragestellen von Zugehörigkeiten einem „nationalen“ Verrat gleichgekommen wäre – ein Vorwurf, dem sich kein Sprecher aussetzen wollte. Eine Möglichkeit, die offensichtlichen Unstimmigkeiten zu bereinigen, bestand somit darin, die „Mischung“ der Bevölkerung anzuerkennen und dennoch weiterhin deren deutschen Charakter zu beteuern.

Wie bereits dargelegt, gerieten während der Weimarer Republik die „Auslandsdeutschen“ stark in den diskursiven Fokus.[78] Sie wurden vielfach als „deutsche Volkssplitter“ apostrophiert.[79] Durch diese Wortwahl wurde die Bindung an das „deutsche Volk“ hervorgehoben. Zudem evozierte der Wortbestandteil „Splitter“

[74] Beispielhaft für die Vorstellungen von „Rasse“ im „völkischen“ Milieu vgl.: Halte dein Blut rein!, in: Münchener Beobachter (32), 12. Oktober 1918, Nr. 19, S. 1; Was wir wollen, in: Münchener Beobachter (32), 22. November 1918, Nr. 25, S. 1.

[75] Drachensaat, in: Germania (52), 15. August 1922, Nr. 443, S. 1f., hier: S. 2.

[76] Lehren eines Jahrestages, in: Germania (53), 25. November 1923, Nr. 322, S. 1f., hier: S. 2.

[77] Die Agonie eines deutschen Grenzvolkes, in: Germania (51), 01. Oktober 1921, Nr. 608, S. 1f., hier: S. 1.

[78] Vgl. Beilner, Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, hier: S. 5; Alexander Pinwinkler, Trends der Bevölkerungsforschung in den Geschichtswissenschaften, in: Josef Ehmer/Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts „Bevölkerung“ vor, im und nach dem „Dritten Reich“. Zur Geschichte der deutschen Bevölkerungswissenschaft, Wiesbaden 2009, S. 107–127, hier: S. 111–113.

[79] So etwa: Umschau und Ausschau. Nationalisten und Sozialisten – Nation – Gift aus dem Osten, in: Kölnische Zeitung, 11. September 1921, Nr. 605, S. 1; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 386, 71. Sitzung vom 12. Juni 1925, Rede von Georg Schreiber (Zentrum), S. 2234; ähnlich auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 57. Sitzung vom 16. Juli 1919, Rede von Oskar Cohn (USPD), S. 1572; Das deutsche Kulturproblem in Lettland, in: Germania (54), 22. Juli 1924, Nr. 299, S. 1f.

das Bild einer durch Gewalteinwirkung entstandenen Abspaltung, die als Fremdkörper in ein anderes homogenes Gewebe eindringen und dort zu einem Entzündungsherd werden könne. Eine Aufgabe erblickten die Sprecher praktisch aller untersuchten Milieus darin, die Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur „Kulturgemeinschaft“ zu pflegen und zu bewahren.[80] Die Auslandsdeutschen müssten, so hieß es etwa im Parteiprogramm des Zentrums, „in der Verteidigung ihrer nationalen Rechte“ unterstützt werden; „allen deutschen Stämmen“ sei das (nicht näher definierte) „tatsächliche Selbstbestimmungsrecht“ zu erringen und zu bewahren.[81] Die „große deutsche Kulturgemeinschaft, die über die Grenzen der Heimat geht“, war eine Vorstellung, die im katholischen Milieu breite Unterstützung fand.[82] „Kulturpropaganda“ galt daher auch als ein Mittel, die entsprechende „Gemeinschaft“ zu festigen. Die Religion war dabei ein zentraler Aspekt, der zur Bildung und Aufrechterhaltung der ideellen Einheit beitragen sollte.[83] Durch finanzielle und propagandistische Unterstützung sollte den Auslandsdeutschen beigestanden werden. Andernfalls drohe die Gefahr, dass sie „[u]nter den Einfluß fremder Kulturen“ gelangen, ihre „völkische Eigenart“ verlieren und damit ihrem „Volksstamm rettungslos“ verlustig gehen würden.[84] Dies galt es auch durch die fortwährende Berichterstattung über die Situation der Deutschen im Ausland zu verhindern.

Neben der Wirkung auf die Deutschen außerhalb des Reichs erhofften sich die Sprecher aus dem katholischen Spektrum von der „deutschen Kulturgemeinschaft“ eine Stärkung der „inneren Einheit“.[85] Zuvor müssten sich aber die Deutschen im Inland ihrer Zugehörigkeit zum „Volkstum“ und der besonderen Zustände in den von Deutschen bewohnten Gebieten bewusst werden, um auf Grundlage dessen die Auslandsdeutschen „psychologisch[…]“ verstehen und sie „geistig[…] [e]rober[n]“ zu können.[86] Nicht selten glich dabei die Konstruktion von Zugehörigkeit zum deutschen „Volkstum“ einer sprachlichen Vereinnahmung. Von den unter dem Schlagwort des „Deutschamerikanertums“ apostrophierten „10 Millionen“ US-Bürgern mit deutschen Wurzeln erhofften sich Sprecher aus dem katholischen Milieu etwa, dass sich diese „in ideeller Beziehung […]

[80] So etwa auch die Grundsätze der Reichszentrale für Heimatdienst, nach denen das „Grenzdeutschtum[…]“ [sic!] und das „gesamte deutsche Volk“ durch ein „einheitliches Band gemeinsamer Gesinnung und gemeinsamen Fühlens“ miteinander verbunden bleiben solle. Richard Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, Berlin [1926], S. 7f.

[81] Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 51.

[82] F. Kellermann, Zur deutschen Kulturpropaganda, in: Germania (54), 03. Juni 1924, Nr. 217, S. 1f., hier: S. 2.

[83] Ebd.

[84] Das deutsche Kulturproblem in Lettland, in: Germania (54), 22. Juli 1924, Nr. 299, S. 1f., hier: S. 1.

[85] Vgl. F. Kellermann, Zur deutschen Kulturpropaganda, in: Germania (54), 03. Juni 1924, Nr. 217, S. 1f.; P. Sonnenschein, Katholizismus und Auslandsdeutschtum, in: Germania (50), 30. Dezember 1920, Nr. 576, S. 1f.; Das ganze Deutschland soll es sein, in: Germania (53), 24. Mai 1923, Nr. 141, S. 1f.

[86] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 386, 71. Sitzung vom 12. Juni 1925, Rede von Georg Schreiber (Zentrum), S. 2236f.

mit dem Muttervolk immer stärker“ verbinden würden.[87] Ob sich die angesprochenen Personen jedoch selbst (noch) als „Deutschamerikaner“ verstanden oder gar ein deutsches „Volkstum“ in den USA pflegten, blieb unbeachtet.

Auch Gustav Stresemann verwies auf die Pflicht, „die Kulturgemeinschaft mit den Deutschen“ sowohl der „abgetrennten Gebiete“ als auch in Böhmen, Österreich und Tirol zu erhalten.[88] Eine entsprechende Forderung war Teil der DVP-Grundsätze. Fehlte die Möglichkeit einer realen staatlichen „Gemeinschaft“ aller Deutschen, so sollte doch wenigstens ein „geistig[es]“ Band die „Volksgenossen“ einen.[89] Das Fernziel blieb weiterhin, von der „geistigen“ zu einer „politischen Geschlossenheit auf deutschem mitteleuropäischen Sprachboden“ zu gelangen.[90] Der Traum von einem großdeutschen Nationalstaat war im nationalliberalen Milieu noch nicht ad acta gelegt. Vorübergehend konnte jedoch nur an das Bewusstsein für die „inner[e] Zusammengehörigkeit deutscher Stämme“[91] appelliert werden. Dieses basierte auf der Vorstellung einer geistig-kulturellen „Einheit“ in der „deutschen Kulturnation“. Im Begriff des „Volkstums“ wurde dieser Gedanke aufgegriffen – in ihm bildeten die Zusammengehörigkeit durch „Blutsbande“ und die auf „Sprache“, „Mentalität“ und „Geschichte“ basierenden, kulturellen Gemeinschaftsmerkmale ein Amalgam.[92] Das Wort „Volkstum“ brachte die alle Deutschen verbindenden Elemente auf einen Nenner – es ließ aber offen, ob die Zugehörigkeit zu ihm von der Erfüllung subjektiver oder objektiver Kriterien abhängig gemacht wurde.[93] Die Verwendung des Begriffes beschränkte sich zumeist auf das nationalliberale und katholische Milieu – im sozialdemokratischen Umfeld gehörte er nicht zum Wortschatz. Generell war hier die Vorstellung einer „Kulturnation“ weit weniger mächtig als im übrigen untersuchten Spektrum. Dieser Befund lässt sich möglicherweise mit den in der Arbeiterbewegung verbreiteten internationalistischen Überzeugungen sowie mit der Vermutung erklären, dass die eher vagen kulturellen Einheitskonstrukte im Bürgertum ob dessen sozialem Hintergrund weit wirkmächtiger werden konnten als innerhalb der Arbeiterschaft.

[87] Fritz Heinz Reimesch, Neues über das Deutschtum in Amerika, in: Germania (51), 09. April 1921, Nr. 170, S. 1 f., hier: S. 1.

[88] BArch R 45-II/327: Reichsgeschäftsstelle der DVP (Hrsg.), Vierter Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart am 01. und 02. Dezember 1921. Gesamtbericht, fol. 821.

[89] Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 60–71, hier: S. 64.

[90] Hugo Grothe, Zum „Deutschen Tag“ in Flensburg und Hamburg, in: Kölnische Zeitung, 02. Juni 1923, Nr. 381, S. 1 f., hier: S. 1.

[91] Ebd.

[92] Vgl. Der Deutsche Tag in Graz, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1924, Nr. 407, S. 1 f.; ähnlich auch: P. Sonnenschein, Katholizismus und Auslandsdeutschtum, in: Germania (50), 30. Dezember 1920, Nr. 576, S. 1 f.

[93] Die zeitgenössische Definition des Volkstumsbegriffes sprach von der „Summe der ein Volk kennzeichnenden wesentlichen Züge seines geistigen bzw. seelischen Lebens“. Die Zugehörigkeit zum „Volkstum“ wurde auf Sozialisationseinflüsse und auf die „ererbten Rasseneigentümlichkeiten“ zurückgeführt. Volkstum, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 12: Traunsee–Zz (1930), Leipzig 1924–1933, Sp. 848, hier: Sp. 848.

Abgesehen von der Sozialdemokratie, die in ihrem Programm nur allgemein vom „Schutz aller nationalen Minderheiten“, der „Revision des Friedensvertrags“ und der „Anerkennung der nationalen Lebensrechte“ Deutschlands sprach,[94] gehörte die Erinnerung an die „vom Deutschen Reich losgerissen[en]“ „deutschen Volksgenossen“ zum festen Bestandteil der politischen Programme und Reden aller untersuchten Parteien in der Weimarer Republik.[95] Die ständige Erwähnung prangerte das vermeintliche alliierte Unrecht an den Deutschen an, machte so die anhaltende scharfe Opposition zur Pariser Nachkriegsordnung deutlich und stellte gleichzeitig die „nationale“ Zuverlässigkeit der Sprecher und ihrer Partei heraus – nicht ohne dabei die Haltung anderer gesellschaftlicher Milieus zu diskreditieren.[96]

Welche Nationsvorstellungen jedoch die verschiedenen Milieus pflegten, war höchst unterschiedlich – vielfach gar in sich widersprüchlich. So brachte es die nationalliberale Kölnische Zeitung fertig, sich in einem Artikel sowohl zum renanschen Konzept einer „Willensnation“ als auch zur entgegengesetzten Idee einer „ethnische[n] Einheit“ zu bekennen.[97] Der zwischen beiden Modellen bestehende Widerspruch wurde nicht aufgelöst – eine klare Festlegung auf die Alternativen „Wille“ oder „Prädestination qua Geburt“ blieb aus.

Das Adjektiv „national“ wurde im Zusammenhang mit den Auslandsdeutschen und der Frage ihrer Minderheitenrechte zumeist im Sinne von „ethnisch“ verwendet. Häufig wurde es in semantischen Einheiten wie „nationale Frage“,[98] „nationale Schichtung“,[99] „nationale Unterdrückung“,[100] „nationale[s] Lebens-

[94] Das Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei vom 14. September 1921, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 29–33, hier: S. 33.

[95] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 9423; zur Bezugnahme in den Wahlprogrammen z. B.: Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1918, abgedruckt in: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 59–62, hier vor allem: S. 62; Programm der Deutschen Demokratischen Partei (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes), zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 63 u. 65; Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 42–48, hier: S. 44; Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 60–71, hier: S. 64; Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 51.

[96] Vgl. Laba, „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen“, hier: S. 133 f.

[97] Umschau und Ausschau. Nationalisten und Sozialisten – Nation – Gift aus dem Osten, in: Kölnische Zeitung, 11. September 1921, Nr. 605, S. 1.

[98] Die deutschböhmische und südtiroler Frage in Ziffern, in: Vorwärts (35), 23. Dezember 1918, Nr. 352, S. 1 f., hier: S. 2; Friedrich Naumann, Politische Glaubensbekenntnisse. Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei, in: Berliner Tageblatt (48), 01. Januar 1919, Nr. 1, S. 1; Prager Chauvinismus. Die Verwöhnungsaktion gescheitert, in: Vorwärts (39), 16. November 1922, Nr. 543, S. 1 f., hier: S. 1.

[99] Die deutschböhmische und südtiroler Frage in Ziffern, in: Vorwärts (35), 23. Dezember 1918, Nr. 352, S. 1 f., hier: S. 1.

[100] Ebd.

recht“,[101] „nationale[…] Kämpfe“[102] oder „nationale[…] Minderheiten“[103] gebraucht. In Bezug auf die fehlenden politischen Rechte der deutschen Minderheiten und der einem anderen „ethnos“ angehörenden Mehrheit war von einer „fremdnationale[n] Herrschaft“[104] die Rede. Erstaunlicherweise war ein solcher Wortgebrauch des Adjektivs „national“ im sozialdemokratischen Milieu besonders häufig anzutreffen. Die Zugehörigkeit der „deutschen Stammesbrüder jenseits unserer Grenzen“[105] zum „deutschen Volk“ war für die Zeitgenossen so unbestritten, dass sie nicht eigens unter Heranziehung von Kriterien wie „Sprache“, „Kultur“, „Herkunft“ oder „Brauchtum“ begründet werden musste. Nur vereinzelt schimmerte der Verweis auf das Abstammungsmerkmal durch, etwa wenn von „Gliedern deutschstämmiger Herkunft“[106] gesprochen wurde.

Während Zweifel an der territorialen Zugehörigkeit einzelner Bestandteile zum Deutschen Reich entweder nicht vorhanden waren oder angesichts der erdrückend wirkenden Friedensbedingungen nicht offen kommuniziert wurden, bot der Diskurs um die innere territoriale Ordnung Raum für unterschiedliche Meinungen und für die Neuverhandlung alter Strukturen.

1.2 Der Kampf um den „Einheitsstaat“ – der Diskurs um die Neugliederung des Reichs

Das Ende der Monarchie in den Einzelstaaten des Deutschen Reichs eröffnete die Möglichkeit zu einer gänzlichen Neugestaltung der inneren territorialen Strukturen. Die dynastische Klammer, die zum Zusammenhalt des Staates beigetragen hatte, war im Herbst 1918 weggebrochen. Was blieb, waren die Kräfte einer teils jahrhundertealten „Einheit“, die Teilübereinstimmung der Länder mit Stammesidentitäten und die häufig vorhandene Negativabgrenzung gegenüber benachbarten Gebieten. Doch gerade an der Kongruenz von „Stammes-“ und Ländergrenzen mangelte es vielen Gliedstaaten. So nahm es kaum wunder, dass zu Beginn der Weimarer Republik über eine territoriale Umgestaltung der Einzelstaaten genauso diskutiert wurde wie über das künftige Verhältnis zwischen ihnen und dem Reich.

Mit der Gründung der Republik glaubten viele Liberale die territoriale Aufteilung des Reichs in einzelne Gliedstaaten für überwunden. Alfred Weber sah mit Blick auf die deutschen Einzelstaaten voraus:

> Ihre Staats- und Souveränitätsspielerei aber wird grundsätzlich zu Ende sein. Sie werden in der großen, freien republikanischen Einheit des deutschen Volkes verschwinden.[107]

[101] Ebd.
[102] Prager Chauvinismus. Die Verwöhnungsaktion gescheitert, in: Vorwärts (39), 16. November 1922, Nr. 543, S. 1 f., hier: S. 1.
[103] Ebd.
[104] Die deutschböhmische und südtiroler Frage in Ziffern, in: Vorwärts (35), 23. Dezember 1918, Nr. 352, S. 1 f., hier: S. 2.
[105] [Wilhelm] Marx, Weihnachten, in: Germania (53), 25. Dezember 1923, Nr. 352, S. 1 f., hier: S. 2.
[106] Eine Wochen-Uebersicht, in: Kölnische Zeitung, 08. Februar 1919, Nr. 90, S. 1.
[107] Alfred Weber, Die neue demokratische Partei, in: Berliner Tageblatt (47), 17. November 1918, Nr. 589, S. 1.

Doch erwies sich die Freude über die Errichtung des „Einheitsstaates“ und das damit einhergehende Ende der „Kleinstaaterei“ als verfrüht.[108] Bereits in den Verfassungsverhandlungen hatten die Länder ihre Kompetenzen gegenüber dem Reich behaupten können. Der Entwurf von Hugo Preuß, der einen „Einheitsstaat“ favorisiert hatte, musste auf Druck der Länder revidiert werden. Dies war ein herber Rückschlag für die linksliberalen Bestrebungen, der Reichsebene mehr Macht zukommen zu lassen. Dabei waren sich die führenden DDP-Politiker der zu erwartenden Widerstände durchaus bewusst. So gab Preuß zu, dass dem „deutschen Volkscharakter […] unzweifelhaft eine starke Abneigung […] gegen eine unbeschränkte Zentralisierung“ innewohne, die zur Folge habe, dass das „deutsche Volk“ mit „Zähigkeit“ an der „Eigenart seiner Landschaften und Stämme“ hänge.[109] Gleichwohl seien die Einzelstaaten lediglich „Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik, die fast überall die natürlichen Zusammenhänge und Stämme willkürlich durchschneiden“ würden.[110] Daraus hatte der Staatsrechtler die Schlussfolgerung gezogen, dass der „Einheitsstaat“ die alten Bundesstaaten neu gliedern, das natürlich Zusammengehörige wieder einen und den neuen Ländern ein autonomes Eigenleben gewähren müsse.[111] Im Fokus stand dabei vor allem Preußen, dessen Einheit als eine rein künstlich-dynastische betrachtet wurde. Preuß' Entwurf sah die Zerschlagung dieses Hegemonialbundesstaates vor – eine Forderung, die auch im sozialdemokratischen Milieu Rückhalt fand.[112] Etwas gemäßigter gab sich der linksliberale Kasseler Oberbürgermeister Erich Koch, der für die Möglichkeit der Verselbstständigung der ehemaligen preußischen Provinzen unter Aufrechterhaltung der Existenz Preußens plädierte.[113] Andere Linksliberale gingen nicht so weit, wollten aber wenigstens die „preußische Alleinherrschaft“ in der Länderkammer brechen.[114] Ähnlich differenziert war das Meinungsbild innerhalb der Sozialdemokratie. Auch in diesem Milieu plädierten viele Sprecher für das Zurückdrängen der Länder und den Ausbau der Zentralgewalt. Hierzu wurde aber auch Widerspruch, etwa von den preußischen Sozialdemokraten um Ministerpräsident Otto Braun laut, die den „Einheitsstaat“ unter

[108] Karl Max Fürst von Lichnowsky, Der Einheitsstaat, in: Berliner Tageblatt (48), 16. Januar 1919, Nr. 15, S. 1f., hier: S. 2.

[109] Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 7.

[110] Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 8.

[111] Vgl. ebd.

[112] Vgl. Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 11f. Ähnlich wie Preuß war auch die Forderung Radbruchs, „das preußische Volk muß sich in mehrere Staaten auflösen“. Gustav Radbruch, Der Sturm gegen den Verfassungsentwurf, in: Vorwärts (36), 25. Januar 1919, Nr. 45, S. 1f., hier: S. 1. Allgemein zur Diskussion um die Zukunft Preußens und die territoriale Ordnung im Verfassungsentwurf: Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 273–279.

[113] Erich Koch, Deutschland ohne Preußen?, in: Berliner Tageblatt (48), 29. März 1919, Nr. 137, S. 1f., hier: S. 1; zur Haltung Preußens im Falle der Loslösung von Landesteilen ebenfalls: Paul Michaelis, Die preußischen Wahlen. Für die Deutsche demokratische Partei, in: Berliner Tageblatt (48), 22. Januar 1919, Nr. 26, S. 1f., hier: S. 1.

[114] Wilhelm Heile, Die deutsche Frage. Zum Streit um Artikel 18 der Verfassung, in: Berliner Tageblatt (48), 20. Juli 1919, Nr. 330, S. 1f., hier: S. 2.

Aufrechterhaltung der „republikanischen Ordnungszelle“ Preußen verwirklicht sehen wollten und daher gegen die Auflösung des größten Einzelstaates zu Felde zogen.[115] So waren die Meinungen in DDP und SPD zwar für einen stärkeren Unitarismus, gingen jedoch bei der Frage nach Umsetzung und Reichweite weit auseinander. Vehement gegen eine Aufspaltung Preußens wandte sich die DNVP, die von einer „untrennbaren Einheit“ sprach, die über Jahrhunderte hinweg „völkisch und wirtschaftlich und kulturell organisch zusammengewachsen“ sei.[116] Letztlich war es jedoch der erbitterte Widerstand der Länder, der die preußschen Pläne zum Scheitern brachte. Das ursprünglich von den Reformbefürwortern angeführte Argument, die „nationale Einheit“ stärken und festigen zu wollen,[117] wurde von den Gegnern aufgegriffen und zugunsten der Beibehaltung der tradierten Strukturen herangezogen. Mit der Revision des Verfassungsentwurfs war eine Reform der territorialen Ländergliederung erst einmal vom Tisch. Doch blieben die unitaristischen Forderungen vor allem unter den Deutschdemokraten weiterhin präsent. Während der ersten Jahreshälfte 1919 stellten etwa Theodor Wolff und Harry Graf Kessler entsprechende Erwägungen an.[118] Letztgenannter plädierte in seinem Tagebuch gar dafür, die Bundesstaaten auf ihre Funktion als „Stammesgemeinschaften mit rein kulturellen Aufgaben“ zurückzudrängen.[119] Und der Geografieprofessor Erich Obst sprach sich im Sommer 1919 dafür aus, statt der Staaten eine „einheitliche[…] Einteilung nach Stammunterschieden“ vorzunehmen und den neu entstehenden Gliederungen jeweils nur noch „provinzielle[…] Befugnisse[…]“ zukommen zu lassen.[120] In den offiziellen Wahlaufrufen der DDP wurde hingegen die interpretationsoffene Formulierung verwendet, wonach innerhalb der Republik die „einzelnen deutschen Stämme ihre Eigenart selbständig und frei entwickeln“ sollten.[121] Auch in der Folgezeit blieben die Linksliberalen ihrem Ideal von der „Zusammenfassung aller deutschen Stämme in einem Einheitsstaat“ treu und beschrieben die bei den Ländern verbleibenden Befugnisse mit wolkigen Formulierungen wie der von der „Berücksichtigung berechtigter Sonderheiten“.[122] Die unitaristische Forderung fand – wenn auch abge-

[115] Vgl. Martin Schlemmer, „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln 2007, S. 77.

[116] Für Preußen, in: Deutsche Tageszeitung (26), 22. Januar 1919, Nr. 40, S. 1.

[117] Vgl. Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, hier: S. 12.

[118] Eintrag vom 04. Februar 1919, zitiert nach: Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher, S. 679f., hier: S. 680; Eintrag vom 01. April 1919, zitiert nach: Kamzelak/Ott/Reinthal (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch, S. 216f., hier: S. 216.

[119] Eintrag vom 01. April 1919, zitiert nach: Kamzelak/Ott/Reinthal (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch, S. 216f., hier: S. 216.

[120] BArch R 45-III/28: Vortrag von [Erich] Obst auf dem demokratischen Jugendtag, fol. 16.

[121] Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1918, abgedruckt in: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 59–62, hier: S. 60.

[122] Programm der Deutschen Demokratischen Partei (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes) [1918/19], zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 63. Ähnlich auch die Forderung des aus der DDP bestehenden linksliberalen Deutschen Blocks zur bayerischen Landtagswahl 1924:

schwächt – Aufnahme in das 1919 verabschiedete Parteiprogramm der DDP.[123] Der Einsatz für den „Einheitsstaat“ gehörte zu den linksliberalen Herzensanliegen, wenn auch statt des vielfach negativ konnotierten Begriffes bisweilen die Forderung nach einem „Bundesstaat“ erhoben wurde.[124] Es war die historische Verachtung des angeblichen – auf der „Vielheit der ‚legitimen‘ deutschen Dynastien“ beruhenden – „Elend[s] der Kleinstaaterei“,[125] die etwa Hugo Preuß bei seinem Kampf für die Neujustierung des Reich-Länder-Verhältnisses antrieb. In seinem, durch die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts geprägten Weltbild standen die Einzelstaaten im „schärfsten Gegensatz“ zum „nationalen Prinzip deutscher Einheit“.[126] Vom unitaristischen Staat erwarteten sich er und seine Gesinnungsgenossen eine Stärkung der „Nation“. Doch hatten die Linksliberalen im Frühjahr 1919 auch erkannt, dass es zur Verwirklichung ihres Wunsches noch einer Entwicklung des „deutschen Volkes“ bedurfte: So war es die DDP-Jugend, die sich zum Ziel setzte, ein „für den zu erstrebenden deutschen Einheitsstaat“ „reif[es]“ „deutsches Volk“ herauszubilden.[127] Das Argument von der „Eigenart der deutschen Stämme“ griffen Sprecher aus dem linksliberalen, aber auch dem sozialdemokratischen Spektrum auf, wiesen es nicht gänzlich zurück, aber versuchten, es zu relativieren: Die Gegensätze der „Stämme“ würden „sehr überschätzt“; zudem hätten die Grenzen der Einzelstaaten mit den „Stammesgrenzen“ „wenig oder nichts zu tun“.[128] Gleichzeitig gingen Sprecher aus dem linksliberalen Milieu

„Wir kämpfen für die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes unter voller Berücksichtigung der besonderen staatlichen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten unseres bayerischen Heimatlandes.“ IfZ ZG e031: Vaterländischer Wahlausschuß: Deutsche Demokratische Landespartei/Deutscher Bauernbund in Bayern/Liberaler Kreisverband Schwaben, Wahlaufruf des Deutschen Blocks in Bayern, [undat. Flugblatt, vor dem 04. Mai 1924].

123 Allerdings schwächten sich die Forderungen der Parteiprogramme im Verlauf des Jahres 1919 etwas ab. Während im vorläufigen Parteiprogramm von 1918/19 der Passus noch lautete „Sie [die DDP] erstrebt – unter Berücksichtigung berechtigter Sonderheiten – die Zusammenfassung aller deutschen Stämme in einem Einheitsstaat“, wurde im Programm vom 13. Dezember 1919 lediglich das Ziel „Einheit des Reiches, aber unter Berücksichtigung und Erhaltung der Eigenart der deutschen Stämme“ definiert. Programm der Deutschen Demokratischen Partei (Entwurf im Auftrage des Hauptvorstandes) [1918/19], zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 63–71, hier: S. 63; Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 42–48, hier: S. 43.

124 Vgl. IfZ ZG e030: Deutsche Demokratische Partei Hamburg, Was will die Deutsche Demokratische Partei Hamburg?, [undat. Flugblatt, wohl 1918/19].

125 Hugo Preuß, Republik oder Monarchie? Deutschland oder Preußen? (1922), Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 446–473, hier: S. 449.

126 Ebd.

127 BArch R 45-III/27: Protokoll der Tagung der DDP-Parteisekretäre in Berlin. Referat von Parteisekretär Ruß zur „Organisation der Jugend“, 18. Mai 1919.

128 Hugo Preuß, Republik oder Monarchie? Deutschland oder Preußen? (1922), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 446–473, hier: S. 456 f.; auch: Hugo Preuß, Die „undeutsche“ Reichsverfassung (1924), in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 473–481, hier: S. 476; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 69. Sitzung vom 29. Juli 1919, Rede von Simon Katzenstein (MSPD), S. 2076; Karl Max Fürst von Lichnowsky, Der Einheitsstaat, in: Berliner Tageblatt (48), 16. Januar 1919, Nr. 15, S. 1 f., hier: S. 2.

nach und nach in ihren Semantiken auf die Argumente ihrer Gegner ein: Ernst Feder betonte etwa, dass sich der „deutsche Einheitsstaat“ „durchaus mit einer weitgehenden Dezentralisation“ vertrage.[129] Und auch der sozialdemokratische VORWÄRTS gab sich konziliant, indem er bekundete, die „Pflege der Stammeseigenart“ stünde einer „wohlverstandenen Reichseinheit keineswegs im Wege“,[130] vielmehr werde das „eigenartige [sic!] Leben der einzelnen Volksglieder“ in der „einheitliche[n] Republik“ kraftvoller zusammengefasst sein.[131] Den „Volksgliedern“, vulgo „Stämmen“, wurde also sowohl von sozialdemokratischer als auch von linksliberaler Seite durchaus ein Existenzrecht und die Pflege ihrer „Eigenart“ zugebilligt.[132] Die Ängste vor allem im katholischen Umfeld ließen sich mit solchen entgegenkommenden Aussagen aber keineswegs aus der Welt schaffen.

Die Wörter „Reichseinheit“ und „Einheitsstaat“ wurden im linksliberalen Milieu teilweise synonym gebraucht.[133] So ließ sich die Forderung nach einem unitaristischen Staatsaufbau unterstreichen. Die Polysemie des Begriffes „Reichseinheit“ sowie seine positive Konnotation ermöglichten es, das Wort in Bezug sowohl auf den inneren Zusammenhalt als auch auf die territoriale Binnengliederung und die Ausgestaltung des Reich-Länder-Verhältnisses zu verwenden. Dennoch gelang eine Zurückdrängung der Einzelstaaten zugunsten des Reichs mittels des allgemeinen Einheitsideals nicht.

In der liberalen Programmatik dagegen waren entsprechende Forderungen seit jeher fest verwurzelt. So sprachen sich auch Vertreter des nationalliberalen Milieus etwa vehement für die Stärkung des „Reichsgedankens“ durch Umgestaltung des Deutschen Reichs zu einem unitaristischen Staat aus. Der Zusammenbruch der Monarchien und die Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag eröffneten die Möglichkeit, eine „ganz neue Einteilung des einheitlichen Reichsganzen“ vorzunehmen, so ein Kommentator in der KÖLNISCHEN ZEITUNG.[134] Die Situation erschien also aus nationalliberaler Sicht günstig, um Tabula rasa mit den hergebrachten Strukturen zu machen. Daraus speiste sich zunächst der Wille zur kompletten Neugestaltung des Gesamtsystems bei gleichzeitiger „kräftigere[r] Entwicklung“ der „Stammeseigenarten“.[135] Nicht die aktuellen Gliedstaaten, sondern

[129] Ernst Feder, Die Lösung der bayerischen Krise. Die Programmrede des Grafen Lerchenfeld, in: Berliner Tageblatt (50), 23. September 1921, Nr. 449, S. 1 f., hier: S. 1.

[130] Reaktionäre Kleinstaaterei. Zur bayerischen Denkschrift, in: Vorwärts (41), 08. Januar 1924, Nr. 11, S. 1 f., hier: S. 2.

[131] Josef Kliche, Für die deutsche Einheitsrepublik, in: Vorwärts (36), 08. Juli 1919, Nr. 343, S. 1 f., hier: S. 2.

[132] Paul Michaelis, Welfische Stimmungen. Stammeseigenart – Die Stadt an der Leine – Bennigsens Epigonen – Eingemeindung Lindens – Wirtschaftliche Verschiebungen – Drei Bedingungen des Wiederaufbaues, in: Berliner Tageblatt (48), 31. Dezember 1919, Nr. 625, S. 1 f., hier: S. 1.

[133] So etwa vgl. Erich Dombrowski, Zwischen Weimar und Berlin, in: Berliner Tageblatt (48), 27. August 1919, Nr. 400, S. 1 f., hier: S. 1; Wilhelm Heile, Die deutsche Frage. Zum Streit um Artikel 18 der Verfassung, in: Berliner Tageblatt (48), 20. Juli 1919, Nr. 330, S. 1 f.

[134] Warum eine Rheinische Republik?, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1919, Nr. 654, S. 1.

[135] [Reinhold] Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1 f., hier: S. 2.

die „Stämme“ sollten Grundlage der territorialen Gliederung Deutschlands sein – wobei die Reichseinheit nicht zu kurz kommen dürfe. Während solche Überlegungen 1918/19 noch im nationalliberalen Milieu zirkulierten, wandelte sich in der Folgezeit das Meinungsbild. Die „Zerlegung Preußens“ würde eine „natürliche Einheit zerreißen“ und das „sicherste[…] Fundament der deutschen Einheit“ gefährden, so die Kölnische Zeitung im Januar 1921 in einem Leitartikel.[136] Preußen „in seine Partikel“ zu zerschlagen, sei unverantwortlich.[137] Der Erhaltung des Status quo wurde nun der Vorzug vor einer Neugliederung der Länder gegeben. Preußen wurde entgegen den bisherigen Aussagen plötzlich als eine „natürliche Einheit“ betrachtet – die Rolle der vormals immer wieder angeführten „Stämme“ wurde fortan stark relativiert. Der Krieg habe die „Stammesangehörigen“ durcheinandergewürfelt, Industrialisierung und Bevölkerungsverschiebung habe „Stammeseigenheiten und Stammesdünkel“ schwinden lassen.[138] Auf dieser Linie lag dann auch das Verdikt, das die Kölnische Zeitung im Januar 1924 über die „Stämme“ sprach: Lediglich den Altbayern wurde zugestanden, dass sich bei ihnen „Stammestum, Volksart und politischer Sondergeist“ noch miteinander decken würden; andernorts hingegen sei das „Stammestum“ längst im staatlichen Partikularismus untergegangen.[139] Insgesamt fand sich der Nationalliberalismus in der Frage nach der Reichsneugliederung vor das Problem gestellt, das „Streben nach Einheit“ auf der einen sowie das „Streben nach Selbständigkeit“ unter dem Dach des „föderative[n] Staatsgedanke[ns]“ auf der anderen Seite miteinander in Einklang bringen zu wollen.[140] Weder „zentralistische[…] Bevormundung“ noch „partikularistische[…] Sonderbestrebungen“ sollten innerhalb der Reichseinheit herrschen. Nichtsdestoweniger müsse sich die „kulturelle Stammesart […] frei entfalten“ können.[141] Der Wille zum „Einheitsstaat“ war dabei im nationalliberalen Milieu stark ausgeprägt.[142] Das Ideal einer der „Stammeseinheiten übergeordneten Volkseinheit“ in Form eines festen „Zusammenschluß[es] der Stämme“ trieb die Nationalliberalen um.[143] Anfangs noch vorsichtig formuliert, wurde

[136] Die Einigung der deutschen Nation, in: Kölnische Zeitung, 18. Januar 1921, Nr. 42, S. 1.

[137] Umschau und Ausschau. Tendenzhistoriker – Das Staatsideal des Zentrums – Ein übler Auftakt, in: Kölnische Zeitung, 16. Januar 1921, Nr. 38, S. 1.

[138] Umschau und Ausschau. Die oberschlesischen Partikularisten – Das bedrohte Ruhrgebiet – Was ist uns Preußen?, in: Kölnische Zeitung, 30. April 1922, Nr. 304, S. 1; ähnlich auch zur Vermischung der „Stämme“: Im Lande Hannover, in: Kölnische Zeitung, 14. Mai 1924, Nr. 341, S. 1f., hier: S. 1.

[139] Paul Wentzcke, Stammestum und Föderalismus, in: Kölnische Zeitung, 07. Januar 1924, Nr. 15, S. 1f., hier: S. 1.

[140] [Reinhold] Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1f., hier: S. 1.

[141] Aufruf der Deutschen Volkspartei vom 18. Dezember 1918, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 14–17, hier: S. 15.

[142] So etwa die Aussage: „Statt der Zerstückelung bedürfen wir der Vereinheitlichung, und unser Zukunftsweg muß aus dem Bundesstaat zum Einheitsstaat führen, nicht zum Staatenstaat.“ Undeutsche Landvermesserei, in: Kölnische Zeitung, 18. Juli 1919, Nr. 609, S. 1.

[143] Max Semper, Die rheinische Republik. Ein Irrweg zu berechtigten Zielen, in: Kölnische Zeitung, 27. Juni 1919, Nr. 537, S. 1.

während der ersten Jahre der Weimarer Republik die Forderung danach immer deutlicher artikuliert. So regte die KÖLNISCHE ZEITUNG während der Verfassungsverhandlungen an, zu prüfen,

> ob es nicht zur Wahrung unsrer historisch und volkspsychologisch berechtigten Stammesempfindungen und landesmannschaftlichen Eigenarten ausreicht, Departements oder Gaue zu schaffen, denen weitestgehende Selbstverwaltung zuzubilligen wäre, die aber die einheitliche Gesetzgebung dem Reiche überließen.[144]

Die Länder wurden in diesen Plänen zu bloßen Verwaltungsgliederungen degradiert. Nationalliberale Forderungen nach einem „Einheitsstaat“ wurden in der Folgezeit immer drängender formuliert und mit neuen Argumenten unterfüttert. Durch seine Realisierung werde sich endlich ein „einheitliches deutsches Nationalgefühl“ bilden, das die „preußischen, bayerischen, reußischen und lippischen Nationalempfinden“ überwinde, so die Hoffnung.[145] Damit stellte die radikale Antwort auf die Neugliederungsfrage auch ein Mittel zur Verbesserung des inneren Einheitsbewusstseins unter den Deutschen dar. Schließlich habe die „zweitausendjährige Geschichte unsers Volkes“ bewiesen, dass der „Partikularismus, so hoch auch sein kultureller Wert sein mag, in politischer Hinsicht der eigentliche Erbfeind des deutschen Volkes“ sei.[146] Im Kampf „gegen die Partikularisten und Sonderbündler“ müsse, so die KÖLNISCHE ZEITUNG, aufgeräumt werden mit der „unserm Volk so schädlichen Eigenbrötelei und kleinstaatlicher Großmannssucht“ einer „heimischen Kirchturmspolitik“.[147]

Wesentlich defensiver wurden Forderungen nach einem „Einheitsstaat“ im sozialdemokratischen Spektrum erhoben, doch stießen sie auch hier auf großen Rückhalt. So verstand sich die Sozialdemokratie als Gegnerin der Kleinstaaterei und sah schon aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten jede „innigere Verschmelzung der Glieder“ zu einem einheitlichen Staat als einen „Fortschritt […] für das ganze Volk“ an.[148] Dass sich die Sprecher dieses Milieus eher selten zur Neugliederungsfrage äußerten, lag wohl an der internationalistischen Ausrichtung der Sozialdemokratie und dem daraus folgenden geringeren Interesse an inneren Strukturfragen. Zudem mag die Tatsache, dass die MSPD nach der Revolution in fast allen Staaten an der Regierung beteiligt war, zu einer gewissen (rhetorischen) Zurückhaltung in dieser Frage beigetragen haben – schließlich wollten sozialdemokratische Sprecher die Machtstellung der eigenen Partei nicht öffentlich unterminieren.

Auf vehemente Ablehnung stießen die Forderungen aus dem liberalen und sozialdemokratischen Lager hingegen seitens des katholischen Milieus. Dieses begriff sich als Bewahrer der föderalen Gliederung. So argumentierte die GERMANIA mit den „wichtige[n] Lebensinteressen des deutschen Volkes“, die durch eine Ver-

144 Die Begründung der Verfassung, in: Kölnische Zeitung, 25. Februar 1919, Nr. 143, S. 1.
145 Vgl. Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1.
146 Die Einigung der deutschen Nation, in: Kölnische Zeitung, 18. Januar 1921, Nr. 42, S. 1.
147 Die Begründung der Verfassung, in: Kölnische Zeitung, 25. Februar 1919, Nr. 143, S. 1.
148 Deutsche Weihnachten 1923, in: Vorwärts (50), 25. Dezember 1923, Nr. 601, S. 1.

änderung des Reich-Länder-Verhältnisses in Gefahr geraten würden, und forderte „einen gewissen Respekt vor den bisherigen Sonderrechten der Einzelstaaten“.[149] Auch hier wurde die „Reichseinheit“ hochgehalten, doch war an sie die Voraussetzung geknüpft, dass unter der „völligen Gleichberechtigung aller Einzelstaaten“ die „Eigenart der deutschen Stämme“ gewahrt werde.[150] Die demokratische Republik war aus dieser Sichtweise nur möglich, wenn sie die „Eigenart der deutschen Stämme“[151] wahre. Für das Nationalbewusstsein seien die Länder nicht abträglich – im Gegenteil: Sie würden „um so [sic!] treuere Deutsche sein, je mehr man ihnen auch das Recht läßt, ihre Stammeseigenart zu leben“, so Adolf Gröber vor der Nationalversammlung.[152] Die unitaristischen Bestrebungen der politischen Gegner wurden mit dem Vorwurf bekämpft, sie liefen auf eine „Vergewaltigung […] der Stammeseigenart und der Stammesrechte“ hinaus.[153] Bei allem Einsatz für die Eigenständigkeit der Gliedstaaten wurde aber auch im katholischen Milieu die Bedeutung einer „starke[n] Zentralgewalt“ nicht in Abrede gestellt.[154] Für die einzelnen „Stämme“ wurde auf die „Verschiedenartigkeit“ und zugleich auf ihre „Selbstverantwortung für das Ganze“ verwiesen.[155] Jeder „deutsche Stamm“ habe „seine Eigenarten“, die von der Politik berücksichtigt werden müssten.[156] So habe etwa Süddeutschland ein ganz spezifisches „politisches Gepräge, weil es einen eigenen Volkscharakter, eine eigene Volkskultur, besondere Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse“ gebe.[157] Vielfalt unter dem Dach der „Reichseinheit“ – das war die Eigenschaft, die den Reichsländern nach Willen von Sprechern aus dem katholischen Milieu zukommen sollte. In der weiteren Diskussion spielte die „geschichtliche Eigenart der Länder und Stämme“ eine große argumentative Rolle.[158] Seit jeher hätten die „Stämme“ die „Mannigfaltigkeit des deutschen Lebens“ widergespiegelt. Die lange Tradition der „Stämme“ verkörpere

[149] Berlin, 24. Februar, in: Germania (49), 25. Februar 1919, Nr. 91, S. 1.

[150] Aufruf der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei vom 28. Dezember 1918, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 395 f., hier: S. 396.

[151] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 54; auch: Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 50.

[152] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 54.

[153] Der Reichsparteitag der Zentrumspartei, in: Germania (50), 20. Januar 1920, Nr. 32, S. 1.

[154] Vgl. Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 49; ähnlich auch: Hermann Reinfried, Der bayerische Ministerpräsident in Baden, in: Germania (52), 03. Mai 1922, Nr. 291, S. 1 f.

[155] Rede von Wilhelm Marx auf dem Reichsparteitag des Zentrums, abgedruckt in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–4, hier: S. 2.

[156] Hermann Reinfried, Der bayerische Ministerpräsident in Baden, in: Germania (52), 03. Mai 1922, Nr. 291, S. 1 f., hier: S. 1.

[157] Ebd.

[158] Wahlaufruf der Deutschen Zentrumspartei vom Mai 1920, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 400–406, hier: S. 403; ähnlich auch: Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, hier: S. 51.

den „Reichtum an politischen und kulturellen Wirkungen des deutschen Lebens“ in den verschiedenen Landschaften und Orten.[159] Das „deutsche Volk“ habe in seiner Entwicklung immer in „Stämmen“ zusammengelebt, die durch besondere Eigentümlichkeiten voneinander geschieden gewesen seien.[160] Der Zentralismus wurde dagegen als eine unnatürliche Ordnung betrachtet. Der „zentralistische Staatsaufbau“ stehe im Widerspruch zum „deutschen Volkscharakter“, so das Programm der Zentrumspartei.[161] Die „restlose Zentralisierung oder gar Schablonisierung“ würde sich nicht mit den „verschiedenartig“ gelagerten Verhältnissen in den „einzelnen deutschen Stämmen und Ländern“ vertragen.[162] „Zentralisierung“ nahm die Stellung eines Stigmawortes im semantischen Kampf des Katholizismus gegen die unitaristischen Pläne des politischen Gegners ein. Zur Abneigung gegenüber der angeblichen Gleichmacherei trat eine weitere Antipathie: Da das katholische Weltbild eine natürliche Entwicklung voraussetzte, musste die künstliche Umgestaltung der Gebietskörperschaften um alles in der Welt verhindert werden. Jedoch ließ sich die Position der Föderalismusbefürworter auch anders betrachten: Im Diskurs um den Aufbau des Reichs war es diesmal das katholische Milieu, das die Werte der Pluralität für sich erkannte und sie dem Nivellierungsstreben der Liberalen entgegenhielt. Jedoch argumentierten die Sprecher aus dem Katholizismus bezeichnenderweise nicht so offensiv gegen den Bruch des Liberalismus mit seinen eigenen, pluralistischen Werten, wie sie es hätten tun können. Vermutlich war ihnen diese Sichtweise selbst zu fremd, um dem politischen Gegner eine Verletzung eigener Leitideen vorwerfen zu können.

Allerdings wichen in Bezug auf die Zukunft Preußens Teile des katholischen Spektrums dann doch von ihrem Kurs einer strikten Status-quo-Bewahrung ab. Im größten Einzelstaat des Deutschen Reichs sahen einige Sprecher aus dem Milieu, wie der Nationalversammlungsabgeordnete Peter Spahn, lediglich „eine Zusammenfügung von Teilen verschiedener deutscher Stämme und von Stämme[n], die nicht deutscher Natur sind“.[163] Statt auf „Stammeseigentümlichkeit“ beruhe die Entfaltung Preußens auf Militär, Verwaltung, Staatsorganisation und Verkehrswesen, so Spahn.[164] Gegen die Neugliederung des mehrheitlich protestantischen deutschen Hegemonialstaates unter kulturellen und „Stammes-“ Gesichtspunkten sprach damit aus katholischer Sicht eigentlich nichts. Dies ließ sich argumentativ nur aufrechterhalten, wenn Preußen die natürliche Gebundenheit an einen „Stamm“ abgesprochen wurde. Und so schrieb dann auch die GERMANIA: Es

[159] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 17. Sitzung vom 28. Februar 1919, Rede von Peter Spahn (Zentrum), S. 377.
[160] Ebd.
[161] Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 49.
[162] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11959.
[163] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 17. Sitzung vom 28. Februar 1919, Rede von Peter Spahn (Zentrum), S. 378.
[164] Ebd.

gebe kein „preußisches Volk und auch eigentlich keinen preußischen Stamm“.[165] Mit dem Status quo der territorialen Reichsentwicklung war man im katholischen Milieu also keinesfalls einverstanden. Weder „stammesgeschichtlich, noch kulturell, noch wirtschaftlich, noch geographisch“ seien die heutigen Länder „organische Einheiten“, so die GERMANIA.[166] Rückblickend betrachtete man die deutsche Entwicklung gar als eine „einzige Tragödie“.[167] Diese Feststellung hätte eigentlich beste Voraussetzungen geboten, um eine Neugliederung des Reichs zu fordern, jedoch hielt man im Katholizismus von den diskutierten Plänen zur Schaffung eines „Einheitsstaates“ noch weniger als von der Beibehaltung des Status quo und gab sich daher bei der Frage nach Veränderungen auf Länderebene betont zurückhaltend. Aus Sicht des katholischen Milieus hatte als eine Mindestanforderung an die Umgestaltung der Territorien zu gelten, dass sich ihre Grenzen an „völkischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ orientieren müssten, um den „Eigenarten der deutschen Stämme“ gerecht zu werden.[168] Eine Neugliederung habe sich an „organischen“ Aspekten auszurichten.[169] Zudem dürfe durch sie niemals die „deutsche Einheit“ gefährdet werden.[170] Insgesamt blieb die katholische Haltung – politisch umgesetzt durch die Zentrumspartei – bezüglich einer Neugliederung sehr restriktiv. Als Partner in der Weimarer Koalition konnte das Zentrum gegen die weitreichenden Pläne von DDP und MSPD sein Veto einlegen und wusste so, eine grundlegende Neugestaltung zu verhindern.

In der Reichspolitik der Weimarer Republik galt es also, einen Mittelweg zwischen Unitarismus und Partikularismus zu finden. Daher waren die nebeneinanderstehenden Aussagen in einer Publikation der Reichszentrale für Heimatdienst wohl exemplarisch für den sich innerhalb der Regierung durchsetzenden, salvatorischen Ausgleich zwischen den verschiedenen Positionen:

> Über allen Einzelinteressen steht die absolute Pflicht zur Wahrung der Einheit des Reiches. Der berechtigte Stolz auf die Stammeseigenart soll und darf nicht verkümmert werden [sic!].[171]

Ein großer Wurf bei der Kompetenzverteilung zwischen Reich und Gliedstaaten bzw. eine Neugliederung der Territorien blieb aus. Lediglich im kleinen Rahmen kam es zur inneren territorialen Veränderung des Reichs – so 1920 durch die Schaffung des Landes Thüringen aus sieben Kleinstaaten und der Vereinigung Coburgs mit Bayern sowie durch die 1921 bzw. 1929 erfolgte Angliederung von Waldeck-Pyrmont an Preußen. Zu einer Zerschlagung des preußischen Hegemonialstaates kam es hingegen nicht.

[165] Reich und Länder, in: Germania (53), 26. Oktober 1923, Nr. 297, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich auch: [Alfred] Lauscher, Der Streit um den Rhein, in: Germania (52), 07. Juni 1922, Nr. 345, S. 1 f.
[166] Reich und Länder, in: Germania (53), 26. Oktober 1923, Nr. 297, S. 1 f., hier: S. 1.
[167] Ebd.
[168] Berlin, 8. August, in: Germania (49), 09. August 1919, Nr. 359, S. 1.
[169] Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 52; ähnlich auch: Reich und Länder, in: Germania (53), 26. Oktober 1923, Nr. 297, S. 1 f., hier: S. 2.
[170] 50 Jahre deutscher Einheit, in: Germania (51), 18. Januar 1921, Nr. 27, S. 1 f., hier: S. 2.
[171] Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 11.

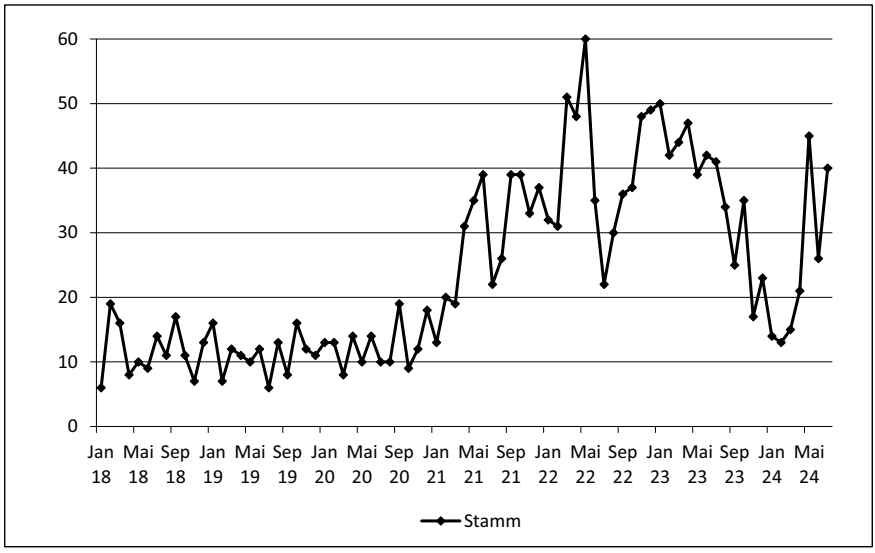

Abbildung 3: Verwendungshäufigkeit des Begriffes „Stamm“ in der Vossischen Zeitung in den Jahren 1918 bis 1924[172]

Auffallend war, dass sowohl Befürworter als auch Gegner eines „Einheitsstaates“ damit argumentierten, die „Gesamtnation“ stärken zu wollen. Im Gegensatz zu den Föderalisten sahen die Unitaristen jedoch die Kraft der „Nation“ in ihrer Zusammenfassung und empfanden die einzelstaatliche Tradition des Deutschen Reichs nicht als erhaltenswert, sondern – im Gegenteil – als ein unerfreuliches Relikt vergangener Zeiten an. Statt von „Völkern“ oder gar „Nationen“ wurde von beiden Seiten meist von „Stämmen“ gesprochen. Dem Begriff haftete die Vorstellung einer natürlichen, kulturellen „Einheit“ an. Selbst die Befürworter eines „Einheitsstaates“ orientierten sich an den angeblichen Grenzen der „Stämme“ und ihren vermeintlichen Spezifika. In der Diskussion um die Gebietseinteilung spielte das „Volk“ semantisch allenfalls eine untergeordnete Rolle, da kleinere, regionale „Gemeinschaften“ thematisiert wurden. „Stamm“ dagegen galt als natürliche Gliederungseinheit, die sich durch Mentalität und Kultur von anderen „Stämmen“ abgrenzte. Kriterien wie „Abstammung“, „Religion“ oder „Sprache“ wurden zumeist nicht offen als Differenzierungsmerkmale artikuliert, konnten aber durchaus – analog zum „subjektiven“ Volksbegriff – mitgedacht werden. „Stamm“ war somit das „ethnos“ im Regionalen, das als wesentlich für die Grenzziehung angesehen wurde. Der „demos“ fehlte im Diskurs weitgehend – er sollte allenfalls mittels Plebiszit die Neugliederung bestätigen oder verwerfen können. Welche Konjunktur die Berufung auf den „Stamm“ hatte, macht auch die statistische Auswertung der Vossischen Zeitung deutlich (vgl. Abbildung 3), aus der

[172] Statistische Auswertung aufgrund der im Volltext durchsuchten Ausgaben der Datenbank De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

sich für das Frühjahr 1921 ein Anstieg der Verwendungshäufigkeit ablesen lässt. In der Folgezeit verblieb die Gebrauchsfrequenz zumeist auf hohem Niveau. Höhepunkte erreichte die Benutzung im Frühjahr 1922, im Zeitraum November 1922 bis April 1923 sowie im Mai und Juli 1924.

Die ausgebliebene territoriale Umgestaltung des Reichs wurde von einzelnen Sprechern aus dem liberalen und sozialdemokratischen Spektrum im Nachhinein als die „erste und schwerste Unterlassungssünde der deutschen Revolution“ ausgemacht.[173] Indem kein „Einheitsstaat“ gebildet worden sei, habe man es versäumt, eine „Gemeinschaft gleichstarker, gleichwertiger Glieder“ zu schaffen:

> Nicht öder Zentralismus, nicht enger Partikularismus ist die Lebensform eines großen Volkes, das seine innere Einheit als Schicksals- und Willensgemeinschaft fühlt. Eine Zusammenfassung der Teile, von denen jeder eine Wirtschafts- und Kulturindividualität darstellt, aber so, daß er auch alle anderen braucht, daß keiner zu mächtig, keiner machtlos ist, würde die deutsche Einheit bringen […].[174]

Nach dieser Sichtweise war die Beibehaltung der „unorganisch[en]“ Gliederung des Deutschen Reichs dafür verantwortlich, dass sich ein „deutsches Nationalbewußtsein“ nicht einstellen wollte.[175] Die Bewahrung der territorialen Binnenstruktur war demnach ein gravierender innerer Makel der „Nation“. Die offene Situation nach der Revolution 1918/19 war vergangen, ohne dass sie für eine grundlegende Veränderung der inneren territorialen Strukturen genutzt worden war. Dieses Versäumnis bedeutete – wie sich vor allem in Zeiten der Besatzung zeigen sollte – Wasser auf die Mühlen jener regionalen Akteure, die für Autonomierechte bzw. die Loslösung ihrer Gebiete kämpften.

1.3 Mit „innerer Geschlossenheit“ gegen Franzosen und Separatisten – die Besetzung von Rhein und Ruhr als Testfall für den Willen zur „Reichseinheit“

Der Zusammenbruch der Monarchie ließ separatistische Bestrebungen im Innern aufflammen. Dieses regionale Sonderbewusstsein knüpfte an die Vorstellung, als eigenständiger „Stamm“ ein politisches Selbstbestimmungsrecht ausüben zu dürfen, und dehnte damit den Anwendungsraum der Idee eines ursprünglich „national“ gedachten Selbstbestimmungsrechts auf die regional-ethnische Ebene aus.[176] Dass der Bezeichnung „Stamm“ dabei kein ethnologischer oder historischer Befund zugrunde lag und die Zusammengehörigkeit der regionalen Bevölkerung zu einer „Stammesgemeinschaft“ den Charakter eines Konstrukts aufwies,[177] störte

[173] Heinrich Peus, Wie wird das neue Deutschland?, in: Sozialistische Monatshefte (26), 1920, Nr. 2, S. 73–77, hier: S. 74.

[174] Peus, Wie wird das neue Deutschland?, hier: S. 74.

[175] Ebd.

[176] Vgl. Schlemmer, „Los von Berlin“, S. 548 f. u. 554.

[177] Exemplarisch für das Rheinland: Schlemmer, „Los von Berlin“, S. 554–556 u. 562 f. Bisweilen wurde auch – zumeist im katholischen und nationalliberalen Milieu – zur Bezeichnung der regionalen und ethnischen Zusammengehörigkeit der Begriff „rheinisches Volk“ gebraucht. Im Falle der Bevölkerung im Rheinland mag die häufige Verwendung auch daran gelegen

weder Befürworter noch Gegner eines regionalen Selbstbestimmungsrechts – beide verwendeten den Begriff. Die Betonung des angeblich spezifisch ausgeprägten, regionalen „Volkscharakters“ oder besonderer „Stammesunterschiede“ waren argumentative Vehikel, um Selbstständigkeit für ein Territorium beanspruchen zu können. Die Loslösung von Preußen war hierbei eine Forderung, die in verschiedenen Landesteilen verbreitet war[178] und vor allem in der Rheinprovinz auf einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung bauen konnte. Schon während des Kaiserreichs war dort das Gefühl mächtig geworden, von Preußen nicht verstanden und durch die Berliner Bürokraten unterdrückt zu werden. Noch im Herbst 1918 wurde die Errichtung eines „Rheinstaats“ bzw. eines „Rheinisch-Westfälischen Bundesstaates“ erwogen.[179] Einen weiteren Teil zu den Loslösungsbestrebungen trug die zu Jahresbeginn 1919 eintretende spezifische Situation in der Region bei. Im Januar 1919 besetzten alliierte Truppen das linksrheinische Gebiet sowie eine rechtsrheinische Zone um die Brückenköpfe Kehl, Mainz, Koblenz und Köln herum. Die dauerhafte Besatzungsherrschaft im Rheinland wurde in der Öffentlichkeit als eine Gefahr für die „innere Einheit“ empfunden. Um dieser entgegenzu-

haben, dass ihre angebliche kulturelle Spezifität herausgestellt werden sollte. Vgl. etwa BArch R 8034-II/7885: Jean Kottmaier, Die Weltmission des rheinischen Volkes, in: Kölnische Volkszeitung (60), 31. Januar 1919, Nr. 87; [Alfred] Lauscher, Der Streit um den Rhein, in: Germania (52), 07. Juni 1922, Nr. 345, S. 1f.; Der Friedensbruch im Ruhrgebiet. Das Schicksal des deutschen Volkes, in: Kölnische Zeitung, 11. Januar 1923, Nr. 26, S. 1; Alfred Krüger, Kein Boden für eine rheinische Republik. Das Fiasko des Separatismus – Die rheinische Bevölkerung geschlossen gegen Dorten und Smeets, in: Berliner Tageblatt (52), 24. April 1923, Nr. 192, S. 1f., hier: S. 2; A[lfred] Lauscher, Der Endkampf um das Rheinland. [Teil] II, in: Germania (53), 22. Mai 1923, Nr. 139, S. 1f.; Der Deutsche Tag in Graz, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1924, Nr. 407, S. 1f. Der Ausdruck „Ruhrvolk“ kam hingegen nur vereinzelt vor. So bei: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 10. September 1923, Nr. 424, S. 1f., hier: S. 2. Zeitgenössisch wurde die Bezeichnung „Ruhrvolk“ etwa von dem Ethnologen Wilhelm Brepohl stark gemacht. Im Ruhrgebiet glaubte dieser, die Entstehung eines neuen „Stammesvolkstums“ beobachten zu können. Vgl. Karl Ditt, Von der Volks- zur Sozialgeschichte? Wandlungen der Interpretation des „Ruhrvolks“ bei Wilhelm Brepohl 1920–1960, in: WF (60), 2010, S. 221–258, hier: S. 223–230 u. 234. Auch die Bezeichnung „pfälzische[s] Volk“ war eher selten. Vgl. Reichstagsrede vom 22. Februar 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 43. Zumeist wurden die Bewohner einer Region aber als „pfälzische“, „rheinische“, „Ruhr[-]“ usw. „Bevölkerung“ bezeichnet. Vgl. z. B. Berlin, 1. September, in: Germania (49), 02. September 1919, Nr. 347, S. 1; Jakob Altmaier, Die Ausweisungs-Schmach, in: Vorwärts (50), 23. April 1923, Nr. 188, S. 1f., hier: S. 1; Alfred Krüger, Kein Boden für eine rheinische Republik. Das Fiasko des Separatismus – Die rheinische Bevölkerung geschlossen gegen Dorten und Smeets, in: Berliner Tageblatt (52), 24. April 1923, Nr. 192, S. 1f., hier: S. 1; Die Pfalz und die Separatisten, in: Germania (54), 26. Januar 1924, Nr. 26, S. 1f.; Wie rette ich mein Vaterland, in: Kölnische Zeitung, 29. Juni 1923, Nr. 450, S. 1; A[lbert] Grzesinski, Gebote der Not, in: Vorwärts (50), 02. Februar 1923, Nr. 54, S. 1f., hier: S. 1; Paul Scheffer, Die falsche Methode, in: Berliner Tageblatt (52), 12. April 1923, Nr. 172, S. 1f.; Der erste Eindruck, in: Germania (53), 07. Mai 1923, Nr. 125, S. 1; Johannes Breddemann, Wie steht es im Ruhrgebiet?, in: Kölnische Zeitung, 10. September 1923, Nr. 630, S. 1.

178 So sprach sich etwa der nordhessische Publizist und Heimatforscher Bruno Jacob im Jahr 1919 für „ein freies Hessen im freien Deutschland“ aus und plädierte damit für die Bildung eines eigenen Staates durch Vereinigung aller hessischen Landesteile. Bruno Jacob, Ein freies Hessen! Im einigen Deutschland!, Marburg 1919, Zitat: S. 38.

179 Vgl. Schlemmer, „Los von Berlin“, S. 280–295.

wirken, wurden alle Deutschen zur Solidarität mit „den für uns leidenden deutschen Brüdern im Westen“[180] aufgerufen:

> Wie ein Naturgesetz das menschliche Herz zwingt, seinen Blutstrom ganz besonders an gefährdete und verletzte Teile des Körpers zu senden, so muß ganz Deutschland immer wieder die besetzten Gebiete politisch und wirtschaftlich aufs neue zu durchdringen suchen, um ihnen seinen Dank für die aufgezwungene Last der Besetzung abzustatten und das Manko an gemeinsamer Staatshoheit durch eine um so inniger gestaltete Fühlung auf allen anderen Gebieten zu ersetzen.[181]

Durch solche, in organische Sprachbilder gepackte Appelle, sollte neben den demoralisierenden Folgen der Okkupation noch einer zweiten Gefahr begegnet werden: die sich nun im Rheinland forcierenden separatistischen Bestrebungen. Teilweise fanden entsprechende Initiativen die materielle und ideelle Unterstützung durch die Franzosen, denen ein eigener Staat am Rhein bei der Verwirklichung ihrer Vision eines das gesamte linksrheinische Gebiet umfassenden französischen Herrschaftsbereichs in die Hände gespielt hätte. Neben der inneren geriet dadurch auch die territoriale „Einheit“ des Deutschen Reichs in Gefahr, drohte sich doch das Gefüge zwischen den Einzelstaaten so bedenklich zu verschieben, dass ein eigener (Glied-) Staat am Rhein aus dem Reichsverband ausscheren und im Dominoeffekt andere Gebiete hätte mitziehen können.

In den verschiedenen politischen Milieus wurden die separatistischen Bestrebungen zwar allgemein als eine Gefahr erkannt, jedoch unterschieden sich die Einschätzungen in ihren Nuancen und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen. Die Nationalliberalen empfanden die Debatte als eine schwere Belastung für das Reich und warnten davor, dass die schwelenden Konflikte um die notwendige Ausübung der „Stammeseigenheiten“ Deutschland „auseinanderreißen“ könnten.[182] Preußen müsse den Wünschen der Rheinländer stärker Rechnung tragen, damit „die Pflege der rheinischen Eigenart auch im Rahmen des preußischen Staates […] möglich sei“.[183] Zwar erkannten die Nationalliberalen in den Forderungen nach größerer Eigenständigkeit durchaus eine Berechtigung, doch warf man den – mit distanzierenden Anführungszeichen versehenen – „Wortführern ‚des rheinischen Volkes‘“ vor, sie verfolgten einen „Stammesegoismus“.[184] Als oberste Prämisse galt dagegen die Aufrechterhaltung bzw. Festigung der deutschen „Reichseinheit“.[185] Sollte die Forderung nach einem eigenen „Stammesstaat“ mit diesem Ziel im Einklang stehen, hätten sich zumindest noch im Jahre 1919 einige Sprecher aus dem nationalliberalen Lager durchaus mit der Idee einer

[180] August Hommerich, Das besetzte Gebiet und wir, in: Germania (50), 24. August 1920, Nr. 372, S. 1 f., hier: S. 1.

[181] Ebd.

[182] [Paul] Moldenhauer, Artikel 15 der Reichsverfassung und die Absonderungsbestrebungen am Rhein, in: Kölnische Zeitung, 08. Juni 1919, Nr. 471, S. 1.

[183] Ebd.

[184] Warum eine Rheinische Republik?, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1919, Nr. 654, S. 1.

[185] [Reinhold] Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1 f., hier: S. 2; so auch die Aussage: dem „Ideal der Stammeseinheit muß ein gemeinsames Ideal der Volkseinheit übergeordnet werden“. Max Semper, Die rheinische Republik. Ein Irrweg zu berechtigten Zielen, in: Kölnische Zeitung, 27. Juni 1919, Nr. 537, S. 1.

„rheinischen Republik“ anfreunden können.[186] Allerdings ging auch für sie die „Gesundheit“ von Reich und Gliedstaaten einer Loslösung der Rheinprovinz von Preußen vor, denn, so die in medizinisch-organischen Bildern zum Ausdruck gebrachte Überzeugung:

Stirbt Deutschlands Einheit, so ist die rheinische Republik ein totgeborenes Kind.[187]

Unter strikten Voraussetzungen und falls das Ausleben der „Stammeseigenart“ unter preußischer Herrschaft nicht möglich sein sollte, gehörte die Bildung eines eigenen Staates am Rhein für die Nationalliberalen noch in den Bereich des Denkbaren, war aber gleichsam die Ultima Ratio. Weiter gehende Forderungen wie die, das Rheinland nicht nur von Preußen, sondern aus dem Reichsverband insgesamt herauszulösen, stießen bei den Nationalliberalen hingegen auf vehemente Ablehnung.[188] Durch Betonung des „uns mit allen deutschen Stämmen Gemeinsame[n]“ und des Willens zur „Einigkeit und Zusammenarbeit“ versuchten Sprecher aus dem nationalliberalen Spektrum, den Diskurs um das regionale Sonderbewusstsein und die „Stammeseigenarten“ der Rheinländer zugunsten der Idee von der „Reichseinheit“ auszurichten.[189] Als große Gefahr wurde die französische Besatzungsherrschaft im Rheinland wahrgenommen. Sie könne das Bewusstsein der Reichszugehörigkeit in der Bevölkerung untergraben und einer politischen Annexion vorausgehen.[190] Das „Nationalgefühl“ und mit ihm die Hoffnung, die „deutsche Einheit zu erhalten“, müssten daher gestärkt werden.[191] Dass die Argumentationsweise im nationalliberalen Milieu nicht stringent war, zeigt die Tatsache, dass gleichzeitig beteuert wurde, eine „Verschmelzung der urdeutschen Kulturländer am Rhein mit dem Franzosentum“ sei aufgrund des Unwillens der Rheinländer ausgeschlossen.[192] Als weiterer Beleg hierfür wurden die „unerhörte[n] Gegensätze“ zwischen beiden Mentalitäten angeführt. So sei die „Formlosigkeit“, „Zwanglosigkeit“ und „sogenannte Gemütlichkeit“ des rheinischen Charakters den „Romanen […] von Grund aus widerwärtig“.[193] Zudem habe das „nationale Empfinden des Rheinlands“ sich „nie heißer zu Deutschland bekannt“ wie angesichts der französischen Politik, so Gustav Stresemann im November 1922 vor dem Reichstag.[194] Gleichwohl war die Befürchtung präsent, dass

[186] [Reinhold] Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1 f., hier: S. 1.
[187] [Reinhold] Quaatz, Rheinland. Preußen. Deutschland, in: Kölnische Zeitung, 24. Januar 1919, Nr. 64, S. 1 f., hier: S. 2.
[188] Vgl. Max Semper, Die rheinische Republik. Ein Irrweg zu berechtigten Zielen, in: Kölnische Zeitung, 27. Juni 1919, Nr. 537, S. 1.
[189] Henrich, Nicht Eigensucht – Gemeinsinn!, in: Kölnische Zeitung, 28. August 1919, Nr. 757, S. 1.
[190] Vgl. Deutschland, Frankreich und England, in: Kölnische Zeitung, 08. April 1921, Nr. 257, S. 1.
[191] Schwörbel, Zur Rheinlandfrage, in: Kölnische Zeitung, 03. Mai 1921, Nr. 319, S. 1.
[192] Frankreich und die Rheinlande, in: Kölnische Zeitung, 04. Mai 1922, Nr. 315, S. 1.
[193] Max Semper, Die rheinische Republik. Ein Irrweg zu berechtigten Zielen, in: Kölnische Zeitung, 27. Juni 1919, Nr. 537, S. 1.
[194] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 274. Sitzung vom 25. November 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 9159.

das Rheinland aus dem Reich ausscheren bzw. dauerhaft unter französischen Einfluss geraten könne – ein Gedanke, dem Zweifel an der rückhaltlosen Reichstreue des Gebietsbewohner zugrunde lagen.

In ihrer Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der regionalen Eigenarten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der „Reichseinheit“ trafen sich die Nationalliberalen mit ihren linksliberalen Geschwistern. Aus linksliberaler Sicht ließ sich der Gefahr eines rheinischen Separatismus entgegentreten, indem „wir endlich lernen, mit den Imponderabilien der Volksseele zu rechnen“.[195] Dies beinhaltete eine Abrechnung mit Preußen und seinem früheren Umgang mit dem Rheinland.[196] Gleichzeitig zweifelten Sprecher aus dem linksliberalen Milieu am Rückhalt der Separatismusforderungen; in Aachen etwa würden zu den Sonderbündlern nur wenige Familien gehören. Überdies sei die „deutsche Gesinnung der alten deutschen Krönungsstadt nicht in Zweifel zu ziehen“; die „rheinische Loslösungsbewegung“ scheitere – so gab man sich fest überzeugt – am „Nationalbewußtsein des Rheinländers“.[197] Dieses Bewusstsein sollte mittels Massenkundgebungen wie etwa dem „Rheinischen Volkstag“ in Barmen am 8. Oktober 1922 gegenüber der Welt zum Ausdruck gebracht werden. Von dieser Veranstaltung habe das doppelte Bekenntnis auszugehen:

> Das rheinische Volk […] muß der Welt immer wieder sagen, […] daß es deutsch sein und bleiben will. Und das übrige Deutschland muß immer wieder seine unveränderte Bluts- und Geistesverwandtschaft mit dem Rheinlande und dem rheinischen Volke bekunden.[198]

Ihre Kundgebung unter dem Motto: „Wir sind Deutsche; wir wollen es sein und bleiben! Treue zum Reich! Treue zum Rhein!“[199] verstanden die Linksliberalen als Ausdruck der reziproken Verbundenheit zwischen dem besetzten Gebiet und dem Deutschen Reich. Die schwere Zeit der Besatzungsherrschaft versuchten die Liberalen, durch Beteuerung des „Einheitswillens“ zu überbrücken. Gegen die antipreußische Stimmung verwiesen sie auf die gänzliche Neuerung des Staates nach dem Sturz der Monarchie und behielten sich als letzten Ausweg die Bildung eines neuen Gliedstaates offen. Ähnlich war auch die Haltung der Sozialdemokraten: Sie standen dem Gedanken an die Errichtung eines Rheinstaates grundsätzlich ablehnend gegenüber, da sie die Ideale eines zentralistischen Einheitsstaates und der Bewahrung der „Reichseinheit“ verfolgten. Neben dieser grundsätzlichen Haltung herrschte Angst vor der Ausweitung der französischen Einflusssphäre auf das Rheinland[200] und die Befürchtung, dass das sozialdemo-

[195] Wilhelm Heile, Die deutsche Frage. Zum Streit um Artikel 18 der Verfassung, in: Berliner Tageblatt (48), 20. Juli 1919, Nr. 330, S. 1f., hier: S. 2.

[196] Vgl. ebd.

[197] Kurt von Stutterheim, Die Belgier am Rhein. Aachen – Das Wurmrevier, in: Berliner Tageblatt (50), 04. Oktober 1921, Nr. 467, S. 1f., hier: S. 1.

[198] BArch R 45-III/30: Aufruf der DDP Reichsgeschäftsstelle zum Rheinischen Volkstag am 08. Oktober 1922, fol. 126f., hier: fol. 126.

[199] Ebd.

[200] So auch die Aussage des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun während des Ruhrkampfes, dass die „Entpreußung“ des Rheinlandes eine Maskerade zur gänzlichen „Loslö-

kratisch dominierte Preußen ein großes Territorium an das katholische Lager verlieren könne[201].

Der aufgewühlten Stimmung im Rheinland hatte die Weimarer Reichsverfassung insofern Rechnung getragen, als der Artikel zur Länderneugliederung durch Volksabstimmung mit einer zweijährigen Sperrfrist versehen worden war. Diese Suspendierung traf bei den rheinischen Separatisten auf großen Widerstand – wurde aber etwa von der katholischen GERMANIA als angemessen erachtet.[202] Bei aller Kritik an der preußischen Herrschaft und der Forderung nach Stärkung der „rheinischen Eigenart“ in der Verwaltung lehnte wohl die große Mehrheit im katholischen Milieu einen eigenständigen „Rheinstaat von Frankreichs Gnaden“ ab.[203] Aus katholischer Sicht hatte sich die Lage im Rheinland nach der Revolution schon dadurch verbessert, dass die Verwaltung der preußischen Provinz nun in den Händen von Männern aus der Region liege, die „Geist und Charakter der Bevölkerung genau kennen“.[204] Dennoch gebe es, so die GERMANIA, weiterhin „große[…] Rassenunterschiede[…] zwischen dem West- und Ostdeutschen“.[205] Die Anwendung des Rassenbegriffes auf regionale Mentalitätsunterschiede deutete an, dass hier die große Diskrepanz zwischen zwei deutschen „Stämmen“ betont werden sollte – ansonsten verwendete das katholische Milieu den Rassenbegriff meist in Bezug auf fremde Kulturen. Insgesamt überwog trotz dieser semantischen Abgrenzungen zu Preußen und der Akzentuierung regionaler Eigenarten das Verlangen, das Rheinland im Verbund des Deutschen Reichs und nach Möglichkeiten auch unter dem Dach des preußischen Gliedstaates zu belassen.[206] Jedoch gab es etwa mit dem Zentrumsabgeordneten Karl Trimborn auch katholische Unterstützer des Rheinstaatsgedankens. Innerhalb des Milieus waren diese Meinungen jedoch nicht mehrheitsfähig. Eine Beteiligung an verfassungswidrigen Aktionen wie den Putschplänen des Separatistenführers Hans Adam Dorten verurteilte die GERMANIA noch aus einem anderen Grund scharf: Ein Katholik könne und dürfe nur gesetzmäßig handeln.[207] Mit Zugeständnissen an die rheinische Bevölkerung wollten einige Sprecher aus dem katholischen Spektrum die Bindungskräfte zwischen der Provinz und dem Reich erhöhen und den französischen und separatistischen Abspaltungsplänen die Grundlage entziehen. So forderte der Zentrumsabgeordnete Ludwig Kaas im Reichstag, das derzeit besetzte Gebiet müsse die Stellung im Reich einnehmen, die „der politischen und kulturellen Leistungsfähigkeit des rheinischen Volksstammes“ entspreche.[208] Eine weitere ar-

sung vom deutschen Volks- und Reichskörper“ sei. IfZ ZG Ruh: Preußen und Rheinland. Parlamentarischer Bericht aus dem preußischen Landtage, [undat. Flugblatt, wohl 1923].

201 Vgl. Schlemmer, „Los von Berlin“, S. 388–401.

202 Vgl. Berlin, 8. August, in: Germania (49), 09. August 1919, Nr. 359, S. 1.

203 Berlin, 1. September, in: Germania (49), 02. September 1919, Nr. 399, S. 1.

204 Berlin, 3. Juni, in: Germania (49), 04. Juni 1919, Nr. 249, S. 1.

205 Ebd.

206 Vgl. Schlemmer, „Los von Berlin“, S. 283f. u. 315f.

207 Berlin, 12. September, in: Germania (49), 13. September 1919, Nr. 419, S. 1.

208 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 62. Sitzung vom 22. Juli 1919, Rede von Ludwig Kaas (Zentrum), S. 1803.

gumentative Strategie bestand darin, Zuversicht zu verbreiten. Die Fremdherrschaft, so die hoffnungsfroh verkündete Lehre aus der Geschichte, werde immer widerwilliger ertragen, bis dereinst das „rheinische Volk mit Freuden ins Vaterhaus“ zurückkehre.[209] Dieser Lesart folgend wären eigentlich keine Bedenken ob der territorialen Zukunft der umstrittenen Provinz nötig gewesen. Dennoch wurden Sprecher aus dem katholischen Milieu nicht müde, vor den Loslösungsbestrebungen zu warnen und die Region eindeutig „national“ zu verorten:

> Niemals ist der Rhein neutral. Niemals sind die Rheinländer neutral. Ihre Art ist urdeutsche Art.[210]

Der „heilige[…], stolze[…]“ Rhein, an dessen Ufern „das christlich-deutsche Volk“ lebe, wurde zur „Schlagader christlich deutscher Kultur“ verklärt.[211] Die Verknüpfung von Rheinland, Deutschland und Christentum errichtete semantisch ein Bollwerk gegen profranzösische und proseparatistische Ideen. Gleichzeitig reklamierte sie den Machtanspruch der Zentrumspartei im Rheinland und stellte dessen regionale Besonderheiten gegenüber Preußen heraus.

Im Rheinland kulminierten verschiedene Bedrohungslagen: Der territoriale Bestand Preußens schien sowohl von innen (Separatisten) als auch von außen (Franzosen) infrage gestellt zu sein, daneben befand sich die „Reichseinheit“ als Ganzes in Gefahr, falls sich die Rheinprovinz für unabhängig erklären oder sich gar mit Frankreich zusammenschließen sollte. Diese Situation verschärfte sich 1923 mit der Ausweitung der Besatzungsherrschaft noch einmal dramatisch.

Die im Januar 1923 beginnende Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen stellte eine neue Qualität in der Auseinandersetzung um die deutschen Reparationszahlungen dar und traf durch die Abtrennung des westdeutschen Industriegebiets das Reich in sein wirtschaftliches Herz. Während sich Frankreich die Beschneidung der deutschen wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten, eine Schutzzone vor den Deutschen sowie eine Forcierung der Reparationszahlungen erhoffte, ging es aus deutscher Sicht um die „nationale Ehre“, die Existenz der Volkswirtschaft und die Erhaltung der „Reichseinheit“. Der französische Überfall gelte „Deutschland als Nation“ und ziele auf sein „politische[s] Lebensrecht“ sowie auf seine „wirtschaftlichen Lebensbedingungen“, so die verbreitete Ansicht im Deutschen Reich.[212] Milieuübergreifend

[209] [Alfred] Lauscher, Der Streit um den Rhein, in: Germania (52), 07. Juni 1922, Nr. 345, S. 1 f., hier: S. 2.

[210] Zweite Reichstagung der Windthorstbunde. Der Schlußbericht, in: Germania (52), 22. Juni 1922, Nr. 370, [o. Pag.].

[211] Ebd.

[212] Eduard Bernstein, Englands Pflicht, in: Vorwärts (50), 21. Januar 1923, Nr. 34, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich die Aussage in der Germania, es gehe um „Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes“: Um Sein oder Nichtsein des deutschen Volks. Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei, in: Germania (53), 12. März 1923, Nr. 70, S. 1. Für den Zentrumsabgeordneten Johannes Bell ging es im „Ruhrkampf“ um „Leben und Sterben der Nation“. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11962. Als einzige Alternative sah auch der nationalliberale Kommentator der Kölnischen Zeitung „Leben oder Sterben der Nation“: Die letzte Runde, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1923, Nr. 528, S. 1.

wurde der Ruhrbesetzung mit Semantiken wie „schwierigste Lebensfrage der Nation“[213] oder „eine der härtesten Proben“ für das Bestehen von „Volk und Staat […] vor der Geschichte“[214] eine schicksalhafte Bedeutung beigemessen. Alle Parteien des untersuchten Spektrums scharten sich – im Gegensatz etwa zu den Nationalsozialisten[215] – zunächst um die Regierung Cuno und sagten den „Brüdern am Rhein und an der Ruhr“ ihre „weitestgehende Hilfe“ zu.[216] Das „deutsche Volk“ müsse in seiner „Gesamtheit“ fest zusammenstehen und der Gewaltaktion mit Widerstand entgegentreten, so der preußische Ministerpräsident Otto Braun.[217] Reichskanzler Wilhelm Cuno appellierte an den Zusammenhalt des „Volkes“ – gemeinsam und einig sollte die Krise überwunden werden. Jeglicher „müßige[…] Streit“[218] wurde hinter die Formel von der „Einheit“ verbannt. Der feste Zusammenschluss aller „zu innigster Gemeinschaft mit dem Staat“ sei das Gebot der Stunde, so Cuno.[219] Als Devise gab der parteilose Reichskanzler aus:

> Unrecht, Not, Entbehrung – unser Schicksal heute; Recht, Freiheit und Leben – das Ziel; Einigkeit – der Weg![220]

Diese „Einigkeit“ bedeutete, wie Gustav Stresemann vor dem Reichstag ausführte, dass die „Gegensätze des politischen Denkens und religiöser Empfindung […] gegenüber dem[,] trotz allem stolzen Gefühl, Deutscher zu sein und seinem Volkstum die Treue zu halten“, zurücktreten müssten.[221] „Einheit“ bildete in seiner – sowohl territoriale als auch innere und äußere Aspekte beinhaltenden – Polysemie das zentrale Schlagwort im politischen Diskurs zur Abwehr der französischen Besatzung. Gegenüber der Welt sei es wichtig, ein Bild der „Einmütigkeit des deutschen Volkes“ zu vermitteln, so auch das Berliner Tageblatt.[222] Zudem wurde „Einheit“ als ein Element des passiven Widerstandes gegen die Besatzungsmacht verstanden. Die „innere Geschlossenheit“ torpediere das auf „deutsche Un-

213 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Georg Ledebour (parteilos), S. 9434. Ähnlich auch die Aussage, es handele sich um „Lebensentscheidungen des deutschen Volkes“: Die deutsche Einheitsfront, in: Kölnische Zeitung, 20. Januar 1923, Nr. 49, S. 1.

214 Die entscheidende Stunde, in: Kölnische Zeitung, 13. Januar 1923, Nr. 30, S. 1.

215 Vgl. Unsere Aufgabe für 1923, in: Völkischer Beobachter (37), 03. Januar 1923, Nr. 1, S. 1; Nieder mit den Novemberverbrechern!, in: Völkischer Beobachter (37), 13. Januar 1923, Nr. 4, S. 1.

216 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Otto Braun (MSPD, preuß. Ministerpräsident), S. 9434.

217 Ebd.

218 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Wilhelm Cuno (Reichskanzler), S. 9422.

219 Ebd.

220 Ebd.

221 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 9423; ähnlich: Der Friedensbruch im Ruhrgebiet. Das Schicksal des deutschen Volkes, in: Kölnische Zeitung, 11. Januar 1923, Nr. 26, S. 1.

222 Ernst Feder, Kohlenrequisitionen?, in: Berliner Tageblatt (52), 16. Januar 1923, Nr. 26, S. 1f., hier: S. 2.

einigkeit“ setzende französische Kalkül, freute sich Theodor Wolff.[223] Und Gustav Stresemann prophezeite, der Versuch Frankreichs, die „deutsche Einheit“ zu „zerreißen“, werde am „einheitlichen deutschen Willen und Wollen“ scheitern.[224] Aber auch jenseits des untersuchten Spektrums der politischen Mitte wurden zu Jahresbeginn 1923 Rufe nach einem „einheitliche[n] Abwehrwillen“ laut, der von „allen […] Teilen, allen Schichten und Berufen“ des „deutsche[n] Volk[es]“ getragen werden müsse, wie etwa die nationalistisch-konservative Deutsche Tageszeitung forderte.[225]

Dass es den Invasoren um mehr als nur um die Sicherstellung der Reparationszahlungen ging, stand für die Sprecher aus allen politischen Lagern fest. „Deutschland überall Glieder wegzureißen, es zu zersplittern und zu vernichten“, sei das vom Erbfeind verfolgte Ziel, so etwa Erich Dombrowski im Berliner Tageblatt.[226] Die Besetzung von Rhein und Ruhr wurde von deutscher Seite als ein Kampf um die territoriale Integrität des Reichs begriffen, bei dem es letztlich um die „Erhaltung der staatlichen Einheit aller deutschen Stämme“ gehe.[227] Selbst die ansonsten eher zurückhaltenden Sozialdemokraten legten in dieser Situation ein offensives Bekenntnis zur „Nation“ ab. So betonte etwa ein Kommentator im Vorwärts, die „Nation“ sei die „einzige Möglichkeit, die Fähigkeiten und die Kraft eines Volkes“ zu „geistigen und körperlichen Höhe[n]“ zu bringen.[228]

Die Gefahr für den territorialen Bestand des Deutschen Reichs steigerte die Empörung über Frankreich noch einmal. Den Franzosen schlug überall Hass entgegen. Innerhalb des untersuchten Spektrums wurden besonders im katholischen Milieu schwere Vorwürfe erhoben: Dem Erbfeind wurde „sittliche Ausschweifung“[229] vorgehalten, das „französische Volk“ als „dekadent[…]“,[230] „krank[…]

[223] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 22. Januar 1923, Nr. 36, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 12. März 1923, Nr. 120, S. 1 f., hier: S. 2.

[224] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 9423.

[225] Der Raubkrieg, in: Deutsche Tageszeitung (30), 11. Januar 1923, Nr. 17, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich: Erkennen und Handeln, in: Deutsche Tageszeitung (30), 14. Januar 1923, Nr. 22, S. 1 f.

[226] Erich Dombrowski, Die wirtschaftlichen Rückwirkungen. Frankreichs wirtschaftliche Ziele – Die Rede des Reichswirtschaftsministers – Die Kohlenverteilung, in: Berliner Tageblatt (52), 17. Januar 1923, Nr. 28, S. 1 f., hier: S. 1. Ähnlich die Aussage im Berliner Tageblatt: „Soll Deutschland sich noch weiterhin von seinem kranken politischen und wirtschaftlichen Körper ein Glied nach dem anderen abreißen lassen?“ Erich Dombrowski, Die Rede des Reichskanzlers. Die französische Gewaltpolitik – Der Appell an das Pflichtgefühl der Deutschen, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Oktober 1923, Nr. 504, S. 1 f., hier: S. 1. Ähnlich auch die Kölnische Zeitung, die vor der „Verstümmelung und Verkrüppelung Deutschlands“ warnte: Umschau und Ausschau. Dünkirchen und das Rheinland – Die Bevölkerungskraft als politischer Faktor – Das Gewicht des Geistes, in: Kölnische Zeitung, 22. April 1923, Nr. 279, S. 1.

[227] E[ngelbert] Regh, Wohin des Weges?, in: Kölnische Zeitung, 04. September 1923, Nr. 616, S. 1.

[228] Jakob Altmaier, Die Ausweisungs-Schmach, in: Vorwärts (50), 23. April 1923, Nr. 188, S. 1 f., hier: S. 1.

[229] Hochspannung im Ruhrgebiet, in: Germania (53), 17. Januar 1923, Nr. 16, S. 1 f., hier: S. 1.

[230] Die Verschärfung der Preiskrisis, in: Germania (53), 03. Juli 1923, Nr. 181, S. 1 f., hier: S. 2.

und abwegig[…]“[231] bezeichnet. Durch die Gegenüberstellung mit den Tugenden und der Höherwertigkeit des „deutschen Volkes“, „dessen Blutzirkulation gesund und das moralische Werte für seinen Existenzkampf einzusetzen“ vermöge,[232] konstruierten die Autoren einen schroffen Gegensatz zwischen beiden „Nationen“. Als Charaktereigenschaften des eigenen „Volkes“ wurden Merkmale wie „deutsche[…] Zusammengehörigkeit und Schicksalsverbundenheit, deutsche[…] Treue und deutsche[…] Würde“[233] genannt. Im katholischen Lager wurden das Sicherheitsbedürfnis des Nachbarstaates und seine Furcht vor Deutschland als Gründe für die Besetzung von Rhein und Ruhr erkannt, aber als wahnhafte Vorstellungen zurückgewiesen.[234] Dagegen hielten sich die Sprecher der anderen Milieus weitgehend mit einer moralischen und „psychologischen“ Bewertung des „französischen Volkes“ zurück. Die linksliberale und sozialdemokratische Kritik kaprizierte sich eher auf den französischen „Imperialismus“[235] und „Militarismus“[236] – beides Schlagwörter, deren politische Inhalte seitens der beiden Milieus auch im Inland energisch bekämpft worden waren. Dadurch erhielt der Kampf gegen die Invasoren einen abstrakten Charakter und wurde mit einer ideologischen Deutung versehen. In der aufgeheizten Atmosphäre des Jahres 1923 stießen Berichte über einheimische Unabhängigkeitsbestrebungen im Rheinland in allen untersuchten Milieus nicht bloß auf Ablehnung, sondern auf tiefe Entrüstung und vehemente semantische Abwehr.

Den teilweise schon vormals existierenden einheimischen Separatistengruppen wurde vorgeworfen, sie paktierten mit den Franzosen und begingen Verrat „wider ihr eigenes Volk“.[237] Die dabei verwendeten Metaphern glichen dem Bild vom Dolchstoß: Die „verächtlichen Elementen der Sonderbündler“ seien „den am meisten bedrückten Volksgenossen an der Ruhr in den Rücken“ gefal-

[231] Die Wehr an der Ruhr, in: Germania (53), 01. Februar 1923, Nr. 31, S. 1f., hier: S. 2.

[232] Ebd.

[233] Hermann Reinfried, Die Franzosen in Baden, in: Germania (53), 06. Februar 1923, Nr. 36, S. 1f., hier: S. 1.

[234] So mit dem Wort von der „Sicherheitspsychose“: Frankreichs Sicherheit. Das Programm der Panik, in: Germania (53), 09. April 1923, Nr. 97, S. 1f., hier: S. 1. Des Weiteren vgl. etwa: Umschau und Ausschau. Dünkirchen und das Rheinland – Die Bevölkerungskraft als politischer Faktor – Das Gewicht des Geistes, in: Kölnische Zeitung, 22. April 1923, Nr. 279, S. 1.

[235] Vgl. etwa: Kundgebung am Sonntag, in: Vorwärts (50), 15. Januar 1923, Nr. 23, S. 1; Erich Dombrowski, Die wirtschaftlichen Rückwirkungen. Frankreichs wirtschaftliche Ziele – Die Rede des Reichswirtschaftsministers – Die Kohlenverteilung, in: Berliner Tageblatt (52), 17. Januar 1923, Nr. 28, S. 1f.; Wilhelm Sollmann, Verwüstete Gebiete, in: Vorwärts (50), 06. Februar 1923, Nr. 60, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 12. März 1923, Nr. 120, S. 1f., hier: S. 2; Umschau und Ausschau. Die internationale Lage – Frankreichs Verlangen nach „Sicherheiten“ – Deutschlands Schuld und Schicksal – Der nationale Wille, in: Kölnische Zeitung, 21. Oktober 1923, Nr. 729, S. 1.

[236] Vgl. etwa: Hermann Müller, Der Zweck der Hetze, in: Vorwärts (50), 20. März 1923, Nr. 132, S. 1f., hier: S. 1; Ernst Feder, Erst Mord, dann Justizmord, in: Berliner Tageblatt (52), 04. April 1923, Nr. 158, S. 1f., hier: S. 2; Jakob Altmaier, Die Ausweisungs-Schmach, in: Vorwärts (50), 23. April 1923, Nr. 188, S. 1f., hier: S. 1.

[237] Vgl. Der Friedensbruch im Ruhrgebiet. Das Schicksal des deutschen Volkes, in: Kölnische Zeitung, 11. Januar 1923, Nr. 26, S. 1.

len.[238] Sie wurden als Verräter betrachtet und in einigen Kommentaren semantisch aus der „Gemeinschaft des Volkes“ ausgegrenzt.[239] Die Unterstützung der Separatisten in der Bevölkerung wurde von Sprechern aus allen politischen Lagern stark angezweifelt. Dass es in der „Bevölkerung der Rheinprovinz“ den „Wille[n] und Wunsch zum selbständigen Rheinstaat“ gebe, stritt etwa der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid vor dem Reichstag rundweg ab.[240] Ähnlich gingen auch katholische Kommentatoren mit separatistischen Bestrebungen in den besetzten Gebieten um. Dass das „rheinische Volk […] nichts anderes sein“ wolle „als ein Glied der großen deutschen Nation“ und daher der deutschen Regierung vertraue, war auch eine feste Überzeugung in diesem Milieu.[241] Den Rheinländern den Wunsch nach einem eigenen Staat zu unterstellen, wurde als „Gipfel der Unredlichkeit“ empfunden.[242] Die Bestrebungen zur „Schaffung einer selbständigen Rheinrepublik“ seien „nicht organisch aus dem rheinischen Volk herausgewachsen“, sondern ein „Kunstprodukt“. „Sonderbündler“ würden unter der „rheinischen Bevölkerung“ als „Verräter“ gelten, so die Germania.[243] Der „rheinischen Bevölkerung“ attestierten Sprecher aus dem katholischen Milieu eine „unerschütterliche Reichstreue“.[244] Und das Berliner Tageblatt sekundierte: „Niemals“ sei das „rheinische Volk weniger auf den Separatismus eingestellt“ gewesen „als in diesem Augenblick“.[245] Den Sonderbündlern schlüge in der „rheinischen Bevölkerung“ ein „fanatischer Haß“ entgegen.[246] Die Pläne zur „Lostrennung vom Reiche“ würden dem Willen der Bevölkerung eindeutig widersprechen.[247] Das Gefühl der „unzerstörbare[n] Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Vaterlande“ brenne in den Bewohnern des Rheinlands und münde in der Überzeugung, dass die „Zerreißung des Bandes, das Rhein und Ruhr mit

238 Umschau und Ausschau. Französische Katastrophenpolitik – Die „Hilfe“ Englands – Schicksalsfrage, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1923, Nr. 436, S. 1; ähnlich: [Paul] Moldenhauer, Die politische Lage am Rhein und im Reich, in: Kölnische Zeitung, 17. Oktober 1923, Nr. 719, S. 1f., hier: S. 2.

239 [Paul] Moldenhauer, Die politische Lage am Rhein und im Reich, in: Kölnische Zeitung, 17. Oktober 1923, Nr. 719, S. 1f., hier: S. 2.

240 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Rudolf Breitscheid (SPD), S. 11952.

241 A[lfred] Lauscher, Der Endkampf um das Rheinland. [Teil] II, in: Germania (53), 22. Mai 1923, Nr. 139, S. 1f., hier: S. 2.

242 Ebd.

243 Josef Joos, Offener Brief an Marc Sangnier, Abgeordneter in Paris, in: Germania (53), 04. September 1923, Nr. 245, S. 1f., hier: S. 2; ähnlich: Notwendigkeiten, in: Germania (53), 27. September 1923, Nr. 268, S. 1f.

244 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11965.

245 Alfred Krüger, Kein Boden für eine rheinische Republik. Das Fiasko des Separatismus – Die rheinische Bevölkerung geschlossen gegen Dorten und Smeets, in: Berliner Tageblatt (52), 24. April 1923, Nr. 192, S. 1f., hier: S. 1.

246 Ebd.; ähnlich auch: Alfred Krüger, Die Stimmung im Rheinland. Nach der Einstellung des passiven Widerstandes – Die Haltung der politischen Parteien – Sorge vor einem Sondervorgehen Bayerns, in: Berliner Tageblatt (52), 29. September 1923, Nr. 458, S. 1f.

247 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 22. Oktober 1923, Nr. 496, S. 1f., hier: S. 1.

dem übrigen Deutschland verbindet“, den „Tod der deutschen Nation“ bedeute.[248] Alle Pläne für einen unabhängigen Rheinstaat oder ein neutrales Rheinland unter Völkerbundaufsicht bezeichneten die Linksliberalen als französischen Schwindel, der das Ziel verfolge, „unter irgendeinem Namen oder Vorwand einen Volksteil vom Volksganzen“ zu trennen.[249]

Konnten die Separatisten im Rheinland auch sicherlich nur eine kleine Bevölkerungsminderheit hinter ihrer Fahne sammeln, so fällt doch auf, mit welcher Vehemenz die Bewegung in allen untersuchten Milieus für angeblich bedeutungslos erklärt wurde. Diese Aussagen waren vom Bestreben geprägt, jegliche Bedrohung für die territoriale „Einheit“ des Reichs abzuwehren. Gemäß dieser Prämisse wurden die Separatisten als Vaterlandsverräter und Helfershelfer der Franzosen gebrandmarkt. Sie standen außerhalb des innerhalb der „Einheit“ tolerierten pluralistischen Meinungsspektrums. Um das Bild der „Einigkeit“ über die Erhaltung der territorialen Gegebenheiten aufrechtzuerhalten, wurde zudem ihr Rückhalt in der Bevölkerung bis zur Nichtexistenz heruntergespielt.

Die Überzeugung, dass das Rheinland bei Preußen und dem Deutschen Reich verbleiben müsse, wurde infolge der französischen Besetzung zu einer im Namen der Staatsräson unhinterfragbaren Gewissheit in den untersuchten Milieus. Als Beleg für die dauerhafte Zugehörigkeit zum Deutschen Reich wurde der „rein deutsche“ Charakter der Gebiete an Rhein, Saar und Ruhr herausgestellt.[250] Die Bevölkerung habe bewiesen, dass „sie deutsch ist, deutsch fühlt und deutsch bleiben will“, so die Kölnische Zeitung.[251] Auch Formulierungen wie „kerndeutsch[…]“[252] oder „echt deutsch[…]“[253] begründeten die „nationalen“ Ansprüche auf das Territorium. Sie verwiesen auf ethnische Kriterien und führten die „nationale“ Identität häufig auf den Charakter und das Wesen der Bewohner oder die Geschichte und das Brauchtum der Regionen zurück. Die Wertung als „deutsch“ war Beleg für die rechtmäßige und auch künftige Zugehörigkeit des jeweiligen Landesteils zum Deutschen Reich – Aussagen, wie sie nicht nur in Bezug auf das Rheinland, sondern auch gegen die separatistischen Bestrebungen in der Pfalz verwendet wurden. Die Bewohner des Gebiets seien „deutsch ihrer Vergangenheit und Kultur nach, deutsch im innersten Herzen und Kern“.[254] Gustav Stresemann nannte die

[248] Paul Steinborn, Rheinlandprojekte. Der Stand der Rheinlandfrage – Der freundlich-unzugängliche Herr Tirard – Rheinland, Preußen, Reich – Die Verhandlungen des Fünfzehnerausschusses – der 56er Ausschuß, in: Berliner Tageblatt (52), 01. Dezember 1923, Nr. 555, S. 1 f., hier: S. 2.

[249] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (53), 10. März 1924, Nr. 119, S. 1 f., hier: S. 1.

[250] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Hermann Müller (SPD), S. 9425; Ein halbes Jahr Ruhrkampf, in: Germania 12. Juli 1923, Nr. 190, S. 1 f., hier: S. 1; Nikolaus Peters, Der Strafrechtsfrevel an Rhein und Ruhr, in: Germania (53), 07. August 1923, Nr. 216, S. 1 f.

[251] Der Friedensbruch im Ruhrgebiet. Das Schicksal des deutschen Volkes, in: Kölnische Zeitung, 11. Januar 1923, Nr. 26, S. 1

[252] Nordafrika in Trier, in: Germania (53), 09. Februar 1923, Nr. 39, S. 1 f., hier: S. 2.

[253] Ein halbes Jahr Ruhrkampf, in: Germania 12. Juli 1923, Nr. 190, S. 1 f., hier: S. 1.

[254] Die Pfalz und die Separatisten, in: Germania (54), 26. Januar 1924, Nr. 25, S. 1 f., hier: S. 2.

Bevölkerung in der Pfalz „treudeutsch[…]“.[255] In anderen Kommentaren wurde auf die Widerstandskraft des „gesunde[n] deutsche[n] Blut[es]“ der Pfälzer gegen die als „Spaltpilze“ bezeichneten Separatisten verwiesen.[256] Eine Loslösung der Rheinpfalz aus dem Deutschen Reich stand nach übereinstimmender Ansicht überhaupt nicht zur Diskussion:

> Die Pfalz ist deutsch, und sie will und muß deutsch bleiben![257]

Dem Separatismus wurde nicht auf einer inhaltlichen Ebene, sondern mit dem Verweis auf die angeblich unumstößliche ethnische Zugehörigkeit eines Territoriums begegnet. Aber nicht nur das „ethnos“, auch der „demos“ musste als Beleg für die Eindeutigkeit der „nationalen“ Verhältnisse herhalten – er stehe den Separatisten ablehnend gegenüber, sein gefühlter Wille galt als Beleg für den Verbleib beim Deutschen Reich.

Die Aufrechterhaltung der territorialen „Einheit“ des Gesamtstaates und die Abwehr der Besatzungsherrschaft hingen nach Auffassung der Zeitgenossen von der „inneren Einheit“ der Deutschen sowohl an Rhein und Ruhr als auch im übrigen Reichsgebiet ab. Wie selten zuvor wurde daher das Gefühl der inneren Verbundenheit zu dem entscheidenden Faktor für den geografischen und politischen Fortbestand des Reichs. Alle untersuchten Milieus bekannten sich prinzipiell zu dieser als unabdingbar erachteten „inneren Einheit“, unterschieden sich aber in ihrer semantischen Verarbeitung und bei der Beurteilung des Status quo: So konnte die proklamierte „Einheit“ entweder als etwas schon gegebenes oder als ein anzustrebendes Ziel betrachtet werden. Sprecher, die von Letztgenanntem ausgingen, forderten zur Erreichung der „Einheit“ von allen Akteuren „größte Zurückhaltung“ ein.[258] Für die Parteien bedeutete dies, dass sie „alles Trennende vorerst zurückstellen“ müssten.[259] Vom „deutschen Volk“ sei eine „unzertrennbare[…] Geschlossenheit“ einzufordern.[260] In anderen Äußerungen wurde „Einigkeit“ hingegen als bereits eingetretene Realität begriffen.[261] Zusammen mit „Opferwilligkeit und Besonnenheit“ bilde sie die Grundlage für den „Erfolg des deutschen Widerstandes im Westen“, so das Berliner Tageblatt.[262] Teilweise wurde

[255] Gustav Stresemann, Rede vor der ausländischen Presse in Berlin vom 19. Januar 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 15.

[256] Der Kampf um die Pfalz, in: Kölnische Zeitung, 19. April 1924, Nr. 279, S. 1f., hier: S. 1.

[257] Die Pfalz und die Separatisten, in: Germania (54), 26. Januar 1924, Nr. 25, S. 1f., hier: S. 2.

[258] Erich Dombrowski, Die wirtschaftlichen Rückwirkungen. Frankreichs wirtschaftliche Ziele – Die Rede des Reichswirtschaftsministers – Die Kohlenverteilung, in: Berliner Tageblatt (52), 17. Januar 1923, Nr. 28, S. 1f., hier: S. 2.

[259] Ebd.; ähnlich: Die neue Phase im Ruhrkonflikt, in: Germania (53), 19. Oktober 1923, Nr. 290, S. 1f., hier: S. 2.

[260] Hochspannung im Ruhrgebiet, in: Germania (53), 17. Januar 1923, Nr. 16, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Joseph Schofer, Die Lehren der Geschichte. Politische Ostergedanken, in: Germania (53), 01. April 1923, Nr. 90, S. 1f., hier: S. 1.

[261] Vgl. Ernst Feder, Volksopfer, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Januar 1923, Nr. 44, S. 1f., hier: S. 1.

[262] Ernst Feder, Der Reichspräsident in Baden, in: Berliner Tageblatt (52), 13. Februar 1923, Nr. 74, S. 1f., hier: S. 1.

auch konstatiert, dass die „volle Einigkeit“ unter den politischen Parteien im Rheinland bestehe, sie aber auf Reichsebene noch vermisst werde.[263] Trotz dieser Nuancen war „Einheit“ lagerübergreifend die zentrale Vokabel während der Ruhrkrise. In ihr sollten alle Parteien und die von ihnen „vertretenen Volkskreise“ ihren Platz finden.[264] Der „Unterschied von Klassen und Ständen“ habe darin aufzugehen.[265] „Ob Mann oder Frau, jeder ist jetzt ein lebenswichtiges Glied der deutschen Schicksalsgemeinschaft“, so die Kölnische Zeitung.[266] Neben dieser integrativen Funktion nach innen hatte die „Einheit“ verteidigend nach außen zu wirken. In den Metaphern des „Wall[s]“[267] und der „Mauer“[268] fanden sich Synonyme, die den Abwehrcharakter der „Einheit“ deutlich zutage treten ließen.

Ebenfalls verwendet wurde die Bezeichnung „Einheitsfront“. Durch seine Aufladung im Krieg gehörte dieser Begriff allerdings nicht in allen Milieus zum semantischen Feld des Sagbaren; zu sehr hafteten ihm Vorstellungen von „Burgfrieden“, Manipulation und Unterdrückung Andersdenkender an. Im nationalliberalen Milieu wurde „Einheitsfront“ zustimmend aufgegriffen und propagiert. Bei der Arbeiterbewegung dagegen stieß das Wort auf großen Widerstand.[269] So distanzierten sich etwa die Sozialdemokraten ausdrücklich vom Gedanken einer „nationalen Einheitsfront“, da diese einzig das Ziel habe, den „Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit“ mit „schönen Phrasen und Versprechungen“ zu „verkleistern“.[270] Die Lehre aus den Erfahrungen und innerparteilichen Ausein-

263 Umschau und Ausschau. Wie es kam – Frankreichs weitere Absichten – Um das Rheinland, in: Kölnische Zeitung, 30. September 1923, Nr. 675, S. 1.

264 Umschau und Ausschau. Französische Katastrophenpolitik – Die „Hilfe“ Englands – Schicksalsfrage, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1923, Nr. 436, S. 1; vgl. auch: Gerüchte, in: Kölnische Zeitung, 10. Juli 1923, Nr. 476, S. 1.

265 Der Wiederzusammentritt des Reichstags, in: Kölnische Zeitung, 26. September 1923, Nr. 665, S. 1.

266 Die letzte Runde, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1923, Nr. 528, S. 1.

267 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 15. Januar 1923, Nr. 24, S. 1 f., hier: S. 1.

268 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 29. Januar 1923, Nr. 45, S. 1 f., hier: S. 1.

269 Ebd.; Ernst Feder, Deutschlands Waffe. Der Widerstand an der Ruhr, in: Berliner Tageblatt (52), 04. August 1923, Nr. 364, S. 1 f., hier: S. 1; mit der Forderung nach einer „Einheitsfront“ vgl. etwa: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Albrecht von Graefe (DNVP/Deutschvölkisch), S. 9429; Die deutsche Einheitsfront, in: Kölnische Zeitung, 20. Januar 1923, Nr. 49, S. 1; Umschau und Ausschau. Poincarés Beutezug an die Ruhr – Getäuschte Erwartungen – Einig in der Abwehr, in: Kölnische Zeitung, 21. Januar 1923, Nr. 51, S. 1; Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1; im Katholizismus wurde der Begriff im Zusammenhang mit der Situation in Bayern und der Haltung der NSDAP zumeist negativ konnotiert verwendet, vgl. etwa: Bayern in der deutschen Abwehrfront, in: Germania (53), 20. März 1923, Nr. 78, S. 1 f., hier: S. 1; Bayern und sein Nationalsozialismus, in: Germania (53), 26. Januar 1923, Nr. 25, S. 1 f., hier: S. 2.

270 Aussprechen, was ist!, in: Vorwärts (50), 27. Januar 1923, Nr. 44, S. 1 f.; ebenfalls mit Kritik an der „Einheitsfront“: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 289. Sitzung vom 17. Januar 1923, Rede von Hermann Jäckel (SPD), S. 9462–9464; Der Abwehrwille der Sozialdemokratie. David gegen Annexionismus – Hergts Haßgesang – Stresemann für Sachwerterfassung, in: Vorwärts (50), 08. März 1923, Nr. 112, S. 1; Hermann Müller, Der Zweck der Hetze, in: Vorwärts (50), 20. März 1923, Nr. 132, S. 1 f., hier: S. 1; vehemente Kritik am Gedanken der „Einheitsfront“ auch in der KPD: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung

andersetzungen während des Ersten Weltkrieges ließ die Sozialdemokraten zwar das Lexem „Einheitsfront“ ablehnen, der „nationalen Einheit“ in der Ruhrkrise verweigerten sie sich aber nicht. Im Gegenteil: Auch das sozialdemokratische Milieu fand sich im parteiübergreifenden Widerstand gegen die Ruhrbesetzung ein. Jedoch fiel es seinen Sprechern durchaus schwer, sich im Einheitsdiskurs des Jahres 1923 zu positionieren. Das erst im Vorjahr überwundene Schisma zwischen USPD und MSPD stand den sozialdemokratischen Politikern und Kommentatoren mahnend vor Augen, als sie über das richtige Verhalten angesichts der Ruhrkrise nachdachten. Fest stand, dass es keine sozialdemokratische Teilnahme an einer „nationalistischen Hurrastimmung“ geben dürfe.[271] Die „Einheit“ mit den anderen politischen Kräften in Solidarität mit der Bevölkerung der besetzten Gebieten sowie die Abwehr der französischen Okkupation konnten aus sozialdemokratischer Sicht nur verfolgt werden, wenn als langfristige Ziele „[d]auernder Friede und Verständigung von Volk zu Volk“ sowie „Recht und Freiheit auch für unser Volk“ fest im Fokus blieb.[272] Das Engagement für die „innere Einheit“ musste für die Sozialdemokraten somit stets im Einklang mit der „Einheit und Geschlossenheit der Partei“ stehen.[273] Das Ideal der „inneren Einheit“ wurde zudem stark als ein – jenseits der Parteien bestehendes – Solidaritätsgefühl gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten betrachtet.[274] Der sozialdemokratische Grundwert einer Solidarität zwischen den Angehörigen der unterdrückten „plebs“ wurde hier auf die Bevölkerung im Ruhrgebiet gewendet. „Einheit“ befand sich damit für das sozialdemokratische Spektrum weniger auf einer abstrakt-mentalen oder gar metaphysisch-holistischen, sondern eher auf einer konkret-klassensolidarischen und individuell-situativen Ebene.

In anderen Milieus hingegen waren die Einheitsvorstellungen häufig mit großen, über die aktuelle Situation hinausgehenden Erwartungen aufgeladen. Im Gegensatz zu 1914 sei die „Einheit“ nun nicht „von oben her“ geschaffen, sondern „aus der Tiefe der Volksseele“ geboren, frohlockte etwa die Kölnische Zeitung.[275] Mit der Ruhrbesetzung habe der „Wiederaufstieg zu nationaler Stärke begonnen“,

vom 13. Januar 1923, Rede von Paul Frölich (KPD), S. 9432; Proletarische Front über die Köpfe der Führer! Zurückberufung der Arbeitervertreter aus der Befreiungskommission bei Thyssen – Die Betriebsräte der Stinnes-Zechen für den Essener Betriebsrätekongreß, in: Die Rote Fahne (6), 24. Januar 1923, Nr. 19, S. 1.

271 Vgl. Aussprechen, was ist!, in: Vorwärts (50), 27. Januar 1923, Nr. 44, S. 1f., hier: S. 2; von kommunistischer Seite wurde zudem beständig an den „Verrat“ der Sozialdemokraten während des Krieges erinnert, vgl. etwa: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Wilhelm Cuno (Reichskanzler), S. 9422. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Paul Frölich (KPD), S. 9433.

272 Dolchstoßlegende gefällig?, in: Vorwärts (50), 03. Februar 1923, Nr. 54, S. 1f., hier: S. 2 (Hervorhebung im Original).

273 Aussprechen, was ist!, in: Vorwärts (50), 27. Januar 1923, Nr. 44, S. 1f., hier: S. 2.

274 Vgl. Dolchstoßlegende gefällig?, in: Vorwärts (50), 03. Februar 1923, Nr. 54, S. 1f.; IfZ ZG Ruh: Preußen und Rheinland. Parlamentarischer Bericht aus dem preußischen Landtage, [undat. Flugblatt, wohl 1923].

275 Wirtschaftsbilder aus Oesterreich, in: Kölnische Zeitung, 09. Februar 1921, Nr. 102, S. 1.

so ein weiterer nationalliberaler Kommentar.[276] Und ein anderer Leitartikel sekundierte begeistert:

> Was kein deutsches Bemühen und was selbst Engelszungen nicht in Jahrzehnten hätten zuwege bringen können, das ist den Tankgeschwadern und dem Maschinengewehrknattern, den Kolbenstößen und den Reitpeitschenhieben und der Ausweisungsraserei in sechs Wochen vollständig gelungen: Deutschland ist aus einem geographischen Begriff und einem Klassenchaos wieder eine Einheit geworden.[277]

Auch Sprecher aus anderen Lagern stimmten in den Jubelchor mit ein. Die gegenwärtige Zeit der Not werde die „Ruhrbevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk […] zu einer Schicksalsgemeinschaft“ zusammenschmieden, gab sich zum Beispiel ein Kommentator in der katholischen GERMANIA überzeugt.[278] Ein anderer Sprecher aus dem katholischen Milieu verkündete, dass eine „deutsche Volks- und Notgemeinschaft“ entstanden sei.[279] Zudem wurde – wie schon im August 1914 – die „Einheit“ als „Wunder“ gefeiert:

> Die Franzosen haben mit ihrer Ruhrinvasion auf Granit gebissen: es ist der Granit deutscher Einigkeit und Einheit, die alle Volksschichten im deutschen Vaterlande wie durch ein Wunder wieder zusammenschmolz, nachdem sie sich vorher in innerpolitischen Fehden bis aufs Messer bekriegt hatten.[280]

Genauso wie die schwierige „gegenwärtige[…] Lage unseres Volkes“ als eine metaphysische „Prüfung“ erachtet wurde, ließ sich auch die Antwort auf diese Aufgabe – die angebliche Vollendung der „Einheit“ – als Wirken eines „höheren Willen[s]“ interpretieren.[281] Des Weiteren weckten der passive Widerstand an der Ruhr und der darin zum Ausdruck kommende „einheitliche[…] Gemeinwille“[282] oftmals ein Gefühl von Stolz über das kaum für möglich gehaltene Zusammenstehen der „Nation“. Das „Volk“ sei in der Not „geläutert und gehärtet“ worden, es habe „sich selbst und seine Stärke“ kennengelernt, so das BERLINER TAGEBLATT.[283] Die „Einheit“ entfaltete somit eine selbstbegeisternde und selbstmotivierende Wirkung. Dieser Effekt wirkte sich nachhaltig auf den individuellen und kollektiven Erfahrungsraum aus. Vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen im Innern und der politischen Gewalttaten der zurückliegenden Monate bildete „Einheit“ einen lange ersehnten Wert, der sich nun endlich, im Angesicht der äußeren Bedrohung, zu verwirklichen schien. Gefahren für die

276 Umschau und Ausschau. Des Volkes Wille – Das deutsche und das französische Kampfziel – Wilhelm Tell als Erzieher, in: Kölnische Zeitung, 11. März 1923, Nr. 175, S. 1.

277 Umschau und Ausschau. Abwehr und Abkehr – Not cash, but smash – Die Wahrheit auf Rädern, in: Kölnische Zeitung, 04. März 1923, Nr. 159, S. 1.

278 Die Wehr an der Ruhr, in: Germania (53), 01. Februar 1923, Nr. 31, S. 1f., hier: S. 1.

279 Um Sein oder Nichtsein des deutschen Volks. Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei, in: Germania (53), 12. März 1923, Nr. 70, S. 1.

280 Hermann Reinfried, Die Franzosen in Baden, in: Germania (53), 06. Februar 1923, Nr. 36, S. 1f., hier: S. 1.

281 Mehr Solidarität!, in: Germania (53), 23. September 1923, Nr. 264, S. 1f., hier: S. 1.

282 Paul Scheffer, Die falsche Methode, in: Berliner Tageblatt (52), 12. April 1923, Nr. 172, S. 1f., hier: S. 2.

283 Cösta Erlandson, Beobachtungen eines Neutralen im Ruhrgebiet, in: Berliner Tageblatt (52), 17. März 1923, Nr. 130, S. 1f., hier: S. 2.

Dauerhaftigkeit der „Einheit“ wurden im zu unbedachten Umgang mit ihr und in der parteipolitischen Ausnutzung erblickt.[284] „Einheit“ wurde vielfach als ein holistischer Zustand begriffen; dem lag die Vorstellung zugrunde, dass verschiedene Meinungen die Gesellschaft nicht bereichern, sondern ihre innere Harmonie stören würden. Ferner trugen organische Sprachbilder zu einer metaphysischen Aufladung des Wortes bei. Zugleich war der Wert „Einheit“ die letzte Hoffnung, an die sich die Zeitgenossen angesichts einer ausweglos erscheinenden Gegenwart und einer noch düsterer wirkenden Zukunft klammern konnten. „Einheit“ war somit auch ein Narkotikum, das es ermöglichte, die Gedanken von der augenblicklichen Krise abzuwenden. Die ständige Beschwörung von „Einheit“ und „Nation“ überdeckte die mit der Ruhrbesetzung einhergehenden Probleme – wie Lebensmittelknappheit, Inflation und die tiefer werdende Kluft zwischen den sozialen Gruppen – nur notdürftig. Die Besatzungspolitik und der passive Widerstand wurde auf dem Rücken vor allem der Frauen und Kinder aus der Arbeiterschicht ausgetragen. Für das Überleben notwendige Nahrungsmittel, Brennstoffe und Kleidung zu beschaffen, stellte eine immer schwieriger werdende Aufgabe dar. Vielerorts herrschte – insbesondere bei den minderbemittelten Schichten – Armut und Unterernährung vor. Hunderttausende kranke und Hunger leidende Kinder aus den besetzten Städten wurden ab Frühjahr 1923 in ländliche Regionen außerhalb des Ruhrgebiets evakuiert, wo sie sich meist auf Bauernhöfen erholen konnten.[285]

Nichtsdestoweniger blieb die Lage an Rhein und Ruhr prekär. Die aufkeimenden sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Verwerfungen wurden als Gefahr für den Widerstand gegen das Besatzungsregime betrachtet – innerhalb des Spektrums der politischen Mitte machte man das Verhalten der rechten und linken Republikfeinde für ihr Entstehen verantwortlich. Dass die „Einheit des Volkes“ in der Krise nicht allumfassend war und von verschiedenen innenpolitischen Akteuren gestört wurde, stand bereits im Januar 1923 den Sprechern der untersuchten Lager deutlich vor Augen. Die massiven Vorwürfe sowohl gegen die DNVP und andere Gruppierungen des rechten Lagers als auch gegen die Kommunisten machten deutlich, dass sich der „nationale“ Konsens weitgehend auf das Spektrum der Mitte zwischen SPD und DVP beschränkte. Zwar riefen auch die Kommunisten zum „Zusammenschluss“ auf, dieser erstreckte sich aber nur auf die „gesamte werktätige Bevölkerung“ und nicht auf eine allumfassende – von kommunistischen Sprechern teilweise in distanzierend-ironische Anführungszeichen gesetzte – „‚nationale[…] Einheit‘“.[286] Mit der „Bourgeoisie“ konnte es aus linksradikaler Sicht keinerlei Zusammengehen geben – sie wurde als der Hauptgegner

[284] Vgl. Joseph Schofer, Die Lehren der Geschichte. Politische Ostergedanken, in: Germania (53), 01. April 1923, Nr. 90, S. 1f., hier: S. 1.

[285] Vgl. Conan Fischer, Soziale Verwerfungen im Ruhrkampf durch Hunger und Evakuierung, in: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 149–167; Conan Fischer, The Ruhr Crisis, 1923–1924, Oxford 2003, insbesondere S. 108–135.

[286] Die Ruhrbesetzung, die Kapitalisten und die Arbeiter, in: Die Rote Fahne (6), 11. Januar 1923, Nr. 8, S. 1.

angesehen.[287] Das untersuchte Spektrum nahm besonders die Haltung der Nationalisten ins Visier: Ihnen warfen Sprecher aus dem sozialdemokratischen Milieu „Maulheldentum“, das „frevelhafte[…] Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes“ und „Ausländerhetze“ vor.[288] Bei der Aussprache zur Regierungserklärung über die Ruhrbesetzung zeigte sich der SPD-Vorsitzende Hermann Müller erbost über die diffamierenden Angriffe gegen die angeblichen „Verbrecher des 9. November“ und ihre „Erfüllungspolitik“, die aus konservativen und „völkischen“ Kreisen geführt wurden.[289] Die DNVP musste sich vorhalten lassen, sie würde die Ruhrbesetzung parteipolitisch ausnützen, obwohl sie selbst „ihr gerüttelt Maß von Schuld am Unglück des eigenen Volkes“ trage.[290] Den „Patentnationalen“ sei es mit dem „Schrei nach der Einheitsfront“ nie ernst gewesen, sie hätten lediglich eine „Einigkeitsmaske“ angelegt, stünden aber in Wahrheit für die Parole „‚Erst Reinigung, dann Einigung!‘“, so Hermann Müller zwei Monate nach Beginn des „Ruhrkampfes“.[291] Damit ging Müller in Bezug auf die DNVP fast so weit wie Sprecher aus dem kommunistischen Lager, die den Industriellen im besetzten Gebiet Heuchelei vorwarfen, da sie „als Patrioten auftreten und gleichzeitig aus der Not des deutschen Volkes Profite schlagen“ würden.[292] Sprecher aus dem nationalistisch-konservativen Lager wehrten sich gegen die Vorhaltungen und bezichtigten insbesondere die Sozialdemokraten, einen „Dolchstoß in den Rücken der moralischen Abwehrfront“ auszuführen. Die „Einheitsfront“ sei „aus einer starken und tiefen Volksstimmung erwachsen“ und „über die Parteien hinweg“ entstanden, so die Deutsche Tageszeitung.[293] Mit andauernder Besetzung steigerte sich im untersuchten Spektrum die Wut über die Gewalttaten Einzelner, die „unter nationaler Maske“ den Gedanken des passiven Widerstandes sabotierten und dadurch Vergeltungsaktionen der Franzosen heraufbeschworen.[294] Durch ihr Treiben stellten sich die „völkische[n] Gruppen“[295] in den Augen der Sozialdemokraten eindeutig außerhalb der „nationalen“ Einheitsvorstellung. Erntete die DNVP durch die Sozialdemokratie massive Kritik, so musste sich die

[287] Vgl. Frankreich besetzt das Ruhrgebiet. Stinnes die deutschen Eisenbahnen, in: Die Rote Fahne (6), 17. Januar 1923, Nr. 13, S. 1f.

[288] Kundgebung am Sonntag, in: Vorwärts (50), 15. Januar 1923, Nr. 23, S. 1.

[289] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Hermann Müller (SPD), S. 9427. Entsprechende Vorwürfe finden sich etwa in: Nieder mit den Novemberverbrechern!, in: Völkischer Beobachter (37), 13. Januar 1923, Nr. 4, S. 1.

[290] Der Abwehrwille der Sozialdemokratie. David gegen Annexionismus – Hergts Haßgesang – Stresemann für Sachwerterfassung, in: Vorwärts (50), 08. März 1923, Nr. 112, S. 1.

[291] Hermann Müller, Der Zweck der Hetze, in: Vorwärts (50), 20. März 1923, Nr. 132, S. 1f., hier: S. 1.

[292] Gegen französisches Zuckerbrot, gegen die deutsche Peitsche!, in: Die Rote Fahne (8), 18. Januar 1923, Nr. 14, S. 1. Ähnlich vgl.: Proletarische Front über die Köpfe der Führer! Zurückberufung der Arbeitervertreter aus der Befreiungskommission bei Thyssen – Die Betriebsräte der Stinnes-Zechen für den Essener Betriebsrätekongreß, in: Die Rote Fahne (6), 24. Januar 1923, Nr. 19, S. 1.

[293] Dolchstöße, in: Deutsche Tageszeitung (30), 19. Januar 1923, Nr. 31, S. 1f.

[294] Vorwärts (50), 01. Juli 1923, Nr. 303, S. 1.

[295] Unruhige Reichstagsferien, in: Vorwärts (50), 09. Juli 1923, Nr. 316, S. 1f., hier: S. 2.

SPD im Gegenzug vom deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Kuno von Westarp sagen lassen, sie hätte um „ihrer klassenkämpferischen Ideen und Ziele willen“ die „Einheitsfront verhindert“.[296] Solche und ähnliche Anschuldigungen markierten die politischen Gräben zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalisten. Neben aller ehrlichen Empörung schuf die verbale Auseinandersetzung für die SPD die Möglichkeit, das eigene politische Profil zu bewahren und zu schärfen.

In die Kritik am Verhalten der extremistischen Parteien stimmten auch Sprecher aus anderen Milieus ein. So warf der linksliberale Journalist Theodor Wolff im Januar 1923 Radikalnationalisten und Kommunisten vor, den Kampf gegen Frankreich für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen.[297] Stattdessen müsse aber die „Abwehr des fremden Einbrechers“ und die „Einigkeit“ ernst genommen werden: „Alle Bestrebungen, die den gemeinsamen Wall durchlöchern sollen“, seien daher „energisch zu verhindern“, so Wolff in einem Leitartikel.[298] Im andauernden „Ruhrkampf“ wurden die Zweifel an der Ernsthaftigkeit der so oft bekundeten „Gemeinschaft“ lauter. Die „Einheit“, so kommentierte das Berliner Tageblatt, wäre nun „noch wichtiger als in den ersten Tagen des Ruhrkampfes, wo sie ein Schauspiel, und ach, nur ein Schauspiel war“.[299] Den Worten müssten auch Taten folgen, die sich in „höchster Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft“ der Reichsbevölkerung für die Bewohner der besetzten Gebiete niederschlagen sollten, forderte Theodor Wolff in seinem linksliberalen Blatt.[300] Nichtsdestoweniger herrschte weiterhin die Überzeugung vor, dass etwa der passive Widerstand im Ruhrgebiet von einer breiten, alle Lager umfassenden Allianz unterstützt werde:

> Die Einheitsfront, so oft als Phrase mißbraucht, ist hier Wirklichkeit: sie reicht von den Deutschvölkischen und den Deutschnationalen bis zu den Sozialisten und den Kommunisten.[301]

Diese Ansicht zerstreute jedoch nicht die Zweifel an der Zuverlässigkeit der radikalen Parteien: Sowohl die „kommunistische Tobsucht“ als auch die „nationaldemagogische Gewissenlosigkeit“ wurden als Gefahr für die Existenz des Reichs wahrgenommen.[302] Vor allem an die Exponenten der DNVP richtete sich die Mahnung, ihr „einseitiges parteipolitisches Programm“ beiseite zu legen, anstatt es „als einzige Regierungsmaxime“, den anderen aufzwingen zu wollen.[303] Ohne sie beim Namen zu nennen, monierten auch nationalliberale Kreise das „Geha-

[296] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Kuno von Westarp (DNVP), S. 11975.
[297] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 15. Januar 1923, Nr. 24, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 22. Januar 1923, Nr. 36, S. 1f., hier: S. 1.
[298] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 15. Januar 1923, Nr. 24, S. 1f., hier: S. 1.
[299] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 18. Juni 1923, Nr. 282, S. 1f., hier: S. 1.
[300] Ebd.
[301] Ernst Feder, Deutschlands Waffe. Der Widerstand an der Ruhr, in: Berliner Tageblatt (52), 04. August 1923, Nr. 364, S. 1f., hier: S. 1.
[302] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 24. September 1923, Nr. 448, S. 1f., hier: S. 2.
[303] Erich Dombrowski, Die Rede des Reichskanzlers. Die französische Gewaltpolitik – Der Appell an das Pflichtgefühl der Deutschen, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Oktober 1923, Nr. 504, S. 1f., hier: S. 2.

be[…]“ der Rechten, die sich „immer noch gebärden“ würden, „als hätten sie die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen“, und nun versuchten, für ihre Partei zu profitieren.[304] Neben den Nationalisten wurde auch den Kommunisten von nationalliberaler Seite die Ausnutzung der Krise vorgeworfen. Durch diese „unruhigen Geister“ würde im Reich „innerpolitische[…] Zwietracht“ gesät, so die Kölnische Zeitung.[305] Und auch die katholische Germania musste sich während des „Ruhrkampfes“ gegen die Anschuldigung wehren, die Katholiken wären „antinational“ und begingen Verrat. Diejenigen, die sich nicht in die „Gesamtheit einreihen“ wollen, seien die „wahren Verräter an Volk und Vaterland“, urteilte das Blatt mit Blick auf die radikalnationalistischen Hetzer.[306] Im katholischen Milieu setzte sich mit der Zeit die Erkenntnis durch, dass unter dem Signum der „Einheit“ auch Strömungen mitmischten, die das „heutige Reich verleugnen“ würden. Dagegen stellte die Germania ihr Bekenntnis zur „Einheit“ auf den Boden von Verfassung und „Reichseinheit“.[307] Aber auch weiterhin fand sich im katholischen Spektrum Grund für eine kritische Bewertung der nationalistischen Gruppierungen im „Ruhrkampf“: Gewisse Kreise würden ihre „Kampfesbereitschaft gegen die [eigenen] Volksgenossen“ ausüben, so der neuerlich erhobene Vorwurf.[308] Für den „Luxus heftiger Parteifehden“ sei nicht die rechte Zeit, stattdessen müsse sich das „Volk“ hinter der Regierung sammeln.[309] So betonte der politische Katholizismus unablässig seine Reichstreue und präsentierte die Anhänger der Zentrumspartei als die „zuverlässigsten Stützen des Deutschtums im Rheinland“.[310] Mit dieser bemerkenswerten Kritik an den Störern der „nationalen Einheit“ verteidigten sich die Sprecher der untersuchten Parteien offensiv, indem sie den vermeintlich „nationalen“ Gruppierungen das Verantwortungsgefühl absprachen. Jedoch rückte das Ideal der „Einheit“ durch die ständige Beschreibung der Mängel in immer weiter entfernte Sphären.

Einig waren sich alle untersuchten Milieus in ihrer vehementen Ablehnung der französischen Besatzungsherrschaft und im Willen, gegen diese Widerstand zu leisten. Zunächst einmal galt es, das Selbstbewusstsein der „Nation“ zu stärken und ihren Durchhaltewillen zu beschwören. Dies geschah mit mantraartig wiederholten Formeln wie:

304 Umschau und Ausschau. Drei Weltkriege – Der französische Sparstrumpf – Faustrecht und Menschenrecht, in: Kölnische Zeitung, 11. Februar 1923, Nr. 105, S. 1.

305 Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1.

306 Innerpolitische Spannungen, in: Germania (53), 27. Juni 1923, Nr. 175, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich auch: Die Friedenspolitik des Papstes, in: Germania (53), 04. Juli 1923, Nr. 181, S. 1f.

307 Die Mission des Reichstages, in: Germania (53), 12. August 1923, Nr. 220, S. 1f.

308 Mehr Solidarität!, in: Germania (53), 23. September 1923, Nr. 264, S. 1f., hier: S. 2; ähnlich auch: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11967.

309 Sachlichkeit oder Demagogie? Die Frage des passiven Widerstandes, in: Germania (53), 21. September 1923, Nr. 262, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich auch: Die Wendung, in: Germania (53), 25. September 1923, Nr. 266, S. 1.

310 Notwendigkeiten, in: Germania (53), 27. September 1923, Nr. 268, S. 1f., hier: S. 2.

Das deutsche Volk gibt sich nicht auf.[311]

Ein Mittel zum Kampf ohne Waffen war der passive Widerstand, der sich in Arbeitsniederlegungen und in der Verweigerung der französischen Befehle niederschlug. Von den Kommentatoren wurde er nicht nur als ein Entschluss von Reichstag und Regierung, sondern als „Ausdruck des Volkswillens“ gewürdigt.[312] „[D]as Volk selbst [ist] der Held“,[313] jubelte Theodor Wolff im Berliner Tageblatt und pries – einen Monat später – den Arbeiter in den besetzten Gebieten als „einfachen, klugen gefestigten Volkskämpfer“[314]. Andere liberale Intellektuelle wie Harry Graf Kessler waren sich dabei durchaus des Risikos der angewandten Strategie bewusst und befürchteten, dass die „Volksleidenschaften“ unkontrollierbar losbrechen und „Gewalt an die Stellung der Passivität“ treten könne.[315] Bei den Sprechern aus den verschiedenen Milieus herrschte aber die Zuversicht vor, dass die französische „Gewaltpolitik der Waffen“ am „Volke und seinem Widerstande“ scheitern werde.[316] Diese Waffenungleichheit nutzten die deutschen Kommentatoren: „Charakterfestigkeit gegen den festen Panzer“, „Volksgeist[…] gegen hunderttausend Gewehre“ – solche plakativen Formeln sollten international Sympathie für das wehrlose Deutsche Reich und die Bevölkerung an Rhein und Ruhr im „Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und all die höchsten Menschheitsideen“ erzeugen.[317] Die Auseinandersetzung wurde zu einem Kampf zwischen der „Gewalt“ und der „Moral des Rechts“ stilisiert.[318]

Die Besatzungsmacht reagierte auf den anhaltenden passiven Widerstand mit Ausweisungen und drakonischen Strafen. Im Frühjahr und Sommer 1923 verschärfte sich dadurch die Situation an Rhein und Ruhr massiv. Eine Sprache des Selbstmitleids über das deutsche Schicksal brach sich nun verstärkt in den politischen Reden und Leitartikeln Bahn. „Verwundung“, „Not“ und „Leiden“ waren Kategorien, mit denen die Situation des „Volkes“ semantisch erfasst wurde.[319]

311 Friedrich Stampfer, Ein Monat Ruhrkrieg, in: Vorwärts (50), 12. Februar 1923, Nr. 71, S. 1f., hier: S. 2.

312 Der erste Eindruck, in: Germania (53), 07. Mai 1923, Nr. 125, S. 1; Die Karten auf den Tisch!, in: Germania (53), 03. August 1923, Nr. 212, S. 1; Nikolaus Peters, Der Strafrechtsfrevel an Rhein und Ruhr, in: Germania (53), 07. August 1923, Nr. 216, S. 1f., hier: S. 2; Umschau und Ausschau. Des Volkes Wille – Das deutsche und das französische Kampfziel – Wilhelm Tell als Erzieher, in: Kölnische Zeitung, 11. März 1923, Nr. 175, S. 1.

313 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 05. Februar 1923, Nr. 60, S. 1f., hier: S. 1.

314 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 05. März 1923, Nr. 105, S. 1f., hier: S. 2.

315 Eintrag vom 23. Februar 1923 (Fortsetzung), zitiert nach: Kamzelak/Ott/Reinthal (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch, S. 699–702, hier: S. 700.

316 Joseph Schofer, Die Lehren der Geschichte. Politische Ostergedanken, in: Germania (53), 01. April 1923, Nr. 90, S. 1f., hier: S. 1.

317 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 12. Februar 1923, Nr. 22, S. 1f., hier: S. 2.

318 Der Friedensbruch im Ruhrgebiet. Das Schicksal des deutschen Volkes, in: Kölnische Zeitung, 11. Januar 1923, Nr. 26, S. 1.

319 Vgl. etwa: Vorwärts (50), 01. Juli 1923, Nr. 303, S. 1; Heinrich Pestalozzi, Die Schweiz und der französische Einbruch in das Ruhrgebiet, in: Berliner Tageblatt (52), 24. Februar 1923, Nr. 94, S. 1f., hier: S. 1; Erich Dombrowski, Die Trauerfeier im Reichstag, in: Berliner Tageblatt (52), 10. April 1923, Nr. 165, S. 1f., hier: S. 1.

Nicht selten gebrauchten die Sprecher organische Sprachbilder wie: das „aus tausend Wunden blutende deutsche Volk“[320]. Nach der Aufgabe des passiven Widerstandes aufgrund seiner verheerenden finanziellen Auswirkungen auf das Reich war die allgemeine Stimmung von tiefer Niedergeschlagenheit geprägt. So schrieb der Vorwärts, dass für ein „lebenskräftiges Volk und eine große Sache“ sicher „hinter den Bergen […] eines Morgens“ die Sonne aufgehen werde.[321] Und auch das Lob für den Durchhaltewillen der Bevölkerung, die in den acht Monaten des Widerstandes Entbehrungen und Drangsalierungen „heldenhaft“ ertragen habe und die sich „an Treue zum deutschen Vaterlande von keinem anderen Stamm überbieten“ lassen würde, konnte über die Desillusionierung nicht hinwegtäuschen.[322]

Zudem wurden nach dem Abbruch des „Ruhrkampfes“ die nationalistischen Kreise nicht müde, den politischen Kräften der Mitte „Kapitulation“, „Verrat“ oder gar einen erneuten „Dolchstoß“ vorzuwerfen.[323] Stresemann konterte im Reichstag, indem er betonte, dass „die Aufgabe des passiven Widerstandes verantwortlich auf sich zu nehmen, […] vielleicht mehr national [sei] als die Phrasen, mit denen dagegen angekämpft“ werde.[324] Doch änderten auch Stresemanns vorgetragene Reminiszenzen an die „Einigkeit des deutschen Volksgeistes“ und den „nationalen Idealismus“ eines parteiübergreifend „geeinten deutschen Volkes“ nichts an den im Sommer und Herbst 1923 verhärteten politischen Fronten.[325] Nicht nur bei Pessimisten setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass die „geschlossene Einheit“ der „Nation“ nur eine vorübergehende Stimmung gewesen war.[326] Der „Kampf um die nationale Gesinnung“[327] war zwischen den Parteien schon längst (wieder) ausgebrochen. Als symptomatisch hierfür kann ein Vorkommnis während ebendieser Regierungserklärung angesehen werden: Hatte schon Stresemann ausdrücklich nur die „Sozialdemokratie des Rheinlandes“ für ihre Teilnahme an der „geistigen und nationalen Wacht am Rhein“ gelobt, so

320 Vorwärts (50), 01. Juli 1923, Nr. 303, S. 1; ganz ähnlich auch: Josef Joos, Offener Brief an Marc Sangnier, Abgeordneter in Paris, in: Germania (53), 04. September 1923, Nr. 245, S. 1 f.

321 Epilog. Zum Abbruch des passiven Widerstandes, in: Vorwärts (50), 26. September 1923, Nr. 449, S. 1 f., hier: S. 2.

322 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11965.

323 Vgl. Alfred Krüger, Die Zukunft der Rheinlande. „Der kommunale Zweckverband“ – Die Zwangslage des besetzten Gebietes – Uneingelöste Versprechungen der Alliierten, in: Berliner Tageblatt (52), 29. November 1923, Nr. 551, S. 1 f., hier: S. 2; Mehr Solidarität!, in: Germania (53), 23. September 1923, Nr. 264, S. 1 f.; Deserteure der Steuerfront. Der Umfall der Deutschnationalen, in: Vorwärts (50), 31. August 1923, Nr. 405, S. 1 f., hier: S. 2; Der Wiederzusammentritt des Reichstags, in: Kölnische Zeitung, 26. September 1923, Nr. 665, S. 1.

324 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 385. Sitzung vom 06. Oktober 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP, Reichskanzler), S. 11937.

325 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP, Reichskanzler), S. 11982.

326 Hier noch skeptisch als Frage formuliert: Aktivität, in: Germania (53), 03. September 1923, Nr. 244, S. 1.

327 Der Wiederzusammentritt des Reichstags, in: Kölnische Zeitung, 26. September 1923, Nr. 665, S. 1.

nutzte ein rechter Zwischenrufer dies aus, indem er provozierend – und durch den Kanzler unwidersprochen – ergänzte, dass damit „nicht [die Sozialdemokratie] des Reichstags“ gemeint sei.[328] Das Ende des passiven Widerstandes hatte ein Tor geöffnet, durch das sich nun die aufgestauten Anfeindungen Bahn brachen. „Nation“ und „national“ war der Maßstab, an dem sich die Akteure messen lassen mussten, den sie aber auch bereitwillig bei sich selbst anlegten. Nun war die „nationale Einheit“ endgültig zu einer leeren Phrase verkommen. So zog das Berliner Tageblatt Ende des Jahres 1923 dann auch eine gemischte Bilanz über den Erfolg des „Ruhrkampfes“:

> Die Reichseinheit blieb, nach außen hin, trotz den [sic!] Stürmen der Zeit erhalten. Nicht so im Innern.[329]

Die Währungskrise, der Abbau von Sozialleistungen, aber auch der moralische Wandel habe zu einer „Entwurzelung des Staates“ beigetragen, so Erich Dombrowski an Silvester 1923.[330] Zu einem ähnlich zwiespältigen Urteil war bereits im September die Kölnische Zeitung gelangt: Zwar lobte sie, dass die französische Besatzungsherrschaft „in stärkerm Maß den Gedanken eines nach außen geschlossenen Volkstums erneut zur Geltung gebracht“ habe, kritisierte aber, dass die „innere[n] Spannungen“ sich nicht wesentlich verringert hätten.[331]

Waren in der Ruhrkrise die Fragen nach territorialer, äußerer und innerer „Einheit“ eng miteinander verknüpft, so spielte in den gesamten Anfangsjahre der Weimarer Republik die zu erreichende „innere Gemeinschaft“ eine zentrale Rolle im politischen Diskurs. Vor allem im Volksgemeinschaftsbegriff manifestierten sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die verschiedenen Zukunftsideen und -sehnsüchte – ihnen gilt es, im Folgenden nachzugehen.

2. Sehnsucht nach der „Volksgemeinschaft“ – semantische Versuche zur Überwindung gesellschaftlicher Friktionen

In dem seit dem Ersten Weltkrieg verstärkt verwendeten Begriff „Volksgemeinschaft“ manifestierte sich eine Vorstellung, in deren Zentrum der Wille zur inneren „nationalen Einheit“ stand. Entgegen der marxistischen Ideologie sollten die Klassen nicht überwunden, sondern miteinander versöhnt und auf das gemeinsame, „nationale“ Anliegen eingeschworen werden. Je nach Betonung war die antisozialistische und die nationale Konnotation mal stärker, mal schwächer ausgeprägt. Dies ermöglichte praktisch allen gesellschaftlichen Gruppen (jenseits der

328 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP, Reichskanzler), S. 11982.
329 Erich Dombrowski, Silvester, in: Berliner Tageblatt (52), 31. Dezember 1923, Nr. 602, S. 1 f., hier: S. 1.
330 Vgl. ebd.
331 E[ngelbert] Regh, Wohin des Weges?, in: Kölnische Zeitung, 04. September 1923, Nr. 616, S. 1.

Radikalsozialisten und Kommunisten), sich mit dem Volksgemeinschaftsgedanken zu identifizieren. In dem Wort konnte sowohl der auf der Grundlage der Verfassung stehende „nationale“ Konsens für die Republik als auch die auf ethnischen Kriterien beruhende „Gemeinschaft“ auf einen Begriff gebracht werden. Mit der „Volksgemeinschaft“ verbanden sich mystische Vorstellungen und utopische Visionen, aber auch pragmatische Konzepte. Zudem war die Diskrepanz zwischen der Idealvorstellung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit groß.

Die vermeintliche „nationale Einheit“ bei Kriegsausbruch im August 1914 war ein Erinnerungsort, der in der Gedankenwelt vieler Zeitgenossen für das Erreichen, die (kurzweilige) Existenz, aber auch für den Zerfall bzw. die Zerstörung der „Volksgemeinschaft“ stand.[332] Da er weitgehend unhinterfragt blieb und in der Rückschau weiter verklärt wurde, konnte der Begriff „Volksgemeinschaft“ als Negativfolie zur tristen Gegenwart der Weimarer Republik dienen.[333] So erinnerte etwa der Staatsrechtler Hans Liermann an die im „Geist von 1914“ verwirklichte, „höchstpotenzierte Volksgemeinschaft, die Volk, Heer und Führer zu einer Einheit“ verbunden habe,[334] und leitete daraus Schlüsse für das „Gemeinschaftsvolk“ der Weimarer Republik ab.

Gunther Mais These von der „Volksgemeinschaft“ als „einer Art Gründungskonsens der Weimarer Republik“[335] mag sicherlich überspitzt sein – so spielte der Begriff bei der eigentlichen Republikgründung eine allenfalls geringe Rolle und wurde darüber hinaus in den verschiedenen Milieus sehr unterschiedlich häufig verwendet –, sie weist aber auf die Tatsache hin, dass der Gedanke in der Weimarer Republik in allen politischen Lagern auftauchte und propagiert wurde. „Volks-

[332] Vgl. z. B.: Max Neumann, Einheitsfront und Nationalgefühl, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1921, Nr. 168, S. 1; BArch NS 5-VI/17362: Friedrich Meinecke, Volksgemeinschaft, in: Der Deutsche, 08. April 1921, Nr. 7; BArch NS 5-VI/17362: Volksgemeinschaft, in: Hamburger Tageblatt, 12. Oktober 1921, Nr. 9; BArch NS 5-VI/17362: Die Gemeinschaft der Hundertmillionen Deutschen. Zum 18. Januar 1924, in: Nationalliberale Correspondenz. Pressedienst der DVP, 16. Januar 1924, Nr. 8; [Wolfgang] Hoffmann, Republikanische Gemeinschaft, in: Frankfurter Zeitung (69), 04. Januar 1925, Nr. 9, S. 1f.; Karl Scharnagl, 1932 zur Volksgemeinschaft?, in: Vossische Zeitung, 31. Dezember 1931, Nr. 614; BArch R 55/1273: Walter von Molo, Stunde der Volksgemeinschaft [Rundfunkansprache, dat.: 22. März 1932], fol. 143–145. Ebenfalls verklärte Hans Liermann den 4. August 1914 als „offenes Bekenntnis zur Volksgemeinschaft“: Liermann, Das deutsche Volk, S. 123.

[333] Vgl. Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 345f.; Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, S. 218f. u. 221.

[334] Liermann, Das deutsche Volk, S. 202.

[335] Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“, hier: S. 593. Zu Mai auch: Götz, Ungleiche Geschwister, S. 90. Distanzierter spricht Norbert Götz davon, dass es „[n]ach 1918 […] sogar zeitweilig den Anschein [gehabt habe], als könne die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ zu einem demokratischen Gründungsmythos des postmonarchistischen Deutschlands werden“. Norbert Götz, Volksgemeinschaft, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch/Matthias Berg (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008, S. 713–720, hier: S. 713. Und jüngst stellte Götz die These auf, dass „der Begriff der Volksgemeinschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik im wesentlichen einen pragmatischen, demokratischen Gründungskonsensus auf den Punkt“ gebracht habe. Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, hier: S. 58.

gemeinschaft“ war dabei mehr als nur ein „catch-word“ für die „Werte der liberalen Republik“[336], seine Verwendung kam meist aus der tiefen Überzeugung, einen „nationalen Konsens“ in der „gespaltene[n] Nation“[337] herstellen zu wollen. In dem hinter ihm stehenden, harmonischen Gesellschaftsbild lag – um mit Gangolf Hübinger zu sprechen – vielleicht die „wirkungsvollste[…] aller historisch-politischen Mythen“[338] der Weimarer Republik, die aber durch ihre tendenzielle Unerfüllbarkeit zugleich ein hohes Enttäuschungspotenzial in sich barg. „Volksgemeinschaft“ war – wie zu Recht festgestellt wurde – ein „ubiquitäre[s] Losungswort jener Zeit“[339], ein „Modewort“[340]. Die Konzepte, die mit dem Begriff verbunden wurden, waren hierbei sehr unterschiedlich. Sie standen teilweise gar diametral zueinander und sollten nicht vorschnell als (prä-) nationalsozialistisch interpretiert werden; vielmehr war „Volksgemeinschaft“ bis in die Mitte der 1920er-Jahre ein „Wort der demokratischen Mitte“.[341] Auf die Option, „Volksgemeinschaft“ pluralistisch-demokratisch zu gestalten, verweisen nicht zuletzt in anderen europäischen Staaten anzutreffende Konzepte – wie das des „Volksheims“ („folkhem“) in Schweden oder das der „Volksgemeinschaft“ bzw. des „Schweizerhauses“ in der Eidgenossenschaft.[342]

336 Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution“, S. 144.

337 Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 259.

338 Hübinger, Geschichtsmythen in „völkischer Bewegung“ und „konservativer Revolution“, hier: S. 102.

339 Schmiechen-Ackermann, „Volksgemeinschaft“: Mythos der NS-Propaganda, wirkmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?, hier: S. 41. Hier auch eine pointierte Auflistung von sechs verschiedenen Bedeutungen des Wortes „Volksgemeinschaft“, die allerdings Bedeutungsüberschneidungen und die jeweilige konkrete Verwendung außer Acht lässt: Schmiechen-Ackermann, „Volksgemeinschaft“: Mythos der NS-Propaganda, wirkmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?, hier: S. 42f.

340 Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 248.

341 Wolfgang Hardtwig, wiedergegeben nach: Rossol, Tagungsbericht: „Gemeinschaftsdenken in Europa 1900–1938. Ursprünge des schwedischen ‚Volksheims‘ im Vergleich“. Hardtwig sprach gar von einem „Volksgemeinschaftssyndrom der Historiker“. Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang, hier: S. 234–237. Mergel macht eine Verengung des Begriffes auf ethnische und rassistische Konnotationen „erst um 1930“ aus. Thomas Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 91–127, hier: S. 99. Für den Zeitraum 1929 bis 1934 stellt Schottmann heraus, seien DNVP und NSDAP die „eigentlichen ‚Besitzer‘ des Schlagwortes in der politischen Propaganda“ gewesen. Jedoch basiert dieser Befund wohl allein auf der Auswertung eines nur kleinen Korpus und muss daher stark angezweifelt werden. Christian Schottmann, Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934, Stuttgart 1997, S. 491–495, Zitat: S. 492.

342 Vgl. Thomas Etzemüller, Die Romantik des Reißbretts. „Social engineering“ und demokratische Volksgemeinschaft in Schweden: Das Beispiel Alva und Gunnar Myrdal (1930–1960), in: GG (32), 2006, Nr. 4, S. 445–466, hier vor allem: S. 445–447; ausführlich zu Schweden: Götz, Ungleiche Geschwister. Rossol, Tagungsbericht: „Gemeinschaftsdenken in Europa 1900–1938. Ursprünge des schwedischen ‚Volksheims‘ im Vergleich“; Detlef Lehnert, Zur Geschichte und Theorie des Gemeinschaftsdenkens im 20. Jahrhundert. Schweden in Vergleichsperspektiven, in: idem (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 7–38; zur Schweiz: Georg Kreis,

2.1 „Volksgemeinschaft“ im Denken über das künftige Zusammenleben im Staat – Stimmen aus der Mitte der Gesellschaft und der Lebensreformbewegung

Schon unmittelbar nach dem politischen Umbruch vom Herbst 1918 wurde die Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ allgemein angemahnt. Für die regierungsamtliche Reichszentrale für Heimatdienst bestand eines ihrer Ziele in der Unterstützung des wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbaus des Deutschen Reichs. Hierzu bedürfe es der „Festigung der Volksgemeinschaft durch sorgsame Förderung eines gesunden, alle Schichten und Kreise des Volkes umfassenden Gemeinschaftsempfindens“, so die RfH im Jahr 1920 in einer Denkschrift.[343] Bereits wenige Monate nach der Revolution hatte die Behörde mit einem Sammelband versucht, den „Geist der neuen Volksgemeinschaft“ im „Volk“ zu stärken.[344] Der Leiter der kulturpolitischen Abteilung der Reichszentrale, Arnold Metzger, legte darin seine Zukunftsvorstellungen dar. Die „Gemeinschaftsidee“ habe den „Ausgangspunkt des neuen Glaubens“[345] zu bilden: „Gemeinschaft ist Alles“.[346] „Die künftige Gemeinschaft ist eine Kultur- und Volksgemeinschaft“,[347] so Metzger. Die „Idee der Volksgemeinschaft“ stellte für ihn die „Erlösung aus der Katastrophe“[348] dar, die durch Klassenkampf und Standesegoismus im Kaiserreich entstanden sei. Die in diesen Worten zum Ausdruck kommende Hoffnung auf innerweltliche „Erlösung“ durch „Gemeinschaft“ war eine in der Weimarer Republik häufig anzutreffende Denkkategorie. Auch die Nationalsozialisten griffen sie später auf und setzten sie in der radikalen Form eines „Erlösungsantisemitismus“ (Saul Friedländer) durch die physische Vernichtung von angeblich „Rassen- und Gemeinschaftsfremden“ in die Tat um.[349] Bei den Nationalsozialisten ging die Erlösung durch „Volksgemeinschaft“ mit einer Erlösung von der Demokratie einher. Für Metzger hingegen verkörperte sie in erster Linie die Hoffnung auf Aussöhnung

Auf dem Weg zu schweizerischer „Volksgemeinschaft“. Vom konfrontativen Interessenkampf zur wechselseitigen Anerkennung von Gruppeninteressen (1933–1939), in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 283–300. Allgemein zur Gemeinschaftsidee im Europa der Zwischenkriegszeit: Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011, S. 115f.

343 BArch R 43-I/2507: Denkschrift: Die Reichszentrale für Heimatdienst in eigener Sache [1920], fol. 134–147; ähnlich: BArch R 43-I/2507: Denkschrift über die Richtlinien der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst vom 06. September 1920, fol. 188–194.

344 Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Zu der Denkschrift auch: Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik, S. 298f.

345 Metzger, Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft, hier: S. 18.

346 Metzger, Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft, hier: S. 11.

347 Metzger, Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft, hier: S. 18.

348 Metzger, Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft, hier: S. 22.

349 Vgl. Manfred Hettling, Erlösung durch Gemeinschaft. Religion und Nation im politischen Totenkult der Weimarer Republik, in: Ulrike Jureit (Hrsg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 199–225, hier: S. 199–204. Allgemein zur Erlösungshoffnung in der Weimarer Republik: Schirmer, Politisch-kulturelle Deutungsmuster, hier: S. 36–38.

einer durch Klassenkämpfe und politische Feindschaft zerrütteten Gesellschaft innerhalb der neu errichteten demokratischen Ordnung.

Und auch in der Folgezeit blieb die Reichszentrale ihrem Ziel treu, die „Volksgemeinschaft“ zu festigen.[350] So nannte ihr Leiter, Richard Strahl, im Jahr 1926 als eine der Aufgaben der Behörde, die „starke Liebe zur Heimat […] mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft, der Not- und Schicksalsverbundenheit aller deutschen Stämme, Stände und Staatsbürger und mit einem gesunden und berechtigten Nationalbewußtsein zu verknüpfen“. Davon erwartete sich Strahl die innere und äußere „Einheit“, die Grundlage für den „Wiederaufstieg“ Deutschlands sei.[351] „Verantwortung für die Volksgemeinschaft“ schrieb er allen gesellschaftlichen Gruppen ins Stammbuch.[352] Nur durch die Verwirklichung des „inneren Zusammenhaltens“ in der „Volksgemeinschaft“ könne das Reich wieder „aus der Not herauskommen“.[353] Die Reichszentrale müsse darauf hinwirken, dass im Kampf der Parteien, Ideologien und wirtschaftlichen Gegensätze der „Gedanke der Volksgemeinschaft“ immer berücksichtigt und niemals die „Einheit des Volkes“ gefährdet werde.[354]

Welche Suggestivkraft der Begriff „Volksgemeinschaft“ in einer Zeit ausübte, in der die angebliche Zerrissenheit des „Volkes“ lautstark beklagt und der vermeintlichen „Einheit“ desselben während des Ersten Weltkrieges nachgetrauert wurde, machte unter anderem der Versuch deutlich, durch Vereinsgründungen eine „Deutsche Volksgemeinschaft“ zu errichten. So ist im Bundesarchiv das Programm des gleichnamigen, in Hann. Münden gegründeten Vereins überliefert, der von Prominenten wie dem Kunstmaler Hans Thoma oder dem evangelischen Theologen Ernst Georg Baars, aber auch von „Führer[n] der deutschen Jugendbewegung“ unterstützt wurde.[355] Die wohl mehrheitlich aus dem nationalistisch-bürgerlichen bzw. lebensreformerisch-„völkischen“ Umfeld stammenden Mitglieder – unter ihnen der spätere Wanderprophet Friedrich Muck-Lamberty[356] – wollten mit dem Verein eine „Verjüngung des gesamten deutschen Volkslebens“ erreichen. In Anlehnung an die lebensreformerischen Bestrebungen der Jugendbewegung nannten sie als Ziel, das „zum Teil“ durch „Technik

[350] So wurde in Erwägung gezogen, an verschiedenen Orten „Wochen zur Pflege der Volksgemeinschaft“ zu veranstalten, bei denen die lokalen Multiplikatoren in „politische[r] Wirklichkeitskunde“ geschult werden sollten. Jedoch wurde der entsprechende, auf den linksliberalen Literaturwissenschaftler und Publizisten Werner Mahrholz zurückgehende Vorschlag letztlich nicht umgesetzt. BArch R 43-I/2507: Schreiben von Werner Mahrholz an die RfH vom 03. Februar 1921, fol. 75 f.

[351] Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 11.

[352] Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 14.

[353] Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 16.

[354] Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 20.

[355] BArch NS 5-VI/17362: Programm der Deutschen Volksgemeinschaft zu Hann. Münden vom 01. Januar 1919.

[356] Vgl. Joseph Held, Die Volksgemeinschaftsidee in der deutschen Jugendbewegung. Tätigkeit und Weltanschauung einiger Jugendvereine zur Zeit der Weimarer Republik, in: JIDG (6), 1977, S. 457–476, hier: S. 464–468; Ulrich Linse, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983, S. 97–128, zur „Deutschen Volksgemeinschaft“ knapp: S. 114 f.

und Zahlen, Maschinen und Zivilisation“ krank gewordene „Volk“ zu einer „deutschen Volksgemeinschaft“ zusammenzuschließen. Gepaart war ihre Ablehnung des Materialismus mit einer Kritik an Parteienherrschaft und Kastengeist. Ob der Anspruch, sich „aus allen Schichten“ zusammenzusetzen, eingelöst werden konnte, ist mangels weiterer Überlieferungen nicht nachprüfbar.[357] War der neu gegründete Verein auch vermutlich nicht sehr wirkmächtig, ist doch auffallend, dass er sich im Januar 1919 unter der Zielsetzung formierte, eine „Volksgemeinschaft“ bilden zu wollen. Darin kam die Sehnsucht nach neuen Formen des Zusammenlebens und einer Herrschaft jenseits der Parteien zum Ausdruck.

Wie stark dieses Verlangen nach einer geistigen „Gemeinschaft“ aller Angehörigen des „Volkes“ war, belegt auch ein zum Jahreswechsel 1923/24 veröffentlichter Aufruf Münchner Persönlichkeiten. Der unter anderem von den SPD-Politikern Erhard Auer, Martin Gruber, Wilhelm Hoegner und Eduard Schmid, aber auch von dem Pädagogen Georg Kerschensteiner, dem Wirtschaftswissenschaftler Lujo Brentano und sogar von dem Schriftsteller Thomas Mann unterzeichnete Offene Brief an den Reichspräsidenten verdeutlicht die Reichweite der Volksgemeinschaftsidee und der ihr zuteilwerdenden Aufmerksamkeit im Bürgertum. Die Schreiber konstatierten eine „Krise des deutschen Volkes“ und seiner „Zusammengehörigkeit“.[358] Wenn „in der inneren Auseinandersetzung zu Mitteln gegriffen [werde], die den Rechtsboden des gemeinsamen Daseins zerstören und unterhöhlen“, könne die „Möglichkeit der Zusammenarbeit zur Lösung der nationalen Existenzfragen vernichtet“ werden. Anstatt einen „Entscheidungskampf“ anzustreben, müsse „das Bewußtsein der unentrinnbaren Schicksalsgemeinschaft“ gestärkt und das „verschüttet[e]“ „Gefühl für den Wert der Volksgemeinschaft“ geborgen werden, so die Verfasser.[359] Die „Volkseinheit“ dürfe „um keine politischen Meinungsverschiedenheiten und um keines wirtschaftlichen Interessengegensatzes willen […] aufgekündigt werden“.[360] Im Vertrauen auf die „einigenden Kräfte in unserem Volk“ erhofften sich die Unterzeichner, durch ihren Aufruf das „Zeichen […] zur Sammlung“ zu geben.[361] Der Offene Brief an den Reichspräsidenten war Ausdruck der Furcht im Bürgertum vor einem vollständigen inneren Zusammenbruch Deutschlands und verdeutlicht einmal mehr die dort vorhandenen inständigen Erwartungen an eine „nationale Einheit“.

Diese äußerten sich auch bei der Wahl von Vereinsnamen wie „Volksgemeinschaft für kolonialen Wiederaufbau“[362] oder „Volksgemeinschaft für Anstand und

[357] Vgl. Schriftliche Auskunft des Stadtarchivs Hann. Münden an den Verfasser vom 22. September 2011; laut telefonischer Auskunft des Amtsgerichts Göttingen (Abt. Registergericht) im Oktober 2011 ebenfalls Fehlanzeige im Vereinsregister.

[358] BArch NS 5-VI/17362: Volksgemeinschaft oder innerdeutscher Endkampf, in: Frankfurter Zeitung (67), 30. Dezember 1923, Nr. 964.

[359] Ebd.

[360] Ebd.

[361] Ebd.

[362] BArch R 8023/363: Schreiben an Albrecht Freiherr von Rechenberg vom 08. September 1925.

gute Sitte“[363]. Erstgenannte erachtete es zur Erreichung der Vereinsziele für notwendig, dass eine schichtenübergreifende, „alle Teil des deutschen Volkes umfassende Volksgemeinschaft“ geschaffen werde.[364] Zudem erklärten viele Vereine die Volksgemeinschaftsidee zu einem Bestandteil ihres – den eigentlichen Vereinszweck überwölbenden – „Wertekanon[s]“. So stellte etwa die Turn- und Sportbewegung heraus, dass „Einheit“ Bedingung „für jede Form von Erfolg“ sei – sowohl im sportlichen Wettkampf als auch in Politik und Krieg.[365] Da Fußball in der Weimarer Republik zu einem Massensport wurde, betrachteten nicht wenige Fußballvereine ihre Arbeit als Beitrag zur Verwirklichung der (vermeintlich unpolitischen und überparteilichen) „Volksgemeinschaft im Kleinen“ – allenfalls einige sozialistische Stimmen lehnten es ab, „verschwommene Volksgemeinschaftsideen“ auf dem Fußballplatz zu fördern.[366] Und selbst Gesangs- oder Schützenvereine schrieben sich die Erreichung der „Volksgemeinschaft“ als eines ihrer ideellen Ziele in die Satzung.[367]

Der Volksgemeinschaftsbegriff stand in engem Zusammenhang mit der Jugend- und Lebensreformbewegung. Vor allem die Idee einer grundlegenden Erneuerung und einer Rückbesinnung auf das „Innere“ sowie der verheißungsvolle Klang des Wortbestandteils „Gemeinschaft“ ließen ihn zu einem Fahnenwort der Jugendbewegung werden.[368] Diese betrachtete sich selbst als Keimzelle für das „neue Gefühl der Volksgemeinschaft“.[369] Doch zeigte sich auch hier die Vieldeutigkeit des Begriffes, die innerhalb der Jugendbewegung durchaus kritisch zur Kenntnis genommen wurde: Während – so Alfred Kurella bereits im Juli 1918 – die Sozialisten mit „Volksgemeinschaft“ die Hoffnung auf eine „gemeinschaftlich aufgebaute Gesellschaft der Menschen“ verbanden, erwarteten die nationalisti-

[363] Erwähnt z. B. in: Die sozialdemokratische Bevölkerungspolitik, in: Germania (51), 29. Mai 1921, Nr. 290, S. 1 f., hier: S. 1.

[364] BArch R 8023/363: Schreiben an Albrecht Freiherr von Rechenberg vom 08. September 1925.

[365] Peter Tauber, Die Idee der Volksgemeinschaft in der Turn- und Sportbewegung vor und nach 1918, in: Hans-Peter Becht (Hrsg.), Politik, Kommunikation und Kultur in der Weimarer Republik, Heidelberg 2009, S. 179–192, hier: S. 188–192, Zitat: S. 192 u. 189; vgl. ebenfalls: Rudolf Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft“. Ideologie, Politik und Fanatismus im deutschen Fußball 1919–1964, Frankfurt am Main 2008, insbesondere: S. 23–41; am Beispiel des Saargebiets: Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet, S. 261.

[366] Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft“, S. 25–37, Zitate: S. 27 u. 32.

[367] Wildt, Die Ungleichheit des Volkes, hier: S. 33.

[368] Zur Bedeutung von „Volksgemeinschaft“ für die Jugendbewegung der Weimarer Republik: Hans-Ulrich Thamer, Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie, in: Alois Baumgartner/Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112–128, hier: S. 114–116; Hans-Ulrich Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, in: Richard van Dülmen (Hrsg.), Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000, Wien 1998, S. 367–387, hier: S. 373–375; Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (1968), S. 252; Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 355 f.; Eva Kraus, Das Deutsche Jugendherbergswerk 1909–1933. Programm – Personen – Gleichschaltung, Berlin 2013, S. 161–163.

[369] Wilhelm Mommsen, Aufgaben der Jugend, in: Vossische Zeitung, 25. Februar 1920, Nr. 102, S. 1 f., hier: S. 2.

schen Anhänger der Jugendbewegung die „Wiedererweckung echten deutschen Volkstums in deutschen Landen“.[370] Der Begriff „Volksgemeinschaft“ setzte sich also aus den Hochwertwörtern beider Lager der Jugendbewegung zusammen und wurde von dem einen inhaltlich stärker auf dem ersten, von dem anderen stärker auf dem zweiten Wortbestandteil betont.[371] Beide Strömungen einte ihr häufig holistisches Ideal, der Glaube an die Kraft der Erziehung und die hohen Zukunftserwartungen, die teilweise in schwärmerischem Duktus zur Sprache gebracht wurden.

Die Gemeinschaftserwartung und das Gemeinschaftserlebnis waren herausragende Werte innerhalb der sozialistischen Jugendbewegung. Dies manifestierte sich etwa im berühmt gewordenen Treffen von rund hundert Jungsozialisten im nordhessischen Hofgeismar an Ostern 1923.[372] Bei aller Heterogenität der dort vertretenen sozialistischen Strömungen und Weltsichten[373] bildete der Volksgemeinschaftsbegriff für alle Gruppen den einenden Wert. Hermann Heller sprach vielen Jugendbewegten wohl aus dem Herzen, als er verkündete, dass „Sozialismus […] keineswegs das Ende, sondern die Vollendung der nationalen Gemeinschaft, nicht die Vernichtung der nationalen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch die wahrhaft nationale Volksgemeinschaft“ bedeute.[374] Wie Sven Reichardt pointiert herausgestellt hat, interpretierte Heller damit den „Klassenkampf zu einem antikapitalistischen Volkskampf“ um.[375] Dass dies nicht unbedeutende Einzelmeinungen waren, zeigt die Tatsache, dass es sich bei den in Hofgeismar versammelten Sozialdemokraten um prominente Persönlichkeiten handelte: Carlo Mierendorff, Gustav Radbruch, Hugo Sinzheimer oder Theodor Haubach standen dem Hofgeismar-Kreis nahe und hatten einen weit über die Jugendbewegung hinausgehenden Einfluss.[376]

Generell wurde das Gemeinschaftsdenken der Jugendbewegung breit rezipiert, davon zeugen Erwähnungen und Gastkommentare in den Leitmedien ebenso wie ein Aufsatz im bereits erwähnten Werk der Reichszentrale für Heimatdienst über den „Geist der neuen Volksgemeinschaft“. Hermann Schüller pries darin das „Er-

370 Alfred Kurella, Deutsche Volksgemeinschaft. Offener Brief an den Führerrat der Freideutschen Jugend (1919), in: Werner Kindt (Hrsg.), Grundschriften der Deutschen Jugendbewegung, Düsseldorf 1963, S. 163–179, hier: S. 164.

371 Vgl. Kurella, Deutsche Volksgemeinschaft, hier: S. 170.

372 Ausführlich zu der Arbeitswoche über „Volk und Staat“ in Hofgeismar: Franz Walter, „Republik, das ist nicht viel“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2011, S. 47–57.

373 Zu den verschiedenen Gruppierungen: Franz Walter, Zwischen nationaler Romantik und sozialdemokratischer Reformpolitik. Der Hofgeismar-Kreis der Jungsozialisten und seine Wirkungen auf die SPD in der Weimarer Republik, in: Michael Rudloff (Hrsg.), Sozialdemokratie und Nation. Der Hofgeismarkreis in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen, Leipzig 1995, S. 46–60, hier: S. 48–50.

374 Wildt, Die Ungleichheit des Volkes, hier: S. 32 f., Zitat: S. 33.

375 Sven Reichardt, „Märtyrer“ der Nation. Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960, München 2002, S. 173–202, hier: S. 177.

376 Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 61 f.

leben der Seele“, den „Eros“, das „Führertum[…]“ und den „Körper der Gemeinschaft“ in der Jugendbewegung als „Fundamente, auf denen der Aufbau einer sinnvollen Volksgemeinschaft […] versucht werden“ müsse.[377] Die „Gemeinde der Menschheit“ – eine „Gesellschaft der Menschen, die ohne Zwang, ohne Klassen, aus dem inneren Gesetz aus dem Glauben an den Wert und die Würde des Mitmenschen verantwortlich der Seele und dem Leben handelt“[378] – das war seine Zielvorstellung, die von der Jugendbewegung ausgehend für das gesamte „Volk“ verwirklicht werden sollte. Und für den jungen Historiker Wilhelm Mommsen stand das Ideal der „Volksgemeinschaft“ für die „geistige Einheit des deutschen Volkes und deutscher Kultur“.[379] Vor dem Hintergrund der Kriegsniederlage und der harten Friedensbedingungen von Versailles hoffte Mommsen, dass „auf der Grundlage eines neuen und reineren Verhältnisses von Mensch zu Mensch eine neue Volksgemeinschaft und nationale Einheit entstehen“ könne.[380] Sein Volksgemeinschaftsdenken stand dabei sicherlich unter dem Einfluss der – hier bereits aufgezeigten – Ideen seines Berliner Doktorvaters Friedrich Meinecke. Ins gleiche Horn wie Mommsen stieß die deutschdemokratische Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer, die 1920 die „Mächte der Schwäche und des Egoismus“ am „Volkskörper“ diagnostizierte. Als Maßnahme gegen „so wenig Volksgemeinschaft“ und gegen die „Flachheit unseres inneren Verbundenseins“ empfahl die DDP-Politikerin, eine neue „innere Lebendigkeit des Gemeinschaftslebens“ herbeizuführen.[381] In der Jugendbewegung wurden solche Werte nach Ansicht vieler Zeitgenossen bereits gelebt. Mit dem „in der Stille wachsenden Reich der Jugend“ sei eine künftige „Volksgemeinschaft“ im Werden begriffen, so etwa die Kölnische Zeitung, die im Antiparteienduktus hinzufügte, dass die Jugend für die „taktisch politischen Umstände des Augenblicks“ und den „Parteienkampf[…] keinerlei Verständnis“ habe.[382]

Über die Jugendbewegung hinaus war „Volksgemeinschaft“ für die gesamte Lebensreformbewegung ein Hochwertwort. Im Beschreiten neuer Wege suchten ihre Anhänger Alternativen zur Gegenwart.[383] Eine solche, lebensreformerische Sichtweise verband auch Theodor Heuss mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“. Die Frage: „Was heißt Volksgemeinschaft?“ beantwortete er mit dem Satz: „Das

377 Schüller, Jugendbewegung und Deutsche Volksgemeinde, hier: S. 157 f.
378 Schüller, Jugendbewegung und Deutsche Volksgemeinde, hier: S. 161.
379 Wilhelm Mommsen, Aufgaben der Jugend, in: Vossische Zeitung, 25. Februar 1920, Nr. 102, S. 1 f., hier: S. 2.
380 Wilhelm Mommsen, Aufgaben der Jugend, in: Vossische Zeitung, 25. Februar 1920, Nr. 102, S. 1 f., hier: S. 1.
381 BArch NS 5-VI/17362: Gertrud Bäumer, Aufbau und Gemeinschaft, in: Neue Hamburger Zeitung, 19. August 1920, Nr. 393.
382 Heinz Rocholl, Politische Haltung der nationalen Jugend, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1922, Nr. 215, S. 1.
383 Allgemein zum Gemeinschaftsdenken in den Reformbewegungen: Lutz Raphael, Sozialexperten in Deutschland zwischen konservativem Ordnungsdenken und rassistischer Utopie (1918–1945), in: Wolfgang Hardtwig/Philip Cassier (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 327–346, hier: S. 338 f.

Gefühl der geistigen und sachlichen Schicksalsgebundenheit!“. Vielfach sei dieses in den „großen Städte[n] […], die die Maschinen zur Vereinsamung der Seelen sind“, und durch die „Masseneinsamkeit geschichtsloser und gesichtsloser Menschen“ verloren gegangen. Für den württembergischen DDP-Politiker wurde „Volksgemeinschaft“ im „Bauernleben“ und in den „kleinen Städte[n]“ sichtbar.[384] Durch „Brudergefühl“ und indem jeder Einzelne seinen Willen zur Überwindung des Klassenkampfes in die „Volksgemeinschaft“ hineinwerfe, könne diese entstehen, so Heuss. „Volksgemeinschaft“ wirke „über die Parteien hinaus[…]“ und bedürfe einzelner Führer wie Bismarck, Bodelschwingh oder Naumann, die über den Parteien und für die ganze „Volksgemeinschaft“ stünden.[385] Die Sehnsucht nach Führerpersönlichkeiten war in Heuss' Denken rückgebunden an die parlamentarische Demokratie, da allein diese den „starken Willen des Volkes“ aus der „Volksgemeinschaft heraus entwickeln“ könne.[386] Heuss schlug damit einen Mittelweg ein, der die Staatsordnung von Weimar zwar bejahte, sich aber gleichwohl nach Führerpersönlichkeiten und nach einem neuen Zusammenleben zwischen den Staatsbürgern sehnte.

Die Betonung der „Gemeinschaft“ in der Lebensreform- und Jugendbewegung konnte dazu beitragen, dass der Wert des Individuums relativiert wurde, sie musste aber – wie dargelegt – nicht zwangsläufig zur „Selbstaufgabe der Person“ führen. Dies belegt auch der Blick auf die katholische Jugendbewegung unter der geistigen Führung Romano Guardinis. Nach dessen Verständnis musste die „Ehrfurcht vor dem Geheimnis der Persönlichkeit“ ausdrücklich bewahrt bleiben, da ansonsten die „Gemeinschaft“ würde- und kraftlos werde. Das Individuum wurde mithin sowohl als ein Teil des Ganzen als auch als eine „eigenständige, in sich ruhende Person“ begriffen.[387] Diese Haltung Guardinis – wie auch die Position vieler Linksliberaler und Sozialdemokraten – zeugte von der Wanderung auf dem schmalen Grat zwischen totaler „Gemeinschaft“ und totalem Individualismus.

Hinter dem zunächst einmal unbestimmten Begriff „Gemeinschaft“ verbargen sich die Hoffnung auf gesellschaftliche Reformen und die Kritik am gegenwärtigen Zustand. So betrachtete etwa die Reformpädagogik die Schule als „Vorschule der Volksgemeinschaft“[388] – in ihr solle die Grundlage für den Aufbau einer großen „nationalen Volksgemeinschaft“ geschaffen werden. Daher, so der linksliberale Pädagoge und Berliner Politiker Paul Hildebrandt, sei auch unter den Bildungsreformern intensiv die Frage diskutiert worden:

[384] Vortrag auf dem Parteitag der DDP in Nürnberg am 14. Dezember 1920, zitiert nach: Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 13.

[385] Vortrag auf dem Parteitag der DDP in Nürnberg am 14. Dezember 1920, zitiert nach: Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 14.

[386] Vortrag auf dem Parteitag der DDP in Nürnberg am 14. Dezember 1920, zitiert nach: Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 15.

[387] Alois Baumgartner, Gemeinschaftsmythos im katholischen Denken der Weimarer Zeit, in: Alois Baumgartner/Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 69–84, hier: S. 73.

[388] Paul Hildebrandt, Ergebnisse der Reichsschulkonferenz. Ergänzungen und Entgegnung, in: Vossische Zeitung, 15. Juli 1920, Nr. 350, S. 1 f., hier: S. 1.

Wie können wir die Schule gestalten, daß der ‚neue Geist‘ der Volksgemeinschaft, ohne den wir zugrunde gehen, schon in ihr vorbereitet wird?[389]

Schulische Bildung und Erziehung als Grundstein für die künftige „Volksgemeinschaft“ zu legen – das war das Ideal der liberalen Reformer. Aber nicht nur Liberale, auch Sozialdemokraten unter den Reformpädagogen wie Paul Oestreich sahen ihre Aufgabe darin, „leidenschaftlich eine wahre Volksgemeinschaft“ zu erstreben. Als „Revolutionäre des Geistes“ wollten sie selbst eine Vorbildfunktion einnehmen und nach „Musterhaftigkeit im Leben“ suchen, so Oestreich.[390] Mit der „Erziehung zur Volksgemeinschaft“ war außerdem das Ziel verbunden, die Gesellschaft zu harmonisieren.[391] Und auch die Protagonisten der Erwachsenenbildungsbewegung strebten an, eine „Volksgemeinschaft“ zunächst mittels lokaler „Arbeitsgemeinschaften“ und „Gemeinden“ zu schaffen, um sie anschließend auf der Ebene des Staates zu verwirklichen.[392] Im Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ verdichtete sich sowohl für die Anhänger der Jugendbewegung als auch für die Erziehungsreformer und Verfechter der Erwachsenenbildung die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel und auf eine Entmaterialisierung der Gegenwart. Die häufig auch als „wahre Volksgemeinschaft“ bezeichnete Idee stand hierbei für eine Zukunftsvision, die sich durch ihre Innerlichkeit von der bloßen „Zweckgemeinschaft“ aller Staatsbürger unterschied. Kleinere „Gemeinschaften“ sollten als Nukleus für die angestrebte große „Volksgemeinschaft“ dienen.

Bei allen bisher aufgezeigten und noch darzulegenden normativ aufgeladenen Verwendungsweisen des Begriffes „Volksgemeinschaft“ darf nicht aus dem Blick verloren werden, dass der Terminus auch weiterhin als Synonym für die „Gesamtheit des Volkes“ zum Einsatz kam. Nicht immer waren mit „Volksgemeinschaft“ eigene, über die Bedeutungen der beiden Wortbestandteile hinausgehende Inhalte verbunden. Wurde der Begriff im Sinne von „Gesamtheit des Volkes“ verwendet, trug er zwar einen besonders pathetischen Klang, seine Bedeutung ging aber nicht so weit, dass sie etwa eigene Gesellschafts- oder Staatskonzepte in sich trug. Die Beispiele für den angeführten, nicht normativen Gebrauch sind Legion: So rühmte etwa Georg Bernhard die Universitätsstudenten als die „wertvollsten Kräfte unserer Volksgemeinschaft“,[393] der Reichstagsabgeordnete Karl Petersen sprach im Zusammenhang mit dem Mord an Walther Rathenau den rechten Agitatoren und Gewalttätern ihr „nationale[s] Pflichtgefühl zur Volksge-

[389] Ebd.

[390] Entschiedene Schulreform, in: Vorwärts (36), 17. Oktober 1919, Nr. 531, S. 1.

[391] Vgl. Regine Roemheld, Die Einstellung der Pädagogen zu Staat, Volk und Politik in der Weimarer Republik. Ergebnisse einer Untersuchung von Lehrerzeitschriften, Dortmund 1973, hier: S. 165–170, Zitat: S. 166f.

[392] Vgl. Paul Ciupke, Diskurse über Volk, Gemeinschaft und Demokratie in der Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit, in: idem (Hrsg.), „Die Erziehung zum deutschen Menschen“. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 11–30, hier: S. 21–23.

[393] Georg Bernhard, Sammel-Universitäten, in: Vossische Zeitung, 12. Februar 1921, Nr. 72, S. 1f., hier: S. 2.

meinschaft“ ab,[394] und Rudolf Lennhoff begründete die Notwendigkeit der plastischen Chirurgie für Kriegsinvaliden damit, dass diese nicht abgeschieden, sondern mitten „in der Volksgemeinschaft leben“[395] müssten. Auch muss die Verwendung in den Leipziger Grundsätzen der DVP,[396] im Görlitzer Programm der SPD,[397] bei der Zurückweisung des Auslieferungsbegehrens gegen Wilhelm II.,[398] bei der Verurteilung der Ruhrbesetzung[399] oder in der Rückbindung der Regierung an die „hinter ihr stehende[…] Volksgemeinschaft“[400] wohl im Sinne von „Gesamtheit des Volkes“ gelesen werden und trägt keine darüber hinausgehende Bedeutung in sich. Und in der kommunistischen ROTEN FAHNE wurde der Begriff „‚nationale Volksgemeinschaft‘“ mit ironisch-distanzierenden Anführungszeichen als Synonym für die während der Ruhrbesetzung formierte „nationale Einheitsfront“ gebraucht.[401] Die Beispiele zeigen, dass das Wort „Volksgemeinschaft“ in der Weimarer Republik nicht unbedingt mit einer eigenständigen Bedeutung verwendet werden musste. Verschiedene Stufen der Begriffsentwicklung standen parallel nebeneinander, sodass unterschiedliche Bedeutungen zur gleichen Zeit Verwendung fanden. Der Loslösungsprozess von der kombinierten Einzelbedeutung der Wortbestandteile hin zu eigenen Inhalten war zwar im Gange, hatte aber noch nicht zu einer vollständigen Verdrängung der älteren Verwendungsweise geführt. Besonders eindrucksvoll verdeutlicht dies ein im November 1925 in der Beilage der VOSSISCHEN ZEITUNG erschienenes Kreuzworträtsel: Als Synonym für „Volksgemeinschaft“ wurde dort nach dem Wort „Staat“ gesucht.[402] Die Lösung auf die gleiche Frage in der Rätselrubrik der VOSSISCHEN lautete im März 1927 „Nation“[403] und im Juni 1931 „Reich“[404]. Stärker normativ aufgeladene Synonyme wie „Nationalkonsens“, „Einheitsgeist“ oder „Einheitsfront“ wur-

394 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Karl Petersen (DDP), S. 8062.

395 Rudolf Lennhoff, Lazarettinsassen, in: Vossische Zeitung, 29. August 1920, Nr. 427, S. 1 f., hier: S. 1.

396 Vgl. Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 61.

397 Vgl. Görlitzer Programm der Sozialdemokratischem Partei vom 14. September 1921, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 31 f.

398 Vgl. Die Auslieferung. [Teil] III, in: Kölnische Zeitung, 05. Februar 1920, Nr. 121, S. 1.

399 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11959.

400 Die Zukunft des Kabinetts Cuno. Den Wellen entgegen, in: Kölnische Zeitung, 08. Januar 1923, Nr. 17, S. 1.

401 Proletarische Front über die Köpfe der Führer! Zurückberufung der Arbeitervertreter aus der Befreiungskommission bei Thyssen – Die Betriebsräte der Stinnes-Zechen für den Essener Betriebsrätekongreß, in: Die Rote Fahne (6), 24. Januar 1923, Nr. 19, S. 1.

402 Vgl. Kreuzwort-Rätsel, in: Vossische Zeitung, 29. November 1925, Beilage Zeitbilder, S. 7; Lösungen der Rätsel aus voriger Nummer, in: Vossische Zeitung, 06. Dezember 1925, Beilage Zeitbilder, S. 7.

403 Vgl. Kreuzwort-Silbenrätsel, in: Vossische Zeitung, 20. März 1927, Beilage Zeitbilder, S. 7; Lösungen der Rätsel aus voriger Nummer, in: Vossische Zeitung, 27. März 1927, Beilage Zeitbilder, S. 7.

404 Vgl. Knotenrätsel, in: Vossische Zeitung, 28. Juni 1931, Beilage Zeitbilder, S. 8; Lösungen der Rätsel aus voriger Nummer, in: Vossische Zeitung, 05. Juli 1931, Beilage Zeitbilder, S. 7.

den nicht gesucht, vielmehr waren simple Wörter aus den semantischen Feldern von „Volk“ und „Staat“ gefragt.

Nichtsdestoweniger soll im Folgenden das Hauptaugenmerk auf dem normativen Gebrauch des Wortes „Volksgemeinschaft“ liegen. Dessen Bedeutungen sowie die mit ihm transportierten Konzepte von Staat und Gesellschaft gilt es zu untersuchen.

2.2 „Volksgemeinschaft“ auf Grundlage der Republik – linksliberale und sozialdemokratische Konzepte

Das Verlangen nach „Volksgemeinschaft“ und einer inneren Erneuerung wurde von den politischen Parteien der Mitte aufgegriffen und verstärkt. So stieß – wie bereits anhand der Äußerungen Friedrich Meineckes aus dem Winter 1918/19 dargelegt – die Volksgemeinschaftsidee im deutschdemokratischen Spektrum auf Unterstützung.[405] Dies war besonders frappant, stand „Volksgemeinschaft“ doch in einem latenten Widerspruch zum liberalen Grundwert des Individualismus. Nach dem Krieg und der Revolution mehrten sich aber die Stimmen im linksliberalen Milieu, die dem „Wohl der Gesamtheit“ in der „Volksgemeinschaft“ einen sehr hohen Stellenwert zumaßen. Der DDP-Mitbegründer und Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, etwa sprach sich für den Ausbau der „soziale[n] Demokratie“ aus und versuchte, dadurch sozialdemokratisches und linksliberales Gedankengut miteinander zu verbinden.[406] Signifikant war auch die Verwendungsweise bei dem linksliberalen Arbeitnehmervertreter Wilhelm Fecht. Für ihn verband sich im Schlagwort von der „soziale[n] Volksgemeinschaft“ der soziale mit dem demokratischen und „nationalen“ Gedanken.[407] Seiner Ansicht nach bildete der Terminus den Schlüssel für die Lösung der Frage nach der politischen Ausrichtung der Deutschen Demokratischen Partei.

Dass die eigene „Volksgemeinschaft“ im Verständnis der Linksliberalen nicht als Letztwert angesehen wurde, machte Erich Obst deutlich. Der Einzelne solle der „Volksgemeinschaft“ „dienen“; die „deutsche Nation“ sei dafür da, „ihre Pflichten der Menschheit gegenüber zu erfüllen und ihre völkische Eigenart in harmonischer Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern zu erhalten und zu vertiefen“, so der Breslauer Geografieprofessor.[408] Das Individuum, die „Volksgemeinschaft“

[405] Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, hier: S. 63 f. Vgl. hierzu auch die oben bereits in Kapitel IV.1.2 gemachten Ausführungen. Auf den Volksgemeinschaftsgedanken bei der DDP gehen auch Heß und Schustereit ein: Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, S. 330–336; Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975, S. 198–210.

[406] Georg Bernhard, Maifeier, in: Vossische Zeitung, 01. Mai 1919, Nr. 220, S. 1 f., hier: S. 1.

[407] Wilhelm Fecht, Soziale Volksgemeinschaft. Ein Wort zum Parteitag der Demokraten, in: Vossische Zeitung, 21. Juli 1919, Nr. 366, S. 1 f., hier: S. 2.

[408] E[rich] Obst, Schicksalsstunde der Demokratie. Vor dem Demokratischen Parteitag, in: Vossische Zeitung, 17. Juli 1919, Nr. 358, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich auch: Erich Obst, „Einheit und Fortschritt“, in: Vossische Zeitung, 22. September 1919, Nr. 483, S. 1 f., hier: S. 2.

und die Menschheit setzte Obst in ein Beziehungsverhältnis.[409] Nicht die „Volksgemeinschaft“ stellte daher den obersten Wert dar, sondern alle drei Ebenen waren voneinander abhängig und standen miteinander im Austausch. So weit wie ein namentlich nicht genannter Autor der Vossischen Zeitung, der von einer „Verpflichtung gegenüber der europäischen Volksgemeinschaft“ sprach,[410] ging Obst jedoch nicht – für ihn bildete das deutsche „Volk“ den gedanklichen Horizont der „Volksgemeinschaft“. Das liberale Primat des Einzelnen sollte nach seinem Willen in einen „neudeutsche[n] Individualismus“ verwandelt werden, dessen Grundsätze „möglichste Ausbildung der Persönlichkeit“ und „Entfaltung aller Kräfte des einzelnen im Dienste der Gesamtheit“ zu sein hätten.[411] Damit sprach sich Obst auch gegen die Forderung nach Sozialisierung der Industrie aus, erinnerte aber die Unternehmer an ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die darin bestehe, „das Kulturniveau des ganzen Volkes zu heben“.[412] Trotz der Propagierung des Volksgemeinschaftsgedankens durch verschiedene Linksliberale nahm der Begriff im Programm der DDP vom Dezember 1919 nur eine randständige Bedeutung ein. Gegen Ende des Textes war darin der Wunsch formuliert, dass sich jeder Staatsbürger als „Glied einer solidarischen Arbeits- und Volksgemeinschaft“ fühlen solle.[413] In Ablehnung dirigistischer oder sozialisierender Eingriffe des Staates erhofften die Linksliberalen, dass sich das Wirtschaftsleben harmonisch gestalte – ein Leitbild, dem auch die bereits seit den Revolutionstagen 1918 existierende „Zentralarbeitsgemeinschaft“ von Industrieverbänden und Gewerkschaften verpflichtet war, die dem Geist eines antisozialistischen Gemeinwirtschaftskonzepts folgte.[414] Der linksliberale Appell an die „Volksgemeinschaft“ stellte dabei die Ablehnung des Klassenkampfs heraus und sehnte sich nach einem einträchtigen, solidarischen Miteinander auf Basis eines gemeinsamen Verantwortungsbewusstseins. Die Exis-

[409] Das gedankliche Zusammenspiel von „nationaler“ und „internationaler“ Verankerung wird auch in der Feststellung aus der Vossischen Zeitung deutlich, wonach es nun Aufgabe des „deutschen Volkes“ sei, „eine bessere und neue Volks- und Völkergemeinschaft vorzubereiten“. Max Graf Bethufh-Hue, Der Sedantag, in: Vossische Zeitung, 25. Mai 1922, Nr. 245, S. 1 f., hier: S. 2.

[410] Vaterländische Pflicht, in: Vossische Zeitung, 17. Juli 1920, Nr. 353, S. 1 f., hier: S. 2.

[411] E[rich] Obst, Schicksalsstunde der Demokratie. Vor dem Demokratischen Parteitag, in: Vossische Zeitung, 17. Juli 1919, Nr. 358, S. 1 f., hier: S. 2.

[412] Ebd.; ähnlich auch: Erich Obst, „Einheit und Fortschritt“, in: Vossische Zeitung, 22. September 1919, Nr. 483, S. 1 f.

[413] Leipziger Programm der Deutschen Demokratischen Partei DDP vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 47 f.

[414] Vgl. Moritz Föllmer, Die fragile „Volksgemeinschaft“. Industrielle, hohe Beamte und das Problem der nationalen Solidarität in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung (6), 2000, S. 281–298, hier: S. 283–285; Moritz Föllmer, The Problem of National Solidarity in Interwar Germany, in: GH (23), 2005, Nr. 2, S. 202–231, hier: S. 212 f.; Moritz Föllmer/Andrea Meissner, Ideen als Weichensteller? Polyvalenz, Aneignung und Homogenitätsstreben im deutschen Nationalismus 1890–1933, in: Lutz Raphael (Hrsg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte, München 2006, S. 313–336, hier: S. 327 f.; Thamer, Nation als Volksgemeinschaft, hier: S. 117 f.; Detlef Lehnert, Zur Geschichte und Theorie des Gemeinschaftsdenkens im 20. Jahrhundert, hier: S. 22.

tenz von pluralistischen „Einzelinteressen“ wurde von den linksliberalen Sprechern nicht negiert, aber ihre Bedeutung unter Verweis auf die Notwendigkeit der „Verflechtung und Verwebung […] mit dem großen Ganzen der Volksgemeinschaft“ relativiert.[415] Wenn Theodor Wolff einmal die „Volksgemeinschaft“ als den „größten Interessenverband[…]“[416] bezeichnete, dann drückte sich darin auch die linksliberale Überzeugung aus, dass verschiedenartige „Interessen“ ihre Berechtigung besäßen, die Auswirkung ihrer Umsetzung auf das Gemeinwesen aber berücksichtigt werden müsste. „Volksgemeinschaft“ bildete die Grundlage für die Errichtung einer „demokratische[n] Einheit“.[417] Mit seiner harmonisierenden Zielsetzung sprach der Volksgemeinschaftsgedanke bei den Deutschdemokraten den Mittelstand an.[418] Diese bedeutende Gruppe unter den Anhängern war stark an der Überwindung des Klassenkampfs interessiert und wollte die Aufhebung der sozialen Antagonismen unter dem Dach eines „nationalen“ Konsenses erreichen.

Im deutschdemokratischen Spektrum war der Historiker Friedrich Meinecke einer derjenigen, die sich besonders vehement zum Volksgemeinschaftsgedanken bekannten. Gerade nach dem Abschluss des Versailler Vertrages erschien ihm die „Idee der Volksgemeinschaft“ die einzige Möglichkeit zu sein, die „innere Widerstandskraft“ aufrechtzuerhalten und die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs ins Wanken geratene staatliche und sittliche Ordnung „wieder zu beleben“.[419] Meineckes Ziel war es, die Aussöhnung der monarchistisch gesinnten Kräfte mit der „neuen demokratischen Volksgemeinschaft“ zu erreichen. „Volksgemeinschaft“ dürfe dabei kein „oberflächliches patriotisches Schlagwort und Reizmittel“ oder bloß ein „nützlicher Zweckverbund der Lebenden untereinander“ sein, sondern müsse „verstanden und gefühlt“ werden, so Meinecke.[420] Für die Gegenwart beklagte er jedoch das Fehlen von Taten. Das führe dazu, dass es in Staat und Gesellschaft „praktisch […] allenthalben“ auseinanderklaffe.[421] „Volksgemeinschaft“ war für ihn vor allem der Ausgleich der gesellschaftlichen Interessengegensätze und die Relativierung des „Klassenkampfes“ – eine Vision, die er in das abgewandelte alttestamentarische Bild goss:

> Es ist höchste Zeit, die Schwerter des Klassenkampfes umzuschmieden in die Sicheln der Volksgemeinschaft.[422]

Dass „Volksgemeinschaft“ in der jungen Republik zu einem wichtigen Wort und Wert wurde, zeigt die statistische Auswertung der Verwendungshäufigkeit in der Vossischen Zeitung (vgl. Abbildung 4 u. Abbildung 5): Während des Jahres 1921

[415] Notwehr, in: Vossische Zeitung, 30. August 1921, Nr. 406, S. 1f., hier: S. 2.
[416] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (51), 28. August 1922, Nr. 384, S. 1f., hier: S. 2.
[417] Demokratische Wirtschaftsaussprache. Um Rathenaus Programm, in: Vossische Zeitung, 14. Dezember 1920, Nr. 608, S. 1f., hier: S. 1.
[418] Vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, S. 35, Anm. 61.
[419] BArch NS 5-VI/17362: Friedrich Meinecke, Volksgemeinschaft, in: Der Deutsche, 08. April 1921, Nr. 7.
[420] Ebd.
[421] Ebd.
[422] Ebd.

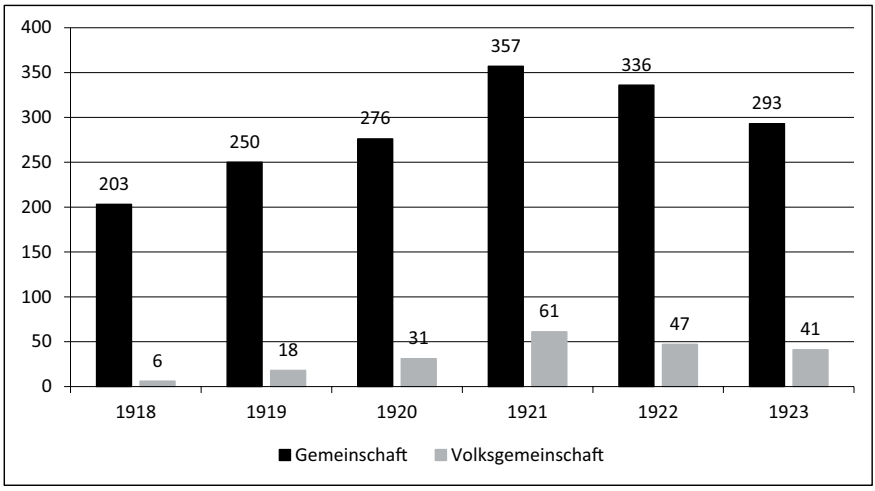

Abbildung 4: Verwendungshäufigkeit der Begriffe „Gemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“ in der Vossischen Zeitung *in den Jahren 1918 bis 1923*[423]

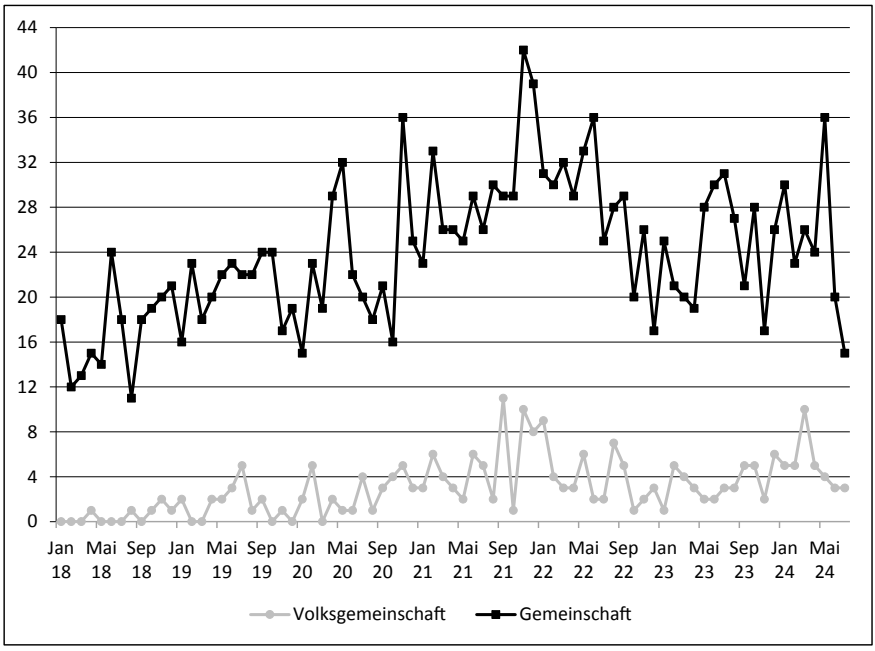

Abbildung 5: Verwendungshäufigkeit der Begriffe „Gemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“ in der Vossischen Zeitung *in den Jahren 1918 bis 1924 (nach Monaten)*[424]

[423] Statistische Auswertung aufgrund der im Volltext durchsuchten Ausgaben der Datenbank De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

[424] Statistische Auswertung aufgrund der im Volltext durchsuchten Ausgaben der Datenbank De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

– und dort besonders in der zweiten Jahreshälfte – nahm der Gebrauch des Begriffes signifikant zu. Daneben stieg auch die Verwendungshäufigkeit des Wortes „Gemeinschaft“. Was hierfür ausschlaggebend war, lässt sich letztlich nur erahnen. Ein gewichtiger Grund lag sicherlich in der steigenden Erwartung an das Zusammenstehen der „Nation“ angesichts der dauerhaften Krise und der aufbrechenden inneren Spannungen. Die bevorstehende Teilung Oberschlesiens führte die Verwundbarkeit des Reichs einmal mehr vor Augen und hatte Appelle an die „innere Einheit“ zur Folge. Somit setzte die „Verdichtungsphase“ des Begriffes schon 1921/22 und nicht erst mit der französischen Ruhrbesetzung 1923 ein.[425]

Auch wenn die Frequenzauswertung der Vossischen Zeitung für die Jahre 1922 und 1923 jeweils einen (leichten) Rückgang beider Wortgebräuche belegt, war „Volksgemeinschaft“ zu einer im linksliberalen Milieu nun häufig verwendeten politischen Zielvokabel geworden. Prominent tauchte sie in Wahlkampfparolen und -slogans auf. Dies zeigte sich etwa bei der DDP-Werbewoche im März 1922. Hier legte die Partei ein „Bekenntnis zu Demokratie, Republik und Volksgemeinschaft“[426] ab und gab als Ziel aus, den „Wille[n] der nationalen Gemeinschaftsbejahung“ stärken zu wollen.[427] Über die verschiedenen politischen, ideologischen und konfessionellen Anschauungen hinweg müsse „das Volk in seiner Gesamtheit mit Liebe“ umfasst werden, denn – so ein DDP-Flugblatt – was nütze „die Predigt von der ‚Volksgemeinschaft‘“, wenn das konkrete Ziel dann doch durch das „Sonderleben der ‚ständischen‘ Gruppen“ bestimmt werde.[428] Die Harmonie zwischen den politischen Kräften sollte nach dem Willen einiger Sprecher aus dem linksliberalen Milieu in der „Sammlung“ aller Parteien der Mitte zu einer „festgefügte[n] deutsche[n] Volksgemeinschaft“ münden.[429] Für die Linksliberalen gehörten zu diesem Spektrum zweifelsohne auch die Sozialdemokraten. Ihr Volksgemeinschaftsgedanke war damit nicht auf die Parteien der von den Linksliberalen über die Nationalliberalen bis hin zum Zentrum reichenden „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ beschränkt, sondern umfasste alle Gruppierungen, die der Republik zumindest nicht ablehnend gegenüberstanden.

In der Folgezeit stellte die DDP „Volksgemeinschaft“ als eines ihrer Fahnenwörter heraus. Vor allem in den beiden Reichstagswahlkämpfen des Jahres 1924 wurde dies deutlich: Als politische Kraft der Mitte positionierte sich die DDP „gegen Rassen- und Klassenhaß“ und bezeichnete sich als die „Partei der Volksge-

425 Eine entsprechende, von Detlef Lehnert geäußerte Vermutung muss zumindest in Bezug auf die Vossische Zeitung relativiert werden. Detlef Lehnert, Zur Geschichte und Theorie des Gemeinschaftsdenkens im 20. Jahrhundert, hier: S. 17 f.

426 BArch R 45-III/45: Schrift „Ein Bekenntnis zu Demokratie, Republik und Volksgemeinschaft. Dem deutschen Manne und der deutschen Frau gewidmet von der Deutschen Demokratischen Partei“, [undat., vermutl. 1922].

427 BArch R 45-III/45: Flugblatt der DDP: Die geistige Not der Zeit, [undat., vermutl. März 1922], fol. 80.

428 Ebd.

429 [Berthold] von Deimling, „Das Ganze sammeln!“, in: Vossische Zeitung, 26. September 1922, Nr. 456, S. 1.

meinschaft“.[430] Die Reichstagswahlzeitung der DDP im Mai 1924 gab als Bannerspruch das Motto „Für Volksversöhnung und Volksgemeinschaft[:] Deutsche Demokratische Partei[!]“ aus.[431] Und die als Deutscher Block firmierenden Linksliberalen in Bayern machten sich für eine „wahrhaftreligiöse [sic!], sittliche und nationale Jugenderziehung […] im Geiste einer echt deutschen Volksgemeinschaft“ stark.[432] Auch bei der erneuten Wahl zum Reichstag im Dezember 1924 setzte die DDP auf die Idee der „Volksgemeinschaft“. So erklärte der Parteivorstand:

> Die Nation soll durch innerpolitische Kämpfe zerrissen und geschwächt werden. Deswegen kämpfen wir.
>
> Für das Reich! Für die Republik! Für das Rheinland und die besetzten Gebiete! Für eine wahre Volksgemeinschaft, die auf staatsbürgerlicher Gemeinschaftsgesinnung beruht! Für ein freies Deutschland unter freien Völkern Europas![433]

Mit Flugblättern verkündete die DDP den Wählern, dass sie den „Gedanken einer wahren Volksgemeinschaft“ fördern wolle, dem gemäß „sich die verschiedenen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden“ müssten, „um unter Zurückstellung ihrer Parteiinteressen die Lasten des verlorenen Krieges in gerechter Weise zu verteilen“. Voraussetzung für die Teilnahme an der „Volksgemeinschaft“ sei, dass sich die Parteien „aufrichtig auf den Boden der republikanischen Verfassung und einer verständigen Erfüllungspolitik“ stellten.[434] Somit konnte es für die DDP außerhalb der Verfassungsordnung und ohne Anerkennung der geschlossenen internationalen Verträge keine „Volksgemeinschaft“ geben. Die Erfüllung dieser Voraussetzungen war der Lackmustest, an dem die Beteiligung der Deutschnationalen scheitern musste.

„Volksgemeinschaft“ war also eine zentrale Wahlkampfparole. Dies markierte auch der Parteitag der DDP im November 1924, auf dem – gut einen Monat vor der Reichstagswahl – mehrere prominente Redner ein Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“ ablegten. Der Vorsitzende Erich Koch nannte „Freiheit, Vaterland und Volksgemeinschaft“ die „grossen Gedanken“ seiner Partei und stellte das Ideal der „Volksgemeinschaft“ bei der öffentlichen Kundgebung im Berliner Sportpalast dem Modell der „Adelsherrschaft“ entgegen.[435] „Volksgemeinschaft“ wurde damit im Sinne von „Demokratie“ und „Republik“ verwendet – ein Phänomen,

[430] IfZ ZG e030: [DDP], Die deutschen Frauen sind deutsch und national!, [undat. Flugblatt, vor dem 7. Dezember 1924].

[431] IfZ ZG e030: DDP, Reichstagswahlzeitung der DDP für Groß-Berlin [01. Mai 1924].

[432] IfZ ZG e031: Vaterländischer Wahlausschuß: Deutsche Demokratische Landespartei/Deutscher Bauernbund in Bayern/Liberaler Kreisverband Schwaben, Wahlaufruf des Deutschen Blocks in Bayern, [undat. Flugblatt, vor dem 04. Mai 1924].

[433] Reichstagsfraktion der DDP/Vorstand der DDP, Unser Wahlaufruf! An die deutschen Wähler!, in: Der Demokrat. Mitteilungen aus der Deutschen Demokratischen Partei (5), 23. Oktober 1924, Nr. 34/35, S. 281–283, hier: S. 282.

[434] IfZ ZG e030: DDP, Wähler Berlin! Gebt Eure Stimme nicht den Parteien der Rechten!, [undat. Flugblatt, vor dem 07. Dezember 1924].

[435] BArch R 45-III/4: Rede von Erich Koch auf der Öffentlichen Kundgebung anlässlich des Berliner Parteitags der DDP vom 02. November 1924, hier: fol. 37 u. 39.

das auch bei der Kontrastierung von „Fürstenbund“ und „Volksgemeinschaft“ zu beobachten ist.[436] Nach den Worten Gertrud Bäumers verkörperten die Linksliberalen die „Idee der Gerechtigkeit, der Volkgemeinschaft und der Demokratie“ – der liberale Gedanke der „Volksgemeinschaft“ beruhe auf „Gerechtigkeit und gleicher Verantwortung“, die von der „Liebe zum Volke“ getragen werden müssten.[437] Und der badische Kultusminister Willy Hellpach rechtfertigte die Abkehr seiner Partei vom Gedanken der „Bürgerblockregierung“ mit dem Grundwert der „Volksgemeinschaft“, der von der DVP zugunsten eigener Interessen vernachlässigt worden sei. Im Gegensatz zu den Nationalliberalen wolle die DDP nicht die „Volksmassen, die hinter der Sozialdemokratie stehen, in die Opposition gegen den Staat treiben“, so Hellpach.[438] Der Vorwurf, dass die politische Konkurrenz es mit der „Volksgemeinschaft“ nicht ernst nehme und ihr Bekenntnis lediglich „Phrasengetöne“ sei, war innerhalb des linksliberalen Spektrums verbreitet und schuf eine rhetorische Abgrenzung insbesondere zum politischen Gegner auf der Rechten – sei es nun zur nationalliberalen DVP[439] oder zur nationalistischen DNVP[440]. Damit gerierten sich die Deutschen Demokraten als die Partei der Mitte, die sich im Zeichen der „Volksgemeinschaft“ für die Integration der gemäßigten Kräfte in den Staat stark mache. Zumindest in den Wahlkämpfen des Jahres 1924 stellten sie diese Botschaft in den Mittelpunkt ihrer Kampagne und reagierten damit auf die während des Krisenjahres 1923 gewachsene Sehnsucht nach „nationaler Einheit“. „Volksgemeinschaft“ gehörte aber auch in den Wahlkämpfen der Jahre 1928 und 1930 zu den linksliberalen Parolen. Mit dem Schlagwort vom Kampf „für Volksgemeinschaft – gegen Klassen- und Rassenhaß“ sollten Erstwähler angesprochen werden.[441] Und auch 1930 knüpfte die mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei (DStP) vereinigte DDP unter dem Plakatslogan „Für Einigkeit, Fortschritt, Volksgemeinschaft!“[442] an altbe-

436 So bei: Ernst Feder, Bayern und Sachsen, in: Berliner Tageblatt (52), 17. Oktober 1923, Nr. 488, S. 1 f., hier: S. 2.

437 BArch R 45-III/4: Rede von Gertrud Bäumer auf der Öffentlichen Kundgebung anlässlich des Berliner Parteitags der DDP vom 02. November 1924, hier: fol. 40.

438 BArch R 45-III/4: Rede von Willy Hellpach auf der Öffentlichen Kundgebung anlässlich des Berliner Parteitags der DDP vom 02. November 1924.

439 So etwa: Frankfurt, 14. Oktober, in: Frankfurter Zeitung (66), 14. Oktober 1922, Nr. 734, S. 1; Das Pfandangebot des Reichskanzlers. Verhandlungsgrundlagen, in: Vossische Zeitung, 25. August 1923, Nr. 401, S. 1; gegen die thüringische Regierung unter dem DVP-Politiker Richard Leutheußer, die trotz ihres Bekenntnisses zur „Volksgemeinschaft“ zu einer „Verschärfung der Klassengegensätze“ geführt habe: Thüringen. Bericht für die „Vossische Zeitung“, in: Vossische Zeitung, 26. April 1924, Nr. 199, S. 1 f., hier: S. 2.

440 Ein bewegter Tag. Rededuell Helfferich – Stresemann – Ankündigung eines Gesetzentwurfes über die Goldkreditbank – Neuwahlen im Mai, in: Vossische Zeitung, 07. März 1924, Nr. 114, S. 1.

441 Jan Schuster, Wahlplakate in der Weimarer Republik. Reichstagswahl 1928, http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1928/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015): Wahlplakat der DDP: Jungdemokratische Arbeitsgemeinschaft München, An alle Erstwähler!, 1928.

442 Jan Schuster, Wahlplakate in der Weimarer Republik. Reichstagswahl 1930, http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1930/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezem-

währte Formeln an. Das Plakatmotiv zeigte im Vordergrund eine junge Frau, die ihren Arm in Richtung der durch die Leitbegriffe markierten, verheißungsvollen Zukunft ausstreckte. Des Weiteren symbolisierte das Wahlplakat die Volksgemeinschaftserwartung in der Gestalt einer stillenden Mutter, zweier Schulkinder sowie einer Ansammlung teilweise verzweifelt blickender Menschen. Neben den klassischen linksliberalen Inhalten nahm der Begriff „Volksgemeinschaft“ bei der DStP aber auch direkten Bezug auf die im Jungdeutschen Orden verwurzelte Idee, die – vom „Fronterlebnis“ geprägte – „Volksgemeinschaft“ an die Stelle der bürgerlichen Ordnung setzen zu wollen.[443] Nach dem Willen der jungdeutschen Anhänger sollte „Volksfamilie“ und die organisch gedachte „gesunde Volkspersönlichkeit“ die „mechanische Formdemokratie“ ablösen.[444] Damit richtete sich das bei den Jungdeutschen holistisch und mystisch verstandene Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ gegen die liberale parlamentarische Demokratie von Weimar – und stand im Widerspruch zu den zumeist pluralistischen Volksgemeinschaftsvorstellungen der Linksliberalen. Als interpretationsoffenes Fahnenwort überdeckte es im Wahlkampf die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den beiden Strömungen, die sich in der DStP zusammengetan hatten. Der Versuch, durch Betonung des Gemeinschaftsdenkens zu punkten, wurde von den Wählern bei der Reichstagswahl im September 1930 jedoch nicht goutiert – die Deutsche Staatspartei errang lediglich magere 3,8% der Stimmen.[445]

Dass „Volksgemeinschaft“ keineswegs ein unproblematisches Schlagwort war und dass es gegen antirepublikanische Interpretationen verteidigt werden musste, machten die Abgrenzung der DDP gegenüber der DVP und die Begriffsverwendung seitens des Jungdeutschen Ordens deutlich. Bereits im Jahre 1924 hatte es aus dem linksliberalen Lager Stimmen gegeben, die angesichts der Volksgemeinschaftshoffnungen zur Vorsicht mahnten. Weitsichtig wie kaum ein anderer linksliberaler Zeitgenosse brachte Hugo Preuß die Gefahren des Begriffes und der mit ihm verbundenen Konzepte auf den Punkt.[446] So warnte der frühere Reichsinnenminister am Neujahrstag 1924 vor der Illusion, zu glauben, „die Parteigegensätze […] durch die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ aufheben“ zu können. Unterschiedliche Grundsätze und Überzeugungen seien „natürlich[…]“ – ihre Verwischung würde „keine politisch lebenskräftige Volksgemeinschaft“, sondern

ber 2015): Wahlplakat der DStP: „Für Einigkeit, Fortschritt, Volksgemeinschaft! Wählt Liste 6 Staatspartei“, [1930]; abgedruckt auch bei: Christian Fuhrmeister, Ikonografie der „Volksgemeinschaft“, in: Hans-Ulrich Thamer/Simone Erpel (Hrsg.), Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 94–103, hier: S. 97.

443 Burkhard Gutleben, Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre, in: TAJB (17), 1988, S. 259–284, hier: S. 262 f.

444 BArch NS 5-VI/17362: Roth, Großdeutsche Volksgemeinschaft und Staatsidee, in: Der Jungdeutsche, 07. Januar 1926, Nr. 5.

445 Vgl. Gutleben, Volksgemeinschaft oder Zweite Republik?, hier: S. 264 u. 274.

446 Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: Berliner Tageblatt (53), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1 f.; mit einzelnen kleineren Änderungen auch abgedruckt in: Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: idem (Hrsg.), Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 17–22.

„einen schalen Einheitsbrei“ ergeben. Häufig verberge sich gerade hinter „dem Eifern gegen den Parteigeist […] der engstirnigste Parteigeist“, so Preuß.[447] Für ihn bedeutete „Volksgemeinschaft“ nicht die Aufhebung der Parteien und ihrer unterschiedlichen Programme, sondern das Bekenntnis aller Akteure zum „gemeinsamen Boden des nationalen Staatswesens“ sowie die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger.[448] Unter diesen Voraussetzungen, so Preuß, würden sich „Volksgemeinschaft und Parteikampf“ keineswegs ausschließen. Damit verteidigte er offensiv eine pluralistische Lesart des Begriffes „Volksgemeinschaft“. Die Sorge um das „Lebensinteresse des nationalen Gemeinwesens“ sei eine alle Parteien verbindende Aufgabe, so der Staatsrechtler.[449] Den Kommunisten, Nationalisten und Nationalliberalen schrieb er daher ins Stammbuch:

> Die Volksgemeinschaft verleugnet, wer Klassengenossenschaft und Klasseninteresse über die staatsbürgerliche Solidarität des nationalen Gemeinwesens stellt. Das tun die deutschen Jünger der kommunistischen Internationale – nicht ihre russischen Brüder. Aber das tun nicht minder die Verkünder der ‚bürgerlichen Sammlung‘, des ‚Bürgerblocks‘ gegen die Sozialdemokratie. Ob der Klassengegensatz von hüben oder drüben geschürt wird, stets zerreißt er die Volksgemeinschaft, und ärger kann man sich an ihr nicht versündigen als durch das freche und dumme Hetzwort von den allein ‚nationalen Parteien‘. Gibt es gerade in unserer Lage ein lebenswichtigeres Interesse deutscher Volksgemeinschaft als die Erhaltung, Festigung, immer engere und innigere Verkettung der nationalen Einheit des Reiches?[450]

Für Preuß gab es keine Alternative zur „sich selbst regieren[den]“ „Volksgemeinschaft“ der parlamentarischen Demokratie. „Volksgemeinschaft“ müsse auf den Grundsätzen von „nationale[r] Einheit des Reiches“, „demokratische[r] Republik“ und „staatsbürgerliche[r] Solidarität der sozialen Klassen“ beruhen.[451] Statt auf eine Diktatur hoffte Hugo Preuß daher auf ein Bündnis zwischen Zentrum, DDP und SPD. Diese drei Parteien standen für ihn vorbehaltlos hinter den genannten „Fundamentalsätzen“ und nur sie könnten „die deutsche Volksgemeinschaft wieder politisch handlungsfähig machen im Innern und nach Außen“.[452] „Gemeinschaft“ sollte für Preuß nicht die pluralistischen politischen und gesellschaftlichen Meinungen nivellieren oder sie in einem holistischen Gebilde aufheben; „Gemeinschaft“ wurde von ihm als eine „Einheit in Vielheit“[453] gedacht.

Auch in der Folgezeit hielten Sprecher aus dem linksliberalen Milieu am Begriff der „Volksgemeinschaft“ fest – ja, stellten ihn sogar offensiv gegen die Nationalisten und Monarchisten. Die „Volksgemeinschaft“, die den Linksliberalen vorschwebte, war untrennbar an das Bekenntnis zur demokratisch-liberalen Verfas-

[447] Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: Berliner Tageblatt (53), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1f., hier: S. 1.
[448] Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: Berliner Tageblatt (53), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1f., hier: S. 2.
[449] Ebd.
[450] Ebd.
[451] Ebd.
[452] Ebd.
[453] Zu diesem, von Preuß häufiger verwendeten Konzept: Schefold, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, hier: S. 141 u. 146f.

sungsordnung geknüpft.[454] So forderte Regierungsrat Wolfgang Hoffmann in einem Beitrag für die FRANKFURTER ZEITUNG im Januar 1925 dazu auf, sich zum „Gedanken der Volksgemeinschaft“ zu bekennen.[455] Darunter subsumierte er Werte wie Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Selbstentfaltung und die Möglichkeit zum Aufstieg durch Leistung. Die Wiedereinführung der Monarchie lehnte Hoffmann unter Verweis auf die „deutsche Volksgemeinschaft“ entschieden ab und bekannte sich stattdessen zur Republik:

> Schwarzrotgold sind uns die Farben dieser Richtung, das Symbol politischer Freiheit und deutscher Volksgemeinschaft, die wir innerlich erstreben als Voraussetzung deutscher Einheit und deutschen Wiederaufstiegs in der Gemeinschaft der Völker.[456]

Mit „Volksgemeinschaft“ verband der Regierungsrat die Erinnerung an den Kriegsausbruch 1914, der damals „alle zu Brüdern und Schwestern“ gemacht habe, „gleichgültig, ob hoch oder nieder, gleichgültig ob besitzend oder nichtbesitzend“. Dieser „göttliche Gedanke“ habe „nivelliert, was Tage zuvor noch unüberbrückbar schien“.[457] Vor diesem Erfahrungshintergrund setzte Hoffmann seine Erwartungen in die einigende Kraft einer „wahren Volksgemeinschaft“[458] und auf die allgemeine Anerkennung der Republik. Mit dem Zusatz „wahr“ brachten Hoffmann und andere linksliberale Sprecher ihre Distanz zum Volksgemeinschaftskonzept der rechten Parteien zum Ausdruck[459] – diese semantische Strategie ermöglichte es ihnen, die alleinige Vertretung des „reinen“ Volksgemeinschaftsgedankens für sich zu reklamieren. So knüpften die Linksliberalen an eine allseits vertretene Idee an und grenzten sich gleichzeitig von den anderen Milieus ab. Dennoch blieb „Volksgemeinschaft“ eine schillernde Vokabel, die für verschiedene Interpretationen anfällig war. Was Hugo Preuß bereits angedeutet hatte, brachte Theodor Heuss auf den Punkt: „Volksgemeinschaft“ konnte zu einem „Instrument“ werden, „das man gegen die Demokratie ausspielt“.[460] Dies musste nicht zwangsläufig so sein: Nach Heuss' Überzeugung durfte „Volksgemeinschaft“ „keine eingeebnete Ebene der Flachheit“ sein, sondern sollte „ihre Stufen und Bewegungen, ihre Schwierigkeiten und Probleme“ haben. „[N]ur durch die Demokratie“ werde „die Volksgemeinschaft gefesselt und gebunden zur Einheit“, so der DDP-Politiker.[461] Für Heuss und wohl die meisten linksliberalen Sprecher war „Volksgemeinschaft“ ein pluralistisches Konzept, das auf dem „demos“ beruhte.

[454] Vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, S. 331; Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 347; Wildt, „Volksgemeinschaft“ als politischer Topos in der Weimarer Republik, hier: S. 29.

[455] [Wolfgang] Hoffmann, Republikanische Gemeinschaft, in: Frankfurter Zeitung (69), 04. Januar 1925, Nr. 9, S. 1 f., hier: S. 2.

[456] Ebd.

[457] [Wolfgang] Hoffmann, Republikanische Gemeinschaft, in: Frankfurter Zeitung (69), 04. Januar 1925, Nr. 9, S. 1 f., hier: S. 1.

[458] [Wolfgang] Hoffmann, Republikanische Gemeinschaft, in: Frankfurter Zeitung (69), 04. Januar 1925, Nr. 9, S. 1 f., hier: S. 2.

[459] Vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, S. 332.

[460] Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 13.

[461] Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 15.

Jedoch war es den Linksliberalen nicht gelungen, den Begriff so nachhaltig mit ihren Ideen zu besetzen, dass die pluralistische Lesart dauerhaft die Deutungshoheit behalten hätte.

Mit ähnlichen Konzepten wie bei den Linksliberalen wurde der Volksgemeinschaftsbegriff auch im sozialdemokratischen Spektrum verbunden.[462] Allerdings war hier die Idee bei Weitem nicht so stark verbreitet wie in den anderen untersuchten Milieus und stand zumeist in einem expliziten Bezug zur Republik. So rief der Vorwärts die Reichswehr zum Schutz der „republikanischen Volksgemeinschaft“ auf,[463] Simon Katzenstein träumte von der „freie[n] Volksgemeinschaft“ in einer „einheitliche[n] deutsche[n] Republik“[464] und Reichsinnenminister Eduard David erblickte in den Farben der neuen Reichsflagge den „Ausdruck der Zusammengehörigkeit zur Volksgemeinschaft“[465]. Hierbei konnte der Idee von der „Volksgemeinschaft“ durchaus der Gedanke innewohnen, dass diese sich zwischen bzw. über den Parteien zu bilden habe.[466] Doch basierte „Volksgemeinschaft“ stets auf der Weimarer Verfassungsordnung und sollte eine „Brücke zur Völkergemeinschaft“ schlagen.[467] In diesem Sinne stand das Wort für den staatspolitischen Grundkonsens zwischen den Parteien.[468] Dabei schwang auch das von Tönnies dargelegte Konzept einer organischen „Gemeinschaft“ mit, die nicht wie eine Maschine zweckrational arbeite, sondern auf Verbundenheit aufbaue. Für die Sozialdemokraten waren die Voraussetzungen für eine solche „organische Gemeinschaft des Volkes“ mit der Errichtung des pluralistischen, „demokratische[n] Staat[es]“ geschaffen worden.[469] Nun musste nur noch der Grundkonsens zwischen den verschiedenen politischen Lagern wachsen. Vielfach wurde die Notwendigkeit zur „Volksgemeinschaft“ aus der schwierigen gegenwärtigen Situation des Staates begründet. Sie fungierte damit – vergleichbar mit dem Verteidigungs-

462 Hingegen schreibt Jeffrey Verhey, dass „Volksgemeinschaft“ bei den Sozialdemokraten im Gegensatz zur Verwendung bei DDP, Zentrum und DVP „vorwiegend zur Beschreibung der Gesellschaft nach der sozialistischen Revolution“ gedient habe. Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 347. Zeitgenössisch nennt Hans Liermann die Sozialdemokratie die „größte Gegnerin des Gemeinschaftsvolkes“ und behauptet, dass innerhalb der SPD „die beseelte Volksgemeinschaft“ nicht gedacht und „darüber hinaus sogar“ bekämpft werde. In dieser Aussage kam vor allem Liermanns politische Haltung zum Ausdruck, in der kein Verständnis für sozialdemokratische und sozialistische Positionen existierte. Die vorhandenen sozialdemokratischen Volksgemeinschaftskonzepte finden bei ihm keine Berücksichtigung. Liermann, Das deutsche Volk, S. 121 f.

463 Jakob Scherer, Reichswehr und Republik, in: Vorwärts (38), 08. Oktober 1921, Nr. 475, S. 1 f., hier: S. 1.

464 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 69. Sitzung vom 29. Juli 1919, Rede von Simon Katzenstein (MSPD), S. 2076.

465 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Eduard David (MSPD, Reichsinnenminister), S. 1225.

466 Ebd.

467 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 69. Sitzung vom 29. Juli 1919, Rede von Simon Katzenstein (MSPD), S. 2077.

468 Retter, Was heißt „demokratisches Denken“ in der Weimarer Republik? [o. Pag.].

469 Richard Lipinski, Staat und Selbstschutz, in: Vorwärts (50), 15. Juni 1923, Nr. 275, S. 1 f., hier: S. 1.

konsens während des Ersten Weltkrieges – als eine Art „Notgemeinschaft“, die auf traditionellen sozialdemokratischen Werten wie „Organisation und Disziplin, Solidarität und Gerechtigkeit“ beruhen müsse.[470]

Derjenige unter den Sprechern aus dem sozialdemokratischen Milieu, der den Begriff „Volksgemeinschaft“ wohl am häufigsten im Munde führte, war der erste Mann im Staat: Reichspräsident Friedrich Ebert. Der Sozialdemokrat verstand sich als Staatsoberhaupt aller Deutschen. Der Anspruch, „Volkspräsident“, mithin nicht „Vertreter einer einseitigen Parteiherrschaft“ zu sein, sondern „das ganze deutsche Volk“ zu repräsentieren,[471] war schon unmittelbar nach seiner Wahl etwa vom VORWÄRTS betont worden. Seine enge Verbindung zum „Volk“ wurde aber auch von Sprechern anderer Milieus herausgestellt.[472] In der Folgezeit brachte Ebert sein Selbstverständnis und das Bemühen um Integration breiter Bevölkerungsschichten[473] unter anderem mittels einer häufigen Verwendung des Volksbegriffes zum Ausdruck. Sein Ideal war die gesellschaftliche „Einheit über trennende politische Anschauungen hinweg“. Hierzu bedurfte es für Ebert der Solidarität zwischen den Klassen, einer Gemeinwohlorientierung und der Unterordnung von Partei- zugunsten von Staatsinteressen.[474] So bezeichnete der Reichspräsident etwa den auf Ausgleich bedachten Gewerkschaftler Carl Legien als ein Vorbild bei der „Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes“ und als Beispiel für „unerschütterliche[…] Pflichttreue und Schaffensfreude im Dienste der Volksgemeinschaft“.[475] Der Reichspräsident verfolgte die „Vision von einer homogenen demokratischen Gesellschaft“[476] – ein Leitbild, in das teilweise auch „organische“ Vorstellungen hineinspielten.[477] Die „Volksgemeinschaft“ sollte zur Stärkung der Republik dienen – politisch konnte dies am besten in einer Großen Koalition und im Konsens aller Kräfte zwischen SPD und DVP verwirklicht werden.[478] Zur Idee

[470] Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“, hier: S. 592 (Zitat); Vgl. auch: Mai, Arbeiterschaft und „Volksgemeinschaft“, hier: S. 213; Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“; Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, S. 375 f.

[471] Ebert Volkspräsident der Deutschen Republik, in: Vorwärts (36), 12. Februar 1919, Nr. 78, S. 1.

[472] Vgl. Theodor Wolff, Ebert zum Reichspräsidenten gewählt, in: Berliner Tageblatt (48), 12. Februar 1919, Nr. 65, S. 1 f.; Umschau und Ausschau. Vielköpfige Unverantwortlichkeit – Zurück zur Verfassung – Ein Retortengeschöpf, in: Kölnische Zeitung, 16. Oktober 1921, Nr. 697, S. 1.

[473] Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S. 781.

[474] Mühlhausen, Friedrich Ebert, S. 816 f., Zitat: S. 816.

[475] Friedrich Ebert bei einer Schiffstaufe in Wilhelmshaven, zitiert nach: Mühlhausen, Friedrich Ebert, S. 816; weitere Verwendungen des Volksgemeinschaftsbegriffes durch Ebert bei Norbert Götz und Michael Wildt: Götz, Ungleiche Geschwister, S. 92, Anm. 160; Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 60, Anm. 107.

[476] Mühlhausen, Friedrich Ebert, S. 817.

[477] So stellte Ebert etwa zum 60. Geburtstag Gerhard Hauptmanns heraus, dass der „neue Staat keine Maschine“ sei, „sondern ein lebendiger Organismus, dem die geistig-kulturellen Güter, dem Kunst und Wissenschaft unveräußerliche Bestandteile seiner lebendigen Kraft“ sein sollten. Zitiert nach: Mühlhausen, Friedrich Ebert, S. 824.

[478] Vgl. Mühlhausen, Friedrich Ebert, S. 995.

der „Volksgemeinschaft“ gehörte für Ebert wie für andere Sprecher aus dem sozialdemokratischen Milieu aber sicherlich auch eine emotionale Komponente.

„Volksgemeinschaft“ stand also durchaus für mehr als nur für den von Michael Wildt angenommenen „Zusammenschluss aller ausgebeuteten Gesellschaftsschichten gegenüber einer kleinen Ausbeuterklasse zur Einebnung der Klassenunterschiede“[479]. „Volksgemeinschaft“ war eine Vokabel, die den Blick von den bestehenden sozialen Unterschieden weg und hin auf die Zusammengehörigkeit aller Staatsbürger in der „Nation“ richtete, deren gemeinsames Ziel die Bewahrung der demokratisch-parlamentarischen Ordnung zu sein habe. Die Republik musste aus sozialdemokratischer Sicht auf dem Gefühl einer tieferen Verbundenheit zwischen allen Angehörigen des „Volkes“ basieren. So konnte der Begriff „Volksgemeinschaft“ beispielsweise in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten und ihrer Ideologie als Synonym für die eigene Überzeugung von einer „Solidarität der Volksgenossen“ eingesetzt werden. Paul Löbe etwa warf den Nationalsozialisten vor, sie pflegten eine „Volksgemeinschaft des Redens“ und hielt dieser den katholischen und sozialdemokratischen Wert der tätigen Nächstenliebe bzw. der Solidarität entgegen.[480]

Gegen ein solches Zugehen auf die bürgerlichen Parteien und ihre Anhängerschaften machte sich aber auch Widerstand innerhalb des sozialdemokratischen Milieus breit. So beharrten nicht wenige Sozialdemokraten auf den Klassenkampfparolen und kritisierten das Gerede von der „Idylle der Volksgemeinschaft“.[481] Besonders deutlich kam die Skepsis in einem 1932 publizierten Artikel zum Lemma „Volksgemeinschaft“ eines SPD-nahen Lexikons zum Ausdruck. Ohne den Begriff gänzlich abzulehnen, hieß es dort:

> In Notzeiten wurde auch in Deutschland V[olksgemeinschaft] zur gemeinsamen Tragung aller Not erstrebt, so 1914 und 1923. Die Idee der V[olksgemeinschaft] beruht auf der bewußten oder übersehenen Täuschung, daß alle Bewohner (Volksgenossen) gleiche Lebensinteressen haben. Selbst in Zeiten der Not (und da gerade erst recht) haben die besitzlosen Klassen wichtige Eigeninteressen, die stets gegen die Interessen der Besitzenden gerichtet sind. V[olksgemeinschaft] kann es erst dann geben, wenn es weder Vorrechte des Besitzes noch der Bildung gibt.[482]

„Volksgemeinschaft“ in diesem Sinne wurde nicht als Alternative zum Klassenkampf, sondern als ein zusammen mit dem Sozialismus zu erringender, dauerhafter Zustand angesehen. Anderen Sprechern aus dem sozialdemokratischen Milieu galt die Verringerung der sozialen Gegensätze als Mindestvoraussetzung, die erfüllt sein musste, um eine „Volksgemeinschaft“ zu erreichen.[483]

Die Begriffsverwendung in dem häufig als Beweis für das Volksgemeinschaftsdenken in der Sozialdemokratie angeführten Görlitzer Programm von 1921 blieb

[479] Wildt, „Volksgemeinschaft“ als politischer Topos in der Weimarer Republik, hier: S. 33.
[480] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 381, 8. Sitzung vom 05. Juni 1924, Rede von Paul Löbe (SPD), S. 124.
[481] Vgl. Walter, „Republik, das ist nicht viel“, S. 58–66.
[482] Ernst Mühlenberg, Neues Volks-Wörterbuch für Wirtschaft, Recht und Politik, Bad Dürrenberg 1932, S. 379.
[483] Vgl. Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, S. 251 f.

hingegen eher blass. Darin forderten die Genossen, Ressourcen wie Grund, Boden und Energie „in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen“, sowie die Jugend zum „bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft“ zu erziehen.[484] „Volksgemeinschaft“ schien darin als eine Kombination seiner beiden Wortbestandteile ohne losgelöste Sonderbedeutung verwendet zu werden.

Linksliberale und sozialdemokratische Sprecher verstanden unter „Volksgemeinschaft“ somit zumeist den als Grundlage für Staat und Republik notwendig erachteten „nationalen“ (Verfassungs-) Konsens. Die „Volksgemeinschaft“ beruhte auf allen Staatsbürgern im Sinne von „demos“. Jedoch blieben die Grenzen der pluralistischen „Volksgemeinschaft“ in einer heterogenen, demokratisch verfassten Gesellschaft undefiniert. So hatten radikale Kräfte letztlich leichtes Spiel, den Begriff gegen die bestehende Ordnung zu wenden und damit nicht nur den „Klassenkampf“, sondern auch die Republik zu überwinden.

2.3 „Ständisch-organisierte Gemeinschaft“ oder „Einheitsfront von Stresemann bis Scheidemann“? – Volksgemeinschaftsdenken im nationalliberalen und katholischen Milieu

Andere Akzente als die Linksliberalen und die Sozialdemokraten setzten die Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu bei der Verwendung des Volksgemeinschaftsbegriffes. Ihrem Selbstbild nach verstanden sich die Nationalliberalen als *die* Verfechter der Volksgemeinschaftsidee. Noch stärker als in der DDP war hier die Überzeugung präsent, dass es eine „geschichtliche Aufgabe“ der Partei sei, „den Klassenkampf zu überwinden“.[485] Den Weg dahin glaubte etwa die DVP-Fraktion durch die Entpolitisierung der „wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen“ beschreiten zu können. Statt des Parlaments sollten sich „Arbeitsgemeinschaften“, die sich aus Vertretern der „gewerblichen und beruflichen Organisationen“ zusammensetzen sollten, mit den entsprechenden Politikfeldern beschäftigen.[486] Und an die Stelle von Mehrheitsbeschlüssen hatte in den paritätisch besetzten Gremien der Konsens zu treten.[487] Mittels der „Arbeitsgemeinschaften“ sollten „die schädlichen Wirkungen des parlamentarischen Systems und zufälliger Par-

[484] Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei vom 14. Dezember 1921, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 32.

[485] BArch R 45-II/362: Fraktion der DVP in der Nationalversammlung, Aufruf zum Arbeitsfrieden! An das deutsche Volk!, 21. August 1919, fol. 63, auch abgedruckt in: Kölnische Zeitung, 24. August 1919, Nr. 742, S. 1.

[486] Ebd.; ebenfalls: BArch R 45-II/362: Das Manifest des Arbeitsfriedens. An das Deutsche Volk!, [undat., vermutl. 1919], fol. 43–61; den Programmpunkt der „Arbeitsgemeinschaften“ aufgreifend und unterstützend: Umschau und Ausschau. Menschen von heute – Was uns Kapp lehrt – Was nun?, in: Kölnische Zeitung, 21. März 1920, Nr. 275, S. 1; Möglichkeiten, in: Kölnische Zeitung, 09. Juni 1920, Nr. 511, S. 1; Umschau und Ausschau. Ruhe der Kritik – Noch keine endgültigen Ergebnisse – Bolschewismus von außen und innen – Volksgemeinschaft und Arbeit, in: Kölnische Zeitung, 18. Juli 1920, Nr. 621, S. 1; IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Aufruf der Deutschen Volkspartei!, [undat. Flugblatt].

[487] Vgl. BArch R 45-II/362: Das Manifest des Arbeitsfriedens. An das Deutsche Volk!, [undat., vermutl. 1919], fol. 55.

teikonstellationen“ ausgeglichen werden.[488] Das Modell berufsständisch verfasster „Arbeitsgemeinschaften“ wurde als eine Übergangsstufe auf dem Weg zur vollendeten „Volksgemeinschaft“ verstanden. Im Gegensatz zu Teilen des katholischen Spektrums erblickten Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu in der „ständisch-organisierte[n] Gemeinschaft“ keine dauerhafte Staatsordnung – ihr fehle der „zusammenhaltende[…] Geist einer deutschen Volksgemeinschaft“, so die Kritik.[489] Ziel blieb für die DVP, „über die mechanische Demokratie hinweg zu einer organischen Volksgemeinschaft“ zu gelangen.[490] Die propagierte Volksgemeinschaftsidee stand damit in erster Linie für die Aufhebung des Klassenkampfs sowie für die Zurückdrängung von Parteien und Parlamentarismus durch den Aufbau von (vermeintlich) unpolitischen Expertengremien. Zugleich entschied das Kriterium des „Arbeitswillens“ bzw. der „Verständigkeit“ und der „Vaterlandsliebe“ über die Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“.[491] Dadurch gehörten all die Kräfte nicht zur „Volksgemeinschaft“, denen mangelnder Einsatz, fehlender Patriotismus oder ideologische Verblendung unterstellt wurde. Ausschlaggebend für die Erfüllung dieser Kriterien war die subjektive Außenwahrnehmung und nicht das Selbstverständnis der betreffenden Gruppen. Mit dem Zusatz „organisch“ haftete der „Volksgemeinschaft“ – im Unterschied zur Weimarer Verfassungsordnung – das Gütesiegel der Naturhaftigkeit an. Im Gegensatz zu den bisher vorherrschenden „engen Bezirken der Partei[en]“ biete die „wahre Volksgemeinschaft“ einen weiten Raum, in dem sich „alle[…] nationalen Kräfte“ entfalten könnten, hieß es etwa in der Kölnischen Zeitung.[492] Solche Sprachbilder verbanden sich mit einer – im Weiteren noch zu behandelnden – ausgeprägten Antiparteienhaltung.

Auch wenn die DVP die Pläne zur Errichtung einer „Arbeitsgemeinschaft“ vorerst nicht umsetzen konnte, blieb „Volksgemeinschaft“ weiterhin der Gegenbegriff zu Klassenkampf und Klassenherrschaft. Hierauf machte die Partei immer wieder aufmerksam, so etwa im Oktober 1921 in einem Flugblatt anlässlich der Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung. Darin hieß es:

> Reißt vom Roten Hause das rote Banner der Klassenparteien und pflanzt die Fahne der Volksgemeinschaft, der wahren staatsbürgerlichen und kommunalen Selbstverwaltung auf den Rathausturm […].[493]

[488] BArch R 45-II/362: Das Manifest des Arbeitsfriedens. An das Deutsche Volk!, [undat., vermutl. 1919], fol. 59.

[489] Umschau und Ausschau. Die geistigen Unterströmungen bei der Wahl – Schulfragen – Die Parteien und Kant, in: Kölnische Zeitung, 27. April 1924, Nr. 297, S. 1.

[490] BArch R 45-II/362, Fraktion der DVP in der Nationalversammlung, Aufruf zum Arbeitsfrieden! An das deutsche Volk!, 21. August 1919, fol. 63.

[491] Vgl. Möglichkeiten, in: Kölnische Zeitung, 09. Juni 1920, Nr. 511, S. 1; Umschau und Ausschau. Ruhe der Kritik – Noch keine endgültigen Ergebnisse – Bolschewismus von außen und innen – Volksgemeinschaft und Arbeit, in: Kölnische Zeitung, 18. Juli 1920, Nr. 621, S. 1.

[492] Max Neumann, Einheitsfront und Nationalgefühl, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1921, Nr. 168, S. 1.

[493] IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Bürger und Wähler Groß-Berlins!, [undat. Flugblatt, wohl vor dem 16. Oktober 1921].

Die DVP stilisierte sich zu einer „Partei des schaffenden Mittelstandes“, die das Ideal der „klassenversöhnenden Arbeits- und Volksgemeinschaft“ hochhalte.[494] So durchzog den Stuttgarter Parteitag im Dezember 1921 das Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“. Als „Partei der Volksgemeinschaft“ weise sie „niemand[en] zurück, der dem Vaterland“ zu dienen bereit sei, so der Tenor des Parteitags.[495] Vor allem Gustav Stresemann appellierte an die Rückkehr der „Einheit des nationalen Empfindens“ aus den Augusttagen 1914. Im Gedanken an eine „deutsche Volksgemeinschaft“ liege der „Glaube an die Zukunft Deutschlands“, so der Parteivorsitzende.[496] Dass dieser von Stresemann eingeschlagene Kurs der Offenheit innerhalb der DVP nicht unumstritten war, brachte etwa die skeptische Kommentierung seitens der Kölnischen Zeitung zum Ausdruck. So gab das Blatt zu bedenken, dass es unter den Nationalliberalen Personen gäbe, die sich einen „Rechtsblock“ mit scharfer Oppositionspolitik gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten herbeisehnen würden.[497] Dass sich dieser Flügel auf dem Parteitag nicht zu Wort gemeldet habe, betrachtete die Zeitung „beunruhigt“ und befürchtete innerparteiliche Verwerfungen durch die „Überkleisterung von Gegensätzen“.[498] Gegen die stresemannsche Volksgemeinschaftspolitik hatte die Kölnische Zeitung keine Bedenken, auch sie erhoffte, dass die DVP sobald wie möglich das „innenpolitische Ideal ihres Führers, die Volksgemeinschaft“, erreiche und der Parteitag „rühmend“ in die „Geschichte des deutschen Volkes“ eingehen werde.[499] Spätestens mit dem Stuttgarter Parteitag war die Forderung nach Errichtung der „Volksgemeinschaft“ zu einem Eckpfeiler der nationalliberalen Programmatik geworden.[500]

Schon seit Sommer 1921 war der Begriff im nationalliberalen Sprachhaushalt zu einem der häufig verwendeten Fahnenwörter avanciert: Die „nationale Volksgemeinschaft wieder aufrichten“,[501] „das Bewußtsein der Volksgemeinschaft […] wecken und […] festigen“[502] – solche und ähnliche Appelle fanden sich seitdem häufig in der nationalliberalen Presse wieder. Vor allem an die SPD wandte sich die Mahnung, nicht nur angesichts der Abwehr von äußeren Gefahren für das Reich in die „Einheit“ einzutreten, sondern den Klassenkampf zugunsten eines

494 Ebd.

495 BArch R 45-II/327: Geschäftsstelle der DVP, Vierter Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart am 01. und 02. Dezember 1921, fol. 821; BArch R 45-II/327: Rede Gustav Stresemanns auf dem Parteitag der DVP am 01. Dezember 1921, fol. 823.

496 BArch R 45-II/327: Rede Gustav Stresemanns auf dem Parteitag der DVP am 01. Dezember 1921, fol. 823.

497 Stresemanns Monolog, in: Kölnische Zeitung, 03. Dezember 1921, Nr. 822, S. 1.

498 Ebd.

499 Ebd.

500 Knapp zu Stresemanns politischen Vorstellungen: Stephen G. Fritz, The Search for Volksgemeinschaft. Gustav Stresemann and the Baden DVP 1926–1930, in: GSR (7), 1984, Nr. 2, S. 249–280, hier: S. 252 f.

501 Umschau und Ausschau. Unpopuläre Politik – Die bayerische „Ordnungszelle“ – Zweierlei Maß, in: Kölnische Zeitung, 19. Juni 1921, Nr. 437, S. 1.

502 [Wilhelm] Schwarzhaupt, Der Kampf um die Schule, in: Kölnische Zeitung, 14. September 1921, Nr. 612, S. 1.

„feste[n] Block[s] der Volksgemeinschaft“ zu überwinden.[503] Generell galt der Klassenkampf als eines der Haupthindernisse auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“.[504] Mitunter wurde aber auch nationalistischen Gruppen vorgeworfen, sie verhinderten – etwa durch die Verbreitung der Dolchstoßlegende – die Entstehung einer „freiwillige[n] Volksgemeinschaft“.[505]

Als wichtiger Schritt auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“ galt den Nationalliberalen die Bildung einer Großen Koalition, die dann später um die Deutschnationalen erweitert werden sollte.[506] Die Hoffnungen auf eine solche „Einheitsfront von Stresemann bis Scheidemann“[507] wurden durch den SPD-Parteitag im September 1921 genährt. In seinen Beschlüssen erblickten nationalliberale Kommentatoren Anknüpfungspunkte für eine „politische[…] Arbeitsgemeinschaft“.[508] Die „Zusammenfassung aller Kräfte von rechts bis zu den staatsbejahenden Sozialdemokraten“ war ein Ziel, das Stresemann offen propagierte.[509] Das Bündnis von DVP, DDP, SPD und Zentrum wurde als Rettung vor einem „Rückfall in ein Klassenregiment“ bezeichnet. Die „Vaterlandsliebe aller“ sei das einigende Band.[510] Auch wenn die „Koalition von Stresemann bis Scheidemann“ immer wieder „in nächste Aussicht gerückt[…]“ schien, erfüllte sich diese nationalliberale Erwartung zunächst einmal nicht. Umso mehr blieb „Volksgemeinschaft“ forthin die „Parole des Tages“, wie die Kölnische Zeitung im März 1922 pointiert formulierte:

> Auf allen Gassen und Märkten, aus allen Zeitungen, Parlaments- und Volksversammlungen schallt es uns entgegen: Volksgemeinschaft![511]

[503] Umschau und Ausschau. Volk ohne Vaterland – Erzieher wider Willen – Einigkeit!, in: Kölnische Zeitung, 17. Juli 1921, Nr. 509, S. 1.

[504] So etwa auch im Vergleich zur Türkei, in der die „innere Einigkeit“ erreicht worden sei, „gerade weil die Türkei keine Sozialdemokratie kannte und kennt, weil dort kein Klassenkampf gepredigt wird“. Umschau und Ausschau. Der Lohgerber von Mudania – Wir und die Türken – Keine „Diebespolitik“, in: Kölnische Zeitung, 07. Oktober 1922, Nr. 702, S. 1.

[505] [Reinhard] Scheer, Einsicht und Verständigung, in: Kölnische Zeitung, 15. September 1921, Nr. 614, S. 1.

[506] Vgl. Umschau und Ausschau. Vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen – Koalitionssorgen – Herr und Frau Ebert, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1922, Nr. 164, S. 1.

[507] Umschau und Ausschau. Fremdenindustrie – Um die Rheinlande – Objekt und Subjekt, in: Kölnische Zeitung, 25. September 1921, Nr. 641, S. 1.

[508] Ebd.

[509] So z. B. Gustav Stresemann bei einer Rede am 30. März 1924 in Hannover. Zitiert nach: Stresemanns Sieg. Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“, in: Vossische Zeitung, 31. März 1924, Nr. 155, S. 1. Zitiert auch bei: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 145. Hingegen geht sein Biograf, Jonathan Wright, davon aus, dass Stresemann eher eine Große Koalition befürwortet habe und dadurch die politisch extremen Strömungen isolieren wollte. Zu Letzteren zählt Wright auch die DNVP unter Hugenberg. Vgl. Jonathan R. C. Wright, Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann, München 2006, S. 499.

[510] Umschau und Ausschau. Vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen – Koalitionssorgen – Herr und Frau Ebert, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1922, Nr. 164, S. 1.

[511] Umschau und Ausschau. Hödur gegen Baldur – Artikel 231 – Volksgemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 19. März 1922, Nr. 200, S. 1.

Dass die Volksgemeinschaftskonzepte der verschiedenen Lager in ihren Inhalten differierten, wussten auch die Nationalliberalen.[512] So war es kein Wunder, dass sich ihre hochfliegenden Erwartungen auf die baldige Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ nicht erfüllten. Zurück blieb Enttäuschung und Resignation. So etwa nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau im Juni 1922: Statt der „natürliche[n] Eingebung“ zu folgen und eine „enger[e] Volksgemeinschaft“ zu schmieden, drohe die „parteipolitische Ausschlachtung der Mordtat“ nun, „die Risse, die durch unser Volk gehen, zu vertiefen und zu weiten“, schrieb die Kölnische Zeitung.[513] Dennoch blieb weiterhin der Ruf nach „Einigkeit und Einheit des Reiches“ sowie die Resthoffnung darauf bestehen, dass „die Zersplitterung unsrer Parteiverhältnisse uns zur Volksgemeinschaft“ zwinge.[514] Den Sprechern aus dem nationalliberalen Milieu war klar, dass es eine Zusammenarbeit der moderaten Parteien geben müsse. Allerdings waren sie sich uneins, ob eine „Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei“ herzustellen oder eine „breite[…] sozialistisch-bürgerliche[…] Volksgemeinschaft“ zu errichten sei.[515] Beide Koalitionsmöglichkeiten wurden mit pathetischen Gemeinschaftsbegriffen semantisch aufgeladen. Doch ging es den nationalliberalen Sprechern um mehr als nur um ein Regierungsbündnis: Sie erhofften von der Koalition, dass sie einen Konsens zwischen den Milieus der ihr angehörenden Parteien stiften könne.[516] Einstweilen war es die kleinere Lösung eines unter dem Namen „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ bestehenden, „informellen Fraktionsverbundes“ zwischen DDP, DVP und Zentrum, die ab Mitte 1922 zur Realität wurde.[517] Sie stellte eine Reaktion auf die Wiedervereinigung von MSPD und USPD zur „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ dar. Zu den treibenden Kräften für die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien zählten allen voran Adam Stegerwald und Gustav Stresemann – mithin zwei Verfechter des Volksgemeinschaftsideals.[518] DDP, DVP und Zentrum verstanden sich als eine „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte“ und hofften auf eine Verstetigung des Zusammenschlusses.[519] Zur Bildung der von manchen Politikern ersehnten bürgerlichen Sammlungspartei kam es aller-

[512] Vgl. ebd.

[513] Verbrecherischer Stumpfsinn, in: Kölnische Zeitung, 25. Juni 1922, Nr. 443a, S. 1.

[514] Umschau und Ausschau. Revolutionsstimmung – Proletarische Massenparaden – Volksgemeinschaft oder Klassenkampf, in: Kölnische Zeitung, 09. Juli 1922, Nr. 479, S. 1.

[515] Umschau und Ausschau. Die Welt im Kaleidoskop – Blockbildungen – Die Eierschalen des Herrn Stegerwald, in: Kölnische Zeitung, 23. Juli 1922, Nr. 515, S. 1.

[516] Diesen Anspruch verfolgte etwa auch die Aussage: „Nur in solcher Gesinnungs- und Willensgemeinschaft, die etwas andres ist als die nach einem parlamentarischen System äußerlich zusammengehaltene Parteikoalition, können wir den Block befestigen, der der innern Not und dem Dringen des äußern Feindes noch Widerstand zu bieten vermag.“ National und sozial!, in: Kölnische Zeitung, 04. Oktober 1923, Nr. 686, S. 1; ähnlich auch: Parlamentarischer Wirrwarr, in: Kölnische Zeitung, 23. November 1923, Nr. 808, S. 1.

[517] Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 72 u. 129–135, Zitat: S. 72.

[518] Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 131 u. 133f.

[519] [Heinrich] Brauns, Die Verfassungspartei, in: Germania (52), 18. Juli 1922, Nr. 395, S. 1f., hier: S. 1.

dings nicht.[520] Aber immerhin ging Stresemanns Kalkül auf, der durch die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ beabsichtigt hatte, die Weichen für eine Beteiligung seiner Partei an der künftigen Regierung zu stellen.[521] Mit der Ende November 1922 gebildeten Reichsregierung unter Wilhelm Cuno löste ein „Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“[522] die bisher herrschende Weimarer Koalition ab.

Weiterhin blieben die Erwartungen an einen Parteienkonsens hochgesteckt, wenn auch die mit ihm einhergehenden Schwierigkeiten nicht gänzlich aus dem Blick gerieten.[523] Als Anker für die Idee der „Volksgemeinschaft“ erblickten einige Nationalliberale nun die Weimarer Verfassungsordnung.[524] Und auch die Einhaltung liberaler Grundwerte wie „Geist der Duldung und Vorurteilslosigkeit“ sowie Ablehnung von „Partei-, Konfessions- und Rassenhetze“ wurde als Voraussetzung für die Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ genannt.[525] Mit der Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ auf rassistischer Grundlage, wie sie etwa von den Nationalsozialisten und „Völkischen“ vertreten wurde, konnten die Nationalliberalen nichts anfangen.[526] Wenn „Volksgemeinschaft“, wie es der Parteitag der rheinischen DVP formulierte, die „nationale[…] Einheitsfront aller derer, denen das Heil des Vaterlandes das Höchste ist“,[527] sein sollte, dann blieb allerdings die Frage offen, wie weit die Toleranz innerhalb der „Volksgemeinschaft“ reichte und welche nationalen Exklusionsparolen die Nationalliberalen unter dem Dach der „Volksgemeinschaft“ zu billigen bereit waren.

Die Besetzung von Ruhr und Rhein im Januar 1923 machte die Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ zu einem Gebot der Stunde. Und tatsächlich schien es zunächst, als würde die äußere Bedrohung des Reichs die „Gemeinschaft“ im In-

[520] Eine Forderung, die unter dem Schlagwort von der „Vereinheitlichung unseres deutschen Parteiwesens“ etwa in der katholischen Presse stark gemacht wurde. Gleichzeitig waren sich Sprecher aus dem katholischen Milieu durchaus der Schwierigkeit bewusst, dass die bürgerlichen im Gegensatz zu den sozialistischen Parteien „niemals ein Ganzes gewesen“ seien. [Heinrich] Brauns, Die Verfassungspartei, in: Germania (52), 18. Juli 1922, Nr. 395, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich auch: [Heinrich] Brauns, Deutschlands innerpolitisches Elend, in: Germania (52), 16. Juli 1922, Nr. 393, S. 1f.; Kritik am „Unvermögen der Parteien mit ihrer Vergangenheit zu brechen“: Die deutsche Krise, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1922, Nr. 809, S. 1. Allgemein zum Wunsch nach einer Sammelpartei: Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 72.

[521] Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 134f.

[522] Die deutsche Krise, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1922, Nr. 809, S. 1.

[523] Vgl. Umschau und Ausschau. Die Welt im Kaleidoskop – Blockbildungen – Die Eierschalen des Herrn Stegerwald, in: Kölnische Zeitung, 23. Juli 1922, Nr. 515, S. 1.

[524] Ebd.

[525] Else Wentscher, Volksgemeinschaft und Liberalismus, in: Kölnische Zeitung, 15. Oktober 1922, Nr. 721a, S. 1.

[526] Vgl. Raffael Scheck, Zwischen Volksgemeinschaft und Frauenrechten. Das Verhältnis rechtsbürgerlicher Politikerinnen zur NSDAP 1930–1933, in: Ute Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt am Main 2000, S. 234–253, hier: S. 240 u. 248.

[527] Else Wentscher, Volksgemeinschaft und Liberalismus, in: Kölnische Zeitung, 15. Oktober 1922, Nr. 721a, S. 1.

nern zusammenschweißen.[528] So verwiesen Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu stolz auf die geeinte „Volksgemeinschaft“, an der „[a]lle französischen Angriffe zerschellen“ würden.[529] Doch wich diese Zufriedenheit zunehmend dem Appell, sich „bei allen innern Kämpfen als eine große Volksgemeinschaft“ zu fühlen.[530] Eine Enttäuschung über die mangelnde Solidarität des Reichs mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet sowie über das Verhalten der lokalen Arbeiterschaft angesichts der notwendigen „Volksgemeinschaft“, wie sie von Moritz Föllmer etwa bei den Industriellen ausgemacht wurde,[531] schlug sich in der nationalliberalen Semantik hingegen nicht nieder.

Auf Reichsebene führten die anhaltenden Belastungen durch die Ruhrkrise zur Bildung einer neuen Regierung. In das im August 1923 unter Führung von Gustav Stresemann gebildete Kabinett traten Politiker von SPD, DDP, DVP und Zentrum ein. Von nationalliberaler Seite wurde die Große Koalition begrüßt und als Grundstein für eine über ein bloßes Regierungsbündnis hinausgehende „Gesinnungs- und Willensgemeinschaft“ erachtet.[532] In seiner Regierungserklärung vom Oktober 1923 bekräftigte Reichskanzler Stresemann die Entscheidung für das Bündnis und rief auch die anderen politischen Kräfte, insbesondere die Deutschnationalen, zur Mitarbeit „im Sinne der Volksgemeinschaft“ auf.[533] Dass mit der Bildung der Großen Koalition die „Volksgemeinschaft“ schon verwirklicht worden sei, stritten Sprecher aus dem nationalliberalen Spektrum vehement ab. Zudem scheiterte die Große Koalition im November 1923 nach nur 99 Tagen. „Volksgemeinschaft“ habe, so die Kölnische Zeitung unter dem Eindruck des Kanzlersturzes, mit „Parteien und vor allen Dingen mit Reichstagsfraktion auch nicht das Mindeste zu tun“.[534] Zwar könne die „Volksgemeinschaft“ von der Politik gefördert werden, doch wachse sie „auch gegen diese Instanzen bereits von unten herauf“ und werde „eines Tages, der hoffentlich nicht allzu fern ist, mit dem Parteien und dem Parlamentsflügel gehörig abrechnen“, so der resignierte Kommentar.[535] Trotz der realpolitischen Ernüchterung hielten nationalliberal ge-

[528] Vgl. Raithel, Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919–1933/40, hier: S. 306f.

[529] Zeichen von der Ruhr, in: Kölnische Zeitung, 09. Februar 1923, Nr. 101, S. 1.

[530] Umschau und Ausschau. Parteiwesen und -unwesen – Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft – Ein Konzert ohne Instrumente, in: Kölnische Zeitung, 10. Juni 1923, Nr. 400, S. 1.

[531] Vgl. Föllmer, Die fragile „Volksgemeinschaft“, hier: S. 289–294; Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation, S. 219f. u. 262–265; Föllmer, The Problem of National Solidarity in Interwar Germany, hier: S. 210f.

[532] National und sozial!, in: Kölnische Zeitung, 04. Oktober 1923, Nr. 686, S. 1.

[533] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP, Reichskanzler), S. 11982.

[534] Parlamentarischer Wirrwarr, in: Kölnische Zeitung, 23. November 1923, Nr. 808, S. 1; ähnlich auch Gustav Stresemann auf dem DVP-Parteitag im März 1924 zur Frage, ob „die Idee der Volksgemeinschaft identisch sei mit der Idee der Großen Koalition“: „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Eine Volksgemeinschaft umfaßt das ganze Volk und würde auch diejenigen umfassen, die rechts von uns gestanden haben in diesen Zeiten.“ Gustav Stresemann, Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover vom 30. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 145.

[535] Parlamentarischer Wirrwarr, in: Kölnische Zeitung, 23. November 1923, Nr. 808, S. 1.

sinnte Sprecher weiterhin am Volksgemeinschaftsgedanken und an der Hoffnung auf einen „zweite[n] August 1914“ fest.[536]

In seinen Reden machte sich Gustav Stresemann auch fortan für diese Idee stark. Doch hob er hervor, dass eine „Volksgemeinschaft“ „nur zustande kommen“ könne, „wenn eine Verständigung von links nach rechts gesucht“ werde und sich das „ganze deutsche Volk […] über die Parteigegensätze“ hebe.[537] Nach dem Scheitern der Großen Koalition zweifelte der DVP-Vorsitzende wohl selbst daran, ob das Streben nach Ausgleich und der gute Wille ausreichend vorhanden seien, „dem Reiche, dem Staat und auch dem Volk zu helfen“.[538] Doch gab es für ihn letztlich keine Alternative zur „Einheit“ in der „Volksgemeinschaft“ – bei der Abwehr des Feindes stelle sie „[u]nsere einzige Waffe, unsere einzige Wehr“[539] dar. Obwohl Stresemann rundweg rational dachte und agierte, verband er mit dem Volksgemeinschaftsgedanken die über eine bloße Zweckbindung hinausgehende holistische Vorstellung von einer „Seelengemeinschaft“[540]. Zudem betonte der DVP-Vorsitzende den engen Zusammenhang zwischen dem „Volk“ und der Exekutive: In der „Volksgemeinschaft“ müssten „Regierung und Volk miteinander gehen“, ohne dass das „Volk“ die Überzeugung habe, „von einer feigen Regierung […] geführt zu werden“, so Stresemann in einer Rede vor dem Reichstag.[541] Letztlich kam in solchen Aussagen der metaphysisch inspirierte Gedanke zum Ausdruck, dass die „Volksgemeinschaft“ den „Willen des Volkes“ verkörpere und ihn durch die Regierung umsetze. Stresemanns Volksgemeinschaftskonzept war also nicht gänzlich frei von romantisch-holistischen Aufladungen.

Im Vorfeld der Reichstagswahlen vom Mai 1924 propagierten die Nationalliberalen die „Erringung einer nationalen Volksgemeinschaft“ und verliehen diesem Verlangen durch die Forderung nach einem „deutschen Volkskaisertum“ und nach den alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot einen revisionistisch-antirepublikanischen Anstrich.[542] Den „Parteigedanken[…]“ zurückzudrängen und eine als „Gesinnungsgemeinschaft“ verstandene Koalition zu bilden – diese Ziele strebte

536 BArch NS 5-VI/17362: Die Gemeinschaft der Hundertmillionen Deutschen. Zum 18. Januar 1924, in: Nationalliberale Correspondenz. Pressedienst der DVP, 16. Januar 1924, Nr. 8.

537 Gustav Stresemann, Rede bei der Reichsgründungsfeier der DVP in Hamburg vom 17. Januar 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 10.

538 Ebd.

539 Gustav Stresemann, Rede auf einer DVP-Versammlung in Darmstadt am 23. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 121.

540 Gustav Stresemann, Rede in Wien vom 20. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 118.

541 Gustav Stresemann, Reichstagsrede vom 06. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 81.

542 IfZ ZG e070: Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!, [undat. Flugblatt, wohl 1924]; vgl. hierzu auch: Elfi Bendikat/Detlef Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“. Identifikation und Abgrenzung parteipolitischer Teilkulturen im Reichstagswahlkampf des Frühjahrs 1924, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 102–142, hier: S. 111 f.

die DVP an.[543] Bei der Erreichung der „Volksgemeinschaft“ wollten die Nationalliberalen auf die Erfahrung der Rhein- und Ruhrbesetzung zurückgreifen.[544] Doch nahmen sie resigniert wahr, dass sich nach dem Ende des „Ruhrkampfs“ selbst in den ehemals okkupierten Gebieten das Gemeinschaftsgefühl gelockert habe.[545] Wie sollte es nun im Reich politisch weitergehen? Zwar hielt die DVP auch fortan am Ideal einer „Volksgemeinschaft“, die „von Westarp bis Scheidemann“[546] reichen sollte, fest, doch rechneten die Realisten unter den Nationalliberalen nicht mehr mit einem Bündnis unter Einschluss der Sozialdemokraten. Diese hätten es in der Regierung Stresemann nicht geschafft, den „Klassengeist“ zu überwinden, so der Vorwurf.[547] Daher sei die „Sammlung der staatsbejahenden bürgerlichen Kräfte“ – ohne die SPD – das Gebot der Stunde.[548] Als Voraussetzung für eine Mitarbeit stellten die Nationalliberalen folgende Forderungen auf: „Bekenntnis zu[r] positiven Mitarbeit am Staat“, die Aufgabe „jeder lediglich negativen, zerstörenden Kritik“ sowie der Verzicht auf eine, „den Gedanken der Volksgemeinschaft ausschließende[…] Art der Agitation“.[549] Ob die DNVP diese Kriterien erfüllte und vor allem, ob sich die Partei zur Mitarbeit im Staat bereit erklären würde, ließen die nationalliberalen Sprecher offen. Letztlich lief es nach der Reichstagswahl im Mai 1924 aber auf eine Minderheitsregierung aus DDP, DVP und Zentrum hinaus – eine Annäherung der Koalition an das nationalliberale Volksgemeinschaftsideal konnte damit nicht erreicht werden.

Das Volksgemeinschaftsdenken der Nationalliberalen war durch sozial-harmonische Ideen und eine antisozialistische Stoßrichtung geprägt.[550] Trotz des hohen Anspruchs an eine allumfassende „Gemeinschaft des Volkes“ dachten führende DVP-Politiker wie Gustav Stresemann pragmatisch. Überwiegend baute der

[543] [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassendenken, Eigensucht und Parteiinteresse; hin zum Staatsgedanken und vaterländischen Verantwortungsgefühl! [Teil II], in: Kölnische Zeitung, 27. März 1924, Nr. 222a, Beilage. Vgl. auch: [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassendenken, Eigensucht und Parteiinteresse; hin zum Staatsgedanken und vaterländischen Verantwortungsgefühl!, in: Kölnische Zeitung, 26. März 1924, Nr. 219, S. 1.

[544] Vgl. Umschau und Ausschau. Wahlaussichten im besetzten Gebiet – Hemmungen und Einwirkungen – Wahret das Volksgemeinschaftsgefühl, in: Kölnische Zeitung, 30. März 1924, Nr. 229, S. 1.

[545] Vgl. Umschau und Ausschau. Wahlzeit – Wollen und Wissen – Diktatur des gesunden Menschenverstandes, in: Kölnische Zeitung, 06. April 1924, Nr. 247, S. 1.

[546] Ein Ausblick auf den neuen Reichstag, in: Kölnische Zeitung, 07. Mai 1924, Nr. 322, S. 1. Entsprechend können auch Stresemanns Worte: „Wir brauchen die Einheit des ganzen Volkes von rechts bis nach links“ interpretiert werden. Gustav Stresemann, Wahlrede in Bremerhaven vom 30. April 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 178.

[547] Ein politischer Spaziergang, in: Kölnische Zeitung, 03. Mai 1924, Nr. 314, S. 1.

[548] Auf dem Wege zur neuen Regierung, in: Kölnische Zeitung, 20. Mai 1924, Nr. 356, S. 1; ähnlich auch das Wort von der „bürgerliche[n] Sammlung“: Ein politischer Spaziergang, in: Kölnische Zeitung, 03. Mai 1924, Nr. 314, S. 1.

[549] Ein politischer Spaziergang, in: Kölnische Zeitung, 03. Mai 1924, Nr. 314, S. 1.

[550] Vgl. Bendikat/Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“, hier: S. 123; Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 189.

Volksgemeinschaftsgedanke im nationalliberalen Spektrum auf dem „demos“ auf. Doch fanden im nationalliberalen Feld des Sagbaren gelegentlich auch eindeutig ethnische Verwendungsweisen ihren Platz – so etwa in Bezug auf die zur „großdeutsche[n] Volksgemeinschaft“ gehörenden Auslandsdeutschen.[551] Ebenso wurde „Volksgemeinschaft“ mitunter ausdrücklich als „national“ bezeichnet[552] – ein Zusatz, der das Wohl der „Nation“ und den Anspruch thematisieren sollte, alle Gruppen innerhalb der „Nation“ zu umfassen, aber zugleich als Abgrenzung zu anderen „Nationen“ gelesen werden konnte. „Volksgemeinschaft“ wurde zumeist als ein notwendiger, staatspolitischer Grundkonsens ohne gänzliche Abkehr vom Pluralismus betrachtet. Für Stresemann war sie Ausdruck von „Verantwortlichkeit“[553] und „Solidarität“[554] innerhalb des deutschen Volkes. Doch waren die Grenzen zwischen einer als nötig erachteten Gemeinsamkeit und der Nivellierung des Meinungspluralismus fließend. Der schwärmerische Blick auf das Ideal „Volksgemeinschaft“ konnte exkludierende und holistische Züge annehmen, die zu den Grundwerten des Liberalismus im Widerspruch standen.

Entgegen der bisher in der Forschung geäußerten Ansicht stieß die Idee der „Volksgemeinschaft“ im katholischen Milieu schon früh auf Rückhalt. Sie fand bereits im Sommer 1918 Eingang ins Parteiprogramm des Zentrums.[555] Mit der Forderung nach „Ausgestaltung der Rechtsstellung des Arbeiterstandes als gleichberechtigtes Glied der Volksgemeinschaft“[556] sollten der bislang benachteiligten

[551] Hugo Grothe, Zum „Deutschen Tag“ in Flensburg und Hamburg, in: Kölnische Zeitung, 02. Juni 1923, Nr. 381, S. 1f., hier: S. 1; allgemein zum Begriff der „Volksgemeinschaft“ bei den Auslandsdeutschen: Hans-Werner Retterath, Deutschamerikanertum und Volkstumsgedanke. Zur Ethnizitätskonstruktion durch die auslandsdeutsche Kulturarbeit zwischen 1918 und 1945, 2000, http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2003/0646/pdf/Retter.pdf (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015), S. 31–36; zur Verwendung des Volksgemeinschaftsbegriffes im Erdkundeunterricht der Weimarer Republik: Hans-Dietrich Schultz, Geopolitik und Volksgemeinschaftsideologie im Erdkundeunterricht. Der schulgeographische Beitrag zum Versagen der staatsbürgerlichen Bildung in der Weimarer Republik, in: Reinhard Dithmar (Hrsg.), Schule und Unterricht in der Endphase der Weimarer Republik. Auf dem Weg in die Diktatur, Neuwied 1993, S. 214–257, hier: S. 240.

[552] Vgl. Gustav Stresemann, Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover vom 30. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 153; Gustav Stresemann, Rede auf dem Landesparteitag der DVP in Braunschweig vom 07. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 108.

[553] Gustav Stresemann, Rede auf dem Landesparteitag der DVP in Braunschweig vom 07. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 108.

[554] Gustav Stresemann, Reichstagsrede vom 22. November 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 266.

[555] Dagegen nimmt Michael Wildt an, dass sich der Volksgemeinschaftsgedanke im Zentrum erst 1922 durchgesetzt habe: Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 56f.; Wildt, Die Ungleichheit des Volkes, hier: S. 30f.; Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 189f.; Wildt, „Volksgemeinschaft“ als politischer Topos in der Weimarer Republik, S. 29f.

[556] Programm der Zentrumspartei, beschlossen vom Reichsausschuss im Juli 1918, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 5–8, hier: S. 7; fast wortgleich: Aufruf und Richtlinien des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei für die Parteiarbeit, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 375–378, hier: S. 377.

Arbeiterschaft die gleichen Rechte wie den anderen Schichten des „Volkes“ zuteilwerden. Diese Anpassungsbestrebung war eine Reaktion auf das Kriegserlebnis und auf die Debatte um das preußische Wahlrecht, sie war aber auch der Versuch, die katholische Arbeiterschaft stärker an die Partei zu binden. „Volksgemeinschaft“ wurde dabei in erster Linie als das existierende Staatsvolk („demos“) betrachtet und ging mit der Vorstellung von einer innerlich geeinten, harmonischen „Gemeinschaft“ einher. Dieses gemeinwohlorientierte Denken nahm die Philosophie Thomas von Aquins für sich in Anspruch und setzte „Staat“ und „Gesellschaft“ gleich. Dem liberalen Freiheitsgedanken kam darin allenfalls eine untergeordnete Bedeutung zu.[557]

Zu einem verstärkten Gebrauch des Wortes „Volksgemeinschaft“ kam es im katholischen Milieu ab dem Frühsommer 1920. Dabei traten durchaus unterschiedliche Ansichten darüber zutage, ob die „Volksgemeinschaft“ eine noch nicht verwirklichte Idee sei oder bereits existiere, aber „gesunden“ müsse. Letztere Vorstellung knüpfte direkt an organische und medizinische Denkkategorien an und wollte mittels „Gesundung des Volkskörpers […] die soziale Gesundung der Volksgemeinschaft“ erreichen.[558] Zumeist vorherrschend war jedoch die Ansicht, dass eine „Volksgemeinschaft“ erst noch geschaffen werden müsse. Im Vorfeld der Reichstagswahlen 1920 erlebte der Begriff im katholischen Milieu eine häufige Verwendung. In Ablehnung der als laizistisch verurteilten Positionen von Liberalen und Sozialdemokraten setzte das Zentrum auf das Schlagwort von der „christlichen Volksgemeinschaft“[559] – darin verbanden sich die Werte von „Christentum“, „Nation“ und „Gemeinschaft“. Mit dem Begriff ließ sich auf die von vielen Zeitgenossen gefühlte „Zerrissenheit der Nation“ reagieren. Er vermittelte die Vorstellung einer geeinten „Gemeinschaft des Volkes“, ohne dabei ein Bekenntnis zur republikanischen Ordnung abzulegen. Mittels der „Volksgemeinschaft“ sollte eine „tiefe innerliche Erneuerung alle[r] Glieder unseres Volkes“ erreicht werden; in ihr müsse der „Geist[…] christlicher Nächstenliebe und sozialer Gerechtigkeit“ walten.[560] Der Wahlaufruf des Zentrums gipfelte schließlich im Appell:

> Schließt die Reigen zum Bande christlicher, deutscher Volksgemeinschaft, im Zentrum![561]

Für den „Wiederaufbau der Nation“ wurde der „Volksgemeinschaft“ eine große Bedeutung beigemessen – so auch von katholischen Intellektuellen wie dem Jesuitenpater Constantin Noppel. In seiner Vorstellung bedeutete der Idealzustand „Volksgemeinschaft“ „Versöhnung“ sowie „gegenseitiges Dienen und Helfen“.[562] Der Aufbau einer solchen „Gemeinschaft“ sollte im Kleinen – auf Ebene der Be-

[557] Vgl. Seefried, Verfassungspragmatismus und Gemeinschaftsideologie, hier: S. 73.
[558] Die Notlage der Volkswohlfahrt, in: Germania (50), 05. August 1920, Nr. 340, S. 1 f., hier: S. 1.
[559] Wahlaufruf der Deutschen Zentrumspartei, Mai 1920, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 400–406, hier: S. 402.
[560] Ebd.
[561] Wahlaufruf der Deutschen Zentrumspartei, Mai 1920, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 400–406, hier: S. 405.
[562] Constantin Noppel, Volksgemeinschaft, in: StZ (100), 1921, Nr. 2, S. 343–354, hier: S. 343 u. 345.

triebe – beginnen und sich in einer berufsständischen Ordnung fortsetzen. „Volksgemeinschaft“ wurde von Noppel vorrangig als eine christliche „Gemeinschaft“ verstanden. Zunächst einmal sollten sich daher

> all die Kreise unseres Volkes, die noch christlich fühlen und denken, zu einer wahren und echten, weil einer vom Geiste des Christentums erfüllten christlichen Volksgemeinschaft […] vereinigen.[563]

Ziel sei es, in diesen Kreisen und ihren Parteien „ein[en] einheitliche[n], positiv christliche[n] und damit auch wahrhaft soziale[n] Geist“ zu fördern. Wenn die Sphären von Gesellschaft und Wirtschaft von diesem Bewusstsein durchdrungen seien, würden „alle Zwischengrenzen ihre hemmende Kraft verlieren“ und eine „vom christlichen Geiste getragene Volksgemeinschaft“ wäre erreicht, so die Überzeugung Constantin Noppels.[564]

Eine ausgesöhnte, die sozialen Schichten überwindende „Volksgemeinschaft“ auf christlicher Grundlage – diese Vorstellung des durch die katholische Soziallehre geprägten Jesuiten war auch bei anderen Akteuren im Katholizismus wirkmächtig. Zu diesen gehörte etwa der „Volksverein für das katholische Deutschland“ mit August Pieper und Anton Heinen an der Spitze. Deren Denken war stark von Ferdinand Tönnies' Gemeinschaftsvorstellungen inspiriert. Mystische, organische und holistische Ideen spielten bei beiden eine große Rolle. „Volksgemeinschaft“ wurde etwa von August Pieper 1920 als eine „organische, vom Schöpfer gewollte Lebensgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit“ bezeichnet.[565] Ganz ähnlich dachte auch Anton Heinen, dessen 1922 erschienene Programmschrift „Wie gelangen wir zur Volksgemeinschaft?“[566] im Spektrum begeistert aufgegriffen wurde. So lobte der katholische Journalist und Gewerkschaftler Eduard Bernoth ausdrücklich Heinens Vorstellung von einer lebendigen „Volksgemeinschaft“, die durch „Hingabe, Hochherzigkeit und Opfer“ geschaffen werde und mittels derer die „soziale Frage“ gelöst werden könne.[567] „Masse“ war für Heinen der Inbegriff für die künstlich geschaffene Gesellschaft, die sich „ins Organische“, in eine „lebendige Gemeinschaft“, verwandeln müsse.[568] Der Familie als Vorbild und Keimzelle für die gesamte „Volksgemeinschaft“ kam in diesem Denken ein herausgehobener Stellenwert zu – eine Bedeutung, die ihr im katholischen Milieu sehr häufig beigemessen wurde.[569] Als Gesellschaftsmodell der Zukunft favori-

[563] Noppel, Volksgemeinschaft, hier: S. 353.
[564] Noppel, Volksgemeinschaft, hier: S. 354.
[565] Zitiert nach: Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 94f., Zitat: S. 95.
[566] Anton Heinen, Wie gelangen wir zur Volksgemeinschaft?, Mönchengladbach 1922.
[567] BArch NS 5-VI/17364: E[duard] Bernoth, Wie kommen wir zur Volksgemeinschaft, in: Der Deutsche, 06. September 1924, Nr. 210, fol. 1; eine gekürzte Version des Artikels: BArch NS 5-VI/17364: [Eduard] Bernoth, Das Wesen der Volksgemeinschaft, in: Aufwärts, 28. Juli 1924, Nr. 175, fol. 2; Heinen, Wie gelangen wir zur Volksgemeinschaft?, S. 5–9.
[568] Heinen, Wie gelangen wir zur Volksgemeinschaft?, S. 25–38, Zitat: S. 30.
[569] Vgl. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 99; Bernhard Forster, Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003, S. 323; ähnlich auch die Schulpolitikerin und bayerische BVP-Landtagsabgeordnete Marie von Gebsattel, die „Familien und Schule als Pflanz-

sierten die Führer des „Volksvereins“ die „solidarische Ständegemeinschaft“, die im Gegensatz zum sozialistischen Klassenkampf stehen sollte.[570] Und auch andere Sprecher aus dem Umfeld des Sozialkatholizismus verbanden die Idee von einer „soziale[n] Volksgemeinschaft“ mit der von einer „berufsständischen Wirtschaftsorganisation“.[571] Solche Überlegungen waren Ausdruck eines nicht nur im katholischen Milieu häufig anzutreffenden, „teleologischen gesellschaftlichen Harmonieglauben[s]“.[572]

In der Tradition der katholischen Soziallehre standen auch die Christlichen Gewerkschaften. Ihr Vorsitzender, Adam Stegerwald, war ein überzeugter Verfechter des Gemeinschaftsideals. In einer viel beachteten progammatischen Rede auf dem Zehnten Kongress der Christlichen Gewerkschaften im November 1920 in Essen hatte er sich für eine überparteiliche und überkonfessionelle „Volksgemeinschaft“ stark gemacht.[573] Der von ihm beschriebene Weg dorthin sah den Zusammenschluss der Gewerkschaften zu einer „christlich-nationale[n] Volkspartei der Mitte“ vor.[574] Die „deutsche Volksgemeinschaft“ sollte nach seiner Vorstellung das Ergebnis einer wahrhaft „deutsch[en], christlich[en], demokratisch[en] und sozial[en]“ Politik sein.[575] Stegerwald strebte die Überwindung des gegenwärtigen Parteiensystems an und glaubte, die verschiedenen Positionen miteinander verbinden zu können. Zwar fand die Ansprache des Gewerkschaftsführers große Aufmerksamkeit, die realen politischen Folgen der Essener Rede blieben jedoch gering.[576] Selbst innerhalb des katholischen Milieus stießen die Ideen auf Kritik und Ablehnung, sodass Stegerwald seine Pläne für eine Parteineugründung letztlich nicht weiter forcierte.[577]

Nichtsdestoweniger hatte Stegerwald in seiner Essener Rede einige, unter den katholischen Gewerkschaftlern weitverbreitete Überzeugungen zum Ausdruck gebracht. Ihnen lag ein organisches Denken zugrunde, das die christliche Gemeinschaftsidee auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft anwenden wollte. Solche Ge-

stätten unseres Volksgemeinschaftsgeistes“ bezeichnete: Katholikenversammlung. Der zweite Tag, in: Germania (51), 30. August 1921, Nr. 528, S. 1; ebenfalls legte Anton Heinen eine starke Betonung auf die Familie: Heinen, Wie gelangen wir zur Volksgemeinschaft?, S. 16–25.

570 Vgl. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 128f.

571 v[on] Tiedemann, Deutschlands geistiger Wiederaufbau, in: Germania (51), 14. Mai 1921, Nr. 257, S. 1f., hier: S. 2.

572 Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 122.

573 Stegerwald, Deutsche Lebensfragen. Das dort vorgetragene Programm wurde laut Morsey in seinen Grundgedanken stark von Heinrich Brauns beeinflusst. Brauns habe bereits im September 1919 auf einem Parteitag wesentliche, darin enthaltene Forderungen vorgetragen. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, S. 369f.

574 Sebastian Sasse, „Deutsch, christlich, demokratisch und sozial“. Adam Stegerwald und sein „Essener Programm“ von 1920, in: BE (122), 2009, S. 101–199, hier: S. 191.

575 Sasse, „Deutsch, christlich, demokratisch und sozial“, hier: S. 195.

576 Dies gestand auch Stegerwald ein Jahr später selbst ein: [Adam] Stegerwald, Mein Rücktritt, in: Germania (51), 08. November 1921, Nr. 686, S. 1f., hier: S. 2.

577 Sasse, „Deutsch, christlich, demokratisch und sozial“, hier: S. 197f.; Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, S. 371–378.

danken fanden im schillernden Begriff der „Volksgemeinschaft“ ihren Niederschlag und wurden oftmals mit dem Appell an christliche Werte wie „Liebes-, Verantwortungs- und Opfergesinnung“ verknüpft.[578] Nicht selten firmierte unter dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ die Zukunftsvorstellung von einer korporatistischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein solches ständestaatliches Denken, das sich im scharfen Kontrast zum sozialistischen Klassenkampfmodell befand, war innerhalb der Christlichen Gewerkschaften weitverbreitet.[579] Im Gegensatz zu anderen Teilen des Sozialkatholizismus wurde „Volksgemeinschaft“ in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung meist nicht mystisch verklärt.[580] Ansatzpunkt für viele Umsetzungskonzepte war die Wirtschaftsordnung, in der, wie der Arbeitersekretär und Zentrumspolitiker Josef André im Jahr 1923 konstatierte, durch „Individualismus“ und „Standesegoismus“ die „große Idee der Volksgemeinschaft“ verloren gegangen sei.[581] Vom berufsständischen Umbau der Wirtschaftsordnung versprachen sich die Christlichen Gewerkschaften die Veränderung der Gesellschaft hin zu einer „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Volksgemeinschaft“.[582] Doch hatten in einer ausdifferenzierten Industriegesellschaft wie dem Deutschen Reich die Konzepte einer berufsständischen Ordnung kaum Chancen, in die Realität umgesetzt zu werden – sie entsprachen letztlich also einem Wunschdenken.

In der Vorstellungswelt Stegerwalds nahm der Wille zur Überwindung der Klassengesellschaft eine zentrale Position ein. Für den Gewerkschaftsführer konnte nur das Erreichen einer „innerlich geeinte[n] Volksgemeinschaft“ den Wiederaufstieg des Reichs ermöglichen. Als Reichstagsabgeordneter, früherer Reichsminister und ehemaliger preußischer Ministerpräsident hatte Stegerwald die politische Umsetzung durchaus im Blick. Er unterschätzte die Frage der „institutionelle[n] Gestalt“ nicht, sondern suchte Wege, seine Visionen auf eine reale politische Ebene zu übertragen – auch wenn die Wirklichkeit im Vergleich zu der sozialromantischen Vision von einer „Gemeinschaft in den Seelen“ stets ernüchternd wirken musste.[583] So setzte sich Stegerwald für ein Regierungsbündnis aller Kräfte zwischen SPD und DNVP ein, da er hierin einen Weg zur Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ zu erkennen glaubte[584] – in diesem Punkt stimmte er mit einer Überzeugung überein, die bei Gustav Stresemann und im nationalliberalen Milieu weitverbreitet war. In Stegerwalds Denken stellten die Vorstellung von einer organisch gewachsenen „Volksgemeinschaft“ auf der einen und die Konzepte zu deren

[578] Vgl. Michael Schneider, Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, S. 543–554, Zitat S. 546.
[579] Vgl. Seefried, Verfassungspragmatismus und Gemeinschaftsideologie, S. 77.
[580] Vgl. Forster, Adam Stegerwald (1874–1945), S. 324.
[581] Josef André, Katholische Arbeiterschaft und Zusammenarbeit der Stände, in: Germania (53), 15. Juli 1923, Nr. 193, S. 1f., hier: S. 1.
[582] Ebd.
[583] Zur „Unterschätzung des Politischen“ bei der Umsetzung der Volksgemeinschaftsidee seitens des „Volksvereins“: Baumgartner, Gemeinschaftsmythos im katholischen Denken der Weimarer Zeit, hier: S. 80f.
[584] Forster, Adam Stegerwald (1874–1945), S. 325f.

konkreten politischen Realisierung auf der anderen Seite keinen Widerspruch dar. Mit Letztgenannten reagierte er auf die wachsende Ungeduld ob des langsamen „Reifeprozeß[es]“ und des jahrelangen Sehnens.[585]

Trotz der aus Stegerwalds Sicht enttäuschenden Reaktionen auf seine Essener Rede hielt er weiterhin am Gedanken der „Volksgemeinschaft“ fest. So trug das von ihm 1921 gegründete Blatt Der Deutsche den programmatischen Untertitel „Tageszeitung für Deutsche Volksgemeinschaft“.[586] Weiterhin plädierte Stegerwald für die „Volksgemeinschaft“ als eine „parteiübergreifende[…], sachorientierte[…] Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage eines gemeinsamen Aufbauwillens“.[587] Seine Haltung war und blieb pragmatisch, da er der Überzeugung war, das Wort „Volksgemeinschaft“ nicht Schwärmern oder den „Verkünder[n] der Religion vom Volke“ überlassen zu dürfen.[588] Trotz seiner Distanz zu holistischen und „völkischen“ Denkern und der von ihnen angestrebten „Gemeinschaft des Blutes“ verstand auch Stegerwald unter „Volk“ ein „organisches Gewächs“. Jedoch erkannte er die „kulturelle[…] Differenzierung“ und „völkische[…] Verschiebung“ zwischen dem deutschen „Volk“ und dem deutschen Staat an – der Vorstellung von einem „reinen Nationalstaat[…]“ erteilte er eine Absage.[589] Für Stegerwald ging der Pluralismus der „Volksgemeinschaft“ voraus und sollte durch sie niemals gänzlich negiert werden dürfen. Vielmehr gelte es, ein „[w]eitherziges Verständnis anderer Denkweisen“ und eine „gerechte Würdigung fremden Seins“ an den Tag zu legen. Trotz aller Unterschiede könne man „zum Ganzen […] kommen“.[590] Damit warb Stegerwald für einen Spagat zwischen einer Toleranz der Vielfalt und einem gemeinsamen Willen zur „Einheit“. Auf einer Versammlung des katholischen Frauenbundes erklärte er zudem, dass „Volksgemeinschaft nicht Alleinzweck“[591] sei, sondern in das Trio des „Gemeinschaftsdenkens: Familie, Volksgemeinschaft, Völkergemeinschaft“[592] eingebettet werden müsse – damit grenzte sich Stegerwald von nationalistischen Konzepten ab und verwies zudem auf den christlichen Hochwert der Familie.

Dass es innerhalb der Christlichen Gewerkschaften neben der skizierten gemäßigten auch eine weitere, wesentlich idealistischere und ethnisch überformte Volksgemeinschaftsvorstellung gab, lässt ein Beitrag im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften aus dem April 1922 erahnen. Aus den Denkkategorien „Einheit“ und „Körper“ erwuchs hier ein Konglomerat, das „Volksgemeinschaft“ in erster Linie als eine ewig währende, holistische Abstammungsgemeinschaft betrachtete.

585 So etwa: BArch NS 5-VI/17362: Soziales. Rechtsgedanke und Volksgemeinschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, 12. März 1923, Nr. 5/6.
586 Vgl. Götz, Ungleiche Geschwister, S. 96.
587 So sein Biograf: Forster, Adam Stegerwald (1874–1945), S. 323.
588 BArch NS 5-VI/17362: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187, fol. 110.
589 Ebd.
590 Ebd.
591 Ebd.
592 Ebd.

Die Einheit des Volksganzen ist nicht nur eine räumlich und geistig ausgedehnte für die Gegenwart, sondern die Einheit erstreckt sich auch zeitlich, so daß Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sich zu einheitlicher Entwicklung verschlingen. […] Es folgt daraus, daß wir die Volksgemeinschaft nicht in einem mechanischen Zusammenschnüren gewaltsam gleichgemachter oder ungleichartiger Volksbestandteile erkennen, daß die Volksgemeinschaft auch nicht nur eine zeitlich losgelöste Schöpfung für die Zeitnotwendigkeit sein kann. Wehender Geist ist es vielmehr, der hier lebendig macht und unsere Aufgabe ist es nun, das Wehen dieses Geistes allen eindringlich fühlbar zu machen. Zunächst ergibt sich die Volksgemeinschaft aus der Geschichts- und Schicksalsgemeinschaft. Wir alle, die wir zum deutschen Volke gehören, haben dieselbe Rassenabstammung. Gleiches Blut fließt durch unser aller Adern und in derselben Heimat haben wir alle das Schicksal der Geschichte unseres Volkes durch die Jahrhunderte erlebt.[593]

„Volksgemeinschaft“, wie sie der Autor im Zentralblatt verstand, basierte auf der in „Abstammung“ und „Rasse“ begründeten Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“. Als Gemeinsamkeitskriterien spielten hierfür „Kultur“, „Sprache“, „Wissenschaft“, „Kunst“ und „Sitte“ eine ausschlaggebende Rolle. Die Erfüllung dieser Merkmale blieb den Nichtdeutschen verschlossen:

Soweit die deutsche Zunge klingt, reicht die deutsche Volksgemeinschaft! […] Wohl kann auch ein Ausländer deutsch sprechen lernen, aber nie wird er dabei empfinden, was in der Tiefe der Sprache verborgen liegt, ihre Seele.[594]

„Volksgemeinschaft“ wurde damit als eine nationale, ethnisch exklusive Zusammengehörigkeit aufgefasst. Nicht die Gemeinschaft des „demos“ als die aller Kräfte im Staate, sondern die „Einheit“ des „ethnos“ bildete in diesem Verständnis die „Volksgemeinschaft“. Zudem zeugte der restriktive Anforderungskatalog vom exkludierenden Charakter des hier ausgeführten Volksgemeinschaftsgedankens. Er unterschied sich damit von Stegerwalds Vorstellungen. Mit dessen inkludierenden und pragmatischen Überzeugungen hatten die im Zentralblatt gemachten Ausführungen neben der gleichen Benennung allerdings das organische Grundverständnis sowie den Willen zur Überwindung der sozialen Friktionen gemein.

Außer in den Christlichen Gewerkschaften und im Sozialkatholizismus war der Volksgemeinschaftsgedanke innerhalb des katholischen Milieus besonders bei den Jugendverbänden weitverbreitet. Die im Windthorstbund vereinte Zentrumsjugend sprach sich etwa für die „selbstlose Einbindung“ der „sittlich hochstehende[n] und zielbewußte[n] Einzelpersönlichkeit“ in die „Volksgemeinschaft“ aus.[595] Als Ideale galten ihr „Christentum“, „Volksgemeinschaft“ und „Völkerversöhnung“. Die christlichen Werte sollten die „vornehmsten Grundlagen für die werdende Volksgemeinschaft“ sein.[596] Zudem erblickte die Parteijugend im „Gedanke[n] der Volksgemeinschaft als neue nationale Idee“ Anknüpfungsmöglichkeiten zu Liberalen, Mehrheitssozialdemokraten und zur „deutsch-völkischen Bewegung“. Wurden Letztgenannter auch „Uebertreibungen und Auswüchse[…]“ bei

[593] BArch NS 5-VI/17362: Grundlagen der deutschen Volksgemeinschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, 03. April 1922.
[594] Ebd.
[595] H[ermann] Katzenberger, Parteiidealismus, in: Germania (52), 22. Juni 1922, Nr. 370, S. 1 f., hier: S. 2.
[596] Ebd.

der „Rassenfrage“ vorgeworfen, wollte man doch den „gesunden Inhalt des völkischen Gedankens“ unterstützen und ihn „freudig“ aufgreifen. Hierzu zähle:

> Das bewußte, stolze Bewahren des christlich-deutschen Kulturguts, die Pflege der deutschen Art, die deutsche Auffassung der Aufgabe der Frau, die deutsche Treue zur Familie als Urzelle der Volksgemeinschaft.[597]

Dass Teile dieser Gemeinsamkeiten mit den „Völkischen“ sich bei näherer Betrachtung als Wunschdenken herausstellen mussten, ignorierten die Sprecher der Zentrumsjugend geflissentlich. Ihre Erwartungen an eine „sittlich erfaßte Volksgemeinschaft“ aus „christlich-deutsche[m] Geist“ im „öffentlichen und privaten Leben“[598] machten sie blind für die antichristliche Grundierung der „völkischen Bewegung“ und deren Kampf gegen die Weimarer Verfassung. Dass die Jugendorganisation bei ihrem Einsatz für die „wahre Volksgemeinschaft“ so weit ging, eigene Grundpositionen hintanzustellen, bewies eine weiteren Tagung der Windthorstbünde im August 1924. Dort verhielt sich die Jugendorganisation in der Frage nach der Staatsform leidenschaftslos. So schrieb die westfälische Landesvorsitzende Helene Wessel über die Tagung ihres Verbandes in der GERMANIA:

> Ob in der Form der Republik oder Monarchie des Volkes Wohlfahrt erreicht wird, ist das Sekundäre. Die Hauptsache ist, daß das Volk aus der inneren Zerspaltung und Zerklüftung den Weg zum Aufstieg und zum deutschen Volksstaat findet.[599]

Diese Erklärung machte deutlich, dass die Zentrumsjugend der Verwirklichung des Volksgemeinschaftsgedankens, der hier unter dem Begriff „Volksstaat“ in den harmonisch gedachten Staat eingebunden wurde, unbedingte Priorität beimaß. Der vormals noch betriebene Schutz der Weimarer Verfassungsordnung musste im Zweifel dahinter zurückstehen.

Hatte „Volksgemeinschaft“ schon Eingang ins Parteiprogramm des Zentrums von 1918 gefunden, bildete sie in den knapp vier Jahre später beschlossenen Richtlinien einen zentralen Begriff. Aus dem neuen Programm von 1922 sollte der „Wille zur deutschen Volksgemeinschaft“,[600] wie es Reichskanzler Joseph Wirth proklamierte hatte, sprechen. Damit versuchte der politische Katholizismus nicht nur die Komponente der „Gemeinschaft“, sondern auch sein „nationales“ und religiös-ethnisches Profil zu stärken – wurde doch „Volksgemeinschaft“ zumeist mit dem Zusatz „deutsch“ oder „christlich“ versehen. Das Zentrum als „christliche Volkspartei“ stehe zur „deutschen Volksgemeinschaft“, setze sich für die „Erneuerung und Festigung der geistigen und sittlichen Volksgemeinschaft“ ein und spreche sich für das „organische Wachstum der deutschen Volksgemeinschaft“ beruhend „auf der Solidarität aller Schichten und Berufsstände“ aus, so

597 Zweite Reichstagung der Windthorstbunde. Der Schlußbericht, in: Germania (52), 22. Juni 1922, Nr. 370, [o. Pag.].

598 Ebd.; vgl. hierzu die Interpretation bei: Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 418.

599 Helene Wessel, Von Fulda bis Glatz. Zur Reichstagung der Windthorstbunde vom 1. bis 3. August, in: Germania (54), 26. Juli 1924, Nr. 307, S. 1 f., hier: S. 2.

600 [Joseph] Wirth, Zum zweiten Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei, in: Das Zentrum. Halbmonatsschrift für politische Bildung, 15. Januar 1922, Nr. 2.

der Tenor der neuen politischen Grundsätze der Partei.[601] Als seine „Leitgedanken“ bezeichnete das Zentrum:

> Nationale Freiheit und Erneuerung, christliche Staatsauffassung, Volksstaat und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder, sittliche und soziale Wirtschaftsordnung, christlich-deutsche Volkskultur, christliche Volksgemeinschaft.[602]

Damit gehörte die „Volksgemeinschaft“ zum Kern des Wertekanons im politischen Katholizismus – wenn auch die Art ihrer Realisierung, genauso wie die vieler anderer genannter Leitideen, offenblieb. Was sollten die Folgerungen sein, die aus dem Gedanken der „Volksgemeinschaft“ erwuchsen? Die sozialharmonischen Träumereien ließen sich realpolitisch kaum umsetzen, dessen waren sich auch zahlreiche Politiker im katholischen Milieu bewusst. Daher suchten sie Wege, um den Wert „Volksgemeinschaft“ mittels der Politik zu realisieren, ohne dabei gänzlich den Blick auf das eigentlich angestrebte Ideal zu verlieren.

Geschehnisse wie die Ermordung Rathenaus trugen bei den Verfechtern des Volksgemeinschaftsgedankens zu einer wachsenden Ernüchterung bei. Allgemein wurde beklagt, dass zwar viel geredet und geschrieben worden, das „deutsche Volk“ aber „von einer wahren Volksgemeinschaft“ noch weit entfernt sei.[603] Gerade unter dem „Eindruck einer zum Himmel schreienden Not“ müsse endlich auch nach dem Gedanken der „Volksgemeinschaft“ gehandelt werden, andernfalls – so die Germania im Oktober 1922 resignierend – „sind wir nicht mehr zu retten“.[604] Die Umsetzung der nicht näher bestimmten Idee von der „Volksgemeinschaft“ wurde als einzige Alternative zum drohenden „Untergang“ angesehen. Schrille Rhetorik überdeckte nun vollends den Blick darauf, dass eine Utopie verfolgt wurde und keine Pläne zur konkreten politischen Verwirklichung des Volksgemeinschaftsgedankens vorhanden waren.

Der französische Einmarsch an Rhein und Ruhr verschärfte die Lage des Deutschen Reichs merklich, schien aber auch aus Sicht einiger Sprecher aus dem katholischen Lager die lange ersehnte Erlösung zu bringen. Die „deutsche Volks- und Notgemeinschaft“ habe es erreicht, dass der „Wille […] über die Waffen der Invasionsmächte“ triumphiere, kommentierte die Germania Mitte März 1923 euphorisch.[605] Doch nicht alle Stimmen aus dem katholischen Milieu sahen die

[601] Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 49.

[602] Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 48–58, hier: S. 50.

[603] Emil van den Boom, Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsführertum, in: Germania (52), 13. Juli 1922, Nr. 388, S. 1 f., hier: S. 1. Ähnlich auch: Florian Klöckner, Deutschlands wirtschaftliche Lage, in: Germania (52), 13. Juli 1922, Nr. 387, S. 1–3, hier: S. 2.

[604] Forderungen des Tages, in: Germania (52), 24. Oktober 1922, Nr. 564, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich auch die Aussage, dass die „deutsche Volks- und Notgemeinschaft […] uns allein retten“ könne: Aufruf des Reichsparteivorstandes der Deutschen Zentrumspartei und des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei vom 16. Oktober 1922 an die Parteifreunde, in: Germania (52), 19. Oktober 1922, Nr. 556, S. 1; ebenso: Die Aussichten der deutschen Wirtschaft, in: Germania (54), 10. Januar 1924, Nr. 10, S. 1 f., hier: S. 2.

[605] Um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei, in: Germania (53), 12. März 1923, Nr. 70, S. 1.

„Volksgemeinschaft“ bereits verwirklicht. Um „wirklich ein Volk von Brüdern werden“ zu können, müssten die „Hemmnisse, […] die unser Volk seelisch zerklüften“, erkannt und die „inneren deutschen Gegensätze“ überwunden werden, so eine Forderung.[606] Der für eine „gesunde Volksgemeinschaft“ nötige „innere Frieden“ sei noch nicht erreicht worden.[607]

Innerhalb der Zentrumspartei fand die Ansicht, den Volksgemeinschaftsgedanken pragmatisch umzusetzen, nicht nur in Adam Stegerwald einen mächtigen Fürsprecher, auch Reichskanzler Wilhelm Marx war ein großer Anhänger dieser Überzeugung. Zwar waren drei seiner vier Kabinette bürgerliche Minderheitsregierungen aus Zentrum, DDP und DVP (das vierte Kabinett 1927/28 erweitert um die DNVP), dennoch hielt Marx am Ideal einer Koalition von SPD bis DNVP fest.[608] Darin spiegelte sich für ihn die „wahre Volksgemeinschaft“ wider. An eine baldige Überwindung der ideologischen und gesellschaftlichen Brüche glaubte Marx nicht. Trotzdem setzte er seine Hoffnung auf eine Zusammenarbeit in einer „an konkreten politischen Aufgaben orientierten ‚Arbeitsgemeinschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes‘“.[609] Voraussetzung für die „Durchführung des Gedankens der Volksgemeinschaft“ müsse der Wille zum Wiederaufbau und die Anerkennung der „bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ bei den entsprechenden „Kräfte[n] und Kreise[n] des deutschen Volkes“ sein.[610] Zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“ sah Marx angesichts der „zwingenden Anforderungen der Stunde“ keine Alternative.[611] Doch scheiterten die von ihm gehegten Pläne zur Erweiterung des Bündnisses um DNVP und SPD an den unversöhnlichen Positionen der Parteien. So verhinderten die Deutschnationalen mit ihren antisozialistischen Forderungen im Oktober 1924 eine Erweiterung des zweiten Kabinetts Marx um die SPD und die DDP wiederum lehnte ihrerseits ein Zusammengehen mit der DNVP ab.[612] Die Enttäuschung darüber war im katholischen Milieu groß und führte auch in den folgenden Monaten zu heftigen Angriffen auf die Deutschnationalen. Ihnen wurde eine „Versündigung am ganzen Volk“[613] sowie die fehlende Neigung nicht nur „zu einer Koalition der Volksgemeinschaft, sondern auch zu einer Politik der Volksgemeinschaft“[614] vorgeworfen.

606 Hans Herschel, Hemmnisse der Volksgemeinschaft, in: Germania (53), 09. September 1923, Nr. 250, S. 1 f., hier: S. 2.
607 [Johannes] Gronowski, Weihnachtsfrieden und Menschenliebe, in: Germania (53), 24. Dezember 1923, Nr. 351, S. 1 f., hier: S. 1.
608 Vgl. Ulrich von Hehl, Wilhelm Marx. 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987, S. 311 f.; Reichskanzler Marx zur Regierungsfrage. Für Mitarbeit der Sozialdemokraten und Deutschnationalen, in: Germania (54), 01. Oktober 1924, Nr. 423, S. 1.
609 Hehl, Wilhelm Marx, S. 311.
610 Reichskanzler Marx zur Regierungsfrage. Für Mitarbeit der Sozialdemokraten und Deutschnationalen, in: Germania (54), 01. Oktober 1924, Nr. 423, S. 1.
611 Ebd.
612 Vgl. Hehl, Wilhelm Marx, S. 313 f.
613 Volksgemeinschaft und ihr Gegenteil, in: Germania (55), 22. Februar 1925, Nr. 89, S. 1 f., hier: S. 1.
614 Ebd.

Trotz dieser Ernüchterung hielt Wilhelm Marx weiterhin am „hohen und idealen“[615] Ziel fest, eine „Volksgemeinschaft“ schaffen zu wollen. Dieses, so bekräftigte der Reichskanzler noch einmal Ende Oktober 1924, sei „die große Aufgabe und das große Ziel der Deutschen Zentrumspartei“.[616] Darin wurde er von vielen Sprechern aus dem katholischen Milieu unterstützt. Das „Gefühl der Volksgemeinschaft“ müsse „rein und lebendig erhalten bleiben“, die Parole habe weiterhin zu lauten: „Für die Volksgemeinschaft, gegen Parteigeist und Klassenegoismus!“, so etwa der Tenor eines Leitartikels in der GERMANIA.[617] Doch hatten die Protagonisten aus dem Scheitern der „ganz großen Koalition“ ihre Erkenntnisse gezogen: Die höchsten Hürden auf dem Weg zur Verwirklichung der Volksgemeinschaft bildeten nach der Analyse Marx' die verschiedenen im „Volk“ verbreiteten Ideologien, da es „im Weltanschaulichen keine Kompromisse“ gebe. Daher müssten die unterschiedlichen Überzeugungen in Rechnung gestellt werden.[618] Der inflationäre Gebrauch des Volksgemeinschaftsbegriffes in der politischen Diskussion bereitete dem Reichskanzler Sorgen. Er und seine Partei hielten aber dennoch weiterhin an dem Hochwertwort fest.[619] Mit Adjektiven wie „wahr[…]“[620] oder „groß[…]“[621] versuchte Marx die von ihm postulierte „Volksgemeinschaft“ vom Wortgebrauch anderer politischer Kräfte abzugrenzen. Die Verknüpfung zwischen der Idee von der „Volksgemeinschaft“ und der Zentrumspartei wurde im katholischen Milieu immer wieder stark gemacht.

So hob etwa das Zentrum im Reichstagswahlkampf des Mai 1924 seinen Einsatz für eine „deutsche Volksgemeinschaft“ hervor und maß dieser eine existenzielle Bedeutung bei.[622] „Die Zentrumspartei will die deutsche Volksgemein-

615 Reichskanzler Marx über die Aufgaben des Zentrums. Der dritte Reichsparteitag der Zentrumspartei, in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–3, hier: S. 2.

616 Ebd.

617 Volksgemeinschaft und ihr Gegenteil, in: Germania (55), 22. Februar 1925, Nr. 89, S. 1 f., hier: S. 2.

618 Reichskanzler Marx über die Aufgaben des Zentrums. Der dritte Reichsparteitag der Zentrumspartei, in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–3, hier: S. 2.

619 „Leider ist der schöne Gedanke der Volksgemeinschaft im Wettstreit der Parteien in den letzten Monaten derart zerfetzt und verwirrt worden, daß es aller Kraft bedürfen wird, ihn wieder zu voller Klarheit und voller Anerkennung zu erheben.“ Reichskanzler Marx über die Aufgaben des Zentrums. Der dritte Reichsparteitag der Zentrumspartei, in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–3, hier: S. 3. Diese Klage hatte ähnlich auch schon Stegerwald im November 1921 vorgebracht: „Es gibt kaum ein Wort, das in unsern Tagen häufiger gebraucht, wissenschaftlich zerlegt und demagogisch mißbraucht wird als das Wort Volksgemeinschaft.“ BArch NS 5-VI/17362: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187, fol. 110.

620 Reichskanzler Marx über die Aufgaben des Zentrums. Der dritte Reichsparteitag der Zentrumspartei, in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–3, hier: S. 2.

621 Ebd.

622 Vgl. Bendikat/Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“, hier: S. 109. So stellte die Zentrumspresse die Alternative „Volksgemeinschaft oder Volkszerfall“ auf. Bendikat/Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“, S. 123 f.

schaft“, so die Botschaft an die Wähler.[623] Das Zentrum wurde zur „Kerntruppe im Kampfe für die Wiederaufrichtung unserer Volksgemeinschaft“ stilisiert.[624] Und auch die Wahlaufrufe waren vom Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“ geprägt:

Für die deutsche, die soziale, die christliche Volksgemeinschaft! Für Wahrung der Einheit von Reich und Rhein! [625]

lautete eine Devise, die das rheinische Zentrum für die Reichstagswahl im Mai 1924 ausgab. Des Weiteren wurde darin „Volksgemeinschaft“ mit den Zielen einer „europäischen Völkergemeinschaft“, einer „christlich-deutsche[n] Kultur“ und der Bekämpfung des „Radikalismus“ verknüpft. Trotz des Wahlkampfs sei dem Zentrum „die Einheit der Nation, die deutsche Volksgemeinschaft heilig“, hieß es auf einem Flugblatt der rheinischen Katholiken.[626]

Auch ein Jahr später, im Frühjahr 1925, baute im Wahlkampf um das Reichspräsidentenamt die Kampagne von Wilhelm Marx stark auf dem Volksgemeinschaftsbegriff auf. Der Kandidat wurde als „Apostel der Volksgemeinschaftsidee“,[627] „Präsident der Volksgemeinschaft“[628] und „Fahne[nträger] der Volksgemeinschaft“[629] gefeiert. Mitunter wurde Marx gar als politischer Messias dargestellt – als der „Mann der Volksgemeinschaft, de[r] Mann der Mitte“, der von den Wählern „erkannt“ werde.[630] Diese unverhohlenen Anklänge an die weitverbreitete Führersehnsucht evozierten hohe Erwartungen an den Kandidaten. Der Versuch, Wähler auch außerhalb des katholischen Milieus zu gewinnen, war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. So erreichte Marx im ersten Wahlgang zwar 14,5% der Stimmen, sein Ergebnis lag aber in absoluten Zahlen knapp unter dem des Zentrums bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen. Als gemeinsamer Kandidat des aus MSPD, DDP und Zentrum bestehenden „Volksblocks“ erzielte Wilhelm Marx schließlich im zweiten Wahlgang 45,3% der Stimmen und verlor damit knapp gegen Paul von Hindenburg. Gegen den populären „Sieger von Tannenberg“ kam der rheinische Katholik Marx mit seiner Kampagne unter dem Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ nicht an.

Dennoch erfreute sich der Begriff im Zentrum einer großen Beliebtheit – eine Tatsache, die sich auch mit der sozial-heterogenen Zusammensetzung des katho-

623 Wahlaufruf der Deutschen Zentrumspartei, 14. März 1924, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 428–430, hier: S. 430.

624 A[dolf] Gottwald, Die Beamtenpolitik des Zentrums, in: Germania (54), 14. Februar 1924, Nr. 45, S. 1f., hier: S. 2.

625 Wahlaufruf der Rheinischen Zentrumspartei, März–Mai 1924, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 431–440, hier: S. 432.

626 Wahlaufruf der Rheinischen Zentrumspartei, März–Mai 1924, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 431–440, hier: S. 436f. u. 440.

627 Marx – der nationale Kandidat, in: Germania (55), 17. März 1925, Nr. 127, S. 1f., hier: S. 1.

628 Wahlaufruf in der Germania vom 27. März 1925, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 450–453, hier: S. 450.

629 Deutsche Zentrumspartei, An die deutschen Wähler, in: Germania (55), 07. April 1925, Nr. 163, S. 1.

630 Marx – der nationale Kandidat, in: Germania (55), 17. März 1925, Nr. 127, S. 1f., hier: S. 1.

lischen Milieus erklären lässt. Die Suche nach dem Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen machte den Aufruf zur „Volksgemeinschaft“ auch zu einem Appell, parteiintern einen Konsens zu finden.[631] Darüber hinaus spiegelte die Ideologie des Ausgleichs das Verlangen nach einer Synthese sowie nach Überwindung von Parteienkonkurrenz und sozialen Gegensätzen wider. „Volksgemeinschaft“ stand als Leitvorstellung für eine unter dem Label des „Gemeinwohls“ firmierende „unpolitische Politik“, die sich weder nach links noch nach rechts auf Positionen oder Koalitionen festlegen wollte.[632] Dies kam durchaus der eigenen, fragilen Programmatik zugute, die sich angesichts der enormen sozialen Breite der Mitglieder- und Anhängerschaft außer auf die „Wahrung der christlichen Werte“ und die Beibehaltung des status quo nur auf wenige Inhalte festzulegen vermochte.

2.4 Exkurs: Die exkludierende „Volksgemeinschaft“ als Gegenmodell zur pluralistischen Republik – Konzepte im deutschnationalen und „völkisch“-nationalsozialistischen Milieu

Um Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten deutlich zu machen und damit den Blick für die Spezifika der Volksgemeinschaftsvorstellungen in den untersuchten Milieus zu schärfen, muss sich die Perspektive in einem Exkurs auf das rechte Spektrum und dessen Wortgebräuche richten. Insgesamt herrschte im deutschnationalen Lager ein ethnisches, organisch-holistisches Verständnis von „Volksgemeinschaft“ vor.[633] Der DNVP-Reichstagsabgeordnete Walther Lambach verglich die „deutsche Volksgemeinschaft“ etwa mit einem Baum und dessen verschiedenen Bestandteilen – durch diese biologische Metapher versuchte er, die unterschiedlichen Funktionen und die Zusammengehörigkeit der Glieder zu einem Ganzen zu veranschaulichen.[634] Mittels der „Volksgemeinschaft“ sollte „die Kluft zwischen der deutschen Arbeiterschaft und dem übrigen deutschen Volk“ überbrückt werden, so die Forderung von Sprechern aus dem konservativ-

631 So sprach Marx etwa davon, dass das Zentrum „Volksgemeinschaft im Kleinen“ sein solle. Vgl. Hehl, Wilhelm Marx, S. 312. Zur „Volksgemeinschaft“ und den innerparteilichen Problemen einer sozialreformerischen Gesellschaftspolitik im Zentrum: Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 415f.

632 Vgl. Becker, Die deutsche Zentrumspartei 1918–1933, hier: S. 11.

633 Zum Volksgemeinschaftsbegriff in der DNVP und bei den deutschnationalen Frauen: Kirsten Heinsohn, „Volksgemeinschaft“ als gedachte Ordnung. Zur Geschlechterpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei, in: Gabriele Boukrif (Hrsg.), Geschlechtergeschichte des Politischen. Entwürfe von Geschlecht und Gemeinschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2002, S. 83–106, hier: S. 97–100; Kirsten Heinsohn, Im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft. Die „Frauenfrage“ und konservative Parteien vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Ute Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt am Main 2000, S. 215–233, hier: S. 226–229.

634 Vgl. BArch NS 5-VI/17362: Unser Weg zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede des Reichstagsabgeordneten Walther Lambach auf dem 2. Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei in Hannover am 25. Oktober 1920, fol. 140.

deutschnationalen Milieu. Dazu müsse eine Politik betrieben werden, die „das wahre Wesen des gesamten Volkes“ fördere – eine Politik, die in scharfer Ablehnung zum Sozialismus stehe und, statt nach Klassenkampf, nach einer harmonischen „Werkgemeinschaft“ von Arbeitgebern und Arbeitnehmern trachte.[635] Darüber hinaus diente, wie die Historikerin Kirsten Heinsohn herausgearbeitet hat, der semantische Verweis auf die Vorstellung von der „Gemeinschaft des Volkes“ auch der „Integration und nationale[n] Politisierung konservativer Frauen“.[636] Im deutschnationalen Lager ermöglichte die Rede von der „Volksgemeinschaft“ den Frauen eine politische Mitarbeit in engen Grenzen, ohne dass damit jedoch den Forderungen der Frauenbewegung nach „Frauenrechten“ zugestimmt wurde.[637] Allerdings gab es unter den Deutschnationalen auch Kritiker des Volksgemeinschaftsbegriffes: So befürchtete etwa der zum traditionell-konservativen Flügel gehörende Kuno Graf von Westarp eine zu starke Orientierung an der „plebs“ und eine Positionierung der DNVP gegen die Interessen der Arbeitgeber.[638] Doch konnte Westarp nicht verhindern, dass sich der Begriff „Volksgemeinschaft“ im deutschnationalen Spektrum etablierte.

„Volksgemeinschaft“ wurde bei den Konservativen stets ethnisch-nationalistisch verstanden und basierte auf dem Merkmal der Zusammengehörigkeit qua Abstammung – alle „nicht zusammengehörigen [sic!]“[639] sollten aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen bleiben. Dabei dachten die deutschnational Gesinnten vor allem an die Juden. Diese dürften sich nicht in die „Gemeinschaft anderer Völker“ drängen, sondern sollten sich ihre „eigene Gemeinschaft“ und ihr „eigenes Reich“ suchen, schrieb etwa Hermann Jäger in der Deutschen Zeitung.[640] Eine „wirkliche Volksgemeinschaft“ beruhe auf dem „völkischen Gedanken“, so die Deutsche Tageszeitung zu Jahresbeginn 1923. Darunter verstand das Blatt: das „Bewußtsein zum Willen des eigenen und besonderen Volkstums“, der „Wille[…] zu seiner Reinhaltung“, die „Ablehnung fremder Art und fremden Blutes“ sowie den „Stolz darauf, ein Deutscher zu sein“. Grundlage zur Errichtung der „Volksgemeinschaft“ müsse sein, dass das „deutsche Volk“ eine „wirkliche Nation“, „ein bewußtes, vor allem sich selbst fühlendes, setzendes und wollendes Volk“, werde – ein Zustand, der mit den Kriegsjahren 1870 und 1914 assoziiert wurde, der für die Gegenwart aber vermisst wurde.[641] Solche Stellungnahmen machten deutlich, dass Sprecher aus dem deutschnationalen Milieu – darunter etwa auch der antisemitische Schriftsteller Adolf Bartels – die Weimarer Republik

635 BArch R 8034-II/7886: Hermann Jäger, Volksgemeinschaft und Werkgemeinschaft, in: Deutsche Zeitung, 21. November 1920, Nr. 374; allgemein zum Antiklassenkampfdenken in der DNVP und ihrem Spektrum: Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität, S. 55–59.

636 Heinsohn, Im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft, hier: S. 216.

637 Vgl. Heinsohn, Im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft, hier: S. 226–229.

638 Vgl. Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität, S. 64f.

639 BArch R 8034-II/7886: Hermann Jäger, Volksgemeinschaft und Werkgemeinschaft, in: Deutsche Zeitung, 21. November 1920, Nr. 374.

640 Ebd.

641 Das neue Jahr, in: Deutsche Tageszeitung (30), 02. Januar 1923, Nr. 1, S. 1f., hier: S. 2.

nicht als Grundlage für die von ihnen angestrebte „Volksgemeinschaft“ anerkannten: „Erfüllungspolitiker“, Sozialdemokraten an der Regierung und die vom „Juden Preuß entworfene[…] demokratische[…] Verfassung“ ließen in ihren Augen den „heutige[n] deutsche[n] Staat […] kaum etwas Deutsches“ in sich tragen.[642] In die deutschnationale Gemeinschaftsvorstellung waren selbstverständlich auch die „außerhalb der Grenzen“ lebenden Angehörigen des „Volkes“ eingeschlossen – die Forderung nach „Volksgemeinschaft“ konnte dadurch zur Begründung für ein großdeutsches Expansionsstreben herangezogen werden.[643] Die zitierten Beispiele führen vor Augen, dass im rechten Spektrum zumeist ein ethnisch – teils gar rassistisch – konnotierter Volksgemeinschaftsgedanke vorherrschte.[644]

Eine noch radikalere Semantik als die Deutschnationalen pflegten die Nationalsozialisten. Seit etwa Mitte der 1920er-Jahre nahm der Volksgemeinschaftsgedanke in ihrem Selbstverständnis eine zentrale Stellung ein.[645] Während der Begriff im 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Februar 1920 noch nicht verwendet wurde,[646] fand er ein halbes Jahr später Eingang in die nationalsozialistische Sprache. Von Adolf Hitler wurde „Volksgemeinschaft“ öffentlich erstmals am 13. August 1920 in einer programmatischen Rede im Münchner Hofbräuhaus gebraucht. Darin erging sich der NSDAP-Vorsitzende in wüsten Beschimpfungen und biologistischen Ausführungen gegen die Juden, die er mit „Parasiten“ verglich und als „Schädlinge an der Volksgemeinschaft“ bezeichnete.[647] Der exkludierende Charakter der von den Nationalsozialisten propagierten „Volksgemeinschaft“ trat somit bereits bei der ersten öffentlichen Begriffsverwendung durch Hitler zutage. Dies war kein Einzelfall: So schrieb der Völkische Beobachter im März 1921 in Bezug auf die angebliche „Halbheit“ anderer rechter Gruppierungen, dass „der einzige Weg zur Gesundung der Volksgemeinschaft“ in der „Beseitigung dieses ‚Grundübels‘“, nämlich des „Judentum[s]“, bestehe.[648] Im nationalsozialistischen Verständnis waren es ethnische Kriterien wie „Abstammung“ und „Rasse“, die über die Zusammensetzung entschieden. Jedoch wurde „Rasse“ nicht nur biologisch gedacht – auch die „innere Haltung“ konnte als Merkmal für die

642 BArch NS 5-VI/17362: Adolf Bartels, Volksgemeinschaft, in: Deutsche Zeitung, 05. Mai 1922.
643 Vgl. Bendikat/Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“, hier: S. 126.
644 Vgl. Leicht, Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation, hier: S. 155 u. 158–160; zur ethnisch homogenen und egalitär definierten „Volksgemeinschaft“ der Rechten: Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 362.
645 Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 63; Thamer, Nation als Volksgemeinschaft, hier: S. 121.
646 Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24. Februar 1920, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 91–93. Hier irrt etwa: Adelheid von Saldern, „Volk“ and „Heimat“ Culture in Radio Broadcasting during the Period of Transition from Weimar to Nazi Germany, in: JMH (76), 2004, S. 312–346, hier: S. 329.
647 Adolf Hitlers Rede „Warum sind wir Antisemiten?“ vom 13. August 1920, zitiert nach: Reginald H. Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, in: VfZ (16), 1968, Nr. 4, S. 390–420, hier: S. 412.
648 Wulle spinnt nationalsozialistische Wolle! Xylander hält das Garn!, in: Völkischer Beobachter (35), 03. März 1921, Nr. 18, S. 1.

„Rassenzugehörigkeit“ und damit für die Mitgliedschaft in der „Volksgemeinschaft“ herangezogen werden.[649] „Volksgemeinschaft“ wurde in diesem Milieu vor allem über ihre Grenzen definiert. Ja, die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ war ohne die Ausgrenzung eines „Feindes“ schlichtweg nicht vorstellbar.[650] Diejenigen, die ihr nicht angehörten, hatten nach nationalsozialistischem Verständnis keine Rechte und konnten verfolgt werden. Der Volksgemeinschaftsbegriff der Nationalsozialisten unterschied sich dadurch von der Begriffsbedeutung in anderen politischen Milieus.[651] Das Individuum hatte sich der „Volksgemeinschaft“ vorbehaltlos unterzuordnen.[652] Darüber hinaus wohnte dem Begriff ein Verheißungscharakter inne: „[W]ahre Volksgemeinschaft“ basiere auf „soziale[r] Gerechtigkeit“, sie sei die „Harmonie der körperlichen und geistigen Stärke“ des „Volkes“, so Hitler im Juli 1925 vor Parteigenossen.[653] In seinem 1924/25 entstandenen Buch „Mein Kampf“ benutzte er den Begriff zur Bezeichnung für die mythisch und sakral aufgeladene Vorstellung von der Unterordnung des Einzelnen im Dienst für das große Ganze.[654] Vor allem in den Kapiteln zur Wirtschaftsordnung ging der NSDAP-Vorsitzende auf die „nationale Volksgemeinschaft“[655] ein und forderte die Arbeiterschaft zur Abkehr von ihrer internationalistischen Gesinnung sowie die Unternehmer zur verantwortungsvollen Nutzung der „nationalen Arbeitskraft“ auf.[656] Darin verknüpfte er antikapitalistisch-antimodernistische und sozialharmonisch-berufsständische Ideen, die in ähnlicher Form auch in der katholischen und in Teilen der sozialistischen Arbeiterbewegung kursierten, mit antisemitisch-nationalistischem Gedankengut.

„Volksgemeinschaft“ bildete eine nationalsozialistische Zukunftsvokabel, in der Forderungen nach Inklusion wie nach Exklusion zusammenfielen – sie eignete sich damit hervorragend für eine Propaganda, die vordergründig auf antisemitische Hetztiraden verzichtete. Für den Eintritt in die Partei und wohl auch für die Wahlentscheidung zugunsten der NSDAP stellte die suggerierte Bereitschaft, eine solidarische „Volksgemeinschaft“ unter „Zerschlagung der inneren Feinde“ realisieren zu wollen, ein wichtiges Entscheidungskriterium dar.[657] Hitler und seine

649 Vgl. Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, hier: S. 380; Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 412–415.

650 Vgl. Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, hier: S. 380.

651 Hierzu im Widerspruch: Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 170.

652 Vgl. Norbert Jegelka, „Volksgemeinschaft“. Begriffskonturen in „Führer“ideologie, Recht und Erziehung (1933–1945), in: Annette Graczyk (Hrsg.), Das Volk. Abbild, Konstruktion, Phantasma, Berlin 1996, S. 115–127, hier: S. 117.

653 Adolf Hitler, Rede auf einer NSDAP-Versammlung in Zwickau am 15. Juli 1925, zitiert nach: De Gruyter, Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank, http://db.saur.de/DGO (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015), hier: http://db.saur.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=HRSA-0060.

654 Vgl. etwa: Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 47 u. 281.

655 Hitler, Mein Kampf, S. 359.

656 Hitler, Mein Kampf, S. 359–361, Zitat: S. 361. Hierzu auch: Jegelka, „Volksgemeinschaft“, hier: S. 118; Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang, hier: S. 251.

657 Ian Kershaw, „Führerstaat“. Charisma und Gewalt, in: Hans-Ulrich Thamer/Simone Erpel (Hrsg.), Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010,

Partei verkörperten den Anspruch, die gefühlte „Gemeinschaft“ des August 1914 in einen „permanenten Zustand zu reproduzieren“[658] – jedoch nicht auf Grundlage der freiwilligen Einbeziehung aller sozialer Gruppen, sondern mittels gewaltsamer Homogenisierung durch Ausschaltung der angeblichen „Gemeinschaftsfeinde“. Nichtsdestoweniger fungierte der Volksgemeinschaftsgedanke als einer der wichtigsten Anknüpfungspunkte zwischen den Erwartungen des Bürgertums und der NS-Ideologie.[659] Dabei musste das Bürgertum nicht unbedingt mit dem rassistischen, ethnisch-homogenen Zuschnitt des nationalsozialistischen Volksgemeinschaftskonzepts einverstanden sein; ausreichend war, wenn es nur mit Teilen des holistischen Volksgemeinschaftsgedankens wie etwa der Ablösung des Klassenkampfes und der Erreichung der „nationalen Einheit“ übereinstimmte.

„Volksgemeinschaft“ beinhaltete für die Nationalsozialisten sowohl das Versprechen von „soziale[r] Gerechtigkeit“[660] und gesellschaftlicher Harmonie als auch die rücksichtslose Exklusion von „Gemeinschaftsfremden“ unter dem Signum einer ethnisch-rassistischen Politik. Mit welcher Radikalität die Nationalsozialisten ihre Volksgemeinschaftsideologie in die Tat umzusetzen gedachten, begann sich unmittelbar nach der „Machtergreifung“ zu zeigen. Inklusion und Exklusion gingen Hand in Hand. Bei der Exklusion von Juden, Kommunisten, „Zigeunern“, „Asozialen“, „Berufsverbrechern“ und Homosexuellen konnten die Nationalsozialisten auf tief sitzende Ressentiments zurückgreifen. Im Namen einer ethnisch- und sozial-harmonisierten „Volksgemeinschaft“ wurden die Ausgegrenzten verfolgt, inhaftiert und nicht selten ermordet. Von all dem war in Hitlers Regierungserklärung in der Reichstagssitzung anlässlich der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz keine Rede, doch wer die leeren Bänke der kommunistischen Fraktion sowie die bewaffneten SA- und SS-Männer vor dem Parlament sah, konnte die Kehrseite der „Volksgemeinschaft“ erahnen. In seiner Regierungserklärung am 23. März 1933 nutzte Hitler den Volksgemeinschaftsbegriff einmal mehr propagandistisch als Synonym für die Überwindung der Interessengegensätze, für die Aufrechterhaltung der Staatsautorität, für den Kampf gegen den Materialismus und für die „Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens“.[661] Damit knüpfte Hitler geschickt an das antisozialisti-

S. 58–67, Zitat: S. 62; allgemein zur Bedeutung der „Volksgemeinschaft“ für den Aufstieg der NS-Bewegung: Helge Matthiesen, Von der Massenbewegung zur Partei. Der Nationalismus in der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: GWU (48), 1997, 5/6, S. 316–329, hier: S. 322–328; Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, hier: S. 382.

658 Kershaw, „Volksgemeinschaft“, hier: S. 6; ähnlich: Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, S. 326f.

659 Vgl. Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 340. Allerdings soll hier nicht so weit gegangen werden, wie es Peter Walkenhorst tut, wenn er schreibt, dass das gemeinsame Ziel gewesen sei, eine „ethnisch homogene ‚Volksgemeinschaft‘“ zu erreichen.

660 Adolf Hitler, Rede auf einer NSDAP-Versammlung in Zwickau am 15. Juli 1925, zitiert nach: De Gruyter, Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945, hier: http://db.saur.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=HRSA-0060.

661 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457, 2. Sitzung vom 23. März 1933, Rede von Adolf Hitler (NSDAP, Reichskanzler), S. 28.

sche Denken im liberalen und katholischen Milieu an und gab vor, in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Vorstellungen für die Errichtung einer „wirklichen Volksgemeinschaft“[662] eintreten zu wollen. Wie stark die Schere zwischen den Worten Hitlers und der Realität im nationalsozialistischen Staat auseinanderklaffte, brachte der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels in seiner berühmt gewordenen Reichstagsrede gegen das Ermächtigungsgesetz auf den Punkt:

> Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn [Gewaltfrieden im Innern] nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei.[663]

Die Verwendungen des Volksgemeinschaftsbegriffes durch das nationalistische und „völkische“ Spektrum in einem ethnisch-rassistisch, exkludierenden Sinne und der Gebrauch des Wortes in anderen Milieus im Sinne eines für den „nationalen Verfassungskonsens“ werbenden Konzepts standen während der Weimarer Republik nebeneinander.[664] Wie die Worte Otto Wels – und auch die anlässlich der Reichstagswahlen wenige Tage zuvor von Friedrich Meinecke ausgegebene Devise „Volksgemeinschaft – nicht [nationalsozialistische, Anm. jr] Volkszerreißung[!]“[665] – verdeutlichen, war es dem rechten Spektrum bis 1933 nicht gelungen, die inkludierende Volksgemeinschaftsidee gänzlich zu verdrängen. Erst durch die Ausschaltung eines freien Diskurses in der Diktatur erlangte die rassistische Lesart die absolute Deutungshoheit. Nur im Untergrund und im Exil konnte sich semantischer Widerstand gegen die nationalsozialistische Okkupation des Volksgemeinschaftsgedankens und seiner gesellschaftspolitischen Umsetzung konstituieren. Von kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandsgruppen wurde die Realität in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ mit Ironie quittiert – an ihrer eigenen Idee einer „Volksgemeinschaft“ hielten Teile von ihnen gleichwohl fest.[666] Dass auch weiterhin andere Verwendungsweisen des Wortes „Volksgemeinschaft“ existierten, welche sich allerdings nur außerhalb des nationalsozialistischen Machtbereichs öffentlich zu artikulieren vermochten, beweist

662 Ebd.

663 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457, 2. Sitzung vom 23. März 1933, Rede von Otto Wels (SPD), S. 35.

664 Thomas Mergel erklärt hierzu, dass „der Begriff erst spät rassistisch besetzt wurde“, und bringt damit zum Ausdruck, dass die Deutungsmacht erst spät an die Radikalnationalisten übergegangen sei. Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 338. In einem Aufsatz präzisiert Mergel, dass die „Verengung“ des Begriffes auf die „ethnische“ und „rassistische“ Konnotation seiner Ansicht nach „erst um 1930“ stattgefunden habe. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 99. Die Tatsache der Übernahme des Volksgemeinschaftsbegriffes durch die Nationalsozialisten deckt sich mit dem Befund, dass die NSDAP häufig Schlagwörter anderer Gruppierungen übernahm und mit eigenem Gedankengut auflud. Vgl. Eitz/Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1, S. 15–17.

665 Nach: Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang, S. 253.

666 Vgl. Schottmann, Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934, S. 502 f.

eine 1937 erschienene Publikation von Deutschen in Südamerika.[667] Mittels eines Preisausschreibens hatte das im brasilianischen Porto Alegre erscheinende DEUTSCHE VOLKSBLATT seine Leser um die Definitionen der Begriffe „Volkstum“ und „Volksgemeinschaft“ gebeten. Das Ergebnis war eindeutig und wurde in einem Buch veröffentlicht: Eine überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer folgte nicht der nationalsozialistischen Lesart, wonach „Volksgemeinschaft“ auf ethnisch-rassistischer Zusammengehörigkeit basiere. Stattdessen wurde „Volksgemeinschaft“ häufig über das formale Kriterium der Staatsangehörigkeit definiert oder auf die freiwillige Identifikation mit den kulturellen Werten des jeweiligen „Volkes“ zurückgeführt.[668] Mehrheitlich bekannten sich die Einsender zur „brasilianischen Volksgemeinschaft“ unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihres „deutschen Volkstums in Brasilien“.[669] In der Beschreibung ihres Selbstverständnisses als „Angehörige des deutschen Volkstums außerhalb Deutschlands“[670] wiesen die Einsender den Ausdruck „Auslandsdeutsche“ ebenso zurück wie den nationalsozialistischen Anspruch, für eine „weltumspannende Volksgemeinschaft“ von 100 Millionen Deutschen sprechen zu können.[671] In ihrem Verständnis war „Volksgemeinschaft“ ein Wort, das die Nationalsozialisten in einer falschen Bedeutung nutzten und ideologisch für ihre Zwecke missbrauchten.

In Deutschland wurde „Volksgemeinschaft“ unmittelbar nach der Machtübernahme zu einem der zentralen Begriffe des nationalsozialistischen Staates.[672] Auf

667 Vgl. Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937. Den Widerspruch zum nationalsozialistischen Vereinnahmungsanspruch deutlich machend: José Carlos Englert, Beitrag des Herrn Stud. jur. José Carlos Englert, Porto Alegre, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 79–96, hier: S. 83 u. 91 f.

668 Auf die staatsrechtliche Zugehörigkeit verweist z. B.: Waldemar Niemeyer, Beitrag des Herrn Dr. med. Waldemar Niemeyer, Porto Alegre, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 71–78, hier: S. 72; Franz Metzler, Beitrag des Herrn Dr. Franz Metzler, Porto Alegre, in: idem (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 131–156, hier: S. 155. Das Kriterium der Kultur macht stark: Paul Stahl, Beitrag des Herrn Paul Stahl, Santa Cruz, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 59–70, hier vor allem: S. 60 f. u. 68–70. Zusammenfassend: Franz Metzler, Schlußbetrachtungen, in: idem (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 157–176, hier: S. 160 f.

669 So etwa: Hans Doetzer, Beitrag des Hans Doetzer jr., Curityba, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 107–116, hier: S. 112; ähnlich z. B. auch: Englert, Beitrag des Herrn Stud. jur. José Carlos Englert, Porto Alegre, hier: S. 88; die Einsendungen zusammenfassend: Metzler, Schlußbetrachtungen, hier: S. 159 f.

670 Metzler, Schlußbetrachtungen, hier: S. 167.

671 Vgl. Metzler, Schlußbetrachtungen, hier: S. 164–174, Zitate S. 167 u. 169.

672 Vgl. Jost Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, in: Otto Dann (Hrsg.), Die deutsche Nation. Geschichte – Probleme – Perspektiven, Vierow bei Greifswald 1994, S. 98–116, hier: S. 99.

dem „Führerprinzip“ aufbauend etablierte sich eine neue Ordnung der Gesellschaft – die vormaligen Standes- und Klassengrenzen traten in den Hintergrund.[673] An ihrer statt gewannen andere Kriterien wie „Rasse“, „nationale Zuverlässigkeit“, „Ideologiekonformität“, „gesellschaftliche Anpassungsbereitschaft“ oder „Parteimitgliedschaft“ an Bedeutung und entschieden über die Zugehörigkeit zum bzw. den Ausschluss von der „Volksgemeinschaft“. Die Verwirklichung der angeblich natürlichen Ordnung der „Rassen“ stellte den Grundpfeiler der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ dar. In ihr war der Glaube an die „Höherwertigkeit“ der Deutschen ebenso angelegt wie die Ausgrenzung anderer „Rassen“ aus der „Gemeinschaft“.[674] Bei Ausgrenzungen blieb es bekanntlich nicht. Terror und Verfolgungen, die bis zur millionenfachen physischen Vernichtung des Anderen reichten, waren weitere Schritte auf dem Weg zur Errichtung einer ethnisch-homogenen „Volksgemeinschaft“.

Die nationalsozialistische Ideologie erhob „Volksgemeinschaft“ zu einem Letztwert. Ihm wurde etwa im Kult um den „Heldentod“ eine mythisch-religiöse und holistische Bedeutung zuteil.[675] Wie stark die „Volksgemeinschaft“ Realität war oder ob ihre Existenz lediglich ein Konstrukt der Propaganda blieb, diese Frage kann und soll hier nicht beantwortet werden. Sie ist Gegenstand einer großen Forschungskontroverse.[676] Weitgehend unbestritten ist, dass die reale Formierung der „Volksgemeinschaft“ allenfalls teilweise gelang – zwar wurden alte Bindungen durch den Nationalsozialismus zerschlagen und neue errichtet, doch blieben Reste der traditionellen Milieus auch während der NS-Zeit bestehen.[677] Trotz integrativer Wirkung von Führermythos und sozialer Absicherung „überdeckte und überkleisterte“[678] die Volksgemeinschaftsideologie die sozialen Konflikte nur notdürftig. Darin ähnelte sie dem Rekurs auf das „August-Erlebnis 1914“ während

673 Vgl. Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, hier: S. 99. Zum Zusammenhang von „Volksgemeinschaft“ und „Führertum“ im Nationalsozialismus: Adelheid von Saldern, Zur Inszenierung der NS-Volksgemeinschaft im Rundfunk, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 229–247, hier: S. 230–233.

674 Vgl. Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, hier: S. 109; Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, hier: S. 61–63.

675 Vgl. Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, hier: S. 105–108; Föllmer, The Problem of National Solidarity in Interwar Germany, hier: S. 223; Götz, Volksgemeinschaft, hier: S. 716f.; zum Totenkult u. a. bei den Nationalsozialisten und „Völkischen“ während der Weimarer Republik: Reichardt, „Märtyrer“ der Nation, hier: S. 181–202.

676 Die älteren Forschungsmeinungen pointiert zusammentragend: Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker, Volksgemeinschaft als Formierungsideologie des Nationalsozialismus. Zur Genesis und Geltung von „Volkspflege“, in: idem (Hrsg.), Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1991, S. 50–77, hier: S. 59f.; allgemein zur Kontroverse: Bajohr/Wildt, Einleitung, hier vor allem: S. 8–13; Kershaw, „Volksgemeinschaft“; Wildt, „Volksgemeinschaft“; zum Stand der Debatte: Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?

677 Vgl. Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, hier: S. 112.

678 Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, hier: S. 113.

des Ersten Weltkriegs. Im Zweiten Weltkrieg kämpften die Deutschen zwar bis zur totalen Niederlage im Mai 1945, doch hatte der Glaube an die „Volksgemeinschaft“ in den letzten beiden Kriegsjahren unter dem Eindruck der Niederlage von Stalingrad stark an Strahlkraft verloren.[679]

Der nationalsozialistische Gebrauch des Volksgemeinschaftsbegriffes sollte jedoch nicht über die hier aufgezeigte Tatsache hinwegtäuschen, dass der Terminus in der Frühphase der Weimarer Republik zumeist für ein sich mit der demokratischen Verfassung im Einklang befindlichen Konzepts des überparteilichen „nationalen“ Konsenses stand.[680] In den Milieus der Mitte spiegelte der Begriff die Hoffnung auf Überwindung von Klassenkampf und innerer Zerrissenheit wider. Als Wege dorthin wurden die Einführung einer berufsständischen Ordnung ebenso angedacht wie die Einbindung aller Parteien zwischen MSPD und DNVP in die Regierung. Meist besaß das Wort „Volksgemeinschaft“ einen ideellen Gehalt, der die mentale Hinwendung des Individuums auf das Ganze voraussetzte. Der Begriff war also mit hohen Werten und Erwartungen aufgeladen, zugleich aber inhaltlich definitionsbedürftig – und lud dadurch geradezu zur antipluralistischen Umdeutung ein. Die politischen Kräfte der Mitte hatten es in der Weimarer Republik versäumt, das Wort „Volksgemeinschaft“ inhaltlich so zu besetzen, dass es dauerhaft zu einer Vokabel für den „nationalen Verfassungskonsens“ werden konnte. Die Geburt eines unter dem Hochwertwort „Volksgemeinschaft“ firmierenden, „moderne[n] ‚Verfassungspatriotismus‘“[681] blieb in der Weimarer Republik aus. Dabei hätte sich gerade dieser Begriff als Klammer zwischen „Nation“ und „Demokratie“ angeboten. Gefüllt mit pluralistischen Inhalten hätte „Volksgemeinschaft“ zum Inbegriff für die gemeinsame gesellschaftliche Wertebasis des parlamentarisch-demokratischen Systems von Weimar werden können – einer Basis, die mit dem traditionell konservativen Nationsverständnis wenig gemein hatte.[682] Aber der mystisch-holistische Gehalt des Wortes trug dazu bei, dass es anders kam: „Volksgemeinschaft“ diente als utopischer Sehnsuchtsort abseits jeglicher politischer Realität und wurde zunehmend gegen die bestehende Staatsordnung in Stellung gebracht. Somit war die Gratwanderung zwischen den gesellschaftlichen Werten „Homogenität“ und „Pluralität“ gescheitert. Aus Furcht vor einem zu großen Einfluss von individuellen Interessen und Positionen in der Gesellschaft tendierten viele Anhänger des Volksgemeinschaftsdenkens zu einer Begrenzung des Pluralismus und für eine Einschränkung der individuellen Freiheit im Namen des „Gemeinwohls“.[683] Die im Volksgemeinschaftsbegriff beinhaltete

679 Vgl. ebd.
680 Vgl. Götz, Ungleiche Geschwister, S. 102.
681 Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs, S. 409.
682 Vgl. Wolfram Pyta, Der Erste Weltkrieg und seine Folgen in Deutschland und Frankreich. Kulturelle Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen 1914–1933, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 1–31, hier: S. 10.
683 Vgl. Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 161 f.

„nationale Parole“[684] erleichterte es den radikalen Kräften des rechten politischen Spektrums, das Wort zunehmend mit ihren Inhalten zu besetzen.

„Volksgemeinschaft“ bildete zwar keinen „Gründungskonsens“[685] der Weimarer Republik, wurde aber in den krisenhaften Jahren der jungen Demokratie zu einem utopischen Sehnsuchtsort, der angesichts wachsender Schwierigkeiten mit immer größeren Erwartungen verknüpft wurde. Mit dem steigenden Anspruch an die angestrebte „Volksgemeinschaft“ wandelte sich auch ihre Aufladung: Statt Pluralität unter dem Dach eines „nationalen“ Grundkonsenses zu akzeptieren, wurde „Gemeinschaft“ nun vielfach mystisch-holistisch gedacht und beinhaltete das Zurückstellen von „Einzelinteressen“. „Volksgemeinschaft“ bildete nicht mehr länger ein systemimmanentes Konzept für das Zusammenleben in der pluralistischen Demokratie, sondern verband sich immer öfter mit dem Wunsch nach Überwindung der Weimarer Verfassungsordnung.

3. „Volk“ und „Einheit“ in der Krise

Politische Morde und Putschversuche, Streiks und Aufstände, Regierungskrisen und Währungskatastrophen, gewaltige Reparationsforderungen und die Besatzungsherrschaft – die Weimarer Republik durchlebte in den ersten Jahren ihres Bestehens eine Reihe schwerer Krisen und stand mehrfach am Rand des Zusammenbruchs. All diese Schwierigkeiten der jungen Demokratie wurden von Deutungen und Appellen in der Presse und in politischen Reden begleitet. Die als krisenhaft wahrgenommenen Ereignisse der Weimarer Anfangsjahre förderten die Sehnsucht nach „Ruhe und Ordnung“. „Einheit“ bildete ein in allen politischen Lagern propagiertes und mit verschiedenen Semantiken belegtes Ideal. Der Volksbegriff diente dabei als Hochwert und zentraler argumentativer Bezugspunkt. „Volk“ war eine abstrakte Instanz, der gegenüber die Sprecher ihr Handeln zu legitimieren suchten. In Körper- und Krankheitsvergleichen wurde die schwierige innen- und außenpolitische Lage des Deutschen Reichs bildlich beschrieben. Diese geben Aufschluss über die Kategorien, in denen abstrakte Begriffe wie „Gemeinschaft“ und „Volk“ gedacht wurden. Die Ausgrenzung aus dem „nationalen“ Diskurs war eine Form der semantischen Grenzziehung zwischen den zur „Gemeinschaft“ Gehörenden und den als „innere Feinde“ Ausgeschlossenen. Die Unterstellung, nicht „national“ zu sein, kam einer Verbannung aus der „Gemeinschaft“ gleich.

3.1 „Volk“ und „Gemeinschaft“ als diskursive Zufluchtsorte in Zeiten der politischen Gewalt

„Volk“, „Gemeinschaft“ und „Einheit“ bildeten zentrale Argumente bei der Bewertung und der semantischen Bewältigung der Krisen. Sie stellten allgemein akzep-

684 Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 260f.
685 Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“, hier: S. 593.

tierte Bezugspunkte dar, die angesichts der neuen und umstrittenen Staatsordnung Kontinuität versprachen.[686] Zudem spielte die Gegenüberstellung von krisenhafter Gegenwart und gewünschtem Zustand eine wichtige Rolle – die zum Ideal erhobenen Vorstellungen von Zukunft markierten ein gedankliches Utopia, das im leuchtenden Gegensatz zum Jammertal des Augenblicks stand. Daneben hatte die Verwendung des Volksbegriffes auch praktische Gründe. Durch die Verurteilung von politischer Gewalt unter semantischem Rückgriff auf das „Volk“ brachten die Sprecher zweierlei zum Ausdruck: Auf der einen Seite machten sie deutlich, dass das „deutsche Volk“ die Taten missbillige, auf der anderen Seite artikulierten sie ihre Besorgnis um die – durch die Krise einmal mehr erschütterte – Zukunft der „Nation“. Dies zeigte sich zum Beispiel angesichts des Kapp-Lüttwitz-Putschs im März 1920. Erich Dombrowski sprach im Berliner Tageblatt von einem „Verbrechen an der ganzen Nation“[687] und verwies auf die positive Entwicklung, die durch den versuchten Umsturz gefährdet worden sei. Der Staatsstreich werde der „ganzen Nation ungeheuer teuer zu stehen kommen“, gab sich der Sprecher aus dem linksliberalen Milieu überzeugt.[688] Ähnlich argumentierte auch die Kölnische Zeitung: Sie warf Kapp und seinen Mitstreitern vor, den Versuch unternommen zu haben, ihre eigenen Vorstellungen „auf Kosten des Volkes“ verwirklichen zu wollen.[689]

Mit pseudo-quantifizierenden Zusätzen wie „ganz“ oder „gesamt“ unterstrichen die Sprecher die negativen Auswirkungen auf alle Kreise der „Nation“ – mithin auch auf die der Putschisten und ihrer Unterstützer. Dadurch gaben die Kommentatoren vor, sie könnten für die „ganze Nation“ sprechen und hätten als gleichsam objektive Beobachter allein das „Gemeinwohl“ im Blick. Dieses „Wohl des gesamten deutschen Volkes“ war ein wichtiges Argument, das Sprecher der verschiedensten Milieus verwendeten, um ihre Haltung von vermeintlichen „Parteirücksichten“ und angeblichen „Klassenegoism[en]“ abzugrenzen.[690] Aber auch die Putschisten argumentierten mit dem „Volk“: Kapp und seine Anhänger stilisierten sich zu Männern, die dem „Volkswillen“ zur Durchsetzung verhelfen würden. Die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung sei nicht mehr der „wahre Ausdruck des Volkswillens“.[691] Dieses Argument wurde von den Spre-

[686] Vgl. Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung, S. 360.

[687] Theodor Wolff, Bedrohung Berlins durch einen Militärputsch, in: Berliner Tageblatt (49), 13. März 1920, Nr. 73, S. 1. Ähnlich auch: Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung, Mitglieder der Zentrumspartei!, in: Germania (50), 28. März 1920, Nr. 131, S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Ludwig Haas (DDP), S. 4970 u. 4973; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Otto Wels (MSPD), S. 5007.

[688] Theodor Wolff, Bedrohung Berlins durch einen Militärputsch, in: Berliner Tageblatt (49), 13. März 1920, Nr. 73, S. 1.

[689] In der Liquidation, in: Kölnische Zeitung, 17. März 1920, Nr. 260, S. 1; vgl. auch: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Ludwig Haas (DDP), S. 4973.

[690] Ein Ausweg?, in: Kölnische Zeitung, 16. März 1920, Nr. 258, S. 1.

[691] IfZ ZG Kap: [Regierung Kapp], Die Lüge vom monarchistischen Putsch!, [Flugblatt vom 16. März 1920]; ähnlich: IfZ ZG Kap: [Wolfgang] Kapp, Kundgebung, [undat. Flugblatt 13.–17. März 1920].

chern aus dem Spektrum der Mitte zurückgewiesen. Ihnen kam hierbei neben dem gewaltsamen Handeln der Putschisten, das dem weitverbreiteten Ordnungsdenken widersprach, die ablehnende Haltung großer Bevölkerungsteile zupass. Unter Verweis auf die hinter der Republik stehende „erdrückende Mehrheit des Volkes“[692] konnten sie den Umsturzversuch glaubwürdig zurückweisen. Teilweise gingen einzelne Sprecher, wie der MSPD-Politiker Otto Wels, gar so weit zu behaupten, „das ganze deutsche Volk“ sei „einig in der Wiederherstellung der Ordnung“ gewesen.[693] Den Putschisten rund um Wolfgang Kapp und General Walther von Lüttwitz wurde allenfalls eine kleine Anhängerschaft von „nur ein[em] geringe[n] Bruchteil der Bevölkerung“[694] zugebilligt. Reichskanzler Hermann Müller stellte in seiner Regierungserklärung sogar heraus:

> Volk war an diesem Putsch nicht beteiligt, nur deutschnationale Verräter und irregeleitetes Militär.[695]

Mit dieser Wendung machte der MSPD-Politiker deutlich, dass er unter „Volk“ die „plebs“ verstand. Dadurch, dass der Begriff aber im republikanischen Verständnis alle Staatsangehörigen umfasste, konnte Müllers Aussage als Exklusion der Putschisten aus dem „Volk“ interpretiert werden. Für den Zentrumsabgeordneten Eugen Bolz lagen die Gründe für das Scheitern des Staatsstreichs am „gesunden Sinn des Volkes“ – indirekt unterstellte er den Putschisten damit, dass sie nicht zum „Volk“ gehörten bzw. ihnen dessen „gesunde[r] Sinn“ fehle.[696] Generell war eine semantische Abgrenzung zwischen der angeblich republiktreuen Bevölkerungsmehrheit und den wenigen Gewalttätern üblich. Reichskanzler Müller bediente sich bei der Gegenüberstellung einer scharfen „Wir-versus-sie-Rhetorik“.[697] Die Putschisten wurden darin mit Begriffen wie „Verräter“[698] oder

[692] Friedrich Rommel, Erziehung zur Demokratie, in: Berliner Tageblatt (49), 28. Mai 1920, Nr. 246, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichskanzler), S. 4936; mit ähnlichen Worten, wenn auch in Bezug auf andere politische Gewalttaten: Irrsinn und Verhetzung, in: Vorwärts (37), 27. Januar 1920, Nr. 48, S. 1.

[693] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Otto Wels (MSPD), S. 5008.

[694] Erich Dombrowski, Verschärfung der Kabinettskrise, in: Berliner Tageblatt (49), 26. März 1920, Nr. 139, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Carl Legien (MSPD), S. 4953.

[695] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichskanzler), S. 4936.

[696] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Eugen Bolz (Zentrum), S. 4941.

[697] So etwa in der Aussage: „Seien Sie beruhigt, das deutsche Volk wird zwischen Ihnen [den Rechten] und uns richten! Richten zwischen Ihnen, die eine Handvoll Hochverräter […] ohne jedes Gewissenbedenken als Regierung anerkennen, und uns, für die ein ganzes großes Volk in allen Schichten durch Generalstreik seine Stimme erhoben hat.“ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichskanzler), S. 4935.

[698] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichskanzler), S. 4936.

„Hochverräter“[699] belegt – Kategorien, die ein Verbrechen an „Staat“, „Volk“ und „Gemeinschaft“ klassifizierten.

Das Scheitern des kappschen Staatsstreichs wurde im mehrheitssozialdemokratischen, linksliberalen und katholischen Spektrum begeistert aufgenommen. Die GERMANIA äußerte gar die Hoffnung auf Fortsetzung der „lückenlose[n] Geschlossenheit“.[700] Das BERLINER TAGEBLATT sprach von einem „Volkssieg[…]“ und rühmte: Das „deutsche Volk, voran das Volk von Berlin“, habe sich „entschlossen zur Wehr gesetzt“.[701] Es habe sich gezeigt, dass „die erdrückende Mehrheit des Volkes fest auf dem Boden der demokratischen Republik“ stehe;[702] von dem „geistigen Militarismus der alten Epoche“ wolle „das deutsche Volk […] nichts mehr wissen“,[703] gaben sich die linksliberalen Kommentatoren überzeugt. Die allgemeine Arbeitsniederlegung gegen den Staatsstreich feierte Erich Dombrowski als „Volksstreik“.[704] Die republikanischen Kräfte wurden in Abgrenzung zu den Diktaturbefürwortern als „das Volk der redlich arbeitenden und schaffenden Staatsbürger“[705] bezeichnet. Für die MSPD war der Widerstand gegen die Putschisten mittels Generalstreik ein Beweis für die vaterländische Gesinnung der Arbeiterschaft, die in „Treue […] zum Volksganzen“ gehandelt habe.[706] Und Theodor Wolff rief noch Monate später dazu auf, „zu Ehren des republikanischen Volkssieges“ den Jahrestag des gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putschs als einen „republikanischen Festtag“ durch ein „heiteres Frühlingsfest“ zu begehen.[707]

Aber es gab auch nachdenklichere Stimmen: Franz Krüger forderte etwa im VORWÄRTS einen besseren Schutz der Republik und den Umbau des Kabinetts hin zu einer „Regierung des allgemeinen Volksvertrauens“, die fortan eine Politik betreiben müsse, die „die breiten Volksmassen in innigster Weise mit dem demokratisch-republikanischen Staatswesen“ verbinde.[708] Davon unbenommen wurde der

699 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichskanzler), S. 4935 u. 4937.

700 Vgl. Berlin, den 24. März, in: Germania (50), 25. März 1920, Nr. 125, S. 1; zur Haltung der GERMANIA auch: Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 257–261.

701 Theodor Wolff, Nach dem Siege des Volkes, in: Berliner Tageblatt (49), 24. März 1920, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 1. Zur Haltung des BERLINER TAGEBLATT im Kapp-Putsch auch: Becker, „Demokratie des sozialen Rechts“, S. 170 f.

702 Friedrich Rommel, Erziehung zur Demokratie, in: Berliner Tageblatt (49), 28. Mai 1920, Nr. 246, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Theodor Wolff, Nach dem Siege des Volkes, in: Berliner Tageblatt (49), 24. März 1920, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 1.

703 A. v[on] Kröcher, Ein offenes Wort, in: Berliner Tageblatt (49), 12. Mai 1920, Nr. 221, S. 1 f., hier: S. 2.

704 Erich Dombrowski, Nebenregierung der Gewerkschaften?, in: Berliner Tageblatt (49), 08. April 1920, Nr. 160, S. 1 f., hier: S. 1.

705 Theodor Wolff, Nach dem Siege des Volkes, in: Berliner Tageblatt (49), 24. März 1920, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Franz Krüger, Berliner Diktatur?, in: Vorwärts (37), 26. März 1920, Nr. 158, S. 1 f., hier: S. 1; zur Haltung des VORWÄRTS im Kapp-Putsch auch: Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 280–285.

706 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Otto Wels (MSPD), S. 5012.

707 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 10. Januar 1921, Nr. 14, S. 1.

708 Franz Krüger, Berliner Diktatur?, in: Vorwärts (37), 26. März 1920, Nr. 158, S. 1 f., hier: S. 1.

erfolgreiche Widerstand gegen die Putschisten als positives Signal für die Etablierung der Weimarer Ordnung gewertet. So verkündete der MSPD-Reichstagsabgeordnete Otto Wels:

> Es steht das eine fest: das deutsche Volk will die Demokratie, es hat sich die Demokratie und seine republikanische Verfassung in diesen Tagen erobert, in diesen Tagen, nicht am 9. November, als der Zusammenbruch dem Volk die Republik in den Schoß warf.[709]

Und auch linksliberale Sprecher wie Ludwig Haas gaben sich der Hoffnung hin, dass der Kapp-Lüttwitz-Putsch zur Verankerung des neuen Staates beigetragen habe:

> Das Volk begreift, daß die Republik wert ist, verteidigt zu werden, daß sein Leben und das Leben unserer Kinder und die Zukunft des Volkes und der Republik verknüpft ist [sic!]. Jetzt versteht und jetzt begreift das Volk die Republik: jetzt sind die Berliner Republikaner geworden. […] Die Republik lebt jetzt im Herzen des Volkes, und das verdanken wir den Gewaltpolitikern. In Zukunft können wir rufen: es lebe die Republik! [710]

Die Krisenerfahrung des März 1920 wurde damit im Nachhinein als ein Erfolg für die junge Republik und als gutes Omen für die Akzeptanz der Weimarer Verfassungsordnung gedeutet.

Nichtsdestoweniger betrachteten einzelne Sprecher aus den untersuchten Milieus die in einigen Bevölkerungsgruppen verbreitete antirepublikanische Gesinnung mit großer Sorge. So kritisierte der DDP-Politiker Ludwig Haas den unter der akademischen Jugend herrschenden reaktionären Geist eines chauvinistischen Nationalismus. Die Studenten hätten „den Zusammenhang zum Volke verloren“ und würden an den Universitäten zu „Feinden der Demokratie erzogen und dem eigenen Volke entfremdet“ werden.[711] Damit thematisierte der badische Minister eine besorgniserregende Entwicklung, hielt aber an der Überzeugung fest, dass weite Teile des „Volkes“ hinter der demokratischen Verfassungsordnung stünden.

Wie virulent der Hass auf die republikanische Ordnung und ihre Vertreter war, manifestierte sich einmal mehr im Sommer 1921. Am 26. August wurde der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger von zwei rechtsextremen Tätern ermordet. Das Verbrechen schockierte weite Teile der Öffentlichkeit und führte deutlich vor Augen, dass der „Geist des neuen Staates“ noch nicht zu einer „beherrschenden Macht in unserem Volksleben“[712] geworden war, wie Conrad Berndt im Berliner Tageblatt anmerkte. Die Tat rufe nach einer stärkeren „Demokratisierung“ des „Volkslebens“.[713] „Demokratie“ – das war mehr als nur eine neue Verfassung und

[709] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Otto Wels (MSPD), S. 5009.

[710] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Ludwig Haas (DDP), S. 4979.

[711] Ludwig Haas, Die akademische Jugend, in: Berliner Tageblatt (49), 04. April 1920, Nr. 155, S. 1 f., hier: S. 1 f.; ähnlich auch: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 10. Januar 1921, Nr. 14, S. 1; Ludwig Haas, Die Revision des Versailler Friedens, in: Berliner Tageblatt (49), 05. März 1920, Nr. 119, S. 1 f.

[712] Conrad Berndt, Notwendige Forderungen, in: Berliner Tageblatt (50), 09. September 1921, Nr. 425, S. 1 f., hier: S. 1.

[713] Ebd.

novellierte Gesetze. „Demokratie“ musste auf Bildung und Überzeugung beruhen; nur wenn sie auf lokaler Ebene anfange, könne sie „die Seele des Volkes gewinnen und dauernd zur Grundlage unseres Staatslebens werden“, so Berndt weiter.[714]

Die Forderung nach einer innerlichen Verbindung zwischen der politischen Ordnung und dem „Volk“ – sei es als „demos“ oder als „plebs“ gedacht – wurde häufig mit der Vokabel „volkstümlich“ zum Ausdruck gebracht. Das Wort stand für die anzustrebende Rückbesinnung auf die „Seele des Volkes“ und für den Willen, die neue Ordnung im „Volk“ zu verwurzeln. So wurde die GERMANIA in ihrer Berichterstattung über die Beisetzung Erzbergers nicht müde, den „volkstümlichen“ Charakter der Feier, die große Anteilnahme des „einfache[n], schlichte[n] Landvolk[s]“ – kurzum die Verankerung des Ermordeten im „Volk“ zu betonen. Der ehemalige Reichsfinanzminister wurde als „große[r] schwäbische[r] Volksmann“, als „Sohn des Volkes“ und als „katholische[r] Volksführer[…]“ gewürdigt.[715] Damit hob das Blatt Erzbergers Herkunft aus einfachen Verhältnissen und seine „Volksverbundenheit“ hervor. Letztlich stellte die Kommentierung den Versuch dar, postum für die Person des Ermordeten, für die Politik des Zentrums in der Regierung und für das ganze parlamentarisch-demokratische System zu werben. Die „Volksbezogenheit“ Erzbergers konnte dabei als Beweis für die Erfüllung des Anspruchs gelten, dass die Machtausübung in der Demokratie durch das „Volk“ und in ständiger Rückbindung an den Souverän geschehe. Gleichzeitig sollte sie den nationalistischen Vorwurf widerlegen, der Ermordete habe das „Volk“ verraten.

Der Mord an Erzberger ließ erneut die Bedrohung der Republik deutlich werden. Sprecher aus dem katholischen Milieu riefen dazu auf, dass das „ganze Volk […] in diesem Kampfe“ zusammenstehen solle,[716] und warnten vor einem „neue[n] Umsturz“[717]. Ähnlich fielen die Reaktionen innerhalb des linksliberalen und sozialdemokratischen Milieus aus. Erich Dombrowski betonte den lagerübergreifenden Protest gegen die Republikfeinde und stellte die Forderung auf: „Der Staat steht über dem Einzelnen. Das Gesamtinteresse geht dem Einzelinteresse vor.“[718] In der Berliner Großdemonstration vom 31. August 1921 erblickte der Linksliberale einen „nationalen Konsens“ zum Schutz der republikanischen Ordnung, der die unterschiedlichen politischen Interessen von Arbeitern und Bürgern überwölbe.[719] Und auch für den VORWÄRTS zeugte die Massenkundgebung von einer „gemeinsame[n] Front aller Arbeitenden gegen die Reaktion“.[720]

[714] Ebd.
[715] An Erzbergers Grab, in: Germania (51), 03. September 1921, Nr. 540, S. 1 f.
[716] Politischer Mord!, in: Germania (51), 27. August 1921, Nr. 521, S. 1; die „Einheit des deutschen Katholizismus“ betonend: Schutz der Reichsverfassung, in: Germania (51), 30. August 1921, Nr. 528, S. 1 f., hier: S. 2.
[717] Schutz der Reichsverfassung, in: Germania (51), 30. August 1921, Nr. 528, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich: Politischer Mord!, in: Germania (51), 27. August 1921, Nr. 521, S. 1.
[718] Erich Dombrowski, Für die Republik, in: Berliner Tageblatt (50), 01. September 1921, Nr. 410, S. 1 f., hier: S. 1.
[719] Vgl. ebd.
[720] Es lebe die Republik!, in: Vorwärts (38), 01. September 1921, Nr. 208, S. 1.

Allerdings legten die Mehrheitssozialdemokraten in ihrer Kommentierung mehr Gewicht auf die Betonung der „Einheit“ und der republikanischen Gesinnung des Arbeitermilieus als auf das Zusammenstehen mit den bürgerlichen Kräften der Mitte.

Als knapp ein Jahr nach dem Mord an Erzberger der linksliberale Politiker Walther Rathenau einem rechtsextremen Attentat zum Opfer fiel, erlebte die Weimarer Republik einen neuen Höhepunkt der politischen Gewalt. Die Tat hatte nicht nur dem Reichsaußenminister als Person gegolten, sondern zielte auf den Fortbestand der Republik. Der DDP-Abgeordnete Karl Petersen erklärte, Rathenau sei als „Minister der demokratischen Republik Deutschland“ für das „Interesse des deutschen Volkes“[721] gestorben. Mittels der Deutung seines Todes als „Opfer“ für das „Volk“ versuchte Petersen, den Ermordeten zu einem „Märtyrer der Republik“ zu stilisieren.[722] Doch war diese Lesart selbst im linksliberalen Milieu nur schwach ausgeprägt. Das Entsetzen über die Bluttat und die Trauer um den Verlust des Ministers gingen schnell über in Furcht um die Existenz der Demokratie. Der „Bestand unseres deutschen Volkes“ – nicht mehr und nicht weniger stand nun etwa nach Ansicht des Zentrumspolitikers Wilhelm Marx auf dem Spiel.[723] Linksliberale, katholische und sozialdemokratische Sprecher riefen zur Bewahrung von „Volk“ und Republik auf und appellierten an die „Einheit“. Für den Vorwärts konnte die „Einheitsfront zum Schutz der demokratischen Republik gegen schleichenden Mord und blutige Gewalt […] nach links, wie nach rechts niemals weit genug gehen“.[724] Und auch die Germania forderte „Einigkeit und Gemeinsamkeit“ sowie den „Ausgleich von Interessengegensätzen“.[725] Es müsse sich eine „Arbeitsgemeinschaft aller derer, die guten Willens sind“, bilden, so das Blatt – ein „Zusammenschluß aller ehrlich auf dem Boden des Staates stehenden“ Kräfte.[726] Sprecher aus dem linksliberalen Lager gingen sogar noch einen Schritt weiter und verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Mord „sein Gutes für die Zukunft dadurch beitragen“ werde, indem er zeige, dass „die Zerklüftung eines Volkes in parteipolitischem Hader“ zur „Vernichtung eines Volkes“ führe.[727]

[721] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Karl Petersen (DDP), S. 8062.

[722] Vgl. ebd.; ähnlich, aber in der Retrospektive: Ernst Feder, Gedenktag der Republik, in: Berliner Tageblatt (52), 23. Juni 1923, Nr. 292, S. 1 f.

[723] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Wilhelm Marx (Zentrum), S. 8045; ähnlich: [Heinrich] Brauns, Die Verfassungspartei, in: Germania (52), 18. Juli 1922, Nr. 395, S. 1 f., hier: S. 1.

[724] Schutzbund für die Demokratie!, in: Vorwärts (39), 25. Juni 1922, Nr. 296, S. 1 f., hier: S. 2.

[725] Willy Meyer, Die Fortsetzung der Attentate, in: Germania (52), 27. Juni 1922, Nr. 378, S. 1 f., hier: S. 2.

[726] Der beste Schutz der Republik, in: Germania (52), 12. Juli 1922, Nr. 386, S. 1 f., hier: S. 2.

[727] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Karl Petersen (DDP), S. 8064; ähnlich auch: Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1; rückblickend auch: Ernst Feder, Gedenktag der Republik, in: Berliner Tageblatt (52), 23. Juni 1923, Nr. 292, S. 1 f.

Während sich die Parteien der Weimarer Koalition für den Schutz der Republik einsetzten, verhielt sich die DVP uneindeutig. Statt zur Front gegen die Republikfeinde rief sie zur „Ruhe“ auf und warnte davor, „durch rücksichtsloses Vorgehen weite Kreise des Volkes […] in eine schroffe Opposition hineinzustoßen“.[728] Ja selbst die Verurteilung des Mordes erfolgte im nationalliberalen Milieu nur mit relativ milden Worten, etwa indem er als eine „so blöde, das ganze deutsche Volk mit Schande bedeckende Bluttat“ bezeichnet wurde.[729] Nicht die antisemitische Ideologie der Täter, sondern die schändliche Auswirkung des Judenhasses auf „unsre völkische Ehre“ wurde gebrandmarkt.[730] Mithin beunruhigte die nationalliberalen Kommentatoren weniger der Anschlag als vielmehr seine angebliche „parteipolitische Ausschlachtung“, da sich durch sie „die Risse, die durch unser Volk gehen, zu vertiefen und zu weiten“ drohten.[731] Statt zur bedrängten Republik bekannte sich das Blatt zur parlamentarischen Monarchie, rief aber nichtsdestoweniger zur Rettung von „Volk und Vaterland“ auf.[732] Die Stimme des Ermordeten müsse allen „aus dem frische Grabe“ zurufen: „Seid einig, einig, einig!“, so die Kölnische Zeitung.[733] Dabei ließ das nationalliberale Leitmedium allerdings offen, auf welcher Grundlage diese „Einheit“ aufbauen sollte.

Zugleich entwickelte sich die Debatte nach dem Rathenau-Mord teilweise zu einem Diskurs über die Berufung auf „Volk“ und „Nation“. Die Sprecher aus den Parteien der Weimarer Koalition nahmen für sich selbstbewusst in Anspruch, im Namen des „Volkes“ zu agieren. Und zumindest vorübergehend zeitigte die semantische Besetzung des Wortes Erfolg: In der Reichstagsdebatte vom 25. Juni 1922 verzichtete der Redner der DNVP auf den Gebrauch des Volksbegriffes.[734] Doch ging es den Sprechern der Mitte um mehr – sie wollten den Rechten die Verwendung von „Volk“ und „Nation“ dauerhaft streitig machen: Vor allem der Zentrumsabgeordnete Wilhelm Marx war es, der im Reichstag die beiden Begriffe im Namen der Republikanhänger und in Abgrenzung zu den Rechten hochhielt. Die Gegner der Weimarer Reichsverfassung titulierte er als „Gegner des deutschen

728 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Karl Rudolf Heinze (DVP), S. 8061.

729 Verbrecherischer Stumpfsinn, in: Kölnische Zeitung, 25. Juni 1922, Nr. 443a, S. 1.

730 Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1.

731 Verbrecherischer Stumpfsinn, in: Kölnische Zeitung, 25. Juni 1922, Nr. 443a, S. 1; ähnlich auch: Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1.

732 Vgl. Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1.

733 Ebd.

734 Vgl. Bollmeyer, Das „Volk“ in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, hier: S. 78 f.; Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie, S. 387–390. Lediglich im Zusammenhang mit der eigenen Partei und der „von ihr vertretenen Volksschichten“ verwendete Oskar Hergt ein Volkskompositum. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Oskar Hergt (DNVP), S. 8049 f., Zitat: S. 8049.

Volkes“.[735] Ebenso stritt er den Deutschnationalen ihre „nationale Gesinnung“[736] ab – ja, nannte ihre Ideen gar „antinational[…]“[737]. Für seine eigene Partei und ihre Koalitionspartner reklamierte Marx, dass diese „national“ handeln würden:

> Nicht diese Tiraden, nicht dieses Häufen von nationalistischen Phrasen ist nationale Gesinnung, sondern die Tat, wie sie von der Koalition ausgeführt worden ist, wie sie von uns, der Zentrumspartei, im Verein mit Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten nun schon seit Jahren pflichtgemäß getan worden ist. Arbeiten im Dienste des Vaterlandes, verantwortungsvolles Arbeiten, das ist nationale Tat, das ist nationale Gesinnung, nicht diese Worte, wie sie so oft in Ihren Reihen (zu der Deutschnationalen Volkspartei) gebraucht werden![738]

Ähnliche Versuche, das Selbstverständnis der rechten Gruppierungen anzuzweifeln, unternahmen auch andere Sprecher aus dem Spektrum der Mitte.[739] Einen weiteren Höhepunkt erreichte dieses Unterfangen im Zusammenhang mit den separatistischen Bestrebungen in Bayern im Herbst 1923. Theodor Wolff warf hierbei den Anhängern der nationalistischen Gruppen vor, „das Wort ‚national‘ zum Jahrmarktshumbug, das Wort ‚Reichstreue‘ zur Lüge“ werden zu lassen.[740] Zwischen den angeblich „nationalen“ Reden der Rechten und ihrem „nationalen“ Fühlen und Handeln klaffte aus seiner Sicht ein unüberbrückbarer Graben.[741] Zudem bestritt Wolff, dass es „national“ sei, „anderen Volksteilen die Vaterlandsliebe abzusprechen und selber sich von [sic!] Opfern zu drücken, die Not demagogisch auszunutzen und die Reichseinheit aufs Spiel zu setzen“.[742] Neben dem Berliner Tageblatt ging auch der Vorwärts dazu über, das Wort „national“ in Bezug auf die Deutschnationalen und „Völkischen“ in distanzierende, teilweise gar ironisierende Anführungszeichen zu setzen.[743] Ferner wurden deutschnationale Behauptungen wie die, dass sie die „einzigen national gesinnten Deutschen“ seien, mit Sarkasmus quittiert.[744] Ebenfalls verbreitet war, den selbst ernannten Nationalisten das Handeln gegen ihre eigene Ideologie vorzuwerfen – so bezeich-

[735] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Wilhelm Marx (Zentrum), S. 8046.
[736] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Wilhelm Marx (Zentrum), S. 8047.
[737] Ebd.
[738] Ebd.
[739] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (51), 12. Juli 1922, Nr. 304, S. 1 f., hier: S. 2.
[740] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 22. Oktober 1923, Nr. 496, S. 1 f., hier: S. 2.
[741] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 22. Oktober 1923, Nr. 496, S. 1 f.
[742] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 08. Oktober 1923, Nr. 472, S. 1 f., hier: S. 2.
[743] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 15. Oktober 1923, Nr. 484, S. 1 f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 22. Oktober 1923, Nr. 496, S. 1 f.; Bayerns Rüstungen gegen das Reich, in: Vorwärts (40), 04. November 1923, Nr. 258, S. 1 f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 05. November 1923, Nr. 520, S. 1 f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (53), 25. Februar 1924, Nr. 95, S. 1 f.; vereinzelt waren die distanzierenden Anführungszeichen bereits zuvor verwendet worden, so etwa bei: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 08. August 1921, Nr. 369, S. 1 f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (51), 23. Oktober 1922, Nr. 480, S. 1 f.; Deserteure der Steuerfront. Der Unfall der Deutschnationalen, in: Vorwärts (40), 31. August 1923, Nr. 405, S. 1 f.
[744] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 19. November 1923, Nr. 534, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 10. September 1923, Nr. 424, S. 1 f.; Der Nationalismus als „Idee“ und Bewegung, in: Germania (52), 30. Dezember 1922, Nr. 374, S. 1 f.

nete der VORWÄRTS rechte Putschpläne als einen „völkische[n] Volksverrat“[745]. Eine weitere Waffe im semantischen Kampf gegen den politischen Gegner war Ironie: Im Zusammenhang mit „antinationalem“ Verhalten wurden die Rechten als „Volksfreunde“,[746] „Volksbeglücker“,[747] „Patentnationale[…]“[748] oder „Nationalhelden“[749] tituliert – Bezeichnungen, die bitteren Hohn in sich trugen. Jedoch etablierten sich diese Formen der kritischen Verwendung des Wortes „national“ selbst innerhalb der linksliberalen und sozialdemokratischen Leitmedien nicht dauerhaft. Und auch in den anderen untersuchten Milieus waren Versuche, die eigene „nationale Gesinnung“ gegen die Rechten ins Feld zu führen, nur schwach ausgeprägt.[750] Insgesamt hatten die Sprecher aus der politischen Mitte den Rechten semantisch dauerhaft wenig entgegenzusetzen: Allein schon durch den Parteinamen und den ständigen Verweis auf ihre Gesinnung kultivierten die DNVP und die aufkommende NS-Bewegung ein in Abgrenzung zur Regierung und zu den Parteien der Mitte stehendes, angeblich wahrhaft „nationales“ Image. Ein Rezept gegen die wirkmächtige Besetzung des Begriffes „national“ mit antirepublikanischen Ideen seitens des rechten politischen Spektrums entwickelten die Sprecher der untersuchten Milieus nicht. Versuche, das Wort „national“ als pluralistisches, republikanisches Konzept zu verteidigen und dem politischen Gegner seinen Gebrauch abspenstig zu machen, wurden nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt und blieben auch daher erfolglos.

Die separatistischen Bestrebungen in Bayern hatten im Herbst 1923 das Thema der „territorialen Reichseinheit“ von Neuem ins Zentrum der Debatte gerückt. Alle untersuchten Parteien bekannten sich zu ihr. Vor allem die Sozialdemokraten präsentierten sich als Kämpfer „für Reichseinheit und Republik“[751] – und suchten hiermit, ihre ihnen angezweifelte „nationale“ Gesinnung zu demonstrieren. Im Gegensatz zu Linksliberalen und Sozialdemokraten versuchten die nationalliberalen und katholischen Leitmedien, die Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich nicht zu hoch zu hängen.[752] Eine dramatische Zuspitzung erfuhr der Konflikt schließlich am 9. November 1923. Von München aus hatten rechte Put-

[745] Der völkische Volksverrat. Aufgedeckte Mord- und Umsturzverschwörung – Verhaftung in zahlreichen Städten Preußens, in: Vorwärts (40), 23. März 1923, Nr. 69, S. 1.

[746] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 15. Oktober 1923, Nr. 484, S. 1 f.

[747] Vgl. Der erste Tag der neuen Regierung. Annahme des Vertrauensvotum mit 270 gegen 76 Stimmen – 25 Enthaltungen, in: Vorwärts (40), 15. August 1923, Nr. 377, S. 1.

[748] Hermann Müller, Der Zweck der Hetze, in: Vorwärts (40), 20. März 1923, Nr. 132, S. 1 f., hier: S. 1.

[749] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 03. September 1923, Nr. 412, S. 1 f., hier: S. 1.

[750] Vgl. Der Nationalismus als „Idee“ und Bewegung, in: Germania (52), 30. Dezember 1922, Nr. 374, S. 1 f., Zitat: S. 1.

[751] Bayerns Rüstungen gegen das Reich, in: Vorwärts (40), 04. November 1923, Nr. 258, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: Kahr treibt zum Bruch. Abberufung Lossows – Bayern fordert Geßlers Rücktritt!, in: Vorwärts (40), 20. Oktober 1923, Nr. 245, S. 1; Bayerns Rebellion gegen das Reich. Kahr nimmt die Reichswehr – Aufruf der Reichsregierung, in: Vorwärts (40), 21. Oktober 1923, Nr. 493, S. 1.

[752] Vgl. Kardinal und Kanzler, in: Kölnische Zeitung, 07. November 1923, Nr. 770, S. 1; Meuterei in Bayern, in: Germania (53), 20. Oktober 1923, Nr. 291, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich die Reichs-

schisten unter Führung Adolf Hitlers und Erich Ludendorffs nach Berlin marschieren und die Macht im Reich an sich reißen wollen. Doch endete der Marsch vom Münchner Bürgerbräukeller schon nach einigen hundert Metern vor der Feldherrnhalle im Feuergefecht mit der bayerischen Landespolizei. Aus dem neuerlichen Staatsstreichversuch ergab sich für die Sprecher der verschiedenen Milieus einmal mehr die Forderung nach „[m]öglichst feste[m] Zusammenstehen breitester Volkskreise“[753] und der Aufruf zur Mitarbeit an alle, die „nichts für sich persönlich, aber das Höchste für die Gemeinschaft“[754] erreichen wollten. Die Umstürzler wurden etwa in der GERMANIA als ein Haufen von „Phantasten“ und „Wirrköpfe[n]“ bezeichnet.[755] Eine ernst zu nehmende Gefahr schien von ihnen – nach Ansicht der katholischen und sozialdemokratischen Sprecher – nicht auszugehen.[756] Die mediale Berichterstattung und Kommentierung über das gescheiterte Staatsstreichunternehmen im fernen München hielt sich dementsprechend in Grenzen. Gleichwohl bildete Hitlers Putschversuch den Schlusspunkt einer ganzen Reihe von Krisenereignissen, die das Jahr 1923 geprägt hatten.

Auf die manigfältige Krisenerfahrung in den ersten Jahren der Weimarer Republik reagierten die Sprecher aus den Milieus der Mitte mit gebetsmühlenartig wiederholten Appellen an die „Einheit des Volkes“. Zur Lösung der großen Aufgaben wurde die „Gemeinschaft“ zwischen „Volk“, „Regierung“, „Parteien“ und „Parlament“ beschworen. Nicht selten wurde die augenblickliche Lage mit dramatischen Kategorien bewertet – so stand häufig nicht weniger als die „Existenz des deutschen Volkes“ zur Disposition.[757] Hinter Semantiken wie „Lebensfrage“,[758] „Be-

treue betonend: Philipp Zorn, Bayern und das Reich, in: Kölnische Zeitung, 28. Oktober 1923, Nr. 747a, S. 1.

753 Zwischen den Fronten. Deutschland nach dem Münchener Putsch, in: Vorwärts (40), 11. November 1923, Nr. 529, S. 1f., hier: S. 2.

754 Bauer, Zu den Vorgängen in München, in: Kölnische Zeitung, 21. November 1923, Nr. 804, S. 1f., hier: S. 1.

755 Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 503.

756 Vgl. Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 503f. u. 527–531.

757 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 381. Sitzung vom 14. August 1923, Rede von Hermann Müller (SPD), S. 11842. Vgl. z. B. auch: Umschau und Ausschau. Die große Not – Die Koalition der Verfassungsparteien – Illusionspolitik, in: Kölnische Zeitung, 25. April 1920, Nr. 388, S. 1; Ministerium Wirth?, in: Vorwärts (38), 10. Mai 1921, Nr. 107, S. 1; Wels über das Regierungsprogramm. Die Aussprache der Parteien, in: Vorwärts (38), 03. Juni 1921, Nr. 131, S. 1; Hugo Preuß, Deutschlands innerpolitisches Elend und die Verfassungspartei, in: Berliner Tageblatt (51), 08. Februar 1922, Nr. 323, S. 1f.; Sozialpolitik oder Politik des Terrors, in: Germania (52), 10. Februar 1922, Nr. 90, S. 1; Die Wehr an der Ruhr, in: Germania (53), 01. Februar 1923, Nr. 31, S. 1f.; Erich Dombrowski, Die Rede des Reichskanzlers. Die französische Gewaltpolitik – Der Appell an das Pflichtgefühl der Deutschen, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Oktober 1923, Nr. 504, S. 1f.; Ernst Feder, Schläfriges Rechtsgefühl, in: Berliner Tageblatt (53), 23. Juli 1924, Nr. 347, S. 1f.

758 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Oskar Hergt, S. 3634; ähnlich: Die neue Regierungskrise, in: Germania (53), 24. November 1923, Nr. 321, S. 1f.; Krisenlust und Schuldfrage, in: Germania (52), 17. Juni 1922, Nr. 362, S. 1f.; Cahen, Die Nöte der Familienväter. Ein Vorschlag für Kinderbeihilfen in den Tarifen, in: Berliner Tageblatt (49), 29. Dezember 1920, Nr. 596, S. 1f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Max Heydemann (KPD),

stand“,[759] „Untergang“,[760] „Leben und Sterben“[761] oder „Todeskampf des deutschen Volkes“[762] verbarg sich die Vorstellung, dass es um alles oder nichts gehe – ein Resultat dazwischen sah die Krisenrhetorik nicht vor. Jedoch schliff sich diese Sprache durch ihre fast alltägliche Verwendung ab. War schon Ende Oktober 1922 davon die Rede, dass das „Volk […] zugrunde“ gehe,[763] so bot dieser Alarmismus kaum Raum zur semantischen Verarbeitung der noch viel dramatischeren Ereignisse der folgenden Monate. Eine solche Semantik diente als Argument für angeblich alternativlose Politiken, die betrieben werden müssten, um das „Volk“ vor dem drohenden „Untergang“ zu bewahren. Die „Sprache des Existenziellen“ war Reaktion auf die zeitgenössisch als „krisenhaft“ wahrgenommene Situation. Trotz der Gewöhnungs- und Abstumpfungseffekte aufgrund des ständigen Gebrauchs bestimmten die verwendeten sprachlichen Kategorien das allgemeine Bewusstsein. Je häufiger und je drastischer über den drohenden „Untergang“ gesprochen wurde, desto gravierender erschien die aktuelle „Krise“. Stand eine solche Sprache für die zeitgenössische Krisenwahrnehmung, so verschwanden entsprechende, sozialdarwinistisch-inspirierte Semantiken nach Bewältigung der „großen“ Krisenereignisse dennoch nicht aus der politischen Sprache – auch in den „guten Zeiten der Republik“ wurde, wie Thomas Mergel aufzeigt, in „existenziellen“ Kategorien gesprochen.[764]

S. 4766; Ein Reich! Ein Recht, in: Vorwärts (39), 26. Juli 1922, Nr. 349, S. 1 f.; An der Wende. Die Wirtschaftspolitik der Bußtagsregierung, in: Vorwärts (39), 23. November 1922, Nr. 553, S. 1 f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Georg Ledebour (parteilos), S. 9434; etwas gemäßigter der Ausdruck „Lebensentscheidung“: Die deutsche Einheitsfront, Was not tut, in: Kölnische Zeitung, 20. Januar 1923, Nr. 49, S. 1.

759 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Karl Trimborn (Zentrum), S. 3631; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Wilhelm Marx (Zentrum), S. 8045; Rechtsschwenkung in Württemberg?, in: Germania (53), 17. Juli 1923, Nr. 195, S. 1 f.

760 Vgl. [Adam] Stegerwald, Mein Rücktritt, in: Germania (51), 08. November 1921, Nr. 686, S. 1 f., hier: S. 2; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Hermann Müller (MSPD, Reichskanzler), S. 4937; Umschau und Ausschau. Das Volk als Sündenbock – Das Orakel vom 6. Juni – Die Partei der deutschen Patrioten, in: Kölnische Zeitung, 20. Juni 1920, Nr. 543, S. 1; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 66; Aktivität, in: Germania (53), 03. September 1923, Nr. 244, S. 1.

761 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 56; ähnlich: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 3. Sitzung vom 28. Juni 1920, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Reichskanzler), S. 11; L[udwig] Quidde, Die Entwaffnungsfrage in Spaa, in: Berliner Tageblatt (49), 07. Juli 1920, Nr. 314, S. 1 f.; [Rudolf] Oeser, Deutschlands Auferstehung, in: Berliner Tageblatt (50), 27. März 1921, Nr. 144, S. 1 f.; Die letzte Runde, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1923, Nr. 528, S. 1; Wilhelm Marx, Zukunftsarbeiten der Zentrumspartei. Rede auf dem Reichsparteitag des Zentrums, abgedruckt in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–3, hier: S. 3.

762 Gustav Stresemann, Rede in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichskanzlei vom 24. Oktober 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 139.

763 Forderungen des Tages, in: Germania (53), 24. Oktober 1922, Nr. 564, S. 1 f., hier: S. 1.

764 Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 282–285, Zitat: S. 283.

Hierzu zählte unter anderem der Rückgriff auf die Hochwerte „Ehre“ und „Würde“. Sprecher aller untersuchten Milieus bekannten sich immer wieder zu ihnen und verteidigten sie semantisch gegen die äußeren Feinde.[765] Trotz aller Versuche, den Begriff der „Ehre“ bzw. die Unterstellung, der andere würde die „nationale Ehre“ verletzen, aus der innenpolitischen Diskussion herauszuhalten, stand das Wort im Fokus der Auseinandersetzung.[766] Dem deutschnationalen Vorwurf des „ehrlosen“ Handelns begegneten die Sprecher aus dem Spektrum der Mitte mit dem Verweis darauf, dass „die Ehre […] uns niemand nehmen“ könne.[767] Und die GERMANIA kritisierte, dass „das nationale Ehrenschild zum Deckmantel parteipolitischer Schiebergeschäfte mißbraucht“ werde.[768] Der Vorwurf der „nationalen Würdelosigkeit“ war ein bei den Deutschnationalen beliebtes Argument gegen den politischen Gegner.[769] Die Angegriffenen reagierten darauf, indem sie die Rechten der „Phrasendrescher[ei]“[770] bezichtigten und deren Anspruch, „patentierte[…] Erbpächter oder die alleinigen Hüter nationaler Würde“[771] zu sein, ins Lächerliche zogen. Mit solchen Aussagen versuchten die Sprecher aus dem untersuchten Spektrum, ihr eigenes Handeln als „würdig“ und „eh-

765 Vgl. Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 60–71; Die Sühne für Breslau, in: Vorwärts (37), 04. September 1920, Nr. 440, S. 1 f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Ludwig Haas (DDP), S. 3642; Einigkeit und tätiger Wille. Ein Nachwort zur Reichstagssitzung, in: Kölnische Zeitung, 15. Januar 1923, Nr. 34, S. 1; Der Reichstag vor der Auflösung. Wahlen wahrscheinlich schon am 6. April, in: Vorwärts (41), 06. März 1924, Nr. 111, S. 1; IfZ ZG e030: DDP, Deutsche Frauen!, [undat. Flugblatt]; Ludwig Haas, Die Revision des Versailler Friedens, in: Berliner Tageblatt (49), 05. März 1920, Nr. 119, S. 1 f.; Ludwig Haas, Die akademische Jugend, in: Berliner Tageblatt (49), 04. April 1920, Nr. 155, S. 1 f.; Die Partei über alles, in: Kölnische Zeitung, 30. Juni 1920, Nr. 573, S. 1; Das Kapitel: „Einheitsfront“. Gemeinsames und Trennendes, in: Vorwärts (40), 10. Januar 1923, Nr. 14, S. 1 f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 286. Sitzung vom 13. Januar 1923, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 9424; Hermann Reinfried, Die Franzosen in Baden, in: Germania (53), 06. Februar 1923, Nr. 36, S. 1 f.

766 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Ludwig Haas (DDP), S. 3642; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 103. Sitzung vom 10. Mai 1921, Rede von Oskar Hergt (DNVP), S. 3636; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Oskar Hergt (DNVP), S. 4745; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (51), 09. Oktober 1922, Nr. 456, S. 1 f., hier: S. 1; Notwendigkeiten, in: Germania (53), 27. September 1923, Nr. 268, S. 1 f.

767 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Walter Schücking (DDP), S. 4764; ähnlich: Umschau und Ausschau. Französische Katastrophenpolitik – Die „Hilfe“ Englands – Schicksalsfrage, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1923, Nr. 436, S. 1; Notwendigkeiten, in: Germania (53), 27. September 1923, Nr. 268, S. 1 f.

768 Notwendigkeiten, in: Germania (53), 27. September 1923, Nr. 268, S. 1 f., hier: S. 2.

769 Vgl. „Entente-Agenten“, in: Vorwärts (38), 28. April 1921, Nr. 197, S. 1 f., Zitat: S. 1; Umschau und Ausschau. Maiensegen – Mißverstandener Demokratismus – Auch eine Wiedergutmachung, in: Kölnische Zeitung, 01. Mai 1921, Nr. 315, S. 1; J[osef] Forderer, Süddeutschland und das Reich, in: Germania (52), 13. Juni 1922, Nr. 355, S. 1 f.

770 J[osef] Forderer, Süddeutschland und das Reich, in: Germania (52), 13. Juni 1922, Nr. 355, S. 1 f, hier: S. 1.

771 Der Nationalismus als „Idee“ und Bewegung, in: Germania (52), 30. Dezember 1922, Nr. 374, S. 1 f., hier: S. 1.

renhaft“ zu verteidigen, und machten deutlich, dass nicht eine Partei allein definieren können, was „Ehre“ und „Würde“ bedeute, sondern dass diese Werte dem individuellen Gewissen unterliegen und in der Wahlentscheidung des „Volkes“ zum Ausdruck kommen würden.

Die Krisenerfahrungen hatten Auswirkungen auf das Verständnis von „Nation“ und „Volk“. Das gemeinsame Erleben und die damit verbundene Belastung für den Einzelnen galten geradezu als eine Klammer des Zusammenhalts.[772] Die unauflösliche Bindung sowie das Zusammenstehen der „Nation“ in Zeiten der Krise wurde etwa durch den Begriff „Schicksalsgemeinschaft“ thematisiert. Er fand milieuübergreifend Verwendung und wurde meist mit dem Zusatz „deutsch“ versehen – so etwa in der Bezeichnung: „Not- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes“[773]. Besonders ausgeprägt war der Gebrauch des Begriffes im nationalliberalen und katholischen Spektrum.[774] In der GERMANIA etwa wurde die „Schicksalsgemeinschaft“ als „letzte[r] Sinn des Staates und sein[…] herrlichste[r] Wert“ bezeichnet[775] und die KÖLNISCHE ZEITUNG deklarierte verschiedene Situationen als „für das Schicksal des ganzen Volkes entscheidend“[776]. Der Wortbestandteil „Schicksal“ verwies auf die Ohnmacht der Akteure und weckte die Assoziation, dass das Gedeihen des Staates in den Händen höherer Mächte liege.[777] „Schicksal“ wurde als eine hinzunehmende Gegebenheit begriffen, die ohne die Nennung von Akteuren und Verantwortlichen konstatiert werden konnte, ja der mitunter selbst die Rolle des Handelnden zukam.[778] Während der Faktor „Schick-

[772] Vgl. Umschau und Ausschau. Die Wählerpsyche – Wen wählen wir? – Die Partei des gesunden Menschenverstands, in: Kölnische Zeitung, 06. Juni 1920, Nr. 503, S. 1.

[773] BArch R 45-III/45: DDP, Ein Bekenntnis zu Demokratie, Republik und Volksgemeinschaft. Dem deutschen Manne und der deutschen Frau gewidmet von der Deutschen Demokratischen Partei, [undat., vermutlich 1922], fol. 30.

[774] Vgl. [Albert] Lauscher, Der Streit um den Rhein, in: Germania (52), 07. Juni 1922, Nr. 345, S. 1f.; Umschau und Ausschau. Soziologische Politik – Marxismus und nationaler Gedanke – Schicksalsgemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 13. Mai 1923, Nr. 331, S. 1; Fr[anz] Ehrhardt, Das Ende Deutschlands? Die politische und soziale Reaktion auf dem Marsche, in: Germania (53), 09. Oktober 1923, Nr. 280, S. 1f., hier: S. 1; Wehret dem Chaos!, in: Kölnische Zeitung, 22. Oktober 1923, Nr. 730, S. 1; Paul Wentzcke, Stammestum und Föderalismus, in: Kölnische Zeitung, 07. Januar 1924, Nr. 15, S. 1f.; Ein politischer Spaziergang, in: Kölnische Zeitung, 03. Mai 1924, Nr. 314, S. 1.

[775] Johannes Dierkes, Volk und Staat, in: Germania (54), 17. Juli 1924, Nr. 291, S. 1f., hier: S. 1.

[776] Die Krise, in: Kölnische Zeitung, 24. Oktober 1921, Nr. 718, S. 1; ähnlich: Neue Wege zum Wirtschaftsfrieden auf dem Lande, in: Kölnische Zeitung, 05. Oktober 1920, Nr. 847, S. 1; Nervöse Unruhe, in: Kölnische Zeitung, 26. April 1921, Nr. 301, S. 1; [Reinhard] Scheer, Demagogie und Außenpolitik, in: Kölnische Zeitung, 01. September 1921, Nr. 580, S. 1f.

[777] Vgl. z. B.: Die Faust an der Gurgel, in: Vorwärts (36), 10. Dezember 1919, Nr. 630, S. 1; [Paul] Moldenhauer, Verantwortungsgefühl, in: Kölnische Zeitung, 29. Juni 1920, Nr. 568, S. 1f.; Wir und die Entscheidung im Osten, in: Germania (50), 17. August 1920, Nr. 360, S. 1f.; F[riedrich] Siegmund-Schultze, Fünfzig Nationen und das deutsche Schicksal. „Frankreich will nicht.“, in: Berliner Tageblatt (52), 19. September 1923, Nr. 440, S. 1f.

[778] So z. B. in der Aussage: „Der Ausgang der oberschlesischen Frage beweißt, daß der Kelch des Leidens, den das Schicksal unserem Volke an die Lippen gelegt hat, noch nicht ausgetrunken ist.“ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Walter Schücking (DDP), S. 4760.

sal“ die Einflussmöglichkeit der Politiker generell gering erscheinen ließ, wurde gleichzeitig die Bedeutung einzelner Entscheidungen dennoch als sehr groß eingeschätzt. So hänge das „Schicksal“ etwa von der (richtigen) (Wahl-) Entscheidung des „Volkes“ und seiner politischen Vertreter ab.[779] In diesem Kontext kam dem Begriff die Funktion zu, die demokratische Abstimmung zur Entscheidung über die Zukunft der „Nation“ zu stilisieren und ihr eine besonders hohe Bedeutung beizumessen.

Wie aufgezeigt, war das Gemeinschafts- und Einheitsdenken in der Weimarer Republik weitverbreitet und wurde durch die Krisenereignisse noch einmal verstärkt. Zunehmend wurde, wie Dirk Schumann pointiert herausgearbeitet hat, aus der „Abwehrgemeinschaft“ gegen den äußeren Feind eine „Revisionsgemeinschaft“ für den autoritären Verfassungsumbau und letztlich eine „Kampfgemeinschaft“ gegen das parlamentarisch-demokratische System von Weimar.[780] Die Einheitsforderungen konnten dabei an das vermeintliche „August-Erlebnis“ aus den Tagen des Kriegsausbruchs anknüpfen und fanden in ihm einen positiv konnotierten Bezugspunkt. Der häufig anzutreffende argumentative Rekurs auf den Sommer 1914 macht deutlich, dass in der Weimarer Republik „das Interesse am ‚Augusterlebnis‘“ keineswegs so „gering“ war, wie etwa Jeffrey Verhey annimmt.[781] 1919, zum fünften Jahrestag des Kriegsausbruchs, hatte Theodor Wolff zwar den Versuch unternommen, dem verbreiteten Bild von der „wirklichen Kriegsbegeisterung“ dadurch entgegenzuwirken, indem er diese aus der „Pflichttreue“ der Deutschen zu erklären suchte,[782] doch blieb eine solche Relativierung des „August-Erlebnisses“ eher die Ausnahme und wurde selbst im deutschdemokratischen Lager nicht von allen Sprechern geteilt.[783] So äußerte ein Kommentator in der Frankfurter Zeitung die Ansicht, im August 1914, als sich das „in Stände zerrissene Deutschland uniformiert[…]“ habe, sei der „göttlich[e]“ „Gedanke der

[779] Vgl. BArch R 45-III/4: Gertrud Bäumer, Rede im Sportpalast am 02. November 1924, fol. 40f.; ähnlich auch: Berlin, den 9. April, in: Germania (50), 10. April 1920, Nr. 149, S. 1; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 67.

[780] Dirk Schumann, Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen „middle classes“), in: Hans Mommsen (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 83–105, hier: S. 101.

[781] Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 355. Ähnlich, wenn auch abgeschwächt und nun auf den „Geist von 1914“ bezogen: „In den zwanziger Jahren spielte das Narrativ des ‚Geistes von 1914‘ selbst im politischen Diskurs in Deutschland keine zentrale Rolle mehr“. Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, S. 346.

[782] Theodor Wolff, Der 1. August 1914, in: Berliner Tageblatt (48), 01. August 1919, Nr. 352, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Max Graf Bethufh-Hue, Der Sedantag, in: Vossische Zeitung, 25. Mai 1922, Nr. 245, S. 1f.

[783] So schrieb etwa Friedrich Meinecke: „Wie leicht war es in den Augusttagen von 1914, den gewaltigsten Willen zur Volksgemeinschaft zu entzünden.“ BArch NS 5-VI/17362: Friedrich Meinecke, Volksgemeinschaft, in: Der Deutsche, 08. April 1921, Nr. 7.

Volksgemeinschaft“ zum Leben erweckt worden.[784] Und selbst bei Sozialdemokraten vom rechten Parteiflügel wie Heinrich Deist galt der 1. August 1914 als der „Tag, an dem deutsches Volksein hervorbrach“.[785] Im nationalistischen Milieu war die verklärte Erinnerung an den Kriegsausbruch noch stärker verbreitet. Teilweise wurden hier gar Zweifel an der Existenz des „August-Erlebnisses“ als ehrverletzender Akt „bemitleidenswürdiger [sic!] Kosmopoliten und böswilliger Auslandsknechte“ abgetan.[786]

Vielfach knüpften sich Zukunftserwartungen an die Thematisierung des Kriegsausbruchs 1914. So hoffte etwa die Kölnische Zeitung für den Wiederaufbau des „Wirtschaftslebens“ auf den „Geist des 4. August 1914“.[787] Und zum sechsten Jahrestag des Kriegsausbruchs, im Sommer 1920, schrieb das Blatt:

> Als am 4. August 1914 auch die englische Kriegserklärung vorlag, da begriff das ganze deutsche Volk mit einem Schlage: nun stehen wir allein und haben alle gegen uns. Die Wirkung war die volle Einigkeit. Es gab keine Parteien mehr, es gab nur noch Deutsche. Heute stehen wir ebenso allein, aber auf dem Tiefpunkt der Schwäche, ohne große Führer, und sind somit in unsrer gemeinsamen Existenz viel grimmiger bedroht. Wenn es je notwendig war, zu denken wie im August 1914, so ist es jetzt, nach den sechs schweren Jahren, im August 1920.[788]

Durch Eintauchen der Vergangenheit in helles Licht wurden die Fehlstellen der Gegenwart besonders betont. Diese Praktik machte sich unter anderem Gustav Stresemann zunutze, indem er auf das „August-Erlebnis“ des Jahres 1914 verwies:

> Reiner stand nie ein Volk vor Gott und der Weltgeschichte da als das deutsche Volk im Jahre 1914. Damals gab es keine Selbstsucht, alles war einig in dem Gedanken, daß Deutschland einig sei und einig bleiben müsse. Zu dieser Einheit des nationalen Empfindens haben wir uns nicht mehr zurückgefunden. Wohl wallte sie manchmal auf, wenn neue Vergewaltigungen kamen, so beim Ultimatum, Oberschlesien usw. Im Reichstag konnte man aber sich nicht einmal über ein Zustandekommen einer einheitlichen Protestaktion verständigen. [789]

Ähnlich rühmte auch Stegerwald das Geschehen bei Kriegsausbruch. Jedoch, so der christliche Gewerkschaftsführer, sei im Krieg dann das „Krankhafte“ wieder

[784] [Wolfgang] Hoffmann, Republikanische Gemeinschaft, in: Frankfurter Zeitung (69), 04. Januar 1925, Nr. 9, S. 1 f., hier: S. 1.

[785] Heinrich Deist, Volk, Staat und Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte (29), 1923, Nr. 5, S. 272–275, hier: S. 272.

[786] So schrieb die Weserzeitung zum achten Jahrestag des Kriegsausbruchs: „Mit Wehmut und doch mit Stolz gedenken wir in diesen Tagen der ersten Augustwoche des Jahres 1914. Der nationale Hochschwung, die Begeisterung, der Opferwille, die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes durch alle Klassen und Stände hindurch, die damals zutage trat, werden immer eine der stolzesten Erinnerungen des deutschen Volkes bleiben. Sie werden es bleiben, trotz allem, was seitdem geschehen ist und trotz allen Versuchen bemitleidenswürdiger [sic!] Kosmopoliten und böswilliger Auslandsknechte, dem deutschen Volke die Erinnerung an den Augustaufschwung aus dem Herzen zu reißen oder zu beschmutzen.“ BArch R 8034-II/7887: Augusterinnerungen, in: Weserzeitung, 02. August 1922, Nr. 510.

[787] Umschau und Ausschau. Die Wählerpsyche – Wen wählen wir? – Die Partei des gesunden Menschenverstands, in: Kölnische Zeitung, 06. Juni 1920, Nr. 503, S. 1.

[788] Umschau und Ausschau. Kohle und Kultur – Die Unwirtschaft und die Staatslast – Wie vor sechs Jahren!, in: Kölnische Zeitung, 01. August 1920, Nr. 661, S. 1.

[789] BArch R 45-II/327: Die Rede Dr. Stresemanns auf dem DVP-Parteitag in Stuttgart am 01. Dezember 1921, fol. 821–823, hier: fol. 821 f.

an die Oberfläche getreten und habe „überall in einem erschreckenden Maße“ dominiert.[790]

Ob die Sprecher wider besseres Wissen ein solches Bild skizzierten oder ob sie damit allein die Absicht verfolgten, eine neue „Einheit“ zu beschwören, sei dahingestellt. Jedenfalls fällt auf, dass mit zunehmender zeitlicher Distanz zum realen Geschehen bei Kriegsausbruch dieses immer häufiger als positiv konnotierter Erinnerungsort herangezogen wurde. Nach Ansicht einiger Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu lebte der „Geist von 1914“ in der Weimarer Republik im Verborgenen fort,[791] für andere hatte er nur „ein paar kurze Monate“ während des Krieges gewährt.[792] Doch gab es in der Gegenwart auch Situationen, in denen der „Geist von 1914“ wiederaufzuleben schien: So sei die „Einigkeit“ der Bewohner des Ruhrgebiets „selbst durch die Stimmung des Jahres 1914 nicht übertroffen“ worden, jubelte die Kölnische Zeitung zu Beginn der französischen Ruhrbesetzung im Januar 1923.[793] Im Zusammenhang mit dem „Ruhrkampf“ wurde der „August 1914“ immer wieder als Referenzgröße herangezogen.[794] Obwohl sich die anfängliche Euphorie schnell legte, blieb weiterhin „ein zweiter August 1914“ die verbreitete Zielvorstellung.[795] Das „August-Erlebnis“ wurde als Erleben der angestrebten „Volksgemeinschaft“ betrachtet.[796]

3.2 Der „kranke Volkskörper“ – Zeitreflexionen mittels medizinischer und organischer Denk- und Sprachbilder

Der als krisenhaft wahrgenommenen Situation des Deutschen Reichs begegneten die Sprecher aus den verschiedenen untersuchten Milieus häufig durch den Rekurs auf das Wesen des „Volkes“. Ihre Reflexion über die Gegenwart fand oftmals in Körper- und Krankheitssemantiken statt.[797] Die Pathologisierung des „Volkes“ (oder Teile seiner Angehörigen) war eine Strategie, mit der versucht wurde, poli-

[790] Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, S. 8; hierzu auch: BArch NS 5-VI/17362, fol. 110: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187.

[791] Vgl. Der Zwang der nationalen Arbeitsgemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 28. Januar 1921, Nr. 71, S. 1f.

[792] Zudem mit kaum überhörbarer Skepsis: „Es hat, wenn man will, einen Geist von 1914 gegeben.“ Richard Bahr, Neuer Geist?, in: Kölnische Zeitung, 30. April 1921, Nr. 312, S. 1.

[793] Zur Lage, in: Kölnische Zeitung, 26. Januar 1923, Nr. 65, S. 1f., hier: S. 1.

[794] Vgl. Zeichen von der Ruhr, in: Kölnische Zeitung, 09. Februar 1923, Nr. 101, S. 1; BArch R 8034-II/7888: Hans-Werner von Zengen, Nationale Volksgemeinschaft, in: Schlesische Zeitung, 29. April 1924, Nr. 190.

[795] BArch NS 5-VI/17362: Die Gemeinschaft der Hundertmillionen Deutschen. Zum 18. Januar 1924, in: Nationalliberale Correspondenz, 16. Januar 1924, Nr. 8.

[796] Vgl. [Wolfgang] Hoffmann, Republikanische Gemeinschaft, in: Frankfurter Zeitung (69), 04. Januar 1925, Nr. 9, S. 1f.; Karl Scharnagl, 1932 zur Volksgemeinschaft?, in: Vossische Zeitung, 31. Dezember 1931, Nr. 614; BArch R 55/1273: Walter von Molo, Rundfunkansprache „Stunde der Volksgemeinschaft“, 22. März 1932, fol. 143–145.

[797] Vgl. hierzu auch: Moritz Föllmer, Der „kranke Volkskörper“. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik, in: GG (27), 2001, S. 41–67, hier: S. 41.

tische Gewalt und moralisches Fehlverhalten zu erklären. Sowohl physische als auch psychische Erkrankungen konnten am „deutschen Volkskörper“ diagnostiziert werden. Mitunter wurden auch vermeintlich sittliche und moralische Verrohungen als Krankheiten gewertet.[798] Die medizinischen Befunde lauteten etwa auf Erschöpfung,[799] Überanstrengung,[800] Nervosität,[801] Blutverlust,[802] Fäulnis,[803] Krebs[804] sowie Keim-[805] oder Parasitenbefall[806]. Häufig war aber auch allgemein von einer Krankheit „an Leib und Seele“,[807] einer Störung des „seelische[n] Gleichgewicht[s]“[808] oder von den „unsagbaren Leiden unseres Volkes“[809] die Rede. Krankheitssymptome wurden plastisch als „heftige[…] Zuckungen“[810] oder „Fie-

[798] Vgl. Zur Jahreswende, in: Germania (51), 01. Januar 1921, Nr. 1, S. 1; Josef André, Katholische Arbeiterschaft und Zusammenarbeit der Stände, in: Germania (53), 15. Juli 1923, Nr. 193, S. 1f.; R[ichard] O[tto] Frankfurter, Der Kampf gegen den Wucher, in: Berliner Tageblatt (49), 28. April 1920, Nr. 197, S. 1f.; Der schuldige Hasardeur. Ludendorff gegen Marxisten, Juden und Zentrum, in: Vorwärts (41), 01. März 1924, Nr. 103, S. 1.

[799] Vgl. Berlin, den 28. Mai, in: Germania (50), 29. Mai 1920, Nr. 227, S. 1; [Rudolf] Oeser, Deutschlands Auferstehung, in: Berliner Tageblatt (50), 27. März 1921, Nr. 144, S. 1f.; Florian Klöckner, Deutschlands Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Germania (52), 14. Oktober 1922, Nr. 548, S. 1.

[800] Vgl. Berlin, den 5. Juni, in: Germania (50), 06. Juni 1920, Nr. 239, S. 1.

[801] Vgl. Schüsse auf Erzberger, in: Kölnische Zeitung, 27. Januar 1920, Nr. 89, S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Eugen Bolz (Zentrum), S. 4939; Berlin, den 9. Januar, in: Germania (50), 10. Januar 1920, Nr. 15, S. 1; „Fort mit Cuno!“, in: Kölnische Zeitung, 13. August 1923, Nr. 558, S. 1; Der Wiederzusammentritt des Reichstags, in: Kölnische Zeitung, 26. September 1923, Nr. 665, S. 1; Umschau und Ausschau. Politische Vereinsmeierei – Helferichs Vermächtnis – Die Pflichten des Wahlkampfpflegers, in: Kölnische Zeitung, 18. Mai 1924, Nr. 351, S. 1.

[802] Vgl. Carl Severing, Unser Selbstschutz, in: Vorwärts (40), 01. April 1923, Nr. 153, S. 1f.

[803] Vgl. Wilhelm Kahl, Die Grundlage unsers Abwehrkampfes, in: Kölnische Zeitung, 16. Juni 1923, Nr. 415, S. 1.

[804] Vgl. Eberts Osterbotschaft, in: Kölnische Zeitung, 16. April 1919, Nr. 296, S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Johann Leicht (BVP), S. 5004; R[ichard] O[tto] Frankfurter, Der Kampf gegen den Wucher, in: Berliner Tageblatt (49), 28. April 1920, Nr. 197, S. 1f.; Der Weg und die Ziele, in: Kölnische Zeitung, 14. November 1923, Nr. 788, S. 1.

[805] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (53), 18. Februar 1924, Nr. 83, S. 1f.

[806] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 289. Sitzung vom 17. Januar 1923, Rede von Hermann Jäckel (SPD), S. 9460; Mehr Solidarität!, in: Germania (53), 23. September 1923, Nr. 264, S. 1f., hier: S. 1.

[807] Berlin, den 28. Mai, in: Germania (50), 29. Mai 1920, Nr. 227, S. 1; ähnlich: Vaterländische Pflicht, in: Vossische Zeitung, 17. Juli 1920, Nr. 353, S. 1f.; Hermann Müller-Franken, Das Schicksalsjahr 1921, in: Vorwärts (38), 01. Januar 1921, Nr. 1, S. 1f.; Umschau und Ausschau. Zufälle des Schicksals – Jumel mudjitsu – Im Stillen Ozean, in: Kölnische Zeitung, 01. Januar 1922, Nr. 1, S. 1.

[808] Spannungen, in: Germania (53), 25. Juli 1923, Nr. 203, S. 1f., hier: S. 1; vgl. ferner: Karl-Albrecht von Lüchow, Heldentum gestern und heute. Der Held von Roßbach in darstellnder [sic!] Kunst und Historiographie im Wandel der Zeiten, in: Donnersruher Umschau (45), 18. Juli 1923, Nr. 75, S. 1ff.

[809] Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei/Vorstand der Reichstagsfraktion, Wahlaufruf der Deutschen Zentrumspartei. An das deutsche Volk!, in: Germania (54), 15. März 1924, Nr. 85, S. 1.

[810] [Reinhard] Scheer, Demagogie und Außenpolitik, in: Kölnische Zeitung, 01. September 1921, Nr. 580, S. 1f., hier: S. 1.

berschauer[…]“[811] beschrieben. Solche Semantiken simplifizierten die komplexen Krisenursachen, indem sie die schwierige Lage von Staat und „Nation“ auf angebliche psychische Störungen oder schwere innere Krankheitem zurückführten.[812]

Die Vergleiche mit einer Epidemie oder einem Metastasen bildenden Tumor erzeugten beim Rezipienten das eindrucksstarke Bild einer sich ausbreitenden Erkrankung, die kaum zu stoppen sei. Ohne die Durchführung von Maßnahmen wie Quarantäne, Immunisierung oder chirurgischen Eingriffen bestünden kaum Aussichten auf die Heilung des „Volkes“. Auch die Tötung des betroffenen Teils des „Volkskörpers“ aus „Seuchenschutzgründen“ lag als Ultima Ratio im Rahmen des Denkbaren. Die medizinisch-biologistische Sprache zu Ende gedacht, eröffnete Deutungsräume, die das Individuum zu einem Objekt werden ließen, das im Zweifel für einen höheren Zweck geopfert werden müsse.

Entsprechende holistische Semantiken wurden verhältnismäßig selten verwendet. Doch kamen sie etwa in einem Kommentar des Berliner Tageblatts aus dem Herbst 1923 vor. Darin schrieb Ernst Feder im Zusammenhang mit der Diskussion um die Reichsexekution in Sachsen und Bayern:

> Die krankhaften Stellen des deutschen Volkskörpers, Bayern und Sachsen, hat der militärische Ausnahmezustand […] in helles Licht gerückt. Die Operation ist noch nicht vollzogen.[813]

In bewusster Doppeldeutigkeit hatte Feder das (geforderte) militärische Vorgehen mit einem medizinischen Eingriff gleichgesetzt. Die Bezeichnung von zwei großen Reichsländern als „krankhafte[…] Stellen“ evozierte Gedanken an zu ergreifende radikale Maßnahmen, ohne dass genauer auf Krankheitsursachen und alternative Therapiemethoden eingegangen wurde. Solche Sprachbilder stellten in den untersuchten Milieus jedoch die Ausnahme dar. Dennoch gehörten sie – vor allem in Krisenzeiten – zum Sagbaren im Spektrum der politischen Mitte. So konnte auch der DVP-Politiker Wilhelm Kahl im Juni 1923, also während des „Ruhrkampfs“, in der Kölnischen Zeitung proklamieren:

> Fort darum mit allem faulen Fleisch an unserm Volkskörper![814]

Wenn Kahl hiermit vermutlich primär eine sittliche Erneuerung einfordern wollte, eignete sich der Wortlaut doch auch dafür, vermeintlich „antinationale“ Perso-

[811] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 381, 7. Sitzung vom 06. Juni 1924, Rede von Wilhelm Marx (Zentrum, Reichskanzler), S. 104; Eduard Herold, Deutschlands Wiedergeburt, in: Kölnische Zeitung, 16. März 1919, Nr. 197, S. 1; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Otto Geßler (DDP, Reichswehrminister), S. 4959; Bauer, Zu den Vorgängen in München, in: Kölnische Zeitung, 21. November 1923, Nr. 804, S. 1f., hier: S. 1; Gustav Stresemann, Reichstagsrede vom 22. November 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 272; Deutschland. Hindenburg und der Zusammenbruch, in: Kölnische Zeitung, 05. Mai 1920, Nr. 418, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 04. Juni 1923, Nr. 258, S. 1f.; Vaterländische Pflicht, in: Vossische Zeitung, 17. Juli 1920, Nr. 353, S. 1f.

[812] Vgl. Föllmer, Der „kranke Volkskörper“, hier: S. 45.

[813] Ernst Feder, Bayern und Sachsen, in: Berliner Tageblatt (52), 17. Oktober 1923, Nr. 488, S. 1f., hier: S. 1.

[814] Wilhelm Kahl, Die Grundlage unsers Abwehrkampfes, in: Kölnische Zeitung, 16. Juni 1923, Nr. 415, S. 1.

nen aus dem imaginierten „Volkskörper“ auszuschließen. Diese Absicht konnte ebenfalls aus einem Leitartikel der Kölnischen Zeitung von Juni 1922 herausgelesen werden. Die „Liebe zum Vaterland“ solle endlich ein „heilige[s], reinigende[s] Feuer entfachen“, das „zuallerst [sic!] die häßlichen Flecken ausbrenne, die der Körper unsers führungs- und haltlos gewordenen Volkes heute“ zeige, forderte das Blatt.[815]

Als wie ernst die Lage des „Volkes“ beurteilt wurde, machten Worte wie „todeskrank“,[816] „um sein Leben ringend[…]“,[817] „schwer krank[…]“[818] oder „todwund und sterbenskrank“[819] deutlich. Falls mit dem „Mark“[820] eines der Regenerationsorgane befallen war, hatte die Erkrankung von einer Wurzel des Lebens Besitz ergriffen und stellte damit die Fortexistenz des „Volkes“ infrage. Als besonders gefährdet und anfällig für „Degenerierung“[821] galt die Jugend, da sie als Generation das Weiterleben des „Volkes“ verkörperte. Sie stellte die Scharnierstelle zwischen dem „Volk“ der Gegenwart und dem der Zukunft dar. Auf ihr ruhte die Hoffnung für eine Erneuerung des ganzen „Volkes“.[822]

Was sahen die Sprecher aus den verschiedenen untersuchten Milieus als Auslöser für die Erkrankung des „Volkes“ an? Oftmals wurde lediglich die Existenz einer Krankheit konstatiert, ohne näher auf die Ursachen einzugehen. Teilweise wurden Gründe allgemeiner Art angeführt: Zu diesen zählten etwa die „politische[…] Verhetzung“,[823] der Krieg[824] oder der Friedensvertrag[825]. Mitunter wurden aber auch konkretere Ursachen und Wirkungen diagnostiziert: So wurde im Berliner Tageblatt „fremden Mächten“ unterstellt, sie würden dem „kranken politischen und wirtschaftlichen Körper [Deutschlands, Anm. jr] ein Glied nach

815 Umschau und Ausschau. Hilfe aus Amerika – Für und wider die Anleihe – Deutsche Pfingsten, in: Kölnische Zeitung, 04. Juni 1922, Nr. 392, S. 1.

816 Ernst Feder, Gefühlspolitik, in: Berliner Tageblatt (49), 08. Juni 1920, Nr. 264, S. 1 f., hier: S. 1.

817 Umschau und Ausschau. Jahresbilanz – Die Hoffnung – Eine drohende Weltkrise, in: Kölnische Zeitung, 01. Januar 1921, Nr. 1, S. 1.

818 Bernhard Dernburg, Die Stundung der Reparationen, in: Berliner Tageblatt (51), 09. Januar 1922, Nr. 14, S. 1; Eduard Herold, Deutschlands Wiedergeburt, in: Kölnische Zeitung, 16. März 1919, Nr. 197, S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, 6. Sitzung vom 13. Februar 1919, Rede von Adolf Gröber (Zentrum), S. 54; ähnlich: Hermann Wäger, Die Totengräber unserer Volkswirtschaft, in: Vorwärts (36), 04. Juli 1919, Nr. 336, S. 1 f.

819 Umschau und Ausschau. Gleiches Maß – Worte und Werke – Eine Tat, in: Kölnische Zeitung, 04. September 1921, Nr. 587, S. 1.

820 Eine Reparations-Dienstzeit. Achtstundentag und Wiederaufbau, in: Germania (53), 07. November 1923, S. 1 f., hier: S. 1.; ähnlich: Berlin, den 28. Mai, in: Germania (50), 29. Mai 1920, Nr. 227, S. 1; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11967; Umschau und Ausschau. Hochverrat – Der Streit um Ludendorff – Besonnenheit!, in: Kölnische Zeitung, 09. März 1924, Nr. 175, S. 1.

821 Eine Reparations-Dienstzeit. Achtstundentag und Wiederaufbau, in: Germania (53), 07. November 1923, S. 1 f., hier: S. 1.

822 Vgl. BArch R 45-III/27: Protokoll der Tagung der DDP-Parteisekretäre in Berlin. Referat von Parteisekretär Ruß zur „Organisation der Jugend“, 18. Mai 1919, fol. 105–108.

823 Schüsse auf Erzberger, in: Kölnische Zeitung, 27. Januar 1920, Nr. 89, S. 1.

824 Berlin, den 28. Mai, in: Germania (50), 29. Mai 1920, Nr. 227, S. 1

825 Ernst Feder, Gefühlspolitik, in: Berliner Tageblatt (49), 08. Juni 1920, Nr. 264, S. 1 f., hier: S. 1.

dem anderen abreißen“,[826] die KÖLNISCHE ZEITUNG warf den Sozialdemokraten vor, sie quälten das „deutsche Volk“ „in neuem Parteienkampf vollends zu Tode“,[827] und ein Sprecher aus der DDP-Jugend bezichtigte die „Väter“, dem „Volk“ durch die Klassenunterschiede die jetzige „Krankheit […] eingeimpft“ zu haben[828]. In einzelnen Fällen wurden Angehörige anderer Schichten gar als „gewissenlose Elemente“ bezeichnet, die schamlos die „Notlage des Volkes“ für ihre Zwecke ausnutzen und damit „Parasiten gleich an der Volksgesundheit zehren“ würden.[829] Beabsichtigte der SPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Jäckel mit solchen Worten, die angeblichen Verursacher für die Verteuerungen und für die Not weiter „Volksteile“ verantwortlich zu machen, begab sich der Sozialdemokrat damit auf das Terrain einer inhumanen, biologistischen Semantik. Insgesamt hielten sich die meisten Sprecher mit konkreten Schuldzuweisungen jedoch zurück. Wenn sie Krankheitsursachen benannten, dann konnte dies zu Vorwürfen gegen andere politische Lager führen. Eine solche Argumentation geriet in Gefahr, als unpatriotisch zu gelten und gesellschaftliche Gräben zu vertiefen. Daher suchten die meisten Sprecher die Schuldigen im Ungefähren und Abstrakten bzw. außerhalb des „deutschen Volkes“. So wurde das „Volk“ zu einem Opfer fremder Aggression, das gleich einem „zerschundenen Märtyrer“[830] wehrlos seinen Feinden ausgeliefert sei und von diesen gefoltert werde. Das eigene Schicksal wurde mit einem „Kelch des Leidens“[831] verglichen. In der GERMANIA wurden solche religiösen Analogien an Ostern 1921 auf die Spitze getrieben: Das „deutsche Volk“ werde auf dem „Leidensweg“ „vorwärts getrieben“ und sei um alle Wertgegenstände beraubt worden, auf seinen Schultern liege ein schweres „Kreuz“, doch den Gegnern sei es noch nicht gelungen, „dem deutschen Volke den Todesstoß zu geben“.[832] Aber nicht nur die Passionsgeschichte, auch die christliche Osterbotschaft wendete das Blatt auf das „Volk“:

> Mit diesen Ostern kann das deutsche Volk seine Auferstehung feiern und nicht einmal das Aufflammen blutigen Aufruhrs in verschiedensten Teilen des Landes kann uns diese Hoffnung stören. Denn die Mehrzahl des Volkes ist zur Ruhe und Ordnung geneigt und sie will mit allen Kräften wiederum ihren Platz an der Sonne erreichen, der ihr zusteht, ohne andere zu kränken und zu benachteiligen.[833]

[826] Erich Dombrowski, Die Rede des Reichskanzlers. Die französische Gewaltpolitik – Der Appell an das Pflichtgefühl der Deutschen, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Oktober 1923, Nr. 504, S. 1 f., hier: S. 1.

[827] Umschau und Ausschau. Eine Jahresbilanz – Die Schuld an der Revolution – Die Sozialdemokratie am Scheideweg, in: Kölnische Zeitung, 19. Oktober 1919, Nr. 942, S. 1.

[828] BArch R 45-III/27: Protokoll der Tagung der DDP-Parteisekretäre in Berlin am 18. Mai 1919. Vortrag von Parteisekretär Ruß zur Organisation der Jugend.

[829] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 289. Sitzung vom 17. Januar 1923, Rede von Hermann Jäckel (SPD), S. 9460.

[830] Umschau und Ausschau. Eine Jahresbilanz – Die Schuld an der Revolution – Die Sozialdemokratie am Scheideweg, in: Kölnische Zeitung, 19. Oktober 1919, Nr. 942, S. 1.

[831] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Walter Schücking (DDP), S. 4760; ähnlich: Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung, Mitglieder der Zentrumspartei!, in: Germania (50), 28. März 1920, Nr. 131, S. 1.

[832] Ostern 1921, in: Germania (51), 27. März 1921, Nr. 143, S. 1 f., hier: S. 2.

[833] Ebd.

Ähnliche Parallelen zog zu Ostern 1921 auch die deutschnational-konservative Deutsche Tageszeitung. Im Leitartikel äußerte Julius Werner die Hoffnung, dass „auch für unser Volk und Vaterland hinter dem Karfreitagsdunkel die Auferstehungssonne aufgeht“, und schrieb, dass sich „unseres Volkes Niederlage zuletzt doch noch zum fernen Siege wandeln“ könne.[834]

„Auferstehung“ wurde in solchen Aussagen zur religiös konnotierten Metapher für den Glauben an das „Volk“ und an das baldige Ende der Krise. Daneben zeugten Wörter wie „Leidensweg“, „Martyrium“, „Opfer“ und „Erlösung“ von einer sakral-mystischen Deutung des „Volkes“ und der Gegenwart – einem Verständnis, das auch außerhalb des katholischen Milieus abgerufen werden konnte.[835] Das Auferstehungsnarrativ ähnelte hierbei der Vorstellung von einer „Krankheit“: Aus einer scheinbar hoffnungslosen Lage fand sich ein Ausweg durch göttliches Handeln, durch den „Willen zum Leben“[836] oder durch Ruhe, Besinnung und die Ausschaltung von Krankheitserregern. In Form der Auferstehungsgeschichte ließ sich diese Erzählung in ein christlich-religiöses, aber auch ein holistisches, „national“-mystisches Weltbild einbetten. Das Krankheitsnarrativ war dagegen universeller einsetzbar, verfügte jedoch über keine direkte metaphysische Aufladung.

Krankheitsdenk- und -sprachbilder waren vor allem im liberalen und katholischen Milieu verbreitet. Im sozialdemokratischen Spektrum war ihre Verwendung dagegen eher selten und diente vor allem zur Thematisierung von sozialen Ungerechtigkeiten im Innern.[837] Die Verurteilung des Wuchers durch Vergleich mit einer schweren Krankheit fand darüber hinaus auch im linksliberalen und katholischen Spektrum statt.[838]

834 Julius Werner, Des christlichen Kreuzes Botschaft, in: Deutsche Tageszeitung (28), 24. März 1921, Nr. 140, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich, wenn auch mit stärkerem Bezug auf die „germanische[…] Wesensart“: Julius Werner, Ostern – der Christen und der Deutschen Fest, in: Deutsche Tageszeitung (28), 26. März 1921, Nr. 142, S. 1 f.

835 So – neben den bereits angeführten Belegen – etwa in der Aussage der Kölnischen Zeitung nach dem Rathenau-Mord: „Bringt es uns weitere Spaltung und verheerenden Bürgerkrieg, oder führt es uns zur Besinnung, hat dieser deutsche Jude seinem Volke das Erlösungsopfer gebracht, das es befreien kann vom Übel?“ Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1; ähnlich: Eberts Osterbotschaft, in: Kölnische Zeitung, 16. April 1919, Nr. 296, S. 1; allgemein zum Bild des „leidenden Volkes“ im Protestantismus: Kurz, Nationalprotestantisches Denken in der Weimarer Republik, S. 127–129.

836 Ostern 1921, in: Germania (51), 27. März 1921, Nr. 143, S. 1 f., hier: S. 2; ebenfalls mit Bezügen auf Ostern: [Rudolf] Oeser, Deutschlands Auferstehung, in: Berliner Tageblatt (50), 27. März 1921, Nr. 144, S. 1 f.

837 Siehe oben und vgl. auch das Beispiel bei: Föllmer, Der „kranke Volkskörper“, hier: S. 52, Anm. 55.

838 Vgl. R[ichard] O[tto] Frankfurter, Der Kampf gegen den Wucher, in: Berliner Tageblatt (49), 28. April 1920, Nr. 197, S. 1 f.; Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei/Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei, Parteifreunde!, in: Germania (52), 19. Oktober 1922, Nr. 556, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 10. September 1923, Nr. 424, S. 1 f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 386. Sitzung vom 08. Oktober 1923, Rede von Johannes Bell (Zentrum), S. 11967; Mehr Solidarität!, in: Germania (53), 23. September 1923, Nr. 264, S. 1 f.

Trotz der mitunter schweren Erkrankungen, die dem „deutschen Volk“ zugeschrieben wurden, war nach dem Verständnis der allermeisten Sprecher eine „innere[…] Gesundung“[839] möglich – häufig wurde angenommen, dass der Weg dorthin bereits beschritten werde.[840] Einzelne Ereignisse wurden gar als Indiz dafür gedeutet, dass „unser Volk im Kern gesund“ sei.[841] Der angebliche „Lebenswille[…] der deutschen Nation“[842] wurde als entscheidend für die Heilung angesehen. Rückschläge auf dem Weg zur Genesung stellten Krisenerscheinungen wie etwa die politischen Gewaltakte und Aufstände, die separatistischen Bestrebungen, die Ruhrbesetzung und die Hyperinflation dar. Zum Teil wurden sie als Neuerkrankungen interpretiert, die unmittelbar nach der „erste[n] Gesundung“ ausgebrochen seien,[843] zum Teil als Rückschritte bei der noch nicht abgeschlossenen Rekonvaleszenz angesehen.[844]

Seit dem Kapp-Putsch wurde die von der „nationalistisch-reaktionären […] Agitation“[845] ausgehende Gefahr zunehmend als Bedrohung für die Republik und ihre „Gesundung“ erkannt. Der MSPD-Politiker Otto Wels warf den rechtsextremen Gewalttätern etwa vor, sie würden „in sadistischer Gier immer wieder in den blutigen Wunden unseres Volkskörpers wühlen“ und so dessen Genesung verhindern.[846] Conrad Berndt schrieb im Berliner Tageblatt, dass die rechten Politiker und Publizisten versuchen würden, die „Seele weiter Volkskreise“ zu vergiften.[847] Und auch Sprecher anderer Milieus führten den Vorwurf der „[V]olksvergift[ung]“ im Mund.[848] Nach der Ermordung Rathenaus erreichte diese Seman-

[839] A. Bartold, Die Farbenfrage, in: Berliner Tageblatt (50), 01. Juli 1921, Nr. 305, S. 1 f., hier: S. 1.

[840] Vgl. A. Bartold, Die Farbenfrage, in: Berliner Tageblatt (50), 01. Juli 1921, Nr. 305, S. 1 f.; Theodor Wolff, Nach dem Siege des Volkes, in: Berliner Tageblatt (49), 24. März 1920, Nr. 135, S. 1 f., hier: S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Otto Wels (MSPD), S. 5011.

[841] Umschau und Ausschau. Die Wählerpsyche – Wen wählen wir? – Die Partei des gesunden Menschenverstands, in: Kölnische Zeitung, 06. Juni 1920, Nr. 503, S. 1.

[842] Gustav Stresemann, Regierungserklärung vom 14. August 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 13.

[843] Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung, Mitglieder der Zentrumspartei!, in: Germania (50), 28. März 1920, Nr. 131, S. 1.

[844] Vgl. etwa: Gustav Stresemann, Reichstagsrede vom 22. November 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 249.

[845] Conrad Berndt, Notwendige Forderungen, in: Berliner Tageblatt (50), 09. September 1921, Nr. 425, S. 1 f., hier: S. 1.

[846] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Otto Wels (SPD), S. 8044.

[847] Conrad Berndt, Notwendige Forderungen, in: Berliner Tageblatt (51), 09. September 1921, Nr. 425, S. 1 f., hier: S. 1.

[848] Politischer Mord!, in: Germania (51), 27. August 1921, Nr. 521, S. 1. Die Kölnische Zeitung sprach allgemein von einem „giftigen Parteihader“: Die Verordnung des Reichspräsidenten, in: Kölnische Zeitung, 30. August 1921, Nr. 574, S. 1. Und der Vorwärts bezeichnete antisemitische Vorwürfe als eine „volksvergiftende Lüge“: Eine gegen Sechszehn! Ein letztes Wort im Wahlkampf an Freund und Feind!, in: Vorwärts (41), 03. Mai 1924, Extraausgabe, S. 1. Allgemein nannte das Berliner Tageblatt den Separatismus ein „Gift, das ihm [dem deutschen Volk] tödlich“ werden würde: Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 08. Oktober 1923, Nr. 472, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich auch: Umschau und Ausschau. Die Köpfe hoch!

tik eine Höhepunkt: Selbst Reichskanzler Wirth unterstellte den Rechten, sie würden neues „Gift in die Wunden“ des „Volkes“ träufeln,[849] anstatt zu deren Heilung beizutragen. Die Verwendung der Kategorie „Gift“ seitens des Spektrums der Mitte war dabei durchaus problematisch, da auch von den Rechten entsprechende Semantiken gebraucht wurden, diese aber mit ganz anderen Inhalten und Zielen aufgeladen waren. Ein Kommentator aus dem nationalsozialistischen Lager äußerte etwa die Forderung: „Zuerst muß der Volkskörper entgiftet werden“ – und propagierte damit die Entrechtung sowie die Vertreibung von Juden aus diversen Berufen.[850] Trotz solcher Wortverwendungen wurde der Begriff „Gift“ auch von Sprechern aus der politischen Mitte gebraucht.

Was konnte nach Ansicht des untersuchten Spektrums bei der Genesung des „Volkes“ helfen? Als „Quelle der Volkskraft“ wurde seitens des mehrheitssozialdemokratischen Milieus die „Demokratie“ angesehen.[851] Sie gelte es, zu bewahren und zu festigen. Für die Parteien der Mitte hing der „Gesundungsprozeß unseres Volkes“ maßgeblich von der Existenz einer „tragfähige[n], möglichst breite[n] Mitte“[852] im Parlament ab.

Die „Wiedergesundung“[853] der verschiedenen, als krank klassifizierten Bereiche des Staates und „Volkes“ war das Ziel jeder Politik. Nur durch sie könne auch das ganze „Volksleben wieder gesunden“.[854] Die Rekonvaleszenz wurde als Voraussetzung für den nachhaltigen Wiederaufbau im Innern und für die „Kräftigung unsrer Stellung nach außen“[855] betrachtet. In Ablehnung des sozialdemokratischen Internationalismus betonten Sprecher aus dem nationalliberalen Lager, dass „nur auf nationalem Boden eine Gesundung unsers Volkes möglich“ sei.[856] Damit spielte die Heilungs- und Gesundungssemantik eine ähnliche Rolle wie das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“ – von ihr wurde die Erlösung aus

– Deutschlands Lebenskraft – Unsere geistigen Waffen, in: Kölnische Zeitung, 07. Oktober 1923, Nr. 693, S. 1.

849 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 8058.

850 Wulle spinnt nationalsozialistische Wolle! Xylander hält das Garn!, in: Völkischer Beobachter (35), 03. März 1921, Nr. 18, S. 1.

851 [SPD], Deutsch-Demokratisch oder Sozialdemokratisch?, [undat. Flugblatt, wohl vor dem 06. Juni 1920].

852 Berlin, den 31. Mai, in: Germania (50), 01. Juni 1920, Nr. 231, S. 1.

853 Berlin, 1. Oktober, in: Germania (49), 02. Oktober 1919, Nr. 451, S. 1; Der „Reichslandbund“ als Parteifiliale, in: Germania (51), 28. Oktober 1921, Nr. 662, S. 1; Die innerpolitische Wendung, in: Kölnische Zeitung, 03. November 1923, Nr. 761, S. 1.

854 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Karl Rudolf Heinze (DVP), S. 4969; ähnlich: L[othar] Persius, Für ein republikanisches Heer, in: Berliner Tageblatt (49), 09. April 1920, Nr. 162, S. 1 f., hier: S. 1.

855 E[ngelbert] Regh, Die Reichstagswahlen, in: Kölnische Zeitung, 02. Mai 1924, Nr. 309, S. 1; Eduard Herold, Deutschlands Wiedergeburt, in: Kölnische Zeitung, 16. März 1919, Nr. 197, S. 1.

856 Bauer, Zu den Vorgängen in München, in: Kölnische Zeitung, 21. November 1923, Nr. 804, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: 14. August–22. November, in: Kölnische Zeitung, 24. November 1923, Nr. 812, S. 1.

der krisenhaften Gegenwart sowie die Überwindung von Streit und gesellschaftlichen Friktionen erhofft.[857]

Dass die „Gesundung“ nicht durch ein stures „Weiter so“ gelingen könne, sondern eines Neuanfangs bedürfe, machten einige Sprecher deutlich. Der nationalliberale Ökonom Paul Moldenhauer nannte als Voraussetzung eine – nicht näher ausgeführte – „nationale[…] Wiedergeburt“[858] und Gustav Stresemann bereitete seine Zuhörer auf notwendige Opfer vor[859]. Vor allem von katholischer Seite wurde eine „innere seelische Erneuerung“ gefordert.[860] Die Hoffnung auf eine Erholung des „deutschen Volkes“ war hier an die Forderung nach einer sittlichen und geistigen Reform gekoppelt. Zugleich ließen sich die medizinischen Metaphern aber auch als Argumente gegen grundlegende Veränderungen ins Feld führen. So lehnte die Kölnische Zeitung „sozialistische Experimente am kranken Wirtschaftskörper des deutschen Volkes“[861] strikt ab und spielte dabei auf das Ruhebedürfnis des maladen Organismus an.

Die Unterstellung, dass das „Volk“ oder ein Teil des „Volkes“ degeneriert sei, führte dazu, dass im Gegenzug „Gesundheit“ als ein Hochwertwort bei der Klassifizierung des „Volkes“ Einzug hielt. So schrieb der Vorwärts nach dem Attentat auf Erzberger von den „geistig gesund gebliebenen Massen des arbeitenden Volkes“[862] und stellte sie implizit in einen Gegensatz zu den „kranken Teilen des Volkes“, die ihre politischen Ziele mit Mord durchzusetzen trachteten.

Die Vorstellung, dass das „Volk“ an einer Krankheit leide und wieder gesunden könne, setzte voraus, dass das „Volk“ als physisches Wesen mit Vitaleigenschaften gedacht wurde. Ein solches Denken kam in Komposita wie „Volkskörper“, „Volksseele“ oder „Volksleben“ zum Ausdruck. Die Verwendung der entsprechenden Begriffe geschah schwerpunktmäßig im katholischen und nationalliberalen Milieu. Der Begriff des „Volkskörpers“ wurde nicht nur zur Thematisierung von „Krankheiten“ verwendet, sondern auch um den Zusammenhang zwischen der Gesamtheit und dem Einzelnen herauszustellen. „Volkskörper“ konnte dabei durchaus doppelsinnig verstanden werden – sowohl als abstrakter Zusammenschluss des „Volkes“ als auch im Sinne der realen Körper der einzelnen Staatsbürger. So sprach sich die Kölnische Zeitung dafür aus, mittels gesetzlicher Rege-

857 Vgl. Föllmer, Der „kranke Volkskörper“, hier: S. 54.

858 [Paul] Moldenhauer, Warum wir ablehnen müssen, in: Kölnische Zeitung, 12. Mai 1921, Nr. 342, S. 1. Ähnliche Semantiken finden sich auch im konservativ-nationalistischen Milieu. So forderte die Deutsche Tageszeitung eine „völkische Wiedergeburt der ganzen Nation“: Das neue Jahr, in: Deutsche Tageszeitung (30), 02. Januar 1923, Nr. 1, S. 1 f., hier: S. 2.

859 Gustav Stresemann, Rede in Wien vom 20. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 118.

860 [Heinrich] Brauns, Pflicht in der Politik, in: Germania (51), 23. Juni 1921, Nr. 354, S. 1 f., hier: S. 1.

861 [Paul] Moldenhauer, Auf abschüssiger Bahn, in: Kölnische Zeitung, 02. September 1921, Nr. 582, S. 1.

862 Irrsinn und Verhetzung, in: Vorwärts (37), 27. Januar 1920, Nr. 48, S. 1; ähnliche Semantik, wenn auch in Bezug auf den Streik der Berliner Gastwirte und die Volksernährung: Gastwirtestreik im Reiche?, in: Kölnische Zeitung, 18. Dezember 1920, Nr. 1058, S. 1.

lung „endlich einmal den durch die Kurpfuscherei auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten an dem Körper des deutschen Volkes verursachten schweren Schädigungen ein Ende“ zu bereiten.[863] In der Regel thematisierten die Sprecher aus dem untersuchten Milieu mit organischen Sprachbildern jedoch das „Volk“ als Ganzheit. Organsemantiken führten die Notwendigkeit des „willige[n] Einfügen[s] in das Gefüge des Volkskörpers“[864] bildlich vor Augen und machten deutlich, dass „Volk“ und „Staat“ nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte existieren könnten. Zudem hob der Begriff „Volkskörper“ hervor, dass das „Volk“ nach außen hin als homogen und unteilbar gedacht wurde.[865] Daraus ließ sich die Forderung an die politischen Akteure im Innern ableiten, „einig“ zu handeln.[866] Des Weiteren eigneten sich Kategorien wie „Volkskörper“ oder „Volksleben“ dazu, das „Volk“ als ein holistisches, seelisch verfasstes Wesen darzustellen, das durch Krisenereignisse „erschüttert“ werde.[867]

Mit dem Begriff „Volksleben“ wurde das angeblich charakteristische Verhalten des „Volkes“ semantisch gefasst. Nicht selten war er mit kulturellen, religiösen oder moralischen Eigenschaftszuschreibungen verbunden.[868] „Volksleben“ wurde aber auch als Synonym für die augenblickliche und künftige Lage des „Volkes“ gebraucht.[869] Die dauerhaften Charakteristika des „Volkes“ wurden vor allem im nationalliberalen und katholischen Milieu unter dem Begriff „Volkstum“ gefasst. Dieses Wort hob das angeblich spezifisch deutsche Wesen in Abgrenzung zu an-

[863] A. Hartkopf, „Selbstbewußte“ Krankenbehandler, in: Kölnische Zeitung, 24. Mai 1922, Nr. 364, S. 1 f., hier: S. 1.

[864] Berlin, 30. Dezember, in: Germania (49), 31. Dezember 1919, Nr. 599, S. 1.

[865] Vgl. Gustav Stresemann, Reichstagsrede vom 22. November 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 249; Bernhard Dernburg, Deutschland, hilf dir selbst! Eine Neujahrsbetrachtung, in: Berliner Tageblatt (49), 01. Januar 1920, Nr. 1, S. 1 f.; BArch NS 5-VI/17362: Volksgemeinschaft, in: Hamburger Tageblatt, 12. Oktober 1921, Nr. 9.

[866] Vgl. Bernhard Dernburg, Deutschland, hilf dir selbst! Eine Neujahrsbetrachtung, in: Berliner Tageblatt (49), 01. Januar 1920, Nr. 1, S. 1 f.

[867] Vgl. Umschau und Ausschau. Die Wahlen als Heilungsprozeß – Parole Wiederaufbau – Die Partei der Arbeit, in: Kölnische Zeitung, 13. Juni 1920, Nr. 523, S. 1; D. Klingemann, Der Deutsche Evangelische Kirchentag, in: Kölnische Zeitung, 26. August 1919, Nr. 750, S. 1; Fritz Rauch, Die Zukunft der nationalen Parteien, in: Kölnische Zeitung, 08. März 1920, Nr. 231, S. 1; Berendts, Europäische Kulturgemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 15. Juni 1920, Nr. 529, S. 1; Friedrich Stampfer, Zum neuen Jahr, in: Vorwärts (39), 31. Dezember 1922, Nr. 616, S. 1 f.; Josef Schwab, Frankreich und die anderen, in: Berliner Tageblatt (52), 12. Januar 1923, Nr. 20, S. 1 f.; Die völkische Bewegung als Abfall vom Christentum, in: Germania (53), 28. November 1923, Nr. 325, S. 1. f.

[868] Vgl. Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 60–71; BArch R 45-II/327: Die Rede Dr. Stresemanns auf dem DVP-Parteitag in Stuttgart am 01. Dezember 1921, fol. 821–823; Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei, 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 48–58; Else Wentscher, Volksgemeinschaft und Liberalismus, in: Kölnische Zeitung, 15. Oktober 1922, Nr. 721a, S. 1.

[869] Vgl. Else Wentscher, Die moderne Jugendbewegung, in: Kölnische Zeitung, 01. November 1919, Nr. 989, S. 1; Kleinbürgertum und Sozialdemokratie, in: Vorwärts (36), 28. November 1919, Nr. 608, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (49), 29. November 1920, Nr. 546, S. 1 f.; Eine gegen Sechszehn! Ein letztes Wort im Wahlkampf an Freund und Feind!, in: Vorwärts (41), 03. Mai 1924, Extraausgabe, S. 1.

deren Nationen hervor. Mit „Volkstum“ ließen sich Eigenheiten reklamieren, ohne dass diese näher erläutert werden mussten. Aus den Gebrauchskontexten wird ersichtlich, dass im untersuchten Spektrum unter „Volkstum“ meist eine geschichtliche und kulturelle Bindung an das „deutsche Volk“ verstanden wurde – eine Beziehung, für deren Erhalt sich neben den im Ausland lebenden Deutschen auch alle Bewohner des Reichs einsetzen sollten.[870] Nach diesem Verständnis fand das „Volkstum“ seinen Ausdruck im „Volksleben“. Aber auch in anderen Begriffen spiegelte sich die Vorstellung eines vitalen Zustands des „Volkes“ wider: So wurden die essentiellen Voraussetzungen für den Bestand von „Volk“ und „Staat“ nicht selten als „Lebensinteressen des Volkes“ bezeichnet. Darunter konnten sowohl materielle Bedingungen, wie die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern,[871] als auch ideelle Erfordernisse, wie die Ordnung des Staates oder seine „Ehre“,[872] gefasst werden. Oftmals schien das „Leben des Volkes“ gar von ungleich höherer Bedeutung zu sein als die Leben seiner Mitglieder. Sprachbilder wie „Volksleben“ oder „Volkskörper“ waren mehr als bloße Metaphern – sie waren Denkkategorien, aus denen Schlussfolgerungen und Handlungszwänge erwuchsen.[873] Mit „Volkskörper“ war zum Beispiel das Idealbild einer harmonischen Gesellschaft verknüpft, die sich in einem Zustand natürlichen Gleichgewichts befinde. Letztlich erschwerten diese mit Werten und Ideen aufgeladenen Vorstellungswelten den Austrag von Meinungsstreit und den politischen Wettbewerb in der pluralistischen Republik – sie stellten mithin eine „Demokratisierungsblockade“ dar.[874] Der Gedanke vom „Volk“ als einem lebenden, holistischen Organismus war quer

[870] Vgl. BArch R 45-II/363: Stellungnahme des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP zum Antisemitismus, 28. Januar 1920; Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 42–48; P. Sonnenschein, Katholizismus und Auslandsdeutschtum, in: Germania (50), 30. Dezember 1920, Nr. 576, S. 1 f.; Das bayerische Wirtschaftsproblem, in: Germania (51), 14. Juni 1921, Nr. 330, S. 1 f.; Umschau und Ausschau. Hilfe aus Amerika – Für und wider die Anleihe – Deutsche Pfingsten, in: Kölnische Zeitung, 04. Juni 1922, Nr. 392, S. 1; Die Zukunft des Deutschtums in Oberschlesien, in: Germania (52), 15. Juni 1922, Nr. 359, S. 1 f.; Hugo Grothe, Zum „Deutschen Tag“ in Flensburg und Hamburg, in: Kölnische Zeitung, 02. Juni 1923, Nr. 381, S. 1 f.; IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Merke!, [undat. Flugblatt, vor dem 27. April 1924]; Der Deutsche Tag in Graz, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1924, Nr. 407, S. 1 f.

[871] Vgl. Franz Krüger, Streikrecht – Streikpflicht – Streikbruch, in: Vorwärts (36), 05. November 1919, Nr. 566, S. 1 f.; Die Verordnung gegen wilde Streiks, in: Germania (50), 11. November 1920, Nr. 496, S. 1 f.; Hugo Preuß, Deutschlands innerpolitisches Elend und die Verfassungspartei, in: Berliner Tageblatt (51), 08. Februar 1922, Nr. 323, S. 1 f.

[872] Vgl. IfZ ZG e012: Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs und Umgebung, Wer trägt die Schuld?, [undat. Flugblatt, wohl 1919/20]; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (49), 17. Mai 1920, Nr. 228, S. 1 f.; Vorstand der Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung/Vorstand der preußischen Zentrumspartei, Die preußische Zentrumspartei an ihre Wähler, in: Germania (51), 01. Februar 1921, Nr. 51, [o. Pag.]; 14. August–22. November, in: Kölnische Zeitung, 24. November 1923, Nr. 812, S. 1.

[873] Allgemein zur Verwendung von sprachlichen Metaphern und zu ihrer realitätsgestaltenden Rolle: George Lakoff/Mark Johnson, Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern, Heidelberg 1998, vor allem: S. 11, 183 f. u. 211.

[874] Vgl. Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet, S. 249 f., Zitat: S. 250.

durch alle politischen Lager verbreitet. Ihm konnten sich nur wenige Sprecher entziehen. Eine aktive Abwehr der organischen Sprache fand nicht statt, lediglich die Verwendungshäufigkeit variierte zwischen den untersuchten Milieus.

Wie sich nivellierende Ideen in organischen Sprachbildern bisweilen auch mit Argumenten für die Republik verbinden konnten, zeigt die Aussage im DDP-Parteiprogramm:

> Der demokratischen Staatsauffassung gelten Personen und Gemeinschaften nur als lebendige Zellen und Glieder; den einheitlichen Körper aber bildet die Gesamtheit. Ihren Daseinsbedingungen ist alles unterzuordnen und nicht obrigkeitliche Bevormundung ist ihr oberstes Gesetz, sondern der Wille des souveränen Volkes. Inniger denn je bekennen wir uns zu unserer schwer geprüften Nation.[875]

Mit diesen Sätzen versuchten die Linksliberalen, ihre „nationale“ Gesinnung zum Ausdruck zu bringen und warben unter Verweis auf „Einheitlichkeit“ und „Volkswillen“ für die neue Ordnung. Ihr Blick auf den „Körper“ des Staates folgte darin einem holistischen Verständnis.

Neben den physischen wurden dem „Körper des Volkes“ auch psychische Eigenschaften zugeschrieben. So führte Ernst Trautmann in der KÖLNISCHEN ZEITUNG aus, dass der „Geist des Volkes“ „heilig[…]“ und „gottgesandt[…]“ sei.[876] Gleichzeitig stellten aber auch Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu fest, dass es Deutschland schon im 19. Jahrhundert an einem „einheitliche[n] und große[n] nationale[n] Geist“ gefehlt habe. Infolgedessen sei es zu einer „Durchsetzung des deutschen Volksgeistes mit internationalen Elementen“ gekommen[877] – solche Formulierungen ähnelten Aussagen, die im konservativ-nationalistischen Milieu verbreitet waren und die angesichts der Bedrohung durch den „internationalistischen“ „Todfeind“ für eine „Durchdringung des deutschen Volkes mit dem nationalen Geiste“ warben.[878] Der nur rudimentär ausgeprägte „Volksgeist“ wurde als eine Ursache für die Kriegsniederlage und für die aktuellen Krisenereignisse gedeutet. Daraus erwuchs das Plädoyer für die Umgestaltung „des deutschen Volkes Geist“ – eine Erneuerung, die nicht von außen, sondern nur durch die Deutschen selbst geleistet werden könne und müsse.[879] „Volksgeist“ stand (besonders in krisenhaften Situationen) für das Vertrauen auf das eigene „Volk“, die ihm eigene Verhaltensweise und seine Mission[880] – oder wie es die KÖLNISCHE ZEITUNG formulierte: dafür, den „Glauben an den Gott des eignen Volkes“ und die „Kultursendung des deutschen Geistes“[881] wiederzugewinnen. Aus dem „Volksgeist“ konnte die Überzeugung abgeleitet werden, dass es eine spezifisch „deut-

[875] Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 42–48, hier: S. 43.
[876] Ernst Trautmann, Der heilige Geist unsers Volkes. Pfingstbetrachtungen im Spiegel deutscher Dichter, in: Kölnische Zeitung, 15. Mai 1921, Beilage Nr. XX, [o. Pag.].
[877] Die Einigung der deutschen Nation, in: Kölnische Zeitung, 18. Januar 1921, Nr. 42, S. 1.
[878] Der nationale Geist, in: Deutsche Tageszeitung (25), 15. November 1918, Nr. 583, S. 1f.
[879] Umschau und Ausschau. Hilfe aus Amerika – Für und wider die Anleihe – Deutsche Pfingsten, in: Kölnische Zeitung, 04. Juni 1922, Nr. 392, S. 1.
[880] Vgl. Wodak/Cillia, Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, S. 64.
[881] Deutschlands geistige Währung, in: Kölnische Zeitung, 23. August 1923, Nr. 586, S. 1.

sche Aufgabe“ in der Welt gebe. Diese war zumeist „sittlicher“ oder „ideeller“ Natur. „Volksgeist“, stand somit in der nationalliberalen Sprache sowohl für den als unvollkommen wahrgenommenen status quo der inneren Verfasstheit als auch für die weltgeschichtliche Berufung des „deutschen Volkes“.

Im linksliberalen Spektrum wurde „Volksgeist“ hingegen wesentlich stärker mit der neuen Ordnung in Verbindung gebracht und daraus die Notwendigkeit nach Angleichung abgeleitet. So war sich der DDP-Abgeordnete Conrad Haußmann darüber im Klaren, dass sich der „Geist der Deutschen“ in der Republik ändern müsse. Gegen den Militarismus forderte er eine stärkere Hinwendung auf das Innere:

> Der Nationalgeist muß gestärkt und vergeistigt werden, gereinigt von Standesdünkel und vom Hurra, von Monarchenanbetung und vom Draufgängertum, das jetzt lärmt und schmäht, als ob es Deutschland nicht tief genug ins Unglück geführt hätte.[882]

Es gelte, „den deutschen Staat mit Volksgeist und das deutsche Volk mit Staatsgeist zu erfüllen“, so fasste Erich Koch im November 1924 Haußmanns Botschaft zusammen.[883] Die Notwendigkeit zur Demokratisierung des „Volksgeistes“ hatte auch Theodor Wolff erkannt: Im Januar 1921 rief er im Berliner Tageblatt zu dem bislang von den Regierungen Weimars versäumten „Kampf um den Geist“[884] auf. Und auch Anton Erkelenz hoffte auf den „demokratische[n] Geist“, der die Zerrissenheit verjage und einen „neuen Gemeinschaftsgeist“ hervorbringe. Ohne den „demokratischen Liberalismus“ sei jedes „Volk“ „zum Untergange verurteilt“, gab sich der DDP-Politiker überzeugt.[885]

Im Spektrum des Katholizismus wurde der „Volksgeist“ zumeist als ein „christlicher“ gedacht. Immer wieder betonten katholische Sprecher die Bedeutung des Christentums für die innere Verfasstheit des „deutschen Volkes“.[886] Das Wort „Volksgeist“ konnte von den Sprechern der untersuchten Milieus aber auch im Sinne von „Charakterstärke“ verwendet werden.[887] Während der Begriff „Volksgeist“ im Sprachgebrauch des Liberalismus und Katholizismus immer wieder Verwendung fand, war er im sozialdemokratischen Spektrum praktisch ungebräuchlich.

[882] Conrad Haußmann, Die Lehren und Tatsachen der Geschichte. An die Wähler und Wählerinnen, in: Berliner Tageblatt (49), 30. Mai 1920, Nr. 250, S. 1.

[883] BArch R 45-III/4: Rede von Erich Koch auf dem DDP-Parteitag am 02. November 1924, fol. 7; ähnlich auch: BArch R 45-III/4: Rede von Theodor Heuss auf dem DDP-Parteitag am 02. November 1924, fol. 42.

[884] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 10. Januar 1921, Nr. 14, S. 1.

[885] BArch R 45-III/45: Anton Erkelenz, Was ist Demokratie [Rede zur DDP-Werbewoche, undat., wohl März 1922], fol. 28.

[886] Vgl. Zweite Reichstagung der Windthorstbunde, in: Germania (52), 22. Juni 1922, Nr. 370, [o. Pag.]; Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, S. 40, ebenso: Entschließung zum Vortrag von Adam Stegerwald, S. 61; Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei, 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 48–58; [Hermann] Katzenberger, Vom Geist des Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei, in: Germania (52), 02. Februar 1922, Nr. 81, S. 1.

[887] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 12. Februar 1923, Nr. 72, S. 1 f.; Gustav Stresemann, Reichstagsrede vom 08. Oktober 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 105.

Ähnlich wie „Volksgeist“ bezeichnete der Begriff „Volksseele“ den „geistige[n] Zusammenhang des deutschen Volkes“.[888] Der „Volksseele“ maß man Eigenschaften wie „Reinheit“ und „Ehrlichkeit“ bei, die wieder geweckt werden müssten.[889] Durch ihre „Unschuld“ konnte die „Volksseele“ aber auch verführt und missbraucht werden.[890] Nach Ansicht von Sprechern aus dem katholischen Milieu ruhten in der „Volksseele“ Werte wie „Gemeinsinn“, „Demokratie“, „Freiheit“ und „Arbeit“ – sie galt daher als Schlüssel zum Wiederaufbau.[891] Ähnlich sah das auch der linksliberale Journalist Erich Dombrowski: Der Widerstreit der Meinungen in der Demokratie war für ihn „Voraussetzung für die innere und äußere Geschlossenheit der deutschen Nation“; aus dieser heraus könne sich das „Volk materiell und geistig-seelisch wieder erneuern“.[892]

Der Politik falle – wie Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu betonten – die Aufgabe zu, dem „in der Seele der Volksmehrheit liegenden Gedanken zum Recht“ zu verhelfen.[893] Entscheidungsträger müssten deshalb über eine besondere innere Verbundenheit zu ihr verfügen.[894] Dies bedeutete aber nicht, dass die Politik der „Volksseele“ immer blindlings folgen sollte. Vielmehr, so die Germania, gelte:

> Die Kunst der Staatsführung ist und bleibt: große politische Ziele in Einklang zu bringen mit der Seelenverfassung und den wahren geistigen Bedürfnissen des Volkes.[895]

888 BArch NS 5-VI/17362: Deutscher Gemeinsinn, in: Germania (49), 06. September 1919, Nr. 407.

889 Dies lässt sich aus den Äußerungen in der Kölnischen Zeitung schlussfolgern: Das „Werturteil“, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1919, Nr. 1049, S. 1; ähnlich auch: BArch NS 5-VI/17362: Hellmut von Rauschenplat, Der Aufbau aus neuer Gesinnung, in: Frankfurter Zeitung (64), 30. Mai 1920, Nr. 390; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349, 109. Sitzung vom 01. Juni 1921, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 3714; An Erzbergers Grab, in: Germania (51), 03. September 1921, Nr. 540, S. 1 f. Entsprechende Vorstellungen waren auch außerhalb des untersuchten Spektrums bei Sprechern aus dem konservativ-nationalistischen Milieu anzutreffen: „Die Feinde wollten den Leib töten, aber die finsteren Gestalten des internationalen Umsturzes trachten danach, die deutsche Seele zu verderben.“ Durch Tod zum Leben, in: Deutsche Tageszeitung (25), 23. November 1918, Nr. 597, S. 1 f., hier: S. 1.

890 Vgl. BArch R 45-III/45: Hugo Preuß, Demokratie und Staatsgedanke, März 1922, fol. 45.

891 Vgl. BArch NS 5-VI/17362: Deutscher Gemeinsinn, in: Germania (49), 06. September 1919, Nr. 407.

892 Erich Dombrowski, Die Partei der aufbauenden Arbeit. Warum mußt du demokratisch wählen?, in: Berliner Tageblatt (49), 19. Mai 1920, Nr. 231, S. 1.

893 In der Liquidation, in: Kölnische Zeitung, 17. März 1920, Nr. 260, S. 1.

894 Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Erich Koch (DDP, Reichsinnenminister), S. 4996; Der Friedenswille des Volkes, in: Vorwärts (38), 01. August 1921, Nr. 358, S. 1; An Erzbergers Grab, in: Germania (51), 03. September 1921, Nr. 540, S. 1 f.; Die Zukunft des Deutschtums in Oberschlesien, in: Germania (52), 15. Juni 1922, Nr. 359, S. 1 f.; Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1; Eröffnung des zweiten saarländischen Landesrats, in: Germania (54), 11. März 1924, Nr. 77, S. 1 f.; Johannes Dierkes, Volk und Staat, in: Germania (54), 17. Juli 1924, Nr. 291, S. 1 f.

895 J[oseph] Joos, Die Verantwortung Stegerwalds, in: Germania (51), 23. September 1921, Nr. 587, S. 1 f., hier: S. 2.

Für Adam Stegerwald war „Volksseele“ gleichbedeutend mit dem „deutschen Nationalcharakter“. Die Figur des Fausts stellte seiner Ansicht nach die Verkörperung der in der „deutschen Seele“ wohnenden Eigenschaften dar. Ihr sei das „Schweifende, Grenzenlose, kluger Beschränkung Abgeneigte eigen“, so der katholische Gewerkschaftsführer.[896] Den Deutschen sprach er einen besonders ausgeprägten „Nationalcharakter“ zu – „kein Volk ist so sehr Volk in diesem geistigen Sinne wie die Deutschen“.[897] Diese ethnische Grundierung hatte aus Sicht von Sprechern aus dem katholischen Milieu zur Folge, dass das Innere der „Seele“ allen Menschen nicht deutscher Abstammung verborgen bleiben müsse.[898] Die Herausstellung spezifischer Charaktereigenschaften der Deutschen schuf eine Aura der „nationalen Einzigartigkeit“.[899]

„Volksseele“ stand vielfach in Kontrast zu einer Gegenwart, die voller „Parteigegensätze“ und „Einzelinteressen“ schien.[900] Um diese in eine dauerhafte „Volksgemeinschaft“ zu transformieren, müsse „allen Schichten unseres Volkes“ die „neue Seele“ eingehaucht werden, so die GERMANIA.[901] Die ersehnte „Volksgemeinschaft“ wurde daher etwa von Stresemann als eine „Seelengemeinschaft“ bezeichnet.[902] Für die Gegenwart galt das „Volk“ aber noch als allerorten „seelisch zerklüfte[t]“.[903] Doch bauten Sprecher aus dem nationalliberalen und katholischen Milieu darauf, dass in der „Volksseele“ ein „reichsdeutsches Nationalgefühl“ entstehen werde.[904]

Während die „Seele“ vor allem bei den Anhängern von DVP und Zentrum eine zentrale Denkkategorie mit hohem Erwartungswert war, kam ihr in anderen Milieus eine wesentlich geringere Bedeutung zu: Im Spektrum der Mehrheitssozialdemokratie wurde die „Volksseele“ als das aus der Mitte des „Volkes“ erwachsende Verantwortungsbewusstsein verstanden.[905] Ansonsten fand der Begriff in diesem, wie auch im linksliberalen Milieu, nur selten Verwendung.

Für weitere, dem „Volk“ zugeschriebene Vitaleigenschaften standen die Wörter „Gefühl“ und „Empfinden“. Unter Verweis auf das „Volksempfinden“ konnten unterschiedlichste Ziele argumentativ begründet werden.[906] In Kombination mit

[896] BArch NS 5-VI/17362, fol. 110: Wege zur deutschen Volksgemeinschaft. Rede Stegerwalds bei öffentlicher Versammlung des katholischen Frauenbundes, in: Der Deutsche, 06. November 1921, Nr. 187.
[897] Ebd.
[898] BArch NS 5-VI/17362: Grundlagen der deutschen Volksgemeinschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, 03. April 1922.
[899] Wodak/Cillia, Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, S. 67.
[900] Vgl. BArch NS 5-VI/17362: Für ein unabhängiges Deutschland, in: Der Deutsche, 12. Juli 1922, Nr. 154; Else Wentscher, Volksgemeinschaft und Liberalismus, in: Kölnische Zeitung, 15. Oktober 1922, Nr. 721a, S. 1.
[901] Die Karten auf den Tisch!, in: Germania (53), 02. August 1923, Nr. 212, S. 1.
[902] Gustav Stresemann, Rede in Wien vom 20. März 1924, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, hier: S. 118.
[903] Hans Herschel, Hemmnisse der Volksgemeinschaft, in: Germania (53), 09. September 1923, Nr. 250, S. 1 f., hier: S. 1.
[904] Deutsches Nationalgefühl, in: Kölnische Zeitung, 27. September 1923, Nr. 668, S. 1.
[905] Vgl. Die Kosten der A.- und S.-Räte, in: Vorwärts (36), 15. September 1919, Nr. 471, S. 1 f.
[906] Vgl. Schüsse auf Erzberger, in: Kölnische Zeitung, 27. Januar 1920, Nr. 89, S. 1.

Attributen wie „einmütig[…]“[907] wurde zudem nicht selten eine Geschlossenheit suggeriert. Die Missbrauchsgefahr der Kategorie „Volksempfinden“ war den Zeitgenossen bewusst, so kritisierten etwa katholische Sprecher die Wortverwendung seitens der Deutschnationalen – rekurrierten aber im gleichen Satz selbst auf die (nicht minder fragwürdige) „Volksstimmung“.[908] Da das „Volk“ als ein fühlendes Wesen gedacht wurde, musste Rücksicht auf sein „Empfinden“ und seine „Emotionen“ genommen werden, darüber waren sich die Sprecher aus den verschiedensten Milieus einig.[909] Von sozialdemokratischer und linksliberaler Seite wurde „Volksempfinden“ häufig als Argument für die republikanische Ordnung eingesetzt.[910] Viele Sprecher – insbesondere aus dem nationalliberalen Lager – waren der Ansicht, dass dem „deutschen Volke“ ein „natürliche[s] Nationalgefühl“ innewohne.[911] Der Begriff „Volksgefühl“ wurde aber auch als Bezeichnung für das Bewusstsein einer ethnischen Zusammengehörigkeit aller Deutschen dies- und jenseits der Reichsgrenzen verwendet.[912] Die organisch-sensorischen Sprachbilder des Fühlens und Empfindens verwiesen auf eine Ebene der tiefen Innerlichkeit. „Volk“ trug darin ganz und gar menschliche Wesenszüge.

Ähnlich wie die Berufung auf das „Volksempfinden“ bildete der Verweis auf den „Volkswillen“ eine beliebte Argumentationsstrategie. „Volkswille“ konnte zum einen explizit als der „Wille der Volksmehrheit“,[913] zum anderen aber auch

907 Die Krise, in: Kölnische Zeitung, 24. Oktober 1921, Nr. 718, S. 1.

908 Berlin, den 6. März, in: Germania (50), 07. März 1920, Nr. 113, S. 1.

909 Vgl. Theodor Wolff, Nach dem Sieg des Volkes, in: Berliner Tageblatt (49), 24. März 1920, Nr. 135, S. 1f.; Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung, Mitglieder der Zentrumspartei!, in: Germania (50), 28. März 1920, Nr. 131, S. 1; Wandlungen in Bayern, in: Kölnische Zeitung, 20. Februar 1924, Nr. 129, S. 1; Der Studententag in Honnef, in: Kölnische Zeitung, 03. Juni 1922, Nr. 389, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (53), 18. Februar 1924, Nr. 83, S. 1f.

910 Vgl. Das ermordete Recht, in: Vorwärts (37), 20. Juni 1920, Nr. 310, S. 1f.; Lockspitzel, in: Vorwärts (37), 29. Juni 1920, Nr. 325, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 10. Oktober 1921, Nr. 477, S. 1; Amnestie, in: Vorwärts (39), 11. März 1922, Nr. 119, S. 1f.; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Februar 1923, Nr. 96, S. 1f.; Erich Koch, Mißverstandener Parlamentarismus, in: Berliner Tageblatt (52), 04. Oktober 1923, Nr. 466, S. 1f.

911 Umschau und Ausschau. Innen und Außen – Das große Fragezeichen – Falsches Mißtrauen, in: Kölnische Zeitung, 04. Juli 1920, Nr. 583, S. 1; ähnlich: Max Naumann, Einheitsfront und Nationalgefühl, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1921, Nr. 168, S. 1; Umschau und Ausschau. Rechtswirrnis – Das Parallelogramm der Schwächen – Oberschlesien, in: Kölnische Zeitung, 30. Oktober 1921, Nr. 735, S. 1; Unentschlossenheit, in: Germania (52), 19. August 1922, Nr. 452, S. 1f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 358, 300. Sitzung vom 14. Februar 1923, Rede von Georg Schreiber (Zentrum), S. 9692; Deutsches Nationalgefühl, in: Kölnische Zeitung, 27. September 1923, Nr. 668, S. 1.

912 Vgl. Der Deutsche Tag in Graz, in: Kölnische Zeitung, 11. Juni 1924, Nr. 407, S. 1f.; Heinrich Krone, Jugend und Vaterland. Zum Aufsatz Dr. Schwerings „Wege zur deutschen Jugend“, in: Germania (54), 20. Juli 1924, Nr. 297, S. 1f.

913 Theodor Wolff, Der 1. August 1914, in: Berliner Tageblatt (48), 01. August 1919, Nr. 352, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Oeffentliche Unordnung, in: Vorwärts (36), 12. August 1919, Nr. 408, S. 1f.; Berlin, 14. August, in: Germania (49), 15. August 1919, Nr. 369, S. 1; Berlin, 30. Dezember, in: Germania (49), 31. Dezember 1919, Nr. 599, S. 1; Conrad Berndt, Notwendige Forderungen, in: Berliner Tageblatt (52), 09. September 1921, Nr. 425, S. 1f.; Umschau und Ausschau. Das [sic!] Kompromiß der Meinungen – Abstimmung am Rhein? – Clausu-

als der auf Zuschreibung beruhende, dem „Volke“ innewohnende „Wille“[914] verstanden werden. Im ersten Fall war das Postulat an die staatliche Herrschaftsform und ihre Verfassung rückgebunden oder gab dies zumindest vor,[915] im zweiten Fall bezog es sich auf einen nicht fassbaren „Willen“, der aber gleichsam als gegeben angesehen wurde. Vor allem im rechten politischen Lager wurde der „Wille“ als ein inhärenter und durch einen „Führer“ zu weckender betrachtet. Er habe – wie auch das „Volk“ – „mit Mathematik und Mechanik am allerwenigsten zu tun“.[916] Der „‚demokratische‘ Volkswille“ wurde als eine „weltgeschichtliche Finte“ betrachtet, mit deren Hilfe eine aus dem Hintergrund gesteuerte, „volksfremde Führung“ das „Volk“ willenlos mache und den „Volkswillen“ „im Namen des Volkswillens“ unterdrücke und abtöte.[917] Statt der demokratischen Entscheidung via Abstimmung und Wahl müsse die „Erkenntnis des wahren Volkswillens“ durch einen „Führer“ im Mittelpunkt der Politik stehen. „Führer“ solle derjenige sein, der von sich selbst wisse, dass er zum „Führer“ berufen sei.[918]

In den untersuchten Milieus wurden solche Meinungen zwar nicht vertreten, dennoch blieb häufig unklar, auf welche Kriterien sich die Argumentation mit dem „Volkswillen“ stützte. Nichtsdestoweniger stellte die Behauptung, „gegen den Willen“[919] des „Volkes“ zu agieren, einen starken Vorwurf dar. Über die richtige

lae Bajuvaricae, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1922, Nr. 533, S. 1; Innerpolitische Spannungen, in: Germania (53), 27. Juni 1923, Nr. 175, S. 1f.; Graf Max Montgelas, Die Lehre der deutschen Wahlen, in: Berliner Tageblatt (53), 17. Mai 1924, Nr. 235, S. 1f.; IfZ ZG e030: Deutsche Demokratische Partei, Mann der Arbeit, aufgewacht!, [undat. Flugblatt].

914 Vgl. Putsch und Revolution, in: Vorwärts (37), 29. März 1920, Nr. 163, S. 1f.; Möglichkeiten, in: Kölnische Zeitung, 09. Juni 1920, Nr. 511, S. 1; Ostern 1921, in: Germania (51), 27. März 1921, Nr. 143, S. 1f.; [Rudolf] v[on] Campe, Heraus aus dem Sumpf!, in: Kölnische Zeitung, 22. August 1921, Nr. 553, S. 1f.; Zuspitzung der Lage, in: Germania (53), 12. August 1923, Nr. 220, S. 1; Praktische Lösungen!, in: Kölnische Zeitung, 25. August 1923, Nr. 590, S. 1; Wilhelm Marx, Zukunftsarbeiten der Zentrumspartei. Rede auf dem Reichsparteitag des Zentrums, abgedruckt in: Germania (54), 27. Oktober 1924, Nr. 467, S. 1–3.

915 Vgl. Die deutsche Verfassung, in: Vorwärts (36), 01. August 1919, Nr. 389, S. 1f.; Berlin, 5. Januar, in: Germania (50), 06. Januar 1920, Nr. 7, S. 1; Franz Krüger, Berliner Diktatur?, in: Vorwärts (37), 26. März 1920, Nr. 158, S. 1f.; Berlin, 8. April, in: Germania (50), 09. April 1920, Nr. 147, S. 1; Wahlaufruf der Rheinischen Zentrumspartei, 04. Mai 1920, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 406f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 60; Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei, 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 48–58; Partei und Presse, in: Germania (53), 05. August 1923, Nr. 214, S. 1f.; Kardinal und Kanzler, in: Kölnische Zeitung, 07. November 1923, Nr. 770, S. 1.

916 BArch R 8034-II/7888: [Paul] Bang, Volkswille, in: Deutsche Zeitung, 04. April 1923, Nr. 155.

917 Ebd.; ähnlich argumentierte bereits Houston Stewart Chamberlain gegen den „[d]emokratische[n] Wahn“: Anja Lobenstein-Reichmann, Houston Stewart Chamberlain – Zur textlichen Konstruktion einer Weltanschauung. Eine sprach-, diskurs- und ideologiegeschichtliche Analyse, Berlin 2008, S. 257. Zur keineswegs nur ablehnenden Verwendung des Wortes „Demokratie“ in völkischen Kreisen vgl. Anja Lobenstein-Reichmann, Der völkische Demokratiebegriff, in: Heidrun Kämper/Peter Haslinger/Thomas Raithel (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin 2014, S. 285–306.

918 Vgl. Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, S. 456–458, Zitat: S. 457.

919 Berlin, 8. August, in: Germania (49), 09. August 1919, Nr. 359, S. 1; ähnlich: Berlin, 12. September, in: Germania (49), 13. September 1919, Nr. 419, S. 1; IfZ ZG Kap: [Wolfgang] Kapp,

Form, den „Volkswillen“ festzustellen, ließ sich trefflich streiten: Welches Wahlrecht entsprach am ehesten dem „Volkswillen“?[920] Waren die Wahlergebnisse Ausdruck des „wahren Willens“?[921] Neben der Manifestation des „Volkswillens“ in einzelnen politischen Fragen wurde generell der „nationale Wille“ der Deutschen bzw. einzelner Bevölkerungsteile diskutiert.[922] „Wille“ stand dabei vielfach für das Verlangen nach „Einheit des Volkes“ – was sich nicht zuletzt auch in Komposita wie „einheitlicher Gemeinwille“ oder „Einheitswille“ niederschlug.[923]

Im Wort „Volkscharakter“ manifestierte sich eine weitere organische Vorstellung. Als Charaktereigenschaften schrieben die Sprecher aus den untersuchten Milieus dem „deutschen Volk“ Dispositionen wie „Willens- und Schaffenskraft“,[924] „wissenschaftliche[s] Genie“,[925] den „Wille zur Arbeit“,[926] „Opferbereitschaft“,[927] „Disziplin“,[928] Nüchternheit,[929] das Streben nach „soziale[r] Gerechtigkeit, auf dem Boden eines teifgreifenden Gemeinschaftsgefühls“,[930] die Verankerung des föderalen Staatsaufbaus[931] oder allgemein „Kultur“[932] zu. Der Verweis auf positiv konnotierte Charakteristika diente zur Selbstvergewisserung der Deutschen unter Rückgriff auf ihre „große Vergangenheit“ und war auch als ein Appell zu verstehen, an diese Tugenden wieder anzuknüpfen. Mitunter wurden auch negative

Kundgebung, [undat. Flugblatt 13.–17. März 1920]; Umschau und Ausschau. Ein Kanzler gegen das Reich – Verkrustung der Presse – Ein journalistisches Sprengstoffgesetz, in: Kölnische Zeitung, 23. Mai 1920, Nr. 466, S. 1; [Paul] Moldenhauer, Aufstieg oder Niedergang, in: Kölnische Zeitung, 05. Juni 1920, Nr. 500, S. 1.

920 Vgl. Deutschland. „Mir ist alles egal!“, in: Kölnische Zeitung, 23. September 1919, Nr. 849, S. 1; J[ohannes] Meerfeld, Das Wahlrecht zum Reichstag, in: Vorwärts (37), 17. April 1920, Nr. 196, S. 1 f.; Umschau und Ausschau. Wahltreibholz – Die Rätefrage – Simsons und Smith, in: Kölnische Zeitung, 27. Februar 1921, Nr. 152, S. 1.

921 Vgl. [Paul] Moldenhauer, Verantwortungsgefühl, in: Kölnische Zeitung, 29. Juni 1920, Nr. 568, S. 1 f.; Etwas vom Volkswillen, in: Germania (54), 18. Mai 1924, Nr. 192, S. 1 f.

922 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 273. Sitzung vom 24. November 1922, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 9125; Das Rheinland hat gesprochen, in: Kölnische Zeitung, 10. Dezember 1922, Nr. 859a, S. 1; Die Einstellung der Leistungen, in: Germania (53), 12. Januar 1923, Nr. 11, S. 1 f.

923 Paul Scheffer, Die falsche Methode, in: Berliner Tageblatt (52), 12. April 1923, Nr. 172, S. 1 f., hier: S. 2; vgl. ebenfalls: Die Verarmung der deutschen Wirtschaft, in: Germania (53), 05. April 1923, Nr. 93, S. 1 f.; Umschau und Ausschau. Alte Ziele in neuem Gewand – Notwendiger Kampf – Verhandlungsaussichten?, in: Kölnische Zeitung, 08. April 1923, Nr. 243, S. 1; Wehret dem Chaos!, in: Kölnische Zeitung, 22. Oktober 1923, Nr. 730, S. 1.

924 Berlin, den 16. April, in: Germania (50), 17. April 1920, Nr. 161, S. 1.

925 Vernichtung des deutschen Dieselmotors?, in: Kölnische Zeitung, 09. Oktober 1920, Nr. 860, S. 1.

926 Mehr produktive Arbeitslosenunterstützung, in: Germania (51), 11. Januar 1921, Nr. 15, S. 1 f., hier: S. 2.

927 Vgl. Ein halbes Jahr Ruhrkampf, in: Germania (53), 12. Juli 1923, Nr. 190, S. 1 f.

928 Vgl. In höchster Not!, in: Germania (53), 27. Juli 1923, Nr. 205, S. 1 f.

929 Vgl. F[riedrich] Siegmund-Schultze, Fünfzig Nationen und das deutsche Schicksal. „Frankreich will nicht.“, in: Berliner Tageblatt (52), 19. September 1923, Nr. 440, S. 1 f.

930 Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, hier: S. 50.

931 Vgl. Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei, 19. Januar 1922, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, hier: S. 48–58.

932 Johann Georg Sprengel, Das wahre Gesicht der Deutschen Oberschule, in: Kölnische Zeitung, 15. März 1922, Nr. 188, S. 1 f., hier: S. 1.

Eigenschaften wie die „übermäßige Neigung zur Doktrin“[933] oder der Hang zum „Partikularismus“ als „eng mit dem deutschen Charakter verwachsen“[934] klassifiziert. Bisweilen wurde die „Romantik“ als die „realpolitisch […] verhängnisvollste Schwäche“ des deutschen „Volkscharakters“ betrachtet.[935]

Um die Eigenständigkeit und die jeweiligen Besonderheiten der deutschen Einzelstaaten zu betonen, wurden insbesondere seitens des katholischen und nationalliberalen Milieus den „Regionalvölkern“ angeblich spezifische Charakteristika zugeschrieben. Über die Bayern hieß es etwa, sie stünden treu zum Deutschen Reich, wären aber auch ein eigener „deutscher Bundesstaat“.[936] Außerdem stellten die Sprecher auf den „agrarischen Einschlag“ und die „Urwüchsigkeit“ der Bayern ab, was sich in einem „konservativen Charakterzug“ niederschlagen würde.[937] Im Gegensatz zu Südbayern wohne „in Franken ein geistig beweglicheres und politisch fortschrittlicheres Völkchen“.[938] Die Stimmung gegen das Reich sei hingegen von „unruhigen Elemente[n] der Reaktion“ erzeugt worden, die nicht dem „wahre[n] bayerische[n] Volkscharakter“ entsprächen, gab sich die Germania überzeugt.[939] Auch die nationalsozialistischen Umtriebe widersprachen aus katholischer Sicht dem „in seiner überwiegenden Mehrheit vernünftige[n] bayerische[n] Volk“ – daher solle der „bayerische Volkszorn“ mit der Hitler-Bewegung „gründlich aufräum[en]“.[940] Traditionell wurden dem „bayerischen Volk“ Eigenschaften wie „große[…] Biederkeit, Zuverlässigkeit [und] Rechtschaffenheit“ zugesprochen. Selbst im Weltkrieg habe es in Bayern „zahlreiche Fälle von rührender Gradheit und Ehrlichkeit“ gegeben.[941] Solche lobenden Bewertungen standen für die Kommentatoren in scharfem Kontrast zur Münchner Räterepublik.[942] Infolge der politischen Unruhen des Jahres 1923 wurde den Bayern ein „Mangel an norddeutscher Nüchternheit“ attestiert, der dazu geführt habe, dass das „Temperament[…]“ dominierte, so zumindest der Erklärungsansatz der Kölnischen Zeitung.[943]

Daneben wurde auch dem Südwesten Deutschlands und seinen Bewohnern – vor allem den Württembergern – eine spezifische Identität zugewiesen. Die „ureigensten Wesenselemente des Schwaben“ seien „Schaffensfreude, fachliche Tüchtigkeit [und]

933 Die Stabilisierung – ein Wirtschaftsproblem, in: Germania (52), 16. November 1922, Nr. 604, S. 1f., hier: S. 2.
934 Die Einigung der deutschen Nation, in: Kölnische Zeitung, 18. Januar 1921, Nr. 42, S. 1.
935 Leonhard Adelt, Bayern im Ausnahmezustand, in: Berliner Tageblatt (52), 30. Januar 1923, Nr. 50, S. 1f., hier: S. 1.
936 Das bayerische Wirtschaftsproblem, in: Germania (51), 14. Juni 1921, Nr. 330, S. 1f., hier: S. 2.
937 Ebd.; ähnlich auch: Bayern und sein Nationalsozialismus, in: Germania (53), 26. Januar 1923, Nr. 25, S. 1f.
938 Bayern und sein Nationalsozialismus, in: Germania (53), 26. Januar 1923, Nr. 25, S. 1f., hier: S. 1.
939 Zur politischen Lage, in: Germania (51), 07. September 1921, Nr. 549, S. 1f., hier: S. 2.
940 Bayern und sein Nationalsozialismus, in: Germania (53), 26. Januar 1923, Nr. 25, S. 1f., hier: S. 2.
941 Berlin, 3. Mai, in: Germania (49), 04. Mai 1919, Nr. 199, S. 1.
942 Vgl. ebd.
943 Umschau und Ausschau. Hochverrat – Der Streit um Ludendorff – Besonnenheit!, in: Kölnische Zeitung, 09. März 1924, Nr. 175, S. 1.

zäher Fleiß“, so Paul Giening in einer Reportage für das Berliner Tageblatt.[944] Die Stuttgarter Bevölkerung bezeichnete er als „bodenständig[…]“.[945] In der Kölnischen Zeitung wurde dem „süddeutschen Volkscharakter[…]“ „Schmiegsamkeit“ – wohl im Sinne von „Anpassungsvermögen“ – attestiert.[946] Ebenso wurde in Bezug auf die badische Bevölkerung die politische Reife hervorgehoben.[947]

In der Beschreibung von angeblich für die Regionalvölker spezifischen Charakteristika kam die Vorstellung einer je eigenen „Volkspsyche“ zum Ausdruck. Zugleich spiegelte die simplifizierende Zuweisung von bestimmten Eigenschaften die Sehnsucht nach einfachen, vormodernen Weltbildern wider. „Volk“ wurde meist homogen gedacht – Teile, die nicht ins Bild passten, wurden als störende Fremdkörper begriffen oder implizit unter Verweis auf den „Volkscharakter“ exkludiert. Dabei wurden die Regionalvölker tendenziell holistisch verstanden. Die semantische Aufladung von „Heimat“ zu einem „Heilmittel“ gegen die Brüche der Moderne[948] war nur eine logische Konsequenz dieses Denkens.

Wie dargelegt verfügte das Denken und Sprechen in medizinischen und organischen Bildern über eine ganze Reihe von verschiedenen Ausdrucksformen. Die statistische Auswertung der Vossischen Zeitung (vgl. Tabelle 2) gibt Hinweise auf die unterschiedlich ausgeprägte Verwendungshäufigkeit von organischen Sprachbildern.

Tabelle 2: Verwendungshäufigkeit von organischen Nations- und Volksbegriffen in der Vossischen Zeitung in den Jahren 1918 bis 1923[949]

	1918	1919	1920	1921	1922	1923
„Nationalempfinden“	10	1	0	1	0	1
„Nationalgefühl“	4	4	13	12	8	7
„Volksbewusstsein“	0	3	1	1	1	2
„Volkscharakter“	0	1	2	6	1	3
„Volksempfinden“	0	0	0	4	5	2
„Volksgemeinschaft“	6	18	31	61	47	41
„Volkskraft“	10	6	6	9	4	0
„Volkskörper“	1	5	1	6	3	0
„Volksleben“	19	23	16	21	16	16
„Volksseele“	13	11	13	25	25	9
„Volkswille“	3	1	4	6	3	2

944 Paul Giening, Stuttgart, in: Berliner Tageblatt (50), 19. August 1921, Nr. 389, S. 1 f., hier: S. 2.
945 Ebd.
946 Die politische Entwicklung in Baden, in: Kölnische Zeitung, 01. März 1922, Nr. 152, S. 1.
947 Vgl. Bruno Stümke, Vor den Wahlen in Baden. Reichstreue Südwestdeutschlands – Der Landtag – Der Wahlkampf – Demokratie und Volkspartei, in: Berliner Tageblatt (50), 13. Oktober 1921, Nr. 483, S. 1 f.; Die politische Entwicklung in Baden, in: Kölnische Zeitung, 01. März 1922, Nr. 152, S. 1.
948 Vgl. Martina Steber, Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime, Göttingen 2010, S. 225, 266 f. u. 290–300. Wolfram Pyta, Heimatvorstellungen in Gemeinschaftsbezügen, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 173–184, hier vor allem: S. 181 f.
949 Statistische Auswertung aufgrund der im Volltext durchsuchten Ausgaben der Datenbank De Gruyter, Vossische Zeitung Online.

So war etwa das Sprechen von der „Volksseele“ oder dem „Volksleben“ in der Vossischen Zeitung (und vermutlich auch darüber hinaus) wesentlich stärker verbreitet als die Zuschreibung eines „Volkscharakters“ oder „Volksempfindens“. Jedoch wurde zum Beispiel das Wort „Volksgemeinschaft“ ungemein häufiger gebraucht als die organischen Volksbegriffe. Der Statistik nach zu urteilen, wurden organische Sprachbilder aus dem Begriffsfeld „Volk“ und „Nation“ verhältnismäßig selten benutzt. Gleichwohl lassen die Verwendungskontexte Rückschlüsse auf die mit ihnen verbundenen kognitiven Vorstellungen zu. Die Personifikation des „Volkes“ gab dem „Volk“ nicht nur menschliche Qualitäten, sondern maß ihm auch einen so hohen Stellenwert bei, dass das Individuum im Zweifelsfall dahinter zurückstehen musste.[950] Zudem spiegelten sich in den Körper- und Krankheitssprachbildern überwiegend holistische Vorstellungen wider. Dieses Denken musste nicht unbedingt in Kombination mit einer ethnischen Aufladung des Volksbegriffes stehen, jedoch boten die entsprechenden Semantiken Raum für mystisch-religiöse Ideen, die sich zu dem rationalen Verständnis eines pluralistischen „Volkes“ im Widerspruch befanden.

3.3 Grenzen der „Gemeinschaft“ – die Konstruktion des „inneren Feindes“

Semantiken wie die von der „Volksgemeinschaft“ und dem „kranken Volkskörper“ ermöglichten die Entfaltung radikaler Denkkategorien.[951] Wer die „Einheit“ verhinderte, die „Nation“ schwächte oder Ziele verfolgte, die mit denen des angeblichen „Gemeinwohls“ nicht konform gingen, konnte zu einem „inneren Feind“ werden. Die Unterstellung, dass der politische Gegner „nicht das Wohl des Volksganzen“ anstrebe, sondern eigene „Parteizwecke“ zu erreichen suche, war weitverbreitet.[952] Einher ging sie mit der Forderung, dass „unverzüglich mit allen Kräften und [unter] Hintansetzung aller Sonderbestrebungen“ das „Gemeininteresse“ zu verfolgen sei.[953] Abweichende Meinungen wurden dabei nicht nur kritisiert, sondern mitunter auch aus der „nationalen“ Diskursgemeinschaft ausgeschlossen.

[950] Mit ähnlichem Ergebnis in Bezug auf den Volksgesundheitsdiskurs vgl. Matthias Weipert, „Mehrung der Volkskraft“: Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890–1933, Paderborn 2006, insbesondere S. 134–158.

[951] Vgl. Föllmer/Meissner, Ideen als Weichensteller?, hier: S. 334.

[952] Möglichkeiten, in: Kölnische Zeitung, 09. Juni 1920, Nr. 511, S. 1. Vgl auch: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Georg Heim (BVP), S. 75; Hergt oder Wirth?, in: Vorwärts (38), 15. Oktober 1921, Nr. 488, S. 1f.; Notwendigkeiten, in: Germania (53), 27. September 1923, Nr. 268, S. 1f.; [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassengedanken, Eigensucht und Parteiinteresse; hin zum Staatsgedanken und vaterländischem Verantwortlichkeitsgefühl!, in: Kölnische Zeitung, 26. März 1924, Nr. 219, S. 1; Was wollen sie? Die Rechtspresse und das Programm Herriots, in: Vorwärts (41), 19. Juni 1924, Nr. 284, S. 1f.

[953] Möglichkeiten, in: Kölnische Zeitung, 09. Juni 1920, Nr. 511, S. 1.

Nach dem Mord an Matthias Erzberger reagierte das katholische Milieu mit Verachtung auf die Mörder und ihre politischen Hintermänner. Ohne sie ausdrücklich beim Namen zu nennen, bezeichnete die GERMANIA die DNVP als eine „volksfeindliche[…] Partei“, deren Ziele mit „wahrem deutschen Nationalgefühl“ nicht vereinbar seien.[954] Die Deutschnationalen seien in „Untreue gegenüber dem Volke“ verhaftet und würden eine „zersetzende[…] Volksfeindschaft“ betreiben.[955] Davon werde sich „ein wahrhaft deutscher Mann […] mit Abscheu [ab-] wenden“, so das katholische Blatt unter dem Eindruck der Bluttat von Bad Griesbach.[956] Offen wie nie zuvor kritisierten Sprecher aus dem katholischen Milieu die rechten Parteien und erklärten sie zu „Feinden des Volkes“. Damit schwenkten sie – zumindest kurzzeitig – auf die von den Mehrheitssozialdemokraten ausgegebene Parole „Der Feind steht rechts!“ ein. In der MSPD war diese – durch einen Gastkommentar des Parteivorsitzenden Philipp Scheidemann im VORWÄRTS berühmt gewordene – Devise bereits seit Herbst 1919 verbreitet.[957] Sie entwickelte sich in der Folgezeit zu einem geflügelten Wort im mehrheitssozialdemokratischen Milieu, das etwa Otto Wels in seiner Reichstagsrede nach dem gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch aufgriff.[958] War die Parole für die Sozialdemokraten zunächst einmal Aufruf zum Zusammenschluss der Arbeiterbewegung gegen den gemeinsamen Feind gewesen, so trat zunehmend der Schutz der Republik in den Vordergrund. Zwar wurde die Devise anfangs etwa im nationalliberalen Lager heftig kritisiert[959] und in den Ausspruch „Der Feind steht links!“[960] umgewandelt, doch änderte sich diese ablehnende Haltung zumindest bei Teilen des Bürgertums. Nach dem Mord an Außenminister Walther Rathenau rief etwa der zur Zentrumspartei gehörende Reichskanzler Joseph Wirth vor dem Reichstag:

> Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts! [961]

Damit fand die Formulierung Eingang in die Regierungspolitik. Die rechten Parteien wurden zu „Feinden“ der Republik und des „Volkes“ erklärt und standen nun auf derselben semantischen Stufe wie der äußere Feind, von dem die territoriale Integrität Deutschlands bedroht wurde. Die Exekutive hatte auf die Radikalisierung der politisch motivierten Gewalt ihrerseits mit einer semantischen

954 Politischer Mord!, in: Germania (51), 27. August 1921, Nr. 521, S. 1.
955 Ebd.
956 Ebd.
957 Philipp Scheidemann, in: Vorwärts vom 15. November 1919, zitiert nach: Philipp Scheidemann, Der Feind steht rechts, in: Will Schaber/Walter Fabian (Hrsg.), Leitartikel bewegen die Welt, Stuttgart 1964, S. 276–279, S. 277 u. 279.
958 Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 158. Sitzung vom 30. März 1920, Rede von Otto Wels (MSPD), S. 5010.
959 Umschau und Ausschau. Eine Jahresbilanz – Die Schuld an der Revolution – Die Sozialdemokratie am Scheidewege, in: Kölnische Zeitung, 19. Oktober 1919, Nr. 942, S. 1.
960 Umschau und Ausschau. Ein deutscher Bischof – Der neue Zentrumskurs – Zurück zu Schiller, in: Kölnische Zeitung, 16. November 1919, Nr. 1038, S. 1.
961 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Joseph Wirth (Zentrum, Reichskanzler), S. 8058.

Radikalisierung geantwortet. Den „Feinden“ galt es nicht nur mit sachlichen Argumenten, sondern mit allen zur Verfügung stehenden sprachlichen Mitteln beizukommen. Die Konstruktion des „inneren Feindes“ warf ein Schlaglicht auf die wahrgenommene Gefahr und ihre Verursacher, blieb jedoch eine zweischneidige Angelegenheit: Indem Sprecher aus dem Spektrum der Mitte anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen den Kampf erklärten, grenzten sie diese aus der pluralistischen „nationalen Gemeinschaft“ aus. Gleichzeitig barg die Exklusionsstrategie die Gefahr, eine Spirale gegenseitiger Feindschaftserklärungen in Gang zu setzen und dadurch den nötigen gesellschaftlichen Konsens zu vereiteln anstatt ihn zu stärken.

Das Aufgreifen der Feindvokabel gegen die rechten Republikgegner seitens des katholischen Milieus war insofern ungewohnt, als diese Kategorie vormals allenfalls gegen die äußere Bedrohung sowie gegen die linken Gruppen im Innern gerichtet worden war. Vor allem in den ersten Monaten nach der Revolution hatten katholische Sprecher die linksradikalen Kreise als „volksfeindliche[…] Elemente“[962] und als „Zersetzungselemente[…]“[963] bezeichnet. Hierin schlug sich ein im Katholizismus besonders ausgeprägtes antibolschewistisches Denken nieder. Gegenüber dem Extremismus von rechts waren solche Bezeichnungen hingegen zunächst ausgeblieben – erst mit den Morden an Erzberger und Rathenau brach sich hier die Erkenntnis Bahn, dass die Republik auch von dieser Seite in akuter Gefahr sei.

Dagegen betrachteten Sprecher aus dem mehrheitssozialdemokratischen Spektrum schon früh sowohl linke als auch rechte Radikalforderungen als Bedrohung. Den Monarchisten warfen sie vor, im Kaiserreich „volksfeindliche[…] Gesetze“[964] gemacht zu haben und richteten an die Adresse der USPD Verurteilungen wie:

> Auch die Unabhängigen, die Verbündeten der Spartakisten, sind Volksfeinde.[965]

Unter Zuhilfenahme von Bezeichnungen wie „Verbrecher am Volke“ oder „Feinde[…] der Volksinteressen“ errichteten die Mehrheitssozialdemokraten bewusst eine hohe Mauer zwischen ihren Positionen und denen der linksradikalen Gruppierungen.[966] Wie die Linksextremen mit „Verbrecher[n]“[967] verglichen wurden, so wurden auch die rechtsextremen Kreise mit ehrenrührigen Benennungen wie „Gesindel“[968] oder „Schädlinge des Volkes“[969] belegt. Vereinzelt richteten sich sol-

962 Berlin, 8. März, in: Germania (49), 09. März 1919, Nr. 109, S. 1.
963 Berlin, 4. April, in: Germania (49), 05. April 1919, Nr. 155, S. 1.
964 IfZ ZG e012: SPD, Arbeiter! Bürger! Soldaten! Wähler und Wählerinnen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!, [undat. Flugblatt, vor dem 26. Januar 1919].
965 Ebd.
966 Oeffentliche Unordnung, in: Vorwärts (36), 12. August 1919, Nr. 408, S. 1f., Zitate: S. 2 u. 1.
967 Oeffentliche Unordnung, in: Vorwärts (36), 12. August 1919, Nr. 408, S. 1f., hier: S. 2.
968 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351, 138. Sitzung vom 26. Oktober 1921, Rede von Hermann Müller (SPD), S. 4737.
969 Streiks in der Landwirtschaft, in: Vorwärts (36), 16. Juli 1919, Nr. 358, S. 1f., hier: S. 2; ähnlich auch die Verwendung des Begriffes in Bezug auf die Tätlichkeiten des Hohenzollern-Prinzen Joachim Albrecht gegen Ausländer: „wer ihm [Vorwurf, dass die Deutschen ein „Volk von Rohlingen“ seien] durch seine Handlungen einen Schein von Berechtigung verleiht, der

che scharfen Angriffe auch gegen die gemäßigten bürgerlichen Parteien. Sprecher aus dem mehrheitssozialdemokratischen Lager warfen ihnen etwa vor, sie würden „ihre eigene Volksfeindlichkeit hinter der Geheimratsbureaukratie verstecken“.[970] Mit solchen Aussagen wie hier im Zusammenhang mit der von der MSPD geforderten Wohnungsluxussteuer für Berlin wurde den zeitweiligen Partnern in der Weimarer Koalition bescheinigt, sie regierten gegen das „Volk“. Zugleich schwang hierbei einmal mehr die Bedeutung des Wortes „Volk“ im Sinne von „plebs“ mit.

Generell wurde die Feindkategorie in den untersuchten Milieus jedoch selten verwendet: Den „‚wesensfremden, unbelehrbaren Internationalismus‘“ nannte die Kölnische Zeitung einen „inner[en] Feind“[971] und Theodor Wolff betrachtete alle – sowohl im Ausland wie auch im Reich –, „die in ihrem blinden Haßwahn das Land zerreißen“ wollten, als „Staatsfeinde“[972]. Neben dem Wort „Feind“ nutzten einige Sprecher auch das biologistische Bild vom „Schädling“. Als solche galten im katholischen Milieu zum Beispiel der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner, aber auch die Putschisten um Hitler und Ludendorff.[973] Ihnen wurde ein Handeln gegen die „Interessen der Gemeinschaft“ vorgeworfen. Für die Kölnische Zeitung waren all jene „Schädlinge am Volke“, die die „Geschlossenheit“ im „Ruhrkampf“ verraten hätten, um die Situation für Parteipolitik zu missbrauchen.[974] Im Begriff des „Schädlings“ flossen biologistische Gedanken in die Konstatierung des „inneren Feindes“ ein – er ermöglichte es, den Gegner nicht mehr als Mensch zu sehen. Seine Verwendung zeugte zudem von dem unbedingten Willen, den angeblichen „Schädling“ zu beseitigen, um ein höheres Gut zu schützen.[975]

Eine weitere Möglichkeit, den politischen Gegner zu desavouieren, war die kategoriale Einteilung in „national“ und „nicht national“. Die Unterstellung, „nicht national“ zu sein, entzog anderen Weltanschauungen ihren berechtigten Platz im politischen Spektrum und ließ ihre Vertreter zu „inneren Feinden“ werden. Anzutreffen waren solche Aussage etwa in konsverativ-nationalistischen Kreisen. Dort wurden die Sozialdemokraten als die „wirklichen Saboteure jeder nationalen Ein-

ist der schlimmste Feind und Schädling unseres Volkes.“ Raufexzeß im „Adlon“. Ein betrunkener Prinz prügelt anständige Personen, in: Vorwärts (37), 08. März 1920, Nr. 124, S. 1.

970 Richard Lohmann, Wohnungsluxus – Wohnungsnot, in: Vorwärts (38), 18. Januar 1921, Nr. 28, S. 1 f., hier: S. 2.

971 Max Neumann, Einheitsfront und Nationalgefühl, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1921, Nr. 168, S. 1.

972 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (51), 12. Juli 1922, Nr. 304, S. 1 f., hier: S. 2.

973 Vgl. Berlin, 29. November, in: Germania (48), 30. November 1918, Nr. 559, S. 1; Der Rummel im Bürgerbräu, in: Germania (53), 09. November 1923, Nr. 311, S. 1.

974 Umschau und Ausschau. Drei Weltkriege – Der französische Sparstrumpf – Faustrecht und Menschenrecht, in: Kölnische Zeitung, 11. Februar 1923, Nr. 105, S. 1.

975 Allgemein zum Schädlingsbegriff: Sarah Jansen, „Schädlinge“. Geschichte eines wissenschaftlichen und politischen Konstrukts 1840–1920, Frankfurt am Main 2003, vor allem: S. 257–277. Jansen weist auch darauf hin, dass z. B. der Präsident der „Deutschen Gesellschaft für angewandte Entomologie“ auf einer Tagung seiner Vereinigung im Jahre 1921 den Begriff des Schädlings losgelöst vom Wald verwendete und „Schädlinge“ in der staatlich-gesellschaftlichen Sphäre erblickte (S. 272).

heit“ bezeichnet und ihnen „Feindschaft gegen jeden nationalen Gedanken“ nachgesagt – sie würden „[n]icht an das deutsche Volk“, „sondern lediglich an ihre Parteiziele“ denken, so die DEUTSCHE TAGESZEITUNG.[976] Und auch im nationalsozialistisch-„völkischen“ Umfeld wurden die Sozialdemokraten als „Novemberverbrecher[…]“ und „Volksbetrüger“ geschmäht und damit aus der „nationalen Gemeinschaft“ ausgegrenzt.[977] In den untersuchten Milieus stießen entsprechende Differenzierungen zumeist auf scharfe Kritik,[978] doch führte dies nicht dazu, dass die Sprecher selbst gänzlich auf sie verzichteten. Die nationalliberale KÖLNISCHE ZEITUNG bezeichnete die Unterscheidung in „national“ und „nicht national“ als ein „Verbrechen“, da sie „mit Absicht und Überlegung das Volk“ spalte. Möglicherweise werde eine entsprechende Kategorisierung noch benötigt, etwa wenn sich „große Teile des Volkes […] von der gemeinsamen nationalen Kultur“ lossagen würden, so das Blatt. Bis dahin dürfe aber mit dem Begriff „Nation“ kein „Schindluder“ im „Parteiinteresse“ getrieben werden, weil er das „einzige, uns alle umschlingende Band“ und daher „zu hoch und unantastbar“ sei.[979] Im nationalliberalen Milieu wurde die Kategorie also nicht gänzlich verworfen. Lediglich ihr inflationärer und falscher Gebrauch standen in der Kritik. Zur Verurteilung der politischen Gegner wurde auf den Terminus dennoch zurückgegriffen. So beanstandeten verschiedene Sprecher aus dem Spektrum der Mitte das Verhalten der Nationalisten als „antinational“ und unverantwortlich.[980] Jene würden „mit dem Patriotismus fürchterlichen Mißbrauch treiben“ und seien „in Wahrheit die wahren Verräter an Volk und Vaterland“, so die GERMANIA.[981] Zugleich galt im katholischen Milieu aber auch die Politik der linksradikalen Gruppen als „antinational“.[982] Dennoch wurde das Absprechen von „nationaler“ Gesinnung in den untersuchten Milieus nur selten praktiziert. Zu stark war man sich der Gefahr bewusst, dadurch die Basis für das Zusammenleben in der „Nation“ zu unterhöhlen. Bei der Verwendung des Wortes „Feind“ und ähnlicher Kategorien waren diese Bedenken allerdings weit weniger stark ausgeprägt.

976 Sabotage der Einheitsfront, in: Deutsche Tageszeitung (28), 01. März 1921, Nr. 50, S. 1.

977 Nieder mit den Novemberverbrechern!, in: Völkischer Beobachter (37), 13. Januar 1923, Nr. 4, S. 1.

978 Vgl. Das Kapitel: „Einheitsfront“. Gemeinsames und Trennendes, in: Vorwärts (40), 10. Januar 1923, Nr. 14, S. 1f.; Innerpolitische Spannungen, in: Germania (53), 27. Juni 1923, Nr. 175, S. 1f.; IfZ ZG e030: Deutsche Demokratische Partei, Das deutsche Volk ist antinational, [undat. Flugblatt]; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 274. Sitzung vom 25. November 1922, Rede von Gustav Stresemann (DVP), S. 9151f.; Gustav Stresemann, Rede in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichskanzlei, 24. Oktober 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, S. 121–146, hier: S. 124.

979 Umschau und Ausschau. Nationalisten und Sozialisten – Nation – Gift aus dem Osten, in: Kölnische Zeitung, 11. September 1921, Nr. 605, S. 1.

980 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Wilhelm Marx (Zentrum), S. 8047; Reaktionäre Kleinstaaterei. Zur bayerischen Denkschrift, in: Vorwärts (41), 08. Januar 1924, Nr. 11, S. 1f.

981 Innerpolitische Spannungen, in: Germania (53), 27. Juni 1923, Nr. 175, S. 1f., hier: S. 1.

982 Vgl. Der Arbeiter und die deutsche Wirtschaft, in: Germania (53), 19. November 1923, Nr. 316, S. 1f.

Neben „Feind“, „Schädling“ und „nicht national“ bzw. „antinational“ eröffnete die Konstatierung von „Fremdheit“ eine weitere Möglichkeit zur Ausgrenzung: Im katholischen Spektrum galt etwa „Klassenegoismus“ als „volksfremd[…]“.[983] Teilweise wurden auch andere politische Meinungen – wie seitens der GERMANIA diejenige der Spartakisten – als „Fremdkörper […] im deutschen Fleisch, der bis zur Wurzel ausgerottet werden“ müsse, betrachtet.[984] Die Kommunisten galten, wie es der Zentrumsabgeordnete Eugen Bolz formulierte, als „politische[s] Gesindel aus dem Osten“, das „unser Volk“ verhetze[985] – eine Aussage, in der antislawische Untertöne mitschwangen.[986] Und die DVP warb im Reichstagswahlkampf des Mai 1924 damit, dass sie die „Ausländerei verbannen“ wolle.[987] Der „innere Feind“ definierte sich je nach Weltanschauung. Mitunter erschien er als ein „Fremdkörper“ im „Innern“ und wurde damit aus der „nationalen Gemeinschaft“ ausgeschlossen, obwohl ihm ausdrücklich zugesprochen wurde, dass er „deutsche[r] Mitbürger“ sei.[988]

Von dem in nationalistischen Kreisen vorherrschenden Antisemitismus grenzten sich die untersuchten Milieus unterschiedlich stark ab: Die Linksliberalen verurteilten allgemein den Hass gegen Juden und einzelne Volksschichten.[989] Die Nationalliberalen verwiesen hingegen eher unbestimmt auf ihr Parteiprogramm und ihren „nationalen“ Standpunkt.[990] Antisemitismus wurde hier als das „Ventil eines von Leidenschaft überspannten Kessels“ angesehen, durch das „Neid, Begehrlichkeit und Dummheit stinkend entweichen“ würden.[991] Doch griff diese Erklärung zu kurz. Auf die semantische Ausgrenzung von Juden, wie sie etwa Paul Bang in der DEUTSCHEN ZEITUNG vornahm, indem er diesen die Möglichkeit absprach, „Gebärer und Vollstrecker des deutschen Volkswillens“ zu sein, da dies „nur deutschen Blutsgenossen“ vorbehalten bliebe,[992] fanden die Sprecher aus dem untersuchten Spektrum keine angemessene Reaktion. Vor allem im nationalliberalen und katholischen Milieu waren durchaus antisemitische Haltungen ver-

983 J[osef] Joos, Zentrumsgedanken und politische Haltung. Ein Brief an Dr. Wirth, in: Germania (54), 18. Januar 1924, Nr. 18, S. 1f., hier: S. 2.

984 Berlin, 11. Januar, in: Germania (49), 12. Januar 1919, Nr. 19, S. 1.

985 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Eugen Bolz (Zentrum), S. 4942.

986 Ähnlich auch die Furcht vor einer „Ueberflutung deutschen Landes durch Slaven“. Johannes Dierkes, Innere Kolonisation. Die landwirtschaftliche Siedlung in Preußen, in: Germania (54), 10. Juni 1924, Nr. 244, S. 1f., hier: S. 2. Allgemein zum Antislawismus und Antisemitismus bei der Einbürgerungspraxis in der Weimarer Republik: Gosewinkel, Homogenität des Staatsvolks als Stabilitätsbedingung der Demokratie?, hier: S. 182–186.

987 IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Merke!, [undat. Flugblatt, vor dem 27. April 1924].

988 Berlin, 11. Januar, in: Germania (49), 12. Januar 1919, Nr. 19, S. 1.

989 Vgl. z. B.: Hans Wehberg, Burschenschaft und Vaterland, in: Berliner Tageblatt (49), 20. August 1920, Nr. 391, S. 1f.

990 BArch R 45-II/363: Stellungnahme des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP zum Antisemitismus vom 28. Januar 1920.

991 Umschau und Ausschau. Der schwarze Monat – Wo bleibt der Kaiser? – Rathenaus Testament, in: Kölnische Zeitung, 02. Juli 1922, Nr. 461, S. 1.

992 BArch R 8034-II/7888: [Paul] Bang, Volkswille, in: Deutsche Zeitung, 04. April 1923, Nr. 155.

breitet, die sich – wie aufgezeigt – etwa im Zusammendenken von „Bolschewismus“ und „Judentum“ manifestierten. Zudem wurden zum Beispiel die Gerüchte über „geheime[…] Pläne[…] und Abmachungen des internationalen Judentums“ nicht gänzlich ins Reich der „völkischen“ Propaganda verbannt.[993] Vor allem im katholischen Spektrum wurde der angebliche „jüdische Handelsgeist“ als „antideutsch“ angesehen.[994] „Deutsche“ und „Juden“ waren in diesem Verständnis zwei verschiedene Gruppen.[995] Eine „moralische Minderwertigkeit“ aller Juden anzunehmen, stand den katholischen Sprechern jedoch fern.[996]

Das wohl wirkmächtigste Narrativ vom „inneren Feind“ bildete nach dem Ersten Weltkrieg die Dolchstoßlegende. Nicht der äußere Gegner, sondern der „innere Feind“ habe die deutsche Armee hinterrücks gemeuchelt und damit die Kriegsniederlage bewirkt. Dieser Behauptung versuchten vor allem die Sprecher aus dem sozialdemokratischen und linksliberalen Milieu etwas entgegenzusetzen. Sie verwiesen etwa auf die Schuld des Kaiserreichs und seiner „oberste[n] Staatsleitung, die unser Volk langsam“ habe „verbluten“ lassen.[997] Die Dolchstoßlegende sei eine „Beschimpfung des deutschen Volkes, das unter verblendeter Führung […] das Ungeheuerste geleistet“ habe, „schließlich aber der Uebermacht“ unterlegen sei, so der Vorwärts.[998] Doch hielt sich das „Märchen vom Dolchstoß“[999] und erlangte als „volksvergiftende Lüge“[1000] verhängnisvolle Deutungsmacht. Selbst im nationalliberalen Milieu wurde der „Dolchstoß“ als einer der Gründe für die Kriegsniederlage gewertet: Zum einen sei die eigene militärische Stärke überschätzt, zum anderen sei durch ein „sehr viel verwerflichere[s] Treiben“ die „Widerstandskraft des Volkes von innen heraus“ ausgehöhlt worden.[1001] Ohne konkrete Gruppen zu beschuldigen, wurde damit das Bild eines durch kladestines Handeln vorbereiteten Verrats an der „nationalen“ Sache kolportiert.

Im Lager der Nationalisten und „Völkischen“ bildete „Rasse“ eine zentrale Kategorie der Exklusion. In dem Begriff kulminierte „völkisches“, sozialdarwinisti-

[993] Vgl. Berlin, 29. November, in: Germania (48), 30. November 1918, Nr. 559, S. 1.

[994] Vgl. Das deutschnationale Werben in Zentrumskreisen, in: Germania (51), 05. August 1921, Nr. 464, S. 1; ähnlich auch die Zuschreibung eines „dem Judentum innewohnende[n] und stark entwickelte[n] Handelsgeist[es]“, der „verbunden mit einer rührigen, hohen Intelligenz“ sei. Judenhetze, in: Vorwärts (36), 15. August 1919, Nr. 415, S. 1f., hier: S. 1.

[995] Allgemein zur Konstruktion des Judenbildes: Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 238–247.

[996] Vgl. Der Nationalismus als „Idee“ und Bewegung, in: Germania (52), 30. Dezember 1922, Nr. 374, S. 1f.

[997] A. v[on] Kröcher, Ein offenes Wort, in: Berliner Tageblatt (49), 12. Mai 1920, Nr. 221, S. 1f., hier: S. 1.

[998] Der schuldige Hasardeur. Ludendorff gegen Marxisten, Juden und Zentrum, in: Vorwärts (41), 01. März 1924, Nr. 103, S. 1.

[999] IfZ ZG e030: Deutsche Demokratische Partei, Wähler Berlins! Gebt Eure Stimme nicht den Parteien der Rechten!, [undat. Flugblatt, wohl vor dem 07. Dezember 1924].

[1000] Konnten wir weiterkämpfen?, in: Vorwärts (38), 10. Oktober 1921, Nr. 478, S. 1f., hier: S. 2.

[1001] [Reinhard] Scheer, Einsicht und Verständigung, in: Kölnische Zeitung, 15. September 1921, Nr. 614, S. 1.

sches und antisemitisches Gedankengut. Er verband sich mit der Vorstellung von Reinheit, Höher- oder Minderwertigkeit, Auslese sowie Züchtung. Für die Nationalsozialisten war „Rasse“ ein „grundlegender Begriff“ ihrer Weltanschauung.[1002] Innerhalb des untersuchten Spektrums wurde der Terminus hingegen nur selten und zumeist in Bezug auf ausländische Völker angewendet. Das Wort „Rasse“ hatte in diesem Zusammenhang eine ähnliche Bedeutung, wie sie „Stamm“ in Bezug auf das Inland trug.[1003] Der Begriff diente als Synonym für alle Facetten von „Volk“ im ethnischen Sinne. So sprach selbst der Vorwärts davon, dass bei den Deutschen und anderen europäischen Völkern „das Leben eines Teiles ihrer Rasse außerhalb der Grenzen des Nationalstaats“ sei.[1004] Zuweilen wurden alle Angehörigen des deutschen „Volkes“ als Mitglieder einer „Rasse“ bezeichnet.[1005] Teilweise diente der Begriff zur Abgrenzung von anderen Personengruppen, die als „Rassenfremde[…]“ angesehen wurden.[1006] Die Juden wurden von einzelnen Sprechern wie dem DDP-Politiker Bernhard Dernburg oder einem Kommentator im Vorwärts als eine „Rasse“ bezeichnet,[1007] aber auch im zeitgenössischen jüdischen Selbstbild wie etwa bei Sigmund Freud tauchte dieser Begriff auf.[1008] Mitunter knüpfte die Kategorie „Rasse“ – wie etwa im Zusammenhang mit der Rheinlandbesetzung – an die Hautfarbe an.[1009] Vor allem die Beschreibung der dunkelhäutigen Besatzungssoldaten war geprägt von einer imperialistisch-rassistischen Sprache: Mit einem „teuflische[n] und höhnische[n] Grinsen auf den wilden Gesichtern“ würden sich die Schwarzen nun an der „weißen Rasse“ rächen, so der Tenor des Berliner Tageblatts.[1010] Hierbei war „Rasse“ eine allgemeinere

[1002] Brackmann/Birkenhauer, NS-Deutsch, S. 149; ähnlich: Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 489f.

[1003] Vgl. Berlin, 27. August, in: Germania (49), 28. August 1919, Nr. 391, S. 1; ähnlich: Heuß [sic!], Politik, S. 167f.

[1004] Vor dem Zusammentritt des Obersten Rats, in: Vorwärts (38), 07. August 1921, Nr. 369, S. 1.

[1005] Vgl. BArch NS 5-VI/17362: Grundlagen der deutschen Volksgemeinschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, 03. April 1922; ähnlich, hier in Bezug auf die Franzosen: Napoleon als Symbol, in: Germania (53), 18. Januar 1923, Nr. 17, S. 1f.

[1006] Der Regierungswechsel in Bayern, in: Kölnische Zeitung, 08. April 1920, Nr. 334, S. 1.

[1007] Vgl. Bernhard Dernburg, Walter [sic!] Rathenau, dem toten Freunde, in: Berliner Tageblatt (51), 25. Juni 1922, Nr. 295, S. 1; Judenhetze, in: Vorwärts (36), 15. August 1919, Nr. 415, S. 1f., hier: S. 1.

[1008] Vgl. Brief Sigmund Freuds an Romain Rolland vom 04. März 1923, zitiert nach: Freud (Hrsg.), Sigmund Freud. Briefe 1873–1939, S. 341f., hier: S. 341.

[1009] Vgl. Die Strafmaßnahme, in: Germania (51), 05. März 1921, Nr. 107, S. 1f.; Hartkopf, Um das Leben der Ungeborenen, in: Kölnische Zeitung, 24. Mai 1921, Nr. 368, S. 1; Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 21. November 1921, Nr. 536, S. 1; Umschau und Ausschau. Zufälle des Schicksals – Jumei mudjitsu – Im Stillen Ozean, in: Kölnische Zeitung, 01. Januar 1922, Nr. 21, S. 1; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 273. Sitzung vom 24. November 1922, Rede von Eugen Schiffer (DDP), S. 9124; Momentbilder aus Trier. Das Schreckensregime der Farbigen – Die Massenaustreibungen – Immer wieder erschütternde Szenen, in: Berliner Tageblatt (52), 24. Mai 1923, Nr. 240, S. 1f.; allgemein zu den Kriterien für „Rasse“: Heuß [sic!], Politik, S. 167f.

[1010] Momentbilder aus Trier. Das Schreckensregime der Farbigen – Die Massenaustreibungen – Immer wieder erschütternde Szenen, in: Berliner Tageblatt (52), 24. Mai 1923, Nr. 240, S. 1f., hier: S. 1.

Kategorie als die des „Volkes“.[1011] In einigen Fällen scheint die Kultur das Differenzierungskriterium zwischen einer „germanische[n]“ und einer „romanische[n]“[1012] bzw. einer „lateinischen“[1013] „Rasse“ und ihren Eigenschaften gewesen zu sein, in anderen Fällen wurde dagegen anhand der Hautfarbe unterschieden. „Rasse“ war somit auch im Spektrum der politischen Mitte – und nicht nur bei den Radikalnationalisten[1014] – von schwammiger Bedeutung. Im Gegensatz zu den „Völkischen“ war der Rassenbegriff im Spektrum der Mitte eher selten anzutreffen, diente nicht als Letztwert und wurde keineswegs ausschließlich mit dem Merkmal der Abstammung verbunden. Vereinzelt versuchten Sprecher aus den untersuchten Lagern, gegen das „völkische“ „Dogma von der Hochwertigkeit einer Rasse“[1015] anzuschreiben oder thematisierten in öffentlichen Reden die „wüste Rassenhetze“ als „eine Gefahr für die Zukunft unseres Staatswesens“.[1016] Vor allem nach dem Mord an Rathenau gelangten „Antisemitismus“ und „Rassismus“ vorübergehend auf die politische Agenda.[1017] Auf Widerspruch stieß im Katholizismus zudem die „Vergottung der Nation und der Rasse“.[1018] Eine umfangreiche und tief greifende Auseinandersetzung mit dem biologistisch-rassistischen Denken der „Völkischen“ wurde im Untersuchungszeitraum jedoch nicht geführt.

Und auch der Volksbegriff wurde in den betrachteten Milieus – wie aufgezeigt – zumeist nicht ethnisch-exkludierend verwendet. Ganz im Gegensatz hierzu stand „Volk“ in der „völkischen“ und nationalsozialistischen Ideologie für die „deutsche[…] Nation als politische, rassische, kulturelle und schicksalhafte ‚Blutsgemeinschaft‘“.[1019] „Volk“ war in dieser Sichtweise ein immerwährendes, organisches We-

[1011] Vgl. Umschau und Ausschau. Der Koalitionsfriede – Französische Bekenntnisse – Am Scheideweg, in: Kölnische Zeitung, 22. Mai 1921, Nr. 365, S. 1.

[1012] F[riedrich] Siegmund-Schultze, Fünfzig Nationen und das deutsche Schicksal. „Frankreich will nicht.“, in: Berliner Tageblatt (52), 19. September 1923, Nr. 440, S. 1f., hier: S. 1; von einer „romanischen Rasse“ spricht auch: Lehren eines Jahrestags, in: Germania (53), 25. November 1923, Nr. 322, S. 1f.

[1013] J[osef] Joos, Sozialdemokratie, Bürgertum und Nation, in: Germania (53), 23. Oktober 1923, Nr. 319, S. 1f., hier: S. 1.

[1014] Vgl. Breuer, Die Völkischen in Deutschland, S. 115.

[1015] Vgl. BArch NS 5-VI/17362: Siegfried Berger, Die Begriffe „Deutsch“ und „Volk“ bei J. G. Fichte, in: Frankfurter Zeitung (65), 16. Juni 1921, Nr. 440.

[1016] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, 236. Sitzung vom 25. Juni 1922, Rede von Otto Wels (SPD), S. 8042.

[1017] Vgl. Philipp Scheidemann, Entwicklung zum Pogrom, in: Vorwärts (39), 12. Juli 1922, Nr. 324, S. 1f.; Else Wentscher, Volksgemeinschaft und Liberalismus, in: Kölnische Zeitung, 15. Oktober 1922, Nr. 721a, S. 1. Zur Germania und zum Vorwärts: Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 422–425, 435–438 u. 449f. Zum Antisemitismus und den politischen Morden an Erzberger und Rathenau: Eitz/Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 2, S. 64–70. Noch einmal verstärkt wurde der Antisemitismus im Jahr 1924 thematisiert: IfZ ZG e030: Deutsche Demokratische Partei, Die demokratischen Frauen sind deutsch und national!, [undat. Flugblatt, vor dem 07. Dezember 1924]; Die völkische Bewegung und der Katholizismus, in: Germania (54), 03. Januar 1924, Nr. 3, S. 1f.

[1018] Entschiedenheit, in: Germania (54), 22. Mai 1924, Nr. 198, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Der Nationalismus als „Idee“ und Bewegung, in: Germania (52), 30. Dezember 1922, Nr. 374, S. 1f., hier: S. 1.

[1019] Brackmann/Birkenhauer, NS-Deutsch, S. 193.

sen, das dem Staat geschichtlich und hierarchisch vorausging und das als eine „Rassengemeinschaft“ begriffen wurde.[1020] Galt „Volk“ schon während der Weimarer Republik als einer der „Grundbegriffe[…] des antidemokratischen Denkens“,[1021] so fiel dem Terminus im nationalsozialistischen Sprachgebrauch eine herausragende Bedeutung zu.[1022] In der NS-Diktatur setzte sich der an den „ethnos“ anknüpfende holistische Volksbegriff durch. Das „wahre Volk“ als eine auf „Rassenzugehörigkeit“ beruhende „Abstammungsgemeinschaft“ galt nun als Existenzgrundlage des Staates.[1023] War „Volk“ bereits in der Weimarer Republik eine oftmals gebrauchte Vokabel, so stieg ab 1933 die Verwendungshäufigkeit noch einmal an.[1024] Zudem wurden nun zahlreiche Ableitungen des Wortes verstärkt gebraucht – viele standen dabei im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Volkstumspolitik oder hatten (wie etwa „volksbewusst“, „volksfremd“, „Volksgenosse“, „Volksfeind“ oder „Volksschädling“) ausdrücklich exkludierende Funktion.[1025] Jedoch durften die verwendeten Komposita „Volk“ nicht die „Aura des Unantastbaren“[1026] und des „Einheitlichen“ rauben. So waren Begriffsbildungen wie „Kirchenvolk“ oder „evangelisches Volk“ im Nationalsozialismus unerwünscht, weil sie der Vorstellung von einer einheitlichen „Volksgemeinschaft“ zuwiderliefen.[1027]

Im Gegensatz zu den „Völkischen“ manifestierten sich die Grenzen der „Einheit“ innerhalb des untersuchten Spektrums nicht im Terminus „Rasse“, sondern eher in Begriffen wie „innerer Feind“, „Volksschädling“ oder „Volksfremder“. Zwar wurden vorwiegend die links- und rechtsextremen Gegner der Republik mit entsprechenden Bezeichnungen belegt, doch öffneten die Sprecher aus der politischen Mitte mit dem Wortgebrauch die semantische Büchse der Pandora. Durch das Denken und Sprechen in ausgrenzenden Kategorien nährten sie sich der radikalen Sprache ihrer politischen Gegner an und liefen Gefahr, sich in einem „Freund-Feind-Schema“ zu verfangen. Antisemitismus, die Verurteilung von anderen politischen Haltungen als „volksfeindlich“ und die Titulierung des Gegners als „Feind“ oder „Schädling“ bildeten Formen der Exklusion, die in ihrer Semantik der in „völkischen“ Kreisen gebräuchlichen Sprache ähnelten.[1028] Entsprechende Verwendungen zeugen davon, dass auch im Denken der politischen Mitte die pluralistische „Gemeinschaft der Nation“ Grenzen aufwies. Darüber hinaus boten die genannten Kategorien Anknüpfungspunkte für holistische und antirepublikanische Ordnungsmodelle.

[1020] Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (1968), S. 246–250; Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 642–644.
[1021] Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (1968), S. 244.
[1022] Vgl. Götz, Ungleiche Geschwister, S. 69.
[1023] Vgl. Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, S. 456.
[1024] Vgl. Lepsius, Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung, S. 37.
[1025] Vgl. Senya Müller, Sprachwörterbücher im Nationalsozialismus. Die ideologische Beeinflussung von Duden, Sprach-Brockhaus und anderen Nachschlagewerken während des „Dritten Reichs“, Stuttgart 1994, S. 140–156.
[1026] Müller, Sprachwörterbücher im Nationalsozialismus, S. 158.
[1027] Vgl. ebd.; Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 644.
[1028] Vgl. Brackmann/Birkenhauer, NS-Deutsch, S. 197.

4. „Volk", Partei, Parlament? – Die republikanische Staatsform in der Kritik

Wurde die Weimarer Reichsverfassung von ihren Schöpfern auch teilweise euphorisch gelobt,[1029] beendete ihre Verabschiedung doch längst nicht die Diskussion über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des Deutschen Reichs. Während die links- und rechtsextremen politischen Parteien die Staatsordnung von Weimar rundweg ablehnten, standen die Parteien der politischen Mitte zur Republik oder erklärten sich zumindest zu einer konstruktiven Mitarbeit auf Grundlage der Verfassung bereit, indem sie in die Regierung eintraten und dort Verantwortung übernahmen. Dennoch gab es auch im Spektrum der Mitte Stimmen, die wesentliche Bestandteile der liberalen, parlamentarischen Demokratie kritisierten bzw. gar nach Alternativen zur Weimarer Republik suchten. Im Brennpunkt der Diskussion standen das Parteiwesen sowie die Frage nach der richtigen Repräsentation des „Volkes". Große Hoffnungen knüpften sich an Führerpersönlichkeiten sowie an die Schaffung bzw. Stärkung von „unpolitischen" Legislativorganen jenseits des Reichstags.

4.1 „Gemeinwohl" und „Herrschaft der Besten" versus „Sonderinteressen" und Macht der „Massen" – Parteien- und Parlamentarismuskritik im politischen Spektrum der Mitte

Während die Weimarer Reichsverfassung die politischen Parteien – abgesehen von der bezeichnenden Negativbestimmung, dass die Beamten „Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien"[1030] – mit keinem Wort erwähnte, spielten diese in der Verfassungswirklichkeit eine herausragende Rolle. Im schroffen Gegensatz dazu stand jedoch ihr Ansehen in der Öffentlichkeit. Den Parteien und ihren Mitgliedern wurde vorgeworfen, sie stellten ihre „eigenen Interessen" über die des „Gemeinwohls", träfen auf unlautere Weise Entscheidungen und würden durch permanenten Streit „Zerrissenheit" statt „Einheit" verkörpern. Dieser Umstand, der von der Weimar Forschung bislang allenfalls rudimentär wahrgenommen wurde, führt das gravierende Akzeptanzproblem der parlamentarischen Ordnung eindringlich vor Augen.

Die genannten Vorbehalte gegenüber dem Parteienstaat waren auch bei Sprechern aus den untersuchten Milieus virulent. Das Parteiwesen wurde als eine Defizitgeschichte begriffen. Generell galt es als „innerlich überaltert"[1031] und refor-

[1029] Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, 71. Sitzung vom 31. Juli 1919, Rede von Konstantin Fehrenbach (Zentrum, Präsident der Nationalversammlung), S. 2195; ähnlich: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 44. Sitzung vom 02. Juli 1919, Rede von Conrad Haußmann (DDP), S. 1204.

[1030] Art. 130 I. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

[1031] Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: Berliner Tageblatt (53), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1f., hier: S. 1.

munfähig. Selbst der linksliberale Journalist Ernst Feder beklagte im Berliner Tageblatt das Fehlen einer „große[n], nichtsozialistische[n] republikanische[n] Partei“ und stellte fest:

Unser öffentliches Leben leidet an der Parteienzerrissenheit.[1032]

In diesem Urteil stimmten ihm Sprecher aus den verschiedensten Milieus zu. So wurde etwa in der Germania die „parteipolitische Zerklüftung des deutschen Volkes“ moniert.[1033] Und der Vorwärts konstatierte:

Ein paar Dutzend Parteien, Parteichen, Gruppen und Grüppchen werben um die Gunst der Wähler. An dieser Zersplitterung und Verwirrung droht alles zugrunde zu gehen.[1034]

Im katholischen Milieu war – wie dargelegt – schon während der Revolution der Ruf nach einem Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien laut geworden.[1035] Fanden auch die bürgerlichen Gruppierungen im Winter 1918/19 nicht zu einer „Einheitspartei“ zusammen, so blieb dennoch weiterhin die Hoffnung auf eine „Sammlung“ virulent. Vom „Standpunkt des staatlichen und nationalen Interesses“, argumentierte etwa Heinrich Brauns im Juli 1922 in der Germania, müsse es zu einer „Vereinfachung und Vereinheitlichung unseres Parteiwesens“ kommen.[1036] Dieses Ziel erklärte der Reichsarbeitsminister zu einer „organischen“ Forderung.[1037] In seinen Augen fehlte „eine starke Partei“, die den „Zerfall unseres Volkes und unseres Reiches“ verhindere.[1038] Und der katholische Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald war der Überzeugung, dass die Parteien zwischen MSPD und DNVP „ziemlich ein und dasselbe wollen“ würden, jedoch in ihren „Parteischranken“ gefangen seien.[1039] Das Scheitern sämtlicher Sammlungsbestrebungen verstärkte das negative Bild von den Parteien, die ihr „eigenes Süppchen kochen“ und ausschließlich ihre jeweiligen Sonderinteressen im Sinn haben würden. Dass die Einigungsvorstellungen in höchstem Maße utopisch waren, wurde hingegen nicht thematisiert. Sowohl die divergierende soziale Herkunft als auch die unterschiedlichen Weltanschauungen und Programmatiken der Weimarer Parteien mussten eine Zusammenfassung unrealistisch erscheinen lassen. Nichtsdestoweniger waren ähnli-

[1032] Ernst Feder, Demokraten und Arbeitsgemeinschaft, in: Berliner Tageblatt (51), 18. Juli 1922, Nr. 313, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich auch: Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: Berliner Tageblatt (53), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1 f.

[1033] Krisenlust und Schuldfrage, in: Germania (52), 17. Juni 1922, Nr. 362, S. 1 f., hier: S. 1.

[1034] Eine gegen Sechzehn! Ein letztes Wort im Wahlkampf an Freund und Feind!, in: Vorwärts (41), 03. Mai 1924, Extraausgabe, S. 1.

[1035] Vgl. Berlin, 19. November, in: Germania (48), 20. November 1918, Nr. 543, S. 1; Berlin, 6. Dezember, in: Germania (48), 07. Dezember 1918, Nr. 571, S. 1; Berlin, 17. Dezember, in: Germania (48), 18. Dezember 1918, Nr. 589, S. 1.

[1036] [Heinrich] Brauns, Deutschlands innerpolitisches Elend, in: Germania (52), 16. Juli 1922, Nr. 392, S. 1 f., hier: S. 2.

[1037] Vgl. [Heinrich] Brauns, Deutschlands innerpolitisches Elend, in: Germania (52), 16. Juli 1922, Nr. 392, S. 1 f.

[1038] [Heinrich] Brauns, Die Verfassungspartei, in: Germania (52), 18. Juli 1922, Nr. 395, S. 1 f., hier: S. 1.

[1039] [Adam] Stegerwald, Das Essener Programm, in: Germania (52), 01. April 1922, Nr. 210, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: J[osef] Forder, Politischer Brief aus Württemberg, in: Germania (52), 07. Oktober 1922, Nr. 536, S. 1 f.

che Forderungen wie die im katholischen Milieu auch in anderen politischen Lagern anzutreffen: Bei linksliberalen Sprechern, wie Hugo Preuß, war die Überzeugung gereift, dass eine „Vereinheitlichung und Vereinfachung unseres Parteiwesens mit dem Ziel der Bildung einer zusammenfassenden republikanischen Verfassungspartei“ unbedingt notwendig sei.[1040] Und Fritz Rauch träumte in der Kölnischen Zeitung von einem „Zusammenschluß aller national denkenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit auf nationalem Boden“.[1041] Mit seiner Analyse, dass ein „grenzenloses Sehnen nach Zusammenschluß“ durch „alle Teile unsers Volkes“ gehe, lag das nationalliberale Leitmedium sodann sicherlich nicht falsch.[1042] Jedoch reduzierten sich die Erwartungen der Nationalliberalen zunehmend von einer „Sammelpartei“ hin zu einer „wenn auch nicht vollständig, so doch möglichst geschlossenen politischen Einheitsfront“.[1043] Nicht der „Verzicht auf parteipolitische Grundsätze“, sondern die „gemeinsame Rücksicht auf das Gesamtwohl“ wurde als „oberste Richtschnur“ für die zu bildende „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ angesehen. Die Verfassung wurde dabei als „einzige[r] feste[r] Pol“ begriffen.[1044] Aber selbst diese Art der verstärkten Zusammenarbeit gestaltete sich schwierig. So konstatierte Rudolf von Campe in der Kölnischen Zeitung:

> Parteigegensätze sind oft schwerer zu überwinden als Gegensätze unter Staaten.[1045]

Als Gründe für die fehlende Kooperationsfähigkeit führte Joseph Joos in der Germania den „Mangel an Gesinnungsdemokratie“ sowie das fehlende „Staats- und Gemeinschaftsethos“ an. Zur Behebung empfahl er, diesem Defizit durch eine Verbindung des „Demokratische[n] mit den Grundkräften des Christentums“ zu begegnen,[1046] und machte damit klar, dass es der derzeitigen Ordnung seiner Ansicht nach an „christlichem“ Geist fehle.

Zumeist setzte die Kritik jedoch nicht auf einer solch abstrakten Ebene an. Stattdessen galten *die* Parteien als Ursache für Fehlentwicklungen. In den Augen der Zeitgenossen verhinderte vor allem der „Parteienegoismus“ ihre Zusammenarbeit und Fusion. Die „Parteigeschäfte“ seien der „Krebsschade[n] der deutschen Einheit, der nationalen Gesundung und Kräftigung Deutschlands“, konstatierte etwa ein nationalliberaler Kommentator.[1047] Zwar hatte sich die Kölnische Zei-

[1040] Hugo Preuß, Deutschlands innerpolitisches Elend und die Verfassungspartei, in: Berliner Tageblatt (51), 23. Juli 1922, Nr. 323, S. 1 f., hier: S. 2.

[1041] Fritz Rauch, Die Zukunft der nationalen Parteien, in: Kölnische Zeitung, 08. März 1920, Nr. 231, S. 1.

[1042] Der Zwang der nationalen Arbeitsgemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 28. Januar 1921, Nr. 71, S. 1 f., hier: S. 1.

[1043] Stegerwalds Sammlungsaufruf, in: Kölnische Zeitung, 02. Dezember 1920, Nr. 1011, S. 1.

[1044] Umschau und Ausschau. Die Welt im Kaleidoskop – Blockbildungen – Die Eierschalen des Herrn Stegerwald, in: Kölnische Zeitung, 23. Juli 1922, Nr. 515, S. 1.

[1045] [Rudolf] v[on] Campe, Parteiendämmerung, in: Kölnische Zeitung, 29. September 1922, Nr. 679, S. 1 f., hier: S. 2.

[1046] J[oseph] Joos, Zentrumsgedanke und politische Haltung. Ein Brief an Dr. Wirth, in: Germania (54), 18. Januar 1924, Nr. 18, S. 1 f., hier: S. 2.

[1047] Ein eindrucksvoller Tag in Weimar. Die Vergewaltigung der Minderheitsparteien, in: Kölnische Zeitung, 22. Februar 1919, Nr. 135, S. 1.

TUNG im Juni 1919 vorübergehend optimistisch gegeben, dass das Bewusstsein, „dem Ganzen zu dienen, zur zwingenden Pflicht“ erwachse,[1048] doch zeigten sich die Sprecher des nationalliberalen Milieus in der Folge tief enttäuscht über den angeblichen Mangel an „Gemeinsinn“. Rudolf von Campe brachte dies in den Worten zum Ausdruck:

> Solange der Kampf um die Ämter so sehr im Vordergrund der Politik steht wie heute, solange der Klassen- oder Parteigedanke den nationalen Gedanken noch überwuchert, ist keine der heutigen Parteien völlig koalitionsreif.[1049]

Statt zum Wohl der „Nation“ zu wirken, werde „auf Kosten des Landes“ der „alte[…] Parteihader“ gepflegt, so eine andere Stimme aus dem nationalliberalen Lager.[1050] „Parteiwirrwarr“[1051] und „Zersplitterung“[1052] standen fortwährend in der Kritik. Der „Parteigeist[…]“ wurde als „deutsche Erbsünde“ bezeichnet.[1053] Als Devise gab die KÖLNISCHE ZEITUNG aus, einen „Sieg des Staatsgedankens“ über den „Klassengedanken“ und das „Parteiinteresse“ erringen zu wollen.[1054] Ähnlich, wenngleich noch radikaler, war der Tenor, den Sprecher aus dem konservativ-nationalistischen Milieu verbreiteten: „[D]ie Verschacherung von Gesamtvolksinteressen im Austausch gegen Parteigeschäfte“ sei „geradezu das Wesen der Sorte von parlamentarischem Regime, das man dem deutschen Volke übergestülpt“ habe. Der „Parteiklüngel und […] das Bonzentum“ verhinderten „nicht nur den Ausgleich bestehender Gegensätze im Volk“, sondern würden „auch noch neue künstlich schaffen“, so die DEUTSCHE TAGESZEITUNG.[1055] Der preußische DNVP-Landtagsabgeordnete Karl Bernhard Ritter behauptete, „das Volk“ würde „[j]enseits aller Parteipolitik […] nach unabhängiger Führung“ verlangen und lechze „nach der Führung durch entschlossenen Willen“. Daraus folgerte er den Aufruf: „Brecht die Parteischranken entzwei, so sie hem-

[1048] Die Deutsche Volkspartei und ihre Nachbarn, in: Kölnische Zeitung, 13. Juni 1919, Nr. 486, S. 1.

[1049] [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassengedanken, Eigensicht und Parteiinteresse: hin zum Staatsgedanken und vaterländischen Verantwortungsgefühl, in: Kölnische Zeitung, 26. März 1924, Nr. 219, S. 1; ähnlich: Umschau und Ausschau. Die Wählerpsyche – Wen wählen wir? – Die Partei des gesunden Menschenverstands, in: Kölnische Zeitung, 06. Juni 1920, Nr. 503, S. 1.

[1050] Die Partei über alles, in: Kölnische Zeitung, 30. Juni 1920, Nr. 573, S. 1.

[1051] Umschau und Ausschau. Polnische Vereinsmeierei – Helfferichs Vermächtnis – Die Pflichten des Wahlkampfpflegers, in: Kölnische Zeitung, 18. Mai 1924, Nr. 351, S. 1.

[1052] Umschau und Ausschau. Parteiwesen und -unwesen – Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft – Ein Konzert ohne Instrumente, in: Kölnische Zeitung, 10. Juni 1923, Nr. 400, S. 1; Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1.

[1053] Die Koalition der Mitte, in: Kölnische Zeitung, 28. September 1921, Nr. 648, S. 1.

[1054] [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassengedanken, Eigensicht und Parteiinteresse: hin zum Staatsgedanken und vaterländischen Verantwortungsgefühl. Teil II, in: Kölnische Zeitung, 27. März 1924, Nr. 222a, [o. Pag.].

[1055] Unter falscher Flagge, in: Deutsche Tageszeitung (28), 16. März 1921, Nr. 126, S. 1.

men".[1056] Das Wort „Partei" wurde seitens des DNVP-nahen Lagers in einen Gegensatz zur „Nation" gestellt.[1057]

Hinter dieser Kritik stand nicht selten eine seit dem Kaiserreich gepflegte vorgebliche „Ideologie der ‚Überparteilichkeit'", mit deren Hilfe Interessenlagen rhetorisch verschleiert wurden.[1058] Entsprechende Semantiken konnten auf der negativen Konnotation des Interessenbegriffes aufbauen. Diesem hing häufig das Odium von „Egoismus" und einer rücksichtslosen Durchsetzung des eigenen Willens an. So wurde die Behauptung, eine andere Partei würde ihre (eigenen) Interessen vertreten, zu einem beliebten Argument gegen die politische Konkurrenz. Durch sie konnte an die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit appelliert werden;[1059] sie konnte aber auch als Vorwurf dienen, der die Integrität anderer Parteien untergraben sollte[1060]. Dem politischen Gegner wurde vorgehalten, er

[1056] K[arl] B[ernhard] Ritter, Wer regiert?, in: Deutsche Tageszeitung (28), 07. März 1921, Nr. 110, S. 1.

[1057] „Klassenkampf", in: Deutsche Tageszeitung (30), 27. Januar 1923, Nr. 44, S. 1. Vgl. hierzu auch: Erkennen und Handeln, in: Deutsche Tageszeitung (30), 14. Januar 1923, Nr. 22, S. 1f., hier: S. 2.

[1058] Vgl. Rainer Hering, „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben". Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Walter Schmitz/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, S. 33–43, hier: S. 33–39 u. 42f., Zitat: S. 34; ebenfalls hierzu: Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 265–273.

[1059] So etwa in der an die Adresse der DNVP gerichteten Aussage Stresemanns, dass es „in höherem Maße nationale Politik" sei, für die „Idee der Volksgemeinschaft auch fraktionell Opfer zu bringen", anstatt „lediglich Fraktionspolitik" zu treiben. Gustav Stresemann, Reichstagsrede, 08. Oktober 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, S. 106; ähnlich: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Georg Heim (BVP), S. 75; [Rudolf] Oeser, Deutschlands Auferstehung, in: Berliner Tageblatt (50), 27. März 1921, Nr. 144, S. 1f.; Umschau und Ausschau. Vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen – Koalitionssorgen – Herr und Frau Ebert, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1922, Nr. 164, S. 1; Erich Koch, Mißverstandener Parlamentarismus, in: Berliner Tageblatt (52), 04. Oktober 1923, Nr. 466, S. 1f.; J[oseph] Joos, Besinnung, in: Germania (53), 22. November 1923, Nr. 319, S. 1f.

[1060] Vgl. Berlin, 30. Januar, in: Germania (49), 31. Januar 1919, Nr. 49, S. 1; Oeffentliche Unordnung, in: Vorwärts (36), 12. August 1919, Nr. 408, S. 1f.; Die Vaterlandslosen, in: Vorwärts (36), 21. August 1919, Nr. 425, S. 1f.; Berlin, 20. August, in: Germania (49), 21. August 1919, Nr. 379, S. 1; Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Karl Rudolf Heinze (DVP), S. 4967; Umschau und Ausschau. Wenn Welten kreißen – Klassenegoismus und Nationalegoismus – Die Diplomatie der vierten Dimension, in: Kölnische Zeitung, 15. August 1920, Nr. 701, S. 1; Die Verordnung gegen wilde Streiks, in: Germania (50), 11. November 1920, Nr. 496, S. 1f.; Das Parteigezänk im Reichstag, in: Kölnische Zeitung, 28. April 1921, Nr. 307, S. 1; Umschau und Ausschau. Maiensegen – Mißverstandener Demokratismus – Auch eine Wiedergutmachung, in: Kölnische Zeitung, 01. Mai 1921, Nr. 315, S. 1; Friedrich Stampfer, Regierungsbildung, in: Vorwärts (38), 19. Mai 1921, Nr. 231, S. 1f.; Parteitaktik über Vaterland!, in: Vorwärts (38), 17. Dezember 1921, Nr. 594, S. 1f.; Die wildgewordenen Zusammenhänge, in: Kölnische Zeitung, 02. Juni 1922, Nr. 386, S. 1; Erich Dombrowski, Die Rede des Reichskanzlers. Die französische Gewaltpolitik – Der Appell an das Pflichtgefühl der Deutschen, in: Berliner Tageblatt (52), 26. Oktober 1923, Nr. 504, S. 1f.; Was wollen sie? Die Rechtspresse und das Programm Herriots, in: Vorwärts (41), 19. Juni 1924,

würde stur an seinen „politischen Glaubenssätzen“[1061] festhalten und statt „Vaterlandsliebe“ seinen „Parteiegoismus“ pflegen[1062]. Außerdem rückte diese Kritik die Parteien in die Nähe von Klientelbegünstigung und Korruption. In die gleiche Kerbe schlug auch der Vorwurf, dass Entscheidungen nicht „offen vor dem ganzen Volke“, sondern im Arkanum der Fraktion oder des Hinterzimmers gefällt werden würden.[1063] Dass die Beschuldigung, allein die eigenen Interessen zu vertreten, und die Klage über eine Politik des Kompromisses zueinander in einem latenten Widerspruch standen, störte die Parlamentarismus- und Parteienkritiker nicht.

Die Kritik kaprizierte sich auf die „Parteien“, die zu Sündenböcken für einen generell wahrgenommenen Mangel an Einheitlichkeit und Führungsstärke gemacht wurden. In der verwendeten Wortwahl zeigte sich das fehlende Verständnis für die Aufgabe der Parteien bzw. die übersteigerten Erwartungen an sie. Die politischen Auseinandersetzungen im Parlament wurden häufig als „widerwärtige[s] Parteigezänk“[1064] und „wüste[r] Parteihader“[1065] betrachtet. Begriffe wie „Parteitaktik“,[1066] „Parteiprestige“,[1067] „Parteischacher“,[1068] „Parteizank[…]“,[1069] „Parteisüppchen“,[1070] „kleinliches Parteiinteresse“,[1071] „Parteimeierei“,[1072] „Parteiklüngelei und Parteibonzentum“,[1073] „Parteiabgeordnete und Parteiminister“[1074] oder „Parteihaß und Parteihader“[1075] waren Komposita, die von der ganz überwiegend

Nr. 284, S. 1 f.; Deutsch-französische Realpolitik, in: Vorwärts (41), 28. Juni 1924, Nr. 300, S. 1 f.

1061 Stegerwalds Sammlungsaufruf, in: Kölnische Zeitung, 02. Dezember 1920, Nr. 1011, S. 1.

1062 Das Parteigezänk im Reichstag, in: Kölnische Zeitung, 28. April 1921, Nr. 307, S. 1.

1063 [Adam] Stegerwald, Das Essener Programm, in: Germania (52), 01. April 1922, Nr. 210, S. 1 f., hier: S. 2.

1064 Das Parteigezänk im Reichstag, in: Kölnische Zeitung, 28. April 1921, Nr. 307, S. 1.

1065 Die Richtlinien des guten Willens, in: Kölnische Zeitung, 11. November 1921, Nr. 765, S. 1.

1066 Der Tragödie Ende, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1919, Nr. 522, S. 1; Zur innerpolitischen Lage, in: Germania (51), 24. Mai 1921, Nr. 277, S. 1 f., hier: S. 2; Conrad Beyerle, Parlamentarisches System – oder was sonst?, in: Germania (51), 16. September 1921, Nr. 569, S. 1 f., hier: S. 1; Parteitaktik über Vaterland!, in: Vorwärts (38), 17. Dezember 1921, Nr. 594, S. 1 f., hier: S. 1.

1067 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (51), 20. November 1922, Nr. 528, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich: Erich Koch, Mißverstandener Parlamentarismus, in: Berliner Tageblatt (52), 04. Oktober 1923, Nr. 466, S. 1 f.

1068 Das „Werturteil“, in: Kölnische Zeitung, 20. November 1919, Nr. 1049, S. 1.

1069 Eine weltumfassende Interessengemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 31. Oktober 1922, Nr. 760, S. 1 f., hier: S. 1; ähnlich: [Rudolf] v[on] Campe, Heraus aus dem Sumpf!, in: Kölnische Zeitung, 22. August 1921, Nr. 553, S. 1 f., hier: S. 1.

1070 Umschau und Ausschau. Die Wählerpsyche – Wen wählen wir? – Die Partei des gesunden Menschenverstands, in: Kölnische Zeitung, 06. Juni 1920, Nr. 503, S. 1.

1071 Umschau und Ausschau. Vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen – Koalitionssorgen – Herr und Frau Ebert, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1922, Nr. 164, S. 1.

1072 Umschau und Ausschau. Polnische Vereinsmeierei – Helfferichs Vermächtnis – Die Pflichten des Wahlkampfpflegers, in: Kölnische Zeitung, 18. Mai 1924, Nr. 351, S. 1.

1073 Conrad Beyerle, Parlamentarisches System – oder was sonst?, in: Germania (51), 16. September 1921, Nr. 569, S. 1 f., hier: S. 1.

1074 Ein eindrucksvoller Tag in Weimar. Die Vergewaltigung der Minderheitsparteien, in: Kölnische Zeitung, 22. Februar 1919, Nr. 135, S. 1.

1075 Zur politischen Lage, in: Germania (51), 07. September 1921, Nr. 549, S. 1 f., hier: S. 2.

negativen Konnotation des Parteibegriffes zeugten und in denen sich ein grundsätzliches Missbehagen gegenüber intermediären Trägern des politischen Systems artikulierte.[1076] Ähnlich negative Attributierungen, die von Hass und Verachtung erfüllt waren, finden sich verstärkt ab Mitte der 1920er-Jahre auch in Bezug auf das Parlament und das parlamentarische System.[1077] Als Gegenpole zu den Parteien und zum Parlament wurde auf „Staat", „Volk" und „Gemeinschaft" verwiesen. Zudem galten „Bund", „Orden" und „Bewegung" als Alternativen zum bestehenden Parteiwesen. Mit ihnen verbunden waren Ordnungen, die auf den Prinzipien von „Führer" und „Gefolgschaft" aufbauten.[1078]

Welche Erwartungen hatten die Kritiker? Politik musste nach Ansicht der allermeisten Zeitgenossen gemeinwohlorientiert sein.[1079] Das Parteiensystem wurde dagegen als Manifestation des Mangels an „nationalem" Konsens begriffen.[1080] Die Kritik daran äußerte sich unter anderem mittels der aufgezählten negativen Komposita mit dem Wortbestandteil „Partei-". Diese waren schon lange vor dem Ende der 1920er-Jahre aufkommenden Schlagwort des „Parteiismus"[1081] geläufig. Besonders häufig waren die genannten Begriffe im nationalliberalen Milieu anzutreffen.[1082] Hier vertrat man die Auffassung, dass die Abgeordneten im Reichstag ihre Entscheidungen ohne Rücksicht auf „Parteimeinung und Parteiinteresse" zu treffen hätten.[1083] Der politischen Konkurrenz wurde vorgeworfen, gegen den Verfassungsgrundsatz des freien Mandats zu verstoßen und ohnehin nur die eigenen Interessen im Sinn zu haben. Bei aller Kritik an den Parteien allgemein wurde die Haltung der dem eigenen Milieu nahestehenden Partei zumeist als vorbildlich dargestellt. So verkündete etwa der Generalsekretär der Zentrumspartei, Hermann Katzenberger, im Brustton der Überzeugung:

> Die höchste Aufgabe einer Partei heißt: Dienst am Volk, Dienst für das Volk. Die Zentrumspartei hat den Nachweis erbracht, daß sie ohne Rücksicht auf eine etwaige Einbuße an Popularität stets nur dem Volkswohl diente.[1084]

Und auch Ernst Feder attestierte seiner DDP:

[1076] Allgemein zu den Anschuldigungen gegen die Parteien: Kurt Sontheimer, Die Parteienkritik in der Weimarer Republik, in: PS (13), 1962, S. 563–574, hier vor allem: S. 570.

[1077] Vgl. Eitz/Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1, vor allem: S. 137–139.

[1078] Vgl. Sontheimer, Die Parteienkritik in der Weimarer Republik, hier: S. 571–573.

[1079] Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 87–91.

[1080] Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 261.

[1081] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 94; Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 400 f.

[1082] Vgl. Stefan Grüner, Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit, in: Manfred Kittel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 219–249, hier: S. 226–234.

[1083] Der Tragödie Ende, in: Kölnische Zeitung, 24. Juni 1919, Nr. 522, S. 1.

[1084] [Hermann] Katzenberger, Vom Geist des Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei, in: Germania (52), 02. Februar 1922, Nr. 81, S. 1; ähnlich: Wahlaufruf der Westfälischen Zentrumspartei, April 1924, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 441–443.

Die demokratische Partei hat seit dem Tag ihrer Gründung das nationale Interesse über das Parteiinteresse gesetzt.[1085]

Ebenso stellte der VORWÄRTS heraus, dass die deutsche Sozialdemokratie immer die „nationale Disziplin“ bewiesen habe, „außenpolitische Interessen des Landes über die Parteiinteressen zu stellen“.[1086] Die Beispiele machen deutlich, dass aus der fortwährenden Kritik am „Parteienegoismus“ die Notwendigkeit erwuchs, die eigene Partei zu rechtfertigen. Zudem glaubten die Vertreter einzelner Parteien, dass allein ihre Weltanschauung dem „Volkswohl“ entspräche und sprachen dadurch anderen politischen Zielen die Berechtigung ab. Wer von sich erklärte, „das Vaterland gehe […] über die Partei“ und gleichzeitig allen anderen vorwarf, sie würden, sobald ein „Opfer“ von ihnen verlangt werde, „gegen den Grundsatz“ verstoßen,[1087] machte dauerhaft sich selbst und seine Partei unglaubwürdig. Durch hohe Erwartungen und übermäßige Kritik an den Parteien wurde der Boden unterhöhlt, auf dem sich auch das eigene politische Lager befand. So machte sich vermutlich nicht nur bei den nationalliberalen Anhängern der Eindruck breit, dass das Parteiwesen der Weimarer Republik „vollständig[…]“ versagt habe.[1088]

Die pluralistische Parteienlandschaft verteidigten hingegen nur wenige Sprecher aus dem untersuchten Milieu, indem sie versuchten, der Parteienkritik etwas entgegenzusetzen.[1089] So weit wie der liberale Staatsrechtler Richard Thoma, der im Vielparteiensystem „gerade die Rettung von Staat und Gesellschaft“ erblickte, ging kaum jemand.[1090] Aber zumindest die DDP hob hervor, dass Parteien „im parlamentarischen Staat das notwendige Instrument der Volksregierung“ seien.[1091] Außerdem meldete sie Kritik an einem anderen Anspruch an: Das Ideal der „Überparteilichkeit“, das etwa durch „unpolitische Fachmänner“ verkörpert werden sollte, entlarvten die Linksliberalen als Illusion und konservative Augenwischerei.[1092] Theodor Heuss würdigte ausdrücklich die „unentbehrliche[…] Mitt-

[1085] Ernst Feder, Das Ziel der Wahlen, in: Berliner Tageblatt (53), 16. April 1924, Nr. 183, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich: IfZ ZG e030: DDP: Wähler Berlins! Gebt Eure Stimme nicht den Parteien der Rechten!, [undat. Flugblatt, wohl vor dem 07. Dezember 1924]; zum Selbstverständnis der DDP, „über den ‚Interessenparteien‘ zu stehen“: Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, S. 217–219, Zitat: S. 218.

[1086] Was wollen sie? Die Rechtspresse und das Programm Herriots, in: Vorwärts (41), 19. Juni 1924, Nr. 284, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich: Ministerium Wirth?, in: Vorwärts (38), 10. Mai 1921, Nr. 217, S. 1.

[1087] Vor dem Marsch durch die Wüste, in: Kölnische Zeitung, 15. Juli 1919, Nr. 597, S. 1.

[1088] Umschau und Ausschau. Rechtswirrnis – Das Parallelogramm der Schwächen – Oberschlesien, in: Kölnische Zeitung, 30. Oktober 1921, Nr. 735, S. 1.

[1089] Vgl. Grüner, Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie, S. 226.

[1090] Schönberger, Elitenherrschaft für den sozialen Ausgleich, hier: S. 168. Allgemein zur Haltung der Staatsrechtler: Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 218–254.

[1091] BArch R 45-III/45: DDP, Der Staatsbürger im Volksstaat, [undat. Flugblatt, wohl März 1922], fol. 79.

[1092] Vgl. BArch R 45-III/45: DDP, Der Staatsbürger im Volksstaat, [undat. Flugblatt, wohl März 1922], fol. 79.

lerrolle" der Parteien und ihre Aufgabe, als „Kanal für die politische Willensbildung des Volkes" zu dienen.[1093] Ebenfalls evozierte die Entgegensetzung von „Partei-" und „Einzelinteressen" bei einigen Sprechern aus dem untersuchten Milieu Widerspruch: So machte etwa die MSPD auf ihrem Parteitag im Juni 1919 deutlich, dass der Gegensatz zwischen „Partei-" und „Volksinteressen" dem sozialdemokratischen Selbstverständnis nach ein künstlicher sei. Die Delegierten fassten den Beschluss, die Regierung bei „alle[n] Maßnahmen" zu unterstützen, „die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen" würden.[1094] In dem Bewusstsein, dass ihre programmatischen Grundsätze mit dem „Gemeinwohl" übereinstimmten, traten die Mehrheitssozialdemokraten dem bürgerlichen Vorwurf entgegen, sie würden ihre „Einzelinteressen" über das Staatswohl stellen. Gleichzeitig lieferte der Beschluss den Bürgerlichen aber auch neue Munition für die Anschuldigung, dass die Sozialdemokraten ihr „Partei-" mit dem „Volksinteresse" verwechseln würden. Daneben stand die SPD von anderer politischer Seite unter Beschuss: Die kommunistische Rote Fahne stellte in Abrede, dass die Sozialdemokraten „Arbeiterführer" seien und warf ihnen vor, „die Interessen sämtlicher Schichten der Bevölkerung" mit „den Interessen der herrschenden Klasse, dem Interesse der Bourgeoisie", gleichzusetzen. Die selbst ernannten „‚Arbeiterführer'" würden nur vorgeben, „das Volksinteresse zu vertreten, während sie es in Wirklichkeit" verrieten, so der Kommentar aus dem Lager der Kommunisten.[1095] Diese Vorwürfe hielten linksradikale Sprecher nicht davon ab, die Allgemeinverbindlichkeit ihrer Interessen – ähnlich wie 1919 die SPD – zu postulieren:

> Nationale und proletarische Interessen fließen zusammen, wie die Sache der deutschen Arbeiterklasse mit der Sache der Weltrevolution zusammenfließt.[1096]

Innerhalb des untersuchten Spektrums war die Toleranz gegenüber anderen Meinungen generell nur schwach ausgeprägt. Parteiprogrammatischen Zielen wurde unterstellt, sie dienten lediglich dazu, das „Interesse" der jeweiligen Gruppe zu verfolgen. Angesichts dessen stellte es schon eine Besonderheit dar, wenn „Einzelinteressen" nicht gänzlich verdammt wurden. In diesem Sinne plädierte etwa die Vossische Zeitung für die „Verflechtung und Verwebung aller Einzelinteressen mit dem großen Ganzen der Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft".[1097] Aus diesen Worten sprach die Überzeugung, dass „Einzelinteressen" nicht per se illegitim seien, sich aber in das „Gemeinwohl" einfügen müssten. Für die Achtung von verschiedenen Meinungen sprachen sich auch andere Stimmen aus: Mit Gus-

[1093] Heuß [sic!], Die neue Demokratie, S. 64 u. 59.

[1094] Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitags vom Juni 1919, zitiert nach: Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, S. 35–37, hier. S. 36.

[1095] „Arbeiterführer" reden – das Proletariat schweigt?, in: Die Rote Fahne (4), 03. März 1921, Nr. 104, S. 1 f., hier: S. 1.

[1096] Gegen französisches Zuckerbrot, gegen die deutsche Peitsche!, in: Die Rote Fahne (6), 18. Januar 1923, Nr. 14, S. 1.

[1097] Notwehr, in: Vossische Zeitung, 30. August 1921, Nr. 406, S. 1 f., hier: S. 2.

tav Bauer machte anlässlich der Abstimmung über den Versailler Vertrag ein SPD-Reichskanzler deutlich, dass ein Schwarz-Weiß-Denken unangebracht sei. Weder seien die Befürworter der Ablehnung „volksfremde Chauvinisten oder gar Interessenpolitiker“, noch seien diejenigen, die für die Annahme votierten, „feige“, „schlapp“ und ohne „Gefühl für nationales Selbstbewußtsein“.[1098] Bauers Versuch, um Akzeptanz für die unterschiedlichen Haltungen zu werben, fand zwar in einer Situation der politischen Schwäche statt, machte aber glaubwürdig deutlich, dass im demokratischen Meinungsstreit verschiedene Ansichten möglich (und nötig) seien und per se nichts mit „Vaterlandslosigkeit“ oder „Interessenpolitik“ zu tun hätten. Doch blieben solche Stellungnahmen rar. Wesentlich häufiger wurde der politische Gegner mit dem Vorwurf, er verfolge „Parteiinteressen“, bekämpft. Dauerhaft untergruben die Sprecher mit diesem Argument das Vertrauen in das politische System.

Die Unzufriedenheit mit dem Parteiwesen der Gegenwart konnte entweder dazu führen, dass die Erwartungen an die Parteien stiegen oder dazu, dass die Sprecher über alternative Modelle der politischen Willensbildung nachdachten. Den ersten Weg schlug ein Wahlaufruf des Zentrums aus dem März 1924 ein. Parteien sollten demnach „große Volkskörper der öffentlichen Meinung, Träger der Gestaltung des Volkswillens“ sein, mussten als „Teilgebilde, aber doch in dem Dienst am Ganzen ihre Aufgabe und Berechtigung“ suchen und hatten zudem als „Mahner und Warner des öffentlichen Gewissens, […] den deutschen Volkskörper vor Erstarrung und falscher Führung“ zu bewahren.[1099] Damit hielten Sprecher aus dem katholischen Milieu prinzipiell am Parteiensystem fest und knüpften große, holistische Erwartungen daran. Dagegen wendeten sich die Nationalliberalen zunehmend von den Parteien ab bzw. relativierten ihre Bedeutung. In seiner Regierungserklärung im August 1923 betonte Gustav Stresemann:

> Parteien allein versinnbildlichen nicht das deutsche Volk. Neben den Parteien bestehen die reichen Kräfte des Volkslebens auf der Grundlage beruflicher Zusammenfassung, auf der Grundlage der Stammeseigenart.[1100]

Damit nahm Stresemann föderative und berufsständische Ordnungsmodelle als Alternativen zum aktuellen „Parteienstaat“ in den Blick.

Stimmen, die das Parteiwesen verteidigten, waren hingegen eher selten: So wiesen etwa Sprecher aus dem linksliberalen Milieu darauf hin, dass neben der „innere[n] und äußere[n] Geschlossenheit“ der (pluralistische) „Widerstreit der Meinungen“ ein „demokratischer Grundgedanke“ sei, aus dem erst die „schöpfe-

[1098] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 40. Sitzung vom 22. Juni 1919, Rede von Gustav Bauer (MSPD, Reichskanzler), S. 1114.

[1099] Wahlaufruf der Rheinischen Zentrumspartei, März 1924, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 431–440, hier: S. 443.

[1100] Gustav Stresemann, Regierungserklärung vor dem Reichstag, 14. August 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 5f.; ähnlich: „Die Parteien allein sind nicht der Ausdruck der Vielheit der lebenden Triebkräfte unseres Volkes.“ Gustav Stresemann, Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag, 24. August 1923, zitiert nach: Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, hier: S. 21.

rische Tat" erwachse.[1101] Allgemein war das Gespür für den Wert der Vielfalt allerdings nur schwach ausgeprägt. Der politische Streit wurde nicht als Voraussetzung für Demokratie, sondern als ein Übel begriffen. In „keinem Volke", so etwa die GERMANIA, sei der „parteipolitische Streit […] so ausgeprägt wie bei uns Deutschen".[1102]

Weitere Kritik an der Weimarer Verfassungswirklichkeit richtete sich gegen den Einfluss der „Massen". Vor allem Sprecher aus dem nationalliberalen Milieu warfen dem parlamentarischen System und der Regierung vor, „Rücksicht auf die Forderungen und Stimmungen der Massen" zu nehmen.[1103] Neben der Furcht vor einer „Herrschaft des Pöbels" schwang darin die Hoffnung auf ein „unpolitisches" Regierungs- und Parlamentshandeln mit. Vor allem die Sozialdemokraten und das Zentrum würden zu viel Rücksicht auf „ihre Massen" nehmen, so die KÖLNISCHE ZEITUNG.[1104] Die Folge sei, so das nationalliberale Blatt, dass sich die Exekutive und die Mehrheit der Legislative in „Abhängigkeit" begäbe.[1105] Damit wurde Teilen der Weimarer Koalition unterstellt, sie handelten nicht allein aus dem eigenen Gewissen und dem Gemeinwohlimpetus heraus. Aus Sicht von Sprechern aus dem nationalliberalen Milieu beherrsche und belaste der „Grundsatz der Masse […] unser politisches Leben". Als Ausweg forderten sie, mittels kultureller Bildung „Aufstiegsmöglichkeiten" fern von „Parteischulen und Parteiämtern" zu schaffen und damit den Einzelnen aus dem „Zusammenhang der Masse" herauszulösen.[1106] Die als suspekt geltende „Masse" sollte also möglichst aufgelöst werden. Gegen die herrschende „demokratische Massenvergötterung" rief der Reichsgeschäftsführer der DVP, Engelbert Regh, zur „Rückkehr zum völkischen Bewußtsein" auf.[1107] Die parlamentarisch-pluralistische Demokratie von Weimar schien ihm und anderen Nationalliberalen zu einer Ochlokratie zu tendieren – an deren Stelle sehnten sie sich nach einer Herrschaft der Besten auf Grundlage von „nationaler" Gesinnung und Werten. Verstanden sich die nationalliberalen Sprecher auch als Demokraten, so verbanden sie mit „Demokratie" eher die Vorstellung von Führerauslese und Elitenherrschaft. Ihre Kritik am Einfluss der „Massen" traf sich mit Meinungen, die auch innerhalb des Katholizismus verbreitet waren. Die Zentrumspolitikerin Helene Wessel war eine derjenigen, die mit ihrer Parlamentarismuskritik genau an diesem Punkt ansetze:

Wir sehen noch viel zu viel auf die Masse, urteilen danach, welchen Anhang dieser oder jener Mensch hinter sich hat und verlieren dabei nur zu leicht den Begriff der Persönlichkeit. Unser Parlamentarismus krankt daran, daß er so stark durch die Masse und so wenig durch die Per-

[1101] Erich Dombrowski, Die Partei der aufbauenden Arbeit. Warum mußt du demokratisch wählen?, in: Berliner Tageblatt (49), 19. Mai 1920, Nr. 231, S. 1.
[1102] Berlin, 24. Juli, in: Germania (49), 25. Juli 1919, Nr. 333, S. 1.
[1103] Am Ende der Weimarer Tagung, in: Kölnische Zeitung, 24. August 1919, Nr. 742, S. 1.
[1104] Ebd.
[1105] Ebd.
[1106] Umschau und Ausschau. Ruhe der Kritik – Noch keine endgültigen Ergebnisse – Bolschewismus von außen und innen – Volksgemeinschaft und Arbeit, in: Kölnische Zeitung, 18. Juli 1920, Nr. 621, S. 1.
[1107] E[ngelbert] Regh, Die Reichstagswahlen, in: Kölnische Zeitung, 02. Mai 1924, Nr. 309, S. 1.

sönlichkeit beherrscht wird. Die Parteien tragen den Todeskeim in sich, wenn sie über die Standes- und Berufsgruppen nicht den Weg zur Gemeinschaft finden.[1108]

Wessels Plädoyer griff dabei das Argument von der „Massenvergötterung“ auf und verwies auf das höchste Ziel: die (holistische) „Gemeinschaft“. Vom Individuum des Politikers hing es ihrer Ansicht nach ab, ob und wie der Weg dorthin beschritten werde. Anstatt der „Masse“ sollte der einzelne Mensch von der Politik angesprochen werden. „Masse“ schien in ihrem Verständnis etwas Unorganisches und daher Widernatürliches zu sein.

Im Gegensatz zu den Hochwertwörtern „Volk“ und „Nation“ wurde der Begriff „Masse“ – wie auch sein Plural „Massen“ – in den verschiedenen Milieus zumeist mit einer kritischen bis negativen Konnotation verwendet.[1109] Attribute wie „urteilslos[…]“,[1110] „irregeführt[…]“,[1111] „berauscht[…]“,[1112] „aufgehetzt[…]“,[1113] „wildgemacht[…]“[1114] oder „nicht genügend politisch geschult[…]“[1115] drückten aus, dass der „Masse“ Unselbstständigkeit und Verführbarkeit nachgesagt wurde. Als Gefahr erschien sie auch deshalb, weil sie „vielfach bestimmend für die Umformung der Gegenwartsverhältnisse“[1116] gewesen sei. Dabei stand den Kritikern die dramatische Erfahrung der Revolutionsereignisse noch lebhaft vor Augen. Die „Masse“ trug etwas Unberechenbares in sich; ihr Handeln schien letztlich unergründlich zu sein und barg gerade deshalb Gefahrenpotenzial.

„Masse“ wurde häufig synonym für „plebs“ verwendet[1117] – damit brachten die Sprecher ihr distanziertes Verhältnis zu ihr zum Ausdruck. So bezeichnete die

[1108] Helene Wessel, Von Fulda bis Glatz. Zur Reichstagung der Windthorstbunde vom 1. bis 3. August, in: Germania (54), 26. Juli 1924, Nr. 307, S. 1f., hier: S. 2.

[1109] Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, hier: S. 53f.; ähnlich auch: Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, hier: S. 369f.

[1110] Berlin, 20. August, in: Germania (49), 21. August 1919, Nr. 379, S. 1.

[1111] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 10. November 1919, Nr. 534, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Die Stabilisierung – ein Wirtschaftsproblem, in: Germania (52), 16. November 1922, Nr. 604, S. 1f.

[1112] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 28. August 1921, Nr. 405, S. 1f., hier: S. 1.

[1113] Berlin, 29. März, in: Germania (50), 30. März 1920, Nr. 133, S. 1; ähnlich: BArch R 45-III/45: Hugo Preuß, Demokratie und Staatsgedanke, März 1922, fol. 45; J[ohannes] Giesbert, Wohin treiben wir?, in: Germania (53), 13. Juni 1923, Nr. 161, S. 1f.

[1114] Bis hierher und nicht weiter!, in: Germania (52), 14. Juli 1922, Nr. 389, S. 1f., hier: S. 2.

[1115] L[othar] Persius, Für ein republikanisches Heer, in: Berliner Tageblatt (49), 09. April 1920, Nr. 162, S. 1f., hier: S. 1; ähnlich: Hermann Reinfried, Der bayerische Ministerpräsident in Baden, in: Germania (52), 03. Mai 1922, Nr. 291, S. 1f.; Zum Geburtstag der Republik, in: Vorwärts (39), 09. November 1922, Nr. 530, S. 1.

[1116] Hedwig Dransfeld, Der Geist der katholischen Frauenbewegung, in: Germania (51), 07. August 1921, Nr. 471, S. 1f., hier: S. 2.

[1117] Vgl. Paul Michaelis, Welfische Stimmungen. Stammeseigenart – Die Stadt an der Leine – Bennigsens Epigonen – Eingemeindung Lindens – Wirtschaftliche Verschiebungen – Drei Bedingungen des Wiederaufbaues, in: Berliner Tageblatt (48), 31. Dezember 1919, Nr. 625, S. 1f.; Berlin, den 14. Januar, in: Germania (50), 15. Januar 1920, Nr. 23, S. 1; Zur Reise des österreichischen Bundeskanzlers, in: Germania (52), 22. August 1922, Nr. 455, S. 1f.; Produktionsverfall und Wiedergutmachung, in: Germania (52), 21. September 1922, Nr. 508, S. 1f.; Georg Klaußner, Höhere Umlagepreise, in: Vorwärts (39), 14. Oktober 1922, Nr. 486, S. 1f.; J[oseph] Joos, Entschlußkraft, in: Germania (53), 17. Juni 1923, Nr. 165, S. 1f.; Unru-

Germania die SPD nicht als „Volkspartei", sondern als „Massenpartei".[1118] Als Abstraktum wurden der „Masse" Gefühle wie „Erregung",[1119] „Erbitterung",[1120] „Unzufriedenheit",[1121] „Verzweiflung",[1122] „Unzufriedenheit"[1123] oder „Hunger"[1124] zugeschrieben.

Vereinzelt wurde die „Masse" aber auch verhältnismäßig positiv konnotiert: Von mehrheitssozialdemokratischen Sprechern wurden ihr Eigenschaften wie „Instinkt"[1125] und „einheitliche[r] Wille[…]"[1126] zugebilligt. Zudem wurde in diesen Milieus bisweilen die Bindung und Angewiesenheit zwischen „Masse" und Entscheidungsträgern deutlich herausgestellt. So lautete eine Devise nach dem Rathenau-Mord:

> Sie [Regierung und Reichstag] tragen die erste Verantwortung für den Schutz der Republik, für den sich die Massen einsetzen, und ohne diese Massen vermögen sie nichts.[1127]

Dies war zum einen eine Anspielung auf die Großdemonstrationen gegen die rechtsextreme Gewalttat, zum anderen Ausdruck des Selbstverständnisses, dass die parlamentarische Demokratie der Unterstützung der „plebs" bedürfe. Den nationalliberalen Vorwurf der Abhängigkeit der Politik von den „Massen" konterten die sozialdemokratischen Sprecher mit Verweis auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Rückhalts. Gleichzeitig gab es aber auch Stimmen im sozialdemokratischen Milieu, die ein kritisches Massenverständnis vertraten. Nach Ansicht des anhaltinischen Ministerpräsidenten Heinrich Deist müsse die „Masse" ihren amorphen Zustand mittels einer gemeinsamen Überzeugung überwinden. „Volk", so Deist, „ist nicht eine Masse, die durch gemeinsame Interessen zusammengehalten wird, sondern Masse wird erst durch die gemeinsame Idee zum Volk".[1128] Damit plädierte der Politiker vom rechten Parteiflügel für die Abkehr der SPD von der „Masse" und für eine Hinwendung zum „Volk".

In den anderen Milieus herrschte generell eine kritische Verwendung des Massenbegriffes vor. Doch konnte er, wenn er als Argument zur Stärkung der eigenen Position herangezogen wurde, auch dort positiv aufgeladen werden. So wurde unter Verweis auf die „breiten Massen des Volkes" bzw. die „breiten Volksmas-

hige Reichstagsferien, in: Vorwärts (40), 09. Juli 1923, Nr. 316, S. 1f.; Fr[anz] Ehrhardt, Einkommenverschiebung und Massenkonsum, in: Germania (53), 26. November 1923, Nr. 323, S. 1.

1118 Programm-Auslegung, in: Germania (52), 04. Februar 1922, Nr. 145, S. 1f., hier: S. 2.
1119 Der beste Schutz der Republik, in: Germania (52), 12. Juli 1922, Nr. 386, S. 1f., hier: S. 1.
1120 20. März 1920. Sonnabend. Lugano, zitiert nach: Kamzelak/Ott/Reinthal (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch, S. 295.
1121 Berlin, den 14. Januar, in: Germania (50), 15. Januar 1920, Nr. 23, S. 1.
1122 Ebd.
1123 [Hans] Herschel, Zum Gemeindeprogramm der USP, in: Germania (52), 23. Februar 1922, Nr. 120, S. 1f., hier: S. 1.
1124 Berlin, den 14. Januar, in: Germania (50), 15. Januar 1920, Nr. 23, S. 1.
1125 Vgl. Putsch und Revolution, in: Vorwärts (37), 29. März 1920, Nr. 163, S. 1f.
1126 Putsch und Revolution, in: Vorwärts (37), 29. März 1920, Nr. 163, S. 1f., hier: S. 1.
1127 Die Forderungen der Arbeiter, in: Vorwärts (39), 28. Juni 1922, Nr. 300, S. 1f., hier: S. 2.
1128 Deist, Volk, Staat und Sozialismus, hier: S. 272.

sen“[1129] auf die (angeblichen) Anliegen des „Volkes“ und auf den Rückhalt einer Ansicht in den „unteren Schichten“ abgestellt.[1130] Und auch die Anhängerschaften der jeweiligen Parteien wurden von deren Sprechern gerne als „Massen“ bezeichnet.[1131]

Im kommunistischen und sozialistischen Sprachgebrauch hingegen war „Masse“ ein ausschließlich positiv konnotierter Aktionsbegriff.[1132] In der Roten Fahne wurden die Mitglieder der Arbeiterklasse als „Massen“, „Arbeitermassen“, „arbeitende Massen“ oder „Volksmassen“ angesprochen – Bezeichnungen, die mitunter in Abgrenzung zu dem – in distanzierenden Anführungszeichen gesetzten – „‚Volk‘ schlechthin“ verwendet wurden.[1133] Aber auch der „Neue Nationalismus“ etwa in der aufkommenden NS-Bewegung betrachtete – im Gegensatz zu den untersuchten bürgerlichen Parteien – die „Masse“ durchaus als einen positiven Faktor.[1134] Nach Ansicht Hitlers bedurfte die „Masse“ der Führung zur „Volkgemeinschaft“ und zum „Volkstum“. Dem Bürgertum warf er vor, es habe nicht die nötige Kraft, um die „Masse“ zu gewinnen.[1135] In Bezeichnungen wie „Volksmassen“,[1136] „werk-

[1129] Die Kosten der A.- und S.-Räte, in: Vorwärts (36), 15. September 1919, Nr. 471, S. 1f., hier: S. 2.

[1130] Vgl. z. B.: Berlin, 1. September, in: Germania (49), 02. September 1919, Nr. 399, S. 1; Die Kosten der A.- und S.-Räte, in: Vorwärts (36), 15. September 1919, Nr. 471, S. 1f.; IfZ ZG e012: Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs und Umgebung, Wer trägt die Schuld?, [undat. Flugblatt, wohl 1919/20]; Schüsse auf Erzberger, in: Kölnische Zeitung, 27. Januar 1920, Nr. 89, S. 1; Franz Krüger, Berliner Diktatur?, in: Vorwärts (37), 26. März 1920, Nr. 158, S. 1f., hier: S. 1; Berlin, den 27. April, in: Germania (50), 28. April 1920, Nr. 179, S. 1; Umschau und Ausschau. Von Zeitungen und Zeitungsschreibern – Zur Sozialisierung der Presse – Görres als Erzieher, in: Kölnische Zeitung, 17. Oktober 1920, Nr. 881, S. 1; [Joseph] Joos, Um Dr. Wirth, in: Germania (51), 22. September 1921, Nr. 584, S. 1f.; Wirtschaftliche Hochspannung, in: Germania (52), 07. November 1922, Nr. 588, S. 1f.

[1131] Vgl. Fritz Rauch, Die Zukunft der nationalen Parteien, in: Kölnische Zeitung, 08. März 1920, Nr. 231, S. 1; Der Frankfurter Katholikentag, in: Germania (51), 28. August 1921, Nr. 524, S. 1f.; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, 289. Sitzung vom 17. Januar 1923, Rede von Friedrich Hammer (DNVP), S. 9470; Hoffnung auf Gräbern. Zum 18. März, in: Vorwärts (40), 18. März 1923, Nr. 130, S. 1f.

[1132] Vgl. Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 416f.

[1133] „Arbeiterführer“ reden – das Proletariat schweigt?, in: Die Rote Fahne (4), 03. März 1921, Nr. 104, S. 1f., hier: S. 1. Zur Verwendung des Begriffes „Masse(n)“ vgl. beispielhaft: Die Parlamentskomödie, in: Die Rote Fahne (4), 05. März 1921, Nr. 107, S. 1f.; Kampf oder Kuhhandel? Die 10 Forderungen des A.D.G.B., in: Die Rote Fahne (4), 23. März 1921, Nr. 137, S. 1f., hier: S. 1.

[1134] Vgl. Stefan Breuer, Der Neue Nationalismus in Weimar und seine Wurzeln, in: Helmut Berding (Hrsg.), Mythos und Nation, Frankfurt am Main 1996, S. 257–274, hier: S. 261 u. 267. Zur „Masse“ im nationalsozialistischen Denken: Geschnitzer/Koselleck/Schönemann/Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, hier: S. 418–420. Allgemein zur paradoxen Rolle der „Masse“ in den Ordnungsmodellen der Weimarer Republik: Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, hier: S. 249f.

[1135] Vgl. Adolf Hitler, Rede auf NSDAP-Versammlung in München am 27. Februar 1925, zitiert nach: De Gruyter, Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945, hier: http://db.saur.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=HRSA-0009.

[1136] A[dolf] Hitler, Rathenau und Sancho Pansa, in: Völkischer Beobachter (35), 13. März 1921, Nr. 21, S. 1f., hier: S. 1.

tätige Bevölkerung",[1137] „werktätige[s] deutsche[s] Volk"[1138] oder „schaffende[s] deutsche[s] Volk"[1139] ähnelte die nationalsozialistische Semantik teilweise stark derjenigen des linken Lagers. In der Beeinflussbarkeit der „Masse" lag für die Nationalsozialisten, ähnlich wie für die Kommunisten, weniger eine Gefahr als vielmehr ein Potenzial zur Umsetzung ihrer Weltanschauung.[1140] Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien verstanden es die Nationalsozialisten, diese Möglichkeit zu nutzen und für ihre Ziele dienstbar zu machen.

„Masse" und „Parteien" bildeten somit zwei Schlagwörter der Weimarer Parlamentarismuskritik. Daneben wurde etwa im Nationalliberalismus gelegentlich auch der angeblich „undeutsche" Charakter der parlamentarischen Demokratie kritisiert.[1141] So wünschte sich der DVP-Abgeordnete Karl Rudolf Heinze ein „organische[s] Gebilde", das sich „in unseren Staatsorganismus" einreihe.[1142] Die Weimarer Ordnung nannte er eine „formale Demokratie".[1143] Und in einem Wahlaufruf zur thüringischen Landtagswahl 1920 definierte die DVP ihr Verhältnis zur Staatsordnung wie folgt:

> Die Deutsche Volkspartei vertritt als liberale Partei den wahren und gesunden demokratischen Gedanken der volkstümlichen Ausgestaltung unseres Staatswesens, einer organisch gegliederten, weitgehenden Beteiligung des Volkes an der Regierung, Rechtsprechung und Gesetzgebung.[1144]

Das darin zum Ausdruck kommende Bekenntnis zur Demokratie war verbunden mit der Einschränkung, dass diese „gesund", „volkstümlich", „organisch" und „weit-

[1137] A[dolf] Hitler, Rathenau und Sancho Pansa, in: Völkischer Beobachter (35), 13. März 1921, Nr. 21, S. 1 f., hier: S. 2.

[1138] Ebd.

[1139] Nationalsozialismus im Weltkampf, in: Völkischer Beobachter (37), 27. Januar 1923, Nr. 8, S. 1.

[1140] Vgl. Susanne Lüdemann/Uwe Hebekus, Einleitung, in: idem (Hrsg.), Massenfassungen. Beiträge zur Diskurs- und Mediengeschichte der Menschenmenge, München 2010, S. 7–23, hier: S. 11 f.

[1141] Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Karl Rudolf Heinze (DVP), S. 4970; diese Art von Kritik referierend: [Heinrich] Brauns, Pflicht in der Politik, in: Germania (51), 23. Juni 1921, Nr. 354, S. 1 f.; allgemein zu diesem Vorwurf: Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 260.

[1142] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Karl Rudolf Heinze (DVP), S. 4970.

[1143] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, 157. Sitzung vom 29. März 1920, Rede von Karl Rudolf Heinze (DVP), S. 4968; ebenfalls: Umschau und Ausschau. Das [sic!] Kompromiß der Meinungen – Abstimmung am Rhein? – Clausulae Baiuvaricae, in: Kölnische Zeitung, 30. Juli 1922, Nr. 533, S. 1; ähnlich auch der Begriff der „Formaldemokratie": Umschau und Ausschau. Ruhe der Kritik – Noch keine endgültigen Ergebnisse – Bolschewismus von außen und innen – Volksgemeinschaft und Arbeit, in: Kölnische Zeitung, 18. Juli 1920, Nr. 621, S. 1. In kritischer Auseinandersetzung mit dem Begriff: Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 9 u. 13. Von Sprechern der Jungdeutschen wurde der Begriff der „mechanistischen Formdemokratie" verwendet. Vgl. BArch NS 5-VI/17362: Roth, Großdeutsche Volksgemeinschaft und Staatsidee, in: Der Jungdeutsche, 07. Januar 1926, Nr. 5.

[1144] IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Landtagswahlen, [undat. Flugblatt vor dem 20. Juni 1920].

gehend“ sein müsse – Vorbehalte, die der Partei genügend Hintertüren offen ließen, um gegen das Weimarer Verfassungssystem zu argumentieren.

Im katholischen Spektrum wurden solche und ähnliche Einschränkungen aufgegriffen und unter Hinweis darauf relativiert, dass wichtige „Lebensfragen der ganzen Nation“ bei der Verfassungsgebung zu behandeln gewesen seien.[1145] Nach dem Zusammenbruch der Monarchie sei der „Volksstaat […] eine zwingende Lösung“ gewesen.[1146] Auch dieser vermöge eine „zweckmäßige Staatsform abzugeben“ und, so die GERMANIA: „[W]ir behaupten weiter, für Deutschland bleibt zur Zeit die demokratische Republik tatsächlich das zweckmäßige Staatsgewand“.[1147] Im Moment gehe es darum, „den Volksstaat, wie wir ihn haben, als tragfähige Brücke zum festen Lande des Friedens und der Ordnung“ zu bejahen und zu erhalten.[1148] Die Weimarer Konstitution entsprach zwar nicht den Herzenswünschen, wurde aber als eine zweckmäßige Ordnung anerkannt. Sie sei, wenn auch „nicht vollkommen[…], so doch brauchbar[…]“,[1149] und biete „allen Volksgenossen Raum zu ehrliche[r] Mitarbeit“,[1150] so verschiedene Stimmen aus dem katholischen Milieu. Dies war keine entschiedene Verteidigung der neuen Staatsordnung, eher sprach daraus ein politischer Realitätssinn, der das kleinere Übel anerkannte. So rühmte sich das Zentrum dafür, „entschlossenen Widerstand“ gegen das Bestreben geleistet zu haben, „das Volk dem Absolutismus einer parlamentarischen Mehrheitsherrschaft auszuliefern“.[1151] Die herausragende Stellung des Parlaments im neuen Staat und damit eine wichtige Grundlage der republikanischen Ordnung wurden also nicht uneingeschränkt akzeptiert. Zwar bekannten sich die Kommentatoren in der GERMANIA – ähnlich wie die Zentrumspartei – ausdrücklich zur Weimarer Verfassung, betonten aber gleichzeitig, dass ein „Bekenntnis zur Volksregierung […] noch keine Ablehnung der Monarchie“ beinhalte.[1152]

Dagegen verteidigten die Sprecher aus dem linksliberalen und sozialdemokratischen Milieu die parlamentarisch-demokratische Ordnung in der Regel wesentlich offensiver: Ernst Feder etwa erblickte in der neuen Verfassung den Garanten für die „Einheit des Reiches“.[1153] Und der VORWÄRTS betrachtete die „Erhaltung der parlamentarischen Demokratie“ als eine „nationale Lebensnotwendigkeit“.[1154]

[1145] Berlin, 20. Juni, in: Germania (49), 21. Juni 1919, Nr. 276, S. 1.
[1146] C. E. Schmidt, Volksstaat und Reichstagswahlen, in: Germania (54), 29. April 1924, Nr. 158, S. 1 f., hier: S. 1.
[1147] Ebd.
[1148] Ebd.
[1149] [Heinrich] Brauns, Deutschlands innenpolitisches Elend, in: Germania (52), 16. Juli 1922, Nr. 393, S. 1 f., hier: S. 1.
[1150] Zwei Jahre Reichsverfassung, in: Germania (51), 11. August 1921, Nr. 480, S. 1 f., hier: S. 1.
[1151] Die preußische Zentrumspartei an ihre Wähler, in: Germania (51), 01. Februar 1921, Nr. 51, [o. Pag.].
[1152] Berlin, den 9. April, in: Germania (50), 10. April 1920, Nr. 149, S. 1.
[1153] Vgl. Ernst Feder, Die Situation in Berlin und im Reiche, in: Berliner Tageblatt (52), 11. August 1923, Nr. 374, S. 1 f.
[1154] Das Versagen der Mitte, in: Vorwärts (40), 07. November 1923, Nr. 521, S. 1 f., hier: S. 2; ähnlich: Zwei Jahre Republik, in: Vorwärts (37), 09. November 1920, Nr. 552, S. 1.

Im Berliner Tageblatt tat sich Paul Nathan als ein entschiedener Verteidiger der Weimarer Republik hervor. Auf die Systemkritik reagierte der DDP- und spätere SPD-Politiker mit dem Eingeständnis, dass „[u]nser Parlamentarismus" zwar nicht fehlerfrei, aber gleichwohl *die* „Organisation" sei, „die das Gesamtinteresse des Staates und aller Bevölkerungsschichten allein zu vertreten" vermöge.[1155] In dieser Ansicht traf sich Nathan mit der Meinung vieler Sprecher aus dem linksliberalen Milieu: Für sie war die Konstitution zwar nicht Endpunkt einer Entwicklung, aber ein wichtiger Meilenstein hin zur „inneren" Demokratisierung des „Volkes".[1156] Nur wenn die Demokratie „in Gemeinde, Kreis und Provinz fest begründet" sei, werde sie „die Seele des Volkes gewinnen und dauernd zur Grundlage unseres Staatslebens" werden, so Conrad Berndt.[1157] Demokratie wurde hier nicht als Zweck, sondern als eine „Weltanschauung", als der „große[…] Glaube an das Gute im Menschen" betrachtet.[1158] Die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze wurde herausgestellt.[1159] In der Demokratie sei das „Volk" zum „Staat" geworden, nun müsse ihr Geist an die vielen weitergegeben werden, die gegen die Demokratie (und damit „gegen sich selbst") kämpfen würden, so ein Flugblatt der DDP.[1160] Unter Rückgriff auf den „nationale[n] Staatsgedanke[n]" und die „nationale Einheit des Reiches" warben die Linksliberalen für die Demokratie.[1161]

Allerdings äußerten auch einige ihrer Sprecher Kritik an der Weimarer Staatsordnung: Nicht „in allen ihren Teilen" erscheine die Verfassung „richtig und zweckmäßig", erklärte etwa Theodor Heuss, und monierte das Nebeneinander von plebiszitär bestimmtem Reichspräsidenten, parlamentarischem System und Verhältniswahlrecht.[1162] Sprecher aus dem sozialdemokratischen Spektrum schrieben allgemein von „Unzulänglichkeiten […] im öffentlichen Leben", trotz derer das „deutsche Volk" aber „keine Ursache" habe, „an der Republik zu

[1155] Paul Nathan, 1 mehr als 4, in: Berliner Tageblatt (50), 14. Januar 1921, Nr. 22, S. 1 f., hier: S. 2.

[1156] Vgl. Conrad Berndt, Notwendige Forderungen, in: Berliner Tageblatt (50), 09. September 1921, Nr. 425, S. 1 f.; BArch R 45-III/45: DDP, Der Staatsbürger im Volksstaat, [undat. Flugblatt, wohl März 1922], fol. 79.

[1157] Conrad Berndt, Notwendige Forderungen, in: Berliner Tageblatt (50), 09. September 1921, Nr. 425, S. 1 f., hier: S. 1.

[1158] BArch R 45-III/45: Ein Bekenntnis zu Demokratie, Republik und Volksgemeinschaft. Dem deutschen Manne und der deutschen Frau gewidmet von der Deutschen Demokratischen Partei, [undat., vermutlich März 1922], fol. 30; ähnlich: BArch R 45-III/45: DDP, Der Staatsbürger im Volksstaat, [undat. Flugblatt, wohl März 1922], fol. 79.

[1159] Vgl. BArch R 45-III/45: DDP, Der Staatsbürger im Volksstaat, [undat. Flugblatt, wohl März 1922], fol. 79.

[1160] Ebd.

[1161] BArch R 45-III/45: Hugo Preuß, Demokratie und Staatsgedanke, März 1922, fol. 45; ähnlich: Hugo Preuß, Nationale Demokratie (26. September 1920), zitiert nach: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, S. 429–433.

[1162] Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 4; mit Kritik am Wahlsystem auch: Erich Dombrowski, Wahlvorbereitungen. Neue Männer an die Front – Die Ansprüche der Berufsorganisationen – Um die Sozialdemokratie – Gemeinsame Wahlparole der Regierungsparteien?, in: Berliner Tageblatt (53), 18. Januar 1924, Nr. 31, S. 1 f., hier: S. 1; Max Graf Montgelas, Die Lehre der deutschen Wahlen, in: Berliner Tageblatt (53), 17. Mai 1924. Nr. 235, S. 1 f., hier: S. 1.

verzweifeln“.[1163] Kritik am politischen System war somit zwar auch im Umfeld von DDP und SPD vorhanden, sie blieb aber systemimmanent und verstellte nicht die insgesamt positive Sicht auf die republikanische Ordnung von Weimar.

Im nationalliberalen und katholischen Lager war dies nicht immer der Fall. So machte sich dort Enttäuschung über die Abgeordneten im Parlament breit: Zwar erwarte man keine „politische[n] Genies“, wohl aber Parlamentarier, die „innerlich aufgeschlossen bleiben für das Ganze des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in und außer [sic!] unserem Volke“, so die GERMANIA.[1164] Die Beurteilung der Gegenwart fiel hart aus. So empfanden die Sprecher aus dem katholischen Milieu die aktuellen Volksvertreter als „Ausdruck eines mechanischen Querschnittes vo[n] mittelmäßigen Niveau“.[1165] Nach den Worten Helene Wessels fehle es in den Parlamenten an Persönlichkeiten.[1166] Das System wurde als eine leblose Maschine, nicht als ein „organisches“ Wesen begriffen.[1167] Allerdings wurde von katholischen Sprechern auch anerkannt, dass eine „gewisse Auslese tüchtiger Köpfe und gewiegter Kenner des Lebens und Volkes schon jetzt vorhanden“ sei. Das Ideal sei jedoch noch lange nicht erreicht.[1168] Des Weiteren wurde den Mandatsträgern „Volksferne“ unterstellt: Die Hoffnung auf eine Annäherung von Abgeordneten und „Volk“ habe sich im Parlamentarismus nicht erfüllt, so die GERMANIA resümierend.[1169] Die Parlamentarier wurden nicht als tatkräftige, „reale[…] Nationalpolitiker[…]“, sondern als „weltentrückte[…] Idealisten, […] Interessentenvertreter[…] und Klassenhetzer[…]“ angesehen.[1170] Stattdessen erwartete man Staatsmänner, die „vom Demos kommen“, die „dessen Not und Seele“ kennen und zugleich „Aristokraten“ seien, so die GERMANIA.[1171] Und auch die KÖLNISCHE ZEITUNG stellte die Erreichung des demokratischen Ideals infrage, demzufolge die Minister nicht nur „Vertrauensmänner“ der regierenden Parteien, sondern „der Mehrheit des Volkes“ sein müssten.[1172] Dass das Bedürfnis nach Spiegelbildlichkeit des „Volkes“ und seiner Schichten auf der einen und der Wunsch nach he-

[1163] Zwei Jahre Republik, in: Vorwärts (37), 09. November 1920, Nr. 552, S. 1.

[1164] Eine Lebensfrage unseres Parlamentarismus, in: Germania (53), 16. Dezember 1923, Nr. 343, S. 1f., hier: S. 2.

[1165] Ebd.; zu weiterer Kritik: Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 367.

[1166] Vgl. Helene Wessel, Von Fulda bis Glatz. Zur Reichstagung der Windthorstbunde vom 1. bis 3. August, in: Germania (54), 26. Juli 1924, Nr. 307, S. 1f.; ähnlich auch: Conrad Beyerle, Parlamentarisches System – oder was sonst?, in: Germania (51), 16. September 1921, Nr. 569, S. 1f.; Umschau und Ausschau. Wie es kam – Frankreichs weitere Absichten – Um das Rheinland, in: Kölnische Zeitung, 30. September 1923, Nr. 675, S. 1.

[1167] Zur Kritik an der Maschine des Parlamentarismus: Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 107–110. Zum Gegensatz „organisch“ versus „mechanisch“: Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (1968), S. 255–259.

[1168] Conrad Beyerle, Parlamentarisches System – oder was sonst?, in: Germania (51), 16. September 1921, Nr. 569, S. 1f., hier: S. 2.

[1169] Vgl. Partei und Presse, in: Germania (53), 05. August 1923, Nr. 214, S. 1f., hier: S. 1.

[1170] Mehr Solidarität!, in: Germania (53), 23. September 1923, Nr. 264, S. 1f., hier: S. 2.

[1171] Johannes Dierkes, Volk und Staat, in: Germania (54), 17. Juli 1924, Nr. 291, S. 1f.

[1172] Umschau und Ausschau. Maiensegen – Mißverstandener Demokratismus – Auch eine Wiedergutmachung, in: Kölnische Zeitung, 01. Mai 1921, Nr. 315, S. 1.

rausragenden Staatsmännern, die zu den Besten des „Volkes" gehören sollten, auf der anderen Seite, nicht miteinander in Einklang zu bringen war, blieb unbeachtet.[1173] In seinen mystisch-utopischen Ausprägungen war der Anspruch an die Parlamentarier vergleichbar mit dem Ideal, das der erwartete „Führer" erfüllen sollte.

Parteien- und Parlamentarismuskritik gingen häufig Hand in Hand[1174] – so monierte die Kölnische Zeitung die „Händel der Parteien um Einfluß und Herrschaft" sowie den „mißverstandenen Parlamentarismus" als Bestandteil ein und desselben Systems.[1175] Die „Zersplitterung unsers Parteiwesens" bedinge die „Unfruchtbarkeit des Parlamentarismus", so das Blatt.[1176] Es fehle an der Courage, eine unpopuläre Politik zu betreiben. Abhilfe versprach der Plan, das Parteiwesen einer „Reformation [sic!] an Haupt und Gliedern" zu unterziehen.[1177] Mangelndes Vertrauen in führende Politiker wurde selbst seitens des Berliner Tageblatts artikuliert. Gerade im „Volksstaat" müsse Integrität eine besonders wichtige Voraussetzung für den Abgeordneten sein, stellte Ernst Feder fest, und sprach dem vor Gericht stehenden Matthias Erzberger im gleichen Atemzug diese ab.[1178]

Einen weiteren Kritikpunkt an der parlamentarischen Demokratie äußerte der BVP-Reichstagsabgeordnete Georg Heim. Ihn störte „dieser stetige Wechsel der Personen" – der Mangel an Beständigkeit, der etwa auch von Adam Stegerwald moniert wurde[1179]. Heim war sich sicher, dass das Ansehen der Legislative im „Volk" unter der geringen personellen Kontinuität leide. Als Folge prophezeite er:

> An dem Parlamentarismus wird sich das Volk bald satt gegessen haben.[1180]

Und auch im linksliberalen Lager wurde bisweilen heftige Kritik an der Verfassungswirklichkeit geäußert: Erich Koch nannte das intransparente Agieren der Regierung und ihrer Parteien „unvolkstümlich, aufreizend und wahrem Parlamentarismus entgegengesetzt".[1181] Auf noch geringere Akzeptanz als bei dem späteren DDP-Parteivorsitzenden stieß die Ordnung im nationalliberalen Milieu. So sprach die Kölnische Zeitung „der Demokratie im parlamentarischen System" nur deshalb eine Berechtigung zu, da sie „letzte[n] Endes […] alle Schichten des Volkes in gleicher oder doch wenigstens gerechter Zumessung der Redner zu

[1173] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 103 f.
[1174] Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, hier: S. 51 f.
[1175] National und sozial!, in: Kölnische Zeitung, 04. Oktober 1923, Nr. 686, S. 1.
[1176] Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1.
[1177] Umschau und Ausschau. Unpopuläre Politik – Die bayerische „Ordnungszelle" – Zweierlei Maß, in: Kölnische Zeitung, 19. Juni 1921, Nr. 437, S. 1.
[1178] Vgl. Ernst Feder, Der Fall Erzberger, in: Berliner Tageblatt (49), 27. Februar 1920, Nr. 106, S. 1 f.
[1179] [Adam] Stegerwald, Beamte und Volksgemeinschaft, in: Kölnische Volkszeitung (63), 15. April 1922, Nr. 297.
[1180] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344, 4. Sitzung vom 30. Juni 1920, Rede von Georg Heim (BVP), S. 69.
[1181] Erich Koch, Mißverstandener Parlamentarismus, in: Berliner Tageblatt (52), 04. Oktober 1923, Nr. 466, S. 1 f., hier: S. 1.

Wort kommen“ lasse – und selbst diese Minimalanforderung werde, so die Ansicht des Kommentators, in der Nationalversammlung in eklatanter Weise missachtet.[1182] Zugleich wurde das Parlament als eine „Quasselbude“ präsentiert.[1183] Damit stellten Sprecher aus dem katholischen Spektrum das Verantwortungsbewusstsein des Parlaments in Abrede.[1184] Allerdings gab es hier auch Stimmen, die die „Brauchbarkeit des parlamentarischen Systems“ als „heute […] allein mögliche Form unseres politischen Lebens“ betonten.[1185] Nach Ansicht der Nationalliberalen war ein solcher Nachweis hingegen nicht erbracht. Zudem sahen diese die parlamentarische Regierungsform in einer „Spanne des Niedergangs“[1186] und konstatierten ein Desinteresse der Bürger an den Reichstagsverhandlungen[1187]. Das „parlamentarische[…] Unwesen“ treibe „Raubbau mit Geld, Zeit und Nerven“, so die Kölnische Zeitung.[1188] Als Ausweg mahnte der Kommentator – ohne sich inhaltlich festzulegen – eine „grundlegende[n] Reform des Parlamentarismus an Haupt und Gliedern“[1189] an.

Die Haltung des nationalliberalen Milieus zur Verfassung war ambivalent: „Ganz so schlecht, wie sie gemacht wird“, sei die Reichsverfassung nicht, schrieb die Kölnische Zeitung im März 1923. Die Konstitution bilde „auch für diejenigen, die gegen“ sie „schwere Bedenken“ hätten, die „Grundlage und Waffe unsrer innern Auseinandersetzung“, trage aber zugleich durch den fehlenden Mut zum Unitarismus „ein gut Teil Schuld an der Zerrissenheit unser[es] innerpolitischen Lebens“.[1190] Neben dem Willen zur Überarbeitung der Verfassung machte sich eine generelle Kritik an der Weimarer Staatsordnung breit. Wie wenig einige Sprecher aus dem katholischen und nationalliberalen Spektrum an der republikanischen Staatsform hingen, belegten die Aussagen von Helene Wessel und Rudolf von Campe. Beide betrachteten die Republik nur als Mittel zum Zweck: Die Republik sei für das „Volk“ da und nicht umgekehrt, hielt Campe den Worten „Republik [ist] in Gefahr“ entgegen,[1191] und Wessel erachtete die Frage der

[1182] Ein eindrucksvoller Tag in Weimar. Die Vergewaltigung der Minderheitsparteien, in: Kölnische Zeitung, 22. Februar 1919, Nr. 135, S. 1.

[1183] Vgl. ebd.; Umschau und Ausschau. Vox populi – Vertauschte Rollen? – Gescheit sein!, in: Kölnische Zeitung, 25. Mai 1924, Nr. 369, S. 1.

[1184] Vgl. Die neue Regierungskrise, in: Germania (53), 24. November 1923, Nr. 321, S. 1f.

[1185] Innerpolitische Aufgaben, in: Germania (54), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1f., hier: S. 1.

[1186] Umschau und Ausschau. Vox populi – Vertauschte Rollen? – Gescheit sein!, in: Kölnische Zeitung, 25. Mai 1924, Nr. 369, S. 1.

[1187] Vgl. Umschau und Ausschau. Vielköpfige Unverantwortlichkeit – Zurück zur Verfassung – Ein Retortengeschöpf, in: Kölnische Zeitung, 16. Oktober 1921, Nr. 697, S. 1.

[1188] Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1.

[1189] Eine weltumfassende Interessengemeinschaft, in: Kölnische Zeitung, 31. Oktober 1922, Nr. 760, S. 1f., hier: S. 1.

[1190] Umschau und Ausschau. Einheit und Zwietracht – Reich und Länder – Die Parteien, in: Kölnische Zeitung, 25. März 1923, Nr. 211, S. 1.

[1191] [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassengedanken, Eigensicht und Parteiinteresse: hin zum Staatsgedanken und vaterländischen Verantwortungsgefühl, in: Kölnische Zeitung, 26. März 1924, Nr. 219, S. 1.

Staatsform angesichts der „inneren Zerspaltung" als sekundär.[1192] Ebenso ließ die DVP im Sommer 1920 verlauten, dass die „Frage der Staatsform" hinter der „allein maßgebenden Frage der Erhaltung des Deutschen Volkes" zurücktreten müsse.[1193]

Parteiwesen, Parlamentarismus und Staatsordnung von Weimar wurden somit innerhalb des untersuchten Spektrums insbesondere von nationalliberalen und katholischen Sprechern teilweise heftig kritisiert. In Anbetracht der als existenziell empfundenen Spaltung der „Nation" und der gewichtigen innen- und außenpolitischen Probleme zeigten sie für die Kinderkrankheiten der neuen Ordnung wenig Verständnis und setzten nur geringes Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Weimarer Systems. Der Umbau der parlamentarisch-pluralistischen Demokratie wurde daher auch innerhalb der politischen Mitte erörtert und teilweise herbeigesehnt.

4.2 „Führer" und berufsständische Ordnung als Alternativen zur Verfassungswirklichkeit von Weimar

Häufig beließen es die Zeitgenossen nicht bei der Konstatierung von Mängeln, sondern brachten selbst Vorschläge zur Reform des Staatswesens ein. Dazu gehörte etwa das bereits dargestellte Vorhaben, eine Regierung auf Basis einer lagerübergreifenden „Volksgemeinschaft" zu schaffen und damit den ungeliebten Parteienpluralismus im Zaum zu halten. Des Weiteren bot das Finden einer Führerpersönlichkeit eine Alternative zum gegenwärtigen Interessenstreit. In der zeitgenössischen Vorstellungswelt baute sowohl die Überwindung des Parteiwesens durch eine harmonische „Gemeinschaft" als auch die Auswahl und Herrschaft eines „Führers" zumeist auf „weichen" Kriterien wie „Harmonie" und „Akzeptanz" auf – dass Entscheidungen strittig sein und den Widerspruch großer Teile des „Volkes" hervorrufen könnten, blieb in diesen Überlegungen ausgeblendet. Ferner wurden weitere Pläne zum Umbau des Staatswesens erörtert. Sie knüpften zumeist an den Gedanken an, das Parlament von der Macht der Parteien zu befreien.

Der Ruf nach – innerhalb oder außerhalb des Parteiensystems stehenden – Führerpersönlichkeiten war bereits in der Frühphase der Weimarer Republik verbreitet.[1194] Von diesen erwartete man sich eine weit über ihr politisches Herkunftsmilieu hinausgehende Anhängerschaft und eine besonders enge Verbindung zum „Volk".[1195] Der Wunsch nach willensstarken Männern mit politischem Verantwortungsbewusstsein – an Frauen wurde hierbei nicht gedacht – spiegelte

[1192] Helene Wessel, Von Fulda bis Glatz. Zur Reichstagung der Windthorstbunde vom 1. bis 3. August, in: Germania (54), 26. Juli 1924, Nr. 307, S. 1 f., hier: S. 2.

[1193] IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Landtagswahlen, [undat. Flugblatt vor dem 20. Juni 1920].

[1194] Vgl. Carolin Dorothée Lange, Genies im Reichstag. Führerbilder des republikanischen Bürgertums in der Weimarer Republik, Hannover 2012, S. 217–228.

[1195] Vgl. Grüner, Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie, hier: S. 231.

sich in vielen Aussagen wider. Teilweise hofften die Zeitgenossen, dass die bestehende Ordnung Führerspersönlichkeiten hervorbringe, teilweise schien ihnen „wirkliches Führertum“ im parlamentarisch-pluralistischen System von Weimar unmöglich zu sein.[1196] Die Gegner der Verfassungsordnung dachten dabei an eine über „Volk“ und Parteien stehende, einzelne Führerpersönlichkeit. Dagegen war bei den Befürwortern der Weimarer Ordnung eher die Erwartung anzutreffen, dass die Demokratie viele „Führer“ hervorzubringen habe.[1197] Ideengeschichtlich knüpfte die Hoffnung auf herausragende charismatische oder heroische Individuen an romantisch-holistische und „völkisch“-nationalistische Denkkategorien aus dem 19. Jahrhundert an.[1198] Einer elitären Regentschaft wurde mehr Kompetenz zugebilligt als der parlamentarisch-demokratisch strukturierten Herrschaft der vielen.[1199]

Linksliberale Sprecher kritisierten zwar die rechtsradikalen Versuche, „irgendeine[m] Diktator durch Putsche den Weg zu bereiten“,[1200] ihr eigenes Milieu war aber dennoch nicht immun gegenüber der Forderung nach einer starken Führerpersönlichkeit. So plädierte das Berliner Tageblatt dafür, die Lobbyinteressen der Schwerindustrie durch einen „Wirtschaftsdiktator“ zu brechen. Von diesem Mann wurde erwartetet, dass er keine „industrielle[n] oder Parteiinteressen“ vertrete, sondern „ein Freund des Volkes als Ganzes“ sei.[1201] In dieser Forderung kam der Wille zum Ausdruck, die in der Verfassung liegende „Schwäche der Regierungsgewalt“[1202] zu kompensieren und eine vermeintlich rationale Wirtschaftspolitik umzusetzen. Trotz aller Kritik am Anspruch der rechten Parteien, „nationale Führer“ zu haben (die etwa von Theodor Wolff als „Verführer der Nation“ bezeichnet wurden),[1203] blieb der Führerbegriff im linksliberalen Milieu positiv besetzt. „Führer“ wurden als notwendig für die parlamentarische Demokratie erachtet. Hierbei sollte der Schule die Aufgabe zuteilwerden, „dem Volke“ mittels Bildung und Motivation zur Leistung „die Führer“ zu schaffen.[1204] Hier-

[1196] Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 264 f., Zitat: S. 265.

[1197] Vgl. Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 193 f.

[1198] Vgl. Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999, S. 28–31.

[1199] Allgemein zur Elitenherrschaft: Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 105 f.; zur Elitetheorie bei den „demokratischen“ Staatsrechtlern: Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik, S. 195–217; Lange, Genies im Reichstag.

[1200] Erich Dombrowski, Die wirtschaftlichen Rückwirkungen. Frankreichs wirtschaftsimperialistische Ziele – Die Rede des Reichswirtschaftsministers – Die Kohlenverteilung, in: Berliner Tageblatt (52), 17. Januar 1923, Nr. 28, S. 1 f., hier: S. 2.

[1201] P. A. Helmbold, Der Kampf um den inneren Frieden, in: Berliner Tageblatt (48), 13. April 1919, Nr. 165, S. 1 f., hier: S. 2.

[1202] Ernst Feder, Neue Parteien?, in: Berliner Tageblatt (53), 06. Februar 1924, Nr. 63, S. 1 f., hier: S. 1.

[1203] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (48), 22. September 1919, Nr. 445, S. 1 f., hier: S. 2.

[1204] Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom 15. Dezember 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 42–48, hier: S. 44; ähnlich: IfZ ZG e030: Demokratie als Weltanschauung. Rede des Magistrats-Schulrats Prof. Dr. Helmke, gehalten am 10. Mai 1920 in einer Mitglieder-Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei. Ortsgruppe Halensee-Olivaer Platz.

bei schwangen in den Aussagen des linksliberalen und sozialdemokratischen Milieus bisweilen idealistische und mystische Vorstellungen mit. So schrieb der SPD-Politiker und Staatsrechtler Hellmut von Rauschenplat in der linksliberalen FRANKFURTER ZEITUNG:

> Du rechnest Dich zu den Gebildeten Deines Volkes. […] Sei Du Führer im Bekennen der Wahrheit, in Aufrichtigkeit gegen Dich selbst! Sei Du Führer im Leben des Opfers! […] Dein Führertum wird sich nicht ‚bezahlt‘ machen. Doch wisse: die Massen unseres Volkes sehnen sich nach Führern, die zur Wahrheit führen, die aufrichtig sind und denen sie voll vertrauen. Die Führung zwischen denen, die vorangehen und der Masse wird nicht gleich da sein. Doch sie wird sich einstellen, wir brauchen nicht daran zu zweifeln. Das Volk leidet unter der Not und wird endlich doch denen folgen, die aus ihr heraus führen zum wahren Menschen.[1205]

Mit seinem Führerideal, das sich auf „Wahrheit“ und „Idealismus“ stützte, stand der Jungsozialist Rauschenplat nicht alleine da. Für die gesamte Jugendbewegung, auch für deren sozialistischen Flügel, bildete der Führerbegriff einen zentralen Terminus.[1206] Während der Weimarer Republik näherten sich die bürgerliche und linke Jugendbewegung zunehmend an.[1207] Nach Ansicht des SPD-Politikers Hermann Müller musste die „Politisierung des Volkes“ der „Auslese politischer Führer“ vorangehen.[1208] „Führer“ fielen nach dieser Vorstellung nicht vom Himmel oder wurden göttlich inspiriert, nein, sie waren Produkt von politischer Bildung und Erziehung des „Volkes“. Zudem bedurften sie der (Rück-) Bindung an demokratisch legitimierte Institutionen. In diesem Sinne verstanden republikanische Politiker wie Theodor Haubach oder Alfred Weber ihre Konzepte einer „Führerdemokratie“.[1209]

Jedoch mischte sich im (mehrheits-) sozialdemokratischen und linksliberalen Milieu in das Bestreben, Führungspersonen zu finden, auch immer wieder Skepsis gegenüber dem Führerideal. Zum einen traf die Behauptung, „daß das Volk eben keine Führer hätte“,[1210] nicht zu, zum anderen war nicht jeder selbst ernannte oder

[1205] BArch NS 5-VI/17362: Hellmut von Rauschenplat, Der Aufbau aus neuer Gesinnung, in: Frankfurter Zeitung (64), 30. Mai 1920, Nr. 390.

[1206] Vgl. Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet, S. 257 f.; Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, hier: S. 372 f.; Klaus Schreiner, Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. Hans-Ulrich Wehler zum 60. Geburtstag, München 1991, S. 237–247, hier: S. 242; Janka, Die braune Gesellschaft, S. 160; Kershaw, Der Hitler-Mythos, S. 31; Jürgen Reulecke, Utopische Erwartungen an die Jugendbewegung 1900–1933, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 199–218, hier: S. 205. Allgemein zum Führerbegriff in der Jugendbewegung: Peter Schröder, Die Leitbegriffe der deutschen Jugendbewegung in der Weimarer Republik. Eine ideengeschichtliche Studie, Münster 1996, S. 59–67.

[1207] Vgl. Michael Rudloff, Umkehr in die Irrationalität? Religion, Nation und Sozialismus in der Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, in: idem (Hrsg.), Sozialdemokratie und Nation. Der Hofgeismarkreis in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen, Leipzig 1995, S. 76–94, hier: S. 80.

[1208] Hermann Müller, Die Aenderung des Wahlrechts, in: Vorwärts (41), 22. April 1924, Nr. 188, S. 1 f., hier: S. 2.

[1209] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 106.

[1210] Karl Scharnagl, 1932 zur Volksgemeinschaft?, in: Vossische Zeitung, 31. Dezember 1931, Nr. 614, S. 1 f., hier: S. 2.

von der Anhängerschaft gefeierte „Führer“ auch ein wirklicher „Führer“[1211]. Zudem würden viel zu häufig „Führer“ mit „Sachwalter umgrenzter Interessen“ verwechselt werden, beklagte etwa ein DDP-Flugblatt im Frühjahr 1922.[1212] „Führer“ müssten nicht aus den privilegierten Schichten kommen, wie häufig erwartet werde, sie könnten auch von sich aus eine „geistige und politische Aristokratie“ hervorbringen, betonten linksliberale Politiker.[1213] Und Theodor Heuss stellte heraus, dass „Führer“ zwar wichtig seien, ihre Anwesenheit allein aber nicht ausreiche:

> Der Ruf nach dem ‚starken Mann‘ freilich ist ein Ruf der Verlegenheit, denn der starke Mann ist ohne Wirkung, wenn in dem Volksboden nicht die Kräfte vorhanden sind, die ihn tragen. Der Führer braucht einen tragenden, gleichgerichteten starken Willen des Volkes. Dieser ist heute zerstört. Die Demokratie allein kann ihn aus der Volksgemeinschaft heraus entwickeln.[1214]

Bei allem Hoffen auf Persönlichkeiten beruhte aus linksliberaler Sicht die Macht des „Führers“ immer noch auf dem „Volk“ und seinem demokratischen „Willen“. Dennoch gingen die wenigsten Anhänger der Linksliberalen so weit wie etwa der Staatsrechtler Hans Kelsen, der „Führerlosigkeit“ „als positives Merkmal einer demokratischen Staatsverfassung“ bezeichnete.[1215] Vielmehr war im linksliberalen Spektrum die Überzeugung verbreitet, dass pluralistische Demokratie und „Führerschaft“ eine Symbiose eingehen müssten.

„Führerauslese“ wurde auch in anderen Milieus als wichtiges Ziel erachtet. Die Nationalliberalen begründeten damit unter anderem ihren Plan, paritätisch besetzte berufsgenossenschaftliche „Arbeitsgemeinschaften“ zu bilden. Sachverständige „Führer“ könnten sich darin auf das „Vertrauen“ und nicht auf „Agitation“ stützen, glaubte die DVP-Fraktion.[1216] In ihrem Programm von 1919 forderte die Partei sodann, dass die „freiwillige[…], vertrauensvolle[…] Gefolgschaft, die das Volk seinen selbst gewählten Führern“ leiste, „eine wesentliche Vorbedingung für Deutschlands Freiheit und Aufstieg“ sei.[1217] Später wurde diese Forderung auf den griffigen Slogan „Das Volk braucht Führer und ist ihnen Gefolgschaft schuldig“ gebracht.[1218] Mit der Idee des „Führers“ verband die DVP die Vorstellung von der Rückkehr zu einer monarchistischen Ordnung. Es gelte, einen „geeigneten Mann[…]“ zu finden, auf den sich die „weit überwiegende[…] Volksmehrheit“ einigen könne, so ein Wahlkampfflugblatt der Partei.[1219] Solange noch kein

[1211] Vgl. Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (52), 05. Februar 1923, Nr. 60, S. 1 f.
[1212] BArch R 45-III/45: DDP, Die geistige Not der Zeit, [undat. Flugblatt, wohl März 1922], fol. 80.
[1213] BArch R 45-III/45: Konrad Weiß, Eine demokratische Kulturaufgabe, [undat., wohl März 1922], fol. 49.
[1214] Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft, S. 15.
[1215] Nach: Schreiner, Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 241.
[1216] BArch R 45-II/362: Fraktion der DVP in der Nationalversammlung, Aufruf zum Arbeitsfrieden! An das deutsche Volk!, 21. August 1919, fol. 63.
[1217] Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919, zitiert nach: Mommsen/Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme, S. 60–71, hier: S. 61.
[1218] IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Ein positives völkisches Programm, [undat. Flugblatt, nach dem 19. Oktober 1919 und vermutlich vor 1924].
[1219] IfZ ZG e070: Deutsche Volkspartei, Deutsche Volkspartei oder Deutschnational?, [undat. Flugblatt, nach März 1920].

passender Ersatz für den abgedankten „Kaiser" gefunden war, richteten sich die euphorischen Erwartungen allerdings auf eine ferne Zukunft. Die Gegenwart wurde dagegen als „Tiefpunkt der Schwäche" betrachtet, da Deutschland „ohne große Führer" dastünde und in seiner Existenz akut bedroht sei.[1220] Gerade vor diesem „Abgleiten ins Ungewisse" sollte die erhoffte Führerpersönlichkeit das „Volk" bewahren.[1221] Wer sich beim Wiederaufbau als „Tüchtigste[r] und Brauchbarste[r]" erweise, der solle, so die Kölnische Zeitung, „unser politischer Führer" sein.[1222] Wichtig war dem Blatt hervorzuheben, dass die „ernsthafte[n] Führer" „[f]rei von jedem Parteidogma" sein müssten.[1223] Auch dürften sie sich nicht von der „Masse" treiben lassen.[1224] Vielmehr sollten die „Führer" das Ideal eines „Bildner[s]" verkörpern, der das „Volk" „wie weiche Tonmasse" forme.[1225] Eine Person, die solche Fähigkeiten mitbringe, wurde etwa für das Amt des Reichspräsidenten gesucht. Staatsoberhaupt musste nach den Worten der Kölnischen Zeitung ein Mann sein, „von dem jeder sagen möchte: der und kein andrer soll der Präsident aller Deutschen sein".[1226] In dieser Vorstellung spiegelte sich die Erwartung an ein mystisches „Erkennen" wider, durch welches die Führungsperson gefunden werden solle. Doch gab es auch die Hoffnung, dass sich einzelne Politiker als „Führer" entpuppen könnten. So wurde der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann zumindest im eigenen Milieu mitunter als „Führer" tituliert[1227] – eine Bezeichnung, die nicht nur seine Stellung innerhalb der Partei, sondern auch seine besonderen staatsmännischen Qualitäten hervorheben sollte. Dennoch lautete auch weiterhin der Tenor im nationalliberalen Spektrum:

> Wir haben wirkliche Führer, über dem Volke stehende und das Volk in seinen geheimsten Stimmungen und in seinem wahren Wollen verstehende Führer gar so wenige – übrigens in allen Parteien – und hätten sie doch so nötig![1228]

Im katholischen Spektrum legte man vor allem Wert auf die besondere Innerlichkeit der erhofften „Führer". Die meisten der gegenwärtigen Politiker entsprachen

[1220] Umschau und Ausschau. Kohle und Kultur – Die Unwirtschaft und die Staatslast – Wie vor sechs Jahren!, in: Kölnische Zeitung, 01. August 1920, Nr. 661, S. 1.

[1221] Der Gedächtnistag der Reichsgründung. Eine Feier im Reichsklub der Deutschen Volkspartei, in: Kölnische Zeitung, 20. Januar 1920, Nr. 66, S. 1.

[1222] Umschau und Ausschau. Die Wahlen als Heilungsprozeß – Parole Wiederaufbau – Die Partei der Arbeit, in: Kölnische Zeitung, 13. Juni 1920, Nr. 523, S. 1.

[1223] Atomisierung der Wirtschaft, in: Kölnische Zeitung, 12. Oktober 1923, Nr. 705, S. 1; ähnlich: Hugo Grothe, Zum „Deutschen Tag" in Flensburg und Hamburg, in: Kölnische Zeitung, 02. Juni 1923, Nr. 381, S. 1 f.

[1224] Vgl. Ein berechtigter Mahnruf, in: Kölnische Zeitung, 27. März 1924, Nr. 214, S. 1.

[1225] Umschau und Ausschau. Das Volk als Sündenbock – Das Orakel vom 6. Juni – Die Partei der deutschen Patrioten, in: Kölnische Zeitung, 20. Juni 1920, Nr. 543, S. 1.

[1226] Umschau und Ausschau. Vom Kriegführen und Hundeflöhen – Koalitionssorgen – Herr und Frau Ebert, in: Kölnische Zeitung, 05. März 1922, Nr. 164, S. 1.

[1227] Vgl. Der Gedächtnistag der Reichsgründung. Eine Feier im Reichsklub der Deutschen Volkspartei, in: Kölnische Zeitung, 20. Januar 1920, Nr. 66, S. 1.

[1228] [Rudolf] v[on] Campe, Volksgemeinschaft. Heraus aus Phrase und Illusion; hin zu Arbeit und Wirklichkeitssinn! – Heraus aus Klassengedanken, Eigensicht und Parteiinteresse: hin zum Staatsgedanken und vaterländischen Verantwortungsgefühl. Teil II, in: Kölnische Zeitung, 27. März 1924, Nr. 222a, [o. Pag.].

dem „Ideal der Führerpersönlichkeit“ hingegen nicht.[1229] Aus einer geistigen Erneuerung, so hoffte etwa die GERMANIA, könnten „tief innerlich königliche Gestalten als Führer unseres Volkes“ hervorgehen.[1230] Für einen anderen Kommentator des katholischen Leitmediums sollten die künftigen „Führer“ „Männer des lauteren Lebens, der Idee und der Liebe“ sein, die „wissen, was dem Volke frommt und nicht frommt“.[1231] Die Ansprüche an die „Führer“ waren hoch: Sie sollten „an den Geist glauben“, „Opfer bringen“ und stets „unerschüttert stehen“, „selbst wenn das Volk sie fallen läßt“.[1232] Gleichzeitig sprach aus den Worten eine große Sehnsucht:

> Die Führer tun uns not, heute wie immer; Männer, die den ‚Staat in sich‘ haben, d. h. mehr als rohe Waffen für das Parteigezänke und die Tagespolitik, mehr auch als Phrase und die Kunst des Debattieren; sondern Rüstzeug und Anlage und den Blick für die großen Zusammenhänge ihres Volkes und der anderen Völker; das feinste Sensorium, mit dem man kommende Dinge wittert nicht als eitle Träumerei, sondern aus organischem Einblick in den Ablauf gültiger Gesetze.[1233]

Die idealen „Führer“ – wohlgemerkt im Plural gedacht – verhedderten sich nicht im Klein-Klein der Alltags- und Parteipolitik, sondern hatten allein das große Ganze vor Augen, ferner ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Bedürfnisse des „Volkes“ und die „organische“ Entwicklung des Staates. Die auf sie projizierten holistischen Vorstellungen standen für den Wunsch nach einem „starken Mann“ und nach eindeutigen Entscheidungen. Das pluralistische System der Weimarer Republik war diesem Denken tendenziell fremd.

Jedoch waren nicht alle Führervorstellungen im katholischen Milieu mystisch und holistisch aufgeladen: Im Dunstkreis Adam Stegerwalds verband man mit dem Führerbegriff eher die Erwartung, dass sich das Blickfeld der Politiker auf „umfassendere Interesse[n] […] als nur die des Wachstums ihrer Partei“ ausdehne.[1234] Hiervon erhoffte man sich letztlich die Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“. Teilweise wurden große Hoffnungen in die eigenen Spitzenpolitiker gesetzt: Den Anspruch, den „Tüchtigsten und Besten“ zum „Führer des Volkes“ zu machen, sah Johannes Giesberts in der Wahl Wilhelm Marx’ zum Reichskanzler eingelöst.[1235]

Aber auch anderen zeitgenössischen Staatsmännern, wie etwa dem Zentrumspolitiker und Reichskanzler Joseph Wirth, wurden von verschiedenen Seiten „Führereigenschaften“ zugesprochen.[1236] Ihm gestand man die Fähigkeit zu, überzeugend zu wirken und die „Massen“ zu begeistern, ohne dabei populistisch zu sein. Da Wirth aber nicht zur erhofften Tat schritt – sei es, indem er eine neue Partei gründete oder die bestehenden zusammenfasste, wandte sich die Führerer-

[1229] Helene Wessel, Von Fulda bis Glatz. Zur Reichstagung der Windthorstbunde vom 1. bis 3. August, in: Germania (54), 26. Juli 1924, Nr. 307, S. 1 f., hier: S. 2.
[1230] V[on] Tiedemann, Deutschlands geistiger Wiederaufbau, in: Germania (51), 14. Mai 1921, Nr. 257, S. 1 f., hier: S. 2.
[1231] Johannes Dierkes, Volk und Staat, in: Germania (54), 17. Juli 1924, Nr. 291, S. 1 f., hier: S. 2.
[1232] Ebd.
[1233] Ebd.
[1234] BArch NS 5-VI/17362: Die Volksgemeinschaft als deutsches Problem. In eigener Sache, in: Der Deutsche, 07. Juni 1922, Nr. 128.
[1235] [Johannes] Giesberts, Reichskanzler Marx, in: Germania (53), 30. November 1923, Nr. 327, S. 1 f., hier: S. 1.
[1236] Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (50), 31. Oktober 1921, Nr. 501, S. 1 f., hier: S. 1.

wartung bald wieder von ihm ab.[1237] Zeitweise richteten sich die Hoffnungen auch auf den Reichswehrminister Gustav Noske, den preußischen Innenminister Carl Severing sowie den Gründer des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun.[1238] Letztlich aber enttäuschten sie alle ihre Anhänger, da sie die hochgesteckten messianischen Erwartungen nicht erfüllten oder nicht über den nötigen dauerhaften und überparteilichen Rückhalt verfügten. Zweifellos die größte Verehrung als „Führer“ erfuhr Paul von Hindenburg. Der Generalfeldmarschall stand über den zankenden Parteien und verkörperte Werte wie „nationale Einheit“ und Ehre.[1239] Als Kriegsheld und preußischer Adeliger wirkte er ab 1925 im Amt des Reichspräsidenten wie ein „Ersatzkaiser“. Doch angesichts Hindenburgs fortgeschrittenen Alters war der erste Mann im Staate ein „Führer“ auf absehbare Zeit.

Paradoxerweise verband sich die Suche nach Führerpersönlichkeiten mit dem antiindividuellen Ideal von „Gemeinschaft“.[1240] Dies hatte besondere Ansprüche an die zu findende Person zur Folge: Der „wahre Führer“ sollte das „Kollektiv, aus dem er hervorgegangen ist, verkörpern“, Individualität und Kollektivität mussten in seiner Person untrennbar miteinander verbunden sein.[1241] Des Weiteren war die holistische Vorstellung verbreitet, dass der „Führer“ die „Gemeinschaft“ sowohl führe als ihr auch folge.[1242] Im Führerdenken der untersuchten Milieus wurde sowohl die tiefe Sehnsucht nach herausragenden Staatsmännern in der Demokratie als auch die Suche nach Alternativen zum Parteiwesen deutlich. Leitete der „Führer“ seine Legitimation aus einer transzendenten Mission und gegen den Mehrheitswillen ab, so trug die entsprechende Idee antiparlamentarisch-antidemokratische Züge.[1243] Der „Führer“ stand dann über bzw. außerhalb der Verfassungsordnung. In seiner Person verkörperte sich die „Einheit des Volkes“. Er wurde als ein politischer Messias wahrgenommen, der Glaube, Wille, Kraft und Erfolg in sich trage – ein Denken, das an ganzheitliche, romantische und irrationale Vorstellungen anknüpfte.[1244] Die inhaltliche Offenheit des Führergedankens ermöglichte es, dass sich der Begriff etwa mit der organischen Vorstellung eines bereits in den „Ideen von 1914“ angelegten, spezifisch „deutschen Sozialismus“ verband, der einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus offerierte.[1245] Mitunter wurde auch angenommen, dass der ersehnte

[1237] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 112; Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 371–374; Lange, Genies im Reichstag, S. 78–90.
[1238] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 113–118.
[1239] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 118–120.
[1240] Vgl. Hans Ulrich Gumbrecht, 1926. Ein Jahr am Rand der Zeit, Frankfurt am Main 2001, S. 317–325.
[1241] Gumbrecht, 1926, S. 416.
[1242] Vgl. Gumbrecht, 1926, S. 416f. u. 421.
[1243] Vgl. Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet, S. 256.
[1244] Vgl. Schreiner, Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 238; Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 200–202; Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 110; Kershaw, Der Hitler-Mythos, S. 34f.; Beilner, Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, hier: S. 9f.
[1245] Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 282–285.

Führer eine über die deutschen Grenzen hinausgehende Mission für ganz Europa haben werde.[1246]

Erstmals im Spätherbst 1922 erhoben nationalsozialistische Sprecher den Anspruch, dass Adolf Hitler der „Führer“ sei, nach dem sich Deutschland sehne. Hitler selbst kam wohl erst 1924, während seiner Inhaftierung in Landsberg, zu dieser Überzeugung.[1247] Dies bedeutete aber nicht zwangsläufig, dass fortan innerhalb der NS-Bewegung der Führerbegriff ausschließlich auf Hitler angewandt wurde: So warb der NSDAP-Vorsitzende beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925 noch eindringlich für Erich Ludendorff als den geeigneten „Führer des deutschen Volkes“, der den „heiligen Willen und unerschütterlichen Entschluß“ besitze, „die deutsche Not zu zerbrechen […], um dem Volke zu geben, was des Volkes ist“.[1248] In der Folge wurde der nationalsozialistische Führermythos dann immer stärker auf Hitler zugeschnitten, wie etwa die Inszenierungen anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1930 und der Reichstagswahlen 1932 deutlich vor Augen führten.[1249] Neben der propagandistischen Stilisierung trug nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 eine geradezu draufgängerische „Politik der Tat“ dazu bei, dass bei den Anhängern die – von den Gegnern erhoffte – Enttäuschung über den „Führer“ ausblieb.[1250] Statt auf Hitler wurde die Unzufriedenheit mit der Bürokratie und den Auswüchsen der NS-Bewegung von vielen Zeitgenossen auf „die Partei“ und ihre Bonzen projiziert – der „Führer“ schien mit alldem hingegen nichts zu tun zu haben und erfreute sich bis in den Krieg einer großen, milieuübergreifenden Beliebtheit. Die mystische Aura der Führeridee blieb im Nationalsozialismus lange gewahrt. Während der Frühphase der Weimarer Republik war das Verlangen nach „Führern“ aus der Sicht vieler Zeitgenossen hingegen ungestillt geblieben.

Neben den Wunsch nach charismatischer Ausgestaltung der Weimarer Verfassungswirklichkeit bzw. nach einer autoritären Umgestaltung der Staatsordnung mittels Führerpersönlichkeiten gesellten sich weitere Ansprüche an das künftige Regierungssystem: Die Forderung nach „Fortentwicklung der Verfassung“ wurde von vielen Zeitgenossen erhoben – selbst die regierungsamtliche Reichszentrale für Heimatdienst schloss sich ihr an. Nach Ansicht ihrer Leiters, Richard Strahl, könne ein entsprechender Wandel „nur in organischer Weise“ und „getragen von dem Mehrheitswillen des Volkes in verfassungsmäßigen Formen erfolgen“.[1251] Strahl ließ offen, in welche Richtung er sich eine Veränderung vorstellen konnte. Im katholischen Milieu wurde man diesbezüglich konkreter: Hier war etwa der

[1246] Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 290 f.

[1247] Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 194 f.; Kershaw, Der Hitler-Mythos, S. 37–40.

[1248] Adolf Hitler, Ludendorff der Kandidat der nationalen Opposition. Aufruf! [19. März 1925], zitiert nach: De Gruyter, Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945, hier: http://db.saur.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=HRSA-0017.

[1249] Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 195–197; Kershaw, Der Hitler-Mythos, S. 45 f.

[1250] Vgl. Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine, hier: S. 122–125.

[1251] Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 11.

Gedanke verbreitet, die Weimarer Reichsverfassung zugunsten einer Stärkung von „Berufsständen, […] Stämmen, […] Gemeinden […] [und] Ländern" auszulegen bzw. weiterzuentwickeln.[1252] Waren die Pläne zur Errichtung einer dem Reichstag beigeordneten „Kammer der Arbeit" zunächst von sozialdemokratischen Politikern wie Max Cohen vertreten worden, so wurden sie in den Verfassungsverhandlungen auch von konservativer und katholischer Seite aufgegriffen.[1253] Cohens Idee eines „Parlaments der Berufe" stieß bei seinen Parteigenossen teilweise auf scharfe Kritik und wurde schließlich in der SPD nicht forciert.[1254] Dafür erlebten die berufsständischen Ideen nun aber in anderen Milieus eine Renaissance. Bei den Überlegungen, eine berufsständische zweite Kammer zu schaffen, spielten das Misstrauen in die Arbeit des Reichstags und der Wille, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen zu entpolitisieren, eine wichtige Rolle. Der deutschnationale Abgeordnete Clemens von Delbrück begründete seinen Einsatz für eine „berufsständische Vertretung aller schaffenden Klassen" etwa ausdrücklich damit, dass so ein „Gegengewicht […] gegen die sozialdemokratische Herrschaft des Parlaments" geschaffen werden könne.[1255] Vor allem von linksliberaler Seite versuchten Sprecher dagegenzuhalten: So befürchtete Hugo Preuß einen „Kampf aller gegen alle".[1256] Und auch nach Abschluss der Verfassungsberatungen warnten Mitglieder der DDP vor einem „Sonderleben der ‚ständischen' Gruppen"[1257] und dem „[E]rsticken" des „Volksparlament[s]" durch die Bildung von „2 und 3 und mehr Parlamentchen der Interessenten"[1258]. Trotz dieser Bedenken blieb das korporatistische Denken im Spektrum der Mitte und darüber hinaus virulent. In der Idee einer berufsständischen Ordnung trafen sich Sozialismus, Konservatismus und christlicher Solidarismus, da das Konzept die Überwindung des Klassenkampfes durch konfliktfreie Entscheidungsfindung

[1252] J[osef] Joos, Zentrumsgedanken und politische Haltung. Ein Brief an Dr. Wirth, in: Germania (54), 18. Januar 1924, Nr. 18, S. 1 f., hier: S. 2.

[1253] Vgl. Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 171–174.

[1254] Paul Nolte, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Zur Ideengeschichte einer sozialen Utopie, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, hier: S. 248; Seefried, Reich und Stände, S. 134 f. Allgemein zur Schaffung einer berufsständischen Kammer: Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 405 f.

[1255] Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 02. Juni 1919, Rede von Clemens von Delbrück (DNVP), S. 398; auch: Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 18. Juni 1919, Rede von Clemens von Delbrück (DNVP), S. 538.

[1256] Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 21. März 1919, Rede von Hugo Preuß (DDP, Reichsinnenminister), S. 120.

[1257] BArch R 45-III/45: DDP, Die geistige Not der Zeit, [undat., vermutlich März 1922], fol. 80; ähnlich: Erich Dombrowski, Wahlvorbereitungen. Neue Männer an die Front – Die Ansprüche der Berufsorganisationen – Um die Sozialdemokratie – Gemeinsame Wahlparole der Regierungsparteien?, in: Berliner Tageblatt (53), 18. Januar 1924, Nr. 31, S. 1 f.

[1258] Paul Nathan, 1 mehr als 4, in: Berliner Tageblatt (50), 14. Januar 1921, Nr. 22, S. 1 f., hier: S. 2.

verhieß.[1259] Die Herrschaft der Parteien im Parlament sollte durch eine organisch aufgebaute Kammer ergänzt bzw. überwunden werden.[1260] In Ansätzen waren solche Überlegungen bereits in die Weimarer Reichsverfassung eingeflossen – doch blieb die Rolle des in der Verfassung verankerten Reichswirtschaftsrats marginal.[1261] Schnell verloren die Regierungsparteien das Interesse an dem Vertretungsorgan, zudem standen Gewerkschaften und Unternehmerverbände dem Rat skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Folge war, dass es bei der Bildung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats blieb und selbst dieser lediglich in den Jahren 1920 bis 1923 im Plenum tagte.[1262] Eine mächtige Kammer, die sozial- und wirtschaftspolitische Fragen jenseits von Parteigrenzen behandelte, blieb somit ein Wunschtraum vieler Zeitgenossen. Doch waren an die berufsständischen Konzepte noch größere Erwartungen geknüpft.

Häufig wurde – wie bereits aufgezeigt – die korporatistische Ordnung als ein Vorläufer der erstrebten „Volksgemeinschaft“ angesehen.[1263] Vor allem im Sozialkatholizismus maß man den Ständen die Bedeutung eines „ragenden und tragenden Pfeiler[s] des großen Gemeinschaftsbaues“ bei.[1264] Sie würden eine entscheidende Grundlage für das Gemeinwesen bilden.[1265] Gleichzeitig erkannte man die Gefahr, dass auch in die Stände „Raffsucht“ und ein „ungesunde[r] Kapitalismus“ einziehen könne. Als Gegenmittel hierzu wurde die Orientierung am „christlichen Gemeinschaftsgedanken“ empfohlen.[1266] Mit dem Ständebegriff einher ging die (utopische) Hoffnung, auf eine tradierte sowie konfliktfreie – durch kapitalistische und sozialistische Interessengegensätze noch nicht beeinträchtigte – Ordnungsebene zurückgreifen zu können. Innerhalb des Katholizismus waren vor allem die Ideen Othmar Spanns wirkmächtig. In ihnen verband sich das Konzept eines holistischen Universalismus mit Gemeinschafts- und Ständevorstellungen.

[1259] Vgl. Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 174; Nolte, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit, hier: S. 242–254; Seefried, Reich und Stände, S. 137–139; zeitgenössisch herausgestellt bei: Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Sitzung vom 02. Juni 1919, Rede von Erich Koch (DDP, Reichsinnenminister), S. 398.

[1260] Vgl. Seefried, Reich und Stände, S. 137–139.

[1261] Vgl. Die Verknotung im deutschen Drama, in: Kölnische Zeitung, 07. März 1920, Nr. 227, S. 1; ähnlich auch: Möglichkeiten, in: Kölnische Zeitung, 09. Juni 1920, Nr. 511, S. 1.

[1262] Nolte, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit, hier: S. 246 f.; Seefried, Reich und Stände, S. 136 f.

[1263] Vgl. Noppel, Volksgemeinschaft; v[on] Tiedemann, Deutschlands geistiger Wiederaufbau, in: Germania (51), 14. Mai 1921, Nr. 257, S. 1 f.; BArch R 45-II/362: DVP, Manifest des Arbeitsfriedens, An das Deutsche Volk!, [undat., vermutlich 1919], fol. 59; Emil van den Boom, Die Probe aufs Exempel, in: Germania (52), 24. Juni 1922, Nr. 374, S. 1 f.

[1264] Noppel, Volksgemeinschaft, S. 347.

[1265] Vgl. Josef André, Katholische Arbeiterschaft und Zusammenarbeit der Stände, in: Germania (53), 15. Juli 1923, Nr. 193, S. 1 f.; J[oseph] Joos, Zentrumsgedanken und politische Haltung. Ein Brief an Dr. Wirth, in: Germania (54), 18. Januar 1924, Nr. 18, S. 1 f.; Wahlaufruf der Rheinischen Zentrumspartei, März 1924, zitiert nach: Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland, S. 431–440.

[1266] Noppel, Volksgemeinschaft, S. 349; zu Noppel und dem Sozialkatholizismus auch: Nolte, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit, hier: S. 243 f.

Mit diesen ließ sich ein autoritärer oder gar diktatorischer Ständestaat begründen.[1267] Demgegenüber betonten die berufsständischen Konzepte Oswald von Nell-Breunings und Gustav Gundlachs stärker die Stellung des Individuums.[1268] Neben diesen verschiedenen Strömungen im ständischen Denken gab es innerhalb des Katholizismus aber auch generelle Bedenken: So mehrten sich kritische Stimmen, die vor einem erstarkenden „Berufs- und Standesegoismus“[1269] warnten, die Leitvorstellung der berufsständischen Legislativorgane hinterfragten,[1270] die Idee eines „berufsständisch gegliederten deutschwirtschaftlichen und deutschreligiösen machtvollen Staat[es]“ als „Traumbild“ der „völkischen Bewegung“ lächerlich machten[1271] sowie die mangelnde Repräsentanz des ganzen „Volkes“ darin monierten. Gleichwohl genoss das Ständedenken im katholischen Spektrum einen hohen Stellenwert.

Führererwartungen und berufsständische Vorstellungen konnten sowohl systemimmanente als auch systemüberwindende Kritik in sich bergen. Die hinter ihnen stehenden, organisch-holistischen Konzepte waren zumeist vage und kaum auf eine komplexe Gesellschaft wie die des Deutschen Reichs anwendbar. Dennoch – oder gerade deswegen – knüpften sich große Erwartungen an sie. Ähnlich wie der Volksgemeinschaftsbegriff waren sie aufgrund ihrer Unbestimmtheit ideal für verschiedene inhaltliche und metaphysische Aufladungen geeignet.

5. Zwischenfazit: Erwartungen an „Einheit“ und „Volk“ in der Krise

In den Krisen der jungen Weimarer Republik griffen die Sprecher sämtlicher untersuchter Milieus auf die Wörter aus dem Begriffsfeld „Volk“ und „Gemeinschaft“ zurück. Zum einen wurden sie zur Verteidigung der Grenzen und territorialen Strukturen des Reichs herangezogen, zum anderen dienten sie als Begründungen und Bezugspunkte bei der Bewältigung der schwierigen innenpolitischen

[1267] Vgl. Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 175–181; Schreiner, Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 239f.; Nolte, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit, hier: S. 241f.; Seefried, Reich und Stände, S. 124; Beilner, Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, hier: S. 6–9.

[1268] Vgl. Beilner, Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, hier: S. 8.

[1269] Josef André, Katholische Arbeiterschaft und Zusammenarbeit der Stände, in: Germania (53), 15. Juli 1923, Nr. 193, S. 1f., hier: S. 1.

[1270] Vgl. Hans Herschel, Politische und ständische Stadtparlamente?, in: Germania (53), 16. Juni 1923, Nr. 164, S. 1f.; Josef André, Katholische Arbeiterschaft und Zusammenarbeit der Stände, in: Germania (53), 15. Juli 1923, Nr. 193, S. 1f.; Innerpolitische Aufgaben, in: Germania (54), 01. Januar 1924, Nr. 1, S. 1f.; vereinzelt auch im nationalliberalen Milieu: Umschau und Ausschau. Die geistigen Unterströmungen bei der Wahl – Schulfragen – Die Parteien und Kant, in: Kölnische Zeitung, 27. April 1924, Nr. 297, S. 1.

[1271] Heinrich Krone, Jugend und Vaterland. Zum Aufsatz Dr. Schwerings „Wege zur deutschen Jugend“, in: Germania (54), 20. Juli 1924, Nr. 297, S. 1f., hier: S. 2.

Situation. Bisweilen – wie während der französischen Besetzung des Ruhrgebiets 1923 – vermischten sich auch beide Dimensionen. Vor allem während der inneren Krisenereignisse mahnten Sprecher aller Milieus zur „Gemeinschaft“. Die Argumentation mit dem „Volk“ hatte eine mehrfache Funktion: Sie nahm das „Volk“ für die eigenen Ziele in Anspruch, diente zur Selbstvergewisserung und wirkte nicht selten als Ausflucht hin zu einem imaginären Sehnsuchtsort. Die Erwartungen an das „Volk“ und seine „Einheit“ wuchsen angesichts der krisenhaften Situation in utopische Höhen. Nicht selten wurde die Gegenwart mittels organischer und medizinischer Sprachbilder reflektiert. Das dahinterstehende Denken lief Gefahr, dem Abstraktum „Volk“ menschliche Eigenschaften zuzuweisen und gleichzeitig die Bedeutung des Individuums zu relativieren. Zur direkten semantischen Ausgrenzung einzelner Personen oder Gruppen aus dem „Volk“ kam es im untersuchten Spektrum allerdings nur selten. Jedoch wurde auch hier mitunter eine organische Sprache verwendet, in der häufig ein durch holistische Kategorien geprägtes Verständnis von „Volk“ und „Staat“ zum Ausdruck kam. In der Phase nach der Konstituierung der Weimarer Republik nahm die Verbreitung solcher antipluralistischen Ideen auch im Spektrum der politischen Mitte zu – eine Entwicklung, die sich im Krisenjahr 1923 noch einmal verstärke. Für die nachmalige Durchsetzung von holistischen Vorstellungen und die Unterhöhlung des Pluralismus war dieser schleichende Prozess von großer Bedeutung. Zum einen führte er vor Augen, dass breite Kreise für mythisch-holistisches Gedankengut empfänglich waren, zum anderen zeigte sich, dass die pluralistisch-republikanische Ordnung keine tiefe Verankerung gefunden hatte und es ihr an Verteidigern mangelte. Als besonders schillernder Begriff erwies sich der Ausdruck „Volksgemeinschaft“. Unter ihm konnte eine ganze Bandbreite an verschiedenen Konzepten firmieren – sei es die „rassistisch“ definierte „Abstammungsgemeinschaft“, die berufsständisch organisierte „Arbeitsgemeinschaft“, die Überwindung des Klassenkampfes, die Errichtung einer „ganz großen Koalition“ oder das Streben nach „nationalem Konsens“ auf Grundlage der pluralistischen Verfassungsordnung. Je nach Milieu, Sprecher und Zeitpunkt wurden andere Inhalte mit dem erwartungsvoll aufgeladenen Begriff verknüpft. Das Scheitern der Hoffnungen führte oftmals zu Enttäuschungen, aber auch zu einer paradoxen, weiteren Steigerung der Erwartungshaltung. Als Gegenpole zu „Volk“ und „Gemeinschaft“ betrachteten viele Zeitgenossen die „Parteien“ und ihre „Sonderinteressen“. Die Parteienkritik in der Weimarer Republik unterhöhlte das Vertrauen in das parlamentarische System und ließ Hoffnungen auf eine Weiterentwicklung bzw. auf eine Überwindung der Verfassungsordnung keimen. Die Sehnsucht nach anderen Herrschaftsmodellen manifestierte sich etwa in der Vorstellung von einer berufsständisch gegliederten Legislative und in der Erwartung an Führerpersönlichkeiten. Innerhalb des untersuchten Spektrums waren solche Gedanken vor allem im nationalliberalen und katholischen Milieu virulent, aber auch die Anhänger der anderen politischen Lager waren ihnen gegenüber nicht immun. Stimmen, die den Wert der bestehenden pluralistischen Ordnung offensiv verteidigten, meldeten sich hingegen nur vereinzelt zu Wort.

VI. Fazit

„Volk" war ein von allen untersuchten Milieus häufig gebrauchter und in seiner Bedeutung schillernder Begriff. In seinen Hauptverwendungsweisen konnte „Volk" das als politisch gleichberechtigt gedachte Staatsvolk („demos"), die Abstammungs-, Kultur- bzw. Sprachgemeinschaft („ethnos") sowie die „unteren Schichten" („plebs") bezeichnen. Diese drei idealtypischen Bedeutungen hatten sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert herausgebildet und verliehen dem vormals zumeist negativ konnotierten Wort einen hohen Stellenwert im politisch-gesellschaftlichen Sprachgebrauch. Mit „Volk" – und dem hierzu fast synonym verwendeten Wort „Nation" – verbanden sich unterschiedlichste Vorstellungen von politischer Teilhabe und staatlicher Ordnung. Teilweise knüpften diese Modelle (wie das der „Kulturnation") an eine ethnische „Gemeinschaft" an, teilweise bezogen sie sich (wie die Idee der „Staatsbürgernation") auf die Entscheidung des Einzelnen zugunsten eines „demos". Mitunter sollte eine neue Ordnung aber auch auf den bislang weitgehend rechtlosen „unteren Schichten" beruhen. „Volk" konnte zudem entweder als ein pluralistisches oder als ein holistisches Konzept begriffen werden. Im erstgenannten Fall war es offen für verschiedene Meinungen und stellte eine Art Dach, unter dem Vielfalt gedeihen konnte, dar; im letztgenannten Fall hingegen überwölbte die Vorstellung von „Einheit" und „Ganzheit" die gesellschaftliche und politische Diversität – „Volk" wurde dabei oftmals als Organismus bzw. mythisches Wesen begriffen. Neben den drei verschiedenen Hauptbedeutungen („demos", „ethnos", „plebs") gab es – idealtypisch – also zwei unterschiedliche Sichtweisen auf die innere Struktur des „Volkes": eine „pluralistische" und eine „holistische". Die Ausdifferenzierung des Volksbegriffes war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend abgeschlossen. Zu einer Weiterentwicklung oder einer Bedeutungsveränderung des Wortes infolge der Novemberrevolution kam es nicht. Doch veränderten sich die Verwendungsweise und -häufigkeit des Volksbegriffes innerhalb der verschiedenen politischen Lager. Zudem entwickelte sich eine Reihe von Komposita, die teilweise nur vorübergehend, teilweise aber auch dauerhaft in den Sprachgebrauch Eingang fanden. Das Jahr 1918/19 war somit in Bezug auf den Volksbegriff zwar keine Zäsur, doch stärkte die Revolution vorübergehend die pluralistische Verwendungsweise des Begriffes, ehe diese zu Beginn der 1920er-Jahre durch holistische Aufladungen zurückgedrängt wurde.

Von kaum zu unterschätzender Bedeutung für den Volksbegriff in der Weimarer Republik waren die unmittelbar vorangegangenen Ereignisse und Veränderungen in der Zeit des Ersten Weltkrieges. Dieser hatte eine katalysatorische und dynamisierende Wirkung auf das Denken und Sprechen über „Volk", „Nation" und „Einheit". Die besondere innenpolitische Konstellation während des Krieges trug dazu bei, dass noch im ausgehenden Kaiserreich der Einfluss der Mittelparteien wuchs und sich selbst im mehrheitssozialdemokratischen Milieu ein neuer, selbstbewusster Gebrauch des Wortes „Volk" herausbildete. In der Diskussion um innenpolitische Veränderungen griff die erstarkte Opposition – allen voran die

FVP und die MSPD – selbstbewusst auf den Volksbegriff zurück und erhob für sich den Anspruch, im Namen des „Volkes" sprechen und dessen Rechte einfordern zu können. Im mehrheitssozialdemokratischen Milieu löste sich das Verständnis von „Volk" zunehmend vom ausschließlichen Bezug auf die „plebs" ab und tendierte zum „demos". Durch die neue Macht der Mittelparteien und infolge der großen Kriegsopfer aller Bevölkerungsgruppen ließ sich dem konservativen Anspruch, die „Nation" alleine zu vertreten, das eigene Verständnis von „Volk" und „Nation" entgegensetzen. Die Volkskonzepte in den untersuchten Milieus basierten dabei meist auf einer pluralistischen Vorstellung vom „demos". Die Links- und Mittelparteien versuchten – etwa durch die Differenzierung zwischen „Mehrheit" und „Minderheit des Volkes" –, ihre Ansichten und mithin die pluralistische Meinungsvielfalt gegen eine nivellierende Auslegung des „Burgfriedens" zu verteidigen. Vereinzelt wurden aber auch organisch-holistische Semantiken verwendet, die dem „Volk" entweder „Willen", „Tatkraft", „Gefühle" oder andere Vitaleigenschaften zubilligten und es damit zu einem mystischen Wesen erhoben.

Daneben erwies sich die propagandistisch verklärte Erinnerung an den „August 1914" als sehr wirkmächtig. Mit der (angeblichen) Begeisterung der „Massen" über den Kriegsausbruch und dem Abschluss des „Burgfriedens" zwischen den Parteien stand das Datum als Chiffre für die „Einheit" aller Deutschen in der „nationalen Gemeinschaft". Durch die Gegenüberstellung der vermeintlichen „nationalen Einheit" bei Kriegsausbruch auf der einen und den inneren Konflikten der Gegenwart auf der anderen Seite wurde nicht nur publizistisch ein „Gefühl der Uneinigkeit" gepflegt, sondern auch der Hass gegen „innere Feinde", die den „Burgfrieden" aufgekündigt hätten, geschürt. Gleichzeitig stiegen die Einheitserwartungen ins Unermessliche. Somit trug die Rede vom „August-Erlebnis" letztlich mehr zur Zwietracht als zur „Einheit" der „Nation" bei.

Die bevorstehende Kriegsniederlage brachte am 26. Oktober 1918 zunächst die langersehnte Parlamentarisierung des Kaiserreichs und wenige Tage später das Ende der Monarchie. Während der turbulenten politischen Ereignisse wurden die Begriffe „Volk", „Nation" und „Einheit" als Leitwerte hochgehalten. Sie dienten als argumentative Bezugspunkte, waren Legitimationsinstanz und Rettungsanker. Dass sich die neuen Regierungen infolge der Verfassungsreform des Oktober 1918 auf das Vertrauen des Parlaments – und damit indirekt auf den „demos" – stützen konnten, kam in dem verstärkt gebrauchten Kompositum „Volksregierung" zum Ausdruck. Die von konservativer Seite angeführten Gegenbegriffe wie „Partei-" oder „Mehrheitsregierung" konnten sich dagegen nicht durchsetzen.

Mit dem Sturz der Monarchie wandelten sich die politischen Machtverhältnisse in Deutschland von Grund auf. Im Interregnum bis zur Wahl der Nationalversammlung hatte der aus Vertretern von MSPD und USPD zusammengesetzte „Rat der Volksbeauftragten" die Regierungsgewalt inne. Jedoch waren die Fronten zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien verhärtet. Dies manifestierte sich in den unterschiedlichen Auffassungen darüber, von welchem „Volk" die Macht im Staate künftig auszugehen habe. Während die MSPD das „Volk" zumeist als „demos" verstand und es durch ein demokratisch gewähltes Parlament

repräsentiert wissen wollte, favorisierten Sprecher von USPD und Spartakusbund ein Rätesystem, das aus der Masse der Arbeiter und Soldaten gewählt werden sollte, und verstanden unter „Volk" eher die „plebs". Diese unterschiedliche Vorstellung markierte die Bruchlinie zwischen dem Ideal einer repräsentativen Demokratie unter Beteiligung aller Staatsbürger und dem einer diktatorischen Herrschaft des Proletariats. In den Wochen nach der Novemberrevolution waren es neben der MSPD die bürgerlichen Parteien, die unter Rekurs auf das „Volk" als pluralistischem „demos" für die baldige Durchführung von Wahlen eintraten und sich damit auf den Boden des „Volksstaates" stellten. Vor allem für die Anhänger des nationalliberalen und katholischen Lagers war die Entscheidung zur Mitarbeit am neuen Staat jedoch in erster Linie ein Akt der politischen Vernunft und keine Herzensangelegenheit. Den Anspruch, breite Wählerschichten zu erreichen und die Interessen des „ganzen Volkes" vertreten zu wollen, machten viele politische Strömungen sodann auch mit der Wahl ihres Parteinamens deutlich: Nach dem November 1918 beanspruchten alle bürgerlichen Gruppierungen für sich den Status einer „Volkspartei". Damit legten sie zumeist ein Bekenntnis zum „demos" als Legitimationsinstanz ab – mitunter bezogen sie sich aber auch auf ein „Regionalvolk" oder das „ethnos".

Angesichts des revolutionären Durcheinanders, der militärischen Niederlage und der ungewissen Zukunft des Deutschen Reichs wurde der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Dies kam unter anderem in einer „Semantik des Existenziellen" zum Ausdruck, mit der anstehende politische Entscheidungen zu „Lebensfragen des Volkes" stilisiert wurden. Generell war die politische Sprache vor allem des liberalen und katholischen Spektrums während der Umbruchphase von Appellen an „Ruhe", „Ordnung" und „Einheit" geprägt – Kategorien, die dem Chaos der Revolution entgegenstanden. In der Beurteilung der Revolutionsereignisse waren sich die verschiedenen Milieus der Mitte indes uneins: Während die Mehrheitssozialdemokraten den Umsturz als eine „Kulturtat" der „plebs" zugunsten des gesamten „demos" betrachteten, bekannten sich die Sprecher aus dem linksliberalen Milieu eher verhalten zum 9. November 1918. In der katholischen und nationalliberalen Wahrnehmung hingegen überwog die Kritik am zerstörenden, widernatürlichen und undeutschen Charakter der Umwälzung. Vor allem linkssozialistische Umtriebe wurden hier als „fremde" Einflüsse angesehen und semantisch aus dem „Volk" verbannt. Dahinter stand eine Strategie, die mittels Ausgrenzung der (links-) radikalen Kräfte aus der „Nation" versuchte, die revolutionäre Unruhe mit dem eigenen Verständnis von „deutschem Charakter" in Einklang zu bringen. In der Übergangsphase zwischen Revolution und Verfassungsgebung stellte zudem die Verknüpfung der Kategorien „Demokratie" und „Nation" ein Integrationsangebot dar, mit dem vor allem liberale und katholische Sprecher versuchten, die Republikskeptiker für die neue Ordnung zu gewinnen.

Und auch die im August 1919 verabschiedete Weimarer Reichsverfassung konnte als Einladung an diejenigen Kreise gelesen werden, die der parlamentarischen Demokratie noch fernstanden. Das „Volk" nahm in der Konstitution eine zentra-

le Stellung ein. Erstmals in der deutschen Geschichte wurde kodifiziert, dass die Staatsgewalt künftig vom „Volke" ausgehe. Doch eröffnete der mehrdeutige Volksbegriff verfassungsrechtliche Interpretationsspielräume. Statt als pluralistisches Staatsvolk konnte das „Volk" in der Verfassung auch als ein mystisch-holistisches Wesen verstanden werden. „Volk" ging dann der Konstitution voraus; sein „Wille" ließ sich nicht in Wahlen und Abstimmungen erfassen, sondern musste intuitiv begriffen werden. Eine Mehrheit der zeitgenössischen Staatsrechtslehrer interpretierte „Volk" im Sinne einer lebendigen „geistigen Gemeinschaft". Innerhalb der Weimarer Nationalversammlung und in ihrem Verfassungsausschusses war eine Diskussion über die Gestalt des „Volkes" und seines „Willens" hingegen ausgeblieben. Doch wie positionierten sich die untersuchten Milieus zu dieser für die Republik essenziellen Frage? Wenn sie sich dazu äußerten, so bekannten sich Sprecher aus dem Spektrum teilweise zu einer pluralistischen Volksvorstellung und zum demokratischen Mehrheitsprinzip, teilweise wurde aber auch dem Staat ein eigener „Wille" und dem „Volk" ein organisches, immerwährendes Wesen zugeschrieben. Der unbestimmte Volksbegriff in der Verfassung hatte weitreichende Folgen: Die Ambiguität zentraler Normen der Konstitution hätte zur Integration der Republikskeptiker beitragen können, sie eröffnete aber gleichzeitig den Feinden der neuen Ordnung eine Möglichkeit, mit dem Text der Weimarer Verfassung gegen den Geist der Republik anzukämpfen.

Eine einende Funktion schien (unfreiwillig) zunächst dem Versailler Vertrag zuzukommen. Wut und Entsetzen über die unerwartet harten Bedingungen gingen quer durch alle politischen Lager. Als problematisch erwies sich nun, dass in der Bevölkerung weitgehende Unkenntnis über die deutsche Mitschuld am Krieg herrschte. Nur einzelne Sprecher – meist aus dem linksliberalen und mehrheitssozialdemokratischen Lager – versuchten, die deutsche Mitverantwortung am Kriegsausbruch zu thematisieren. Und selbst wenn dies geschah, wurde scharf zwischen dem ahnungslosen (und daher unschuldigen) „deutschen Volk" und dem kleinen Kreis der Verantwortlichen aus der Militär- und Staatsführung des Kaiserreichs unterschieden. Diese Differenzierung machte sich den Systemwechsel sowie die vormals weitgehend ohnmächtige Stellung des „Volkes" argumentativ zunutze und negierte die völkerrechtliche Verantwortung der Deutschen. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen fand nicht statt. Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen wollten die meisten Sprecher die bestehenden Gräben innerhalb des „Volkes" nicht durch eine schmerzhafte Aufarbeitung der Vergangenheit weiter vertiefen, zum anderen spielten aber auch außenpolitische Bedenken eine Rolle, da den ehemaligen Kriegsgegnern keine Argumente für ihre Forderungen gegen das Deutsche Reich geliefert werden sollten. Eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Geschichte des Weltkrieges hätte als „nationaler" Verrat ausgelegt werden können. Angesichts der unterlassenen Aufklärung der Bevölkerung nimmt es daher kaum wunder, dass der Versailler Vertrag als infamer Akt des Feindes begriffen wurde, den es in einer von Selbstmitleid über die Lage des „Volkes" durchtränkten Sprache und mittels „existenzieller Semantiken" zurückzuweisen galt. Doch mussten die Regierungs-

parteien im Lauf des Sommers 1919 erkennen, dass sich die einstigen Kriegsgegner zu keinen größeren Änderungen bereit erklärten und dass eine deutsche Ablehnung die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zur Folge gehabt hätte. Aus Gründen der Staatsräson führte somit kein Weg an einer Unterzeichnung des Vertrages vorbei. Die in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien drohten nun zum Opfer ihrer eigenen nationalistischen Sprache zu werden. Vor allem die rechte Opposition und ihre Anhänger konnten das Einknicken der Regierungsparteien langfristig als Beweis für deren „nationale" Unzuverlässigkeit propagandistisch ausschlachten. Der einigende Effekt des Versailler Vertrages war somit nur von kurzer Dauer, letztlich überwog seine zweifach desintegrative Wirkung: Neben der Erfüllung der harten Bedingungen stellte der Verratsvorwurf gegen die Parteien der Mitte eine weitere schwere Belastung für die junge Republik dar.

Sowohl für das Gemeinschaftsdenken als auch für die Volksvorstellungen waren die Grenzen und die territoriale Aufteilung des Deutschen Reichs von großer Bedeutung. In den Diskursen über die Gebietsverluste infolge des Versailler Vertrages, über die Neugliederung des Reichs oder über die Besatzungsherrschaft an Rhein und Ruhr bildeten sich die „nationalen" Selbstverständnisse der Zeitgenossen genauso ab wie die Unsicherheiten über Zugehörigkeitskriterien. Ferner manifestierte sich darin der Wille zur Neuaushandlung der inneren Strukturen. Am Beispiel Oberschlesiens wird deutlich, dass im semantischen Kampf um die „nationale" Zugehörigkeit des Gebietes zwar die Sprecher aller untersuchten Milieus ein Bekenntnis für den Verbleib bei Deutschland ablegten, sie sich aber unsicher waren, ob die Bewohner des umstrittenen Territoriums nun „oberschlesisch", „deutsch", „deutsch gesinnt" oder „weder deutsch noch polnisch" seien. Brachten die Kriterien „Sprache" und „Abstammung" keine eindeutige Gewissheit zugunsten Deutschlands, so wurde – auch bei der Frage nach der „nationalen" Zugehörigkeit von anderen Regionen – auf „weichere" ethnische Merkmale wie „Kultur" und „Sitte" zurückgegriffen, sofern diese argumentativ für den Verbleib herangezogen werden konnten. Stark war auch der Wille zur Inkorporation Österreichs vorhanden, doch verhinderte das alliierte Anschlussverbot, dass dieser Traum vieler Zeitgenossen in Erfüllung ging. Nichtsdestoweniger blieb das Verlangen weiterhin präsent und wurde durch Betonung der ethnischen Gleichheit herausgestellt. Auffallend ist, dass bei der Verteidigung territorialer Ansprüche selbst von den Sprechern der untersuchten Milieus weniger auf den subjektiven Willen der Bewohner – also auf den „demos" – als vielmehr auf ethnische Kriterien wie „Sprache", „Abstammung" und „Kultur" zurückgegriffen wurde. Ein solches territoriales Denken in ethnischen Volkskategorien trug insgesamt dazu bei, dass die Idee eines pluralistischen „demos" zurückgedrängt wurde.

Das Ende der Monarchien eröffnete eine Diskussion um die künftigen territorialen Binnenstrukturen des Deutschen Reichs. Zwar scheiterten die liberalen Neugliederungspläne, die auf einen unitaristischen „Einheitsstaat" abgezielt hätten, am entschiedenen Widerstand des katholischen Milieus, doch brachte die Debatte einen Diskurs über die Zusammengehörigkeit der Länder und über die Eigenheiten der „Stämme" hervor. In der Auseinandersetzung um die Neugliederung diente

der Begriff „Stamm“ den Befürwortern wie den Gegnern des föderalen Aufbaus als ein Bezugspunkt. Er stand für das regionale „ethnos“. Die Fortexistenz einer historischen „Stammeseinheit“ wurde dagegen nur vereinzelt in Zweifel gezogen. Und ähnlich wie im Abtretungsdiskurs spielte der „demos“ auch in der Frage nach der inneren territorialen Ausgestaltung des Reichs eine allenfalls untergeordnete Rolle.

In der Besetzung des Rheinlands und Ruhrgebietes kulminierten schließlich verschiedene Problemlagen: Der territoriale Bestand Preußens schien sowohl von innen (Separatisten) als auch von außen (Franzosen) infrage gestellt zu sein, daneben befand sich die „Reichseinheit“ als Ganzes in Gefahr. Neben Appellen an die innere „Geschlossenheit“ und an den passiven Widerstand gegen die Besatzungsmacht stand einmal mehr die semantische Selbstvergewisserung ob der „deutschen“ Gesinnung und der „nationalen“ Zugehörigkeit des Gebiets. Ebenso wie zunächst der Versailler Vertrag entfaltete die französische Okkupation eine einigende Wirkung auf die verschiedenen politischen Lager. Doch wurden auch diesmal schon bald Klagen darüber laut, dass einzelne Parteien die „Einheit“ für ihre eigenen Interessen nutzen und mit ihrem uneinsichtigen Verhalten das gesamte „deutsche Volk“ in Misskredit bringen würden. Die hohen Erwartungen an die „innere Gemeinschaft“ im Angesicht der Bedrohung mündeten in herbe Enttäuschungen.

Die Sehnsucht nach „Einheit“ und „Gemeinschaft“ war in der frühen Weimarer Republik weitverbreitet. Sie manifestierte sich etwa im Rekurs auf das vermeintliche „August-Erlebnis 1914“ und richtete sich im Streben nach einer „Volksgemeinschaft“ auf die Zukunft. Unter letztgenanntem Begriff firmierten sehr unterschiedliche Konzepte. Gemein war ihnen, dass sich große – häufig mit einem Überhang ins Utopisch-Holistische versehene – Hoffnungen an sie knüpften. In ihrer konkreten Ausgestaltung hingegen differierten die Überlegungen erheblich: Sie konnten im untersuchten Spektrum vom Appell an einen „nationalen“ Konsens auf Grundlage der Weimarer Reichsverfassung bis hin zum Streben nach Überwindung der pluralistischen Verfassungsordnung mittels einer berufsständisch organisierten oder mystisch-holistischen „Gemeinschaft“ reichen. Wurde „Volksgemeinschaft“ in der politischen Mitte auch nicht als eine rassistische Abstammungsgemeinschaft gedacht, wie dies im „völkischen“ Lager und später in der nationalsozialistischen Diktatur der Fall war, so eröffnete der Wortbestandteil „Gemeinschaft“ doch Anknüpfungspunkte für ein antipluralistisches, die gesellschaftlichen Unterschiede nivellierendes Denken. Der Versuch, das Hochwertwort mit dem Ideal einer liberal-pluralistischen Staatsordnung zu besetzen, scheiterte. Dies lag auch daran, dass die Grenzen der „Volksgemeinschaft“ in der heterogenen, demokratisch verfassten Gesellschaft nicht definiert wurden. Zudem besaß der Begriff eine solche Strahlkraft und Unbestimmtheit, dass er sich hervorragend als Schlagwort für die Forderung nach Weiterentwicklung bzw. Überwindung der bestehenden Verfassungsordnung eignete.

Im Begriff „Volksgemeinschaft“ kam vor allem die Sehnsucht nach Beendigung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zerrissenheit zum Ausdruck. In den als krisenhaft wahrgenommenen Ereignissen der jungen Weimarer Republik drückten

Wörter wie „Volk“, „Gemeinschaft“ und „Einheit“ die Wunschvorstellungen der Sprecher aus und dienten darüber hinaus zur Bewertung und Bewältigung der Gegenwart. Mit ihrer Hilfe versicherten sich die Akteure des Rückhalts im „Volk“ und gaben vor, sich bei ihren Bewertungen auf eine höhere Legitimationsinstanz zu beziehen. Semantisch besonders umkämpft war der Begriff „national“. Nach dem Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau stellten die Sprecher der politischen Mitte den rechten Parteien die „nationale Gesinnung“ in Abrede. Doch entwickelte die Mitte langfristig kein Rezept gegen die zunehmende Besetzung des Begriffes „national“ mit antirepublikanischen Ideen. Versuche, das Wort „national“ zu verteidigen und dem politischen Gegner seinen Gebrauch abspenstig zu machen, wurden nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt und blieben auch daher wirkungslos. Durch die prominente Platzierung des Begriffes in ihren Parteinamen und dadurch, dass sie aus der Opposition heraus die Regierungspolitik in Grund und Boden verdammen konnten, ohne selbst politische Verantwortung tragen zu müssen, hatten es die rechten Parteien leicht, sich eine Aura des „Nationalen“ zu verleihen, gegen die die republikaffinen Kräfte nur schwer ankamen.

Die Sprache der jungen Republik war in Bezug auf die Begriffe „Volk“ und „Staat“ häufig von Kategorien wie „Untergang“, „Lebensfrage“ oder „Todeskampf“ geprägt. Diese „Semantiken des Existenziellen“ spiegelten eine starke Krisenwahrnehmung wider, durch inflationären Gebrauch gerieten sie allerdings in Gefahr abzustumpfen. In entsprechenden Wörtern traten organische Denkkategorien hervor, die das „Volk“ der Gegenwart als einen lebendigen – oftmals gar als einen erkrankten – Körper begriffen. Die komplexen Ursachen für die momentane Lage wurden mittels medizinischer Diagnosen erklärt. Die Personifikation des „Volkes“ – die auch in Komposita wie „Volkskörper“, „Volksleben“ oder „Volkscharakter“ vorgenommen wurde – gab diesem nicht nur menschliche Qualitäten, sondern maß ihm auch einen so hohen Stellenwert bei, dass das Individuum im Zweifelsfall hinter dem „Volk“ zurückstehen musste. Gleichzeitig ist allerdings anhand der ausgewerteten Quellen nicht ersichtlich, ob, und wenn ja, welches Geschlecht bzw. welche Genderrolle mit dem personifizierten „Volk“ verknüpft war. Und selbst infolge der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 wurde die Bedeutung und Aufgabe der Frauen im „Volk“ nicht explizit thematisiert. Was jedoch aus dem Gebrauch von Körper- und Krankheitsbildern herausgelesen werden kann, ist die Verbreitung von holistischen Denkmustern innerhalb der untersuchten Milieus.

Wo verliefen die Grenzen der „Gemeinschaft“? Wer gehörte aus Sicht der Sprecher des untersuchten Spektrums zum „Volk“? Und vor allem: Wer war kein Bestandteil des „Volkes“? Diese Fragen wurden von den Zeitgenossen nur in Einzelfällen explizit geklärt. Generell waren exkludierende Semantiken lediglich schwach ausgeprägt, traten aber dennoch bisweilen in Kategorien wie „fremd“, „antinational“, „(Volks-) Feind“ oder „(Volks-) Schädling“ zutage. Mit entsprechenden Begriffen wurden vor allem die Republikgegner aus dem rechten und linken Lager belegt. Die Konstruktion des „inneren Feindes“ blieb jedoch eine zweischneidige Angelegenheit: Indem Sprecher aus dem Spektrum der Mitte andere politische und gesellschaftliche Gruppen zu „Feinden“ erklärten, grenzten sie diese aus der

„nationalen Gemeinschaft" aus. Zudem konnte durch die Exklusion eine Spirale gegenseitiger Feindschaftserklärungen in Gang gesetzt werden, die dem angestrebten gesellschaftlichen Konsens abträglich war. Der im „völkischen" Milieu zentrale Ausgrenzungsbegriff „Rasse" spielte für das untersuchte Spektrum hingegen nur eine marginale Rolle. Die Grenzen der „Einheit" und damit die Zugehörigkeit zur „Gemeinschaft des Volkes" wurden seitens der politischen Mitte anhand des Verhaltens der jeweiligen Gruppen gegenüber dem Staat definiert. Ethnische Kriterien waren hierfür allenfalls von untergeordneter Bedeutung. Allerdings konnten sie, wie etwa die antisemitischen Tiraden gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner verdeutlichen, die Ablehnung der jeweiligen politischen Positionen ergänzen und den Aussagen dadurch einen unabänderlichen, radikalen Charakter verleihen.

Wie fließend die Grenze zwischen systemimmanenter und systemvernichtender Kritik in der Weimarer Republik war, führt die semantische Auseinandersetzung über die Stellung der Parteien vor Augen. Selbst im untersuchten Spektrum wurden Parteien häufig als Inbegriff für die „Zersplitterung des Volkes" wahrgenommen. Ihnen und ihren Mitgliedern unterstellte man, dass sie ihre „eigenen Interessen" über die des „Gemeinwohls" stellen würden. Selbst aktive Politiker äußerten entsprechende Vorbehalte gegenüber dem Parteiwesen – betonten allerdings stets, dass *ihre* Partei das „Wohl des Staates" verfolge und nicht bloß „Einzelinteressen" vertrete. Dadurch, dass dies jeder von sich behauptete, unterminierten die Sprecher letztlich selbst den Boden der Glaubwürdigkeit, auf dem die Republik und auch das eigene politische Lager ruhten. Die pluralistische Parteienlandschaft als die Voraussetzung für eine liberal-parlamentarische Ordnung wurde hingegen sehr selten verteidigt. Teilweise ging die Parteienkritik Hand in Hand mit der Parlamentarismuskritik und den Vorbehalten gegenüber dem (zu großen) Einfluss der „Masse" auf die Politik. „Masse" – die „plebs" – galt vor allem den bürgerlichen Kreisen als suspekt sowie als potenziell gefährlich und leicht verführbar. Die Kritik an der „Masse" ging nicht selten mit dem Ideal von Elitenherrschaft und „Führertum" einher. An beidem mangelte es nach Ansicht vieler Zeitgenossen. Entsprechend erhofften sie Abhilfe durch die Auslese von „Führern", die teilweise innerhalb der Parteien, teilweise auch jenseits des existierenden Systems stehen und das Vertrauen des „Volkes" genießen sollten. Während im nationalliberalen und katholischen Spektrum nicht selten das Ideal einer charismatischen, auf Innerlichkeit basierenden Führerfigur präsent war, stieß der ständige Ruf nach „Führern" vor allem im sozialdemokratischen und linksliberalen Milieu auf Kritik – wurde dort aber auch nicht gänzlich verdammt. In den Führervorstellungen der politischen Mitte wurden sowohl die tiefe Sehnsucht nach herausragenden Staatsmännern in der Demokratie als auch die Suche nach Alternativen zum Parteienpluralismus deutlich. Im Begriff „Führer" verbanden sich dabei systemimmanente Kritik mit den Bestrebungen, die Weimarer Staatsordnung zugunsten einer autoritären Herrschaftsform umzubauen. Überlegungen zu einer grundlegenden Reform des bestehenden Staates fanden zudem in korporatistischen Erwägungen ihren Ausdruck. Eine als „organisch" und holistisch angesehene berufsständische Ord-

nung galt vor allem in katholischen Kreisen als mögliche Ergänzung oder Alternative zu dem „mechanisch" wirkenden, nach Verhältniswahlrecht gewählten Reichstag. Sowohl Führererwartungen als auch berufsständische Vorstellungen waren dabei so deutungsoffen, dass sie sich – ähnlich wie der Volksgemeinschaftsbegriff – inhaltlich unterschiedlich aufladen ließen und damit argumentativ sowohl zugunsten einer Reform der bestehenden Demokratie als auch zugunsten eines radikalen Umbaus des Staates herangezogen werden konnten.

Woran es der jungen Republik mangelte, war das Bewusstsein für die essenzielle Bedeutung von Pluralismus in der Demokratie. Nur wenige Sprecher aus den untersuchten Milieus erachteten Meinungsstreit, Parteienvielfalt und unterschiedliche Interessen als notwendige Voraussetzung für eine demokratische Ordnung. Erschwert wurde eine solche Erkenntnis sicherlich durch die tiefen gesellschaftlichen Gräben, durch die großen innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten sowie durch den von Hass und Verachtung erfüllten Kampf links- und rechtsextremer Kräfte gegen die Republik. Die Novemberrevolution hatte zwar die Monarchie und damit die staatsrechtliche Ordnung gestürzt, eine neue politische Sprache oder gar so etwas wie die „Ideen von 1918"[1] entwickelte sie jedoch nicht. Und auch in den Folgejahren fanden – wie schon Michael Wildt betont hat – die „republikanischen Kräfte keine überzeugende Semantik für eine pluralistische, offene Gesellschaft".[2] „Volksgemeinschaft" hätte zum Grundstein einer solchen republikanischen Sprache werden können, doch gelang es nicht, den Begriff lagerübergreifend als Synonym für den überparteilichen Konsens auf Grundlage der Weimarer Verfassungsordnung zu etablieren. Auch Begriffe wie „Volksstaat" oder „Volksregierung" hatten nur eine begrenzte Reichweite oder setzten sich im Weimarer Wortschatz nicht durch. Ebenso wenig wie sich eine genuin republikanische Verwendung des Volksbegriffes herausbildete, änderte sich das Konzept der Nationszugehörigkeit mit dem Wechsel der Staatsform. Statt des „demos" bildete weiterhin das „ethnos" das entscheidende Kriterium für die rechtliche und fremdwahrgenommene Zugehörigkeit zu „Volk" und „Nation". Schritte auf dem Weg zur Herausbildung einer auf dem Willen und der Entscheidung des Einzelnen basierenden Staatsbürgernation wurden nicht unternommen.[3]

„Volk" und „Nation" stellten in allen großen politischen Auseinandersetzungen zentrale Bezugspunkte dar. Auch wenn sie von den untersuchten Milieus zumeist als „demos" begriffen wurden, konnten sich die mit ihnen verknüpften Forderungen fundamental voneinander unterscheiden. Die verschiedenen Sprecher aus den untersuchten Milieus versuchten, jeweils ihren eigenen Standpunkt unter Rückgriff auf das „Volk" und die „Interessen der Nation" zu begründen. „Volk" und „Gemeinschaft" galten über alle politischen oder sozialen Gräben hinweg als gesellschaftliche Hochwerte. Je nach Verständnis bargen sie verschiedenste Inhalte – sie konnten Pluralität ermöglichen oder Vielfalt nivellieren. Mit „Volk" und „Ge-

[1] Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise, S. 219.
[2] Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, hier: S. 192.
[3] Vgl. Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 244.

meinschaft“ ließen sich also sowohl pluralistische als auch holistische Konzepte verbinden. Im politischen Diskurs besaßen die Begriffe das, was Willibald Steinmetz einen hohen „strategischen Gebrauchswert[…]“ nennt: In ihnen bündelten sich „disparate Einzelerfahrungen“, sie waren „nach vielen Seiten hin anschlussfähig[…] und vielseitig auffüllbar[…]“.[4] Hinzu trat ihre in allen untersuchten Milieus vorhandene normative Aufladung. Da sie diese Voraussetzungen erfüllten, konnten Wörter wie „Volk“, „Nation“ oder „Gemeinschaft“ in der politischen Sprache sämtlicher Lager erfolgreich gebraucht werden. Ihre Ambiguität ermöglichte es den Sprechern, sie hinreichend bedeutungsoffen zu verwenden, und hatte zur Folge, dass der jeweilige Rezipient das Wort mit den Inhalten und Werten verknüpfen konnte, die *seinem* Selbstverständnis und politisch-gesellschaftlichen Hintergrund entsprachen. Die begriffliche Unschärfe half dabei, unterschiedliche Verständnisse zu überdecken. So konnten sich die Akteure vordergründig auf ein und denselben Begriff berufen, ohne dass das Bezeichnete übereinstimmen musste. Die Strahlkraft und Vieldeutigkeit der Begriffe überdeckte die mit ihnen verknüpften, einander widersprechenden Positionen. Die integrative Funktion ermöglichte es zugleich, dass sich radikales Gedankengut der Wörter bemächtige und durch sie unauffällig in den politisch-gesellschaftlichen Sprachhaushalt eindringen konnte. Indem politische Akteure die genannten Begriffe verwendeten, knüpften sie an akzeptierte Werte an und nutzten sie für ihre Zwecke und Ziele. Im Extremfall konnte dies dazu führen, dass „Volk“ und „Gemeinschaft“ als Vehikel dienten, die holistische, antipluralistische oder ethnisch-rassistische Vorstellungen über die Alltagssprache in den Denk- und Sprachhorizont breiter Bevölkerungsschichten transportierten. So war es etwa den Nationalsozialisten möglich, an die liberal-demokratische Verwendung und die normative Aufladung des Volksgemeinschaftsbegriffes in der Weimarer Republik anzuschließen und darin die Zustimmung breiter bürgerlicher Schichten zu finden – ohne dass dies zwingend deren Einverständnis mit der radikalen Idee einer exkludierenden „Rassengemeinschaft“ vorausgesetzt hätte. Die Begriffe blieben zwar äußerlich dieselben, doch hatte sich die Deutungshoheit über ihre Inhalte noch während der Weimarer Republik zuungunsten der pluralistischen Ordnung verschoben. Weniger die eher selten gebrauchte ethnische Bedeutung von „Volk“ als vielmehr das Denken in holistischen Kategorien erwies sich als ein wichtiges Scharnier zwischen den Vorstellungen der politischen Mitte und denen der Nationalsozialisten, so eine der zentralen Erkenntnisse dieser Studie. Gleichzeitig zeugte die im untersuchten Spektrum auch vorhandene Idee eines pluralistischen „demos“ davon, dass die skizzierte Entwicklung des Volksbegriffes nicht zwangsläufig war – allerdings blieben nach ihrer Scheinblüte 1918/19 die explizit pluralistischen Konzepte während der gesamten Weimarer Republik nur schwach ausgeprägt und erlangten zu keiner Zeit die diskursive Deutungshoheit. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten hatten die Verfechter der liberalen parlamentarischen Demokratie den semantischen Kampf dann endgültig verloren.

[4] Steinmetz, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art, hier: S. 189.

Anhang

I. Genese und Entwicklung der wichtigsten untersuchten Zeitungen

Zur besseren Einordnung der ausgewerteten Tageszeitungen ist es erforderlich, kurz auf Geschichte, politische Ausrichtung, Verbreitung und Erscheinungsweise der Periodika einzugehen. Allerdings sind Studien auf dem Feld der Zeitungsforschung rar gesät.[1] Fehlende Überlieferungen der großen Zeitungshäuser und der wichtigsten Journalisten Weimars führen zu archivalischen Lücken und damit zu weißen Flecken auf der Landkarte der historischen Forschung.[2] Da in der Weimarer Republik keine staatliche Pressestatistik existierte, kann selbst die scheinbar simple Frage nach der Auflagenhöhe der Blätter nicht exakt beantwortet werden.[3] Alle Daten müssen sich notgedrungen auf die zeitgenössischen Selbstauskünfte der Verlage beziehen, die – um Anzeigenkunden zu akquirieren – wohl meist eine überhöhte Auflagenzahl meldeten.[4] Ein weiteres Problem stellt sich, wenn versucht werden soll, die Autorenschaft einzelner Artikel zu ermitteln. Zum einen aus dem Verständnis heraus, reine Nachrichten zu verbreiten, zum anderen aus der geschichtlich begründeten Furcht vor Zensur wurden die Zeitungsbeiträge zumeist nicht namentlich gekennzeichnet. Nach außen hin trat die Redaktion als einheitliches Gebilde auf und vermittelte durch die anonym verfassten Beiträge stets *die* Meinung *der* Zeitung.[5] Während der Weimarer Republik begann sich diese Praxis langsam zu wandeln. So gingen Redaktionen wie die des Berliner Tageblatts und die der Vossischen Zeitung dazu über, bei immer mehr Beiträgen den Autor zu nennen.

Das begrenzte Wissen über die Pressegeschichte der Weimarer Republik verhindert somit vielfach weiterführende Auswertungen, gleichwohl seien hier die

[1] Vgl. Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 27; Heinz-Dietrich Fischer, Die Zeitung als Forschungsproblem, in: idem (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 11–24, hier: S. 17f.; Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, S. 138.

[2] Mit kurzen Beiträgen zu den großen deutschen Tageszeitungen: Heinz-Dietrich Fischer, Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981; vgl. des Weiteren: Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945; Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert.

[3] Dies führt auch dazu, dass die Anzahl der Zeitungen 1932 mit 4500 bis 4700 nur grob angegeben werden konnte. Friedrich Bertkau, Die deutschen Zeitungen, in: Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1932, S. 9*–16*, hier: S. 16*; ebenso: Georgii, Zur Statistik der deutschen Zeitungen, hier: S. 18. Andere Quellen sprechen für 1930 von 3350 Zeitungen (exkl. 750 Nebenausgaben). Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik, S. 46. Eitz schätzt für Ende der 1920er-Jahre die Gesamtauflagen der Zeitungen auf 16–20 Millionen Exemplare. Eitz, Zum Konzept einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik, hier: S. 10.

[4] Vgl. Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, S. 128f.

[5] Vgl. Meynen/Reuter, Die deutsche Zeitung, S. 115–118.

wenigen gesicherten Erkenntnisse über die wichtigsten untersuchten Blätter zusammengetragen.

1. Vorwärts

Seit 1876 war der VORWÄRTS offizielles Parteiorgan der vereinigten Sozialisten. Seine Auflage wurde für das Jahr 1912 mit 165 000 Exemplaren angegeben.[6] Während des Krieges geriet der VORWÄRTS, etwa durch seine ablehnende Haltung gegenüber Kriegskrediten, in Widerspruch zu Parteileitung und Reichstagsfraktion. 1916 bestellte die SPD-Führung schließlich einen eigenen Zensor, der das Parteiorgan auf Parteilinie bringen sollte – eine Maßnahme, die bei der kriegskredit-kritischen Minderheit in Partei und Fraktion auf heftigen Protest stieß. Zudem wurde die Redaktion neu besetzt: Am 9. November 1916 bekam Friedrich Stampfer die Chefredaktion des Blattes übertragen.[7] Ihm zur Seite standen Hermann Müller und Franz Diederich sowie später Erich Kuttner. Durch die Querelen um den Kurs der Zeitung verlor der VORWÄRTS mehr als 70 000 Abonnenten.[8] Dennoch verdoppelte das Blatt im November 1918 seine Erscheinungsweise von einer auf zwei Tagesausgaben.[9]

In der Revolutionsphase war der VORWÄRTS Ziel heftiger Angriffe seitens der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Spartakisten. Während der Weihnachtsunruhen besetzten linksradikale Kräfte am 25. Dezember 1918 das Pressehaus und nahmen Friedrich Stampfer gefangen. Die Besetzung wurde schließlich am 11. Januar 1919 durch Regierungstruppen blutig beendet.[10]

Mit dem Sturz des Kaisers und der Ausrufung der Republik hatte sich nicht nur die Stellung der Sozialdemokratie, sondern auch die des VORWÄRTS zu Staat und Regierung verändert. Die Parteizeitung stand vor der schwierigen Frage, wie sie sich zu unpopulären Maßnahmen der SPD-Regierung positionieren solle, ohne das Vertrauen der Leser auf der einen und das der Parteiführung auf der anderen Seite zu verlieren. Im Zweifel konnte dieser Spagat zu schweren Konflikten um Grundsätze und Überzeugungen führen, so auch in der Frage des Frie-

[6] Vgl. Volker Schulze, Vorwärts (1876–1933), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 329–347, 336f. Der Aufsatz wurde ebenfalls abgedruckt in: Volker Schulze, „Vorwärts" 1876–1940, in: Günter Grunwald/Friedhelm Merz (Hrsg.), Vorwärts 1876–1976. Ein Querschnitt in Faksimiles, Berlin 1976, S. IX–XV.

[7] Zur Biografie Friedrich Stampfers: Kurt Koszyk/Walter Hömberg, Publizistik und politisches Engagement. Lebensbilder publizistischer Persönlichkeiten, Münster 1999, hier: S. 457–460; Zu den Veränderungen beim VORWÄRTS im Herbst 1916: Waltraud Sperlich, Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867 bis 1918, Düsseldorf 1983, S. 37f.; ausführlich hierzu auch: Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980, S. 21–27.

[8] Vgl. Schulze, Vorwärts (1876–1933), hier: S. 340.

[9] Vgl. Trommer, Zur Entwicklung des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts" in der Zeit von 1916 bis 1923, S. 35.

[10] Vgl. Schulze, Vorwärts (1876–1933), hier: S. 341; Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 114–120; Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945, S. 37f.

densschlusses: Aus Unzufriedenheit mit der Haltung seiner Partei gegenüber dem Versailler Friedensvertrag trat Stampfer, der sich für eine Ablehnung ausgesprochen hatte, am 21. Juni 1919 vom Posten des Chefredakteurs zurück. Paul Bader übernahm vorübergehend die Leitung des Blattes, bevor Stampfer am 1. Februar 1920 wieder auf den Sessel des Schriftleiters zurückkehrte.[11] Ab 1921 stand ihm Franz Klühs als Stellvertreter zur Seite.[12] Des Weiteren waren als bekannte Redakteure mit außenpolitischer Expertise Victor Schiff und Curt Geyer sowie im Feuilleton Franz Diederich und John Schikowski für das Parteiblatt tätig.[13] Nach der Wiedervereinigung von MSPD und USPD wurde der Vorwärts 1922 zum „Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" und konnte Teile der Leserschaft der USPD-Zeitung Die Freiheit hinzugewinnen. Zudem wechselten Ernst Reuter und Alexander Stein in die Redaktion des Vorwärts.[14] Die Fusion beider Parteien trug wohl auch zum wirtschaftlichen Erfolg des Blattes bei, doch lassen sich exakte Auflagenstärken kaum feststellen. Während Volker Schulze die als unrealistisch einzuschätzende Zahl von „mehr als 300 000 Exemplaren pro Morgen- und Abendausgabe"[15] nennt, belaufen sich die Eigenangaben in „Sperlings Zeitschriften-Adressbuch" aus dem Jahre 1923 auf „ca. 100 000"[16]. Außer Frage steht, dass der Vorwärts das unangefochtene Leitmedium im (mehrheits-) sozialdemokratischen Spektrum war und über einen großen Leserkreis verfügte, da die Zeitung im Arbeitermilieu häufig weitergereicht und ein Exemplar von mehreren Personen gelesen wurde. In den 1920er-Jahren wandelte der Vorwärts seinen Stil zunehmend vom klassischen Duktus des Kampforgans hin zu dem eines Familienblattes,[17] ohne jedoch seine politischen Inhalte zu vernachlässigen.

2. Berliner Tageblatt

Eine ähnliche Verbreitung wie der Vorwärts fand das Berliner Tageblatt, das vor allem in linksliberalen Kreisen viel gelesen wurde. Nach eigenen Angaben belief sich seine Auflage auf etwa eine Viertelmillion: 1917 gab der Verlag die Zahl mit 245 000 Stück an und sechs Jahre später vermeldete das Blatt eine Auflage von 250 000 Exemplaren.[18] Im Jahr 1918 sollen täglich zwischen 275 000 und 300 000 Stück gedruckt worden sein – eine Anzahl, die im März 1919 noch übertroffen wurde. Demnach war das Berliner Tageblatt nach der Berliner Mor-

[11] Vgl. Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 131 f.; Trommer, Zur Entwicklung des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts", S. 53.
[12] Vgl. Schulze, Vorwärts (1876–1933), hier: S. 342.
[13] Vgl. Meynen/Reuter, Die deutsche Zeitung, S. 56; Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 148.
[14] Vgl. Schulze, Vorwärts (1876–1933), hier: S. 341 f.
[15] Nach: Schulze, Vorwärts (1876–1933), hier: S. 342.
[16] Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adressbuch, S. 274.
[17] Vgl. Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 62.
[18] Vgl. Kriegspresseamt, Handbuch deutscher Zeitungen, Berlin 1917, S. 92; Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adressbuch, S. 274.

GENPOST mit 400 000 Exemplaren in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg die auflagenstärkste deutsche Zeitung.[19]

Seit 1906 hatte Theodor Wolff die Schriftleitung des 1872 gegründeten Blattes inne und erwarb sich als hellsichtiger politischer Kommentator und liberaldemokratischer Journalist schnell einen weit über Preußen hinausgehenden Ruf.[20] Vor 1914 und auch im Ersten Weltkrieg trat Wolff gegen Nationalismus und für eine europäische Verständigung ein. Für Preußen und das Deutsche Reich forderte er demokratische Reformen und die Parlamentarisierung. Eine Woche nach der Novemberrevolution riefen Theodor Wolff und einige Unterstützer zur Gründung der Deutschen Demokratischen Partei auf, die sich als einzige bürgerliche Kraft rückhaltlos zu den Grundlagen der parlamentarisch-demokratischen Staatsordnung bekannte. Im Jahr 1926 verließ Wolff die DDP, da der Kurs seiner Partei zugunsten eines Gesetzes gegen „Schmutz- und Schundschriften" nicht mit seinen freiheitlichen Grundüberzeugungen übereinstimmte.[21] Trotz der großen Nähe zur Deutschen Demokratischen Partei war das BERLINER TAGEBLATT nie ein Parteiorgan. In seiner Ausrichtung stand es zwar hinter den linksliberalen Werten und stützte die Politik der DDP, doch gab es auch erhebliche Kritik an einzelnen Entscheidungen der Partei.[22] Neben Theodor Wolff, der durch seine Leitartikel die inhaltliche Ausrichtung des Blattes prägte,[23] wirkten Erich Dombrowski (bis 1926) und Ernst Feder (ab 1919)[24] als Redakteure im BERLINER TAGEBLATT. Des Weiteren hatte das Organ eine ganze Reihe bedeutender Redakteure und Berichterstatter wie Rudolf Olden, Paul Steinborn, Bruno Stümke, Paul Michaelis,[25] Josef Schwab,[26] Max Jordan,[27] Fritz Engel, Hermann Sinsheimer, Gabriele Tergit,[28] Alfred Kerr, Paul Scheffer oder Felix Pinner[29]. Damit gehörten der Redaktion des

[19] Vgl. Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. 34 u. 39.

[20] Vgl. Gotthart Schwarz, Berliner Tageblatt (1872–1939), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 315–327, hier: S. 321 f.

[21] Vgl. Koszyk/Hömberg, Publizistik und politisches Engagement, hier: S. 451; Wolfram Köhler, Der Chef-Redakteur Theodor Wolff. Ein Leben in Europa 1868–1943, Düsseldorf 1978, S. 200–203; Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. 162–167; Bernd Sösemann, Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung, Stuttgart 2012, S. 145–148 u. 174–179.

[22] Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt", S. 156; Sösemann, Theodor Wolff, S. 175.

[23] Zur Person Theodor Wolffs: Erich Dombrowski, Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands, Berlin 1919, S. 40–47; Rudolf Schay, Juden in der deutschen Politik, Berlin 1929, hier: S. 261–266; Koszyk/Hömberg, Publizistik und politisches Engagement, hier: S. 449–452; Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. XXII f.; ausführlicher: Köhler, Der Chef-Redakteur Theodor Wolff; Schwarz, Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt"; Sösemann, Theodor Wolff.

[24] Zur Biografie: Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. X f.

[25] Zur Biografie: Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. XVIII.

[26] Zur Biografie: Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. XXI.

[27] Zur Biografie: Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. XVI.

[28] Zur Biografie von Gabriele Tergit (eigentlich Elise Hirschmann): Koszyk/Hömberg, Publizistik und politisches Engagement, S. 487–489.

[29] Zur Biografie: Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. XX.

Berliner Tageblatts einige der hervorragendsten Journalisten und Publizisten jener Zeit an.[30] So eindeutig linksliberal-republikanisch die Haltung des Blattes war, so vehement waren auch die Angriffe seitens der Rechten, die sich in nationalistischen und antisemitischen Tiraden gegen die Zeitung ergingen.[31]

3. Vossische Zeitung

In ihren Vorläufern bis ins Jahr 1617 zurückreichend galt die Vossische Zeitung als die erste und älteste Zeitung Berlins.[32] Linksliberal ausgerichtet wandte sie sich an „pol[itisch,] wirtschaftl[ich] u[nd] kulturell interessierte Leser aller Stände".[33] Inwieweit dies dem seit 1914 im Ullstein-Verlag erscheinenden Organ gelang, muss allerdings angezweifelt werden. So waren die Auflagenzahlen jedenfalls verhältnismäßig gering. Sie werden für 1914 auf 25 000 geschätzt und 1927 mit 66 300 Exemplaren angegeben.[34] Nach eigenen Angaben beliefen sie sich im Jahr 1932 auf 68 240 Exemplare.[35] Damit lag der Verbreitungsgrad der Vossischen Zeitung weit hinter dem des Berliner Tageblatts und der Frankfurter Zeitung. Dennoch besaß sie als intellektuelles und politisches Traditionsblatt ein hohes Ansehen.

Die Redaktion der „Vossischen" wurde zunächst von Hermann Bachmann geleitet. Als Verlagsdirektor bei Ullstein war Georg Bernhard tätig, der nach dem Tod Bachmanns, 1920, die Chefredaktion der Zeitung übernahm. Bernhard machte sich als „vehemente[r] Verteidiger der Weimarer Republik"[36] einen Namen. Bernhards Stellvertreter und ab 1931 Nachfolger im Amt des Chefredakteurs war Julius Elbau.[37] Nachdem die Zeitung sich bereits am Ende der Weimarer Republik zu einem immer größeren Verlustgeschäft für den Ullstein-Verlag entwickelt hatte, stellte dieser unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Herrschaft das Erscheinen des Blattes zum 1. April 1934 ein.[38]

4. Kölnische Zeitung

Im Gegensatz zum linksliberalen Spektrum verfügte das nationalliberale Milieu nur über eine geringe Anzahl an überregional bedeutenden Blättern. An erster

[30] Vgl. Schwarz, Berliner Tageblatt (1872–1939), hier: S. 324 f.; Becker, „Demokratie des sozialen Rechts", S. 35.
[31] Vgl. Schwarz, Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt", S. 130–142.
[32] Vgl. Joachim Zeller, Die Vossische Zeitung 1617 bis 1934, Januar 2010, http://erf.sbb.spk-berlin.de/han/61750573X/db.saur.de/VOSS/language/de/html/introductions.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015); Bender, Vossische Zeitung (1617–1934), hier: S. 25.
[33] Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1932, S. 116.
[34] Vgl. Bender, Vossische Zeitung (1617–1934), hier: S. 38.
[35] Vgl. Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, S. 116.
[36] Zeller, Die Vossische Zeitung 1617 bis 1934.
[37] Vgl. Bender, Vossische Zeitung (1617–1934), hier: S. 38.
[38] Vgl. Zeller, Die Vossische Zeitung 1617 bis 1934; Bender, Vossische Zeitung (1617–1934), hier: S. 38 f.

Stelle zu nennen, ist die traditionsreiche KÖLNISCHE ZEITUNG, deren Geschichte bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts zurückreicht. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte die Zeitung von dem im vorausgegangenen Jahrhundert unter der Herausgeberschaft der Familie DuMont erlangten Weltruhm, konnte daran aber nicht mehr anknüpfen.[39] Der von der KÖLNISCHEN ZEITUNG mit geringerem journalistischem Aufwand produzierte STADT-ANZEIGER gewann an Bedeutung, während das eigentliche Flaggschiff in Sachen Niveau und Auflagenzahl vor sich hin dümpelte. Nach dem Ersten Weltkrieg stand Köln und die dort erscheinende Presse unter britischer Aufsicht. Den im Rheinland agierenden separatistischen Bestrebungen widersetzte sich die KÖLNISCHE ZEITUNG unter ihrem Chefredakteur Ernst Posse entschieden. Am 1. April 1923 folgte ihm Anton Haßmüller als Chefredakteur nach.[40] Während des gesamten Untersuchungszeitraums blieb Alfred Neven DuMont Herausgeber der Zeitung.[41]

Die Auflagenhöhe des nationalliberalen Leitmediums wird in den zeitgenössischen Katalogen mit höchst unterschiedlichen Zahlen angegeben (vgl. Tabelle 3): Während die Auflage des STADT-ANZEIGERS auf 112 000 bis 130 000 Exemplare beziffert wurde, lag die Anzahl der gedruckten Ausgaben des überregionalen Hauptblattes deutlich unter der Marke von Hunderttausend.

Tabelle 3: Auflagenhöhe der KÖLNISCHEN ZEITUNG und ihres STADT-ANZEIGERS laut Angaben der Zeitungskataloge im Zeitraum 1913 bis 1925[42]

Jahr	1913	1914	1917	1920	1923	1925
KÖLNISCHE ZEITUNG	NN	NN	NN	87 000	ca. 80 000	60 000
STADT-ANZEIGER	112 000	115 000	120 000 (Feldausg.: 55 000)	o. Ang.	127 000	130 000

Bezüglich ihrer Zielgruppe gab die KÖLNISCHE ZEITUNG 1932 an, dass ihre Leserschaft mehrheitlich aus Industriellen (42,5%) bestehe. Mit Abstand würden Angehörige der Freien Berufe (14,5%), Angestellte, Handwerker und Arbeiter (13,6%), Beamte (9%), Gewerbetreibende (7,3%), Gastronomen (6,2%) und Landwirte (4,5%) folgen.[43] Bei aller Skepsis gegenüber diesen Selbstangaben ist

[39] Georg Potschka, Kölnische Zeitung (1802–1945), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 145–158, hier: S. 145 u. 151–156.

[40] Vgl. Potschka, Kölnische Zeitung (1802–1945), hier: S. 156; Meynen/Reuter, Die deutsche Zeitung, S. 59.

[41] Vgl. Potschka, Kölnische Zeitung (1802–1945), hier: S. 157.

[42] Angaben laut: Haasenstein & Vogler Aktiengesellschaft, Der grosse Zeitungs-Katalog 1913, Berlin 1913, S. 32; Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zeitungskatalog Rudolf Mosse. Annoncen-Expedition, München 1914, S. 50; Kriegspresseamt, Handbuch deutscher Zeitungen, S. 181 f.; Ala Anzeigen-Aktiengesellschaft, Zeitungskatalog 1920, Berlin 1920, S. 36; Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adressbuch, S. 298; Ala Anzeigen-Aktiengesellschaft, Zeitungskatalog 1925, Berlin 1925, S. 52.

[43] Vgl. Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, S. 242.

doch anzunehmen, dass die KÖLNISCHE ZEITUNG eine hohe Verbreitung im nationalliberal gesinnten Bürgertum hatte. Den regionalen Verbreitungsschwerpunkt bildete zweifellos das Rheinland.

5. Germania

Die in Berlin erscheinende GERMANIA galt seit ihrer Erstausgabe im Dezember 1870 als offiziöses Organ der Zentrumspartei. Im Untertitel nannte sie sich ab den 1880er-Jahren „Zeitung für das deutsche Volk und Handelszeitung", später nur noch „Zeitung für das deutsche Volk".[44] Obwohl sie in der Auflagenhöhe hinter der stark im rheinisch-katholischen Milieu verwurzelten KÖLNISCHEN VOLKSZEITUNG zurückblieb, orientierten sich in der Weimarer Republik weite Teile der katholischen Presse an den in der GERMANIA veröffentlichten Kommentaren.[45] Unter ihrem Chefredakteur August Hommerich war die Zeitung ähnlich wie die heterogene Zentrumspartei in ihrer Haltung zu den postrevolutionären Zuständen im Deutschen Reich hin- und hergerissen. Das Blatt passte sich den Verhältnissen an, ohne sie selbst gewollt zu haben.[46] Die teilweise scharfe Abgrenzung zu den Linksparteien und der Kampf gegen den laizistischen Staat waren zwei Leitlinien, an denen sich die GERMANIA in der Kommentierung orientierte. Im Gegensatz zu manch anderen katholischen Zeitungen bekannte sich die GERMANIA zur Verfassungsordnung von Weimar.[47] Zunächst stand das Blatt dem Parteiflügel um Matthias Erzberger nahe. Dies stieß aber auf den Unmut konservativerer Zentrumsmitglieder und der bis 1921 vorherrschenden aristokratischen Aktienmajorität in der Verlagsgesellschaft.[48] Im Herbst 1922 wurde Hermann Orth neuer Chefredakteur der GERMANIA und ersetzte den gegenüber konservativen Einflussversuchen resistenten August Hommerich.[49] Durch Wechsel der Aktienanteile gelangte die „Germania A.G. für Verlag und Druckerei" ab 1923 verstärkt unter Kontrolle konservativ-aristokratischer Parteikreise um Franz von Papen.[50] Ende der 1920er-Jahre geriet das Blatt durch den Rückgang der Abonnenten in eine Krise, aus der es sich kaum erholte. Dieser Abwärtstrend verstärkte sich in der NS-Zeit infolge von Einschränkungen und Konzessionen.

[44] Vgl. Klaus Martin Stiegler, Germania (1871–1938), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 299–313, hier: S. 307.

[45] Vgl. Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 30 und 52 f.; Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik, S. 48. Zur Auflagenhöhe von KÖLNISCHER VOLKSZEITUNG, TREMONIA, ESSENER VOLKSZEITUNG und GERMANIA vgl. Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, S. 144.

[46] Vgl. Stiegler, Germania (1871–1938), hier: S. 302 f.

[47] Vgl. Kotowski, Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen!, hier: S. 166–171. Im Gegensatz dazu etwa die Haltung des REGENSBURGER ANZEIGERS, vgl. Kotowski, Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen!, hier: S. 175–179.

[48] Vgl. Jürgen A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918–1932, Düsseldorf 1977, S. 194–196.

[49] Vgl. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 224–226.

[50] Vgl. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, hier vor allem: S. 237–264.

Mit dem 31. Dezember 1938 stellte die GERMANIA schließlich ihr Erscheinen ein.[51]

Als bedeutende Redakteure waren Heinrich Teipel für die Berichterstattung zur Innen- und Otto Fecher für die zur Außenpolitik verantwortlich.[52] Auch für die GERMANIA liegen keine gesicherten Angaben zur Auflagenhöhe vor. Die Vermutungen hierüber gehen in der Literatur stark auseinander und liegen für die 1920er-Jahre zwischen „rund 10 000“[53] und 43 000[54] Exemplaren. Fest steht auf jeden Fall, dass die Bedeutung der GERMANIA weit über ihren eigentlichen Verbreitungsgrad hinausreichte. Auf der einen Seite war sie Sprachrohr des Zentrums, bestimmte auf der anderen Seite aber zugleich auch die Politik der Partei maßgeblich mit, etwa indem sie 1923 mit ihren Veröffentlichungen zum Sturz des Kabinetts Cuno beitrug.[55]

[51] Vgl. Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 52; Stiegler, Germania (1871–1938), hier: S. 309–312.
[52] Vgl. Stiegler, Germania (1871–1938), hier: S. 306 f.
[53] Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 193; ähnlich auch Fischer, Handbuch der politischen Presse in Deutschland, S. 252.
[54] Albachary, Markt-Zahlen, nach: Asmuss, Republik ohne Chance?, S. 54; von 35 000 Exemplaren spricht: Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, S. 144.
[55] Vgl. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 193 f.; ausführlich zum Sturz Cunos und der Rolle der GERMANIA dabei: Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 229–236.

II. Bedeutung von „Volk“ und „Nation“ im Meyers und Brockhaus 1852–1934

Tabelle 4: Unter dem Lemma „Volk“ und „Nation“ in Meyers Lexikon und im Brockhaus in den Auflagen zwischen 1852 und 1934 aufgeführte Bedeutungen (eigene Kategorisierung der Verwendungsweisen)

Nation/ Volk	Meyers (1852)[56]	Brockhaus (1903/04)[57]	Meyers (1906/08)[58]	Meyers (1928/30)[59]	Brockhaus (1932/34)[60]
Ethnische Verwendung	[Volk =] 1) eine große Menge Menschen, welche in irgend einer Beziehung ein Ganzes ausmachen, besonders wenn sie von einerlei Stammältern abstammen, daher auch einerlei Sprache, manche Sitten und Gebräuche, auch wohl einige Grundzüge des Charakters und der Gesichtsbildung gemein haben, oder unter einerlei Oberhaupt stehen; vgl. Nation	[Volk =] jeder durch Abstammung, körperliche und geistige Anlage, Sitte, Sprache, Bildung und Schicksal ein natürliches Ganzes bildende Teil der Menschheit, also soviel wie Nation	[Volk =] ein nach Abstammung u. Sprache, Sitte und Bildung zusammengehöriger Teil der Menschheit[.]	[Volk =] durch gemeinsame Sitte, Sprache und Blutsverwandtschaft verbundene Gemeinschaft, sofern sie eine staatliche Organisation besitzt (bzw. besessen hat oder beansprucht)	[Volk =] 6) eine ‚völkisch‘ bestimmte Bewohnerschaftsgruppe, die Nation als Einheit der Menschen gleicher Abstammung, Kultur und Sprache, die auch die gleichstämmischen [sic!] Auslandsvolksgruppen umfaßt

[56] Nation, in: Joseph Meyer (Hrsg.), Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Bd. 1/22: Montez, Lola–Naxuana (1852), Hildburghausen 1840–1855, S. 1100–1103; Volk, in: Joseph Meyer (Hrsg.), Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Bd. 2/14: Vico (Biogr.)–Wein (1852), Hildburghausen 1840–1855, S. 264.

[57] Nation, Brockhaus’ Konversations-Lexikon, Bd. 12: Moria–Pes (1903), Leipzig 1901–1904, S. 194f.; Volk, Brockhaus’ Konversations-Lexikon, Bd. 16 : Turkestan–Zz (1903), Leipzig 1901–1904, S. 379f.

[58] Nation, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 14: Mittewald bis Ohmgeld (1906), Leipzig 1902–1913, S. 442f.; Volk, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 20: Veda bis Zz (1908), Leipzig 1902–1913, S. 223.

[59] Nation, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 8: Marut–Oncidium (1928), Leipzig 1924–1933, Sp. 1033; Volk, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 12: Traunsee–Zz (1930), Leipzig 1924–1933, Sp. 810.

[60] Nation, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 13: Mue–Ost (1932), Leipzig 1928–1935, S. 197f.; Volk, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 19: Tou–Wam (1934), Leipzig 1928–1935, S. 641f.

Nation/ Volk	Meyers (1852)	Brockhaus (1903/04)	Meyers (1906/08)	Meyers (1928/30)	Brockhaus (1932/34)
Ethnische Verwendung *(Fortsetzung)*	[Nation =] ein durch gleiche Abstammung und Sprache von anderen unterschiedener Theil der Menschheit oder Menschenverein […] ein Volk [besteht] nicht immer auch aus einer N. […] und eine N. nicht immer auch ein Volk bildet. […] Der Begriff des Volks im engeren und bestimmteren Sinne involviert nämlich den eines abgeschlossenen Staatswesens, welches als gemeinsames Band die als Volk bezeichnete Gesamtheit von Menschen umschließt.	[Nation =] nach dem deutschen Sprachgebrauch im Gegensatz zu Volk (s. d.), als der Gesamtheit der Staatsgenossen, die erbliche Stammes-, Sprach-, Sitten- und Kulturgemeinschaft, welche bestimmten Menschenrassen und Familien ein eigentümliches Rassegepräge aufdrückt und sie von den anderen N. abhebt.	[Nation =] ein nach Abstammung, Sitte und Sprache zusammengehöriger Teil der Menschheit. […] Das Wort N. wird nur in diesem Sinne, das Wort Volk sowohl in diesem Sinne als auch zur Bezeichnung der Angehörigen eines bestimmten Staates gebraucht.	[Nation =] ein nach Abstammung, Sitte und Sprache zusammengehöriger Teil der Menschheit	[Nation =] 1) Nach der sprachlichen Wurzel bedeutet N. die Gemeinschaft von Menschen gleichen Ursprungs. Doch kann infolge der Rassenmischung von einer gleichen Abstammung (Rasse) bei keiner modernen N. mehr gesprochen werden. Der Begriff der N. wird vielmehr in der Hauptsache nach dem aus gemeinsamer Geschichte geborenen Gefühl innerer Verbundenheit bestimmt […] Das bloße Gefühl der nationalen Verbundenheit wird gestützt, wenn auch nicht bedingt, durch überwiegende Gleichheit der Rasse oder Rassenmischung, der Religion und vor allem der Sprache[.]
(Staats-) Rechtliche Verwendung		[Volk =] In der Rechtssprache wird aber das V. unterschieden von der Nation (s. d.). Da bedeu-	[Volk =] Es wird aber noch V. und Nation unterschieden und unter ersterm die Gesamtheit	[Volk =] die Bewohnerschaft eines Staates (Staatsvolk) im Unterschied zum Staatsgebiet,	[Volk =] 2) die Gesamtheit der Bevölkerung eines Staates oder einer Landschaft

		tet es die Gesamtheit der zu einem Staate verbundenen Menschen. Nation ist ein ethnologischer, V. ein staatsrechtlicher und polit. Begriff. Ein V. kann aus zwei oder mehreren Nationen oder Bruchteilen von Nationen bestehen oder es kann aus einem Bruchteil Einer [sic!] Nation bestehen.	der Angehörigen eines Staates verstanden (s. Nation)[.]	auch wenn sie verschiedener Nationalität ist [Nation =] Im französischen und im englischen Sprachgebrauch ist N. das Staatsvolk	[Volk =] 5) die rechtlich geeinte Gruppe der Staatsangehörigen (Inländerschaft)[.]
Politische Verwendung				[Volk =] Gesamtheit der Staatsbürger im Obrigkeitsstaat (Regierte) wie auch im demokratischen Staat, in dem sie als Souverän gilt und durch die Volksvertretung repräsentiert wird[.]	
Verwendung als Abgrenzung Masse vs. Regierende	[Volk =] 2) die Bewohner eines Landes im Gegensatz zum Landesherrn[.]	[Volk =] Im engeren Sinne bedeutet V. nur die Gesamtheit der Regierten im Gegensatz zur Regierung[.]	[Volk =] Auch bezeichnet man als V. die große Menge der bürgerlichen Gesellschaft im Gegensatz zu den durch politische Stellung, Reichtum und Bildung hervorragenden Klassen[.]	[Volk =] die Masse im Gegensatz zu den herrschenden Klassen.	[Volk =] 4) eine politisch geeinte Gruppe: Staatsbevölkerung gegenüber den Regierenden (= Untertanengemeinschaft)[.]

Nation/ Volk	Meyers (1852)	Brockhaus (1903/04)	Meyers (1906/08)	Meyers (1928/30)	Brockhaus (1932/34)
Verwendung im Sinne von Bevölkerungsschicht	[Volk =] 3) die untere Klasse der Einwohner, besonders in sofern sie sich von handarbeiten nähren und hinsichtlich ihres Bildungsgrades zurückstehen[.]				[Volk =] 3) eine sozial geeinte Gruppe der Staatsbevölkerung (z. B. die breite Masse, im früheren Klassenstaat die niederen Schichten)[.]
Negativ konnotierte Verwendung	[Volk =] 4) (gemeines V., Pöbel), mit üblem Nebenbegriffe, Menschen, welche durch rohe Sitten und unedle Gesinnungen sich auszeichnen[.]				
Veralteter Fachbegriff					[Volk =] 1) für die Mannschaft eines Schiffes oder Heeres (veraltet)[.]
Fachbegriff in Jagdwesen und Bienenzucht	[Volk =] 5) (Jagdw.) s. v. a. Kette [Volk =] 6) die in einem Bienenstocke befindlichen Bienen.	[Volk =] Auch die Vereinigung gesellig lebender Tiere bezeichnet man zuweilen als V., z. B. die der Bienen, der Rebhühner u. a.	[Volk =] In der Jägersprache heißt V. (Kette) die sich zusammenhaltenden Familien der Rebhühner und Wachteln.	Volk, s. Gesperr; vgl. Kette[.]	[Volk =] In der Jägersprache eine Familie von Rebhühnern (Alte und deren Junge von einer Brut)[.]

III. Quellenverzeichnis

1. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ)

MZ 2
MZ 3
MZ 9
MZ 81
MZ 94
MZ 99
MZ 212
MZ 245
MZ 337

ZG e012
ZG e030
ZG e031
ZG e070
ZG e078
ZG Kap
ZG Rev
ZG Ruh

2. Bundesarchiv Berlin (BArch)

NS 5-VI/17362
NS 5-VI/17364

R 43-I/2507
R 45-II/327
R 45-II/362
R 45-III/4
R 45-III/27
R 45-III/28
R 45-III/30
R 45-III/45
R 55/1273
R 601/173
R 8023/363
R 8034-II/7884
R 8034-II/7885
R 8034-II/7886
R 8034-II/7887
R 8034-II/7888

3. Zeitungen

Detaillierte Angaben zu den in dieser Arbeit verwendeten Zeitungsartikeln (jeweils unter Nennung von Autor, Titel, Zeitung, Jahrgang, Datum, Ausgabe und Seite, sofern dies ersichtlich war bzw. anhand von Kürzeln eindeutig erschlossen werden konnte) finden sich ausschließlich in den Anmerkungen. An dieser Stelle sind nur die ausgewerteten Zeitungen unter Nennung ihrer Jahrgänge aufgelistet.

Berliner Tageblatt mit „Zeitgeist“, Jg. 46, 1917
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 46, 1917
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 47, 1918
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 48, 1919
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 49, 1920
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 50, 1921
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 51, 1922
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 52, 1923
Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Jg. 53, 1924

Das Zentrum. Halbmonatsschrift für politische Bildung, 1922

Der Demokrat. Mitteilungen aus der Deutschen Demokratischen Partei, Jg. 5, 1924

Deutsche Tageszeitung. Für Kaiser und Reich! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!, Jg. 25, 1918
Deutsche Tageszeitung. Für das deutsche Volk! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!, Jg. 25, 1918
Deutsche Tageszeitung. Für das deutsche Volk! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!, Jg. 26, 1919
Deutsche Tageszeitung. Für das deutsche Volk! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!, Jg. 28, 1921
Deutsche Tageszeitung. Für das deutsche Volk! – Für deutsche Art! – Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!, Jg. 30, 1923

Die rote Fahne. Ehemaliger Berliner Lokal-Anzeiger, [o. Jg.], 1918
Die Rote Fahne. Zentralorgan des Spartacusbundes, [o. Jg.], 1918
Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), [o. Jg.], 1919
Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Jg. 4, 1921
Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Jg. 6, 1923

Frankfurter Zeitung, Jg. 62, 1918
Frankfurter Zeitung, Jg. 64, 1920
Frankfurter Zeitung, Jg. 65, 1921
Frankfurter Zeitung, Jg. 66, 1922
Frankfurter Zeitung, Jg. 67, 1923
Frankfurter Zeitung, Jg. 69, 1925

Germania. Zeitung für das deutsche Volk, Jg. 47, 1917
Germania. Zeitung für das deutsche Volk, Jg. 48, 1918
Germania. Zeitung für das deutsche Volk, Jg. 49, 1919
Germania. Zeitung für das deutsche Volk. Jg. 50, 1920
Germania. Zeitung für das deutsche Volk. Jg. 51, 1921
Germania. Zeitung für das deutsche Volk. Jg. 52, 1922
Germania. Zeitung für das deutsche Volk. Jg. 53, 1923
Germania. Zeitung für das deutsche Volk. Jg. 54, 1924
Germania. Zeitung für das deutsche Volk. Jg. 55, 1925

Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt, Jg. 60, 1919
Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt, Jg. 63, 1922

Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1917
Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1918

Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1919
Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1920
Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1921
Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1922
Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1923
Kölnische Zeitung, [o. Jg.], 1924

Münchener Beobachter und Sportblatt. Unabhängige Zeitung für nationale und völkische Politik, Jg. 32, 1918

Völkischer Beobachter. Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands, Jg. 35, 1921
Völkischer Beobachter. Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, Jg. 37, 1923

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 34, 1917
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 35, 1918
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 36, 1919
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 37, 1920
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 38, 1921
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 39, 1922
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 40, 1923
Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 41, 1924

Vossische Zeitung. Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1918
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1919
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1920
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1921
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1922
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1923
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1924
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1925
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1927
Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, [o. Jg.], 1931

4. Parlamentaria

Berichte und Protokolle des 8. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs
Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 17. Wahlperiode
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 286
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314
Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326
Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327

Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328
Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329
Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 344
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 346
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 349
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 351
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 358
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 381
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 386
Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457

5. Editionen

Michael Dorrmann (Hrsg.), Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933, München 2008.

Wolfgang Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1923, 2011, http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/Dateien/Stresemann-Reden_1923.pdf (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

Wolfgang Elz (Hrsg.), Gustav Stresemann. Reden 1924, 2012, http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/Dateien/Stresemann-Reden_1924.pdf (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

Ernst L. Freud (Hrsg.), Sigmund Freud. Briefe 1873–1939, Frankfurt am Main 1960.

Elke Fröhlich (Hrsg.), Joseph Goebbels. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 1/1: Oktober 1923–November 1925, München 2004.

De Gruyter, Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank, http://db.saur.de/DGO (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

De Gruyter, Vossische Zeitung Online. 1918–1934, http://db.saur.de/VOSS (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

Roland Kamzelak/Ulrich Ott/Angela Reinthal (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch. 7. Bd. 1919–1923, Stuttgart 1997.

Roland Kamzelak/Angela Reinthal/Günter Riederer/Jörg Schuster (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch. 8. Bd. 1923–1926, Stuttgart 2009.

Bernd Kasten (Hrsg.), Richard Moeller. Lebenserinnerungen, Lübeck 2010.

Eberhard Kolb (Hrsg.), Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei (1918–1933), Bd. 1 (1918–1925), Düsseldorf 1999.

Herbert Lepper (Hrsg.), Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufrufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums. 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei, Düsseldorf 1998.

Erich Matthias/Eberhard Pikart (Hrsg.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf 1966.

Wilhelm Mommsen/Günther Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme. 1918–1930, Leipzig 1931.

Rudolf Morsey/Karsten Ruppert, Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei. 1920–1925, Mainz 1981.

Wolfgang Pfeiffer-Belli (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Tagebücher 1918–1937, Frankfurt am Main 1961.

Felix Salomon (Hrsg.), Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt, Leipzig 1919.

Jan Schuster, Wahlplakate in der Weimarer Republik. Reichstagswahl 1928, http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1928/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

Jan Schuster, Wahlplakate in der Weimarer Republik. Reichstagswahl 1930, http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1930/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Carl Christoph Schweitzer (Hrsg.), Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Köln 1976.
Günter Spendel (Hrsg.), Gustav Radbruch. Briefe II (1919–1949), Heidelberg 1995.
Fabian Wittreck (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen. Die Verfassungsurkunden der deutschen Freistaaten 1918–1933, Tübingen 2004.

6. Weitere gedruckte Quellen

Ala Anzeigen-Aktiengesellschaft, Zeitungskatalog 1920, Berlin 1920.
Ala Anzeigen-Aktiengesellschaft, Zeitungskatalog 1925, Berlin 1925.
Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zeitungskatalog Rudolf Mosse. Annoncen-Expedition, München 1914.
Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Mit Einleitung und Erläuterung von Dr. Gerhard Anschütz, Berlin 1921.
Karl S. Bader, Nachruf: Hans Liermann †, in: JZ (31), 1976, S. 453.
Friedrich Bertkau, Die deutschen Zeitungen, in: Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1932, S. 9*–16*.
Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse, Leipzig 1923.
Stefan Braun, In der Ruhe sucht sie Kraft, in: SZ (64), 2. Dezember 2008, Nr. 280, S. 3.
Heinrich Deist, Volk, Staat und Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte (29), 1923, Nr. 5, S. 272–275.
Demokratie, Brockhaus' Konversations-Lexikon, Bd. 4: Chemnitzer bis Differenz (1903), Leipzig 1901–1904, S. 630f.
Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1932.
Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, in: RGBl., 14. August 1919, Nr. 152, S. 1382–1418.
Hans Doetzer, Beitrag des Hans Doetzer jr., Curityba, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 107–116.
Erich Dombrowski, Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands, Berlin 1919.
Karl Dunkmann, Völkisch oder Volklich?, in: Nordland. Monatsschrift für Volkstum und Gemeinschaftspflege (1), 1924, 5/6, S. 53–55.
Einheit, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 3: E-Forsche (1862), Leipzig 1854–1971, Sp. 198f.
José Carlos Englert, Beitrag des Herrn Stud. jur. José Carlos Englert, Porto Alegre, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 79–96.
Jacob Friedrich Fries, Ueber die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden, Heidelberg 1816.
Eberhard Georgii, Zur Statistik der deutschen Zeitungen, in: Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hrsg.), Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1932, S. 17–22.
Haasenstein & Vogler Aktiengesellschaft, Der grosse Zeitungs-Katalog 1913, Berlin 1913.
Kurt Häntzschel, [Rezension]. Liermann, H.: Das Deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichsstaatsrecht der Gegenwart, in: ZgS (85), 1928, S. 607–608.
Anton Heinen, Wie gelangen wir zur Volksgemeinschaft?, Mönchengladbach 1922.
Theodor Heuss, Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft. Ein Vortrag, Berlin [1922].
Theodor Heuß [sic!], Die neue Demokratie, Berlin 1920.
Theodor Heuß [sic!], Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte, Halberstadt 1927.

Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925.
Ernst Rudolf Huber, Verfassung, Hamburg 1937.
Bruno Jacob, Ein freies Hessen! Im einigen Deutschland!, Marburg 1919.
Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre, Berlin 1900.
Emil Kloth, Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, in: Sozialistische Monatshefte (22), 1916, Nr. 8, S. 433–437.
Simon Krieg, Deutsch-christlich-social. Die Volksgemeinschaft, Mannheim 1894.
Kriegspresseamt, Handbuch deutscher Zeitungen, Berlin 1917.
Alfred Kurella, Deutsche Volksgemeinschaft. Offener Brief an den Führerrat der Freideutschen Jugend (1919), in: Werner Kindt (Hrsg.), Grundschriften der Deutschen Jugendbewegung, Düsseldorf 1963, S. 163–179.
G. Lenz, [Rezension]. H. Liermann, Das deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichsstaatsrecht der Gegenwart, in: AöR (19), 1930, S. 449–452.
Hans Liermann, Das deutsche Volk. Als Rechtsbegriff im Reichs-Staatsrecht der Gegenwart, Berlin 1927.
Martin, Ueber die Dogmen: Alles für das Volk, Nichts durch das Volk. Alles für das Volk, Alles durch das Volk, in: Karl Heinrich Ludwig Pölitz (Hrsg.), Jahrbuecher der Geschichte und Staatskunst. Erster Band, Leipzig 1835, S. 120–140.
Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx/Friedrich Engels (Hrsg.), Werke. Bd. 4, Berlin (Ost) 1972, S. 459–493.
Friedrich Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, in: idem (Hrsg.), Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage, München 1919, S. 49–71.
Angela Merkel, Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin (Textversion), 31. Dezember 2011, http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Pressemitteilungen/BPA/2011/12/2011-12-31-neujahresansprache.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Arnold Metzger, Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft, in: Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919.
Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937.
Franz Metzler, Beitrag des Herrn Dr. Franz Metzler, Porto Alegre, in: idem (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 131–156.
Franz Metzler, Schlußbetrachtungen, in: idem (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 157–176.
Otto Meynen/Franz Reuter, Die deutsche Zeitung. Wesen und Wertung, München 1928.
Waldemar Mitscherlich, Volk und Nation, in: Alfred Vierkandt (Hrsg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931, S. 644–652.
Ernst Mühlenberg, Neues Volks-Wörterbuch für Wirtschaft, Recht und Politik, Bad Dürrenberg 1932.
Nation, in: Joseph Meyer (Hrsg.), Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Bd. 1/22: Montez, Lola–Naxuana (1852), Hildburghausen 1840–1855, S. 1100–1103.
Nation, Brockhaus' Konversations-Lexikon, Bd. 12: Moria–Pes (1903), Leipzig 1901–1904, S. 194 f.
Nation, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 14: Mittewald bis Ohmgeld (1906), Leipzig 1902–1913, S. 442 f.
Nation, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 8: Marut–Oncidium (1928), Leipzig 1924–1933, Sp. 1033.
Nation, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 13: Mue–Ost (1932), Leipzig 1928–1935, S. 197 f.
Waldemar Niemeyer, Beitrag des Herrn Dr. med. Waldemar Niemeyer, Porto Alegre, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 71–78.
Constantin Noppel, Volksgemeinschaft, in: StZ (100), 1921, Nr. 2, S. 343–354.

Oberzensurstelle, Kommunikationsüberwachende Vorschriften des Jahres 1917, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973, S. 194–275.
Heinrich Peus, Die deutsche Volksregierung, in: Sozialistische Monatshefte (24), 1918, Nr. 17, S. 929–932.
Heinrich Peus, Wie wird das neue Deutschland?, in: Sozialistische Monatshefte (26), 1920, Nr. 2, S. 73–77.
August Pieper/G. Schreiber, Volk, Volkstum, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, Bd. 5: Staatssozialismus–Zwischenkirchenrecht (1932), Freiburg im Breisgau 1926–1932, Sp. 880–888.
Helmuth Pleßner [sic!], Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Bonn 1924.
Hugo Preuß, Denkschrift zum Verfassungsentwurf, in: Reichsamt des Innern (Hrsg.), Entwurf der künftigen Reichsverfassung. Allgemeiner Teil, Berlin 1919, S. 3–32.
Hugo Preuß, Volksgemeinschaft?, in: idem (Hrsg.), Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 17–22.
Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte, Hildesheim 1964 (Nachdruck der Ausgabe von 1926).
Walther Rathenau, Briefe. Neue Folge, Dresden 1926.
Reichsamt des Innern (Hrsg.), Entwurf der künftigen Reichsverfassung. Allgemeiner Teil, Berlin 1919.
Ernest Renan, Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, in: Michael Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.), Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993, S. 290–311.
Rudolf Schay, Juden in der deutschen Politik, Berlin 1929.
Philipp Scheidemann, Der Feind steht rechts, in: Will Schaber/Walter Fabian (Hrsg.), Leitartikel bewegen die Welt, Stuttgart 1964, S. 276–279.
Carl Schmitt, Verfassungslehre, Berlin 1928.
Hermann Schüller, Jugendbewegung und Deutsche Volksgemeinde, in: Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919, S. 155–167.
Emmanuel Joseph Sieyès, Was ist der Dritte Stand?, in: Oliver Lembcke/Florian Weber (Hrsg.), Emmanuel Joseph Sieyès: Was ist der Dritte Stand? Ausgewählte Schriften, Berlin 2010, S. 111–175.
Bernd Sösemann, Theodor Wolff: Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am „Berliner Tageblatt“ und Mitbegründers der „Deutschen Demokratischen Partei“, Boppard am Rhein 1984.
Paul Stahl, Beitrag des Herrn Paul Stahl, Santa Cruz, in: Franz Metzler (Hrsg.), Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum, was Volksgemeinschaft? Das Ergebnis eines Preisausschreibens, Porto Alegre (Brasilien) 1937, S. 59–70.
Stamm, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 10/2.1: Sprecher–Stehuhr (1919), Leipzig 1854–1971, Sp. 634–644.
Adam Stegerwald, Deutsche Lebensfragen. Vortrag gehalten auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, Köln 1920.
Richard Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, Berlin [1926].
Richard Thoma, Staat, in: Ludwig Elster/Johannes Conrad (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7: Religions- und kirchliche Statistik–Tamassia (1926), Jena 1923–1929, S. 724–756.
Richard Thurnwald, Rasse, in: Paul Herre/Kurt Jagow (Hrsg.), Politisches Handwörterbuch, Leipzig 1923, S. 403–406.
Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen, Leipzig 1887.
Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Berlin 1926.
Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871, in: Bundes-Gesetzblatt des Deutschen Bundes Nr. 16, 1871, S. 63–85.

Volk, in: Johann Christoph Adelung (Hrsg.), Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, Bd. 4: Seb–Z (1801), Leipzig 1793–1801, Sp. 1224–1226.
Volk, in: Joseph Meyer (Hrsg.), Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Bd. 2/14: Vico (Biogr.)–Wein (1852), Hildburghausen 1840–1855, S. 264.
Volk, Völker, in: Johann Georg Krünitz (Hrsg.), Ökonomisch-technologische Enzyklopädie, Bd. 227: Vogel–Völkerrecht (1855) 1773–1858, S. 236–270.
Volk, Brockhaus' Konversations-Lexikon, Bd. 16: Turkestan–Zz (1903), Leipzig 1901–1904, S. 379 f.
Volk, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 20: Veda bis Zz (1908), Leipzig 1902–1913, S. 223.
Volk, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 12: Traunsee–Zz (1930), Leipzig 1924–1933, Sp. 810.
Volk, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 19: Tou–Wam (1934), Leipzig 1928–1935, S. 641 f.
Volk, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 453–470.
völkisch, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 485.
Volksbewusztsein, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 475.
Volkscharakter, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 467.
Volksempfindung, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 478.
Volksganze, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 480.
Volksgemeinschaft, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 481.
Volksgenosse, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 481.
Volkskörper, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 486.
Volkskraft, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 486.
Volksseele, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 497.
Volksstaat, Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Bd. 19: Tou–Wam (1934), Leipzig 1928–1935, S. 665.
Volksstaat, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 498.
Volkstum, Meyers großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens, Bd. 20: Veda bis Zz (1908), Leipzig 1902–1913, S. 242.
Volkstum, in: Bibliographisches Institut (Hrsg.), Meyers Lexikon, Bd. 12: Traunsee–Zz (1930), Leipzig 1924–1933, Sp. 848.
volksthümlich, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 499 f.
Volkswille, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm (Hrsg.), Deutsches Wörterbuch, Bd. 12/2: Vesche–Vulkanisch (1951), Leipzig 1854–1971, Sp. 503.
Zentrale für Heimatdienst, An das deutsche Volk!, in: idem (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919, S. 3 f.
Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.), Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk, Berlin 1919.

IV. Literaturverzeichnis

Florian Altenhöner, Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914–1918, München 2008.

Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 2005.

Burkhard Asmuss, Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923, Berlin 1994.

Jürgen A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918–1932, Düsseldorf 1977.

Frank Bajohr/Michael Wildt, Einleitung, in: idem (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 7–23.

Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.

Claus-Ekkehard Bärsch, Nation, Volk und Volksgeist als Gegenstand der Religionspolitologie. Zum Problem der Kontinuität kollektiver Identität, in: Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften, Baden-Baden 1994.

Hasko von Bassi, „Liberaler" Protestantismus im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das Beispiel Otto Baumgartens, in: Wolfgang Greive (Hrsg.), Der Geist von 1914. Zerstörung des universalen Humanismus?, Rehburg-Loccum 1990, S. 210–225.

Alois Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik, Paderborn 1987.

Alois Baumgartner, Gemeinschaftsmythos im katholischen Denken der Weimarer Zeit, in: Alois Baumgartner/Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 69–84.

Riccardo Bavaj, Hybris und Gleichgewicht. Weimars „antidemokratisches Denken" und Kurt Sontheimers freiheitlich-demokratische Mission, in: ZF (3), 2006, Nr. 2, S. 315–321.

Josef Becker, Die deutsche Zentrumspartei 1918–1933. Grundprobleme ihrer Entwicklung, in: APuZ (18), 1968, Nr. 11, S. 3–15.

Werner Becker, „Demokratie des sozialen Rechts". Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918–1924, München 1965.

Helmut Beilner, Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, in: GWU (28), 1977, Nr. 1, S. 1–16.

Klaus Bender, Vossische Zeitung (1617–1934), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 25–39.

Elfi Bendikat/Detlef Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold". Identifikation und Abgrenzung parteipolitischer Teilkulturen im Reichstagswahlkampf des Frühjahrs 1924, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 102–142.

Mark Bevir, Geist und Methode in der Ideengeschichte, in: Martin Mulsow/Andreas Mahler (Hrsg.), Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte, Berlin 2010, S. 203–240.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1991.

Hans Erich Bödeker, Ausprägungen der historischen Semantik in den historischen Kulturwissenschaften, in: idem (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 7–27.

Hans Erich Bödeker, Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode, in: idem (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 73–121.

Heiko Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 2007.

Heiko Bollmeyer, Das „Volk" in den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 – ein demokratietheoretischer Schlüsselbegriff zwischen Kaiserreich und Republik, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 57–83.

Alexander von Bormann, Volk als Idee. Zur Semiotisierung des Volksbegriffs, in: idem (Hrsg.), Volk – Nation – Europa. Zur Romantisierung und Entromantisierung politischer Begriffe, Würzburg 1998, S. 35–56.
Frank Bösch, Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 151–182.
Karl-Heinz Brackmann/Renate Birkenhauer, NS-Deutsch. „Selbstverständliche" Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen am Niederrhein 1988.
Peter Brandt, Volk, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11: U–V, Darmstadt 2001, Sp. 1080–1090.
Stefan Breuer, Der Neue Nationalismus in Weimar und seine Wurzeln, in: Helmut Berding (Hrsg.), Mythos und Nation, Frankfurt am Main 1996, S. 257–274.
Stefan Breuer, Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001.
Stefan Breuer, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.
Stefan Breuer/Ina Schmidt, Die Kommenden. Eine Zeitschrift der Bündischen Jugend (1926–1933), Schwalbach im Taunus 2010.
Steffen Bruendel, Von der inklusiven zur exklusiven Volksgemeinschaft. Die Konstruktion kollektiver Identität durch nationalpolitische Professoren im Ersten Weltkrieg, in: Steffen Bruendel/Nicole Grochowina (Hrsg.), Kulturelle Identität, Berlin 2000, S. 120–135.
Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914" und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.
Steffen Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft" aus dem „Geist von 1914". Entstehung und Wandel eines „sozialistischen" Gesellschaftsentwurfs, Mai 2004, http://edoc.hu-berlin.de/histfor/3/PHP/Artikel_3-2004.php#517 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Steffen Bruendel, Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell? Vom Burgfrieden zur Volksgemeinschaft 1914–1933, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 33–50.
Steffen Bruendel, Zur Identität von Volk und Staat. Die deutsche Verfassungsdiskussion 1915, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 205–226.
Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972–1997.
Peter Burke, Stärken und Schwächen der Mentalitätengeschichte, in: Ulrich Raulff (Hrsg.), Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1989, S. 127–145.
Dietrich Busse/Wolfgang Teubert, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994, S. 10–28.
Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2010.
Margaret Canovan, The People, Cambridge 2005.
Roger Chickering, Sprache und soziale Grundlagen des Radikalnationalismus in der Wilhelminischen Ära, in: idem (Hrsg.), Krieg, Frieden und Geschichte. Gesammelte Aufsätze über patriotischen Aktionismus, Geschichtskultur und totalen Krieg, Stuttgart 2007, S. 206–223.
Paul Ciupke, Diskurse über Volk, Gemeinschaft und Demokratie in der Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit, in: idem (Hrsg.), „Die Erziehung zum deutschen Menschen". Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 11–30.
Synnöve Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution". Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933, Stockholm 1979.

Werner Conze/Antje Sommer, Rasse, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5: Pro–Soz, Stuttgart 1984, S. 135–178.

Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland. 1770–1990, München 1993.

Alexander Demandt, Was ist ein historisches Ereignis?, in: Nikolaus Müller-Schöll (Hrsg.), Ereignis. Eine fundamentale Kategorie der Zeiterfahrung. Anspruch und Aporien, Bielefeld 2003, S. 63–76.

Walther Dieckmann, Sprache in der Politik, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, München 1980, S. 47–64.

Ulrich Dierse/Helmut Rath, Nation, Nationalismus, Nationalität, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 6: Mo–O, Darmstadt 1984, Sp. 406–414.

Christof Dipper, Die „Geschichtlichen Grundbegriffe". Von der Begriffsgeschichte zur Theorie der historischen Zeiten, in: HZ (270), 2000, S. 281–308.

Karl Ditt, Von der Volks- zur Sozialgeschichte? Wandlungen der Interpretation des „Ruhrvolks" bei Wilhelm Brepohl 1920–1960, in: WF (60), 2010, S. 221–258.

Anselm Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung" in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 41–64.

Andreas Dorschel, Ideengeschichte, Göttingen 2010.

Emil Dovifat, Die Publizistik der Weimarer Zeit. Presse, Rundfunk, Film, in: Leonhard Reinisch (Hrsg.), Die Zeit ohne Eigenschaften. Eine Bilanz der zwanziger Jahre, Stuttgart 1961, S. 119–136.

Jost Dülffer, Hitler, Nation und Volksgemeinschaft, in: Otto Dann (Hrsg.), Die deutsche Nation. Geschichte – Probleme – Perspektiven, Vierow bei Greifswald 1994, S. 98–116.

Konrad Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.

Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980.

Thorsten Eitz, Zum Konzept einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik, in: Aptum (5), 2009, Nr. 1, S. 1–17.

Thorsten Eitz/Isabelle Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. 2 Bde., Hildesheim 2015.

Klaus Epstein, Rezension zu: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik von K. Sontheimer, in: HZ (197), 1963, Nr. 3, S. 657–666.

Ingo Eser, „Volk, Staat, Gott!" Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918–1939, Wiesbaden 2010.

Raingard Eßer, Historische Semantik, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 281–292.

Thomas Etzemüller, Die Romantik des Reißbretts. „Social engineering" und demokratische Volksgemeinschaft in Schweden: Das Beispiel Alva und Gunnar Myrdal (1930–1960), in: GG (32), 2006, Nr. 4, S. 445–466.

Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

Ekkehard Felder (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006.

Ekkehard Felder, Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierungs-Konkurrenzen, in: idem (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006, S. 13–46.

Ekkehard Felder, Zur Intention dieses Bandes, in: idem (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006, S. 1–11.

Conan Fischer, The Ruhr Crisis, 1923–1924, Oxford 2003.

Conan Fischer, Soziale Verwerfungen im Ruhrkampf durch Hunger und Evakuierung, in: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 149–167.

Heinz-Dietrich Fischer, Die Zeitung als Forschungsproblem, in: idem (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 11–24.

Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973.
Heinz-Dietrich Fischer, Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981.
Moritz Föllmer, Die fragile „Volksgemeinschaft". Industrielle, hohe Beamte und das Problem der nationalen Solidarität in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung (6), 2000, S. 281–298.
Moritz Föllmer, Der „kranke Volkskörper". Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik, in: GG (27), 2001, S. 41–67.
Moritz Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002.
Moritz Föllmer, The Problem of National Solidarity in Interwar Germany, in: GH (23), 2005, Nr. 2, S. 202–231.
Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo, Einleitung. Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), Die „Krise" der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005, S. 9–41.
Moritz Föllmer/Andrea Meissner, Ideen als Weichensteller? Polyvalenz, Aneignung und Homogenitätsstreben im deutschen Nationalismus 1890–1933, in: Lutz Raphael (Hrsg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte, München 2006, S. 313–336.
Bernhard Forster, Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.
Emerich Francis, Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie, Berlin 1965.
Manfred Frank, Das Sagbare und das Unsagbare. Studien zur neuesten französischen Hermeneutik und Texttheorie, Frankfurt am Main 1980.
Claudia Friemberger, Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei, St. Ottilien 1998.
Stephen G. Fritz, The Search for Volksgemeinschaft. Gustav Stresemann and the Baden DVP 1926–1930, in: GSR (7), 1984, Nr. 2, S. 249–280.
Christian Fuhrmeister, Ikonografie der „Volksgemeinschaft", in: Hans-Ulrich Thamer/Simone Erpel (Hrsg.), Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 94–103.
Bernhard Fulda, Press and politics in the Weimar Republic, Oxford 2009.
Jürgen Gebhardt, Politische Ideengeschichte im Zeichen des Methodenstreits. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik, Baden-Baden 2006, S. 243–264.
Stefan Gerber, Pragmatismus und Kulturkritik. Die politische Kommunikation des deutschen Katholizismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: HZ (294), 2012, Nr. 2, S. 361–390.
Lars Gertenbach/Henning Laux/Hartmut Rosa/David Strecker, Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, Hamburg 2010.
Fritz Geschnitzer/Reinhart Koselleck/Bernd Schönemann/Karl Ferdinand Werner, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7: Verw–Z, Stuttgart 1992, S. 141–431.
Christian Geulen, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 79–97.
Dieter Gosewinkel, Homogenität des Staatsvolks als Stabilitätsbedingung der Demokratie? Zur Politik der Staatsangehörigkeit in der Weimarer Republik, in: Wolther von Kieseritzky (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 173–201.
Thomas Göthel, Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik, Köln 2002.
Norbert Götz, Ungleiche Geschwister. Die Konstruktion von nationalsozialistischer Volksgemeinschaft und schwedischem Volksheim, Baden-Baden 2001.

Norbert Götz, Volksgemeinschaft, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch/Matthias Berg (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008, S. 713–720.

Norbert Götz, Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft": Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 55–67.

Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008.

Bernhard Grau, Kurt Eisner. 1867–1919. Eine Biographie, München 2001.

Kathrin Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010.

Andreas Grossmann, Volksgeist; Volksseele, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11: U–V, Darmstadt 2001, Sp. 1102–1107.

Rainer Gruhlich, Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs. Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20. Revolution – Reich – Nation, Düsseldorf 2012.

Stefan Grüner, Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit, in: Manfred Kittel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 219–249.

Hans Ulrich Gumbrecht, 1926. Ein Jahr am Rand der Zeit, Frankfurt am Main 2001.

Christoph Gusy, Das Demokratiekonzept der Weimarer Reichsverfassung, in: Jura (17), 1995, Nr. 5, S. 226–234.

Christoph Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997.

Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000.

Christoph Gusy, Fragen an das „demokratische Denken" in der Weimarer Republik, in: idem (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 635–663.

Christoph Gusy, SFB 584. Teilprojekt A 8. Demokratisches Denken in der Weimarer Republik: Weimarer Staatsrechtler als politische Akteure, Politiker, Politikberater und Politikwissenschaftler, 12. Dezember 2008, http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/forschung/sfb584/project/phase2_a8_abstract.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

Burkhard Gutleben, Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre, in: TAJB (17), 1988, S. 259–284.

Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsselforf 1997.

Iain Hampsher-Monk, Neue angloamerikanische Ideengeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 293–306.

Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 227–253.

Anne Harrington, Die Suche nach Ganzheit. Die Geschichte biologisch-psychologischer Ganzheitslehren: Kaiserreich, Nationalsozialismus, New-Age-Bewegung, Reinbek bei Hamburg 2002.

Friedrich Hartmannsgruber, Die christlichen Volksparteien 1848–1933. Idee und Wirklichkeit, in: Günther Rüther (Hrsg.), Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung, Bonn 1987, S. 220–332.

Günter Hartung, Völkische Ideologie, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung" 1871–1918, München 1996, S. 22–41.

Peter Haslinger, Diskurs, Sprache, Zeit, Identität. Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte, in: Franz X. Eder (Hrsg.), Das Gerede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte, Innsbruck 2005, S. 33–59.

Ulrike Hass-Zumkehr, Die Weimarer Reichsverfassung. Tradition, Funktion, Rezeption, in: Heidrun Kämper/Hartmut Schmidt (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte, Zeitgeschichte, Berlin 1998, S. 225–249.

Ulrich von Hehl, Wilhelm Marx. 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987.

Bodo Heimann, Die Konvergenz der Einzelgänger. Literatur als Integration des problematischen Individuums in die Volksgemeinschaft: Hermann Stehr – Emil Strauß – Erwin Guido Kolbenheyer, in: Horst Denkler/Karl Prümm (Hrsg.), Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen, Stuttgart 1976, S. 118–137.

Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Kirsten Heinsohn, Im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft. Die „Frauenfrage" und konservative Parteien vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Ute Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt am Main 2000, S. 215–233.

Kirsten Heinsohn, „Volksgemeinschaft" als gedachte Ordnung. Zur Geschlechterpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei, in: Gabriele Boukrif (Hrsg.), Geschlechtergeschichte des Politischen. Entwürfe von Geschlecht und Gemeinschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2002, S. 83–106.

Joseph Held, Die Volksgemeinschaftsidee in der deutschen Jugendbewegung. Tätigkeit und Weltanschauung einiger Jugendvereine zur Zeit der Weimarer Republik, in: JIDG (6), 1977, S. 457–476.

Rainer Hering, „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben". Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Walter Schmitz/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, S. 33–43.

Jost Hermand, Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1988.

Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein". Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

Jürgen C. Heß, Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus, in: Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg/Karl Dietrich Erdmann (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980, S. 289–311.

Manfred Hettling, Erlösung durch Gemeinschaft. Religion und Nation im politischen Totenkult der Weimarer Republik, in: Ulrike Jureit (Hrsg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 199–225.

Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, „Dolchstoss"-Diskussion und „Dolchstoss-Legende" im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Waldemar Besson (Hrsg.), Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag dargebracht von Kollegen, Freunden und Schülern, Göttingen 1963, S. 122–160.

Andreas Hillgruber, Die politischen Kräfte der Mitte und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Heinrich Bodensieck (Hrsg.), Preußen, Deutschland und der Westen. Auseinandersetzungen und Beziehungen seit 1789, Göttingen 1980, S. 155–175.

Walter Hinderer, Das Kollektivindividuum Nation im deutschen Kontext. Zu seinem Bedeutungswandel im vor- und nachrevolutionären Diskurs, in: Alexander von Bormann (Hrsg.), Volk – Nation – Europa. Zur Romantisierung und Entromantisierung politischer Begriffe, Würzburg 1998, S. 179–197.

Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt am Main 1992.

Lutz Hoffmann, Das „Volk". Zur ideologischen Struktur eines unvermeidbaren Begriffs, in: ZfS (20), 1991, Nr. 3, S. 191–208.

Lutz Hoffmann, Die Konstitution des Volkes durch seine Feinde, in: JfA (2), 1993, S. 13–37.

Lutz Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge – Aktualität und Entstehungsgeschichte, Köln 1994.

Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001.
Renate Höpfinger, Die Gründung der Bayerischen Volkspartei. Anmerkungen zu Sebastian Schlittenbauer, in: ZBLG (63), 2000, S. 185–197.
Gangolf Hübinger, Geschichtsmythen in „völkischer Bewegung" und „konservativer Revolution". Nationalistische Wirkungen historischer Sinnbildung, in: Horst Walter Blanke (Hrsg.), Dimensionen der Historik. Geschichtstheorie, Wissenschaftsgeschichte und Geschichtskultur heute. Jörn Rüsen zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 93–103.
Gangolf Hübinger, „Sozialmoralisches Milieu". Ein Grundbegriff der deutschen Geschichte, in: Steffen Sigmund (Hrsg.), Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden 2008, S. 207–227.
Max Jammer/Eckart Pankoke, Masse, Massen, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5: L–Mn, Darmstadt 1980, Sp. 825–832.
Franz Janka, Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert, Stuttgart 1997.
Christian Jansen, Deutsches Volk und Deutsches Reich. Zur Pathologie der Nationalstaatsidee im 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Bialas (Hrsg.), Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt am Main 2002, S. 167–194.
Sarah Jansen, „Schädlinge". Geschichte eines wissenschaftlichen und politischen Konstrukts 1840–1920, Frankfurt am Main 2003.
Norbert Jegelka, „Volksgemeinschaft". Begriffskonturen in „Führer"ideologie, Recht und Erziehung (1933–1945), in: Annette Graczyk (Hrsg.), Das Volk. Abbild, Konstruktion, Phantasma, Berlin 1996, S. 115–127.
Manfred Jessen-Klingenberg, Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, in: GWU (19), 1968, Nr. 11, S. 649–656.
Matthias Jung, Zählen oder deuten? Das Methodenproblem der Diskursgeschichte am Beispiel der Atomenergiedebatte, in: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994, S. 60–81.
Robert Jütte, Diskursanalyse in Frankreich, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 307–317.
Heidrun Kämper, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945, Berlin 2005.
Heidrun Kämper, Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte. Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung, in: Heidrun Kämper/Ludwig Maximilian Eichinger (Hrsg.), Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung, Berlin 2008, S. 198–224.
Reiner Keller, Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden 2010.
Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999.
Ian Kershaw, „Führerstaat". Charisma und Gewalt, in: Hans-Ulrich Thamer/Simone Erpel (Hrsg.), Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 58–67.
Ian Kershaw, „Volksgemeinschaft". Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: VfZ (59), 2011, Nr. 1, S. 1–17.
Shida Kiani, Fiktion wird Realität. Die Nationalismustheorie von Benedict Anderson, in: Samuel Salzborn (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 85–98.
Manfred Kittel, Republikanischer oder völkischer Nationalismus? Die Folgen siegreicher „Union sacrée" und unvollendeter Volksgemeinschaft für die politische Kultur Frankreichs und Deutschlands (1918–1933/36), in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 109–140.
Josef Klein, Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, in: idem (Hrsg.), Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen 1989, S. 3–50.
Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin 2011.

Wolfram Köhler, Der Chef-Redakteur Theodor Wolff. Ein Leben in Europa 1868–1943, Düsseldorf 1978.
Eberhard Kolb, Geistige Mobilmacher. Deutschland im Ersten Weltkrieg: Wie sich Gelehrte die Zukunft vorstellten, in: FAZ, 6. November 2003, Nr. 258, S. 8.
Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 2009.
Eberhard Kolb/Ludwig Richter, Einleitung, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei (1918–1933), Bd. 1 (1918–1925), Düsseldorf 1999, S. 9*–50*.
Kathrin Kollmeier, Begriffsgeschichte und Historische Semantik, 2. Dezember 2011, https://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik?oldid=81149 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Reinhart Koselleck, Einleitung, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1: A–D, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII.
Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont". Zwei historische Kategorien, in: idem (Hrsg.), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375.
Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung, in: Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Gegenstand und Begriffe der Verfassungsgeschichtsschreibung, Berlin 1983, S. 7–46.
Reinhart Koselleck, Hinweise auf die temporalen Strukturen begriffsgeschichtlichen Wandels, in: Hans Erich Bödeker (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 29–47.
Reinhart Koselleck/Christof Dipper, Begriffsgeschichte, Sozialgeschichte, begriffene Geschichte. Reinhart Koselleck im Gespräch mit Christof Dipper, in: NPL (43), 1998, S. 187–205.
Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.
Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III, Berlin 1972.
Kurt Koszyk/Walter Hömberg, Publizistik und politisches Engagement. Lebensbilder publizistischer Persönlichkeiten, Münster 1999.
Georg Kotowski, Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen! Der politische Katholizismus, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 159–180.
Eva Kraus, Das Deutsche Jugendherbergswerk 1909–1933. Programm – Personen – Gleichschaltung, Berlin 2013.
Georg Kreis, Auf dem Weg zu schweizerischer „Volksgemeinschaft". Vom konfrontativen Interessenkampf zur wechselseitigen Anerkennung von Gruppeninteressen (1933–1939), in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 283–300.
Carsten Kretschmann, Generation und politische Kultur in der Weimarer Republik, in: Hans-Peter Becht (Hrsg.), Politik, Kommunikation und Kultur in der Weimarer Republik, Heidelberg 2009, S. 11–30.
Roland Kurz, Nationalprotestantisches Denken in der Weimarer Republik. Voraussetzungen und Ausprägungen des Protestantismus nach dem Ersten Weltkrieg in seiner Begegnung mit Volk und Nation, Gütersloh 2007.
Agnes Laba, „Entgegen dem feierlich erklärten Mehrheitswillen". Das Volk als diskursive Ressource im Ostgrenzen-Diskurs der Weimarer Republik, in: Heidrun Kämper/Peter Haslinger/Thomas Raithel (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin 2014, S. 123–152.
George Lakoff/Mark Johnson, Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern, Heidelberg 1998.
Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2008.
Achim Landwehr, Diskurs und Diskursgeschichte, 11. Februar 2010, https://docupedia.de/zg/Diskurs_und_Diskursgeschichte?oldid=75508 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Carolin Dorothée Lange, Genies im Reichstag. Führerbilder des republikanischen Bürgertums in der Weimarer Republik, Hannover 2012.

Rossalina Latcheva, Nationale Identifikationen und ethnische Grenzziehungsprozesse: Funktionen, Konsequenzen und Veränderungen über Raum und Zeit. Theoretische und methodologische Herausforderungen aus vergleichender Perspektive, 2009, http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2010 /7451/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Detlef Lehnert, Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß, Baden-Baden 2012.
Detlev Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013.
Detlef Lehnert, Zur Geschichte und Theorie des Gemeinschaftsdenkens im 20. Jahrhundert. Schweden in Vergleichsperspektiven, in: idem (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 7–38.
Johannes Leicht, Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation. Alldeutsche Ordnungsutopien einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft", in: JfA (19), 2010, S. 151–177.
Mario Rainer Lepsius, „Ethnos" oder „Demos". Zur Anwendung zweier Kategorien von Emerich Francis auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die Europäische Einigung, in: idem (Hrsg.), Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 247–255.
Mario Rainer Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: idem (Hrsg.), Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 232–246.
Mario Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: idem (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50.
Oliver Lepsius, Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung. Methodenentwicklungen in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zur Ideologisierung der Rechtswissenschaft im Nationalsozialismus, München 1994.
Oliver Lepsius, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 366–414.
Ulrich Linse, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983.
Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992.
Marcus Llanque, Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000.
Anja Lobenstein-Reichmann, Houston Stewart Chamberlain – Zur textlichen Konstruktion einer Weltanschauung. Eine sprach-, diskurs- und ideologiegeschichtliche Analyse, Berlin 2008.
Anja Lobenstein-Reichmann, Der völkische Demokratiebegriff, in: Heidrun Kämper/Peter Haslinger/Thomas Raithel (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin 2014, S. 285–306.
Stefan Lorenz, Rasse, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 8: R–Sc, Darmstadt 1992, Sp. 25–28.
Peter Lösche/Franz Walter, Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 161–187.
Günther Lottes, Neue Ideengeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 261–269.
Susanne Lüdemann/Uwe Hebekus, Einleitung, in: idem (Hrsg.), Massenfassungen. Beiträge zur Diskurs- und Mediengeschichte der Menschenmenge, München 2010, S. 7–23.
Heinrich Lutz, Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925, München 1963.
Lothar Machtan, Nationale Selbstbilder zwischen Inszenierung und Verinnerlichung 1885–1935. Überlegungen zu einem interdisziplinären historischen Forschungsprojekt, in: ZfG (46), 1998, Nr. 9, S. 818–827.
Christoph Mährlein, Volksgeist und Recht. Hegels Philosophie der Einheit und ihre Bedeutung in der Rechtswissenschaft, Würzburg 2000.
Gunther Mai, Arbeiterschaft und „Volksgemeinschaft", in: Winfried Speitkamp/Hellmut Seier (Hrsg.), Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994, S. 211–226.

Gunther Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900–1925), in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 583–602.

Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007.

Helge Matthiesen, Von der Massenbewegung zur Partei. Der Nationalismus in der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: GWU (48), 1997, 5/6, S. 316–329.

Ingeborg Maus, Zur Transformation des Volkssouveränitätsprinzips in der Weimarer Republik, in: Peter Nahamowitz/Stefan Breuer (Hrsg.), Politik – Verfassung – Gesellschaft. Traditionslinien und Entwicklungsperspektiven. Otwin Massing zum 60. Geburtstag, Baden-Baden 1995, S. 107–123.

Reinhard Mehring, Begriffssoziologie, Begriffsgeschichte, Begriffspolitik. Zur Form der Ideengeschichtsschreibung nach Carl Schmitt und Reinhart Koselleck, in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik, Baden-Baden 2006, S. 31–50.

Christian Mehrmann, „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“. Volks- und Nationsbegriffe in der SBZ und in Polen 1944–1949, Berlin 2012.

Thomas Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 91–127.

Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2005.

Hubert Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, München 1977.

Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950.

Horst Möller, Folgen und Lasten eines verlorenen Krieges. Ebert, die Sozialdemokratie und der nationale Konsens, Heidelberg 1991.

Horst Möller, Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie, München 2008.

Wilhelm Mommsen, Die Zeitung als historische Quelle, in: Wilhelm Klutentreter (Hrsg.), Beiträge zur Zeitungswissenschaft. Festgabe für Karl d’Ester zum 70. Geburtstage von seinen Freunden und Schülern, Münster 1952, S. 165–172.

Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Juli 1917, in: GWU (19), 1968, Nr. 11, S. 656–671.

Wolfgang J. Mommsen, Der Geist von 1914. Das Programm eines politischen „Sonderwegs“ der Deutschen, in: idem (Hrsg.), Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt am Main 1992, S. 407–421.

Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei. 1917–1923, Düsseldorf 1966.

George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegung in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1976.

George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1991.

Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.

Christoph Müller, Souveränität. Rechtswissenschaftler a-priori-Begriff oder empirische Funktionsbestimmung des politischen Systems, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Hugo Preuß 1860–1925. Genealogie eines modernen Preußen, Köln 2011, S. 35–71.

Senya Müller, Sprachwörterbücher im Nationalsozialismus. Die ideologische Beeinflussung von Duden, Sprach-Brockhaus und anderen Nachschlagewerken während des „Dritten Reichs“, Stuttgart 1994.

Sven Oliver Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002.

Sven Oliver Müller, Die umkämpfte Nation. Legitimitätsprobleme im kriegführenden Kaiserreich, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960, München 2002, S. 149–171.
Staffan Müller-Wille, Rasse, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10: Physiologie–Religiöses Epos (2009), Darmstadt 2005–2012, Sp. 605–607.
Herfried Münkler, Reich – Nation – Europa. Modelle politischer Ordnung, Weinheim 1996.
Inho Na, Sozialreform oder Revolution. Gesellschaftspolitische Zukunftsvorstellungen im Naumann-Kreis 1890–1903/04, Marburg 2003.
Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.
Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
Paul Nolte, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Zur Ideengeschichte einer sozialen Utopie, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003.
Paul Nolte, Vom Fortschreiben und Umschreiben der Begriffe. Kommentar zu Christian Geulen, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 98–103.
Szilvia Odenwald-Varga, „Volk" bei Otto von Bismarck. Eine historisch-semantische Analyse anhand von Bedeutungen, Konzepten und Topoi, Berlin 2009.
Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition" und dem „Willen zur Macht". Die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011.
Hubert Orłowski, „Polnische Wirtschaft". Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996.
Rudolf Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft". Ideologie, Politik und Fanatismus im deutschen Fußball 1919–1964, Frankfurt am Main 2008.
Wiebke Otte, Arndt und ein Europa der Feinde? Europagedanke und Nationalismus in den Schriften Ernst Moritz Arndts, Marburg 2007.
Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker, Volksgemeinschaft als Formierungsideologie des Nationalsozialismus. Zur Genesis und Geltung von „Volkspflege", in: idem (Hrsg.), Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1991, S. 50–77.
Hermann Paul/Helmut Henne/Heidrun Kämper/Georg Objartel, Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschatzes, Tübingen 2002.
Kurt Paupié, Frankfurter Zeitung (1865–1943), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 241–256.
Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987.
Reginald H. Phelps, Hitlers „grundlegende" Rede über den Antisemitismus, in: VfZ (16), 1968, Nr. 4, S. 390–420.
Alexander Pinwinkler, Trends der Bevölkerungsforschung in den Geschichtswissenschaften, in: Josef Ehmer/Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts „Bevölkerung" vor, im und nach dem „Dritten Reich". Zur Geschichte der deutschen Bevölkerungswissenschaft, Wiesbaden 2009, S. 107–127.
Tina Pohl, Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung, Hamburg 2002.
Georg Potschka, Kölnische Zeitung (1802–1945), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 145–158.
Uwe Puschner, Völkisch. Plädoyer für einen „engen" Begriff, in: Paul Ciupke (Hrsg.), „Die Erziehung zum deutschen Menschen". Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 53–66.
Uwe Puschner, „Wildgeworden" und „gefährlich"! Die öffentliche Auseinandersetzung mit den Völkischen in ihrer Zeit, in: Patrick Merziger/Rudolf Stöber/Esther-Beate Körber/Jürgen Michael Schulz (Hrsg.), Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, S. 109–126.
Wolfram Pyta, Die Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts. Neue Einsichten zur Überlebenschance der parlamentarischen Monarchie in Deutschland im Herbst 1918, in: Patrick Merziger/Rudolf Stöber/Esther-Beate Körber/Jürgen Michael Schulz (Hrsg.), Geschichte, Öffent-

lichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, S. 363–381.
Wolfram Pyta, Der Erste Weltkrieg und seine Folgen in Deutschland und Frankreich. Kulturelle Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen 1914–1933, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 1–31.
Wolfram Pyta, Heimatvorstellungen in Gemeinschaftsbezügen, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim" im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 173–184.
Helmut Quaritsch, Zur Entstehung der Theorie des Pluralismus, in: DSt (19), 1980, Nr. 1, S. 29–56.
Thomas Raithel, Das „Wunder" der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges, Bonn 1996.
Thomas Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, in: Francia (24), 1997, Nr. 3, S. 39–66.
Thomas Raithel, Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919–1933/40. Ein funktionaler Vergleich, in: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 283–314.
Thomas Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005.
Lutz Raphael, Sozialexperten in Deutschland zwischen konservativem Ordnungsdenken und rassistischer Utopie (1918–1945), in: Wolfgang Hardtwig/Philip Cassier (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 327–346.
Lutz Raphael, „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit". Bemerkungen zur Bilanz eines DFG-Schwerpunktprogramms, in: idem (Hrsg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte, München 2006, S. 11–27.
Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011.
Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.
Rolf Reichardt (Hrsg.), Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820. Heft 1/2: Allgemeine Bibliographie, Einleitung, Die Wörterbücher in der Französischen Revolution (1789–1804), München 1985.
Rolf Reichardt, Historische Semantik zwischen lexicométrie und New Culture History, in: idem (Hrsg.), Aufklärung und historische Semantik. Interdisziplinäre Beiträge zur westeuropäischen Kulturgeschichte, Berlin 1998, S. 7–28.
Sven Reichardt, „Märtyrer" der Nation. Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960, München 2002, S. 173–202.
Hein Retter, Was heißt „demokratisches Denken" in der Weimarer Republik? Kritische Anmerkungen zum Konstrukt des Antidemokratismus und seiner Rezeption in der Erziehungswissenschaft, 27. September 2004, https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/paedagogik/sontheimer-kritik_doc.doc (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Hans-Werner Retterath, Deutschamerikanertum und Volkstumsgedanke. Zur Ethnizitätskonstruktion durch die auslandsdeutsche Kulturarbeit zwischen 1918 und 1945, 2000, http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2003/0646/pdf/Retter.pdf (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Jörn Retterath, [Rezension zu:] Heiko Bollmeyer: Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 2007, in: sehepunkte (11), 2011, Nr. 3 [15. März 2011], http://www.sehepunkte.de/2011/03/14015.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Jörn Retterath, [Rezension zu:] Hartmut Rosa/Lars Gertenbach/Henning Laux u. a.: Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, Hamburg 2010, in: sehepunkte (11), 2011, Nr. 7/8 [15. Juli 2011], http://www.sehepunkte.de/2011/07/19569.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Jörn Retterath, [Rezension zu:] Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokrati-

schen Verfassungsstaats, Tübingen 2010, in: sehepunkte (11), 2011, Nr. 12 [15. Dezember 2011], http://www.sehepunkte.de/2011/12/20491.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Jörn Retterath, Der Volksbegriff in der Zäsur des Jahres 1918/19. Pluralistisches und holistisches Denken im katholischen, liberalen und sozialdemokratischen Milieu, in: Heidrun Kämper/Peter Haslinger/Thomas Raithel (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin 2014, S. 97–122.
Jürgen Reulecke, Utopische Erwartungen an die Jugendbewegung 1900–1933, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 199–218.
Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002.
Manfred Riedel, Zur Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs, in: ARSP (51), 1965, S. 291–318.
Manfred Riedel, Gesellschaft, Gemeinschaft, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2: E–G, Stuttgart 1975, S. 801–862.
Joachim Ritter (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Darmstadt 1971–2007.
Antoinette Röckseisen, Die Presse als Geschichtsquelle, [München] 1952.
Regine Roemheld, Die Einstellung der Pädagogen zu Staat, Volk und Politik in der Weimarer Republik. Ergebnisse einer Untersuchung von Lehrerzeitschriften, Dortmund 1973.
Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
Nadine Rossol, Tagungsbericht: „Gemeinschaftsdenken in Europa 1900–1938. Ursprünge des schwedischen ‚Volksheims' im Vergleich", 17. Januar 2012, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4000 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Michael Rudloff, Umkehr in die Irrationalität? Religion, Nation und Sozialismus in der Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, in: idem (Hrsg.), Sozialdemokratie und Nation. Der Hofgeismarkreis in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen, Leipzig 1995, S. 76–94.
Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930, Düsseldorf 1992.
Martin Sabrow, Pathosformeln des 20. Jahrhunderts. Kommentar zu Christian Geulen, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 110–114.
Adelheid von Saldern, „Volk" and „Heimat" Culture in Radio Broadcasting during the Period of Transition from Weimar to Nazi Germany, in: JMH (76), 2004, S. 312–346.
Adelheid von Saldern, Zur Inszenierung der NS-Volksgemeinschaft im Rundfunk, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft": Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 229–247, hier: S. 230–233.
Samuel Salzborn, Ethnizität als Fundament der Nation? Zur Kritik des ethnischen Gemeinschaftsglaubens, in: idem (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 149–163.
Samuel Salzborn (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011.
Philipp Sarasin, Michel Foucault zur Einführung, Hamburg 2010.
Sebastian Sasse, „Deutsch, christlich, demokratisch und sozial". Adam Stegerwald und sein „Essener Programm" von 1920, in: BE (122), 2009, S. 101–199.
Will Schaber/Walter Fabian, Vorwort, in: idem (Hrsg.), Leitartikel bewegen die Welt, Stuttgart 1964, S. 9–11.
Raffael Scheck, Zwischen Volksgemeinschaft und Frauenrechten. Das Verhältnis rechtsbürgerlicher Politikerinnen zur NSDAP 1930–1933, in: Ute Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt am Main 2000, S. 234–253.
Dian Schefold, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Anmerkungen zur Studie von Kathrin Groh, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Hugo Preuß 1860–1925. Genealogie eines modernen Preußen, Köln 2011, S. 139–161.

Bernd Schilcher, Bayerischer Parlamentarismus in der Weimarer Republik. Der Bayerische Landtag 1919–1933, Augsburg 2012.
Dietmar Schirmer, Politisch-kulturelle Deutungsmuster. Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 31–60.
Martin Schlemmer, „Los von Berlin". Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln 2007.
Horst Dieter Schlosser, Einleitung „Das Deutsche Reich ist eine Republik". Vom inneren Zwiespalt des Weimarer Staates, in: idem (Hrsg.), Das Deutsche Reich ist eine Republik. Beiträge zur Kommunikation und Sprache der Weimarer Zeit, Frankfurt am Main 2003, S. 7–16.
Horst Dieter Schlosser, Von der „Selbstregierung" zum „einheitlichen Willen der Nation". Die Antrittsreden Eberts und Hindenburgs 1919 und 1925, in: idem (Hrsg.), Das Deutsche Reich ist eine Republik. Beiträge zur Kommunikation und Sprache der Weimarer Zeit, Frankfurt am Main 2003, S. 63–77.
Julia Schmid, Kampf um das Deutschtum. Radikaler Nationalismus in Österreich und dem Deutschen Reich 1890–1914, Frankfurt am Main 2009.
Detlef Schmiechen-Ackermann, „Volksgemeinschaft": Mythos der NS-Propaganda, wirkmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Einführung, in: idem (Hrsg.), „Volksgemeinschaft": Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 13–53.
Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft": Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich"? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012.
Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1998.
Michael Schneider, Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.
Hans-Joachim Schoeps, Was ist und was will Geistesgeschichte. Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen 1959.
Christoph Schönberger, Demokratisches Denken in der Weimarer Republik. Anfang und Abschied, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 664–669.
Christoph Schönberger, Elitenherrschaft für den sozialen Ausgleich. Richard Thomas „realistische" Demokratietheorie im Kontext der Weimarer Diskussion, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 156–190.
Christian Schottmann, Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934, Stuttgart 1997.
Klaus Schreiner, Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. Hans-Ulrich Wehler zum 60. Geburtstag, München 1991, S. 237–247.
Jan Schröder, Volksgeist, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10: Physiologie–Religiöses Epos (2009), Darmstadt 2005–2012, Sp. 411–414.
Peter Schröder, Die Leitbegriffe der deutschen Jugendbewegung in der Weimarer Republik. Eine ideengeschichtliche Studie, Münster 1996.
Hans-Dietrich Schultz, Geopolitik und Volksgemeinschaftsideologie im Erdkundeunterricht. Der schulgeographische Beitrag zum Versagen der staatsbürgerlichen Bildung in der Weimarer Republik, in: Reinhard Dithmar (Hrsg.), Schule und Unterricht in der Endphase der Weimarer Republik. Auf dem Weg in die Diktatur, Neuwied 1993, S. 214–257.
Heiner Schultz, Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte, in: Hans Joas/Peter Vogt (Hrsg.), Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks, Frankfurt am Main 2009, S. 225–263.
Hagen Schulze, Das Europa der Nationen, in: Helmut Berding (Hrsg.), Mythos und Nation, Frankfurt am Main 1996, S. 65–83.
Volker Schulze, Vorwärts (1876–1933), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 329–347.
Volker Schulze, „Vorwärts" 1876–1940, in: Günter Grunwald/Friedhelm Merz (Hrsg.), Vorwärts 1876–1976. Ein Querschnitt in Faksimiles, Berlin 1976, S. IX–XV.

Dirk Schumann, Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen „middle classes"), in: Hans Mommsen (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 83–105.

Dirk Schumann, Politische Gewalt in der frühen Weimarer Republik (1919–1923) und ihre Repräsentation in der politischen Tagespresse, in: Ute Daniel/Inge Marszolek/Wolfram Pyta (Hrsg.), Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 279–310.

Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975.

Christian Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005.

Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933, Tübingen 1968.

Gotthart Schwarz, Berliner Tageblatt (1872–1939), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 315–327.

Max Schwarz, M.d.R. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

Klaus von See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg, Frankfurt am Main 1975.

Elke Seefried, Reich und Stände. Ideen und Wirken des deutschen politischen Exils in Österreich 1933–1938, Düsseldorf 2006.

Elke Seefried, Verfassungspragmatismus und Gemeinschaftsideologie. „Vernunftsrepublikanismus" in der deutschen Zentrumspartei, in: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.), Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008, S. 57–86.

Quentin Skinner, Bedeutung und Verstehen in der Ideengeschichte, in: Martin Mulsow/Andreas Mahler (Hrsg.), Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte, Berlin 2010, S. 21–87.

John Smith, Thesen über den „deutschen Willen", in: Wolfgang Bialas (Hrsg.), Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt am Main 2002, S. 231–248.

Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: VfZ (5), 1957, Nr. 1, S. 42–62.

Kurt Sontheimer, Die Idee des Reiches im politischen Denken der Weimarer Republik, in: GWU (13), 1962, Nr. 4, S. 205–221.

Kurt Sontheimer, Die Parteienkritik in der Weimarer Republik, in: PS (13), 1962, S. 563–574.

Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1968.

Bernd Sösemann, Jenseits von Partei und Parlament. W. Rathenaus „aufbauende Ideenpolitik" in der „DG 1914", 28. März 2008, http://www.solon-line.de/2008/03/28/jenseits-von-partei-und-parlament-w-rathenaus-aufbauende-ideenpolitik-in-der-dg-1914/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).

Bernd Sösemann, Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung, Stuttgart 2012.

Georges-Henri Soutou, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches und der französischen Republik zwischen „deutscher Sendung" und republikanischen Werten, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011, S. 51–70.

Waltraud Sperlich, Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867 bis 1918, Düsseldorf 1983.

Reinhard Stauber, Nation, Nationalismus, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8: Manufaktur–Naturgeschichte (2008), Darmstadt 2005–2012, Sp. 1056–1082.

Reinhard Stauber/Florian Kerschbaumer, Volk, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 14: Vater–Wirtschaftswachstum (2011), Darmstadt 2005–2012, Sp. 376–384.

Martina Steber, Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime, Göttingen 2010.

Martina Steber/Bernhard Gotto, Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014.

Willibald Steinmetz, Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867, Stuttgart 1993.
Willibald Steinmetz, Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: idem (Hrsg.), „Politik". Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main 2007, S. 9–40.
Willibald Steinmetz, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art, in: Heidrun Kämper/Ludwig Maximilian Eichinger (Hrsg.), Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung, Berlin 2008, S. 174–197.
Janosch Steuwer, Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era. „Volksgemeinschaft" between Ideological Projection and Social Practice. 25. 03. 2010–27. 03. 2010, London, 28. Mai 2010, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3121 (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Janosch Steuwer, Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft"? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: AfS (53), 2013, S. 487–534.
Torben B. F. Stich, Erfundene Traditionen? Die Nationalismustheorie von Eric J. Hobsbawm, in: Samuel Salzborn (Hrsg.), Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 29–43.
Klaus Martin Stiegler, Germania (1871–1938), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 299–313.
Christiane Streubel, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2006.
Amrei Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen 1982.
Peter Tauber, Die Idee der Volksgemeinschaft in der Turn- und Sportbewegung vor und nach 1918, in: Hans-Peter Becht (Hrsg.), Politik, Kommunikation und Kultur in der Weimarer Republik, Heidelberg 2009, S. 179–192.
Hans-Ulrich Thamer, Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie, in: Alois Baumgartner/Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112–128.
Hans-Ulrich Thamer, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, in: Richard van Dülmen (Hrsg.), Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000, Wien 1998, S. 367–387.
Wolfgang Tilgner, Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933), in: Horst Zilleßen (Hrsg.), Volk, Nation, Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus, Gütersloh 1970, S. 135–171.
Angela Treiber, Volkstum, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11: U–V, Darmstadt 2001, Sp. 1112.
Jens Trommer, Zur Entwicklung des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts" in der Zeit von 1916 bis 1923, Leipzig 1989.
Silvia Serena Tschopp/Wolfgang E. J. Weber, Grundfragen der Kulturgeschichte, Darmstadt 2007.
Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009.
Universität Bielefeld, Sonderforschungsbereich 584. Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte, 20. Dezember 2009, http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/forschung/sfb584/ (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Theodor Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk. Volkstheorie und Rechtsbegriffe, in: APuZ, 1973, Nr. 11, S. 3–47.
Jeffrey Verhey, Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.
Jeffrey Verhey, Augusterlebnis, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 357–360.
Jeffrey Verhey, Burgfrieden, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 400–402.
Rudolf Vierhaus, Die politische Mitte in der Weimarer Republik, in: GWU (15), 1964, Nr. 3, S. 133–149.

Andreas Voßkuhle, Hugo Preuß als Vordenker einer Verfassungstheorie des Pluralismus, in: DSt (50), 2011, Nr. 2, S. 251–267.
Peter Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007.
Franz Walter, Zwischen nationaler Romantik und sozialdemokratischer Reformpolitik. Der Hofgeismar-Kreis der Jungsozialisten und seine Wirkungen auf die SPD in der Weimarer Republik, in: Michael Rudloff (Hrsg.), Sozialdemokratie und Nation. Der Hofgeismarkreis in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen, Leipzig 1995, S. 46–60.
Franz Walter, „Republik, das ist nicht viel". Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2011.
Ingo Warnke/Jürgen Spitzmüller, Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik. Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen, in: idem (Hrsg.), Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene, Berlin 2008, S. 3–54.
Konstanze Wegner, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik. Literaturbericht, in: GG (4), 1978, S. 120–137.
Konstanze Wegner/Lothar Albertin (Hrsg.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980.
Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995.
Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, München 2003.
Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2014.
Paul-Ludwig Weinacht, National als Integral moderner Gesellschaft, in: Jürgen Gebhardt (Hrsg.), Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften, Baden-Baden 1994, S. 102–122.
Matthias Weipert, „Mehrung der Volkskraft": Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890–1933, Paderborn 2006.
Martin Wengeler, Mentalität, Diskurs und Kultur. Semantische Kämpfe in der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Ekkehard Felder (Hrsg.), Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin 2006, S. 157–183.
Joachim Whaley, Kulturelle Toleranz – die deutsche Nation im europäischen Vergleich, in: Georg Schmidt (Hrsg.), Die deutsche Nation im frühneuzeitlichen Europa. Politische Ordnung und kulturelle Identität?, München 2010, S. 201–224.
Michael Wildt, „Volksgemeinschaft" als politischer Topos in der Weimarer Republik, in: Alfred Gottwaldt (Hrsg.), NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung, Berlin 2005, S. 23–39.
Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007.
Michael Wildt, Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft" in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 24–40.
Michael Wildt, Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Ute Daniel/Inge Marszolek/Wolfram Pyta (Hrsg.), Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 181–204.
Michael Wildt, „Volksgemeinschaft". Eine Antwort auf Ian Kershaw, in: ZF (8), 2011, Nr. 1, S. 102–109.
Michael Wildt, Volksgemeinschaft. Eine Gewaltkonstruktion des Volkes, in: Ulrich Bielefeld/Heinz Bude/Bernd Greiner (Hrsg.), Gesellschaft – Gewalt – Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag, Hamburg 2012, S. 438–457.
Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.
Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Andreas Wirsching, „Augusterlebnis“ 1914 und „Dolchstoß“ 1918. Zwei Versionen derselben Legende?, in: Volker Dotterweich (Hrsg.), Mythen und Legenden in der Geschichte, München 2004, S. 187–202.
Andreas Wirsching, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2008.
Theresa Wobbe, Für eine Historische Semantik des 19. und 20. Jahrhunderts. Kommentar zu Christian Geulen, in: ZF (7), 2010, Nr. 1, S. 104–109.
Ruth Wodak/Rudolf de Cillia, Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt am Main 1998.
Eike Wolgast, Der deutsche Antisemitismus im 20. Jahrhundert, in: HJb (33), 1989, S. 13–37.
Jonathan R. C. Wright, Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann, München 2006.
Joachim Zeller, Die Vossische Zeitung 1617 bis 1934, Januar 2010, http://erf.sbb.spk-berlin.de/han/61750573X/db.saur.de/VOSS/language/de/html/introductions.html (zuletzt aufgerufen am 08. Dezember 2015).
Benjamin Ziemann, Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 43–82.
Horst Zilleßen, Volk – Nation – Vaterland. Die Bedeutungsgehalte und ihre Wandlungen, in: idem (Hrsg.), Volk, Nation, Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus, Gütersloh 1970, S. 13–47.

V. Abkürzungsverzeichnis

A.- und S.-Rat	Arbeiter- und Soldatenrat
Abt.	Abteilung
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
A.G.	Aktiengesellschaft
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
Bde.	Bände
BE	Essener Beiträge
Biogr.	Biografie
BVP	Bayerische Volkspartei
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
dat.	datiert
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DG 1914	Deutsche Gesellschaft 1914
d. h.	das heißt
DHI	Deutsches Historisches Institut
DkP	Deutschkonservative Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dr.	Doktor
Dr. med.	Dotor medicinae
DSt	Der Staat
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
ebd.	ebenda
einger.	eingereicht
etc.	et cetera
exkl.	exklusiv
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Feldausg.	Feldausgabe
fol.	folio

FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GG	Geschichte und Gesellschaft
GH	German History
GSR	German Studies Review
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
h. c.	honoris causa
HJb	Heidelberger Jahrbücher
Hrsg.	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München–Berlin
IfZ	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
i. S. v.	im Sinne von
JfA	Jahrbuch für Antisemitismusforschung
Jg.	Jahrgang
JIDG	Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte
JMH	Journal of Modern History
jr.	junior
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
M. A.	Magister Artium
M.d.R.	Mitglied des Reichstags
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
mult.	multiplex
NLP	Nationalliberale Partei
NPL	Neue Politische Literatur
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. a.	oben angegeben/oben angeführt
o. Ang.	ohne Angabe
o. Jg.	ohne Jahrgang
o. Pag.	ohne Paginierung
parl.	parlamentarisch
PD	Privatdozent
preuß.	preußisch
Prof.	Professor
PS	Politische Studien
RfH	Reichszentrale für Heimatdienst
RGBl.	Reichsgesetzblatt
S.	Seite
s.	siehe
s. d.	siehe dort

SAW	Senatsausschuss Wettbewerb
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sonderforschungsbereich
SHS-Staat	Država Slovenaca, Hrvata i Srba („Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“)
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
St.	Sankt/Saint
stud. jur	studiosus iurisdictionis
StZ	Stimmen der Zeit
s. v. a.	siehe vor allem
SZ	Süddeutsche Zeitung
TAJB	Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte
u.	und
u. a.	und andere/unter anderem
u. d. T.	unter dem Titel
undat.	undatiert
USA	United States of America („Vereinigte Staaten von Amerika“)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
usw.	und so weiter
u. s. w.	und so weiter
vermutl.	vermutlich
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WF	Westfälische Forschungen
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZF	Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History
ZfG	Zeitschrift für Geschichte
ZfS	Zeitschrift für Soziologie
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
zugl.	zugleich

VI. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verwendungshäufigkeit von organischen Volksbegriffen in der Vossischen Zeitung im Zeitraum Januar bis Dezember 1918 81

Abbildung 2: Verwendungshäufigkeit der Begriffe „Nation“ und „Volk“ in der Vossischen Zeitung im Zeitraum Januar bis Dezember 1918 99

Abbildung 3: Verwendungshäufigkeit des Begriffes „Stamm“ in der Vossischen Zeitung in den Jahren 1918 bis 1924 249

Abbildung 4: Verwendungshäufigkeit der Begriffe „Gemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“ in der Vossischen Zeitung in den Jahren 1918 bis 1923 287

Abbildung 5: Verwendungshäufigkeit der Begriffe „Gemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“ in der Vossischen Zeitung in den Jahren 1918 bis 1924 (nach Monaten) 287

VII. Personenregister

Ablaß, Bruno 190
Adelung, Johann Christoph 50f.
Anderson, Benedict 18
André, Josef 310
Arco auf Valley, Anton Graf von 177
Arndt, Ernst Moritz 55f.
Auer, Eberhard 277

Baars, Ernst Georg 276
Bachem, Julius 146
Bachmann, Hermann 419
Baden, Max von 84, 97, 107f., 118, 120, 129, 133f.
Bader, Paul 417
Bang, Paul 368
Bartels, Adolf 319
Bauer, Gustav 217, 381f.
Bäumer, Gertrud 280, 290
Baumgarten, Otto 83f.
Beckerath, Herbert von 143
Bell, Johannes 256
Berndt, Conrad 331f., 349, 389
Bernhard, Georg 282, 284, 419
Bernoth, Eduard 308
Bethmann Hollweg, Theobald von 72f., 121
Bismarck, Otto von 5, 59, 67, 126, 232, 281
Bluntschli, Johann Casper 38
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 193f.
Bodelschwingh, Friedrich von 281
Bollmeyer, Heiko 15, 96, 99, 113–115, 183, 197
Bolz, Eugen 329
Bourdieu, Pierre 28
Braun, Otto 117, 240, 254f., 257
Brauns, Heinrich 146, 302, 309, 374
Breitscheid, Rudolf 260
Brentano, Lujo 277
Brepohl, Wilhelm 251
Breuer, Stefan 42, 44
Bruendel, Steffen 17, 74, 76
Burke, Peter 27f.

Campe, Joachim Heinrich 37
Campe, Rudolf von 198, 375f., 392
Canovan, Margaret 18, 45
Chamberlain, Houston Stewart 46, 359
Chickering, Roger 28
Clausewitz, Carl von 54
Cohen, Max 401
Cohn, Oskar 204
Conze, Werner 18
Cuno, Wilhelm 257, 302, 422
Dahlmann, Friedrich Christoph 36
Dann, Otto 170
Darwin, Charles 45f., 158
David, Eduard 190f., 206, 294
Deist, Heinrich 342, 385
Delbrück, Clemens von 401
Delbrück, Hans 75
Dernburg, Bernhard 172, 209, 370
Diederich, Franz 416f.
Dilthey, Wilhelm 38
Dipper, Christof 18
Doering-Manteuffel, Anselm 8
Dombrowski, Erich 103, 258, 272, 328, 330, 332, 356, 418
Dorten, Hans Adam 255
DuMont 420

Ebert, Friedrich 73, 133f., 143, 154, 161, 169, 182, 189, 295f.
Eisner, Kurt 174, 176f., 185, 366, 412
Eitz, Thorsten 19, 415
Elbau, Julius 419
Engel, Fritz 418
Engels, Friedrich 48f.
Erkelenz, Anton 355
Erzberger, Matthias 73, 331–333, 351, 364f., 391, 421

Fecher, Otto 422
Fecht, Wilhelm 284
Feder, Ernst 243, 345, 374, 379f., 388, 391, 418
Fehrenbach, Konstantin 73, 85, 119, 206, 216
Felder, Ekkehard 30
Fichte, Johann Gottlieb 39, 55
Foerster, Friedrich Wilhelm 218
Föllmer, Moritz 303
Foucault, Michel 25, 27–29
Francis, Emerich 18, 44
Freud, Sigmund 370
Freytag, Gustav 36f.
Friedländer, Saul 275

Gebsattel, Marie von 308f.
Gerber, Stefan 175f.
Geschnitzer, Fritz 18
Geulen, Christian 27
Geyer, Curt 417
Giening, Paul 361f.
Gierke, Otto von 49
Giesberts, Johannes 398
Gneisenau, August Neidhardt von 54
Gobineau, Josef Arthur de 45
Görres, Joseph 37

Gothein, Georg 214
Götz, Norbert 37, 273, 295
Grimm, Jacob 33f., 36f., 38f., 49f.
Grimm, Wilhelm 33f., 36f., 38f., 49f.
Gröber, Adolf 111, 175, 187, 204, 246
Groh, Kathrin 12, 15
Gruber, Martin 277
Gruhlich, Rainer 15f.
Guardini, Romano 281
Gundlach, Gustav 403
Gusy, Christoph 15

Haase, Hugo 107, 114, 216
Haas, Ludwig 331
Hardtwig, Wolfgang 274
Hartmann, Ludo 233
Haßmüller, Anton 420
Haubach, Theodor 279, 395
Hauptmann, Gerhard 295
Haußmann, Conrad 188, 192, 206f., 355
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 48, 53
Heim, Georg 391
Heinen, Anton 63, 308f.
Heine, Wolfgang 96, 102, 111, 121, 128f.
Heinsohn, Kirsten 319
Heinze, Karl Rudolf 387
Heller, Hermann 13, 279
Hellingrath, Philipp von 94
Hellpach, Willy 290
Herder, Johann Gottfried 36, 39, 50f.
Hergt, Oskar 225, 334
Hertling, Georg von 115–117, 129
Herzl, Theodor 38
Heß, Jürgen C. 284
Heuss, Theodor 37, 43f., 171, 181, 201, 280f., 293, 380f., 389, 396
Heydebrand, Ernst von 103
Heydemann, Max 226
Hildebrandt, Paul 281f.
Hillgruber, Andreas 9
Hiltebrandt, Philipp 126
Hindenburg, Paul von 202, 317, 399
Hirschmann, Elise 418
Hitler, Adolf 320–323, 337, 361, 366, 386, 400
Hobbes, Thomas 82
Hobsbawm, Eric 18f.
Hoegner, Wilhelm 277
Hoff, Ferdinand 101
Hoffmann, Wolfgang 293
Hommerich, August 421
Hübinger, Gangolf 151, 274

Jäckel, Hermann 347
Jacob, Bruno 251
Jäger, Hermann 319
Jahn, Friedrich Ludwig 37, 39
Jansen, Sarah 366
Jellinek, Georg 36
Jesus Christus 84, 186
Joos, Joseph 375
Jordan, Max 418
Joseph I. 135
Joseph II. 135

Kaas, Ludwig 255
Kahl, Wilhelm 345f.
Kämper, Heidrun 5
Kapp, Wolfgang 91, 328–331, 349, 364
Katzenberger, Hermann 379
Katzenstein, Simon 294
Kaufmann, Erich 195
Kelsen, Hans 13, 195f., 396
Kennan, Georg F. 123
Kerr, Alfred 418
Kerschensteiner, Georg 277
Kershaw, Ian 16
Kessler, Harry Graf 73, 162, 172, 241, 270
Kleist, Heinrich von 55
Kloth, Emil 79, 89
Klühs, Franz 417
Koch, Erich 240, 289, 355, 391
Kolb, Eberhard 76
Korfanty, Albert 98
Körner, Theodor 55f.
Koselleck, Reinhart 4–6, 18, 25f., 29f., 33, 56, 145
Kottmaier, Jean 187f.
Krieg, Simon 38
Krüger, Franz 330
Kurella, Alfred 278
Kuttner, Erich 416

Lagarde, Paul de 59
Lambach, Walther 318
Landsberg, Otto 118
Landwehr, Achim 10
Langbehn, Julius 59
Laski, Harold 12
Ledebour, Georg 97f.
Legien, Carl 295
Lehnert, Detlev 17, 288
Lennhoff, Rudolf 283
Lensch, Paul 104f.
Lepsius, Mario Rainer 10
Lepsius, Oliver 193f., 196
Leutheußer, Richard 290
Lichnowsky, Karl Max Fürst von 163
Liebknecht, Karl 134–136, 168
Liermann, Hans 196f., 199–201, 205f., 273, 294
Linsmayer, Ludwig 157f.
Lissner, Julius 82f.

Löbe, Paul 217, 296
Locke, John 37f.
Lohmann, Karl 103
Ludendorff, Erich 337, 366, 400
Lüdicke, Paul 103
Lüttwitz, Walther von 328–331, 364
Lutz, Heinrich 229

Mahraun, Artur 399
Mahrholz, Werner 276
Mai, Gunther 17, 273
Mann, Michael 12, 44
Mann, Thomas 277
Marx, Karl 47–49, 52, 88, 272
Marx, Wilhelm 315–318, 333–335, 398
Meinecke, Friedrich 163f., 171, 280, 284, 286, 323, 341
Menenius Lanatus, Agrippa 82
Mergel, Thomas 15, 45, 183, 274, 323, 338
Metzger, Arnold 275f.
Meynen, Otto 20
Michaelis, Paul 109, 120, 234, 418
Mierendorff, Carlo 279
Mitscherlich, Waldemar 43f.
Mohl, Robert 48
Moldenhauer, Paul 351
Moltke, Helmuth von 160
Mommsen, Wilhelm 280
Mommsen, Wolfgang J. 74
Montgelas, Max Graf 199
Morsey, Rudolf 309
Möser, Justus 53f., 174
Muck-Lamberty, Friedrich 276
Müller, Hermann 231, 267, 329, 395, 416

Napoleon I. 50, 54–56, 135
Nathan, Paul 389
Naumann, Friedrich 37, 85, 100, 108, 171, 180, 189–191, 197, 203, 281
Nell-Breuning, Oswald von 403
Neven DuMont, Alfred 420
Nolte, Paul 48
Noppel, Constantin 307f., 402
Noske, Gustav 399

Obst, Erich 241, 284f.
Odenwald-Varga, Szilvia 5
Oeser, Rudolf 198f.
Oestreich, Paul 282
Olden, Rudolf 418
Orth, Hermann 421

Papen, Franz von 421
Paulus 84
Petersen, Karl 282f., 333
Peukert, Detlev 14
Peus, Heinrich 121
Pfister-Schwaighusen, Hermann von 39
Pieper, August 63, 308
Pinner, Felix 418
Plenge, Johann 75
Plessner, Helmuth 63f.
Pohl, Tina 192
Posse, Ernst 420
Preußen, Joachim Albrecht Prinz von 365f.
Preuß, Hugo 76f., 86, 97, 155f., 188–190, 192, 200, 203, 240–242, 291–293, 320, 375, 401

Quarck, Max 191

Radbruch, Gustav 183, 240, 279
Raithel, Thomas 9
Rathenau, Walther 73, 209, 282, 301, 314, 333f., 348–350, 364f., 371, 385, 411
Rauch, Fritz 375
Rauschenplat, Hellmut von 395
Regh, Engelbert 383
Reichardt, Rolf 26
Reichardt, Sven 279
Renan, Ernest 18, 41f., 58, 97, 238
Reuter, Ernst 417
Richter, Ludwig 147
Richthofen, Hartmann Freiherr von 215
Ritter, Karl Bernhard 376f.
Rousseau, Jean-Jacques 196, 203

Sarasin, Philipp 31
Savigny, Friedrich Carl 38
Scharnhorst, Gerhard von 54
Scheffer, Paul 418
Scheidemann, Philipp 83, 95, 98, 117, 133–136, 161, 184f., 188, 210f., 300, 305, 364
Scheler, Max 63
Schiffer, Eugen 187, 214
Schiff, Victor 417
Schikowski, John 417
Schirmer, Dietmar 168
Schleiermacher, Friedrich 38, 55
Schlosser, Horst Dieter 7
Schmid, Eduard 277
Schmidt, Ina 44
Schmitt, Carl 12, 195, 203
Schoeps, Hans-Joachim 20
Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu 114
Schönemann, Bernd 18
Schottmann, Christian 274
Schücking, Walter 225, 227
Schüller, Hermann 279f.
Schulze, Hagen 52f.
Schulze, Volker 417
Schumann, Dirk 177, 341
Schustereit, Hartmut 284

Schwab, Josef 418
Seeberg, Reinhold 75
See, Klaus von 74
Severing, Carl 399
Sieyès, Emmanuel Joseph 88
Sinsheimer, Hermann 418
Sinzheimer, Hugo 279
Sonnenfels, Amanda 209
Sontheimer, Kurt 5, 12, 14
Spahn, Peter 198, 247
Spann, Othmar 63, 402f.
Stampfer, Friedrich 137–140, 215, 416f.
Stegerwald, Adam 233, 301, 309–312, 315f., 342f., 357, 374, 391, 398
Stein, Alexander 417
Stein, Heinrich Friedrich Karl vom und zum 54
Stein, Lorenz von 48
Steinborn, Paul 418
Steinmetz, Willibald 26f., 414
Stier-Somlo, Fritz 142
Strahl, Richard 276, 400
Stresemann, Gustav 73, 106f., 147f., 237, 253, 257f., 261f., 271f., 299–306, 310, 342, 351, 357, 377, 382, 397
Stümke, Bruno 418

Teipel, Heinrich 422
Tergit, Gabriele 418
Thoma, Hans 276
Thoma, Richard 195f., 380
Thomas von Aquin 307
Tittel, Gottlob August 37f.
Tönnies, Ferdinand 38, 43, 49, 62–64, 197, 294, 308
Trautmann, Ernst 354
Trimborn, Karl 255

Veiter, Theodor 45
Verhey, Jeffrey 294, 341
Vierhaus, Rudolf 9f.

Walkenhorst, Peter 74, 322
Waller, Alfred 145
Weber, Alfred 163, 239, 395
Weber, Max 18
Wels, Otto 323, 329, 331, 349, 364
Werner, Julius 348
Werner, Karl Friedrich 18
Wessel, Helene 313, 383f., 390, 392f.
Westarp, Kuno von 124, 148, 268, 305, 319
Wiese, Leopold von 165
Wildt, Michael 16f., 45, 295f., 306, 413
Wilhelm I. 55, 62
Wilhelm II. 69, 102, 120, 133f., 141, 164, 179, 283
Wilson, Woodrow 123, 218
Wirth, Joseph 226, 313, 350, 364, 398f.
Witting, Richard 209
Wolff, Theodor 73, 102, 111, 114, 118f., 149, 162, 172, 179, 183, 185f., 215, 218, 228, 241, 258, 268, 270, 286, 330, 335, 341, 355, 366, 394, 418
Wright, Jonathan R. C. 300